Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

ERNST THÄLMANN

Eine Biographie

Dietz Verlag Berlin 1980

Autorenkollektiv:
Günter Hortzschansky (Leiter),
Walter Wimmer (stellvertretender Leiter), Lothar Berthold,
Heinz Karl, Horst Naumann, Stefan Weber

Unter Mitarbeit von:
Katja Haferkorn, Rainer Holze, Erika Kücklich,
Hans Vieillard und anderen

Mit einem Frontispiz und 137 Abbildungen

2. Auflage 1980
© Dietz Verlag Berlin 1979
Lizenznummer 1
LSV 0288
Lektoren: Renate Polit, Renate Weber, Klaus Grosinski
Redaktionelle Mitarbeit: Lieselotte Gruner
Typographie: Uwe Niekisch, Claudia Schauß
Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt
Printed in the German Democratic Republic
Fotosatz: (140) Druckerei Neues Deutschland, Berlin
Druck- und Bindearbeit:
LVZ-Druckerei »Hermann Duncker«, Leipzig
Best.-Nr. 7366122
DDR 17,50 M

Vorwort

Ernst Thälmann widmete sein Leben dem Höchsten der Menschheit: dem Kampf für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, für den Frieden zwischen den Völkern, für den Kommunismus. Er war das Vorbild eines mit der Arbeiterklasse eng verbundenen Arbeiterführers, eines unbeugsamen Gegners des Imperialismus und Faschismus, eines konsequenten proletarischen Internationalisten, eines treuen Freundes der Sowjetunion und ihrer Leninschen Partei.

Die vorliegende Biographie will dazu beitragen, den reichen Erfahrungsschatz dieses Kämpferlebens zu vermitteln. Es wird versucht, die Entwicklung Ernst Thälmanns vom klassenbewußten Arbeiter, vom Hamburger Partei- und Gewerkschaftsfunktionär zum Vorsitzenden der KPD und zu einem führenden Funktionär der Kommunistischen Internationale nachzuzeichnen, Thälmann als Verkörperung des im Klassenkampf gereiften, vom Marxismus-Leninismus durchdrungenen Arbeiterführers darzustellen.

Leben und Wirken Ernst Thälmanns sind untrennbar mit der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts verbunden. Von seiner historischen Leistung sind die Aneignung des Marxismus-Leninismus durch die KPD, ihre Entwicklung zu einer eng mit den Massen verbundenen, starken und festgefügten Kampfpartei, ihr unermüdlicher Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes nicht zu trennen.

Zugleich galt es zu beachten: Zu Arbeiterführern reifen auch die besten Revolutionäre nur im Kampf der Partei und der Arbeiterklasse heran, im Leben der Klasse werden sie geformt. So muß eine Biographie Thälmanns ebenfalls ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Partei des deutschen Proletariats und des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sein. Sie hat in dem Maße, in dem Ernst Thälmann in

die Führung der KPD und der Kommunistischen Internationale hineinwuchs, auch Fragen der kommunistischen Weltbewegung zu behandeln.

Im Mittelpunkt dieser Biographie steht das politische Handeln Ernst Thälmanns. Die öffentlichen Angelegenheiten im vollen Sinne des Wortes: die Verteidigung der Interessen des Volkes, der Aufstieg der Arbeiterklasse, der Kampf gegen die Ausbeuter – das war sein Lebensinhalt. Er gehörte zu den Genossen, von denen Lenin ganz am Anfang seines Wirkens für die revolutionäre proletarische Partei geschrieben hatte: »Es müssen Leute ausgebildet werden, die der Revolution nicht nur ihre freien Abende, sondern ihr ganzes Leben widmen.«[1]

Thälmanns Leben war rastloser Einsatz für die Sache der Arbeiterklasse, für das Wohl des werktätigen Volkes, war aufopferndes Wirken für die Rechte der Massen und für die Verteidigung des Friedens. Es war unablässiges und erfolgreiches Ringen um die Stärkung und Festigung der revolutionären Partei des Proletariats, um eine wirkungsvolle Politik gegen Imperialismus und Faschismus, um die Meisterung der marxistisch-leninistischen Theorie und ihre wirksame, schöpferische Anwendung im Klassenkampf.

Wenig Zeit blieb ihm für die Familie, kaum Gelegenheit, privaten Neigungen nachzugehen. Die Aufgabe, der Ernst Thälmann sein Leben geweiht hatte, füllte ihn ganz aus. Aber er verstand es auch, die seltenen freien Stunden, die der schönen Literatur, der Geselligkeit, dem Naturerlebnis blieben, voll zu nutzen.

Lenin schrieb: »Die Führer der Arbeiter sind keine Engel, keine Heiligen, keine Heroen, sondern Menschen wie alle.«[2] Ganz und gar trifft das auch auf Thälmann zu. Er wuchs als Arbeiter unter Arbeitern heran und blieb ein Arbeiter auch dann, als er an der Spitze einer großen kommunistischen Partei stand. Darin lag die entscheidende Quelle seiner Kraft: die enge Verbundenheit mit den Arbeitern, das Vertrautsein mit den Problemen der werktätigen Menschen, das Verständnis für ihre alltäglichen Sorgen und Nöte. Sein Mitkämpfer Franz Dahlem meint, daß gerade hier der entscheidende Zugang zum Verständnis der Persönlichkeit Ernst Thälmanns liegt: Er war und blieb der einfache, mit seiner Klasse durch Denkungsart und Lebensgewohnheit fest verbundene klassenbewußte Arbeiter.

»Doch bei all den hervorragenden Eigenschaften und Fähigkeiten, die

1 W. I. Lenin: Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung. In: Werke, Bd. 4, S. 370.
2 W. I. Lenin: Der Parteitag der italienischen Sozialisten. In: Ebenda, Bd. 18, S. 161.

diese historische Persönlichkeit prägten«, schreibt Franz Dahlem, »war und blieb er ein ganz normaler Mensch aus Fleisch und Blut mit seinen Eigenheiten und auch nicht frei von Schwächen. Schon gar nicht war er ein Wunderkind, dem schon an der Wiege gesungen worden wäre, zum Parteiführer seiner Klasse berufen zu sein. Darin bestand ja gerade die Stärke unserer Kommunistischen Partei, daß an ihrer Spitze Menschen aus dem Volk standen, deren Verbindung zu ihrer Klasse und zu den werktätigen Massen stets lebendig blieb.«[3]

Thälmann teilte die Sehnsucht aller Ausgebeuteten und Unterdrückten nach einer besseren Welt, und er rang zeitlebens darum, sie zu schaffen.

Immer wieder legte er sich die Frage vor, was getan und was besser gemacht werden müßte, um die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung, die Erlösung der Menschheit von Kapitalismus und Krieg bald zu erreichen. Stets prüfte und überlegte er, holte sich bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus Rat, beriet mit seinen Genossen, hörte die Meinung der Arbeiter. Vor Schwierigkeiten schreckte er nie zurück; er stellte sich komplizierte Aufgaben und bahnte neue Wege; er ging voran und übernahm die schwerste Verantwortung im Dienste der Klasse. Gerade darin liegt seine menschliche Größe.

Die faszinierende Persönlichkeit des großen Sohnes und Führers der deutschen Arbeiterklasse ist schon mehrfach gestaltet worden. Manch wichtige Anregung und aufschlußreiche Information erhielten die Autoren aus den in früheren Jahren erschienenen Reden und Aufsätzen führender Funktionäre der KPD sowie aus Arbeiten deutscher und sowjetischer Historiker über Ernst Thälmann.[4] Eine wertvolle Hilfe waren die Erinnerungen seiner Kampfgenossen, seiner Lebensgefährtin Rosa Thälmann und seiner Tochter Irma.[5]

3 Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939. Erinnerungen, Bd. 1, Berlin 1977, S. 418.

4 Genannt seien vor allem Walter Bartel: Ernst Thälmann. Der mutige Vorkämpfer gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, Berlin o. J. – Ders.: Ein Held der Nation. Aus dem Leben Ernst Thälmanns, Berlin 1961. – Willi Bredel: Ernst Thälmann. Ein Beitrag zu einem politischen Lebensbild, Berlin (1948). – Д. С. Давидович: Эрнст Тельман. Страницы жизни и борьбы, Moskau 1968 (2. verb. und erg. Aufl., Moskau 1971). – Rudolf Lindau: Ernst Thälmann. Leben und Kampf, Berlin 1956. – Werner Raase: Ernst Thälmanns revolutionäre Gewerkschaftspolitik, Berlin 1953. – Oleg Weizmann: Ernst Thälmann in Leningrad. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Freundschaft (Halle) o. J.

5 Vgl. Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Berlin 1963. – Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, Berlin 1974. – Daneben wurden zahlreiche Erinnerungsberichte aus Zeitschriften und Tageszeitungen ausgewertet. – Eine

In den letzten Jahren ist außerordentlich umfassendes, wenngleich nicht lückenloses Tatsachenmaterial über das Wirken Thälmanns zugänglich geworden.[6] Die Quellengrundlage ist heute unvergleichlich breiter als noch vor einem Jahrzehnt. Das erst hat es ermöglicht, die vorliegende Biographie zu erarbeiten. Zu den jetzt zur Verfügung stehenden Materialien gehören – neben der überwiegenden Mehrheit der publizierten Reden und Aufsätze Thälmanns – unveröffentlichte Niederschriften über sein Auftreten in den Führungsgremien der KPD und der Kommunistischen Internationale sowie seine Gefängnisaufzeichnungen.

Über die ersten beiden Jahrzehnte der politischen Tätigkeit Ernst Thälmanns existieren jedoch zumeist nur kurze Mitteilungen, teilweise fehlen auch diese. In den späteren Jahren erforderte es die Sicherheit der Partei und der Person Ernst Thälmanns oft, über sein Wirken keine Aufzeichnungen anzufertigen. Wichtige Akten und Zeitungsbestände wurden im zweiten Weltkrieg vernichtet. Persönliche Briefe und ähnliche Äußerungen, die über seine Gedanken und Gefühle, Motive seines Handelns, seine Interessen und Neigungen Aufschluß geben, darum für eine Biographie besonderen Aussagewert hätten, liegen in größerer Zahl nur aus den ersten Jahren seiner Haft im faschistischen Kerker vor. Briefe aus den Jahren des ersten Weltkrieges und einige andere Dokumente sind vernichtet worden, damit sie der Gestapo nicht in die Hände fallen konnten.

Übersicht über die bis 1956 erschienene Literatur ist enthalten in: Ernst Thälmann. Kämpfer für Frieden und Freiheit. Auswahlverzeichnis von Schriften über Ernst Thälmann, Berlin 1956. – Persönliche Aussprachen mit Irma Gabel-Thälmann, Franz Dahlem, Else und Philipp Daub, Rudolf Lindau, Albert Schreiner und weiteren Genossen aus der DDR sowie mit Genossen aus Hamburg, Paris und Wien vermittelten wichtige Hinweise und Anregungen.

6 Hier seien vor allem das historische Archiv der KPD und der Nachlaß Ernst Thälmanns – die im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: IML, ZPA), aufbewahrt werden – sowie die uns vom Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau zur Verfügung gestellten Archivmaterialien erwähnt. – Wertvolle Dokumente und Hinweise erhielten die Autoren von staatlichen Archiven der DDR und von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Halle der SED, vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der KPTsch und dem Staatsarchiv in Prag, vom Institut »Maurice Thorez« in Paris, vom Kuratorium »Gedenkstätte Ernst Thälmann« in Hamburg-Eppendorf sowie vom Staatsarchiv Hamburg. –

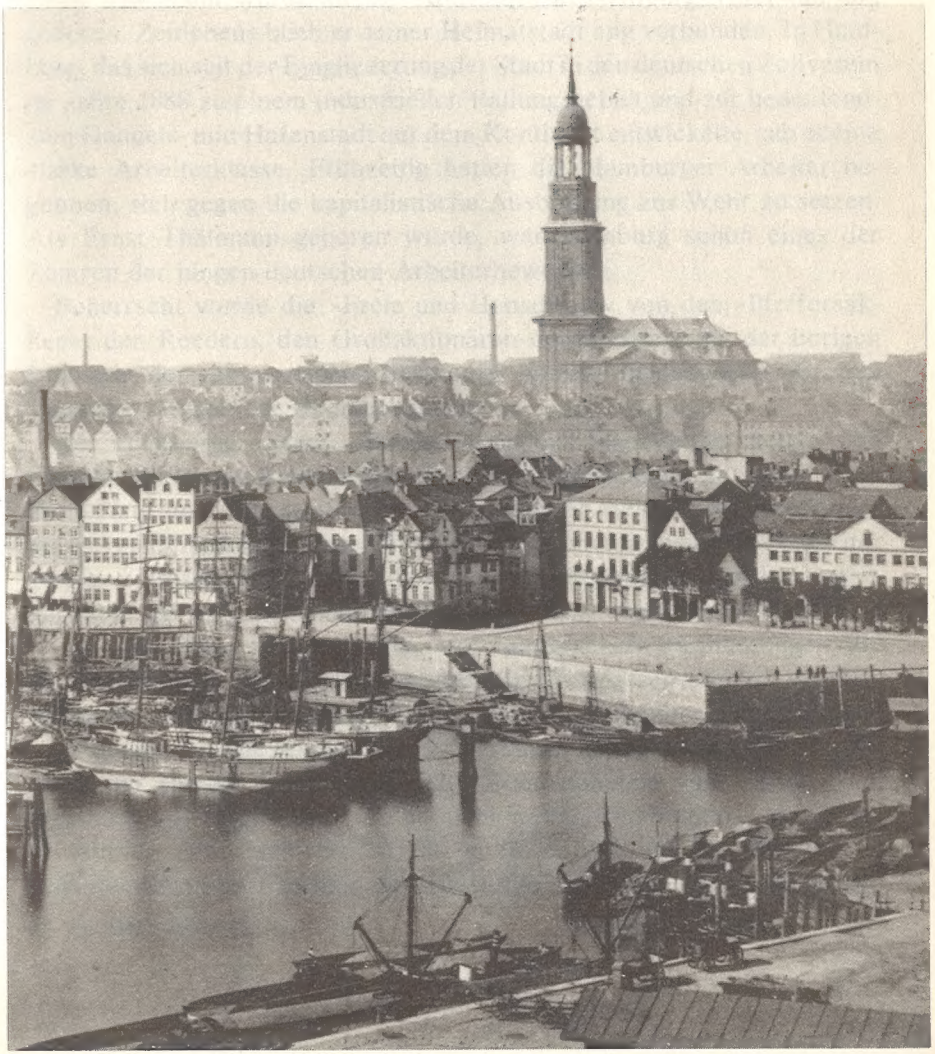
Die Autoren möchten den genannten Instituten und Archiven sowie der Staatlichen Archivverwaltung der DDR für die ihnen gewährte Hilfe und Unterstützung danken.

Die Verfasser möchten allen, die sie bei ihrer Arbeit unterstützten, aufrichtig danken.[7] Der Dank sei mit der Bitte an jene verbunden, in deren Besitz sich bisher noch unbekanntes Material über Ernst Thälmann befindet oder die zusätzliche konkrete Informationen geben können, uns darüber zu berichten.

7 Außer dem bereits genannten Personenkreis gebührt Dank auch Walter Bartel, Wilhelm Eildermann, Ernst Diehl, Erich Glückauf, Kurt Herholz, Erich Paterna, K. K. Schirinja, E. N. Sokolow und Hans Teubner, die Gutachten erstatteten bzw. Hinweise zum Manuskript gaben, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates des IML sowie des Problemrates für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945 und den Mitarbeitern der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Zu Dank verpflichtet sind die Autoren auch den Mitarbeitern des Zentralen Parteiarchivs und der Bibliothek des IML.

Erster Teil

1886–1920



1

Eine Kindheit, reich an Erfahrungen

Ernst Thälmann wurde am 16. April 1886 in Hamburg, Alterwall 68[1], geboren. Zeitlebens blieb er seiner Heimatstadt eng verbunden. In Hamburg, das sich seit der Eingliederung der Stadt in den deutschen Zollverein im Jahre 1888 zu einem industriellen Ballungsgebiet und zur bedeutendsten Handels- und Hafenstadt auf dem Kontinent entwickelte, gab es eine starke Arbeiterklasse. Frühzeitig hatten die Hamburger Arbeiter begonnen, sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Als Ernst Thälmann geboren wurde, war Hamburg schon eines der Zentren der jungen deutschen Arbeiterbewegung.

Beherrscht wurde die »Freie und Hansestadt« von den »Pfeffersäkken«: den Reedern, den Großaktionären der Werften und der übrigen Industrie, den schwerreichen Herren der Import- und Exportfirmen, den Finanzgewaltigen der Überseebanken.

Der Hamburger Senat, die Regierung des Stadtstaates, setzte sich ausschließlich aus Angehörigen reicher Bürgerfamilien zusammen, die ihren Platz auf Lebenszeit innehatten. Die große Mehrheit der Einwohner dieser republikanischen Insel im monarchistischen Deutschland hatte nur geringe politische Rechte. Im Unterschied zu den Wahlen zum Reichstag, bei denen das allgemeine und gleiche Wahlrecht – freilich nur für Männer – bestand, galten für die Wahlen zur Bürgerschaft Bestimmungen, die noch reaktionärer waren als das preußische Dreiklassenwahlrecht und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme ausschlossen.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zogen Industrie, Schifffahrt und Handel Hunderttausende Arbeitsuchende vom Lande nach Hamburg. Sie vergrößerten die politisch weitgehend rechtlose Masse der Proletarier, deren schwere Arbeit im Hafen und auf den Werften, in Lagerhäusern und Fabriken den Reichtum der Hamburger Bourgeoisie

1 Vgl. IML, ZPA, NL 3/3.

mehrte. Mietskasernen und düstere Hinterhöfe kennzeichneten wie überall, wo die kapitalistische Profitmacherei aufblühte, die Wohnbedingungen der Arbeiter. Hier forderte die Choleraepidemie, die Hamburg in den Sommermonaten des Jahres 1892 heimsuchte, über 8000 Opfer.[2]

Unter solchen gesellschaftlichen Bedingungen wuchs Ernst Thälmann auf. Sein Vater Johannes stammte aus Weddern in Holstein. Er hatte dort als Knecht gearbeitet und die erbarmungslose Ausbeutung durch die Gutsherren kennengelernt. Nach seinem Militärdienst in Potsdam war er 1880 nach Hamburg gekommen, um in der großen Stadt sein Glück zu machen. Er arbeitete mehrere Jahre als Speditionskutscher und erwarb 1885 die hamburgische Staatsangehörigkeit.[3] Ernsts Mutter, Maria Magdalena, geborene Kohpeiss, war die Tochter eines Zimmermanns. Sie stammte aus der zum hamburgischen Staatsgebiet gehörenden Landgemeinde Kirchwärder in den Vierlanden.[4] Beide hatten 1884 in Hamburg geheiratet.[5]

Einige Monate nach der Geburt Ernst Thälmanns übernahm sein Vater in der Straße Alterwall unweit seiner Wohnung eine Kellerwirtschaft.[6] Jan Thälmann wurde ein »Fleegenwirt«, wie die Hamburger Arbeiter solche kleinen Gastwirte nannten. Die Straße war im Zentrum Hamburgs gelegen, nahe dem Hafen. In der Wirtschaft verkehrten Hausknechte und Kontorboten aus den umliegenden Geschäftshäusern, Schauerleute und Werftarbeiter.

Im März 1892 wurden Ernst und seine ein Jahr jüngere Schwester Frieda für einige Zeit von den Eltern getrennt und von anderen Familien in Pflege genommen, Ernst von einer Familie in der Lohkoppelstraße.[7] Vater und

2 Vgl. Ulrich Seemann: Die Kämpfe der Hamburger Arbeiter gegen die Verschlechterung ihres Wahlrechts in den Jahren 1905/06. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1961, H. 1, S. 64. – Rudolf Lindau: Ernst Thälmann, S. 6. – Johannes Schult: Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890–1919, Hannover 1967, S. 41/42.

3 Vgl. Staatsarchiv Hamburg (im folgenden: StA Hamburg), Meldewesen I, A 17, Bd. 16, Nr. 50919. – Gesuch um Aufnahme in den Hamburgischen Staatsverband abseiten Fritz Johannes Amandus Thälmann. In: StA Hamburg, Staatsangehörigkeitsaufsicht B III. – Johannes Thälmann wurde am 11. April 1857 geboren. (Vgl. ebenda.)

4 Vgl. ebenda. – Maria Magdalena Thälmann, geborene Kohpeiss, wurde am 8. November 1857 geboren. (Vgl. ebenda.)

5 Vgl. ebenda, Meldewesen I, A 17, Bd. 16, Nr. 50919.

6 Dies geht aus der Geburtsurkunde für Frieda Helene Marie Thälmann, einer Schwester Ernst Thälmanns, hervor, die am 1. April 1887 geboren wurde. (Vgl. IML, ZPA, NL 3/3.)

7 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

Mutter waren vom Landgericht Hamburg zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie – laut Gerichtsurteil – entwendete Waren gekauft oder für Schulden in Zahlung genommen hatten.[8] Die Höhe der Strafe stand in einem krassen Mißverhältnis zum tatsächlichen Vergehen. Ernsts Mutter wurde bereits im Mai 1893 und der Vater im Oktober 1893 »durch Decret Eines Hohen Senats«[9] vorfristig aus der Haft entlassen. Maria Thälmann verkaufte nun auf dem Markt Obst und Gemüse, das sie von ihren Verwandten aus den Vierlanden bezog, während Jan Thälmann zunächst in der Paketausgabe bei der Eisenbahn arbeitete.[10]

Mitte der neunziger Jahre eröffnete Ernsts Vater einen Grünwarenladen im Hamburger Stadtteil Eilbeck. Der Laden und die winzige Wohnung befanden sich zuerst in einem feuchten Keller, Ecke Wandsbeker Chaussee/Friedenstraße, später in der Wandsbeker Chaussee.[11]

Sinnen und Trachten von Vater und Mutter Thälmann war auf das Geschäft gerichtet; mit viel Fleiß und Ausdauer schufen sie sich eine bescheidene selbständige Existenz. Sie konnten sich schließlich Pferd und Wagen anschaffen, betrieben zusätzlich ein kleines Kohlengeschäft und führten Lohnfuhren aus.

Hier, in Hamburg-Eilbeck, verbrachte Ernst Thälmann den größten Teil seiner Schuljahre. Er war ein guter Schüler. Aber oft mußte er den Eltern im Geschäft helfen. Wenn der Vater zum Markt oder zum Güterbahnhof fuhr, Möbel transportierte oder bei den Bauern in Hamburgs Umgebung Kartoffeln und Gemüse aufkaufte, ersetzte ihm Ernst schon eine Arbeitskraft. Zum Spielen und fürs Lernen hatte der Junge kaum Zeit. »Obwohl ich meine Schularbeiten in den meisten Fällen morgens vor der Schulzeit nur machen konnte«, heißt es in Ernst Thälmanns biographischen Aufzeichnungen, die er im faschistischen Kerker niederschrieb, »war ich als tüchtiger Schüler bekannt und bei den Lehrern geachtet.«[12] Ihn interessierten am meisten Geschichte, Naturkunde, Volkskunde, Rechnen und Sport; dem Religionsunterricht konnte er keinen Geschmack abgewinnen.

8 Vgl. Hamburgischer Correspondent und Hamburgische Börsen-Halle (im folgenden: Hamburgischer Correspondent), 5. März 1892, Morgenausgabe.

9 StA Hamburg, Gefängnisverwaltung, C 18, Bd. 2, Bl. 384.

10 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1. – Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf bis zum Eintritt in die KPD. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin) (im folgenden: BzG), 1975, H. 1, S. 88.

11 Vgl. Hamburgisches Adreßbuch für 1895 und folgende Jahre. – IML, ZPA, EA 1400/1.

12 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 89.

Daheim fand der Junge wenig Verständnis für seine Wißbegier. Selbst die aus der Schulbibliothek entliehenen oder vom Taschengeld gekauften Bücher konnte Ernst nur heimlich lesen. Obwohl ihm »der Drang, immer wieder neue Bücher zu lesen, ... manche Tracht Prügel«[13] vom Vater einbrachte, las und lernte Ernst in jeder freien Minute. Besonders interessierten ihn Bücher zur Geschichte, so über die Schlacht im Teutoburger Wald, den Tiroler Freiheitskämpfer Andreas Hofer oder über die Wikinger- und Hanseatenzeit, Heldensagen und Abenteuererzählungen, wie die über Klaus Störtebeker, der in der Vorstellung des Volkes als der Beschützer der Schwachen und Ausgebeuteten lebte. Großes Interesse erweckten in ihm, angeregt durch die Schule, Werke der klassischen deutschen Literatur.

Im Geschäft und auf den Fahrten mit dem Vater traf der junge Thälmann mit Menschen verschiedener Schichten zusammen. Er begann frühzeitig, sich Gedanken über die Gegensätze zwischen arm und reich zu machen. Noch nach Jahrzehnten erinnerte er sich an die wohlhabenden Bürger und ihre gefüllten Kohlenkeller, bei denen er den Korb mit Gemüse am Dienstboteneingang abliefern mußte, und andererseits an hungrige Mitschüler, denen er von seinen Frühstücksbroten abgab, an Frauen, die Kohlen in kleinsten Mengen kauften und im Geschäft anschreiben ließen.[14]

Tief empfand der Junge die sozialen Unterschiede, aber auf seine Fragen nach den Ursachen erhielt er von den Eltern keine befriedigende Erklärung. Die Mutter, an der Ernst sehr hing, war – im Unterschied zum Vater – streng religiös. Sie vertröstete ihn auf Gott und das Jenseits. Der Vater antwortete ihm, daß es immer Arme und Reiche gegeben habe und daß es wohl auch ewig so bleiben werde. Wie er in seinen biographischen Aufzeichnungen schrieb, gehörte sein Vater »allen möglichen bürgerlichen und militärischen Vereinen an«[15]. Der Arbeiterbewegung stand er gleichgültig, wenn nicht ablehnend gegenüber. So war Ernst Thälmanns Erziehung im Elternhaus keineswegs sozialistisch. Erst in den Jahren der Weimarer Republik wandte sich Jan Thälmann der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der KPD, zu.

Stark bewegten den jungen Ernst Thälmann auch soziale und politische Ereignisse in seiner Heimatstadt und in der Welt. »Der große Ha-

13 Ebenda, S. 91.
14 Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.
15 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 91.

fenarbeiterstreik in Hamburg«, schrieb er im Herbst 1936 aus dem faschistischen Kerker an seine Tochter Irma, »das war der erste sozialpolitische Kampf, der sich für immer in mein Herz einprägte.«[16] In dem elfwöchigen Streikkampf von 18000 Hamburger Hafenarbeitern vom November 1896 bis Februar 1897 ging es um die Verkürzung der Arbeitszeit und um höheren Lohn. Er war ein Ringen gegen den »Herr im Hause«-Standpunkt der Hamburger Kapitalisten.

Der Kampf wurde von beiden Seiten erbittert geführt. Streikposten wurden verhaftet, Streikende gerichtlich verfolgt. Die Kampf- und Opferbereitschaft der Arbeiter machten den Ausstand zu einem der bedeutendsten im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts. »Jeder Arbeiter weiß jetzt«, schrieb Franz Mehring im Februar 1897 in der »Neuen Zeit«, »was er von dieser Regierung zu erwarten hat, nämlich nichts anderes als Todfeindschaft. Sie ist nur dazu da, und sie hat im Hamburger Streik gezeigt, daß sie auch nur dazu da sein will, ihre organisierten Machtmittel in den Dienst der Unternehmerklasse zu stellen, wenn es sich darum handelt, den Arbeitern eine Hebung ihrer Klassenlage auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft unmöglich zu machen.«[17]

Während des Streiks war Ernst oft im Hafen anzutreffen. Der zehnjährige Junge hörte den Gesprächen der Hafenarbeiter zu und fühlte, daß sie im Recht waren. Eines Tages, als ihn sein Vater wieder einmal zur Rede stellte, weil er sich im Hafengebiet aufgehalten hatte, antwortete Ernst: »Die Hafenarbeiter sagen, wir müßten ihnen helfen. Sie sagen, die Kohlenhändler sollten keine Kohlen verkaufen, dann werden die Einwohner von Hamburg den Streik unterstützen.« Damit war aber der Vater ganz und gar nicht einverstanden.[18]

Ebenso wie der Hafenarbeiterstreik weckten die Dreyfusaffäre in Frankreich sowie der imperialistische Krieg Englands gegen die südafrikanischen Burenrepubliken, den Oranje-Freistaat und Transvaal, in den Jahren 1899 bis 1902 »ein ungeheures, fast leidenschaftliches Interesse« bei Ernst Thälmann. »Hier empfand ich die Ungerechtigkeit in der Welt an großen anschaulichen Beispielen, wie ich es im täglichen Kindes-

16 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis an seine Angehörigen, Berlin 1965, S. 158.
17 Franz Mehring: Nach dem Hamburger Ausstande. In: Gesammelte Schriften, Bd. 14, Berlin 1978, S. 160/161.
18 Vgl. Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 63. – Wilhelm Koenen, der im gleichen Monat und Jahr wie Ernst Thälmann in Hamburg geboren wurde, berichtet in seinen Erinnerungen ebenfalls, daß der Hafenarbeiterstreik für ihn »als Zehnjährigen das erste tiefe politische Erlebnis« wurde. (IML, ZPA, NL 74.)

leben nur im Kleinen erlebt hatte ... stärker als sonst veranschaulichten sie es, daß etwas faul im Staate Dänemark sein müsse.«[19]

Sooft es seine knapp bemessene Freizeit erlaubte, besuchte Ernst in den letzten Schuljahren Schülerveranstaltungen in den Hamburger Theatern. Er sah Kleists »Prinz von Homburg«, Goethes »Götz von Berlichingen«, Schillers »Räuber«, »Don Carlos«, die Wallenstein-Trilogie sowie »Maria Stuart«. Am nachhaltigsten aber beeindruckte ihn »Wilhelm Tell«. Jahrzehnte später erinnerte er sich, wie die Schillerschen Freiheitsideen seine Zweifel zerrissen, so daß sich seine Gedanken viel freier und selbstbewußter entwickelten.[20]

Nach dem Besuch von sieben Klassen – die Hamburger Volksschulen waren siebenstufig – wurde Ernst Thälmann wegen seiner guten Leistungen in die Selekta übernommen. Das hamburgische Volksschulwesen galt damals wegen dieser Einrichtung und des verhältnismäßig hohen Unterrichtsniveaus als vorbildlich in Deutschland. In der Selekta wurden die besten Absolventen der siebenten Klassen zusammengefaßt und von Fachlehrern unterrichtet. »Dieses Jahr war für die beteiligten Schüler«, erinnert sich Wilhelm Koenen, der im gleichen Jahr wie Ernst Thälmann eine Selekta in Hamburg besuchte, »das froheste und ertragreichste der ganzen Schulzeit, da wurde wirklich der Blick geweitet.«[21] Die »freigeistige Erziehung«[22] durch manche Lehrer übte auf Ernst Thälmann nachhaltigen Einfluß aus.

Aus den Reihen der Selektaner holten sich die Hamburger Handelsfirmen den Nachwuchs für ihre Kontore, für Kalkulationsbüros und Meisterstellen. »So sicherten diese Herren sich die besten jungen Kräfte der armen Schichten für ihre Geschäfte«, schreibt Wilhelm Koenen. »Nebenbei entzogen sie damit der Arbeiterschaft systematisch geeignete Köpfe. Jahr für Jahr wurde eine Oberschicht der proletarischen Jugend abgehoben und sozial korrumpiert.«[23]

Bei Ernst Thälmann ging diese Rechnung jedoch nicht auf. Sein Wunsch war es, nach der Schulentlassung einen handwerklichen Beruf zu erlernen oder vielleicht auch Lehrer zu werden. Er wurde ihm aber

19 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 90. – Im Dezember 1894 wurde in Frankreich der jüdische Generalstabsoffizier Alfred Dreyfus auf Grund gefälschten Anklagematerials zu lebenslänglicher Deportation verurteilt.

20 Vgl. ebenda.

21 IML, ZPA, NL 74.

22 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 89.

23 IML, ZPA, NL 74.

von den Eltern nicht erfüllt, obwohl sie finanziell inzwischen dazu in der Lage gewesen wären. Aber »der Vater war der festen Meinung, daß ein Verbleiben in seinem damals gutgehenden Geschäft für mich ebenso nützlich sein würde wie Lehrjahre zum Erlernen eines Handwerks oder [ein] Studium«[24], schrieb Ernst Thälmann später.

Um die Zeit seiner Schulentlassung – Ostern des Jahres 1900 – hatte Ernst Thälmann ein Erlebnis, das ihm noch im faschistischen Kerker plastisch vor Augen stand. Große rote Plakate luden die schulentlassene Jugend zu einer Feier. Ernsts Entschluß hinzugehen brachte ihn zum ersten Mal mit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Berührung. »Der große Saal war brechend voll«, erinnerte er sich. »Ich staunte, und ich war begeistert. Alles nur Jugendliche von meinem Alter. Was für eine Masse, welches Feuer, welches Temperament, welche Begeisterung ... Was war die Konfirmation in der Ruckteschell-Kirche in Eilbeck doch ein kleines Erlebnis dagegen!«[25] Der Redner wurde mit brausendem Beifall begrüßt. Er schilderte das schwere Los der Arbeitereltern und ihrer Kinder, sprach von der Bedeutung der vor den Jungen und Mädchen liegenden Lebensjahre und gab in einfachen Worten einen kurzen Überblick über die Lage und die Aufgaben der Arbeiterjugend. »Euer Leben« – so etwa sagte er – »beginnt ernster zu werden, einzeln seid ihr nichts, geschlossen und vereint seid ihr alles!«[26] Er rief die Jugend auf, für Wahrheit und Recht zu kämpfen, für die heilige Sache des Sozialismus. Zum ersten Mal erlebte Ernst Thälmann die tiefe Wirkung eines gemeinsam gesungenen Kampfliedes der Arbeiterklasse. Nach der Veranstaltung erstand er für 20 Pfennig seine erste sozialistische Broschüre und las sie noch am selben Tag.

Nach der Schulentlassung arbeitete Ernst Thälmann noch zwei Jahre im elterlichen Geschäft. Aber der endlose Arbeitstag mit seiner bedrückenden Plackerei behagte ihm immer weniger. Die fragwürdige Selbständigkeit des kleinen Geschäftsmannes reizte ihn nicht.

Wenn Altersgenossen, die einen Beruf erlernten, abends plaudernd vor den Türen standen, war Ernst noch mit Pferd und Wagen unterwegs oder hatte im Stall oder Lager zu tun. Es erschien seinem Vater jetzt erst recht als Zeitverschwendung, wenn der Junge über den Büchern saß. Von dem

24 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 91.

25 Ebenda, S. 92. – Friedenskirche in Hamburg-Eilbeck, hier nach dem Pfarrer Nicolai von Ruckteschell benannt.

26 Ebenda.

kärglichen Taschengeld sollte Ernst noch etwas sparen. Er mußte Vorwürfe anhören, wenn er am Wochenende mit Freunden ausgegangen war. Die Spannungen zwischen dem lebenslustigen Jungen und dem strengen Vater, zwischen dem Sohn, den die Ideen der politischen Freiheit und sozialen Gerechtigkeit anzogen, und dem Vater, dem die Festigung seiner kleinbürgerlichen Existenz über alles ging, wurden immer größer. Ernst war fast 16 Jahre alt, als er eines Tages von der Mutter Abschied nahm und mit der festen Versicherung, er werde den Eltern keine Schande machen, aber auch nicht reumütig als verlorener Sohn zurückkehren, von zu Hause fortging.[27]

Für Ernst Thälmann begann ein neuer Lebensabschnitt, sein Übergang in die Reihen der Arbeiterklasse. Im Januar 1944 schrieb er über die Folgen dieses Schrittes für sein Leben: »Wenn alles anders kam, als sie (die Eltern – *d. Verf.*) es beabsichtigten, so hatte das sein Gutes. Denn dadurch wurde ich der, der ich bin.«[28]

2

»Wir haben den Kampf aufgenommen«

Ernst Thälmanns Entschluß, das kleinbürgerliche Elternhaus zu verlassen und sich auf eigene Füße zu stellen, fiel in eine Zeit, als sich der Übergang zur imperialistischen Etappe des Kapitalismus vollzogen hatte. Wie in den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern ging auch in Deutschland der Konzentrationsprozeß in Industrie und Bankwesen, der zur Monopolbildung führte, und die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital in raschem Tempo vor sich. Der deutsche Imperialismus zeichnete sich infolge seiner verspäteten Entwicklung und der engen Verflechtung von Finanzkapital und reaktionärem preußischem Junkertum durch besondere Aggressivität und Raubgier aus.

Hamburger Werften, wie die Vulcanwerft, Blohm & Voß und die

27 Vgl. ebenda, S. 93/94. – IML, ZPA, NL 6/2.
28 IML, ZPA, NL 3/18.

Reiherstieg-Werft, entwickelten sich stürmisch. Die Flottenrüstung des deutschen Imperialismus brachte den Aktionären riesige Profite. Die von Albert Ballin, einem engen Vertrauten Kaiser Wilhelms II., geleitete Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft, die HAPAG, wurde 1914 zur größten Reederei der Welt.

Für den sechzehnjährigen Ernst Thälmann war es aber zunächst nicht leicht, Arbeit zu finden, denn die kapitalistische Wirtschaft war 1900 von einer ihrer periodischen Krisen erfaßt worden, die 1902 noch anhielt. Glück hatte er, als er nach einigen Tagen des Umherirrens – die Nächte hatte er im Concordiahaus, einem Obdachlosenasyl, zugebracht – einen Regisseur des Ernst-Drucker-Theaters, einer volkstümlichen plattdeutschen Schaubühne im Stadtbezirk St. Pauli, kennenlernte. »Er hatte Mitleid mit mir, als ich so verhungert umherstreifte, und fragte seine schon 78 Jahre alte Mutter, ob ich dort mit schlafen könnte«, schrieb Ernst Thälmann in seinen biographischen Aufzeichnungen. Obwohl die alte Frau in einer winzigen Kellerwohnung in Altona lebte, nahm sie ihn auf. Ihre mütterliche Fürsorge berührte ihn tief. »Wie so oft habe ich in diesen Wochen gedacht, ein Bourgeois hätte mir bestimmt kein Quartier angeboten und gegeben.« Ernst Thälmann half zunächst den Bühnenarbeitern des Ernst-Drucker-Theaters für ein kleines Entgelt bei der Arbeit und hielt sich damit, »so gut es ging, eine Zeitlang über Wasser«.[1] Morgens ging er regelmäßig auf Arbeitsuche, und schließlich bekam er Arbeit im Hamburger Hafen.

Dort arbeitete Ernst Thälmann zunächst einzelne Tage in der Woche bei einer wegen ihrer Lohndrückerei berüchtigten Speicher- und Lagerhausfirma, »einer Ausbeutungsfirma ersten Ranges, bekannt als eine der am schlechtesten zahlenden Firmen im Hamburger Hafen«. Wie skrupellos vor allem die jugendlichen Arbeiter ausgepreßt wurden, erfuhr er am eigenen Leibe, als er in einer Guano- und Fischmehlmühle auf dem Reiherstieg schuftete, die unter den Hamburger Arbeitern allgemein als »Knochenmühle« verrufen war. »Hier bekam ich den ersten gründlichen Anschauungsunterricht vom kapitalistischen Ausbeutungssystem und seinen Methoden.«[2] Ernst Thälmann fiel auf, daß die Jungarbeiter bei gleicher Leistung viel weniger Lohn erhielten als die älteren und daß selbst die erwachsenen Arbeiter hier schlechter verdienten als anderswo. Die meisten Arbeiter dieser Betriebe waren nicht in den Gewerkschaften

1 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 94, 95.
2 Ebenda, S. 95.

organisiert, und die Unternehmer waren daher nicht gezwungen, Tariflöhne zu zahlen.

Bedrückend empfand Ernst Thälmann die Kluft, die zwischen den gewerkschaftlich organisierten und den unorganisierten Arbeitern bestand. »Die Arbeiter, die in diesen Betrieben arbeiteten – obwohl auch organisierte darunter waren –, wurden im allgemeinen von der Hafenarbeiterschaft verspottet und mit scheelen Augen angesehen. Wer nicht gewerkschaftlich organisiert war, wurde als ›Wilder‹, als ›Blauer‹ betrachtet und war in den Hafenarbeiterkreisen nicht geachtet.«[3]

Die selbst erlebte kapitalistische Ausbeutung öffnete Ernst Thälmann endgültig die Augen für die tiefen Klassengegensätze, die die Gesellschaft prägten, in der er lebte. Sein Gerechtigkeitssinn und nicht zuletzt die Wahlagitation der Sozialdemokratie zu den bevorstehenden Reichstagswahlen ließen Ernst Thälmann sehr bald den entscheidenden Schritt für sein späteres Leben tun: Am 15. Mai 1903, ein Jahr, nachdem er das Elternhaus verlassen hatte, trat er der Sozialdemokratischen Partei bei.[4] Diesen Entschluß faßte der Siebzehnjährige aus innerster Überzeugung.

Die Sozialdemokratie Hamburgs zählte im Jahre 1903 knapp 16 500 Mitglieder, darunter nur etwa 300 Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren.[5] Jungarbeiter, die wie Ernst Thälmann nicht aus einem mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Elternhaus stammten, dürften damals eine Ausnahme in der Partei gewesen sein.

Hamburg war eine Hochburg der Sozialdemokratie. Schon bei den Reichstagswahlen im April 1880 – eineinhalb Jahre nach der Annahme des »Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, des Sozialistengesetzes, im Reichstag – war einer der drei Hamburger Wahlkreise an die Sozialdemokratie gefallen, und seit 1883 wurde August Bebel in einem weiteren Wahlkreis, mit einer kurzen Unterbrechung, stets wiedergewählt. Seit 1890 wählten alle drei hamburgischen Reichstagswahlkreise »rot«. Von Mal zu Mal stieg die Zahl der Stimmen, die für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden. Und am 16. Juni 1903, vier Wochen nachdem Ernst Thälmann Mitglied der Partei geworden war, gehörte er zu denen, die den bisher

3 Ebenda, S. 96.

4 Vgl. ebenda.

5 Vgl. Sozialdemokratische Partei in Hamburg. Jahres-Bericht der vereinigten Vorstände der drei Sozialdemokratischen Vereine und Einzelberichte (im folgenden: Sozialdemokratische Partei in Hamburg), Geschäftsjahr 1904, Hamburg 1905, S. 17.

größten Triumph der Sozialdemokratie in der Hansestadt feierten: Etwas mehr als 100 000 Wähler hatten für die Partei August Bebels gestimmt, während alle anderen Parteien zusammen nur etwa 61 000 Stimmen erhalten hatten.[6]

Acht Monate nach seinem Eintritt in die Partei, am 1. Februar 1904, wurde Ernst Thälmann Mitglied des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, des späteren Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.[7] Er hatte selbst erfahren, daß die Arbeiter nur dann erfolgreich für die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen können, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren, um den Ausbeutern geschlossen gegenüberzutreten. »Meine Mitgliedschaft zur Organisation betrachtete ich nicht als Muß-Mitgliedschaft, sondern sie war eine überzeugte, die mir auch Pflichten auferlegte und die ich sofort bereit war, entsprechend meinen geistigen Fähigkeiten zu erfüllen«[8], beurteilte Ernst Thälmann rückblickend den Beginn seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Mit dem Eintritt in Partei und Gewerkschaft tat sich Ernst Thälmann eine neue Welt auf. Regelmäßig besuchte er deren Versammlungen. Seine politischen Informationen erhielt er aus dem sozialdemokratischen »Hamburger Echo«, das Ende 1904 etwa 40 000 Abonnenten zählte[9]. Besondere Erlebnisse waren für ihn die großen Demonstrationszüge und Versammlungen an jedem 1. Mai und das Auftreten solcher bekannten Arbeiterführer wie August Bebel.

Wie die Arbeiter in ganz Deutschland begrüßten auch die Hamburger Arbeiter die Revolution in Rußland von 1905. »Die russische Revolution ist unsre Sache«[10], stellte Karl Liebknecht am 12. Februar 1905 in Leipzig fest, und so empfanden es die fortgeschrittenen Arbeiter. Sie solidarisierten sich mit dem Kampf der russischen Klassenbrüder und schöpften aus ihm Kraft für die Auseinandersetzungen mit den Herrschenden des eigenen Landes. Der Gedanke des politischen Massenstreiks ergriff viele Hamburger Arbeiter. Sie jubelten Rosa Luxemburg zu, als sie am 14.

6 Vgl. Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1907. Neu bearb. von Dr. Fritz Specht und Paul Schwabe, Berlin 1908, S. 294–296.

7 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 96. – IML, ZPA, NL 3/3.

8 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 96.

9 Vgl. Sozialdemokratische Partei in Hamburg, Geschäftsjahr 1904, S. 11.

10 Karl Liebknecht: Der Kampf im Ruhrrevier und die Revolution in Rußland. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Berlin 1958, S. 131.

November 1905 in Hamburg über den Massenstreik sprach und Rußland als »das soziale Gärungselement für ganz Europa«[11] bezeichnete.

Zwei Monate später führten die Hamburger Arbeiter den ersten politischen Massenstreik in Deutschland. Er richtete sich gegen die beabsichtigte weitere Verschlechterung des Wahlrechts zur Bürgerschaft für die Arbeiter.[12] Aber es ging nicht allein darum. Die wachsende Teuerung hatte die Not der Arbeiterfamilien verschlimmert. Der Schwung der russischen Revolution riß die Massen mit, und unter ihrem Druck riefen die Führungen der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften in Hamburg zu einer Aktion auf, die zum politischen Höhepunkt für die Hamburger Arbeiterbewegung jener Jahre wurde.

Am 17. Januar 1906, dem »roten Mittwoch«, gaben mittags die Sirenen der Schleppdampfer und vieler Fabriken das Signal. Die Hafenarbeiter und Werktätige anderer Betriebe verließen ihre Arbeitsplätze und demonstrierten – trotz Bedrohung durch Polizei und Militär – zu den Sälen, in denen die von der Partei einberufenen öffentlichen Versammlungen für ein demokratisches Wahlrecht stattfinden sollten. Nach den Kundgebungen bildeten sich auf den Straßen wiederum große Demonstrationszüge und überfluteten die innere Stadt, wo im Rathaus die Bürgerschaft die Wahlrechtsverschlechterung beriet. Und mit den Zehntausenden zog Ernst Thälmann, tief beeindruckt von der Wucht und Geschlossenheit der Massenbewegung.[13] Zwar konnte der Anschlag der Bourgeoisie auf das Wahlrecht nicht verhindert werden; das minderte aber nicht die Bedeutung des Streiks für die Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiter.

In diesem Jahr wurde die Polizeibehörde in Hamburg auf den jungen Sozialdemokraten und aktiven Gewerkschafter Ernst Thälmann aufmerksam. Im September 1906 legte die Politische Polizei eine Akte über ihn an. Er war damals Mitglied der Sektion Möbeltransporteure im Transportarbeiter-Verband. Schon die ersten Eintragungen zeigen, daß Ernst Thälmann nachdrücklich die Interessen seiner Kollegen vertrat. Über sein Auftreten auf einer Versammlung der Sektion am 10. September 1906

11 Hamburger Echo, 16. November 1905.

12 Im Jahre 1904 waren trotz des reaktionären Wahlrechtes 13 Sozialdemokraten in die Bürgerschaft gewählt worden, was die Bourgeoisie zur Vorlage des Entwurfs für ein neues Wahlrecht veranlaßte, um die weitere Zunahme der Sitze der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft zu verhindern. (Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.)

13 IML, ZPA, NL 6/2; EA 1400/1.

heißt es: »Beteiligt sich an der Debatte betr. die Verhandlungen der Lohnkommission mit der Vereinigung der Möbeltransporteure.«[14] Ernst Thälmann kritisierte scharf das Verhalten der gewerkschaftlichen Kommission bei den Verhandlungen mit den Unternehmern. »Jede Gewerkschaft«, sagte er, »sorgt doch für Verkürzung der Arbeitszeit. Unsere Kommission aber führt eine längere Arbeitszeit ein, und zwar 11 Stunden. Das geht nicht. Ein Lohn von 5,50 M geht nicht; für die Stunde 50 Pfennige ist viel zuwenig.« Die Kommission sei von den Unternehmern »übers Ohr gehauen« worden. Ernst Thälmann sprach die Hoffnung aus, »daß wir heute abend diesen Lohntarif nicht annehmen, und wenn es auch zum Streik kommt«. Er schloß seine Ausführungen: »Leicht ist es nicht, denn die Möbeltransportarbeiter sind schlecht organisiert... Ob die neuen Mitglieder treu zur Fahne halten, ist eine Frage. Wir hoffen aber, daß sie es tun, und da wollen wir den Kampf durchführen und nicht mit diesem Tarif nach Hause gehen!«[15] Mit Bravorufen stimmten die Anwesenden Ernst Thälmann zu.

Auch in einer Versammlung am 14. September sprach er in der Diskussion über die Lohnbewegung. »Wir legen den Herren morgen früh unseren Lohntarif vor«, sagte er, »den müssen sie unterschreiben, sonst treten wir in den Streik ein.«[16] Am 24. September sprach Ernst Thälmann für die Weiterführung des inzwischen begonnenen Streiks. Er beantragte, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten: »Wir haben den Kampf aufgenommen und müssen ihn auch zu Ende führen.«[17] Der Ausstand endete mit einem Erfolg. Der größte Teil der Unternehmer mußte die Forderungen der Streikenden anerkennen. Über die Betriebe, die die Forderungen ablehnten, wurde die Sperre verhängt, das heißt, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurden aufgefordert, in diesen Betrieben keine Arbeit aufzunehmen.[18]

Anfang Oktober 1906 wurde Ernst Thälmann zum Schleswig-Holsteinischen Fußartillerie-Regiment Nr. 9 nach Ehrenbreitstein einberufen. Er ging als bewußter Gegner des Militarismus zum Heer und galt bei den Vorgesetzten als »Roter«. Aber Ernst Thälmann blieb nicht lange Soldat.

14 StA Hamburg, Die Polizeibehörde Hamburg, Abt. IV. Politische Polizei (im folgenden: Abt. IV), Nr. 14558. (Es handelt sich um den Dossier über den »Kutscher Ernst Johann Fritz Thälmann«.)

15 Ebenda, Abt. IV, V 236 VI.

16 Ebenda.

17 Ebenda.

18 Vgl. Hamburger Echo, 25. September 1906.

Seine Vorgesetzten befürchteten, wie Rudolf Lindau berichtet, daß er auch seine Kameraden in diesem »negativen« Sinne beeinflussen könnte, und suchten ihn möglichst schnell loszuwerden. Als Ernst Thälmann infolge der fortgesetzten Schikanen erkrankte, war dies der erwünschte Vorwand, ihn – wie es im Militärpaß heißt – »als dienstunbrauchbar« in die Reserve zu versetzen. Anfang Januar 1907 kehrte er nach Hamburg zurück.[19]

Inzwischen hatte er sich mit seinem Vater ausgesöhnt. Dieser bot ihm ein Zimmer an, und Ernst zog wieder in die Wandsbeker Chaussee.[20] Zeitweilig arbeitete er auch im Betrieb seines Vaters, wofür er jetzt aber wie alle anderen Beschäftigten bezahlt wurde. »Das Verhältnis war dann so«, heißt es in den biographischen Aufzeichnungen, »wie es nicht besser sein konnte, und ich habe es niemals bedauert, so gehandelt zu haben.«[21]

Schon lange trug sich Ernst Thälmann mit dem Gedanken, zur See zu fahren, um sich in der Welt umzusehen. Am 2. Oktober 1907 heuerte er auf dem Dampfschiff »Amerika«, das die Nordatlantikroute befuhr, als Kohlentrimmer an. Für diese Arbeit, die nur kräftige Männer leisten können, wurden neben der eintönigen und keineswegs reichlichen Verpflegung ganze 60 Mark im Monat gezahlt. Dennoch bedauerte es Ernst Thälmann nicht, als er Weihnachten 1907 abmusterte, auch das Leben auf See kennengelernt zu haben. Bei den kurzen Aufenthalten an Land beeindruckten ihn das riesige Ausmaß der amerikanischen Groß- und Hafenstädte und der technisch-industrielle Fortschritt im Lande. Unauslöschlich blieben ihm aber auch die Elendsviertel von New York und die schmachvolle Behandlung der Negerbevölkerung in den USA im Gedächtnis.[22]

19 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2; DF VII/40; NL 6/2.

20 Im Januar 1904 wohnte Ernst Thälmann noch Hammer Steindamm 23, bei Mohr. (Vgl. StA Hamburg, Abt. IV, S 2147, Bd. 1.) – Im September 1906 wohnte er wieder bei den Eltern. (Vgl. ebenda, Abt. IV, V 236 VI.) – Auch nach der Rückkehr vom Militär meldete er sich am 5. Januar 1907 in der elterlichen Wohnung an. (Vgl. IML, ZPA, 3/2.)

21 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 100.

22 Vgl. IML, ZPA, NL 3/3; NL 6/2. – Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 26/27.

3

Vertrauensmann seiner Kollegen

In Hamburg arbeitete Ernst Thälmann dann wieder in verschiedenen Berufen, als Speicherarbeiter im Hafen, als Schauermann bei der Kohlenbunkerei, auf dem Bau, in Möbeltransportfirmen sowie als Kutscher in Wäschereien.[1] Überall trat er als Interessenvertreter seiner Arbeitskollegen auf. Auf zahlreichen Gewerkschaftsversammlungen und als Mitglied von Kommissionen, die im Auftrag der Gewerkschaft mit den Unternehmern neue Tarifverträge aushandelten, setzte er sich für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen und für die Unterstützung der Erwerbslosen ein. Dabei kam es zu ersten Auseinandersetzungen Ernst Thälmanns mit reformistischen Gewerkschaftsfunktionären.[2]

In dieser Zeit hatten die Reformisten in den Gewerkschaften schon feste Positionen erobert. Viele Gewerkschaftsfunktionäre in der Generalkommission der freien Gewerkschaften, in den Vorständen der einzelnen Gewerkschaftsverbände, aber auch in den örtlichen Vorständen lehnten die Marxsche Lehre vom Klassenkampf und von der sozialistischen Revolution ab. Sie bestritten entschieden, daß es notwendig sei, auf revolutionäre Weise um die Eroberung der politischen Macht, um die Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für den Sozialismus zu kämpfen, und behaupteten, die kapitalistische Gesellschaft werde sich allmählich in eine sozialistische umwandeln. Daher beschränkten sie die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen auf ökonomische Kämpfe, verbreiteten den Standpunkt politischer Neutralität und orientierten in der praktischen Gewerkschaftsarbeit mehr und mehr auf friedliche Vereinbarungen mit den Unternehmern. Die führende Rolle der Partei gegenüber den Gewerkschaften verneinten sie. W. I. Lenin schrieb im Jahre 1905 dazu, »daß sich sogar in Deutschland, wo die Traditionen des Marxismus und sein Einfluß am stärksten sind, in den Gewerkschaftsverbänden – wohlgemerkt in den *sozialdemokratischen* Gewerkschaftsverbänden – *antisozialistische* Tendenzen entwickeln, Tendenzen zum ›reinen

1 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 99.

2 Bisher liegen für die Zeit bis zum ersten Weltkrieg etwa 50 Hinweise über das Auftreten Ernst Thälmanns auf Gewerkschaftsveranstaltungen vor.

Trade-Unionismus‹ im englischen, d. h. im unbestreitbar bürgerlichen Geist«[3].

Als Speicherarbeiter im Hamburger Hafen hatte Ernst Thälmann die Arbeitsbedingungen besonders der jugendlichen Arbeiter gründlich kennengelernt. Die jungen Transportarbeiter im Hafen waren gewerkschaftlich kaum organisiert, und die meisten Funktionäre in der Ortsverbandsleitung waren an einer aktiven Mitarbeit der Jugendlichen auch nicht interessiert. Initiativen »von unten« empfanden die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten als störend. Auf die Mahnungen Ernst Thälmanns, mehr für die arbeitende Jugend zu tun, antworteten die meisten Gewerkschaftsfunktionäre nur mit Ausreden. Da tat er sich mit einigen Jugendgenossen zusammen und forderte, eine öffentliche Versammlung der Jungarbeiter einzuberufen. Als die Gewerkschaftsführer wieder Ausflüchte gebrauchten, begann die kleine Gruppe um Ernst Thälmann, für die Saalmiete zu sammeln, und rief mit Handzetteln zu der Versammlung auf.

Hier zeigten sich bereits Charaktereigenschaften, die für Ernst Thälmann kennzeichnend waren: Wenn er eine Sache als richtig und notwendig erkannt hatte, packte er sie energisch an und setzte sie auch gegen Widerstände durch. Die Versammlung wurde ein überraschender Erfolg. »650 bis 700 Jugendliche erschienen in der Wandelhalle des Gewerkschaftshauses«, berichtete Ernst Thälmann. »Unsere Arbeit hatte Früchte getragen. 200 Mann wurden in die gewerkschaftliche Organisation aufgenommen, außerdem auch Aufnahmen in die Jugendorganisation der Partei [gemacht]. Alle [neuen Mitglieder] hatten wir jetzt namentlich in den Listen, und alle wurden zu Hause aufgesucht und bezirksweise zusammengefaßt und größtenteils zu aktiven Kämpfern erzogen... Die nächste Generalversammlung war in der Mehrzahl von Jugendlichen besetzt. Die Alten waren erstaunt und teilweise erfreut über diese Überraschung... Der Antrag, eine Jugendsektion des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zu gründen, wurde mit großer Mehrheit angenommen und der Ortsverwaltung zur sofortigen Durchführung überwiesen.«[4]

Rudolf Lindau, damals sozialdemokratischer Jugendfunktionär in

3 W. I. Lenin: Der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Werke, Bd. 9, S. 287/288.

4 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 98. – Die Bildung der Jugendsektion erfolgte wahrscheinlich Ende 1908. (Vgl. StA Hamburg, Abt. IV, S 2021, Bd. III.)

Hamburg, erinnert sich an eine Versammlung des Transportarbeiter-Verbandes 1908, auf der Ernst Thälmann in der Diskussion sprach. In der Versammlung ging es um die Rechte der Mitglieder der Jugendsektion. »Ernst Thälmann war kein zungengewandter, auf rednerische Effekte bedachter Redner«, schreibt Rudolf Lindau. »Er sprach nicht ›wie gedruckt‹, und wenn ein Satz zu lang geriet, hatte er nicht immer einen grammatisch einwandfreien Schluß. Ernst Thälmann redete in Tatsachen, aus denen er Schlüsse zog, die von jedem Arbeiter verstanden wurden. Seine Vergleiche und Werturteile waren immer treffend, oft derb, rücksichtslos und nicht immer salonfähig, besonders dann, wenn er in die plattdeutsche Mundart verfiel... Da Ernst Thälmann über das schwere Leben und den Kampf der Arbeiter aus vollem Herzen sprach, geriet er schnell in Hitze, verstärkte unwillkürlich seine kräftige Stimme und begleitete seine Argumente oft mit Faustschlägen auf das Rednerpult.

Ernst Thälmann sprach von der Lage der jungen Transportarbeiter, die ausgebeutet wurden wie die älteren Arbeiter, aber viel weniger Lohn bekamen... Sie müßten, so forderte Ernst Thälmann, als Gewerkschaftsmitglieder auch die gleichen Rechte haben. Die Redezeit war abgelaufen. Der erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Hamburg, Wilhelm Gaack, ließ die Glocke anklingen: ›Kollege Thälmann, die Redezeit ist überschritten!‹ Ohne seine Rede zu unterbrechen, machte Ernst Thälmann mit der linken Hand eine abwehrende Bewegung zum Vorsitzenden, und aus der Versammlung kamen kräftige Rufe: ›Weiterreden!‹

Nach ein paar Minuten stand Gaack auf, schob seinen Bauch über die Tischkante und schwang die Glocke: ›Kollege Thälmann, du mußt zum Schluß kommen.‹ Die Antwort waren vielstimmige heftige Protestrufe: ›Weiterreden!‹ Als er sich wieder verständlich machen konnte, fuhr Ernst Thälmann, dem Vorsitzenden halb zugewandt, fort: ›Ich komme zum Schluß!‹ und sprach noch einige Minuten temperamentvoll und ungestört weiter, um dann unter donnerndem Beifall zu schließen.«[5]

Wie Ernst Thälmann die Anliegen seiner Kollegen zu den seinigen machte, zeigte sich während seiner Tätigkeit als Kutscher und vom Sommer 1909 bis Sommer 1910 als Expedient im Wäschereibetrieb von Gustav Welscher in Wandsbek. Es war sein Verdienst, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes gewerkschaftlich organisierten. Er setzte für seine Kollegen soziale Rechte durch und machte auch Vorschläge für die Erleichterung und zweckmäßigere Gestaltung der

5 Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 36/37.

Arbeit. Als ihm der Unternehmer den Posten eines Geschäftsführers anbot, ihn aber gleichzeitig aufforderte, seine Gewerkschaftsfunktion im Betrieb aufzugeben und seine politische Tätigkeit einzustellen, lehnte Ernst Thälmann ab. Seine politische Überzeugung war ihm mehr wert als eine gut bezahlte Position im Betrieb. Ernst Thälmann kündigte und arbeitete wieder als Kutscher in einer anderen Wäscherei.[6]

Der Weggang von Welscher brachte – wie Ernst Thälmann schrieb – »ein neues Glück« in sein persönliches Leben. In seiner neuen Arbeitsstelle lernte er Rosa Koch, seine spätere Frau, kennen, die hier als Plätterin arbeitete. Sie war als Tochter eines Schuhmachermeisters mit ihren sieben Geschwistern in Bargfeld (Holstein) aufgewachsen.[7] Sonntags gingen Ernst und Rosa ins Kino oder in ein Tanzlokal. »Häufig fuhren wir zu zweit oder mit seinen nächsten Freunden an die Elbe, manchmal ins Grüne, in den Wald«[8], erzählte Rosa später. Ernst nahm auch Einfluß auf die politische Entwicklung Rosas. Sie hatte bis dahin noch keinerlei Anteil am Kampf der Arbeiterklasse genommen. »Erst als ich in meinem Betrieb, der Hamburger Wäscherei ›Frauenlob‹, mit Ernst Thälmann . . . zusammentraf, gingen mir die Augen auf. Ein Streik unserer Belegschaft endete siegreich mit einer Lohnerhöhung. Dieses Ereignis feierten wir am 1. Mai.«[9] Auch Maria Klühn berichtet, wie Ernst in seiner neuen Arbeitsstelle für die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen eintrat und sie davon überzeugte, daß sie für ihre Rechte kämpfen müssen. »Eines Tages sagte er zu mir: ›Du, Mariechen, wie streikt morgen.‹ Ich verstand das ja nicht, was das ist, 'n Streik. Er hat mir und den anderen Mädchen das dann alles erklärt.«[10]

Ernst Thälmann vertrat nicht nur die wirtschaftlichen Interessen seiner Arbeitskollegen; in seinen Reden und in den Anträgen, die er auf Gewerkschaftsversammlungen einbrachte, setzte er sich für die Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften, für die Festigung der Solidarität der Arbeiter untereinander und für die Erweiterung der innergewerkschaftlichen Demokratie ein.

Je mehr sich der Klassenkampf verschärfte, desto dringender wurde es, die Zersplitterung der Gewerkschaften zu überwinden. So schlossen

6 Vgl. StA Hamburg, Arbeitsverwaltung, Personalakten, 76. – Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 99.

7 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 99, 88.

8 Zit. in Евгения Сатулла: В семье Эрнста Тельмана, Moskau 1964, S. 12.

9 Thälmanns Frau und Tochter erzählen. In: Tägliche Rundschau (Berlin), 1. Mai 1951.

10 IML, ZPA, EA 1400/1.

sich im Jahre 1910 die Gewerkschaften der Seeleute und der Hafenarbeiter mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband zusammen. Diese Zentralisierung konnte aber nur dann die Kampfkraft der Gewerkschaften erhöhen, wenn durch sie nicht der Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie gestärkt, sondern vielmehr die Gewerkschaftsdemokratie gewahrt und erweitert wurde. Ernst Thälmann setzte sich deshalb dafür ein, daß nach wie vor alle wichtigen Entscheidungen in den Mitgliederversammlungen gefällt wurden. Als im August 1911 Hamburger Funktionäre des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes den Mitgliedern den »Entwurf zu einem Reglement für die Zusammensetzung der örtlichen Generalversammlung der Verwaltung Hamburg I« zur Diskussion vorlegten, trat Ernst Thälmann in mehreren Versammlungen gegen den Vorschlag auf, ein Delegiertensystem einzuführen. Er befürchtete, daß hierdurch der Einfluß reformistischer Gewerkschaftsfunktionäre gefestigt würde, die in der Ortsverwaltung bereits über beträchtliche Positionen verfügten.[11] Er betonte, daß Delegierte »nie die scharfe Opposition«[12] treiben würden, wandte sich darum gegen eine Gängelung der Mitglieder und forderte, daß diese auf der Generalversammlung selbst zu Wort kommen müßten. Im August 1911 führte Ernst Thälmann im »Hamburger Echo« eine Diskussion mit dem Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbandes Max Hegemann über diese Frage. Das war sein erster Beitrag in der Parteipresse.[13]

In seiner gesamten Gewerkschaftsarbeit gab Ernst Thälmann ein Beispiel, wie in den Gewerkschaften tätige Parteimitglieder ihre gewerkschaftlichen Aufgaben eng mit der Erläuterung der Politik der Arbeiterpartei verbanden. Auf einer Transportarbeiterversammlung am 16. November 1911 wies er darauf hin, daß in Anbetracht des Reichstagswahlkampfes Gewerkschaftsangelegenheiten zurückgestellt werden müßten. Es müsse gelingen, einen Reichstag zu schaffen, dessen Zusammensetzung dafür bürge, daß keine Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften zustande kämen. Ernst Thälmann protestierte dagegen, daß Sozialdemokraten auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu drakonischen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Zum Schluß forderte er die Anwesenden unter brausendem Beifall auf, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten.[14]

11 Vgl. Hamburger Echo, 13. August 1911.

12 Ebenda, 11. März 1913.

13 Vgl. Ernst Thälmann: Erklärung. In: Ebenda, 24. August 1911.

14 Vgl. ebenda, 25. November 1911.

Durch seinen beharrlichen Einsatz für die Interessen der Arbeiter errang Ernst Thälmann immer mehr die Sympathie und das Vertrauen seiner Kollegen. Sie übertrugen ihm wichtige ehrenamtliche Funktionen. Im August 1909 wählten sie den Dreiundzwanzigjährigen zum zweiten Leiter der Sektion Kutscher aller Branchen, und im Februar 1910 bestätigten sie ihn in dieser Funktion.[15] Nach der Änderung der Organisationsstruktur des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wurde er im Februar 1911 zum stellvertretenden Branchenleiter der Kutscher in der Sektion Transportarbeiter gewählt, im Juni 1912 zum Schriftführer der Branchenleitung Kutscher und im Februar 1914 zum ersten Branchenleiter.[16] Außerdem war er Delegierter des Gewerkschaftskartells.[17] 1911, 1912 und 1914 wählte ihn die Generalversammlung seiner Gewerkschaft als Beisitzer in die Ortsverwaltung Hamburg I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.[18]

Im Juni 1912 nahm Ernst Thälmann als Delegierter am Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Breslau teil. Wie schon in Hamburg wandte Ernst Thälmann sich dort in der Diskussion gegen Erscheinungsformen des Reformismus. Er erklärte, »daß unsere Organisation mehr und mehr eine Unterstützungs- als eine Kampforganisation geworden ist«[19], und forderte, den Kampfcharakter der Gewerkschaften zu wahren. Er setzte sich für die demokratischen Rechte der Gewerkschaftsmitglieder ein und schlug vor, die Delegierten zu den Verbandstagen unmittelbar in den Sektionen zu wählen, da dort die Mitglieder am besten in der Lage seien, die befähigtsten Kollegen zu bestimmen.[20] Ernst Thälmann verlangte auch größere Rechte für die jungen Verbandsmitglieder. »Gerade aus der Jugend müssen für die Zukunft gute Agitatoren herangebildet werden.«[21] Deshalb müßten – wie in Hamburg und Berlin – in allen größeren Ortsverwaltungen Jugendsektionen gebildet werden.

15 Vgl. StA Hamburg, Abt. IV, Nr. 14558.
16 Vgl. Hamburger Echo, 8. Februar 1911, 13. Juni 1912, 18. Februar 1914.
17 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 100. – Hamburger Echo, 13. Juni 1912.
18 Vgl. Hamburger Echo, 25. Februar 1911, 20. März 1912, 1. März 1914.
19 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll des 8. Verbandstages. Abgehalten vom 9. bis 14. Juni 1912 in dem Etablissement »Deutscher Kaiser« zu Breslau. Protokoll der General-Versammlung der »Fakultativen Unterstützungseinrichtungen«. Abgehalten am 12. Juni 1912, Berlin 1912, S. 86.
20 Vgl. ebenda, S. 202/203.
21 Ebenda, S. 85.

Auch auf dem Kölner Verbandstag im Juni 1914 sprach sich Ernst Thälmann dafür aus, die Gewerkschaft als Kampforganisation zu erhalten. Bei dem Abschluß von Tarifverträgen dürfte »nicht eine allzulange Vertragsdauer vereinbart werden«, da die Verträge oftmals »durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt« würden.[22] Gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie richtete sich auch Thälmanns Vorschlag, die Gewerkschaftsangestellten nicht durch den Verbandsvorstand in Berlin einsetzen zu lassen. Die Beamten seien, wie es in einem Antrag der Hamburger Delegierten hieß, »von den Mitgliedern der betreffenden Verwaltungsstelle zu wählen«[23]. Sie müßten »das Vertrauen der Mitgliedschaft genießen«[24].

4

An der Seite der deutschen Linken

Seit 1910 erschienen im »Hamburger Echo« immer häufiger Berichte über das Auftreten Ernst Thälmanns auf Mitgliederversammlungen der sozialdemokratischen Distriktsorganisation von Eilbeck und auf den Delegiertenversammlungen der Parteiorganisation für den Dritten Hamburger Reichstagswahlkreis sowie der Hamburger Landesorganisation der Sozialdemokratie. Der junge Sozialist gehörte schon zu den profilierten Mitgliedern seiner Partei.

Zu dieser Zeit war die deutsche Sozialdemokratie zu einer mächtigen Organisation mit 720000 Mitgliedern angewachsen. Bei den letzten Reichstagswahlen, im Jahre 1907, erhielt sie 3,3 Millionen Stimmen. 1910 hatte die Partei 52 Reichstags- und 186 Landtagsabgeordnete sowie 7729 Gemeindevertreter. Sie besaß 83 Zeitungen, von denen 76 wöchentlich sechsmal erschienen. In Hamburg hatte die Partei 1907 – bei nahezu

22 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll des 9. Verbandstages. Abgehalten vom 7. bis 13. Juni 1914 im »Volkshaus« zu Köln am Rh., Berlin 1914, S. 104.
23 Ebenda, S. 34.
24 Ebenda, S. 104.

33 000 Mitgliedern – 112 892 Stimmen auf sich vereinigt und wiederum in allen drei Wahlkreisen gesiegt.[1]

Jedoch konnten diese Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Opportunismus als bürgerliche Ideologie und Politik innerhalb der Arbeiterbewegung in der Partei Boden gewonnen hatte. Der Opportunismus war für den Imperialismus zur Aufrechterhaltung seiner Macht unentbehrlich geworden. Zugleich bildete der Monopolkapitalismus den sozialen, ökonomischen und politischen Nährboden des Opportunismus. Darin ist der gesetzmäßige Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus begründet. »Die grundlegende *Idee* des Opportunismus ist«, wie W. I. Lenin schrieb, »das Bündnis oder die Annäherung ... zwischen der Bourgeoisie und ihrem Antipoden.«[2] Die Zersetzung der proletarischen Partei durch die offenen Rechtsopportunisten wurde von den Zentristen begünstigt. Unter der Flagge der »Einheit der Partei« vertuschten sie die Gegensätze in den sozialdemokratischen Parteien zwischen den Rechten und den marxistischen Linken. Der Zentrismus entstand, wie Lenin schrieb, als »ein soziales Produkt der Gegensätze in der II. Internationale, der Verbindung von Treue zum Marxismus in Worten mit Unterwerfung unter den Opportunismus in Taten«[3]. Mit seinem pseudorevolutionären und pseudomarxistischen Wirken verdeckte er lange Zeit die Krise der Sozialdemokratie.

Den opportunistischen Strömungen standen die Linken in unversöhnlichem Gegensatz gegenüber. Ihre führenden Vertreter waren Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin. Auf dem Boden des konsequenten Klassenkampfes gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg, für eine friedliche, sozialistische Zukunft des deutschen Volkes stehend, repräsentierten sie die fortgeschrittensten marxistischen Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung und konnten sich in ihrem Kampf auf einen großen Kreis von Mitgliedern und von Funktionären in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen stützen.

In der Hamburger Sozialdemokratie gab es nicht wenige revolutionär gesinnte Funktionäre, auch in der Redaktion des »Hamburger Echos«, in den Vorständen der Landesorganisation, der drei Wahlkreisorganisationen und erst recht der unteren Parteiorganisationen. Die Hamburger

1 Vgl. Sozialdemokratische Partei in Hamburg, Geschäftsjahr 1906/07, Hamburg 1907, S. 6, 25.

2 W. I. Lenin: Unter fremder Flagge. In: Werke, Bd. 21, S. 143.

3 W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Ebenda, S. 313.

Sozialdemokratie hatte sich auch um die Herausgabe sozialistischer Schriften verdient gemacht. So wurde 1906 die Schrift »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, die Rosa Luxemburg im Auftrage der Hamburger Parteiorganisation geschrieben hatte, in hoher Auflage gedruckt und an die Mitglieder zum Selbstkostenpreis abgegeben. In einer seit 1907/1908 publizierten Schriftenreihe erschienen Werke der Klassiker des Marxismus, wie das »Manifest der Kommunistischen Partei«, sowie Arbeiten August Bebels, Karl Kautskys, Franz Mehrings und anderer. Die Partei veranstaltete Vortragsabende und Schulungskurse zu ökonomischen, geschichtlichen und aktuellen politischen Fragen. Auch Ernst Thälmann nahm daran teil und machte sich mit Grundgedanken von Marx und Engels vertraut.[4] Aber wie in der ganzen Partei wurde auch in Hamburg der Kampf gegen die vordrängenden opportunistischen Einflüsse immer dringlicher.

Ernst Thälmann war seit etwa 1908 Bezirksführer, das heißt Leiter einer Grundorganisation der Sozialdemokratie. Bald darauf gehörte er zur Leitung der Distriktsorganisation und wurde Delegierter in der Vertreterversammlung der größten Wahlkreisorganisation Hamburgs und in der Hamburger Landesdelegiertenversammlung. Später war er auch einer der ständigen Referenten für öffentliche und Parteiversammlungen. Die vielseitige gewerkschaftliche Tätigkeit kam hinzu. »Alle diese Posten«, notierte Ernst Thälmann später, »... waren unbesoldeter Art, und sie haben fast meine ganze freie Zeit in Anspruch genommen, so daß ich mit geringen Ausnahmen jeden Abend unterwegs oder politisch beschäftigt war.«[5]

In der Partei wie im Transportarbeiter-Verband setzte sich Ernst Thälmann für die Wahrung des Kampfcharakters der Veranstaltungen zum Ersten Mai ein. Über den Charakter der Maifeiern wurde immer heftiger zwischen den revolutionären und den opportunistischen Kräften in der deutschen Arbeiterbewegung gestritten. Schon auf einer Mitgliederversammlung der Sektion Kutscher des Transportarbeiter-Verbandes am 13. April 1907 hatte Thälmann die Ansicht vertreten, daß der Erste Mai »durch Arbeitsniederlegung« begangen werden müsse. Er kritisierte Kollegen, die sich »gegen die Maifeier ausgesprochen« hatten.[6]

4 Vgl. Sozialdemokratische Partei in Hamburg, Geschäftsjahr 1906/07, S. 56/57. – Ebenda, Geschäftsjahr 1907/08, Hamburg 1908, S. 60–62. – IML, ZPA, NL 3/2.

5 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 100.

6 StA Hamburg, Abt. IV, V 236 III, Bd. 2.

Gewerkschaftsfunktionäre wie Ernst Thälmann sahen »in der Maidemonstration ein wirksames Agitationsmittel für den Klassenkampf, die Erringung des Achtstundentages und Hebung des Solidaritätsgefühls der Arbeitergruppen zueinander«[7], wie es in der Entschließung einer Gewerkschaftsversammlung hieß, in der Thälmann in der Diskussion zur Maifeier gesprochen hatte[8]. Sie lehnten es ab, den Kampftag der internationalen Arbeiterklasse durch Verlegung auf den nächsten Sonntag – das hieß durch Verzicht auf die Arbeitsruhe – in ein unpolitisches Volksfest zu verwandeln. Am 19. April 1911 begründete Ernst Thälmann auf der Generalversammlung des Transportarbeiter-Verbandes in Hamburg einen entsprechenden Antrag.[9]

Vier Tage später, am 23. April, gab Ernst Thälmann in einer Versammlung sämtlicher in den Hauswäschereien, Bleichereien und Wäscheverleihfirmen beschäftigten Kutscher und Mitfahrer als Referent zum Punkt »Maifeier«, wie das »Hamburger Echo« schrieb, »einen vorzüglichen Überblick über die Geschichte der Maifeier«. Dabei forderte er »sämtliche Anwesenden auf, nicht nur in gewerkschaftlicher, sondern auch in politischer und genossenschaftlicher Hinsicht ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun«.[10] Am 19. Juli desselben Jahres kritisierte Ernst Thälmann in einer Gewerkschaftsversammlung, daß »nicht genügend Propaganda für die Maifeier gemacht«[11] worden sei.

1908 hatte der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg einen Beschluß gefaßt, der alle Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feierten und keinen Lohnausfall erlitten, verpflichtete, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben.[12] Der Betrag sollte der Unterstützung der wegen der Maifeier ausgesperrten Arbeiter dienen. Auf verschiedenen Parteiversammlungen trat Ernst Thälmann dafür ein, diese Festlegung – als Ausdruck der Solidarität der Arbeiter untereinander – unbedingt einzuhalten.[13] Als der Chemnitzer Parteitag 1912 den Beschluß über die Ablieferung eines Tagesverdienstes mit 270 gegen 221 Stimmen

7 Hamburger Echo, 30. April 1907.
8 Vgl. StA Hamburg, Abt. IV, V 236 I, Bd. 6.
9 Vgl. Hamburger Echo, 23. April 1911.
10 Ebenda, 6. Mai 1911.
11 Ebenda, 23. Juli 1911.
12 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 13. bis 19. September 1908 sowie Bericht über die 5. Frauenkonferenz am 11. und 12. September 1908 in Nürnberg, Berlin 1908, S. 183, 284.
13 Vgl. Hamburger Echo, 24. September 1911, 14. April 1912.

aufhob[14], wandte sich Ernst Thälmann auf der Delegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Dritten Hamburger Wahlkreis am 26. September 1912 heftig gegen diese Entscheidung[15].

Am 13. Juli 1914 unternahmen die Vorstände der Partei und der Gewerkschaften in Hamburg auf einer gemeinsamen Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Landesorganisation und des Gewerkschaftskartells von Hamburg, Altona und Umgegend erneut einen Vorstoß gegen die Maifeier. In dem der Versammlung vorgelegten Beschluß wurde verlangt, daß die »Art und Weise der Kundgebung am 1. Mai ... den einzelnen Nationen«[16], also den einzelnen Parteien der II. Internationale, überlassen bleiben sollte. Es handelte sich um eine vom Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften eingefädelte Aktion, die mit Vorbedacht in der sozialdemokratischen »Hochburg« Hamburg begonnen wurde.

Um die Massen zu täuschen, behaupteten die opportunistischen Führer, die jährliche Arbeitsruhe am 1. Mai sei als schlecht durchgeführter Massenstreik anzusehen, auf den die Unternehmer in Anbetracht des festen Termins stets vorbereitet seien und regelmäßig mit der Aussperrung der Streikenden antworteten. Sie begründeten ihren Antrag demagogisch damit, die durch den Verzicht auf Arbeitsruhe am 1. Mai »frei gemachten Kräfte« könnten besser auf andere wirtschaftliche und politische Kämpfe des Proletariats konzentriert werden. Der Beschluß solle »das elementare Auflodern der Maifeier ermöglichen; ... daß sie wie der Blitz einschlage, sobald die revolutionäre Situation dafür gegeben ist«[17].

Ernst Thälmann trat in der Versammlung gegen die opportunistische Vorlage auf und kritisierte den Referenten Heinrich Stubbe, der sie begründet hatte. »Nach den Worten Stubbes muß man annehmen«, schätzte er ein, »daß mit der Maifeier Schluß gemacht werden soll.«[18] Andererseits habe der Referent auf die dem Koalitionsrecht und dem Reichstagswahlrecht drohenden Gefahren hingewiesen. Aber gerade um die Pläne der Reaktion zu vereiteln, seien die Arbeitsruhe am 1. Mai und die Maidemonstrationen notwendig. Werde die Maifeier abgeschafft,

14 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Chemnitz vom 15. bis 21. September 1912, Berlin 1912, S. 444.
15 Vgl. Hamburger Echo, 28. September 1912.
16 Ebenda, 15. Juli 1914.
17 Ebenda, 25. Juli 1914. – Vgl. auch IML, ZPA, NL 6/2.
18 Hamburger Echo, 15. Juli 1914.

dann werde der Kampfgeist der Arbeiter auch bei anderen Aktionen nachlassen. Die Annahme des Beschlusses wäre ein »Armutszeugnis« für die Hamburger Arbeiter. Trotz der Kritik auch anderer Redner nahm die Mehrheit der Versammelten den opportunistischen Antrag an.[19]

Wenige Tage danach wandte sich Rosa Luxemburg in ihrem Artikel »Die verkehrteste Taktik« gegen die Haltung der Hamburger Parteiorganisation. Wie es Ernst Thälmann auf der Versammlung getan hatte, wertete sie den Beschluß zur Maifeier »als *die Abschaffung der Maifeier* überhaupt«. Rosa Luxemburg warnte: »Es wäre nichts verkehrter und beschämender für die deutsche Arbeiterklasse, als wenn der Vorschlag zur Abschaffung der internationalen Maifeier, dieses Zeugnis der Kleingläubigkeit und des Selbstverzichtes des Proletariats, gerade aus Deutschland käme.«[20]

Ernst Thälmann nahm auch zu der Frage Stellung, ob die Partei bei Reichstagswahlen, wenn es in einzelnen Wahlkreisen zur Stichwahl zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten kam, den liberalen Kandidaten gegen den konservativen unterstützen sollte. Dieses Problem hatte in der Sozialdemokratie schon seit langem eine große Rolle gespielt. Die Linken kritisierten, daß sich die Partei unter dem Einfluß der Opportunisten einseitig auf die parlamentarische Tätigkeit orientierte. Durch Wahlabkommen mit bürgerlich-liberalen Kräften erhöhte sich diese Gefahr noch mehr.

In mehreren Versammlungen gab Ernst Thälmann seiner Unzufriedenheit über die Stichwahlabkommen Ausdruck. Die Resolution des Jenaer Parteitages 1911 zur Reichstagswahl hielt er deshalb »für verfehlt«[21]. Ernst Thälmann erklärte sich, wie das »Hamburger Echo« berichtete, nicht damit einverstanden, bürgerlich-liberale Kandidaten zu unterstützen, da ihnen nicht zu trauen sei, selbst wenn sie vorher versichert hätten, im Reichstag für die Aufrechterhaltung demokratischer Rechte eintreten zu wollen.[22] Er sah in einer solchen Wahltaktik zwar richtig die Gefahr eines opportunistischen Mandatsschachers, erkannte aber noch nicht, daß Wahlabkommen mit linksbürgerlichen Kräften für den proletarischen Klassenkampf zweckmäßig sein können, wenn dabei die revolutionären Prinzipien eingehalten werden. Die führenden Linken lehnten deshalb

19 Vgl. ebenda.
20 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 1973, S. 473, 475.
21 Hamburger Echo, 28. September 1911.
22 Vgl. ebenda, 24. September 1911.

Stichwahlabkommen nicht grundsätzlich ab, kritisierten aber entschieden den Verzicht der Opportunisten auf eine revolutionäre Wahlkampftaktik.

1913 forcierte der deutsche Imperialismus seine Kriegsvorbereitungen. Im März begründete Reichskanzler Bethmann Hollweg im Reichstag eine Heeresvorlage, nach der allein das Landheer innerhalb von zwei Jahren um 136 000 Mann vergrößert werden sollte. Die finanziellen Mittel sollten durch einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag und durch Besitzsteuern aufgebracht werden.

Da über die Heeresvorlage, die die Rüstungsforderungen enthielt, und die Deckungsvorlage, die die Beschaffung der benötigten Gelder zu regeln hatte, nach einem taktischen Winkelzug der herrschenden Kreise im Reichstag getrennt abgestimmt werden sollte, kam es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Mehrheit der Fraktion entschied sich dafür, die Heeresvorlage abzulehnen, der Deckungsvorlage aber mit der Begründung zuzustimmen, daß sie auf dem Grundsatz der Besitzsteuer beruhe, die besitzenden Schichten also stärker als bisher belasten würde. Die Linken kritisierten scharf diesen Bruch mit dem marxistischen Grundprinzip, diesem System »keinen Mann und keinen Groschen« zu bewilligen. Rosa Luxemburg wies auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei im September 1913 warnend darauf hin, daß die Haltung der Fraktion, die am 30. Juni die Deckungsvorlage gebilligt hatte, im Falle eines Krieges folgerichtig zur Bewilligung der Kriegskosten durch die Sozialdemokratie führen müsse.[23]

Auch in den sozialdemokratischen Organisationen prallten die unterschiedlichen Standpunkte aufeinander. In Hamburg brachte Ernst Thälmann in einer Mitgliederversammlung des Distrikts Eilbeck am 8. August 1913 zum Ausdruck, daß er in der»Deckungsfrage« mit »der Haltung der Fraktion... nicht einverstanden«[24] sei. Die Kosten der Wehrvorlage würden sowieso auf die Volksmassen abgewälzt, führte er auf einer weiteren Versammlung zwei Tage später aus.[25]

In der Distriktsversammlung in Eilbeck am 25. September 1913, auf der der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, August Winnig,

23 Vgl. Rosa Luxemburg: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 14. bis 20. September 1913 in Jena. Rede zur Steuerfrage. In: Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 341.
24 Hamburger Echo, 12. August 1913.
25 Vgl. ebenda.

ein Opportunist reinsten Wassers, über den Jenaer Parteitag berichtete, trat Ernst Thälmann dem Referenten scharf entgegen. Winnig unterstützte die Haltung der Reichstagsfraktion mit dem demagogischen Argument, eine Ablehnung der »Besitzsteuern« durch die Fraktion hätte »die Regierung gezwungen, mit anderen Steuervorschlägen zu kommen, die wahrscheinlich die breite Masse belastet hätten«. Dem Bericht des »Hamburger Echos« zufolge verteidigte Ernst Thälmann »den Standpunkt der Minderheit der Reichstagsfraktion, wie er auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht wurde«.[26] Ernst Thälmann bezog sich auf den Entwurf einer Resolution zur Steuerfrage, den Rosa Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag begründet hatte. Der Antrag bezeichnete den Militarismus »als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen«, das »auf das äußerste zu bekämpfen« sei. »Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.«[27]

Im Zusammenhang mit der Behandlung der Heeresvorlage im Reichstag wurde – nach einer Feststellung Rosa Luxemburgs – »die Frage des Massenstreiks mit elementarer Kraft auf die Tagesordnung des Parteilebens«[28] gesetzt. Ernst Thälmann gehörte zu jenen Mitgliedern der Sozialdemokratie in Hamburg, die auch in dieser Frage einen konsequent proletarischen Standpunkt vertraten. Auf mehreren Partei- und Gewerkschaftsversammlungen ließ er keinen Zweifel daran, daß er die Stellung zum politischen Massenstreik zu den Problemen zählte, über die in der Partei in erster Linie Klarheit geschaffen werden mußte, wollte sie in einer zugespitzten Situation ihre Aufgaben erfüllen. Gegenüber opportunistischen Auffassungen, der Massenstreik sei ein »zweischneidiges Schwert«, durch das auch die Organisationen der Arbeiterklasse zerstört werden könnten, und der abwertend gemeinten Äußerung, Rosa Luxemburg »propagiere die russische Methode«, forderte Ernst Thälmann von der Partei, daß sie »den Massenstreik vorbereiten« und sich klar zu ihm als Kampfmittel bekennen müsse.[29]

In der erwähnten Mitgliederversammlung des Distrikts Eilbeck am 25.

26 Ebenda, 30. September 1913.
27 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden: Dokumente und Materialien...), Bd. IV, Berlin 1967, S. 464.
28 Rosa Luxemburg: Nach dem Jenaer Parteitag. In: Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 346/347.
29 Hamburger Echo, 12. August 1913.

September 1913 stellte er sich hinter die Auffassung Rosa Luxemburgs, die auf dem Jenaer Parteitag gemeinsam mit anderen Delegierten auch einen Antrag zur Vorbereitung von Massenkämpfen eingebracht hatte. In dem Antrag war »eine offensive, entschlossene und konsequente Taktik der Partei auf allen Gebieten« gefordert worden, »die den Schwerpunkt des Kampfes bewußt in die Aktion der Massen verlegt«.[30] »Thälmann verteidigt«, so hieß es im »Hamburger Echo« dazu, »in längeren Ausführungen den Standpunkt von Rosa Luxemburg bezüglich des Massenstreiks.«[31]

Bis zum Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges hatte sich Ernst Thälmann – er war jetzt 28 Jahre alt und gehörte seit mehr als zehn Jahren der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften an – zu einem in Hamburg bekannten und von seinen Klassengenossen geachteten Funktionär entwickelt. Als Vertrauensmann seiner Kollegen setzte er sich selbstlos für deren soziale und politische Interessen ein. Ernst Thälmann besaß einen ausgeprägten proletarischen Klassenstandpunkt. Er trat gegen die opportunistischen Praktiken der rechten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auf, die in Hamburg wie in ganz Deutschland zunehmend die Politik der Partei bestimmten und längst jene sozialistischen Prinzipien preisgegeben hatten, die das Handeln Ernst Thälmanns und Zehntausender revolutionärer Sozialdemokraten prägten. Der mit vielen Funktionen betraute Transportarbeiter stimmte in wichtigen Fragen des Klassenkampfes mit dem Standpunkt der führenden Vertreter der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung überein. Er war einer der proletarischen Anhänger der linken Strömung in der deutschen Sozialdemokratie, die an den marxistischen Anschauungen, den revolutionären Traditionen und den sozialistischen Zielvorstellungen festhielten.

30 Dokumente und Materialien..., Bd. IV, S. 462.
31 Hamburger Echo, 30. September 1913.

5

Gegen den imperialistischen Krieg!

Im Frühsommer 1914 hatte sich die Lage in Europa bedrohlich zugespitzt. Die deutschen Kanonenkönige, Junker und Militaristen, die den Krieg seit langem vorbereiteten, nahmen das Attentat serbischer Nationalisten auf das österreichische Thronfolgerpaar in Sarajevo am 28. Juni zum Anlaß, die letzten Vorbereitungen zur Entfesselung des Krieges zu treffen, mit dem sie die Vorherrschaft in Europa und ein großes Kolonialreich erlangen wollten.

Auch die herrschenden Klassen Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und ihrer Verbündeten verfolgten weitgesteckte imperialistische Ziele. Sie waren nicht nur bestrebt, eine Neuaufteilung der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus zu verhindern und diesen immer stärker gewordenen Rivalen auszuschalten, sondern trachteten auch danach, durch den Krieg ihre Anteile an den imperialistischen Herrschaftsgebieten und Einflußsphären zu vergrößern.

Ernst Thälmann war davon überzeugt, daß der drohende Krieg nur im Profitinteresse der Kapitalisten lag und ein Verbrechen am werktätigen Volk war. Er nahm die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse und der Parteitage der deutschen Sozialdemokratie gegen den Krieg ernst. Als sich seit Ende Juni/Anfang Juli 1914 die Anzeichen für den unmittelbar bevorstehenden Kriegsausbruch mehrten, trat er dafür ein, in den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen über die Kriegsgefahr und geeignete Gegenaktionen zu beraten. Auf der Versammlung der Transportarbeiter Ende Juli im Hamburger Gewerkschaftshaus wollte der Vorstand nur die routinemäßigen Tagesordnungspunkte behandeln. »Dagegen protestierte unmittelbar vor mir ein großer, breitschultriger Kollege mit dem Ruf: ›Zur Geschäftsordnung!‹«, erinnert sich Willy von der Reith. »Die Klingel des Vorstandes war die Antwort. Der Kollege sprang auf und rief noch lauter: ›Zur Geschäftsordnung!‹ Darauf wieder die Klingel des Vorstandes und die Bemerkung Gaacks: ›Kollege Thälmann, beruhige dich! Wir sind bereits in die Tagesordnung eingetreten, und ich habe dem Kollegen Hähnel zu Punkt 1 das Wort erteilt.‹«[1] Ernst

1 IML, ZPA, NL 3/69.

Thälmann gab sich damit nicht zufrieden. Er verlangte, als zusätzlichen Punkt auf die Tagesordnung »Die Stellung des Transportarbeiter-Verbandes zur drohenden Kriegsgefahr« zu setzen, und begründete seinen Antrag mit der internationalen Entwicklung seit dem Attentat von Sarajevo. Infolge der wiederholten Unterbrechungen seiner Ausführungen und dem damit verbundenen Lärm vernahmen aber nur wenige Kollegen seine mahnenden Worte; der größere Teil der Versammlung erhob keinen Widerspruch, als der Vorsitzende erklärte, Thälmann solle seinen Antrag unter dem Punkt »Verschiedenes« stellen. Gaack verstand es dann, »den Antrag Thälmanns mit der Begründung abzulehnen, daß es Angelegenheit der Partei sei«[2].

Ernst Thälmann ließ sich nicht entmutigen. Mit anderen Arbeitern seiner Heimatstadt versuchte er, der chauvinistischen Hetze entgegenzuwirken, die von der imperialistischen Bourgeoisie und ihren Schreiberlingen in der bürgerlichen Presse entfacht wurde. Wie in anderen Städten zog in den letzten Julitagen auch in Hamburg der von den Kriegshetzern aufgeputschte Mob durch die Straßen. Es gab Zusammenstöße mit Arbeitern. Am Hauptbahnhof geriet Ernst Thälmann ebenfalls mit einem grölenden Trupp von Studenten ins Handgemenge.[3] Am 28. Juli nahm er an einer der 19 überfüllten Versammlungen der Hamburger Sozialdemokratie teil, auf denen Tausende Arbeiter ihre Abscheu vor dem Krieg bekundeten. Ernst Thälmann hatte geglaubt, hier Antwort auf die ihn bewegende Frage zu erhalten, wie die Arbeiter den Kampf gegen den Krieg führen sollten. Aber er wurde enttäuscht. Fast alle Referenten beschränkten sich darauf, die drohende Gefahr eines Weltkrieges und die Folgen, die er für die Volksmassen haben werde, zu schildern. Nach der Annahme einer unverbindlichen Resolution, in der der Friedenswille der Arbeiterklasse bekräftigt und die deutsche Regierung aufgefordert wurde, mäßigend auf Österreich einzuwirken, wurden die Versammelten nach Hause geschickt.[4]

Wenige Tage später, am 1. August, drängten sich in den Straßen die Menschen um die Litfaßsäulen. Auf großen Plakaten wurde die Mobilmachung bekanntgegeben. Am gleichen Tage erklärte die deutsche Regierung Rußland den Krieg, am 3. August folgte die Kriegserklärung an Frankreich. Am 4. August überfielen deutsche Truppen unter Bruch des

2 Ebenda.
3 Vgl. ebenda, NL 6/2.
4 Vgl. Hamburger Echo, 29. Juli 1914. – IML, ZPA, NL 6/2.

Völkerrechts Belgien, daraufhin erklärte England Deutschland den Krieg. Der allseitig imperialistische erste Weltkrieg hatte begonnen.

Zum Entsetzen der klassenbewußten Arbeiter schwenkte das »Hamburger Echo« von Tag zu Tag mehr auf den Kriegskurs ein. »Wir müssen hinein in den blutigen Wirbel, wir müssen das Vaterland schützen«, war am 4. August in der sozialdemokratischen Zeitung zu lesen. »Gegen Ost und West ist die Front... Und wenn das Schlimmste zum Schlimmen kommt, wenn noch mehr Feinde uns erwachsen, wir müssen die Zähne zusammenbeißen und uns wehren«, hieß es im übelsten chauvinistischen Jargon.

Wie ein Keulenschlag traf die revolutionären Arbeiter die Nachricht, daß am 4. August die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zugestimmt hatte. Das war Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, am Sozialismus und am proletarischen Internationalismus. Es offenbarte sich, daß die opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer auf der Seite der Bourgeoisie standen. Sie spalteten die deutsche Arbeiterbewegung. Ernst Thälmann war – wie viele revolutionäre Arbeiter – über die Haltung der rechten Führer der Sozialdemokratie empört. Albert Friedrichs, einem Hamburger Kampfgefährten, erzählte er noch viele Jahre später, wie tief ihn die Vorgänge vom 4. August 1914 erschüttert hatten.[5] Thälmann begann zu erkennen, daß die Interessen der Arbeiter ein gemeinsames Handeln mit den rechten Führern ausschlossen. Später schrieb er in Erinnerung an diesen schwarzen Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: »Der 4. August 1914 hatte mit einem Schlage die Maske niedergerissen, hinter der sich, auf der Grundlage der imperialistischen Entwicklung Deutschlands und der Herausbildung einer Arbeiteraristokratie, der Verbürgerlichungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie bis dahin verborgen hatte. Der 4. August war für die Massen der klassenbewußten sozialistischen Arbeiter ein furchtbarer Schlag, eine schmerzliche Enttäuschung. Wofür sie gekämpft, woran sie geglaubt hatten, die Partei und die Internationale des Sozialismus, existierten nicht mehr. Die rote Fahne des proletarischen Klassenkampfes lag beschmutzt und verraten am Boden.«[6]

In fast allen sozialdemokratischen Parteien hatte der Opportunismus

5 Vgl. Interviews in der Gedenkstätte »Ernst Thälmann« in Hamburg-Eppendorf, Tarpenbekstraße. Gesendet in »Stimme der DDR« am 19. August 1974.

6 Ernst Thälmann: 10 Jahre KPD. In: Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin 1973, S. 119/120.

die Oberhand erlangt. Die II. Internationale war zusammengebrochen. »Indem die Führer der Internationale für die Kriegskredite stimmten, die chauvinistischen (›patriotischen‹) Losungen der Bourgeoisie ›ihrer‹ Länder aufgriffen, den Krieg rechtfertigten und verteidigten, in die bürgerlichen Kabinette der kriegführenden Länder eintraten usw. usf., haben sie Verrat am Sozialismus geübt«, erklärte W. I. Lenin im Oktober 1914. »Die Verantwortung für diese Schändung des Sozialismus fällt in erster Linie auf die deutschen Sozialdemokraten, die die stärkste und einflußreichste Partei der II. Internationale waren.«[7] Die von Lenin geführte Partei der Bolschewiki hingegen nahm konsequent den Kampf gegen den Krieg auf und entwickelte ein revolutionäres Programm zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Auch in anderen Ländern begann sich aus den besten Kräften der Arbeiterbewegung eine Opposition gegen Krieg und Sozialchauvinismus zu entwickeln.

Führer der Hamburger Sozialdemokratie suchten mit allen Mitteln, Debatten der Mitglieder über die Kriegspolitik zu verhindern, konnten aber die Herausbildung einer Opposition nicht aufhalten. Deren Wortführer waren Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim und Carl Herz. Am 13. August 1914 übermittelten sie der Redaktion des »Hamburger Echos« eine Erklärung, in der sie den Weltkrieg als »Krieg im Interesse des internationalen Finanzkapitals« charakterisierten. Er sei »seiner Grundlage nach ein Krieg zwischen dem jungen, nach Ausdehnung drängenden deutschen und dem gefestigten, sich bedroht fühlenden englischen Imperialismus«. Zum Schluß legten die Verfasser »Verwahrung ein gegen die Haltung des ›Hamburger Echos‹, dessen Bewertung der Ereignisse sich von der bürgerlichen Auffassung kaum unterscheidet«.[8]

Um der wachsenden Unruhe unter den Mitgliedern zu begegnen, berief der Vorstand Versammlungen der etwa 400 ständigen Redner der Partei ein, die in der sogenannten Referentenkommission erfaßt waren. Außerdem tagten im Spätsommer und Herbst die Vertrauensmänner der Partei aus allen drei Hamburger Wahlkreisen. In diesen Zusammenkünften hinter verschlossenen Türen entfachten die Rechten eine wütende Hetze gegen die Opposition. Sie bestritten den imperialistischen Charakter des Krieges und mißbrauchten den berechtigten Haß der deutschen

7 W. I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie. In: Werke, Bd. 21, S. 15/16.

8 Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim/Carl Herz: Organisation, Krieg und Kritik. Dokumente zu den Hamburger Parteidebatten, (Hamburg) o. J., S. 16.

Arbeiter gegen den reaktionären Zarismus, um die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus zu rechtfertigen und zur »Verteidigung des Vaterlandes« aufzurufen.[9]

Ernst Thälmann, der zur Referentenkommission und zu den Vertrauensmännern der Partei gehörte, trat gemeinsam mit anderen linken Sozialdemokraten den Sozialchauvinisten entgegen und distanzierte sich von der imperialistischen Propaganda, die diese im »Hamburger Echo« betrieben. Später, als Funktionär der KPD, kam er mehrmals auf seine Haltung zu Beginn des Krieges zurück. Auf dem 11. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes im September 1922 in Berlin verwies er darauf, daß er schon »in den Parteiversammlungen unserer alten sozialdemokratischen Partei den Kampf... gegen Stolten, Perner und alle diese Führer wegen ihrer Einstellung für die Kriegspolitik« aufgenommen habe. »Ich habe damals schon erklärt, daß die Partei mit der Bewilligung der Kriegskredite die Beschlüsse der internationalen Kongresse aufgegeben hat.«[10] In seinem Referat auf einer Kundgebung der KPD am 4. August 1924 anläßlich des 10. Jahrestages des Beginns des ersten Weltkrieges erinnerte Ernst Thälmann daran, »wie in demselben Saal, in welchem er vor der Hamburger Arbeiterschaft spreche, im August und September 1914 Funktionärversammlungen der Hamburger SPD stattgefunden haben, in denen zur Kriegspolitik der Parteileitung und zur Schreibweise des kriegsbegeisterten ›Hamburger Echos‹ Stellung genommen wurde«[11].

Äußerst empört war Ernst Thälmann auch über die Gewerkschaftspresse, die mit den Parteizeitungen in Chauvinismus wetteiferte. Leidenschaftlich protestierte er in der Sitzung der Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, als im Oktober 1914 im »Courier«, dem Verbandsorgan, die Sätze zu lesen waren: »An der unvergleichlichen Tapferkeit der deutschen und österreichischen Truppen zerschellen... die verruchten Pläne des wort- und treubrüchigen Blutzaren und seiner Alliierten... Heute weht die deutsche Flagge auf den Türmen Antwerpens, hoffentlich für immer.«[12] Die Gewerkschaftsfunktionäre hielten es für angebracht, von dem Artikel abzurücken. In der nächsten Generalversammlung gelang es ihnen aber wiederum, die Behandlung der »dringenden« Verbandsangelegenheiten so hinzuziehen, daß trotz der Bemühungen Ernst Thälmanns eine Diskussion über die verderbliche Rolle der rechten Gewerkschaftsführer im Dienste des deutschen Imperialismus verhindert wurde.[13]

Anfang Januar 1915 äußerte Ernst Thälmann zu befreundeten Genossen: »Ji möt no ünnen gohn!«[14] Bei den Debatten mit den Parteibürokraten komme nicht viel heraus, deshalb sei es notwendig, in den unteren Parteieinheiten und in den Betrieben die Arbeiter zum Kampf gegen den Krieg zu gewinnen. Dank der mühevollen Kleinarbeit revolutionärer Funktionäre begann die oppositionelle Bewegung in Hamburg nach und nach organisiertere Formen anzunehmen. Solidaritätsbezeugungen für den Kampf der oppositionellen Kräfte um Heinrich Laufenberg mehrten sich.[15] Diese Entwicklung wurde aber dadurch erschwert, daß die besten Arbeiterfunktionäre durch ihre Einberufungen zum Heer ausfielen. Die Militärbehörde in Altona, in deren Hand die vollziehende Gewalt auch in Hamburg lag, verbot immer häufiger sozialdemokratische Parteiveranstaltungen[16], was den Bestrebungen der opportunistischen Führer nach Unterdrückung der Opposition entgegenkam.

Wie in Hamburg formierte sich auch in anderen Städten Deutschlands unter großen Schwierigkeiten die Opposition gegen den Krieg. Die Linken um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin entlarvten den imperialistischen Charakter des Krieges und riefen zum Kampf gegen den »Burgfrieden« auf, den die rechten sozialdemokratischen Führer mit den Monopolisten, Militaristen und Junkern geschlossen hatten. Karl Liebknechts »Nein!« bei der Abstimmung über die Kriegskredite im Reichstag am 2. Dezember 1914 zerstörte endgültig die opportunistische Lüge von der »Einmütigkeit« der deutschen Arbeiterbewegung im Dienste des imperialistischen »Vaterlandes« und fand auch bei den Proletariern in anderen Ländern ein Echo. Es durchbrach den

9 Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.

10 Deutscher Transportarbeiter-Verband (Deutscher Verkehrsbund). Protokoll über die Verhandlungen des 11. Verbandstages. Abgehalten zu Berlin im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, vom 3. bis 8. September 1922, Berlin 1922, S. 224.

11 Hamburger Volkszeitung (im folgenden: HVZ), 5. August 1924.

12 Courier (Berlin), 25. Oktober 1914. – IML, ZPA, NL 6/2.

13 Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.

14 »Ihr müßt nach unten gehen!« – Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 39.

15 Vgl. Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim/Carl Herz: Organisation, Krieg und Kritik, S. 47.

16 Vgl. Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für die Geschäftsjahre 1914 bis 1919, Hamburg 1920, S. 8.

»Burgfrieden« und gab der revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen Krieg Auftrieb. W. I. Lenin bezeichnete Karl Liebknecht und seine Genossen als »die Hoffnung aller internationalistischen Elemente«[17].

Anfang Januar 1915 erreichte auch Ernst Thälmann »de rode Schien«, die Einberufung zum Heer. Am 14. Januar sollte er sich in der Garnison Neubreisach im Elsaß beim Ersatz-Bataillon des Lauenburgischen Fußartillerie-Regiments 20 einfinden. Wenige Stunden vor seiner Abfahrt aus Hamburg, am 13. Januar, ging Ernst Thälmann mit Rosa Koch die Ehe ein. »Zwei Stunden nach unserer Eheschließung«, erzählte Rosa später, »mußte Ernst Soldat werden..., und ich blieb allein. Zwei Jahre lang erhielt mein Mann keinen Urlaub wie die anderen, und er durfte nicht nach Hause fahren, selbst für kurze Zeit nicht... Wie ich den Krieg haßte!«[18]

Nach einer vierteljährigen Ausbildung in der Garnison kam Ernst Thälmann an die Front in der Champagne.[19] Seit im Herbst 1914 die abenteuerlichen Blitzkriegspläne der deutschen Militaristen gescheitert waren, standen sich hier die Armeen in einem zermürbenden Stellungskrieg gegenüber.

Der klassenbewußte Arbeiterfunktionär machte auch an der Front kein Hehl daraus, daß er den imperialistischen Krieg entschieden verurteilte. »Vom ersten Tag an war er gegen den Krieg, auf den er wie ein Rohrspatz geschimpft hat«[20], berichtet Friedrich Bock, der mit Ernst Thälmann eingezogen worden war. Es fehlte nicht an Zusammenstößen mit Vorgesetzten, die in der Kaserne wie an der Front das selbständige Denken in Kadavergehorsam verwandeln wollten.

Ernst Thälmann war erbittert über den schikanösen Drill, und er konnte nicht ruhig bleiben bei den schimpflichen Torturen, mit denen Soldaten gefügig gemacht werden sollten. Im Sommer 1915 sah er beim Munitionstransport einen Infanteristen, der als Ersatzstrafe für strengen Arrest an einen Baum gefesselt war. Er erzählte den Soldaten seiner Batterie davon und nannte diesen Strafvollzug eine mittelalterliche Menschenschinderei. Das wurde dem Batteriechef hinterbracht, der daraufhin den aufsässigen Kanonier mit zusätzlichem Arbeitsdienst bestrafte. Ernst Thälmann aber besuchte statt dessen die Soldaten einer benachbarten Einheit. Er bekam

17 W. I. Lenin: Sozialismus und Krieg. In: Werke, Bd. 21, S. 328.
18 Thälmanns Frau und Tochter erzählen. In: Tägliche Rundschau, 1. Mai 1951.
19 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.
20 Ebenda, EA 1400/1.

wegen Fernbleibens vom Dienst drei Tage strengen Arrest. Kurz darauf erhielt er aus ähnlichem Anlaß weitere drei Tage Arrest.[21]

War das Verhältnis Ernst Thälmanns zu den Vorgesetzten gespannt, so war es zu seinen Leidensgefährten um so besser. Hilfsbereitschaft und Selbstlosigkeit in den kleinen Dingen des schweren Soldatenlebens waren ihm selbstverständlich. Furchtlos nahm er Kameraden gegen Schikanen der Vorgesetzten in Schutz.

Das Vertrauensverhältnis zu seinen Kameraden war die Voraussetzung für Ernst Thälmanns politischen Einfluß. Die Presse und die Kriegsereignisse lieferten genug Diskussionsstoff. Ernst Thälmann erhielt von seiner Frau das »Hamburger Echo«, »auf dessen Leitartikel er sich mit besonderem Eifer warf«, wie Friedrich Bock mitteilt. »Da waren faule Dinger drunter, über die Ernst sich dann ausließ.«[22] Empört war er über den »so unwürdigen nationalistischen Ton«[23] rechter Gewerkschaftsführer wie des Sekretärs des Vorstandes des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes Paul Müller, der im »Courier« die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus unterstützte.

Verschiedentlich erhielt Ernst Thälmann von Jacob Rieper und anderen befreundeten Genossen die »Bremer Bürger-Zeitung«[24], auf die auch Linke einen gewissen Einfluß ausübten. Bei Rudolf Lindau bedankte er sich »für den Empfang eines Feldpostpäckchens mit selbstgebackenem ›Kuchen‹. Er hätte ihm geschmeckt, und die Kameraden hätten auch davon abbekommen. ›Wenn wieder gebacken wird, vergeßt mich nicht‹«, hatte Ernst Thälmann geschrieben. Rudolf Lindau erläutert: »Es handelte sich um einen damals überall käuflichen kleinen Karton, der speziell für den Versand von Kuchen hergestellt war. Er enthielt unter anderem Spartakusflugblätter.«[25]

Wenn die Instruktionsoffiziere politische Vorträge hielten, wurde die Diskussion im Quartier, im Unterstand oder beim Arbeitsdienst nachgeholt. Hin und wieder gelang es Ernst Thälmann an ruhigeren Tagen, einige politisch gefestigte Soldaten an sicherem Ort zu einer längeren Aussprache zu versammeln. Eintragungen in seinem Notizbuch wie

21 Vgl. ebenda, NL 3/2; NL 6/2.
22 Ebenda, EA 1400/1.
23 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll des 10. Verbandstages. Abgehalten zu Stuttgart im »Bürgermuseum«, Langestraße 4 b, vom 22. bis 27. Juni 1919, Berlin 1919, S. 83.
24 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.
25 Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 40.

»Auseinandersetzung mit Politik«[26] zeugen davon. Seine Einschätzungen der politischen Ereignisse wurden manchem Anlaß, über den Krieg und seine Ursachen nachzudenken.

Unter ungeheuren Opfern hatte die deutsche Armee bis zum Jahre 1916 im Osten, auf dem Balkan und im Westen Europas Gebiete erobert, die in ihrer Gesamtheit mehrfach so groß waren wie Deutschland. Das an den Fronten vergossene Blut verwandelte sich für die Rüstungsindustriellen in bares Geld. In der Heimat wurde die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen im Zeichen des »Burgfriedens« durch Verlängerung der Arbeitszeit, Antreiberei, Entwertung der Löhne forciert. Die Massen konnten kaum von den auf Lebensmittelkarten gekauften Rationen leben, und die hohen Schwarzmarktpreise vermochten sie nicht zu zahlen. Zu Hungerunruhen war es bereits im Sommer 1915 gekommen, sie flammten immer wieder auf.

Die Gruppe »Internationale«, die am 5. März 1915 gebildet worden war und später Spartakusgruppe genannt wurde, rief die Arbeiter und Soldaten zum Kampf gegen den Massenmord auf. Am 1. Mai 1916 verkündete Karl Liebknecht auf dem Potsdamer Platz in Berlin die Losung »Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!« und gab damit ein weit sichtbares Signal für Massenbewegungen gegen den Krieg. Das Zuchthausurteil, das dafür im Juni 1916 gegen Liebknecht verhängt wurde, löste die ersten politischen Streiks aus. Demonstrationen und Streiks rissen bald nicht mehr ab, obwohl der zu Beginn des Krieges verhängte Belagerungszustand immer rücksichtsloser zur Unterdrückung der Antikriegsbewegung angewandt wurde.

Seit Frühjahr 1916 lag Ernst Thälmann mit seinem Truppenteil an der Somme, wo von Juni bis November eine Materialschlacht tobte. Am 18. Mai wurde er durch die Detonation einer Granate in seiner unmittelbaren Nähe verschüttet, kam aber wie durch ein Wunder ohne ernste Verletzungen davon. »Beinahe hätte die letzte Stunde geschlagen«[27], schrieb er in sein Notizbuch. Als seine Einheit zu kurzer Ruhe und zur Auffüllung für wenige Tage zurückgenommen wurde, hatte Ernst Thälmann einen schweren Zusammenstoß mit seinem Leutnant. Dieser inspizierte das Mannschaftsquartier zur Essenszeit und bemerkte, daß am Tisch ein kleiner, magerer französischer Junge stand, dem Ernst und seine Tischnachbarn etwas abgaben. Auf die provozierende Zurechtweisung durch den Leutnant antwortete Ernst Thälmann scharf, es handele sich nicht um ein »Franzosenbalg«, sondern um ein hungerndes Kind. Darauf schrie der Leutnant Ernst Thälmann und seine Kameraden mit überschnappender Stimme an, und es gab einen Auftritt, der um ein Haar mit dem Hinauswurf des Offiziers aus dem Mannschaftsquartier geendet hätte. Dem für die ganze Batterie strafweise befohlenen Geschützreinigen blieb Ernst Thälmann fern. Da an der Front jeder Mann gebraucht wurde und die Disziplin bereits anfing brüchig zu werden, wurde »nur« ein Verfahren wegen Beleidigung eines Vorgesetzten, Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und Beharrens im Ungehorsam eingeleitet[28], das jedoch zunächst unterbrochen werden mußte: Am 19. September 1916 wurde Ernst Thälmann verwundet. Er erlitt, wie es in der Eintragung in seinem Militärpaß heißt, eine »Quetschung beider Beine und der linken Schulter durch Einsturz des Geschützstandes infolge Volltreffers«[29].

Vom 20. September bis Ende Oktober 1916 lag Ernst Thälmann in einem Lazarett in Köln und konnte sich hier gründlicher über die politische und militärische Lage informieren. Besonders erfreut war er, als ihn sein Vater am 22. Oktober besuchte und mit ihm fast den ganzen Tag verbrachte. Vom Lazarett aus mußte Ernst Thälmann wegen seines Verfahrens auf Befehl des Militärarztes trotz Fiebers das Gouvernementsgericht aufsuchen. Als er Anfang November beim Ersatz-Bataillon in Neubreisach eintraf, wurde er garnisonsdienstfähig geschrieben und am 24. November »durch feldkriegsgerichtliches Erkenntnis der Kommandantur Neurhein« zu 14 Tagen strengem Arrest verurteilt. Die Strafe verbüßte er vom 8. bis 22. Dezember 1916.[30]

Zwei Jahre lang hatten die Vorgesetzten Ernst Thälmann wegen seiner antimilitaristischen Haltung jeden Urlaub verweigert. Nach seiner Verwundung stand ihm ein dreiwöchiger Erholungsurlaub zu. Am 29. Dezember 1916 kam er in Hamburg an. Ernst Thälmann hatte gehofft, im Gedankenaustausch mit politischen Freunden manche offenen Fragen klären zu können. Aber seine alten Kampfgefährten und die Führer der Opposition waren größtenteils einberufen oder verhaftet. Heinrich Laufenberg, mit dem er von der Front aus über Heimaturlauber korrespondiert hatte, war einberufen worden. Auch Rudolf Lindau war jetzt

26 IML, ZPA, NL 3/2. – Von Januar 1916 bis Dezember 1918 führte Ernst Thälmann in seinem Kalender des Transportarbeiter-Verbandes Tagebuch.
27 Ebenda.
28 Vgl. ebenda u. NL 6/2.
29 Ebenda, NL 3/2.
30 Vgl. ebenda.

Soldat. Die in ihrer Mehrheit oppositionelle Hamburger sozialdemokratische Jugendorganisation war von den opportunistischen Führern der Sozialdemokratie schon im März 1916 aufgelöst worden. Als die Jugendgenossen daraufhin eine selbständige Organisation mit einem eigenen Organ, der »Proletarier-Jugend«, schufen, gehörte zu denen, die sie durch ihre Spenden unterstützten, auch Ernst Thälmann, wie aus einer Quittungsliste des Blattes hervorgeht. Inzwischen hatte jedoch die Militärbehörde die neue Jugendorganisation verboten.[31]

Die Lage in der Heimat übertraf Ernst Thälmanns schlimmste Erwartungen. Er mußte wie alle Urlauber auf Lebensmittelsuche gehen, stand in den Schlangen vor den Geschäften und hörte die bitteren Anklagen der Frauen.

In einer von linken Sozialdemokraten einberufenen illegalen Versammlung, an der auch einige Urlauber teilnahmen, äußerte er die Ansicht, daß nur die Massen selbst den Krieg beenden könnten. Wie Friedrich Dettmann berichtet, wurde in der Zusammenkunft die »Sammlung von Unterschriften für die Forderung nach Frieden« besprochen. »Ernst Thälmann schlug dort außerdem vor, Aktionen in den Werften und Rüstungsbetrieben gegen das Überstundenwesen und die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln zu organisieren. Nach der Versammlung suchten wir ein Arbeiterverkehrslokal auf, wo Ernst Thälmann die Notwendigkeit aktiver Handlungen der Arbeiter und Soldaten gegen den Krieg erläuterte.«[32]

Während seines nächsten Urlaubs, im Juli 1917 – seine Einheit hatte von Februar bis Juli im Oberelsaß und in der Champagne gelegen[33] –, machte sich Ernst Thälmann mit der veränderten Lage in der Arbeiterbewegung vertraut. Im Januar 1917 hatte die sozialchauvinistische Mehrheit des sozialdemokratischen Parteiausschusses alle Organisationen aus der Partei ausgeschlossen, die die Kriegspolitik ablehnten, und damit die organisatorische Spaltung der deutschen Sozialdemokratie vollendet. Im April war von zentristischen Führern die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gegründet worden. In Halle, Leipzig, Düsseldorf und einigen anderen Bezirken war der größte

31 Vgl. ebenda u. EA 1400/1. – Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 41.

32 Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 45.

33 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

Teil der politisch organisierten Arbeiter zur USPD übergetreten, doch insgesamt verblieb die Mehrheit bei der alten Partei. Die Spartakusgruppe hatte sich – bei Wahrung der politisch-ideologischen Selbständigkeit – der USPD angeschlossen. Dieser Schritt zeugte davon, daß die Auffassungen führender Vertreter der Spartakusgruppe über Wesen und Rolle einer revolutionären Kampfpartei des Proletariats noch nicht ausgereift waren.

Neben klassenbewußten Arbeitern und konsequenten Kriegsgegnern gab es in der USPD auch Sozialdemokraten, die den imperialistischen Krieg ablehnten, aber parlamentarischen Illusionen anhingen, und auch Vertreter bürgerlich-pazifistischer Anschauungen. Die Führung der USPD war in den Händen von rechten Zentristen. Die Zentristen, deren Wortführer in Deutschland Karl Kautsky war, lehnten zwar die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus ab, riefen aber im Gegensatz zur Spartakusgruppe die werktätigen Massen nicht zum revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Krieg auf. Als Sozialpazifisten sahen sie die Garantie für einen dauerhaften Frieden nicht im Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, sondern in Vereinbarungen zwischen den bürgerlichen Regierungen. »Der offene Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die Revolution und gegen die beginnenden revolutionären Bewegungen und Ausbrüche, im direkten Bunde mit den Regierungen, mögen die Formen dieses Bündnisses verschieden sein«, schrieb W. I. Lenin im September 1916. »Die verdeckten Opportunisten, die Kautskyaner, sind für die Arbeiterbewegung viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bundes und der ›Einigkeit‹ mit den ersteren durch wohlklingende ›marxistische‹ Worte und ›Friedens‹losungen verdecken und plausibel machen.«[34] Die Gründung der USPD erschwerte den Klärungsprozeß in der Arbeiterklasse, hielt viele vom Übergang auf die Positionen der Linken ab. In Hamburg fand Ernst Thälmann die überwiegende Mehrheit der Arbeiter nach wie vor bei der Sozialdemokratischen Partei. Die USPD war hier nicht sehr stark. Thälmann fühlte sich seit deren Gründung zur USPD gehörig, zu der die meisten seiner politischen Freunde aus den Kreisen der Werft- und Hafenarbeiter übergetreten waren. Mehrmals traf er während seines Urlaubs mit Jacob Rieper zusammen, einem der Gründer der USPD in Hamburg. Er selbst konnte als Soldat formell nicht Mitglied der USPD werden, denn nach

34 W. I. Lenin: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution. In: Werke, Bd. 23, S. 79.

§ 49 des Reichsmilitärgesetzes war Heeresangehörigen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen untersagt.[35]

Neben der USPD gab es in Hamburg noch die kleine, aber aktive Gruppe der Linksradikalen. Sie hatte sich im Unterschied zur Spartakusgruppe nicht der USPD angeschlossen. Der abgrundtiefe Verrat der Opportunisten, auch der rechten Gewerkschaftsführung bewog sie in manchen Fragen zu sektiererischen Auffassungen. Die Mehrheit der Linksradikalen nahm zum Beispiel an, die Gewerkschaften seien »überholt«, während die Spartakusgruppe den Zusammenschluß der oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf gegen die Politik der opportunistischen Führer anstrebte. Die Linksradikalen verlangten den Austritt der revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften und propagierten die Bildung sogenannter Einheitsorganisationen, die die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zusammenfassen sollten.

Ernst Thälmann unterhielt mit Hamburger Linksradikalen freundschaftliche Beziehungen, aber als erfahrener Gewerkschaftsfunktionär erkannte er, daß sie sich durch ihre gewerkschaftsfeindlichen Auffassungen von den werktätigen Massen isolierten.[36]

1917 kündeten alle Anzeichen von der Verschärfung der Klassengegensätze und dem Herannahen einer politischen Krise. Die Februarrevolution in Rußland, an die sich auch in Deutschland die Hoffnungen der Massen auf baldigen Frieden knüpften, stand in der Heimat und an der Front im Mittelpunkt vieler politischer Diskussionen. In Ernst Thälmanns Notizkalender wurden die Eintragungen über »politische Auseinandersetzungen« häufiger. Am 14. August 1917 notierte er: »Krawall gehabt mit Offizier und Sergeant.«[37] Ende September erkrankte Ernst Thälmann an einer Magen-Darm-Entzündung. Nach mehrwöchigem Aufenthalt im Feldlazarett wurde er am 20. Oktober in ein Lazarett nach Bayreuth gebracht. Erst Ende November konnte er als garnisonsdienstfähig wieder nach Neubreisach entlassen werden.[38]

35 Vgl. Helmuth Stoecker: Walter Stoecker. Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers. 1891–1920, Berlin 1970, S. 141.
36 Vgl. IML, ZPA, NL 6/2.
37 Ebenda, NL 3/2.
38 Vgl. ebenda.

6

»Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen«

Im Bayreuther Lazarett erfuhr Ernst Thälmann aus den Meldungen der Zeitungen vom bewaffneten Aufstand in Petrograd am 7. November 1917, davon, daß die bürgerliche Provisorische Regierung gestürzt wurde und die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten die Macht übernommen hatten. Er war mit dem Herzen bei denen, die die Unterdrücker davongejagt und den Weg der Völker zum Sozialismus geebnet hatten. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die weltverändernde Wirkung dieser Tat, ihre epochale Bedeutung bestimmten von nun an sein Denken und Handeln. Davon zeugten seine revolutionäre Haltung und sein Auftreten während der Novemberrevolution. Klar und prägnant charakterisierte Ernst Thälmann die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in vielen seiner Arbeiten, so in einem anläßlich des achten Jahrestages der Revolution geschriebenen Artikel. »Der 7. November 1917 ist der Beginn des größten Umschwungs in der Geschichte der Menschheit. Der entscheidende Sieg der russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten über die verbündeten Gutsbesitzer und Kapitalisten hat das Gesicht der Erde verändert... Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen.«[1]

Als die Arbeiter und Bauern Rußlands unter der Führung der Bolschewiki erstmals die Herrschaft der Ausbeuterklasse beseitigten und die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten eroberten, leiteten sie eine neue Ära der Weltgeschichte ein, die Ära der Überwindung des Kapitalismus und des Übergangs der Menschheit zum Sozialismus. Die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Sowjetland eröffnete den Weg zum Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde. Die Lehren des Marxismus-Leninismus und die weltgeschichtliche Rolle der von W. I. Lenin geschaffenen Partei neuen Typs als der Führerin der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der sozialistischen Revolu-

1 Ernst Thälmann: Der 7. November – eine neue Epoche der Weltgeschichte. In: Geschichte und Politik, S. 45.

tion und beim sozialistischen Aufbau wurden von der Geschichte bestätigt. Die von den rechten sozialdemokratischen Führern betriebene Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie erlitt eine schwere Niederlage.

Die grundlegenden Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution brachten allgemeine Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck. Sie sind für alle Länder und Völker gültig. Die Aneignung und Anwendung der Lehren des Roten Oktober wurde zur entscheidenden Bedingung für den Sieg der Arbeiterklasse in anderen Ländern.

Die siegreiche proletarische Revolution in Rußland erschütterte die Herrschaft der Ausbeuter in der ganzen Welt. Das Beispiel der Oktoberrevolution zeigte den Volksmassen den Weg aus dem blutigen Chaos des imperialistischen Krieges. In vielen kapitalistischen Ländern entwickelten sich revolutionäre Aktionen. Der Rote Oktober beflügelte auch den Kampf des deutschen Proletariats. In Deutschland, das durch die Kriegspolitik seiner imperialistischen Machthaber und die sich immer mehr abzeichnende militärische Niederlage zum schwächsten Kettenglied im System des Weltimperialismus wurde, verschärfte sich rasch der Klassenkampf.

Im Jahre 1918 mußte Ernst Thälmann wegen seiner schweren Verwundung und Erkrankung zweimal – im Januar/Februar vier Wochen und im Juni/Juli drei Wochen – Urlaub gewährt werden. Die Aufenthalte in Hamburg nutzte er vor allem, um sich mit den politischen Schriften der Opposition bekannt zu machen und die Verbindungen zu seinen Genossen noch enger zu knüpfen. »Den ganzen Tag studiert und nicht aus dem Hause gewesen«, notierte er am 26. Januar in seinem Tagebuch. Mehrmals traf er wieder »wegen Parteiangelegenheiten« mit Jacob Rieper zusammen. Nach einer Versammlung im Gewerkschaftshaus hatte er eine Unterredung mit dem Reichstagsabgeordneten der USPD Alfred Henke. In den Urlaubstagen besuchte er mit seiner Frau auch eine Aufführung von Schillers »Maria Stuart« und eine Vorstellung im Ernst-Drucker-Theater.[2]

Von Juli bis November 1918 erlebte Ernst Thälmann noch einmal alle Schrecken des Krieges. In der Hoffnung, an der Westfront doch noch eine Entscheidung zu seinen Gunsten erzwingen zu können, organisierte der deutsche Generalstab militärisch sinnlose, verlustreiche Angriffsoperationen. Im Frühjahr 1918 war es den deutschen Truppen unter Aufbietung der letzten Kräfte gelungen, bis auf 70 Kilometer an Paris heranzukommen. Dann waren die ausgebluteten deutschen Truppen endgültig steckengeblieben. Am 8. August durchbrach die Gegenoffensive der Alliierten die deutschen Linien. In seinen Notizen vermerkte Ernst Thälmann: »Etwas Schrecklicheres als heute habe ich noch nicht mitgemacht.« – »Dasselbe mörderische Artilleriefeuer vom Feind.« – »Ungeheure Verluste bei uns.«[3]

Das Fronterlebnis übte auf Ernst Thälmanns weiteren politischen Lebensweg einen nachhaltigen Einfluß aus. Sein Haß gegen Militarismus und Krieg wurde durch die eigenen Erfahrungen vertieft. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Soldaten in den Tod getrieben wurden, sowie die Brutalität der deutschen Militaristen gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Gebieten bestärkten ihn in seiner Überzeugung, daß man mit aller Kraft gegen den Krieg und dessen Wurzeln kämpfen müsse. »Wir, die diesen Krieg mitgemacht, wir haben den Schrecken erlebt, wir haben das Grauen und Morden kennengelernt und haben damit eine gewisse Verantwortung, nicht leichtsinnig auch nur einen Tropfen Blut zu opfern«, schrieb er in seinen Gefängnisaufzeichnungen. Die »Front des Weltkrieges« habe ihn stark geformt, weil sie ihn in seiner »sozialistischen Auffassung erheblich beeinflußte und härtete für die weiteren Arbeiten«, die er später für die Arbeiter und das werktätige Volk leistete.[4]

Anfang November 1918 kursierten unter den zurückweichenden deutschen Truppen Gerüchte über revolutionäre Ereignisse in der Heimat. Die militärische Ordnung löste sich auf. Am 7. November 1918 notierte Ernst Thälmann: »Bekanntmachung des Waffenstillstandsangebots. An der Front großer Jubel und Freude darüber.« Tausende Soldaten beendeten den Krieg auf eigene Faust und begaben sich auf den Weg in die Heimat. Am 9. November schrieb Ernst Thälmann in seinen Taschenkalender: »Mittags 2 Uhr abgehauen von der Front mit vier Kameraden.«[5] Am Montag, dem 11. November 1918, vormittags, traf er in Hamburg ein. Er eilte sofort nach Hause in seine Wohnung in der Siemssenstraße 4 in Eppendorf, die seine Frau im Mai 1917 bezogen hatte.[6]

Als Ernst Thälmann nach Hamburg zurückkehrte, war die Revolution

2 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

3 Ebenda.

4 Ebenda, NL 3/9.

5 Ebenda, NL 3/2.

6 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 101. – IML, ZPA, NL 3/3.

bereits in vollem Gange. Am 3. November hatte mit dem Aufstand der Kieler Matrosen, die sich weigerten, den sinnlosen Krieg fortzusetzen, die Novemberrevolution begonnen. Innerhalb weniger Tage sprang der revolutionäre Funke auf die anderen Teile Deutschlands über. Die Arbeiter wichtiger Rüstungsbetriebe traten in den Streik, besetzten Betriebe und Schachtanlagen. Arbeiter und Soldaten stürmten Kasernen und Polizeistationen, befreiten politische Gefangene. Als Kampforgane der Arbeiterklasse entstanden in den ersten Tagen der Revolution nach dem Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution Arbeiter- und Soldatenräte, die in vielen Orten und Betrieben anfangs wirkliche Machtorgane waren.

In Berlin rief die Spartakusgruppe am 8. November gemeinsam mit den revolutionären Obleuten aus den Großbetrieben zum Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand auf. Hunderttausende folgten diesem Ruf. Die Arbeiter und Soldaten beherrschten am 9. November die Straßen der Stadt. Die Monarchie und die kaiserliche Regierung wurden hinweggefegt. An Stelle der Kaiserstandarte wehte über dem Schloß die rote Fahne. Vom Balkon des Schlosses rief Karl Liebknecht den Massen zu: »Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit.«[7]

Die Konterrevolution blieb nicht untätig. Sie stützte sich auf sozialdemokratische Führer, die alle Anstrengungen unternahmen, sich an die Spitze der Revolution zu stellen, um sie abwürgen zu können. Rechte Führer der SPD und der USPD bildeten schon am 9. November eine neue Regierung, die sich demagogisch »Rat der Volksbeauftragten« nannte und vorgab, ein »sozialistisches Programm« verwirklichen zu wollen. In Wahrheit aber paktierte sie mit dem Monopolkapital und den kaiserlichen Generalen gegen die revolutionären Kräfte.

In Hamburg hatten am späten Abend des 5. November bewaffnete Aktionen von Matrosen begonnen, denen sich am nächsten Morgen die Arbeiter anschlossen. Schon am Nachmittag des 6. November waren in

7 Karl Liebknecht: Für die freie sozialistische Republik Deutschland. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1974, S. 595. – Zu den ersten Revolutionstagen in Hamburg vgl. Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1978, S. 93–96.

Hamburg und Altona die bewaffneten Kämpfe im wesentlichen abgeschlossen. Innerhalb von 18 Stunden hatten die revolutionären Massen die militärische Gewalt lahmgelegt. Der sofort gebildete provisorische Arbeiter- und Soldatenrat übernahm das »Hamburger Echo«. Mit dem Linksradikalen Paul Frölich als Redakteur erschien es am 8. November unter dem Titel »Die Rote Fahne«.

Am 8. November wurden in den Betrieben etwa 600 Delegierte zum Großen Arbeiterrat gewählt. Dieser beschloß, eine Exekutive aus 30 Mitgliedern zu bilden. Achtzehn davon wurden unmittelbar von den Delegierten gewählt; je drei Vertreter sollten die SPD, die USPD, die Linksradikalen und das Gewerkschaftskartell benennen. Zu diesen 30 Vertretern der über hunderttausend Arbeiter kamen 30 Delegierte der Soldatenräte, die einige zehntausend Soldaten und Matrosen vertraten. Den Vorsitz der Exekutive übernahm der Linksradikale Heinrich Laufenberg, der zwar mutig gegen den imperialistischen Krieg und den Sozialchauvinismus gekämpft hatte, aber keine klaren Vorstellungen über die Weiterführung der Revolution besaß. Die Zusammensetzung des Arbeiter- und Soldatenrates und seiner Exekutive sowie die zahlenmäßige und organisatorische Schwäche der Linksradikalen führten dazu, daß der Rat trotz einiger revolutionärer Maßnahmen immer mehr vor der Konterrevolution zurückwich.

Ernst Thälmann machte sich schnell mit den neuen politischen Verhältnissen in Hamburg vertraut. Wenige Tage nach seiner Rückkehr erklärte er auch formell seinen Beitritt zur USPD. Fast jeden Abend und auch sonntags war er unterwegs, um an Versammlungen oder Vertrauensmännersitzungen der USPD, an Gewerkschafts-, Jugend- und Soldatenversammlungen teilzunehmen. Er beteiligte sich an den Demonstrationen der revolutionären Hamburger Arbeiter gegen die Konterrevolution und half bei der Verteilung von Flugblättern.

Seinen Lebensunterhalt verdiente sich Ernst Thälmann, indem er dem Vater half und zeitweise auch als Notstandsarbeiter im Hamburger Stadtpark.

Bald wurde Ernst Thälmann von der Parteileitung als Referent für Partei- oder öffentliche Versammlungen eingesetzt. So sprach er am 6. Dezember auf einer Soldatenversammlung in Altona-Bahrenfeld. Am 11. Dezember referierte er in Fuhlsbüttel und am 15. Dezember in Altona auf öffentlichen Versammlungen über die politische Lage.[8] Ständiger

8 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2. – HVZ, 16., 18. Dezember 1918.

Referent war er in Distriktsmitgliederversammlungen der USPD. Häufig nahm er auch auf Partei- und Gewerkschaftsversammlungen in der Diskussion das Wort.

Ernst Thälmann setzte sich für die entschiedene Weiterführung der Revolution ein. Er forderte die »Sozialisierung der wichtigsten Industriebetriebe«, wie es in einem Versammlungsbericht heißt. »Das Treiben der Großindustriellen beweise, daß für diese Leute der Profit ausschlaggebend sei.« Immer wieder geißelte er »die Kriegssünden der Rechtssozialisten« und wies die Versuche der Sozialdemokraten, die Politik des 4. August 1914 als »grundsätzliche sozialistische Politik« zu rechtfertigen, zurück. Auf der Mitgliederversammlung der USPD Hamburgs am 22. Dezember protestierte er gegen die von der Parteileitung in Berlin unter den Mitgliedern hervorgerufene Verwirrung und verlangte, in der Partei »die Grundsätze des internationalen Klassenkampfes« hochzuhalten.[9]

In dieser Zeit spitzten sich in Hamburg die Gegensätze zwischen den Linksradikalen, die sich seit Anfang Dezember Internationale Kommunisten nannten, und den Führern der USPD zu. Bereits am 10. November war auf Verlangen der Führer der SPD das »Hamburger Echo« wieder als sozialdemokratische Zeitung erschienen. »Die Rote Fahne« wurde weiterhin als Organ des Arbeiter- und Soldatenrates herausgegeben. Funktionäre der USPD unternahmen fortlaufend Versuche, »Die Rote Fahne« in ihre Hand zu bekommen. Sie vereitelten die Durchführung einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Linksradikalen und der USPD, auf der über die Weiterführung der Zeitung entschieden werden sollte, und veranstalteten zur gleichen Zeit, zu der die von den Linksradikalen einberufene Versammlung tagte, eine separate Versammlung der USPD. Aus den Notizen Ernst Thälmanns geht hervor, daß er an der Versammlung der USPD teilnahm.[10] Seit dem 2. Dezember erschien »Die Rote Fahne« als Organ der USPD, ab 16. Dezember unter dem Titel »Hamburger Volks-Zeitung«. Anfang 1919 konstituierten sich die Linksradikalen in Hamburg zu einer Organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und gaben seit Ende Februar eine eigene Zeitung, die »Kommunistische Arbeiterzeitung«[11], heraus.

9 HVZ, 16., 18., 24. Dezember 1918.

10 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

11 Die HVZ schrieb dazu am 27. Februar 1919: »Unter diesem Titel präsentiert sich... das hiesige Organ der Kommunistischen Partei Hamburg. Für die Redaktion zeichnet Genosse Rudolf Lindau... Wir begrüßen das sozialistische Bruderblatt und hoffen, im

Auf dem Gründungsparteitag der KPD in Berlin hatten die entschiedensten revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung den endgültigen Bruch mit dem Opportunismus vollzogen. Die Gründung der KPD war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterklasse besaß nun wieder eine selbständige revolutionäre Partei, eine Partei, die die Grundfragen des Staates und der Revolution richtig beantwortete, sich vorbehaltlos zur Diktatur des Proletariats als Kampfziel bekannte und die rechtsopportunistische und zentristische Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie entschieden verurteilte. Von Anfang an legte die KPD ein klares Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus und zur engen Kampfgemeinschaft mit dem ersten Staat der Arbeiter und Bauern und mit der Partei Lenins ab. Die Gründung der KPD war der erste Schritt zur Wiedervereinigung der durch den Opportunismus gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage.

Die in der USPD organisierten revolutionären Arbeiter, darunter Ernst Thälmann, betrachteten ihre Partei als *die* revolutionäre Partei des Proletariats. In der KPD sahen sie eine sozialistische Bruderpartei, einen Kampfgenossen gegen den gemeinsamen Feind. Aber die große historische Bedeutung der Gründung der KPD und die Perspektive dieser Partei erfaßten sie noch nicht. Der Weg zu dieser Erkenntnis wurde in Hamburg zusätzlich dadurch erschwert, daß in der dortigen Organisation der KPD linkssektiererische Kräfte immer größeren Einfluß gewannen.[12] Hierauf ist es auch zurückzuführen, daß Ernst Thälmann die Mitglieder der USPD aufforderte, »einen scharfen Trennungsstrich nach rechts und links«[13] zu ziehen. Jedoch orientierte er ständig auf gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten.

Als konsequenter Internationalist stellte sich Ernst Thälmann vorbehaltlos an die Seite der Sowjetmacht. Rudolf Lindau erinnert sich an eine Versammlung Anfang 1919, auf der der USPD-Funktionär Paul Dittmann den baldigen Zusammenbruch Sowjetrußlands voraussagte. »Auf diese gegenrevolutionären Prophezeiungen antwortete Ernst Thäl-

Kampf gegen die Feinde des entschiedenen Sozialismus einen wertvollen Helfer bekommen zu haben.«

12 So meldete die HVZ am 17. Februar 1919, daß die Hamburger Kommunisten in einer Mitgliederversammlung »nach heftigem Für und Wider« beschlossen hätten, »an den Hamburger Bürgerschaftswahlen nicht teilzunehmen«.

13 HVZ, 17. Februar 1919.

mann in der Diskussion mit einer leidenschaftlichen Rede.« Er erläuterte, daß und warum das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse unlöslich mit dem Schicksal Sowjetrußlands verbunden sei. »Wer nicht an den Sieg des Sozialismus in Sowjetrußland glaubt«, sagte Ernst Thälmann, »der glaubt auch nicht an die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und ist ein Feind der deutschen Arbeiter.«[14]

Auf Grund seiner Aktivität nominierte die USPD Ernst Thälmann als einen ihrer zwölf Kandidaten im 37. Wahlkreis (Hamburg, Bremen, Stade) für die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919.[15] In dieser Eigenschaft und als Mitglied der Agitationskommission und des Zentralwahlkomitees der USPD Hamburgs[16] erläuterte er in mehreren Veranstaltungen die politische Lage, wobei im Mittelpunkt seiner Ausführungen die Kritik an der arbeiterfeindlichen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer stand.[17] Paul Öltzner, der zu dieser Zeit Funktionär der USPD in Harburg war, berichtet über eine Funktionärkonferenz, auf der Ernst Thälmann Hinweise für die Führung des Wahlkampfes gab. Eindringlich erläuterte er, daß es darauf ankomme, engen Kontakt zu den Wählern herzustellen. Das Wahlmaterial dürfe nicht einfach verteilt werden; die Agitatoren der Partei müßten mit den Wählern persönlich sprechen und ihnen die Situation und die Politik der Partei erklären.[18]

Als im Januar 1919 die Konterrevolution brutal gegen die kämpfenden Berliner Arbeiter vorging, ergriff auch die revolutionären Arbeiter in Hamburg große Empörung. Am 18. Januar versammelten sich 100 000 Werktätige auf dem Heiligengeistfeld – einem großen freien Platz im Stadtteil St. Pauli – zu einer Protestkundgebung gegen den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und zogen anschließend in einer riesigen Demonstration zum Rathausmarkt. Dort prangerten Heinrich Laufenberg, Carl Herz und weitere Redner den Mordterror der Konterrevolution an. Auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates waren die öffentlichen Gebäude halbmast geflaggt.[19]

Wenige Wochen später, Ende Januar/Anfang Februar 1919, ließ der

14 Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 41/42.
15 Vgl. Hamburger Nachrichten, 14. Januar 1919, Morgenausgabe.
16 Vgl. HVZ, 21. Dezember 1918.
17 Vgl. ebenda, 15. Januar 1919.
18 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.
19 Vgl. HVZ, 20. Januar 1919.

rechte Sozialdemokrat Gustav Noske – der »Bluthund«, wie er sich selbst nannte – das konterrevolutionäre Freikorps Gerstenberg gegen die Bremer Räterepublik marschieren. Unter den Hamburger Arbeitern wurde die Forderung nach Unterstützung des revolutionären Bremen laut. Die Kommunisten verlangten am 29. Januar im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat »die Bewaffnung der Hamburger Arbeiterschaft innerhalb 48 Stunden« und »die Unterstützung Bremens mit allen militärischen Mitteln«.[20] Ein entsprechender Beschluß wurde mit großer Mehrheit angenommen. Aber rechte Führer der SPD und die unter ihrem Einfluß stehenden Soldatenräte vereitelten eine sofortige wirksame Hilfe. Anfang Februar bewaffneten sich revolutionäre Arbeiter selbst. Sie beschafften sich Waffen aus Polizeigebäuden und Kasernen. An dieser Aktion war Ernst Thälmann führend beteiligt. Etwa 3000 bewaffnete Hamburger Arbeiter unternahmen den Versuch, nach Bremen zu gelangen, wurden aber durch einen von reaktionären Kräften inszenierten Eisenbahnerstreik daran gehindert. Auf mehreren Versammlungen der USPD deckte Ernst Thälmann die Hintergründe der reaktionären Maßnahmen gegen Bremen auf und prangerte dabei die Handlungsweise der rechten sozialdemokratischen Führer an.[21]

Aus Anlaß der Ermordung des der USPD angehörenden bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner durch einen konterrevolutionären Offizier sprach Ernst Thälmann gemeinsam mit Heinrich Laufenberg und Hermann Kühn von der KPD sowie Hermann Reich, Jacob Rieper und Paul Wagner von der USPD auf einer Massenkundgebung am 26. Februar 1919 auf dem Heiligengeistfeld. Die Kundgebung stand im Zeichen des Kampfes gegen den wachsenden Mordterror der Konterrevolution. Entblößten Hauptes gedachten die Versammelten Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Kurt Eisners, die für die Sache des Proletariats gefallen waren.[22]

Seit seiner Rückkehr von der Front arbeitete Ernst Thälmann wieder aktiv in seiner Gewerkschaft, im Deutschen Transportarbeiter-Verband.

20 Paul Neumann: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats. Tätigkeitsbericht, erstattet im Auftrage der Exekutive des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Hamburg 1919, S. 90.
21 Vgl. Hamburger Echo, 8. Februar 1919, Morgenausgabe. – HVZ, 17. Februar 1919. – Rudolf Lindau: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919. Aufsätze und Chronik, Berlin 1960, S. 122.
22 Vgl. HVZ, 26. Februar 1919. – Kommunistische Arbeiterzeitung (Hamburg), 27. Februar 1919.

Auch hier trat er gegen die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie auf. Auf der Hamburger Generalversammlung des Verbandes am 25. Februar 1919 forderte er, daß die freundschaftlichen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern aufhören müßten. Er verlangte, daß die Gewerkschaftsangestellten nicht mehr vom Zentralvorstand eingesetzt, sondern von der Mitgliedschaft gewählt werden sollten. Wieder wandte sich Ernst Thälmann, wie er es schon vor dem Krieg getan hatte, gegen das Delegiertensystem bei den Wahlen zu den örtlichen Gewerkschaftsveranstaltungen, weil es von den rechtsstehenden leitenden Funktionären dazu genutzt wurde, alle ihnen mißliebigen Kandidaten von vornherein auszuschalten und das Mitspracherecht der Mitglieder zu beschneiden.[23]

Wie andere linke Führer der USPD setzte sich Ernst Thälmann für die Stärkung der Räte ein, deren Beseitigung das erklärte Ziel aller Konterrevolutionäre ebenso wie der rechten sozialdemokratischen Führer war. Auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, an dem Thälmann als Delegierter der Bezirksorganisation Wasserkante teilnahm[24], befürwortete er den von Ernst Däumig und anderen Delegierten eingebrachten Entschließungsentwurf, in dem es hieß, daß die USPD »der liberal-bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie« entgegenstelle und »die Arbeiterräte in allen ihren Bestrebungen, die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen zu vereinigen«, unterstütze.[25] In einer Mitgliederversammlung, in der die Ergebnisse des Parteitages ausgewertet wurden, hob Ernst Thälmann hervor, daß der Parteitag »leider ... in allen Fragen nicht so entschieden« habe, »wie man es in diesen Zeiten erwarten konnte«.[26] Er bezog sich dabei offenbar auf die opportunistische Feststellung in der »Programmatischen Kundgebung« des Parteitages, daß die USPD die »Einordnung des Rätesystems in die Verfassung«[27], letztlich also die Unterordnung der Räte unter den bürgerlichen Staat, verlange. »In der Frage des Rätesystems stellte sich Redner«, berichtete die »Hamburger Volks-Zeitung« über die Versammlung, »auf den Standpunkt Däumigs: Mißtrauen gegen jedes

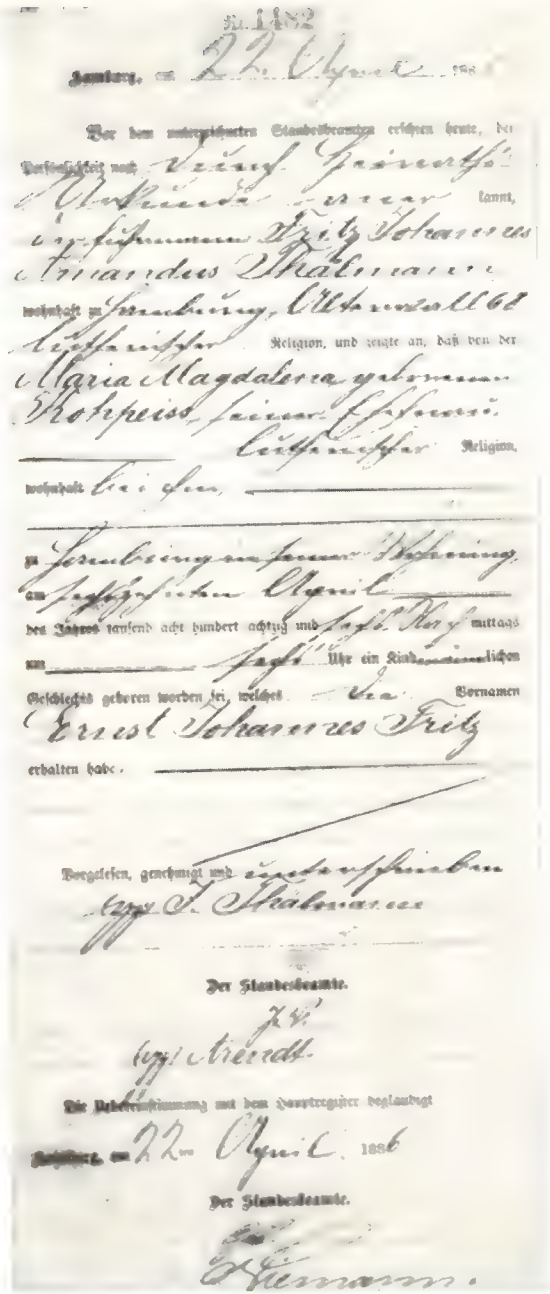
23 Vgl. Hamburger Echo, 1. März 1919, Abendausgabe.

24 Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin o. J., S. 278.

25 Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., Berlin 1966, S. 36/37.

26 HVZ, 26. März 1919.

27 Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 38.



Geburtsurkunde Ernst Thälmanns

Ernst Thälmann (2. Reihe von oben, rechts)
in der Selekta im Jahre 1900

Das Gewerkschaftshaus in Hamburg

Haupt-Nr. ~~28015~~ 102678 Orts-Nr. 267

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrs-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Mitgliedsbuch

für

Herrn Ernst Thälmann

aus Hamburg

geboren am 16ten April 1886

eingetreten am 1ten Februar 1914

in Hamburg

Statut gelesen und anerkannt.

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands Ortsverwaltung Hamburg

Eigenhändige Unterschrift:

Für den Vorstand:

Für die örtliche Verwaltung:

Friedr. Himpel Hamburg Glasemarkt 36.

Ein Gewerkschaftsmitgliedsbuch Ernst Thälmanns

Abteilung IV (Politische Polizei).

Auszüge

aus Versammlungsberichten über den Kellner Ernst, Johannes, Ludwig Thälmann

geboren am 16. IV. 1886 in Hamburg

wohnhaft in Hamburg, Blankenesserstrasse No. 208 I.

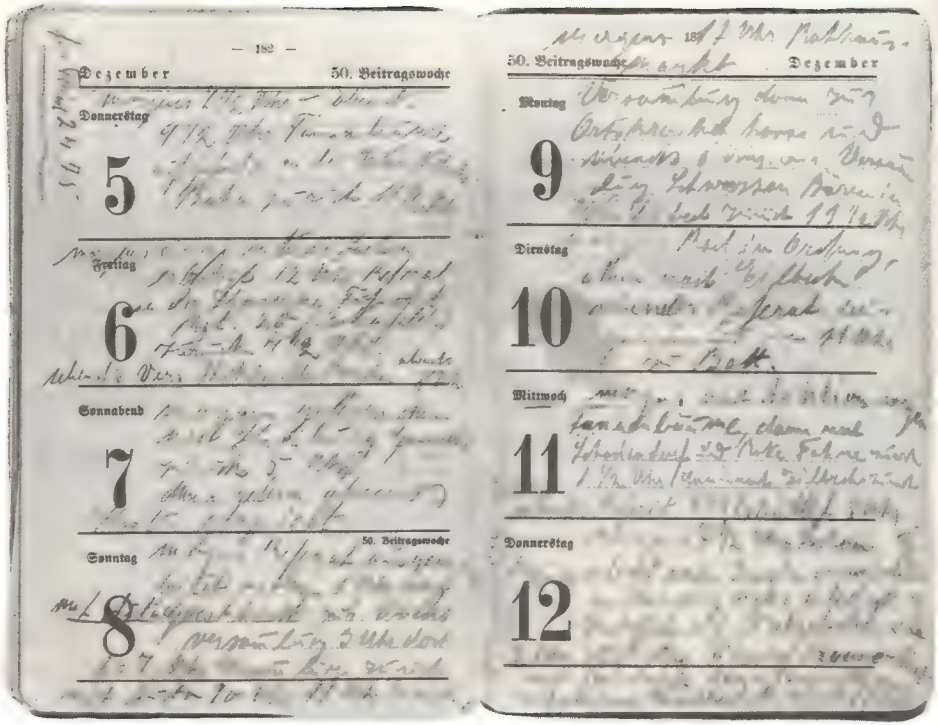
Datum	Versammlung von	Akten-№	Äußerungen
30/6 10/7.	Verbd. d. Trans.-Verbandsarbeiter Zahlst. Winterhude	236 II	Beteiligte sich an Debatte über die Abrechnungen und die Abrechnungsperiode. Verlangte Zahlen wie letzte anderen. Hinsichtlich Blamierung d. Verbandsang. [illegible]
15/9	"	"	Beteiligte sich von der Debatte über die Lohnbewegung
24. 9. 06	öffentl. Versl. der Wasserbauarbeiter Hamburgs	"	Beteiligte sich an der Debatte über die Lohnbewegung der Wasserbauarbeiter sowie Stellungnahme für Maifeier des Kreises.
13. 4. 07	Mitgliederversammlung der Transportarbeiter Zahlstelle Hamburg	236 III	Beteiligte sich an der Debatte über die Stellungnahme zur Maifeier. Antrag auf Ausschluß des Redners wegen Arbeitseinstellung [illegible]

Form. IV. A. 16.

Erste Seite der Akte
der Politischen Polizei Hamburgs über Ernst Thälmann,
angelegt 1906

Ernst Thälmann (obere Reihe, links) nach dem Verbandstag
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes
in Köln 1914

Ernst Thälmann (vorn links) an der Westfront



Eintragungen Ernst Thälmanns in seinem Taschenkalender, Dezember 1918

Parlament. Alle Macht den Arbeiterräten. Die Wahlen zum Rätesystem müssen betriebsweise vorgenommen werden.« Ernst Thälmann schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß sich die USPD »nur nach links orientieren« könne.[28]

Die Hamburger USPD nominierte Ernst Thälmann als einen ihrer Kandidaten für die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 16. März 1919. Die USPD erhielt 42 852 Stimmen, die SPD 267 975 Stimmen. Als einer der dreizehn Abgeordneten der USPD zog Ernst Thälmann in das Parlament seiner Heimatstadt ein.[29] Obwohl die SPD die absolute Mehrheit der Sitze auf sich vereinigte, bildete sie mit der bürgerlichen Deutschen Demokratischen Partei einen Koalitionssenat.

Im Frühjahr 1919 entfaltete Ernst Thälmann eine wirkungsvolle Tätigkeit auch im Hamburger Bund der revolutionären Obleute, der Anfang Januar 1919 entstanden war. Die Obleute, deren Kern Hafen- und Werftarbeiter bildeten, waren die Träger vieler revolutionärer Aktionen. Ideologisch waren sie mit den linken Kräften der USPD und mit den Kommunisten verbunden.

Am 5. April 1919 sprach Ernst Thälmann auf einer von den Obleuten einberufenen Versammlung zum Thema »Die Revolution in Ungarn – und wir?«. Ausführlich schilderte er die revolutionären Vorgänge in Ungarn, wo das Proletariat »in kraftvollem Anlauf die bisherige bürgerlich-demokratische Revolution über den Haufen geworfen und selbst sein Schicksal in die Hand genommen« habe. Er erläuterte die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der Ungarischen Räterepublik, wie die Nationalisierung der Banken, die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Unterbringung obdachloser Arbeiterfamilien in den Villen der Reichen. Im Gegensatz dazu säßen in »Preußen-Deutschland ... das Junkertum und der Kapitalismus genauso fest im Sattel wie in den Tagen vor der Novemberrevolution«. In der »sogenannten Republik Deutschland« wäre »von Sozialismus nichts zu spüren«. In seinen weiteren Ausführungen bezeichnete Ernst Thälmann den Sozialismus als die einzige Rettung für die Menschheit. »Das Gebot der Stunde ist die Beseitigung der Lohnarbeit, abgelöst durch die genossenschaftliche Produktionsweise; also keine Ausbeutung der Menschen mehr durch Men-

28 HVZ, 26. März 1919.

29 Vgl. Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis (Hamburg), Hamburg 1920 (Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, Nr. 10), S. 60. – HVZ, 17. März 1919.

schen.« Die revolutionären Führer des Proletariats in Rußland und Ungarn seien dem Weltproletariat beispielgebend vorangegangen. Auch in Hamburg könne es nicht mehr angehen, daß einzelne Führer – gemeint waren die rechten Sozialdemokraten – sich der revolutionären Bewegung entgegenstellten. Die Hamburger Arbeiter sollten sich die Schreibweise des »Hamburger Echos« nicht mehr gefallen lassen. Unter dem stürmischen Beifall der Versammelten schloß Ernst Thälmann mit den Worten: »Die einstige Hochburg, jetzt Sumpfburg der Sozialdemokratie wollen wir zurückerobern.«[30]

Auf einer Versammlung am 12. April hielt Ernst Thälmann das Referat über »Das Gebot der Stunde und die Einigkeit des gesamten Proletariats«. Die revolutionären Obleute hätten es sich zur Aufgabe gemacht, die Einigung der Arbeiter zu erreichen, die nur an dem Widerstand bestimmter Führer scheitere. »Nur in der Einigkeit der Arbeiterschaft«, erklärte Ernst Thälmann, »ist die Sicherung der Revolutionserrungenschaften möglich.«[31] Nach einer regen Diskussion, in der alle Redner den Ausführungen Thälmanns zustimmten, nahmen die Versammelten einen Aufruf an die Hamburger Arbeiter an, in dem es hieß: »Wenn wir Proletarier uns gegenseitig bekämpfen und zerfleischen, so werden wir hinabstürzen in die schwärzeste Epoche kapitalistischer Ausbeutung ... Reicht euch eure Hände, und wenn eure Führer nicht wollen – über die Köpfe der Führer hinweg.«[32]

Die damals unter revolutionären Arbeitern verbreitete Losung »Für die Einigkeit der Arbeiterklasse, über die Köpfe der Führer hinweg!« brachte das Sehnen der Mehrheit der Arbeiter nach der Überwindung der Spaltung zum Ausdruck. Die Losung richtete sich vor allem gegen die Politik der rechten sozialdemokratischen Führer, die die Arbeiterbewegung gespalten hatten, immer wieder das Zustandekommen gemeinsamer Aktionen hintertrieben und so die Arbeiterklasse oft wehrlos der konterrevolutionären Politik auslieferten. Doch zeigte sich darin auch, daß viele klassenbewußte Arbeiter damals noch nicht erkannten, daß ihren Interessen nur eine Einigung auf dem Boden prinzipieller Klarheit dienlich sein konnte, auf dem Boden jener revolutionären Positionen, wie sie die junge KPD vertrat.

Auch in der Hamburger USPD begann, wie Ernst Thälmann anläßlich

30 Hamburger Echo, 6. April 1919. – HVZ, 7. April 1919.
31 HVZ, 14. April 1919.
32 Ebenda.

des 10. Jahrestages der Gründung der KPD schrieb, »der Prozeß der Klassenscheidung zwischen den feigen und jämmerlichen zentristischen Führern, den Kautsky, Dittmann, Crispien und Hilferding, einerseits und den zur Partei der proletarischen Revolution und zur Kommunistischen Internationale hindrängenden Arbeitern«[33]. Ernst Thälmann hatte sich in den sechs Monaten seit seiner Rückkehr nach Hamburg durch sein konsequentes Auftreten gegen Imperialismus und Reaktion, für die Interessen der werktätigen Massen das Vertrauen der Mehrheit der Mitglieder der USPD erworben. Am 11. Mai 1919 wählte ihn eine Mitgliederversammlung zum Ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Hamburg der USPD.[34] Allerdings fanden die meisten anderen Mitglieder dieses neugewählten Vorstandes später nicht den Weg zur KPD, aber mit der Wahl Ernst Thälmanns war den rechten Kräften in der Hamburger Parteiorganisation eine erste Niederlage beigebracht worden. Am 12. Juni wurde der ebenfalls auf dem linken Flügel stehende Hermann Reich zum besoldeten Parteisekretär gewählt.[35]

7

Man muß sich mit Sowjetrußland verbinden!

Aus der Funktion des Ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe Hamburg der USPD ergab sich für Ernst Thälmann eine erheblich größere politische Verantwortung. Da diese Funktion ehrenamtlich war, mußte er sie neben seiner beruflichen Arbeit ausüben. Am 21. Mai 1919 wurde Ernst Thälmann im Hamburger Arbeitsamt angestellt. Einer der Vorsitzenden des Amtes, der sozialdemokratische Bürgerschaftsabgeordnete Emil Hüffmeier, hatte ihn vorgeschlagen.[1] Hüffmeier war vor dem Krieg Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes in Hamburg gewesen[2] und hatte Ernst

33 Ernst Thälmann: 10 Jahre KPD. In: Geschichte und Politik, S. 123.
34 Vgl. HVZ, 12. Mai 1919.
35 Vgl. ebenda, 16. Juni 1919.
1 Vgl. StA Hamburg, Arbeitsverwaltung, Personalakten, 76.
2 Vgl. ebenda, DC I, Bürgerschaftsmitglieder 1859–1959, H–J.

Thälmann in seiner gewerkschaftlichen Arbeit schätzen gelernt. Die Tätigkeit im Arbeitsamt entfremdete Ernst Thälmann nicht der Arbeiterklasse. Im Gegenteil, er nutzte sie und die ihm dadurch zugänglichen Informationen über die Arbeitslosigkeit und insbesondere über die Notlage der Erwerbslosen für seine politische Arbeit.

Anfang Mai 1919 hatte die Novemberrevolution mit der Niederlage der Bayrischen Räterepublik ihr Ende gefunden. Alle Versuche, sie in eine sozialistische Revolution hinüberzuleiten, waren gescheitert. Der Ansturm der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger hatte die Monarchie hinweggefegt. Wichtige demokratische und soziale Rechte, die die Kampfbedingungen für die Arbeiterbewegung verbesserten, waren errungen worden. Jedoch war es den Monopolherren mit Hilfe opportunistischer Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften gelungen, ihre Klassenherrschaft zu behaupten. Am 14. August trat die von der Nationalversammlung in Weimar vierzehn Tage zuvor angenommene Verfassung in Kraft. Der imperialistische Staat war damit als bürgerlich-parlamentarisch verbrämte Diktatur der Monopolbourgeoisie, als sogenannte Weimarer Republik, neu konstituiert.

Die folgenden Jahre der revolutionären Nachkriegskrise waren durch erbitterte Klassenauseinandersetzungen gekennzeichnet. Mit politischen und sozialen Zugeständnissen, demokratischer Phraseologie und antikommunistischen Verleumdungen, aber auch mit nationalistischer Demagogie, chauvinistischer Hetze und brutalem Terror gegen die revolutionären Volksmassen versuchte die herrschende Klasse, ihre Machtpositionen wieder zu festigen.

Als der Führer der Münchener Kommunisten, Eugen Leviné, am 5. Juni 1919 ermordet wurde, waren die Hamburger Arbeiter aufs äußerste empört. Dem Aufruf der revolutionären Obleute, der USPD und der KPD zu einer Protestkundgebung auf dem Heiligengeistfeld mußte sich auch die Hamburger SPD anschließen. Am 6. Juni gaben Zehntausende Hamburger Arbeiter ihrer Entrüstung über den feigen Mord und ihrer Trauer um Leviné und die anderen Opfer des weißen Terrors in Bayern Ausdruck. Einer der Redner der USPD war Ernst Thälmann. Der Vorsitzende der Sozialdemokratie in Hamburg, Max Leuteritz, wurde von den Versammelten am Weitersprechen gehindert, als er sich dagegen wandte, daß in der vorgeschlagenen Resolution die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske als »intellektueller Urheber« des Mordes angeklagt wurde.[3]

3 Vgl. HVZ, 7. Juni 1919.

Nach der Kundgebung bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationszug zum Rathausmarkt. Hier sprach Heinrich Laufenberg. Stürmisch verlangten die Massen, die Rathausfahne zu Ehren Levinés auf halbmast zu setzen. Großer Jubel brandete auf, als von Bürgerschaftsabgeordneten der USPD auf dem Rathaus die rote Fahne gehißt wurde. Ein Achtgroschenjunge holte die Fahne wieder herunter. Als Ernst Thälmann und andere Mitglieder der USPD-Fraktion die Fahne erneut am Balkon des Rathauses festmachen wollten, stürzte sich ein konservativer Abgeordneter auf Ernst Thälmann und versuchte, ihm die Fahne zu entreißen. »Selbstverständlich«, hieß es im Bericht der »Hamburger Volks-Zeitung«, »wurde der Herr durch einige Handbewegungen in eine Ecke gedrückt, und die rote Fahne wehte weiter von dem Balkon des Rathauses.«[4]

Am 13. Juni gehörte das Heiligengeistfeld wiederum den Arbeitern. Ernst Thälmann hatte tags zuvor in der »Hamburger Volks-Zeitung« die Werktätigen aufgefordert, am Tage der Beisetzung Rosa Luxemburgs in Berlin-Friedrichsfelde ihre »Trauer kundzugeben« und »zu demonstrieren für eine begeisterte revolutionäre Kämpferin«. Bei stürmischem Wetter bewegten sich 20000 Menschen zu der Kundgebungsstätte. Alle Verkehrsmittel hatten bereits mittags den Betrieb eingestellt. Transparente mit Losungen wie »Fluch den Justizmördern!« und »Fort mit den Noske-Garden!« zeugten vom Haß der revolutionären Arbeiter gegen die Reaktion und deren sozialdemokratische Helfer. »Hoch das internationale Proletariat!«, »Nieder mit dem Kapitalismus!«, »Nieder mit dem Bluthund Noske!« erscholl es im Sprechchor aus den heranrückenden Zügen. Von sechs Tribünen sprachen die Vertreter der KPD und der USPD, unter ihnen Heinrich Laufenberg, Rudolf Lindau, Lothar Popp, Ernst Thälmann und Fritz Wolffheim. Die Kundgebungsteilnehmer nahmen eine Resolution an, in der unter anderem der Rücktritt der »scheinsozialistischen Regierung, die Auflösung der konterrevolutionären Weißen Garden« und »die Auflösung der Nationalversammlung« verlangt wurden.[5] Anschließend setzte sich ein riesiger Demonstrationszug zum Gewerkschaftshaus in Bewegung, von dessen Balkon Ernst Thälmann und Fritz Wolffheim nochmals Ansprachen hielten. Auf Anregung Thälmanns

4 Ebenda. – In der Morgenausgabe der »Hamburger Nachrichten« vom 9. April 1920 hieß es rückblickend: Thälmann »war es seinerzeit, der den roten Fetzen durch die Senatsräume des Rathauses trug, um ihn, gemeinsam mit Reich und Bergmann, auf dem Söller aufzupflanzen«.

5 HVZ, 14. Juni 1919. – Hamburger Nachrichten, 14. Juni 1919, Morgenausgabe.

wurde zu Ehren Rosa Luxemburgs auf dem Gewerkschaftshaus die rote Fahne gehißt.

In diesen Wochen hatte die deutsche Arbeiterbewegung auch ihre Stellung zum Friedensvertrag zu bestimmen, der die Ergebnisse des ersten Weltkrieges fixierte. Anfang Mai 1919 waren dem deutschen Außenminister in Versailles die Friedensbedingungen der Entente übergeben worden. Am 28. Juni unterzeichneten die deutschen Vertreter den Vertrag. Der Versailler Vertrag brachte das Bestreben der imperialistischen Siegermächte zum Ausdruck, Deutschland als konkurrenzfähige imperialistische Großmacht auszuschalten. Das Territorium des Deutschen Reiches wurde um etwa ein Achtel verkleinert, ein Teil des Landes der Besetzung durch ausländische Truppen unterworfen. Der Vertrag legte erhebliche Rüstungsbeschränkungen fest. Deutschland wurden hohe Reparationsleistungen auferlegt, deren endgültiges Ausmaß aber noch offenblieb. Der Vertrag beschränkte die Souveränität des deutschen Imperialismus, griff jedoch nicht die Grundlagen seiner Macht an. Der imperialistische Frieden von Versailles trug den Keim künftiger Kriege schon in sich.

Während rechte sozialdemokratische Führer im Einklang mit den bürgerlichen Parteien die berechtigte Empörung der Volksmassen über die erdrückenden Bedingungen des Vertrages dazu mißbrauchten, um eine nationalistische Propaganda zu entfesseln, gaben die KPD und linke Kräfte der USPD eine klare Einschätzung des Vertrages. Sie wiesen auf seinen imperialistischen und gegenrevolutionären Charakter hin und warnten die Werktätigen vor der Gefahr, daß die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages von der herrschenden Klasse auf die Volksmassen abgewälzt würden.

Auch die Hamburger USPD nahm in elf überfüllten Versammlungen, die von Ernst Thälmann als Vorsitzenden der Ortsgruppe mit vorbereitet worden waren, zum Vertrag Stellung. In einer Resolution wurde der »Versailler Frieden« als »imperialistischer Frieden«, als »der unheilvolle Abschluß des imperialistischen Weltkrieges« gekennzeichnet. Die Imperialisten der Entente seien »von demselben Geist beherrscht wie die der Zentralmächte in Brest-Litowsk«, die 1918 der jungen Sowjetmacht ein brutales Friedensdiktat auferlegt hatten. Die USPD-Mitglieder von Hamburg gaben ihrer Zuversicht Ausdruck, »daß der Friede von Versailles ... ebensowenig von Dauer sein« werde wie es der Friede von Brest-Litowsk gewesen sei. »Wir wissen, daß die vereinigte Kraft der Proletarier

aller Länder«, hieß es am Schluß der Entschließung, »über jeden Imperialismus den Sieg davontragen und das Unrecht der Gegenwart wieder gutmachen wird.«[6]

Am 23. Juni und an den folgenden Tagen – Ernst Thälmann befand sich auf dem Verbandstag des Transportarbeiter-Verbandes in Stuttgart – hatte die werktätige Bevölkerung Hamburgs ihren Unwillen über umfangreiche Lebensmittelverfälschungen in heftigen Protestaktionen – den sogenannten Sülzekrawallen – zum Ausdruck gebracht. Arbeiter stürmten Polizeiwachen, Waffenläden und Gefängnisse, besetzten Rathaus und Börse und entwaffneten die von den rechten Sozialdemokraten herbeigerufenen Bahrenfelder Zeitfreiwilligen, die blindwütig in die Massen geschossen hatten. Ein norddeutsches Regiment wurde zum Abzug veranlaßt. Nun sollten konterrevolutionäre Truppen unter dem Kommando des berüchtigten Generals Lettow-Vorbeck mit den Hamburger Arbeitern abrechnen. Am 1. Juli besetzten seine mit Kampfflugzeugen, Panzerwagen, Minenwerfern und Flammenwerfern ausgerüsteten Einheiten die Stadt. Aber »von der Arbeiterschaft fiel kein Schuß, aus den erhofften Großkampftagen wurde nichts«[7], schreibt Rudolf Lindau in Erinnerung an diese Zeit. Isolierte örtliche Aktionen der Arbeiter hätten zu keinem Erfolg geführt, sondern nur der Konterrevolution die Möglichkeit gegeben, unter der Arbeiterschaft ein Blutbad anzurichten. Daher riefen die drei Arbeiterparteien, die revolutionären Obleute, der Arbeiterrat sowie die Betriebsräte dazu auf, den einrückenden Truppen keinen Anlaß zum Waffengebrauch zu geben.[8]

Wie in den Organisationen der KPD und der USPD in anderen Teilen Deutschlands nahmen auch unter den revolutionären Arbeitern Hamburgs seit dem Frühjahr 1919 die Auseinandersetzungen über Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes an Heftigkeit zu. Das betraf vor allem die Haltung zu den von Reformisten geführten Gewerkschaften und zu den bürgerlichen Parlamenten. In der »Kommunistischen Arbeiterzeitung« und in der »Hamburger Volks-Zeitung« erschienen hierzu Artikel; auf Versammlungen und Konferenzen wurde um dieses Problem heftig gestritten. Führende Vertreter der Hamburger Kommunisten ne-

6 HVZ, 16. Mai 1919.

7 Rudolf Lindau: Revolutionäre Kämpfe 1918–1919, S. 125.

8 Vgl. StA Hamburg, Bestand 224. Allgemeines und politisches Geschehen. Plakate, Flugschriften und dergleichen (im folgenden: Bestand 224), Nachkriegszeit 1919–1925. Besondere Anlässe.

gierten die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und in den Parlamenten. So betonte Anfang September 1919 eine Mitgliederversammlung der KPD Hamburgs den Gegensatz ihrer Ansichten zu denen der Zentrale der Partei, die für die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten durch die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse eintrat.[9]

Ernst Thälmann und die mit ihm verbundenen Mitglieder und Funktionäre der USPD in Hamburg lehnten diese linkssektiererischen Auffassungen ab. Thälmann selbst arbeitete weiterhin aktiv im Deutschen Transportarbeiter-Verband. Am 11. Mai war er zum Delegierten für den 10. Verbandstag in Stuttgart gewählt worden.[10] Dort sprach er am 25. Juni 1919 in der Diskussion zu den Geschäftsberichten des Vorstandes und der Kontrollinstanzen. Er kritisierte die Politik der Gewerkschaftsführung während des Krieges, die durch den »Burgfrieden« und die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz gekennzeichnet war. Hierdurch sei der »Kampfcharakter der Organisation ... zurückgedrängt worden«. Das Hilfsdienstgesetz von 1916 charakterisierte Ernst Thälmann als »eine Zuchthausvorlage gegen die Arbeiter«. Jetzt sei es notwendig, »die Gewerkschaften ... wieder mit dem Geist des Klassenkampfes« zu erfüllen. Ausdrücklich betonte Ernst Thälmann, die USPD wolle »keine Spaltung in die Gewerkschaften hineintragen«.[11]

Auf den Generalversammlungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes am 18. und 26. Juli in Hamburg wurde der Verbandstag ausgewertet. Ernst Thälmann sprach für die aus USPD-Anhängern bestehende Opposition im Verband. Er schätzte ein, daß auf dem Verbandstag erstmals politische Fragen eine Rolle gespielt hätten. Die Politik der Gewerkschaftsführung während des Krieges sei mit Recht angegriffen worden. Der nationalistische Standpunkt leitender Gewerkschaftsfunktionäre während des Krieges, auch des Sekretärs des Verbandsvorstandes Paul Müller, »sei der klarste Beweis, daß die Arbeiterschaft Deutschlands sich eine bessere Internationale schaffen« müsse. In dieser Forderung klang die Erkenntnis an, daß die revolutionären Arbeiter auch international mit dem Opportunismus brechen müßten. Ernst Thälmann bemängelte, daß der Verbandstag auf die Behandlung des Räteproblems[12]

9 Vgl. Kommunistische Arbeiterzeitung, 6. September 1919.
10 Vgl. HVZ, 15. Mai 1919.
11 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Protokoll des 10. Verbandstages, S. 83.
12 Im Verlauf des Verbandstages hatten Berliner und Hamburger Delegierte eine Resolution zur Rätefrage eingebracht, in der im ersten Absatz gefordert wurde, der Verbandstag

nicht genügend Zeit verwandt habe. In seinem Schlußwort am 26. Juli beanstandete er, der Ton bei den Verhandlungen mit den Unternehmern sei »ein viel zu versöhnlicher«. Ernst Thälmann beendete seine Ausführungen mit dem Satz: »Wenn die Gewerkschaften wieder zum Klassenkampf zurückkehren würden«, dann seien sie »wieder bei den Arbeitern angesehen«.[13] Auch in mehreren Versammlungen der USPD im August 1919 sprach Ernst Thälmann zum Thema »Die Stellung der USPD zu den Gewerkschaften«.[14]

Im August 1919 streikten die Hamburger Bankbeamten für eine außerordentliche Wirtschaftsbeihilfe. Die Ortsgruppe der USPD unterstützte die Streikenden von Anfang an vorbehaltlos. Die USPD trete für die Annäherung zwischen Kopf- und Handarbeitern ein, schrieb Ernst Thälmann im Auftrage des Ortsvorstandes der USPD an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) in Hamburg. Die »Hamburger Volks-Zeitung« werde den Streikenden auch in Zukunft zur Seite stehen und nicht, wie das sozialdemokratische »Hamburger Echo«, Aufrufe der Bankdirektoren gegen die Streikenden abdrucken. Das Schreiben schloß mit der Überzeugung, daß die Bankbeamten »bei einmütig geschlossenem Vorgehen den Sieg erringen werden«[15].

Die revolutionären Kräfte der USPD in Hamburg traten auch für die Teilnahme an den Parlamentswahlen ein. Sie bekämpften die Weimarer Republik ebenso wie den »freien« und »demokratischen« Staat Hamburg als Machtorgane der Bourgeoisie, erkannten aber, daß die parlamentarischen Institutionen des bürgerlichen Staates unbedingt für den Klassenkampf des Proletariats genutzt werden müßten. So setzte sich auch Ernst Thälmann in der Bürgerschaft für die unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Werktätigen ein und prangerte gleichzeitig das kapitalistische System und die reaktionäre Senatspolitik der sozialdemokratischen Führer in Hamburg an.

In der Sitzung vom 9. Mai 1919 hatte er sich gegen Verzögerungen bei der Auszahlung einer Lohnzulage an die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und gegen das Bestreben des Senats gewandt, die

solle sich auf den Boden des Rätesystems stellen. Dieser Passus wurde abgelehnt. (Vgl. ebenda, S. 136, 138.)
13 HVZ, 5. August 1919.
14 Vgl. ebenda, 12., 18. August 1919.
15 Ebenda, 20. August 1919.

Einkünfte dieser Arbeiter zu kürzen. Die Fraktion der USPD stelle sich auf den Standpunkt, »daß, wenn ein Abbau der Löhne eine so große Notwendigkeit ist, ... man zum mindesten dort anfangen soll, wo die meisten Gelder zusammenkommen, und nicht bei den untersten Schichten der Bevölkerung«[16]. Am 18. Juni 1919 kritisierte Ernst Thälmann den Mietwucher der Grundeigentümer und wies an Beispielen nach, daß die Wohnungsmieten ständig erhöht worden waren. Scharf wandte er sich gegen Hauseigentümer, die kinderreichen Familien Wohnungen verweigerten.[17] Als am 11. Juli 1919 in der Hamburger Bürgerschaft der Antrag beraten wurde, eine Vorlage über das Wohnungs- und Siedlungswesen in Hamburg auszuarbeiten, forderte Ernst Thälmann, daß die modernen Errungenschaften des Wohnungsbaus nicht mehr nur einer kleinen Minderheit zugute kommen sollten. Gaskocher, elektrisches Licht, Badegelegenheiten, Warmwasserversorgung, Zentralheizung und andere Einrichtungen gehörten nicht nur in das Haus des Reichen, hierauf hätte auch der arbeitende Mensch ein Anrecht. Das Leben der Frauen sei durch moderne Einrichtungen wie Zentralwaschküchen und Reinigungsanstalten zu erleichtern. Das Schulwesen, einschließlich der Warteschulen[18], sei zu verbessern, und für die Wöchnerinnen seien Heime einzurichten.[19]

Auch andere Reden Ernst Thälmanns in der Bürgerschaft zeigten seine enge Verbundenheit mit den Werktätigen. Seine Vorschläge waren darauf gerichtet, die Not der ärmeren Bevölkerungsschichten zu lindern. Dabei ließ er keinen Zweifel daran, daß die soziale Lage der Arbeiter erst in einer neuen, ausbeutungsfreien Gesellschaft grundsätzlich verändert werden könne.[20]

Ernst Thälmann verband seine Parlamentsarbeit eng mit dem Wirken unter den werktätigen Massen. Am 15. September 1919 erläuterte er auf einer Erwerbslosenversammlung sein Auftreten in der Bürgerschaft am 27. August, in der er sich gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung gewandt hatte. Während man für die Erwerbslosen keine Mittel zur Verfügung habe, sagte Ernst Thälmann, bewillige man große Summen für die Einwohnerwehr. Es wäre besser, die für die Reichswehr und die Polizeitruppen vorgesehenen Mittel zu verwenden, um die Not der Erwerbslosen zu mildern.[21]

16 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Hamburger Bürgerschaft im Jahre 1919 (24. März bis Ende Dezember), Hamburg o. J., S. 302.
17 Vgl. ebenda, S. 526.
18 Damals übliche Bezeichnung für Vorschulen und Kindergärten.
19 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Hamburger Bürgerschaft 1919, S. 678/679.
20 Vgl. ebenda, S. 1025.

Seine enge Klassenverbundenheit, das Vertrautsein mit den Problemen der werktätigen Menschen, mit ihren Nöten, Sorgen und Hoffnungen, bestärkten Ernst Thälmann in der Überzeugung, daß der Kapitalismus gestürzt werden müsse, um die Ursachen des Elends und der Kriege zu beseitigen. Er fühlte sich der internationalen Gemeinschaft des ausgebeuteten und um seine Befreiung kämpfenden Proletariats verbunden.

Wie die anderen linken Kräfte in der USPD bekannte er sich zur III., Kommunistischen Internationale (Komintern, KI), die von Vertretern kommunistischer und linkssozialistischer Parteien, Organisationen und Gruppen Anfang März 1919 in Moskau gegründet worden war. Die Gründung der Kommunistischen Internationale war das Ergebnis des langjährigen kompromißlosen Kampfes, den die bolschewistische Partei, geführt von Lenin, und revolutionäre sozialistische Gruppen in anderen Ländern gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Opportunismus aller Schattierungen und für die Vereinigung der revolutionären Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung in einer vom Opportunismus freien Internationale geführt hatten.

Die Kommunistische Internationale setzte das von Karl Marx und Friedrich Engels mit der I. Internationale begonnene Werk fort und übernahm, wie Lenin schrieb, »die Früchte der Arbeit der II. Internationale«, wobei sie aber deren »opportunistischen, sozialchauvinistischen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Unrat« beseitigte.[22] Sie hatte bedeutenden Anteil an der Formierung der kommunistischen Parteien und half ihnen, sich Schritt um Schritt die ideologischen, theoretischen, politischen und organisatorischen Grundsätze des Leninismus anzueignen und sich eng mit den Massen zu verbinden. Die Kommunistische Internationale vermittelte den Arbeitern der ganzen Welt die Erfahrungen der revolutionären Weltbewegung, insbesondere die allgemeingültigen Lehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion.

Am 18. Juni 1919 hatte das Büro des Exekutivkomitees der Kommuni-

21 Vgl. HVZ, 3., 18. September 1919.
22 W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte. In: Werke, Bd. 29, S. 296.

stischen Internationale (EKKI) das Weltproletariat aufgefordert, für Sowjetrußland und die Ungarische Räterepublik, gegen die bewaffnete Intervention der imperialistischen Mächte zu demonstrieren.[23] Unter dem Druck der Arbeiter sahen sich auch reformistische Arbeiterorganisationen in kapitalistischen Ländern Europas gezwungen, für den 21. Juli zu einem Proteststreik gegen den imperialistischen Frieden von Versailles und zur Unterstützung der russischen und der ungarischen Revolution aufzurufen. Die KPD und die USPD forderten die deutschen Arbeiter auf, die Protestaktionen zu unterstützen. Ernst Thälmann wandte sich am 18. und 19. Juli in der »Hamburger Volks-Zeitung« an die Leser. »Am Montag, dem 21. Juli«, hieß es im ersten Aufruf, »wird das Proletariat aller Länder in Proteststreiks, Demonstrationen und großen Kundgebungen sich zusammenfinden, um den gemeinsamen Kampf des gesamten Proletariats zur Eroberung der politischen Macht, für die internationale Solidarität, für den Gedanken der Weltrevolution und der sozialistischen Völkerbefreiung aufzunehmen!« Schon seien Anzeichen vorhanden, »daß in den Ententeländern das Proletariat sich rüstet für den gewaltigen Kampf um die Solidarität aller Völker und für die Internationale auf dem Boden des revolutionären Sozialismus. Nicht der Völkerbund der Imperialisten und des Kapitals kann den Sozialismus herbeiführen, sondern die Vereinigung der sozialistischen Proletarier aller Länder, getragen von der Solidarität, befreit von Haß und Neid, erfüllt von dem Sehnen der arbeitenden Klassen nach Glück und Wohlstand. Friede, Freiheit und Glück im eigenen Lande und [in] der ganzen Welt, Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Errichtung einer Gemeinschaft der Gleichheit und Solidarität, das ist das Ziel des Sozialismus.«[24]

Die Aktion in Hamburg wurde ein voller Erfolg. Mittags 12 Uhr stellten die größten Betriebe die Arbeit ein. Die Versammlungen der USPD am Abend waren gut besucht. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Resolution, in der gegen den »Macht- und Gewaltfrieden« von Versailles schärfstens protestiert und gleichzeitig verlangt wurde, »daß der Kampf gegen das sozialistische Rußland und Ungarn eingestellt wird«.[25] Freundschaftliche Beziehungen zu den beiden Ländern seien aufzunehmen. Ernst Thälmann sprach am 21. Juli auf dem Rathausplatz in Itzehoe

23 Vgl. An die Werktätigen aller Länder. In: Die Kommunistische Internationale, 1919, H. 3, S. 53/54.
24 HVZ, 18. Juli 1919.
25 Ebenda, 22. Juli 1919.

»gegen den Gewaltfrieden und gegen den internationalen Kapitalismus«[26] Am Abend referierte er vor 500 Zuhörern über die politische Lage.[27]

Seit dem Sommer 1919 trat die Frage, ob sich die USPD der opportunistischen II. Internationale, die von rechten sozialdemokratischen Führern neu belebt wurde, oder der Kommunistischen Internationale anschließen sollte, immer mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. In den von den Linken beeinflußten Zeitungen der USPD erschienen immer öfter Artikel, die die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale, besonders des Gründungskongresses, erläuterten und sich für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale aussprachen. Besondere Bedeutung kam dabei der Artikelserie Walter Stoeckers über die III. Internationale zu, die auch die »Hamburger Volks-Zeitung« Anfang September 1919 veröffentlichte.[28] Viele Mitglieder und Funktionäre der USPD kritisierten die Teilnahme von Vertretern der Partei an den von Rechtsopportunisten und Zentristen von Februar bis August 1919 in Bern, Amsterdam und Luzern veranstalteten Konferenzen zur Wiederbelebung der II. Internationale und verlangten die baldige Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, der sich mit dem Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale befassen sollte.

Es entsprach Ernst Thälmanns konsequent revolutionärem Standpunkt, daß er – wie Wilhelm Koenen und Walter Stoecker im Zentralkomitee und Martha Arendsee, Paul Böttcher, Otto Brass, Ernst Däumig, Franz Dahlem, Otto Geithner, Herta Geffke, Alfred Oelßner, Hermann Remmele, Paul Schwenk und viele andere Funktionäre in den verschiedenen Bezirken – entschieden für den Bruch mit der II. Internationale und für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale eintrat. Dabei verband er seine Parteinahme für die Kommunistische Internationale oftmals mit dem Bekenntnis zu Sowjetrußland. So verlangte Ernst Thälmann Ende Oktober auf einer Versammlung des Gewerkschaftskartells von Hamburg, Altona und Umgegend unter »großer Bewegung« der Teilnehmer, man »muß sich mit Ländern verbinden, die im Sozialismus schon etwas geleistet haben, wie Rußland«[29].

Einen ersten Abschluß der Diskussionen in der Hamburger USPD brachte die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1919 unter dem

26 Ebenda, 25. Juli 1919.
27 Vgl. ebenda.
28 Vgl. ebenda, 1., 5. September 1919.
29 Hamburger Echo, 27. Oktober 1919, Abendausgabe.

Vorsitz Ernst Thälmanns. Die Versammlung diente der Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages, der für die Zeit vom 30. November bis 6. Dezember 1919 in Leipzig anberaumt war. Sie nahm in mehreren Anträgen zu den Fragen Stellung, die in den Monaten vorher in der Mitgliedschaft diskutiert worden waren. Die revolutionären Mitglieder und Funktionäre der USPD Hamburgs bekannten sich zur Diktatur des Proletariats als Kampfziel der Partei. Sie betonten, daß die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung »in der heutigen Situation... nicht auf die Beteiligung an den Parlamenten verzichten« dürften, lehnten aber gleichzeitig jede Überschätzung des parlamentarischen Kampfes ab. »Die Parlamente«, hieß es in dem entsprechenden Antrag, »wolle der Parteitag deutlich kennzeichnen als die Bollwerke der Bourgeoisie, in denen die Vertreter der revolutionären Arbeiterklasse nur die Aufgabe haben, als Vorposten des Klassenkampfes die Politik der Bourgeoisie zu verneinen und zu kritisieren und an weithin sichtbarer Stelle vor dem eigenen Volke und dem Auslande die Prinzipien des marxistischen Sozialismus zu verkünden und das System der jeweiligen bürgerlichen Regierung und ihre Handlungen bloßzustellen.« Die Hamburger Parteiorganisation der USPD forderte, »in den Gewerkschaften zu bleiben, um diese in revolutionärem Sinne umzugestalten«.[30]

Diese Auffassungen entsprachen den Ansichten W. I. Lenins und der Kommunistischen Internationale, und sie stimmten auch mit den Beschlüssen des 2. Parteitages der KPD überein. Dieser Parteitag im Oktober 1919 hatte sich grundsätzlich zu einer revolutionären Parlamentstaktik und zur Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften bekannt und die linkssektiererischen Auffassungen in dieser Frage scharf kritisiert. Die führenden Vertreter der Hamburger Kommunisten und andere »linke« Delegierte waren von den Beratungen des Parteitages ausgeschlossen worden, weil sie sich geweigert hatten, ihre sektiererischen, anarchosyndikalistischen Positionen aufzugeben.

Die Mitgliederversammlung der USPD am 31. Oktober sprach sich nach dem Auftreten von Ernst Thälmann und anderen Funktionären mit großer Mehrheit für den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale aus, als der – wie es in der angenommenen Entschließung hieß – »einzigen bestehenden internationalen Organisation, die den Klassenkampf gegen die Internationale des Kapitals konsequent aufgenommen hat und durchführt«. Die Versammelten begründeten ihre Forderung, der Kommunistischen Internationale beizutreten, ferner mit der Solidarität zu Sowjetrußland, dem die deutsche Arbeiterklasse in seinem schweren Kampf beistehen müsse. In einem weiteren Antrag verlangten sie, der bevorstehende Parteitag »möge eine Aussprache herbeiführen über den eventuellen Zusammenschluß der USP mit der Richtung der Zentrale der KPD«.[31] Darin drückte sich ebenfalls Zustimmung zu den Beschlüssen des 2. Parteitages der KPD aus.

30 HVZ, 4. November 1919.

Die linken Kräfte der USPD in Hamburg und besonders Ernst Thälmann erkannten, daß die Annäherung an die KPD und die Vereinigung beider Abteilungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung eine Notwendigkeit war. Sie stießen aber in dieser Frage noch auf Widerstand, auch bei linken Funktionären der USPD in anderen Teilen Deutschlands.

Die Ergebnisse der Mitgliederversammlung waren Ausdruck der Tatsache, daß in unteren Organisationen der USPD der Einfluß der linken Funktionäre zugenommen und sich die Differenzierung zwischen den linken und den rechten Kräften verstärkt hatte. W. I. Lenin schrieb am 10. Oktober 1919 in seinem »Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten«, daß die USPD und andere zentristisch geführte Parteien nur »eine einheitliche Partei zu sein« scheinen, »in Wirklichkeit ist die Masse ihrer Parteimitglieder in der grundlegenden, ausschlaggebenden, wesentlichsten Frage mit den Führern *nicht* einverstanden. Die Masse wird den revolutionären proletarischen Kampf für die Rätemacht *aufnehmen*, sobald eine neue Krise eintritt, die ›Führer‹ aber werden auch dann, ebenso wie jetzt, Konterrevolutionäre bleiben.«[32]

Im Jahre 1919 steckte die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland in einer Krise. Die Industrieproduktion blieb um ein Drittel unter dem Stand von 1918, die Hälfte der Fabriken lag inzwischen, vornehmlich wegen Kohlenmangels, still, die Ernte erbrachte etwa um 10 Prozent geringere Erträge. Dafür verdoppelte sich der Geldumlauf gegenüber Ende 1918. Die Preise stiegen fortwährend. Die Lebenshaltungskosten erreichten 1920 das 15fache des Vorkriegsstandes. Die Löhne waren weit dahinter zurückgeblieben, sie lagen etwa ein Viertel bis ein Drittel unter dem Existenzminimum.[33]

31 Ebenda.

32 W. I. Lenin: Werke, Bd. 30, S. 38.

33 Vgl. Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963 (Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1889 bis zur

Das bedeutete für jeden einzelnen Arbeiter, daß auch nach den Hungerjahren des Krieges der Magen leer blieb. Und in dem früh hereinbrechenden Winter von 1919 auf 1920 hieß das, daß viele Stuben in den Proletarierviertеln kalt blieben, denn die Lager der Kohlenhändler waren leer, und Heizmaterial war nur gegen Schwarzmarktpreise zu haben. Auch bei der Familie Ernst Thälmanns waren Hunger und Kälte ständiger Gast.

Ernst Thälmann hatte nun endgültig das Leben eines Arbeiterfunktionärs gewählt. Seine Funktionen als Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe der USPD und als Bürgerschaftsabgeordneter beanspruchten seine freien Stunden. Tagsüber galt es, den kärglichen Lebensunterhalt zu verdienen. Die großen materiellen Sorgen der deutschen Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und anderer Werktätiger waren auch die der Familie Ernst Thälmanns.

Zu dieser Zeit, am 6. November 1919, brachte Rosa Thälmann ein Mädchen zur Welt, das den Namen Irma erhielt. Die Freude der Eltern war groß; unter den bitteren Bedingungen jener Zeit wuchsen aber auch die Sorgen. Rosa Thälmann schildert das in ihren Erinnerungen: »Ich saß in der kalten Küche, in der nur ein Gaskocher brannte. Eingemummt und doch vor Kälte zitternd, stillte ich mein Kindchen.« Ernst Thälmann liebte seine Tochter sehr. Von nun an kämpfte er auch für sie, wenn er alle seine Kräfte einsetzte, um seiner Klasse eine bessere Zukunft zu erstreiten. Rosa Thälmann berichtet: »Ernst lief in der Küche umher, er ballte die Fäuste. ›So kann man unmöglich weiterleben, Rosa!‹ sagte er. ›Man muß alles verändern! So wie unsere Irma und du frieren jetzt Millionen. Viele Hafenarbeiter haben keine Arbeit. Für ein besseres Leben muß man kämpfen!‹«[34]

Wenige Tage nach der Geburt seiner Tochter nahm Ernst Thälmann mit elf anderen Delegierten der Ortsorganisation Hamburg am Leipziger außerordentlichen Parteitag der USPD teil. Er war in einer Urabstimmung mit fast 4000 Stimmen als Delegierter gewählt worden und hatte damit nach Hermann Reich die meisten Stimmen erhalten. Der linke Flügel war auf dem Parteitag wesentlich stärker vertreten als auf dem Parteitag der USPD im März 1919 in Berlin. Das widerspiegelte sich auch in seinen Beschlüssen. Das einstimmig angenommene Aktionsprogramm machte Schluß mit den Zweideutigkeiten der »Programmatischen Kundgebung«

Gegenwart. Dokumente und Studien zu Bd. 5, Bd. 15), S. 8, 10, 37/38. – Eugen Varga: Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft, Hamburg 1921, S. 22/23, 40/41.

34 Zit. in: Евгения Сатулла: В семье Эрнста Тельмана, S. 17.

des Berliner Parteitages, die noch gefordert hatte, das Rätesystem in die bürgerliche Ordnung einzugliedern. Es enthielt die eindeutige Forderung nach der Diktatur des Proletariats als wichtigster Voraussetzung für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und bezeichnete es als notwendig, den kapitalistischen Staat zu zertrümmern. Einmütig nahmen die Delegierten eine Entschließung an, in der sie den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands brüderliche Solidarität bekundeten.[35]

Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es über den Beitritt zur Kommunistischen Internationale. Die von Walter Stoecker eingebrachte Resolution, die auch von Ernst Thälmann unterstützt wurde, forderte den unverzüglichen Anschluß. Sie wurde jedoch mit 170 gegen 111 Stimmen zurückgewiesen.[36] Die von der Parteileitung und der Kontrollkommission vorgelegte Resolution, die sich für den Abbruch der Beziehungen zur II. Internationale und die Aufnahme von Verbindungen zur Kommunistischen Internationale aussprach, stellte einen Kompromiß dar. Nachdem ihr Vorschlag abgelehnt worden war, stimmten Ernst Thälmann und die Mehrheit der anderen linken Delegierten für diese Resolution, die so die absolute Mehrheit von 227 Stimmen erhielt, dagegen stimmten 54 Delegierte[37].

Das bedeutete eine Niederlage des rechten Flügels der USPD. Die Linken benutzten den Beschluß als Waffe für ihren weiteren Kampf um den Beitritt zur Kommunistischen Internationale. Lenin sagte einige Zeit später über den Leipziger Parteitag der USPD: »... auf dem letzten Parteitag der deutschen Unabhängigen haben wir ganz klar einen Kampf der Richtungen gesehen ... Die eine Richtung – das sind die revolutionären, neu zu uns gekommenen Arbeiter, die Gegner der Arbeiteraristokratie; die andere Richtung – das ist die Arbeiteraristokratie, an deren Spitze in allen zivilisierten Ländern die alten Führer stehen.«[38]

Die linken unabhängigen Sozialdemokraten in Hamburg werteten den Leipziger Parteitag als Schritt nach vorn in der Entwicklung der Partei

35 Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin o. J., S. 545. – HVZ, 10. November 1919. – Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 156–161.

36 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 154, Anm. 1.

37 Vgl. ebenda, S. 154, 160.

38 W. I. Lenin: II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 19. Juli–7. August 1920. Rede über die Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: Werke, Bd. 31, S. 235.

und verstärkten ihren Kampf gegen opportunistische Einflüsse. Am 13. Dezember 1919 berichtete Ernst Thälmann in einer Mitgliederversammlung über den Parteitag.[39] Auf einer Mitgliederversammlung am 6. Januar 1920 trat er dem Referenten, Redakteur Emil Rabold aus Berlin, entgegen, der sich gegen den vorbehaltlosen Anschluß an die Kommunistische Internationale gewandt hatte, weil die Partei sonst »auch das Programm der Kommunisten in Deutschland unterschreiben«[40] müßte. Auf dem Bezirksparteitag der USPD Mitte Januar 1920, zu dessen einem Vorsitzenden Thälmann gewählt wurde, forderte er, daß »die Gegensätze innerhalb unserer Partei ... nicht verschwiegen«, sondern »ausgetragen werden«.[41]

In diesen Bemühungen wurden die revolutionären Mitglieder und Funktionäre der USPD von Funktionären der KPD in Hamburg unterstützt. So erklärte auf der Bezirkskonferenz Nord der KPD am 1. Februar 1920 Ketty Guttmann, die Referentin zum Tagesordnungspunkt »Unsere Stellung zur USPD«, unter dem Eindruck der Linksentwicklung der Hamburger USPD: »Die USPD hat sich gewandelt.«[42] Die Rednerin empfahl, den Zusammenschluß mit Gruppen der USPD baldmöglichst vorzunehmen, denn in Hamburg sei die Mehrheit der USPD für die KPD. Die Konferenz stimmte dem aber nicht zu.

Die reaktionären bürgerlichen Kräfte Hamburgs schätzten die Lage in der Hamburger USPD und die Rolle ihrer Funktionäre zu Beginn des Jahres 1920 auf ihre Weise real ein. Der Leipziger Parteitag der USPD, hieß es am 22. Januar 1920 im »General-Anzeiger für Hamburg-Altona«, habe die Gegensätze innerhalb der Partei verschärft. »Sie kamen auf dem kürzlich abgehaltenen Bezirksparteitage zum Ausdruck.« Das Blatt lobte den Bürgerschaftsabgeordneten Paul Bergmann, der als Exponent des rechten Flügels jetzt leider »so gut wie kaltgestellt« sei. Weniger glimpflich kam der zum linken Flügel gehörende Hermann Reich weg. »Noch schlechter«, kommentierte die »Hamburger Volks-Zeitung« die Auslassungen im »General-Anzeiger«, »ist ›man‹ – der Bourgeois – auf den Genossen Thälmann zu sprechen, da er ›über eine noch schärfere Tonart verfügt‹. Seine ›messerscharfen kommunistischen Auffassungen‹ haben ihn um den letzten Rest von Ansehen bei den Demokraten gebracht.«[43] Das »Urteil der Gegner zeigt dem Proletariat, wer auf dem rechten Weg ist«, schlußfolgerte die »Hamburger Volks-Zeitung«. »Das Proletariat... wird es zu schätzen wissen, Führer wie Ernst Thälmann, Reich usw. zu besitzen, und wird sich bedanken für solche, welche von bürgerlicher Seite über den grünen Klee gelobt werden.«[44]

39 Vgl. HVZ, 17. Dezember 1919.
40 Ebenda, 13. Januar 1920.
41 Ebenda, 20. Januar 1920.
42 Kommunistische Arbeiterzeitung, 9. Februar 1920.

8

»Tretet ein in den Generalstreik!«

Seit dem Sommer 1919 bereiteten sich die reaktionärsten Kräfte des deutschen Militarismus, des Junkertums und des Monopolkapitals darauf vor, die bürgerlich-demokratische Republik und die Errungenschaften der Novemberrevolution gewaltsam zu beseitigen, alle Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen und in Deutschland eine Militärdiktatur zu errichten. Die provokatorischen Auftritte der äußersten Reaktion in der Öffentlichkeit häuften sich. Am 18. November 1919 hatten die Generale Hindenburg und Ludendorff, die von 1916 bis 1918 an der Spitze der Obersten Heeresleitung gestanden hatten, vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung die schon während der Novemberrevolution von den Militaristen verbreitete Dolchstoßlegende vertreten, wonach das deutsche Heer angeblich nicht militärisch besiegt, sondern durch den Antikriegskampf der Werktätigen »erdolcht« worden sei. In den Straßen Berlins waren sie von aufgeputschten Kleinbürgern, Soldaten und Studenten mit den Rufen »Hoch Hindenburg und Ludendorff!«, »Hoch Kaiser Wilhelm II.!« empfangen worden.[1]

Die KPD und die USPD warnten die Werktätigen vor den Machenschaften der Konterrevolution.[2] In Hamburg veröffentlichte Ernst

43 HVZ, 26. Januar 1920.
44 Ebenda.
1 Vgl. Leipziger Volkszeitung, 20. November 1919. – Zu den Putschvorbereitungen vgl. Erwin Könnemann/Hans-Joachim Krusch: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch, Berlin 1972.
2 Vgl. Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen, ausgew. und bearb. von

Thälmann am 22. November 1919 im Auftrage des Ortsvorstandes der USPD einen Aufruf, in dem er die militaristische Provokation vom 18. November zum Anlaß nahm, um die Putschpläne der Reaktion zu entlarven. Er wertete diesen Vorfall als Zeichen anwachsender konterrevolutionärer Gefahr. »Offen und frei«, hieß es in dem Aufruf Thälmanns, »wird in den deutschnationalen Zeitungen der Kampf gegen unsere revolutionären Kämpfer propagiert, teilweise zur schamlosesten Hetze gesteigert, offen und frei wendet sich ihr Kampf gegen die gesamte Arbeiterschaft. Die Reaktionäre fühlen sich stark genug, die Arbeiterschaft herauszufordern! Sie wollen es gar nicht mehr verbergen, sie ertragen es nur mit Ungeduld, ihre ganze Macht nicht einzusetzen, um ihre Willkürherrschaft uneingeschränkt walten lassen zu können.«

In diesem Zusammenhang kritisierte Ernst Thälmann die Verurteilung Heinrich Laufenbergs durch ein außerordentliches Kriegsgericht in Hamburg zu einem Jahr Festung[3]. »Man mag zu Laufenberg gestanden haben, wie man will«, schrieb er, »man mag seine Ansichten geteilt, mag sie bekämpft haben, jetzt, angesichts dieses Urteils, können sich, wie ich glaube, alle, die wirklich Sozialisten sind, verständigen in dem Gedanken, daß ein Urteil wie dieses ein der Wahrheit und der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagendes ist...

Nicht nur gegen die Reaktion, gegen die Konterrevolution, gegen den bestehenden Militarismus gilt es zu kämpfen«, schloß Ernst Thälmann den Aufruf, es gelte auch, dem sozialdemokratisch geführten Senat zu zeigen, »daß die Hamburger Arbeiterschaft nicht länger gewillt ist, unter den Bestimmungen des zu Unrecht bestehenden Belagerungszustandes gedrückt und geknechtet zu werden«.[4] Thälmann forderte die Arbeiter auf, am 23. November die öffentlichen Protestversammlungen der USPD zu besuchen.

Die Versammlungen, die unter dem Thema »Gegen Militarismus und

Erwin Könnemann, Brigitte Berthold und Gerhard Schulze, Berlin 1971 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung [im folgenden: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz], Bd. 7/I), S. 41–46.

3 Vgl. Kommunistische Arbeiterzeitung, 21. November 1919. – Heinrich Laufenberg wurde am 20. November 1919 verurteilt, weil er angeblich in einer Versammlung am 10. Oktober in Barmbeck gesagt hatte, daß die Kommunisten, wenn sie die Mehrheit der Arbeiter auf ihrer Seite hätten, die Regierung mit Waffengewalt davonjagen würden, um – wie es in der Anklage hieß – »mit den Bolschewisten in Rußland die Weltrevolution in Gang zu setzen«. (Ebenda, 20. November 1919.)

4 HVZ, 22. November 1919. – Der Belagerungszustand bestand seit Sommer 1919.

Reaktion« standen, waren überaus gut besucht, so auch die im Viktoriagarten, wo Ernst Thälmann sprach. Der Bericht der »Hamburger Volks-Zeitung« hob hervor, daß sich ein kommunistischer Redner mit Thälmanns Ausführungen »voll und ganz einverstanden« erklärte. In allen Versammlungslokalen wurde eine Resolution angenommen, in der die Teilnehmer »flammenden Protest gegen die Haltung der Regierung gegenüber den putschistischen Vorgängen in Berlin« erhoben. Die Versammelten seien sich darüber im klaren, daß das Vorgehen der Reaktionäre durch die Haltung der sozialdemokratischen Minister in der Regierung begünstigt worden sei. »Das Proletariat gelobt«, hieß es in der Resolution weiter, »geschlossen diesen Schlag zu parieren; ... nicht um die Ministersessel der an diesen Zuständen Mitschuldigen zu schützen, sondern [um] für die Freiheit des Proletariats, für die Verwirklichung des Sozialismus mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten.« Die revolutionären Hamburger Arbeiter forderten unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen, die volle Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Beseitigung der Kriegsgerichte sowie die Entwaffnung der Reichswehr. Die Resolution endete mit den Sätzen: »Den tapferen russischen Freiheitskämpfern senden wir unsere herzlichsten Sympathiegrüße zu ihrem heroischen Befreiungskampfe gegen den Weltimperialismus. Wir wissen uns einig mit dem russischen Proletariat, seine Niederlage ist unsere Niederlage, sein Sieg ist unser Sieg!«[5]

Wenige Wochen später unternahm die Konterrevolution eine neue Provokation. Als am 13. Januar 1920 Zehntausende Berliner Arbeiter vor dem Reichstagsgebäude dagegen demonstrierten, daß die Nationalversammlung ein Gesetz zur Knebelung der Betriebsräte annehmen wollte, gab Gustav Noske, der sozialdemokratische Reichswehrminister, dem monarchistischen General Walther von Lüttwitz den von ihm verlangten Schießbefehl. 42 Tote und 105 Verwundete wurden Opfer des Blutbades, das den Weg zur Annahme des reaktionären Betriebsrätegesetzes frei machte.

In wuchtigen Versammlungen protestierten Hamburger Arbeiter am 16. Januar, wie ihre Klassengenossen in ganz Deutschland, gegen das Gemetzel der Noske-Truppen vor dem Reichstag in Berlin. Ernst Thälmann sprach im Hafengebiet, in Rothenburgsort. Er gedachte zunächst, wie die Redner in den anderen von der USPD einberufenen Versammlungen, der

5 Ebenda, 24. November 1919.

Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die ein Jahr zuvor von der Konterrevolution ermordet worden waren, sowie der anderen seitdem gefallenen Revolutionäre. Ernst Thälmann charakterisierte das Betriebsrätegesetz als ein »Schandgesetz«, da es, wie es in der angenommenen Entschließung hieß, eine »Vergewaltigung der Arbeiterrechte« bedeutete und »nur dem Interesse des Unternehmertums Rechnung« trug. Die Versammelten lehnten das reaktionäre Betriebsrätegesetz ab und forderten »das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht« der Arbeiter in den Betrieben.[6] In der Sitzung der Bürgerschaft am 5. März 1920 gab Ernst Thälmann der Überzeugung Ausdruck, daß sich die Räteidee auch in Deutschland durchsetzen werde, »genauso, wie es in Rußland der Fall gewesen ist«[7].

Im März 1920 glaubte sich die extreme Konterrevolution stark genug, um ihre unverhüllte Diktatur errichten zu können. Hatten Monopolbourgeoisie und Militärclique die rechten sozialdemokratischen Führer bis dahin als Feigenblatt benutzt, so hielt ihr reaktionärster Flügel jetzt die Zeit für gekommen, um allein die Regierungsgeschäfte zu führen.

In den Morgenstunden des 13. März hallten die Straßen Berlins vom Marschtritt konterrevolutionärer Formationen wider. Unter den schwarz-weiß-roten Fahnen des Kaiserreiches rückte die Marinebrigade Ehrhardt in die Stadt ein. Kampflos besetzten die Putschisten das Regierungsviertel. Sie proklamierten eine neue Regierung mit dem Vertreter der ostpreußischen Junker Wolfgang Kapp als Reichskanzler und dem Arbeiterschlächter General von Lüttwitz als Reichswehrminister, erklärten die Nationalversammlung für aufgelöst und bedrohten jeglichen Widerstand mit der Todesstrafe. Auch im übrigen Deutschland schlugen die militaristischen Verschwörer los. Hinter den Putschisten standen solche Monopolgewaltigen wie Borsig, Mannesmann und Stinnes und reaktionäre Politiker wie Hugenberg. Die Koalitionsregierung des rechten Sozialdemokraten Bauer floh nach Dresden und von dort weiter nach Stuttgart.

Einmütig erhob sich die Arbeiterklasse gegen die dem werktätigen Volk drohende Gefahr. Als die ersten Meldungen vom Kapp-Putsch in den Morgenstunden des 13. März 1920 in Hamburg eintrafen, traten die Arbeiter, entsprechend einem Aufruf der Hamburger Betriebsräteorganisation und der Gewerkschaftsverbände[8], geschlossen in den Generalstreik. Einen gemeinsamen Streikaufruf erließen auch die Parteivorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Demokratischen Partei Hamburgs.[9] Während in diesen Aufrufen die Arbeiter aufgefordert wurden, für die bürgerliche Republik und die verfassungsmäßige Regierung in den Ausstand zu treten, wies die Bezirksorganisation Wasserkante der USPD vor allem auf die Hintergründe des Putsches und die Ziele der revolutionären Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Putschisten hin. »Was wir immer wieder vorausgesagt haben, ist eingetroffen«, hieß es in ihrem Aufruf. »Die reaktionäre Kamarilla hat versucht, durch einen Militärputsch die Zügel der Regierung zu ergreifen und die unverhüllte Diktatur des Kapitals zu errichten ... Die Militär- und Junkerkaste hat das Feigenblatt der formalen Demokratie abgeworfen. Die Ebert–Noske–Bauer ernten das, was sie gesät haben ... Wir kämpfen nicht für eine arbeiterfeindliche Regierung, die ist das kostbare Blut des Volkes nicht wert. Wenn wir in den Kampf eingreifen, so gilt es, durch die Überwindung der Reaktion, durch die Zertrümmerung des Militarismus den Weg frei zu machen für die Entwicklung zum Sozialismus.«[10]

Auf einer Parteiversammlung erklärte Ernst Thälmann in diesem Sinne, »daß die USP nicht in diese Aktion eingetreten ist, um etwa die Regierung Ebert–Noske zu stützen. Daran haben wir gar kein Interesse, für uns kommt es darauf an, die Situation für das revolutionäre Proletariat auszunutzen.«[11]

Der Generalstreik der Hamburger Arbeiter war bereits in den Nachmittagsstunden des 13. März allgemein. Nicht nur die Arbeiter der Werften und der Industriebetriebe streikten, auch die Straßen- und Hochbahnen standen still. Die Angestellten und Beamten der Verwaltungen und Betriebe schlossen sich den Arbeitern an. »Das Erfreuliche

6 Ebenda, 17. Januar 1920.

7 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1920, o. O. u. J., S. 311.

8 Vgl. Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz, Bd. 7/II, S. 612.

9 Vgl. Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für zwei Geschäftsjahre, vom 1. April 1919 bis 31. März 1921, Hamburg 1921, S. 22.

10 HVZ, 17. März 1920. – Im Aufruf wurde u. a. verlangt: »3. Nach Überwindung der Putschisten Lüttwitz–Kapp unverzüglichen Rücktritt der Regierung Ebert–Noske. 4. Danach für die Übergangszeit eine Regierung, welche die Garantien gibt für die unbedingte Aufrechterhaltung aller freiheitlichen Rechte.« (Ebenda.)

11 Ebenda, 19. März 1920. – Im Gegensatz dazu riefen linkssektiererische Kräfte in der Hamburger KPD-Organisation um Fritz Wolffheim zu Beginn des Putsches zur »Neutralität« auf. (Vgl. Hamburgischer Correspondent, 15. März 1920.)

für uns in Hamburg«, schätzte Ernst Thälmann ein, »ist jedenfalls, daß in diesen Tagen der Geist des Proletariats ... unbedingt revolutionär gewesen ist.«[12]

Während die linken Kräfte der USPD Hamburgs um Ernst Thälmann und Hermann Reich zum konsequenten Kampf gegen die militaristische Reaktion bis zu deren völliger Entmachtung aufriefen, suchten die rechten Kräfte, deren Exponenten die Bürgerschaftsabgeordneten Paul Bergmann und Ferdinand Kalweit waren, einen faulen Kompromiß mit den rechten Führern der SPD und mit der Demokratischen Partei. Gestützt auf die Mehrheit der Bürgerschaftsfraktion der USPD, traten sie in einen Ausschuß der Bürgerschaft und des Senats ein, der alle Maßnahmen gegen die Putschisten leiten, zugleich aber den Protest der Arbeiter in Bahnen lenken sollte, die die bürgerliche Ordnung nicht gefährdeten.

In Anbetracht der Tatsache, daß sich der Befehlshaber der Garnison in Altona, Oberst von Wangenheim, mit seinem Stab und ihm ergebenen Truppenteilen offen auf die Seite der Putschisten gestellt hatte, sah sich die Bürgerschaft jedoch unter dem Druck der streikenden Arbeiter gezwungen, einen Beschluß zu fassen, wonach sich alle »waffenfähigen Männer ohne Unterschied der Parteirichtung, die zum Schutze der Republik entschlossen sind«[13], zur Verstärkung der Einwohnerwehr zur Verfügung stellen sollten. Diese Bewaffnung von Teilen der Arbeiterschaft war ein erster Erfolg der revolutionären Kräfte gegenüber den Bestrebungen rechter Führer der Sozialdemokratie, die Aktivität des Proletariats in möglichst engen Grenzen zu halten. »Das Straßenbild in Hamburg wird lebendiger«, hieß es in einem Zeitungsbericht über die Situation am 15. März. »Das Neuartige sind die in voller Ordnung durch die Straßen marschierenden geschlossenen Trupps Zivilisten, Arbeiter, Angestellte und Bürger, die zu ihren Sammelplätzen und zum Waffenempfang marschieren.«[14]

Dank der Breite und Festigkeit der Streikfront konnten die Putschisten um Oberst von Wangenheim keine größeren Erfolge erringen. Ihre Versuche, die Stadt unter ihre Kontrolle zu bringen, scheiterten. Schon am 15. März mußten Wangenheim und sein Stab Altona verlassen. Die Hamburger Arbeiter, Angestellten und Beamten hatten einen Sieg errungen. Anstatt diesen Sieg nun aber zu festigen und den in anderen Teilen Deutschlands noch gegen die Konterrevolution Kämpfenden Hilfe zu leisten, hatten die rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer in Hamburg nichts Eiligeres zu tun, als den Generalstreik für beendet zu erklären. Auf einer Versammlung der Hamburger Betriebsräte am Morgen des 16. März setzten sie einen Beschluß durch, der die Arbeiter und Angestellten aufforderte, den Kampf einzustellen und die Arbeit wieder aufzunehmen.[15]

Die Mehrheit der Mitglieder und Funktionäre der Hamburger USPD wollte jedoch den Generalstreik fortsetzen. In den Versammlungen, die die USPD am 16. März nachmittags in den verschiedenen Stadtteilen abhielt, protestierten die meisten Redner gegen den Abbruch des Generalstreiks. Ernst Thälmann sprach auf den Versammlungen in Bans' Gesellschaftshaus und im Conventgarten. »Unserer Ansicht nach hätte der Streik nicht zu Ende sein dürfen«, rief er den Arbeitern zu. Er forderte die Versammelten auf, die Waffen mit zur Arbeitsstelle zu nehmen, um für »besondere Ereignisse« gerüstet zu sein.[16] »Die revolutionäre Arbeiterschaft«, hieß es in der angenommenen Entschließung, »darf in dem Kampfe, der jetzt entbrannt ist, nicht tatenlos beiseite stehen ... Noch ist die Gefahr der Reaktion nicht endgültig beseitigt.«[17]

Der einmütig geführte Generalstreik und die Erfolge der Arbeiter im bewaffneten Kampf zwangen am 17. März die Regierung Kapp zum Rücktritt. In der größten proletarischen Einheitsaktion seit der Novemberrevolution hatten die Arbeiter bewiesen, daß sie unüberwindlich sind, wenn sie gemeinsam kämpfen. Dank ihrer Aktionseinheit konnte die Arbeiterklasse breite Schichten der Werktätigen, Angehörige der Mittelschichten, der Intelligenz und des demokratischen Bürgertums in den Kampf einbeziehen, die Errichtung einer offenen Militärdiktatur verhindern und die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution verteidigen. Im offenen Kräftemessen mit der Arbeiterklasse erlitt der Militarismus eine Niederlage.

Die sich erneut zusammenschließende Konterrevolution, unterstützt von den rechten sozialdemokratischen Führern, sah jetzt ihr Hauptziel

12 HVZ, 17. März 1920.

13 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1920, S. 388. – Vgl. auch ebenda, S. 390.

14 Hamburger Echo, 16. März 1920, Morgenausgabe.

15 Vgl. ebenda, 17. März, Morgenausgabe; 16. März, Abendausgabe.

16 HVZ, 19. März 1920. – Staatsarchiv Bremen, Bestand 4,65. Polizeidirektion – Nachrichtenstelle (im folgenden: StA Bremen, Bestand 4,65), IV 4e, Bd. 1. (Eingesehen in: StA Hamburg, Foto-Archiv, Film-Nr. S 10976.)

17 Hamburger Nachrichten, 17. März 1920, Morgenausgabe.

darin, die Arbeiter um die Früchte ihres Sieges zu bringen, den Generalstreik überall zu beenden und die Arbeiter zu entwaffnen. Bereits am 18. März gab der Kommandeur der Sicherheitswehr von Hamburg, Oberst Meyn, bekannt, daß die an die Arbeiter ausgegebenen Waffen wieder eingezogen würden.[18] Diese Maßnahme, die selbst sozialdemokratische Funktionäre »taktisch nicht für richtig«[19] hielten, rief unter den revolutionären Arbeitern tiefe Empörung hervor. Am 19. März waren in Hamburg mit Soldaten und Sicherheitswehren besetzte Kraftwagen unterwegs, um Waffenscheine und Waffen einzusammeln.[20] Ein von der USPD Hamburgs gebildeter Aktionsausschuß, dem neben Ernst Thälmann als Vorsitzenden weitere drei linke Funktionäre und ein Anhänger der Rechten angehörten, rief daraufhin die Arbeiter erneut zum Generalstreik auf: »Die Arbeiterschaft soll entwaffnet werden. Das ist eine Provokation... Das Gewehr in der Hand der Arbeiter ist die Grundlage der Freiheit. Tretet ein in den Generalstreik! Heraus aus den Betrieben!«[21] In einer Mitgliederversammlung der USPD am 19. März im »bis auf den letzten Platz gefüllten« großen Saal des Gewerkschaftshauses nahmen die Teilnehmer eine Resolution an, die den Kampfwillen der revolutionären Hamburger Arbeiter zum Ausdruck brachte. Die Arbeiter wurden aufgerufen, für folgende Forderungen erneut in den Generalstreik zu treten: sofortige Einstellung der Einziehung der Waffen; Rückgabe aller bisher eingezogenen Waffen; Bewaffnung des gesamten Proletariats; Unterstützung der kämpfenden Arbeiterschaft in Kiel; Befreiung der politischen Gefangenen und Inhaftierten.[22]

Die Hamburger Kommunisten, die sich Ende Februar 1920 von den linkssektiererischen Kräften getrennt hatten, unterstützten den erneuten Generalstreikaufruf der USPD. In einem Aufruf der KPD hieß es: »Kommunisten! Die Konterrevolution will im Verein mit der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse wieder entwaffnen... Kein revolutionärer Arbeiter darf wieder an die Arbeit gehen, bevor die Bewaffnung der

18 Vgl. HVZ, 19. März 1920.

19 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1920, S. 412.

20 Vgl. HVZ, 19. März 1920. – Es gelang der Reaktion jedoch nicht, alle Waffen zurückzubekommen. So weigerten sich die Arbeiter in Schiffbek, »die Waffen herauszugeben, worauf die Autos den Rückzug antraten. Die Arbeiterwehr stellte Posten auf und wird selbst für Ruhe und Ordnung sorgen.« (Ebenda.)

21 Ebenda.

22 Vgl. ebenda, 20. März 1920.

Arbeiterklasse im Betriebe durchgeführt wird. Der Aktionsausschuß der USP hat zum Generalstreik aufgerufen. Wo immer sich in Hamburg Kämpfe entspinnen werden, werden die Kommunisten in der vordersten Reihe kämpfen.«[23]

Dem Streikaufruf folgten am Nachmittag des 19. März die Arbeiter mehrerer Werften. Sie verließen ihre Arbeitsstätten, um sich auf dem Heiligengeistfeld zu einer Kundgebung gegen die Entwaffnung der Arbeiter zu versammeln. Sicherheitsmannschaften gingen jedoch gegen die Arbeiter vor und zerstreuten die Ansammlungen. Auch am 20. März befanden sich noch zahlreiche Werftarbeiter im Ausstand. Auf einigen Werften war der Streik allgemein. Eine geschlossene Aktion der Hamburger Arbeiter kam aber wegen des vorherrschenden Einflusses der sozialdemokratischen Parteiorganisation und der Gewerkschaftsbürokratie nicht zustande. Am 22. März wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen.

In den Tagen des Generalstreiks zur Abwehr des Kapp-Putsches waren in der Ortsorganisation Hamburg der USPD die tiefgehenden Differenzen zwischen dem von Bergmann und Kalweit repräsentierten rechten Flügel und dem von Thälmann und Reich repräsentierten linken Flügel offen aufgebrochen. Die bürgerliche »Neue Hamburger Zeitung« schrieb am 16. März in ihrer Abendausgabe, »daß innerhalb der Unabhängigen selbst zwei Flügel bestehen: Der eine Flügel neigt trotz mancher Gegensätzlichkeiten mehr einer geordneten Entwicklung zu, wie sie die Mehrheitssozialisten wollen; der andere Flügel aber unter der Führung von Reich und Thälmann steht so weit links, daß er von den Kommunisten, Spartacisten und wie diese Linksradikalen sonst noch heißen mögen sich in seiner Zielrichtung kaum noch unterscheidet.«

Um der offenen Kritik der Parteiorganisation an ihrer Haltung zuvorzukommen, faßten die Rechten in der Bürgerschaftsfraktion der USPD am 18. März einen gegen Ernst Thälmann und Hermann Reich gerichteten Beschluß. Die Redaktion der »Hamburger Volks-Zeitung« lehnte es jedoch ab, diesen Beschluß zu veröffentlichen.[24] Daraufhin verbreiteten ihn seine Initiatoren als Flugblatt, das auch vom sozialdemokratischen »Hamburger Echo« abgedruckt wurde. Die elf Unterzeichner lehnten es ab, »noch länger die Verantwortung für die Politik von Thälmann und Reich zu übernehmen«, und sprachen den beiden linken

23 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

24 Vgl. HVZ, 19. März 1920. – Hamburger Echo, 24. März 1920, Morgenausgabe.

Bürgerschaftsabgeordneten »ihr schärfstes Mißtrauen ... für ihre die Politik der Fraktion durchkreuzenden Handlungen«[25] aus.

Die Hamburger Mitgliedschaft der USPD urteilte anders; sie stellte sich hinter Ernst Thälmann und Hermann Reich und ihre revolutionäre Politik. Am 25. März sprach die außerordentliche Sitzung des USPD-Beirates von Hamburg ihrerseits der Bürgerschaftsfraktion außer Thälmann und Reich das Mißtrauen aus und forderte die Unterzeichner des provokatorischen Beschlusses auf, ihr Mandat in der Bürgerschaft niederzulegen. Am 1. April 1920 erklärte eine stark besuchte Mitgliederversammlung der USPD im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Entrüstung über das Verhalten der elf rechten Abgeordneten. Die Unterzeichner seien sofort abzuberufen. Die Fraktion habe nur im Sinne der Leipziger Parteitagsbeschlüsse zu handeln.[26] Eine Konferenz aller Ortsvereine der USPD des Hamburger Staatsgebietes am 18. April stellte sich schließlich in Anwesenheit des Sekretärs des Zentralkomitees, Walter Stoecker, nach sechsstündiger Aussprache mit 69 gegen 6 Stimmen hinter Thälmann und Reich.[27] Ein Spitzelbericht schätzte ein, daß in den Versammlungen der USPD die Meinungen hart aufeinanderprallten. »Die Anhänger der radikalen Richtung unter Reich und Thälmann sind immer in der Mehrheit.« Bergmann und Kalweit würden »als Verräter des Proletariats bezeichnet«.[28]

An die Stelle der elf rechten Bürgerschaftsabgeordneten traten Nachfolgekandidaten. Damit verloren die Rechten eine ihrer stärksten Positionen.

Die Politik Ernst Thälmanns hatte einen bedeutenden Sieg in der USPD errungen. Dieser wurde weiter ausgebaut, als am 14. Mai 1920 – ein Jahr nach der Wahl Ernst Thälmanns zum ehrenamtlichen Vorsitzenden – die Ortsleitung Hamburg neu gewählt wurde. Die Versammlung bestätigte ihn erneut als Vorsitzenden des Ortsvorstandes. Exponierte

25 Hamburger Echo, 24. März 1920, Morgenausgabe.

26 Vgl. ebenda, 27. März 1920, Abendausgabe. – HVZ, 3. April 1920. – Die HVZ kommentierte die Ergebnisse der Versammlung wie folgt: »Damit hat die Hamburger Mitgliedschaft der USP ein für allemal dokumentiert, daß es in der USPD keinen Boden für Reformismus geben darf und unsere Partei, treu den Beschlüssen des Leipziger Parteitages, an dem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und zum revolutionären Rätesystem festzuhalten hat.« (Ebenda.)

27 Vgl. HVZ, 19. April 1920. – Zum Hamburger Staatsgebiet gehörten neben der Stadt Hamburg u. a. die Städte Bergedorf und Cuxhaven sowie mehrere Landgebietsteile.

28 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

Vertreter des rechten Flügels wurden nicht wiedergewählt.[29] Veränderungen erfolgten auch in anderen Gremien: Im April wurden die Funktionen des Vorsitzenden und des Sekretärs des Bezirksvorstandes und die Chefredaktion der »Hamburger Volks-Zeitung« mit Vertretern des linken Flügels besetzt. Im Juni erfolgte die Neuwahl der Pressekommission.[30]

W. I. Lenin schrieb zu dieser Zeit in seinem Werk »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus« über die Situation in der USPD: »Jetzt, im Jahre 1920, nach all den schmachvollen Bankrotten und Krisen der Kriegszeit und der ersten Nachkriegsjahre, ist deutlich zu sehen, daß von allen Parteien des Westens gerade die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie die besten Führer hervorgebracht und sich auch schneller erholt hat, schneller genesen und wiedererstarkt ist als die anderen. Das sieht man sowohl am Spartakusbund als auch am linken, proletarischen Flügel der ›Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands‹, der einen unentwegten Kampf gegen den Opportunismus und die Charakterlosigkeit der Kautsky, Hilferding, Ledebour und Crispien führt.«[31]

9

Für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD

In der USPD hatten sich die Auseinandersetzungen verschärft. Im Mittelpunkt standen dabei die Debatten um den Anschluß an die Kommunistische Internationale. Unter dem Druck der Mehrheit der Mitgliedschaft sprachen sich nun auch rechte Führer für den Anschluß aus, aber – wie Artur Crispien, einer der Vorsitzenden der USPD, erklärte – »nicht ohne Bedingungen«[1], sie waren für einen Anschluß, der den

29 Vgl. HVZ, 17. Mai 1920.

30 Vgl. ebenda, 27. April, 19. Juni 1920.

31 W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 18.

1 Die Sozialistische Republik (Köln), 24. Februar 1920.

Zentrismus – statt ihn in der USPD zu überwinden – in die Kommunistische Internationale hineintragen sollte. Die rechten Führer verfolgten das Ziel, wie Lenin später – bei der Vorbereitung des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale – schrieb, in der Internationale »eine ›Autonomie‹ zu behalten, die ihnen die Möglichkeit geben soll, ihre frühere opportunistische oder ›zentristische‹ Politik fortzusetzen«[2].

Diesen Versuchen stellten sich die revolutionären Mitglieder und Funktionäre der USPD entgegen. Sie forderten, wie schon vor dem Leipziger Parteitag, den vorbehaltlosen Anschluß der USPD auf der Grundlage der vom Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale gefaßten Beschlüsse. Unterstützt wurden sie hierbei vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und von der KPD.

Am 5. Februar 1920 richtete das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ein Schreiben »An alle Arbeiter Deutschlands, an die Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands und an den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«. Es war die Antwort auf einen Brief des Zentralkomitees der USPD an 19 ausländische Parteien und Gruppen sowie an das EKKI[3], in dem die wichtigsten Ergebnisse des Parteitages mitgeteilt worden waren. Gestützt auf Lenins Hinweise, kritisierte das leitende Organ der Kommunistischen Internationale die Politik der rechten Führer der USPD, begrüßte den unter dem Druck der revolutionären Mitglieder herbeigeführten Bruch mit der II. Internationale und lud eine Delegation der USPD zu Verhandlungen ein.

Der Brief des EKKI spielte auf den Versammlungen der USPD Hamburgs und in Artikeln der »Hamburger Volks-Zeitung« eine große Rolle. Die Zeitung veröffentlichte wichtige Arbeiten W. I. Lenins, so am 8. und 9. April 1920 »Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale«. Immer nachdrücklicher wurde in der Hamburger wie in anderen Organisationen der USPD die Entsendung einer Delegation nach Moskau verlangt, um den Anschluß an die Kommunistische Internationale zu vollziehen.

Bereits am 26. Februar hatte eine Funktionärberatung der Hamburger USPD von der Parteileitung in Berlin »schnellstens Aufklärung« darüber gefordert, »wie weit die Arbeiten betreffs Anschluß an die Dritte Internationale gediehen sind«.[4] Am 1. Mai waren Zehntausende Hamburger Arbeiter im Zeichen des proletarischen Internationalismus zur Maikundgebung der USPD auf der Moorweide, einer Grünanlage am Bahnhof Dammtor, aufmarschiert, wo auch Ernst Thälmann zu den Versammelten sprach.[5] Am 11. und 12. Mai publizierte die »Hamburger Volks-Zeitung« schließlich als eine der ersten Zeitungen der USPD das Schreiben des Exekutivkomitees im vollen Wortlaut – das Zentralorgan der KPD, »Die Rote Fahne«, hatte es schon Ende April abgedruckt[6] – und durchbrach damit die Totschweigetaktik der rechten Führer.

Gertrud Meyer, damals Mitglied der USPD in Köln, erinnert sich an eine Unterredung, die sie im Mai 1920 in Hamburg mit Ernst Thälmann hatte. Die Kölner Mitglieder der USPD, unter denen Franz Dahlem als Redakteur der »Sozialistischen Republik« eine hervorragende Rolle spielte, waren größtenteils für den Anschluß der USPD an die Kommunistische Internationale. In der Aussprache ging es um das Verhältnis der USPD zur KPD und um ihre spätere Vereinigung. Ernst Thälmann äußerte, daß man »nichts übers Knie brechen« solle, es gehe »um die Entwicklung einer Massenbewegung. Die Kommunistische Partei, wie Lenin sie sich vorstellt, kann nicht nur die Partei der guten Genossen sein, sondern muß eine Partei der Massen sein.«[7] Für Ernst Thälmann kam es darauf an, möglichst viele Mitglieder für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und für die Vereinigung mit der KPD zu gewinnen.[8]

Auch in der Kampagne zu den Reichstagswahlen, die für den 6. Juni 1920 vorgesehen waren, zeigte sich der gewachsene Einfluß des linken Flügels der USPD. In Hamburg stellten die Mitglieder der USPD am 9. Mai in einer Urwahl die Kandidaten für den Hamburger Wahlkreis auf. Als Spitzenkandidaten wurden neben Ernst Thälmann die ebenfalls zum

2 W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale. In: Werke, Bd. 31, S. 193.

3 Vgl. Freiheit (Berlin), 1. Januar 1920, Morgenausgabe; 25. Juni 1920, Morgenausgabe.

4 HVZ, 4. März 1920.

5 Vgl. ebenda, 3. Mai 1920.

6 Vgl. Die Rote Fahne (Berlin), 26.–28. April 1920.

7 Gertrud Meyer: Erinnerungen an Ernst Thälmann. In: Neue Zeit (Moskau), 1969, H. 33, S. 18.

8 Wilhelm Florin gibt in einer Niederschrift über Ernst Thälmann aus der Erinnerung einen Brief wieder, den Ernst Thälmann Ende 1919 an befreundete Genossen der Kölner USPD gerichtet habe und in dem er auf sein Verhältnis zur KPD eingegangen sei. In dem Brief habe es geheißen, daß es darauf ankomme, die KPD durch die Vereinigung zu einer Massenpartei zu machen. Der Satz: »Wenn ich meinem Herzen nachginge, wäre ich schon längst in den Spartakusbund eingetreten« (IML, ZPA, NL 3/62.), dürfte in dieser Form nicht geschrieben worden sein, da er dem Entwicklungsstand Ernst Thälmanns im Jahre 1919 nicht entspricht.

linken Flügel zählenden Funktionäre Hermann Reich und Wilhelm Herzog benannt.[9]

Die Teilnahme an den Reichstagswahlen war für Ernst Thälmann und seine Kampfgefährten nicht Selbstzweck. Sie sahen ihre Aufgabe darin, sie zu nutzen, um die Massen aufzurütteln.[10] Ernst Thälmann warnte auf Veranstaltungen der USPD immer wieder vor parlamentarischen Illusionen. Auf einer Versammlung am 2. Mai 1920 hob er hervor: »Wir benutzen das Parlament nur, um von der Tribüne zu den Massen zu sprechen... Wir gehen ins Parlament aus demselben Grunde wie in die Gewerkschaften. Wir wollen die Massen revolutionieren... Wir müssen den Massen sagen, die Mitarbeit unserer revolutionären Kämpfer im Reichstag kann nur Erfolg haben, wenn sie in Verbindung mit der Aktion der Straße steht.«[11]

Um sich voll den Wahlvorbereitungen widmen zu können, beantragte Ernst Thälmann als Reichstagskandidat Urlaub, der vom Arbeitsamt auch gewährt wurde. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Ortsleitung der USPD organisierte er den Wahlkampf und den Referenteneinsatz. In den Mittelpunkt stellten die linksorientierten Funktionäre der Hamburger USPD jene Fragen, die die arbeitenden Menschen bewegten. In ihren Wahlaufrufen legten sie dar, daß die Nöte und Sorgen der Werktätigen, das Elend und die Arbeitslosigkeit nicht innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung beseitigt werden können.[12]

Ernst Thälmann ließ keinen Zweifel daran, daß »die Schwierigkeiten und die ganze wirtschaftliche Krise... nicht überwunden« werden »durch einen Burgfrieden mit dem Kapital, sondern nur durch ein scharfes Herausarbeiten der Klassengegensätze zwischen der ausbeutenden Minorität und der ausgebeuteten Majorität«.[13] Am 18. Mai war er einer der Redner auf einer Massenversammlung ausgesperrter und streikender Arbeiter und Angestellter der Hamburger Werften. Da die Zugänge zum Versammlungsort, dem Heiligengeistfeld, von Sicherheitspolizei gesperrt worden waren, mußte die Versammlung im großen Saal des Conventgartens stattfinden. Ende Mai sprach Ernst Thälmann auf dem Ohlsdorfer

9 Vgl. HVZ, 11. Mai 1920.
10 Vgl. ebenda, 8., 10. Mai 1920.
11 Ebenda, 7. Mai 1920.
12 Vgl. StA Hamburg, Arbeitsverwaltung, Personalakten, 76; Bestand 224, Reichstagswahl 6. Juni 1920. Unabhängige Sozialdemokratische Partei.
13 HVZ, 3. Juni 1920.

Friedhof während der Beisetzung von drei Arbeitern, die bei einer Erwerbslosendemonstration von der Sicherheitspolizei des sozialdemokratischen Polizeisenators Karl Hense erschossen worden waren. Er prangerte die Politik der rechten Führer der SPD an, die auch im Parlament mit der Bourgeoisie zusammenarbeiteten.[14]

Ernst Thälmann nutzte während des Wahlkampfes auch die Tribüne der Bürgerschaft, um die Politik des Koalitionssenats zu entlarven und Vorschläge für die Verbesserung der Lage der Werktätigen zu unterbreiten. So setzte er sich dort am 28. Mai für die Linderung der Not der Kriegsbeschädigten ein. In der gleichen Sitzung kritisierte er die reaktionäre Justiz, die gegen revolutionäre Arbeiter harte Strafen verhängte, offene Konterrevolutionäre aber schonte.[15]

Die Wahlen wurden im Hamburger Wahlkreis für die USPD ein großer Erfolg. Sie erhielt – bei 24 000 Mitgliedern – 84 518 Stimmen und konnte damit ihre Stimmenzahl gegenüber den Wahlen zur Bürgerschaft im März 1919 verdoppeln und ein Reichstagsmandat erringen. Es fiel an Hermann Reich, der bei der Urwahl zur Kandidatenaufstellung einige Stimmen mehr als Ernst Thälmann erhalten hatte. Stimmenverluste mußte die SPD hinnehmen. Für sie stimmten jetzt noch 215 293 Wähler. Im Vergleich zu den Bürgerschaftswahlen vom Vorjahr hatte die SPD mehr als 50 000 Stimmen eingebüßt.[16]

Die KPD, die erstmalig an den Wahlen teilnahm, konnte in Hamburg 2929 Stimmen erringen.[17] Zu dieser Zeit bestand die Hamburger KPD nur aus jener Minderheit um Rudolf Lindau, die sich zu den Beschlüssen des 2. und 3. Parteitages der KPD bekannte. Die Mehrheit hatte sich Ende Februar in einer Mitgliederversammlung für die linkssektiererische Opposition erklärt[18], die seit dem 2. Parteitag ihre parteifeindliche Politik fortgesetzt hatte und daraufhin vom 3. Parteitag im Februar 1920 aus der KPD ausgeschlossen worden war. Die anarchosyndikalistischen Kräfte gliederten sich später der linkssektiererischen Splittergruppe Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) an. Allmählich gelang es der Ortsgruppe der KPD, in deren Händen die »Kommunistische Arbeiter-

14 Vgl. StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.
15 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1920, S. 697, 709.
16 Vgl. HVZ, 17. Mai 1920. – Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis, S. 60.
17 Vgl. Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis, S. 60.
18 Vgl. StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

zeitung« verblieb, sich zu konsolidieren und ihren Einfluß unter den Arbeitern zu vergrößern.

Auf einer Parteiversammlung der USPD am 18. Juni wertete Ernst Thälmann das Wahlergebnis aus. Er wandte sich gegen Bestrebungen innerhalb der USPD, gemeinsam mit der SPD und bürgerlichen Parteien eine Regierung zu bilden. Dementsprechend sprach sich die Versammlung dagegen aus, daß »die unabhängige Sozialdemokratie sich im gegenwärtigen Stadium des Kampfes auf Verhandlungen oder gar auf eine Regierungskoalition mit den Rechtssozialisten einläßt, weil sie dadurch den der Revolution gefährlichen Glauben nährt, daß es sich bei den Rechtssozialisten... um eine sozialistische Partei handele und daß parlamentarische Minister den Widerstand des Bürgertums auf gesetzlichem Wege brechen könnten. Nur klarer Klassenkampf, dessen Schwergewicht außerhalb des Parlaments liegt und der mit allen erfolgverheißenden Mitteln geführt werden muß, kann uns unserem Ziele, dem Sozialismus, näherbringen.«[19] In einem Brief der Bezirksleitung Wasserkante an das Zentralkomitee der USPD, an dessen Abfassung Ernst Thälmann maßgeblich beteiligt war, wurde ebenfalls die richtige Auffassung vertreten, »daß es auf Grund unseres Aktionsprogramms in der gegenwärtigen Situation keine Möglichkeit geben kann, in eine parlamentarische sozialistische Koalitionsregierung einzutreten«. Eine Regierung der Arbeiterparteien könne nur das Ergebnis »erfolgreicher revolutionärer Aktionen« sein.[20]

In der Versammlung am 18. Juni kritisierte Ernst Thälmann scharf »die geübte Lässigkeit in dem Meinungsaustausch mit Moskau und dem Anschluß an die Dritte Internationale«. Es sei nötig, »rechtzeitig für eine zuverlässige Vertretung auf dem Moskauer Juli-Kongreß[21] zu sorgen«. Die Versammelten nahmen eine Resolution an, in der, Thälmanns Vorschlag entsprechend, verlangt wurde, eine Kommission nach Sowjetrußland zu entsenden, »um dort mit den Vertretern der Dritten Internationale zu verhandeln und, gemäß dem Parteitagsbeschluß, unseren Anschluß zu vollziehen. Die Hamburger Genossen empfinden es als unseres Kampfes und unserer politischen Bedeutung in Deutschland unwürdig, daß wir

19 HVZ, 19. Juni 1920.

20 Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin o. J., S. 51.

21 Gemeint ist der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1920.

nicht auch im engsten Einvernehmen mit den revolutionären sozialistischen Parteien der anderen Länder tätig sind.«[22]

Dieses Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus war keine bloße Deklaration. Als die reaktionären polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten im Frühjahr 1920 mit Unterstützung des französischen und des englischen Imperialismus den dritten Interventionskrieg gegen Sowjetrußland entfesselt hatten, stellten sich linke USPD-Funktionäre gemeinsam mit den Kommunisten an die Spitze der Bewegung »Hände weg von Sowjetrußland!«. »Der Kampf gegen Sowjetrußland«, hieß es in einem Aufruf der Bezirksleitung Wasserkante der USPD, »ist nicht nur ein Kampf Frankreichs und Polens gegen Rußland, sondern es ist der Kampf des Kapitalismus gegen den Sozialismus.« Die Arbeiter und Betriebsräte wurden aufgefordert, wachsam zu sein: »Kontrolliert aufs schärfste den Verkehr nach dem Osten. Verweigert jeglichen Munitions- und Truppentransport, ... achtet auf die Verladungen im Hafen..., beweist eure Solidarität durch revolutionäre Taten.«[23] Entsprechend der Erkenntnis, daß der erste sozialistische Staat das stärkste Bollwerk der internationalen revolutionären Bewegung ist und dessen Verteidigung im ureigensten Interesse des Proletariats aller Länder liegt, brachten die beiden Redner, Ernst Thälmann und Anna Geyer, auf einer Versammlung der USPD zum Ausdruck, daß es für die deutschen Arbeiter in dem Kampfe, den Sowjetrußland gegen den Weltimperialismus führe, keine Neutralität geben dürfe. Es könne nur eine Losung geben: Unterstützung der Roten Armee, um Sowjetrußland zum Sieg zu verhelfen.[24]

Wie Friedrich Dettmann, damals Mitglied der USPD in Hamburg, berichtet, waren Waffen- und Munitionstransporte in den Frachtbriefen oftmals als harmlose Warentransporte deklariert. Aber Ernst Thälmann ließ sich nicht täuschen. Er »organisierte die Arbeiterkontrolle. Von Dampfer zu Dampfer fahrend, die Güterschuppen aufsuchend, sprach er zu den Matrosen, Hafenarbeitern und Eisenbahnern und erreichte, daß sie proletarische Solidarität mit den kämpfenden russischen Brüdern übten.«[25]

Der gemeinsame Kampf der Kommunisten und der Mitglieder der

22 HVZ, 19. Juni 1920.

23 Hamburgischer Correspondent, 25. August 1920.

24 Vgl. StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

25 Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 46.

USPD in der Aktion »Hände weg von Sowjetrußland!« führte die revolutionären deutschen Arbeiter noch enger zusammen und stärkte den Einfluß des linken Flügels in der USPD. So sahen sich die Rechten im Zentralkomitee der USPD schließlich gezwungen, der Entsendung einer Delegation zum II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zuzustimmen. Ihr gehörten Ernst Däumig und Walter Stoecker vom linken Flügel sowie Artur Crispien und Wilhelm Dittmann vom rechten Flügel an. In einem halbjährigen innerparteilichen Kampf war es den linken Kräften der USPD, unterstützt durch die Kommunistische Internationale und die KPD, gelungen, die Absichten der Rechten zu durchkreuzen und den Leipziger Parteitagsbeschluß über die Aufnahme von Verbindungen zur Kommunistischen Internationale zu realisieren.

Der II. Weltkongreß, der vom 19. Juli bis 7. August 1920 in Petrograd und Moskau stattfand, faßte unter entscheidender Mitwirkung W. I. Lenins wichtige Beschlüsse.[26] Er bezeichnete die Arbeit in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen und die revolutionäre Arbeit in den Parlamenten sowie die Vertretung der Tagesinteressen der Arbeiter als grundlegende Aufgaben der kommunistischen Parteien. In den Leitsätzen über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution und in 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale formulierte er die grundlegenden Merkmale einer Partei neuen Typs. Die Aufnahmebedingungen waren eine Barriere gegen das Eindringen opportunistischer Elemente in die kommunistische Weltorganisation und eine Hilfe für die revolutionären Kräfte in solchen Parteien wie der USPD, sich von jenen Führern zu trennen, die hartnäckig an rechtsopportunistischen und zentristischen Auffassungen festhielten. Die 21 Bedingungen forderten von allen Parteien unter anderem die Sicherung eines kommunistischen Inhalts der Agitation und Propaganda, die Anerkennung und Propagierung der Diktatur des Proletariats, den Aufbau der Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus und die Durchsetzung einer festen Parteidisziplin, systematische Arbeit unter den Arbeitern und den übrigen Werktätigen in Stadt und Land. Sie machten es den Parteien zur Pflicht, jeden Staat, in dem die Macht der Arbeiterklasse errichtet wurde, und die Befreiungsbewegung in den Kolonien rückhaltlos zu unterstützen. Die Aufnah-

26 Vgl. Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Dokumente der Kongresse und Reden W. I. Lenins. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S. 119–317.

mebedingungen beschleunigten den Differenzierungsprozeß in den zentristischen Parteien. Sie halfen entscheidend, den Marxismus-Leninismus in der internationalen Arbeiterbewegung durchzusetzen.

Nach dem Weltkongreß entbrannte in den Organisationen und in der Presse der USPD ein erbittertes Ringen um die Anerkennung der Beschlüsse des Kongresses, insbesondere der 21 Aufnahmebedingungen. Dabei nutzten die Funktionäre des linken Flügels jede Gelegenheit, um den Arbeitern die historische Bedeutung und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale zu erläutern. Gustav Gundelach, damals Distriktsvorsitzender der USPD in Uhlenhorst-Winterhude, berichtet, daß sich Ernst Thälmann in Vorstandssitzungen, Funktionärberatungen und Mitgliederversammlungen leidenschaftlich dafür einsetzte, den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale zuzustimmen. »Er zeigte an Hand der in Deutschland gemachten Erfahrungen, wie sich die Politik der Reformisten und Zentristen gegen die Interessen der Arbeiterklasse richtete, und er erläuterte die sich für die revolutionäre Arbeiterpartei ergebenden Aufgaben und Pflichten. Nach meiner Erinnerung konnte Thälmann überall, wo er auftrat, die Mehrheit der Funktionäre und Mitglieder für die Anerkennung dieser Forderungen Lenins gewinnen.«[27]

Stolz stellte Hermann Reich auf der Reichskonferenz der USPD Anfang September 1920 in Berlin fest, daß es in Hamburg »überhaupt keinen Streit mehr über die Frage« gäbe, »ob der Anschluß an die III. Internationale erfolgen soll oder nicht – sie war bereits geklärt auf dem Leipziger Parteitag –, und die Hamburger Mitgliedschaft verlangt, daß die USPD sich der III. Internationale anschließt«.[28] Es war daher der Schlußstrich unter eine lange Entwicklung, als am 9. September 1920 die Hamburger Mitgliedschaft der USPD mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung annahm, in der sie sich zu den Beschlüssen des II. Weltkongresses bekannte und für die internationale Solidarität mit Sowjetrußland aussprach. Eine Funktionärkonferenz stellte sich ebenfalls auf den Boden der Kommunistischen Internationale und richtete – in Übereinstimmung mit einem Aufruf von Repräsentanten des linken Flügels der USPD, Bertha Braunthal, Ernst Däumig, Adolph Hoffmann, Wilhelm Koenen und Walter Stoecker, – an die Parteimitglieder die Aufforderung,

27 Gustav Gundelach: Mit Ernst Thälmann zusammen in Hamburg. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 57.

28 Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll der Reichskonferenz vom 1. bis 3. September 1920, Berlin o. J., S. 88.

nur solche Delegierte zum bevorstehenden Parteitag zu entsenden, die sich vorbehaltlos für die Annahme der 21 Aufnahmebedingungen erklärt hatten.[29]

Immer lauter wurden in der USPD die Stimmen, die sich für den Zusammenschluß des revolutionären linken Flügels der USPD mit der KPD und die Bildung einer einheitlichen Sektion der Kommunistischen Internationale in Deutschland einsetzten. Anfang September schrieb die »Hamburger Volks-Zeitung« unter dem Titel »Hinein in die Kommunistische Internationale!«, daß die Reinigung der USPD von allen opportunistischen Elementen die Voraussetzung dafür sei, »die große deutsche kommunistische Massenpartei« zu schmieden, »die all die Truppen der revolutionären Arbeiter sammelt, die heute noch zersplittert sind«.[30]

Auf einer von der KPD einberufenen öffentlichen Versammlung am 20. September im großen Saal des Gewerkschaftshauses, auf der der Vorsitzende der KPD, Paul Levi, über den II. Weltkongreß berichtete und besonders die Bedeutung der 21 Aufnahmebedingungen für die Schaffung der revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats erläuterte, sprach auch Ernst Thälmann. Er stimmte den Ausführungen Levis zu und hob hervor, daß nur durch den Zusammenschluß aller revolutionären Parteien in der Kommunistischen Internationale ein erfolgreicher Kampf gegen den Weltimperialismus möglich sei. Er sei deshalb sofort für die Aufnahmebedingungen eingetreten. Den sowjetischen Kommunisten gebühre die führende Rolle in der Internationale, denn Lenin und seine Kampfgefährten seien »Männer, die die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt aus eigener Anschauung... kennen und denen man Vertrauen schenken könne«.[31] In dem heroischen Kampfe, den Sowjetrußland gegen den internationalen Kapitalismus führe, müsse den russischen Brüdern aktive Hilfe geleistet werden. Ernst Thälmann verlangte, Truppen und Munitionstransporte nach Polen nicht nur aufzuhalten, sondern diese Truppen zu entwaffnen und die Munition zu vernichten.

Vom 12. bis 17. Oktober 1920 nahm Ernst Thälmann als einer der 20 Delegierten des Bezirks Wasserkante am außerordentlichen Parteitag der

29 Vgl. Freiheit, 12. September 1920, Morgenausgabe. – Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 298–300. – Bremer Arbeiterzeitung, 9. September 1920.

30 Zit. in Gothaer Volksblatt, 11. September 1920. – Die HVZ für das zweite Halbjahr 1920 wurde bisher nicht aufgefunden.

31 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.

USPD in Halle teil. Seiner konsequenten revolutionären Haltung war es zu danken, daß er bei der Wahl der Delegierten der Parteiorganisation Hamburg die meisten Stimmen auf sich hatte vereinen können.[32]

Zu Beginn seines Diskussionsbeitrages zum Geschäftsbericht beantragte Ernst Thälmann im Namen der Delegation des Bezirks Wasserkante, das Zentralkomitee und die Reichstagsfraktion der USPD zu beauftragen, »sofort Schritte einzuleiten, die notwendig sind, um die brutale Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegierten rückgängig zu machen«[33]. Die Ausweisung der Delegation, die sich auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Deutschland aufgehalten hatte, sei eine Provokation gegenüber dem deutschen Proletariat.

In seinen weiteren Darlegungen übte Thälmann heftige Kritik am opportunistischen Verhalten der rechten Mehrheit des Zentralkomitees, das dazu geführt habe, daß die Arbeiter »mit einem gewissen Mißtrauen auf eine solche Partei«[34] sähen. Die KPD habe dieses Verhalten zu Recht kritisiert. Gemeinsam mit den anderen linken Delegierten stimmte er für eine Resolution, die den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale und damit die Vereinigung mit der KPD forderte. Nach Annahme der Resolution mit 237 gegen 156 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen verließen die in der Minderheit gebliebenen rechten Delegierten den Parteitag und spalteten damit die USPD.[35]

Ernst Thälmann wurde auf dem Hallischen Parteitag als Vertreter des Bezirks Wasserkante in den Beirat der USPD (Linke) und damit erstmals in eine zentrale Funktion gewählt.[36] Nach dem Parteitag setzte er als Vorsitzender des Ortsvorstandes Hamburg der USPD seine ganze Kraft ein, um die ideologische und organisatorische Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD rasch herbeizuführen. Am 28. Oktober 1920 unterstützte er auf einer Sitzung des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission der USPD in Berlin den Vorschlag Wilhelm Koenens, den Vereinigungsparteitag schon für Anfang Dezember ein-

32 Vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle, S. 281–291. – General-Anzeiger für Hamburg-Altona, 9. Oktober 1920.

33 Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle, S. 50.

34 Ebenda, S. 51.

35 Vgl. ebenda, S. 50, 259, 261.

36 Vgl. ebenda, S. 265.

zuberufen.[37] Er befand sich damit in Übereinstimmung auch mit der Konferenz des Bezirks Nord der KPD vom 17. Oktober 1920, die beschlossen hatte, »die rascheste Verschmelzung mit der linken USP zu vollziehen«[38]. Ernst Thälmann konnte berichten, daß in Hamburg »ein gutes Zusammenarbeiten mit den KPD-Genossen stattfindet«[39].

Dies zeigte sich auch bei den Veranstaltungen zu Ehren des dritten Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Am 4. November 1920 veröffentlichte die »Hamburger Volks-Zeitung« einen Aufruf der KPD, der USPD (Linke) und der KAPD, in dem die werktätige Bevölkerung aufgefordert wurde, am 7. November durch eine »machtvolle Demonstration« zum Ohlsdorfer Friedhof »Solidarität mit Sowjetrußland zu bekunden« und gleichzeitig der von der Konterrevolution Ermordeten zu gedenken.[40] Kundgebungsplatz war die Gedenkstätte, die die Hamburger Arbeiter für ihre in den revolutionären Kämpfen 1918–1920 gefallenen Klassengenossen errichtet hatten. Zu den Versammelten sprachen Ernst Thälmann, der Schriftsteller Wilhelm Herzog, der seit Sommer 1920 Redakteur der »Hamburger Volks-Zeitung« war, und weitere Redner. Sie gelobten, den Kampf im Sinne der ermordeten Revolutionäre fortzusetzen und ständig Solidarität mit den »russischen Brüdern« zu üben.[41]

Zwei Tage später sprachen Ernst Thälmann und ein Redner der KPD auf einer stark besuchten Versammlung im Großen Saal von Sagebiel anläßlich des zweiten Jahrestages der deutschen Novemberrevolution. Das Sagebielsche Etablissement, auf der Drehbahn in der Innenstadt gelegen, war mit seinen acht Sälen eines der größten dieser Art im damaligen Deutschland. Ernst Thälmann erklärte, der Jahrestag der Novemberrevolution könne nicht als Tag des Sieges begangen werden, sondern sei ein Tag der Anklage und der Kampfansage. Eine große Schuld hätten die rechten Führer der SPD auf sich geladen, die die Arbeiterschaft entwaffneten. Thälmann forderte am Schluß seiner Rede die Arbeiterfrauen auf, ihre Männer zur Teilnahme am proletarischen Klassenkampf anzuspornen und selbst aktive Mitstreiter zu werden. Nach der Versammlung marschierten die Teilnehmer in geschlossenen Zügen, die »Internationale« singend und Hochrufe auf die Dritte Internationale ausbringend, in die einzelnen Stadtteile zurück.[42]

37 Vgl. IML, ZPA, 143/1/1415.
38 Ebenda, 30/201.
39 Ebenda, 143/1/1415.
40 StA Hamburg, Bestand Senat, Kriegsakten X 22.
41 Vgl. Hamburgischer Correspondent, 8. November 1920.

Ein Höhepunkt des Verschmelzungsprozesses der USPD (Linke) und der KPD war der gemeinsame Parteitag der Bezirke Nord und Nordwest der KPD sowie Wasserkante, Schleswig-Holstein und Bremen der USPD am 13. und 14. November 1920. Als Vertreter der zentralen Leitungen der Parteien waren Ernst Meyer und Bertha Braunthal anwesend. Ernst Thälmann wurde mit dem Vorsitz des Büros des Parteitages betraut und sprach in der Diskussion.[43]

Am 3. Dezember 1920 nahm Ernst Thälmann am außerordentlichen Parteitag der USPD in Berlin teil, der die Vereinigung unmittelbar vorbereitete. Auf dem Parteitag stellte Walter Stoecker fest, daß der »Hamburger Bezirk... einer derjenigen« sei, »der am geschlossensten zu uns herübergekommen ist... Wir haben dort auch die ›Hamburger Volks-Zeitung‹ fest in der Hand.«[44] Am nächsten Tage begann der gemeinsame Parteitag mit der KPD, der bis zum 7. Dezember 1920 dauerte und mit der Bildung der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) den Vereinigungsprozeß zum Abschluß brachte. Zwanzig Delegierte der USPD (Linke), darunter Ernst Thälmann, und vier Delegierte der KPD vertraten auf dem Parteitag das revolutionäre Proletariat des Bezirkes Wasserkante.[45] »Fast zwei Jahre lang sind diejenigen, die im Grunde genommen darin einig waren, daß auch das deutsche Proletariat den Weg des russischen gehen..., im Kampfe die politische Macht erobern... müsse«, schrieb die »Hamburger Volks-Zeitung« am 6. Dezember 1920, »getrennte Wege zu diesem Ziele gegangen, die einen in dem von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründeten Spartakusbund, die anderen in der großen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei... in stetem Kampfe mit der reformistischen Bürokratie dieser Partei. Nun hat sie zum ersten Male eine Tagung wieder brüderlich vereint.«

Der Parteitag wählte Ernst Thälmann als Vertreter des Bezirks Was-

42 Vgl. Hamburger Fremdenblatt, 10. November 1920. – General-Anzeiger für Hamburg-Altona, 10. November 1920. – Hamburger Nachrichten, 10. November 1920, Morgenausgabe. – StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 1.
43 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 2. – IML, ZPA, 30/201. – Die Rote Fahne, 23. November 1920.
44 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921, S. 323.
45 Vgl. ebenda, S. 275, 277.

serkante zum Mitglied des Zentralausschusses der VKPD.[46] Der Zentralausschuß war nach der Zentrale, die zwischen den Parteitagen die politische und organisatorische Leitung der Partei innehatte, das wichtigste Führungsorgan der Partei. Er wurde vom Parteitag auf der Grundlage der Vorschläge aus den Bezirken gewählt und tagte mindestens alle drei Monate. Seine Aufgabe war es, die Zentrale in wichtigen Angelegenheiten zu beraten, sie zu kontrollieren und – falls notwendig – Ergänzungswahlen für die Zentrale vorzunehmen.

Am 18. und 19. Dezember 1920 trat in Hamburg der erste Parteitag der VKPD des Bezirks Wasserkante zusammen. Auf ihm waren 116 Delegierte aus 52 Ortsgruppen vertreten. Ernst Thälmann wurde in das vierköpfige Büro des Parteitages gewählt. Das Hauptreferat hielt das Mitglied der Zentrale der VKPD Wilhelm Koenen. Ernst Thälmann sprach in der Diskussion zur Gewerkschaftsarbeit und zur Propaganda unter der Landbevölkerung. Als einer der aktivsten Kämpfer für die Vereinigung wurde er neben Joseph Behring, Erna Halbe, Rudolf Lindau, Hugo Urbahns und anderen in den Bezirksvorstand gewählt.[47]

Folgerichtig hatte Ernst Thälmanns Entwicklung ihn in die Reihen der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats und damit in die kommunistische Weltbewegung geführt. Der jetzt Vierunddreißigjährige hatte als gewerkschaftlicher Vertrauensmann seiner Arbeitskollegen und in der politischen und organisatorischen Kleinarbeit der Vorkriegssozialdemokratie seine ersten Klassenkampferfahrungen erworben. Als proletarischer Internationalist, klassenbewußter Parteifunktionär und Gegner des imperialistischen Krieges hatte er der Opposition gegen die Burgfriedenspolitik der rechten Führer der deutschen Sozialdemokratie angehört. In den erbitterten Klassenkämpfen gegen den deutschen Imperialismus und in Auseinandersetzung mit den Zentristen war er unter dem Eindruck des erfolgreichen Kampfes der Bolschewiki und der Politik der Kommunistischen Internationale an der Spitze der Hamburger Organisation der USPD zu einem erfahrenen Parteifunktionär herangereift. Vor allem seinem Wirken war es zu danken, wenn die Mehrheit der Mitglieder der USPD in Hamburg ideologisch und organisatorisch mit dem Opportunismus brach und den Weg zur Vereinigung mit der KPD beschritt.

46 Vgl. ebenda, S. 270.
47 StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 2.

Zweiter Teil

1921–1925

1

»Eines guten Tages wird das deutsche Proletariat einheitlich kämpfen«

Im Leben Ernst Thälmanns begann ein neuer Abschnitt. Nun wirkte er in jener Partei, die als einzige in Deutschland eine klare Alternative zum Imperialismus bot, fest auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und des proletarischen Internationalismus stand, konsequent die Tagesinteressen der Arbeiter wie der anderen Werktätigen vertrat und unbeirrbar um die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse kämpfte: für den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Durch die Bildung der Vereinigten Kommunistischen Partei gewann die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats bedeutend an Kraft. Aber im deutschen Imperialismus stand den Kommunisten ein erfahrener und raffinierter Gegner gegenüber, der in den rechten Führern der SPD und der Gewerkschaften eine wichtige Stütze besaß. Die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse befand sich noch unter rechtsopportunistischem Einfluß. Die junge Kommunistische Partei selbst hatte erst begonnen, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen; ihr fehlte noch eine erfahrene, stabile marxistisch-leninistische Führung; und in den Reihen der Partei gab es erhebliche Differenzen in der Einschätzung des Tempos der revolutionären Entwicklung, über die geeigneten Kampfformen und über die Art und Weise, wie die Massen für den antiimperialistischen Kampf gewonnen werden konnten.

Im Reifeprozeß der Kommunistischen Partei, der sich in einer Zeit erbitterter Klassenauseinandersetzungen vollzog, wuchs Ernst Thälmann zu einem der Führer der Partei heran. Sein Hauptwirkungsfeld blieb auch nach dem Vereinigungsparteitag zunächst Hamburg. Ernst Thälmann war ehrenamtlicher Vorsitzender der Ortsgruppe Hamburg der VKPD[1] und

1 Am 16. Januar 1921 wurde Ernst Thälmann auf der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg der VKPD zum Ersten Vorsitzenden der Ortsgruppe sowie zum

gehörte der Bezirksleitung Wasserkante an. Dieser Bezirk war mit über 34 000 Mitgliedern einer der stärksten der Partei, die Ortsgruppe Hamburg mit etwa 13 000 Mitgliedern die mitgliederreichste des Bezirks.[2]

Die Hamburger Werktätigen wurden wie alle Werktätigen Deutschlands schwer von der Unternehmeroffensive getroffen. Die Novemberrevolution und die ihr folgenden Massenkämpfe hatten die Großbourgeoisie zunächst zu vorsichtigerem Vorgehen veranlaßt und sie zu Zugeständnissen an die Werktätigen gezwungen. Jetzt, nachdem die revolutionäre Bewegung zeitweilig abgeebbt war, gingen die deutschen Konzernherren zum konzentrierten Angriff auf die elementaren Lebensrechte der Werktätigen über mit dem Ziel, die Lasten der Niederlage im imperialistischen Krieg voll auf die Volksmassen abzuwälzen. Die Pariser Reparationskonferenz der imperialistischen Siegermächte hatte im Januar 1921 beschlossen, daß Deutschland die gewaltige Summe von 226 Milliarden Goldmark in 42 Jahresraten an Reparationen zu zahlen habe. Die Forderungen der Unternehmer, den Achtstundentag wieder abzuschaffen, wurden lauter. Gleichzeitig verstärkten die von den reaktionärsten und aggressivsten monopolkapitalistischen Kreisen geförderten militaristischen und nationalistischen Verbände, diese Bürgerkriegsgarden der Reaktion und Brutstätten des Revanchismus, ihre Aktivität.

Gegen die Unternehmeroffensive setzten sich die Arbeiter im ganzen Land zur Wehr. Die Hamburger Ortsorganisation der VKPD vertrat konsequent die Interessen der Werktätigen der Hansestadt. Als von Ende Dezember 1920 bis Mitte März 1921 etwa 7000 Metallarbeiter im Lohn-

Spitzenkandidaten der Partei für die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen gewählt. (Vgl. HVZ, 17. Januar 1921.)

2 Die Bezirksleitung der KPD nannte 34 850 Mitglieder für den 1. Juli 1921 und 32 205 für den 1. Oktober 1921. (Vgl. IML, ZPA, 31/1/205.) – Die Polizeibehörde Hamburg gab in einem Schreiben an den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 21. April 1921 eine Mitgliederzahl von 30 000 an, die sie wie folgt aufschlüsselte:

Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg, Cuxhaven	20 000	Neumünster	1 500
		Kiel	3 500
		Rendsburg	1 500
		Flensburg	1 200
		Heide	500
Lübeck	1 500	Husum	300

(Vgl. IML, ZPA, St 12/2, Bd. 1.) – Ein Bericht der Hamburger Polizei vom April 1922 nannte 13 000 Mitglieder der Ortsgruppe Hamburg während des Bezirksparteitags Wasserkante der KPD im September 1921 und 11 000 zur Zeit des Bezirksparteitags im April 1922. (Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.)

kampf standen[3], schlug sie vor, die Streikfront zu erweitern, um die Unternehmer zu zwingen, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Aber infolge der kompromißlerischen Haltung der rechten Gewerkschaftsführer, die sich gegen diesen Vorschlag wandten, endete der Streik mit einer nur minimalen Lohnerhöhung.

In zahlreichen stark besuchten Versammlungen Ende 1920/Anfang 1921 protestierte die VKPD-Organisation gegen den Mietwucher.[4] In jenen Tagen organisierten die Hamburger Kommunisten auch machtvolle Kundgebungen der Erwerbslosen. Die Ortsgruppe rief die noch in Arbeit Stehenden zum gemeinsamen Kampf mit den Erwerbslosen auf. In drei Versammlungen am 5. Januar forderten 16 000 bis 18 000 Arbeiter in Resolutionen, die Erwerbslosen in den Produktionsprozeß einzureihen, die Arbeit in den von den Unternehmern stillgelegten Betrieben wieder aufzunehmen – dabei sollten die Betriebs- und Angestelltenräte entscheidend mitwirken –, die Unterstützungssätze zu erhöhen und eine zusätzliche einmalige Unterstützung an Erwerbslose zu zahlen. Demonstrationszüge, die sich nach den Versammlungen bildeten, wurden bis auf einen von der Polizei auseinandergejagt.[5] Ernst Thälmann brandmarkte noch am gleichen Tage in der Bürgerschaft den Terror gegen die Erwerbslosen. Ebenso prangerte er die wachsende Wohnungsnot in Hamburg, die Spekulationen auf dem Grundstücksmarkt und die geplanten Mieterhöhungen an.[6]

Die Hamburger Kommunisten folgten mit ihrem Eintreten für die Tagesinteressen der Werktätigen der Hansestadt und für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, der von der Zentrale der VKPD entwickelten Einheitsfrontpolitik. Diese Politik fand in dem am 7. Januar 1921 beschlossenen »Offenen Brief« an die Vorstände der SPD, der USPD, der KAPD und der Gewerkschaften ihren markantesten Ausdruck.

In diesem »Offenen Brief« wurde vorgeschlagen, einheitliche Lohnkämpfe zu führen, um die Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu sichern, gemeinsam einzutreten für die Abgabe verbilligter Lebensmittel an die Lohnempfänger und die Empfänger niedriger Ge-

3 Vgl. HVZ, 6., 20. Januar, 18. März 1921.

4 Vgl. ebenda, 3.–6. Januar 1921.

5 Vgl. ebenda, 4.–6. Januar 1921.

6 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1921, o. O. u. J., S. 4, 9–11.

hälter, für die Einquartierung von Werktätigen in menschenwürdige Wohnungen, für die Kontrolle der Produktion und der Verwendung von Rohstoffen und Lebensmitteln sowie für die Wiederingangsetzung all jener stillgelegten Betriebe, die notwendige Bedarfsgegenstände herstellten. Das Verbot aller konterrevolutionären paramilitärischen Organisationen sowie die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung der bestehenden Streikverbote und die sofortige Aufnahme von wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland sollten im gemeinsamen Ringen durchgesetzt werden. Die VKPD erklärte in ihrem »Offenen Brief«, daß sie den Kampf für ihr Endziel nicht aufgäbe, aber zur gemeinsamen Aktion mit den anderen Parteien und Organisationen für die genannten Maßnahmen bereit sei.[7]

Durch diese Politik versuchte die VKPD, jene einheitliche proletarische Front zu schaffen, mit der die Unternehmeroffensive zurückzuschlagen war. Im Kampf um ihre unmittelbaren demokratischen und sozialen Forderungen konnten die Arbeiter an Hand eigener Erfahrungen die von den Rechtsopportunisten verbreiteten Illusionen überwinden und die Erkenntnis gewinnen, daß es, um die Ursachen der Not der Werktätigen zu beseitigen, notwendig war, die Herrschaft des Imperialismus zu brechen und die politische Macht der Arbeiterklasse zu errichten.

Die Ortsgruppe Hamburg der VKPD wandte sich am 19. Januar mit einem Schreiben an den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Sie erklärte, daß sie die am 8. Januar auf einer Versammlung der freien Gewerkschaften und der freigewerkschaftlich orientierten Betriebsräte beschlossenen Forderungen unterstützen werde, soweit sie mit denen des »Offenen Briefes« übereinstimmten. Wie wenig ernst die rechtssozialdemokratische Führung des ADGB in Hamburg die Vertretung der Interessen der Arbeiter nahm, bewies sie damit, daß sie auf das Angebot der VKPD gar nicht reagierte.[8]

Die im »Offenen Brief« unterbreiteten Vorschläge standen auch im Mittelpunkt der Agitation der Hamburger Kommunisten in der Kampagne zur Wahl der Bürgerschaft. Als Spitzenkandidat der VKPD trat Ernst Thälmann wiederholt in Wahlveranstaltungen seiner Partei auf. Er ging davon aus, daß die Partei im Wahlkampf mit einer klaren und konsequenten Stellungnahme zu allen Problemen der kapitalistischen Wirt-

7 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 410–412.
8 Vgl. HVZ, 24., 25. Januar 1921.

schaftsordnung hervortreten müsse, um die werktätigen Massen aufzurütteln.[9]

In der Bürgerschaft und in öffentlichen Versammlungen nahmen Ernst Thälmann und andere Funktionäre der VKPD in Hamburg auch gegen die Reparationsforderungen der Entente Stellung und traten zugleich der nationalistischen Hetze der bürgerlichen Parteien und rechter sozialdemokratischer Funktionäre entgegen. Eine von Thälmann am 2. Februar 1921 in der Bürgerschaft vorgetragene Erklärung der VKPD kennzeichnete die Pariser Beschlüsse »als die naturnotwendige Folge des kapitalistischen Raubsystems des Imperialismus«[10]. Als Ausweg für das deutsche Proletariat aus der steigenden Not und als Rettung vor der drohenden Gefahr des weißen Terrors wurde die Entwaffnung der deutschen Bourgeoisie, der Aufbau von Selbstschutzorganisationen des Proletariats, der entschiedene Kampf gegen das deutsche Kapital und die bürgerliche Regierung sowie ein Bündnis mit Sowjetrußland bezeichnet. Am 6. Februar sprachen Ernst Thälmann und andere VKPD-Vertreter in diesem Sinne auf einer Massenkundgebung auf dem Heiligengeistfeld. Die Kundgebungsteilnehmer gelobten, »sich niemals wieder in einen nationalistischen Krieg treiben zu lassen, vorwärtszutreiben aber die proletarische Revolution«[11].

Am 2. Februar hatte sich Ernst Thälmann in der Bürgerschaft gegen die Entlassung von Notstandsarbeitern und gegen die Erhöhung der Verkehrstarife gewandt, am 9. Februar forderte er, Unterstützungsmaßnahmen auf Invaliden- und Altersrentner auszudehnen, eine Woche darauf nahm er gegen die vom Senat angekündigten Mietpreiserhöhungen Stellung.[12]

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen vom 20. Februar 1921 zeigte, daß die VKPD durch ihr konsequentes Eintreten für die Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen in den Arbeitervierteln und besonders bei den Werftarbeitern an Einfluß gewonnen hatte. Sie erhielt 59 179 Stimmen. Damit war Ernst Thälmann erneut in die Bürgerschaft gewählt. Er wurde wiederum Vorsitzender der Fraktion der VKPD.

9 Vgl. ebenda, 12. Januar 1921.
10 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 275.
11 HVZ, 7. Februar 1921. – Vgl. auch StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 2. Hier wird irrtümlich der 5. Februar als Versammlungstag genannt.
12 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 282, 295, 354/355, 358, 406/407.

217774 Wähler hatten sich für die SPD entschieden. Die USPD bekam nur noch 7686 Stimmen.[13]

Das Wahlergebnis stellte die SPD vor zwei Möglichkeiten: entweder die Koalition mit der bürgerlichen Demokratischen Partei fortzusetzen oder aber mit der USPD gemeinsam den Senat zu bilden. Dabei bedurfte sie der Unterstützung durch die VKPD. Sofort nach den Wahlen erklärte die VKPD, sie sei bereit, eine Landesregierung aus SPD und USPD nachdrücklich zu unterstützen, wenn die SPD ihre Wahlversprechungen einlöse und für Mindestforderungen eintrete, die im »Offenen Brief« der VKPD und in zahlreichen Bürgerschaftsdebatten unterbreitet worden waren.[14] Die SPD lehnte jedoch den Vorschlag der VKPD ab und bildete erneut mit der Demokratischen Partei den Senat.

In der Sitzung des Zentralausschusses vom 22. bis 24. Februar 1921 in Berlin trat Ernst Thälmann erstmals vor diesem Führungsgremium der VKPD auf. In der Diskussion kam es zu einer Auseinandersetzung mit dem Parteivorsitzenden Paul Levi. Dieser hatte im Zusammenhang mit dem Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei die Haltung zentristischer Elemente verteidigt und war gegen die Haltung der Kommunistischen Internationale zur Gründung der Italienischen Kommunistischen Partei aufgetreten.[15] Um seine Auffassungen zu beschönigen, warf er dem EKKI vor, es habe kein Verständnis für westeuropäische Fragen. Auf der Tagung des Zentralausschusses polemisierte er gegen die vom II. Weltkongreß angenommenen »Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale«, die 21 Bedingungen, und diffamierte sie als bürokratisch. Ernst Thälmann wandte sich wie die Mehrheit des Zentralausschusses gegen die offensichtlich opportunistische Auffassung Levis von der Partei, stellte sich hinter die Politik des EKKI und stimmte mit 27 anderen Genossen einer entsprechenden Resolution zu. Als das Paul Levi und weitere Mitglieder der Zentrale, darunter der andere Parteivorsitzende Ernst Däumig und auch Clara Zetkin, zum Anlaß nahmen, um ihre Funktionen zur Verfügung zu stellen, trat Ernst Thälmann entschieden gegen diesen Disziplinbruch auf: »Wenn in der Exekutive oder in der KPR über irgendeine Frage der Taktik eine Entscheidung gefällt wird und es haben einige Genossen eine andere

13 Vgl. Die Bürgerschaftswahl vom 20. Februar 1921, Hamburg 1921 (Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, Nr. 11), S. 60.

14 Vgl. HVZ, 23. Februar 1921.

15 Vgl. Die Rote Fahne, 23. Januar 1921, Morgenausgabe.

Auffassung in dieser Frage und werden überstimmt, so treten sie auch nicht zurück ... Pflicht der Genossen ist es, in den Ortsgruppen und Mitgliedschaften zu bleiben und zu arbeiten in dem Sinne des Beschlusses des Zentralausschusses. Der Parteitag wird über ihr Tun entscheiden.«[16]

Diese proletarische Disziplin, das Bekenntnis zum demokratischen Zentralismus war für Ernst Thälmann kennzeichnend. Gerade auch in dieser Beziehung sah er in der Leninschen Partei der Bolschewiki das Vorbild für die KPD. Er erkannte, daß die Partei nur dann der ihr von der Geschichte gestellten Aufgabe gerecht werden kann, wenn sie einheitlich und geschlossen handelt und sich die Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung zu eigen macht.

Zu neuen Parteivorsitzenden wurden Heinrich Brandler und Walter Stoecker gewählt. Der Zentralausschuß nahm auch eine Resolution an, die das Bündnis mit Sowjetrußland als Alternative zum Versailler Vertrag und zu den harten Reparationsforderungen bezeichnete. Ruth Fischer und Ernst Reuter (Friesland), führende Funktionäre der Berliner Bezirksorganisation, die auf linkssektiererischen Positionen standen, waren gegen diese Losung aufgetreten. Am klarsten hatte Clara Zetkin deren Inhalt interpretiert: Sie sage aus, daß »das deutsche Proletariat auch national seine Interessen gegen die Ententeimperialisten nun und nimmer wahren kann mit der deutschen Bourgeoisie ..., sondern einzig und allein durch die Einreihung in die große revolutionäre Weltfront des revolutionären Proletariats, im Anschluß an Sowjetrußland und im Bund mit dem revolutionären Proletariat aller Länder«[17]. Diese konsequent internationalistische Haltung entsprach auch dem Standpunkt Ernst Thälmanns. Mit 50 gegen 3 Stimmen wurde die Bündnislosung angenommen.

Unmittelbar nach der Tagung des Zentralausschusses fuhr Thälmann wieder nach Hamburg. Dort organisierte die Ortsgruppe der VKPD Anfang März sechs Versammlungen gegen das Ultimatum der Ententeimperialisten, das für den Fall der Ablehnung der Pariser Reparationsforderungen durch die deutsche Regierung die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort sowie die Errichtung einer Zollgrenze um das besetzte Gebiet androhte. In den oft überfüllten Versammlungen wurden Entschließungen angenommen, in denen die Teilnehmer ein Schutz-und-Trutz-Bündnis mit Sowjetrußland verlangten und erklärten, »daß sie

16 IML, ZPA, 2/3.

17 Ebenda.

jeden Versuch des deutschen Kapitals, der Arbeiterklasse weitere Lasten aufzubürden, mit allen Mitteln zurückweisen werden, daß sie gewillt sind, im gegebenen Augenblick den Kampf gegen den deutschen Kapitalismus und die deutsche Regierung aufzunehmen«[18].

Am 15. März folgten über 10000 Hamburger einem Aufruf der VKPD und demonstrierten gegen die Politik der Regierung. Die »Hamburger Volkszeitung« veröffentlichte am 19. März einen Artikel des Zentralorgans der VKPD, »Die Rote Fahne«, der auf die verstärkte Rüstung der konterrevolutionären Formationen hinwies und die Arbeiter aufrief, sich zu bewaffnen.

Zu dieser Zeit bereitete der Klassenfeind eine Provokation mit dem Ziel vor, die Vorhut der Arbeiterklasse, isoliert von den breiten Massen, blutig niederzuschlagen. Die herrschende Klasse wollte so dem wachsenden Einfluß entgegenwirken, den die VKPD vor allem durch ihre Politik des »Offenen Briefes« erzielt hatte. Im März 1921 organisierte die Reaktion mit Hilfe rechtssozialdemokratischer Führer die geplante Aktion. Am 19. März rückte Schutzpolizei in den Bezirk Halle-Merseburg ein, wo der Einfluß der VKPD besonders stark war. Am 22. März provozierte die Schupo bewaffnete Auseinandersetzungen. Die revolutionären Arbeiter des mitteldeutschen Industriereviers setzten sich erbittert zur Wehr, erlagen aber nach einigen Tagen der militärischen Übermacht. Zahlreiche Arbeiter fielen dem weißen Terror zum Opfer.

In dieser Situation zeigte die Führung der Partei nicht die notwendige politische Reife. In ihr erlangten jene Kräfte beherrschenden Einfluß, die die Stärke der revolutionären Kräfte wie die Krise der herrschenden Klasse überschätzten und eine abenteuerliche »Offensivtheorie« entwickelten. Sie beschränkten sich nicht darauf, entsprechend der Lage zur Verteidigung der mitteldeutschen Arbeiter aufzurufen, sondern forderten, die Tätigkeit der Partei auf unmittelbare Offensivkämpfe unabhängig vom realen politischen Kräfteverhältnis einzustellen.

Auch das Handeln der Hamburger Parteiorganisation wurde von dieser falschen Auffassung und von der widerspruchsvollen Haltung der Zentrale der VKPD beeinflußt. Die Nachricht von den Ereignissen in Mitteldeutschland steigerte die Erregung unter den Hamburger Arbeitern. Der Ortsvorstand der VKPD beschloß Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der mitteldeutschen Klassengenossen. Einer der Organisatoren der Solidaritätsbewegung war Ernst Thälmann. Am 19. März sprach er in der

18 HVZ, 7. März 1921.

Leitung der Ortsgruppe über die erforderlichen Maßnahmen. Am gleichen Tage berieten die Mitglieder der Leitung der Ortsgruppe mit Erwerbslosen. Es wurde beschlossen, daß diese am Morgen des 23. März in die Betriebe gehen, dort gemeinsam mit den Beschäftigten ihre Einstellung verlangen und gegebenenfalls Streiks herbeiführen sollten.

Zur Koordinierung wurde ein Aktionsausschuß gebildet, dem neben Ernst Thälmann unter anderem der Sekretär der Bezirksleitung Wasserkante, Hugo Urbahns, und der Redakteur der »Hamburger Volkszeitung« Rudolf Lindau angehörten.[19]

Am 22. März legte der Aktionsausschuß fest, für den folgenden Tag zum Generalstreik und zu einer Massenkundgebung auf dem Heiligengeistfeld aufzurufen. Entsprechende Aufrufe wurden in der »Hamburger Volkszeitung« und in Flugblättern verbreitet. Am Abend erläuterte Ernst Thälmann Betriebsfunktionären der VKPD die vorgesehenen Kampfmaßnahmen.[20]

Am Morgen des 23. März demonstrierten einige hundert Erwerbslose auf dem Heiligengeistfeld und zogen dann zur Werft Blohm & Voß und zur Vulkanwerft. Gemeinsam mit revolutionären Arbeitern dieser Betriebe besetzten sie die Werften und forderten, die Erwerbslosen einzustellen.

Am Nachmittag verhängte der Hamburger Senat den Ausnahmezustand. Um die Werften und das Heiligengeistfeld wurde Polizei zusammengezogen. Die Werft Blohm & Voß wurde von der Polizei gewaltsam geräumt. An der Ellerholzschleuse schoß die Polizei in einen Demonstrationszug von Arbeitern der Vulkanwerft. Vier Demonstranten wurden getötet, dreizehn verletzt. Empört über die Bluttat, strömten Arbeiter und Erwerbslose zum Heiligengeistfeld.[21] An der Spitze eines Zuges von Werftarbeitern marschierte Ernst Thälmann. Sein besonnenes Handeln half, einen Zusammenstoß mit der Polizei zu verhindern. Als Panzerwagen der Polizei in die demonstrierenden Massen fuhren, war, wie Rudolf Lindau berichtet, Ernst Thälmann mit einigen Funktionären nur wenige Meter davon entfernt. Jeden Augenblick konnten die Maschinengewehre das Feuer eröffnen. »Aus dem Turm des nächsten Panzerwagens reckte sich ein junger Polizeileutnant bis zur Brusthöhe

19 Vgl. IML, ZPA, St 12/248.

20 Vgl. ebenda, St 12/247; St 12/248. – Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 47.

21 Vgl. IML, ZPA, St 12/247; St 12/248.

hinaus und schrie aus Leibeskräften, so daß ihm das Blut ins Gesicht stieg. Ernst Thälmann sagte in seiner gelassenen Art zu dem in der Nähe stehenden John Schehr: ›Warum schreet de so, Jonny?‹ John wandte halb den Kopf und gab zurück: ›De het Angst!‹ Ernst Thälmann lachte kurz auf: ›Genau.‹«[22] Die Demonstranten protestierten gegen das Vorgehen der Reaktion in Mitteldeutschland und in Hamburg. Am Millerntor eröffnete die Polizei das Feuer auch auf diesen Demonstrationszug. 15 Arbeiter fielen, 49 wurden verwundet, von denen 7 später ihren Verletzungen erlagen.[23]

Am Abend trat der Aktionsausschuß erneut zusammen und beschloß, keine weiteren Aktionen zu veranlassen.[24] Die revolutionären Arbeiter Hamburgs, geführt von der VKPD, hatten eindrucksvoll ihre Solidarität mit ihren Klassenbrüdern in Mitteldeutschland bekundet. Wenn es auch nicht gelungen war, den Generalstreik auszulösen, so hatten doch Tausende ihren Kampfeswillen und ihre Verbundenheit mit den kämpfenden mitteldeutschen Arbeitern gezeigt. Nur mit brutaler Gewalt hatte die Polizei Streikende und Demonstranten niederschlagen können.

Auch in den folgenden Tagen kam es in Hamburg und seiner Umgebung noch zu einzelnen Streiks und zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Unternehmer sperrten etwa 35 000 Werftarbeiter aus. Zahlreiche Funktionäre und Mitglieder der VKPD wurden verhaftet. Zu insgesamt 102 Jahren Zuchthaus, Gefängnis oder Festung verurteilten die Gerichte in Hamburg Arbeiter, die an den Aktionen am 23. März teilgenommen hatten. Die »Hamburger Volkszeitung« wurde verboten, ihre Druckerei von der Polizei besetzt.[25] Ernst Thälmann wurde wegen seiner aktiven Teilnahme an den Solidaritätsstreiks aus dem Arbeitsamt Hamburg entlassen.[26]

22 »Warum schreit der so, Jonny?« ... »Der hat Angst.« – Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn.« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 42. – Vgl. auch IML, ZPA, NL 66/4.

23 Vgl. IML, ZPA, St 12/247.

24 Vgl. ebenda, St 12/248.

25 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22.–26. August 1921, Berlin 1922, S. 95. (Dieser Parteitag der VKPD wird als 7. Parteitag der KPD gezählt.) – Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion. Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Leipzig–Berlin 1921, S. 81. – HVZ, 24. März 1921.

26 Vgl. StA Hamburg, Arbeitsverwaltung, Personalakten, 76. – Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 101.

In der Bürgerschaft wies Ernst Thälmann die Verleumdungen der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse zurück, die Kommunisten seien für das Blutbad verantwortlich und bei den kämpfenden Arbeitern handele es sich um eine »Bewegung von Räubern und Plünderern«. Siegeszuversicht, fester Glaube an die Kraft des Proletariats sprachen aus seinen Worten: »Selbst wenn Sie es mit Ihrer ungeheuren militärischen Macht fertigbringen, die wehrlosen Arbeiter niederzuknüppeln, so wird eines guten Tages das deutsche Proletariat ... einheitlich kämpfen, und dann werden diejenigen Personen, die heute gegen uns eingestellt sind, einfach von der Empörung und der Entrüstung der Massen hinweggefegt, und der Sieg ... wird zweifellos unser sein!«[27]

Auf einer konspirativ tagenden Vorstandssitzung der Hamburger VKPD verlangte Ernst Thälmann, der Verleumdungskampagne offensiv entgegenzutreten. In diesem Sinne sprachen er und andere Hamburger Parteifunktionäre vor Betriebsbelegschaften, auf Fährschiffen und an Stempelstellen. Am 31. März gedachte Thälmann auf dem Ohlsdorfer Friedhof der Opfer des Polizeiterrors und forderte die Anwesenden auf, den Kampf für die Sache der Arbeiterklasse weiterzuführen. In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft am 13. April 1921 beantragte Ernst Thälmann, den 35 000 ausgesperrten Arbeitern die ihnen vom Senat verweigerte Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen. Aber alle übrigen Fraktionen, einschließlich der SPD, lehnten diesen Antrag ab.[28]

Die Märzkämpfe endeten mit einer Niederlage des deutschen Proletariats. Die Situation war nicht reif für entscheidende Kämpfe. Die Führung der VKPD hatte es nicht vermocht, klare Direktiven zu geben, um der Provokation zu begegnen. Aber an der zähen und aufopferungsvollen Arbeit der Kommunisten scheiterte der Versuch der Reaktion, die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats zu zerschlagen.

Am 7. und 8. April 1921 nahm Ernst Thälmann an einer Sitzung des Zentralausschusses der VKPD teil, in der die Erfahrungen der Märzkämpfe ausgewertet wurden. Hier wurde offensichtlich, daß sich in der Führung der VKPD die »Offensivtheorie« durchgesetzt hatte. Das geht

27 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 587, 589.

28 Vgl. Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 47. – Hamburger Echo, 1. April 1921, Morgenausgabe. – Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 675–679.

aus den von der Zentrale vorgelegten »Leitsätzen über die Märzaktion« hervor, die mit 26 gegen 14 Stimmen angenommen wurden. Auch Ernst Thälmann stimmte für sie.[29] Diesen Leitsätzen entsprach die Entschließung des Bezirksparteitages Wasserkante der VKPD, der am 16. und 17. April stattfand. In der Entschließung wurde gefordert, »an der Linie der revolutionären Offensive«[30] festzuhalten. Ernst Thälmann sah wie die meisten Kommunisten Hamburgs in der »Offensivtheorie« eine Kampfansage an den Rechtsopportunismus. Auch er erkannte noch nicht, daß bei dem gegebenen Kräfteverhältnis keine Voraussetzungen für entscheidende Klassenauseinandersetzungen bestanden.

Anfang Mai weilte Ernst Thälmann erneut in Berlin, wo vom 3. bis 5. Mai der Zentralausschuß tagte. In den hier angenommenen »Leitsätzen zur Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution«[31] und mehr noch im praktischen Handeln der Partei wurde das Bemühen sichtbar, an die Politik des »Offenen Briefes« anzuknüpfen, den Kampf um Teilforderungen, das Ringen um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf fortzusetzen. Aber zugleich wurde die Politik der Zentrale während der Märzkämpfe voll gebilligt.

Der Klärungsprozeß in der Partei wurde dadurch außerordentlich erschwert, daß einige Angehörige der sogenannten Parteiopposition, die die »Offensivtheorie« ablehnten, ihrerseits fehlerhafte Anschauungen vertraten und verleumderische Ausfälle gegen die Kommunistische Internationale und die Führung der VKPD richteten. Diese Kritiker solidarisierten sich mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Paul Levi, der seine Mißachtung der Parteidisziplin bis zum offenen Bruch mit der Partei gesteigert hatte. Er war so weit gegangen, in einer Broschüre die Märzkämpfe als kommunistischen Putsch zu verleumden. Deshalb war er am 15. April aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die große Mehrheit der Teilnehmer der Zentralausschußtagung stimmte den »Leitsätzen zur Taktik« zu, darunter auch Ernst Thälmann. In seinem Diskussionsbeitrag klagte er die Levi-Gruppe an, sie sei »dem revolutionären Proletariat in den Rücken gefallen«[32], und forderte nachdrücklich von den Anhängern Levis in der Parteiführung, ihre Angriffe gegen die

29 Vgl. IML, ZPA, 2/5. – Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 451–456.
30 IML, ZPA, St 12/5, Bd. 7. – Vgl. auch ebenda, Bd. 8.
31 Vgl. Die Rote Fahne, 13. Mai 1921, Morgenausgabe.
32 IML, ZPA, 2/6/2.

Politik der Kommunistischen Internationale und der Zentrale zu widerrufen und Parteidisziplin zu üben.

Auf dieser Tagung des Zentralausschusses wurde eine Entscheidung getroffen, die für Ernst Thälmanns weitere Entwicklung bedeutsam werden sollte. Er wurde zum Mitglied der Delegation für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale gewählt.[33]

Die Politik der VKPD in den ersten Monaten des Jahres 1921 widerspiegelte den damaligen Reifezustand der Partei. Die VKPD kämpfte heldenhaft und aufopferungsvoll gegen den deutschen Imperialismus. Sie befand sich aber noch mitten im Ringen um eine marxistisch-leninistische Strategie und Taktik für diesen Kampf. So wurden bei der Suche nach geeigneten Formen zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter auch Tendenzen sichtbar, die Einheitsfront nicht für und durch den gemeinsamen Kampf um die Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen, um konkrete Forderungen herzustellen, sondern lediglich durch den Abschluß formaler Vereinbarungen mit der SPD. Das hieß praktisch, auf eine zielklare Massenarbeit zu verzichten und die Handlungen der Partei von rechtssozialdemokratischen Führern abhängig zu machen.

Bedeutend stärker trat in diesen Monaten in der VKPD eine radikale Strömung hervor. Die wesentliche Ursache hierfür war, wie Lenin hervorhob, die außerordentliche Zuspitzung der Klassenkämpfe, der grausame Terror der Konterrevolution und dessen Unterstützung durch die rechten Führer der SPD und der USPD, die dazu geführt hatten, daß in jedem klassenbewußten Arbeiter »in unglaublicher Schärfe der Haß gegen den Opportunismus« erwachte. Und »dieser Haß – das edelste, erhabenste Gefühl der Besten aus der unterdrückten und ausgebeuteten Masse – machte die Menschen blind, nahm ihnen die Möglichkeit, kaltblütig zu überlegen und eine eigene richtige Strategie auszuarbeiten«.[34] Viele klassenbewußte, revolutionäre Arbeiter, die voller Ungeduld den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung herbeisehnten, deren Widersprüche und historische Überlebtheit in dieser Zeit schroff sichtbar geworden waren, glaubten, daß die durch die Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD erstarkte Kommunistische Partei in der Lage sei, in kürzester Zeit den entscheidenden Schlag gegen den deutschen Imperialismus zu führen, dessen Macht noch labil und von der politischen

33 Vgl. ebenda, I 6/3/8.
34 W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten. In: Werke, Bd. 32, S. 538.

und ökonomischen Krise nachhaltig erschüttert war. Dieser Strömung gehörte auch Ernst Thälmann an.

Die radikalen Stimmungen in der VKPD wurden von kleinbürgerlichen, ultralinken Kräften in der Partei ausgenutzt, deren Konzeption nichts mit der der revolutionären Arbeiter gemein hatte. Ihre Hauptvertreter, Ruth Fischer, Arcady Maslow, Ernst Reuter (Friesland) und Arthur Rosenberg, saßen in der Führung des Parteibezirkes Berlin-Brandenburg. Sie standen mit in Berlin weilenden Vertretern der antileninistischen sogenannten Arbeiteropposition in der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) (KPR[B]) in Verbindung und konspirierten mit ihnen gegen das Zentralkomitee der KPR(B), den Sowjetstaat und die Kommunistische Internationale. Durch geschickte Demagogie, scheinrevolutionären Wortradikalismus und raffinierte Doppelzüngelei, aber auch durch ihr Auftreten gegen die tatsächlich vorhandenen rechtsopportunistischen Tendenzen tarnten sie ihre sektiererische und abenteuerliche Position. Das Wesen ihrer Politik war daher für die revolutionären Arbeiter schwer zu durchschauen. So wirkte in der VKPD eine nach außen scheinbar einheitliche starke radikale Strömung.

Ähnliche Tendenzen traten auch in kommunistischen Parteien anderer Länder hervor. Wiederholt setzte sich W. I. Lenin mit dem Linksradikalismus auseinander. Sorgfältig differenzierte er dabei stets zwischen den ultralinken Wortführern und »Theoretikern« und jenen revolutionären Arbeitern, die linksradikalen Stimmungen erlegen waren. Bei aller Schärfe der Kritik ließ er sich immer von dem Bestreben leiten, diese Arbeiter für die Politik der Kommunistischen Internationale zu gewinnen.

2

»Heran an die Massen!«

Wie viele andere Delegierte des III. Weltkongresses konnte auch Ernst Thälmann nur auf abenteuerlichen Wegen nach Sowjetrußland gelangen. Er reiste nach Litauen, von wo ihn eine junge litauische Kommunistin auf geheimen Pfaden sicher an die lettische Grenze geleitete.[1] Am 18. Juni

1 Vgl. Helga Görne: Sie kämpften im Geiste Ernst Thälmanns. Über gemeinsame revolutionäre Traditionen deutscher und litauischer Kommunisten. In: Neues Deutschland (Berlin), 16. August 1969.

1921 traf er in Sowjetrußland ein.[2] Die ausländischen Delegierten, die in ihrer Heimat ständigen Verfolgungen ausgesetzt waren, wurden im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat begeistert empfangen. Zum ersten Male weilte Ernst Thälmann im Sowjetland, im Land des Roten Oktober. Jetzt sah er selbst den Staat, in dem die Zukunft, für die er lebte und kämpfte, Wirklichkeit zu werden begann. Mit eigenen Augen konnte er sich davon überzeugen, was es bedeutet, wenn die Arbeiterklasse die Macht in der Hand hat, konnte sich unmittelbar mit den Erfahrungen der KPR(B), der Avantgarde der kommunistischen Weltbewegung, vertraut machen.

Am 22. Juni 1921 wurde im Bolschoi-Theater in Moskau der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale eröffnet. Ernst Thälmann war voller Erwartungen, hatte er doch noch nie an einer Tagung des höchsten Forums der kommunistischen Weltbewegung teilgenommen. Jetzt lernte er W. I. Lenin und andere hervorragende Arbeiterführer persönlich kennen. Der unmittelbare Kontakt mit den Vertretern der Arbeiterbewegung vieler Länder, ihre Berichte über den Klassenkampf in aller Welt hinterließen in ihm einen nachhaltigen Eindruck, vertieften seinen internationalistischen Standpunkt, weiteten sein Blickfeld, halfen ihm, gründlicher in die vielfältigen Probleme der internationalen Arbeiterbewegung einzudringen.

Ernst Thälmann erwartete voller Ungeduld die Stellungnahme des Kongresses zu den Grundfragen des internationalen Klassenkampfes; vor allem erhoffte er Antwort auf die Fragen, über die es in der VKPD in den letzten Monaten zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war. Wie die anderen Mitglieder der offiziellen Delegation der VKPD – außer ihr nahmen auch drei Vertreter der sogenannten Parteiopposition am Kongreß teil – meinte er, daß sich die »Offensivtheorie« durchsetzen werde.

Bereits vor Beginn des Kongresses hatte W. I. Lenin in Aussprachen mit Vertretern der VKPD und anderer kommunistischer Parteien auf die Fehlerhaftigkeit dieser Auffassungen hingewiesen[3] und gegen die Befürworter dieser Politik in der KPR(B) Stellung bezogen. Er hatte auch

2 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2.

3 Vgl. Unvergeßlicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen. Zusammengestellt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1960, S. 102–108, 116–118. – Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W. I. Lenins und der Komintern für die KPD, Berlin 1971, S. 162–164.

die entscheidenden Hinweise für die Thesen über die Taktik der Kommunistischen Internationale gegeben[4] und als ihren Hauptgedanken formuliert:

»Die Kommunistische Internationale muß die Taktik auf folgendem aufbauen: Man muß unentwegt und systematisch um die *Mehrheit der Arbeiterklasse,* in erster Linie *innerhalb* der **alten** *Gewerkschaften,* ringen. Dann werden wir bestimmt siegen, welche Wendung die Ereignisse auch nehmen mögen ... Daraus ergibt sich: Die Taktik des ›Offenen Briefes‹ hat überall als verbindlich zu gelten.«[5]

Auf dem Kongreß kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über diese Frage. Bereits in der Diskussion über die Weltlage und die Aufgaben der Komintern war ein wichtiger Vorentscheid gefallen. Es wurde festgestellt, daß die erste Periode der revolutionären Bewegung nach dem Kriege vorüber sei, die Bourgeoisie ihre Herrschaft gefestigt habe und an der wirtschaftlichen und der politischen Front zur Offensive gegen die Arbeiterklasse übergegangen sei. »Die jetzigen Verteidigungskämpfe des Proletariats zu leiten, zu erweitern, zu vertiefen, zu vereinigen und – dem Gange der Entwicklung entsprechend – zu politischen Endkämpfen zu steigern ist und bleibt die Grundaufgabe der Kommunistischen Partei in der laufenden Krise.«[6] Die kommunistischen Parteien müßten sich auf die Möglichkeit sowohl eines schnelleren als auch eines langsameren Tempos des Voranschreitens der revolutionären Bewegung einstellen und eine entsprechende bewegliche Politik ausarbeiten.

Im Referat und in den Thesen zur Taktik wurde als entscheidende Aufgabe der kommunistischen Parteien nachdrücklich betont, daß sie ausschlaggebenden Einfluß auf die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen müßten. Der heldenhafte Kampf der Arbeiter in Mitteldeutschland wurde als ein wirklicher Schritt vorwärts beurteilt, aber die »Offensivtheorie« und das fehlerhafte Verhalten der Führung der VKPD bei den Märzkämpfen wurden entschieden verurteilt. Gegen das Referat und die Thesen wandten sich die deutsche, die österreichische und die italienische

4 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriß, Berlin 1970, S. 128–139.

5 W. I. Lenin: Bemerkungen zu den Entwürfen der Thesen über die Taktik für den III. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Brief an G. J. Sinowjew. In: Werke, Ergänzungsbd. Oktober 1917–März 1923, S. 328.

6 Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 29.

Delegation. Ihre Änderungsvorschläge zu den »Thesen über die Taktik«[7] liefen darauf hinaus, alle gegen die »Offensivtheorie« gerichteten scharfen Formulierungen sowie die Kritik an den Fehlern, die während der Märzkämpfe begangen worden waren, aus den Thesen zu streichen und die Forderungen nach der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse abzuschwächen. Die Vertreter dieser Ansichten waren zumeist ehrliche, der Revolution ergebene Kommunisten, die fest auf dem Boden des Kampfes für die proletarische Revolution standen, aber aus Eifer und Ungeduld Fehler begingen. Erschwert wurde der Klärungsprozeß dadurch, daß neben anderen auch der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, G. J. Sinowjew, nicht frei von linkssektiererischen Auffassungen war.[8]

Nach dem Diskussionsbeitrag des Italieners Umberto Terracini, der die Änderungsvorschläge begründete, ergriff Lenin das Wort. Entschieden wies er alle radikalen Phrasen zurück. Er erinnerte an die Erfahrungen der Bolschewiki: »Wir haben in Rußland nicht nur deshalb gesiegt, weil wir die unbestrittene Mehrheit der Arbeiterklasse auf unserer Seite hatten ..., sondern auch deshalb, weil unmittelbar nach der Eroberung der Macht die Hälfte der Armee und binnen wenigen Wochen neun Zehntel der Bauernmasse auf unsere Seite übergingen.« Und er betonte nachdrücklich, »um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich ..., sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung«.[9] Lenins überzeugende Argumente gaben den Ausschlag für die Entscheidung des Kongresses. Clara Zetkin unterstützte W. I. Lenin. Sie sprach sich dafür aus, eine Einigung der Richtungen in der VKPD auf der Grundlage der Thesen des III. Weltkongresses herbeizuführen.[10]

In der Abendsitzung des 2. Juli 1921, gegen 21.30 Uhr, erhielt Ernst Thälmann das Wort zu seinem ersten Diskussionsbeitrag vor dem höchsten Gremium der Kommunistischen Internationale. Leidenschaftlich klagte er Levi und seine Anhänger an, die der Partei in den Rücken

7 Vgl. Moskau. Organ des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, 1. Juli 1921.

8 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 129/130, 142.

9 W. I. Lenin: Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale. In: Werke, Bd. 32, S. 497/498, 499/500.

10 Vgl. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921), Hamburg 1921, S. 597–605.

gefallen waren. Seine Rede gab der Kampfbereitschaft der revolutionären Arbeiter Ausdruck. Man spürte, daß hier ein Kommunist sprach, der fest in den Arbeitermassen verwurzelt war.

Ernst Thälmann wandte sich gegen die Kritik Lenins an den linksradikalen Auffassungen. Eindeutig bekundete er aber, daß er die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse befolgen werde: »Ich bin so diszipliniert, so zentralistisch, dazu habe ich mich durchgerungen. Ich bin so zentralistisch, daß ich die Beschlüsse befolge.«[11] Diese proletarische Disziplin und der in seinem Beitrag ausgedrückte Wille, aus den Kampferfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung zu lernen, sowie sein ausgeprägtes Verständnis dafür, daß die Partei eng mit den Arbeitermassen verbunden sein muß, unterschieden ihn von den ultralinken Kräften in der VKPD und ließen ihn zu der Erkenntnis gelangen, daß die Partei ihre Taktik korrigieren müsse.

Ernst Thälmanns Auftreten zeugte vom Heranwachsen neuer proletarischer Führer in der VKPD, die leidenschaftlich der Sache der proletarischen Revolution ergeben, wenn auch noch nicht frei von Irrtümern waren und die begannen, sich die leninistische Strategie und Taktik anzueignen.

Nach längeren Diskussionen in der Thesenkommission wurden die »Thesen über die Taktik« vom Kongreß schließlich einstimmig angenommen. Das war von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der kommunistischen Bewegung. »Die Eroberung des ausschlaggebenden Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse, das Hineinführen ihrer entscheidenden Teile in den Kampf ist gegenwärtig die wichtigste Frage der Kommunistischen Internationale«[12], hieß es in diesen Thesen. Es wurde die Notwendigkeit betont, um Teilziele zu kämpfen und in diesem Kampf die Massen an die sozialistische Revolution heranzuführen. Die kommunistischen Parteien in Westeuropa und Amerika wurden verpflichtet zu versuchen, »durch die Aufbietung ihres Einflusses in den Gewerkschaften, durch die Erhöhung des Druckes auf andere sich auf die Arbeitermassen stützende Parteien die gemeinsame Entfachung des Kampfes um die nächstliegenden Interessen des Proletariats anzustreben«[13]. So legte der III. Weltkongreß unter entscheidender Mitwirkung W. I. Lenins den Grundstein für die marxistisch-leninistische Einheitsfrontpolitik. Er gab der VKPD nachdrückliche Unterstützung für die Entwicklung einer wirksamen Massenpolitik.

11 Ebenda, S. 637.
12 Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses, S. 35.
13 Ebenda, S. 51.

Die Weltkongresse und die Tagungen der Leitungsorgane der Kommunistischen Internationale waren für Ernst Thälmann wie für die kommunistische Bewegung überhaupt als Schulen des lebendigen, schöpferischen Marxismus-Leninismus von unschätzbarem Wert. Sie trugen wesentlich zur Aneignung seiner ideologischen, theoretischen, politischen und organisatorischen Grundsätze, zur Auswertung der Erfahrungen der Bolschewiki und aller Abteilungen dieses internationalen Kampfbundes bei wie auch zur Ausarbeitung einer wirkungsvollen, der gegebenen Situation entsprechenden Strategie und Taktik. Diese Beratungen halfen den jungen kommunistischen Parteien, rechten wie linken Opportunismus in ihren Reihen zu überwinden, die Einheit der revolutionären Kräfte des Weltproletariats zu schmieden und sie um den Sowjetstaat zusammenzuschließen.

Das alles galt in vollem Maße auch für den III. Weltkongreß. Für Ernst Thälmanns weitere Entwicklung war dieser Kongreß äußerst bedeutungsvoll. Wiederholt kam er auf dessen Erkenntnisse zurück. Im April 1926 schätzte Ernst Thälmann rückblickend ein: »Gerade wir, die damals in Opposition standen, müssen heute feststellen, wenn Lenin das Steuer nicht herumgerissen hätte, wenn die Kommunistische Internationale nicht gehandelt hätte nach einer wirklich revolutionären, marxistischen Analyse der Lage, wäre die Kommunistische Internationale von den Massen im weitesten Maße getrennt worden. Die Losung ›Heran an die Massen!‹, die Einheitsfronttaktik, war der konkrete Ausdruck der veränderten Lage, der Tatsache, daß die Kommunistische Internationale zwischen zwei Wellen der Revolution ihre Aufgabe der Organisierung der Revolution zu erfüllen hat.«[14]

Die Sowjetregierung gab den Delegierten des Kongresses die Möglichkeit, sich mit den ersten Erfolgen des wirtschaftlichen Aufbaus und mit den sozialen Errungenschaften des Sowjetlandes vertraut zu machen. Noch waren die Städte und Dörfer vom Bürgerkrieg gezeichnet, noch mußten die sowjetischen Arbeiter nach den langen Jahren des Weltkrieges, des Kampfes gegen die Weißgardisten und die imperialistischen Interventen große Entbehrungen auf sich nehmen. Dennoch konnten die

14 Ernst Thälmann: Die erweiterte Exekutive und die Lage in unserer Partei. Referat auf der Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure am 16. und 17. April 1926. In: Die Rote Fahne, 23. April 1926.

Delegierten sehen, wie begonnen wurde, eine gänzlich neue Gesellschaft aufzubauen, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen. Ernst Thälmann besuchte verschiedene Städte Sowjetrußlands. So traf er mit den Arbeitern des Lokomotivwerkes in Kolomna, der Eisenbahnwerkstätten bei Tula und eines Textilbetriebes in Moskau zusammen.[15] Aus dem unmittelbaren Kontakt mit sowjetischen Werktätigen gewann Ernst Thälmann nachhaltige Eindrücke. Er war stolz, schrieb er später, daß er »die sozialistischen Tatsachen trotz der gewiß schwierigen Zeit in der Sowjetunion aus eigener Anschauung erleben« konnte. Diese Begegnungen vermittelten ihm, der so schlechte Erfahrungen mit den rechten und den zentristischen Führern der deutschen Sozialdemokratie gemacht hatte, die Überzeugung, »daß es Führer in der Arbeiterbewegung gibt, die ehrlich und bewußt in der Tat für den Sozialismus bereit sind zu kämpfen«.[16] Die persönlichen Erfahrungen erhärteten seine Erkenntnis, daß die Partei der Bolschewiki eine Politik betrieb, die voll den Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen entsprach und beispielgebend für alle kommunistischen Parteien war.

Nach seiner Rückkehr aus Sowjetrußland – er fuhr mit dem Schiff bis Stettin und von dort weiter nach Hamburg[17] – berichtete Ernst Thälmann über die Ergebnisse des III. Weltkongresses und über die Eindrücke, die er in Sowjetrußland gewonnen hatte. Er schilderte auf Mitglieder- und Funktionärversammlungen, wie die sowjetischen Werktätigen darangingen, der großen Schwierigkeiten Herr zu werden und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Gustav Gundelach erinnert sich an eine Versammlung in Sagebiels Sälen in Hamburg, an der etwa 5000 Menschen teilnahmen. Ernst Thälmann zeigte an vielen Beispielen, wie die russischen Klassenbrüder unter schwersten Bedingungen die zerstörte Wirtschaft wieder in Gang bringen mußten. Es gäbe »auf vielen Gebieten große Schwierigkeiten, von denen man in Deutschland sich keine Vorstellungen machen könne«[18]. Und dennoch, so sagte Thälmann, werden die russischen Arbeiter und Bauern alle Schwierigkeiten überwinden und den Sozialismus siegreich aufbauen. Die tiefe Zuversicht in die Kraft der

15 Vgl. Anton Switalla: Es wird einmal die Zeit kommen ... In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 52. – Herta Geffke: »Keine Angst, unser Thälmann kommt schon!« In: Ebenda, S. 382. – IML, ZPA, NL 66/4.

16 Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 98.

17 Vgl. Sándor Ék: So entstand sein Bild. In: BZ am Abend (Berlin), 16. April 1970.

18 IML, ZPA, NL 66/4.

von der Partei Lenins geführten Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands klang aus allen seinen Reden. Er brachte sie in einer Zeit zum Ausdruck, als in Deutschland die antibolschewistische Hetze tobte und tagtäglich der baldige Zusammenbruch der jungen Sowjetrepublik prophezeit wurde.[19]

Die von Ernst Thälmann geleiteten Hamburger Kommunisten bekundeten nicht nur auf Versammlungen Solidarität mit ihren Klassenbrüdern in Sowjetrußland. Im Sommer 1921 vernichtete eine verheerende Dürre in weiten Teilen des Sowjetlandes die Ernte. Die durch die vom Zarismus hinterlassene Rückständigkeit, durch Krieg, Bürgerkrieg, Intervention und imperialistische Blockade verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden weiter vergrößert. Schwere Hungersnot traf die Sowjetmenschen. Die Hamburger Parteiorganisation beteiligte sich an der internationalen Solidaritätsaktion. Sie organisierte, wie es die Zentrale der VKPD in einem Aufruf vom 23. Juli 1921 vorschlug[20], Hilfsaktionen für Sowjetrußland. Die Fraktion der VKPD in der Hamburger Bürgerschaft forderte die Fraktionen der USPD und der SPD auf, ein gemeinsames Hilfskomitee aus Vertretern dieser drei Parteien und der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zu bilden. Aber die Leitungen der SPD und des ADGB lehnten jede Zusammenarbeit mit der VKPD ab. Die Funktionäre der VKPD gingen bei der Hilfsaktion mit gutem Beispiel voran. Sie beschlossen, einen Tageslohn zu spenden, und appellierten an die Parteimitglieder, diesem Beispiel zu folgen. In allen von der VKPD organisierten Versammlungen und Veranstaltungen jener Zeit wurden Sammlungen für Sowjetrußland durchgeführt.[21] Auf einer Solidaritätsveranstaltung trat der bedeutende sowjetische Geiger Eduard Soermus auf. An ihr nahm auch Ernst Thälmann teil.[22]

Am 25. September konnte das Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland des Bezirks Wasserkante mitteilen, daß bereits 240 000 Mark gesammelt worden waren. Dieses gute Ergebnis war vor allem dem unermüdlichen Einsatz der Hamburger Kommunisten zu danken. Es war nicht zuletzt ein Ergebnis der prinzipiellen Haltung Ernst Thälmanns, seiner festen

19 Vgl. ebenda. – Gustav Gundelach: Mit Ernst Thälmann zusammen in Hamburg. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 58.

20 Vgl. Die Rote Fahne, 24. Juli 1921, Morgenausgabe.

21 Vgl. HVZ, 20., 23. August 1921. – Hamburger Tribüne, 3., 5., 12. September 1921.

22 Rudolf Lindau: »Ji möt no ünnen gohn!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 43.

Verbundenheit mit dem Sowjetstaat. Die Hilfsaktion zeugte davon, daß der Gedanke der Solidarität mit den Klassengenossen im ersten sozialistischen Staat der Welt auch unter den Hamburger Arbeitern tiefe Wurzeln geschlagen hatte.

Die Beschlüsse des III. Weltkongresses wurden in der VKPD gründlich beraten. Ernst Thälmann informierte bereits am 27. Juli 1921, kurz nach seiner Rückkehr aus Sowjetrußland, auf einer Versammlung der Funktionäre der VKPD Groß-Hamburgs über den Kongreß und die Aufgaben des bevorstehenden Parteitages der VKPD, für den er hier als Delegierter gewählt wurde.[23] Am 2. und 3. August nahm er in Berlin an der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD teil, die entschied, den nächsten Parteitag für den 22. August einzuberufen. Nach teilweise scharfen Auseinandersetzungen wurde festgelegt, die Beschlüsse des Kongresses der Tätigkeit der Partei zugrunde zu legen. In der Diskussion äußerte Thälmann seine Besorgnis, daß durch die Opposition jener, die Levi unterstützt hatten, das einheitliche Vorgehen der Partei gefährdet werde. Darum habe er auch auf dem III. Weltkongreß nicht den »Friedensvertrag« zwischen der offiziellen Delegation der VKPD und den Vertretern der sogenannten Opposition unterschrieben.[24] Thälmann sah die Gefahr, die der Partei durch die fraktionelle Tätigkeit einiger Anhänger Levis drohte, berücksichtigte jedoch nicht die Möglichkeit, mit vielen Vertretern der Opposition, die sich von Levi abgrenzten, bei der Durchführung der Beschlüsse des Weltkongresses zusammenzuarbeiten.

Auf der Funktionärkonferenz der VKPD Groß-Hamburgs am 10. August berichtete Ernst Thälmann erneut über den III. Weltkongreß. Er ging von der veränderten Weltlage aus und behandelte besonders eingehend die Erfahrungen aus den Massenkämpfen der Arbeiter Italiens, Großbritanniens und der Tschechoslowakei. Er leitete in Übereinstimmung mit den »Thesen über die Taktik« für die Kommunistische Partei die Notwendigkeit ab, an allen bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit teilzunehmen und sich an die Spitze dieser Kämpfe zu stellen.[25]

Im Sinne des III. Weltkongresses lag auch der Vorschlag der Hamburger Ortsgruppe der VKPD vom 18. August 1921 an die örtlichen Vorstände der anderen Arbeiterparteien, an die freien Gewerkschaften

23 Vgl. HVZ, 26., 28. Juli 1921.
24 Vgl. IML, ZPA, 2/7.
25 Vgl. HVZ, 11. August 1921.

und alle anderen Arbeiterorganisationen, gemeinsam über einheitliche Kampfaktionen gegen Wucher und Teuerung und für die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen zu beraten. Aber auch dieser Vorschlag wurde zurückgewiesen.[26] Die Hamburger Parteiorganisation suchte nach organisatorischen Formen für die Einheitsfrontpolitik. So fanden Konferenzen statt, an denen Delegierte aus Betrieben und Büros teilnahmen. Auf diese Weise wurden auch Arbeiter, die der SPD und der USPD angehörten, in Aktionen gegen die Unternehmeroffensive einbezogen. Besonders unter den Hamburger Werftarbeitern und den Landarbeitern des Bezirks Wasserkante wuchs der Einfluß der Kommunisten.[27] Bereits auf der Sitzung des Zentralausschusses am 2. und 3. August empfahl Ernst Meyer im Namen der Zentrale das Hamburger Beispiel, Konferenzen mit Arbeitern anderer Parteirichtungen durchzuführen, den Bezirken zur Nachahmung.[28] Auch der 7. Parteitag der KPD hob derartige Initiativen der Hamburger Kommunisten als beispielhaft hervor.[29]

Dieser Parteitag fand vom 22. bis 26. August 1921 in Jena statt. Die KPD kam hier in der Auswertung des III. Weltkongresses einen bedeutenden Schritt voran. Entscheidend half dabei der Brief W. I. Lenins an den Parteitag. »Kaltes Blut und Standhaftigkeit bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren; unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge kommunistische Partei aufbauen, die fähig ist, bei allen und jeglichen Wendungen der Ereignisse die Massen wirklich zu führen«[30], so faßte Lenin die Schlußfolgerungen für die KPD zusammen.

In diesem Sinne zog der Parteitag Lehren aus den Märzkämpfen. In den Beschlüssen des Parteitages widerspiegelte sich, daß die KPD bestrebt war, die Losung des III. Weltkongresses »Heran an die Massen!« zu beherzigen. Ernst Thälmann erklärte, daß er »fleißig und ehrlich, offen

26 Vgl. Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Hamburg-Altona und Umgegend. 25. Bericht über das Geschäftsjahr 1921, verbunden mit dem zweiundzwanzigsten Bericht des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona und Umgegend, Hamburg 1922, S. 9–12. – HVZ, 23. August 1921. – Hamburger Tribüne, 27. August 1921.
27 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages der KPD, S. 94, 96, 339/340.
28 Vgl. IML, ZPA, 2/7.
29 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages der KPD, S. 94. – Auf diesem Parteitag wurde beschlossen, das Wort »Vereinigte« aus dem Namen der Partei zu streichen.
30 W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten. In: Werke, Bd. 32, S. 538.

und konsequent die Beschlüsse des Dritten Weltkongresses« durchführen werde. Es sei für die Partei notwendig, »Fühlung mit allen ... sympathisierenden und auch mit rechts von [ihr] ... stehenden Massen« zu bekommen. Darum müsse die KPD »als Vorhut des Proletariats voranmarschieren, die jeden Kampf unterstützt«.[31]

Auf dem Parteitag blieben Tendenzen des »linken« Radikalismus weiterhin sichtbar. Insgesamt gelang es aber, die »Offensivtheorie« zu überwinden und im Einklang mit dem III. Weltkongreß Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Partei die Politik des »Offenen Briefes«, der Sammlung der Arbeiter und der anderen Werktätigen zur Verteidigung ihrer sozialen und demokratischen Rechte, zur Vorbereitung und Heranführung der Massen an entscheidende Kämpfe um die Brechung der Macht des Monopolkapitals, fortführen konnte. In der Ortsgruppe Hamburg setzte sich Ernst Thälmann für diese Politik ein.

Als am 26. August 1921 der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, der als ein Unterzeichner des Waffenstillstandes von 1918 den nationalistisch-militaristischen Kreisen verhaßt war, von rechtsextremistischen Terroristen ermordet wurde, trat die Ortsgruppe Hamburg der KPD, entsprechend den Beschlüssen der Zentrale, an die Hamburger SPD mit dem Vorschlag heran, eine gemeinsame Demonstration gegen die Reaktion durchzuführen. Die Führung der SPD lehnte diesen Vorschlag ab, aber das Verlangen nach der Einheitsfront war unter den Hamburger Arbeitern so stark, daß in fast allen Großbetrieben beschlossen wurde, gemeinsam zum Kundgebungsort zu demonstrieren. Etwa 150 000 Arbeiter sammelten sich am 31. August auf dem Heiligengeistfeld um die fünf Rednertribünen der SPD und die vier der KPD.

Einer der Redner war Ernst Thälmann.[32] »Ich erinnere mich, daß er stets die blaue Schiffermütze trug. Wenn er auf der Rednertribüne stand, hatte er meistens den Hemdkragen geöffnet. Er sprach laut und temperamentvoll und unterstrich mit heftigen Bewegungen seine Worte«[33], berichtet eine Mitkämpferin aus diesen Jahren. Thälmann prangerte den Terror der Reaktion an. Der Mord an Erzberger sei nur ein Fall von vielen. Die Gründung der Republik sei vom Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begleitet gewesen, dieser Weg sei mit der Ermordung Leo Jogiches' und vieler Tausender namenloser Proletarier weitergegangen

31 Bericht über die Verhandlungen des 2. [7.] Parteitages der KPD, S. 252.
32 Vgl. HVZ, 29., 30. August, 1. September 1921. – StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 3.
33 IML, ZPA, EA 1050.

worden. Die Arbeiter hätten die Aufgabe, die Reaktion zu Boden zu schlagen.[34]

Auch vom Bezirksparteitag Wasserkante der KPD am 25. September 1921 wurde die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiter betont. Ernst Thälmann bemängelte in diesem Zusammenhang, daß »Die Rote Fahne«, das Zentralorgan der Partei, nur ungenügend das Sprachrohr der Massen sei. Er forderte erhöhte Aktivität der Genossen in den Betrieben und in den Gewerkschaften und den schnelleren Ausbau des Zehnergruppensystems. Der Parteitag wählte Ernst Thälmann erneut in die Bezirksleitung. Sekretär wurde wieder Hugo Urbahns.[35] Zwischen ihm und Thälmann bestanden scharfe Gegensätze, die bereits aus der Zeit herrührten, als Urbahns in der KPD und Thälmann noch in der USPD wirkte. Zu Meinungsverschiedenheiten über politische Fragen kamen persönliche Gegensätze. Thälmann fühlte sich vom Verhalten Urbahns' abgestoßen. Urbahns intrigierte gegen Thälmann und versuchte, ihn aus seinen Parteifunktionen zu drängen.[36]

3

»Hier herrscht nicht die Demokratie, sondern die Diktatur des Kapitalismus«

Die Massen zum Kampf zu mobilisieren und beharrlich für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten, darin sah Ernst Thälmann auch Sinn und Zweck seiner parlamentarischen Tätigkeit. Er wußte, daß mit den

34 Vgl. HVZ, 1. September 1921.
35 Vgl. ebenda, 26., 27. September 1921.
36 Nach den Polizeiakten – andere Unterlagen sind nicht vorhanden – gelang es den Anhängern von Hugo Urbahns auf dem Bezirksparteitag im April 1922, die Wiederwahl Ernst Thälmanns in die Bezirksleitung Wasserkante zu hintertreiben. Der Versuch, ihn auch aus der Leitung der Ortsgruppe Hamburg zu verdrängen, scheiterte. Im Mai 1922 wurde Ernst Thälmann erneut zum Vorsitzenden der Ortsgruppe gewählt. In dieser Eigenschaft nahm er auch an Sitzungen der Bezirksleitung teil. – Zuverlässige Angaben über den Inhalt der Meinungsverschiedenheiten sind den Berichten der Polizeispitzel nicht zu entnehmen. (Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.)

Mitteln des bürgerlichen Parlamentarismus keine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich war, daß, »solange die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung ihren ungeheuren Einfluß auf die Massen ausübt, ... von einer wahren Demokratie überhaupt nicht die Rede sein«[1] kann. Aber er war bemüht, alle Möglichkeiten zu nutzen, die das Parlament bot, um die Not der Werktätigen zu lindern und die Anschläge der Unternehmer zurückzuschlagen. In der Hamburger Bürgerschaft war Ernst Thälmann der Sprecher der Hamburger Arbeiter und Erwerbslosen, deren Schicksal er aus eigener Erfahrung kannte, aber auch der Beamten und Angestellten, der Renten- und Unterstützungsempfänger, der Sprecher aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Die Tätigkeit im Parlament, die Teilnahme an den Sitzungen der Bürgerschaft und ihrer Ausschüsse forderte von den kommunistischen Arbeiterabgeordneten beträchtliche persönliche Opfer. Ernst Thälmann war seit Ende März 1921 einige Zeit arbeitslos, dann in verschiedenen Betrieben als Gelegenheitsarbeiter beschäftigt, längere Zeit arbeitete er schließlich auf der Abwrackwerft Kubatz.[2] Jede Teilnahme an einer Beratung der Bürgerschaft bedeutete Lohnausfall. Diäten wurden in der Bürgerschaft nicht gezahlt, und die KPD hatte nicht die Mittel, ihre Abgeordneten finanziell zu unterstützen. Auch Ernst Thälmann war es nicht immer möglich, diese außerordentlichen Belastungen zu tragen, so daß er nicht an allen Ausschußsitzungen teilnehmen konnte.[3]

Die KPD nahm in der Bürgerschaft zu allen wichtigen Fragen Stellung. Zu vielen Problemen sprach Ernst Thälmann selbst. Er formulierte mit seinen Genossen die Anträge der KPD-Fraktion, brachte sie ein und begründete sie. In seiner Rede zum Hamburger Staatshaushalt am 30. März 1921 lehnte er den Etat entschieden ab, weil dieser, wie er ausführte, allein den Interessen der herrschenden Klasse entsprach und sich gegen die Arbeiter richtete. Der kapitalistische Staat wälze die Lasten des Krieges und der Reparationen auf die werktätigen Massen ab. Die Unternehmerschaft bereite den Angriff gegen den Achtstundentag vor. Die militaristischen Organisationen könnten ungestört ihr Spiel treiben, während die kapitalistische Regierung gegen die Arbeiter rücksichtslos

1 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1920, S. 1880.
2 Vgl. Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 101. – IML, ZPA, EA 1400/1.
3 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1922, o. O. u. J., S. 159.

vorgehe. »Hier herrscht nicht die Demokratie, sondern die Diktatur des Kapitalismus!« Leidenschaftlich, in der klaren, einfachen und kraftvollen Sprache eines im Klassenkampf gereiften Arbeiters, gestützt auf Tatsachen, trat er den Verleumdungen der bürgerlichen und der rechtssozialdemokratischen Politiker entgegen, enthüllte ihre Winkelzüge, entkleidete ihre Phrasen von »Demokratie« und »Ruhe und Ordnung« des schönen Scheins. Und mit der Siegesgewißheit eines überzeugten Kommunisten, die auf der marxistischen Erkenntnis von der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung beruht, brachte er offen zum Ausdruck, »daß wir kämpfen werden als Kommunisten so lange, bis der heutige kapitalistische Staat am Boden liegt, bis der Sturz der Bourgeoisie vor sich geht. Wir werden kämpfen für die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Lohnarbeit, für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung.«[4]

In der Sitzung der Bürgerschaft vom 5. Oktober 1921 entlarvte Ernst Thälmann die bürgerliche Klassenjustiz der Weimarer Republik und verlangte die Entfernung aller reaktionären Beamten aus der Justiz, die Wahl der Richter durch das Volk, die Beseitigung aller außerordentlichen Gerichte und aller Ausnahmeverordnungen. Er wandte sich am 27. September 1921 gegen die beabsichtigte Erhöhung der Verkehrstarife und forderte am 26. Oktober 1921, die Erwerbslosen und alle vom Wohlfahrtsamt unterstützten Personen mit verbilligten Kartoffeln und Kohlen zu versorgen.[5] In seiner Rede zum Staatshaushalt für 1922 enthüllte er an Hand exakten Zahlenmaterials die tiefe finanzielle Krise, in die die Politik der Monopolherren Deutschland gestürzt hatte, stellte die hohen Ausgaben für den Polizeietat den ständig sinkenden Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke gegenüber und bewies, daß Arbeiter, Angestellte, Beamte und Rentner alle Lasten zu tragen hatten. In der Bürgerschaft wie auf einer Versammlung im großen Saal bei Sagebiel verlangte Ernst Thälmann im Januar 1922 eine Amnestie der politischen Gefangenen.[6]

Die Tätigkeit in der Bürgerschaft beanspruchte ihn stark. Er leistete sie neben seiner umfangreichen Arbeit als Mitglied des Zentralausschusses und der Bezirksleitung Wasserkante sowie als Vorsitzender der Orts-

4 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1921, S. 585, 587.
5 Vgl. ebenda, S. 1502–1504, 1020/1021, 1587/1588, 1591/1592.
6 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 22–26, 109–115. – StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

gruppe Hamburg der KPD. Einer seiner Hamburger Mitkämpfer, V. Oeverdick, berichtet, daß er oft, wenn er am frühen Morgen nach Hause kam, bei Ernst Thälmann noch Licht sah. Ernst Thälmann saß und studierte. »Auf meine Frage: ›Wann slöppst du denn egentlich?‹, antwortete er: ›Ja, wat soll ik moken?‹ ›Denn droffst du eben nicht mehr arbeiten.‹ Er wehrte sich dagegen, Parteiangestellter zu werden. ›Wenn ik arbeit, hew ik den besten Kontakt.‹«[7]

Ernst Thälmanns Tochter Irma berichtet, daß ihr Vater abends oft noch am Tisch saß und las oder schrieb, wenn sie schlafen ging, und daß er mitunter die ganze Nacht hindurch arbeitete. »Als ich ganz klein war, wurde ich schon von der Mutter dazu erzogen, daß ich nichts fragen durfte, daß ich stundenlang allein spielen und dabei schweigen mußte, wenn Vater am Tisch saß und studierte.«[8] Und Genossin Luise Zenk, die 1920 und 1921 im Parteibüro der Hamburger Ortsgruppe der USPD und dann der KPD arbeitete, schreibt: »Er war damals der 1. Vorsitzende der Parteiorganisation, mußte aber seinen Lebensunterhalt als Transportarbeiter verdienen. Seine körperlichen und geistigen Kräfte schienen fast unerschöpflich, und er gönnte sich kaum Erholung... Damals fanden größere Konferenzen oder Tagungen der Partei- und Gewerkschaftsorganisation in der Regel über Sonnabend und Sonntag statt, damit die Teilnehmer keine Lohneinbuße erlitten. Außerdem waren wir an den Wochenenden mit der Kleinarbeit für Partei und Gewerkschaften beschäftigt.«[9] Friedrich Dettmann erinnert sich, wie Ernst Thälmann jede Möglichkeit nutzte, um sich die marxistische Theorie anzueignen. Selbst auf der Abwrackwerft studierte er. Ein dort ebenfalls als Transportarbeiter tätiger Genosse las ihm aus marxistischer Literatur vor, während Ernst Thälmann einen Teil von dessen Arbeit übernahm. Über das Gelesene diskutierten sie dann.[10] Dieser rastlose Einsatz für die Partei, für die Sache der Arbeiterklasse, wie der Drang, sich Wissen anzueignen, um sich für die Klassenauseinandersetzungen noch besser zu rüsten, war für Ernst Thälmann ein Lebensbedürfnis geworden.

7 »Wann schläfst du denn eigentlich?«... »Ja, was soll ich machen?« »Dann darfst du eben nicht mehr arbeiten«... »Wenn ich arbeite, habe ich den besten Kontakt.« – IML, ZPA, NL 3/69.

8 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 20 – Vgl. auch ebenda, S. 18/19.

9 IML, ZPA, EA 1050.

10 Vgl. Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 48.

Am 22. und 23. Januar 1922 nahm Thälmann an der Sitzung des Zentralausschusses teil, auf der beschlossen wurde, daß die KPD auch in eine Arbeiterregierung gemeinsam mit Sozialdemokraten eintreten könne, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben seien. Diese Weiterentwicklung der Einheitsfrontpolitik war von heftigen Auseinandersetzungen in der Partei begleitet. Nach wie vor gab es sektiererische Vorbehalte gegen diese Politik. Zugleich hatte sich aber auch der ehemalige Ultralinke Reuter (Friesland) mit Anhängern Levis verbündet, die noch in der KPD verblieben waren, und eine rechte Oppositionsgruppe in der Partei geschaffen. Er und seine Anhänger waren daraufhin von der Zentrale aus der Parteiführung entfernt worden. Am 12. Januar hatte eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg zur Fraktionstätigkeit Reuters Stellung genommen. Einleitend referierte Wilhelm Pieck als Vertreter der Zentrale über die politische Lage und die Lage in der Partei. Ernst Thälmann begründete eine Resolution, in der Reuters Auftreten als nicht kommunistisch verurteilt und die Entscheidung der Zentrale begrüßt wurde. Zugleich warf Thälmann der Zentrale vor, zu zaghaft vorgegangen zu sein. Die Resolution wurde fast einstimmig angenommen.[11] Auf der Zentralausschußsitzung verurteilte Thälmann in einem Diskussionsbeitrag die Fraktionstätigkeit Reuters und seiner Anhänger und verlangte ihren Ausschluß aus der Partei. Der Zentralausschuß faßte einen entsprechenden Beschluß.[12]

Ernst Thälmanns Haltung war von der Einsicht geprägt, daß die Kampfkraft der Partei entscheidend von ihrer inneren Geschlossenheit, von ihrer Prinzipienfestigkeit und Disziplin abhängt. Diese Einsicht erwuchs vor allem aus seinen langjährigen Klassenkampferfahrungen; sie wurde täglich in der Parteiarbeit, im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse erhärtet.

An der Spitze der Hamburger Parteiorganisation führte Ernst Thälmann den Kampf gegen die wachsende Verelendung der Arbeiterklasse, rang er um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Am 17. Januar 1922 sprach er auf einer Versammlung aller kommunistischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre Hamburgs zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Kommunisten erklärten, daß sie bei diesen Wahlen auch für die zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB)

11 Vgl. HVZ, 13. Januar 1922. – StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

12 Vgl. IML, ZPA, 2/9/2.

eintreten würden.[13] Diese zehn Forderungen an die Reichsregierung und den Reichstag hatten die Vorstände des ADGB und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bundes) angesichts der Erfolge der Einheitsfrontpolitik der KPD und unter dem Druck der Massen am 15. November 1921 erhoben. Unter anderem wurde eine Beteiligung des Reiches an den Sachwerten, das heißt vor allem an kapitalistischen Unternehmen, die Sozialisierung des Kohlebergbaus und eine stärkere Besteuerung der Kapitalisten verlangt.[14] So wie in Hamburg setzte sich die KPD überall für diese Forderungen ein, während die rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführer keinerlei praktische Maßnahmen trafen, um ihre Vorschläge zu verwirklichen. Weiter wandten sich die Hamburger Kommunisten in ihrer Resolution zu den Betriebsrätewahlen gegen die Steigerung der Lebenshaltungskosten und gegen jede Durchbrechung des Achtstundentages und verlangten eine allgemeine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterstützungen. Sie sprachen sich für die Herstellung einer kampfbereiten Einheitsfront des gesamten Proletariats zur Durchsetzung seiner Interessen aus.

In der Sitzung der Aktionsausschüsse, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der Hamburger KPD am 30. Januar referierte Thälmann über das Verhältnis zu den gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern. Seine Stellungnahme schlug sich in der Entschließung dieser Beratung nieder. Es wurde festgestellt, daß die Gewerkschaftsbürokratie durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der Bourgeoisie im Kampf für die Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen vollkommen versagt und dadurch den Mitgliederschwund in den Gewerkschaften hervorgerufen habe. Die KPD betrachte es als ihre Pflicht, die Gewerkschaften durch eine revolutionäre Taktik zu aktivieren und so den Austritten aus den Gewerkschaften zu begegnen. Mit intensiver Propaganda sollte versucht werden, alle Arbeiter für die freien Gewerkschaften zu gewinnen.[15]

Als Anfang Februar 1922 die Eisenbahner Deutschlands in den Streik traten, stellte sich die KPD an ihre Seite. Die »Hamburger Volkszeitung« rief zur Unterstützung der Streikenden auf und verlangte die sofortige Zurücknahme der Antistreikverordnung des Reichspräsidenten Ebert und die strikte Beibehaltung des Achtstundentages. Sie forderte, jede Maßregelung von Streikenden zu unterlassen sowie den Lohn- und Gehaltsforderungen nachzukommen. Die Mitglieder der Partei wurden verpflichtet, den Streik zu unterstützen.[16] Der Hamburger Ortsgruppe gelang es, durch systematische Arbeit unter den Beamten und Angestellten einen Dreizehner-Ausschuß aus Beamten zu bilden, der einen Solidaritätsstreik einleiten sollte. In einem Bericht der Bezirksleitung Wasserkante an die Zentrale der KPD, in dem die hervorragende Arbeit der Ortsgruppen, besonders der von Ernst Thälmann geleiteten, gewürdigt wurde, hieß es, daß der Eisenbahnerstreik »der KPD wegen ihrer Haltung gegenüber den kämpfenden Eisenbahnern große Sympathien unter den Arbeitern, Beamten und Angestellten« brachte und »eine starke Annäherung unter diesen Schichten des Proletariats« herbeiführte.[17]

Eine Woche nach dem Abbruch des Streiks, am 13. Februar, führte die KPD drei große Versammlungen zum Eisenbahnerstreik durch. In der Versammlung in Bans' Gesellschaftshaus sprach Ernst Thälmann vor etwa 1000 Zuhörern. Er hob hervor, daß erstmals eine Beamtengruppe in einen großen Streik getreten sei. Die Beamten würden aus diesem Streik die Lehre ziehen, führte er aus, daß sie, wenn sie wirklich etwas erreichen wollten, auf die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft angewiesen seien und daß die von der KPD angestrebte Einheitsfront des Proletariats auch sie einschließen müsse.[18]

Wie sich Ernst Thälmann erfolgreich mit opportunistischen Funktionären auseinandersetzte, zeigt sein Auftreten auf Mitgliederversammlungen der Bäcker und Konditoren Hamburgs am 12. März und 6. April. Das Referat hielt der Sozialdemokrat Ehrenteit, der Vorsitzende des Ortsausschusses Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Korreferent war Ernst Thälmann. Er wies nach, daß die rechten Führer des ADGB bisher nichts unternommen hatten, um die zehn Forderungen des ADGB durchzusetzen, während die Kommunisten für deren Verwirklichung eintraten. Im Sinne der Ausführungen Thälmanns stimmte die Mitgliederversammlung trotz Ehrenteits Widerstand einstimmig einer Resolution zu, die den Hauptvorstand des Verbandes der Bäcker und Konditoren aufforderte, den ADGB zu veranlassen, sofort den Kampf um die Verwirklichung der zehn Punkte einzuleiten.[19]

13 Vgl. HVZ, 19. Januar 1922.
14 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 1. Halbbd., S. 613/614.
15 Vgl. HVZ, 2. Februar 1922.
16 Vgl. ebenda, 3., 6. Februar 1922.
17 IML, ZPA, 31/1/206.
18 Vgl. HVZ, 14. Februar 1922.
19 Vgl. ebenda, 13. April 1922.

Die Einheitsfrontpolitik Ernst Thälmanns und der Hamburger Ortsorganisation entsprach der Linie der KPD und der Kommunistischen Internationale. Unter dem Eindruck der internationalen Kapitaloffensive, vor allem aber durch das hartnäckige Ringen der kommunistischen Parteien war im Weltproletariat der Drang zum einheitlichen Kampf bedeutend gewachsen. Im Dezember 1921 hatte das EKKI auf Initiative des Politbüros des ZK der KPR(B) »Leitsätze über die Einheitsfront der Arbeiter«[20] beschlossen. In ihnen wurde in Weiterführung der Entscheidungen des III. Weltkongresses die Taktik der Einheitsfront ausführlich begründet und die Bereitschaft der Kommunistischen Internationale bekräftigt, mit den anderen internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung Vereinbarungen für den gemeinsamen Kampf des Proletariats zu treffen. Anfang April 1922 kam es in Berlin zu einer Konferenz von Vertretern der Exekutiven der Kommunistischen Internationale, der II. Internationale und der zentristischen Internationale II 1/2. Trotz aller Manöver der Rechtsopportunisten wurde – allerdings bei zu großen Zugeständnissen der III. Internationale – eine Vereinbarung erreicht. Unter anderem sah diese vor, bald einen Weltkongreß der Arbeiterorganisationen durchzuführen, zu dessen Vorbereitung ein Organisationskomitee gebildet wurde. Am 20. April beziehungsweise am 1. Mai sollten gemeinsame Aktionen für den Achtstundentag, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Offensive des Kapitals, für das Bekenntnis zur russischen Revolution, für Solidarität mit dem hungernden Rußland, für die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen aller Staaten zu Sowjetrußland und für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront durchgeführt werden.[21]

Die II. Internationale sabotierte das Abkommen jedoch. In Deutschland lehnte es die Leitung der SPD ab, zu gemeinsamen Kundgebungen aufzurufen; sie überließ die Entscheidung den lokalen Parteiorganisationen.[22] Auch in Hamburg verweigerten SPD und USPD das Zusammengehen mit der KPD. Trotzdem demonstrierten etwa 15 000 Arbeiter am 20. April zum

20 Vgl. Thesen und Resolutionen des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 18–27.

21 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 170–185. – Die Internationale II 1/2, die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, war im Februar 1921 von zentristischen Parteien gegründet worden. Ihr gehörte auch die (rechte) USPD an. Im Mai 1923 vereinigte sich die Internationale II 1/2 mit der II. Internationale.

22 Vgl. Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, S. 416, 424/425.

Heiligengeistfeld. Zu ihnen sprachen gleichzeitig – an verschiedenen Stellen – die Mitglieder der Ortsgruppenleitung der KPD Ernst Thälmann, Hans von Borstel und Rudolf Hommes. Die meisten Zuhörer hatten sich um Ernst Thälmann versammelt.[23] Die Redner brandmarkten die Haltung der Hamburger SPD-Führer, die in dem Moment, da die Einheitsfront des Proletariats das dringende Gebot der Stunde war, eine schamlose und verleumderische antikommunistische Hetze entfesselten. »Aber trotz ihrer wird die Einheitsfront kommen, und sie muß auch kommen, wenn das Proletariat nicht in dauernde Versklavung verfallen will«, erklärte Ernst Thälmann. Nachdem die Redner ein anschauliches Bild von der Weltoffensive des Kapitals gegeben hatten, verlangten sie – in Übereinstimmung mit den Forderungen der Kommunistischen Internationale – einen proletarischen Weltkongreß, »um über die Kampftaktik zu beraten und zu beschließen, die im internationalen Maßstabe gegenüber der internationalen Offensive des Kapitals angewandt werden müsse«.[24]

Das Ringen der Hamburger Kommunisten und ihres Vorsitzenden Ernst Thälmann um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter begann seine Früchte zu tragen. Das zeigten die Ergebnisse der Betriebsrätewahl 1922. Die KPD konnte die Zahl ihrer Betriebsräte bedeutend erhöhen, während SPD und USPD Stimmen verloren. Wenngleich insgesamt die SPD noch immer die meisten Betriebsräte stellte, so wurden doch in den großen Werften und in wichtigen Betrieben der Metallindustrie 92 Kommunisten, 53 SPD- und USPD-Mitglieder und 3 Parteilose als Betriebsräte gewählt.[25] Ein Jahr zuvor hatte auch dort noch die Mehrheit der Betriebsräte der SPD angehört.

Mitte 1922 wurden die rechtsextremistischen Terrororganisationen aktiver. In der Nacht zum 1. Juni – am Abend hatte die Deutschnationale Volkspartei eine Skagerrakfeier durchgeführt, auf der nationalistische und antikommunistische Hetzreden gehalten worden waren – versuchten Rechtsextremisten, das Haus der »Hamburger Volkszeitung« in Brand zu setzen. Am 1. Juni verübten konterrevolutionäre Kräfte einen Sprengstoffanschlag auf das Revolutionsdenkmal auf dem Ohlsdorfer

23 Vgl. IML, ZPA, 31/1/206. – StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

24 StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – HVZ, 21. April 1922.

25 Zu diesen Betrieben gehörten: Vulkanwerft, Blohm & Voß, Deutsche Werft Finkenwärder, Deutsche Werft Tollerort, Reiherstiegs-Schiffswerft, Ottensener Eisenwerke. (Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.)

Friedhof, in der Nacht zum 3. Juni und in der Nacht zum 13. Juni Anschläge auf die kommunistische Buchhandlung Hoym.[26] Vor der Tür von Thälmanns Wohnung legte man in diesen Tagen Feuer. Am Sonnabend, dem 17. Juni, riß um 23.15 Uhr eine laute Detonation die Bewohner der Siemssenstraße und der benachbarten Straßen aus dem Schlaf. Eine mit einem Zeitzünder versehene, vor einem Fenster von Thälmanns Wohnung befestigte Handgranate war explodiert – die Zündung einer zweiten versagte. Im Wohnzimmer der Familie Thälmann und im Vorgarten entstand Sachschaden. Zum Glück war Ernst Thälmann noch nicht zu Hause, und Frau und Tochter hatten sich im Schlafzimmer aufgehalten. In der Nacht zum 19. Juni grölte eine Gruppe von Nationalisten vor Thälmanns Wohnung das Deutschlandlied.[27]

Aus ganz Deutschland wurden ähnliche Anschläge bekannt. Es war höchste Zeit, den konterrevolutionären Kräften in den Arm zu fallen. Das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse wurde noch dringlicher.

Von dieser Erkenntnis ließen sich auch Ernst Thälmann und die Leitung der KPD-Organisation Hamburgs leiten. Schon am 1. Juni appellierte die »Hamburger Volkszeitung« an die Arbeiter, geschlossen und kampfbereit der Reaktion entgegenzutreten. Nach dem Anschlag auf die »Hamburger Volkszeitung« teilte Ernst Thälmann auf der Sitzung des KPD-Ortsvorstandes am 2. Juni mit, daß die Führungen der SPD, der USPD und des ADGB aufgefordert wurden, die Pressefreiheit der Arbeiter zu sichern. Die KPD drückte in einem Schreiben an die Leitungen dieser Organisationen ihre Bereitschaft aus, über alle grundsätzlichen und taktischen Differenzen hinweg Seite an Seite mit allen Organisationen zu kämpfen, die gewillt seien, dem reaktionären Treiben entgegenzutreten. Es wurde vorgeschlagen, über eine gemeinsame Demonstration zu beraten. In der Sitzung des Ortsvorstandes am 7. Juni traten Ernst Thälmann und Rudolf Lindau jenen entgegen, die sich dagegen aussprachen, sich hierzu an die SPD und den ADGB zu wenden.[28]

Getreu ihrer antikommunistischen Position, lehnten die Ortsvorstände von SPD und ADGB auch diesmal gemeinsame Aktionen mit der KPD ab. Trotzdem wandte sich die Leitung des Ortsvorstandes der KPD im

26 Vgl. HVZ, 1.–3., 13. Juni 1922.

27 Vgl. ebenda, 26. Juni 1922. – Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 668. – HVZ, 19. Juni 1922. – Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 10.

28 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – HVZ, 3. Juni 1922.

Bestreben, durch das geschlossene Auftreten des Proletariats die demokratischen Rechte gegen die Anschläge der Reaktion zu verteidigen, am 12. Juni nochmals an den Ortsausschuß des ADGB und erklärte, daß sie alles daransetzen wolle, eine geschlossene Abwehrfront der Arbeiter gegen die Offensive der Reaktion herbeizuführen.[29]

Am 14. Juni richtete Ernst Thälmann in der Sitzung der Bürgerschaft an die Polizeibehörde die Anfrage, was sie angesichts der planmäßigen antirepublikanischen Kampagne zu tun gedenke, um nationalistische Gedenkfeiern und Kundgebungen zu verhindern. Er teilte mit, daß mehrere Mitglieder der kommunistischen Bürgerschaftsfraktion Briefe mit Morddrohungen erhalten hätten.[30] In sechs Protestversammlungen am 19. Juni wurde die Frage gestellt: »Wo bleibt der geschlossene Abwehrkampf der Hamburger Arbeiterschaft?« Außer Ernst Thälmann sprachen unter anderen Rudolf Hommes und Rudolf Lindau. Die Redner kennzeichneten die konterrevolutionären Attentate als Vorstöße der Unternehmer, mit denen das Ziel verfolgt würde, die Monarchie wieder einzuführen, um das deutsche Proletariat noch schrankenloser ausbeuten zu können. Sie verlangten, in den Betrieben einen proletarischen Selbstschutz aufzubauen, der alle Arbeiter – ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit – umfassen müsse.[31]

Die Hamburger Kommunisten handelten in Übereinstimmung mit dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 16. Juni, in dem an SPD, USPD und ADGB appelliert worden war, angesichts der Offensive des Unternehmertums und der monarchistischen Reaktion an der Herstellung einer geschlossenen Abwehrfront der Arbeiter mitzuwirken.[32]

Am 24. Juni 1922 wurde der Reichsaußenminister Walther Rathenau von Angehörigen einer militanten nationalistischen Organisation ermordet. Rathenau hatte zu jenen Kreisen des Monopolkapitals gehört, die das internationale Kräfteverhältnis realistischer einschätzten. Er war im April 1922 in Rapallo auf das Angebot der Sowjetregierung eingegangen, einen Vertrag im beiderseitigen Interesse abzuschließen. Der Rapallovertrag bot die Möglichkeit einer Außenpolitik des Friedens und der Zu-

29 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – HVZ, 13. Juni 1922.

30 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 668.

31 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – Hamburger Echo, 20. Juni 1922, Abendausgabe.

32 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 2. Halbbd., Berlin 1966, S. 86–89.

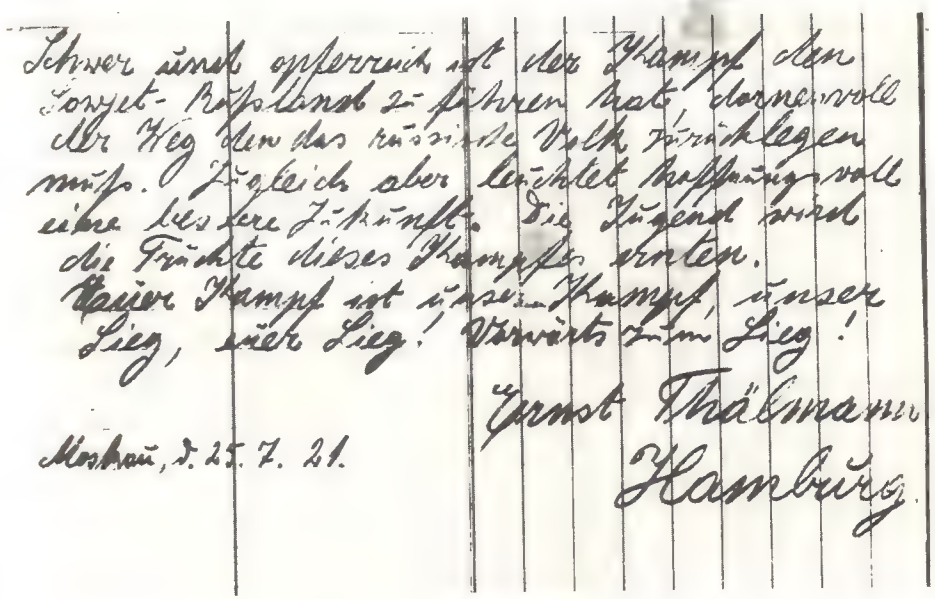
sammenarbeit mit Sowjetrußland. Gegen ihn traten andere Vertreter des Monopolkapitals und der Großagrarier, deren politische Repräsentanten und rechte Führer der SPD auf.

Wie die Zentrale der KPD schlug auch die Ortsorganisation der Hamburger KPD nach dem Attentat auf Rathenau SPD, USPD und ADGB vor, gemeinsame Aktionen gegen die Konterrevolution durchzuführen. Trotz der ernsten Situation und obgleich auch der in Leipzig tagende Gewerkschaftskongreß des ADGB wirksame Maßnahmen der Gewerkschaften gemeinsam mit den drei Arbeiterparteien gegen die Reaktion gefordert hatte, lehnten SPD und ADGB wiederum eine gemeinsame Demonstration mit den Kommunisten ab. Daraufhin rief die KPD die Hamburger Arbeiter auf, sich an der Demonstration am 26. Juni nach dem Heiligengeistfeld zu beteiligen, die von der SPD, der USPD und den freien Gewerkschaften veranstaltet wurde. Nach Schätzungen der Polizei nahmen etwa 100 000 Menschen daran teil. Obwohl sogar der Chef der Hamburger Ordnungspolizei Bedenken dagegen geltend gemacht hatte, ordnete der sozialdemokratische Polizeisenator Hense, der bei nationalistischen Kundgebungen die Polizei nicht einzusetzen pflegte, an, in der Innenstadt bewaffnete Formationen der Sicherheitswehr zu postieren.

Als sich die Demonstranten nach der Kundgebung zerstreuten, stießen sie am Mühlenberg auf eine dieser Polizeieinheiten. Einige Kundgebungsteilnehmer verlangten, daß die Polizeigruppe abrücken solle. Der kommandierende Hauptmann ließ einen Warnschuß abgeben, durch den andere Demonstranten aufmerksam wurden, die nun auch zum Mühlenberg eilten, unter ihnen Ernst Thälmann, um gegebenenfalls ihren Klassenbrüdern zu helfen. Thälmann berichtete, daß einige Ordner eine Kette bildeten, um die herbeiströmenden Massen zurückzuhalten. Mit dem Polizeioffizier wurde vereinbart, daß sich die Versammelten zurückziehen. Doch nach wenigen Minuten forderte der Offizier die Massen auf, den Platz sofort zu verlassen. Aber bei den engen Straßen war die Menschenmenge dazu gar nicht imstande. In dem großen Gedränge, das entstand, gab die Polizei erneut Schreckschüsse ab, was die Unruhe und Erbitterung steigerte. Schließlich ließ der kommandierende Offizier in die Menge schießen. Ein Arbeiter wurde getötet, vier wurden verletzt.[33]

33 Vgl. HVZ, 26. Juni 1922. – StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – Lothar Danner: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918–1933, Hamburg 1950, S. 53. – Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 731.

Ernst Thälmann
mit Mitgliedern der USPD von Hamburg-Eppendorf,
1919/1920


Schwer und opferreich ist der Kampf den Sowjet-Rußland zu führen hat, dornenvoll der Weg den das russische Volk zurücklegen muß. Zugleich aber leuchtet hoffnungsvoll über ihm der Zukunft. Die Jugend wird die Früchte dieses Kampfes ernten. Unser Kampf ist unser Kampf, unser Sieg, unser Sieg! Vorwärts zum Sieg!

Ernst Thälmann
Hamburg

Moskau, d. 25. 7. 21.

Autograph Ernst Thälmanns

Thälmann
Ernst Johann
geboren am 16.4.1886
in Hamburg

Paßregister
der Abteilung I der Polizeibehörde Hamburg.

Jahrg.	Nr.	Jahrg.	Nr.
1921	11525		
1921	14936		

Vordr. 888 / I. F. 88.

Foto und erste Seite
aus Ernst Thälmanns erstem Auslandspaß
von 1921

4. Jahrg. / Nr. 245 / Preis 10 Pfennig — Berlin, Freitag, 23. Oktober 1925

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion u. Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Postscheckkonto: Berlin 20 Ill. Tel.: Dönhoff 292, 293, 294 und Amt I, 2663. — Redaktionsschluß: Morgenausg. 2 Uhr nachts, Abendausg. 9 Uhr nachm. — Erscheint täglich — Tel.-Adresse: Rotfahne Berlin. Bank-Konto: Commerz- und Privatbank Berlin, Depositenkasse Bülow-Platz. Postscheckkonto Berlin NW 7390

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Die Lehren des Hamburger Aufstandes.

Von Ernst Thälmann.

Heute vor zwei Jahren, am 23. Oktober 1923, flog Hamburg auf die Barrikaden. Getrieben vom Elend der Inflationszeit, gedrängt von der unerhörten Not der werktätigen Massen, getragen vom Geiste der Bolschewisierung griff der beste, revolutionärste Teil der Hamburger Arbeiterschaft zum Gewehr und wahrte den Kampf gegen die kapitalistischen Unterdrücker auf.

Zwei Jahre sind seit dem 23. Oktober 1923 vergangen. Vieles hat sich inzwischen in Deutschland und in der ganzen Welt geändert. Wir, die Kommunisten sind zwar geschlagen worden und mit uns die ganze deutsche Arbeiterklasse. Die Stabilisierung des bürgerlichen Deutschlands ist gelungen, begleitet vom Umbau der Klassenherrschaft. Die Bourgeoisie schöpft neue Hoffnung. Das Proletariat durchlebte ein Jahr der Ernüchterung und des Rückzugs. Wenn wir heute der zweijährigen Wiederkehr des Hamburger Straßenkampfes gedenken, so geschieht das nicht aus dem bloßen Anlaß, daß der Kalendertag des 23. Oktobers wiederkehrt. Jubiläen sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitsätzen für die Aktion. Gerade die politische Situation, in der wir heute stehen, fordert mit gebieterischem Zwang von uns, daß wir die geschichtliche Bedeutung und die Lehren des Hamburger Aufstandes voll erkennen und klar erfassen.

Was waren die Ursachen des Hamburger Kampfes? War es nur die Aktion der Kommunisten, warten es die Brüchigkeit illegaler Gedankengänge, wie die bürgerlichen Gerichte behaupten? Nein! Die Ursachen liegen tiefer. Der Aufstand entsprang weder dem bloßen Anlaß, noch dem freien Willen von ein paar Verschwörern. Der Hamburger Aufstand entsprang der revolutionären Situation vom Herbst 1923.

Der Herbst 1923 brachte die letzte, ganz Deutschland umfassende, alle Schichten und Klassen der Bevölkerung ergreifende Krise der Bourgeoisie. Der Ententeimperialismus hatte seine Zerstörungsarbeit vollendet. Der letzte Monate lange Ruhrkrieg war für die deutsche Bourgeoisie verloren. Die Mißwirtschaft, die beim Regierungsantritt des Reichskanzlers Cuno 201 000 Mark, trug auf 4,6 und 6 Billionen. Die Arbeiter konnten für ihre Löhne nichts mehr kaufen. Sogar die niedersten Diener des Staates, die Beamten begannen zu rebellieren. Die Mittelschichten waren ruiniert. Das Gespenst des Hungers schritt durch Deutschland. Mächtig standen die Regierungen der Bourgeoisie dem Zerfall gegenüber. Stresemann, der vorwalige Reichsmennenminister, erklärte nach dem Cuno-Streik, daß seine Regierung die letzte bürgerliche Regierung in Deutschland werde.

Bereits im Frühjahr 1923 begannen riesenhafte Streikbewegungen im Ruhrgebiet und in Oberschlesien. Neue Wellen des Klassenkampfes rollten in ganz Deutschland heran. Die Arbeiter kämpften noch nicht um die Macht, sondern nur um die dringendsten Tagesforderungen, um die Besetzung der brennenden Not. Der Kampf wollte sich noch vorwiegend in „friedlichen" Formen. Während die rechten Sozialdemokraten, die Zollmann und Severing, bereits im Bunde mit den Reichswehrgenerälen und den Polizeipräsidenten zur blutigen Niederschlagung des Proletariats rüsteten, setzten die „linken" Sozialdemokraten alles daran, die Arbeiter schutzlos zu machen, sie am Abwehrkampf zu verhindern, sie mit Phrasen abzuspeisen, sie auf die „friedlichen", parlamentarischen Kampfformen der Vorkriegszeit zurückzudrängen. Aber die Logik von fünf Revolutionsjahren war stärker als die Scharfmacher der rechten und die Angst der linken sozialdemokratischen Führer.

Vom Moment des Sturzes der Cuno-Regierung an sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland. Schon vorher war es an der Ruhr, in Hannover, in Oberschlesien, in Bayern und anderen Teilen Deutschlands geschossen worden. Jetzt wurde es mit jedem Augenblick klarer, daß eine friedliche Entscheidung nicht mehr möglich war. Der erbarmungslose gewaltsame Kampf zwischen Klasse und Klasse wurde unvermeidlich. Aus den Streikkämpfen wurden Zusammenstöße, aus den Kundgebungen wurden blutige Straßenkämpfe zwischen Arbeitern und Polizei in Dutzenden deutscher Städte. Es kam der Augenblick, wo dem Lenin in seinen „Lehren des Moskauer Aufstandes" im Jahre 1906 sprach: „Es zeigte sich, daß der Generalstreik sich als selbständige Hauptform des Kampfes überlebt hat, daß die Bewegung mit unausbleiblicher Elementargewalt aus diesem engen Rahmen hinausgeht und eine höhere Form des Kampfes, den Aufstand erzeugt."

Diesen Augenblick näherten wir uns im Oktober 1923 mit unheimlicher Schnelligkeit. Eine grundsätzlich revolutionäre Situation war vorhanden. Die Bedingungen für den Sieg der Arbeiterklasse waren da, außer einer Bedingung: dem Besitzen einer starken, eisern zusammengeschlossenen, unauflöslich mit den breitesten Massen verbundenen kommunistischen Partei, die entschlossen und fähig war, den spontanen Kampf der Arbeitermassen zu kommunistischen, ihn zu organisieren, ihn zu leiten.

Die Führung unserer Partei verfügte in der entscheidenden Stunde.

Der Eintritt führender Kommunisten gemeinsam mit den linken Sozialdemokraten in die sächsische Regierung war nur dann richtig, wenn dieser Schritt einem einzigen Ziel diente: der Organisierung der Revolution, der Bewegung der Massen, der Aufrollung des Kampfes in ganz Deutschland.

Gerade dieses Ziel verlor die damalige Leitung unserer Partei aus den Augen. Unsere Führer benutzten ihre Stellung in der sächsischen Regierung nicht zur Entfesselung, sondern zur Vermeidung des Kampfes. Koalitions-Politik war es noch daß sie in die sächsische Regierung eintraten, sondern daß sie sich in dieser Regierung überstürzten und führen ließen, anstatt die Arbeitermassen in den Kampf gegen die Reichsregierung zu führen.

Sie vergaßen, daß die Bewegung „in eine höhere Form des Kampfes" übergehen mußte. Sie beschränkten sie auf „den engen Rahmen", in sie verharrten sogar, den engen Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Teilkämpfe noch „enger" zu spannen. Sie gaben den Auftrag, jede weitergehende Streikbewegung abzubrechen, da „der entscheidende Kampf bevorstehe".

Unsere Partei als ganzes war noch viel zu unreif, um diese Fehler der Führung zu verhindern. So scheiterte im Herbst 1923 die Revolution an Fehlern einer ihrer wichtigsten Voraussetzungen: dem Versagen einer bolschewistischen Partei.

Die Sachsenpolitik endete mit dem kampflosen Rückzug. Die Reichsexekutive, der Einmarsch der weißen Generale, beseitigte die Arbeiterregierungen.

Ist damit die Geschichte des Oktobers 1923 erschöpft? Nein und abermals nein! Man beging noch weiter mehr noch den Fehler, in Resolutionen und Artikeln, ja sogar in Reden vor den bürgerlichen Gerichten nur auf Sachsen hinzuweisen, wenn man vom Oktober 1923 sprach. Aber gedenkt nicht Sachsen, sondern gedenkt Hamburg!

Hamburg bedeutete im größten Maßstabe die Leninsche Lehre, daß die Bewegung mit unausbleibbarer Elementargewalt aus dem engen Rahmen hinausgeht und eine höhere Form des Kampfes, den Aufstand erzeugt. Der Hamburger Aufstand bildete, wie es in den Thesen der Januar-Exekutive von 1924 heißt, „den Gegenpol zu Sachsen."

Diejenigen, die in der Geschichte unserer ganzen Partei die Frankfurt nur Unfähigkeit, Verrat und Opportunismus erblicken, vergessen die gewaltige Lehre des Hamburger Kampfes. Sie vergessen, daß die tiefen Mißerfolge unserer Partei keineswegs in positiver Ohnmacht beschlossen, sondern daß sie zur Entsetzung ihres Lebens für die Erkämpfung der Macht entschlossen waren und die Hamburger Arbeiter kamen mit großem Recht als alle anderen Lagen: Es waren nicht nur die Hamburger, sondern auch die Berliner, die sächsischen und allen anderen kommunistischen Arbeiter in Deutschland, die zum Kampfe bereit waren.

Die Wasserkante hatte die ganze Entwicklung prinzipiell wie das ganze übrige Deutschland. Eine Welle von Streiks und Lohnkämpfen jagte durch das ganze Küstengebiet. Am 20. Oktober fanden in Hamburg machtige Arbeiterbetriebsversammlungen statt. In verschiedener Stadtteilen kam es zur Plünderung von Lebensmittelläden und zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Bannmeile wurde seit Jahren zum erstenmal um sie durchbrochen. Am Dienstag, den 23. Oktober, um der Frühe, Punkt 5 Uhr, wurden bald in allen Hamburger Arbeiterbezirken die Polizeiwachen von proletarischen Kampftrupps überfallen, die Polizeibeamten sämtlich entwaffnet. Alle Vorräte an Waffen und Munition aus den sechsundzwanzig übermumpelten Polizeiwachen nahmen die revolutionären Kampftrupps mit sich. Als das Polizeipräsidium seine Ueberfallkommando und die von außerhalb bereits herangezogenen Verstärkungen entsandte, waren die Kampfbezirke in bewaffnete Festungen verwandelt. Hunderte von Arbeitern und Arbeiterfrauen bauten in den Straßen Barrikaden. Unerbittlich bleibt der Ruhm der roten Barrikade. Die Polizeitruppen marschierten in ganzen Kompagnien und Bataillonen an, aber sie mußten immer wieder unverrichteter Sache umkehren, da ihre Versuche, in jeden Straßenzug einzudringen, scheiterten. Die Barrikaden der Arbeiter hatten Bäume gefällt, das Straßenpflaster aufgerissen, aus Baumstämmen, Steinen und Sand die Straßenzugänge verbarrikadiert. Hinter diesen Schutzwehr kämpften sie wie Tiger.

Die ersten Kampftruppe waren vom Hamburger Stadtteil auf die Polizeiwachen unbewaffnet. Sie holten sich die Gewehre und die Munition erst von der Polizei. 300 Mann standen im Zentrum und Trommelfeuer von 6000 Schüssen der Polizei, der Reichswehr und der Marine. Die Banden drei Tage und drei Nächte. Sie schossen drei Tage und drei Nächte. Die griffen an, sie hielten, sie wichen zurück, aber sie ergaben sich nicht. Die retteten die Ehre der Kommunistischen Partei Deutschlands. Sie waren die Preisfechter der deutschen Arbeiterklasse.

Hamburg wurde geschlagen. Die Barrikadenkämpfe wurden niedergeworfen. Zwar wurden nur wenige getötet, der beste Teil wurde gefangen, verhaftet und zur Strecke gebracht. Noch heute sitzen sie in den Zuchthäusern und Festungen. Sie gaben durch ihre heldenmütige Verteidigung in den Hamburger Hochverratsprozessen ein Musterbeispiel dafür, wie Kommunisten vor den bürgerlichen Klassengerichten auftreten sollen.

Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage erlitten. Die ist niemals darum besiegt worden, sie ist stärker, stolzer, entschlossener weiter geschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergerissen. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue! Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesiegbar. Neue Aufstände des Proletariats, neue Siege der Sowjetrevolution sind dem deutschen Oktober gefolgt. In Polen, in Estland, in Bulgarien standen die Arbeiter auf und wurden geschlagen. Und dennoch werden sie siegen!

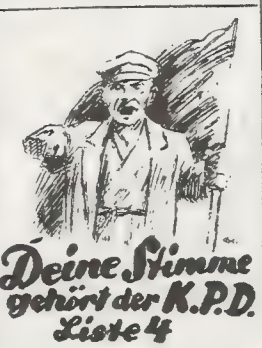
Die Aufstände des Proletariats und Etappen auf dem Siegeswege der Revolution nicht nur durch ihre unmittelbaren politischen Resultate, sondern vor allem durch die großen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern.

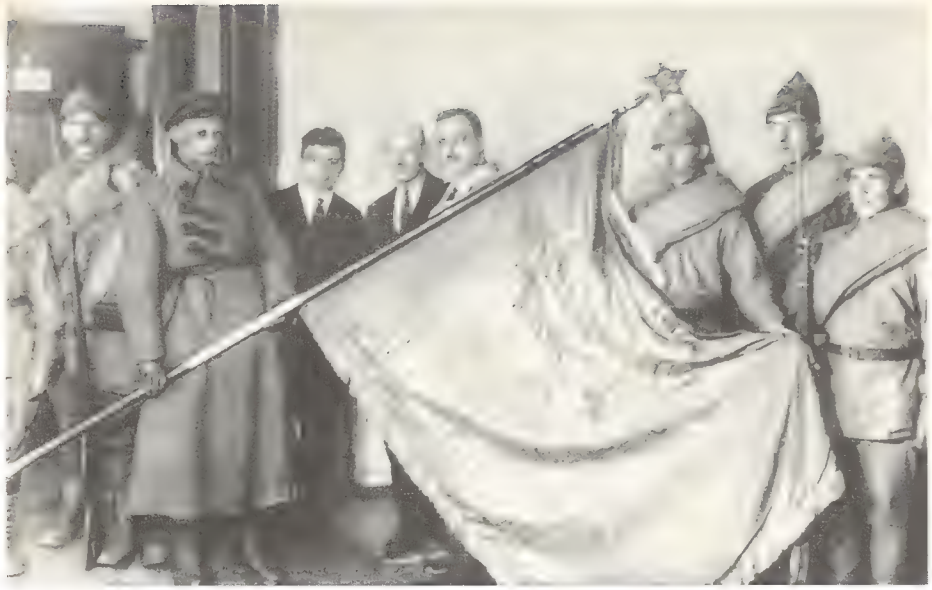
Was sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes?

1. Eine jahrelang geringe Zahl von Proletariern, die mit größten Heldenmut unter dem Banne der Diktatur gekämpft haben, konnte sich mit Erfolg gegen die zwanzigfache Uebermacht des klassenbewußt organisierten und bewaffneten Klassen, der Bourgeoisie mit Sturm halten.

2. Der unvergeßliche Ruhm der Hamburger Oktoberkämpfer besteht darin, daß sie in einer revolutionären Situation zu den Waffen griffen, obwohl sie den Sieg nicht zu 99 Prozent in der Tasche hatten. Der Leninismus lehrt, daß man den Kampf annehmen muß, wenn ernste Chancen für den Sieg vorliegen. Eine Garantie für den Sieg gibt es niemals im voraus. Die Niederlage in einem solchen Kampf ist zwiefach fruchtbarer und wertvoller für die Zukunft, des Nicht-Kämpfens als ein Rückzug ohne Schwertstreich.

3. Der Aufstand führte zur Niederlage,





Angehörige der X. Schützendivision der Roten Armee
übergeben während des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1924
an Ernst Thälmann eine Fahne für die Hamburger Arbeiter

Überführung der Urne von Julian Marchlewski
nach dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde am 5. April 1925
(links neben dem Wagen [von vorn nach hinten] Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann,
Hugo Eberlein, Ernst Meyer; neben Ernst Thälmann Ernst Schneller)

Zwei Tage darauf prangerte Ernst Thälmann von der Tribüne der Bürgerschaft das Vorgehen der Polizei am 26. Juni an. Er forderte, Justiz und Polizei von allen reaktionären Elementen zu säubern, die konterrevolutionären Terrororganisationen und die Reichswehr aufzulösen, eine Arbeiterwehr zu schaffen und die politischen Gefangenen freizulassen. Nachdrücklich hob er hervor, daß der Feind rechts stehe. Er schloß mit den Worten: »Es gibt heute nur eins, nämlich daß die Arbeiterschaft gezwungen sein wird, nicht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft, nicht auf dem Boden der Koalition sich zu verständigen, sondern auf dem Boden des Klassenkampfes zu siegen und die Worte des Dichters sich zu eigen zu machen, die jedem Proletarier gebühren:
Nur dem gebührt die Freiheit und das Leben,
Der täglich sie erkämpfen muß.«[34]

Nachdem sich die zentralen Leitungen verständigt hatten, kam es Anfang Juli endlich auch in Hamburg zu einer Vereinbarung zwischen den Arbeiterparteien und den freien Gewerkschaften, zum Schutz der Republik gegen die Konterrevolution gemeinsam aufzutreten. Am 4. Juli beteiligten sich hunderttausend an den Demonstrationen und Kundgebungen. Neben vielen anderen Rednern sprach auch Ernst Thälmann zu den Versammelten.[35]

Ernst Thälmanns Erkenntnis, daß das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse die beste Garantie für den Kampf gegen die Reaktion ist und daß die Arbeiterklasse die bürgerlich-parlamentarische Demokratie gegen alle Angriffe von rechts verteidigen muß, trat in seiner Rede vor der Bürgerschaft am 7. Juli noch klarer als vordem hervor. Er begründete Anträge der KPD-Fraktion zur Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte des werktätigen Volkes und stellte zusammenfassend fest: »Man sieht bereits, daß sich in der Arbeiterschaft eine sich formierende Einheitsfront zeigt, und selbst wenn uns auch die heutige demokratische Staatsform nicht genügt, weil wir unter einer demokratischen Staatsform ... etwas ganz anderes verstehen, als es heute der Fall ist, so sind wir doch verpflichtet und gezwungen, wenn die Reaktion im Kampfe gegen die Arbeiterschaft diese uns nicht genügende Staatsform beseitigen will, mit der gesamten Arbeiterschaft den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen.« Vom Zusammenhang zwischen dem Kampf um

34 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 734.
35 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707. – Hamburger Echo, 5. Juli 1922, Morgenausgabe.

Demokratie und Sozialismus ausgehend, erklärte er, daß mit dem ernsthaften Kampf gegen die Reaktion und ihre Hintermänner »wir über den Rahmen dieser demokratischen Staatsform hinaus Erfolge in wirtschaftlicher und politischer Beziehung erzielen werden«.[36] In seinem Schlußwort zur Debatte über die Anträge der KPD unterstrich er noch einmal, »daß wir die demokratische Staatsform unsererseits im Kampfe unterstützen werden, wenn die Reaktion es wagt, die Republik zu stürzen«. Die Kommunisten hätten des öfteren den Beweis erbracht, »daß wir die demokratische Staatsform im Kampfe gegen die Reaktion stützen wollten«.[37]

Durch ihr konsequentes Handeln gewann die Hamburger KPD Ende Juli/Anfang August etwa 400 neue Mitglieder. Im September 1922 zählte die KPD hier etwa 14 000 Mitglieder. Der Absatz der »Hamburger Volkszeitung«, des Organs des Bezirkes Wasserkante, stieg derart an, daß in den Betrieben keine Freiexemplare mehr angeschlagen werden konnten.[38] Eine wichtige Ursache dieser Erfolge lag auch darin, daß Ernst Thälmann die Kommunisten unablässig darauf orientierte, unter dem ausschlaggebenden Teil des Proletariats, in den Betrieben und in den Gewerkschaften, zu arbeiten. Alma Soltau erinnert sich an eine Funktionärversammlung im Hamburger Stadtteil Hammerbrook im Jahre 1922, in der Thälmann die Notwendigkeit hervorhob, »viel mehr als bisher von der sozialdemokratischen Organisation der Wahlbezirke abzukommen. Die Arbeit der Partei müsse mehr in die Betriebe und in die Gewerkschaften verlegt werden. Es nütze nichts, wenn man im Stadtteil der eifrige Kommunist ist, und im Betrieb ist nichts vom revolutionären Elan zu spüren.«[39]

Im Sommer 1922 wurde Ernst Thälmann auf einer Versammlung der Verwaltungsstelle Hamburg I des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes zum Delegierten für den 11. Verbandstag gewählt[40], der vom 3. bis 8. September in Berlin stattfand. Gemeinsam mit anderen kommunistischen Delegierten trat er hier gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Führung des Verbandes auf und setzte sich für eine revolutionäre Ge-

36 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 835.
37 Ebenda, S. 845.
38 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.
39 IML, ZPA, EA 1397.
40 Vgl. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Hamburg, Jahresbericht 1922, Hamburg 1923, S. 8.

werkschaftspolitik ein. In der Nachmittagssitzung am 5. September begründete er eine von ihm und anderen revolutionären Gewerkschaftern eingebrachte Entschließung, durch die entschieden die Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt wurde. Er erklärte, daß die Arbeitsgemeinschaft, die scheinbar paritätische Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern, auf Initiative der Unternehmer in der Novemberrevolution zur Dämpfung des Klassenkampfes geschaffen, nur eine Fortsetzung der Burgfriedenspolitik der rechten Gewerkschaftsführer aus den Jahren des ersten Weltkrieges unter den neuen Bedingungen darstelle. Selbst so reaktionäre Vertreter der Großindustrie wie Stinnes, Vögler und Sorge hätten sich energisch für die Arbeitsgemeinschaft eingesetzt und erklärt, »daß diese Vernunftehe zwischen Kapitalismus und Arbeit für das Unternehmertum sehr günstig sei«[41]. Ernst Thälmann charakterisierte aber nicht nur das Klassenwesen der Arbeitsgemeinschaftspolitik, sondern entlarvte auch die demagogische Behauptung, die Errungenschaften der Arbeiter seien Ergebnis dieser Politik. So wurde der Achtstundentag, wie Thälmann in Übereinstimmung mit den historischen Tatsachen feststellte, nicht durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik durchgesetzt, sondern durch den Kampf der Arbeiter in der Novemberrevolution erstritten.

In einer Erklärung zu einem Entschließungsentwurf der Verbandsleitung forderte Ernst Thälmann, den gewerkschaftlichen Kampf nicht auf einzelne Lohn- und Tarifkämpfe zu beschränken, sondern darüber hinaus die Kraft der gesamten Organisation für einheitliche Lohnkämpfe im Transportgewerbe und für den weiteren Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Rechte einzusetzen, für Einfluß auf die Produktion und die Preispolitik sowie für die Verwirklichung der zehn Forderungen des ADGB vom November 1921.[42] Ebenso wandte er sich gegen die im Entschließungsentwurf des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage enthaltenen illusionären Vorstellungen, daß von der kapitalistischen Regierung grundlegende Maßnahmen im Interesse des Proletariats zu erwarten seien. »Wer glaubt, daß eine kapitalistische Regierung dazu in der Lage ist, der hat seit 1918 nicht viel gelernt. Eine kapitalistische Regierung wird sich niemals gegen den Kapitalismus aufbäumen können.«[43]

41 Deutscher Transportarbeiter-Verband (Deutscher Verkehrsbund). Protokoll über die Verhandlungen des 11. Verbandstages, S. 115.
42 Vgl. ebenda, S. 173/174.
43 Ebenda, S. 224.

Ernst Thälmann unterstützte den Vorschlag der Verbandsleitung, alle im Verkehrswesen beschäftigten Arbeiter, Beamten und Angestellten – also auch die Angehörigen der Eisenbahnergewerkschaft – in einer einheitlichen Gewerkschaft zusammenzuschließen. Dieser Zusammenschluß sei angesichts der Konzentration des Kapitals besonders dringend und entspräche dem Streben der Arbeiterklasse nach der Einheitsfront.[44]

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin wertete Ernst Thälmann in einer Beratung des Ortsvorstandes Hamburg der KPD mit kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären den Verbandstag aus.[45] Nicht nur sein Auftreten dort, sondern sein gesamtes Wirken zeigte, daß Ernst Thälmann dem gewerkschaftlichen Kampf und der Tätigkeit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften außerordentliche Bedeutung zumaß. Er gehörte zu den 71 Teilnehmern der Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die am 7. und 8. Oktober 1922 in Berlin stattfand. Nachdrücklich setzte er sich auch hier dafür ein, jeder Flucht aus den reformistisch geführten Gewerkschaften entgegenzutreten. Es sei eine Aufgabe der Partei, mit allen Kräften dahin zu wirken, »daß wir die Arbeiterschaft aufklären und in die Gewerkschaften bringen«. Thälmann berichtete, daß die Hamburger Kommunisten unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern »starke Sympathie« hätten, daß aber die Zahl der Nichtorganisierten noch zu groß sei.[46]

Im Jahre 1922 hatte sich mit der rasch anwachsenden, vom Großkapital bewußt geförderten Inflation die Lage der Arbeiter erneut verschlechtert. Ende 1922 lagen die Reallöhne im Durchschnitt um 30 bis 45 Prozent unter denen von 1913. Das war der bisher niedrigste Stand seit 1919. Ärzte konstatierten eine ständige Verschlechterung des Gesundheitszustandes besonders der Kinder, die Erhöhung der Säuglingssterblichkeit vor allem durch die maßlose Verteuerung der Milch, die Gefahr des Hungertodes.[47]

Mit der wachsenden Teuerung, mit der sich ständig verschärfenden Offensive der Unternehmer hatte sich Ernst Thälmann in einer Rede in der Bürgerschaft am 20. September beschäftigt, als er die Vorschläge der

44 Vgl. ebenda, S. 195.

45 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

46 IML, ZPA, I 2/708/2.

47 Vgl. Jürgen Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Teil I. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart, Bd. 5), S. 161–180. – Paul Hertz/Richard Seidel: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung, Berlin 1923, S. 104.

KPD-Fraktion begründete: Sicherung des Bezuges von Lebensmitteln für die unbemittelte Bevölkerung, Einrichtung öffentlicher Speise- und Wärmehallen, Wiederaufnahme der Schulspeisung, Schließung sämtlicher Luxus- und Schlemmerlokale.[48]

Die Sprecher der anderen Parteien konnten zwar die Notlage breitester Bevölkerungsschichten nicht bestreiten; sie beließen es aber bei der Schilderung des Elends, ohne auf dessen Ursachen einzugehen, oder führten es demagogisch allein auf die Ausplünderung Deutschlands durch die imperialistischen Siegermächte, auf den Versailler Vertrag und seine Folgen zurück.

Im Gegensatz hierzu wies Ernst Thälmann nicht nur nach, daß die Arbeiter infolge der schnell voranschreitenden Inflation nicht mehr in der Lage seien, die »allernotwendigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel« zu kaufen. Er deckte auch die wahren Wurzeln der Not der Massen auf, den imperialistischen Weltkrieg und die kapitalistische Gesellschaftsordnung überhaupt. »Und wenn man von bürgerlicher Seite auf die Ausbeuter hinweist, die im Auslande sitzen, so ist das einseitig gehandelt, denn ganz besonders hier in Deutschland sitzen auch diejenigen Personen, die das Volk, das Proletariat ausbeuten, in den Kreisen der Inhaber der Banken und der Großindustrie.« Um die Not zu beheben, fordere die Arbeiterklasse, der Teuerung und dem Wucher entgegenzuwirken. »Sie ist fest überzeugt..., daß, wenn sie selbst nicht eingreift, sie von den Instanzen, die der Regierung unterstellt sind, nichts zu erwarten hat.«[49] Deshalb zeige sich im Proletariat der Wille, entscheidenden Einfluß auf die Preisregulierung, aber auch auf die Produktion zu nehmen.

Unter Berufung auf die erfolgreiche Tätigkeit derartiger Organe in anderen Städten verlangte Ernst Thälmann die Einsetzung von Kontrollausschüssen der Arbeiterklasse und die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte. So nutzte er die Parlamentstribüne, um diese beiden wichtigen Teilforderungen des antiimperialistischen Kampfes der KPD zu propagieren. Wenn die Steigerung der Preise so fortgehe, erklärte er weiter, werde eintreten, »daß nicht nur die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greift, sondern auch ein Teil des Mittelstandes gemeinsam mit den Arbeitern sich dagegen aufbäumen muß«. Er forderte die Arbeiterklasse auf, sich ihrer Kraft bewußt zu werden, ihre Waffen zu schmieden und

48 Vgl. Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 978.

49 Ebenda, S. 982, 983, 984.

den Weg zu marschieren, »den die russischen Arbeiter vor fünf Jahren marschiert sind, den Weg der Revolution«.[50]

Ernst Thälmann trat in seiner abschließenden Rede zur Debatte vor allem den Ausführungen des deutschnationalen Redners entgegen. Dieser hatte – jeweils unter Berufung auf Äußerungen des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert – die Verlängerung der Arbeitszeit und, da die Not alle beträfe, die Herstellung einer »Volksgemeinschaft« gefordert, um die »Not des Vaterlandes« zu beseitigen. Entschieden wandte sich Ernst Thälmann gegen die Angriffe auf den Achtstundentag. Er klagte die Kapitalisten an, daß sie »viel mehr Gewicht legen auf die Ausbeutung der Arbeiterschaft als auf Verbesserung der technischen Mittel«. Die Arbeitszeit zu verlängern bedeute, die Arbeitslosenzahl zu vergrößern; es sei aber »die ernsteste und erste Aufgabe, die Arbeitslosen im Produktionsprozeß unterzubringen«.[51] Ebenso widerlegte er die Zwecklüge von der Not aller Deutschen und wies nach, daß die Großindustriellen und Großhändler an der Inflation verdienten. Den demagogischen Phrasen von der »Volksgemeinschaft« stellte er die Forderung nach entschiedenem und geschlossenem Kampf der ausgebeuteten Massen gegen das herrschende Großkapital und dessen Regierung entgegen.

Auch mit diesem Auftreten in der Hamburger Bürgerschaft gab Ernst Thälmann ein Beispiel kommunistischer Parlamentsarbeit. Er unterbreitete die konstruktiven Vorschläge der Kommunisten zur sofortigen Linderung der ärgsten Not und nutzte gleichzeitig das Parlament zur Enthüllung der kapitalistischen Ausbeutungspraktiken und der proimperialistischen Politik der Regierung, zur Propagierung der kommunistischen Politik und Weltanschauung und damit zur Mobilisierung der Massen gegen den Kapitalismus.

Auf dem Parteitag des Bezirkes Wasserkante der KPD, der am 30. September und 1. Oktober tagte, äußerte sich Ernst Thälmann ebenfalls zu den bevorstehenden Kämpfen und verlangte, die revolutionäre Betriebsrätebewegung und den Kampf gegen die Teuerung in ganz Deutschland zu koordinieren.

Bei der Wahl eines Delegierten zum IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erhielt Hugo Urbahns mit knapper Stimmenmehrheit vor Ernst Thälmann das Mandat.[52] Zu den Aufgaben dieses

50 Ebenda, S. 986.
51 Ebenda, S. 992/993, 997, 998.
52 Vgl. StA Hamburg, Polizeibehörde I, Arbeitssignatur 707.

Kongresses äußerte sich Ernst Thälmann auf der Tagung des Zentralausschusses der Partei am 15. und 16. Oktober. In seinem Diskussionsbeitrag analysierte er die internationale revolutionäre Bewegung: die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder, die nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und – als »Machtfaktor, der zweifelsohne die größte Rolle spielen wird« – Sowjetrußland. Thälmann gelangte zu dem Schluß, daß objektiv ein »Erwachen der revolutionären Bewegung« zu konstatieren sei und die Kommunistische Internationale die subjektiven Voraussetzungen für den Kampf zu schaffen habe. In diesem Zusammenhang kritisierte er zu Recht, daß der Entwurf der KPD für ein Programm der Kommunistischen Internationale – die KPR(B) und die KPD hatten den Auftrag, dem IV. Weltkongreß Entwürfe zu unterbreiten – zu spät vorgelegt worden sei. Eine gründliche Diskussion sei aber notwendig, damit eine einheitliche Auffassung in der Partei erreicht werde. Unter allen Umständen müsse gesichert sein, daß alle opportunistischen Tendenzen im Programmentwurf beseitigt würden.[53]

Der IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale tagte vom 5. November bis zum 5. Dezember in Moskau. Auf ihm wurde die vom III. Kongreß ausgearbeitete Taktik der Einheitsfront weiterentwickelt, die Notwendigkeit begründet, um Teilforderungen zu kämpfen, und die Bedeutung des Ringens gegen Reaktion und Faschismus und zur Verteidigung der allgemeindemokratischen Rechte hervorgehoben. Der Weltkongreß stellte fest, daß die Arbeiterregierung – eine Regierung von Vertretern der Arbeiterparteien – eine mögliche Etappe im Kampf um die Eroberung der Macht der Arbeiterklasse und des Übergangs zur Diktatur des Proletariats sein könne. Linkssektiererische Auffassungen wurden von der Mehrheit des Kongresses, die sich von den Ideen W. I. Lenins leiten ließ, zurückgewiesen.[54]

Trotz seiner Krankheit nahm Lenin an der Arbeit des Kongresses teil. In seinem Referat »Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution« analysierte er die Grundprobleme des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und verallgemeinerte die Erfahrungen der KPR(B) für die internationale kommunistische Bewegung.[55] Er orientierte die Kommunisten darauf, sich die marxistische Theorie und die internationalen Kampferfahrungen anzueignen und sie schöpferisch auf die

53 Vgl. IML, ZPA, 02/16/20.
54 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 192–213.
55 Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 33, S. 404–418.

konkreten Bedingungen ihrer Länder anzuwenden. Dabei dürften sich die kommunistischen Parteien nicht nur auf die Offensive gegen die Bourgeoisie einstellen, sondern müßten auch die Möglichkeit eines zeitweiligen Rückzugs ins Auge fassen.

Ernst Thälmann nahm an der Sitzung des Zentralausschusses der KPD teil, der am 13. und 14. Dezember die Beratungen des IV. Weltkongresses auswertete. Er äußerte sich unter anderem zur Frage der Arbeiterregierung und erklärte, seiner Auffassung nach sei ein Eintritt von Kommunisten in eine solche Regierung nur möglich, wenn die Massen in Bewegung sind und selbst den Eintritt der KPD in eine solche Regierung verlangen. Dies sei jedoch nicht der Fall. Ernst Thälmann forderte, sich in den folgenden Kämpfen auf die einheitliche Führung der Betriebsrätebewegung und der Lohnbewegung zu konzentrieren. Durch den Druck von unten müßte erreicht werden, daß Schiedssprüche abgelehnt und Streiks ausgelöst würden, die zu politischen Kämpfen gegen die Bourgeoisie weiterzutreiben seien. Die Kontrollausschußbewegung müsse über den Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit hinausgehen und die Massen für den revolutionären Kampf mobilisieren. Es gelte, den organisierten faschistischen Horden mit organisierten Arbeiterwehren entgegenzutreten. Darin und in dem Kampf gegen die Teuerung, für höhere Löhne, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und die Beschneidung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben sah er die wichtigsten Anknüpfungspunkte, um die Arbeiter für den Kampf zu mobilisieren. Die Bildung von Arbeiterregierungen sei dafür kein geeigneter Ausgangspunkt.[56]

Ernst Thälmann erfaßte – ähnlich wie andere Parteifunktionäre zu dieser Zeit – hier noch nicht voll, welche Bedeutung eine Arbeiterregierung unter den damaligen Bedingungen als Etappenziel des Kampfes hätte erlangen können. Aber er betonte zutreffend die Notwendigkeit, an die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter anzuknüpfen, dadurch eine breite Massenbewegung zu entwickeln und diese einheitlich zu leiten. Das zeugte von seiner guten Kenntnis der Lage und der Stimmung in der Arbeiterklasse und wies den Weg, wie entscheidende Voraussetzungen für den Eintritt von Kommunisten in eine Arbeiterregierung geschaffen werden konnten.

Der Parteivorsitzende Heinrich Brandler warnte auf der Sitzung des Zentralausschusses vor linkssektiererischen Fehlern, orientierte aber

56 Vgl. IML, ZPA, 02/17/22.

einseitig darauf, an demokratische Illusionen der Massen und an Forderungen zurückgebliebener Arbeiter anzuknüpfen. Er unterschätzte die Notwendigkeit, Kämpfe für die täglichen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter durch die Partei vorzubereiten und zu organisieren. In diesen Elementen einer Spontaneitätsauffassung wie in Unklarheiten in der Staatsfrage zeigten sich bei Brandler rechtsopportunistische Tendenzen. Einheitlich war der Zentralausschuß der Meinung, daß in der nächsten Zeit mit einer Zuspitzung der Klassengegensätze zu rechnen sei.

Ernst Thälmann nutzte die Beratung des Hamburger Staatshaushalts in der Bürgerschaft am 20. Dezember 1922, um die Politik der herrschenden Klasse anzuprangern und das Programm der KPD zur Mobilisierung der Massen darzulegen. Er charakterisierte die tiefe Krise des Kapitalismus, die in Mitteleuropa ihren schärfsten Ausdruck fand. Die herrschende Klasse in Deutschland versuche, gestützt auf die reaktionäre Cuno-Regierung, auf Kosten des Proletariats der Schwierigkeiten Herr zu werden. Eindringlich schilderte er die große Not breitester Volksschichten und warnte er vor der wachsenden faschistischen Gefahr. Die Lohnkämpfe der Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitalismus auf ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte seien »vorläufig noch wirtschaftlicher Natur«, sie könnten »aber leicht politisch werden« und Formen annehmen, »deren Folgen wir noch nicht übersehen können«. Da sich die »Unfähigkeit der kapitalistischen Regierung und Gesellschaftsordnung« gezeigt habe, mit Teuerung und Wucher fertig zu werden, »geht die Arbeiterschaft dazu über, Maßnahmen zur Selbsthilfe zu ergreifen«. Und Thälmann rief den Vertretern der anderen Fraktionen zu, es sei eine unumstößliche Tatsache, daß die Verelendung eine Grenze hat, »wo die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie aufeinanderprallen, daß die Ziele des Proletariats durchgesetzt werden, und denen, die sich dem entgegenstellen, was das Proletariat verlangt, wird es genau [so] ergehen, wie es der zaristischen Militärkaste ergangen ist... Sie werden hinweggefegt von der Welle der Arbeiterschaft durch die Revolution.«[57]

Besonders bedeutsam waren seine Ausführungen über den Kampf um die Macht. Gestützt auf die Beschlüsse des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale und die der KPD, erklärte Ernst Thälmann: »Wir wissen, daß der Kampf um die politische Macht nicht ein Kampf ist, der sich vielleicht von heute auf morgen abspielt, sondern daß der

57 Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg 1922, S. 1398, 1397, 1399.

Kampf sich aller Voraussicht nach etappenweise steigern wird. Die kommunistische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß in allen Fragen dieses Kampfes und bei sonstigen Dingen, wo es sich um die Interessenvertretung des Proletariats handelt, wir auch kleine Erfolge zu erringen versuchen müssen, weil wir sehen, daß große Erfolge, wie die Eroberung der Macht, nicht auf einen Hieb durchzuführen sind. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, daß eine Instanz da ist, die durchführt, was die Arbeiterschaft fordert und verlangt, und nur eine sich auf die Massen stützende und im Kampfe des Proletariats sich bildende Arbeiterregierung ist dazu in der Lage. Diese Arbeiterregierung, die in ständiger Verbindung mit den Massen des Proletariats ist, wird durchsetzen können, was im Interesse des Proletariats liegt. Sie ist ein Kampfinstrument und wird die Forderungen durchsetzen, die zur Besserung der Lebenshaltung und der politischen Stellung des Proletariats beitragen.«[58]

Diese Worte zeigen, daß Ernst Thälmann in dem Ringen um eine den konkreten Verhältnissen in Deutschland entsprechende Strategie und Taktik des Klassenkampfes wichtige Erkenntnisse gewonnen hatte. Wenn er die Notwendigkeit betonte, daß eine Arbeiterregierung aus dem Kampf der Massen heraus gebildet werden und sich auf die Massen stützen müsse, so ließ das keine rechtsopportunistische Ausdeutung dieser Forderung zu. Zugleich unterschied sich seine Bejahung des Kampfes um Teilziele, die Erkenntnis, daß unter den gegebenen Bedingungen nicht sofort die Diktatur des Proletariats errichtet werden konnte, und seine Befürwortung einer Arbeiterregierung als Etappenziel von jenen linkssektiererischen Auffassungen, die damals besonders in der Führung des Bezirks Berlin-Brandenburg der KPD vertreten wurden.

4

Gegen Cuno und Poincaré

Das Jahr 1923 war in einigen Ländern Europas durch eine außerordentliche Zuspitzung der Klassengegensätze gekennzeichnet. In Deutschland brachte es neue Höhepunkte der Klassenauseinandersetzungen. Diese

58 Ebenda, S. 1398.

Ereignisse stellten auch Ernst Thälmann neue Aufgaben und waren für seine weitere Entwicklung von großer Tragweite.

In den ersten Tagen des Jahres wurde deutlich sichtbar, daß der französische Imperialismus alles eingeleitet hatte, um das Ruhrgebiet zu besetzen. Die Auseinandersetzung zwischen dem französischen und dem deutschen Monopolkapital um den Anteil an der Ausplünderung der deutschen Arbeiterklasse hatte sich außerordentlich verschärft. Das französische Monopolkapital wollte sich das industrielle Herz Deutschlands einverleiben, um seinem Streben nach Hegemonie in Europa eine festere ökonomische Grundlage zu geben. Das wurde ihm durch das provokatorische Verhalten der damals ausschlaggebenden Gruppe der deutschen Monopolherren um Hugo Stinnes erleichtert. Diese hatte die Reparationslieferungen an Frankreich und Belgien sabotiert, um von der Regierung Zugeständnisse – wie die Aufhebung des Achtstundentags, des Streikrechts und anderer sozialer und politischer Rechte der Werktätigen – zu erzwingen. Zugleich wollten diese Kräfte günstigere Bedingungen für eine geplante deutsch-französische Montanunion und eine ihrem Profit- und Machtstreben genehmere Form der Reparationsleistungen durchsetzen.

Die Zentrale der KPD forderte gemeinsam mit den Kommunistischen Parteien Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und der Tschechoslowakei auf einer Konferenz in Essen am 6. und 7. Januar, die internationale proletarische Einheitsfront herzustellen, um die drohende Besetzung des Ruhrgebiets und die vom Imperialismus heraufbeschworene Gefahr für den Frieden abzuwenden.[1] In diesem Sinne hatte am 4. Januar die Ortsgruppe Hamburg der KPD in der »Hamburger Volkszeitung« die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufgerufen, am 8. Januar gegen die drohende Ruhrbesetzung und gegen die aggressiven Pläne der deutschen und der französischen Monopolherren zu protestieren und für die Verbrüderung des internationalen Proletariats zum gemeinsamen Kampf um die Befreiung vom kapitalistischen Joch einzutreten.

Die Kundgebung der Hamburger KPD fand bei Sagebiel statt. Ernst Thälmann, der die Versammlung leitete, erteilte zunächst zwei Vertretern der Französischen Kommunistischen Partei das Wort. Sie bekräftigten die Entschlossenheit der französischen Arbeiterklasse, entsprechend dem Aufruf der Essener Konferenz, mit allen Kräften für die internationale

1 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VII, 2. Halbbd., S. 202–206.

Einheitsfront einzutreten, um die Ruhrbesetzung zu verhindern und gemeinsam die Gefahr eines neuen Weltkrieges abzuwenden. Ein Vertreter der Italienischen Kommunistischen Partei appellierte an die deutschen Arbeiter, dem Beispiel der sowjetischen Arbeiter zu folgen. Als Vertreter der KPD sprach Paul Frölich. Ernst Thälmann forderte in seinem Schlußwort die Sektionen der Kommunistischen Internationale auf, sich noch fester zusammenzuschließen, damit sie erfolgreicher den Kampf um die Befreiung des Proletariats führen könnten. Die Kundgebung wurde mit einer Demonstration abgeschlossen.[2]

Am 11. Januar marschierten französische und belgische Truppen im Ruhrgebiet ein. Die Ruhrbesetzung gefährdete ernsthaft den Frieden und die nationale Unabhängigkeit Deutschlands. Sie führte zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und wirkte sich katastrophal auf die Lebenslage der Werktätigen aus. Die imperialistische deutsche Regierung antwortete mit einem Aufruf zum passiven Widerstand gegen die Besatzungsbehörden und entfesselte eine chauvinistische und nationalistische Hetzkampagne. Durch den Aufruf zum Widerstand und ihre chauvinistische Hetze versuchte diese Regierung, die Volksmassen für ihre Auseinandersetzung mit dem französischen Imperialismus zu gewinnen. Zugleich wollte sie damit der unerhörten Zuspitzung der Klassengegensätze begegnen und die Werktätigen vom Kampf gegen den deutschen Imperialismus ablenken. Was sich hinter den nationalistischen Phrasen der deutschen Monopolherren und ihrer Apologeten verbarg, hat Ernst Thälmann später knapp und treffend in einem Artikel zum 10. Jahrestag der Ruhrbesetzung gekennzeichnet: »Also nicht um Ehre und Nation, nicht ums Vaterland ging es den Patrioten des Ruhrkrieges: Es ging um klingende Profite, um den höchstmöglichen Anteil, um den höchsten Gewinn-Prozentsatz an der Ausplünderung des Rhein- und Ruhrproletariats, es ging ums Geschäft, um den Profit!«[3]

Die rechten Führer der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD) – so nannte sich seit dem Anschluß der Mehrheit der rechten USPD im September 1922 zeitweilig die deutsche Sozialdemokratie – stellten sich im Ruhrkonflikt an die Seite der deutschen Bourgeoisie. Sie unterstützten die nationalistische Politik der Regierung Cuno, des reaktionärsten deutschen Kabinetts seit der Novemberrevolution. »Die SPD schloß den ›Burgfrieden‹ mit den Todfeinden des Proletariats verstärkt zu einer Zeit, wo der rücksichtsloseste Burgkrieg das Gebot der Stunde war«[4], schrieb Ernst Thälmann in seinem Artikel im Januar 1933.

Auf einer Funktionärversammlung der Hamburger KPD am 12. Januar 1923 nahm Ernst Thälmann zu den Aufgaben der KPD angesichts der neuen Lage Stellung. Er bezeichnete den einheitlichen Kampf der Arbeiter als unabdingbar. Die Versammlung wählte ihn zum Delegierten für den 8. Parteitag der KPD und für den Parteitag des Bezirks Wasserkante. Auf dem Bezirksparteitag, der am 13. und 14. Januar stattfand, sprach sich Ernst Thälmann ebenfalls für die proletarische Einheitsfront aus.[5] Er setzte sich dafür ein, daß die KPD hauptsächlich in den Betrieben arbeiten und die Kontrollausschußbewegung unterstützen sollte. Für die Betriebsrätewahlen müsse die KPD folgende politische Parolen ausgeben: 1. Erhaltung des Achtstundentages, 2. keine Überstundenarbeit, 3. Kontrolle der Produktion, 4. Erweiterung der Rechte im Betrieb, 5. gegen jede Produktionssabotage der Unternehmer. Zur Abwehr des Faschismus sei »die Gründung von Selbstschutzorganisationen der Arbeiter gemeinsam mit den Arbeitern der VSPD notwendig«[6].

Alle diese Vorschläge Ernst Thälmanns zielten darauf, die sozialen und demokratischen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen und zu erweitern und in diesem Kampf die Einheitsfront gegen den Imperialismus zu schmieden. Seine Aufforderung an die Delegierten des Bezirksparteitags, »jetzt vor allem das Bündnis mit Sowjetrußland in den Vordergrund [zu] stellen«[7], war angesichts des Ruhrkampfes besonders wichtig. Die Sowjetunion hatte am 13. Januar offiziell gegen die Ruhrbesetzung, durch die das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verletzt wurde, protestiert, vor der Gefahr eines neuen Blutvergießens in Europa gewarnt und die Völker Europas aufgefordert, durch ihr entschlossenes Handeln den Frieden zu retten.[8]

In jenen Wochen lief die nationalistische Hetze auf Hochtouren. Die Spalten der bürgerlichen Presse waren voller antifranzösischer Ausfälle,

2 Vgl. HVZ, 9., 10. Januar 1923. – IML, ZPA, St 10/38, Bd. 4.

3 Ernst Thälmann: Vorwärts, rote Freiheitsarmee, zur verschärften antiimperialistischen Massenoffensive. Zur 10jährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung durch Poincaré. In: Die Rote Fahne, 11. Januar 1933.

4 Ebenda.

5 Vgl. HVZ, 13., 15., 17. Januar 1923.

6 Ebenda, 23. Januar 1923.

7 Ebenda.

8 Vgl. Die Rote Fahne, 17. Januar 1923.

und die meisten sozialdemokratischen Zeitungen riefen zum »Burgfrieden« mit dem deutschen Imperialismus auf. Als einzige Partei trat die KPD dem entgegen. In ihrer Presse und in vielen hundert Versammlungen – allein im Bezirk Wasserkante wurden 90 durchgeführt[9] – forderte sie zum Kampf gegen Cuno und Poincaré, gegen den deutschen und den französischen Imperialismus auf. Am 16. Januar klagte Ernst Thälmann auf einer Massenversammlung die Führer der Sozialdemokratie an, erneut den »Burgfrieden« mit den Unternehmern geschlossen zu haben. Treffend charakterisierte er den Ruhrkampf: »Wieder sind es die Kapitalistengruppen, die sich um die Beute schlagen. Schlag auf Schlag versetzen sie dem Proletariat. Die ganze Last der Reparationen und Sanktionen soll die Arbeiterklasse tragen. Auch die französische Arbeiterklasse verfällt der erhöhten Ausbeutung. ›Sieger‹ wurden die französischen Unternehmer, die jetzt mit den Ausbeutern der ganzen Welt um den weiteren Bestand ihrer Produktionszweige ringen.« Die deutsche Arbeiterklasse müsse sich »die Regierung erkämpfen, die die Spitze gegen die Unternehmer richtet«, eine Arbeiterregierung. »Wenn das aber erreicht werden soll, dann muß gegenüber der nationalistischen die proletarische Einheitsfront im Kampfe errichtet werden ... Die Kräfte müssen in dieser Zeit verdoppelt und verdreifacht werden, um den Widerstand gegen die erhöhte Ausbeutung durch die deutschen und französischen Unternehmer zu steigern.«[10]

Auch auf seiner Arbeitsstelle wandte sich Thälmann gemeinsam mit anderen Genossen, wie Friedrich Dettmann, Erich Hoffmann und Hein Stahmer, gegen das nationalistische Treiben. Sie erreichten, daß die Arbeiter der Abwrackwerft Kubatz es ablehnten, für die sogenannte Ruhrhilfe zu sammeln, die nach einer Vereinbarung von ADGB und Unternehmervertretern der Unterstützung des Ruhrkampfes dienen sollte. In einer Resolution protestierte die gesamte Belegschaft »gegen das Paktieren der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit den Verbänden der ärgsten Arbeiterfeinde ... Der von den Führern der freien Gewerkschaften erneut geschlossene Burgfrieden mit den Kapitalisten ist Verrat an den Interessen des deutschen Proletariats wie 1914. Nicht die Einheitsfront mit der Bourgeoisie, sondern schärfster Klassenkampf in jedem Betrieb, in jeder Stadt, in jedem Ort ist das Gebot der Stunde.«[11]

9 Vgl. IML, ZPA, 31/1/207.
10 HVZ, 17. Januar 1923.
11 Ebenda, 27. Januar 1923.

Diese klare Stellungnahme gegen die »nationalistische Ruhrhilfe« zeugt von dem großen Einfluß Ernst Thälmanns und seiner Genossen in einer Situation, in der viele Arbeiter noch der massiven nationalistischen Hetze erlagen.

Wenige Tage später nahm der Transportarbeiter und Vorsitzende der Hamburger Parteiorganisation am 8. Parteitag der KPD teil, der vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig stattfand. Er stimmte voll mit Clara Zetkin überein, die in ihrer begeisternden Eröffnungsansprache die Notwendigkeit begründete, den Kampf gegen den deutschen und den französischen Imperialismus zu führen, dem Imperialismus die Einheitsfront des Proletariats entgegenzustellen, die Partei ideologisch und organisatorisch zu festigen und den Massen im Kampf um die Revolution voranzugehen.[12] Einstimmig beschlossen die Delegierten das »Manifest an das internationale Proletariat und an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands«.[13] Gemeinsam mit den anderen Delegierten gab Ernst Thälmann auch der Sympathiekundgebung seine Stimme, in der Sowjetrußland gewürdigt wurde als der einzige Staat der Welt, der gegen die Besetzung des Ruhrgebiets protestiert hatte.[14] Der Parteitag dankte Sowjetrußland für die »große Lehre, daß die Sache der Nation heute die Sache der Arbeiterklasse ist«. Es habe bewiesen, daß das Recht der Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit »nur sichergestellt und behauptet werden kann durch die Entfesselung der revolutionären Massenkräfte«.[15] Als einzige politische Kraft in Deutschland wies die KPD eine Alternative zur antinationalen und volksfeindlichen Politik des deutschen Monopolkapitals.

Aber in der jungen Partei gab es, wie die Diskussion auf dem Parteitag zeigte, noch unterschiedliche Auffassungen über die Formen und Methoden des Kampfes. Besonders in den Auseinandersetzungen um die Fragen: Wie kann man die Einheitsfront schmieden? Wie gelangt man zu einer Arbeiterregierung? Was sind deren Voraussetzungen und Aufgaben? widerspiegelte sich das Ringen der Partei um leninistische Klar-

12 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin o. J., S. 171–181.
13 Vgl. ebenda, S. 184. – Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 2. Halbbd., S. 221–228.
14 Vgl. Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 2. Halbbd., S. 232–235. – Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD, S. 184.
15 Dokumente und Materialien ..., Bd. VII, 2. Halbbd., S. 233.

heit. In diesen Fragen gab es in der KPD wenige oder keine Erfahrungen. Die Burgfriedenspolitik der rechten sozialdemokratischen Führer und deren ausgeprägter Antikommunismus machten es äußerst schwer, die richtigen Antworten zu finden. Es standen sich auf dem Parteitag dem Augenschein nach zwei Gruppierungen gegenüber: eine Mehrheit und eine starke oppositionelle Minderheit, die sich auf die Bezirke Berlin-Brandenburg, Wasserkante-Hamburg, Mittelrhein, Hessen-Frankfurt und Lausitz stützte. Wie es schon die Debatten vor und während des Parteitages andeuteten und wie es die spätere Entwicklung dann eindeutig zeigen sollte, bestanden jedoch die entscheidenden Gegensätze innerhalb dieser Gruppierungen.

Während Clara Zetkin, Walter Stoecker und weitere Vertreter der Mehrheit eine richtige Haltung zur Einheitsfront und zur Arbeiterregierung bezogen, betonten vor allem Heinrich Brandler und August Thalheimer viel zu sehr die parlamentarischen Möglichkeiten und vertraten in der Staatsfrage Ansichten, die rechtsopportunistische Auslegungen zuließen.[16]

Die Opposition betonte besonders die Notwendigkeit, die Einheitsfront vordringlich im Massenkampf zu schmieden, aus dem auch die Arbeiterregierungen hervorwachsen müßten. Sie wandte sich energisch gegen opportunistisch ausdeutbare Formulierungen der Vertreter der Mehrheit. In der Opposition zeigten sich auch Tendenzen revolutionärer Ungeduld, linke Überspitzungen. Die Ultralinken um Ruth Fischer und Arcady Maslow, die Gegner der Einheitsfront waren, die Arbeiterregierung lediglich als »Synonym« für die Diktatur des Proletariats bezeichneten und ihren Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse hinter scheinrevolutionären Phrasen verbargen, versuchten den Eindruck zu erwecken, als gäbe es eine Übereinstimmung zwischen den in einzelnen Fragen irrenden oppositionellen Parteimitgliedern und ihren eigenen Vorstellungen, die auf blankes Abenteurertum hinausliefen. Da die Ultralinken auch berechtigte Forderungen der revolutionären Arbeiter aufgriffen, die unklaren und falschen Äußerungen von Vertretern der Parteimehrheit kritisierten und ihre wahren Auffassungen auf dem Parteitag nicht offen darlegten, waren die Konsequenzen ihrer Politik schwer zu durchschauen.

Ernst Thälmann sprach zweimal zur Diskussion. Seine Stellung in der

16 Zu den Auffassungen Heinrich Brandlers und August Thalheimers vgl. Ernst Diehl: Zur Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923. Phil. Diss., I. Teil, Berlin 1967, S. 101–111.

Kernfrage, der Frage nach dem Zusammenhang von Massenbewegung und Arbeiterregierung, vom Kampf um Teilziele und um das Endziel war bemerkenswert. Diese Konzeption richtete sich gegen opportunistische Tendenzen in der Zentrale und hob sich zugleich von der negativen und abenteuerlichen Haltung der Ultralinken ab. Thälmann sah in diesen Fragen klar wie nur wenige, wenn er auch, wie die meisten Delegierten, erst begann, sich die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik anzueignen. Er hatte die Linie, die er in der Parteidebatte vertrat, schon vorher, auf der Hamburger Funktionärkonferenz am 12. Januar, entwickelt. Dort hatte er erklärt, daß in den entstehenden Kämpfen »die Arbeiterregierung als politisches Etappenziel der sozialdemokratischen Koalitionsregierung entgegengestellt« werden müsse. »Wir dürfen aber die aus der deutschen Revolution gewonnenen Erfahrungen nicht vergessen, daß die Einheitsfront von unten auf im Kampfe um konkrete proletarische Forderungen gebildet werden muß. In diesen Kämpfen muß die KPD die Führung haben.«[17]

So orientierte Ernst Thälmann, von den Beschlüssen des IV. Weltkongresses ausgehend, auf eine Arbeiterregierung als Etappenziel des Kampfes und betonte – wie jedesmal, wenn er auf diese Frage zu sprechen kam – besonders die Notwendigkeit, daß diese sich auf eine breite Bewegung der Massen stützen müsse und nicht allein aus parlamentarischen Kombinationen hervorgehen dürfe. »Nur dann bietet eine Arbeiterregierung die Möglichkeit zur Entfesselung der Kämpfe um die proletarische Diktatur, wenn bereits vorher die Aktion der Massen die Machtgrundlage der Bourgeoisie erschüttert hat und durch eine einheitliche Bewegung von unten auf die Exekutivorgane der proletarischen Macht geschaffen worden sind«[18], hieß es in der von der Funktionärversammlung am 12. Januar angenommenen Resolution.

In seinen Beiträgen auf dem Parteitag ging Ernst Thälmann davon aus, daß sich durch die Ruhrbesetzung eine revolutionäre Situation herauszubilden begann, die die Partei vor die Aufgabe stellte, durch ihre Einheitsfrontpolitik die Kampffront zu erweitern. »Auf dem Wege der proletarischen Einheitsfront kann die Arbeiterregierung ein Mittel zur Macht werden, sie kann ein Etappenziel sein, aber der Arbeiterschaft muß klargemacht werden, welche Vorbedingungen notwendig sind, um in die Arbeiterregierung einzutreten. Der Eintritt in die Arbeiterregierung be-

17 HVZ, 13. Januar 1923.
18 Ebenda, 12. Januar 1923.

deutet für mich, daß zum mindesten ein Ansatz vorhanden sein muß, ... daß Teile des Proletariats in der Lage sein müssen, diese Arbeiterregierung zu schützen und zu stützen. Wer sich einbildet, daß eine Arbeiterregierung vielleicht auf legalem Wege geschützt wird, wenn das Proletariat nicht kämpft, der wird erleben, daß bei der ersten besten Gelegenheit die Bourgeoisie diese auf den Ministersesseln sitzenden Arbeiter zum Teufel jagen wird.«[19]

Aus Thälmanns Worten sprach die Erkenntnis, daß das Monopolkapital nur im energischen, von der KPD geführten Kampf geschlagen werden kann und daß ein Erfolg der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn sie einheitlich auftritt. Seine Feststellung, daß eine Arbeiterregierung sich auf die kämpfenden Massen stützen müsse, ließ keinen Raum für opportunistische Ausdeutungen.

Von diesem revolutionären Geist war auch Ernst Thälmanns Handeln nach dem Parteitag bestimmt. Sowohl im Zentralausschuß, in den er erneut gewählt wurde[20], als auch als Vorsitzender der Hamburger KPD-Organisation und auf seiner Arbeitsstelle widmete er seine ganze Kraft der Entwicklung einer breiten Kampffront gegen den Imperialismus. Bereits einen Tag nach der Beendigung des Parteitages, am 2. Februar 1923, sprach Ernst Thälmann auf einer Versammlung von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, Betriebsobleuten und Gewerkschaftsfunktionären Hamburgs. Er analysierte den imperialistischen Charakter des Ruhrkampfes, klagte die SPD- und Gewerkschaftsführung an, durch die Burgfriedenspolitik das Monopolkapital zu unterstützen, und rief zum Kampf gegen den deutschen und den französischen Imperialismus auf. Die Gewerkschaftsbürokratie müsse gezwungen werden, »den Burgfrieden mit der Kapitalistenklasse aufzugeben, ihre wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen und Lohnkämpfe zu führen«. Sie müsse auch die Bedeutung der Betriebsrätebewegung anerkennen: »Das bedeutet aber Kampf dem nationalen Rummel und Kampf dem Arbeiterfeind im eigenen Lande.« Ernst Thälmann warnte davor, durch Austritte aus den Gewerkschaften diese zu schwächen, verlangte aber: »Jeder klare Klassenkämpfer muß jedoch von der Gewerkschaftsbürokratie entschieden fordern, daß sie endlich aufhört, eine Politik zu treiben, die sich für die Bourgeoisie einsetzt und gegen das Proletariat wendet.« Auch die Angestellten müßten für den Kampf gewonnen werden. »Die Betriebsrätebe-

19 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD, S. 358.
20 Vgl. ebenda, S. 442.

wegung muß sich wirtschaftlich und politisch durchsetzen. Sie darf keine Nebenerscheinung bleiben, sondern muß zu einer einflußreichen Nebenregierung werden, die zur Arbeiterregierung führt und den Weg zur Revolution bahnt.«[21]

Im Sinne der Parteitagsbeschlüsse konzentrierte Ernst Thälmann seine Kraft auf die Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten für den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf. Es war charakteristisch für ihn, daß er vor allem auf die Betriebsräte und die Gewerkschaften orientierte, denn allein mit ihrer Hilfe konnte der ausschlaggebende Teil des Proletariats, die Belegschaften der Fabriken und Werke, erfaßt werden. In der revolutionären Betriebsrätebewegung sah er ein entscheidendes Kettenglied, um die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Imperialismus zu sammeln. Daneben betonte er wiederholt, daß Kontrollausschüsse und proletarische Hundertschaften große Möglichkeiten böten, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, die demokratischen Rechte gegen die Vorstöße der Faschisten zu schützen, aber auch um eine breite revolutionäre Kampffront zur grundlegenden Veränderung der Machtverhältnisse in Deutschland zu entwickeln.

Von dem gleichen Geist war die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg der KPD am 8. Februar getragen, auf der der 8. Parteitag ausgewertet wurde. Die Teilnehmer brachten zum Ausdruck, sie werden »geschlossen in der Front der Gesamtpartei und der Internationale marschieren«. In der Diskussion wurde betont, es sei notwendig, »den vom Parteitag gezeigten Weg der Verstärkung der Arbeit in den Betrieben zu gehen«. Wenn die Ortsgruppe Hamburg besonders die Frage nach den Voraussetzungen der Arbeiterregierung betone, hieß es – völlig in der Linie der Ausführungen Thälmanns – in dem Bericht über die Versammlung, »so wurde in der Mitgliederversammlung zum Ausdruck gebracht, daß sie deshalb verpflichtet und bereit ist, den Kampf um die Schaffung dieser revolutionären Voraussetzungen aufzunehmen«.[22]

Wiederholt äußerte sich Ernst Thälmann in den folgenden Wochen auf Aktivberatungen und Funktionärversammlungen der KPD in Hamburg zum Ruhrkampf und zu den Aufgaben der Partei. Am 9. März sprach er zur Diskussion auf einer vom Fünfzehner-Ausschuß der Betriebsräte, dem Leitungsgremium der revolutionären Betriebsrätebewegung in Hamburg, einberufenen Betriebsrätevollversammlung. Er appellierte an die

21 HVZ, 3. Februar 1923.
22 Ebenda, 10. Februar 1923.

Versammelten, angesichts des brutalen Vorgehens der Regierung Poincaré gegen die Französische Kommunistische Partei ihren Kampf gegen den deutschen und den französischen Imperialismus zu verstärken. Im Namen der Kommunisten stimmte er den Forderungen des Fünfzehner-Ausschusses zu.[23] Einstimmig beschlossen die Versammelten eine Resolution gegen die arbeiterfeindliche Politik des Koalitionssenats und beauftragten den Ausschuß, »in Verbindung mit allen Arbeiterorganisationen den Bruch mit dieser Koalitionspolitik herbeizuführen und die Voraussetzungen für die Bildung eines Arbeitersenates zu schaffen, der, gestützt auf die werktätigen Massen, deren Interessen vertritt«[24]. Am Schluß seiner Ausführungen forderte Ernst Thälmann dazu auf, die Kundgebung, die am 18. März – anläßlich einer Internationalen Arbeiterkonferenz in Frankfurt (Main) – stattfinden sollte, zu einem machtvollen Bekenntnis für die Losung »Kein Zusammengehen mit dem Bürgertum, sondern einheitlichen Willen zum proletarischen Kampf«[25] zu gestalten.

Die aufopferungsvolle Arbeit Thälmanns und seiner Genossen war sehr erfolgreich. Am 18. März nahmen 40 000 Hamburger Werktätige an der Massenkundgebung auf dem Heiligengeistfeld teil, mehr als an der nationalistischen Gegenkundgebung, zu der die bürgerlichen Parteien und die SPD aufgerufen hatten.[26]

Ernst Thälmann kämpfte gegen die Angriffe der Unternehmer auch unmittelbar an seinem Arbeitsplatz, auf der Abwrackwerft Kubatz. Willy von der Reith berichtet, wie die Leitung der Werft die Arbeiter dadurch provozierte, daß sie in deren Abwesenheit die Kleiderspinde durchsuchen ließ, »nur weil die Arbeiter eine Sonderlohnforderung in Verbindung mit einer Teuerungszulage gestellt hatten«[27]. Die Belegschaft protestierte dagegen, und vor allem die kommunistischen Werftarbeiter wiesen nach, daß die Übergriffe der Direktion ein Teil der allgemeinen Offensive der Werftbesitzer gegen die Arbeiter seien. Daraufhin wurden fünf Arbeiter entlassen, darunter drei Kommunisten. Da die Direktion die Forderung des Arbeiterrats ablehnte, die Entlassenen wieder einzustellen, beschloß eine Betriebsversammlung mit großer Mehrheit, am 17. Februar die Arbeit

23 Vgl. ebenda, 12. März 1923.
24 Ebenda, 10. März 1923.
25 Ebenda, 12. März 1923.
26 Vgl. ebenda, 19. März 1923.
27 IML, ZPA, NL 3/69. – Vgl. auch HVZ, 20. Februar 1923. – Hamburger Echo, 21. Februar 1923.

niederzulegen. Eine Streikleitung wurde gebildet, der auch Ernst Thälmann angehörte.[28]

Während die Führer des Metallarbeiter-Verbandes in Hamburg den Streik nicht anerkannten und ihn darum nicht unterstützten, stellten sich der Ortsvorstand der KPD und der Fünfzehner-Ausschuß der revolutionären Betriebsräte an die Seite der Streikenden. Auf einer von der KPD organisierten Zusammenkunft von Hamburger Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern von Aktionsausschüssen berichtete Ernst Thälmann über den Streik auf der Abwrackwerft. Unter dem Eindruck seiner Ausführungen erklärten sich die Anwesenden bereit, den Streik zu unterstützen. Der Fünfzehner-Ausschuß steuerte Gelder dazu bei.[29] Zahlreiche Arbeiter der Hansestadt, besonders Werftarbeiter, und auch Werktätige aus anderen Orten des Bezirks Wasserkante halfen mit ihren Spenden den Arbeitern der Abwrackwerft. Fast drei Monate konnten diese ihren Kampf führen.[30]

Aber Ernst Thälmanns Wirken beschränkte sich nicht mehr auf Hamburg. Am 23. März sprach er neben je einem Vertreter der Kommunistischen Partei Rußlands und der Französischen Kommunistischen Partei auf einer Großkundgebung der KPD in Berlin-Moabit über die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz.[31] Zwei Tage später nahm er am Parteitag des Bezirks Rheinland-Westfalen Nord der KPD in Essen teil. Er überbrachte den Delegierten die Kampfesgrüße der Bezirksorganisation Wasserkante. Im Unterschied zu Ruth Fischer, die ebenfalls an diesem Parteitag teilnahm und die sofortige Besetzung der Gruben und Betriebe verlangte, jegliche Teilforderungen aber ablehnte, betonte Ernst Thälmann, daß die Partei die Arbeiter durch Teilforderungen an weitergehende Kämpfe heranführen müsse: »Man kann nicht von heute auf morgen zur Diktatur des Proletariats ... springen, sondern man muß an die Tagesfragen anknüpfen, ... die das Proletariat im Gesamtmaßstab interessieren.«[32]

Bis zum 30. März hielt sich Ernst Thälmann im Ruhrgebiet auf. Er beriet mit Arbeitern und Parteifunktionären über die Aufgaben im Kampf gegen den deutschen und den französischen Imperialismus. In Dortmund,

28 Vgl. HVZ, 8. März 1923. – IML, ZPA, NL 3/69.
29 Vgl. HVZ, 20., 22. Februar 1923.
30 Vgl. ebenda, 3., 7., 9., 12., 16., 23., 29. März 1923. – IML, ZPA, NL 3/69; I 2/708/18. – Über den Ausgang des Streiks konnten keine genauen Angaben ermittelt werden.
31 Vgl. Die Rote Fahne, 24. März 1923.
32 IML, ZPA, I 6/3/67. – Vgl. auch Ruhr-Echo (Essen), 27. März 1923.

Gelsenkirchen und Essen sprach er in öffentlichen Versammlungen. Außerordentlich beeindruckt war er von der Kampfbereitschaft der Ruhrarbeiter.[33]

Inzwischen war in Hamburg ein sowjetisches Schiff eingelaufen. Es hatte Getreide geladen, das die Werktätigen des Sowjetlandes für ihre kämpfenden und hungernden Klassengenossen im Ruhrgebiet gesammelt hatten. Nach seiner Rückkehr berichtete Ernst Thälmann vor Vertretern der revolutionären Arbeiter Hamburgs über seine Eindrücke aus dem Ruhrgebiet. Dort herrschen Hunger und Willkür gegen unsere Klassenbrüder, erklärte er. Voller Dankbarkeit sprach er in diesem Zusammenhang von der sowjetischen Getreidesendung. Das Hamburger Proletariat werde alles tun, damit das Getreide schnell ins Ruhrgebiet gelange.[34] Und so handelten die Hamburger Arbeiter. Sie übernahmen die Kosten für den Umschlag des Getreides auf die Eisenbahn und sorgten auch für die schnelle Entladung eines zweiten sowjetischen Getreideschiffes. Am 5. April dankte Ernst Thälmann den sowjetischen Werktätigen auf einer Massenversammlung im Hamburger Gewerkschaftshaus für ihre großartige Hilfsaktion. Durch das Auftreten eines Delegierten der sowjetischen Gewerkschaften gestaltete sich die Kundgebung zu einer Manifestation der engen Verbundenheit zwischen deutschen und sowjetischen Arbeitern.[35] 1924 erinnerte Ernst Thälmann in seiner Reichstagsrede gegen den Dawes-Plan an die große Solidaritätsaktion der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands: »Ein Vierteljahr lang haben wir im gesamten besetzten Gebiet über zehn Millionen Brote gratis an die minderbemittelte Bevölkerung verteilt; Rußland [trat] als wirklicher Helfer in dieser großen Not [auf], weil die deutsche Regierung verweigerte, die Gelder zu stellen, um das Elend des Ruhrproletariats und der werktätigen Massen an der Ruhr irgendwie zu mildern.«[36]

Vom 6. bis 8. April nahm Ernst Thälmann an einer Konferenz teil, die die Zentrale der KPD zur Verständigung mit jenen Bezirksorganisationen einberufen hatte, in denen die Parteiopposition stärkeren Einfluß besaß und wo auch – vor allem in Berlin – die Ultralinken durch ihre raffinierte

33 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/67.
34 Vgl. HVZ, 4. April 1923.
35 Vgl. Ruhr-Echo, 14. April 1923.
36 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381. Stenographische Berichte (von der 1. Sitzung am 27. Mai 1924 bis zur 29. Sitzung am 30. August 1924) nebst Sach- und Sprechregister, Berlin 1924, S. 1031.

Demagogie Anklang gefunden hatten. Man einigte sich dahingehend, die Meinungsverschiedenheiten in Diskussionen auszutragen, die aber, wie es auch Thälmann gefordert hatte, die Geschlossenheit der Partei nicht schädigen dürften. In der praktischen Arbeit sei entsprechend den gefaßten Beschlüssen zu handeln.[37] Diese Verständigungskonferenz schwächte die innerparteilichen Gegensätze wesentlich ab und ermöglichte es allen gesunden Kräften der Partei, sich auf den Kampf um die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes zu konzentrieren. Doch Ruth Fischer und Arcady Maslow betrieben – wenn sie auch zunächst nicht wagten, offen aufzutreten – eine ultralinke Fraktionstätigkeit.[38]

Ende April reiste Ernst Thälmann zu einer Beratung des EKKI mit Vertretern der KPD nach Moskau. Dies war der zweite Aufenthalt Ernst Thälmanns in Moskau. Am 1. Mai konnte er auf der Ehrentribüne an der beeindruckenden Demonstration der Moskauer Werktätigen teilnehmen. Der Moskauer Parteiveteran P. A. Tschumak erinnert sich: »Unter den deutschen Genossen auf der Tribüne ragt sichtbar die stämmige Arbeitergestalt Ernst Thälmanns hervor. Minute für Minute fragt er seinen Dolmetscher, welcher Betrieb vorüberzieht, was auf den roten Spruchbändern geschrieben ist. Und plötzlich erhebt er die Hand, er grüßt die Moskauer.«[39]

Nach der Demonstration fuhr Ernst Thälmann mit Tschumak und anderen Genossen in den Rogoshsko-Simonowski-Stadtbezirk. Auf dem Taganskaja-Platz nahm er an einer Freundschaftskundgebung mit Moskauer Arbeitern teil. Auf der Tribüne stand der Volkskommissar für Volksbildung, A. W. Lunatscharski, neben ihm Thälmann. Lunatscharski stellte den Versammelten Ernst Thälmann vor: »›Hier vor uns steht ein deutscher Arbeiter, aus Hamburg ist er gekommen. Ein Kommunist, Genosse Ernst Thälmann, spricht zu euch.‹

Und da drängt schon Thälmann ungestüm nach vorn. Er sagt unerwartet auf russisch. ›Towarischtschi.‹ Der ganze Platz, so scheint es, schäumt zur Tribüne hoch. Dann strömt die klare, klingende deutsche Rede. ›Moskauer Arbeiter und Arbeiterinnen, die Arbeiter Hamburgs haben mir aufgetragen, euch den kämpferischen revolutionären Gruß zu über-

37 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/3.
38 Zur Verständigungskonferenz vgl. Ernst Diehl: Zur Politik der KPD 1923, S. 216–219.
39 P. A. Tschumak: Stets gemeinsam in den ersten Reihen. In: Neues Deutschland, 12. Mai 1973.

bringen. Sowjetrußland, das vor kurzem die Dürre durchgemacht hat, schickte Brot den hungernden Werktätigen an der Ruhr. Dieses Geschenk hat sie und ihre Familien bis zu Tränen erschüttert. Die deutsche Arbeiterklasse vergißt niemals eure brüderliche Unterstützung in dieser schweren Zeit. Wir Kommunisten werden immer zusammen mit euch in den ersten Reihen stehen!‹ «[40]

Nach seiner Ansprache warf Thälmann Flugblätter in deutscher und russischer Sprache von der Tribüne, in denen die Zentrale der KPD den Arbeitern Sowjetrußlands, »der Vorhut der Weltrevolution«, ihren Gruß sandte und erklärte, daß »Hunderttausende von Arbeitern, die sich in Deutschland unter dem Banner der Kommunistischen Internationale versammeln«, das »Unterpfand für den Sieg der deutschen Revolution« sind.[41] In der »Prawda« waren am gleichen Tag Grußadressen des Aktionskomitees der Arbeiter der Schiffswerften in Hamburg und der Mitglieder der KPD-Delegation erschienen. Die Hamburger Werftarbeiter erklärten in ihrem Schreiben: »Wir beauftragen hiermit Genossen Thälmann, den Moskauer Arbeitern unsere Treue und unsere Hochachtung für das russische Proletariat und die Arbeiter des roten Moskau zum Ausdruck zu bringen.«[42] Diese Begegnungen in Moskau vertieften die im Sommer 1921 angeknüpften freundschaftlichen Beziehungen Ernst Thälmanns zu den Werktätigen des Sowjetlandes. Er empfand die große Achtung der Moskauer Arbeiter vor dem Vertreter des revolutionären deutschen Proletariats.

In der Resolution der Beratung beim EKKI, an der von der KPD Paul Böttcher, Heinrich Brandler, Gerhart Eisler, Ruth Fischer, Arcady Maslow und Ernst Thälmann teilnahmen, also Vertreter der unterschiedlichen Auffassungen, wurden die Hauptthesen der Ultralinken verurteilt, aber zugleich rechte Fehler der Zentrale kritisiert. Die Resolution half der KPD auch dadurch, daß sie die Partei darauf hinwies, systematisch um Einfluß in den ärmsten und mittleren Bauernschichten, im Kleinbürgertum und in der Intelligenz zu ringen, und daß sie die Aufgaben der KPD als konsequenteste Verfechterin der nationalen Interessen des deutschen

40 Zit. in ebenda. – Vgl. auch П. А. Чумак: Родное слово. In: Комсомольская правда (Moskau), 1. Mai 1973.

41 [Aufruf der Zentrale der KPD]. Genossen! Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands. Flugblatt. Im Besitz des IML.

42 P. A. Tschumak: Stets gemeinsam in den ersten Reihen. In: Neues Deutschland, 12. Mai 1973.

Volkes hervorhob. Das EKKI empfahl schließlich, »zur Vervollständigung der Arbeit der Einigungskonferenz, zur intimeren Verbindung mit so wichtigen proletarischen Zentren wie Berlin, Hamburg und Essen«[43], Vertreter dieser Parteiorganisationen in die Zentrale aufzunehmen. Ernst Thälmann betrachtete die Resolution als Grundlage für die erfolgreiche revolutionäre Tätigkeit der Partei und erklärte, daß er darum für die Verwirklichung des Beschlusses des EKKI eintreten werde.[44] Während er und andere proletarische Kräfte auch so handelten, stimmten Fischer und Maslow der Resolution nur zu, um sich nicht von der Parteimitgliedschaft zu isolieren.

Am 16. und 17. Mai nahm der Zentralausschuß der KPD zu der Moskauer Beratung Stellung. Er billigte die dort getroffene Vereinbarung. Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Arthur König und Ernst Thälmann wurden in die Zentrale gewählt.[45]

Etwa um diese Zeit gab Ernst Thälmann auch seine Arbeit im Betrieb auf, um seine Kraft voll in den Dienst der Partei stellen zu können. Zunächst wurde er als Packer und Expedient bei der »Hamburger Volkszeitung« eingestellt. Vom 31. August bis 3. Oktober 1923 zeichnete er dann als verantwortlicher politischer Redakteur der »Hamburger Volkszeitung«.[46] Seine Verbindung zu den Arbeitern riß jedoch nicht ab. Ihr Leben und Kampf, ihre Sorgen und Nöte, ihre Wünsche und Hoffnungen waren ihm stets vertraut. Besonders herzlich fühlte Thälmann sich nach wie vor mit den Arbeitern seiner Heimatstadt, vor allem mit den Hafenarbeitern Hamburgs, verbunden.[47] Seine ständige unmittelbare Verbindung mit Arbeitern war und blieb eine entscheidende Quelle seiner Entschlüsse, seiner zielklaren und prinzipienfesten Haltung, seiner Treue zur Partei und zu ihren revolutionären Zielen.

Aus den wenigen überlieferten Angaben über seine Tätigkeit in den nächsten Monaten ist ersichtlich, wie Ernst Thälmann in die Arbeit in der Parteiführung hineinwuchs. Am 29. Mai beauftragte ihn das Politbüro, gemeinsam mit Paul Böttcher und Arthur Ewert einen Bericht über die Erfahrungen auszuarbeiten, die mit der Einheitsfrontpolitik und besonders mit der Losung des Kampfes um eine Arbeiterregierung gesammelt

43 Die Rote Fahne, 13. Mai 1923.

44 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/67.

45 Vgl. Die Rote Fahne, 17. Mai 1923.

46 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

47 Vgl. Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 17/18.

worden waren.[48] In der Sitzung der Zentrale am 4. Juli warnte Ernst Thälmann davor, die faschistische Gefahr zu unterschätzen. 1923 hatten die Nazipartei und andere rechtsextremistische Organisationen ihre Aktivitäten verstärkt und, getragen von der Woge der hochgepeitschten nationalistischen Hetze, größeren Einfluß gewonnen. Das Politbüro zog Thälmann zur Sitzung am 17. Juli hinzu, auf der über die Vorbereitung eines Antifaschistentages beraten wurde.[49]

Als in Hamburg die für den 29. Juli vorgesehene antifaschistische Demonstration durch den Hamburger Senat, in dem die SPD den ausschlaggebenden Einfluß besaß, verboten wurde, erhob die Ortsgruppe der KPD dagegen entschiedenen Protest. In der in der »Hamburger Volkszeitung« vom 27. Juli 1923 veröffentlichten Erklärung hieß es: »Gegen die Bedrohung der Arbeiterschaft durch die täglich frecher werdenden Faschisten sollte der Antifaschistentag im ganzen Reich und auch in Hamburg ein Gegengewicht schaffen. Ein gewaltiger Aufmarsch von Millionen von kämpfentschlossenen Arbeitern sollte den Faschisten zeigen, daß ihr Versuch, eine faschistische Diktatur zu errichten, an dem entschlossenen Willen, an der organisierten Kraft des Proletariats scheitern müßte.« Und richtig wurde hier auch das Klassenwesen des Faschismus gekennzeichnet. »Die deutsche Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit hat diesen moralischen Sieg der deutschen Arbeiterschaft nicht gewünscht. Die führenden und ausschlaggebenden Kreise der Bourgeoisie, die Schwerindustrie, die Hochfinanz, die Großagrarier, sind Förderer und die eigentlichen bewegenden Motore, die hinter den Faschisten stehen.«

Zunächst aber war Ernst Thälmann noch vorwiegend in Hamburg tätig. Hier waren am 9. und 10. August die Werftarbeiter in den Streik gegen die ständigen Entlassungen und die fortschreitende Geldentwertung getreten. Am 11. August forderte die »Hamburger Volkszeitung« die Arbeiter auf, für einen Arbeitersenat und für eine Reichs-Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu kämpfen. In der Beilage des Blattes wurde das Programm der KPD Hamburgs für einen Arbeitersenat abgedruckt.[50] Das war am gleichen Tage, an dem die Arbeiter Berlins in den Generalstreik gegen die Regierung Cuno traten. Am 12. August dehnte sich die Streikbewegung aus.[51]

48 Vgl. IML, ZPA, 3/1/7.
49 Vgl. ebenda, I 2/2/15; 3/1/7.
50 Vgl. ebenda, St 12/5, Bd. 8.
51 Zur Ausdehnung der Streikbewegung in Deutschland vgl. Wilhelm Ersil: Aktionseinheit

Auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, im Jahre darauf, berichtete Ernst Thälmann: »In Hamburg haben wir trotz der Stärke der Sozialdemokratie die Parole ›Generalstreik‹ praktisch durchzuführen versucht. Wir haben die Hafen- und Werftarbeiter geschlossen aus den Betrieben herausgeholt, unabhängig von der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Beeinflussung. Wir haben vier Tage, die Hafenarbeiter sogar sechs Tage lang, gekämpft; erst Sonnabend sind die Arbeiter in die Betriebe zurückgegangen.«[52] Im Stadtzentrum eröffnete am 13. August 1923 die Polizei das Feuer auf demonstrierende Arbeiter. Vier wurden getötet, dreizehn verletzt. Trotz Verhängung des Belagerungszustandes, Besetzung des Parteibüros, Beschlagnahme der »Hamburger Volkszeitung« und von Flugblättern der KPD waren viele Arbeiter dem Aufruf der KPD zum Generalstreik gefolgt.[53] Aber der Einfluß des Rechtsopportunismus war so stark, daß kein umfassender Generalstreik zustande kam.

Wie in Hamburg kamen auch im übrigen Deutschland die rechten sozialdemokratischen Führer der Bourgeoisie zu Hilfe. So konnte der machtvolle Kampf des deutschen Proletariats zwar die Regierung Cuno stürzen, aber an ihre Stelle trat die Regierung Stresemann. Vier führende Sozialdemokraten wurden Regierungsmitglieder. Diese Regierung der Großen Koalition, in der die Repräsentanten der großbourgeoisen Deutschen Volkspartei gemeinsam mit den Vertretern der SPD saßen, konnte den ersten Ansturm des deutschen Proletariats abfangen, aber sie war nicht in der Lage, die Verhältnisse zu verändern, aus denen der Kampf der deutschen Arbeiterklasse erwuchs.

stürzt Cuno. Zur Geschichte des Massenkampfes gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland, Berlin 1963, S. 244–284.
52 Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, (Hamburg) o. J., S. 263. – Vgl. auch Die Rote Fahne, 17. August 1923.
53 Vgl. Die Rote Fahne, 16. August 1923. – HVZ, 21. August 1923.

5

»Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution«

Nach dem Sturz der Cuno-Regierung »sprang der Funke des Bürgerkrieges durch Deutschland«[1]. Die Lage wurde für die Werktätigen von Tag zu Tag unerträglicher. Die von den monopolkapitalistischen Scharfmachern um Stinnes vorangetriebene Inflation wuchs sich zu einer wirtschaftlichen Katastrophe aus. Einer Goldmark entsprachen durchschnittlich im August 1923 1 Million, im September 23,5 Millionen, im Oktober 6 Milliarden, im November 522 Milliarden Mark. Die Geldentwertung schritt so schnell voran, daß die Werktätigen für ihre Millionen Papiermark nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel kaufen konnten. Milch, Fett und Fleisch waren kaum erschwinglich, selbst Brot und Kartoffeln wurden knapp. Junker und Großgrundbesitzer weigerten sich, ihre Produkte für Papiergeld herzugeben. Groß- und auch Einzelhändler horteten die Waren. Not und Elend der Volksmassen erreichten ein Ausmaß, wie man es seit den letzten Kriegsjahren nicht mehr kannte. »Die Arbeiter konnten für ihre Löhne nichts mehr kaufen. Sogar ›die treuesten Diener des Staates‹, die Beamten, begannen zu rebellieren. Die Mittelschichten waren ruiniert. Das Gespenst des Hungers schritt durch Deutschland. Machtlos standen die Regierungen der Bourgeoisie dem Zerfall gegenüber.«[2]

Die Erbitterung über diese Zustände nahm rasch zu. Hungerunruhen brachen aus. Vielerorts schritt die Bevölkerung zur Selbsthilfe. Trupps von Arbeitern, hauptsächlich von Erwerbslosen, zogen aufs Land und beschlagnahmten zurückgehaltene Lebensmittel. Hungernde gruben die Kartoffeln aus der Erde und nahmen das Getreide vom Feld, um sich und ihre Kinder am Leben zu erhalten. Breite Schichten des Proletariats, aber auch Kleinbauern und Angehörige der städtischen Mittelschichten wollten eine baldige Änderung der bestehenden Ordnung. Seit Mitte September kam es erneut zu zahlreichen Streiks. In Deutschland entwickelte sich eine revolutionäre Krise. Wenn auch der Eintritt von führenden Sozialdemokraten in die Regierung reformistische Illusionen belebte, wuchs doch in der SPD die Opposition gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der rechten Führer.

1 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstandes. In: Geschichte und Politik, S. 28.

2 Ebenda, S. 27.

Die herrschende Klasse suchte nach einem ihren Interessen entsprechenden Ausweg aus dieser Situation. Die reaktionärsten finanzkapitalistischen Gruppen förderten die faschistische Bewegung. Im Rheinland wurden die von großbürgerlichen Kreisen unterstützten Separatisten aktiver. Die Regierung Stresemann brach den »passiven Widerstand« ab, um alle Kraft auf die Niederwerfung der revolutionären Kräfte konzentrieren zu können. Am 26. September 1923, unmittelbar nach der Kapitulation im Ruhrkampf, verhängte Reichspräsident Ebert den Belagerungszustand und übertrug dem Reichswehrminister die vollziehende Gewalt.

Die KPD setzte beharrlich ihren Kampf gegen das deutsche Monopolkapital fort und bereitete sich auf entscheidende Klassenauseinandersetzungen vor. Die proletarischen Hundertschaften erstarkten. Die von der KPD organisierten Kontrollausschüsse der Arbeiter führten in weiten Teilen Deutschlands Aktionen vor allem gegen Preissteigerungen, Hortung von Lebensmitteln und Mietwucher durch. Über die revolutionäre Betriebsrätebewegung konnte die Partei ihren Einfluß unter den Betriebsarbeitern erhöhen.

Aber in der Arbeit der Partei waren auch Mängel unverkennbar. Die Zentrale unternahm zu wenig, um die verschiedenen Massenaktionen im ganzen Land einheitlich zu leiten. Heinrich Brandler und andere führende Funktionäre orientierten darauf, alle Kräfte bis zum entscheidenden Schlag aufzusparen. Dadurch wurde versäumt, systematisch Massenkämpfe zu entwickeln und zu steigern und damit die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen an den Kampf um die Macht heranzuführen. Die Parteiführung konzentrierte ihr Augenmerk einseitig auf Sachsen und Thüringen und vernachlässigte andere wichtige Industriegebiete. Gegenüber der linkssozialdemokratischen sächsischen Landesregierung gab es Tendenzen opportunistischen Zurückweichens. Auf dem Bezirksparteitag Wasserkante am 25. und 26. August setzte sich Thälmann mit Brandler auseinander, kritisierte den unbefriedigenden politischen und organisatorischen Zustand der Partei und forderte, die Partei voll auf den Machtkampf einzustellen. Gleichzeitig zweifelte er Brandlers Behauptung an,

daß die KPD in Sachsen über ganze Regimenter bewaffneter Arbeiter verfüge, die der Reichswehr entgegentreten würden, falls es diese wagen sollte, dort einzumarschieren.[3]

Im September fuhr Ernst Thälmann wieder nach Moskau, um an einer vom EKKI zur Unterstützung des Kampfes in Deutschland einberufenen Beratung teilzunehmen. In Litauen wurde er auf Betreiben der deutschen Regierung festgenommen und durchsucht. Nur mit Mühe konnte er freikommen. Dasselbe wiederholte sich in Lettland.[4] Endlich gelangte er nach Sowjetrußland. Auch diese Reise nutzte er, um sich von den großen Anstrengungen des Sowjetvolkes beim wirtschaftlichen Aufbau zu überzeugen und um seine Verbindung zu den sowjetischen Werktätigen zu vertiefen. Am 18. September besuchte er die kurz zuvor eröffnete I. Landwirtschafts- und Hausindustrieausstellung in Moskau. Auf dem Leninplatz der Ausstellung fand am Abend ein Meeting statt. Als Ernst Thälmann die Tribüne betrat, wurde er von den Versammelten mit stürmischem Beifall begrüßt. In seiner Rede erklärte er, daß er vom Aufschwung der Volkswirtschaft der Sowjetunion in den letzten zwei Jahren sehr beeindruckt sei. Die Arbeiterklasse, die werktätige Bauernschaft und auch Teile der Intelligenz in Deutschland schauten aber nicht nur deshalb auf Sowjetrußland, weil es energisch seine Wirtschaft aufbaue, sondern vor allem, weil es ein leuchtendes Beispiel des Kampfes sei. Der Sieg des russischen Proletariats »hat uns stets beflügelt, er gab uns die Kraft, alle Niederlagen zu überwinden«[5]. Abschließend erklärte er, daß in Deutschland jetzt die revolutionäre Stimmung rasch anwachse. Zum Schluß der Kundgebung wurde Ernst Thälmann von einer begeisterten Menge umringt und zum Auto getragen.

Am 21. September 1923 begannen die Beratungen, an denen Vertreter der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Sowjetrußlands teilnahmen. Der KPD-Delegation gehörten neben Ernst Thälmann Heinrich Brandler, Hugo Eberlein, Ruth Fischer und Arcady Maslow sowie die Vertreter der KPD beim EKKI,

3 Vgl. IML, ZPA, NL 3/69. – Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, S. 262/263.

4 Vgl. Митинг народов. Выступление тов. Тельмана (член ЦК Германской Коммунистической Партии): »Германия накануне коммунистической революции«, »Революция в Германии будет сигналом для мировой коммунистической революции«. In: Смычка (Moskau), 19. September 1923.

5 Ebenda. – Vgl. auch G. Lebedew: Ernst Thälmann sprach – jedes Herz schlug mit. Erinnerung an eine Versammlung in Moskau. In: Neues Deutschland, 16. April 1959.

Edwin Hoernle und Clara Zetkin, an. Als Brandler auf diesem Treffen von der Vorbereitung der Partei auf den bewaffneten Kampf, vor allem von der Bewaffnung des Proletariats, ein übertriebenes Bild zeichnete, widersprach ihm Thälmann. Er sagte, daß sich Brandlers Bericht nicht auf eine Analyse der Lage und des Kräfteverhältnisses im ganzen Lande stütze, sondern nur auf eine Einschätzung der Situation in Sachsen und Thüringen, wo die Einheitsfront der Arbeiter am weitesten entwickelt sei. Der Generalstreik gegen die Cuno-Regierung habe zwar gezeigt, daß die Werktätigen die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes mehr und mehr erkennen; aber Brandler schätze das Kräfteverhältnis dennoch zu günstig ein. Die proletarischen Hundertschaften seien noch nicht auf bewaffnete Aktionen vorbereitet und besäßen noch keine Waffen.[6] »Wir haben in Moskau sehr ernst gesagt, man kann nicht mit der proletarischen Revolution spielen, wenn man den Apparat militärisch und politisch nicht so aufgezogen hat, wie notwendig«[7], berichtete er darüber im November 1923. Hugo Eberlein bestätigte, daß Brandler, als er über die Hundertschaften und deren Bewaffnung sprach, den Wunsch für die Wirklichkeit ausgegeben habe.[8]

Aber die Warnungen Thälmanns und Eberleins wurden nicht berücksichtigt. Insgesamt wurde auf dieser EKKI-Beratung der Reifegrad der Entwicklung in Deutschland, vor allem die Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand, überschätzt. Die Beratung gelangte zu dem Schluß, daß es in den nächsten Wochen in Deutschland zum Machtkampf kommen werde. Das internationale revolutionäre Proletariat wurde zur Unterstützung der deutschen Revolution aufgerufen. Am 1. Oktober beschloß das EKKI unter Teilnahme von Vertretern der KPD, daß Kommunisten in die Regierungen in Sachsen und Thüringen eintreten sollten, wenn die an deren Spitze stehenden linken Sozialdemokraten sich bereit erklärten, Sachsen gegen Bayern, wo die Faschisten immer aktiver wurden, zu verteidigen. Es wurde ein Aktionsplan ausgearbeitet, der vorsah, den Kampf mit der Verteidigung der Arbeiterregierung in Sachsen zu beginnen. Dort sollte die Partei ihre Positionen in der Regierung zur Bewaffnung des Proletariats ausnutzen. Zu gleicher Zeit sollten die Massen

6 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 236–238. – IML, ZPA, I 6/3/126. – Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Historische Abteilung I (im folgenden: ZStA Potsdam. Hist. Abt. I), Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, 578/3.

7 IML, ZPA, 2/15.

8 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 238.

in ganz Deutschland mobilisiert werden und im geeigneten Augenblick in Aktion treten.[9]

In zwei Artikeln für die Moskauer Zeitung »Gudok«, erschienen am 3. und 5. Oktober[10], legte Ernst Thälmann dar, wie er die Situation sah: »Das Vertrauen zu uns wächst nicht nur in den Arbeitermassen, sondern auch unter den Beamten, Angestellten und dem Mittelstand. Die sich ungewöhnlich ausbreitende Betriebsrätebewegung schuf der Partei eine feste Basis in den Betrieben. Zu diesen Organisationen kommen noch die Kontrollausschüsse, deren Ziel der Kampf gegen Teuerung und Spekulantentum ist, sowie die zwar langsam, aber sicher entstehenden Bauernräte.« Zusammenfassend stellte er in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der EKKI-Beratung fest: »Die innere Lage in Deutschland verschärft sich aufs äußerste. Die Erregung des Proletariats ist gewaltig, die Schlacht gegen die Bourgeoisie unvermeidlich.«[11]

Entsprechend dem Beschluß des EKKI, traten am 10. Oktober die führenden Vertreter der KPD Fritz Heckert und Paul Böttcher als Minister in die von dem linken Sozialdemokraten Erich Zeigner geleitete sächsische Landesregierung ein. Heinrich Brandler wurde Leiter der sächsischen Staatskanzlei. Am 16. Oktober wurde auch in Thüringen eine Koalitionsregierung aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet. Die Zentrale der Partei verlegte ihren Sitz nach Dresden, in Berlin wurde nur eine kleine Vertretung mit Wilhelm Pieck als Verantwortlichen belassen.[12]

Aber die beiden Arbeiterregierungen erfüllten ihre historische Aufgabe nicht. Die linken Sozialdemokraten verhielten sich inkonsequent. Polizei und Justiz gingen in beiden Ländern weiter gegen revolutionäre Arbeiter und gegen die Presse der KPD vor. Die Regierungen unternahmen keine wirksamen Schritte zur sofortigen Verbesserung der Lage der Werktätigen und kümmerten sich völlig unzureichend um die Bewaffnung der Arbeiter. Auch die kommunistischen Minister wurden trotz ehrlichen Wollens ihrer Verantwortung nicht gerecht. Unter dem Einfluß der von der Mehrheit der Zentrale, besonders von Brandler, vertretenen Auf-

9 Vgl. ebenda, S. 239/240.

10 Vgl. Publikationen Ernst Thälmanns in sowjetischen Periodika der zwanziger Jahre. In: BzG, 1973, H. 6, S. 950.

11 Ernst Thälmann: Am Vorabend der deutschen Revolution. In: Ebenda, S. 953. – Ders.: Die Lage spitzt sich zu. In: Ebenda, S. 955.

12 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/15.

fassung, die Koalition mit der linken Sozialdemokratie dürfe auf keinen Fall gefährdet werden, traten sie nicht entschieden genug auf.

Trotz aller Schwächen wirkte jedoch die Bildung der Arbeiterregierung in Sachsen auf die Arbeiter Deutschlands mobilisierend. Die Reichsregierung verhängte gegen diese verfassungsmäßig gebildete Arbeiterregierung am 13. Oktober den Ausnahmezustand und bereitete deren militärische Niederwerfung vor.

Ernst Thälmann war aus Moskau unmittelbar nach Hamburg zurückgekehrt. Er war unermüdlich tätig, um die Partei in Hamburg, entsprechend den im EKKI gefaßten Beschlüssen, auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Auch hier war die Kampfbereitschaft in der Arbeiterklasse gewachsen. Die Einheitsfrontpolitik der KPD fand unter sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern zunehmend Widerhall. Um dem Entstehen einer antiimperialistischen Einheitsfront entgegenzuwirken, bemühten sich die rechten Führer der SPD und des ADGB in Hamburg, eine »Einigungspolitik« zur Verteidigung der Republik[13], das heißt zur Erhaltung der imperialistischen Ordnung, zu entwickeln.

Am 21. September, als Ernst Thälmann noch in Moskau weilte, hatte die Hamburger Organisation der KPD in einem Flugblatt erklärt, es sei die Aufgabe der Stunde, der »unfähigen, würdelosen und landesverräterischen deutschen Bourgeoisie die Zügel der Leitung des Staates aus den Händen [zu] reißen«[14] und durch den gemeinsamen Kampf aller Ausgebeuteten eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu erkämpfen. Die Werktätigen wurden aufgerufen, proletarische Hundertschaften und Kontrollausschüsse zu bilden, die Führer der Gewerkschaften zu einer wirklichen Klassenkampfpolitik zu zwingen und für einen Arbeitersenat auf der Grundlage eines wirklich proletarischen Programms zu kämpfen. Am 9. Oktober rief die »Hamburger Volkszeitung« dazu auf, in den Betrieben die proletarische Einheitsfront herzustellen, Aktionsausschüsse und proletarische Hundertschaften zu bilden. In einer Beratung mit dem Ortsausschuß des ADGB und mit Vertretern der VSPD und der USPD am 14. Oktober verlangten Thälmann und die anderen Vertreter der KPD von der VSPD, für die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes

13 Vgl. Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für die Geschäftsjahre vom 1. April 1921 bis 31. März 1924, Hamburg 1924, S. 24–32.

14 27. Jahresbericht des Ortsausschusses Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Geschäftsjahr 1923, Hamburg 1923, S. 46.

einzutreten, das am Vortage vom Reichstag mit den Stimmen der VSPD beschlossen worden war. Sie forderten, daß sich die VSPD zum Kampf für die Verteidigung des Achtstundentages, gegen Militärdiktatur und Ausnahmezustand und für die Vorbereitung eines Generalstreiks bereit erkläre.[15] Die VSPD lehnte das ab.

Parallel mit diesen Versuchen, die Kampffront zu erweitern, liefen die Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand, an denen Ernst Thälmann verantwortlich teilnahm. Entscheidend war an den Vorbereitungen auf die bewaffneten Auseinandersetzungen der militärische Leiter des Oberbezirks[16], Albert Schreiner (Baumann), beteiligt. Am 16. Oktober appellierte die »Hamburger Volkszeitung«, die eine Woche zuvor vom Senat verboten worden war und illegal erscheinen mußte, im Sinne der Beschlüsse der Zentrale an die Hamburger Arbeiter, ihren sächsischen Klassenbrüdern zu Hilfe zu kommen, wenn, wie in Kürze zu erwarten, die Reichsregierung mit bewaffneter Macht gegen die Arbeiterregierungen vorgehen werde. Der Kampfbeginn in Sachsen sei für alle Arbeiter das Signal, sofort den Generalstreik zu erklären und der Reichswehr und den reaktionären Banden »mit denselben Mitteln entgegenzutreten«, mit denen diese in Sachsen oder an anderen Stellen die Arbeiter angreifen würden.[17]

Die Lage in Hamburg spitzte sich zu. Alma Soltau erinnert sich: »Im Jahre 1923, als die Inflation ihrem Höhepunkt zueilte, war ich in einer Frauen-Funktionärversammlung im Parteihaus. In den Stadtteilen mehrten sich Unzufriedenheit und Empörung. An den Marktständen gingen die Frauen dazu über, die Stände der Händler zu demolieren, weil von Stunde zu Stunde die Waren teurer wurden. In den Betrieben mußten wir jeden Morgen erneut Lohnzahlungen aushandeln, weil bereits am Mittag die Frauen an den Betriebstoren standen und Geld haben wollten. Bis zum Feierabend waren die Preise erneut gestiegen, und der Lohn reichte nicht für ein Mittagessen. Genosse Thälmann sprach zu uns Frauen und sagte: ›Wir dürfen es nicht zulassen, daß begonnene Aktionen einfach so wild verpuffen. Wir müssen mit diesen Frauen Kontrollausschüsse bilden. Es sollen kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Frauen gewählt werden, die die Preise der Kaufleute und Händler kontrollieren.‹

15 Vgl. ebenda, S. 46, 54/55. – IML, ZPA, 31/1/207.

16 Die KPD-Bezirke Wasserkante, Nordwest und Niedersachsen waren zu einem Oberbezirk zusammengefaßt.

17 Vgl. IML, ZPA, St 12/5.

Diese Vorschläge des Genossen Thälmann führten wir in den Stadtteilen durch. In einer Riesenversammlung der Frauen wurde ein zentraler Kontrollausschuß für Hamburg und eine Delegation zum Bürgermeister Stolten gewählt. Genosse Ernst sprach als Vertreter der Kommunistischen Partei noch kurz zu den Frauen und sagte, daß am anderen Morgen Streikbeschlüsse bei den Werft- und Hafenarbeitern zu erwarten seien. Die Frauen riefen: ›Wir sind am nächsten Morgen am Hafen, wir wollen die Männer unterstützen!‹«[18]

Werftarbeiter und Arbeiter einiger anderer Betriebe streikten schon. Am 18. und 19. Oktober sperrten Arbeiterfrauen die Eingänge von Werften gegen Streikbrecher. Am 20. Oktober demonstrierten Tausende Hamburger Erwerbslose und durchbrachen die Bannmeile, jenen Bereich im Zentrum der Stadt, in dem Demonstrationen und Kundgebungen verboten waren. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Viele Arbeiter und auch Angehörige der Mittelschichten sympathisierten mit den Demonstranten und nahmen gegen die Polizei Stellung.[19] Wieder trat der Vorstand der Hamburger Sozialdemokratie auf den Plan, um die revolutionäre Bewegung zu dämpfen. Am 21. Oktober wies er die Parteimitglieder an, alle Forderungen nach Bewaffnung proletarischer Hundertschaften, Entwaffnung der Ordnungspolizei und der Reichswehr, desgleichen die Propaganda für den Generalstreik ohne Beschluß der VSPD und der Gewerkschaften abzulehnen. In einer erneuten Besprechung von Vertretern des ADGB, der VSPD, der USPD und der KPD am 22. Oktober schlugen die rechten Sozialdemokraten vor, an die zentralen Leitungen in Berlin die Forderung zu richten, einen Demonstrationsstreik gegen die wirtschaftliche und politische Reaktion durchzuführen und örtliche Aktionen bis dahin zu unterlassen. Das war ein demagogischer Vorschlag; er sollte Kampfbereitschaft vortäuschen und zugleich die bereits begonnenen Massenkämpfe in Hamburg abwürgen. Die KPD konnte ihm daher nicht zustimmen. Aber sie brach die Verhandlungen mit den anderen Organisationen nicht schroff ab, sondern erklärte, daß sie ihre Antwort am nächsten Tag übermitteln werde.[20]

18 Ebenda, EA 1397.

19 Vgl. Heinz Habedank: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Berlin 1958, S. 87/88. – A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung, Zürich 1928, S. 71–73.

20 Vgl. Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet. Jahresbericht der Landesorganisation für die Geschäftsjahre vom 1. April 1921 bis 31. März 1924, S. 33, 32. – 27. Jahresbericht des Ortsausschusses Groß-Hamburg des ADGB, S. 56.

Angesichts des unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Vorgehens gegen Sachsen hatte die Führung der KPD am 20. Oktober beschlossen, nicht, wie ursprünglich vorgesehen, erst am 9. November, sondern bereits auf einer Konferenz der sächsischen Regierung mit Vertretern der Betriebsräte, Gewerkschaften und Kontrollausschüsse, die für den 21. Oktober nach Chemnitz einberufen worden war, den Generalstreik der gesamten deutschen Arbeiterklasse proklamieren zu lassen. Die bewaffneten Kämpfe um die Arbeiter-und-Bauern-Regierung sollten aus dem Generalstreik hervorgehen; sie sollten in Sachsen und Halle-Merseburg und zur Entlastung zugleich in den Bezirken Wasserkante und Mecklenburg ausgelöst werden.[21] Mit dieser Weisung begab sich das Mitglied der Zentrale der KPD Hermann Remmele nach Hamburg, wo er am 21. abends Ernst Thälmann und anderen führenden Hamburger Genossen den Beschluß der Parteiführung überbrachte, und reiste dann nach Kiel weiter, um auch dort seinen Auftrag zu übermitteln.[22]

Sofort wurden in Hamburg die letzten Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand eingeleitet. In einer Arbeiterwohnung fand unter Thälmanns Leitung eine Sitzung der verantwortlichen Funktionäre der Hamburger Parteiorganisation statt. Da, wie die Anwesenden feststellten, die Situation in Hamburg für bewaffnete Massenaktionen günstig sei, wurde beschlossen, loszuschlagen und damit ein Signal für das Proletariat ganz Deutschlands zu geben. Wenn sich die KPD nicht an die Spitze der kampfbereiten Massen stelle, sei eine spontane Aktion der Massen zu erwarten; das würde der Autorität der KPD Abbruch tun.[23]

Diese Kampfbereitschaft widerspiegelte auch eine Konferenz der Werftarbeiter der Wasserkante, die am 21. Oktober in Hamburg auf Initiative der KPD stattgefunden hatte. Ernst Thälmann und die anderen KPD-Funktionäre mußten hier ihr ganzes Ansehen aufbieten, um – entsprechend den Weisungen der Zentrale, Teilkämpfe bis zum Entscheidungskampf nicht zu führen – die Arbeiter von der sofortigen Ausrufung des Generalstreiks zurückzuhalten. Gleichzeitig setzte Thälmann sich mit sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären auseinander, die jede Massenaktion grundsätzlich zu verhindern suchten. Die Mehrheit der Teilnehmer an der Konferenz beschloß, den Generalstreik zu proklamieren, sobald der Reichswehreinmarsch in Sachsen beginne.

21 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/15; I 6/3/125; 16/1155.
22 Vgl. ebenda, NL 36/519; I 6/3/128; I 2/705/2; 31/1/207.
23 Vgl. A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand, S. 76/77.

Eine Delegation wurde nach Chemnitz entsandt, um die Direktive zum Kampf zu holen.[24]

In Chemnitz waren die Dinge aber anders als vorgesehen verlaufen. Auf der dortigen Konferenz war sichtbar geworden, daß die linkssozialdemokratischen Führer nicht bereit waren, einem Generalstreik zuzustimmen. Daraufhin nahm Heinrich Brandler den Beschluß der Parteiführung vom Vortage zurück und schlug, obwohl die Reichswehr soeben in Sachsen einmarschierte, vor, diese Frage einer Kommission zur Beratung zu überweisen. Als Hugo Urbahns und die anderen Vertreter des Bezirks Wasserkante in Chemnitz eintrafen, war dieser Beschluß bereits gefaßt.[25]

In Hamburg griff am 22. Oktober trotz der Abwiegelungsversuche der sozialdemokratischen Führer der Streik weiter um sich. In den Werft-, Hafen- und Baubetrieben wurde die Ausrufung des Generalstreiks gefordert. Die Arbeiter aller Werften traten als erste in den Streik, ihnen folgten die Arbeiter des Hafens, der Lagerhäuser und Kohlenlager. Bereits am Nachmittag ruhte die Arbeit im gesamten Hafengebiet. Die Erwerbslosendemonstrationen nahmen noch größeren Umfang an. Hungernde erzwangen in zahlreichen Läden die kostenlose Verteilung von Brot. Die Nachricht vom Einmarsch der Reichswehr in Sachsen steigerte die Empörung der Werktätigen weiter. Die Polizei erwies sich gegenüber der Massenbewegung als machtlos.

Am Abend des 22. versammelten sich unter Ernst Thälmanns Führung die Leitung des KPD-Oberbezirks Nordwest und die unmittelbaren Leiter des Aufstandes und bestätigten den Aufstandsplan. Die Mehrheit entschied sich unter Thälmanns Einfluß, entsprechend den erhaltenen Weisungen am nächsten Morgen den Kampf aufzunehmen, um den Reichswehraufmarsch gegen Mitteldeutschland zu stören.[26] Die militärischen Leiter der Stadtbezirke erhielten ihre Einsatzbefehle. Um 5.00 Uhr früh sollte losgeschlagen werden. Da die Bewaffnung völlig unzureichend war – die Kampftrupps besaßen etwa 20 Gewehre und knapp

24 Vgl. Heinz Habedank: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes, S. 90/91. – HVZ, 24. Oktober 1924. – Hermann Remmele: Um den politischen Machtkampf in Deutschland. In: Die Kommunistische Internationale, 1924, H. 31/32, S. 160. – A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand, S. 71.
25 Vgl. IML, ZPA, 2/15; 31/1/207.
26 Vgl. Heinz Habedank: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes, S. 97/98. – A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand, S. 77. – IML, ZPA, I 2/705/2.

30 Pistolen –, sollten die mit diesen wenigen Waffen ausgerüsteten Gruppen des Ordnerdienstes zunächst die Verkehrsverbindungen unterbrechen, um die Heranführung gegnerischer Verstärkungen zu verhindern, und die notwendigen Waffen beschaffen. Dazu war ein schlagartiger Überfall dieses Kerns der militärischen Kräfte des Hamburger Proletariats, der aus kampferprobten Kommunisten bestand, auf die Polizeireviere in den Vororten vorgesehen. Danach sollten die Arbeiter in das Zentrum Hamburgs vordringen und strategisch wichtige Punkte der Stadt besetzen.

Am 23. Oktober 1923 stürmten pünktlich um 5.00 Uhr morgens die Kampfgruppen die Polizeireviere. Die Polizei war völlig überrascht. 17 Reviere wurden besetzt, die Polizisten entwaffnet. 30 Minuten nach dem Beginn des Aufstandes hatten die Arbeiter rund 170 Gewehre und Munition erbeutet, mit denen weitere Kämpfer bewaffnet wurden. In den frühen Morgenstunden gingen in vielen Teilen Hamburgs die Arbeiter auf die Straße. Gegen Mittag verbreiterte sich die Streikfront. Einzelne Polizisten wurden entwaffnet, ein Waffenladen wurde ausgeräumt. Der Verkehr kam zeitweilig fast zum Erliegen. In den nördlichen und östlichen Vororten Hamburgs errichteten die Aufständischen, unterstützt von der Bevölkerung, Barrikaden.

Am erfolgreichsten verliefen die Kämpfe in Barmbeck. Hier war Hans Kippenberger der militärische Leiter. Allein im Südteil Barmbecks, das zum Hauptkampfplatz wurde, wurden innerhalb weniger Stunden 58 Barrikaden gebaut. Das zeugte von der großen Sympathie der Werktätigen für die Aufständischen. Die »Hamburger Volkszeitung« berichtete hierüber am ersten Jahrestag des Aufstandes: »Unzählige Barrikaden entstanden wie aus der Erde gestampft. Alles half mit am Bau der proletarischen Verteidigungsstellungen. Straßen waren quer aufgerissen, dicke Bäume auf beiden Seiten gefällt und mit Stacheldraht umwickelt, Asphaltplatten losgemeißelt und als Brustwehren in den Schützengräben verwandt. Lebensmittel und Zigaretten wurden von sympathisierenden Kleinbürgern verteilt, proletarische Frauen kochten im Verlaufe der Kämpfe dicke Suppe und Kaffee, Kuriere kamen und brachten Munition. Unvergeßlich sind jedem diese Bilder proletarischer Solidarität und proletarischen Heldenmutes. Trotzdem jeder in Barmbeck wußte, daß der Gegner eine weit überlegene Waffengewalt hatte, so war doch in keinem Stadium des Kampfes Kleinmut aufgekommen. Wenn proletarischer Zorn und proletarische Begeisterung sich paaren, dann ist es von vornherein

eine Waffe, gegen die die Söldlinge des Kapitals keine gleiche haben.«[27] »Unsere Wohnung«, berichtet Ernst Thälmanns Tochter, »war ein Sammelplatz für die Kämpfenden. Im ganzen Hause wurde, wie in vielen Hamburger Arbeiterhäusern, für die kämpfenden Arbeiter gekocht. Frauen und Kinder halfen Barrikaden bauen.«[28] Auch in anderen Bezirken Hamburgs und in der unmittelbaren Umgebung wurde gekämpft, besonders in Schiffbek, wo Fritz (Fiete) Schulze die militärische Leitung innehatte. Hervorragend bewährten sich Jungarbeiter auf den Barrikaden, im Kurierdienst und bei der Versorgung der Kämpfenden. Die politische Leitung des Aufstandes lag in den Händen Ernst Thälmanns. Seine feste Verbindung mit den Hamburger Arbeitern, seine Kenntnis ihrer Probleme, seine Einsatzbereitschaft, seine Fähigkeit, rasch zu entscheiden, sein Mut wie sein großes Organisationstalent kamen hier voll zur Geltung. Eng arbeitete er mit dem militärischen Oberleiter, Albert Schreiner (Baumann), zusammen.[29] Im Laufe des Tages hielt Thälmann in einer Wohnung am Holsteinischen Kamp eine Sitzung ab, auf der über die Lage in den verschiedenen Kampfgebieten Bericht erstattet wurde.[30]

Viele Arbeiter waren bereit, am Kampf teilzunehmen, aber es fehlte an Waffen. So standen etwa 300 bewaffnete Arbeiter einer zwanzigfachen militärischen Übermacht gegenüber. Über 5000 Polizisten und am nächsten Tag auch Landegruppen von Kriegsschiffen wurden gegen die Aufständischen eingesetzt. Panzerautos, Flugzeuge und zahlreiche Maschinengewehre standen der Reaktion zur Verfügung. Aber die Arbeiter hielten stand. Vor allem von den Dächern aus bekämpften sie die gegen die Barrikaden vorgehende Polizei. Die Unterstützung der Bevölkerung ermöglichte es den bewaffneten Arbeiterkampftruppen, mit ihren zahlenmäßig schwachen Kräften rasch zu manövrieren. Im Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu streiten, zeigten die Arbeiter wahres Heldentum. Sie bewiesen große Standhaftigkeit und entwickelten hervorragende Initiativen. Wenige, ja manchmal nur ein oder zwei Bewaffnete hielten ganze Trupps der Polizei auf, die nur in Gruppen von 30 bis 50 Mann angriff. In kleineren Trupps wagte sie sich trotz ihrer guten Bewaffnung und überreichen Ausstattung mit Munition nicht an die Stellungen der Arbeiter heran. Das zeugte von der Überlegenheit des Proletariats, das »mit der

27 HVZ, 23. Oktober 1924.
28 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 12.
29 Vgl. IML, ZPA, 31/1/207. – Mitteilung von Albert Schreiner an das Autorenkollektiv.
30 Vgl. IML, ZPA, NL 3/69.

Waffe in der Hand nicht nur sich, sondern seine ganze Klasse und ihre Zukunft«[31] verteidigte, wie es in einem zeitgenössischen Bericht der Bezirksleitung Wasserkante der KPD hieß.

Obgleich Tausende von Polizisten die Aufstandszentren eingeschlossen hatten, hielt Ernst Thälmann mit der ihm eigenen Unerschrockenheit ständig Verbindung zu den Kämpfenden. Er ermunterte die Kämpfer an den Barrikaden auf dem Barmbecker Marktplatz und an anderen Orten und gab ihnen Ratschläge. Zumeist war er mit einem Fahrrad unterwegs, in grauer Windjacke, Arbeitshosen, Schaftstiefeln und mit einer blauen Schirmmütze.[32]

Aber während eine Minderheit heldenhaft kämpfte, gelang es nicht, in Hamburg den Generalstreik auszulösen. Der Einfluß der rechten Führer der Sozialdemokratie war stärker als erwartet. Dazu kam, daß Hamburg auf Grund der Chemnitzer Beschlüsse isoliert blieb. Ernst Thälmann appellierte am 23. an die Leitungen der KPD in den benachbarten Bezirken, in Hannover und Bremen, durch die Auslösung des Generalstreiks die kämpfenden Hamburger Arbeiter zu unterstützen.[33]

Am ersten Tag war es den bewaffneten Arbeitern gelungen, alle gegnerischen Vorstöße zurückzuschlagen. Am 24. verstärkte sich der Druck der Polizeitruppen, aber hartnäckig trotzten die Barrikadenkämpfer dem an Zahl und Bewaffnung weit überlegenen Gegner. Sie zogen sich geschickt vor überlegenen Streitkräften zurück und fügten durch blitzschnelle Gegenangriffe den Polizeitruppen neue Verluste zu. So vermochten die konterrevolutionären Kräfte auch am zweiten Tag nicht, den Aufstand zu unterdrücken. Die rechten Führer der SPD zeigten jetzt ihr wahres Gesicht. 700 Angehörige der sozialdemokratischen sogenannten Vereinigung Republik folgten ihren Anweisungen und übernahmen in der Stadt Polizeifunktionen. Damit machten sie Polizeikräfte für den Einsatz gegen die Aufständischen frei.

Im Verlauf des 24. Oktober erkannten Ernst Thälmann und die anderen Führer des Aufstandes, daß die revolutionären Hamburger Arbeiter auf einsamem Posten standen. Hugo Urbahns, der in der Nacht zum 23. Oktober nach Hamburg zurückgekehrt war, nahm keine Verbindung mit der Kampfleitung auf, trat aber isoliert von ihr gegen den Aufstand auf, als dieser bereits im Gange war. Das führte an einigen Stellen zu Des-

31 Ebenda, I 3/16.
32 Vgl. ebenda, EA 1163.
33 Vgl. ebenda, I 3/16; NL 36/519.

organisation. Angesichts dieser Tatsachen gelangte die Kampfleitung zu dem Entschluß, daß der Kampf abzubrechen sei. Als am Abend des zweiten Aufstandstages Fritz Heckert als Abgesandter der Zentrale Verbindung zur Kampfleitung herstellen konnte und sie genauer über die Lage in Deutschland informierte, wurde vereinbart, die Kampfhandlungen einzustellen und die kämpfenden Arbeiter organisiert zurückzuziehen.[34] Ernst Thälmann ging mit einem Begleiter in die Stellungen in Schiffbek und Bramfeld, um die Gruppen aus dem Kampf herauszuziehen.[35] Widerstrebend, aber geordnet und ohne größere Verluste lösten sich die Kämpfenden vom Gegner. Einzelne kleine bewaffnete Arbeitergruppen setzten die Kämpfe noch am 25. fort. Ernst Thälmann schrieb erneut an die Bezirksleitung in Hannover und forderte sie auf, den Generalstreik zu proklamieren und die Aufhebung des Belagerungszustandes zu verlangen[36], um damit den Rückzug der Hamburger Aufständischen politisch zu decken. Aber hier wie im übrigen Deutschland wurden, entsprechend der Weisung der Zentrale vom 21. Oktober, keine Kämpfe ausgelöst. Auch die verfassungsmäßige Regierung in Sachsen leistete keinen Widerstand, als sie durch eine Notverordnung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten ihres Amtes enthoben wurde. Am 12. November traten die kommunistischen Minister aus der thüringischen Landesregierung aus.

In diesen Wochen glaubte man in der Führung der KPD, daß die Entscheidungsschlacht nur vertagt sei und in Kürze bevorstehe. Aber wie die weitere Entwicklung zeigte, konnte die herrschende Klasse ihre Macht konsolidieren. Das revolutionäre deutsche Proletariat hatte eine Niederlage erlitten.

Wieder waren es die rechten Führer der SPD gewesen, die in dieser Krisensituation dem deutschen Imperialismus die entscheidende Hilfe geleistet hatten. Sie waren in die Regierung Stresemann eingetreten, um die revolutionäre Bewegung einzudämmen; sie hatten alles getan, um die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu verhindern; sie beteiligten sich als Funktionäre im bürgerlichen Staatsapparat an der gewaltsamen Niederwerfung der revolutionären Arbeiter. Der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert dankte in einem Schreiben dem Reichswehrminister Otto Gessler für die Unterstützung, die Heer und Marine bei

34 Vgl. ebenda, NL 36/519. – Mitteilung von Albert Schreiner an das Autorenkollektiv.
35 Vgl. IML, ZPA, EA 1163.
36 Vgl. ebenda, I 3/16.

der blutigen Niederschlagung des Hamburger Aufstandes geleistet hatten.[37]

Auch in Bulgarien und Polen gelang es 1923 der Reaktion, die kämpfenden Arbeiter niederzuwerfen. Die Periode der revolutionären Nachkriegskrise war beendet. Es war nicht gelungen, sie zum Sturz der imperialistischen Herrschaft in weiteren Ländern auszunutzen.

Aber in diesen Jahren hatte sich die Sowjetmacht in Rußland behaupten und ihre Positionen festigen können. Die kommunistische Bewegung in der Welt war erstarkt, hatte wesentliche Erfahrungen gesammelt. Vor ihr stand jetzt die Aufgabe, aus den Kämpfen dieser Jahre, aus den Erfolgen und Niederlagen die richtigen Lehren zu ziehen. In den Auseinandersetzungen, die hierüber entbrannten, stand Ernst Thälmann in der vordersten Reihe. Die Erfahrungen des Kampfjahres 1923, auf die er immer wieder zurückgriff, waren von großer Bedeutung für seine weitere Entwicklung zum revolutionären Führer des deutschen Proletariats; aus ihnen zog er grundlegende Schlüsse für die Entwicklung der Partei, für ihre Strategie und Taktik. »Die proletarische Revolution«, schrieb er 1925, »hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue! Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesieglich...

Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution, nicht nur durch ihre unmittelbaren positiven Resultate, sondern vor allem infolge der großen Lehren, die sie der ganzen Arbeiterklasse einhämmern.«[38]

37 Vgl. ZStA Potsdam. Hist. Abt. I, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 217.
38 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Aufstandes. In: Geschichte und Politik, S. 35.

6

»...bei Thälmann revolutionäres Kraftgefühl«

Nach dem Hamburger Aufstand ging die herrschende Klasse brutal gegen die revolutionären Arbeiter vor und suchte die KPD zu zerschlagen. Ernst Thälmann mußte ebenso wie die anderen Barrikadenkämpfer und Funktionäre der Hamburger KPD in die Illegalität gehen. Trotz der Gefahr, von der Polizei aufgespürt zu werden, die fieberhaft nach den führenden Kommunisten fahndete, hielt er sich weiter in Hamburg auf. Häufig wechselte er sein illegales Quartier. Einige Zeit wohnte er in der Schule Adlerstraße bei dem parteilosen Hausmeister August Krüger. Dessen Schwiegersohn, der Kommunist Georg Dünninghaus, hatte das Quartier beschafft und war als Verbindungsmann Ernst Thälmanns tätig.[1]

Ernst Thälmanns Sorge galt jetzt zunächst der Sicherung der weiteren Arbeit der Partei sowie der Hilfe für die verfolgten und verhafteten Kämpfer und deren Angehörige. Bereits am 25. Oktober forderte er die Mitglieder der Hamburger Parteiorganisation in einem Schreiben auf, ihre ganze Kraft einzusetzen, um eine enge Verbindung mit der werktätigen Bevölkerung herzustellen.[2] Am gleichen Tage beauftragte Ernst Thälmann Gustav Gundelach, für die Nachmittagsstunden des 26. Oktober in Hamburg-Winterhude ein Versammlungslokal für eine illegale Beratung zu besorgen. Diese erste Aussprache mit Hamburger Funktionären nach dem Aufstand über die nächsten Aufgaben der Partei fand bei einem mit der KPD sympathisierenden Gastwirt statt. Hier schon betonte Thälmann, daß die KPD aus dem Hamburger Aufstand wichtige Lehren für ihren künftigen Weg ziehen müsse. Er übertrug Gundelach die Verantwortung für die Betreuung und Sicherung der Arbeiter, die am Kampf teilgenommen hatten.[3] Für die Familien der verfolgten Barrikadenkämpfer wurden Geld und Lebensmittel gesammelt.

Am 7. November hob die Hamburger Bürgerschaft die Immunität der

1 Vgl. Louise Dünninghaus: »So leicht siegt sich das nicht!« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 63. – IML, ZPA, EA 1400/1.
2 Vgl. IML, ZPA, 31/1/207.
3 Vgl. Gustav Gundelach: Mit Ernst Thälmann zusammen in Hamburg. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 61/62.

kommunistischen Abgeordneten auf. Aber trotz aller Verfolgungen setzte die KPD auch in Hamburg ihre Arbeit fort. Am 9. November fand eine Gedenkfeier auf dem Ohlsdorfer Zentralfriedhof statt. Überraschend erschien der von der Polizei gesuchte Ernst Thälmann und sprach zu den Versammelten, »geschützt von einem zehnfachen Ring seiner Oktoberkämpfer. Er sah die vergeblichen Versuche der Polizei, an ihn heranzukommen. Jeder dieser Bullen wurde von Genossen umringt. So isoliert, verhielten sie sich sehr still und entblößten ohne Nachhilfe ihre Häupter zu Ehren der Revolutionsopfer der Jahre 1918 bis 1923. Nach der Rede Ernst Thälmanns ehrten die Genossen im stillen Gedenken die gefallenen proletarischen Kämpfer. Es gab keine Verhafteten an diesem Tag«[4], erinnert sich Friedrich Dettmann.

Ernst Thälmann nahm am nächsten Tage auch an einer Beratung revolutionärer Gewerkschafter teil. Er informierte, daß viele Arbeiter, empört über das Verhalten der rechtsopportunistischen Führung, aus den Gewerkschaften austräten und daß die besten Gewerkschaftsfunktionäre von den Unternehmern entlassen worden seien. Die Führung der KPD müsse überlegen, wie auf diese Entwicklung zu reagieren sei. Die Parteileitung sei bereits dabei, die fehlenden Funktionäre in den Betrieben zu ersetzen. Mit der gerade in dieser Zeit des rapiden Mitgliederschwunds der Gewerkschaften und angesichts der Bestrebungen mancher Funktionäre der KPD, dem durch die Schaffung neuer revolutionärer Gewerkschaften zu begegnen, wichtigen Feststellung, »die Eroberung der Gewerkschaften sei nach wie vor richtig und für den ferneren Kampf unerläßlich«[5], schloß Thälmann seine Ausführungen.

Am 22. November wurde gegen Ernst Thälmann Haftbefehl erlassen, der mit seiner Tätigkeit als verantwortlicher Redakteur der „Hamburger Volkszeitung" begründet wurde. Dank der guten Konspiration konnte die Klassenjustiz Ernst Thälmanns unmittelbare Teilnahme an der Leitung des Hamburger Aufstandes nicht nachweisen. Er habe durch »Aufreizung zum Klassenhaß«, »Aufforderung zum Sturz der Reichs- beziehungsweise Landesregierung und Einführung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung« Hochverrat geübt. Da er Vorsitzender der Ortsgruppe Hamburg der KPD sei, bestehe zudem, wie der Untersuchungsrichter des Landgerichts Hamburg formulierte, »jedenfalls dringender Verdacht,

4 Friedrich Dettmann: Er war zu jedem Opfer für den Sozialismus bereit. In: Ebenda, S. 48/49.

5 IML, ZPA, 2/708/92.

daß Thälmann auf die Ereignisse einen sehr bestimmenden Einfluß ausgeübt hat«.[6] Es gelang der Polizei jedoch nicht, des Gesuchten habhaft zu werden.

In diesen Wochen tat die herrschende Klasse in Deutschland wichtige Schritte, um ihre Machtpositionen zu stabilisieren. Am 8. November übertrug Ebert dem Chef der Heeresleitung General von Seeckt die vollziehende Gewalt. Am 15. November begann die Stabilisierung der Mark, am 23. November wurde die KPD verboten. Am 8. Dezember beschloß der Reichstag mit Zustimmung der Fraktion der SPD ein Ermächtigungsgesetz für die Ende November gebildete Regierung unter dem Zentrumspolitiker Wilhelm Marx. Und schließlich bahnte sich die Neuregelung der Reparationsfrage unter Einbeziehung des amerikanischen Finanzkapitals an, die für das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus eine entscheidende Rolle spielen sollte.

In der KPD wurde intensiv über die Ereignisse des Jahres 1923 und die Schlußfolgerungen für die weitere Politik der KPD diskutiert. Am 3. November hatte Ernst Thälmann schon an einer Sitzung des Zentralausschusses mit Bezirkssekretären und Redakteuren der Partei teilgenommen, die in einem Vorort von Berlin stattfand.[7] Die Meinungen prallten hart aufeinander. Heinrich Brandler, der im September den Stand der Vorbereitung auf den Machtkampf weit überschätzt hatte, übertrieb jetzt die Schwierigkeiten, die im Oktober bestanden hatten, und suchte das kampflose Zurückweichen zu rechtfertigen. Noch deutlicher als zuvor traten jetzt seine Unklarheiten in der entscheidenden Frage, in der Machtfrage, ans Licht. Brandler ging von einem klassenneutralen Demokratiebegriff aus. Die Demokratie, so behauptete er, sei keine Klassenherrschaft. In Deutschland habe bis zum Herbst 1923 eine Demokratie bestanden, die sich entweder zur Herrschaft des Proletariats oder der Bourgeoisie hätte entwickeln können. Erst durch die Errichtung der faschistischen Diktatur – so charakterisierte er das bestehende, durch Ermächtigungsgesetz und Reichswehrterror in Sachsen gekennzeichnete Regime – sei die Bourgeoisie in den Besitz der Staatsmacht gekommen. Diese Auffassung Brandlers mußte in der politischen Praxis zu opportunistischen Fehlern führen, zu der Illusion, daß es möglich sei, im »Rahmen der Demokratie«, das heißt im Rahmen der parlamentarisch verbrämten

6 StA Hamburg, Außerordentliches Gericht, C 57/27, Bd. IV (Akten in der Strafsache Thälmann, Ernst Johann Fritz wegen Hochverrats).

7 Vgl. IML, ZPA, 2/15; I 6/3/120.

imperialistischen Klassendiktatur, grundlegende Veränderungen im Interesse der Arbeiterklasse durchzuführen.

Ernst Thälmann kritisierte, daß Brandler die militärisch-technische Seite der Vorbereitung auf eine revolutionäre Erhebung überschätzt hatte, daß in der Partei die Disziplin fehlte und die Zentrale ungenügende Autorität besaß. Er erinnerte daran, daß er Brandler und andere Genossen schon in Moskau davor gewarnt hatte, mit dem Aufstand zu spielen, und stellte fest, daß die Partei ungenügend auf die entscheidenden Kämpfe vorbereitet gewesen war.

Auf der Tagung des Zentralausschusses wurde beschlossen, angesichts der Verfolgung der KPD eine engere Leitung der Partei aus sechs Personen zu bilden; die Zentrale sollte als deren Beirat fungieren. Dieser engeren Leitung der KPD gehörten Heinrich Brandler, Ruth Fischer, Wilhelm Pieck, August Thalheimer, Ernst Thälmann und Jacob Walcher an.[8] Auch in den Beratungen dieses Gremiums wurde das Bemühen Ernst Thälmanns deutlich, konstruktiv an der Gestaltung der Politik der Partei mitzuarbeiten. Am 27. November wandte er sich gegen den abenteuerlichen Vorschlag eines ultralinken Funktionärs, im Rheinland den Kampf um die Macht aufzunehmen. Er kritisierte Ruth Fischers Disziplinlosigkeit, als diese am 29. November erklärte, sie werde die Beschlüsse zur Organisationsfrage nicht durchführen, die unter anderem vorsahen, die Betriebsgruppen zur Basis der Partei zu machen und – entsprechend den Bedingungen der Illegalität – Fünfergruppen zu bilden. Aber noch glaubte Thälmann an die politische Aufrichtigkeit Ruth Fischers und meinte, daß man ihre Worte nicht so ernst zu nehmen brauche.[9]

Auf der Sitzung der Zentrale am 8. Dezember 1923 zeigte es sich, daß es in der Partei drei Gruppierungen gab. Für ein Schreiben an das EKKI über die Lage und die Aufgaben der KPD wurden drei Entwürfe vorgelegt, die alle davon ausgingen, daß in Deutschland alsbald entscheidende Kämpfe zu erwarten seien. Das war die in der KPD – wie auch im EKKI – zu dieser Zeit noch allgemein verbreitete Auffassung. Während aber Brandler und Thalheimer die Politik der Partei seit Beginn der Ruhrbesetzung im wesentlichen zu rechtfertigen suchten, kritisierte die Mittelgruppe, deren Entwurf von Hermann Remmele eingebracht wurde und die Mehrheit der Stimmen erhielt, die schwankende Haltung Brandlers und der ihn unterstützenden Genossen und das kampflose Zurückweichen

8 Vgl. ebenda, I 6/3/120.
9 Vgl. ebenda, I 2/2/15.

der Partei. In dem Schreiben der Linken, dem auch Thälmann zustimmte, wurde scharf gegen das Zurückweichen der Parteiführung Stellung genommen. Die Kritik an den opportunistischen Fehlern war jedoch mit linkssektiererischen Vorstellungen vor allem in der Frage der Einheitsfront verbunden. Darin widerspiegelte sich der Einfluß ultralinker Stimmungen in der Partei.

Am 19. Dezember beschloß die Leitung der KPD, den Delegierten für die vorgesehenen Beratungen beim EKKI angesichts der Meinungsverschiedenheiten keine einheitliche Direktive zu erteilen. Sie sollten ihre jeweiligen Thesen vertreten.[10] Dieser Beschluß verdeutlicht, wie ernst die Situation in der Partei war. Die Bedingungen der Illegalität erschwerten es der Partei, Lehren aus den Ereignissen des Jahres 1923 zu ziehen und eine dem veränderten Kräfteverhältnis entsprechende Strategie und Taktik zu entwickeln. Gegen die meisten führenden Funktionäre und viele Mitglieder der KPD lagen Haftbefehle vor. Über tausend Kommunisten und andere revolutionäre Arbeiter waren inhaftiert. Die kommunistische Presse durfte nicht erscheinen.

Hinzu kam, daß zunächst die Niederlage der Arbeiterklasse und die beginnende Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus kaum erkennbar waren. Viele Fabriken standen still; nach wie vor herrschte Massenarbeitslosigkeit. In den folgenden Monaten wurden noch umfangreiche Streikkämpfe geführt. Bei vielen Arbeitern rief das rücksichtslose Vorgehen der herrschenden Klasse heftige Empörung hervor. Hunderttausende verließen, enttäuscht von der Politik der rechten Führer, die Gewerkschaften; auch der Einfluß der SPD ging zunächst zurück.

Die Politik Brandlers und seiner Anhänger hatte sich als untauglich erwiesen. Sie machte es der Partei unmöglich, ihre Reihen zu festigen und sich für den Kampf gegen den Imperialismus zu rüsten. Andererseits wurden in der KPD durch den Terror der Reaktion, durch die verräterische Haltung der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften, aber auch durch die rechtsopportunistischen Fehler in der bisherigen Parteiführung linke Vorstellungen belebt. Die Ultralinken suchten das für ihre Zwecke zu nutzen und ihre sektiererische, abenteuerliche, gegen die Kommunistische Internationale gerichtete Politik durchzusetzen. Das Gelingen ihrer Pläne hätte die KPD in eine bedeutungslose Sekte verwandelt.[11]

10 Vgl. ebenda.
11 Zur Einschätzung der Ultralinken vgl. Ingeborg Hildebrandt: Der Kampf in der KPD

Sollte die KPD ihrer historischen Aufgabe als Führerin der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen im Kampf gegen den Imperialismus und für den Sozialismus gerecht werden, mußten die rechtsopportunistischen und ultralinken Auffassungen überwunden, der Marxismus-Leninismus voll durchgesetzt und eine stabile marxistisch-leninistische Parteiführung geschaffen werden. Daß dies in den nächsten beiden Jahren im wesentlichen gelang, war maßgeblich das Verdienst Ernst Thälmanns, der in dieser Zeit zum Führer der KPD heranwuchs.

Die Leitung der KPD hatte festgelegt, daß der Bezirk Wasserkante einen Vertreter zur Beratung des EKKI delegieren sollte.[12] Wahrscheinlich fuhr Ernst Thälmann vor seiner Reise nach Moskau auch deswegen nochmals nach Hamburg. Hier sprach er am 17. Dezember auf einer Betriebsrätevollversammlung.[13] In Hamburg befand sich die Partei in einer äußerst schweren Lage. Hunderte Funktionäre und andere aktive Kommunisten waren verhaftet oder von Verhaftung bedroht und teilweise in anderen Teilen Deutschlands vor der Polizei untergetaucht. Aber zahlreiche Frauen nahmen den Platz ihrer verfolgten Männer ein und setzten die Parteiarbeit fort. Die in ganz Deutschland sichtbare Empörung vieler Arbeiter gegen die konterrevolutionäre Politik der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften trat in Hamburg besonders kraß hervor. Zehntausende Arbeiter verließen die Gewerkschaften, und fast 30000 Hamburger SPD-Mitglieder traten aus ihrer Partei aus. Wie sehr das Vorgehen der sozialdemokratischen Führer die klassenbewußten Arbeiter abstieß und wie lebendig die proletarische Solidarität war, zeigte sich darin, daß sozialdemokratische Arbeiter in den Betrieben eine Sammelaktion für die verfolgten Barrikadenkämpfer und ihre Angehörigen durchführten.[14]

Auch diese Eindrücke nahm Ernst Thälmann mit, als er zu den Beratungen des EKKI mit Vertretern der KPD nach Moskau fuhr, wo er am 4. Januar 1924 eintraf. Am 10. Januar hatten die Vertreter der linken Opposition eine Aussprache mit dem Politbüro der KPR(B), das vorher schon mit den Vertretern der Mehrheit der Zentrale der KPD verhandelt

gegen den Revisionismus der Ultralinken zu Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland – eine schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Philosophie. Phil. Diss., Berlin 1966.

12 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/15.

13 Vgl. HVZ, 18. Dezember 1923.

14 Vgl. IML, ZPA, I 3/16.

hatte. Ernst Thälmann hob in seinem Diskussionsbeitrag unter anderem hervor, daß die Bezirksorganisationen der Partei in den wichtigsten Industriebezirken hinter der Opposition stünden. Er kritisierte, daß die Zentrale nur ungenügend Arbeiter zur Leitung der Partei heranziehe. Thälmann verlangte, die Führung der KPD müsse den Stimmungen der Massen mehr Aufmerksamkeit zuwenden, sie müsse sich aber auch klar von der SPD distanzieren.[15]

Aufschlußreich für die Haltung Thälmanns in dieser Zeit sind Bemerkungen Wilhelm Piecks in einem Schreiben vom 15. Januar über das Auftreten Ruth Fischers und Ernst Thälmanns in dieser Beratung: »Die russischen Genossen werden in den Ausführungen der Genossin Fischer und des Genossen Thälmann einen deutlichen Unterschied bemerkt haben. Bei Ruth Fischer ... Pessimismus und eine niederdrückende gehässige Kritik, bei Thälmann revolutionäres Kraftgefühl und eine erhebende Propaganda. Dieser Unterschied besteht auch in der praktischen Arbeit.«[16] Wilhelm Pieck erfaßte sehr deutlich, daß dem zwei prinzipiell unterschiedliche Positionen, grundsätzlich verschiedene Auffassungen von der Partei zugrunde lagen.

Am 11. Januar begannen die offiziellen Beratungen mit den Delegierten der KPD, an denen Vertreter des EKKI sowie der Kommunistischen Parteien Bulgariens und Polens teilnahmen. Die Meinungen prallten hart aufeinander. Im Ergebnis wurden die rechtsopportunistischen Fehler der alten Führung der KPD verurteilt. Die Partei wurde verpflichtet, die Einheitsfrontpolitik fortzusetzen und in den Gewerkschaften zu arbeiten. Über den weiteren Gang der Revolution bestand aber noch keine Klarheit. Linkssektiererische Elemente in der kommunistischen Bewegung suchten die Kritik an der Politik Brandlers für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. So wurden linkssektiererische Thesen entwickelt, die auch der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, G. J. Sinowjew, der im Briefwechsel mit Ruth Fischer gestanden hatte und von deren Argumenten beeinflußt war[17], unterstützte. Diese Thesen fanden auch in dem Beschluß der Beratung ihren Niederschlag. So wurden Übergangsformen auf dem Weg zur Macht abgelehnt. Die Losung »Arbeiterregierung« wurde als bloßes Synonym für die Diktatur des Proletariats bezeichnet, die Taktik der Einheitsfront lediglich als Methode zur Entlarvung der

15 Vgl. ebenda, 3/1/1608; NL 36/535.

16 Ebenda, I 6/3/137.

17 Vgl. ebenda, I 6/3/125; I 6/3/130.

Sozialdemokratie charakterisiert und ausschließlich die Herbeiführung der Einheitsfront »von unten« als zulässig erklärt. Sinowjew behauptete, die Sozialdemokratie sei ein »Flügel des Faschismus« und die linke Sozialdemokratie müsse als der Hauptfeind betrachtet werden.[18] Diese linkssektiererischen Fehler fügten der internationalen kommunistischen Bewegung Schaden zu. Sie hemmten die Ausarbeitung einer den veränderten Kampfbedingungen entsprechenden Politik. Auf der Beratung wurde schließlich vorgeschlagen, eine neue Führung der KPD aus Vertretern der Mittelgruppe und der Linken zu bilden.

An einem beratungsfreien Tag besuchte Ernst Thälmann gemeinsam mit Karl Jannack, der ebenfalls der KPD-Delegation angehörte, eine Militärschule. Der berühmte Reitergeneral der Roten Armee S. M. Budjonny begrüßte sie. Karl Jannack schreibt über diese Begegnung: »Ernst Thälmann berichtete auf Bitten der Gastgeber über den Hamburger Aufstand. Ich selbst mußte über Kämpfe in Bremen berichten. Budjonny sprach mit Hochachtung von den deutschen Arbeitern. Sie und die Sowjetunion Hand in Hand, das sei der Friede für Europa und für immer... Ernst Thälmann war tief bewegt, als Genosse Budjonny ihm sagte, ein Regiment der ruhmreichen Roten Armee werde künftig seinen Namen tragen. Die Arbeiter- und Bauernsöhne in der Sowjetunion sollten erfahren, wie ihre Brüder in Deutschland kämpften.«[19]

Am 21. Januar, Ernst Thälmann weilte noch in Moskau, starb Wladimir Iljitsch Lenin. Das Sowjetland und die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung erlitten einen schweren Verlust. Die gesamte fortschrittliche Menschheit trauerte um den Führer der Oktoberrevolution und Begründer des Sowjetstaates, um den genialen Theoretiker des Marxismus-Leninismus, um den Führer des Weltproletariats und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Schwer traf auch Ernst Thälmann die Nachricht vom Tod »unseres großen Führers«, wie er in einem Brief an sowjetische Arbeiter und Bauern schrieb. »Lenin ist tot, aber sein revolutionärer Geist lebt weiter in uns allen.«[20] Wie ernst es Thälmann mit

18 Vgl. Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage. Januar 1924, Hamburg 1924. – Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 243/244.

19 Karl Jannack: »Genosse Thälmann ist das Gold der deutschen Partei.« In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 54.

20 Ernst Thälmann schrieb an die Werktätigen des Gouvernements Wjatka. In: BzG, 1970, H. 6, S. 951.

diesen Worten war, bewies sein gesamtes weiteres Wirken. Immer mehr wurden Lenins Ideen Richtlinien seines Handelns. Wenn sich die KPD in den folgenden Jahren in zunehmendem Maße die Lehren Lenins aneignete und es zunehmend besser verstand, den Leninismus auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland anzuwenden, war das entscheidend Ernst Thälmanns Verdienst. So ehrte er das Vermächtnis Lenins, an dessen Totenbahre er in der Nacht vom 23. zum 24. Januar von 0.00 bis 0.30 Uhr die Ehrenwache gehalten hatte.[21]

Zurückgekehrt nach Deutschland, widmete Thälmann seine ganze Kraft der Festigung der Partei. Entsprechend den Empfehlungen des EKKI wurde auf der Sitzung der Zentrale am 8. Februar 1924 vorgeschlagen, Hermann Remmele zum Vorsitzenden der KPD und Ernst Thälmann zu seinem Stellvertreter zu wählen. Der Zentralausschuß nahm diese Wahl am 19. Februar 1924 vor.[22] Auf dieser Tagung wurde in einer Resolution das Zentralkomitee der KPR(B) aufgefordert, »dafür zu sorgen, daß die Schriften Lenins so bald als möglich dem deutschen Proletariat zugänglich gemacht werden, damit die KPD in ihrer Entwicklung durch das Studium [der Werke] unseres großen Führers und Lehrmeisters rascher und gründlicher den revolutionären Marxismus in ihrer Kampftätigkeit anwenden lernt«[23].

Wie Ernst Thälmann in jener Zeit auftrat, erfahren wir von Alexander Abusch, der als junger Redakteur der Thüringer Parteizeitung Anfang 1924 an einer Beratung bei der Parteiführung teilnahm. »Mein Freund Theodor Neubauer hatte mir von einer vorangegangenen Spitzenkonferenz unserer verbotenen Partei in Berlin berichtet, welch einen starken Eindruck dort auf ihn das flammende Auftreten Ernst Thälmanns machte... Nun saß ich in dem Zimmer eines Berliner Hinterhauses in unserer Sitzung längere Zeit neben dem Genossen Thälmann, ohne es zu wissen. Gerade ihn kennenzulernen war ich begierig, nach all dem, was ich aus Hamburg und über ihn gehört hatte. Als ich einen der anwesenden Genossen fragte: ›Ist denn der Genosse Thälmann nicht da?‹, sagte er zu mir: ›Er sitzt doch neben dir.‹

Mein Nebenmann war mir während der Sitzung dadurch aufgefallen, daß er wiederholt in einer nüchternen und treffenden Weise in die Debatte eingriff, gute Vorschläge machte. Jetzt sah ich ihn mir genauer an: ein

21 Vgl. IML, ZPA, NL 36/535; 36/10.

22 Vgl. ebenda, I 2/2/16; 2/16.

23 Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, Berlin 1975, S. 40/41.

Mann von kräftiger Gestalt, im energischen Gesicht eines Arbeiters helle Augen, wie sie oft Menschen von der Waterkante besitzen, nur noch wenig Haare auf dem Kopf. Er wirkte bescheiden und zurückhaltend, unauffällig, eigentlich ein wenig anders, als sich in mir die Vorstellung von diesem flammenden Revolutionär gebildet hatte.«

Alexander Abusch berichtet weiter, daß ihm später rückblickend klar wurde, daß Thälmann auch hier wie ein revolutionärer Arbeiter sprach, »dem es nur um die Interessen unserer revolutionären Partei ging«, während die Kräfte um Fischer und Maslow »pseudo-radikale Theorien von sich gaben und nur im Sinne ihres fraktionellen Machtstrebens« dachten.[24]

In zahlreichen Beratungen der Parteiführung, auf den Parteitagen der Bezirke Erzgebirge/Vogtland[25] und Ruhrgebiet[26] sowie in der Parteiorganisation seiner Heimatstadt – er gehörte auch weiter der Bezirksleitung Wasserkante an[27] – trat Ernst Thälmann im Sinne der Beschlüsse der Januarberatung beim EKKI auf. Eine öffentliche Tätigkeit war ihm auch nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und des Verbots der KPD am 1. März 1924 noch nicht wieder möglich. Noch immer fahndete die Polizei nach ihm.

Wegen der strengen Konspiration liegen wie schon seit der Mitte des Jahres 1923 auch aus den folgenden Monaten kaum Zeugnisse über sein Wirken vor. In dieser Zeit trug Thälmann, wie aus den knappen Protokollen von Sitzungen der Führung der KPD hervorgeht, den Decknamen Teddy. Und liebevoll nannten ihn die Genossen bald »unser Teddy«. Er selbst aber hörte diesen von einem der führenden Ultralinken erfundenen Namen damals nicht gern. Wenn er so angeredet wurde, entgegnete er, wie sich seine Kampfgefährten erinnern, unwirsch: »Ich heet Ernst, markt juch datt« oder »Ich bün för jeden immer noch Ernst!«[28] Freilich mußte er sich an diesen Namen gewöhnen, und später unterschrieb er selbst manchmal »Teddy«.

24 Alexander Abusch: Er war uns Vorbild, Genosse, Freund. In: Begegnungen und Gestalten. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Literatur 1933 bis 1971, Berlin 1971, S. 165/166.

25 Vgl. IML, ZPA, 16/1155.

26 Vgl. ebenda, 34/2604. – Fritz Selbmann: Alternative. Bilanz. Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle (Saale) (1969), S. 147–150.

27 Vgl. IML, ZPA, St 12/4, Bd. 4.

28 »Ich heiße Ernst, merkt euch das« ... »Ich bin für jeden immer noch Ernst!« – IML, ZPA, EA 1400/1.

Die wenigen vorhandenen Quellen aus den Monaten des Parteiverbots verdeutlichen, wie sehr Thälmann bemüht war, eine wirksame Politik zur Gewinnung der Massen für den Kampf gegen den Imperialismus zu entwickeln. Hier bewährten sich sein proletarischer Klassenstandpunkt, seine feste Verankerung in der Arbeiterklasse, seine enge Massenverbundenheit, seine Kampferfahrungen und seine gewachsene theoretische Reife. Auf der Sitzung der Zentrale am 8. Februar wandte er sich gegen die rückwärts gerichteten Ausführungen der meisten Redner, die »wenig in Einklang stehen mit der Arbeit, die draußen in den Bezirken notwendig ist«[29]. In seiner Rede auf dem Bezirksparteitag der KPD Erzgebirge/Vogtland forderte er gegen starke ultralinke Widerstände, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften arbeiten müßten. Nur die Ausgeschlossenen dürften zu gesonderten Verbänden zusammengefaßt werden. Das Hauptgewicht müsse die Partei unter allen Umständen darauf legen, die Massen zu gewinnen.[30]

Ruth Fischer, Arcady Maslow und ihre Freunde dagegen vertraten jetzt noch nachdrücklicher ihre ultralinken Positionen. Sie konspirierten gegen die Kommunistische Internationale und versuchten, in ihr eine Opposition zu organisieren und so Unterstützung für ihre sektiererische Politik zu gewinnen. Über Max Levien, der in Moskau lebte, standen sie in Verbindung mit Sinowjew, den sie ganz auf ihre Linie festzulegen suchten. Ihre Korrespondenz mit ihm hielten sie vor Thälmann und anderen Linken geheim, während sie zum Beispiel von einem Schreiben Sinowjews an Thälmann durch Levien eine Kopie erhielten.[31]

Am 2. April 1924 nahm Ernst Thälmann an der Beratung einer Kommission des EKKI mit führenden Vertretern der Linken in der KPD teil, die der Vorbereitung des 9. Parteitages der KPD diente. Hier wurden die unterschiedlichen Positionen Ernst Thälmanns und seiner Kampfgefährten einerseits, der Ultralinken andererseits erneut sichtbar. Aber letztere verstanden es, durch ihr doppelzüngiges Auftreten, durch verbale Zustimmung zu Beschlüssen, die sie in der Praxis sabotierten, wie durch raffiniertes Taktieren in den Debatten ihr wahres Gesicht weiterhin zu verbergen.

So tat Ruth Fischer auf dieser Beratung die Einheitsfrontpolitik als relativ belanglos ab. Sie behauptete, hier läge die »Quelle des Revisionis-

29 IML, ZPA, I 2/2/16.

30 Vgl. ebenda, 16/1155.

31 Vgl. ebenda, St 12/63.

mus in der Komintern«[32]. Sie erhob so viele Einwände gegen die Einheitsfront, daß von dieser, wie einer der Vertreter des EKKI feststellte, faktisch nichts übrigblieb. Ruth Fischer wandte sich auch gegen die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und gegen die Aufnahme von Vertretern der Mittelgruppe in die Parteiführung. Dabei berief sie sich demagogisch auf die angebliche Stimmung der Massen. Ihre Haltung war von tiefem Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse bestimmt.

Ganz anders trat Ernst Thälmann auf. In der Gewerkschaftsfrage ging er – in Übereinstimmung mit der EKKI-Kommission – davon aus, daß die Kommunisten unbedingt in den Gewerkschaften bleiben sollen, aber die KPD auch alles unternehmen müsse, um die Ausgeschlossenen und Unorganisierten zusammenzufassen. Er trat auch dafür ein, Vertreter der Mittelgruppe als Funktionäre zur Mitarbeit heranzuziehen. Aus allen seinen Worten sprach der revolutionäre Arbeiter, der eng mit den Massen verbundene Parteifunktionär, der um Klarheit rang, der eine einheitliche und kampfkräftige Partei schaffen wollte.

7

Für eine feste, disziplinierte, zentralisierte kommunistische Partei

Vom 7. bis 10. April 1924 fand in Offenbach und Frankfurt (Main) der 9. Parteitag der KPD statt. Da den meisten Funktionären der KPD Verhaftung drohte, tagte er illegal. Ernst Thälmann referierte über die Aufgaben der Partei. Es war sein erstes grundlegendes Referat vor dem höchsten Gremium der Partei. Er ging bei der Analyse der Lage davon aus, daß es noch nicht abzusehen sei, ob die entscheidenden Kämpfe schon in nächster Zeit auf der Tagesordnung stehen würden oder nicht. Dieselbe Auffassung hatte der Vorsitzende des EKKI, G. J. Sinowjew, in einem Brief an den Parteitag vertreten. Das war schon eine realistischere Einschätzung, als sie Ende 1923 getroffen worden war. Aber nach wie vor war es äußerst schwer, die Situation richtig zu erfassen. In Deutschland fanden heftige Klassenauseinandersetzungen statt. Ernst

32 Vgl. ebenda, 2/17.

Thälmann hielt es jedoch für falsch, nur von der großen Ausdehnung der Kämpfe zu sprechen, ohne ihren veränderten Charakter zu sehen. Es handle sich, wandte er ein, jetzt um Verteidigungskämpfe, und die KPD habe im allgemeinen die Führung nicht in der Hand. Thälmann orientierte ebenso wie die Delegation des EKKI darauf, alle Teilforderungen richtig mit dem Kampf um die Vorbereitung auf die proletarische Revolution zu verbinden und die Parteimitglieder für den Kampf um die Macht zu rüsten.

Das waren prinzipiell richtige und angesichts der rechtsopportunistischen Tendenzen der Brandler-Gruppe notwendige Forderungen. Unter den Voraussetzungen für den Kampf um die Macht nannte Thälmann als erste und entscheidende die »Gewinnung der Mehrheit des Proletariats«[1]. Er erklärte ausdrücklich, daß neben der Vorbereitung auf den Machtkampf die Partei Teilkämpfe führen müsse. Das wichtigste sei jetzt, um den Achtstundentag, für Lohnerhöhungen, für Koalitionsfreiheit und für Wiedereinstellung der Erwerbslosen zu kämpfen. Auch auf die Notwendigkeit, die Landarbeiter und Kleinbauern zu gewinnen, ging er ein.

Entschieden forderte Ernst Thälmann, Betriebszellen zur Grundlage des organisatorischen Aufbaus der Partei zu machen: »Ohne ausgebaute Betriebszellen kein festes Organisationsfundament der Partei in den Betrieben in Zeiten der Illegalität, ohne Betriebszellen eine ungeheure Erschwerung aller politischen und organisatorischen Aufgaben, die die Partei zu erfüllen hat.« Energisch verlangte er: »Wir müssen eine verstärkte Arbeit in den Gewerkschaften und unter den Unorganisierten führen... Man muß sehr deutlich sagen, daß es wichtig ist, nach wie vor die kommunistische Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften fortzusetzen, und [daß man] selbstverständlich nicht aus den Gewerkschaften herausgehen darf, daß man aber auch durch Betriebsräte usw. die Unorganisierten in den Betrieben aufsaugen muß.« Den bevorstehenden Wahlkampf müsse die Partei nutzen, um »unser Programm und unsere Ideale vor den Arbeitern zu entwickeln und unsere Stellung zu allen politischen und wirtschaftlichen Fragen klarzulegen«. In diesem Zusammenhang verlangte er auch, eine stärkere politische Arbeit unter den Frauen zu leisten. Das Verhältnis der Partei zur Jugend sei ebenfalls enger zu gestalten: »Wir brauchen eine bessere, innigere Zusammenarbeit zwischen der Partei und der Jugend... Die Jugend hat mit der Partei

1 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt a. M. vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 263.

zusammenzuarbeiten, beide sind so eng politisch und organisatorisch verbunden, daß für die Zukunft ... auch die Genossen in der Partei in den Bezirken ihre Aufmerksamkeit zu lenken haben auf die Erweiterung der Jugendbewegung.«[2]

Ernst Thälmann betonte, daß sich die KPD entschieden von der rechtssozialdemokratischen Politik abgrenzen müsse. Er faßte zusammen: »Den Kampf um die proletarische Diktatur vorzubereiten ist die erste und vornehmste Aufgabe der KPD, die Partei muß in allen Situationen ihr klares Gesicht, ihr festes Programm den Massen zeigen. Trotzdem muß die Taktik der Partei elastisch und beweglich sein.« Sein Referat klang mit einem eindringlichen Appell an die Delegierten aus, ihre ganze Kraft einzusetzen, die vor der Partei stehenden unmittelbaren Aufgaben zu lösen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, »jene großen Aufgaben durch[zu]setzen, die das russische Proletariat uns gezeigt hat: den Sieg der proletarischen Revolution«.[3]

Ernst Thälmann sah zunehmend klarer, welchen Weg die Partei einschlagen mußte. Sein Beitrag war von allen auf diesem Parteitag gehaltenen Reden derjenige, der am eindeutigsten auf die neuen Aufgaben orientierte. Seine Haltung unterschied sich wesentlich von der anderer Delegierter, in deren Reden der Fraktionskampf und lange Debatten um die Vergangenheit im Mittelpunkt standen und unklare und fehlerhafte Vorstellungen in der Gewerkschafts- und Organisationsfrage entwickelt wurden.

Der Parteitag erteilte dem Rechtsopportunismus eine entscheidende Abfuhr. Das war eine grundlegende Voraussetzung für das Gesunden der Partei. Starke linkssektiererische Tendenzen in seinen Beschlüssen zeigten aber, daß der Klärungsprozeß in der Partei bei weitem noch nicht abgeschlossen war.

Ernst Thälmann wurde erneut in die Zentrale der KPD und in deren Politbüro gewählt. In der Parteiführung erhielten jedoch die kleinbürgerlich-ultralinken Kräfte um Ruth Fischer, Arcady Maslow, Arthur Rosenberg und Werner Scholem entscheidenden Einfluß. Leiter des Politbüros wurde zunächst Arcady Maslow, im Juni 1924 dann Ruth Fischer. Entgegen den Ratschlägen der Vertreter des EKKI und auch gegen den Einwand Thälmanns[4] wurden nur wenige Vertreter der Mittelgruppe in

2 Ebenda, S. 264, 265, 266, 270.
3 Ebenda, S. 268, 271.
4 Vgl. IML, ZPA, 5/1/530.

die Führung der Partei einbezogen. 1926 schätzte Ernst Thälmann ein, daß die Bildung einer neuen Parteiführung zwar richtig war, die Linken jedoch, zum Beispiel auf dem Frankfurter Parteitag, große Fehler auf verschiedenen Gebieten gemacht hätten, »besonders aber auf gewerkschaftlichem, Verkennung der Rolle der Partei und der Heranziehung verschiedener Genossen zur Mitarbeit, die auch in der Zusammensetzung der Zentrale zum Ausdruck kommen mußte«[5].

Zu den Linken in der Zentrale zählten auch Wilhelm Florin und Ottomar Geschke, die wie Ernst Thälmann mit den Ultralinken zwar in der Kritik des Rechtsopportunismus übereinstimmten, jedoch mit deren antileninistischer Grundkonzeption nichts gemein hatten. Sie arbeiteten in der Folgezeit immer häufiger mit solchen verdienstvollen Mitgliedern der Zentrale wie Hugo Eberlein, Fritz Heckert und Wilhelm Pieck zusammen.

Der Parteitag hatte auch die Reichsliste der KPD für die bevorstehende Reichstagswahl zu beschließen. Ernst Thälmann wurde Spitzenkandidat. Auch während des Reichstagswahlkampfes konnte er noch nicht wieder öffentlich auftreten. Doch trotz der monatelangen Illegalität, der Verhaftung oder Verfolgung vieler Mitglieder und Funktionäre und der massiven antikommunistischen Hetze errang die KPD am 4. Mai 1924 fast 3,7 Millionen Stimmen. 6 Millionen Wähler stimmten für die SPD. Den rechtsbürgerlichen Parteien gelang es durch nationalistische und chauvinistische Propaganda und soziale Demagogie, über 10 Millionen bürgerliche und kleinbürgerliche Stimmen auf sich zu vereinen.

Genau einen Monat nach der Wahl, am 4. Juni 1924, hielt Ernst Thälmann seine erste größere Rede im Deutschen Reichstag. Die Reaktion hatte die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten gefordert. Mit der ihm eigenen Festigkeit und Leidenschaft vertrat Ernst Thälmann die Prinzipien der KPD. Er sagte den bürgerlichen Abgeordneten und den Sozialdemokraten, die sich zu Verteidigern der Republik der Monopole machten, unzweideutig, »daß wir versuchen werden, die breiten Massen der Bauern, der Arbeiter und des Mittelstandes für die Sache der Revolution zu gewinnen. Eine Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, darf ihr Ziel und ihre Taktik zum Ziel niemals verleugnen.«[6]

Auf die Verleumdung, die KPD betreibe eine antinationale Politik,

5 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv, Moskau (im folgenden: IML, ZPA, Moskau), Fond 495, Opis 164, ediniza chranenija 334.
6 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 92.

antwortete Ernst Thälmann offensiv: »Diejenigen Vertreter der Bürgerlichen, die es wagen, sich hier hinzustellen und zu jammern und von nationaler Würde zu reden, sind meistenteils diejenigen, die das Verbrechen mit auf sich geladen haben, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrzahl heute verzweifelt und verhungert ist... Wir haben gezeigt in der Ruhr- und Rheinfrage, daß die Verräter der Nation nicht in den Reihen des Proletariats sitzen, sondern in den Reihen der Männer der Schwerindustrie, die dazu übergegangen sind, noch vor Beendigung des passiven Widerstandes Abmachungen mit den französischen Kapitalisten zu treffen... Es hat sich in der ganzen Zeit der Besetzung im Ruhr- und Rheingebiet gezeigt, daß in Ihren Kreisen[7] diejenigen sitzen, die tatsächlich Landesverrat begehen, wenn es sich darum handelt, ihre Profite mehr und mehr anzuhäufen.« Gelöst werden könnten nationale Probleme nur »durch den internationalen Klassenkampf«.[8] So deckte Ernst Thälmann das Klassenwesen der nationalen Frage auf.

Zwei Tage später, am 6. Juni, kurz vor seiner Abreise nach Moskau zum V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, sprach er vor Tausenden Hamburger Werktätigen im großen Saal des Gewerkschaftshauses über die politische Lage. Im Anschluß an diese erste große öffentliche Kundgebung nach den Oktoberkämpfen formierten sich die Teilnehmer zu Demonstrationszügen, gegen die die Polizei gewaltsam vorging.[9]

Vom 17. Juni bis zum 8. Juli tagte der V. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Ernst Thälmann war eine Woche vor dessen Eröffnung in Moskau eingetroffen. Am 11. Juni suchte ihn V. A. Maksimow, ein Korrespondent der Zeitschrift der sowjetischen Pionierorganisation, im Gästehaus auf. Auf seine Bitte erhielt er einige Zeilen für die Leser der Zeitschrift; Ernst Thälmann übermittelte den zukünftigen Erbauern des Sozialismus seinen Gruß: »Mit dem geistigen Schwert Lenins und Eurer revolutionären Entschlossenheit vorwärts zu neuen Siegen!«[10]

Zum zweiten Mal nahm Ernst Thälmann nun an den Beratungen des

7 Der Deutschen Volkspartei.

8 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 92, 94, 95.

9 Vgl. StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 4. (Eingesehen in: StA Hamburg, Foto-Archiv, Film-Nr. S 10977.)

10 IML, ZPA, NL 3/5. – Vgl. auch Walter Wimmer: Ernst Thälmann – proletarischer Internationalist. Zu einigen vordringlichen Aufgaben der Thälmann-Forschung. In: BzG, 1972, H. 2, S. 209. – Der Gruß wurde erstmalig veröffentlicht (faksimiliert) in: Комсомольская правда, 24. September 1934.

höchsten Gremiums der kommunistischen Weltbewegung teil. In den drei Jahren seit dem III. Weltkongreß war er einer der führenden Repräsentanten der KPD geworden. Wesentlich hatten dazu die Beratungen und Beschlüsse der vorangegangenen Weltkongresse und des EKKI und andere Aussprachen mit führenden Vertretern kommunistischer Parteien beigetragen. Thälmanns internationales Ansehen fand seinen sichtbaren Ausdruck darin, daß ihn die Delegierten des V. Kongresses in das Präsidium wählten. Außerdem wurde er Sekretär der Politischen Kommission und Vorsitzender der Österreichischen Kommission sowie Mitglied von sieben weiteren Kommissionen des Kongresses.[11]

Ernst Thälmann ergriff am 23. Juni 1924 in der Debatte zu dem von G. J. Sinowjew erstatteten Bericht über die Tätigkeit des EKKI und zum Referat Eugen Vargas über die ökonomische Weltlage das Wort. In dem Bericht wie in der sich daran anschließenden Diskussion wurde versucht, die Erfahrungen aus den Klassenkämpfen seit dem IV. Weltkongreß zu verallgemeinern, die neue internationale Situation zu erfassen und daraus entsprechende Schlußfolgerungen abzuleiten. Dabei spielten die deutschen Probleme eine beträchtliche Rolle. Vertreter unterschiedlicher Auffassungen kamen zu Wort. Thälmann analysierte in seiner Rede ausführlich die Politik der KPD im Jahre 1923 und übte scharfe Kritik an den opportunistischen Fehlern der alten Parteiführung. Er gelangte zu der wichtigen Schlußfolgerung, daß die KPD im Herbst 1923 noch nicht reif genug war, um die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen. Noch tiefer und klarer als vordem hatte er erkannt, daß die Bolschewiki Vorhut und Vorbild des internationalen revolutionären Proletariats sind. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete er die »Schaffung einer festen, disziplinierten, zentralisierten kommunistischen Partei« und die Aneignung der Erfahrungen der Bolschewiki, um »in Deutschland das zu vollenden, was die russischen Arbeiter und Bauern im Jahre 1917 in Rußland vollendet haben«.[12]

Bei der Untersuchung der Ursachen und Lehren der Oktoberniederlage verglich Ernst Thälmann die Vorgänge in Deutschland und in Bulgarien seit dem Herbst 1923 miteinander. Er hob hervor, daß die Bulgarische Kommunistische Partei die vom EKKI geübte Kritik besser beherzigt, die Auswirkungen der Niederlage schneller eingedämmt und es besser ver-

11 Vgl. Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, S. 2. – Ebenda, Bd. II, (Hamburg) o. J., S. 1055, 1060–1063.

12 Ebenda, Bd. 1, S. 267, 271.

standen hätte, ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zu bewahren. Er schloß seinen Beitrag mit den Worten: »Die Waffenbrüderschaft der deutscher Arbeiter und Bauern mit den russischen Arbeitern und Bauern, eine feste gepanzerte Wand gegen die Weltbourgeoisie zu errichten, das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben: der Sieg der deutschen Revolution, der Sieg der Weltrevolution.«[13]

Mit der Forderung, die KPD zu einer Massenpartei zu entwickeln, die dem Maßstabe entsprach, den die Leninsche Partei setzte, hatte Ernst Thälmann die Schlüsselfrage erfaßt. Das war die Schlußfolgerung aus seinen gesamten bisherigen politischen Erfahrungen, aus seiner Analyse der vorausgegangenen Kämpfe wie aus den Diskussionen in den Gremien der Kommunistischen Internationale. Thälmann sah richtig, daß die KPD wie alle anderen kommunistischen Parteien nur dann, wenn sie diese Aufgabe meisterte, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus und für die proletarische Revolution zum Erfolg führen konnte. Darum stand er mit seiner ganzen Person hinter der entscheidenden Forderung des Kongresses nach Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, das heißt nach ihrer Entwicklung zu wahrhaft marxistisch-leninistischen Kampfparteien, nach der Aneignung alles dessen, »was am russischen Bolschewismus von internationaler Bedeutung ist«[14]. Als grundlegende Züge einer solchen Partei wurden bezeichnet:

1. Die Partei muß eine wirkliche Massenpartei sein, die engster Kontakt mit der Masse der Arbeiter hält, deren Nöten und Erwartungen Ausdruck verleiht.

2. Sie muß manövrierfähig sein, ihre Taktik darf nicht dogmatisch, sektiererisch sein.

3. Sie muß ihrem Wesen nach revolutionär, marxistisch sein, in jeder Situation das Maximum an Energie zur Förderung der Vorbereitung des Sieges des Proletariats über die Bourgeoisie entwickeln.

4. Sie muß eine zentralisierte Partei sein, die keine Fraktionsbildung zuläßt.

5. Sie muß eine beharrliche Propaganda und Organisation in der bürgerlichen Armee durchführen.[15]

13 Ebenda, S. 271.

14 Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau vom 17. Juni bis 8. Juli 1924, Hamburg 1924, S. 31.

15 Vgl. ebenda, S. 30/31.

Weiter erklärte es der Kongreß als eine Grundaufgabe der Parteien, gegen alle Entstellungen des Marxismus-Leninismus zu kämpfen und diesen in seiner Gesamtheit zu propagieren. Der organisatorische Aufbau auf der Grundlage von Betriebszellen wurde als unerläßlich für eine kommunistische Partei bezeichnet, die die Arbeiterklasse wirklich führen will. Der Kongreß charakterisierte die Eroberung der Gewerkschaften als wichtigste Voraussetzung, um die Massen zu gewinnen; der Austritt der Kommunisten aus den Gewerkschaften wurde darum verurteilt.[16] Für die weitere Entwicklung besonders auch der KPD war die Feststellung in den »Thesen zur Taktik« wichtig: »Die Komintern als internationale bolschewistische Organisation führte vom ersten Tage ihres Bestehens an einen schonungslosen Kampf nicht nur gegen den rechten Opportunismus, sondern auch gegen die ›ultralinken‹ Tendenzen, die häufig nur die Kehrseite des Opportunismus darstellen.«[17]

Thälmanns Auftreten auf dem Kongreß war von revolutionärem und internationalistischem Geist getragen. In seiner Haltung widerspiegelten sich die Stärken, aber auch die Schwächen, die sich bei der Mehrheit der Teilnehmer zeigten und die sich auch in den Festlegungen des Kongresses niederschlugen. So wurde die Politik der Arbeitereinheitsfront für notwendig erklärt, aber durch linke Fehleinschätzungen ähnlich wie in den Beschlüssen der Beratung im Januar wesentlich eingeengt.

In einem Diskussionsbeitrag zum Bericht der Politischen Kommission vertrat auch Ernst Thälmann zur Einheitsfrontpolitik und zur Arbeiterregierung derartige Anschauungen. Entschieden wandte er sich aber gegen die ultralinken Auffassungen des italienischen Delegierten Amadeo Bordiga, der die Einheitsfront auf politischem Gebiet absolut ablehnte. Thälmann wies auf die Notwendigkeit hin, die Arbeitermassen der Italienischen Sozialistischen Partei zu gewinnen. Gegen die Ablehnung des parlamentarischen Kampfes wandte sich Thälmann ebenfalls. Vor allem verurteilte er Bordigas Weigerung, die Disziplin der Komintern anzuerkennen, was in der Konsequenz auf den Anspruch hinauslief, in der Kommunistischen Internationale eine »linke« Fraktion zu bilden. Thälmann erinnerte hierbei an Lenins Auftreten auf dem II. und III. Weltkongreß, wo Bordiga die Losung »Heran an die Massen!« abgelehnt hatte.[18]

16 Vgl. ebenda, S. 92/93, 21, 101.

17 Ebenda, S. 24.

18 Vgl. Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. II, S. 609.

Tiefe Verbundenheit mit den Arbeitern und Bauern des Sowjetlandes sprach aus Ernst Thälmanns Dankesworten an Delegationen aus der Sowjetunion, die den Kongreß begrüßten. Drei Delegationen überreichten den KPD-Vertretern als Ausdruck brüderlicher Solidarität Fahnen. »Genauso, wie das russische Proletariat das rote Banner des Klassenkampfes geführt hat in der ersten Revolution 1905 und in der zweiten, siegreichen russischen Revolution des Jahres 1917«, sagte ihnen Ernst Thälmann, »so werden wir als deutsche Kommunistische Partei... diesen Weg beschreiten über alle Hindernisse hinweg zum Siege der proletarischen deutschen Revolution.«[19] Den Arbeitern aus Leningrader Betrieben versicherte er, daß die KPD die Fahne in dem Kampf tragen werde, »der uns zu jenem Siege führt, den im Jahre 1917 die erste proletarische Revolution erfochten hat. Wenn wir diese Fahne so vorantragen, wenn wir auf diesem Kongreß das Versprechen ablegen, daß wir die Linie der russischen Partei, die bolschewistische Taktik einhalten, dann, glaube ich, können wir den Leningrader Arbeitern, die uns diese Fahne übergeben haben, sagen, wir haben es verstanden zu kämpfen und werden auch siegen.«[20]

Ernst Thälmanns prinzipienfester Kampf gegen den Opportunismus, seine konsequente proletarische, internationalistische und disziplinierte Haltung, sein unerschrockenes Kämpfertum, seine politische Reife fanden ihre Würdigung mit seiner Wahl zum Kandidaten des EKKI und in dessen Präsidium. Er war zu einem führenden Funktionär der kommunistischen Weltbewegung herangewachsen.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Beratungen der Kommunistischen Internationale tagte der III. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau. Als Vertreter des Präsidiums des EKKI sprach Ernst Thälmann am 8. Juli zu dessen Eröffnung. Auf Leninsche Art in den Gewerkschaften zu arbeiten, aus den Erfahrungen der Partei Lenins zu lernen, das war der Grundgedanke seiner Begrüßungsrede. Damit brachte er wichtige Erkenntnisse zum Ausdruck, die er für die eigene Arbeit zur Richtschnur nahm. Sein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus und zur Sowjetunion spricht aus seinen Worten: »Die Methoden, an Hand derer wir kämpfen müssen, sind die Lehren Lenins, die den Arbeitermassen Westeuropas sowie der ganzen Welt klar und deutlich den Weg zur Eroberung der Mehrheit des Proletariats und zum Siege der Arbeiterrevolution zeigen. Ein leuchtendes Vorbild für die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt ist die Arbeit der russischen Bolschewiki in den Gewerkschaften, die es verstanden haben, die Gewerkschaften in den Dienst der proletarischen Machteroberung zu stellen und sie nach dem Siege der Revolution zu einer festen Stütze der proletarischen Diktatur auszugestalten.«[21]

19 Ebenda, Bd. I, S. 259.
20 Ebenda, Bd. II, S. 591.

8

Kandidat aller klassenbewußten Arbeiter

Anfang Juli 1924 hatte Ernst Thälmann in Moskau die Nachricht erreicht, die Zentrale halte es für besser, wenn er vorläufig nicht nach Deutschland zurückkehre.[1] Das Hamburger Landgericht hatte nämlich beim Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beantragt, die Immunität des Abgeordneten Thälmann aufzuheben.[2] Der Reichstag lehnte jedoch am 22. Juli den vom Geschäftsordnungsausschuß unterstützten Antrag ab[3], so daß Ernst Thälmann unmittelbar nach dem III. RGI-Kongreß aus Moskau abreisen konnte. In Deutschland erwartete ihn eine Fülle von Aufgaben. Die Arbeiterklasse hatte sich neuer Angriffe des deutschen Monopolkapitals auf ihre politischen Rechte und sozialen Errungenschaften zu erwehren. Es galt unter diesen Umständen erst recht, die Partei im Sinne der Beschlüsse des V. Weltkongresses zu festigen und damit ihre Schlagkraft zu erhöhen.

Unmittelbar nach der Rückkehr aus Moskau unterstützte Ernst Thälmann in Hamburg die Bezirksleitung der KPD bei den Veranstaltungen zum zehnten Jahrestag des Ausbruchs des ersten Weltkrieges. Auf Vorschlag der KPD hatte das EKKI aufgerufen, Ende Juli/Anfang August eine Antikriegswoche durchzuführen. Den Auftakt bildete in Hamburg am 30. Juli eine Kundgebung im überfüllten Gewerkschaftshaus. Ge-

21 Protokoll über den Dritten Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale. Abgehalten in Moskau vom 8. bis 21. Juli 1924, Berlin o. J., S. 22.
1 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/16.
2 Vgl. Die Rote Fahne, 28. Juni 1924.
3 Vgl. Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 514/515.

meinsam mit Ernst Thälmann trat der französische Schriftsteller und Kommunist Henri Barbusse, der Autor des berühmten Antikriegsromans »Das Feuer«, als Redner auf. Beide brachten den Willen des revolutionären Proletariats ihrer Länder zum Ausdruck, sich der Vorbereitung eines neuen Krieges entgegenzustemmen und – sollte er nicht verhindert werden können – ihn im Geiste Karl Liebknechts und des russischen Proletariats in einen proletarischen Befreiungskrieg umzuwandeln. Es genüge nicht, unterstrich Thälmann, die Parole »Krieg dem Kriege!« aufzustellen, denn sie »wird Schall und Rauch bleiben, wenn wir nicht klar erkennen, daß wir mit der Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft künftige kapitalistische Kriege unmöglich machen können«. Unter stürmischem Beifall der Versammelten umarmten sich Barbusse und Thälmann. Den Saal erfüllte, wie die »Hamburger Volkszeitung« schrieb, »eine elementare, spontan ausbrechende Begeisterung Tausender, von den hinreißenden Gedanken des großen französischen Denkers und von den wuchtigen Worten Thälmanns überzeugter Klassenkämpfer«.[4]

Am folgenden Abend sprach Ernst Thälmann in einer Versammlung der Hafenarbeiter. In der Nacht reiste er zurück nach Berlin, um am 1. August an der Sitzung des Politbüros teilnehmen zu können. Am 3. August war er bereits wieder in Hamburg, wo er auf einer Großkundgebung im Gewerkschaftshaus zum Abschluß der Antikriegswoche sprechen sollte. Doch der KPD wurde keine der für den 3. August vorgesehenen Kundgebungen genehmigt. Man wollte die Straßen, Plätze und Festsäle an diesem Sonntag für die militaristischen und nationalistischen Feiern zum zehnten Jahrestag des Kriegsbeginns reservieren. In Hamburg vereitelten die revolutionären Arbeiter jedoch die Pläne der Reaktion. Die KPD mußte ihre Kundgebung zwar um einen Tag verschieben; dennoch marschierten am Sonntag Tausende von Werktätigen vor dem Gewerkschaftshaus, auf dem Bahnhofsplatz und in der Umgebung auf und beherrschten viele Stunden die Straßen. Der folgende Tag, der 4. August, wurde dann mit einer der mächtigsten und eindrucksvollsten Kundgebungen, die jemals in den Räumen des Gewerkschaftshauses stattfanden, zum Höhepunkt der Antikriegswoche in Hamburg.[5]

In einem mehrstündigen Referat analysierte Ernst Thälmann auf dieser Kundgebung die politische Entwicklung seit 1914. Er erinnerte an die Funktionärversammlungen der SPD im gleichen Saal im August/Septem-

4 HVZ, 31. Juli 1924.

5 Vgl. ebenda, 2., 5. August 1924.

ber 1914, in denen den klassenbewußten Kräften klar geworden war, daß die rechten sozialdemokratischen Führer und das »Hamburger Echo« im Lager der Bourgeoisie standen. Er würdigte die kleine mutige Schar der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung, die unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Fahne der Revolution hochgehalten hatten. Besonders hob er die Leistung der Bolschewiki hervor, die ein Beispiel dafür gegeben hatten, was die geeinte Kraft des Proletariats zu vollbringen vermag. Scharf brandmarkte Ernst Thälmann die opportunistische Politik der rechten SPD-Führer, die bisher verhindert hätten, daß sich auch die deutsche Arbeiterklasse von ihren Unterdrückern befreite. Die wichtigste Lehre der letzten zehn Jahre sei, die KPD zur klaren, zielbewußten Führerin des Proletariats zu entwickeln. Über die Wirkung seiner Rede schrieb die »Hamburger Volkszeitung«: »Thälmann beherrschte diese Massen. Aus ihm sprach der revolutionäre, mit dem letzten Arbeiter aufs engste verbundene Führer. Wuchtig hämmerte er den Proletariern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der unermüdlichen, gewissenhaften Vorbereitung der Revolution ein. Und Thälmann überzeugte auch die Menge, wie der Beifallssturm zum Schluß seiner starken Rede bewies.«[6]

Ende August beriet der Reichstag über den Dawes-Plan, der von einem Sachverständigenausschuß unter Vorsitz von Charles Gates Dawes, einem Repräsentanten des amerikanischen Finanzkapitals, ausgehandelt und im August auf der Londoner Reparationskonferenz im Beisein auch der deutschen Regierungsvertreter angenommen worden war. Der Dawes-Plan sah eine Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen vor. Deutschland hatte danach 1924/1925 eine Milliarde, dann eine Jahr für Jahr höhere Summe und schließlich ab 1928/1929 jährlich zweieinhalb Milliarden Goldmark zu zahlen. Um Deutschland in die Lage zu versetzen, diese riesigen Summen aufzubringen, sollte seine Wirtschaft durch umfangreiche ausländische Kredite belebt werden. Der Staatshaushalt, die Reichsbank und die Reichsbahn wurden der Kontrolle durch ausländische Kommissare unterworfen und die Reichsbahn in eine selbständige Kapitalgesellschaft umgewandelt. Die Abwicklung der Reparationszahlungen wurde einem amerikanischen Generalagenten übertragen. Der Dawes-Plan widerspiegelte das Vordringen des USA-Imperialismus in Europa. Die nach seiner Annahme nach Deutschland strömenden Milliardenanleihen – ihr Gesamtbetrag war bis 1932 fast dreimal so hoch

6 Ebenda, 5. August 1924.

wie die Summe der in dieser Zeit gezahlten Reparationen – förderten außerordentlich das Erstarken des deutschen Imperialismus und die Bildung neuer großer Monopole; sie führten zu einer verschärften Ausbeutung der Werktätigen.

Am 28. August, bei der dritten und entscheidenden Lesung der Dawes-Gesetze, trat als letzter Redner der KPD Ernst Thälmann auf die Tribüne des Reichstags. Seine Rede war, wie sich Wilhelm Koenen erinnert, »ein Musterbeispiel dafür, wie man dem Klassenfeind in dessen eigenem Hause entgegentreten muß«[7]. Gründlich vorbereitet, mit Zahlen und Aussagen des Klassenfeindes argumentierend, richtete Thälmann seine Worte an die Arbeiter, an das werktätige Volk, das die Reparationen und die Zinsen der Auslandsanleihen bezahlen, aus dessen Arbeitskraft der Profit für die deutschen Monopole und die amerikanischen Bankiers gepreßt werden sollte.

Ernst Thälmann machte deutlich, daß sich die deutsche Großbourgeoisie und die Ententekapitalisten über die besten Methoden der Ausbeutung der Werktätigen geeinigt hatten. Er klagte die Reichsregierung und ihre imperialistischen Hintermänner an, weil sie in London wesentlichen Einschränkungen der wirtschaftlichen und finanziellen Hoheitsrechte des Deutschen Reiches zugestimmt hatten. Gleichzeitig prangerte er die Haltung der SPD-Abgeordneten an, die durch ihre Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen deren Annahme sicherten. Die KPD hingegen, erklärte er, lehne den Dawes-Plan und sämtliche auf ihm beruhenden Gesetzentwürfe ab, denn: »Keine Regierung und kein Reichstag sind berechtigt, die werktätigen Massen Deutschlands an das internationale Finanzkapital zu verkaufen.«[8]

Ernst Thälmann wies nach, daß jetzt die Weichen zur Überfremdung der deutschen Wirtschaft durch das Auslandskapital gestellt wurden. Nachdrücklich warnte er vor der Illusion, der durch die Auslandskredite zu erwartende wirtschaftliche Aufschwung werde auch den Werktätigen zum Vorteil gereichen: »Der Onkel aus Amerika kommt nicht hierher, um dem deutschen Volk zu helfen, sondern um das deutsche Volk auszuplündern, um Profite zu machen.« Außerdem würden, wenn englische, französische und amerikanische Monopole zu Mitbesitzern der deutschen Wirtschaft werden, die deutschen Unternehmer alles tun, um »den so

7 Wilhelm Koenen: Im Reichstag als Sprecher des Volkes. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 338.

8 Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 1026.

verlorenen Profitanteil durch verstärkte Auspressung der Arbeiterkonsumenten wieder einzubringen«.[9]

Von der Reichstagstribüne appellierte Ernst Thälmann an die werktätigen Massen, sich gemeinsam mit der KPD dafür einzusetzen, daß die riesigen Reparationslasten nicht den Werktätigen aufgebürdet, sondern durch die Beschlagnahme der großen Vermögen, der Profite der Banken, der Großindustrie und der Junker aufgebracht würden. Die Kriegsgewinnler sollten zahlen. Thälmann stellte damit klar, daß außenpolitische Fragen Klassenfragen sind, daß es um den Klassenkampf im Lande selbst ging. Er zeigte, daß der Dawes-Plan ein Instrument des Klassenkampfes in den Händen der Imperialisten war, nicht nur ein Instrument des ökonomischen Kampfes, der Ausplünderung der deutschen Werktätigen, sondern gleichermaßen des politischen Kampfes gegen die Arbeiterbewegung. Die riesigen Kredite für das deutsche Monopolkapital sollten diesem helfen, schnell zu erstarken, und damit einen Schutzwall gegen die deutsche und die westeuropäische Revolution errichten.

Der Kampf gegen den Dawes-Plan, kündigte Ernst Thälmann an, werde von den Kommunisten nicht nur in Deutschland geführt werden. Die revolutionäre Arbeiterbewegung betrachte den Dawes-Plan als einen Angriff des Imperialismus im internationalen Maßstab und werde ihn international bekämpfen. Schon hatten, konnte er feststellen, auch die Kommunisten in Frankreich, Belgien, Großbritannien und in den USA sich gegen den Dawes-Plan erklärt.

Erstmals hatte Thälmann umfassend zur Außenpolitik des Deutschen Reiches Stellung genommen. Er erwies sich dabei als guter Sachkenner auch auf diesem Gebiet und trug dazu bei, die außenpolitische Konzeption der KPD zu entwickeln. Genau wie Clara Zetkin 1920 in der ersten Rede eines Kommunisten im Reichstag, bestimmte Ernst Thälmann die grundsätzliche Alternative zur antinationalen Außenpolitik der Großbourgeoisie: ein Bündnis mit der Sowjetunion, mit dem Land, das aus eigener Kraft seine sozialistische Volkswirtschaft aufbaute. Als leuchtendes Beispiel zeige die Sowjetunion den deutschen Werktätigen den Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die einzige Lösung des Reparationsproblems, die im Interesse des Volkes liege und darin bestehe, daß die Arbeiter und die werktätigen Massen Deutschlands »sich ebenfalls von dem herrschenden kapitalistischen System zu befreien haben«[10].

9 Ebenda, S. 1028, 1026.

10 Ebenda, S. 1035.

Die parlamentarische Tätigkeit im Reichstag und in seinen Ausschüssen war nur eine von den vielen Aufgaben, mit denen Ernst Thälmann betraut war. Er führte das harte und angespannte Leben eines leitenden, für unterschiedlichste Bereiche verantwortlichen KPD-Funktionärs. So bereitete er in den Sommer- und Herbstmonaten 1924 für das Politbüro eine Information über die Lage in der Kommunistischen Partei Schwedens vor, kümmerte sich um die in Berlin lebenden politischen Emigranten und nahm am 7. September am Internationalen Jugendtag in Hamburg teil. Er half, die Reichsgewerkschaftskonferenz vom 17. August vorzubereiten, und sorgte dafür, daß gegen den Austritt von Kommunisten aus den freien Gewerkschaften Stellung genommen wurde. Oft erläuterte Thälmann in Mitgliederversammlungen die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale. Ständig nahm er an der Arbeit der Bezirksorganisation Wasserkante teil, für deren Anleitung er als Mitglied der Zentrale verantwortlich war. So oft er konnte, fuhr er auch in andere Bezirke.[11]

Immer suchte Ernst Thälmann den unmittelbaren Kontakt zu den Mitgliedern und Funktionären der Partei und zu den Arbeitern. Er kannte ihre Sorgen und Nöte und sprach ihre Sprache. Seine Autorität und sein Ansehen wuchsen, und er gewann mehr und mehr Einfluß auf die Gesamtpolitik der Partei. Immer häufiger suchten führende Funktionäre der KPD seinen Rat und seine Unterstützung. So schrieb ihm Ottomar Geschke, seit dem V. Weltkongreß Vertreter der KPD beim EKKI: »Ich wäre Dir dankbar, lieber Teddy, wenn es Deine kostbare Zeit gestatten würde, daß Du mir persönlich Deine Ansicht über die politische, wirtschaftliche und Parteilage mitteilen würdest.«[12] In einem anderen Brief der KPD-Vertretung wurde die Sorge um die Entwicklung der Partei unter der Führung von Ultralinken geäußert und der Wunsch ausgesprochen, sich mit Thälmann darüber zu beraten.[13] Stets nahm sich Ernst Thälmann die Zeit, um solche Bitten zu erfüllen.

Als am 20. Oktober Reichspräsident Ebert den Reichstag auflöste, erließ die reaktionäre Klassenjustiz gegen mehr als die Hälfte der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Haftbefehl. Auch Ernst Thälmanns Bild und Steckbrief wurden am 29. Oktober im Fahndungs-

11 Vgl. IML, ZPA, 3/1/499; I 2/2/16. – StA Bremen, Bestand 4,65, IV 4e, Bd. 4. – HVZ, 8. September 1924.
12 IML, ZPA, I 6/3/137.
13 Vgl. ebenda, I 6/3/138.

blatt veröffentlicht[14], obwohl er als Mitglied des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der bei Reichstagsauflösung bestehen blieb, weiterhin Immunität genoß. Die Regierung ließ durch den Staatssekretär im Innenministerium Zweigert erklären: »Eine Gewähr dafür, daß die Gerichte die Immunität als gegeben ansehen, besteht bei der Zweifelhaftigkeit der Rechtslage nicht.«[15] Ernst Thälmann mußte wieder in die Illegalität gehen. Mehrfach fanden Haussuchungen in seiner Hamburger Wohnung statt.

Angesichts der Verfolgungswelle beschloß die Zentrale der KPD am 5. November, daß einige ihrer Mitglieder Deutschland zeitweilig zu verlassen hätten, und übertrug die unmittelbare Führung der Partei einem Direktorium, das aus Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Arthur Rosenberg, Ernst Schneller und dem Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbandes, Conrad Blenkle, bestand. Thälmann sollte, sobald seine Sicherheit akut gefährdet wäre, nach Moskau fahren, zumal er – er war im Oktober erkrankt – dringend der Erholung bedurfte. Das EKKI forderte die Zentrale der KPD auf, Thälmann »mit allem Ernst und aller Energie darauf hinzuweisen, daß er unbedingt über diese Verfolgungszeit hinwegkommen muß, bis er wieder durch Immunität geschützt ist«[16].

Thälmann blieb in Berlin und leitete mit den anderen Genossen des Direktoriums den Wahlkampf der KPD für die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924. Dabei mußte er sich, so schwer es ihm auch fiel, verborgen halten und jedes öffentliche Auftreten vermeiden. Die Verfolgung durch die Polizei hinderte Ernst Thälmann auch daran, am II. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vom 31. Oktober bis 4. November teilzunehmen und anschließend gemeinsam mit D. S. Manuilski nach Wien zu einer Parteikonferenz der österreichischen Bruderpartei zu fahren, wie es das EKKI ursprünglich beschlossen hatte.[17] Und doch befand er sich kurze Zeit später im Nachbarland, aber davon erfuhr weder die deutsche noch die tschechoslowakische Polizei Genaueres. Da die Zentrale der KPD in Berlin nicht tagen konnte, ermöglichten ihr die

14 Vgl. Die Rote Fahne, 30. Oktober 1924.
15 Zit. in Walter Stoecker: Die Jagd auf die kommunistischen Reichstagsabgeordneten. In: Internationale Pressekorrespondenz für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Wien) (im folgenden: Inprekorr), Nr. 49, 6. Dezember 1924, S. 1199/2000. – Vgl. auch Die Rote Fahne, 13. November 1924.
16 IML, ZPA, I 2/2/16; I 6/3/138.
17 Vgl. ebenda, I 6/3/138; I 2/2/16.

tschechoslowakischen Genossen, in Aussig (Ústi nad Labem) zusammenzutreten und – offensichtlich unbemerkt von der Polizei – die nächsten Aufgaben der Partei zu beraten.[18]

Am 7. Dezember wurde Ernst Thälmann erneut in den Reichstag gewählt. Im Vergleich zu den Wahlen im Mai 1924 verlor die KPD aber fast eine Million Wählerstimmen und 17 Mandate, während die SPD 1,8 Millionen Stimmen und 31 Mandate gewann. Das unbefriedigende Wahlergebnis war nicht nur auf den Terror gegen die KPD zurückzuführen, sondern vor allem darauf, daß die beginnende relative Stabilisierung des Kapitalismus es den rechten sozialdemokratischen Führern ermöglichte, den Werktätigen einzureden, mit der wirtschaftlichen Konjunktur seien die Lebensbedingungen dauerhaft zu verbessern. Dazu kam, daß der sektiererische Kurs der Ultralinken die Arbeit der KPD unter den Massen entscheidend behinderte.

Die Reichstagsfraktion der KPD wählte Ernst Thälmann zu ihrem Vorsitzenden. In Walter Stoecker fand er einen in der parlamentarischen Arbeit erfahrenen Funktionär, der als Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion viele Jahre deren laufende Arbeit organisierte und leitete und im Plenum wie in den Ausschüssen mit großer Sachkenntnis die Arbeiterinteressen verfocht.[19]

Der neugewählte Reichstag trat am 5. Januar 1925 zusammen. Als erster Redner in diesem III. Reichstag der Weimarer Republik sprach Ernst Thälmann. Er verurteilte die Verfolgung revolutionärer Arbeiter durch die bürgerliche Klassenjustiz.[20] Am zweiten Sitzungstag ergriff Ernst Thälmann erneut das Wort und verlangte im Namen der klassenbewußten Arbeiterschaft: »Statt Lohnabbau 40prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung[21]; Verweigerung der Mehrarbeit, Kampf um den Achtstundentag; statt Entlassungen und Arbeitslosigkeit Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß; fort mit der Steuerausbeutung der proletarischen Bevölkerung in Stadt und Land; Konfiskation der großkapitalistischen Vermögen; Schutz- und Trutz-Bündnis mit Sowjetrußland; sofortige

18 Vgl. ebenda, I 6/3/88.

19 Vgl. ebenda, I 2/2/31; 3/1/499. – Thälmann hatte bereits in der II. Wahlperiode die Funktion des Vorsitzenden der kommunistischen Reichstagsfraktion ausgeübt. (Vgl. ebenda. – Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924, Bd. 381, S. 514.)

20 Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 384. Stenographische Berichte (von der 1. Sitzung am 5. Januar 1925 bis zur 36. Sitzung am 17. März 1925), Berlin 1925, S. 3/4.

21 In der Quelle: Gehaltszahlung.

Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen.«[22] Die KPD werde auch im bürgerlichen Parlament mit einem klaren Kampfprogramm eine von den Lebensinteressen der Werktätigen bestimmte revolutionäre Klassenpolitik vertreten.

Von dem monatelangen Zwang befreit, die Öffentlichkeit meiden zu müssen, stürzte sich Ernst Thälmann mit doppeltem Eifer in die Arbeit. Endlich konnte er wieder in Parteiversammlungen auftreten und auch in den Bezirken tätig werden. So weist sein Arbeitsplan im Januar und Februar Reisen nach Thüringen, Oberschlesien, Ostpreußen, Süddeutschland und in das Ruhrgebiet aus.[23] Am 1. Februar 1925 nahm er an der ersten Reichskonferenz des Roten Frontkämpferbundes (RFB) teil, auf der Ernst Schneller referierte. Ernst Thälmann wurde zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Der RFB war auf einen Beschluß der Zentrale der KPD hin seit dem Sommer des Vorjahres entstanden. Im Juli 1924 bildeten sich die ersten Ortsgruppen; Anfang des Jahres 1925 umfaßte der Bund 255 Ortsgruppen mit rund 15 000 Mitgliedern.[24] Die Gründung des Roten Frontkämpferbundes entsprach einem aktuellen politischen Bedürfnis. Das beginnende ökonomische und politische Wiedererstarken des deutschen Imperialismus hatte im ersten Halbjahr 1924 zu einer bedrohlichen Aktivität revanchistischer und militaristischer Kreise geführt. So suchte der deutsche Militarismus mit dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, dem Kyffhäuserbund und anderen sogenannten Kriegervereinen eine große Zahl Werktätiger zu beeinflussen und zu mißbrauchen, einen Revanchekrieg ideologisch vorzubereiten, die Arbeiter durch provokatorische Zusammenrottungen einzuschüchtern und terroristische Aktionen gegen sie zu unternehmen. Diesem Treiben mußte die revolutionäre Arbeiterbewegung entgegentreten; sie mußte der Revanche- und Kriegshetze durch die Propagierung des proletarischen Internationalismus und des proletarischen Standpunktes zum Krieg entgegenwirken und die rechtsextremen Terroristen durch die Demonstration ihrer Wehrbereitschaft in die Schranken weisen.

Am wirkungsvollsten konnte das eine eigene legale Schutzorganisation der Arbeiterklasse, eine Organisation, die zugleich den ehemaligen

22 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 384, S. 18.

23 Vgl. IML, ZPA, 3/1/1072.

24 Vgl. Kurt Finker: Der Rote Frontkämpferbund (unveröffentlichtes Manuskript), erstes Kapitel.

Kriegsteilnehmern aus dem Proletariat ihren Platz auf der Seite ihrer Klasse zeigte und durch ihr diszipliniertes Auftreten, ihre Aufmärsche das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse stärkte. Das im Februar 1924 auf Initiative rechter sozialdemokratischer Führer entstandene Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das sich größtenteils aus sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammensetzte, konnte diese Funktion nicht erfüllen. Es wurde von seiner Führung, zu der neben sozialdemokratischen Funktionären auch Vertreter der Demokratischen Partei und des Zentrums gehörten, auf die Verteidigung des imperialistischen Weimarer Systems gegen die revolutionäre Arbeiterklasse orientiert. Darum wurde der Rote Frontkämpferbund geschaffen.

Der RFB hatte zunächst große Schwierigkeiten; es mangelte an fähigen Kadern, der Aufbau der Organisation ging langsam voran, seine spezifischen politischen Aufgaben waren noch nicht eindeutig bestimmt. Wie es in einem Bericht der Bundesleitung vom Frühjahr 1925 hieß, hatten »die starke Hand und der klare Kopf, um eine solche Massenorganisation von vornherein mit großer Initiative und richtiger Sachkenntnis aufzubauen und in die richtige Bahn zu leiten«[25], gefehlt. Zudem gab es in der KPD von den Ultralinken genährte Vorbehalte gegen diese neue Massenorganisation.

Ernst Thälmann konzentrierte sich daher auf die politische und organisatorische Festigung des RFB. Diese komplizierte Aufgabe, eine revolutionäre proletarische Massenorganisation aufzubauen und zu führen, erforderte einen Stab von leitenden Funktionären. In Willy Leow, dem 2. Bundesvorsitzenden, sowie in Etkar André, Hans Jendretzky, Ernst Schneller, Albert Schreiner, Fritz Selbmann und anderen fand Thälmann erfahrene, initiativreiche, der revolutionären Sache treu ergebene Mitstreiter. Ernst Thälmann packte die neue Aufgabe zielstrebig an und löste sie mit seinen Mitkämpfern und mit Unterstützung der Partei in kurzer Zeit. Vor allem sorgte er dafür, daß der RFB eine richtige politische Orientierung erhielt. Er rückte den Kampf gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus und Militarismus, die Erziehung zum proletarischen Internationalismus und besonders zur Verbundenheit mit der Sowjetunion, die Entwicklung des Bundes zu einer proletarischen Massenorganisation, zu einem Bindeglied der KPD zur Arbeiterklasse in den Mittelpunkt.

Unklare Vorstellungen über die Beziehungen zwischen dem RFB und

25 IML, ZPA, 81/1/1135.

der KPD und Differenzen zwischen Bezirksleitungen der Partei und Gauleitungen des Bundes wurden überwunden. Ernst Thälmann ließ sich von den Gedanken Lenins leiten, daß die Partei ihre Rolle als Avantgarde des Proletariats nur verwirklichen kann, wenn sie sich über Massenorganisationen eng mit den Werktätigen verbindet. In diesem Sinne skizzierte er das Verhältnis zwischen Partei und Bund. »Der RFB ist seiner Zusammensetzung und Führung nach eine rein proletarische und seinen Zielen und Bestrebungen nach eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes. Er ist keine kommunistische Organisation. Er vereinigt neben kommunistischen Arbeitern einen verhältnismäßig großen Prozentsatz parteiloser und politisch anders organisierter Arbeiter. Aber der RFB ist seinen Bestrebungen nach ein Teil der kommunistischen Gesamtbewegung. Er hat Aufgaben zu erfüllen, die die Partei als solche nicht erfüllen kann, zu deren Durchführung die Partei ihn aber in jeder Weise fördern muß.«[26]

In zahlreichen Beratungen und Aussprachen in der Bundesleitung und in den Bezirken half Thälmann, eine vertrauensvolle, kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Funktionären der Partei und denen des RFB herbeizuführen. Mit allem Nachdruck forderte er immer wieder die Zentrale der KPD auf, die Arbeit des RFB zu unterstützen und auf solche Funktionäre der Partei einzuwirken, die sich gegen die Bildung neuer Ortsgruppen des Bundes aussprachen oder es ablehnten, fähige Kommunisten für die Arbeit im RFB freizustellen, weil sie glaubten, daß dadurch die KPD geschwächt würde. Scharf kritisierte er die Redaktionen der »Roten Fahne« und anderer Parteiorgane, wenn sie wichtige Aufrufe der Bundesleitung oder andere RFB-Dokumente verspätet, nur auszugsweise oder gar nicht druckten.[27] Den »Genossen, die das Wachstum des RFB nicht begrüßen und fördern«, hielt er entgegen, daß sie »das Problem der Mobilisierung der breiten Proletariermassen durch Schaffung und Unterstützung revolutionärer Hilfsorganisationen nicht begriffen« hätten.[28]

Ein zweites, nicht minder wichtiges Problem sah Thälmann darin, sektiererische Tendenzen im RFB zu überwinden und ein kameradschaft-

26 Ernst Thälmann: Partei und Rote-Frontkämpfer-Bewegung. In: Die Internationale (Berlin), 1925, Sonderheft: Zum Reichsparteitag, S. 53.

27 Vgl. IML, ZPA, 81/1/582; 81/1/1135.

28 Ernst Thälmann: Partei und Rote-Frontkämpfer-Bewegung. In: Die Internationale, 1925, Sonderheft, S. 53.

liches Verhältnis vor allem zu den Arbeitern im Reichsbanner herzustellen. Immer wieder hob er hervor, daß es Aufgabe der Roten Frontkämpfer sei, Kontakt mit den proletarischen Kameraden im Reichsbanner aufzunehmen und sie für den gemeinsamen Kampf gegen die bürgerlich-reaktionären, nationalistischen und chauvinistischen Kräfte zu gewinnen.[29] Dieser Standpunkt lag den Richtlinien »Stellung des RFB zum Reichsbanner« zugrunde, die von der 2. Reichskonferenz im Mai 1925 beschlossen wurden. Thälmann erzog die RFB-Funktionäre dazu, diese Richtlinien in ihrer Arbeit streng zu beachten. Mit kräftigen Worten rügte er zum Beispiel die RFB-Gauleitung in Frankfurt (Main), weil sie in einem Flugblatt Artur Crispien – einen der drei SPD-Vorsitzenden – als »schieläugig« bezeichnet hatte. »Wenn man Reichsbannerleute ideologisch beeinflussen will, muß man auch im Flugblatt sich mit ihnen auseinandersetzen und sie durch Tatsachen – nicht durch Schimpfereien – versuchen zu überzeugen... Das Vorhalten körperlicher Gebrechen ist erstens völlig unmarxistisch und auch nicht gerade dazu geeignet, andersdenkende Arbeiter von der Richtigkeit unserer Auffassungen zu überzeugen.« Sarkastisch fügte er hinzu, auch die Funktionäre der KPD und des RFB in Hessen-Frankfurt seien »nicht alles Gestalten, die bei einer Ausstellung für Körperkultur Modell stehen könnten«.[30] Der scharfe antikommunistische Kurs, den die Reichsbannerführung unter Otto Hörsing steuerte, belastete jedoch das Verhältnis zwischen dem Reichsbanner und dem Roten Frontkämpferbund außerordentlich. Er erschwerte eine elastische Einheitsfrontpolitik und nötigte den RFB, sich hart und eindeutig mit der reaktionären Politik der Reichsbannerführung auseinanderzusetzen.

Entschlossen wurde schließlich unter Leitung Ernst Thälmanns auch die Aufgabe in Angriff genommen, den RFB organisatorisch zu festigen, erfahrene, stabile Leitungen in den Bezirken aufzubauen und vor allem mehr parteilose Arbeiter für den Bund zu gewinnen. Ernst Thälmann gab sich nicht mit dem Zustand zufrieden, daß noch im Frühjahr 1925 nur etwa 40 Prozent der RFB-Kameraden Parteilose waren.[31] So schrieb er an Franz Bohla, den Bezirkssekretär der KPD in Frankfurt (Main): »Die Aufgabe der Leitungen des RFB besteht vor allen Dingen in der Eroberung und Gewinnung der unorganisierten, mit uns sympathisierenden Arbeiter. Das

29 Vgl. IML, ZPA, 81/1/582.
30 Ebenda, 81/1/1133.
31 Vgl. ebenda.

aber hat gleichzeitig zur Voraussetzung, daß die Propaganda sowie die gesamte Tätigkeit der Leitungen immer von dem Gesichtspunkt aus betrieben wird, daß der RFB kein Ableger der Partei, sondern das Sammelbecken aller auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter ist und wir auch deshalb an ihre oft kleinbürgerliche Ideologie anknüpfen müssen, um ihr Klassenbewußtsein in der von uns erstrebten Richtung gut zu entwickeln. Aber alle Kommunisten noch einmal im RFB zu organisieren, widerspricht dem Zweck des Bundes. Jedoch müssen für den Aufbau unbedingt zuverlässige Mitglieder mit den nötigen Erfahrungen und [mit] politischem Weitblick abkommandiert werden.«[32]

Das wichtigste Anliegen des RFB sah Thälmann stets in der politisch aufklärenden Tätigkeit unter den indifferenten Arbeitern und besonders unter denen, die noch unter dem direkten Einfluß des Klassengegners standen. Er stellte dem Bund die Aufgabe, »den zahlreichen proletarischen Anhängern der Rechtsverbände ihre Rolle als Schlachtvieh der Bourgeoisie in neuen Kriegen... klarzumachen und zu versuchen, sie für die proletarische Klassenfront zurückzugewinnen«[33]. Die systematische Arbeit der Bundesleitung unter Thälmann, die genaue Bestimmung der politischen Aufgaben des Bundes führte zu einem schnellen Aufschwung des RFB.

Ernst Thälmann war zu dieser Zeit bereits Parteivorsitzender der KPD.[34] Allerdings hatte diese Funktion noch nicht jene Bedeutung, die sie später erhielt. Die politische und organisatorische Leitung der KPD lag in den Händen der Vorsitzenden des Politbüros und des Orgbüros, das heißt von Ruth Fischer und Werner Scholem. Die Funktion des Parteivorsitzenden hatte hauptsächlich repräsentativen Charakter. Doch verlieh sie dem Wort Thälmanns größeres Gewicht und erleichterte es ihm, mehr und mehr Einfluß auf die Politik der Partei zu gewinnen. Das widersprach freilich den Vorstellungen Ruth Fischers und ihrer Freunde, die lediglich den guten Namen des angesehenen Arbeiters, proletarischen Klassenkämpfers und international geachteten Leninisten Ernst Thälmann zur Tarnung ihrer mit revolutionären Phrasen verbrämten kleinbürgerlichen Politik nutzen wollten. Aber wie die Entwicklung bald zeigen sollte, ging diese Rechnung nicht auf. Vielmehr leistete Ernst Thälmann

32 Ebenda.
33 Ernst Thälmann: Partei und Rote-Frontkämpfer-Bewegung. In: Die Internationale, 1925, Sonderheft, S. 54.
34 Vgl. IML, ZPA, NL 3/2; I 6/1/146; 1/16/1.

in der Zentrale der KPD den entscheidenden Beitrag zur Überwindung des ultralinken Sektierertums und wuchs dabei Schritt für Schritt zum politischen Führer der Partei heran.

Richtungweisend waren für Ernst Thälmann das Vorbild der Leninschen Partei, die Lehren der ersten siegreichen proletarischen Revolution. Aus eigener Erfahrung wußte er, daß die erfahrene, zielklare, eng mit den Massen verbundene und alle Formen des Kampfes beherrschende marxistisch-leninistische Kampfpartei der Schlüssel zum Erfolg des Proletariats im Klassenkampf ist, und er hatte verstanden, daß Lenins theoretisches und praktisches Werk allen Kommunisten in der Welt ein Beispiel gegeben hatte.

Am ersten Jahrestag von W. I. Lenins Tod erläuterte Ernst Thälmann vor 20000 Kommunisten im Berliner Sportpalast die Bedeutung des Leninismus für die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung. »Lenins Werk ist die Revolution. Leninismus heißt Weltrevolution. Heute erkennen die Arbeiter nicht allein der kapitalistischen Länder, sondern auch der Kolonialländer, die Bauernmassen, daß der Leninismus die lebendige Tat ist, die aus dem Marxismus entsprossen ist.«[35] Nur der Kampf im Geiste Lenins könne zum Sieg führen. Auf der Tagung des Zentralausschusses am 10. und 11. Januar 1925 forderte er die Genossen auf, Lenins Arbeiten zu lesen und sich gründlich mit der Theorie und Praxis des Leninismus vertraut zu machen. Er informierte über den Beschluß der Zentrale, Zirkel zum Studium des Leninismus einzurichten, um den Funktionären zu helfen, sich das theoretische Rüstzeug für ihre praktische Arbeit anzueignen. In Hamburg setzte er sich auf einer Parteiarbeiterkonferenz am 1. März mit den Genossen auseinander, die glaubten, eine bolschewistische Partei müsse »klein, aber rein« sein. »Sehen wir uns einmal die russischen Bolschewiki an«, hielt er ihnen entgegen. »Trotz aller Polizeischikane unter dem Zarismus sind sie *keine Sekte* unter sich geblieben, sondern haben für ihre Partei unter den schwierigsten Verhältnissen geworben.«[36]

Ernst Thälmann forderte nicht nur die Mitglieder und Funktionäre der Partei auf, sich den Marxismus-Leninismus voll anzueignen, sondern er nutzte selbst jede freie Minute, um sein Wissen zu erweitern, um tiefer in das Wesen einer bolschewistischen Partei, einer Partei neuen Typs, einzudringen, um sich bei Lenin Rat zu holen. Der Hamburger Genosse

35 Die Rote Fahne, 22. Januar 1925.

36 Ernst Thälmann: Die Lage in Deutschland. In: HVZ, 4. März 1925.

Albert Friedrichs traf ihn schon Jahre zuvor bei der Lektüre von Lenins Schrift »Der ›linke‹ Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus« an; in seiner engen Handschrift beschrieb Ernst Thälmann zahlreiche Blätter mit Auszügen aus Lenins Werk und mit seinen Gedanken zum Gelesenen.[37] Wie Thälmanns Tochter berichtet, verbrachte er ganze Nächte mit dem Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin. »Oft kamen Genossen zu Vater«, erinnert sich Irma. »Mit ihnen sprach er das Gelesene durch. Ich hörte einmal, wie er dem damals jungen Genossen Jonny Schehr, nachdem er ihm aus dem Kopf einige wichtige Sätze von Lenin zitiert hatte, empfahl: ›Höre gut zu! Das ist für uns geschrieben! Wir müssen in der Partei viel mehr lernen. Unser Vorbild ist hierbei die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Unsere Fehler entstehen zum großen Teil nur deshalb, weil unsere Genossen nicht genügend den Marxismus-Leninismus studieren und anwenden.‹«[38]

Mitte Februar 1925 fuhr Ernst Thälmann mit anderen Mitgliedern und Mitarbeitern der Zentrale nach Württemberg. Am 15. referierte er in Stuttgart-Cannstatt auf einer Konferenz süddeutscher Funktionäre der KPD über die Gewerkschaftspolitik der Partei. Als er am nächsten Tag mit den bayrischen Konferenzteilnehmern die Lage in ihrem Bezirk beriet, drangen Kriminalbeamte in das Sitzungszimmer ein und verhafteten alle Anwesenden, darunter vier Mitglieder des Reichstags und fünf bayrische Landtagsabgeordnete. Der massive Protest Thälmanns und seiner Kampfgefährten zwang die Polizei, die verhafteten Abgeordneten nach einigen Stunden wieder freizulassen. Noch am gleichen Abend sprach Thälmann im Dinkelackersaal in Stuttgart vor 450 Versammelten. Der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung mußte in einem politischen Lagebericht Thälmann bescheinigen, daß er einen starken Eindruck auf seine Zuhörer gemacht habe: »Thälmann erscheint als ein Mann von ungewöhnlicher Energie, scharfem Verstand verbunden mit einer guten Dosis Schlauheit. Er liebt es, schon rein äußerlich – so trägt er in Versammlungen gewöhnlich keinen Kragen – als Arbeiter aufzutreten. Es geht von ihm eine starke Suggestionskraft auf seine Zuhörer aus.«[39]

Kurze Zeit darauf begann, für die Partei unerwartet, ein neuer Wahl-

37 Vgl. Interviews in der Gedenkstätte »Ernst Thälmann« in Hamburg-Eppendorf. Gesendet in »Stimme der DDR« am 19. August 1974.

38 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 19.

39 IML, ZPA, St 2/119, Bd. 37.

kampf. Am 28. Februar 1925 verstarb, vier Monate vor Ablauf seiner Amtsperiode, Reichspräsident Ebert. Ein Vierteljahr nach den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 wurden die Wähler erneut an die Urnen gerufen. Der neue Präsident sollte der Verfassung entsprechend direkt vom deutschen Volk gewählt werden. Es war unzweifelhaft, daß die Reaktion alles versuchen würde, daß das neue Staatsoberhaupt aus ihren eigenen Kreisen und nicht wieder, wie der von der Nationalversammlung gewählte Friedrich Ebert, aus der Sozialdemokratie kommen würde. Die Mehrheit im Parteivorstand der SPD beabsichtigte ihrerseits, bereits im ersten Wahlgang, in dem wahrscheinlich kein Kandidat die für seine Wahl erforderliche absolute Mehrheit erreichen würde, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten. Sie trat für die Nominierung eines bürgerlichen Politikers als »republikanischen Einheitskandidaten« ein.[40]

Am 3. März 1925 beriet die Zentrale der KPD die Wahltaktik der Partei und nominierte Ernst Thälmann als ihren Kandidaten.[41] Die Kandidatur Thälmanns veranlaßte offensichtlich die SPD-Führung, ihre Absicht zu ändern. Sie stellte Otto Braun als Präsidentschaftskandidaten auf. Braun war Mitglied des Parteivorstandes der SPD, seit dem Kapp-Putsch mit einer kurzen Unterbrechung bis Januar 1925 preußischer Ministerpräsident und mitverantwortlich für die Unterdrückung der Arbeiterklasse und für den Ausbau der Machtpositionen der imperialistischen Kräfte. Kandidat der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der sogenannten Vaterländischen Verbände wurde Karl Jarres, der sich als Innenminister unter den Regierungen Stresemann und Marx bei der Kommunistenverfolgung hervorgetan hatte. Die Zentrumspartei benannte den ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx. Auch die Deutsche Demokratische Partei, die Bayerische Volkspartei und die NSDAP gemeinsam mit völkischen Gruppierungen stellten eigene Kandidaten auf.

Nur der Kandidat der KPD konnte für sich in Anspruch nehmen, sich stets konsequent und selbstlos für die Lebensinteressen der Werktätigen eingesetzt zu haben. Thälmann kämpfte nicht um das Amt des Reichspräsidenten, was angesichts des politischen Kräfteverhältnisses illusorisch gewesen wäre. Sinn und Zweck seiner Kandidatur war, die Arbeiter und alle Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Kampf für ihre Klasseninteressen zu sammeln und gegen die wachsende monarchistische

40 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 106, 169.

41 Vgl. Die Rote Fahne, 4. März 1925.

Gefahr zu mobilisieren. In diesem Sinne orientierte er in der Zentrale und im Politbüro darauf, die Wahlen zu nutzen, um Massenarbeit zu leisten, die Partei zu stärken und die antinationale Dawes-Politik der Monopolbourgeoisie zu entlarven. Die Hauptsache sei, betonte er, daß die Wahlkampagne unmittelbar mit den Tagesaufgaben, mit dem Kampf gegen die reaktionäre Politik der Luther-Regierung[42], mit dem Ringen um eine Amnestie der politischen Gefangenen, für ausreichende Löhne, für den Achtstundentag, mit den Betriebsrätewahlen usw. verbunden werde.[43]

Am 13. März 1925 trat Ernst Thälmann von Berlin aus seine erste große Wahlreise als Präsidentschaftskandidat durch Deutschland an. In Halle, einer Hochburg der Partei, sollte die Wahlkampagne eröffnet werden. Im Volkspark, der traditionellen Versammlungsstätte des Hallenser Proletariats, erwarteten über 8000 Arbeiter den kommunistischen Präsidentschaftskandidaten. Stürmischer Beifall empfing Thälmann und die Vertreter der englischen und der französischen Bruderpartei, als sie an der Spitze eines Spielmannszuges den Saal betraten. Aber Ernst Thälmanns erste Rede als Präsidentschaftskandidat konnte nicht gehalten werden. Im Volkspark war ein starkes Polizeiaufgebot unter Leitung des Leutnants Pietzker aufmarschiert. Dieser sprang, als nach den Begrüßungsreden der ausländischen Gäste Thälmann das Wort ergriff, auf die Tribüne und forderte die Räumung des Saales. Die Polizei hatte die Ausgänge bis auf einen abgesperrt. Obwohl Ernst Thälmann seine Rede abbrach und die Arbeiter begannen, diszipliniert den Saal zu verlassen, gab Pietzker plötzlich Feuerbefehl. Blindwütig schossen die Polizisten in die dichtgedrängte Menge. Zehn Tote – unter ihnen Fritz Weineck, der »kleine Trompeter« –, 25 Schwer- und über hundert Leichtverletzte waren die Opfer des brutalen Polizeiüberfalls. Auch in einer Parallelversammlung, in der Ernst Thälmann zu Wort zu kommen versuchte, erschien Pietzker und erzwang deren Abbruch. Wie »Die Rote Fahne« berichtete, gelang es Thälmann hier, durch seine Ruhe und Kaltblütigkeit zu verhindern, daß die Polizei erneut ein Blutbad anrichtete.[44] Gemeinsam mit Wilhelm Koenen, Max Lademann und anderen kommunistischen

42 Das im Januar 1925 aus Vertretern der DNVP, DVP, BVP und des Zentrums gebildete Kabinett unter dem Reichskanzler Hans Luther war die erste Bürgerblockregierung, die reaktionärste Regierung seit 1918. Sie amtierte bis Dezember 1925.

43 Vgl. IML, ZPA, 3/1/522; I 2/2/16.

44 Vgl. Die Rote Fahne, 14. März 1925. – Von all unseren Kameraden... Der kleine Trompeter und seine Zeit, (Halle) o. J., S. 68–77.

Abgeordneten des Wahlkreises Halle-Merseburg deckte er in den folgenden Tagen die Schuld Pietzkers und seiner Hintermänner auf. Ernst Thälmann wies nach, daß es sich um eine planmäßige Provokation gehandelt hatte, mit der die Reaktion der Wahlkampagne der KPD von Anfang an entgegenwirken wollte. So durchkreuzte er die Versuche der bürgerlichen Presse, die Kommunisten für diesen politischen Mord verantwortlich zu machen.[45]

Die Provokation in Halle konnte die geplante Wahlreise Ernst Thälmanns nicht vereiteln. Bereits am 14. März sprach er auf einer Kundgebung in Breslau. Bis zum 26. März folgten weitere Kundgebungen in Chemnitz, Limbach, Magdeburg, Leipzig, München, Frankfurt (Main), Hanau, Offenbach, Solingen, Remscheid, Elberfeld, Barmen, Düsseldorf, München-Gladbach, Mülheim, Köln, Essen, Dortmund, Hannover, Sarstedt und Hildesheim.

Diese Versammlungsreise war nicht nur eine hervorragende politische Leistung, sie erforderte auch enorme physische Kräfte. Oft wurden an einem Tag mehrere Reden gehalten. Und vor Tausenden frei und, wie es damals üblich war, ohne Mikrophon zu sprechen, verlangte den ganzen Einsatz der Stimme. In allen Orten, in denen er sprach, nutzte Ernst Thälmann zudem die Gelegenheit, vor oder nach den Kundgebungen mit den Funktionären der Partei deren Probleme zu erörtern. Von Leo Flieg, dem Verantwortlichen für die technisch-organisatorischen Arbeiten in der Zentrale, hatte er sich einen genauen Plan der Nachtzüge aufstellen lassen, damit er in den Nachtstunden weiterfahren und die Tage ganz für die Wahlarbeit und die politische Diskussion nutzen konnte. Von seiner Reise aus unterbreitete er dem Politbüro in Briefen und durch Kuriere Vorschläge, wie der Wahlkampf der Partei bis zum 29. März systematisch gesteigert werden sollte. Er kritisierte, daß die Parteipresse und manche Funktionäre die Wahlpropaganda vernachlässigten.[46] Offenbar fürchteten die ultralinken Führer ein weiteres Wachsen des Ansehens und der Autorität Ernst Thälmanns.

In seinen Wahlreden und in Artikeln nahm Thälmann offen und parteilich zu allen Problemen Stellung, die die Arbeiter interessierten. Er deckte die politischen Ziele der anderen Kandidaten auf und wies nach, daß sie sich – unbeschadet des von ihnen mit wortgewaltigen Reden ausgetra-

45 Vgl. Ernst Thälmann: Zum Hallenser Blutbad. Wie sich die Bluttat der Schupo in Wirklichkeit abspielte. In: HVZ, 16. März 1925. – Klassenkampf (Halle), 19. März 1925.
46 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/31.

Agitation der KPD für Ernst Thälmann
beim zweiten Wahlgang
der Reichspräsidentenwahl 1925

Ernst Thälmann
spricht auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin,
Juli 1925

Ernst Thälmann und Wilhelm Schwan
am 11. August 1925 im Haus der Bauern in Smolensk

Ernst Thälmann, Vorsitzender des Zentralkomitees der KPD

Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin,
seit November 1926 Sitz des Zentralkomitees der KPD

8. Jahrg. / Nr. 280 / Berlin für Groß-Berlin 10 Pfennig

Berlin, Freitag, 4. Dezember 1925

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion u. Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Tel.: Dönhoff 292-97 und Dönhoff 2506. — Fernsprech-Sprechstunde: Dienstag u. Freitag 6–7 Uhr nachm. Erscheint täglich. Tel. Adresse: Rotfahne Berlin. Konto: Landesbank u. Nationalbank Berlin, Tesko-Kasse Belle-Alliance-Platz. Postscheck-Konto Berlin NW 7 5700

Bezugspreis: Bei Abholung 2,70 M in Berlin und Orten mit eigener Ausgabe. — Postbezug: Deutschland 3,30 Mark. Ausland laut Zeitungspreisliste. — Bestellung bei der Post, im Buchhandel, im Inland sowie nach Österreich-Ungarn Danzig, Memel und Luxemburg 3,30 Mark übrige Länder 4,50 Mark

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 7gespaltene Nonpareillezeile (auf 70 Millimeter Breite) 80 Pfg., für Arbeitsmarkt-Anzeigen und Gelegenheitsanzeigen 70 Pfg. Kleinanzeigen das fettgedruckte Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Anzeigenschluß für Nummer des folgenden Tages: Bis 12 Uhr mittags. Anzeigenannahme: Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Parterre, Hof links. Fernsprecher: Dönhoff 2506. Anzeigen werden nicht angenommen. Für Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Anzeigenpreise gültig ab 1. Januar 1925

Keinen Pfennig den Fürsten!

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, an die Bundesvorstände des ADGB., des AfA. und des ADB., Berlin, an die Bundesleitung des Reichsbanners, Magdeburg, an die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes, Berlin.

In den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung herrscht größte Erregung über die riesenhaften Abfindungssummen, die von den Regierungen der Länder den verschiedenen, durch die Revolution entthronten deutschen Fürstenhäusern zugesprochen werden sollen oder bereits zugesprochen worden sind. Millionen deutscher Arbeiter, Angestellter, Beamter, Kleinbauern und Mittelständler sind außerstande, auch nur das Existenzminimum zu erwerben.

Eine Million Arbeiter sind erwerbslos.

Unzählige Sozialrentner, Kriegsopfer im weitesten Sinne des Wortes führen ein Hungerdasein. Für die Arbeitslosen sind keine Mittel zur Unterstützung vorhanden. Für die unteren und mittleren Beamten ist kein Geld zur Erhöhung der Gehälter da. Aber

den Hohenzollern und anderen Fürstenhäusern soll eine Milliarde in den Rachen geworfen werden.

Alle Lasten des Dawes-Paktes sind nur auf die werktätigen Massen abgewälzt worden. Die Steuerämter haben ihre Spargroschen durch die Inflation verloren. Fehlanzeigen von Kleinbauern wird durch den Steuerexekutor das Letzte gepfändet. Für die Fürstenhäuser aber sollen die ausgeplünderten Massen eine weitere Milliarde oder mindestens hunderte von Millionen aufbringen.

Nach der Revolution, als die Arbeiter und Soldaten die Macht dazu hatten, ist die sofortige entschädigungslose Enteignung in unverzeihlicher Weise mit Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien verhindert worden.

Die Auslieferung von Militärverbrechern an die Fürstenhäuser ist gleichzeitig die freiwillige Finanzierung der reaktionären Verbände, zu gewaltig die Schaffung eines monarchistischen Kriegsbundes durch die Regierung der Republik. Die ehemaligen Fürsten werden die Gelder benutzen, um

die immer frecher vorstoßenden Geheimverbände noch stärker hochzupäppeln.

Ruppredit von Wittelsbach besaß die Frechheit, zu erklären, daß er mit den ihm zugesprochenen 20 Millionen und den weiteren 40 Millionen des Wittelsbacher Ausgleichsfonds keineswegs daran denke, „sich mit der durch den Umsturz geschaffenen staatsrechtlichen Lage abzufinden".

Es wäre eine Schande für die Arbeiterschaft, wenn sie diesem Plünderungszug gegen die werktätige Bevölkerung tatenlos zusieht.

Wir halten es für notwendig, daß alle Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung mit größtem Nachdruck eingesetzt werden, um der Raubraubung Deutschlands durch die Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner, Coburger und ähnliches Gesindel entgegenzutreten. Zu diesem Zweck müssen u. E. selbst die geringen Handhaben ausgenutzt werden, die die Weimarer Reichsverfassung bietet.

Wir entnehmen einer Mitteilung des „Vorwärts" vom 1. Dezember, daß auch in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei die Frage der

Herbeiführung eines Volksentscheides

für die Enteignung der fürstlichen Besitzer erörtert wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich ebenfalls in einer seiner letzten Sitzungen eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ist zu dem Beschluß gekommen, daß einheitliche Schritte zur Herbeiführung einer Volksabstimmung für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser im Interesse der werktätigen Massen von großer Bedeutung wären.

Die Landesregierungen sind den unverschämten Forderungen der Fürstenhäuser gegenüber von unerhörter Nachgiebigkeit. Sie schließen entweder Abfindungsverträge, die den Raub am Volkseigentum freiwillig sanktionieren, oder sie überlassen die Regelung der Abfindungsfrage den ordentlichen Gerichten, die, entsprechend den Sitten der deutschen Klassenjustiz, jeden Wunsch der entthronten Fürsten bereitwilligst erfüllen. Soweit Landesregierungen Schritte zur Enteignung der Fürstenhäuser unternommen haben, z. B. die Gothaer Revolutionsregierung, hat das Reichsgericht diese Gesetze als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet und aufgehoben. Daraus erklären die Landesregierungen zum Teil, sie befänden sich in einer Zwangslage und wären zu Abfindungsverträgen gezwungen.

Aus diesen Gründen ist

eine sofortige reichsgesetzliche Regelung unumgänglich notwendig.

Die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dafür bestehen, denn „Reichsrecht bricht Landesrecht".

Die Frage würde sich wie kaum eine andere zum Gegenstand eines Volksentscheides eignen, da die breitesten Massen über die Raubzüge der Fürstenhäuser empört sind. Wie verwiesen darauf, daß die Reichstagsfraktion der Kommunisten bereits einen Gesetzentwurf für die entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser eingebracht hat.

Die Frage der entschädigungslosen Enteignung würde bei der Volksabstimmung von

Millionen und aber Millionen mit einem entschiedenen Ja

beantwortet werden. Der siegreiche Ausgang des Volksentscheides wäre umso mehr gesichert, wenn die gesamte Kraft der freien Gewerkschaften, des Reichsbanners und aller übrigen proletarischen und republikanischen Organisationen dafür eingesetzt würde.

Die Zeit drängt, da eine Reihe wichtiger Abfindungsverträge gegenwärtig in der Schwebe sind. Ihr Abschluß muß unter allen Umständen verhindert werden, damit Millionenwerte den Dynastien entrissen und den sozialen Interessen der werktätigen Massen dienlichst gemacht werden.

Aus diesem Grunde schlagen wir Ihnen vor, eine gemeinsame Vorbesprechung für die Durchführung des Volksentscheides mit uns und allen beteiligten Organisationen bereits in den nächsten Tagen abzuhalten.

Wir sehen Ihrer schnellen Antwort angesichts der Wichtigkeit der Sache entgegen.

Mit proletarischem Gruß

Zentral-Komitee der Komm. Partei Deutschlands

gez. J. A.: Ernst Thälmann.

Berlin, den 2. Dezember 1925.

Entschädigungslose Enteignung!

Vom Polbüro des Zentralkomitees

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat sich an die Sozialdemokratische Partei, an die freigewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft, wie auch an das Reichsbanner und den Roten Frontkämpferbund gewandt, alle Kräfte zusammenzufassen, um einen Volksentscheid gegen die Fürstenentschädigung und um die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser herbeizuführen.

In einem Lande, das sich in einer schweren Wirtschaftskrise befindet, das ausländisch Kredite nur zu Wucherzinsen erhält, in dem eine Million Arbeitslose und die gleiche Zahl von Familienangehörigen hungern, in dem die Angestelltenschaft der größte Teil der Industriearbeiter, die unteren und mittleren Beamten und Kommunalbeamten mit ihren Löhnen und Gehältern ständig zurückbleiben, in dem Zehntausenden von Kleinbauern das letzte Pferd aus dem Stall gepfändet wird, in dem Millionen ihre letzten Ersparnisse durch die Inflation verloren haben — in diesem Lande erheben die durch die Revolution der Arbeiter und Soldaten davongejagten Fürsten Entschädigungsansprüche, die in viele Hunderte von Millionen gehen.

Daß dieses überhaupt möglich ist, ist eine viele Gefahr: Dinge auf die verratene Revolution zurückzuführen. Ohne die Rückendeckung der sozialdemokratischen Parteiführer auf die bürgerlichen Parteien wäre es unmöglich, daß die Fürsten-Auser ihre Raubzüge auf die Staatskassen unternehmen konnten, wäre es unmöglich gewesen, daß die einzelnen Landesregierungen diesen Fürstenhäusern bereits hunderte von Millionen zugesichert hatten. Diese Tatsache muß es festgenagelt werden.

Aber das Versäumte kann gutgemacht werden. Es kann dann gutgemacht werden, wenn bei allen betroffenen Organisationen, und vor allem, wenn bei der Arbeiterschaft die Einsicht und der Wille vorhanden ist, den Gegner gemeinsam zu schlagen, seine Ansprüche zurückzuweisen, und damit den monarchistischen Rüstungsvorbereitungen einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Die Kommunistische Partei weiß, daß eine Volksabstimmung nur dann erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn es gelingt, die Arbeiterschaft, die werktätigen Massen überhaupt, in eine gemeinsame Front gegen die monarchistischen Parteien und gegen die mit den monarchistischen Parteien liebäugelnden bürgerlichen Parteien zu bringen.

Wenn die Kommunistische Partei, die Sozialdemokratische Partei und die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse ein gemeinsames Vorgehen beschließen, so wird das einen solchen Widerhall in den breitesten Volksmassen finden, daß der Sieg gesichert, daß die Regierung gezwungen wird, diesem gerechten Willen Rechnung zu tragen, oder, wenn sie sich weigern, dies zu tun, die Massen den Ruchten der Regierung ersparen würden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Kampf gegen die Fürstenentschädigung nicht nur ein Kampf gegen die Raubzüge der entthronten Fürsten, sondern kann zugleich auch werden ein Ausgangspunkt für ein weiteres Vordringen der werktätigen Massen, für ein Zurückschlagen der monarchistischen Kräfte, für eine Sammlung der proletarischen Massen im Bunde mit allen kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung gegen die monarchistische Konterrevolution und die Großbourgeoisie.

Die Parole muß lauten: Keinen Pfennig den Fürsten! Die Volksabstimmung muß durchgeführt werden für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser.

Die Kommunistische Partei verhehlt den werktätigen Massen nicht, daß sie allein zu schwach ist, dieses durchzuführen. Aus dieser Erkenntnis heraus schlägt die Kommunistische Partei der Sozialdemokratischen Partei und den anderen Organisationen ein gemeinsames Vorgehen vor. Die Kommunistische Partei verhehlt den werktätigen Massen aber auch nicht, daß der, einzuleitenden Kampf gegen die Fürstenabfindung, große Gefahren drohen. Dieselben Kräfte, diesselben Führer, die im Jahre 1918/19 eine radikale Lösung dieser Frage verhindert haben, können auch wieder mit den bürgerlichen Parteien gemeinsame Sache für eine den Interessen der werktätigen Massen nicht entsprechende Kompromißlösung machen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die demokratische Partei die Aktionen gegen die hohe Entschädigung der Fürstenhäuser als ein Druckmittel betrachtet, um die Deutsche Volkspartei für die Große Koalition gefügig zu machen, vom Zentrum gar nicht zu reden. Die Arbeiterklasse muß verhindern, daß diese Frage ein Zwischenspiel zwischen den zukünftigen Parteien der Großen Koalition wird. Die Arbeiterschaft kann durch die Errichtung der geschlossenen Front diese Frage zu einer Kampffrage ersten Ranges machen.

Die Kommunisten wissen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in dieser Frage mit uns

Ernst Thälmann, seit Februar 1925 Vorsitzender des RFB

Ernst Thälmann mit einem sowjetischen Seemann und einem chinesischen Arbeiter
auf dem Gautreffen des RFB Wasserkante in Hamburg
am 21. Juni 1925

genen Konkurrenzkampfes – alle darin einig waren, »das bisherige System der Ausbeutung, der Entrechtung der großen Masse des arbeitenden Volkes zugunsten einer kleinen Clique von Bank- und Industriemagnaten und Großagrariern«[47] zu sichern. Er warnte vor parlamentarischen Illusionen, vor dem Irrglauben, daß es genüge, mit dem Stimmzettel gegen die Reaktion zu kämpfen, oder daß mit Braun als einem zweiten Ebert an der Spitze sich irgend etwas am Klassencharakter des reaktionären Staates ändern würde. Thälmann rief die proletarischen Wähler auf, mit den Kommunisten für eine Arbeiterrepublik zu kämpfen, in der der Wille der Arbeiter ausschlaggebend ist. In einem Aufruf an die werktätigen Bauern hob er hervor, daß er nicht nur der Kandidat der Arbeiter, sondern Kandidat aller Werktätigen sei. Er forderte sie auf, mit den Arbeitern zusammen gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten zu kämpfen. Dafür prägte er die Losung: »Grund und Boden denen, die ihn bebauen! Gruben und Fabriken denen, die in ihnen arbeiten!«[48] Auch an die Angestellten, die Beamten und an alle, die durch ihrer Hände oder ihres Geistes Arbeit ihr Brot verdienten, wandte sich Ernst Thälmann. Er legte dar, daß niemand außer den Kommunisten tatsächlich ihre Belange vertrat.

Am 27. März stellte sich Ernst Thälmann über 20000 Arbeitern im Berliner Sportpalast als Präsidentschaftskandidat vor. Seine Heimatstadt besuchte er am folgenden Tag zum Abschluß der zweiwöchigen Wahlreise. Tausende Arbeiter empfingen ihn bereits bei seiner Ankunft auf dem Altonaer Hauptbahnhof und begleiteten ihn zum Lunapark, wo über 5000 Arbeiter und Angestellte den Riesensaal bis zum letzten Platz gefüllt hatten. Zu Beginn der Versammlung überbrachten die Vertreter der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Englands, die Ernst Thälmann auf seiner Wahlreise begleitet hatten, revolutionäre Kampfesgrüße. Im Auftrage der revolutionären Arbeiterschaft von München-Gladbach übergab Thälmann dem Schiffbeker Proletariat eine rote Fahne mit der Aufschrift: »Den Hamburger Barrikadenkämpfern«. Dann erläuterte er noch einmal das Wahlprogramm der KPD und berichtete über seine Wahlreise durch Deutschland.[49]

47 Ernst Thälmann: Arbeitendes Volk, wähle Dich selbst! Ein letztes Wort vor der Wahl. In: Die Rote Fahne, 29. März 1925.
48 Ernst Thälmann: Der Kampf der Arbeiter ist auch der Kampf der werktätigen Bauern! In: HVZ, 18. März 1925.
49 Vgl. ebenda, 30. März 1925.

Überall, wo Ernst Thälmann aufgetreten war, hatte er die Versammelten durch die starke Ausstrahlungskraft seiner Persönlichkeit, durch seine klare politische Haltung gewonnen. Seine Zuhörer spürten, daß zu ihnen ein Arbeiter sprach, hinter dessen Worten harte Lebenserfahrungen standen, der die Dinge ebenso sah wie sie selbst, der nicht irgendwelche abstrakten politischen Thesen, sondern ihre Interessen vertrat. Treffend brachte das ein Arbeiterkorrespondent zum Ausdruck. Thälmanns Worte, schrieb er, »klingen rauh, holpern und stolpern manchmal über die schwere Hamburger Proletenzunge, aber sie machen um so mehr den Eindruck der Aufrichtigkeit und revolutionären Entschlossenheit. Diesem Manne glaubt man, daß er, die Fahne des Aufruhrs in der Hand, selbst die Barrikade besteigt. Unter seiner Führung zu kämpfen, wie 1923 in Hamburg, welches Gefühl der Sicherheit und Siegesbewußtheit muß das sein! Dieser Transportarbeiterkollege, der mit den Worten ringt und den klarsten und einfachsten Ausdruck sucht, um sich ja allen verständlich zu machen, das merkt man, würde nie ein Ebert oder Noske werden.«[50]

1 871 815 Wähler stimmten am 29. März 1925 für Ernst Thälmann. 7,8 Millionen Stimmen erhielt Otto Braun, 3,8 Millionen Wilhelm Marx und 10,4 Millionen Karl Jarres. 2,8 Millionen Wähler entschieden sich für die übrigen drei Kandidaten. Damit hatte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht. Ein zweiter Wahlgang wurde notwendig, in dem die einfache Mehrheit genügte, um gewählt zu werden.

Die KPD mußte ihre Taktik neu festlegen, was sich als äußerst kompliziert erwies. Wahrscheinlich würden sich die Rechtsparteien einen zugkräftigeren Kandidaten als Karl Jarres suchen. Die Haltung der SPD-Führer deutete an, daß sie vor allem danach strebten, im preußischen Landtag mit Unterstützung der Zentrumspartei die Wiederwahl Otto Brauns zum preußischen Ministerpräsidenten zu erreichen, daß sie dafür bereit waren, auf ihren eigenen Präsidentschaftskandidaten zu verzichten und die Wähler Brauns aufzurufen, im zweiten Wahlgang für Wilhelm Marx zu stimmen.[51] Das konnte aber nur den sich um die DVP und DNVP gruppierenden reaktionären Kräften zugute kommen und deren Anstrengungen anspornen, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten festzulegen und diesem, gestützt auf eine eifrig geschürte nationalistische und monarchistische Hetze, zum Erfolg zu verhelfen. Der KPD war aber das Schicksal der Republik keineswegs gleichgültig, und sie war entschlossen,

50 Bergische Arbeiterstimme (Solingen), 23. März 1925.

51 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 160, 174.

diese mit aller Kraft vor der monarchistischen Gefahr zu schützen. Überdies mußte damit gerechnet werden, daß die SPD-Führung keine Minute zögern würde, eine durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Zentrumspartei selbstverschuldete Niederlage des Kandidaten der Weimarer Koalition der KPD anzulasten. Es kam daher in der Führung der KPD der Vorschlag ins Gespräch, sich bereit zu erklären, den eigenen Kandidaten zurückzuziehen und für einen sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Kandidaten zu stimmen, falls dieser den Willen bekunde, sich für demokratische Grundforderungen einzusetzen.[52]

Das Präsidium des EKKI griff diesen Vorschlag auf und betonte am 2. April in einer Beratung mit den Vertretern der KPD, die an der V. Erweiterten Tagung des EKKI teilnahmen, daß diese Taktik nicht nur richtig, sondern auch unbedingt notwendig sei. Aus späteren Erklärungen Ernst Thälmanns geht eindeutig hervor, daß er diesen Standpunkt voll und ganz billigte und bereit war, im Interesse des Kampfes gegen die monarchistische Gefahr auf seine Kandidatur zu verzichten.[53]

Als die Delegation der KPD von Moskau nach Berlin zurückgekehrt war und am 9. April die Zentrale über die Beratung vom 2. April informierte, hatte sich aber die SPD-Führung bereits für den reaktionären Zentrumspolitiker Wilhelm Marx entschieden, den die KPD unter keinen Umständen unterstützen konnte und der selbst von Sozialdemokraten abgelehnt wurde.[54] Damit war der Weg zur Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten von KPD, SPD und bürgerlich-demokratischen Kräften blockiert. Die reaktionärsten Parteien stellten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg als ihren Kandidaten auf.

Für die KPD gab es angesichts der Haltung der SPD nur noch die Möglichkeit, die Kandidatur Ernst Thälmanns beizubehalten oder aber sich aus der Wahlbewegung zurückzuziehen. Letzteres aber hätte bedeutet, darauf zu verzichten, noch einmal den Massen die Politik der KPD darzulegen. Die zweite Wahltournee führte Ernst Thälmann erneut durch das ganze Land. Über Hagen, Hamburg, Königsberg, Stettin, Bremen, Bochum, Buer-Schoelven, Dortmund und Essen ging es nach Gelsenkirchen. Im Ruhrgebiet sprach er täglich in mehreren Versammlungen, so auf Großkundgebungen in der Dortmunder Westfalenhalle und auf dem

52 Vgl. Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD. Hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin 1925, S. 7/8.

53 Vgl. ebenda, S. 12/13. – IML, ZPA, I 2/1/26; I 2/2/16.

54 Vgl. IML, ZPA, I 2/2/16. – Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, S. 106.

Essener Burgplatz oder in kleineren Zusammenkünften in Gasthaussälen oder in den Siedlungen der Bergarbeiter. »Spät abends saßen wir dann in einem der kleinen Arbeiterlokale, die Thälmann so liebte und in denen er sich, wenn es schon ein Gasthaus sein mußte, allein wohl fühlte«, berichtet Fritz Selbmann, der damalige Gauführer des Roten Frontkämpferbundes, der Ernst Thälmann durch das Ruhrgebiet begleitete. »Während er dann immer noch arbeitete, Nachrichten für die Presse, Aufrufe und Artikel redigierte, saß ich unglücklich daneben, besorgte heiße Zitrone und war in Sorge um seine Gesundheit; Thälmann war krank, hatte Fieber, war erschöpft und heiser. Aber jeder Versuch, ihn zu überreden, doch einmal eine Versammlung auszulassen, führte nur dazu, daß er mich im schönsten, unverfälschten Hamburger Platt beschimpfte. Nach fünf großen Kundgebungen, am 19. April, brach er zusammen.«[55] Thälmann blieb nichts anderes übrig, als in Gelsenkirchen eine Pause einzulegen und den Thüringer Genossen, die ihn bereits erwarteten, abzusagen: »Seit fünf Wochen bin ich dauernd für Kundgebungen unterwegs«, schrieb er. »Infolge einer Erkältung, die mir schon lange in den Knochen steckte, wurde ich am Sonntag, dem 19. April, nach Abschluß von fünf großen Kundgebungen im Ruhrgebiet gezwungen, meine Tournee zu unterbrechen. So konnte ich schon am Montag nicht in drei großen Kundgebungen in Nürnberg und Umgebung sprechen; so war es mir leider auch nicht möglich, zu Euch zu kommen.«[56] Aber bereits nach zwei Tagen setzte er seine Wahlreise fort. Über Dresden, Freital, Pirna, Zeitz, Teuchern und Weißenfels ging es nach Berlin und von da nach Gleiwitz und Hindenburg in Oberschlesien.

Innerhalb weniger Wochen hatten Hunderttausende Arbeiter in allen Teilen Deutschlands Thälmann erstmals persönlich kennengelernt. Sie hatten ihn als wahren Volkstribun erlebt und sich überzeugen können, daß er ihre Sprache sprach, auf alle ihre Fragen Antwort gab. In diesen Wochen wurde Ernst Thälmann endgültig zu der unter den Massen populärsten und geachtetsten Persönlichkeit in der Führung der KPD.

Am 26. April 1925 gaben ihm 1 931 131 Wähler ihre Stimme. Das waren 60 000 Stimmen mehr als im ersten Wahlgang. Mit 14,6 Millionen wurde Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt, während Wilhelm Marx 13,7 Millionen Stimmen erhielt.

55 Fritz Selbmann: Alternative. Bilanz. Credo, S. 156.

56 Ernst Thälmann: An die Thüringer Parteigenossen! An die Besucher der Thälmann-Kundgebungen! In: Neue Zeitung (Jena), 24. April 1925.

Bereits das Ergebnis des ersten Wahlgangs wurde von Thälmann kritisch analysiert und veranlaßte ihn, Schlußfolgerungen zu ziehen. Er betrachtete es als ein Alarmsignal, daß die Partei für ihren Kandidaten rund 800 000 Wähler, die bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 für die KPD gestimmt hatten, nicht mehr mobilisieren konnte. Die Ultralinken gaben den »passiven« Massen die Schuld, Thälmann hingegen war bemüht festzustellen, welche Versäumnisse der Partei und vor allem ihrer Führung vorlagen. Er und andere leitende Funktionäre kamen zu der Meinung, daß es nicht nur darum ging, einzelne Seiten der Parteiarbeit zu verbessern, sondern daß es notwendig sei, den Kurs der Partei insgesamt zu überprüfen.

Die wichtigste Schlußfolgerung aus den Wahlen faßte Ernst Thälmann in die bewährte Leninsche Losung: »Tiefer hinein in die Massen!« Er zeigte, daß vor allem durch die starre Politik der Ultralinken, durch Vernachlässigung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Verbindung der Partei mit den Massen gefährdet wurde. Ernst Thälmann forderte, eine elastische, bolschewistische Taktik zu entwickeln und energisch für die Tagesforderungen zu kämpfen, ohne das sozialistische Endziel aus dem Auge zu verlieren. In der »Roten Fahne« schrieb er: »Tiefer zu den Massen! Das muß heißen: Wir müssen sie mit Geduld und Zähigkeit aufklären, wir müssen Sprachrohr aller Nöte und Vorkämpfer in allen Tagesforderungen der Massen sein, wir müssen ihnen den Tagesausweg und in Verbindung damit den Endausweg zeigen ... Dazu gehört, daß wir in Betrieb und Gewerkschaft die unermüdlichsten, opferfreudigsten, energischsten Kollegen sind und daß wir von den Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen aus unsere Arbeit einheitlich zu organisieren verstehen.«[57] Ernst Thälmann bewies damit, daß er verstand, was notwendig war, um wieder enge Beziehungen der Partei zu den Massen herzustellen.

57 Ernst Thälmann: Tiefer hinein in die Massen! In: Die Rote Fahne, 25. April 1925.

9

Ernst Thälmann tritt an die Spitze der Partei

Nach dem anstrengenden sechswöchigen Wahlkampf ergab sich für Ernst Thälmann die Gelegenheit, wenige Tage im Kreise seiner Familie auszuspannen. Derartige Möglichkeiten waren seit Ende 1923 immer seltener geworden. Am 26. April 1925 hatte er in Hamburg seine Stimme abgegeben, bis zum 2. Mai hielt er sich noch in seiner Heimatstadt auf. Wie immer, wenn er einige Zeit bei seiner Familie bleiben konnte, wurden diese Tage auch zu gemeinsamen Spaziergängen durch das Borsteler Moor und an der Alster, zu Dampferfahrten auf der Elbe, zum Durchstreifen der aus der Jugendzeit vertrauten Straßen und Gassen genutzt. Ernst Thälmann liebte die Natur, die Wanderungen in frischer Luft und Sonne, »die stillen, schilf- und binsenumstandenen Wasser, in denen versteckt die wilden Enten umherplätscherten«[1]. Am innigsten verbunden fühlte er sich jedoch mit dem Hafen. Wenn er von Berlin kam, erinnert sich Rosa Thälmann, sagte er schon kurz nach seiner Ankunft: »›Wir werden einen Spaziergang machen.‹ Ich wußte dann immer, wo es hinging. Wenn er wieder nach Berlin fuhr, so drängte er, rechtzeitig zu gehen. Wenn wir dann am Bahnhof waren, sagte er: ›Komm, Rosa, laß uns nochmal an den Hafen gehen.‹ Immer ging der Weg nach dem Freihafen, bis an die St.-Pauli-Landungsbrücken und den Elbtunnel. Immer wieder schaute er auf das Treiben im Hafen... Er schaute aber auch auf die gegenüberliegende Seite, auf die Werften von Blohm & Voß, auf Reiherstieg und sagte: ›Das alles wird einmal den Arbeitern gehören.‹«[2] In seiner Geburtsstadt und ihrer Umgebung schöpfte Ernst Thälmann neue Kraft.

Die enge Verbundenheit mit Hamburg hatte Thälmann auch bewogen, seine Familie nicht nach Berlin zu holen. Seine Tochter erinnert sich der Antworten, die sie auf die Frage: »Warum ziehen wir nicht nach Berlin, wo du doch jetzt in Berlin arbeitest?« bekam. »In Hamburg sind die Hafenarbeiter. Sie sind unsere lieben Freunde, und wir wollen nicht ohne diese Freunde leben. Ich freue mich, wenn ich bei der Arbeit an euch

1 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 64.
2 IML, ZPA, NL 3/67.

denke; dann denke ich zugleich an Hamburg und an den Hafen und an alle lieben Genossen, die so tapfer mit mir kämpfen. Deshalb wollen wir in Hamburg wohnen bleiben.«[3]

Den 1. Mai 1925 beging Ernst Thälmann gemeinsam mit den Arbeitern Hamburgs. Am Vormittag war er einer der Redner, die zu den 60 000 Demonstranten auf dem Heiligengeistfeld sprachen. Den Nachmittag und Abend verbrachte er mit seiner Frau Rosa im Lunapark in Altona, wohin die KPD-Ortsgruppe Groß-Hamburg eingeladen hatte. Der Kommunistische Sängerbund, die Proletarische Bühne, Rezitatoren und eine Arbeiterturnriege gestalteten nach einer Ansprache Ernst Thälmanns ein abwechslungsreiches Programm.[4]

Zwei Tage später nahmen die Auseinandersetzungen um die Politik der Partei Ernst Thälmann wieder ganz in Anspruch. In Moskau hatte, während Thälmann als Präsidentschaftskandidat in Deutschland im Wahlkampf stand, vom 21. März bis zum 6. April 1925 die V. Tagung des Erweiterten EKKI stattgefunden. Sie entwickelte die Beschlüsse des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Bolschewisierung weiter und konkretisierte sie mit den »Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Kommunistischen Internationale«. Damit gab die V. EKKI-Tagung den kommunistischen Parteien ein umfangreiches und detailliertes Programm für ihre Entwicklung zu ideologisch gestählten, organisatorisch stabilen, eng mit den Massen verbundenen Kampfparteien. Die Thesen wiesen auch der KPD den Weg zur weiteren Durchsetzung des Marxismus-Leninismus. Sie halfen Ernst Thälmann und seinen Kampfgefährten, die Lage in der KPD kritisch zu analysieren, dem ultralinken Sektierertum wirkungsvoll entgegenzutreten und Schritt für Schritt eine Strategie und Taktik auszuarbeiten, die den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entsprach.

Das zeigte sich bereits in einer Reichsberatung am 3. Mai, an der die Mitglieder der Zentrale und führende Funktionäre aus den Bezirken, insgesamt 42 Genossen, teilnahmen und die der Vorbereitung einer Zentralausschußtagung diente. Iwan Katz, Arthur Rosenberg und Werner Scholem, unterstützt von einigen wenigen Funktionären aus den Bezirken, entwickelten auf dieser Beratung extrem ultralinke Ansichten. Sie leugneten die relative Stabilisierung des Kapitalismus und das Anwachsen der monarchistischen Gefahr. »Der deutschen Bourgeoisie ist es nicht

3 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 18.
4 Vgl. HVZ, 2., 5. Mai 1925. – IML, ZPA, DF VII/28.

gelungen, die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren«[5], behauptete Arthur Rosenberg. Er warf der Zentrale Koalitionspolitik vor, weil sie sich am 27. April – erstmalig seit 1923 – in einem Offenen Brief an die Führungen der SPD und der Gewerkschaften gewandt und vorgeschlagen hatte, gemeinsam für dringende demokratische und soziale Forderungen einzutreten.[6]

Ernst Thälmann wies gemeinsam mit anderen Funktionären diese Angriffe zurück. Er hob hervor, daß es jetzt notwendiger denn je sei, von Lenin zu lernen, wie bei Wahrung der bolschewistischen Grundsätze die Taktik der Partei der neuen Lage angepaßt werden müsse. Er forderte, den Bewußtseinsstand der Massen genau zu berücksichtigen und jede Möglichkeit zu nutzen, um an die unter dem Einfluß der SPD-Führer stehenden Millionen Arbeiter heranzukommen. »Ob das besser durch Einheitsfront von oben oder von unten geschieht, ist nebensächlich«[7], erklärte Thälmann. Klar und unmißverständlich wurde von ihm das Kernproblem der Parteipolitik angepackt, das darin bestand, Millionen Arbeitern zu helfen, sich vom opportunistischen Einfluß zu lösen. Sie sollten erkennen, daß die Kommunisten entgegen den Behauptungen rechter SPD-Führer Klassenbrüder der sozialdemokratischen Arbeiter, die einzig konsequenten Vertreter der Arbeiterinteressen sind.

Am 9. und 10. Mai beriet der Zentralausschuß die Aufgaben der KPD. Die Zentrale unterbreitete einen Resolutionsentwurf, in dem die Lage in Deutschland im wesentlichen zutreffend analysiert wurde. Er enthielt Ansätze zu einer realistischen und beweglichen, auf die Gewinnung der Massen gerichteten Taktik.

Am Vorabend der Beratung war es aber in der Zentrale erneut zum offenen Zusammenstoß mit den drei Verfechtern extrem ultralinker Positionen gekommen, als diese erklärt hatten, sie würden dem Resolutionsentwurf der Zentrale einen eigenen Entwurf entgegenstellen. Ernst Thälmann und andere Mitglieder der Zentrale verurteilten diesen fraktionellen Vorstoß scharf. Als einziger hatte Thälmann Änderungsvorschläge zum Resolutionsentwurf unterbreitet. Sie wurden vom Politbüro in die Vorlage eingearbeitet. Aus den Ausführungen Thälmanns in der Sitzung der Zentrale läßt sich entnehmen, daß diese Vorschläge eine genauere Analyse der relativen Stabilisierung des Kapitalismus enthielten, stärker die Rolle der KPD als der revolutionären Partei der Arbeiterklasse betonten und ihre Aufgaben in den Gewerkschaften und Betrieben präziser bestimmten.[8]

5 IML, ZPA, I 2/2/16.
6 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 133–136.
7 IML, ZPA, I 2/2/16.

Grippe und Mandelentzündung fesselten Thälmann am 9. Mai ans Bett; aber die Sorge um die Partei ließ ihm keine Ruhe. So erschien er trotz seiner Krankheit am 10. Mai nachmittags in der Beratung des Zentralausschusses, um mitzuhelfen, den gefährlichen Vorstoß der extremen Ultralinken abzuwehren. In seiner Rede konzentrierte sich Ernst Thälmann erneut auf das Verhältnis der KPD zu den Massen. Die letzten Wahlergebnisse hätten deutlich gezeigt, hob er hervor, daß nicht die KPD, sondern die SPD ihren Masseneinfluß hatte vergrößern können. Gewiß betreibe die SPD-Führung eine bürgerliche Politik und habe längst jeglichem Kampf für eine grundlegende Umgestaltung der Machtverhältnisse abgeschworen. Aber diese richtige Einschätzung der Rolle der SPD allein bringe die KPD bei der Gewinnung der Massen keinen Schritt voran. Ein Großteil der Arbeiter vertraue noch der SPD. Die KPD müsse beweglicher werden, die Lage in der Arbeiterklasse besser berücksichtigen und ihre starre, undifferenzierte Politik gegenüber der SPD überwinden.

Scharf kritisierte Thälmann die dogmatische Haltung, die die Fraktion der KPD im preußischen Landtag seit der Eröffnung des neugewählten Landtages am 5. Januar 1925 bezogen hatte. Um die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten war es zu einem mehrmonatigen Tauziehen zwischen den Parteien der Weimarer Koalition einerseits und der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei andrerseits gekommen. Die kommunistische Fraktion hatte gegen die Bildung einer Regierung aus SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei gestimmt und war dabei mehrfach an die Seite der DVP und der DNVP geraten. Eine solche Haltung könne kein Arbeiter verstehen, hob Ernst Thälmann hervor.[9] In diesem Zusammenhang befürwortete er nachdrücklich den Offenen Brief der Zentrale vom 27. April an die Führungen der SPD und des ADGB. Er begrüßte es, daß sich die Fraktion der KPD im preußischen Landtag am 29. April schließlich bereit erklärt hatte, eine sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung, falls diese der monarchistischen Gefahr entgegentrete, zu unterstützen.[10] Ausführlich behandelte Ernst Thälmann die Umgruppierungen der Kräfte im Lager des Klassengegners und

8 Vgl. ebenda.
9 Vgl. ebenda, I 2/1/26.
10 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 136–138.

gelangte zu der Schlußfolgerung, daß sich die KPD stärker auf den Kampf gegen die wachsende monarchistische Gefahr konzentrieren müsse.

Im gleichen Sinne wie Ernst Thälmann traten auch einige leitende Funktionäre aus den Bezirken auf. So erörterte John Schehr, politischer Sekretär der KPD in Altona, anknüpfend an die Losung »Heran an die Massen!«, wie die Partei durch eine beweglichere Taktik die Arbeiter für Kampfaktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen mobilisieren könne. Gleichzeitig forderte Schehr, »eine wirkliche einheitliche Führung in der Kommunistischen Partei [zu] schaffen«. Dazu sei es aber notwendig, »daß sich die Zentrale von denjenigen reinigt, die immer wieder Zersetzung hineintragen«.[11]

Es gelang Ernst Thälmann und seinen Kampfgefährten, auf dieser Tagung des Zentralausschusses die Einsicht durchzusetzen, daß seit Ende 1923/Anfang 1924 die offenen Klassenschlachten zeitweilig abgeebbt waren, das Monopolkapital in eine Konjunkturphase eingetreten war und nicht nur seine politischen, sondern auch seine ökonomischen Positionen vor allem durch die enorme Intensivierung der Ausbeutung zu festigen vermocht hatte. Die Partei wurde darauf hingelenkt, den Kampf für Teilforderungen mehr in den Vordergrund zu stellen, die Einheitsfrontpolitik unter den neuen Bedingungen anzuwenden und die bürgerliche Demokratie gegen die reaktionärsten, unter monarchistischer Flagge auftretenden imperialistischen Kreise zu verteidigen.

Katz, Rosenberg, Scholem und ihre Freunde erlitten eine schwere Niederlage. Ihre Angriffe auf den politischen Kurs der Partei wurden zurückgewiesen. Gegen sie traten auch Ruth Fischer und ihre Anhänger auf. Das verzögerte den Klärungsprozeß in der Partei. Die tatsächlichen Differenzen zwischen den leninistischen Kräften um Ernst Thälmann und den Ultralinken um Ruth Fischer blieben so nach außen hin weitgehend verdeckt. Dabei führte Thälmann in der Zentrale schon seit längerer Zeit harte Auseinandersetzungen mit Ruth Fischer und widersetzte sich ihrer Methode, Arbeiter, die mit der linkssektiererischen Politik unzufrieden waren, rigoros aus der Partei auszuschließen.[12] Philipp Daub, 1925 als Funktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) im Saargebiet tätig, wo unter dem Einfluß der Ultralinken Mitglieder in Bergarbeiterorten aus der Partei ausgeschlossen worden waren, berichtet

11 IML, ZPA, I 2/1/26.
12 Vgl. ebenda, I 2/2/16.

darüber. Ernst Thälmann wandte sich in einer Beratung über diese Fälle an ihn: »Du mußt dir mal genau überlegen, was ihr mit dem Ausschluß dieser Mitglieder erreicht habt. Ich sage dir für alle Genossen, die daran beteiligt waren, man muß um jeden Arbeiter ringen, mit viel Geduld ringen. Man darf sie nicht so vor den Kopf stoßen. Obwohl ich sie nicht einzeln kenne, so bin ich doch sicher, daß sie dem rechten Kurs nicht folgen, sondern zur Partei zurückkehren werden. Ihr habt, wie du siehst, einen großen Fehler begangen..., er entspringt einer revolutionären Ungeduld; aber wir werden euch helfen, die Sache wieder in Ordnung zu bringen.«[13]

Kaum hatte Ernst Thälmann seine Erkältung überwunden, verließ er am 14. Mai Berlin, um in den Bezirken zu helfen, die vom Zentralausschuß beschlossene Politik durchzusetzen. In Hannover referierte er am 15. Mai vor der erweiterten Bezirksleitung Niedersachsen und sprach abends in einer Mitgliederversammlung vor über 300 Teilnehmern.[14] Anschließend fuhr er nach Hamburg, wo erstmals seit dem November 1923 am 16. und 17. Mai ein Parteitag des Bezirks Wasserkante wieder legal tagen konnte. Ein klares und einmütiges Bekenntnis dieser starken Bezirksorganisation, die als erste die Maitagung des Zentralausschusses auf einem Bezirksparteitag auswertete, mußte beispielgebend auf die anderen wirken.

In Hamburg machte sich Thälmann zuerst mit der Vorbereitung des Bezirksparteitages vertraut. Er kritisierte den Entwurf des Aufrufs »An das Proletariat der Wasserkante!«, der zu allgemein gehalten war, und sorgte dafür, daß jene aktuellen politischen und sozialen Fragen berücksichtigt wurden, die die Werktätigen bewegten.[15] In seiner Rede auf dem Bezirksparteitag zeigte er, daß man, um die politische Linie richtig zu bestimmen, von der Analyse der Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis und der Situation in Deutschland ausgehen müsse, und erläuterte die vom Zentralausschuß beschlossenen Aufgaben.[16] Einmütig billigten die über 100 Delegierten aus Hamburg und Schleswig-Holstein das Referat Thälmanns und die von der Maitagung des Zentralausschusses gegebene Orientierung. In dem vom Bezirksparteitag verabschiedeten Aufruf wurden die Arbeiter aufgefordert, gemeinsam mit den Kommu-

13 Ebenda, EA 1089.
14 Vgl. ebenda, 27/1/543.
15 Vgl. ebenda, 31/1/570.
16 Vgl. Ernst Thälmann: Die Weltlage und die Situation in Deutschland. In: HVZ, 19. Mai 1925.

nisten in geschlossener Front für ausreichende Löhne und für den Achtstundentag zu kämpfen und die Versuche der Monopolherren zu vereiteln, durch neue Steuern, durch die Verteuerung wichtiger Lebensmittel, durch den Abbau der Sozialfürsorge und andere Maßnahmen die Dawes-Lasten den Werktätigen aufzubürden.[17]

Auch auf den Parteitagen der Bezirke Hessen-Frankfurt am 25. Mai, Niederrhein am 14. Juni und Württemberg am 27. und 28. Juni trat Ernst Thälmann als Referent der Zentrale auf und half, die Partei zu festigen und die Diskussion um die Strategie und Taktik für die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus voranzubringen.

In jenen Monaten widmete Ernst Thälmann sich auch intensiv der Arbeit des Roten Frontkämpferbundes, der 1925 zum ersten Mal in einem großen zentralen Treffen seine Kraft demonstrierte. Zum 1. Reichstreffen des RFB am 21. und 22. Mai 1925 kamen über 30 000 Rote Frontkämpfer und Angehörige des Roten Jungsturms – der Jugendabteilung des RFB – aus ganz Deutschland nach Berlin, manche von ihnen in tagelangen Fußmärschen. Am 21. Mai, dem Himmelfahrtstag, demonstrierten die Roten Frontkämpfer gemeinsam mit revolutionären Berliner Arbeitern gegen die monarchistische Gefahr. Dieser Aufmarsch, einen Tag nach dem Einzug Hindenburgs in das Reichspräsidentenpalais, bewies, daß die revolutionäre Bewegung nicht zurückwich. Die disziplinierten Kolonnen des RFB sammelten sich im Lustgarten. »Die Rote Fahne« berichtete: »In ihren grauen Windjacken und grauen Mützen mit dem RFB-Abzeichen oder roten Kokarden machen sie einen vorzüglichen Eindruck. Die roten Fahnen sind schmucklos einfach, nur die geballte Faust ist das Wahrzeichen. Wenige prächtige Fahnen im Zuge fallen auf als Geschenke der russischen Brüder.«[18] Vom Lustgarten zogen die Kolonnen in einem zweistündigen Marsch hinaus in den Arbeiterbezirk Lichtenberg. An den Straßen bildeten begeisterte Berliner Spalier. Im Lichtenberger Stadion vereinigten sich schließlich 50 000 Arbeiter mit den Roten Frontkämpfern zu einer machtvollen Kundgebung. Feierlich wurde der 14. Abteilung des Berliner RFB eine Fahne, ein Geschenk der Moskauer Arbeiter, überreicht, die von zwei sowjetischen Fliegern nach Berlin gebracht worden war.

Am 22. und 23. Mai tagte die 2. Reichskonferenz des RFB. Die Teilnehmer sandten telegrafisch Grüße an die Moskauer Arbeiter, an die

17 Vgl. An das Proletariat der Wasserkante! In: Ebenda, 18. Mai 1925.
18 Die Rote Fahne, 23. Mai 1925.

Kommunistische Internationale und an die Rote Armee. Sie bekundeten die enge Verbundenheit des Bundes mit der Sowjetunion und der ersten siegreichen Armee des Weltproletariats.[19]

Von jetzt an wurden die jährlichen Reichstreffen in Berlin zu eindrucksvollen Höhepunkten in der Entwicklung des Roten Frontkämpferbundes. Hunderttausende Arbeiter in Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Erfurt, Hamburg, Halle, Leipzig, Magdeburg und in anderen Städten sahen Ernst Thälmann, den Vorsitzenden des RFB, bei den Reichs- und Gautreffen, bei Fahnenweihen und »Roten Tagen« des Bundes in der bekannten RFB-Uniform, die geballte Faust zum »Rot Front«-Gruß erhoben, an der Spitze der Kolonnen Roter Frontkämpfer marschieren. Und diese Kolonnen strahlten Kampfbereitschaft und Entschlossenheit aus. Die Aufmärsche und Treffen des RFB hinterließen bei Teilnehmern wie Zuschauern bleibenden Eindruck, stärkten die Kampfmoral der Arbeiterklasse.

Das 1. Reichstreffen warb dem Bund viele neue Mitglieder – in Berlin allein 600 – und noch mehr Sympathisierende und Freunde. Es rief aber auch den Klassenfeind auf den Plan. Bürgerliche Organisationen und Zeitungen forderten ein schärferes Vorgehen der Polizei und der Justiz gegen den RFB. So hetzte zum Beispiel die deutschnationale »Neue Preußische Zeitung« (Kreuz-Zeitung) am 23. Mai 1925 gegen die in Berlin an den Vortagen aufmarschierten 30 000 revolutionären Klassenkämpfer und verlangte, »daß die Reichsregierung dieser roten Armee volle Aufmerksamkeit zuwende«.

Seit Ernst Thälmann im Februar 1925 1. Bundesvorsitzender des RFB geworden war, hatte sich der Zustrom neuer Mitglieder, besonders von parteilosen Arbeitern, verstärkt. Am 1. April umfaßte der Bund bereits 558 Ortsgruppen mit 40 450 Mitgliedern, davon waren 18 850 Mitglieder parteilos; bis zum 1. Juni erhöhte sich die Zahl der Ortsgruppen auf 826 mit 51 630 Mitgliedern, davon waren 27 346 parteilos; und am 1. September 1925 waren bereits 70 150 Mitglieder, davon 45 418 parteilose, in 1217 Ortsgruppen organisiert.[20] Immer wirkungsvoller trat der RFB bei vielen wichtigen Aktionen und Kämpfen der Arbeiterklasse hervor.

Geführt von Thälmann, hatte sich der RFB in kurzer Zeit zu einer starken und einflußreichen antiimperialistischen und antimilitaristischen politischen Kampforganisation der Arbeiterklasse, zu einem wichtigen

19 Vgl. ebenda.
20 Vgl. IML, ZPA, 81/1/1135.

Helfer der KPD entwickelt. Ernst Thälmann zeichnete sich in seiner Tätigkeit als Bundesvorsitzender des RFB durch Prinzipienfestigkeit, politisches Geschick, Menschenkenntnis und Feinfühligkeit wie durch hervorragende organisatorische Fähigkeiten aus. Im engen Zusammenwirken mit seinen Mitstreitern hatte er es in einigen Monaten intensiver Arbeit verstanden, dem Bund ein klares politisches Profil zu geben, ihn zu einer einflußreichen revolutionären Massenorganisation auszubauen und sich einen Stab von Funktionären heranzuziehen, die unter seiner Leitung selbständig und initiativreich wirkten.

Den Roten Frontkämpfern war ihr Bundesvorsitzender Vorbild an politischer Klarheit, klassenkämpferischer Unversöhnlichkeit, proletarischer Disziplin und selbstloser Einsatzbereitschaft. Ernst Thälmann genoß im RFB bald große Anerkennung und Verehrung. Ruth Fischer, Arcady Maslow und ihre Freunde hatten damit gerechnet, daß die komplizierten Probleme im RFB Ernst Thälmann keine Zeit lassen würden, sich intensiv um die Entwicklung der Partei zu kümmern. Aber das Gegenteil war der Fall. Die beachtlichen Erfolge, die Ernst Thälmann im RFB errang, festigten sein Ansehen und seine Autorität auch in der KPD.

Vielfältige Aufgaben hatte Ernst Thälmann in diesen Monaten in der Partei zu meistern. In einem Brief vom 24. Juni 1925 zählt er die Bereiche auf, für die er die Verantwortung trug. Er war Parteivorsitzender, Mitglied des Politbüros, Verbindungsmann der Zentrale zwischen dem Politbüro und dem Orgbüro, Vertreter der Zentrale für den Bezirk Wasserkante, Vorsitzender der Reichstagsfraktion und verantwortlich für die gesamte antimilitaristische Arbeit sowie für die Sicherung der Partei. Er war Bundesvorsitzender des RFB und leistete eine umfangreiche propagandistische und agitatorische Tätigkeit, in der er eine wichtige Aufgabe jedes Parteifunktionärs sah.[21]

Wie Ernst Thälmann später wiederholt betonte, hatte er in seiner nun zweijährigen Tätigkeit in der Zentrale viel dazugelernt, reiche Erfahrungen gesammelt. Sein Auftreten war sicherer und selbstbewußter geworden. Zwar fühlte er, daß manche Intellektuelle wie Ruth Fischer geringschätzig auf ihn, den Arbeiter herabsahen, der nicht wie sie danach trachtete, als brillanter Redner und Publizist zu glänzen. Jedoch Thälmann ließ sich dadurch nicht beirren, sondern legte vor allem Wert auf die engste Verbindung mit den Massen.

Seit Ende Mai 1925 nahm ihn die Vorbereitung des 10. Parteitages ganz

21 Vgl. ebenda, I 2/2/31.

in Anspruch. Er sah die Hauptaufgabe des Parteitages darin, ein Aktionsprogramm zu erarbeiten, das die Partei unter den Bedingungen der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus auf einen wirkungsvollen Kampf gegen den Imperialismus, auf ein konsequentes Eintreten für die Lebensinteressen der Werktätigen orientierte. Die KPD, hob er hervor, brauche geeignete »Hebel zur Mobilisierung breitester Massen und zum Beginn der Herstellung eines Klassenbündnisses zwischen Proletariat und kleinbürgerlichen Schichten«[22]. Der Parteitag müsse die KPD fester zusammenschließen und rechtsopportunistische wie ultralinke Abweichungen liquidieren.

Gemeinsam mit Ernst Thälmann arbeiteten Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und andere auf dieses Ziel hin. Immer deutlicher traten jetzt aber die prinzipiellen Gegensätze zwischen ihnen und den Ultralinken in Erscheinung. Diesen ging es lediglich darum, sich vom Parteitag die Zustimmung zu ihrer linkssektiererischen Politik geben zu lassen. Sie hinderten die KPD daran, eine Atmosphäre der kritischen Auseinandersetzung mit den Schwächen und Fehlern in der Parteiarbeit zu schaffen und überall die besten, vorwärtsdrängenden Kräfte zum Parteitag zu delegieren. Maslow griff mit einem Buch über »Die allgemeinen Grundlagen der russischen Revolution« offen und massiv Lenin und den Leninismus an. Im »Funken«, dem Funktionärorgan der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, veröffentlichte er einen umfangreichen Aufsatz über die Parteitage der KPD, der voll von abfälligen Urteilen über die ersten acht Parteitage war.[23] Systematisch und mit Raffinesse schürten er, Ruth Fischer und ihre Anhänger in der KPD Vorbehalte und Mißtrauen gegen die Politik der Kommunistischen Internationale, gegen deren auf die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung gerichteten Kurs. In der »Internationale« übte Werner Scholem unsachliche Kritik an dem vom 7. Parteitag der KPD beschlossenen Statut. Als Leiter des Orgbüros wäre es seine Pflicht gewesen, dafür zu sorgen, daß die organisatorischen Erfahrungen und Erkenntnisse, die die KPD seit 1921 gewonnen hatte, in einem neuen Statut niedergelegt

22 Ernst Thälmann: Zum 10. Parteitag. Im Auftrage des Polbüros. In: Die Internationale, 1925, Sonderheft, S. 4.

23 Zur Einschätzung der Arbeiten Maslows vgl. den Offenen Brief des EKKI vom August 1925 an alle Organisationen und Mitglieder der KPD. In: Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 919–923.

werden. Aber nicht er, sondern Ottomar Geschke und andere Genossen gingen daran, ein neues Statut vorzubereiten.

Die Ultralinken beabsichtigten auch, Ernst Thälmanns Auftreten auf dem Parteitag auf eine bloß repräsentative Eröffnungsrede zu beschränken. Sie verschwiegen ihm die Forderung des EKKI, auf dem Parteitag der Gewerkschaftspolitik einen besonderen Platz einzuräumen. Ernst Thälmann setzte es jedoch durch, daß die Gewerkschaftspolitik als ein Hauptpunkt auf die Tagesordnung kam und daß ihm das Referat übertragen wurde.[24] Auf dieses Referat bereitete er sich besonders gründlich vor. Er wollte überzeugend nachweisen, daß die Gewinnung der Massen durch eine richtige Gewerkschaftspolitik in den Mittelpunkt der Politik der Partei gehöre.

Bei der Vorbereitung des Parteitages trat Ernst Thälmann dafür ein, die Parteiführung durch neue proletarische Kräfte zu erweitern[25], und unterstützte den Vorschlag, das EKKI in einem Schreiben zu bitten, daß es sich an die deutsche Partei mit einem ausführlichen Brief wende, »in dem die Bilanz sowie die Lehren des letzten Kampfjahres der KPD zu ziehen und gleichzeitig jene Fehler zu betonen wären, die sie auf dem Gebiete der Eroberung der Massen begangen hat«[26].

Am 12. Juli eröffnete Ernst Thälmann im Plenarsaal des preußischen Landtags den 10. Parteitag der KPD und begrüßte die 170 Delegierten und zahlreichen ausländischen Gäste. Höhepunkt des Parteitages wurde der 5. Verhandlungstag mit dem Referat Ernst Thälmanns »Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die deutsche Arbeiterklasse«. Leitgedanke des Referats war, daß die Gewerkschaftsarbeit das entscheidende Kettenglied für die weitere marxistisch-leninistische Festigung der KPD nach dem Vorbild der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) darstelle. Thälmann bezeichnete die Gewerkschaftsarbeit als »die wichtigste politische Frage, die mit in den Aufgabenbereich der gesamten Parteiarbeit zu stellen ist«. Er hob hervor: »Je länger der Prozeß der Organisierung der Revolution, je schwieriger sich die Methoden des Kampfes gestalten, um so stärker muß das Kraftbewußtsein und der Glaube an den Sieg der proletarischen Diktatur in den Massen geweckt werden.« In erster Linie sei dazu notwendig, »die Gewerkschaftsmitglieder durch die Führung des Kampfes um die nächstliegenden wirtschaftlichen Aufgaben

24 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/88; 3/1/520.
25 Vgl. ebenda, 5/1/530; I 2/2/31.
26 Ebenda, I 6/3/151.

bis zu den Aufgaben des politischen Kampfes für die Revolution zu gewinnen«.[27]

Eingehend analysierte Thälmann die Lage in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Er ordnete die Probleme der Gewerkschaftsarbeit in Deutschland in die internationale Klassenauseinandersetzung zwischen Proletariat und Monopolbourgeoisie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Marxismus-Leninismus und Opportunismus ein.

Thälmann zeigte, wie in Deutschland die rechten Führer der SPD mit Hilfe von rund 5000 hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, die sich wiederum auf den Gewerkschaftsapparat und auf 600 000 gewerkschaftlich organisierte SPD-Arbeiter stützten, »die ungeheure Masse der 85 Prozent der parteilosen, neutralen Arbeiter des ADGB« beherrschten. Die über vier Millionen parteilosen Mitglieder des ADGB charakterisierte er als den Kerntrupp des deutschen Industrieproletariats, ohne den keine Revolution siegen könne. Indem die reformistischen Führer diese organisierte Hauptmasse der Arbeiterklasse vom Kampf gegen die kapitalistische Ordnung abhielten, lähmten sie die Kraft der Arbeiterklasse. Deshalb verpflichtete Ernst Thälmann jeden Kommunisten, »im zähen Kleinkrieg um jedes Proletarierhirn [zu] ringen« und mitzuhelfen, die Arbeiter »über die verschiedenen Gefechte und Kämpfe hinaus bis zur Hauptschlacht ... um die proletarische Diktatur« zu gewinnen.[28]

Thälmann deckte in seinem Referat die Fehler und Versäumnisse in der Gewerkschaftsarbeit der KPD auf. Er wies warnend darauf hin, daß die KPD noch von der Mehrheit der Millionen Arbeiter in den Gewerkschaften Deutschlands isoliert sei. Diese Isolierung der Partei von den Massen sei die sicherste Garantie für die Macht der Bourgeoisie und für die kapitalistische Stabilisierung. Sie erleichtere auch den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern ihre opportunistische Politik, die das monopolkapitalistische System und den imperialistischen Staat stütze. Thälmann schlußfolgerte daraus, daß die Gewerkschaftsfrage den Knotenpunkt aller politischen Probleme bilde und daß die KPD letzten Endes durch die Gewerkschaftspolitik ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse entscheide.

Mit allem Nachdruck betonte Thälmann, daß »die Gewerkschaftsfrage

27 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 519.
28 Ebenda, S. 530, 543,

keine Ressortfrage« ist, »sondern ein politisches Problem im weitesten Sinne des Wortes«.[29] Er forderte, mindestens 75 Prozent der Arbeitskraft der Partei auf die gewerkschaftliche und gewerkschaftspolitische Arbeit zu konzentrieren. Nicht allein aus Disziplin, sondern aus Überzeugung müßten die Kommunisten in die Gewerkschaften eintreten, dort Tag für Tag die Interessen ihrer Kollegen vertreten, sich als gute Gewerkschafter bewähren und dadurch Verständnis für die Politik der KPD unter den Arbeitern verbreiten.

Große Bedeutung maß Thälmann dem Kampf um die Gewerkschaftseinheit bei, die es vor allem in den Betrieben und im täglichen Ringen um die sozialen Belange der Arbeiter zu schmieden galt. Zugleich forderte er, die Überführung der revolutionären gewerkschaftlichen Sonderorganisationen, die in einigen Industriezweigen nach 1923 entstanden waren, in die freien Gewerkschaften abzuschließen und die Spaltungsversuche rechter Gewerkschaftsführer entschlossen zu durchkreuzen.

Im Referat und besonders im Schlußwort lenkte Thälmann die Aufmerksamkeit der Genossen auch darauf, ähnlich wie in den Gewerkschaften auch in den anderen großen Massenorganisationen, vor allem in den Sportverbänden und in den Konsumgenossenschaften, in denen ebenfalls Millionen Arbeiter organisiert waren, »in Zukunft eine viel tiefergehende organisatorisch-politische Arbeit zu leisten, als es bisher der Fall gewesen ist«[30].

Ernst Thälmann hatte die Gewerkschaftspolitik als eine Grundfrage der Entwicklung der Partei und ihres Kampfes gegen Imperialismus und Opportunismus behandelt. Seine Darlegungen waren von allgemeingültiger Bedeutung. Überzeugend hatte er Sinn und Zweck der Gewerkschaftsarbeit der Partei herausgearbeitet. Thälmanns Referat widerspiegelte, daß er sich die Leninsche Lehre von der Partei und den Wechselbeziehungen zwischen ihr, der Klasse und den Massen angeeignet hatte und es verstand, sie auf die Bedingungen in Deutschland anzuwenden. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in der »Resolution zur Arbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften«[31] und im »Beschluß über gewerkschaftliche Zugehörigkeit und Betätigung der KPD-Mitglieder«.

Die Kräfte um Ernst Thälmann erreichten, daß in den Beschlüssen des

29 Ebenda, S. 533.
30 Ebenda, S. 628.
31 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 181–186.

Parteitages die relative Stabilisierung des Kapitalismus im wesentlichen richtig eingeschätzt, ein kontinuierlicher Kampf für die wirtschaftlichen Tagesinteressen der Werktätigen gefordert und das Verhältnis der Partei zu den Massen prinzipiell geklärt wurde. Mit der Annahme eines neuen Parteistatuts[32], das Ottomar Geschke begründet hatte, wurden die statutarischen Voraussetzungen für die weitere Gestaltung des Parteilebens im Leninschen Sinne geschaffen. Erstmalig wurde im Statut festgelegt, daß die Betriebszellen Grundlage der Parteiorganisation sein müssen. An die Stelle der bisherigen Zentrale trat das Zentralkomitee als höchstes Organ der Partei zwischen den Parteitagen. Der Zentralausschuß wurde abgeschafft, zwischen den Parteitagen sollten wichtige Fragen nunmehr auf Parteikonferenzen erörtert werden.

Der innerparteiliche Kurs der Ultralinken, ihre Mißachtung der kollektiven Arbeit und der Meinung der Mitgliedschaft und ihre Unterdrückung der Kritik hatten jedoch dazu geführt, daß ein beträchtlicher Teil der Delegierten des Parteitages in wichtigen Grundfragen keine Klarheit gewann. Das ermöglichte es Ruth Fischer und ihren Anhängern, ihre Politik der doppelten Buchführung fortzusetzen, sich in Worten lautstark zu einer marxistisch-leninistischen Politik zu bekennen und in der Praxis eine solche Politik ständig zu sabotieren. Die schwere Krise, in der sich die KPD befand, wurde weiter vertuscht. Der 10. Parteitag hatte endgültig bewiesen, daß die Ultralinken weder fähig noch willens waren, die KPD an die Massen heranzuführen und zu sichern, daß sie sich als revolutionäre, internationalistische Kampfpartei weiterentwickelte. Der Parteitag hatte auch gezeigt, daß die leninistischen Kräfte um Ernst Thälmann noch nicht stark genug waren, um sich aus eigener Kraft gegen die Ultralinken durchzusetzen. Ruth Fischer und der gegen den Widerstand Ernst Thälmanns wieder in das Politbüro gewählte Werner Scholem behaupteten in der Parteiführung auch nach dem Parteitag den entscheidenden Einfluß.

Im EKKI wurde diese komplizierte Situation richtig erkannt. Es war bestrebt, Ernst Thälmann und den anderen leninistischen Kräften zu helfen, die ultralinke, sektiererische Politik zu überwinden und eine stabile, marxistisch-leninistische Parteiführung zu schaffen. Das war die erste Voraussetzung dafür, daß die KPD befähigt wurde, die Arbeiterklasse zum wirksameren Kampf gegen den Imperialismus zu mobilisieren. Dem ZK der KPD wurde vorgeschlagen, eine repräsentative Delegation

32 Vgl. ebenda, S. 171–181.

nach Moskau zu schicken, um gemeinsam mit dem Präsidium des EKKI den Weg zur Überwindung der Krise in der KPD zu beraten.

Ruth Fischer und ihre Anhänger wiesen das jedoch zurück. Sie stellten die scharfe Kritik, die D. S. Manuilski, der Leiter der EKKI-Delegation zum 10. Parteitag, an der Politik der KPD geübt hatte, als Ausdruck persönlicher Meinungsverschiedenheiten hin. Statt einer repräsentativen Delegation der Partei, wie es die Situation erfordert hätte, wurden – wahrscheinlich am 21. Juli – Ernst Schneller, Ottomar Geschke und Otto Kühne zur Beratung beim EKKI entsandt. Diese erhielten überdies den Auftrag, durchzusetzen, daß Manuilski wegen seines Auftretens auf dem 10. Parteitag kritisiert werde. Eine prinzipielle Aussprache mit dem Präsidium des EKKI wollten die Ultralinken umgehen. Ernst Thälmann protestierte gegen dieses Verfahren. Im Politbüro trat er gemeinsam mit Philipp Dengel und Hermann Remmele dafür ein, eine wirklich repräsentative Vertretung zum EKKI zu entsenden. Sie wurden jedoch noch überstimmt. Auf der Tagung des Zentralkomitees am 22. Juli konnte Thälmann dann wenigstens durchsetzen, daß Heinz Neumann, der als Vertreter der KPD beim EKKI die Kräfte um Thälmann unterstützte, in die KPD-Delegation einbezogen wurde.[33]

In dieser Sitzung des ZK unterbreitete Ernst Thälmann wichtige Vorschläge für die weitere Arbeit der KPD. Er kritisierte, daß der Inhalt der Parteiarbeit vorwiegend in Kundgebungen, in der Durchführung von Kampagnen und in allgemeiner Agitation gesehen wurde. Um die Massen mit der kommunistischen Politik vertraut zu machen und sie zu gewinnen, genügten Großkundgebungen nicht, vielmehr brauche die Partei hierzu ein organisatorisches Fundament, starke und arbeitsfähige Betriebszellen und Positionen in den Gewerkschaften. Besonders wichtig seien die Einheitskomitees und die »Rußlandausschüsse«, die die Reise der ersten deutschen Arbeiterdelegation in die Sowjetunion vorbereitet hatten. Thälmann wies die Auffassung zurück, diese Komitees hätten nach der Abreise der Delegation am 14. Juli ihre Aufgabe erfüllt. Jetzt komme es vielmehr darauf an, diese Einheitskomitees darauf zu orientieren, die Reisen von weiteren Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion vorzubereiten und die zurückgekehrten Delegierten in Betrieben und Gewerkschaften berichten zu lassen. Es müsse auch versucht werden, die Komitees für den Kampf um die politischen und sozialen Forderungen der Arbeiter zu gewinnen.

33 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/27; I 6/3/144.

Über die Stellung zur SPD entwickelte Thälmann Gedanken, die von den ultralinken Sektierern jahrelang als Rechtsopportunismus verketzert worden waren. Er trat dafür ein, bei den bevorstehenden Bürgermeisterwahlen in Dortmund und Wilhelmshaven die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen. Die KPD könne sich nicht abseits stellen, wenn die Gefahr bestehe, daß Deutschnationale gewählt würden. Auf den Zwischenruf Scholems, das sei die Politik des kleineren Übels, entgegnete Thälmann: Wenn ein sozialdemokratischer Kandidat mit unseren Stimmen gewählt wird und wir in einer Erklärung unsere Forderungen im Interesse der Arbeiter unterbreiten, erhält die KPD einen günstigen Ausgangspunkt in allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kämpfen. Wenn die Kommunisten zulassen, daß ein Deutschnationaler gewählt wird, werden es die Massen nicht verstehen und sich von der KPD trennen.

Erneut erwies sich hier Ernst Thälmann als wirklich revolutionärer Politiker, als erklärter Gegner ultralinker Phrasen, leerer radikaler Formeln. Er war ein entschiedener Vorkämpfer für eine leninistische Einheitsfrontpolitik, für eine enge Kampfgemeinschaft zwischen Kommunisten und sozialdemokratischen Arbeitern. Sein Standpunkt wurde auch im Zentralkomitee von der Mehrheit der Mitglieder unterstützt.[34]

In der Führung der KPD hatte die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den revolutionären proletarischen Kräften, die sich jetzt als feste Gruppe um Ernst Thälmann zusammenschlossen, und der Gruppe Fischer/Maslow begonnen. Die Ultralinken führten diese Auseinandersetzung mit allen Mitteln fraktioneller Intrige. Für Ernst Thälmann war sie politisch-ideologischer Kampf, der notwendig war, um die Partei zu befähigen, ihre Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus und für die sozialen und demokratischen Tagesinteressen der Massen besser zu erfüllen.

In Moskau trat unmittelbar nach dem Eintreffen der drei KPD-Vertreter das Präsidium des EKKI zusammen. In einer – wie Ottomar Geschke berichtete – stürmischen Beratung wurden die linkssektiererischen Positionen scharf kritisiert und das Ansinnen Ruth Fischers und ihrer Anhänger, das Auftreten D. S. Manuilskis auf dem 10. Parteitag zu desavouieren, zurückgewiesen. Ernst Schneller erhielt den Auftrag, nach Berlin zurückzukehren, das Zentralkomitee, zumindest aber das Politbüro über die Beratung zu informieren und mitzuteilen, das EKKI halte es für

34 Vgl. ebenda, I 2/1/27.

notwendig, daß das ZK der KPD eine zur Klärung aller Fragen legitimierte Delegation nach Moskau entsende.[35]

Zur Unterstützung der leninistischen Kräfte in der KPD schickte das EKKI gleichzeitig einen eigenen Vertreter nach Berlin. Er beriet sich ausführlich mit Ernst Thälmann, der mit dem EKKI-Vertreter übereinstimmte, daß jetzt die Gegensätze im ZK ausgefochten werden müßten.[36] Die Kommunistische Internationale baute voll und ganz auf Thälmann, den einflußreichsten und in der Partei angesehensten unter den Mitgliedern der Parteiführung, die auf leninistischen Positionen standen. Das gab Ernst Thälmann starken Rückhalt im Kampf gegen die Machenschaften der Ultralinken. Wie der EKKI-Vertreter mitteilte, beabsichtigte Thälmann, die Berichterstattung Schnellers im ZK oder Politbüro zu nutzen, um »an Hand einer politischen Kritik sich mit der Exekutive völlig zu solidarisieren und jene Scheidung der Geister herbeizuführen, die nach Sachlage der Dinge ... unausbleiblich ist«[37]. Doch dazu kam es zunächst nicht, denn die Ultralinken verhinderten ein Zusammentreten der Führungsgremien der Partei. Ruth Fischer lehnte am 27. Juli telegrafisch die Entsendung einer größeren Delegation ab und kündigte an, nur Ernst Schneller werde wieder nach Moskau kommen.

Zur Klärung der Situation in der KPD beschloß das EKKI Ende Juli, eine aus 16 führenden Funktionären von 12 Bruderparteien bestehende Kommission einzusetzen, der unter anderen N. I. Bucharin, Georgi Dimitroff, Sen Katayama, Vasil Kolarov, Otto Kuusinen, D. S. Manuilski, O. A. Pjatnizki, G. J. Sinowjew, J. W. Stalin sowie je ein Vertreter der Italienischen Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei angehörten. Ottomar Geschke, den die Aussprachen im Präsidium des EKKI veranlaßt hatten, sich fest der Gruppe um Thälmann anzuschließen, fuhr nach Berlin, um das Zentralkomitee über diesen Beschluß zu informieren und es aufzufordern, endlich eine Delegation zusammenzustellen, der auch Funktionäre aus den Bezirken angehörten und die die KPD wirklich repräsentieren konnte.[38]

Am 31. Juli entwickelte Ernst Thälmann in einem Brief an Heinz Neumann wichtige Gedanken für die Überwindung der von den Ultralinken verursachten Krise in der Partei. Diese Überlegungen fanden auch

35 Vgl. ebenda, I 2/1/28.
36 Vgl. ebenda, I 6/3/146. – Der Name des EKKI-Vertreters wurde noch nicht ermittelt.
37 Ebenda, I 6/3/146.
38 Vgl. ebenda, I 2/1/28.

in dem zwei Wochen später ausgearbeiteten Offenen Brief des EKKI ihren Niederschlag. Thälmann bezeichnete es als vordringlich, auf praktischem Gebiet Maßnahmen zu ergreifen, die die Politik der Partei den Arbeitern näherbringe. Er schlug vor, neue Kräfte in das Politbüro aufzunehmen und in den Bezirken neue Kräfte an die Spitze der Partei zu stellen, »gute Arbeiter aus den Betrieben und Gewerkschaften, damit endlich mal die Klüngelwirtschaft aufhört und wirkliche praktische Arbeit geleistet wird ... Also, Heinz, *Umgruppierung notwendig,* mehr Freiheit und Rechte in der Mitgliedschaft, größere Basis des Vertrauens und mehr kollektive Arbeit überall. Ferner auf theoretischem Gebiet Änderungen. Dann, was Gew[erkschafts]arbeit anbetrifft, bin ich mit vielen der Meinung, daß unbedingt Änderungen vorzunehmen sind: Erweiterung und Verbesserung dieser ernsten Arbeit, noch dazu, wo wirklich eine langsame Umgruppierung in der Arbeiterschaft vor sich geht.«[39]

Anfang August informierte Ottomar Geschke in Berlin Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Wilhelm Florin und andere Genossen über die Aussprachen in Moskau. Ausführlich berichtete er in der Sitzung des ZK am 6. und 7. August. Ruth Fischer versuchte vor dem Zentralkomitee, die Schuld an den Mängeln und Fehlern in der Parteiarbeit von sich und ihren Anhängern abzuwälzen. Ernst Thälmann dagegen deckte schonungslos die Schwächen in der KPD auf. Nachdrücklich warnte er davor, die berechtigte, vorwärtsweisende Kritik des EKKI zu mißachten. »Ich muß besonders betonen«, schrieb Geschke an das EKKI, »daß Teddy und Dengel sich gewaltig ins Zeug gelegt haben, die Ruth und die Berliner arg bedrängten.«[40] Das Zentralkomitee beschloß, Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Ruth Fischer, John Schehr, Wilhelm Schwan, Max Strötzel sowie die drei schon in Moskau weilenden Genossen – Otto Kühne, Heinz Neumann und Ernst Schneller – zur Aussprache mit dem Präsidium des EKKI zu bevollmächtigen.[41]

Am 11. August 1925 verließ Thälmann in einem Flugzeug der Deutsch-Russischen Luftverkehrsgesellschaft Berlin. Mit ihm flog auch Wilhelm Schwan, der Politische Sekretär des Bezirks Ruhrgebiet, ein Bergarbeiter, der zu den Ultralinken zählte, den aber Thälmann mit großer Geduld für die von ihm vertretene politische Linie zu gewinnen suchte. Die anderen Delegierten waren bereits früher abgereist. Bei der Zwischenlandung in

39 Ebenda, I 2/2/31.
40 Ebenda, I 6/3/151.
41 Vgl. ebenda, I 2/1/28.

Smolensk empfingen Genossen des Gouvernementskomitees der KPR(B) die beiden Vertreter der KPD. Nach Gesprächen im Gouvernementskomitee besuchte Thälmann am Abend das Haus der Bauern und besichtigte dort das Museum, das Wohnheim, die Bibliothek und den Lesesaal. Über zwei Stunden unterhielt er sich mit den Bauern, die aus der Umgebung von Smolensk gekommen waren und ihn mit ihren Fragen überschütteten. In seinen kurzen Abschiedsworten versicherte er ihnen, daß in Deutschland die revolutionären Arbeiter im Bündnis mit den Bauern Kräfte sammeln, um in geeinter Front gegen die Kapitalisten und Junker aufzutreten. Am anderen Morgen flogen Thälmann und Schwan nach Moskau weiter, wo noch am gleichen Tag, dem 12. August, die Beratung mit der Kommission des EKKI begann.[42]

D. S. Manuilski, N. J. Bucharin und G. J. Sinowjew legten dar, wie Ruth Fischer und ihre Anhänger systematisch alle Vorschläge des EKKI, die Politik der Partei zu verbessern und den innerparteilichen Kurs zu normalisieren, in den Wind geschlagen und mit einem versteckten Kampf gegen die Kommunistische Internationale beantwortet hatten. Ausführlich erläuterten sie die aktuellen politischen und organisatorischen Aufgaben der KPD. Einmütig wurden ihre Darlegungen von den anderen Vertretern der Bruderparteien unterstützt. Im Gegensatz zu Ruth Fischer, die ihren politischen Kurs zu verteidigen suchte, nahmen besonders Philipp Dengel, John Schehr und Ernst Schneller kritisch zur Lage in der KPD Stellung und unterstützten die Bemühungen des EKKI, die notwendige Wende in der Politik der KPD herbeizuführen.[43]

Wieder äußerte sich Ernst Thälmann von allen KPD-Vertretern am kritischsten und konstruktivsten zu den aufgeworfenen Fragen. Die KPD, erklärte er, werde von den Ultralinken ruiniert. Er scheute sich nicht zuzugeben, daß er und seine Kampfgefährten es nicht vermocht hatten, schon früher und aus eigener Kraft so entschlossen gegen die Ultralinken aufzutreten, wie es jetzt geschah. Die wichtigsten innerparteilichen Aufgaben der nächsten Zeit sah Thälmann darin: 1. Jeder Genosse muß von der Schädlichkeit und Gefährlichkeit des ultralinken Sektierertums überzeugt werden. 2. Das Regime der persönlichen Diktatur, wie es Ruth Fischer und ihre Anhänger praktizierten, ist durch kollektive Arbeit zu ersetzen. 3. Alle Kräfte müssen zur Parteiarbeit herangezogen werden.

42 Vgl. И. Д. Кролик: Эрнст Тельман в Смоленске. In: Ежегодник германской истории, Moskau 1973, S. 348/349.

43 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 1, ed. chr. 113. – IML, ZPA, I 6/3/88.

4. Es muß endlich eine systematische theoretische Schulung und Erziehung der Mitglieder und Funktionäre durchgeführt werden. Mit diesen Grundsätzen formulierte Ernst Thälmann ein konkretes Programm für den Weg aus der inneren Krise der Partei. In ihnen drückte sich seine Abneigung gegen unfruchtbares Gezänk, gegen Cliquenwirtschaft und leeres Geschwätz aus. Klar und einfach wurden hier leninistische Normen der Parteiarbeit auf die spezifische Situation in der KPD des Jahres 1925 angewandt. Thälmann verurteilte die nationalistische, antileninistische Haltung der Ultralinken und bekundete nachdrücklich, daß er eine konsequent internationalistische Position und eine enge Verbindung mit der KPR(B) als lebensnotwendig für die KPD halte. Schonungslos werde er alle Angriffe gegen die Kommunistische Internationale und gegen die KPR(B) bekämpfen, weil sie zu einer Schwächung der Positionen der KPD im Kampf gegen den deutschen Imperialismus führen und ihr den internationalen Rückhalt in diesem schweren Ringen nehmen würden.[44]

Am 14. August wurde die Beratung unterbrochen, um entsprechend einer Anregung Ernst Thälmanns die Ergebnisse in einem Offenen Brief an die KPD niederzulegen und Vorschläge für eine Umgruppierung der Kräfte in der Parteiführung zu erarbeiten, die sichern sollten, daß die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und die der KPD wirklich durchgeführt würden.

Am 20. August trat die Kommission erneut zusammen. Ernst Thälmann schlug vor, in das Politbüro die Genossen Conrad Blenkle, Philipp Dengel, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Hermann Remmele, Wilhelm Schwan und Ernst Thälmann zu wählen, aber auch Ruth Fischer und Arcady Maslow darin zu belassen, um zu verhindern, daß sie durch ein Geschrei über ihre Absetzung und über die Aufnahme von angeblich Rechten Teile der Partei irreführten. Thälmann, Dengel und Schwan sollten das Präsidium des Politbüros bilden. Die Funktion eines politischen Sekretärs des Politbüros sollte Arthur Ewert übertragen werden. Für das Orgbüro waren die Genossen Hugo Eberlein, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Artur Golke, Wilhelm Pieck, Paul Schlecht, Ernst Schneller und Werner Scholem, als Orgsekretäre Geschke und Florin vorgesehen. Heckert wurde als Leiter der Gewerkschaftsabteilung und Wilhelm Koenen als Leiter der Kommunalabteilung vorgeschlagen. Diese Vorschläge wurden einstimmig gebilligt. Der KPD-Delegation wurde empfohlen, die neuen

44 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/88.

Führungsgremien vom Zentralkomitee wählen zu lassen. Dann stimmten alle Teilnehmer dem »Offenen Brief« zu und unterzeichneten ihn.[45]

Der »Offene Brief« analysierte gründlich die Lage in der KPD und verurteilte die Ultralinken, ihr Sektierertum, ihre Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und ihre Preisgabe des proletarischen Internationalismus. Das Dokument orientierte die Partei auf die Eroberung der Massen und forderte, ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Klassengenossen herzustellen, eine bewegliche Einheitsfrontpolitik durchzuführen und die Kräfte auf die Gewerkschaftsarbeit zu konzentrieren. Es bestätigte nachdrücklich all das, was Ernst Thälmann bereits auf dem 10. Parteitag über die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit und über das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern gesagt hatte. Der »Offene Brief« forderte, die Leninschen Normen des Parteilebens in der KPD konsequent anzuwenden, den Schwerpunkt der Parteiarbeit auf die Betriebe zu verlagern, die Betriebszellen zur Grundlage des Parteiaufbaus zu machen sowie die Prinzipien des demokratischen Zentralismus systematisch durchzusetzen.[46]

Am 1. September 1925 stimmte das ZK der KPD dem »Offenen Brief« zu und wählte die leitenden Gremien der Partei in der in Moskau vorgeschlagenen Zusammensetzung. Damit wurde die politische und organisatorische Führung der Partei in die Hände Ernst Thälmanns und seiner Kampfgefährten gelegt.[47]

Ernst Thälmann war 39 Jahre, als ihn das Vertrauen der revolutionären deutschen Arbeiterklasse und der Kommunistischen Internationale an die Spitze der zweitstärksten kommunistischen Partei der Erde berief. Kontinuierlich hatte Thälmann sich in den Reihen der KPD als proletarischer Klassenkämpfer und Berufsrevolutionär entwickelt und sich in zahlreichen Klassenschlachten bewährt. Sein konsequent internationalistischer Standpunkt hatte sich weiter gefestigt; er ging konsequent von der Erkenntnis aus: Die deutsche Arbeiterklasse kann nur im Bunde mit der Sowjetunion, ihre Partei kann nur auf dem von Lenin und der Partei der Bolschewiki gewiesenen Wege im Kampf gegen den Imperialismus bestehen.

Ernst Thälmann hatte reiche Kampferfahrungen erworben, sich mit großem Fleiß umfangreiche politische Kenntnisse angeeignet, sich als

45 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 1, ed. chr. 113.
46 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 913–933.
47 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/29.

erfahrener Marxist-Leninist erwiesen und sich unter den deutschen Kommunisten am entschlossensten dafür eingesetzt, die KPD zu einer starken und schlagkräftigen marxistisch-leninistischen Massenpartei, zur Führerin des Proletariats im revolutionären Befreiungskampf zu schmieden. Im Kampf für den Sturz der imperialistischen Ausbeuterordnung und für die Schaffung der neuen, sozialistischen Gesellschaft, der sein Leben bestimmte, suchte er am kühnsten nach neuen Wegen, die reformistisch beeinflußten Arbeiter für eine revolutionäre Klassenpolitik zu gewinnen.

In den Auseinandersetzungen mit den Ultralinken hatte sich gezeigt, daß er fraktionelles Machtstreben verabscheute und daß ihm pseudoradikales Getue zuwider war. Durch die Aufrichtigkeit und Geradlinigkeit seines Wesens und durch seinen revolutionären Optimismus hatte er sich das Vertrauen des revolutionären deutschen Proletariats erworben.

Mit Ernst Thälmann und seinen Kampfgefährten Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Schneller und anderen übernahmen erfahrene, marxistisch-leninistische Funktionäre die Leitung der Partei.

Dritter Teil

1925–1929

1

Für einen starken linken Flügel in der Arbeiterbewegung

Die Übernahme der Parteiführung durch Ernst Thälmann und seine Kampfgefährten eröffnete einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der KPD. Unter Leitung Ernst Thälmanns wurden die Lehren Lenins systematisch und umfassend in die Partei und in die Arbeiterklasse getragen. Schwerpunkt der Parteiarbeit wurde die Tätigkeit in den Betrieben und Gewerkschaften; die organisationspolitische Umstellung der KPD auf Betriebszellen wurde nun konsequent vorangetrieben. Gestützt auf die Hilfe der Kommunistischen Internationale, konzentrierten sich das Zentralkomitee und das Politbüro darauf, linkssektiererische und rechtsopportunistische Abweichungen in den eigenen Reihen zu überwinden, die Partei zu festigen und ihren Einfluß auf die Massen zu vergrößern, sie zu befähigen, den Klassenkampf gegen das Monopolkapital erfolgreich zu führen.

Als Ernst Thälmann an die Spitze der KPD trat, befand sich die Partei – vor allem im Ergebnis der Politik der Ultralinken – an einem Tiefpunkt ihrer Entwicklung. Ihre Mitgliederzahl war auf 114 000 gesunken, ihr Masseneinfluß bedenklich zurückgegangen. Im Verlauf eines Jahres, vom Mai 1924 bis zum April 1925, hatten sich 1,7 Millionen Wähler von ihr abgewandt. Die starken Positionen, die die KPD in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise in den Betrieben und in den freien Gewerkschaften erobert hatte, waren größtenteils verloren. Erschreckend deutlich wurde das auf dem Kongreß des ADGB, der vom 31. August bis 4. September 1925 tagte: Unter den 313 Delegierten gab es lediglich zwei Kommunisten, während unter den 690 Delegierten des Gewerkschaftskongresses im Juni 1922 noch 90 KPD-Mitglieder gewesen waren.

Zweifellos hatte der Rückgang des Masseneinflusses der KPD auch objektive Ursachen. Deutschland befand sich, wie die meisten anderen kapitalistischen Länder, seit 1924 in einem wirtschaftlichen Aufschwung.

Gestützt auf Kredite ausländischer Monopole und umfangreiche eigene Investitionen, modernisierte das Monopolkapital den veralteten Produktionsapparat und erweiterte die Produktionskapazität. Die Produktion erreichte relativ schnell den Vorkriegsstand, sie verdoppelte sich bis 1928 im Vergleich zu 1923. Die Hauptlast dieser kapitalistischen Stabilisierung trug freilich die Arbeiterklasse. Der Achtstundentag wurde weitgehend aufgehoben, und die kapitalistische Rationalisierung verschärfte die Ausbeutung. Andererseits konnte die Arbeiterklasse erhebliche Lohnerhöhungen erzwingen; der Reallohn stieg vor allem im zweiten Halbjahr 1924 und 1925 schnell an. Die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im Vergleich zum Elend der Kriegs- und Inflationszeit nutzte die herrschende Klasse, um ihren Einfluß zu erweitern. Die rechten Führer der SPD und der freien Gewerkschaften vermochten es, reformistische Illusionen zu beleben und ihren ideologischen und organisatorischen Einfluß in der Arbeiterklasse wieder auszudehnen. Dem war von der KPD durch die fehlerhafte, antileninistische Politik der Ultralinken ungenügend Widerstand geleistet worden.

Mit den Beschlüssen des V. Weltkongresses, der V. Tagung des Erweiterten EKKI und mit dem »Offenen Brief« hatte die Kommunistische Internationale der KPD den Weg gewiesen, wie sie neuen Masseneinfluß erlangen und ihre Schlagkraft erhöhen konnte. Jetzt galt es, die Mitglieder und Funktionäre der Partei für diese einzig richtige Politik zu gewinnen und – als eine grundlegende Voraussetzung für das Erstarken der KPD und für die Ausarbeitung einer realistischen politischen Linie – aus der neu formierten Parteiführung und anderen erfahrenen, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden Funktionären einen kollektiv arbeitenden Führungsstab zu entwickeln.

Die Position an der Spitze der Partei brachte für Ernst Thälmann ein Höchstmaß an Verantwortung. Sein Blick mußte sich nun stets auf die Parteiarbeit in ihrer Gesamtheit richten. Von ihm wurde Anleitung für die Partei und für die verbündeten proletarischen Massenorganisationen, wurde Orientierung in den grundlegenden Fragen des Klassenkampfes, wurden die entscheidenden politischen Initiativen erwartet. Seine neue Funktion bot ihm aber auch viel größere Möglichkeiten, um in der Partei seine marxistisch-leninistische Konzeption vom Wesen und der Arbeitsweise einer Partei neuen Typs, von den Aufgaben der KPD, seinen klaren Kurs auf die Gewinnung der Massen für den Kampf gegen die imperialistische Herrschaft zur Geltung zu bringen. Nach wie vor suchte er

als Parteiführer engsten Kontakt mit den Arbeitern und nutzte jede Gelegenheit, um in Parteiversammlungen und auf Kundgebungen zu sprechen, selbst den Massen die Politik der KPD zu erläutern. In den Vordergrund rückte aber jetzt sein Auftreten zu den Grundfragen der Politik der Partei im Zentralkomitee und im Politbüro, in der Parteipresse, auf Konferenzen der Bezirkssekretäre und Redakteure sowie des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) und des Roten Frontkämpferbundes. Ungleich mehr als früher mußte er sich jetzt mit der Arbeit im Zentralkomitee und in dessen Apparat befassen.

Im Anschluß an die Tagung des Zentralkomitees am 1. September 1925 fand eine Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure statt. Ernst Thälmann legte das Wesen der ultralinken Positionen bloß und sprach offen aus, daß die von den Ultralinken geprägte Politik der Partei zwischen dem 9. und dem 10. Parteitag falsch gewesen war, daß gerade sie das Herankommen an breitere Schichten des Proletariats verhindert hatte. Er informierte über die Beratung vom 12. bis 20. August. Entschieden verwahrte sich Ernst Thälmann gegen die Behauptung Ultralinker, bei der Diskussion über den »Offenen Brief« handele es sich um einen Kampf des EKKI und einer Thälmann-Gruppe gegen Ruth Fischer und Arcady Maslow. Es gehe nicht um diese zwei Personen, sondern um das weitere Schicksal der Partei. Es gelte, die KPD als revolutionäre, marxistisch-leninistische Kampfpartei weiterzuentwickeln, ihre Verbindung mit den Massen zu festigen und die Beziehungen zur Kommunistischen Internationale und zur KPR(B) zu vertiefen. Die KPD müsse befähigt werden, die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Diesen Millionen Arbeitern müsse sie beweisen, daß sie allein für die täglichen Interessen der Werktätigen und für die Überwindung des Kapitalismus kämpft. Die alte, sektiererische Politik fortzusetzen würde dagegen bedeuten, die KPD restlos von den Massen abzukapseln und ihr damit die Fähigkeit zu nehmen, die Arbeiterklasse im Kampf um die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung zu führen. In seiner Argumentation griff Thälmann auf die Erfahrungen der Partei der Bolschewiki zurück. Er hob hervor, daß Lenins Werk »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus« für die KPD ein Leitfaden in ihrem Kampf gegen Links- und Rechtsopportunismus sei.

Ernst Thälmann forderte die Konferenzteilnehmer auf, gemeinsam mit den neuen Führungsgremien der Partei die notwendige »politische Kursänderung« durchzusetzen. Der ultralinken Unterstellung, der »Offene

Brief« der Kommunistischen Internationale zwinge die KPD zu einer Rechtsschwenkung, hielt er entgegen, daß der Sinn des Eingreifens des EKKI darin bestehe, »die Partei auf einen neuen Weg zu bringen, der zu den proletarischen Massen in ganz Deutschland führt«.[1] Die große Mehrheit der Parteimitglieder habe das – im Gegensatz zu Fischer, Maslow und einigen ihrer Anhänger – aus eigener Erfahrung und mit Hilfe der Komintern begriffen. Daher werde das Zentralkomitee den Genossen gegenüber Konsequenzen ziehen, die versuchen würden, die notwendige Neuorientierung der Partei zu hintertreiben und ihre Hinwendung zu den Massen weiterhin zu blockieren.

Ernst Thälmann schlug vor, den »Offenen Brief« des EKKI in den nächsten sechs bis acht Wochen in der ganzen Partei zu diskutieren und dann zum Abschluß eine Parteikonferenz durchzuführen. In dieser Diskussion gelte es, sich näher mit den Grundsätzen einer bolschewistischen Partei vertraut zu machen. Es komme vor allem darauf an, hob Thälmann hervor, die innerparteiliche Demokratie wiederherzustellen, den Parteiaufbau zu reorganisieren und die Betriebszellen, wie im Statut vorgesehen, in der Tat zum Fundament der Parteiorganisation zu entwickeln und die Verbundenheit der KPD mit der Kommunistischen Internationale zu festigen.

Die überwältigende Mehrheit der Funktionäre stellte sich ohne Zögern hinter die neue Parteiführung und befürwortete die Kursänderung. 93 Teilnehmer der Beratung stimmten dem »Offenen Brief« zu, 10 lehnten ihn ab, und 4 enthielten sich der Stimme. In einer Resolution faßte die Konferenz die Gedanken Thälmanns als Orientierung für die Parteidiskussion zusammen. In dem Beschluß wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die offene, kritische Auseinandersetzung über den zurückliegenden ultralinken Kurs eng mit der Lösung der neuen organisatorischen und tagespolitischen Aufgaben, mit der zähen Kleinarbeit unter den Massen zu verbinden.[2]

Die Ultralinken setzten auch nach dieser offenkundigen Niederlage ihren Kampf gegen einen marxistisch-leninistischen Kurs der KPD fort. In der Berliner Parteiorganisation besaßen sie noch starken Rückhalt. Seit Jahren stand die Leitung dieser zahlenmäßig stärksten Bezirksorganisation völlig unter ihrem Einfluß. Weil der Ausgang der Diskussion in Berlin für die gesamte Partei bedeutsam war, widmete Ernst Thälmann

1 IML, ZPA, I 2/2/6.
2 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 205–208.

dem Geschehen in diesem Bezirk besondere Aufmerksamkeit. Er sorgte dafür, daß in den folgenden Monaten an jeder Leitungssitzung dieser Bezirksorganisation ein Vertreter des ZK teilnahm. Sooft es ihm möglich war, übernahm er diese Aufgabe selbst. Bereits am 2. September referierte er auf der Sitzung der Bezirksleitung über die Beratung in Moskau.

Ernst Thälmann war bemüht, die Berliner Bezirksleitung für die Politik des ZK zu gewinnen. Im Namen des ZK räumte er Ruth Fischer und ihren Anhängern die Chance ein, durch ehrliche Arbeit einen Platz in der Partei zu finden.[3] Ruth Fischer erreichte jedoch, daß die Mehrheit der führenden Funktionäre der Bezirksorganisation – ebenso wie die Berliner Vertreter auf der Konferenz am 1. September – jetzt und in den folgenden Tagen gegen den »Offenen Brief« auftrat. Um das Sektierertum der ultralinken Fraktion in Berlin zu überwinden, gingen Ernst Thälmann und andere Genossen der Parteiführung in die Grundorganisationen. Sie wollten vor allem die Parteimitglieder in den Betrieben für die Linie des »Offenen Briefes« gewinnen. Zweimal, am 1. und am 29. Oktober, erläuterte Ernst Thälmann den Zellen- und Gewerkschaftsfunktionären Groß-Berlins die nächsten politischen und organisatorischen Aufgaben der KPD.[4] In seinem Artikel »Um den Kurs der Berliner Organisation« in der »Roten Fahne« vom 10. September erklärte er den Berliner Parteimitgliedern, daß es um die Frage gehe, welchen Kurs die KPD einschlagen müsse, um die Arbeiterklasse im Kampf um die politische Macht führen zu können. Die Diskussion in den Grundorganisationen und der Artikel Ernst Thälmanns halfen der Mehrheit der Berliner Mitglieder, sich vom Einfluß der ultralinken Wortführer zu lösen.

Die Auseinandersetzung mit den sektiererischen Kräften verband Ernst Thälmann eng mit praktischen Schritten zur Verbesserung der Massenarbeit. Dazu gehörte auch eine wesentliche Verstärkung der Jugendarbeit der Partei. Im Gegensatz zu den Ultralinken, die den KJVD unterschätzt und seine Anleitung vernachlässigt hatten, widmete Ernst Thälmann der Jugendarbeit große Aufmerksamkeit. In einer selbständigen, von der Partei geförderten und unterstützten revolutionären Jugendorganisation sah er das wichtigste Bindeglied der KPD zur Arbeiterjugend. Bereits in seiner Eröffnungsansprache auf dem 10. Parteitag hatte Ernst Thälmann die Kommunisten aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die junge Generation »erzogen wird in kommunistischem Sinne« und »in ihren

3 Vgl. IML, ZPA, 5/1/530.
4 Vgl. Die Rote Fahne, 4., 31. Oktober 1925.

Reihen noch mehr Mut, Tapferkeit und Glauben an den Sieg der proletarischen Revolution zeigt«.[5]

Anläßlich des 11. Internationalen Jugendtages am 6. September 1925 analysierte Ernst Thälmann in der »Roten Fahne« die Situation in der Arbeiterjugend. Er machte darauf aufmerksam, daß die Zahl der KJVD-Mitglieder und selbst der freigewerkschaftlich organisierten Jungproletarier im Vergleich zur Millionenschar der unorganisierten und der von den Organisationen des politischen Klerikalismus erfaßten Jungarbeiter verschwindend gering war. Diese ernste Tatsache müsse alle aufrütteln. »Das Wesen unserer bolschewistischen Taktik«, hob Thälmann hervor, »besteht in der Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus, für die proletarische Diktatur, für die Revolution. Diese Aufgaben könnten wir nicht erfüllen, ohne die ausgebeutetste, kampffähigste, von den opportunistischen Traditionen der legalen Vorkriegszeit freieste Schicht der Arbeiterklasse zu gewinnen: die proletarische Jugend.«[6]

Er forderte, die Jugendarbeit nicht länger zu unterschätzen und den jungen, noch schwachen Kommunistischen Jugendverband bedeutend mehr als bisher zu unterstützen. Dem KJVD stellte er die Aufgabe, seine Organisation besser auszubauen, sein ideologisches Niveau zu heben und seine Schlagkraft in den Tageskämpfen der arbeitenden Jugend in den Betrieben und Gewerkschaften zu stählen. Im gleichen Sinne sprach Ernst Thälmann auch am 6. September im Stadtpark von Barmbeck zu 20 000 Jugendlichen.

Um die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu gewinnen, mußte die KPD vor allem ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie klar bestimmen. Ernst Thälmann nahm die Rückkehr der ersten deutschen Arbeiterdelegation aus der Sowjetunion Ende August zum Anlaß, um zu diesem Problem prinzipielle Gedanken darzulegen. Er unterstrich, daß die KPD nur dann die Arbeiterklasse zum Kampf um die politische Macht führen kann, wenn es ihr gelingt, den Arbeitermassen jenes proletarische Machtbewußtsein wiederzugeben, das ihnen durch die opportunistische Politik der rechten SPD-Führer genommen worden war. Deshalb müsse ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern hergestellt werden. Der Umschwung im Denken jener sozialdemokratischen Arbeiter, die als Gegner des Kommunismus von Stettin abgefahren waren und sich innerhalb weniger Wochen durch das eingehende Studium des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion vom Antisowjetismus gelöst hatten, beweise, daß der politische und ideologische Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiter »nichts Feststehendes, nichts Unveränderliches, nichts Ewiges« sei. Es sei möglich, sie für eine proletarische, eine revolutionäre Politik »zu gewinnen, zu überzeugen, geistig zu erobern«.[7] Das erfordere aber, hob Thälmann hervor, diesem großen Ziel die ganze Arbeit, die gesamte Agitation, die politischen Losungen anzupassen. Die Partei müsse es lernen, den Arbeitern verständlich und überzeugend Antwort auf alle Fragen zu geben.

Diese Gedanken gingen von der klassenmäßigen Einschätzung der SPD als einer Partei aus, deren Mitglieder größtenteils Arbeiter waren, während die Politik dieser Partei von den rechtsopportunistischen Führern bestimmt wurde und die imperialistische Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten half. Ernst Thälmann berücksichtigte, daß das unter den sozialdemokratischen Mitgliedern tief verwurzelte opportunistische Gedankengut nur Schritt für Schritt und nur durch praktische, im gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten für die Arbeiterinteressen gesammelte Erfahrungen zu überwinden war. Er wußte um die Schwierigkeit, ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Mitgliedern, das auch im »Offenen Brief« gefordert wurde, herzustellen, und daß dies eine exakte marxistisch-leninistische Einschätzung der SPD und des ADGB erforderte.

Eine solche Einschätzung war nach dem Heidelberger Parteitag der SPD und dem Breslauer Gewerkschaftskongreß besonders dringlich. Der Heidelberger Parteitag vom 13. bis 18. September 1925 beschloß ein neues Parteiprogramm, das mit einem verbalen Bekenntnis zum Sozialismus der antikapitalistischen Einstellung großer Teile der Mitglieder Rechnung trug, sich aber gleichzeitig zum imperialistischen Staat bekannte, das heißt auf den Kampf für eine grundlegende Umgestaltung der Machtverhältnisse verzichtete. Durch ihre Konzeption von einem »sozialdemokratischen Weg zum Sozialismus« suchten die rechten Führer der SPD ihre bürgerliche Klassenposition zu kaschieren. Ähnlich hatte sich der ADGB auf dem Kongreß vom 31. August bis 4. September auf den kleinbürgerlich-reformistischen Kurs einer »Demokratisierung der Wirtschaft«, einer

5 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, S. 275.

6 Ernst Thälmann: Zum elften internationalen Jugendtag. In: Die Rote Fahne, 3. September 1925.

7 Ernst Thälmann: Die Bedeutung der Arbeiterdelegation. In: Über proletarischen Internationalismus. Reden und Artikel, Leipzig 1977, S. 14/15.

»Verbesserung« des kapitalistischen Systems festgelegt und damit die Grundinteressen der Arbeiterklasse, die die Beseitigung des Kapitalismus erforderten, offen preisgegeben.[8]

Zentralkomitee und Politbüro der KPD berieten im September und Oktober unter der Leitung Ernst Thälmanns wiederholt die Lage in der SPD und im ADGB. In seinem Bericht vor dem ZK über den Breslauer Gewerkschaftskongreß orientierte Thälmann darauf, die oppositionellen Kräfte im ADGB um Robert Dißmann zu unterstützen, die dort unter anderem gefordert hatten, mit gewerkschaftlichen Mitteln für den Achtstundentag zu kämpfen. Besonders dringlich sei es, die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten in der größten Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, an dessen Spitze Dißmann stand, zu verstärken. Ernst Thälmann sprach sich dagegen aus, die oppositionellen Kräfte in der SPD aufzufordern, in die KPD einzutreten. Er erklärte, die Losung »Heraus aus der SPD – hinein in die KPD!« würde nur die Entfaltung einer echten Linksopposition in der SPD behindern und es den opportunistischen Führern erleichtern, ihren Rechtskurs durchzusetzen.[9]

Gemeinsam mit Wilhelm Koenen, der am 23. September im ZK den Bericht über den Heidelberger SPD-Parteitag erstattete, mit Arthur Ewert, Wilhelm Pieck und anderen verhinderte Ernst Thälmann im Herbst 1925, daß sich die Kommunisten durch den in Heidelberg und Breslau beschlossenen Rechtskurs der SPD und des ADGB davon ablenken ließen, entschlossen für die Einheitsfront der Arbeiterklasse einzutreten. Im Gegenteil: Die neue Parteiführung entwickelte verschiedene Initiativen, um ein neues Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen. Eine günstige Gelegenheit dafür sah Ernst Thälmann in den Berliner Kommunalwahlen, die für den 25. Oktober 1925 angesetzt waren. Das Politbüro empfahl der Berliner Bezirksleitung, der SPD anzubieten, die Reststimmen beider Parteien durch eine Listenverbindung zusammenzurechnen, um im Kampf gegen die bürgerliche Mehrheit keine Arbeiterstimme unausgenutzt zu lassen. Unter dem Einfluß Ruth Fischers lehnte die Bezirksleitung zwar diesen Vorschlag zunächst ab; doch das ZK billigte auf seiner Tagung am 23. und 24. September, auf der Ernst Thälmann zu diesem Tagesordnungspunkt referierte, die Initiative des Politbüros und veranlaßte die Bezirksleitung, am 1. Oktober dem Bezirksvorstand der SPD einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Obwohl

8 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 208–215, 193–197.

9 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/30; I 2/1/31.

die SPD das Angebot unbeantwortet ließ, war es, wie Ernst Thälmann später hervorhob, der »erste wichtige politische Akt, den das Zentralkomitee in der Linie des Offenen Briefes durchzuführen hatte«[10], und wurde zum Ausgangspunkt anderer Einheitsfrontangebote. Das Ergebnis der Berliner Kommunalwahlen – die KPD erhielt 347 381 Stimmen, 96 168 mehr als bei den Reichspräsidentenwahlen am 26. April in Berlin für die Partei abgegeben worden waren[11] – widerspiegelte bereits, daß die Anziehungskraft der KPD innerhalb weniger Wochen gewachsen war, und bestätigte damit nachdrücklich die Thälmannsche Politik.

Große Bedeutung für den Reifeprozeß der KPD hatten einige im Herbst 1925 entstandene Beiträge Ernst Thälmanns zur Geschichte der KPD und zu den Lehren aus dem Kampf der Bolschewiki. Darin entwickelte der Parteivorsitzende aus den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung aktuelle politische Lehren. Aus seinen historischen Aufsätzen spricht die unumstößliche Gewißheit, daß die Zukunft der Arbeiterklasse und damit dem Sozialismus gehört. Sie zeugten davon, wie tief Thälmann in die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterbewegung eingedrungen war, daß er sich umfassend mit grundlegenden Werken von Marx, Engels und Lenin vertraut gemacht hatte. Er verstand es beispielhaft, Theorie und Praxis der revolutionären Arbeiterbewegung als untrennbare Einheit zu fassen.

Besonders wichtig für die Selbstverständigung der KPD war sein Aufsatz »Die Lehren des Hamburger Aufstandes«. Ernst Thälmann analysierte darin die Klassenkämpfe im Herbst 1923 und die Rolle der KPD. Als Gradmesser für die Reife der KPD betrachtete er ihre Fähigkeit, sich an die Spitze der Arbeiterklasse zu stellen, sie im Kampf gegen den Imperialismus zu führen und diesem Kampf Ziel und Richtung zu weisen. Die objektiven Bedingungen für den Kampf um die politische Macht können erst dann mit Erfolg genutzt werden, wies Thälmann nach, wenn eine bolschewistische Partei die Massen führt. Deshalb müsse die KPD »eine eiserne, völlig geschlossene, restlos verschmolzene, unbedingt disziplinierte Partei« werden, die in der »Organisierung und Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse in allen Industriezentren und Großstädten im ganzen Lande« ihre Rolle als »Vortrupp des Proletariats« sieht.

10 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg–Berlin (1926), S. 199.

11 Vgl. Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin. 2. Ausgabe 1926. Hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1926, S. 223/224.

Ernst Thälmann forderte die Kommunisten auf, geduldig und hartnäckig unter den Massen Kleinarbeit zu leisten und sich fest mit diesen zu verbinden. Es gelte, eine kämpferische proletarische Einheitsfront von Millionen Arbeitern zu bilden. Er charakterisierte abschließend den Entwicklungsprozeß, in dem sich die KPD im Herbst 1925 befand: »Unsere Partei vollzieht eine entscheidende Umstellung von der Spitze bis in die unterste Tiefe. Sie merzt den scheinrevolutionären, wortradikalen Geist aus. Sie beseitigt die Reste des Sektierertums, der Massenverachtung in ihren eigenen Reihen. Sie ändert ihre Taktik, um sich noch fester, noch enger mit den sozialdemokratischen Arbeitern, mit den Massen in den Gewerkschaften und in den Betrieben zu verbinden. Sie geht an die völlige Umgestaltung ihrer organisatorischen Grundlagen heran. Sie arbeitet an der Schaffung eines großen linken Flügels in der Arbeiterbewegung.«[12]

In zwei anderen Artikeln – »Der 7. November – eine neue Epoche der Weltgeschichte« und »Der Moskauer Aufstand im Jahre 1905« – arbeitete Thälmann heraus, wie lebensnotwendig es für eine kommunistische Partei ist, sich die allgemeingültigen Lehren des siegreichen Kampfes der Partei Lenins anzueignen. Thälmann erfaßte die welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution als »Beginn des größten Umschwungs in der Geschichte der Menschheit«, als ein Ereignis, das wie kein zweites das Gesicht der Erde veränderte und alle bedeutsamen politischen Erscheinungen in der Welt beeinflußte. Unaufhörlich trug er diese Ideen in die Massen, um in der deutschen Arbeiterklasse den unerschütterlichen Willen zur Macht zu wecken und sie zu befähigen, den Sozialismus zu erringen. »Die Internationalisierung der russischen Revolution vom 7. November 1917 – das ist der Inhalt der gegenwärtigen Geschichtsepoche«[13], schrieb er. Dieser historischen Aufgabe gerecht zu werden forderte von der KPD – wie Thälmann im Dezember 1925 formulierte –, »die Geschichte der russischen Revolution in all ihren Epochen und Kämpfen [zu] studieren und sich die Erfahrungen der Bolschewiki zu eigen [zu] machen. Die Partei muß lernen, den Weg der russischen Bruderpartei zu gehen, den Weg, der über Niederlagen zum endgültigen Sieg, zur siegreichen proletarischen Revolution führt.«[14]

Thälmanns Artikel halfen den Mitgliedern und Funktionären, tiefer in

12 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, S. 37, 43.
13 Ernst Thälmann: Der 7. November. In: Ebenda, S. 45, 57.
14 Ernst Thälmann: Der Moskauer Aufstand im Jahre 1905. In: Ebenda, S. 74.

das Wesen einer marxistisch-leninistischen Partei einzudringen und besser die Aufgaben zu erfassen, die mit dem »Offenen Brief« der KPD gestellt worden waren. Gleichzeitig korrigierte er damit das falsche Bild, das die Ultralinken über die Geschichte der KPD verbreitet hatten, indem sie das Ringen um eine marxistisch-leninistische Massenpolitik bis 1923 als endlose Kette von rechtsopportunistischen Fehlern und Schwächen verleumdeten, die Zeit zwischen dem 9. und 10. Parteitag, in der ihr Pseudoradikalismus den Masseneinfluß der Partei untergraben hatte, dagegen als Höhepunkt der Entwicklung der KPD hinstellten.

Die weitere Erhöhung der Kampfkraft der KPD hing wesentlich davon ab, wie es gelang, der von den ultralinken Führern mißachteten Initiative der Parteimitglieder Raum zu geben, den demokratischen Zentralismus und das Prinzip der kollektiven Führung auf allen Ebenen durchzusetzen und in der Partei Kritik und Selbstkritik zu entwickeln. Die Ultralinken hatten die innerparteiliche Demokratie unterbunden und die Mitgliedschaft weitgehend von den politischen Entscheidungen ferngehalten. Ernst Thälmann setzte sich entschieden dafür ein, die Gepflogenheit zu beseitigen, alle wesentlichen Fragen nur in Funktionärkonferenzen zu behandeln. Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen erhielten jetzt wieder den gebührenden Platz im Parteileben. In kurzer Zeit gelang es so, immer mehr Mitglieder in die Parteiarbeit einzubeziehen.

Ernst Thälmann bemühte sich energisch um einen leninistischen Arbeitsstil des Zentralkomitees und des Politbüros sowie des Parteiapparates. Regelmäßig trat nun das Zentralkomitee zusammen, nahm zu den politischen Grundfragen Stellung, schätzte die Situation im Lande ein und beschloß die nächsten Aufgaben der Partei. In der Regel einmal in der Woche berief Ernst Thälmann das Politbüro ein. Das Präsidium des Politbüros, auch Politsekretariat genannt, entwickelte sich zu einem schnell und operativ handelnden Führungskollektiv. Der zentrale Parteiapparat wurde beweglicher und schlagkräftiger. Im September wurde ein Sekretariat des Zentralkomitees gebildet, dem neben Ernst Thälmann Philipp Dengel, Arthur Ewert, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke und Wilhelm Schwan angehörten. Das Sekretariat bereitete die Sitzungen des Zentralkomitees und des Politbüros vor, übernahm die Verbindung zu den Bezirken und den proletarischen Massenorganisationen, leitete die laufenden Arbeiten des zentralen Parteiapparates, überwachte die Kassenführung und kontrollierte die Druckereien und Verlage der Partei. Gestützt auf die Abteilungen des ZK, sorgte es für die Durch-

führung der Beschlüsse des ZK und des Politbüros. Das Sekretariat entlastete das Politbüro und ermöglichte es ihm, sich stärker auf wichtige politische Entscheidungen zu konzentrieren.[15]

Sooft er konnte, nahm Ernst Thälmann an Sitzungen einzelner Abteilungen des ZK teil. Auf seine Anregung hin fanden von nun an in größeren Abständen – ein- bis zweimal im Jahr – im ZK Beratungen und Aussprachen mit den leitenden Funktionären der Parteibezirke statt. Die Vorbereitung und Auswertung der verschiedenartigen Tagungen und Beratungen nahm einen erheblichen Teil der Arbeitszeit des Parteivorsitzenden in Anspruch.

Die enorme Arbeit, die auf Ernst Thälmann lastete, war ohne Hilfe auf die Dauer nicht zu bewältigen. Daher beschloß das Zentralkomitee im September 1925, dem Parteivorsitzenden einen persönlichen Sekretär beizugeben, und beauftragte mit dieser Funktion den bisherigen Chefredakteur der »Hamburger Volkszeitung«, Paul Dietrich, einen erfahrenen Propagandisten und Parteifunktionär.[16] Später, nach dem 11. Parteitag der KPD im März 1927, war Dietrich als Mitglied des Sekretariats des ZK tätig.

Am 31. Oktober 1925 eröffnete Ernst Thälmann in Berlin die erste Parteikonferenz in der Geschichte der KPD, die die Bilanz der zweimonatigen Diskussion ziehen und die Partei für die Lösung der vor ihr stehenden Aufgaben rüsten sollte. Er begrüßte die größtenteils aus Betriebszellen kommenden 253 Delegierten sowie die Vertreter der Kommunistischen Internationale und einiger Bruderparteien. Ernst Thälmann skizzierte im Hauptreferat der Konferenz »Zur Lage in der KPD« den Weg, den die Partei seit ihrer Gründung zurückgelegt hatte. Er forderte, von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die er als die klügsten und besten revolutionären Marxisten der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnete, zu lernen, wie der Kampf gegen Opportunismus und Linkssektierertum geführt und wie um die Aneignung des Marxismus-Leninismus gerungen werden muß. Ernst Thälmann würdigte den siebenjährigen opferreichen Kampf, den die KPD unter den schwierigsten Bedingungen hatte führen müssen. In diesen wenigen Jahren habe die KPD versuchen müssen, »das nachzuholen, was die russische Kommunistische Partei in einer zwanzigjährigen Entwicklung, im Feuer zweier Revolutionen, in der

15 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/30. – Das Sekretariat spielte eine immer wichtigere Rolle; nach und nach übernahm es auch einen Teil der Aufgaben des Orgbüros, das 1927 aufgelöst wurde.
16 Vgl. ebenda.

Illegalität, unter den Schlägen des Weltkrieges sich geschaffen hatte, eine klare marxistische revolutionäre Orientierung, die Ausbildung einer Strategie und Taktik, die als bolschewistische Linie die Grundlage der Komintern heute bildet«[17].

In der Parteidiskussion war es gelungen, wie Ernst Thälmann einschätzte, die Gefährlichkeit und Schädlichkeit des Linkssektierertums zu enthüllen. Die Partei hatte sich gründlicher als bisher mit den Prinzipien revolutionärer Massenpolitik vertraut gemacht. Scharf wies Thälmann Angriffe gegen die Ergebnisse des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, insbesondere gegen die Leninsche Einheitsfronttaktik zurück, die vor allem Maslow in seinen Veröffentlichungen geführt hatte. Die Losung des III. Weltkongresses »Heran an die Massen!«, so unterstrich Ernst Thälmann nachdrücklich, sei von größter prinzipieller Bedeutung. Das Verständnis für das Leninsche Prinzip der engen Verbindung von Partei und Arbeiterklasse, von Partei und Volksmassen entscheide darüber, ob eine kommunistische Partei diesen Namen verdiene, ob sie ihre historische Funktion erfüllen könne. Nur wenn es die KPD verstehe, sich politisch und organisatorisch fest in den Arbeitermassen zu verankern, werde es ihr gelingen, die Arbeiter schließlich an die proletarische Revolution heranzuführen. Präzis umriß Ernst Thälmann die nächsten, wichtigsten Aufgaben: im Kampf gegen den Imperialismus die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu schmieden, die Arbeit in den Gewerkschaften zu verstärken und beschleunigt Betriebszellen der Partei aufzubauen. Besonders unterstrich er die Notwendigkeit, das theoretische Niveau der Partei zu heben, weil es »ohne eine gesunde, klare, revolutionäre Theorie keine ernste revolutionäre Praxis« geben könne.[18]

Werner Scholem, der als Korreferent auftrat, verteidigte den Kurs der Ultralinken. Seine Auffassungen fanden aber bei der großen Mehrheit der Delegierten keine Zustimmung. Die meisten Diskussionsredner unterstützten die in den Referaten von Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Fritz Heckert, Arthur Ewert und Conrad Blenkle dargelegte Politik. Mit 222 gegen 30 Stimmen wurde die »Resolution zu den innerparteilichen Fragen« angenommen. Nur 12 Delegierte lehnten die »Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der KPD« ab.[19] Auch die anderen Beschlußvorlagen der Parteiführung erhielten die Zustimmung der Kon-

17 Ebenda, 1/16/35.
18 Ebenda.
19 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 233–247.

ferenz, die damit bekundete, daß die überwältigende Mehrheit der Mitglieder die Plattform der Ultralinken verurteilte und die Politik des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees befürwortete.

Die 1. Parteikonferenz bestätigte, daß sich die leninistischen Kräfte im ZK fest um Ernst Thälmann zusammengeschlossen hatten. Gestützt auf den proletarischen Kern der Partei sowie mit Hilfe der Kommunistischen Internationale, hatten sie den Marxismus-Leninismus zum Sieg über die ultralinke Abweichung geführt. Es war nun ein konstruktives Programm für die Tätigkeit der KPD auf allen Gebieten erarbeitet, das den Erfordernissen des Klassenkampfes entsprach.

Die Parteikonferenz orientierte darauf, unversöhnlich gegenüber der Bourgeoisie und ihrem Staat den Kampf der Arbeiterklasse und anderer Ausgebeuteter für ihre unmittelbaren Lebensinteressen zu organisieren. Nur so konnte die revolutionäre Bewegung vorangetrieben, die Arbeiterklasse an den Kampf für den Sozialismus herangeführt werden. Und nur mit diesem klaren Ziel konnte der Kampf um die sofortige Verbesserung der Lebenslage der Massen Erfolg haben. Die Konferenz nannte solche politischen Forderungen wie: Entmilitarisierung der Polizei, Auflösung reaktionärer und monarchistischer Verbände, Freilassung der politischen Gefangenen. Auf sozialpolitischem Gebiet rief sie zum Kampf für den Achtstundentag, für höhere Löhne und für die Übernahme der Lasten aus dem Dawes-Plan durch die Bourgeoisie auf. Die Delegierten verlangten größere Rechte für die Betriebsräte, die Behebung der Wohnungsnot und die Bekämpfung des Mietwuchers, ferner die Unterstützung der werktätigen Bauern durch den Staat. Um diese Forderungen durchzusetzen, um die politischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse gegen die sich verschärfenden Angriffe der Monopolbourgeoisie zu verteidigen, müsse ein Linksblock von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitgliedern geschaffen werden.

In der Parteidiskussion des Herbstes 1925, die mit der 1. Parteikonferenz zum Abschluß gelangte, wurde die Entscheidung bekräftigt, daß die KPD unverrückbar auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und treu zum proletarischen Internationalismus stand. Es war verhindert worden, daß die Partei durch die Ultralinken in eine vom Proletariat isolierte Sekte verwandelt wurde. Mit der Formierung des Thälmannschen Zentralkomitees war der Kurs endgültig gesichert, auf dem sich die KPD weiterentwickeln, auf dem sie zur wirklichen Führerin der deutschen Arbeiterklasse reifen konnte.

2

Die Arbeiterklasse verteidigt die Lebensinteressen der Nation

Der außenpolitische Kurs des deutschen Imperialismus war zu jener Zeit darauf gerichtet, Rivalitäten zwischen den Westmächten auszunutzen, um nach und nach wieder in den Rang einer imperialistischen Großmacht zu gelangen. In Verhandlungen der britischen und der französischen Regierung mit dem deutschen Außenministerium war 1925 ein Modus ausgehandelt worden, der den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglichen sollte, die Grenzen zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaaten im Westen garantierte, dem Expansionsdrang des deutschen Imperialismus jedoch im Osten die Tür offenhielt. Im Oktober wurde dies auf einer Konferenz in Locarno vereinbart.

Ernst Thälmann verfolgte die Verhandlungen über den sogenannten Garantiepakt mit großer Aufmerksamkeit. Schon als Präsidentschaftskandidat hatte er ihn auf einer Wahlkundgebung in Hagen treffend als einen Plan des Weltimperialismus gegen Sowjetrußland charakterisiert.[1] In seiner Eröffnungsrede auf dem 10. Parteitag bezeichnete er die Verhandlungen über den Garantiepakt als Versuch der deutschen Bourgeoisie, sich »den kriegerischen Absichten des Weltimperialismus anzuschließen«[2]. Er wies nach, daß das Erstarken des deutschen Imperialismus im Prozeß der relativen Stabilisierung gleichzeitig auch die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten verschärfte. Nach der Übernahme der Parteiführung durch Ernst Thälmann beriet das Politbüro wiederholt die Stellung der KPD zum Garantiepakt. Auf der Beratung am 11. September hob Thälmann hervor, daß angesichts der Westorientierung des deutschen Imperialismus verstärkt die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion propagiert werden müsse. Diesen Gedanken enthielt jede seiner Reden im Herbst 1925.[3]

1 Vgl. Ernst Thälmann: Gegen die monarchistische Reaktion, gegen das Hindenburg-Programm der Bourgeoisie – die rote Arbeiterfront! In: Die Rote Fahne, 19. April 1925.
2 Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, S. 273.
3 Vgl. IML, ZPA, 3/1/522. – Die Rote Fahne, 4., 29., 31. Oktober 1925.

Vom 23. bis 27. November fanden im Reichstag die entscheidenden Debatten über die Locarno-Verträge statt. Am zweiten Beratungstag erhielt Ernst Thälmann als Hauptredner der KPD das Wort. Er nannte die Vereinbarung von Locarno die politische Ergänzung des Dawes-Planes. Den Außenminister Gustav Stresemann und die Redner der meisten anderen Parteien, die allesamt ihre Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft beteuert hatten, bezichtigte er der bewußten Irreführung der Massen. Diese bürgerlichen Politiker kannten die expansiven außenpolitischen Absichten des deutschen Imperialismus und waren deren eifrige Verfechter. Thälmann deckte das eigentliche Ziel auf, das mit den Verträgen verfolgt wurde: Voraussetzungen zu schaffen, damit das imperialistische Deutschland befähigt würde, zu gegebener Zeit die Ergebnisse des ersten Weltkrieges gewaltsam zu revidieren. Für einen Vertrag, der wirklich der Sicherung des Friedens diene, werde jeder Kommunist bedingungslos eintreten. Aber die Garantie der Westgrenzen zeige nur, »daß die deutsche Bourgeoisie im Moment, wo sie nicht die Macht hat, gegen Frankreich aufzumarschieren, diese für die deutsche Bourgeoisie bittere Tatsache in Form dieses Westpaktes feststellt... Der Westpakt ist die Verschiebung eines neuen Krieges zwischen Deutschland und Frankreich auf spätere Zeiten.« Und dieser Krieg werde über einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hinauswachsen zum »Klassenkrieg«, zum »Kampf der untergehenden kapitalistischen Welt gegen Sowjetrußland«.[4]

Ernst Thälmann wies die antisowjetische Stoßrichtung der Locarno-Politik nach. Er wertete die daraus abgeleitete Politik als »die mit diplomatischen Mitteln eingeleitete Offensive Englands, in Europa durch Einbeziehung Deutschlands einen antirussischen Block zu formieren«. Und für das Einschwenken Deutschlands in den antisowjetischen Block habe die deutsche Bourgeoisie »Hoffnungen auf eine Revision der Ostgrenzen, sozusagen als Abschlagszahlung« erhalten. Ernst Thälmann warnte vor den Folgen, die sich für Deutschland aus dem Abgehen von der Rapallo-Politik ergeben mußten. Er machte aber auch deutlich, daß die Arbeiterklasse und alle Kräfte des Fortschritts in einem Krieg »der untergehenden kapitalistischen Welt gegen Sowjetrußland, gegen die soziale Revolution im Westen und gegen die nationalen Revolutionen von

4 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 388. Stenographische Berichte (von der 121. Sitzung am 20. November 1925 bis zur 161. Sitzung am 15. Februar 1926), Berlin 1926, S. 4514, 4517.

Hunderten von Millionen Arbeitern und Bauern im Fernen Osten und in den unterdrückten Kolonien« letzten Endes den Sieg davontragen würden.[5] Die Alternative zur Locarno-Politik der Großbourgeoisie bestehe im Kampf der Arbeiterklasse für die nationale Unabhängigkeit Deutschlands, in der Fortsetzung der Rapallo-Politik und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, im Kampf gegen die Politik der imperialistischen Weltmächte. Hierbei, hob Thälmann hervor, stehe die deutsche Arbeiterklasse nicht allein, sondern habe unvergleichliche Weltmächte zu Verbündeten: die Sowjetunion und die internationale Arbeiterklasse.[6]

Ähnlich wie es bereits Clara Zetkin 1923, nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen, meisterhaft verstanden hatte, begründete Ernst Thälmann den nationalen Führungsanspruch der Arbeiterklasse: »Es gibt keine Lücke in der Geschichte der Klassen und Nationen. In dem gleichen Augenblick, in dem die Bourgeoisie aufhört, die nationale Unabhängigkeit Deutschlands zu verkörpern, tritt eine andere Macht auf die Bühne der deutschen Geschichte, die aus eigenem Klasseninteresse sich selbst zur Vertreterin der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands proklamiert. Diese Macht ist die deutsche Arbeiterklasse. Sie hat nichts mehr mit dem Nationalismus gemein... Sie will nicht andere Völker bekämpfen und unterjochen, sondern sie ist Fleisch vom Fleisch, Blut vom Blut der arbeitenden Massen aller Länder.«[7]

Als am 27. November 1925 im Reichstag die Locarno-Verträge angenommen wurden, demonstrierten 80000 Berliner Arbeiter im Lustgarten unter der Losung »Gegen den Kriegspakt von Locarno – Für den Friedenspakt der Arbeiter mit Sowjetrußland!« und bekundeten ihre Übereinstimmung mit der Politik der KPD.

In der folgenden Zeit waren im Reichstag die Hauptsprecher der KPD-Fraktion zu außenpolitischen Problemen Ernst Schneller und Walter Stoecker. Ernst Thälmann selbst konzentrierte sich auf eine neue Aufgabe, die im Spätherbst 1925 aktuell wurde: auf den Kampf für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Das Erstarken der monarchistischen Reaktion, deutlich sichtbar in der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, hatte die im November 1918 gestürzten Könige und Fürsten ermuntert, hohe Entschädigungen für ihre

5 Ebenda, S. 4513, 4515, 4521, 4517.
6 Vgl. ebenda, S. 4521–4523.
7 Ebenda, S. 4522.

beschlagnahmten Ländereien und Besitztümer zu fordern. Die Reichsregierung und die Landesregierungen kamen den Forderungen der ehemaligen »Landesherren«, die sich auf insgesamt 2,5 Milliarden Mark beliefen, bereitwillig entgegen. Als diese Tatsachen im Herbst 1925 der Öffentlichkeit bekannt wurden, riefen sie nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch in kleinbürgerlichen Schichten helle Empörung hervor. Zur selben Zeit, als die Fürsten dem deutschen Volk ihre maßlosen Forderungen präsentierten, verschlechterte sich die Lage breiter werktätiger Schichten. Die Zahl der Arbeitslosen schnellte von 0,5 Millionen im September 1925 auf 2,3 Millionen im Februar 1926 empor. Erst im Spätsommer 1926 sank sie wieder unter zwei Millionen.

Im November 1925 beriet das Politbüro unter der Leitung Ernst Thälmanns mehrfach darüber, wie der Raubzug der Fürsten abzuwehren sei.[8] Thälmann schlug vor, den Kampf nicht darauf zu beschränken, den Griff nach den Steuergeldern zu vereiteln, sondern ihn mit dem Ziel zu führen, die Fürstenvermögen restlos einzuziehen und für soziale Zwecke zu verwenden. Dieses Kampfziel konnten alle Arbeiter verstehen, und es bot einen günstigen Ausgangspunkt, um einheitliche Aktionen der gesamten Arbeiterklasse auszulösen, breite werktätige Schichten zu gewinnen und den Klassenkampf gegen Monopolkapital, Junkertum und Reaktion voranzutreiben. Um möglichst die Masse des Volkes in Bewegung zu bringen, empfahl Ernst Thälmann, das in der Weimarer Verfassung verankerte Recht der Wähler zu nutzen, über Grundfragen der Politik des Staates unmittelbar zu entscheiden. Danach mußte ein Volksentscheid herbeigeführt werden, wenn in einem Volksbegehren ein Zehntel der Wahlberechtigten einem vorgelegten Gesetzentwurf zustimmte, dieser Gesetzentwurf aber vom Reichstag nicht angenommen wurde.

Zunächst brachte die Fraktion der KPD am 25. November im Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser und die Verwendung des enteigneten Fürstenvermögens für soziale Maßnahmen ein. Die fürstlichen Güter sollten zur Linderung der Landnot der Kleinbauern und Pächter aufgeteilt, die Schlösser als Sanatorien, Kinderheime und Erziehungsanstalten genutzt und das enteignete Barvermögen der Fürsten für die Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenunterstützung verwandt werden.[9] Am

8 Vgl. IML, ZPA, 3/1/522.
9 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 271/272.

2. Dezember, an dem im Reichstag die Verhandlung über die Fürstenabfindung begann, wandte sich Ernst Thälmann im Auftrag des ZK der KPD in einem Offenen Brief an den Parteivorstand der SPD, an den Bundesvorstand des ADGB, die Vorstände des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA-Bund) und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB) sowie an die Bundesleitungen des Reichsbanners und des RFB. Er schlug ihnen vor, gemeinsam eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten herbeizuführen. Die KPD hält es für notwendig, hieß es im Brief des ZK, »daß alle Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung mit größtem Nachdruck eingesetzt werden, um der Ausraubung Deutschlands durch die Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner, Coburger und ähnliches Gelichter entgegenzutreten«[10].

Obwohl auch in der Mitgliedschaft der SPD über einen Volksentscheid diskutiert wurde, wie der »Vorwärts« eingestand[11], antwortete lediglich die Bundesleitung des RFB. Der Parteivorstand der SPD ließ im »Vorwärts« das Angebot der KPD zurückweisen. Gleichzeitig warb der »Vorwärts« für einen Kompromiß und versuchte, den konsequenten Kampf der KPD gegen die Fürstenabfindung als unüberlegt und zwecklos hinzustellen.[12] Die KPD setzte sich trotz dieser Haltung des SPD-Vorstandes zielstrebig weiter dafür ein, daß im Ringen um einen Volksentscheid die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zustande kam. Das Zentralkomitee schrieb am 4. Dezember an den Parteivorstand der SPD. In dem Brief hieß es: »Um Ihnen zu beweisen, daß es uns mit unserem Vorschlag wirklich ernst ist, ersuchen wir Sie auf diesem Wege, eine gemeinsame Besprechung mit uns abzuhalten... In dieser Besprechung könnten wir versuchen, eine gemeinsame Grundlage, eine den verfassungsrechtlichen Erfordernissen über Volksabstimmung entsprechende Formulierung des zu unterbreitenden Gesetzentwurfes zu finden. In solch einer Besprechung wäre es möglich, wenn Ihnen wirklich die Interessen der werktätigen Massen und nicht der Fürstenhäuser naheliegen, die juristischen und auch finanziellen Grundlagen für die Durchführung der Aktion zu schaffen. Das Haupterfordernis allerdings ist die Durchführung einer großen Kampagne in den Massen, die auch die erfolgreiche Durchführung des Volksentscheides gewährleisten würde.«[13]

10 Ebenda, S. 282.
11 Vgl. Vorwärts, 1. Dezember 1925, Abendausgabe.
12 Vgl. ebenda, 4. Dezember 1925, Abendausgabe.
13 IML, ZPA, 3/19/524.

Wenngleich der Parteivorstand der SPD nicht reagierte, beschloß das Politbüro am 7. Dezember, »alle Maßnahmen zu ergreifen, um das Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser einzuleiten«, und legte fest, »erneut alle Organisationen auf[zu]fordern, sich dieser Bewegung anzuschließen«.[14] Ein Volksentscheid, das war Ernst Thälmann von Anfang an klar, hatte nur Aussicht auf Erfolg, wenn es gelang, SPD und Gewerkschaften zum einheitlichen Vorgehen mit der KPD zu bewegen und durch die Einheitsfront der Arbeiterklasse auch breite Kreise der Bauernschaft und der städtischen Mittelschichten an die Bewegung heranzuziehen. Es galt daher, den Widerstandswillen der Arbeiter gegen die geplante Fürstenabfindung so zu entfalten, daß die SPD- und die ADGB-Führung nicht mehr umhinkonnten, sich der Bewegung anzuschließen.

Unter der populären Losung »Keinen Pfennig den Fürsten! Brot und Arbeit dem notleidenden Volke!« organisierte die KPD zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen. Den Auftakt bildete am 13. Dezember eine Massenkundgebung im Berliner Lustgarten, an der sich Zehntausende beteiligten. Zu den Rednern gehörte auch Ernst Thälmann. Die Ablehnung der kommunistischen Forderungen zur Linderung der Not der Erwerbslosen durch den Reichstag müsse die Arbeiterschaft veranlassen, erklärte er, sich im Kampf gegen Kapitalismus, Militarismus und Junkertum zu einer einzigen großen Armee zu formieren.[15] Auf Anregung des ZK schlugen die örtlichen Leitungen der KPD den Gewerkschaftskartellen und den Vorständen der SPD-Ortsvereine vor, gemeinsame Komitees zur agitatorischen Vorbereitung des Volksentscheids zu bilden. Zahlreiche solche Komitees entstanden; Kommunisten und Sozialdemokraten kamen sich wieder näher.

Ernst Thälmann war in diesen Wochen fast ständig in Berlin tätig. Er leitete die vielfältigen Aktionen der KPD zur Mobilisierung der Massen und überzeugte Kleinmütige in den eigenen Reihen, die einen Volksentscheid als aussichtslos betrachteten. Er hatte sich auch mit Sektierern auseinanderzusetzen, die das Ringen um einen Volksentscheid als parlamentarischen Kretinismus bezeichneten. Eine derartige Ansicht, antwortete ihnen Thälmann, sei äußerst kurzsichtig, denn gerade durch diese Aktion werden der Masseneinfluß und das Ansehen der KPD als antiimperialistischer und antimonarchistischer Kraft wachsen. Er sorgte

14 Ebenda, 3/1/522.

15 Vgl. Die Rote Fahne, 14. Dezember 1925.

dafür, daß die KPD die Initiative nicht aus der Hand gab und auch die Führung in der gesamten Bewegung bis zur entscheidenden Abstimmung behauptete. Zugleich betonte er wiederholt, daß die Bewegung für einen Volksentscheid als Einheitsaktion der Arbeiterklasse gemeinsam mit der SPD und den Gewerkschaften geführt werden müsse.[16]

Am 17. Dezember traf Ernst Thälmann in den Räumen der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) in Berlin mit Vertretern jener Organisationen zusammen, die sich bereit erklärt hatten, sich gemeinsam mit der KPD für einen Volksentscheid einzusetzen. Er informierte über die von der Partei durchgeführten Maßnahmen und beriet mit ihnen das weitere Vorgehen.[17] Am 6. Januar 1926 bildete sich auf Initiative der KPD ein Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Den Vorsitz übernahm der demokratische Wirtschaftswissenschaftler René Kuczynski. Bis zum 18. Januar schlossen sich diesem Kuczynski-Ausschuß 24 proletarische und bürgerlich-demokratische Organisationen an, unter anderem der Rote Frontkämpferbund, der Internationale Sozialistische Kampfbund, die Internationale Arbeiterhilfe, die Deutsche Liga für Menschenrechte, der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit – deutscher Zweig –, der Reichsbund deutscher Kleinbauern, die Gemeinschaft der proletarischen Freidenker, der Republikanische Anwaltsbund, der Sozialistische Bund und der Arbeiter-Wanderbund »Die Naturfreunde«. An diesem Tage überreichten René Kuczynski, Ernst Thälmann und andere Mitglieder des Ausschusses im Reichsinnenministerium den Antrag auf ein Volksbegehren. Die Reichsregierung hatte verlangt, daß der Antrag von 5000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein müsse. Daraufhin hatten am 16. und 17. Januar einige hundert Kommunisten und Rote Frontkämpfer in Berlin-Neukölln in dreieinhalb Stunden 30 000 Unterschriften gesammelt.[18]

Trotz der ablehnenden Haltung des Parteivorstandes der SPD zu den Angeboten des ZK der KPD vom 2. und 4. Dezember 1925 trat Ernst Thälmann am 16. Januar im Politbüro dafür ein, die Führung der SPD erneut zum gemeinsamen Handeln aufzufordern und gleichzeitig einige

16 Vgl. IML, ZPA, 3/1/522; 3/19/573.

17 Vgl. ebenda, 3/1/522. – Der Teilnehmerkreis und die Ergebnisse der Beratung konnten noch nicht ermittelt werden.

18 Vgl. Mitteilungen des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten (Berlin), 1926, Nr. 1.

linke SPD-Führer über diesen Schritt zu informieren.[19] In einem Brief vom 19. Januar 1926 an den Parteiausschuß der SPD erklärte Ernst Thälmann im Namen des ZK, daß es die KPD auf das wärmste begrüßen würde, wenn sich der Parteiausschuß seinerseits für einen Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten ausspräche und sich der von der KPD und dem Kuczynski-Ausschuß eingeleiteten Aktion anschlösse.[20]

Thälmann hob immer wieder hervor – so auf der 2. Gaukonferenz des RFB Berlin am 17. Januar –, daß der Kampf gegen die Fürstenabfindung Massen in Bewegung bringe und es ermögliche, aber auch erfordere, die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zum gemeinsamen Handeln mit den Kommunisten zu gewinnen. Gleichzeitig verlangte er verstärkte Wachsamkeit, um alle Versuche bürgerlich-reaktionärer oder rechtssozialdemokratischer Politiker, die Bewegung zu spalten und die Massen irrezuführen, rechtzeitig vereiteln zu können.[21]

Die von der KPD ausgelöste Bewegung erfaßte auch die übergroße Mehrheit der sozialdemokratischen und der freigewerkschaftlichen Arbeiter, die immer entschiedener die offizielle Teilnahme der SPD und des ADGB am Volksentscheid forderten. Die rechten SPD-Führer mußten schließlich, wollten sie sich nicht von den Massen isolieren, unter dem starken Druck ihrer Mitglieder auf das Angebot des ZK der KPD eingehen. Am 19. Januar 1926 beschloß der Parteiausschuß der SPD, an der Volksbewegung für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten teilzunehmen. Er ersuchte den ADGB, zwischen KPD und SPD zu vermitteln. Ernst Thälmann vereinbarte daraufhin mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB Peter Graßmann eine Beratung von Vertretern der KPD, der SPD, des ADGB und des Kuczynski-Ausschusses.

Diese Beratung fand am 22. und 23. Januar im Reichstagsgebäude statt. Die KPD-Vertreter schlugen vor, daß beide Arbeiterparteien und die freien Gewerkschaften einheitlich vorgehen und zunächst in einem gemeinsamen Aufruf die Werktätigen zur Bildung von Einheitskomitees auffordern sollten. Graßmann lehnte es jedoch kategorisch ab, einen solchen Aufruf zu unterschreiben. Er trat auch dafür ein, die Öffentlichkeit nicht über die Beratung zu informieren. Das kam den Absichten der fünf SPD-Vertreter – Artur Crispien, Rudolf Hilferding, Alwin Sänger,

19 Vgl. IML, ZPA, 3/1/576.
20 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 301–303.
21 Vgl. Die Rote Fahne, 19. Januar 1925.

Friedrich Stampfer und Otto Wels – entgegen, die unter Berufung auf die große Mitgliederzahl und die günstige finanzielle Lage der SPD den beherrschenden Einfluß in der Bewegung für den Volksentscheid in die Hände der SPD bekommen wollten, um ihr so Grenzen zu setzen und zu verhindern, daß der Einfluß der KPD auf die werktätigen Massen wuchs. Das scheiterte aber an der konsequenten Haltung Ernst Thälmanns und der anderen KPD-Vertreter. Schließlich einigte man sich darauf, daß jede der beiden Parteien die Hälfte der Arbeit und der Kosten übernehmen würde. In der Beratung wurde der Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen gebilligt, den auf Vorschlag der KPD-Vertreter Ernst Thälmann, Otto Wels und René Kuczynski unterzeichneten. Thälmann hatte sich vergeblich bemüht, auch Graßmann zu bewegen, im Namen des ADGB seine Unterschrift unter den Gesetzentwurf zu setzen.[22]

Am 25. Januar übergaben Ernst Thälmann, René Kuczynski sowie Konrad Ludwig und Otto Wels vom Parteivorstand der SPD diesen gemeinsamen Gesetzentwurf dem Reichsinnenminister und beantragten »die beschleunigte Zulassung des Volksbegehrens und Bekanntgabe der Eintragungsfrist«[23]. Im Interesse der Zusammenarbeit mit der SPD zogen Thälmann und Kuczynski ihren Antrag vom 18. Januar zurück.

Das hartnäckige Ringen der KPD um die Einheitsfront der Arbeiterklasse hatte zu einem bedeutenden Erfolg geführt. Es war gelungen, wie Ernst Thälmann wenig später einschätzte, die SPD dafür zu gewinnen, »mit den Kommunisten sich an einen Verhandlungstisch zu setzen, ... sich der Initiative der KPD an[zu]schließen«[24]. Die Vereinbarungen zwischen KPD und SPD vom 22. und 23. Januar 1926 förderten die Einheitsfront der Arbeiterklasse im ganzen Land.

Über die Aufgaben der Parteiorganisationen zur Vorbereitung des Volksbegehrens sprach Ernst Thälmann auf der Tagung des ZK der KPD am 26. Januar sowie auf einer Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure am 29. und 30. Januar. Er bezeichnete es als einen großen

22 Vgl. IML, ZPA, 1/20/41. – Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 306/307. – Der genaue Teilnehmerkreis und der Verlauf der Beratung waren nicht zu ermitteln. Die Vereinbarung über die Teilung der Kosten und der Arbeit wurde endgültig am 26. Januar abgeschlossen.
23 Die Rote Fahne, 26. Januar 1926.
24 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 17. Februar bis 15. März 1926, S. 198.

Erfolg, daß es bereits im Anfangsstadium des Kampfes gegen die Fürstenabfindung gelungen war, nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch Teile der städtischen Mittelschichten und der Bauernschaft in Bewegung zu bringen und an Schichten der Bevölkerung heranzukommen, die der Partei bisher ferngestanden hatten. Thälmann orientierte darauf, die Fürstenenteignungskampagne als Teil des Kampfes gegen die Versuche der Bourgeoisie zu führen, die Folgen der Zwischenkrise dieses Winters den Arbeitern aufzubürden. Deshalb müsse die Verstaatlichung der Industrie und die Kontrolle der Produktion sowie eine strenge Kontrolle des Staates, der Betriebsräte und der Gewerkschaften über die Gewährung von Krediten gefordert werden. Die Gewerkschaften müßten veranlaßt werden, Widerstand gegen Lohnsenkungen zu leisten. Von den Redakteuren verlangte der Parteivorsitzende, daß sie in der Presse täglich an anschaulichen Beispielen zeigten, welch hohe Abfindungen und Pensionen der bürgerliche Staat für die gestürzten Fürsten und für ehemalige kaiserliche Offiziere übrig hatte und was für kärgliche Almosen dagegen Arbeitslose, Kriegsinvaliden und Inflationsopfer erhielten.[25]

Im Februar 1926 befaßte sich die Parteiführung auf Initiative Ernst Thälmanns besonders mit der Arbeit der KPD auf dem Lande, wo die monarchistischen Kräfte den stärksten Einfluß besaßen. Bei den Fraktionen der KPD im Reichstag und in den Landtagen wurden Bauernsekretariate eingerichtet. Es wurde ein agrarpolitisches Aktionsprogramm, eine Plattform für den gemeinsamen Kampf der werktätigen Bauern und Landarbeiter mit dem revolutionären Proletariat, ausgearbeitet. Als Aufruf »Das Gesicht dem Dorfe zu!« wurde dieses Programm am 14. Februar veröffentlicht.[26] In einer »Landwoche« wurde es Ende Februar unter den Landarbeitern und Bauern propagiert. Besondere Verdienste bei der Verstärkung der politischen Arbeit der Partei auf dem Lande hatten vor allem Edwin Hoernle, einer der führenden Agrarpolitiker der KPD, Heinrich Rau, Leiter der Landabteilung des ZK, sowie der kommunistische Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Reichsbundes der Kleinbauern Ernst Putz.

An der »Landwoche« der KPD nahm Ernst Thälmann selber nicht mehr teil; er war in die sowjetische Hauptstadt gefahren, wo in der Zeit vom 17. Februar bis 15. März 1926 die VI. Tagung des Erweiterten EKKI stattfand. Das EKKI hatte Vertreter aller kommunistischen Parteien

25 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/37; 1/20/41.

26 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 316–319.

eingeladen, um mit ihnen gemeinsam die internationale politische und wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahr zu beurteilen und die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Weltimperialismus und im Ringen um die weitere ideologische, politische und organisatorische Festigung der kommunistischen Parteien festzulegen.

»Teddy heute in Moskau angekommen, hat seine Arbeit sofort aufgenommen. Deutsche Delegation wohnt einheitlich im Hotel ›Passage‹, Twerskaja.«[27] Mit diesen Zeilen vom 18. Februar bestätigte die KPD-Vertretung beim EKKI dem ZK der KPD, daß auch der Vorsitzende der Partei, der als letzter der deutschen Delegierten Berlin verlassen hatte, am Reiseziel angelangt war. In Moskau erwarteten Ernst Thälmann vier anstrengende Wochen, ausgefüllt mit 20 Plenarsitzungen, mit Beratungen in der Deutschen Kommission und mit zahlreichen Gesprächen mit den leitenden Funktionären der Internationale und der Bruderparteien.

Aufmerksam verfolgte Ernst Thälmann, den die konstituierende Sitzung am 17. Februar in das Präsidium der Tagung gewählt hatte[28], den Bericht der Exekutive. Die darin enthaltene Einschätzung der internationalen Lage, die Verurteilung des ultralinken Sektierertums und die Orientierung, im Kampf gegen den Imperialismus die Einheitsfrontpolitik noch energischer als bisher zu verfolgen, entsprachen vollauf seinen eigenen Erkenntnissen. Nicht minder interessierte ihn, was die Vertreter der anderen Parteien über ihre Erfolge und Schwierigkeiten berichteten.

Seinen Diskussionsbeitrag zum Bericht des EKKI leitete Ernst Thälmann mit dem Grundgedanken ein, daß alle wesentlichen Fragen eines Landes oder einer Partei in die internationalen Probleme eingebettet werden müßten und nur im internationalen Zusammenhang richtig gesehen werden könnten. Er kritisierte, daß sich die Debatte »zu sehr auf die Fragen der einzelnen Sektionen konzentriert und der Zusammenhang dieser Fragen mit den internationalen Problemen zu wenig aufgerollt wird«. Mit diesem Maßstab ging Thälmann auch an die deutschen Probleme heran. Er untersuchte den Entwicklungsstand der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und zeigte, wie das amerikanische Kapital in die deutsche Großindustrie eindrang, wie das deutsche Monopolkapital wirtschaftlich erstarkte und wie, parallel dazu, die Reichsregierung, von den rechten SPD-Führern toleriert, ihren reaktionären Kurs verschärfte.

27 IML, ZPA, I 6/3/157.

28 Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 17. Februar bis 15. März 1926, S. 11.

Er deckte auch die Widersprüchlichkeit der Stabilisierung des Kapitalismus auf. Ernst Thälmann kam zu dem Schluß, daß die Situation, auch wenn sie nicht wie 1923 akut revolutionär sei, es der KPD »ermöglicht, breite Massen zu gewinnen und auf dem Wege der Organisierung der Revolution Stützpunkte zu schaffen«.[29] Besonders notwendig sei es, die gewerkschaftlichen Positionen der Partei zu stärken, damit die KPD in den kommenden Wirtschaftskämpfen die führende Rolle übernehmen könne. Ausführlich informierte er über die Erfahrungen, die die KPD in der Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten bereits gewinnen konnte. Er würdigte zugleich die Erfolge anderer Sektionen und ging dabei besonders auf die tschechoslowakische, polnische, italienische und englische Bruderpartei ein.

Ernst Thälmann forderte, der Weltbourgeoisie die einheitliche revolutionäre Klassenfront des internationalen Proletariats, getragen von einer einheitlichen Weltpolitik aller Kommunisten, entgegenzusetzen. Im Interesse dieses großen Zieles wandte er sich scharf gegen die Versuche Bordigas und anderer Ultralinker, darunter auch einiger Delegierter der KPD, »die Einheit der Komintern, ihre Einheit auf der Grundlage des Leninismus« anzutasten und die KPdSU(B) der Kommunistischen Internationale entgegenzustellen. Thälmann hob hervor, daß sich die Stellung der Partei Lenins in der Komintern daraus ergebe, daß sie die erfahrenste Sektion, »die einzige Partei der Welt ist, die die proletarische Diktatur aufgerichtet hat, sie seit über acht Jahren behauptet und wirklich, wenn auch unter den größten Schwierigkeiten, den Sozialismus aufbaut«.[30]

Als sich die Ultralinken in der Deutschen Kommission und in der Diskussion zum Bericht dieser Kommission zu einem organisierten Angriff auf die Linie der Komintern zusammenschlossen, trat ihnen auch Thälmann entgegen. Er versicherte dem Führungsstab der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, daß die KPD im ideologischen Kampf das Sektierertum in ihren Reihen ausmerzen werde. Die Kräfte um Ruth Fischer, Werner Scholem und Arcady Maslow seien, das habe sich bereits gezeigt, nicht gewillt, konstruktive politische Arbeit zu leisten, und daher für die KPD politisch und moralisch verloren; die Partei müsse sich, forderte er in der Deutschen Kommission, von ihnen trennen. Ruth Fischer und ihre Freunde hatten weiterhin ein gefährliches, manche Mitglieder irreführendes Doppelspiel getrieben, nach außen hin Loyalität

29 Ebenda, S. 193, 196.
30 Ebenda, S. 195.

geheuchelt, insgeheim aber auf den Zusammenschluß der ultralinken Kräfte hingearbeitet, mit dem Ziel, die Parteiführung wieder an sich zu reißen. Aber um jeden von ihnen irregeführten Arbeiter müsse gerungen werden, hob Thälmann mit allem Nachdruck hervor. Es gehe darum, die KPD auf der Grundlage der Beschlüsse des EKKI zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschweißen.[31]

Ernst Thälmann und die Parteiführung der KPD wurden von den Vertretern der anderen Parteien unterstützt. So erklärte Georgi Dimitroff: »Der gegenwärtig leitenden Arbeitergruppe des deutschen ZK muß seitens sämtlicher Sektionen der Komintern die größte Unterstützung zuteil werden.«[32] In der »Resolution zur deutschen Frage« konstatierte das EKKI, daß es der KPD unter Führung Ernst Thälmanns gelungen war, eine richtige und erfolgreiche Politik einzuschlagen, »große Kampagnen durchzuführen, breite Massen der Werktätigen zu mobilisieren und damit die Basis zu schaffen für weitere Massenbewegungen des zur Einheit strebenden Proletariats«. Den kommunistischen Parteien wurde »als bestes Beispiel« für die richtige Anwendung der Einheitsfrontpolitik »die Art des Kampfes für die Enteignung der einstigen Fürstenhäuser in Deutschland« empfohlen. Das EKKI stellte sich voll hinter die »Arbeitergruppe, die an der Spitze der KPD steht« und den »Kern einer wirklich leninistischen Parteiführung« bildet. Es hob hervor, daß die Genossen um Ernst Thälmann frei von fraktioneller Begrenztheit waren und ein richtiges Verhältnis zu den deutschen Arbeitermassen sowie ein Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens zur Kommunistischen Internationale hergestellt hatten.[33]

Das gewachsene internationale Ansehen Ernst Thälmanns und der KPD kam auch bei der Neuwahl des Präsidiums und des Sekretariats des EKKI am 14. März zum Ausdruck. Hermann Remmele, Ernst Thälmann und Clara Zetkin wurden in das Präsidium, Ottomar Geschke in das Sekretariat gewählt. Einstimmig wurde Thälmann die Funktion eines Stellvertreters des Vorsitzenden des EKKI übertragen.[34]

In den Februar- und Märztagen 1926 in Moskau zeigte sich, wie weit

31 Vgl. ebenda, S. 209, 636. – IML, ZPA, I 6/3/89.
32 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 17. Februar bis 15. März 1926, S. 631.
33 Erweiterte Exekutive (Februar/März 1926). Thesen und Resolutionen, (Hamburg 1926), S. 90, 46, 99.
34 Vgl. Die Rote Fahne, 9. April 1926.

Thälmann bereits in die Rolle eines führenden Funktionärs der Komintern hineingewachsen war. Als Internationalist legte er wie die Vorsitzenden der anderen Sektionen vor der Kommunistischen Internationale Rechenschaft über die Tätigkeit der von ihm geleiteten nationalen Sektion ab. Gleichzeitig fühlte er sich für die Entwicklung der Bruderparteien mitverantwortlich. Sein Auftreten auf der VI. EKKI-Tagung wie auf anderen Kongressen und Beratungen der Komintern widerspiegelte, daß er an alle Fragen des Klassenkampfes vom internationalistischen Standpunkt aus heranging. Er lernte aus den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, um seine Aufgaben im eigenen Lande besser erfüllen zu können, und war bestrebt, die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung für die anderen kommunistischen Parteien nutzbar zu machen.[35]

Sofort nach dem Abschluß des Plenums am 15. März kehrte Ernst Thälmann nach Berlin zurück. In Deutschland war inzwischen ein überzeugender Sieg in der Einheitsfrontaktion errungen worden, für die er sich so stark eingesetzt hatte. In die Listen des Volksbegehrens, die vom 4. bis 17. März auslagen, trugen sich 12,5 Millionen Wahlberechtigte ein. Das waren dreimal soviel Unterschriften, wie notwendig gewesen wären, um einen Volksentscheid durchzusetzen.

Ernst Thälmann sah nun seine Aufgabe darin, alle Kräfte der Partei für das nächste Ziel zu mobilisieren: für den Sieg im Volksentscheid. Er ging davon aus, daß im Reichstag die reaktionären Parteien vor den 12,5 Millionen Stimmen des Volksbegehrens nicht zurückweichen und den Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürsten ablehnen würden. Für einen Erfolg im Volksentscheid aber waren rund 20 Millionen Stimmen erforderlich. Das war ein hohes Ziel, mußten doch weitere 7,5 Millionen Wähler, vor allem aus den städtischen Mittelschichten und aus der Landbevölkerung, gewonnen werden, und zwar gegen den stärksten Widerstand der gesamten Reaktion. Die 12,5 Millionen Stimmen für das Volksbegehren hatten die bürgerlichen Parteien und Vereine in Unruhe und Bestürzung versetzt. Sie bildeten am 15. April einen Arbeitsausschuß gegen den Volksentscheid, der mit riesigen Geldmitteln ausgestattet wurde und sich jenes weitaus größten Teils des Apparates zur Bildung der öffentlichen Meinung, der sich in den Händen der Reaktion befand, bedienen konnte. Die katholischen Bischöfe drohten in einem Hirtenbrief

35 Vgl. Walter Wimmer: Ernst Thälmann – proletarischer Internationalist. In: BzG, 1972, H. 2, S. 203.

den Gläubigen, wer zum Volksentscheid gehe, verletze die obersten Gebote Gottes. Der Reichspräsident Hindenburg mißachtete die Zurückhaltung, die die Verfassung seinem Amte auferlegte, und setzte sich in einem Brief, der weit verbreitet wurde, für die einstigen Fürsten ein.

In der Parteiführung, auf Beratungen mit Funktionären, in Artikeln und Aufrufen analysierte Ernst Thälmann die Situation nach dem Volksbegehren und skizzierte die weiteren Aufgaben. So betonte er auf der 3. Reichskonferenz des RFB am 20. und 21. März 1926 in Halle, daß der Erfolg des Volksbegehrens nicht allein in den 12,5 Millionen Unterschriften zu sehen sei. Viel wichtiger sei »die ungeheure Mobilisierung des gesamten Proletariats und der dadurch erzielte fortschreitende Differenzierungsprozeß in den bürgerlichen Parteien«[36]. Hier deutete der Parteivorsitzende bereits an, daß es galt, gründlich zu überlegen, wie die Kraft der Millionen Werktätigen über den Volksentscheid hinaus gegen das Monopolkapital und die reaktionäre Politik der bürgerlichen Parteien eingesetzt werden könne.

Thälmann lenkte die Aufmerksamkeit auf die Differenzen in der Deutschen Demokratischen Partei und in der Zentrumspartei. Deren führende Kreise waren erbitterte Gegner der Fürstenenteignung und gerieten dadurch in Widerspruch zu vielen ihrer Wähler, zu den christlichen Arbeitern, Kleinbürgern, Bauern und Mittelständlern, die mit der Bewegung für die Fürstenenteignung sympathisierten. Besonders sorgfältig beachtete Thälmann die Veränderungen in den Beziehungen zwischen der KPD und der SPD. Er kam zu dem Schluß, daß »die Mauern zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern ... zwar noch nicht völlig niedergerissen werden«[37] konnten, aber eine breite Bresche geschlagen sei.

Anfang April warf eine Grippe Ernst Thälmann aufs Krankenbett. Wie bei ihm üblich kurierte er sie, umsorgt von seiner Frau Rosa, mit Hilfe des Hausarztes Dr. Moltrecht in seiner Hamburger Wohnung. Während seiner Abwesenheit unternahmen jene ultralinken Kräfte, die nicht müde wurden, die große Einheitsfrontaktion der KPD zu verunglimpfen, neue Vorstöße gegen die marxistisch-leninistische Politik der Parteiführung. Mitte April war der Vorsitzende der KPD jedoch wieder auf dem Posten. Auf einer Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure am 16. und

36 Ernst Thälmann: Referat auf der RFB-Reichskonferenz. In: Die Rote Fahne, 24. März 1926.

37 Ebenda.

17. April in Berlin rechnete er scharf mit dem ultralinken Sektierertum ab. Er wies nach, daß eine reale Arbeiterpolitik durchzuführen erfordere, »gegenwärtig das Feuer des innerparteilichen Kampfes gegen ultralinks zu richten«. Die Partei dürfe sich dabei nicht von den Sektierern an der praktischen Arbeit hindern lassen. Sie müsse vielmehr noch besser und konsequenter für die Lebensinteressen der Werktätigen eintreten und an Hand der praktischen Erfolge bei der Arbeit unter den breiten Massen jene Arbeiter von der Richtigkeit der Politik des ZK überzeugen, die aus verzweifelter Stimmung oder revolutionärer Ungeduld hinter den ultralinken Führern herlaufen.[38]

Auf der Konferenz – »seit Jahren die beste ..., die wir gehabt haben«[39], wie Leo Flieg an die KPD-Vertretung beim EKKI berichtete – widerspiegelte sich das starke Vertrauen, das sich die Thälmannsche Parteiführung in der Mitgliedschaft erworben hatte. Auch die Bezirksparteitage in den folgenden Monaten – Ernst Thälmann referierte auf den Bezirksparteitagen von Halle-Merseburg, Wasserkante und Berlin – bestätigten das wachsende Vertrauen zur Parteiführung und die weitgehende Isolierung der ultralinken Wortführer.

Am 6. Mai 1926 lehnte der Reichstag gegen die Stimmen der KPD, der SPD sowie einiger Abgeordneter der DDP den von 12,5 Millionen Wählern unterstützten Gesetzentwurf über die Enteignung der Fürsten ab. Den dadurch unumgänglich gewordenen Volksentscheid setzte die Reichsregierung für den 20. Juni an. Die KPD, der Kuczynski-Ausschuß und auch zahlreiche sozialdemokratische Organisationen erhöhten ihre Anstrengungen, um weitere Wähler zu gewinnen. Ein eindrucksvoller Höhepunkt dabei war das 2. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes am 23. und 24. Mai in Berlin. Es wurde ganz im Geiste des Kampfes gegen die monarchistische Reaktion, für die Enteignung der Fürsten, für ein Bündnis mit den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten vorbereitet. Etwa 50000 Rote Frontkämpfer kamen nach Berlin. Die ganze Nacht vom Sonnabend zum Pfingstsonntag waren Ernst Thälmann und die anderen Mitglieder der Bundesleitung bei den Delegationen aus den Bezirken. Der von Ernst Thälmann angeführte und von 300000 Berlinern begeistert bejubelte Aufmarsch der RFB-Kolonnen am Pfingstsonntag wurde die vom Bundesvorsitzenden erwartete »gewaltige Demonstration für den Kampf gegen die soziale und monarchistische

38 Vgl. ebenda, 23. April 1926.
39 IML, ZPA, 3/19/573.

Reaktion, insbesondere für den siegreichen Volksentscheid gegen die Fürsten und Fürstenknechte«[40]. Es war die größte Demonstration, die Berlin seit der Protestbewegung gegen den Rathenau-Mord 1922 gesehen hatte. Das Pfingsttreffen zeigte eindrucksvoll, daß die KPD und der RFB unter der Leitung Ernst Thälmanns ihren Masseneinfluß ausbauten und immer mehr Arbeiter zu bewußten Klassenkämpfern erzogen.

Das mußte haßerfüllt auch die reaktionäre Presse in ihren Stellungnahmen zum Treffen eingestehen. Die »Berliner Börsen-Zeitung« geriet in Harnisch, weil die Kommunisten als konsequente Internationalisten an geheiligten Traditionen imperialistischer Massenbeeinflussung zu rütteln wagten. Sie schrieb: »Und wer gestern etwas von der Roten Demonstration gesehen hat, muß diese Politik ernst nehmen, denn was sich hier in Berlin zusammengefunden hatte, waren nicht Apachen, sondern unsere deutschen Jungens, wie sie früher im bunten Rock gesteckt haben und die jetzt leider der kommunistischen Irrlehre verfallen sind.« Man müsse mit aller Gewalt gegen die Kommunisten vorgehen und gleichzeitig dem »Kommunismus das Evangelium der Vaterlandsliebe, des Bürgerfriedens, der nationalen Zusammengehörigkeit und Geschlossenheit gegenüber den anderen Völkern« entgegensetzen.[41]

Die Bundesführung des RFB hatte über das Reichstreffen den Film »Rote Pfingsten in Berlin« drehen lassen. Dieser Film erlebte seine Uraufführung am 17. Juni im Berliner Lehrervereinshaus. Ernst Thälmann hielt zum Abschluß der Veranstaltung eine begeistert aufgenommene Ansprache.[42] »Rote Pfingsten in Berlin« ließ die angestrengte Arbeit bei der Vorbereitung des Reichstreffens, die Kampfdemonstration der Roten Frontkämpfer aus dem ganzen Land und die freudige Begrüßung durch die Berliner Arbeiter, schließlich die Platzkonzerte der RFB-Kapellen und die Volksfeste am Pfingstmontag noch einmal lebendig werden. Aufnahmen zeigten Ernst Thälmann bei seiner Gedenkrede an den Gräbern der Gefallenen der Volksmarinedivision, die gewaltige Marschkolonne mit Ernst Thälmann und Willy Loew an der Spitze, den Vorbeimarsch an der Bundesführung auf dem Tempelhofer Feld, die

40 Die Rote Fahne, 26. Mai 1926.
41 Die Roten und der Nationalstaat. In: Berliner Börsen-Zeitung, 25. Mai 1926, Abendausgabe.
42 Vgl. Die Rote Fahne, 17., 19. Juni 1926. – Der Film war von Kameraleuten der um die Jahreswende 1925/1926 von KPD und IAH gegründeten Prometheus Film-Verleih und Vertriebs-GmbH gedreht worden.

Ansprache Ernst Thälmanns auf der Großkundgebung im Volkspark Neukölln und die Verabschiedung der Delegation des Gaues Halle-Merseburg durch Ernst Thälmann.

Vor diesem Dokumentarfilm war der sowjetische Film »Palast und Festung« gezeigt worden[43], einer der bedeutenden sowjetischen Filme, die in jenen Jahren die ideologische Massenarbeit der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland sehr wirksam unterstützten. Die Anklage, die hier gegen den blutbefleckten Zarismus, gegen die menschenverachtende Polizei- und Justizwillkür unter der Zarenherrschaft erhoben wurde, ordnete diesen Filmabend, der drei Tage vor dem Volksentscheid stattfand, in die große Volksbewegung für die Fürstenenteignung ein.

Wenige Tage zuvor, am 13. Juni, hatte Ernst Thälmann an der feierlichen Enthüllung des Ehrenmals der Sozialisten auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde teilgenommen. Er bekundete damit seine tiefe Verehrung für die Begründer der KPD, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, und für die anderen gefallenen Helden der Revolution. Das monumentale und doch schlicht wirkende Denkmal aus dunklen Hartbrandklinkern war nach einem Entwurf des Architekten Mies van der Rohe errichtet worden. Vor etwa 1500 geladenen Teilnehmern hatte Wilhelm Pieck das Ehrenmal enthüllt und in einer Ansprache die in dieser Grabstätte der Sozialisten beigesetzten Toten gewürdigt. Vom Friedhof marschierten die Teilnehmer nach der Weberwiese, wo Ernst Thälmann noch eine kurze Ansprache hielt.[44]

Auf der ZK-Tagung am 4. Juni hatte Ernst Thälmann die Aussichten des Volksentscheides eingeschätzt. Er warnte vor übertriebenen Hoffnungen, aber auch vor einer Unterschätzung der Kraft der Werktätigen. Wenn es auch unwahrscheinlich sei, hob er hervor, daß die erforderliche Stimmenzahl erreicht würde, müßten in dem schweren Kampf, den »die Arbeitermassen mit oppositionellen Kleinbürgern gegen die Industriebarone und Junker und die Regierung«[45] führten, auch weniger als 20 Millionen Stimmen als großer Erfolg gewertet werden. Während der

43 Vgl. Die Rote Fahne, 19. Juni 1926. – Film und revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1932. Dokumente und Materialien zur Entwicklung der Filmpolitik der revolutionären Arbeiterbewegung und zu den Anfängen einer sozialistischen Filmkunst in Deutschland. Zusammengest. und eingel. von Gertraude Kühn, Karl Tümmler, Walter Wimmer, Berlin 1978, Bd. 1, S. 314–316; Bd. 2, S. 38–40.

44 Vgl. Die Rote Fahne, 15. Juni 1926.

45 IML, ZPA, I 2/1/43.

letzten 14 Tage bis zum Volksentscheid nutzte Ernst Thälmann jede Gelegenheit, um vor Funktionären der Partei und auf Massenkundgebungen seine Überzeugungskraft und Autorität für ein einiges und geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft einzusetzen.

14 455 184 Wähler, das heißt 36,4 Prozent aller Wahlberechtigten, stimmten am 20. Juni für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Das waren rund 4 Millionen Stimmen mehr, als die KPD und die SPD zusammen bei den letzten Reichstagswahlen erhalten hatten. Trotz des ungeheuren Drucks der Reaktion auf die Wähler, zum Beispiel der von den Großagrariern angedrohten Repressalien, die in den ostelbischen Agrargebieten viele von der Abstimmung ferngehalten hatten, errang die einig handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit bürgerlich-demokratischen Kräften einen großen politischen Erfolg, wenn auch das unmittelbare Ziel nicht erreicht war. Wie schon 1920 bei der Abwehr des Kapp-Putsches hatte sich die Arbeiterklasse in der Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung, der machtvollsten Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, erneut davon überzeugen können, daß in ihrer Aktionseinheit ihre Stärke liegt und daß sie, wenn sie einheitlich und geschlossen auftritt, große Anziehung auf ihre Verbündeten in Stadt und Land auszuüben vermag. Geführt von Ernst Thälmann, hatte sich die KPD als Initiator und treibende Kraft der Volksbewegung bewährt. Der Partei war es, wie Thälmann einschätzte, »zum ersten Male gelungen, in einer Teilfrage die Einheitsfronttaktik richtig anzuwenden«[46].

Zur gleichen Zeit, als Thälmann in Hamburg seine Stimme gegen die ehemaligen Fürsten abgab, erschien bereits in der »Roten Fahne« sein Artikel »Auftakt zum Kampf!«, der die Partei auf die nächste Etappe orientierte. Die Kommunisten werden, schrieb Thälmann, »auch nach dem 20. Juni den Kampf für die Enteignung der Fürsten als einen Teil des großen Kampfes zur Niederwerfung der Kapitalsherrschaft führen ... Die Losung für den 21. Juni ist: Jedes Einheitskomitee nimmt Stellung zu dem Ergebnis des Volksentscheids ... Alle Losungen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse, des verelendeten Kleinbürgertums und der verarmten Kleinbauern werden zusammengefaßt in dem Kampfruf: Es lebe der Kongreß der Werktätigen Deutschlands!«[47]

46 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 22. November–16. Dezember 1926, Hamburg–Berlin (1927), S. 234.

47 Die Rote Fahne, 20. Juni 1926.

3

»Wieder ein ernster Waffengang zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie«

Am 29. Mai 1926 war Ernst Thälmann nach Moskau geflogen, um das EKKI über die Entwicklung der Volksbewegung für die Enteignung der Fürsten zu informieren. In Moskau wurde er in die Beratung der Vorgänge in Polen einbezogen. Dort hatte Mitte Mai Marschall Josef Piłsudski – ein antikommunistischer, aus der polnischen Sozialdemokratie hervorgegangener Politiker – durch einen reaktionären Militärputsch die Regierung gestürzt, den Staatspräsidenten zum Rücktritt gezwungen und begonnen, das bürgerlich-parlamentarische System zu liquidieren und ein offen diktatorisches Regime zu errichten. Piłsudski hatte es verstanden, Teile der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des Mittelstandes und der unterdrückten nationalen Minderheiten über die wahren Ziele seines Staatsstreiches zu täuschen, indem er diesen als Kampf gegen die Reaktion ausgab. In der äußerst komplizierten Situation der Maitage stand die polnische Bruderpartei vor der Aufgabe, den Massen die Illusionen über das Regime Piłsudskis zu nehmen und ihrem Kampf eine revolutionäre Zielstellung zu geben.

Bereits in Berlin hatte Thälmann aufmerksam die Berichte über die Vorgänge in Polen und über die Taktik der Kommunistischen Partei Polens verfolgt. Vor seiner Abreise nach Moskau informierte er am 26. Mai das Politbüro, daß er seine Auffassung zur polnischen Frage dem EKKI unterbreiten werde.[1]

In Moskau unterstützte er das Bemühen des EKKI, eine reale, klassenmäßige Einschätzung der Ereignisse in Polen zu erarbeiten und der Kommunistischen Partei Polens zu helfen, eine richtige Taktik im Kampf gegen Piłsudski zu entwickeln. Am Tage nach seiner Ankunft in Moskau veröffentlichte die »Prawda«, am 3. Juni auch »Die Rote Fahne«, seinen Artikel »Über die Taktik der Kommunistischen Partei Polens«. Dieser Artikel bildete eine der Grundlagen für die Beratung der polnischen

1 Vgl. IML, ZPA, 3/19/573; 3/1/576.

Ereignisse im EKKI, die der Kommunistischen Partei Polens half, den Kampf gegen das Regime Piłsudskis zu entfalten.[2]

Deutlich kam Ernst Thälmanns internationalistische Haltung auch bei der Organisierung der Solidarität mit den englischen Bergarbeitern zum Ausdruck. Aufgebracht durch Versuche der Grubenbesitzer, die Löhne zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern, waren die englischen Bergarbeiter am 1. Mai 1926 in den Streik getreten. Zu deren Unterstützung begann zwei Tage später in England ein allgemeiner Generalstreik, an dem sich rund vier Millionen Werktätige beteiligten. Er war »die größte und entschlossenste Aktion des europäischen Proletariats in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus«[3]. Jedoch brachen die rechten Führer der Trade Unions am 12. Mai den Generalstreik ab. Gestützt auf die internationale Solidarität, vor allem auf die Hilfe der Arbeiterklasse der Sowjetunion, setzten aber die Bergleute – eine Million Arbeiter – ihren Kampf sieben Monate lang fort. Erst im November gelang es den Grubenbesitzern, mit Hilfe der reformistischen Führer den Streik abzuwürgen.

Schon als sich die englischen Bergarbeiter zum Streik rüsteten, hatte Ernst Thälmann auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure am 16. und 17. April die Partei aufgefordert, die Bewegung zu unterstützen. Unmittelbar nach dem Beginn des Generalstreiks, am 4. Mai, beriet das Politbüro unter seiner Leitung über die Organisierung der Solidarität. An der Beratung nahmen Vertreter der Internationalen Arbeiterhilfe teil. Am folgenden Tag richtete Ernst Thälmann im Auftrag des ZK an den Bundesvorstand des ADGB einen Offenen Brief, den er gemeinsam mit Fritz Heckert im Sitz des Bundesvorstandes des ADGB in der Wallstraße überreichte.[4] Ernst Thälmann verwies darin auf die »außerordentliche Tragweite des englischen Generalstreiks für die gesamte internationale Arbeiterbewegung und insbesondere für die deutschen Arbeiter« und schlug dem Bundesvorstand vor,»unverzüglich das gemeinsame Vorgehen der wichtigsten Verbände auch in Deutschland zu organisieren«, um so dazu beizutragen, die internationale Hilfsaktion in Gang zu bringen. Es würde auch nicht genügen, wenn sich der Bergarbeiterverband und der Deutsche Verkehrsbund, die freigewerkschaft-

2 Vgl. Tätigkeitsbericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale, Februar/November 1926, Hamburg–Berlin (1926), S. 118.
3 Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 289.
4 Vgl. IML, ZPA, 3/1/1212.

liche Organisation der in Handels-, Transport- und Verkehrsbetrieben Beschäftigten, das Ziel stellten, den Export deutscher Kohle nach England zu verhindern; es sei vielmehr notwendig, daß »für die Dauer des englischen Streiks jeglicher Export von Kohle eingestellt« und die deutsche Bourgeoisie daran gehindert wird, für England auf dem Weltmarkt einzuspringen und zum wirksamsten Streikbrecher zu werden. Thälmann empfahl, »zur sofortigen Schaffung eines Unterstützungsfonds für den englischen Kampf einen Extrabeitrag von allen Mitgliedern des ADGB zu erheben«. Es gelte, die durch den Generalstreik in England entstandene günstige Situation zu nutzen, um »endlich auch in Deutschland den Kampf für die Forderungen der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft – Achtstundentag, Siebenstundenschicht im Bergbau, höhere Löhne, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter – zu organisieren«.[5] Er regte an, eine zentrale Kampfleitung aus allen beteiligten Verbänden zu schaffen.

Dieser Offene Brief enthielt ein realistisches und annehmbares Kampfprogramm. Dessen Durchführung hätte die englischen Klassenbrüder wirkungsvoll unterstützt, die Kraft des deutschen Proletariats gestärkt und auch den Einfluß der Gewerkschaften in den Massen gefestigt. Aber der Bundesvorstand des ADGB wies das Angebot der KPD zum gemeinsamen Vorgehen zurück. Er erklärte am 6. Mai, daß allein die Gewerkschaften die Verantwortung vor der deutschen und der internationalen Arbeiterschaft trügen und daher selbständig entscheiden müßten.[6] Gerade an diese Verantwortung für die internationale Solidarität hatte die KPD appelliert. Die rechten Gewerkschaftsführer dachten jedoch nicht daran, Taten folgen zu lassen. Sie vereitelten im Gegenteil viele Solidaritätsmaßnahmen, die auf lokaler Ebene von Bergarbeiterfunktionären beschlossen wurden, vor allem die Aktionen gegen den Kohleexport. Dadurch wurde es ermöglicht, daß von Mai bis September elf Millionen Tonnen Streikbrecherkohle nach England gelangten.[7]

Die KPD, die sich, unbeirrt durch die einheitsfrontfeindliche Haltung der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer, ehrlich und aufrichtig für die Aktionseinheit zur Verteidigung der Interessen des deutschen und des internationalen Proletariats einsetzte, war gezwungen, auf sich allein

5 Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 326, 327.
6 Vgl. Die Rote Fahne, 7. Mai 1926.
7 Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 421.

gestellt und gegen den Widerstand der meisten Gewerkschaftsinstanzen die Solidaritätsbewegung zu entfalten. Es gab kaum eine Politbürositzung oder ZK-Tagung, auf der nicht über die Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks beraten wurde. Von Ernst Thälmann gingen die entscheidenden Initiativen für Solidaritätsaktionen aus. Einen besonderen Schwerpunkt sah er im Kampf gegen den Kohleexport nach England. So sandte er den Leiter der Abteilung Propaganda im ZK, Walter Ulbricht, mit dem Auftrag nach Essen, Wilhelm Florin, den Politischen Sekretär des Bezirks Ruhrgebiet, bei den Bemühungen zu unterstützen, den Transport von Streikbrecherkohle auf den Ruhrwasserstraßen zu unterbinden. Gemeinsam mit Gustav Sobottka, dem Leiter der Industriegruppe Bergbau in der Gewerkschaftsabteilung des ZK, erreichten sie, daß in Beratungen von Bergarbeiterfunktionären wenigstens beschlossen wurde, keine Überstunden zur Kohleverladung zu leisten. In Hamburg, wo Thälmann am 15. und 16. Mai am Bezirksparteitag teilnahm, wurde eine besondere Kommission bei der Bezirksleitung der KPD gebildet. Sie unterstützte unter anderem die Parteizellen im Hafen bei der Bildung von Kontrollausschüssen, die versuchen sollten, den Umschlag von Kohle für England zu verhindern.[8] Der Einfluß der KPD in den Gewerkschaften war jedoch überall zu schwach, um die Berg- und Transportarbeiter in Deutschland gegen den Widerstand der Gewerkschaftsinstanzen zu wirksamen Solidaritätsaktionen, zu Sympathiestreiks und zur Unterbindung der Kohlelieferungen bewegen zu können.

Ernst Thälmann kümmerte sich nicht nur um die tätige Solidarität; er lenkte die Partei gleichzeitig darauf, den gewaltigen Streikkampf der englischen Bergarbeiter und die dabei angewandte gewerkschaftliche Taktik – sowohl die der reformistischen Führer der Trade Unions als auch die der oppositionellen Minderheit in den britischen Gewerkschaften – gründlich für die eigene Arbeit auszuwerten. Ein führender Funktionär der Partei – wahrscheinlich der Sekretär der Reichstagsfraktion, Walter Stoecker – wurde nach England geschickt, um an Ort und Stelle die Erfahrungen der Streikenden zu studieren und den Verlauf des zu dieser Zeit stattfindenden Kongresses der Trade Unions zu verfolgen. Bei seiner Berichterstattung am 16. September vor dem Zentralkomitee verlangte Ernst Thälmann größtmögliche Exaktheit und stellte viele konkrete Fragen. Er hatte sich aus den Presseberichten selbst gründlich informiert.[9]

8 Vgl. IML, ZPA, 3/1/576; 3/9/573; I 2/708/48.
9 Vgl. ebenda, 3/1/576; I 2/1/48.

In dem großen englischen Streik sah Ernst Thälmann eine wichtige Quelle von Lehren für die KPD, speziell für die Gewerkschaftsarbeit und für den ökonomischen Kampf. Das lag ihm besonders am Herzen, weil es erstrangige Bedeutung für die Sammlung der Massen um die revolutionäre Vorhut und für die Verteidigung der unmittelbaren Lebensinteressen der Werktätigen hatte. Und hierum ging es auch in Deutschland.

Bereits während der Vorbereitung des Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten hatte Ernst Thälmann im Politbüro vorgeschlagen, ein Aktionsprogramm für den Kampf um die sozialen Interessen der Werktätigen in der Zeit nach dem 20. Juni 1926 auszuarbeiten.[10] Am 4. Juni wurde erstmals im ZK der KPD über ein solches Programm beraten. In seinem Referat analysierte der Parteivorsitzende die wichtigsten politischen Ereignisse seit der VI. Tagung des EKKI: den Generalstreik in England, den Staatsstreich in Polen und die Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung in Deutschland. Er kam zu dem Schluß, daß sich neue günstige Möglichkeiten für Aktionen gegen die Kapitaloffensive, für den weiteren Vormarsch der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten eröffnet hatten. Thälmann wies den Pessimismus opportunistischer und ultralinker Kräfte zurück, die glaubten, daß die Stabilisierung des Kapitalismus eine revolutionäre Krise für 10 bis 15 Jahre ausschlösse. Gleichzeitig warnte er aber vor der Illusion, daß die nächsten Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse »schon die Vorstufe zum entscheidenden Kampfe«[11] wären. Jetzt komme es vielmehr darauf an, die sich anbahnende proletarische Einheitsfront weiter zu festigen. Die Kleinarbeit, den Kampf um die »Brotfrage«, um die Tagesforderungen der Massen, bezeichnete Thälmann als Hauptaufgabe der Partei. Besonders ging er auf die Arbeit unter den Erwerbslosen ein, weil eine kampffähige proletarische Einheitsfront nur herzustellen war, wenn es gelang, auch das Millionenheer der Arbeitslosen einzubeziehen. Um das Vertrauen der Arbeitslosen zur KPD zu festigen, sei es zunächst notwendig, daß sich die Kommunisten verstärkt gegen Betriebsstillegungen sowie für die Verbindung des Kampfes der Arbeitslosen mit dem der Betriebsarbeiter einsetzten. In den Parlamenten und kommunalen Vertretungen müßten die kommunistischen Abgeordneten neue Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen beantragen. Schließlich schlug Thälmann vor, einen Reichskongreß der Erwerbslosen vorzubereiten, der

10 Vgl. ebenda, 3/1/576.
11 Ebenda, I 2/1/43.

ein Programm für den Kampf um die Lebensinteressen der Arbeitslosen beschließen sollte.

Drei Wochen später, am 22. Juni, begründete Ernst Thälmann im Politbüro den Vorschlag, einen Kongreß von Vertretern aller arbeitenden Schichten, einen Kongreß der Werktätigen, vorzubereiten. Sinn und Zweck dieses Kongresses müsse es sein, die lose Front der 14,5 Millionen Wähler, die für die Enteignung der Fürsten gestimmt hatten, zu festigen und dem Kampf der Werktätigen um ihre Interessen neue Impulse zu verleihen und neue Ziele zu stellen. Auf dem Kongreß sollte daher über die Abwehr der Auswirkungen kapitalistischer Rationalisierungsmaßnahmen auf die Lage der Arbeiter und des Mittelstandes beraten werden. Aufgabe der Delegierten sei es, wirksame Aktionen gegen die Vorstöße des Kapitals einzuleiten und zu helfen, die außerhalb der KPD stehenden Arbeiter sowie Angehörige der Mittelschichten in eine gemeinsame Front mit den Kommunisten zu führen. Thälmann, der bereits bei seinen letzten Aufenthalten im Ruhrgebiet und in Hamburg diese Fragen mit Genossen erörtert hatte, forderte eine ernste, gründliche, mehrmonatige Vorbereitung eines derartigen Kongresses und schlug dazu die Bildung einer Kommission unter der Leitung von Arthur Ewert vor.[12]

Anfang Juli verschlimmerte sich das Halsleiden, unter dem Ernst Thälmann seit langem litt. Auf Vorschlag des Arztes erwog das Sekretariat des ZK der KPD eine sechswöchige Kurbehandlung. Aber der Parteivorsitzende gönnte sich nur ein Minimum an Ruhe. Vor allem die noch immer anhaltende Auseinandersetzung mit den Ultralinken veranlaßte ihn zu bleiben. Politisch längst geschlagen, fuhren diese fort, die Arbeit der Partei zu stören. Sie konnten sich nicht damit abfinden, daß die Partei über ihr Geschrei zur Tagesordnung übergegangen war. Am 19. August 1926 stimmte das Zentralkomitee fast einmütig dem Antrag Ernst Thälmanns zu, Ruth Fischer und Arcady Maslow wegen fortgesetzter fraktioneller Tätigkeit aus der Partei auszuschließen.[13]

Eine Woche später konnte Ernst Thälmann auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure am 25. und 26. August einschätzen, daß der Kurs der KPD auf den entschiedenen Kampf für die Tagesinteressen der Massen besonders von den Arbeitern in den Betrieben begrüßt und unterstützt wurde. Thälmann forderte, die Kraft voll auf den Kampf gegen die Bourgeoisie sowie auf die Auseinandersetzung mit der reformisti-

12 Vgl. ebenda, 3/1/576.
13 Vgl. ebenda, 3/19/573; I 2/1/46.

schen Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu konzentrieren. Mit allem Nachdruck hob er gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, die innerparteiliche Demokratie weiter zu entfalten und die Parteiarbeit zu verbessern. Die Einheit und Geschlossenheit der Parteireihen, Wissen, Einsatzbereitschaft und Mut eines jeden Kommunisten seien, wie Thälmann unterstrich, Grundvoraussetzung dafür, daß die Partei im Kampf gegen den Imperialismus bestehen könne.[14]

Diesem Ziel diente auch das Propaganda- und Schulungssystem, das unter der Führung Ernst Thälmanns entwickelt wurde. Die Verbreitung des Marxismus-Leninismus in der Partei und in der Arbeiterklasse war von den Ultralinken behindert worden. Nun wurden 1926 für die Mitglieder der KPD zwei Elementarkurse zu grundlegenden theoretischen Fragen durchgeführt. Der erste Kurs hatte im Frühjahr stattgefunden. Er befaßte sich insbesondere mit Problemen des Imperialismus und des bürgerlichen Staates sowie mit der Strategie und Taktik der Partei; Fragen der Einheitsfront und der Bündnispolitik standen dabei im Mittelpunkt. Der zweite Elementarkurs war für den Herbst vorgesehen. Er hatte das Thema »Probleme der proletarischen Diktatur – der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion«. In diesem Kurs sollten sich die Mitglieder der KPD ausführlich und gründlich mit der Lehre Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande vertraut machen. Auf der Konferenz der Bezirkssekretäre und Redakteure am 25. und 26. August teilte Ernst Thälmann mit, daß das Zentralkomitee ferner eine Parteischule einrichte, auf der die besten Funktionäre und Mitglieder die Möglichkeit erhalten würden, systematisch die marxistisch-leninistische Wissenschaft zu studieren.[15]

Der leninistische Kurs der KPD, ihr konsequentes Eintreten für die Lebensinteressen der Werktätigen führten dazu, daß das Ansehen und die Autorität der Partei zusehends wuchsen. So gewann die KPD, wie Thälmann am 16. September dem Zentralkomitee berichtete, seit Sommer 1925 etwa 20 000 Mitglieder und 40 000 Abonnenten für die Parteipresse.[16] Ernst Thälmann forderte die Kommunisten auf, in der praktischen Arbeit in den Betrieben und den Gewerkschaften unermüdlich zu beweisen, daß

14 Vgl. ebenda, 1/21/42.

15 Vgl. ebenda. – Walter Wimmer: Das Wissen und die Macht. Zur Geschichte der Schulungsarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung während der Jahre der Weimarer Republik. In: Urania (Leipzig), 1966, H. 2, S. 34–37, 82/83.

16 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/48.

die KPD am besten und entschlossensten die Interessen der Arbeiter vertrat. Er ging den Mitgliedern und Funktionären mit gutem Beispiel voran. So auch in Hamburg, wo sich im September 1926 ein harter Lohnkampf zwischen Hafenarbeitern und Unternehmern anbahnte.

Die Hamburger Hafenarbeiter verlangten 20 Prozent Lohnerhöhung, garantierten Lohn für mindestens fünf Arbeitstage pro Woche und Beseitigung der Überschichten. Das waren Forderungen, wie sie ähnlich auch von den Arbeitern in den anderen Berufen erhoben wurden. Ernst Thälmann schätzte rückblickend ein, daß sich die Arbeiter gegen das deutsche Trustkapital wehrten, das versuchte, »die Schrauben der Ausbeutung immer schärfer anzuziehen, um aus den schlechtbezahlten Arbeitern bei schwerster Leistung immer mehr herauszupressen«[17]. Wie überall, lehnten auch in Hamburg die Unternehmer die Arbeiterforderungen mit der fadenscheinigen Begründung ab, wegen der schlechten Wirtschaftslage seien die deutschen Betriebe ohnehin nicht mehr konkurrenzfähig. Der Hafenbetriebsverein – die Unternehmervereinigung der Umschlag-, Lagerei- und Speditionsfirmen – begnügte sich aber damit nicht, sondern verlangte darüber hinaus einen Lohnabbau.[18]

Gestützt auf bürgerliche Pressestimmen, wies Thälmann nach, daß das Hafenkapital durchaus in der Lage gewesen wäre, dem Verlangen der Arbeiter nachzukommen. Manche Unternehmer waren angesichts der Kampfentschlossenheit der Hafenarbeiter auch zu Zugeständnissen bereit. Am 27. September hatten die Hafenarbeiter in einer Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit einen Schiedsspruch, der am 24. September gefällt worden war und alle Forderungen der Arbeiter zurückwies, abgelehnt und beschlossen, am 1. Oktober in den Streik zu treten. Die Gewerkschaften hatten bereits eine Streikleitung bestimmt. Doch da griff der Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns ein. Er erklärte am 30. September den Schiedsspruch für verbindlich. Wie Ernst Thälmann feststellte, ging der Arbeitsminister von dem Standpunkt aus, daß eine Annahme der Arbeiterforderungen in Hamburg »für die ganze Lohnpolitik der deutschen Wirtschaft weittragende Konsequenzen auslösen müßte«[19] und daß deshalb keinerlei Zugeständnisse gemacht werden dürften.

17 Ernst Thälmann: Ziel und Bedeutung des Hafenarbeiterstreiks. In: HVZ, 2. Oktober 1926.

18 Vgl. ebenda, 14. September 1926. – IML, ZPA, St 12/15.

19 Ernst Thälmann: Ziel und Bedeutung des Hafenarbeiterstreiks. In: HVZ, 2. Oktober 1926.

Die KPD setzte sich im Interesse der Arbeiter dafür ein, gerade jene »weittragenden Konsequenzen« herbeizuführen, die Unternehmer und Regierung so fürchteten. Die Hamburger Gewerkschaftsinstanzen hingegen nahmen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches zum willkommenen Anlaß, den schon proklamierten Streik jetzt als unzulässig, als »wild« abzuqualifizieren und es abzulehnen, Streikende finanziell zu unterstützen. Die Kommunisten, die sich bisher schon für einen entschlossenen Kampf eingesetzt hatten, ließen sich dadurch nicht beirren. Sie erreichten, daß auf der Obleuteversammlung der Hafenarbeiter am 30. September der Streikbeschluß bekräftigt und eine neue Streikleitung aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen gewählt wurde.[20]

Am 1. Oktober traten die Hafenarbeiter geschlossen in den Streik und legten den Hafen still. Als Ernst Thälmann erfuhr, daß der Streik ausgebrochen war, eilte er in seine Heimatstadt, um die Arbeiter in dem ihm vertrauten Hafen, seine Kollegen, mit denen er jahrelang Hand in Hand gearbeitet hatte, in ihrem Kampf zu unterstützen. Am späten Abend des ersten Streiktages traf er in Hamburg ein.

Sein erster Weg führte ihn in die Bezirksleitung der KPD am Valentinskamp. Wie Anna Schultz berichtet, befand sich Thälmann, unangemeldet wie üblich, plötzlich unter den in der Bezirksleitung versammelten Funktionären. Seine ersten Fragen an die Genossen waren: »Was ist mit dem Streik? Was habt ihr für eine Streikleitung?«[21] Thälmann wollte alles wissen, fragte, wie die Stimmung bei den Streikenden war, ob die Solidaritätsbewegung in anderen Industriezweigen und Betrieben, besonders in den Werften, in die Wege geleitet sei, ob nicht nur auf Geldsammlungen, sondern auch auf Sympathiestreiks orientiert wurde. Als er erfuhr, daß die Hafenarbeiter einmütig die kapitulierende reformistische Streikleitung durch eine neue aus Sozialdemokraten und Kommunisten ersetzt hatten, würdigte er diesen Erfolg. Das zeige, daß die Hamburger Kommunisten gelernt hätten, in den Betrieben Massenarbeit zu leisten und die Einheitsfront der Tat zu verwirklichen.

Ernst Thälmann ließ sich die Liste der Mitglieder der Streikleitung geben. Aufmerksam las er die Namen und gab das Papier dem Bezirkssekretär Rudolf Lindau mit der Frage zurück: »Wo sind in dieser

20 Vgl. ebenda, 1. Oktober 1926.

21 Anna Schultz: Thälmann, der Hafenarbeiterstreik und die Frauen. In: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel) (im folgenden: Rundschau), 1934, Nr. 39, S. 1556.

Streikleitung die Hafenarbeiterfrauen? Denkt ihr, den Streik ohne die Frauen der Hafenarbeiter zu gewinnen?« Das Argument, im Hafen seien doch nur Männer beschäftigt, wies er ungehalten zurück: »Denkt ihr, daß wir nur zur Agitation erklären: Die Lohnfrage ist die Brotfrage der Familie!«[22] Thälmann ließ die Frauenleiterin der Bezirksleitung herbeiholen und wollte von ihr wissen, welche Arbeit zur Vorbereitung des Streiks unter den Frauen der Hafenarbeiter durchgeführt worden sei, was getan würde, um die Kaffeeleserinnen im Hafen zu einem Sympathiestreik zu veranlassen. Aufmerksam hörte er sich den Bericht der Genossin an. Als sie davon sprach, daß nicht wenige Hafenarbeiter selbst die Meinung vertraten, ihr Streik sei Männersache, verurteilte er mit allem Nachdruck solche Auffassungen und forderte, nicht länger zuzulassen, daß die Rolle der Arbeiterfrauen im Klassenkampf unterschätzt werde. Thälmann mahnte, sich darauf einzustellen, daß vom Hafenbetriebsverein, vom Senat und von den rechten Gewerkschaftsführern Schritte zur Niederschlagung des Streiks unternommen würden. Auf seine Initiative wurden Funktionäre in alle Stadtbezirke geschickt mit der Order, die Arbeiter für den nächsten Morgen zur Verstärkung der Streikposten zu mobilisieren. In die anderen Hafenstädte wurden Kuriere entsandt, um dort Unterstützungsaktionen zu veranlassen. Dann diktierte Ernst Thälmann für die »Hamburger Volkszeitung« einen Artikel über den Streik.

Nachdem in der Bezirksleitung der Partei die wichtigsten Fragen geklärt waren, ging Thälmann, begleitet von einigen Funktionären, in den Hafen, um sich unmittelbar von der Stimmung der Streikenden zu überzeugen, um zu sehen, wie die Streikposten ihre Aufgaben erfüllten, und um die Streikleitung mit seinen Erfahrungen zu unterstützen.[23]

Als in den Morgenstunden des 2. Oktober die in der Nacht mobilisierten Hafenarbeiter, Arbeiterfrauen und Erwerbslosen vom Baumwall, vom Millerntor, aus dem Gängeviertel und der Altstadt zum Hafen demonstrierten, um die Streikposten zu verstärken, war Ernst Thälmann unter ihnen. Kein Streikbrecher vermochte in den Hafen einzudringen. Bald hielten die Arbeiter die »Hamburger Volkszeitung« in der Hand und lasen, was der Vorsitzende der KPD über »Ziel und Bedeutung des Hafenarbeiterstreiks« zu sagen hatte. Thälmann würdigte in seinem Artikel den Mut der Hafenarbeiter, die »als erste den Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung aufgenommen..., als erste

22 Ebenda.

23 Vgl. ebenda, S. 1556, 1573.

die Linie des Schlichtungsschwindels durchbrochen« haben. Er rief alle Arbeiter auf, die politische und wirtschaftliche Tragweite des Hafenarbeiterstreiks zu begreifen und ihn mit allen Mitteln zu unterstützen. »Der Streik hat weit über die Grenzen des Hamburger Wirtschaftsgebiets hinaus prinzipielle Bedeutung. Die Erkämpfung menschenwürdiger Löhne, die Erzwingung des Achtstundentags, die Beseitigung der Überschichtenschmach, während Millionen erwerbslos sind, die Eroberung sozialpolitischer Rechte im Einstellungswesen und im Arbeitsprozeß – das sind nicht nur Forderungen der Hamburger Hafenarbeiter, sondern des gesamten deutschen Proletariats. Sie stehen auf der Tagesordnung aller bevorstehenden Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse.«[24]

Am nächsten Tag sprach Ernst Thälmann im überfüllten großen Saal von Sagebiel vor 5000 Arbeitern, darunter zahlreichen Sozialdemokraten. Er rief zur Solidarität mit den Streikenden auf. Begeisterung löste seine Mitteilung aus, daß das ZK der KPD 10000 Mark für die Streikkasse gespendet hatte. Scharf verurteilte er das Verhalten der Führer der Hamburger SPD, die sich nicht gescheut hatten, in das »Hamburger Echo« ein Inserat des Hafenbetriebsvereins mit der Aufforderung zum Streikbruch aufzunehmen.[25]

Rastlos war Ernst Thälmann in diesen Tagen in Hamburg tätig. Er gab den Kämpfenden Mut und Zuversicht, warb für das engste Zusammengehen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen, überzeugte die Hafenarbeiter davon, daß ihr Streik nicht nur ökonomische, sondern in noch größerem Maße politische Bedeutung besaß. Die Hamburger Parteiorganisation vermochte in den Streiktagen – wie er wenig später einschätzte – »die politische und geistige Führung des Kampfes ... vollkommen in den Händen«[26] zu halten. Auch die Hamburger Polizei mußte die führende Rolle der KPD im Streik eingestehen.[27]

Die geschlossene Front der Unternehmer, die vom Senat unterstützt wurden, und die streikfeindliche Haltung der rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften, die wirkungsvolle Sympathiestreiks und Solidaritätsaktionen verhinderte, zwangen die Hafenarbeiter, am 5. Oktober ihren Streik abzubrechen. Wenige Tage später zog Ernst Thälmann in einem Artikel die Bilanz des Kampfes. Voran stellte er die Einschätzung Franz

24 HVZ, 2. Oktober 1926.
25 Vgl. ebenda, 4. Oktober 1926.
26 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Streiks. In: Ebenda, 8. Oktober 1926.
27 Vgl. IML, ZPA, St 12/15.

Mehrings zum elfwöchigen Streik der Hamburger Hafenarbeiter von November 1896 bis Februar 1897. Mehring hatte diese bedeutende Aktion der Arbeiterklasse, die dem damals zehnjährigen Ernst Thälmann erstmals die Klassengegensätze zwischen Arbeit und Kapital anschaulich vor Augen geführt hatte, als heldenmütigen Kampf und moralischen Erfolg von höchster Bedeutung gewürdigt. Mit dem Hamburger Streik von 1926, so schätzte Thälmann ein, war seit Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus »zum ersten Mal wieder ein ernster Waffengang zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie ausgefochten worden«. Er würdigte Entschlossenheit, Kampfdisziplin und Klassenbewußtsein der Streikenden. Als einen wichtigen Erfolg wertete er, daß die Kommunisten nicht nur den Streik gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführer tagelang kraftvoll zu führen vermochten, sondern daß sie auch, »als der Streik unter dem Dolchstoß der Reformisten abgebrochen wurde, ... den drohenden Massenaustritt aus den Gewerkschaften« hatten verhindern können.

»Insgesamt lieferte die Haltung der Kommunisten«, hob Ernst Thälmann hervor, »den klaren Beweis, daß sie keinerlei ›parteipolitische‹ Ziele außerhalb des proletarischen Klassenkampfes haben, sondern daß umgekehrt gerade ihre strategischen und taktischen Parteiziele genau und ausschließlich den Interessen des proletarischen Klassenkampfes entsprechen.«[28] Als wichtigste Aufgaben, die sich für die KPD aus dem Streik ergaben, bezeichnete er: 1. das neu eroberte Vertrauen der Massen zu rechtfertigen und durch tägliche harte Arbeit tiefer zu verwurzeln; 2. den Kampf gegen das Schlichtungssystem auf breitester Front aufzunehmen; 3. nicht aus den Gewerkschaften zu fliehen, sondern verstärkt in ihnen zu arbeiten und jetzt erst recht die Unorganisierten zum Eintritt zu bewegen; 4. den Kampf für die Existenzforderungen der Hafenarbeiter überall mit größter Energie fortzusetzen.

Am 14. Oktober wertete Thälmann den Hafenarbeiterstreik im Politbüro für die Parteiführung und den zentralen Parteiapparat aus. Die Gewerkschaftsarbeit der KPD müsse jetzt vor allem auf die Vorbereitung weiterer Kämpfe konzentriert werden, betonte er. Zukünftig seien bei jedem großen wirtschaftlichen Streik die besten Kräfte des Zentralkomitees und der Gewerkschaftsabteilung in die Kampfgebiete zu entsenden, um die streikenden Arbeiter direkt zu unterstützen und den

28 Ernst Thälmann: Die Lehren des Hamburger Streiks. In: HVZ, 8. Oktober 1926.

kommunistischen Kadern bei der Führung des Kampfes an Ort und Stelle mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.[29]

In den Herbstwochen des Jahres 1926 lösten die Mitarbeiter des ZK der KPD noch eine weitere Aufgabe. Das Zentralkomitee zog um. Die wenigen Räume im Hofgebäude der Rosenthaler Straße 38, in denen die Parteiführung seit Februar 1921 untergebracht war, reichten nicht mehr aus. Seit Monaten hatte man ein für die Zwecke der Partei geeignetes Haus gesucht. Es durfte sich nicht innerhalb der Bannmeile befinden – dem Gebiet um den Reichstag und die Ministerien zwischen Friedrichstraße, Spree, Tiergarten und Landwehrkanal, in dem seit 1920 Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten waren –, sollte vielmehr möglichst in einem Arbeiterbezirk liegen. Im August war schließlich ein 1912 erbautes Geschäftshaus am Bülowplatz, dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz, zu günstigen Bedingungen gekauft worden.

Nach einigen Umbauten konnte das neue Haus des ZK in den ersten Novembertagen bezogen werden. Mit seinen vier Etagen, zahlreichen Arbeitszimmern, mehreren Sitzungssälen, guten Keller- und Dachräumen sowie einer eigenen Heizungsanlage entsprach das neue Gebäude allen Anforderungen. Hier fanden später unter anderem auch die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, die Redaktion der »Roten Fahne«, die City-Druckerei und die Vulkan GmbH Platz.[30] Das neue Haus bot dem Mitarbeiterstab des ZK der KPD günstigere Arbeitsbedingungen. Als »Karl-Liebknecht-Haus« wurde es für die Berliner Arbeiter zu einem Symbol der von Ernst Thälmann geführten KPD und ihres Zentralkomitees.

Die ersten Wochen, die Ernst Thälmann hier wirkte, waren ausgefüllt mit der Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen und der VII. Tagung des Erweiterten EKKI. Gleichzeitig mußte sich die Parteiführung mit Werner Scholem, Wilhelm Schwan und Hugo Urbahns auseinandersetzen, die nicht bereit waren, ihr fraktionelles Treiben einzustellen und ihre Verbindung mit Ruth Fischer abzubrechen. Dem ZK blieb schließlich keine andere Wahl; es mußte sie am 5. November aus der Partei ausschließen.[31]

29 Vgl. IML, ZPA, 3/1/577.

30 Vgl. ebenda, 3/19/553; I 2/704/20. – In der City-Druckerei wurde »Die Rote Fahne« gedruckt. Sie gehörte zu den von der Peuvag (Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktiengesellschaft) verwalteten Parteidruckereien. – Die 1920 gegründete Vulkan GmbH verwaltete die Bürogebäude der KPD.

31 Vgl. Die Rote Fahne, 9. November 1926. – IML, ZPA, I 2/1/49.

Der Kampf der deutschen Werktätigen um ihre Lebensinteressen erhielt neue Impulse durch den Reichskongreß der Werktätigen vom 3. bis 5. Dezember in Berlin. Fast 2000 Delegierte, unter ihnen viele parteilose und sozialdemokratische Arbeiter, Vertreter der Bauern und der städtischen Mittelschichten, beschlossen auf diesem Kongreß ein Aktionsprogramm für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und aller Werktätigen gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung und gegen die verschärfte Ausbeutung. Die Vorschläge der KPD zu diesem Programm hatten vor allem Fritz Heckert, Emil Höllein, Wilhelm Koenen und Theodor Neubauer in ihren Referaten begründet. Ernst Thälmann nahm an diesem Kongreß, der mit auf seine Initiative zustande gekommen war, selbst nicht teil. Er weilte zu dieser Zeit in Moskau, wo seit dem 22. November wieder das EKKI tagte.

4

»Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung...«

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wurde immer deutlicher, daß sich das Kräfteverhältnis der Klassen in der Welt veränderte. Auf einem Sechstel der Erde festigte sich die Sowjetordnung; Macht und Autorität des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates nahmen zu. Alle imperialistischen Großmächte mit Ausnahme der USA und zahlreiche kleinere kapitalistische Staaten hatten die UdSSR diplomatisch anerkannt. Die weitere Stärkung der Sowjetunion schwächte den Weltimperialismus und gestaltete den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern günstiger und aussichtsreicher. Auf der anderen Seite vermochte auch die wirtschaftliche Hochkonjunktur die Begrenztheit der kapitalistischen Stabilisierung nicht zu verdecken. Vor allem die große Streikbewegung in England 1926 und der Aufschwung der chinesischen Revolution brachten die tiefen Widersprüche des Imperialismus an den Tag und unterstrichen die Relativität der zeitweiligen Stabilisierung des Kapitalismus.

Diese Entwicklung stellte die kommunistische Bewegung vor neue Aufgaben und rückte die Frage nach der weiteren Perspektive des revolutionären Weltprozesses in den Vordergrund. Für die Sowjetunion stand nunmehr auf der Tagesordnung, ungeachtet der fortdauernden kapitalistischen Umkreisung zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus überzugehen; in den kapitalistischen Ländern galt es nach wie vor, in den Tageskämpfen gegen das Kapital und die bürgerliche Reaktion die Arbeitermassen zu sammeln und einem erneuten Vormarsch der revolutionären Bewegung den Weg zu bahnen.

In der Sowjetunion entbrannte im Zusammenhang mit dem Abschluß der Wiederherstellung der Volkswirtschaft und mit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Perspektive der Diktatur des Proletariats und des sozialistischen Aufbaus. Diese Auseinandersetzung erreichte in den Jahren 1926 und 1927 ihren Höhepunkt. Die Mehrheit des ZK der KPdSU(B) – an ihrer Spitze dessen Generalsekretär, J. W. Stalin – ging von der Leninschen Erkenntnis aus, daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der UdSSR auch unter den Bedingungen einer kapitalistischen Umkreisung möglich sei und zugleich den entscheidenden Hebel der weiteren revolutionären Umwälzung in der Welt bilde. Dem stellte sich eine von L. D. Trotzki und G. J. Sinowjew angeführte opportunistische Fraktion entgegen.[1] Zu den Kräften, die mit den politischen Anforderungen der neuen Periode nicht fertig wurden, gehörten auch einige in der Kommunistischen Internationale bisher sehr angesehene Funktionäre.

Die trotzkistische Opposition verfocht den Standpunkt, es sei unmöglich, im Rahmen eines Landes die sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Dadurch wirkte sie demoralisierend und sabotierte den planmäßigen sozialistischen Aufbau. Mit dieser defätistischen Einstellung zum Aufbau des Sozialismus fanden Trotzki und Sinowjew die Unterstützung aller Gegner des Leninschen Kurses, denen Erfolge des Sowjetlandes und seiner führenden Partei den Boden entzogen. In ihrem Oppositionsblock sammelten sich alle parteifeindlichen Elemente sowohl rechter als auch »linker« Schattierung. Ihre These, daß die UdSSR nicht in der Lage sei, vorerst allein den Sozialismus aufzubauen, verbanden die Trotzkisten mit der Behauptung, die Sowjetordnung sei nur zu erhalten,

1 Zur Auseinandersetzung mit dem trotzkistisch-sinowjewschen Block in der KPdSU(B) vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in sechs Bänden, Bd. IV, Erstes Buch, Moskau 1973, S. 497–522.

wenn es gelänge, in den kapitalistischen Ländern die revolutionäre Bewegung zu forcieren und in absehbarer Zeit zur proletarischen Revolution zu steigern – notfalls auch durch eine militärische Auseinandersetzung mit den imperialistischen Mächten. Ernst Thälmann charakterisierte diese Auffassungen als »Verbindung von linken Verzweiflungsgesten mit einer im Wesen rechten opportunistischen Politik«[2] und erinnerte daran, daß die Wortführer der Opposition schon wiederholt in komplizierten Situationen gegen Lenin aufgetreten und der Partei in den Rücken gefallen waren.

Die Trotzkisten versuchten, ihre antileninistische, abenteuerliche Konzeption der Kommunistischen Internationale aufzuzwingen, wo die Träger linksopportunistischer, pseudorevolutionärer Tendenzen – wie die Ultralinken in der KPD – sich mit ihnen solidarisierten. Wie die Trotzkisten in der KPdSU(B) verstanden auch die »linken« Opportunisten in den anderen kommunistischen Parteien nicht, daß die proletarische Weltrevolution kein rascher Sturmlauf ist, sondern eine ganze historische Epoche zähen Ringens der beiden antagonistischen Gesellschaftssysteme erfüllt und vor allem durch den entstehenden und erstarkenden Sozialismus vorangetrieben wird. Deshalb ignorierten sie, daß die UdSSR auf den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern in erster Linie durch ihre wirtschaftlichen Erfolge und sozialpolitischen Errungenschaften, durch die Kraft ihres Beispiels einwirkt. Deshalb lehnten es auch die einen wie die anderen ab, den Bedingungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus Rechnung zu tragen, und verleumdeten ein realistisches Herangehen als Zurückweichen vor dem Imperialismus. Diese Einstellung offenbarte ihren kleinbürgerlichen Unglauben an die Kraft der siegreichen, machtausübenden Arbeiterklasse wie auch an die revolutionären Potenzen des internationalen Proletariats.

Weil der auf einem Sechstel der Erde errichtete erste Arbeiter-und-Bauern-Staat der entscheidende Rückhalt des Proletariats der kapitalistischen Länder im Klassenkampf war, betrachteten alle kommunistischen Parteien den Kampf gegen die trotzkistische Opposition als ihre eigene Sache. Am 6. August 1926 nahm Ernst Thälmann vor dem ZK der KPD zur Auseinandersetzung mit der trotzkistischen Opposition in der KPdSU(B) Stellung – unmittelbar nachdem ein Vereinigtes Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B)

2 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 736/737.

öffentlich die antileninistische Linie und die parteifeindliche Fraktionstätigkeit der Trotzkisten verurteilt hatte.

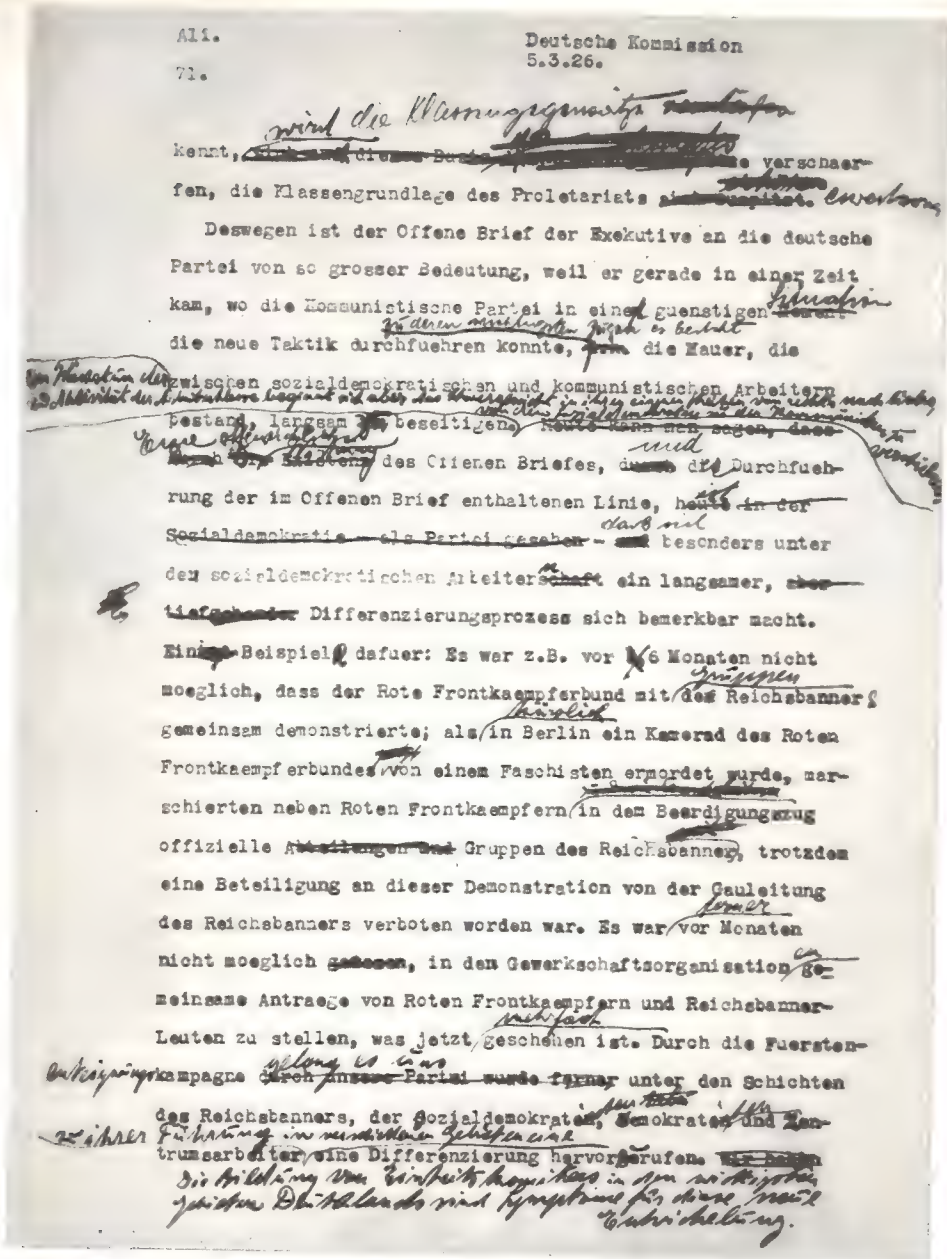
Für Thälmann, der maßgeblich dazu beigetragen hatte, in der KPD die leninistische Auffassung von der proletarischen Partei als dem organisierten und disziplinierten Vortrupp der Arbeiterklasse durchzusetzen, war es selbstverständlich, das Leninsche Prinzip der Einheit und Geschlossenheit der Partei kompromißlos zu verteidigen. Die entgegengesetzte Auffassung von der Partei als einem Konglomerat rechter und linker Flügel, zusammengehalten durch ein versöhnlerisches »Zentrum«, wie sie die Trotzkisten vertraten, hatte sich in der deutschen Arbeiterbewegung schon eindeutig als schädlich, als Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses erwiesen. Ernst Thälmann warnten die Erfahrungen, die er in der Vorkriegssozialdemokratie, in der USPD und mit den hemmenden Auswirkungen der Fraktionskämpfe in der KPD gemacht hatte. Deshalb verurteilte er die trotzkistische »Auffassung von einer Partei als einem Haufen verschiedener Richtungen, die unter allgemeiner Parteidemokratie nebeneinander stehen sollen«[3]. Er wußte, daß dieser zentristische Parteibegriff die Arbeiterbewegung den zersetzenden und lähmenden Einflüssen bürgerlicher Ideologie und Politik preisgibt.

Ernst Thälmann lenkte in seiner Rede vor dem Zentralkomitee das Augenmerk darauf, daß das Auftreten der antileninistischen Kräfte die Diktatur des Proletariats zu schwächen drohte, vor allem, weil die trotzkistische Opposition auf eine Spaltung der Kommunistischen Partei hinarbeitete. Unterstützt von den meisten Mitgliedern des Zentralkomitees – vor allem von Philipp Dengel, Arthur Ewert und Ernst Schneller –, setzte Ernst Thälmann sich daher prinzipiell mit der parteifeindlichen Haltung der Trotzkisten und der ihnen sekundierenden deutschen Ultralinken auseinander. In seiner Polemik gegen die trotzkistischen Parteispalter unterstrich er die besondere Rolle und Verantwortung *der* Kommunistischen Partei, die einen Arbeiter-und-Bauern-Staat führt. Nachdrücklich hielt er den deutschen Parteigängern der trotzkistischen Opposition vor, daß nur unter Führung einer »einigen Partei«, einer Partei mit straffer Disziplin, die Diktatur des Proletariats ausgeübt werden kann.

Vor allem mit der Verantwortung der KPdSU(B) als Führerin des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates, als erfahrenster und gestähltester Sektion

3 Ernst Thälmann: Der Weg der russischen Opposition [Referat auf dem 16. Bezirksparteitag der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz am 26. November 1927]. In: Die Rote Fahne, 4. Dezember 1927.

Albert Schreiner, Ernst Thälmann und Willy Leow (von links nach rechts) während des 3. Reichstreffens des RFB im Schiller-Park in Berlin-Wedding am 5. Juni 1927



All.

71.

Deutsche Kommission
5.3.26.

kennt, [illegible] verschaerfen, die Klassengrundlage des Proletariats [illegible] erweitern.

Deswegen ist der Offene Brief der Exekutive an die deutsche Partei von so grosser Bedeutung, weil er gerade in einer Zeit kam, wo die Kommunistische Partei in einer guenstigen [illegible] die neue Taktik durchfuehren konnte, [illegible] die Mauer, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern bestand, langsam [illegible] beseitigen. [illegible] des Offenen Briefes, [illegible] Durchfuehrung der im Offenen Brief enthaltenen Linie, [illegible] in der Sozialdemokratie – als Partei gesehen – [illegible] besonders unter den sozialdemokratischen Arbeitern ein langsamer, [illegible] Differenzierungsprozess sich bemerkbar macht. Ein Beispiel dafuer: Es war z.B. vor 6 Monaten nicht moeglich, dass der Rote Frontkaempferbund mit des Reichsbanner gemeinsam demonstrierte; als in Berlin ein Kamerad des Roten Frontkaempferbundes von einem Faschisten ermordet wurde, marschierten neben Roten Frontkaempfern in dem Beerdigungszug offizielle [illegible] Gruppen des Reichsbanners, trotzdem eine Beteiligung an dieser Demonstration von der Gauleitung des Reichsbanners verboten worden war. Es war vor Monaten nicht moeglich [illegible], in den Gewerkschaftsorganisationen gemeinsame Antraege von Roten Frontkaempfern und Reichsbanner-Leuten zu stellen, was jetzt geschehen ist. Durch die Fuersten-[illegible]kampagne [illegible] unter den Schichten des Reichsbanners, der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsarbeiter eine Differenzierung hervorrufen. [illegible]

Aus dem Stenogramm der Rede,
die Ernst Thälmann am 5. März 1926 in der Deutschen Kommission
auf der VI. Tagung des Erweiterten EKKI hielt

Ernst Thälmann und Ottomar Geschke
auf der VII. Tagung des Erweiterten EKKI in Moskau
im November/Dezember 1926

11. Parteitag der KPD in Essen, März 1927

Referenten auf dem 11. Parteitag der KPD

Ernst Thälmann

Philipp Dengel

der Kommunistischen Internationale begründete Ernst Thälmann die Notwendigkeit, entschieden und rückhaltlos die leninistische Mehrheit der KPdSU(B) und ihres Zentralkomitees im Kampf gegen die antileninistischen Elemente zu unterstützen.

Die hervorragende Rolle der Partei Lenins in der Kommunistischen Internationale betrachtete Ernst Thälmann als die »wichtigste Frage«[4], als die Garantie dafür, daß die strategischen und taktischen Lehren Lenins, seine ideologischen und organisatorischen Prinzipien den Kurs der Internationale bestimmten. Deren richtige Anwendung, die schöpferische Auswertung des siegreichen revolutionären Kampfes für die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten aber entschied über Sieg oder Niederlage des Proletariats, wie Ernst Thälmann unablässig in Erinnerung rief. In vielen Reden und Artikeln hob er weiter hervor, daß die KPdSU(B), indem sie der Kommunistischen Internationale und deren Sektionen die Erfahrungen des Aufbaus der neuen, sozialistischen Gesellschaft vermittelte, deren theoretisches Denken durch ein reales Bild der sozialistischen Gesellschaft bereicherte und der internationalen Arbeiterklasse die sozialistische Zukunft aller Länder vor Augen führte. Thälmann nutzte die Erfahrungen der KPdSU(B) auch, um den barbarischen, menschenfeindlichen Charakter der kapitalistischen Ordnung, die Gesetzmäßigkeit ihrer Ablösung durch den Sozialismus nachzuweisen und die verfälschte Darstellung des Sozialismus durch die Reformisten zu entlarven.

Die in Rostow am Don erscheinende Zeitung »Molot«, das Organ des Nordkaukasischen Regionskomitees der KPdSU(B), veröffentlichte am neunten Jahrestag der Oktoberrevolution einen Exklusivartikel des Vorsitzenden der KPD, in dem dieser zu den Grundfragen der Auseinandersetzung in der KPdSU(B) Stellung nahm.[5] Thälmann hob die Weltbedeutung des Sowjetstaates hervor, der für die internationale Arbeiterbewegung Leitstern und moralischer Kraftquell sei, und würdigte nachdrücklich die Klassensolidarität der sowjetischen Werktätigen mit dem Weltproletariat, die im Zuge der sozialistischen Entwicklung keineswegs geringer werde – wie die Trotzkisten verleumderisch behaupteten –, sondern immer wirkungsvoller und gewichtiger. Die Frage des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR habe längst den Rahmen theoretischer

4 IML, ZPA, I 2/1/45.

5 Vgl. Ernst Thälmann: Neun Jahre Diktatur des Proletariats. In: BzG, 1976, H. 2, S. 297–299.

Erörterungen gesprengt, und der Sozialismus werde bereits greifbare Wirklichkeit. Die Sowjetunion habe in der Praxis bewiesen, daß der sozialistische Aufbau möglich sei, und führe ihn erfolgreich durch. Die geschichtliche Aufgabe des Sowjetstaates bestehe also darin, auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung und ohne Unterstützung durch sozialistische Industrieländer den Sozialismus konsequent aufzubauen und die UdSSR von den kapitalistischen Ländern unabhängig zu machen. Das war eine prinzipielle Verurteilung der Plattform der trotzkistischen Opposition und zeigte den Lesern, daß die KPD fest an der Seite des ZK der KPdSU(B) stand und dessen Leninschen Kurs rückhaltlos unterstützte.

Zum Höhepunkt der Auseinandersetzung mit den Trotzkisten vor dem Forum der Kommunistischen Internationale wurde das VII. Plenum des Erweiterten EKKI. Es begann am 22. November 1926 um 19 Uhr unter dem Vorsitz von Ernst Thälmann im Andrejew-Saal des Moskauer Kremls. Thälmann wurde in das Präsidium der Tagung, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Kommission, die den Thesenentwurf über die internationale Lage und die nächsten Aufgaben der Komintern zu beraten und zu überarbeiten hatte, und zum Mitglied der Englischen Kommission gewählt.[6] Am 26. November sprach er in der Diskussion zum Bericht des Präsidiums des EKKI über die Weltlage und die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale und berichtete über die Kampferfahrungen der KPD und ihre Entwicklung im zurückliegenden dreiviertel Jahr. Am 11. Dezember griff er in die Diskussion zum Referat J. W. Stalins über die innerparteilichen Fragen der KPdSU(B) ein.

Gemeinsam mit anderen erfahrenen Führern der internationalen Arbeiterklasse – wie Sen Katayama, Vasil Kolarov, Pierre Sémard, Bohumir Šmeral, Palmiro Togliatti und Clara Zetkin – wies Ernst Thälmann die antileninistischen Ansichten der Opposition und ihre Spaltertätigkeit entschieden zurück und verteidigte leidenschaftlich und prinzipiell die leninistische Generallinie der KPdSU(B). Dabei ging er von der Erkenntnis aus, daß die Sowjetunion »der erste revolutionäre Faktor« in der Welt ist, die Basis und Hauptkraft der sozialistischen Weltrevolution, daß ihre Entwicklung über die Perspektive der revolutionären Weltbewegung, über die Zukunft der Menschheit entscheidet. Dieser erste Staat der

6 Vgl. Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 12/13. – Inprekorr, Nr. 148, 3. Dezember 1926, S. 2611. – Die Rote Fahne, 24. November 1926.

siegreichen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten übe »den stärksten Einfluß auf die revolutionäre Bewegung, auf den proletarischen Klassenkampf« in allen Ländern aus. Vor allem an das Erstarken des Sowjetstaates knüpfe sich die Zuversicht der revolutionären Arbeiter in der kapitalistischen Welt, daß sie ungeachtet aller Wechselfälle des Klassenkampfes und aller bitteren Niederlagen den Sieg über die Bourgeoisie davontragen würden. Durch seine kämpferische Solidarität mit dem Sowjetland beschleunige das Proletariat der kapitalistischen Länder seinen eigenen Sieg, denn die Erfolge der sowjetischen Werktätigen veränderten das Kräfteverhältnis der Klassen in der Welt zugunsten der Arbeiterklasse. So schaffe der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion Möglichkeiten, »daß bei der Zuspitzung der Gegensätze des Imperialismus auch in einem anderen kapitalistischen Lande die Revolution siegreich werden wird«.[7]

Thälmann betonte stets diese Einheit der Interessen der Sowjetunion und der internationalen Arbeiterklasse. Er ging davon aus, daß der erste sozialistische Staat der Welt die stärkste Stütze der Werktätigen jedes Landes im Kampf gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie ist, daß deshalb die ureigensten Interessen der Arbeiter ihres Landes einer jeden kommunistischen Partei gebieten, die Sowjetunion gegen den internationalen Imperialismus zu unterstützen und zu helfen, den friedlichen Aufbau in der UdSSR zu sichern. »Unsere ganze Politik muß darauf aufgebaut sein, daß wir alles, auch das letzte[8], für die Sowjetunion einsetzen«[9] – das war Ernst Thälmanns Maxime. Er trat der trotzkistischen Verleumdung entgegen, der konsequente Kurs der KPdSU(B) auf die planmäßige sozialistische Umgestaltung der UdSSR zeuge von »nationaler Beschränktheit«, bedeute einen Verzicht auf die proletarische Weltrevolution zugunsten einer »national-reformistischen« Perspektive.[10] Ernst Thälmann wandte sich entschieden dagegen, den revolutionären Weltprozeß und seinen entscheidenden Faktor einander gegenüberzustellen. Gerade die sozialistische Entwicklung der Sowjetunion erweise

7 Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 37, 50.

8 In der Quelle: alles und das letzte.

9 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 44.

10 Vgl. Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 42/43. – Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 729/730, 685.

sich »als der stärkste Hebel der revolutionären Bewegung in allen Ländern«[11], schrieb er in seinem Artikel »10 Jahre Sowjetmacht und die internationale Arbeiterklasse«.

Die sozialistische Umgestaltung, die schöpferische Aufbauleistung der sowjetischen Werktätigen, die »Erfolge der proletarischen Initiative«[12] sah Ernst Thälmann als einen Hauptfaktor des revolutionären Weltprozesses an. Den wirtschaftlichen Aufstieg der Sowjetunion und die sozialistischen Errungenschaften ihrer Werktätigen wertete er als die stärksten Argumente gegen die kapitalistische Stabilisierung und die reformistische Politik und antisowjetische Propaganda rechter Führer der Sozialdemokratie.[13] Den sozialistischen Aufbau im Sowjetlande und den Klassenkampf an anderen Abschnitten der proletarischen Weltrevolution betrachtete er als »Bestandteile eines einheitlichen revolutionären Prozesses«. Hier, auf dem VII. Erweiterten Plenum des EKKI, charakterisierte Ernst Thälmann die Stellung zur Sowjetunion, wo der Sozialismus erstmals reale Gestalt anzunehmen begann, als ein sicheres Kriterium dafür, wo man in der Klassenauseinandersetzung steht: »Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister, und sie müssen sich scheiden! Die Stellung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution.«

Weil er erkannte, daß es für die internationale Arbeiterbewegung von grundlegender Bedeutung war, wie erfolgreich und wie rasch der Sozialismus in der UdSSR aufgebaut wurde, erfaßte Thälmann auch, daß die Klärung der Perspektiven des sozialistischen Aufbaus eine Lebensfrage der gesamten kommunistischen Weltbewegung darstellte. Er betonte, daß es sich um Grundfragen der sozialistischen Revolution schlechthin, um Kernfragen der marxistisch-leninistischen Theorie handelte. Thälmann unterstrich die geschichtliche Tragweite der Auseinandersetzung, wenn er vor dem Plenum feststellte, es gehe »nicht um einzelne Fragen des Leninismus, sondern um den gesamten Fragenkomplex des Leninismus, um die Grundprobleme der proletarischen Diktatur«.[14]

11 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, S. 91.
12 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 44.
13 Vgl. Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 37, 48/49.
14 Ebenda, S. 42, 54.

Ernst Thälmann unterstützte voll und ganz den Standpunkt des ZK der KPdSU(B), daß der Aufbau des Sozialismus auch im Rahmen eines Landes möglich ist. Ausführlich beschäftigte er sich in seinem Diskussionsbeitrag am 11. Dezember mit dieser von Lenin nachgewiesenen Möglichkeit. Lenin folgend, sah er sie begründet »1. in der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus, die im monopolistischen Stadium entscheidend verstärkt ist; 2. in der Tatsache, daß der Imperialismus historisch ein sterbender Kapitalismus... ist. In dieser Epoche ist es auch einem einzigen Lande (bei ausreichenden materiellen Reserven) möglich, den Sozialismus aufzubauen.« Thälmann berief sich in seinen Ausführungen auf Lenin und auch auf Bemerkungen von Marx und Engels. Als Beweis für die Richtigkeit seines Gedankenganges führte er drei grundlegende Tatsachen der ökonomischen und sozialen Entwicklung in der Sowjetunion an: Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion nahm zu; der sozialistische Wirtschaftssektor wuchs schneller als die nichtsozialistischen Sektoren; das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft festigte sich. Alles das zeuge davon, so führte Thälmann aus, daß die proletarische Diktatur weiter erstarke und der sozialistische Aufbau voranschreite. Er bewies, daß die Trotzkisten diese unumstößlichen Tatsachen ignorierten, daß sie vor allem den entscheidenden Faktor einer sozialistischen Entwicklung negierten: »Sie haben kein Zutrauen zu der Kraft der russischen Arbeiterschaft und der Bauern und der sie führenden KPSU.«[15]

Ernst Thälmann betonte, daß Furcht vor den Schwierigkeiten des Aufbaus, Pessimismus, das Schwanken an Wendepunkten des Klassenkampfes und die Neigung sowohl zur Panik als auch zum Abenteurertum Charaktermerkmale der trotzkistischen Opposition seien. Mit demselben Pessimismus beurteilten die Trotzkisten und ihre Parteigänger in den verschiedenen Sektionen der Kommunistischen Internationale auch die Perspektiven des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern. Demgegenüber hatte Thälmann in seinem ersten großen Diskussionsbeitrag auf dem Plenum am 26. November hervorgehoben, »welche riesengroße Kampfenergie im westeuropäischen Proletariat lebt«[16]. Zum Beweis dessen nannte er unter anderem den englischen Bergarbeiterstreik und die Erfolge der Italienischen Kommunistischen Partei bei der Verbindung von legalen und illegalen Kampfmethoden.

15 Ebenda, S. 47, 52.
16 Ebenda, S. 36.

Thälmann charakterisierte die trotzkistische Opposition später als eine ihrer Natur nach der Arbeiterklasse fremde, kleinbürgerliche Strömung.[17]

Die Rede Ernst Thälmanns demonstrierte, daß die KPD rückhaltlos das Zentralkomitee der KPdSU(B) in seinem Kampf um die Verwirklichung des Leninschen Vermächtnisses unterstützte.

Das Erweiterte Plenum endete am 16. Dezember. Auf der anschließenden Sitzung des EKKI am 18. Dezember wurde Ernst Thälmann erneut zum Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees gewählt, in dem er mit vielen namhaften Repräsentanten der kommunistischen Weltbewegung – mit Victorio Codovilla, Béla Kun, Otto Kuusinen, D. S. Manuilski, O. A. Pjatnizki, Edward Próchniak, Charles Ruthenberg, J. W. Stalin und anderen – zusammenwirkte.[18]

Die Tage des Plenums hatten für Ernst Thälmann noch ein besonderes Erlebnis gebracht. Am 27. November 1926 waren die Verhandlungen gegen Mittag unterbrochen worden. Der Vorsitzende der Tagung, der britische Kommunist William Gallacher, begrüßte drei Vertreter des Lehr- und Versuchsbataillons »Wystrel« der Roten Armee. Der Sprecher der Delegation, ein Zugkommandeur, teilte mit, daß Ernst Thälmann zum Ehrensoldaten des Bataillons ernannt worden sei, und überreichte ihm auf der Tribüne der Tagung eine komplette Kommandeursuniform der Roten Armee. Die Offiziere halfen Ernst Thälmann in den Uniformmantel, unter stürmischem Beifall der Delegierten setzte er den Helm mit dem Roten Stern auf. Dann erklärte der Zugkommandeur: »Genossen, wir bedauern sehr, daß Genosse Thälmann nicht immer bei uns in unserer Sowjetunion sein kann... Genosse Thälmann wird sich... als Ehrensoldat der Roten Armee zweifellos davon überzeugen, daß das Herz der Roten Armee wie immer lebendig ist.«[19]

Ernst Thälmann, der schon längere Zeit mit dem Bataillon in Verbindung stand und bereits 1925 von dessen Angehörigen zum Ehrenmitglied des Moskauer Sowjets gewählt worden war[20], wertete diese

17 Vgl. Ernst Thälmann: [Diskussionsrede zum Bericht über die trotzkistische Opposition auf dem IX. Plenum des EKKI am 10. Februar 1928]. In: Inprekorr, Nr. 18, 23. Februar 1928, S. 375.

18 Vgl. ebenda, Nr. 157, 23. Dezember 1926, S. 2842.

19 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. 22. November–16. Dezember 1926, S. 281. – Inprekorr, Nr. 152, 14. Dezember 1926, S. 2737. – IML, ZPA, EA 0886; EA 1068.

20 Am 23. April 1925 hatte sich Ernst Thälmann in einem Brief »An die Militärschule und das Bataillon ›Wystrel‹« für diese Ehrung bedankt. Am gleichen Tage hatte er auch an die

Ehrung als Beweis dafür, daß das »Band der Solidarität zwischen der Roten Armee und der deutschen Arbeiterschaft... sich stärker denn je gefestigt«[21] hatte. Nach Abschluß der Tagung des EKKI weilte Ernst Thälmann an der Spitze einer Delegation des Plenums bei dem Bataillon zu Gast. Seit dieser Zeit wurde beim Appell regelmäßig auch der Name »Ernst Thälmann« aufgerufen, worauf seine Abteilung antwortete: »Ist abkommandiert!«[22]

Mit einer Abordnung deutscher Kommunisten besuchte Ernst Thälmann anschließend die 2. Kosaken-Kavalleriedivision im ukrainischen Starokonstantinow.[23] Über diese Division, die den Namen »Kommunistische Partei Deutschland« trug, hatte die KPD die Patenschaft übernommen. Thälmann und seine Genossen wohnten einer Parade bei, besichtigten die Kasernen und unterhielten sich mit den Rotarmisten. Auch später suchten Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und andere führende Vertreter der KPD einige Male diese Division auf und bekundeten so ihre enge Verbundenheit mit der Roten Armee.

Zelle der KPR(B) in der 16. Buchdruckerei des Mospoligraf in Moskau geschrieben, die ihn ebenfalls »zum Ehrenvertreter in den Moskauer Sowjet« gewählt hatte. (IML, ZPA, NL 3/5.)

21 Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 40.

22 Vgl. IML, ZPA, EA 0886. – Grigori Selwitscha berichtet, daß er als Diensthabender die Delegation begrüßte und Ernst Thälmann Meldung erstattete. Er teilt kein genaues Datum mit, aus seiner Darstellung geht jedoch hervor, daß der Besuch »einige Zeit« nach dem 27. November erfolgte. – Über die Feier, die nach der Begrüßung stattfand, ist nichts Näheres bekannt. (Vgl. ebenda.)

23 Vgl. Iwan Rudenko: Thälmann bei den Roten Kosaken. In: Neues Deutschland (A), 15. Juli 1969. – Er datiert den Besuch auf Ende 1926. Es ist anzunehmen, daß die Delegation nach dem Plenum vor der Rückreise nach Deutschland die Division aufsuchte.

5

»... vorwärts auf dem Wege des Leninismus!«

Erst in den letzten Dezembertagen 1926 kehrte Ernst Thälmann aus Moskau nach Berlin zurück. Er berichtete dem Sekretariat des ZK am 28. Dezember über das EKKI-Plenum und fuhr dann ein paar Tage nach Hause.[1] Mit Beginn des neuen Jahres mußte er sich auf die Vorbereitung des 11. Parteitages konzentrieren. In einem Artikel für die »Leningradskaja Prawda«, den Ernst Thälmann offenbar noch vor seiner Abreise aus der UdSSR geschrieben hatte und den die Zeitung am 4. Januar 1927 veröffentlichte, umriß er die Fragen, die der bevorstehende Parteitag beantworten mußte. Der KPD erwachse vor allem die Aufgabe, die Führung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Werktätigen zu übernehmen und der imperialistischen Bourgeoisie eine »Einheitsfront der Millionen ausgebeuteten Fabrikarbeiter, der aus der Produktion geworfenen Erwerbslosen sowie der Millionen Bauern, Angehörigen der werktätigen Intelligenz, kleiner Rentiers, Anleihebesitzer usw.«[2] unter Führung der Arbeiterklasse entgegenzustellen. Diese Aufgabe stellte er auch in den Mittelpunkt, als er in den Sitzungen des Politbüros Anfang Januar 1927 ausführlich über die Ergebnisse des VII. Erweiterten EKKI-Plenums berichtete.[3]

Am 10. Januar wollte Ernst Thälmann vor dem Zentralkomitee über das EKKI-Plenum und die Aufgaben der Partei referieren; aber die in Berlin grassierende Grippe warf ihn bis Ende Januar aufs Krankenlager.

Die KPD sah sich Anfang 1927 einer neuen Situation gegenüber: Die Bürgerblockregierung war zurückgetreten, die Bildung eines noch weiter rechts stehenden Kabinetts war zu befürchten. Die Lage wurde als so ernst angesehen und Thälmanns Meinung für so wichtig erachtet, daß das Politbüro an seinem Krankenbett tagte.[4] Thälmann kennzeichnete das

1 Vgl. IML, ZPA, 3/19/573; 3/1/577; 3/19/553.
2 Ernst Thälmann: Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: BzG, 1973, H. 6, S. 959/960.
3 Vgl. IML, ZPA, 3/1/603.
4 Vgl. ebenda, 3/19/599.

Ende Januar 1927 gebildete vierte Kabinett Marx wenig später als »die konterrevolutionärste Regierung seit der Novemberrevolution«[5].

Sobald sich Ernst Thälmann besser fühlte, widmete er sich mit doppelter Energie den Parteitagsvorbereitungen. Obwohl ihn die Arbeit an seinem Referat für den Parteitag und an den Beschlußentwürfen stark in Anspruch nahm, sprach er am 13. Februar auf dem Bezirksparteitag Erzgebirge-Vogtland; auf Ersuchen Wilhelm Piecks, der seit Februar 1926 den Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz leitete, hielt er auch auf dem dortigen Bezirksparteitag das Hauptreferat. Am Bezirksparteitag seines Heimatbezirks Wasserkante, der zur gleichen Zeit stattfand, konnte er deshalb nicht teilnehmen. Dessen Delegierte bekundeten ihre feste Verbundenheit mit dem aus ihrer Mitte hervorgegangenen Führer der Partei, indem sie ihn in Abwesenheit einstimmig zum Mitglied der Bezirksleitung und zum Delegierten des 11. Parteitages wählten.[6]

Der Bezirksparteitag in Berlin wurde am 18. Februar mit einer machtvollen internationalen Massenkundgebung gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges, für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution eröffnet. Eine RFB-Kapelle spielte; Erwin Piscator sprach einen Prolog von Johannes R. Becher. Dann ergriff Ernst Thälmann das Wort. Er warnte vor der sich zuspitzenden Kriegsgefahr und würdigte die chinesische Revolution als »das Signal für das große Ringen der unterdrückten Völker um ihre Freiheit«[7]. Nach ihm sprachen zwei Vertreter der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung zu den Delegierten und den Berliner Arbeitern.

Am 20. Februar 1927 referierte Ernst Thälmann auf dem Bezirksparteitag zum Thema »Imperialismus, Kriegsgefahren und Kapitalsoffensive. Bericht von der VII. Erweiterten Exekutive«. In dem Referat, das vollständig in der »Roten Fahne« veröffentlicht wurde, legte er bereits die Hauptgedanken seines Referates für den 11. Parteitag dar.[8] Auf diese Weise unterbreitete er sie frühzeitig allen Mitgliedern der Partei zur Stellungnahme und regte zur aktiven Vorbereitung auf den Parteitag an.

Der 11. Parteitag der KPD tagte vom 2. bis 7. März 1927 in der Ruhrmetropole Essen, im großen Saal des Nordparks. Es war der erste Parteitag, seit Ernst Thälmann und ihm gleichgesinnte Arbeiterführer den

5 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 55.
6 Vgl. Der Kämpfer (Chemnitz), 14., 17. Februar 1927. – IML, ZPA, 30/587.
7 Die Rote Fahne, 19. Februar 1927.
8 Vgl. ebenda, 22. Februar 1927.

bestimmenden Einfluß auf die Führung der Partei erlangt hatten. In dieser Zeit war die Partei unbestreitbar vorangekommen. Sie hatte sich innerlich gefestigt, neue Erfahrungen im Klassenkampf gewonnen, ihre Kampfkraft in Streiks, Solidaritätskampagnen und der Volksbewegung zur Enteignung der Fürsten erprobt. Die KPD war auch zahlenmäßig seit dem vorhergehenden Parteitag um 10 000 Mitglieder gewachsen; die Parteitagsdelegierten vertraten fast 125 000 von der Parteikassierung erfaßte Mitglieder. Diese waren in knapp 2600 Ortsgruppen und Straßenzellen und bereits in etwas mehr als 2100 Betriebszellen organisiert. Damit begann sich erstmals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eines der wichtigsten Leninschen Organisationsprinzipien durchzusetzen.

In der KPD waren vor allem Industriearbeiter organisiert, und zwar überwiegend gelernte Arbeiter. Besonders zahlreich waren die Metallarbeiter vertreten, nach ihnen die Bauarbeiter. Etwa die Hälfte der in Betrieben tätigen Parteimitglieder arbeitete in kleinen Fabriken und anderen Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten, nur ein Fünftel in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten.[9] Das minderte wesentlich die Möglichkeiten der Partei, ökonomische und andere Klassenauseinandersetzungen an den entscheidenden Abschnitten zu beeinflussen. Ernst Thälmann wies darum immer wieder mit großem Nachdruck darauf hin, daß die Partei ihre Positionen in den Großbetrieben stärken müsse, da diese das wichtigste Arbeitsfeld der Partei seien, auch wenn der Druck des Unternehmertums dort besonders stark und die Bedingungen für die politische Arbeit der Kommunisten deshalb besonders schwer wären.

Auch der Masseneinfluß der KPD hatte seit 1925 zugenommen. Davon zeugten der politische Erfolg der Volksbewegung für die Fürstenenteignung und die günstigen Ergebnisse, die die Partei bei Landtags- und Kommunalwahlen erzielt hatte. Bedeutsamer noch war es, daß ihr Einfluß in den freien Gewerkschaften gestiegen war. In den Ortsausschüssen des ADGB gab es 1925 19 Prozent Kommunisten, nun 24 Prozent.[10]

Viel hatte das von Ernst Thälmann geleitete Führungskollektiv getan, um die ideologische Arbeit in der Partei zu verstärken. In allen Bezirksorganisationen waren Zirkel über die neuen raffinierten Formen und

9 Vgl. Bericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an den 12. Parteitag, Berlin 1929, S. 252/253.

10 Vgl. Bericht des Zentral-Komitees der KPD an den XI. Parteitag. Berlin, den 1. März 1927, S. 148.

Methoden der kapitalistischen Ausbeutung und über die Gewerkschaftspolitik durchgeführt worden. Viele Parteimitglieder hatten sich in den Elementarkursen mit Grundfragen des Leninismus vertraut gemacht. In Berlin-Brandenburg-Lausitz, im Ruhrgebiet und in mehreren anderen Bezirken hatten vier- bis sechstägige Bezirksparteischulkurse stattgefunden.[11] Qualifizierte Propagandisten – wie Eduard Alexander (E. Ludwig), Hermann Duncker, Béla Fogarasi (Adalbert Fried), Werner Hirsch, Edwin Hoernle, Erich Kunik, Josef Winternitz (Lenz) und Christoph Wurm – leisteten in ständiger Zusammenarbeit mit Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Ernst Schneller und anderen Politbüromitgliedern und unter ihrer Anleitung einen unschätzbaren Beitrag zur Hebung des ideologischen Niveaus und der theoretischen Bildung der Partei. Eine wertvolle Unterstützung erhielt die ideologische Arbeit der KPD auch durch in der Komintern tätige deutsche Kommunisten, wie Alfred Kurella, Heinz Neumann, Frida Rubiner, Richard Sorge (R. Sonter) und Clara Zetkin. In weit größerem Umfang als zuvor waren in der von Hermann Duncker betreuten Reihe »Elementarbücher des Kommunismus« und in der von der Komintern im Verlag für Literatur und Politik herausgegebenen »Marxistischen Bibliothek« Schriften W. I. Lenins verbreitet worden. Die Losung an der Stirnseite des Tagungsraumes des 11. Parteitages – »Nur im Geiste Lenins sei euer Wirken!« – kennzeichnete das Wesen der von dem Führungskollektiv um Ernst Thälmann geleisteten Arbeit und zugleich die zentrale Aufgabe, die dieser Parteitag der KPD stellte: in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung systematisch den Leninismus durchzusetzen.

Ernst Thälmann hatte auf dem Parteitag ein umfangreiches Arbeitspensum zu bewältigen. Er wurde zum Vorsitzenden der wichtigsten, der Politischen Kommission gewählt. Außerdem wählten ihn die Delegierten in die Gewerkschaftskommission, in der Fritz Heckert den Vorsitz führte, sowie in die Kommission für Arbeit in den Massenorganisationen, die von Ernst Schneller geleitet wurde.[12] Am Nachmittag des 2. März erteilte ihm der Tagungsleiter, Wilhelm Pieck, das Wort zum Hauptreferat »Die politische Lage und die Aufgaben der Partei«.

Den Ausgangspunkt der Darlegungen Ernst Thälmanns bildete eine Analyse der internationalen Entwicklung, in der er vor allem auf die imperialistischen Vorstöße gegen den Sozialismus, die revolutionäre

11 Vgl. ebenda, S. 136/137.

12 Vgl. Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 69–71.

Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung aufmerksam machte. Er kennzeichnete den Kampf gegen die Kriegsgefahr als eine Hauptaufgabe der Kommunisten, die Verteidigung der Sowjetunion wie auch der chinesischen Revolution als selbstverständliche Pflicht internationaler Klassensolidarität. Diese und andere Fragen, die er hier behandelte, standen auch in den folgenden Monaten immer wieder im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit Thälmanns. Gründlich untersuchte er in seinem Referat die ökonomischen und politischen Merkmale, die Entwicklungstendenzen sowie die internationale Stellung des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus. Er konzentrierte sich dabei auf drei Gesichtspunkte:

Vor allem beleuchtete er die rasche Monopolisierung der deutschen Wirtschaft. »Es ist erstaunlich, mit welcher Energie es die deutsche Bourgeoisie fertigbringt, die Monopolisierung durchzuführen. Das Bestehen des Farbenkonzerns, des Ruhr-Montantrusts, des Kalisyndikats, des Elektrotrusts und auch einer Reihe kleinerer Monopolverbände hat eine große Bedeutung. In letzter Zeit wurden Produktionszweige erfaßt, die vorher niemals vertrustet waren, z. B. die Werften.«

Nicht von ungefähr unterstrich Ernst Thälmann so nachdrücklich dieses grundlegende Kriterium des Imperialismus. Das Monopolkapital prägte die Ausbeuterordnung, die es zu zerschlagen galt, übte den bestimmenden Einfluß auf das wirtschaftliche, politische und geistige Leben in Deutschland aus, war der entscheidende Gegenspieler des Proletariats im Klassenkampf. In den Beurteilungen der deutschen Situation durch den 9. und 10. Parteitag aber hatte diese fundamentale Tatsache keinen genügenden Niederschlag gefunden. Auch die Einschätzung, daß der deutsche Imperialismus wieder erstarkte, wurde lange Zeit mehr mit sekundären Momenten – wie dem Kapitalexport Deutschlands oder seinem Platz in der internationalen Politik – begründet. Alles das verdeutlichte, daß Lenins Lehre über den Imperialismus keineswegs schon Gemeingut der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung war, daß gerade eine der wichtigsten ideologisch-theoretischen Aufgaben der deutschen Kommunisten darin bestand, sich diese Theorie anzueignen und sie zu meistern.

Ernst Thälmanns Referat widerspiegelte, wie die Partei und ihr Vorsitzender darum rangen, diese Aufgabe zu lösen. Dem Beispiel folgend, das W. I. Lenin in seinem klassischen Werk »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« gegeben hatte, ging Thälmann bei

seinen Darlegungen von der Rolle des kapitalistischen Monopols – dem grundlegenden ökonomischen Merkmal des Imperialismus – in der deutschen Wirtschaft aus. Gestützt auf offizielle Dokumente des imperialistischen Staates, wies er nach, daß die Herrschaft der Konzerne das bestimmende Moment der deutschen Wirtschaft war und daß das Finanzkapital die ökonomische Struktur Deutschlands prägte.

Was die Macht der Monopole nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands bedeutete, beleuchtete Ernst Thälmann am Beispiel der monopolistischen Preistreiberei. Er zeigte, wie die Konzerne durch künstlich hochgehaltene Preise die Verbraucher und die kleineren Produzenten auf dem deutschen Markt ausplünderten. Die Löhne wurden durch den Druck der Großunternehmen in Deutschland niedriger gehalten als in vergleichbaren Ländern. Dadurch verschafften sich die Monopole die Mittel, um mit niedrigeren Preisen ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkte zurückzudrängen. Das Monopolkapital bürdete also, so bewies Ernst Thälmann, die Kosten seiner wirtschaftlichen Expansion der Arbeiterklasse, den Mittelschichten und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie auf.

In diesem Zusammenhang wies Thälmann auch darauf hin, daß sich die staatsmonopolistischen Erscheinungen in Deutschland verstärkten. Damals überwog die Auffassung, das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus liege darin, daß sich die privaten Monopole den bürgerlichen Staat unterordneten. Ernst Thälmann hingegen lenkte das Augenmerk, entsprechend den grundsätzlichen Hinweisen Lenins, auf »die zunehmende Beteiligung des Staates an der kapitalistischen Wirtschaft« und »die enge Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft mit dem kapitalistischen Staat«.[13]

Immer häufiger begegneten die Arbeiter in ihren Auseinandersetzungen mit den Unternehmern staatlicher Einmischung. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum mußte sich also mehr und mehr auch direkt gegen den bürgerlichen Staat richten. Zugleich bestritten aber die Sozialreformisten den kapitalistischen Klassencharakter des Weimarer Staates und feierten staatsmonopolistische Maßnahmen als Schritte zum Sozialismus. Daher war es sehr wichtig, daß Ernst Thälmann die staatsmonopolistischen Erscheinungen klar charakterisierte. Er half damit den Arbeitern, in ihren Kämpfen die richtige Orientierung zu finden, trug dazu bei, die Strategie und Taktik der Monopolbourgeoisie genau einzuschät-

13 Ebenda, S. 52.

zen, und lieferte Beweismaterial für die Auseinandersetzung mit einem der wesentlichsten neuen Argumente des sozialdemokratischen Reformismus.

Sodann erläuterte Ernst Thälmann in seinem Referat die historische Stellung des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus. Er betonte, daß sich im Vergleich zur Vorkriegszeit die Entwicklungsbedingungen des deutschen Kapitalismus einschneidend verändert hatten, daß dessen Lage durch tiefe Widersprüche gekennzeichnet war. Dazu verwies er auf das für das deutsche Kapital besonders krasse Mißverhältnis von Produktion und Markt, auf die – von den Monopolen durch Preistreiberei, Lohnsenkung und Sozialabbau verursachte – auf längere Sicht sinkende Konsumtionskraft sowie auf die Reparationen. Er wertete die »riesenhafte Erwerbslosigkeit« selbst in Zeiten der Hochkonjunktur, das heißt die Existenz eines ständigen Arbeitslosenheeres, als »das lebendige Zeichen für die chronische Krise des deutschen Kapitalismus«.[14] Damit rüstete Thälmann die Kommunisten für die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen und reformistischen Apologeten des Kapitalismus, die das Märchen von dessen dauernder Prosperität verbreiteten, um die werktätigen Massen vom Klassenkampf abzuhalten. Seine Argumente widerlegten gleichermaßen die ultralinken Phrasendrescher, die in einigen wenigen örtlichen Organisationen und Unterbezirken noch Einfluß besaßen. Diese machten der Parteiführung einen Vorwurf daraus, daß sie die offenkundige Tatsache der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zur Kenntnis nahm, und beschuldigten sie, damit liquidiere sie die revolutionäre Perspektive und verzichte sie auf die proletarische Revolution. Derartige »linke» Phrasen konnten, wenngleich sie unsinnig waren, nicht minder demoralisierend wirken als die offene reformistische Propaganda. Thälmann, den ein ausgeprägter Sinn für Realitäten auszeichnete, bekämpfte sie darum energisch.

Nachdem Ernst Thälmann die Ökonomik des imperialistischen Deutschlands analysiert hatte, ging er dazu über, das Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik im wiedererstarkenden deutschen Imperialismus zu untersuchen und die in diesen Wechselbeziehungen sichtbar werdenden neuen Momente herauszuarbeiten. Er wies nach, daß die beherrschende Stellung der Monopole in der deutschen Wirtschaft, die wachsende Macht der Monopolbourgeoisie gesetzmäßig eine zunehmende Wendung zur politischen Reaktion nach sich zogen. Eingehend

14 Ebenda, S. 53.

behandelte er die Konsequenzen, die sich aus der wirtschaftspolitischen Orientierung der deutschen Monopolbourgeoisie für deren Innen- und Außenpolitik ergaben. Innenpolitisch wurden die Ausbeutungsmethoden der imperialistischen Bourgeoisie – wie er darlegte – durch einen politischen Angriff gegen die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen ergänzt: »Zugleich mit der allgemeinen Umwandlung des wirtschaftlichen Lebens schafft sich die Bourgeoisie den politischen Überbau, um ihre Pläne ernsthaft durchzuführen.« Als Ergebnis dieser Entwicklung wertete Thälmann die seit Ende Januar 1927 amtierende Reichsregierung Wilhelm Marx, eine Koalition der klerikal-reaktionären Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei mit den beiden offen rechtsgerichteten großbürgerlichen Parteien, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei. Er sprach von einer »Regierung der starken Faust« zur Niederhaltung der Arbeiterklasse.[15]

Ernst Thälmann wies nach, daß diese Vorgänge keineswegs zufällig waren. Er erinnerte die Delegierten an die grundlegende Erkenntnis W.I. Lenins: »Politische Reaktion auf der *ganzen* Linie ist eine Eigenschaft des Imperialismus.«[16] Von dieser These ausgehend, vermochte Thälmann weitsichtig die politischen Konsequenzen des Erstarkens des Trustkapitals zu signalisieren. Im Justizterror, in der Sozial- und Kulturreaktion sah er nicht Einzelerscheinungen reaktionärer Willkür, sondern »Anfänge eines bestimmten politischen Systems, eines überlegten Ansturms gegen die gesamte Arbeiterklasse«[17]. Er erkannte darin den Ansatz zu einem allseitigen Ausbau der Diktatur des Finanzkapitals und einer Einschränkung, einem Abbau der Demokratie. Für die Ausarbeitung der Generallinie und der Taktik des Kampfes gegen den Rechtskurs der Großbourgeoisie und die heranreifende faschistische Gefahr war es äußerst bedeutsam, daß Ernst Thälmann diesen Prozeß schon in seinen Anfängen erfaßte.

Aus der Einschätzung des Hauptfeindes, der imperialistischen Bourgeoisie, zog Ernst Thälmann die Konsequenzen für die Strategie und Taktik des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus. Er orientierte darauf, mit allen Kräften das Monopolkapital und die Bürgerblockregierung zu bekämpfen, den Hauptschlag gegen Trustkapital und Bürgerblock

15 Ebenda, S. 55, 56.

16 W. I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus. In: Werke, Bd. 23, S. 103.

17 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 56.

zu richten. Es ging darum, die Arbeiterklasse zu gemeinsamer Aktion zu vereinen und die anderen vom Monopolkapital ausgeplünderten werktätigen Schichten in Stadt und Land um sie zu scharen. In diesem Sinne formulierte Ernst Thälmann als grundlegende Aufgabe: »Eine wirklich ernste und revolutionäre Einheitsfront; Bündnis der Werktätigen in Stadt und Land und revolutionäre Massenaktionen unter Führung der Kommunistischen Partei.«[18] Die Orientierung auf eine breite antiimperialistische Kampffront war die Grundthese in den Darlegungen Ernst Thälmanns und fand auch in den Beschlüssen des 11. Parteitages ihren Niederschlag.

Diese Aufgabe konnte nur gelöst werden, wenn die Aktionseinheit der kommunistischen und der sozialdemokratischen Arbeiter zustande kam. Ernst Thälmann erklärte daher in seinem Referat die Einheitsfrontpolitik zum Hauptbestandteil der Generallinie der KPD. Als eine Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter den Parteitag begrüßte, antwortete Thälmann ihnen, daß die Kommunisten »die Einheit im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Bourgeoisie, herstellen wollen«[19]. Wie sehr dieser Gedanke den ganzen Parteitag prägte, brachte der Kandidat des Präsidiums des EKKI Viktor Stern – der als Vertreter der tschechoslowakischen Bruderpartei anwesend war – in seinem Bericht für die tschechoslowakische Parteipresse zum Ausdruck: »Der Parteitag konzentrierte die Aufmerksamkeit der Partei auf die Aufgabe, an die sozialdemokratischen Massen heranzukommen.«[20]

Thälmann forderte im Referat, umfassender und intensiver, elastischer und vielfältiger um die Einheitsfront zu ringen. Man müsse jeden konkreten Anlaß benutzen, um an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzutreten. Er orientierte darauf, feste Kontakte zu sozialdemokratischen Kreisen herzustellen und diesen Kontakten organisierte Formen zu verleihen, zum Beispiel durch Bildung von Einheitskomitees. Besondere Aufmerksamkeit sollte denjenigen sozialdemokratischen Arbeitern gewidmet werden, die in einigen Fragen bereits einen klassenmäßigen Standpunkt einnahmen. Eindringlich mahnte Ernst Thälmann die Kommunisten, gegenüber den sozialdemokratischen Kollegen stets den richtigen Ton zu finden, »ihnen [zu] zeigen, daß sie für uns nicht Agitationsobjekte, sondern Klassenbrüder sind«[21], wie er dieses wichtige Anliegen auf dem Berliner Bezirksparteitag formuliert hatte.

18 Ebenda, S. 219.
19 Ebenda, S. 216. – Vgl. auch ebenda, S. 63/64.
20 Viktor Stern: Geeinigt für neue Kämpfe. Der 11. Parteitag der KPD. In: Vorwärts (Reichenberg), 17. März 1927.

Zugleich warnte Ernst Thälmann davor, den Einfluß der sozialdemokratischen Führer auf die Mitglieder und Anhänger der SPD zu unterschätzen, und ließ keinen Zweifel daran, daß das gemeinsame Handeln aller Arbeiter nur in prinzipieller Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Politik der Klassenzusammenarbeit zu verwirklichen war. Das Ringen um Aktionseinheit schlösse die grundsätzliche Kritik am Opportunismus nicht aus, sondern setze sie vielmehr voraus. In diesem Sinne verurteilte er entschieden die von der Haltung der rechten Führer geprägte Position der SPD an der Seite der Bourgeoisie. Immer wieder unterstrich Ernst Thälmann, daß das Wirken der Kommunistischen Partei, »der einzigen Partei Deutschlands, die niemals die Arbeiterklasse verraten hat und niemals verraten wird«[22], die Einheit der Arbeiter *im Kampf gegen die Bourgeoisie* überhaupt erst ermögliche.

Das gesamte Referat war von dem Bemühen durchdrungen, einen realen, den gegebenen Bedingungen entsprechenden Weg zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse zu finden. Daher war Ernst Thälmann bestrebt, das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und imperialistischer Bourgeoisie exakt einzuschätzen, die bestehende Lage sorgfältig zu analysieren und die unmittelbaren Bedürfnisse der Werktätigen genau zu erfassen. Da die antiimperialistischen Kräfte nur in Teilkämpfen zu formieren sind, leitete Ernst Thälmann als Grundorientierung für die Partei ab: »Im Mittelpunkt unserer ganzen Tätigkeit stehen in Zukunft die Tageskämpfe der deutschen Arbeiterbewegung.«[23] Thälmann hielt es für die Pflicht eines proletarischen Revolutionärs, die Verbindung zwischen den Tagesaufgaben und dem grundlegenden politischen Ziel, der Diktatur des Proletariats, dialektisch zu erfassen.

Prinzipieller, konsequenter und umfassender, als es zuvor in der KPD geschehen war, wurde in seinem Referat die Notwendigkeit eines Bündnisses aller antiimperialistischen Kräfte unter der Hegemonie der Arbeiterklasse begründet, wurde der in den »Thesen zur politischen Lage und zu den Aufgaben der KPD«[24] fixierte Gedanke entwickelt, daß die

21 Ernst Thälmann: Imperialismus, Kriegsgefahren und Kapitalsoffensive. Bericht von der VII. Erweiterten Exekutive. In: Die Rote Fahne, 22. Februar 1927.
22 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 219.
23 Ebenda, S. 63.
24 Vgl. Dokumente und Materialien ..., Bd. VIII, S. 466.

Arbeiterklasse nur im Bündnis mit allen Werktätigen gegen das Finanzkapital, nur in einer wirklichen Volksrevolution siegen kann. Ernst Thälmann verdeutlichte die Gegensätze zwischen der Großbourgeoisie und den Mittelschichten und erläuterte die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten. Er lenkte dabei das Augenmerk auf solche Berührungspunkte wie den Steuerdruck, den Mietwucher und die Zollpolitik. Thälmann forderte, »auch die kleinbürgerlichen Schichten, den Mittelstand und die Kleinrentner«[25] gegen die Politik der Großbourgeoisie zu mobilisieren, um diese zu isolieren und so das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern.

Das Referat Ernst Thälmanns wurde von den Parteitagsdelegierten und Gästen mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen. Die Bezirkssekretäre Ernst Grube (Magdeburg-Anhalt), Hans Kollwitz (Ostpreußen) und Johannes Schröter (Halle-Merseburg), Organisationssekretäre von Bezirksleitungen und die meisten anderen Diskussionsredner unterstützten Thälmanns Darlegungen. Auch sein Schlußwort, in dem er sich gründlich mit den Einwänden einiger ultralinker Delegierter auseinandersetzte, fand lebhafte Zustimmung.

Thälmanns Auftreten bestimmte wesentlich die Orientierung des Parteitages. Die anderen Referenten – Philipp Dengel sprach über die Arbeit der Partei seit dem 10. Parteitag, Arthur Ewert über die innerparteilichen Aufgaben, Ernst Schneller über die Arbeit in den Massenorganisationen, Ottomar Geschke über Partei und Jugend, Fritz Heckert über die Gewerkschaftsarbeit – folgten ebenfalls der marxistisch-leninistischen Linie, die Ernst Thälmann dargelegt hatte. Otto Kuusinen gab als Vertreter der Kommunistischen Internationale einen Bericht über die VII. Tagung des Erweiterten EKKI. Der Parteitag zeigte: Es war ein starkes Führungskollektiv mit Ernst Thälmann an der Spitze herangewachsen, die Partei hatte sich gefestigt, sie befand sich in voller Übereinstimmung mit der Linie der Kommunistischen Internationale.

In der Diskussion nahm Ernst Thälmann zum Referat Ottomar Geschkes das Wort. Er äußerte sich grundsätzlich zur Rolle der Jugend im Klassenkampf, zu den Aufgaben der Partei gegenüber der Jugend und zur Arbeit der Kommunisten in ihren Reihen. Dabei ging er von der Tatsache aus, daß »die Mehrheit der Bevölkerung aus den Frauen und der Jugend männlichen und weiblichen Geschlechts besteht«[26]. Das heißt, um die

25 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 57.
26 Ebenda, S. 332.

Massen für den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu gewinnen, muß die werktätige Jugend in die revolutionäre Bewegung einbezogen werden. Ernst Thälmann sah die Bedeutung der Jugend aber nicht allein in ihrer Zahl, sondern gleichermaßen in den Eigenschaften, die sie auszeichnen, in ihrer Aktivität, Begeisterungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft, ihrem Elan und Optimismus, nicht zuletzt auch in der Tatsache, daß die jugendlichen Arbeiter noch »nicht durch die reformistische Schule gegangen«[27] sind. Als großen Vorzug der kommunistischen Bewegung empfand er, daß sie – im Gegensatz zur Sozialdemokratie, zu den klerikalen, bürgerlich-liberalen und bürgerlich-nationalistischen Bewegungen – auf Grund ihres revolutionären Wesens keine Generationskonflikte kennt. Die verschiedenen Generationen – verkörpert durch Partei, Jugendverband und kommunistische Kinderbewegung – bildeten in ihr eine Einheit.[28]

Leidenschaftlich drängte Ernst Thälmann auf eine klassenmäßige Einstellung der Arbeiter zur jungen Generation. Entschieden wandte er sich gegen jede Unterschätzung der Rolle der Jugendlichen im politischen und gewerkschaftlichen Leben. Einem Genossen, der über Diskussionspartner geringschätzig äußerte, das wären ja nur junge, unerfahrene Arbeiter, entgegnete Thälmann: »Sind etwa junge Arbeiter weniger wichtig, Entscheidungen herbeizuführen, als die Alten?«[29] Als er auf dem Parteitag seinen Diskussionsbeitrag vorbereitete, machte ihn Richard Gyptner darauf aufmerksam, daß auf der Bremer Weser-Werft soeben 150 Nieterlehrlinge in den Streik getreten waren, aber durch die anderen Arbeiter nicht unterstützt wurden. »Als ich diese Mitteilung dem Genossen Thälmann gab, schob er alles andere Material beiseite. Diese Mitteilung interessierte ihn vor allem.« Thälmann nahm sie zum Anlaß, gleichgültiges Verhalten zu den Interessen und Forderungen der Jungarbeiter scharf zu kritisieren. Er appellierte an alle klassenbewußten Arbeiter, die Jugendlichen zu unterstützen, sie in die wirtschaftlichen Kämpfe einzubeziehen und ihnen Kampferfahrungen zu vermitteln. Er verlangte, daß die Partei stets und überall, in Schule und Beruf, im po-

27 Die Rote Fahne, 15. März 1927.
28 Wie Erich Wiesner berichtet, äußerte Thälmann diesen Gedanken auf einer Beratung mit Jugendfunktionären und Schulpolitikern Anfang 1927. (Vgl. Erich Wiesner: Für die Einheit der drei Generationen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 204.) – Vgl. auch Die Internationale, 1932, H. 2, S. 88.
29 IML, ZPA, NL 3/64.

litischen und kulturellen Leben, für »die grundlegenden Rechte der Jugend« eintrat.[30]

Ernst Thälmann lenkte die Aufmerksamkeit auf eine entscheidende Schwäche der kommunistischen Jugendarbeit, wenn er die Kommunisten – und besonders die Jugendfunktionäre – drängte, den Blick über den Kommunistischen Jugendverband (KJVD) hinaus auf die Millionenmassen der werktätigen Jugend zu richten und den KJVD in eine wirkliche Massenorganisation umzugestalten, sowohl seiner Mitgliederzahl als auch seiner Arbeitsweise und seinem Wirkungskreis nach. Geduldig bemühte er sich, das Verständnis dafür zu wecken, daß der KJVD, der »doch eine winzige Organisation im Verhältnis zu der großen Anzahl der deutschen Jungarbeiterschaft«[31] sei, seine Arbeit nicht auf den eigenen Verband oder die fortgeschrittensten Jungarbeiter beschränken dürfe. Der Jugendverband müsse – wie er im Schlußwort zu seinem politischen Hauptreferat erklärte – »die großen Aufgaben der kommenden Generation«[32], das heißt der ganzen Jugend, ins Auge fassen. Besonders wichtig sei es, intensiv unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen und der katholischen Jugendorganisationen zu arbeiten, um sie zum gemeinsamen Kampf für die Interessen der werktätigen Jugend zu gewinnen.

Schließlich legte Thälmann allen Kommunisten ans Herz, bei der politischen Arbeit unter der Jugend stets deren Eigenart zu beachten: »Die Jugend hat eine andere Ideologie als die erwachsene Arbeiterschaft. Man muß verstehen, die Jugend zu behandeln.«[33] Auch in Beratungen mit dem ZK des KJVD ging Thälmann immer wieder auf diese Probleme ein, gab dem Jugendverband wertvolle Hinweise vor allem zur Verbesserung der Massenarbeit und machte darauf aufmerksam, daß in der Jugendarbeit besonders sorgfältig jede Veränderung der Lage beachtet werden müsse. Er selber wies in einem Artikel, der wenige Wochen nach dem 11. Parteitag veröffentlicht wurde, auf eine wichtige neue Erscheinung hin. Infolge der kapitalistischen Rationalisierung wurden zunehmend erwachsene männliche Arbeiter durch jugendliche Arbeiter ersetzt, wodurch deren

30 Richard Gyptner: 15. Januar 1924 – Ernst Thälmann spricht trotz Haftbefehls. In: Junge Generation (Berlin), 1964, H. 8, Beilage: Deutschlands unsterblicher Sohn. Zum 20. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns, S. 6. – Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 334.

31 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 333.

32 Ebenda, S. 168.

33 Ebenda, S. 335.

Rolle im Produktionsprozeß und in den Kämpfen der Arbeiterklasse noch ganz erheblich anwuchs.[34]

Der 11. Parteitag widerspiegelte, welch bedeutenden Fortschritt die KPD in den zurückliegenden anderthalb Jahren unter Führung Ernst Thälmanns erzielt hatte. Im Schlußwort zu seinem Referat konnte Ernst Thälmann nicht nur einschätzen, daß die Partei durch die »Wendung zur Politik im Sinne des Offenen Briefes« an politischem Einfluß gewonnen hatte, sondern auch »ein inneres Wachstum der Partei feststellen. Der Ernst, mit dem die Genossen ... an die Probleme herangegangen sind, ist der Ausdruck einer Entwicklung vorwärts auf dem Wege des Leninismus.«[35] Daran hatte Thälmann besonderen Anteil. Es war ihm gelungen, das Führungskollektiv der Partei zu festigen, im ZK und dessen leitenden Organen eine systematische Arbeit durchzusetzen, die auf die Bedürfnisse der Massen und die Organisierung ihrer Kämpfe eingestellt war. Er hatte am meisten dazu beigetragen, ein Vertrauensverhältnis zwischen der Partei, ihrer Leitung und breiten Arbeitermassen wie auch zwischen der KPD und der Komintern zu schaffen. Ernst Thälmann war zum anerkannten Führer der Partei geworden.

Der Parteitag wählte in geschlossener Sitzung mit großer Einmütigkeit 35 Mitglieder und 18 Kandidaten in das Zentralkomitee, das am 7. März 1927 seine konstituierende Tagung durchführte. Ernst Thälmann wurde einstimmig zum Vorsitzenden des Zentralkomitees gewählt. Zu Politischen Sekretären des ZK wurden außer ihm Philipp Dengel und Arthur Ewert gewählt, zu weiteren Mitgliedern des Politbüros Conrad Blenkle, Fritz Heckert, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und Ernst Schneller, zu Kandidaten des Politbüros Hugo Eberlein, Wilhelm Hein und Walter Ulbricht. Paul Dietrich, Hugo Eberlein, Leo Flieg, Ernst Schneller und Walter Ulbricht bildeten das Sekretariat des ZK, das die laufende organisatorische Arbeit erledigte.[36]

Der vorletzte Beratungstag, ein Sonntag, hatte noch einen besonderen Höhepunkt gebracht. Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter aus Essen und vielen anderen Orten des »Ruhrpotts« demonstrierten trotz strömenden Regens und Hagelschauer durch Essen und bekundeten die

34 Vgl. Erich Wiesner: Für die Einheit der drei Generationen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 203. – Ernst Thälmann: Zum Reichsjugendtag des KJVD. In: Neue Zeitung, 11. April 1927; auch veröffentlicht in: Die Rote Fahne, 14. April 1927.

35 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 160/161.

36 Vgl. IML, ZPA, 3/1/603.

Verbundenheit des Ruhrproletariats mit der KPD. »Kurz vor den Ausstellungshallen« – erinnert sich Kurt Herholz – »hatte die Parteiführung, in ihrer Mitte Ernst Thälmann, auf einem Podium Aufstellung genommen. Die vielen Demonstranten marschierten in beispielhafter Disziplin und mit unbeschreiblicher Begeisterung vorbei.«[37] 25 000–30 000 Ruhrarbeiter nahmen mit den Delegierten des Parteitages an der Kundgebung teil, die Wilhelm Florin, der Politische Sekretär des Ruhr-Bezirks, eröffnete. Nach ihm sprachen ein Essener Bergarbeiter, ein ostpreußischer Kleinbauer, ein Sozialdemokrat, der wegen einer Reise in die Sowjetunion aus der SPD ausgeschlossen worden war, und ein junger Sozialdemokrat. Als letzter Redner ergriff Ernst Thälmann das Wort, setzte die richtungweisenden Beschlüsse des 11. Parteitages in Kampfparolen um, die in die Herzen und Hirne der Versammelten drangen und mit stürmischer Zustimmung aufgenommen wurden: »Es gilt, die einige, starke rote Front zu schmieden unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Es darf kein Zurück mehr geben vor den Unternehmern. Aus allen Positionen, die die Arbeiterschaft innehat, gilt es, mit neuer Kraft, mit größerem Zielbewußtsein vorwärtszustoßen. Der kommunistische Parteitag zeigt euch den Weg.«[38]

6

Mit aller Kraft und Leidenschaft den Kriegstreibern das Handwerk legen!

Nach Abschluß des Essener Parteitages begab sich Ernst Thälmann nach Düsseldorf, wo vom 11. bis 13. März 1927 die 4. Reichskonferenz des RFB tagte. Am 11. März begrüßte er auf dem Bahnhof die Delegierten und die zu deren Empfang versammelten Arbeiterinnen und Arbeiter der Rheinmetropole. Am Nachmittag des 12. März hielt er auf der Konferenz das Hauptreferat über die politische Lage und die nächsten Aufgaben des

37 Kurt Herholz: Er überredete nicht, er überzeugte. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 149.

38 Die Rote Fahne, 8. März 1927.

RFB. Darin wies er nach, daß der Frieden ernstlich gefährdet war.[1] Die imperialistischen Mächte bedrohten die Sowjetunion; vor allem der britische Imperialismus war bemüht, die UdSSR durch politische und militärische Provokationen unter Druck zu setzen. Großbritannien brach Ende Mai die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab. Das war ein Signal zu neuen antisowjetischen Abenteuern. Wenig später wurde der sowjetische Botschafter in Polen, P. L. Woikow, ermordet. Immer drohender zogen sich die Wolken des Krieges über dem Sowjetland, ja über ganz Europa und Asien zusammen. Am 1. Juni 1927 warnte das ZK der KPdSU(B) in einem Aufruf die Werktätigen der UdSSR vor einem möglichen imperialistischen Überfall.[2]

In seinem Referat auf der RFB-Konferenz zeigte Ernst Thälmann, daß auch der deutsche Imperialismus immer aggressiver wurde und daß im Zusammenhang mit der Wiederaufrüstung des imperialistischen Deutschlands sich die politische Reaktion im Lande ebenfalls verschärfte. Die Aktivität militaristischer und faschistischer Kräfte stieg sprunghaft. Die Bürgerblockregierung verstärkte den Justiz- und Polizeiterror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, peitschte im Reichstag Gesetze durch, die die demokratischen Rechte und Freiheiten einschränkten, löste eine klerikal-nationalistische Welle auf kultur- und schulpolitischem Gebiet aus und bereitete den höchsten Militäretat der Weimarer Republik vor. Die offen faschistischen Organisationen spielten zu dieser Zeit in der Politik des deutschen Imperialismus zwar noch eine untergeordnete, aber keineswegs eine unwichtige Rolle. Ihr verhältnismäßig geringer Masseneinfluß, ihre unbedeutenden parlamentarischen Positionen und ihre starke Zersplitterung in kleine Parteien und ebenso kleine extrem rechtsgerichtete Wehrverbände durften nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ein Lager von Todfeinden für die gesamte Arbeiterbewegung und auch für die bürgerliche Demokratie darstellten. Dieses Sammelbecken der äußersten Reaktion wurde von Kreisen des Finanzkapitals zielbewußt erhalten. Die Faschisten hatten vielfältige Verbindungen zu rechtsgerichteten großbürgerlichen Parteien, wie der Deutschnationalen Volkspartei, aber auch zur klerikalen Zentrumspartei. Sie unterhielten Beziehungen zur Militärclique und bestimmten hinter den Kulissen den Kurs

1 Vgl. Die Rote Front (Berlin), 1927, Nr. 7. – Ernst Thälmann: Die politische Lage und die nächsten Aufgaben des RFB. In: Die Rote Fahne, 15. März 1927. – IML, ZPA, 3/1/603.

2 An alle Parteiorganisationen! An alle Arbeiter und Bauern! Aufruf des ZK der KPdSU. In: Inprekorr, Nr. 57, 3. Juni 1927, S. 1221–1223.

des bedeutendsten reaktionären Wehrverbandes, des Stahlhelms, mit seinen damals etwa 200 000 Mitgliedern. Bei jeder Rechtsschwenkung der Monopolbourgeoisie und in jeder Krisensituation konnten diese faschistischen Kräfte zu einer drohenden Gefahr werden.

Demonstrativ versuchten der Stahlhelm und andere nationalistisch-militaristische und faschistische Organisationen, durch Massenaufmärsche in den Großstädten ihren Anhang im Kleinbürgertum zu vergrößern und das Proletariat einzuschüchtern. Ihr Bemühen, in der Arbeiterklasse selbst Fuß zu fassen, zeitigte bei rückständigen Arbeiterschichten, vornehmlich in ländlichen Gebieten, gewisse Erfolge. Unter dem eigentlichen Industrieproletariat stießen sie allerdings auf entschiedene Ablehnung. Ernst Thälmann lenkte die Aufmerksamkeit der Konferenz auf eine neue Erscheinung: auf die Versuche der Unternehmer, namentlich der Konzernherren, eine sogenannte Werksgemeinschaftsbewegung ins Leben zu rufen. Neben Stahlhelmbetriebsgruppen entstand eine Vielzahl unternehmerhöriger »Werkvereine«. Sie suchten die Arbeiter im Sinne der nationalistischen Ideologie der »Volksgemeinschaft« – einer angeblichen Schicksals- und Interessengemeinschaft von Unternehmern und Arbeitern – zu beeinflussen. Die Werkvereine traten gewerkschaftsfeindlich und militant antikommunistisch auf und wurden deshalb als »Betriebsfaschismus« charakterisiert.

Nachdrücklich erläuterte Ernst Thälmann, daß die faschistische Reaktion nur durch den Kampf breiter Massen geschlagen werden könne. Dabei müsse das Schwergewicht auf die politisch-ideologische Auseinandersetzung gelegt werden. Auch dem RFB seien deshalb vor allem politische und ideologische Aufgaben gestellt. Das war ein bei Thälmann stets wiederkehrender Gedanke. Als in einer Sitzung des Politbüros die Tätigkeit des RFB erörtert wurde, wandte er sich entschieden dagegen, ihn als »eine militärische Organisation« zu betrachten: »Wenn er das ist, so hat er seine Aufgaben für die Revolution und für den Klassenkampf verfehlt.«[3] Ernst Thälmann stellte dem RFB die Aufgabe, die Arbeiter, die den faschistischen und militaristischen Organisationen folgten, von deren bürgerlich-junkerlichen Führungskreisen zu lösen. Vor allem hob er die Notwendigkeit hervor, im Kampf gegen die faschistischen Elemente die Einheitsfront mit den Mitgliedern und Funktionären des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung überhaupt herzustellen. Thälmann betonte dies um so mehr,

3 IML, ZPA, 3/1/577.

als die Führer der SPD und des Reichsbanners jede Zusammenarbeit mit RFB und KPD gegen die Rechtsgefahr ablehnten. Er war unentwegt bemüht, pessimistische und sektiererische Stimmungen, die durch diese antikommunistische Haltung erzeugt und genährt wurden, zu überwinden.

Der RFB war im Frühjahr 1927 bereits eine beachtliche politische Kraft. Im zurückliegenden Jahr hatte seine Mitgliederzahl um die Hälfte zugenommen. In seinen 26 Gauen und 177 Untergauen mit zusammen schon über 1600 Ortsgruppen waren mehr als 107 000 Rote Frontkämpfer organisiert.[4] Ernst Thälmann schlug vor, um die antifaschistische und antimilitaristische Massenarbeit des RFB zu verbessern, Betriebsgruppen des Bundes aufzubauen, besonders in den Rüstungsbetrieben und in der chemischen Industrie. Das würde es ermöglichen, den »Betriebsfaschismus« nachhaltiger zu bekämpfen und Voraussetzungen für einen wirkungsvollen Antikriegskampf im Falle eines imperialistischen Krieges zu schaffen.

Thälmann rief die kommunistischen Betriebszellen, die Mitglieder des RFB und die revolutionären Gewerkschafter auf, in diesen Industriezweigen konkrete Aktionen gegen die imperialistische Kriegspolitik zu unternehmen. Ausführlich ging er auf die rasche Entwicklung der Kriegstechnik ein. Damit gewinne die Industrie für die systematische Vorbereitung eines Aggressionskrieges immer entscheidendere Bedeutung. Es sei darum wichtig, die Aufrüstungsmaßnahmen des deutschen Imperialismus rechtzeitig und wirkungsvoll aufzudecken. Das wurde von den revolutionären Arbeitern gut verstanden. So war Ernst Thälmann beispielsweise in der Lage, am 20. Januar 1928 im Reichstag zur Frage der illegalen Aufrüstung mitzuteilen, daß – entgegen den verlogenen Dementis und den pazifistischen Phrasen der Regierung – auf der Schichau-Werft in Elbing Geschütze und Granaten produziert und bis Oktober 1927 bereits 60 Geschütze fertiggestellt worden waren.[5]

Zum Abschluß der 4. Reichskonferenz des RFB wurde einstimmig die Bundesführung gewählt. Ernst Thälmann blieb 1. Bundesführer, Willy Leow wurde in der Funktion des 2. Bundesführers bestätigt. Am letzten Konferenztag rief Thälmann bei einer Großkundgebung im Düsseldorfer

4 Vgl. Bericht des Zentralkomitees der KPD an den 12. Parteitag, S. 381. – IML, ZPA, 81/1924.

5 Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 394. Stenographische Berichte (von der 339. Sitzung am 18. Oktober 1927 bis zur 378. Sitzung am 10. Februar 1928), Berlin 1928, S. 12 268.

Apollosaal zur »Bildung der einheitlichen roten Abwehrfront gegen imperialistische Kriegsgefahr und Faschismus« auf.[6]

Eine Woche danach weilte Thälmann bei den mitteldeutschen Arbeitern, bei den Veteranen der Märzkämpfe von 1921. Hier in Leuna leitete die KPD am 20. März 1927 eine Folge von Kundgebungen gegen das rüstungs- und revanchebesessene Trustkapital und seine militaristischen Stoßtrupps, für den Frieden und die Verteidigung der Sowjetunion ein. In Rössen formierte sich der Demonstrationszug mit Ernst Thälmann an der Spitze. Der Weg führte am Leunawerk entlang, durch die Werkssiedlungen. Von den Mauern grüßten Transparente: »Es lebe die Einheitsfront der Arbeiterklasse!« »Unserm Ernst Thälmann zum Gruß!« Unter den Klängen des Trauermarsches »Unsterbliche Opfer...« marschierten 20 000 Demonstranten am Gänseanger in dem Chemiearbeiterdorf Cröllwitz auf. Bevor Ernst Thälmann den Gedenkstein enthüllte, mit dem das mitteldeutsche Proletariat seine 1921 von den Söldnern der Konzerne ermordeten Klassengenossen ehrte, richtete er das Wort an die Versammelten. Er prangerte die Urheber vergangenen und künftigen Arbeitermordes an: »Ihr steht einem äußerst brutalen und gefährlichen Feind gegenüber, den Konzernherren der IG Farben, die im Krieg und Frieden über Leichen gehen, die in ihrem Denken und Handeln nur von einem getrieben werden: von ihrer unersättlichen Profitgier.«[7] Am Nachmittag demonstrierten Tausende nach Merseburg, wo Ernst Thälmann stürmisch begrüßt wurde. Auf dem Marktplatz und in den zu ihm führenden Straßen standen dicht gedrängt etwa 10 000 Werktätige. Der Organisationssekretär der Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD, Max Lademann, eröffnete die Kundgebung. Dann sprach Ernst Thälmann über die Lehren der Märzkämpfe von 1921. Er hob besonders die Rolle der Kommunistischen Partei hervor und betonte, wie notwendig es sei, dem Imperialismus auch international eine Einheitsfront aller revolutionären Kräfte entgegenzustellen. Dann überreichte er der KPD-Betriebszelle des Leunawerks und den Kommunisten der Stadt Halle feierlich zwei von sowjetischen Arbeitern ihren deutschen Klassenbrüdern gestiftete Kampffahnen.

Wie aktuell Thälmanns Warnung vor der imperialistischen Reaktion und sein Appell zur Einheitsfront gegen Faschisten und Militaristen

6 Die Rote Front, 1927, Nr. 7.

7 Kämpfendes Leuna (1916–1945). Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Teil I, 1. Halbbd. (Geschichte der Fabriken und Werke, Bd. VIII), Berlin 1961, S. 418. – Vgl. auch ebenda, S. 415–419. – Klassenkampf, 19., 21. März 1927.

waren, bestätigte eine zur gleichen Zeit in Berlin verübte blutige faschistische Provokation. Auf dem Bahnhof Lichterfelde-Ost fielen 600 Hitlerfaschisten mit Revolvern, Steinen und Hiebwaffen über die 23 Kameraden der Kapelle des RFB von Berlin-Charlottenburg her und verletzten mehrere von ihnen schwer, ohne daß die Polizei eingriff. Daraufhin führten RFB und KPD am 22. März 1927 in Berlin-Charlottenburg eine Protestdemonstration unter der Losung »Nieder mit dem Faschismus!« durch, an der Ernst Thälmann teilnahm. In der Bismarckstraße versuchte berittene Schutzpolizei, den Demonstrationszug auseinanderzutreiben, und schlug mit dem blanken Säbel auf die Demonstranten ein. Als Ernst Thälmann einen verletzten Genossen auffing und ihn gegen den wieder zum Schlag ausholenden Polizisten schützte, streifte ihn ein Säbelhieb rechts über dem Auge. Das steigerte die Empörung der Demonstranten zur Siedehitze; aber Thälmann zog seine Mütze tief ins Gesicht, verbarg die Wunde und sorgte dafür, daß die Provokation der Polizei mißlang. Bei der abschließenden Kundgebung auf dem Luisenplatz am Charlottenburger Schloß bekam Ernst Thälmann, dem ein Denkmalsockel als Rednerpodest diente, die stürmische Zustimmung der Versammelten, unter ihnen vieler Mitglieder des Reichsbanners, als er sie aufrief, »den Kampf gegen die blutigen Terrorakte der Faschisten [zu] organisieren. Notwendig ist, daß Reichsbannerkameraden und sozialdemokratische Arbeiter, daß jeder Werktätige sich in die Front gegen den Faschismus und seinen Schützer, den kapitalistischen Staat, einreiht.«[8]

Auch in den Beratungen der Parteiführung betonte Ernst Thälmann diese Gesichtspunkte. Als er auf der Tagung des Zentralkomitees am 1. April 1927 über die nächsten politischen Aktionen der Partei referierte, behandelte er vor allem den Kampf gegen die faschistischen Tendenzen. Dabei konkretisierte er das auf dem 11. Parteitag und auf der 4. Reichskonferenz des RFB Dargelegte. Er wies darauf hin, daß die Großbourgeoisie die faschistischen Organisationen systematisch fördere, diese vor allem als Instrument zur gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterklasse betrachte und bemüht sei, ihnen eine Massenbasis zu schaffen. Mit Nachdruck wandte er sich gegen eine Unterschätzung der faschistischen Kräfte, gegen sozialdemokratische Auffassungen, die auch von einigen Funktionären der KPD vertreten wurden, in einem Lande wie Deutschland habe der Faschismus keine Chance. Thälmann betonte, daß der

8 Die Rote Fahne, 23. März 1927. – Vgl. auch 22. März 1927. – IML, ZPA, NL 3/63.

Faschismus zu verhindern sei, aber nur, wenn es gelänge, die Arbeiterklasse gegen ihn zu mobilisieren: »Die politische Mobilisierung der Massen ist die Vorbedingung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus.«[9] Wieder legte Thälmann allen Kommunisten und Roten Frontkämpfern ans Herz, ungeachtet der immer schärfer werdenden antikommunistischen Hetze der SPD-Führer und der Reichsbannerführung den Kontakt zu den Mitgliedern des Reichsbanners zu suchen und mit diesen gemeinsam gegen die Faschisten zu kämpfen. Scharf wandte er sich gegen eine »Revolutionsromantik«, die darauf hinauslief, sich von den Faschisten und der Polizei zu falschen Kampfmethoden provozieren zu lassen und »Knüppelpolitik« zu betreiben.

Um diese Erkenntnisse in den Organisationen der Partei und des RFB durchzusetzen und für die Einheitsfront gegen Faschisten und Militaristen zu werben, war Ernst Thälmann in den folgenden Wochen unermüdlich unterwegs. Aus dieser Zeit berichtet Willy Sägebrecht, damals Funktionär der KPD und des RFB, von einer Begegnung mit Ernst Thälmann in Berlin-Wedding. Mit einigen RFB-Kameraden, die ihn auf der Straße erkannt und begrüßt hatten, setzte sich Thälmann ins nächste Stammlokal des RFB. Bei einem Glas Bier tauschten sie ihre Meinungen aus: »Eindringlich sprach Ernst Thälmann zu uns: ›Das wichtigste ist das Zusammengehen mit den SPD-Arbeitern und den Reichsbannerkameraden ... Wenn euch auch vieles von den Reichsbannerkameraden trennen mag, zum Beispiel die Einschätzung der Weimarer Republik und der Regierungspolitik, als Arbeiter habt ihr im Betrieb doch gemeinsame Interessen.‹« Deshalb sei es unbedingt notwendig, Betriebsgruppen des RFB zu bilden. Thälmann forderte die Kameraden auch auf, regelmäßig aufs Land zu fahren und unter den Landarbeitern und werktätigen Bauern für die Ideen der revolutionären Arbeiterbewegung zu werben. »Im Verlaufe der langen Unterhaltung gab uns Ernst Thälmann für die Herstellung der Einheitsfront mit allen Werktätigen eine praktische Anleitung zum Handeln. Als wir auseinandergingen, sagte ein Kamerad: ›Siehst du, das ist unser Ernst Thälmann, der Vorsitzende der Partei und des Roten Frontkämpferbundes – ein Arbeiter, einer von uns.‹ Das war der Gedanke, der alle Kameraden bewegte.«[10]

1927 erreichte die antiimperialistische und antifeudale Revolution in

9 IML, ZPA, I 2/1/54.

10 Willy Sägebrecht: Nicht Amboß, sondern Hammer sein. Erinnerungen, Berlin 1968, S. 95, 96.

China ihren Höhepunkt. Alarmiert durch den raschen politischen Aufschwung der jungen chinesischen Arbeiterklasse und die Erfolge der nationalrevolutionären Armee im Kampf gegen die militaristisch-separatistischen Kräfte, setzten die britischen, amerikanischen und japanischen Imperialisten alles daran, diese Revolution abzuwürgen. Im März 1927 gingen die Regierungen Großbritanniens und der USA zur offenen Intervention über. Zugleich drängten sie den Oberkommandierenden der Nationalarmee, Tschiang Kai-schek, der die rechten Kräfte der nationalrevolutionären Guomindang-Partei um sich sammelte, zum konterrevolutionären Umsturz und zur blutigen Abrechnung mit den Kommunisten.

Ernst Thälmann verfolgte diese Entwicklung aufmerksam. Er sah in der chinesischen Revolution, die »im engsten Bündnis steht mit Sowjetrußland«, den »Auftakt der bevorstehenden Revolution der unterdrückten Völker des Ostens gegen den Imperialismus«.[11] Diese revolutionäre Bewegung der vom Imperialismus unterdrückten Nationen und Kolonialvölker war – wie Thälmann stets betonte – einer der Hauptfaktoren der proletarischen Weltrevolution und deshalb von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte internationale Arbeiterklasse. Thälmann war tief von der Leninschen Erkenntnis durchdrungen, daß der Sieg der Arbeiterklasse über den Weltimperialismus durch das Zusammenwirken dreier Grundkräfte – er sprach von einem »Dreibund der revolutionären Kräfte«[12] – entschieden wird: des Sozialismus in den Sowjetrepubliken, der revolutionären Bewegung des Proletariats in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung. Unter diesem Gesichtswinkel wies Ernst Thälmann darauf hin, daß ein Sieg der revolutionären Bewegung in China die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Europa »überaus beschleunigen«[13] würde. Deshalb sei es nur folgerichtig, wenn die imperialistischen Mächte – einschließlich der deutschen Monopolbourgeoisie – die chinesische Revolution mit militärischen und politischen Mitteln bekämpften. Die Arbeiter aber müßten sich dessen bewußt sein, daß die imperialistische Intervention gegen die chinesische Revolution »sich gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt«[14] richte und

11 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 43.

12 Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 56.

13 Ernst Thälmann: Die chinesische Revolution und die Aufgaben der Arbeiterschaft. In: Die Rote Fahne, 13. April 1927.

14 Ernst Thälmann: Bereit sein. In: Geschichte und Politik, S. 80.

daß die Niederschlagung der chinesischen Revolution auch die Positionen des europäischen und des amerikanischen Proletariats im Kampf gegen den Imperialismus schwächen würde.

Immer wieder zeigte Ernst Thälmann, daß die Klassenauseinandersetzung einen weltweiten Charakter angenommen hatte, daß »der Kampf der grundlegenden historischen Kräfte unserer Epoche jetzt in eine neue Phase getreten ist und jetzt auf einem Schlachtfeld von ungeheuren Dimensionen vor sich geht«[15]. Mehr denn je galt es also, die Probleme und Aufgaben des Kampfes der Arbeiterklasse eines jeden Landes vom Standpunkt der revolutionären Weltbewegung, der Entwicklung aller ihrer Triebkräfte zu bestimmen. Deshalb wandte sich Ernst Thälmann entschieden gegen die von rechten Sozialdemokraten aufgestellte Losung der »Neutralität« gegenüber der imperialistischen Intervention, mit der die Arbeiter von der Solidaritätsbewegung ferngehalten werden sollten.[16] Er nutzte jede Gelegenheit, um in Übereinstimmung mit den Beschlüssen und Stellungnahmen der Kommunistischen Internationale das Wesen der Ereignisse in China zu erklären, den Gedanken der Solidarität mit den chinesischen Arbeitern und Bauern in die Massen zu tragen und die Lügenflut der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse zurückzudrängen.

Am 30. März 1927 schlug Ernst Thälmann im Politbüro vor zu organisieren, daß von Betriebsbelegschaften und Gewerkschaftsorganisationen Resolutionen zur Unterstützung der chinesischen Revolution angenommen werden, daß im Reichstag für die Anerkennung der nationalrevolutionären chinesischen Regierung eingetreten wird und Protestkundgebungen gegen die imperialistische Intervention durchgeführt werden. Das Politbüro nahm diese Vorschläge an.[17] Schon am 4. Februar, wenige Tage vor der Eröffnung des auch von der KPD unterstützten Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus in Brüssel, auf dem die Weltliga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit ins Leben gerufen wurde, hatte Thälmann auf einer Großkundgebung in Kliems Festsälen für Solidarität mit den chinesischen Klassenbrüdern geworben.[18] Am Abend des 5. April ergriff er – gemeinsam mit Wilhelm Pieck sowie Repräsentanten der amerikanischen und der indischen Arbeiterbewegung – vor Zehntausenden Berliner Arbeitern im Sportpalast das Wort. Er brandmarkte die Brutalität, mit der vor allem die englischen Imperialisten den Freiheitskampf des chinesischen Volkes zu unterdrücken suchten. Ein einziger von allen Staaten der Welt stelle sich als Freund an die Seite des um seine Freiheit ringenden Chinas: »Sowjetrußland. Schon längst wäre die chinesische Revolution niedergeschlagen worden, hätte nicht der Arbeiter-und-Bauern-Staat Rußland den chinesischen Brüdern die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung gereicht.«[19] Ein Vertreter der chinesischen Befreiungsbewegung übergab dem Berliner Proletariat eine Fahne des chinesischen Gewerkschaftsbundes und eine Bauernfahne.

15 Die Rote Fahne, 8. Juni 1927.
16 Vgl. Ernst Thälmann: Bereit sein. In: Geschichte und Politik, S. 80.
17 Vgl. IML, ZPA, 3/1/603.
18 Vgl. Die Rote Fahne, 5. Februar 1927.

Der Leitgedanke, daß die Sowjetunion der Hauptverbündete der chinesischen Revolution war, durchdrang auch einen Artikel Ernst Thälmanns, der Mitte April 1927 unter dem Titel »Die chinesische Revolution und die Aufgaben der Arbeiterschaft« in der Parteipresse veröffentlicht wurde. »Das Beispiel der russischen Revolution löste in China die Kräfte aus, die ... die Befreiung Chinas vom Imperialismus vollenden werden.« Mit diesen Worten kennzeichnete er die wichtigste Beziehung zwischen der Sowjetmacht – als Ausgangspunkt und Zentrum der proletarischen Weltrevolution – und der chinesischen Revolution, machte deren geschichtlichen Standort und deren internationale Verknüpfung sichtbar und deutete auf die entscheidenden Triebkräfte dieser Revolution hin. Warnend lenkte Thälmann das Augenmerk darauf, daß die Imperialisten angesichts dieser Zusammenhänge ihren antisowjetischen Kurs verschärften, weil »der Staat der russischen Arbeiter und Bauern, seine moralische und materielle Hilfe für die chinesische Revolution« das »gefährlichste Hindernis« gegen die imperialistische Politik in China seien. Sie werden, so erklärte er, nichts unversucht lassen, um das Bündnis zwischen dem revolutionären China und der Sowjetunion zu sprengen.

Aufmerksam beobachtete Ernst Thälmann das Wirken der verschiedenen Klassenkräfte in der nationalrevolutionären Bewegung Chinas. Er verwies darauf, daß »das junge chinesische Proletariat ... immer erfolgreicher seinen Anspruch auf die Hegemonie in der Führung der chinesischen Revolution anmeldet«[20], unterstrich aber nachdrücklich, daß

19 Ebenda, 6. April 1927. – Vgl. auch Aus dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse zur Verteidigung der Revolution in China. Eine Auswahl von Dokumenten und Materialien aus den Jahren 1925–1933, Berlin 1959, S. 56.
20 Die Rote Fahne, 13. April 1927.

die chinesische Revolution noch keinen sozialistischen Charakter trug[21]. Die Arbeiterklasse Chinas könne ihre historische Mission nur im Bündnis mit der internationalen Arbeiterklasse erfüllen. In diesem Sinne hatte er schon von der Tribüne des 11. Parteitages der KPD gemahnt: »Unsere ganze Partei und die gesamte deutsche Arbeiterklasse müssen alles tun, um die chinesische Revolution vor den ihr drohenden Gefahren zu schützen und ihre sozialistische Entwicklung zu ermöglichen.«[22]

Ein eindrucksvolles Bekenntnis zur chinesischen Revolution und zur Verteidigung der Sowjetunion legte die revolutionäre deutsche Arbeiterbewegung auf dem 2. Reichsjugendtag des KJVD zu Ostern 1927 in Hamburg ab. Der Reichsjugendtag sollte am 16. April eröffnet werden. Aus ganz Deutschland strömten weit über 10 000 Jugendliche nach Hamburg – mit der Eisenbahn und mit Lastkraftwagen, auf Fahrrädern, nicht wenige auch »auf Schusters Rappen«. Sie alle in Hamburg unterzubringen war nicht einfach. Als die ersten Gäste eintrafen, lagen noch nicht genügend Quartiermeldungen vor. »Wir waren schwer im Druck«[23], erinnert sich Richard Gyptner. Plötzlich stand Ernst Thälmann im zentralen Quartierbüro. Auf seinen Vorschlag wurden die eintreffenden Kolonnen in die Stadtbezirke dirigiert, wo der RFB mit seinen Trompetern bereits um weitere Quartiere warb. Alle wurden untergebracht.

Höhepunkt des Reichsjugendtages war die große Kundgebung am Ostersonntag, dem 17. April. 25 000 demonstrierten durch ein dichtes Spalier Hamburger Arbeiter zum Stadtpark im Norden der Stadt. Voran schritten Ernst Thälmann, die Mitglieder des ZK des KJVD und die Jugenddelegationen aus der Tschechoslowakei, England und China. Im Stadtpark, von einer hohen Tribüne, inmitten von 40 000 Jugendlichen, Delegationen des RFB, der Roten Jungfront und Hamburger Arbeitern, ergriff Ernst Thälmann das Wort. Er warnte vor der sich bedrohlich zuspitzenden Kriegsgefahr und der Möglichkeit eines imperialistischen Überfalls auf die Sowjetunion und appellierte an die Jugend, »getreu ihrer revolutionären Tradition den Kampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg aufzunehmen«[24]. Leidenschaftlich rief er zur Verteidigung der chinesischen Revolution und zur Solidarität mit den revolutionären

21 Vgl. ebenda, 19. Februar 1927.

22 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, S. 44.

23 Richard Gyptner: Ratgeber und Helfer der Jugend. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 175.

24 Die junge Garde (Berlin), 1927, Nr. 15.

Arbeitern Chinas auf. Nach ihm sprach ein chinesischer Delegierter. Während dessen Rede ergriff Ernst Thälmann seine Hand. Die Geste der Verbrüderung der Arbeiter und Bauern der Welt gegen den Imperialismus löste große Begeisterung aus.[25]

Um die Massen gegen die Kriegsgefahr und die chauvinistische Verhetzung zu mobilisieren und in ihnen das Gefühl des proletarischen Internationalismus zu stärken, führten die kommunistischen Parteien Grenztreffen durch. Am 15. Mai 1927 nahm Ernst Thälmann an einer solchen internationalen Kundgebung teil, die der Kreisausschuß Hradec Králové der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und die Gauleitung Schlesien des RFB an der tschechoslowakisch-deutschen Grenze im Riesengebirge unter den Losungen »Gegen Kriegsgefahr und Faschismus!« und »Hände weg von Sowjetrußland!« organisiert hatten. Von Královec auf tschechoslowakischer und Liebau auf deutscher Seite zogen je 3000 Demonstranten mit roten Fahnen zu der auf einem Bergabhange gelegenen Grenzwiese, angeführt von Arbeiterkapellen. An der Spitze der deutschen Kolonne marschierten 1200 uniformierte Rote Frontkämpfer. An dem kleinen Bach, der die Grenze markierte, begegneten sich beide Kolonnen. Mit »Vorwärts!« und »Praci čest!« grüßten die tschechoslowakischen Genossen, »Rot Front!« antworteten ihre deutschen Klassenbrüder. Dann war kein Halten mehr – von beiden Seiten sprangen sie über den Grenzbach, schüttelten sich die Hände, umarmten sich und bildeten einen einzigen Block von 6000 Menschen, gegen dessen geschlossene Kraft einige Dutzend anwesende Gendarmen völlig machtlos waren.

Nachdem ein tschechoslowakischer Genosse die Kundgebung eröffnet hatte, nahmen mehrere Redner beider Parteien das Wort, von tschechoslowakischer Seite namentlich der Parlamentsabgeordnete Karl Kreibich. Von deutscher Seite sprach als Hauptredner – unter dem Decknamen Ernst Kraft angekündigt – Ernst Thälmann. Als Rednertribüne diente ein Lastkraftwagen, der mit den Vorderrädern auf tschechoslowakischem, mit den Hinterrädern auf deutschem Territorium stand. Was Ernst Thälmann im einzelnen sagte, ist nicht überliefert; aber seine Ansprache – so wird berichtet – wurde mit tiefer Bewegung aufgenommen. Nach einer gegenseitigen Fahnenübergabe, die erneuten Jubel auslöste, wurde diese Manifestation des proletarischen Internationalismus

25 Vgl. HVZ, 19. April 1927. – Die Rote Fahne, 20. April 1927. – IML, ZPA, NL 3/63.

mit dem gemeinsamen, von der RFB-Kapelle begleiteten Gesang der »Internationale« geschlossen.[26]

Gelegenheit zur gründlichen Beratung über die Abwehr eines neuen imperialistischen Aggressionskrieges und über das Geschehen in China im Kreise führender Funktionäre der verschiedenen kommunistischen Parteien bot das VIII. Plenum des EKKI, das vom 18. bis 30. Mai 1927 in Moskau tagte. Die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen die Kriegsgefahr und die Probleme der chinesischen Revolution bildeten die zentralen Themen dieser Tagung. Ernst Thälmann nahm gemeinsam mit Arthur Ewert, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Heinz Neumann und Hermann Remmele an dem Plenum teil. Er gehörte dem Präsidium der Tagung an, war Vorsitzender und Berichterstatter der wichtigsten Kommission, welche die von Otto Kuusinen vorbereiteten Thesen »Über Krieg und Kriegsgefahr« erörterte, und arbeitete auch in einer Unterkommission über die Aufgaben der Kommunisten in der bürgerlichen Armee mit.[27]

Thälmanns Bericht über die Arbeit der Kommission zur Frage des Krieges und der Kriegsgefahr, den er in der 16. Sitzung des Plenums am Vormittag des 29. Mai erstattete, widerspiegelte eindrucksvoll, daß die Kommunisten am aktivsten für die Verteidigung des Friedens eintraten und es als ihre Verpflichtung betrachteten, in diesem Kampfe richtungweisend und organisierend zu wirken. Ernst Thälmann betonte, daß der Frieden nicht durch allgemeine, zu nichts verpflichtende Bekenntnisse, sondern nur durch Aktionen zu schützen sei: »Wir müssen den Massen vor allem auseinandersetzen, daß der Kampf für den Frieden ohne revolutionäre Massenaktionen unmöglich ist.« Daher gelte es, der Friedenslosung stets einen konkreten Inhalt zu geben, sie mit den brennenden Aufgaben des Tages zu verbinden. Gegenwärtig seien das vor allem die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution. Besonders nachdrücklich unterstrich Ernst Thälmann die Notwendigkeit, nicht erst angesichts der Entfesselung eines imperialistischen Krieges den aktiven Kampf aufzunehmen, sondern – eingedenk der Lehren des Kriegsausbruchs 1914 – bereits in Friedenszeiten die imperialistischen

26 Vgl. Vorwärts (Reichenberg), 17. Mai 1927. – Emil Flégl: Mežinárodni proletařske srazy v Krkonošich, Hradec Králové 1972, S. 16–18.

27 Wilhelm Pieck, ebenfalls als Delegierter gewählt, nahm wegen der Lage in Berlin nicht am Plenum teil. Die dort gehaltenen Reden sind nicht veröffentlicht. – Vgl. IML, ZPA, 3/1/603; I 2/1/56. – IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 166, ed. chr. 56.

Kriegsvorbereitungen zu enthüllen und eine systematische Aufklärungsarbeit in den bürgerlichen Armeen zu leisten.

In diesem Zusammenhang äußerte er den wichtigen Gedanken, daß die Kommunisten, wenngleich sie die bürgerliche Armee als Instrument des Klassengegners prinzipiell ablehnen, es nicht unterlassen dürfen, solange diese Armee besteht, auf deren Säuberung von Reaktionären hinzuwirken. So sei die Arbeit in den Parlamenten darauf zu richten, »daß die reaktionären Elemente aus der Armee herausgedrängt werden«. Damit zeigte er, wie im Kampf gegen den Militarismus demokratische Teilforderungen entwickelt werden müssen, und unterstrich den allgemeindemokratischen Inhalt des Kampfes der revolutionären Arbeiterbewegung für die Erhaltung des Friedens.

Dieser Linie entsprach auch Thälmanns Forderung, sich im Kampf für den Frieden um eine möglichst breite Einheitsfront mit der Sozialdemokratie zu bemühen. Thälmann konstatierte, daß aus Trotzkis Vorschlag, sich statt dessen auf die Zusammenarbeit mit den Syndikalisten und Anarchisten zu orientieren, »völlige Verständnislosigkeit für die großen gegenwärtigen Aufgaben« sprach, denn ein solcher Kurs wäre darauf hinausgelaufen, sich sektiererisch von der Mehrheit der Arbeiterklasse zu isolieren und die Friedenskräfte entscheidend zu schwächen.[28]

Vom VIII. EKKI-Plenum gelangte Ernst Thälmann gerade noch rechtzeitig zum 3. Reichstreffen des RFB nach Berlin zurück. Er ging wieder in der ersten Reihe, als am Pfingstsonntag, dem 5. Juni, 80 000 Rote Frontkämpfer durch die Straßen der deutschen Hauptstadt zu dem im Arbeiterbezirk Wedding gelegenen Schiller-Park marschierten. »Überall wurden die Marschierenden mit Jubel empfangen; vor den Häusern in den Arbeiterbezirken wurden ihnen Getränke und Speisen gereicht.«[29] Nicht nur die Arbeiter, auch bürgerliche Demokraten zeigten sich von dem machtvollen Aufmarsch der antifaschistischen Wehrorganisation beeindruckt. Die linksbürgerliche Wochenzeitung »Welt am Montag« berichtete, daß »die Arbeiterschaft Berlins die Frontkämpfer geradezu begeistert aufnahm und bewirtete«. Das Blatt stellte fest, daß »der Aufmarsch der Roten Frontkämpfer sehr viel imposanter wirkte und um sehr viel besser organisiert war« als das Stahlhelm-Treffen im Mai.[30]

28 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 166, ed. chr. 56.

29 Alexander Abusch: Er hat die Genossen meiner Generation politisch erzogen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 74.

30 Rotfront in Berlin. In: Welt am Montag (Berlin), 7. Juni 1927.

Gegen 15 Uhr erreichte die Spitze den Schiller-Park. Unter Trommelwirbel und Fanfarenklängen der Spielmannszüge wurden 1500 rote Fahnen über den weiten Rasen vor die Tribünen getragen. Dann marschierten die Kolonnen auf – drei Stunden lang, und ihnen nach drängten viele Zehntausende Berliner Arbeiter. Einsetzender Regen konnte die Stimmung nicht beeinträchtigen. Ein vieltausendstimmiges »Rot Front!« erscholl, als Ernst Thälmann eine der Tribünen betrat. Um alle in dem weiten Rund Versammelten zu erreichen, sprachen außer Thälmann noch etwa 20 Redner von verschiedenen Tribünen aus, unter ihnen die Mitglieder des ZK der KPD Philipp Dengel, Hugo Eberlein und Ottomar Geschke, die Mitglieder der Bundesführung des RFB Willy Leow und Hans Sawadzki, der Reichsführer der Roten Jungfront, Werner Jurr, und die RFB-Gauführer Etkar André von der Wasserkante, Hans Jendretzky aus Berlin-Brandenburg, Richard Richter aus Halle-Merseburg und Fritz Selbmann von der Ruhr.

Ernst Thälmann begrüßte die Delegationen von antimilitaristischen und antifaschistischen Bruderorganisationen aus der Sowjetunion, Frankreich, der Tschechoslowakei, Österreich, der Schweiz, Dänemark und Holland. Mit aufrüttelnden Worten machte er verständlich, wie groß die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges war. »Wir werden alle unsere Kräfte einsetzen..., um Sowjetrußland, das Vaterland der Arbeiterklasse der ganzen Welt, zu schützen, es mit allen Mitteln [zu] verteidigen und selbst mit unseren Leibern zu decken. Mit aller einer revolutionären Klasse zur Verfügung stehenden Kraft und Leidenschaft werden wir auch in Deutschland den Kriegstreibern das Handwerk legen.« Er schloß seine Ansprache mit dem Ruf: »Die revolutionäre kämpfende Einheitsfront, sie lebe hoch!«[31] Unter den Tausenden, die gespannt der Rede Thälmanns folgten, war auch die sächsische Textilarbeiterin Grete Groh-Kummerlöw. »Seine Rede war für mich als 18jährige Textilarbeiterin unvergeßlich«, erinnerte sie sich später. »Mir wurde klar, hier ist die Kraft, die die Interessen der Arbeiterklasse, die deine Interessen vertritt.«[32] In dieser Stunde wurde ihr bewußt, daß sie noch aktiver, organisierter am Kampf der Arbeiterklasse teilnehmen müsse, und sie beschloß, Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes zu werden.

31 Die Rote Fahne, 8. Juni 1927. – Vgl. auch ebenda, 7. Juni 1927, Extraausgabe. – Inprekorr, Nr. 58, 7. Juni 1927, S. 1252.

32 Grete Groh-Kummerlöw: Ernst Thälmann war mein Lehrer. In: Junge Generation, 1964, H. 8, Beilage, S. 14.

Am zweiten Tag des Pfingsttreffens referierte Ernst Thälmann auf einer Internationalen Konferenz gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, an der die Bundesführung des RFB und die ausländischen Delegationen teilnahmen. Er begründete umfassend, warum die Bekämpfung des Faschismus eine internationale Aufgabe sei und dementsprechend koordiniert werden müsse. Im Zusammenhang mit dem Heranreifen neuer imperialistischer Konflikte und dem Aufschwung der revolutionären Bewegung in allen Teilen der Welt verstärke sich immer mehr der Antisowjetismus der Hauptkräfte des Imperialismus und zugleich der Druck der imperialistischen Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse. Thälmann lenkte das Augenmerk auf zwei charakteristische Merkmale dieses Kurses: »Die Offensive gegen die Arbeiterklasse wird durchgeführt von Regierungen der Großbourgeoisie mit Hilfe von faschistischen Garden oder [von] rein faschistischen Regierungen. Diese Offensive richtet sich nicht nur gegen den Bolschewismus, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse der Welt.«[33]

Um diesem Angriff der imperialistischen Reaktion erfolgreich Widerstand leisten zu können, bedürfe die Arbeiterklasse auch solcher Schutz- und Wehrorganisationen wie des RFB. Deshalb schlug Thälmann vor, in allen Ländern derartige Organisationen zu gründen. Zwischen den proletarischen Frontkämpfervereinigungen und antifaschistischen Wehrorganisationen sollten engere Verbindungen hergestellt und wenn möglich eine Internationale aller proletarischen Schutz- und Wehrorganisationen geschaffen werden. Diese Vorschläge wurden in eine Entschließung aufgenommen, die die Konferenz verabschiedete.

Am Donnerstag nach dem RFB-Treffen, am 9. Juni 1927, erläuterte Ernst Thälmann auf einer Parteiarbeiterkonferenz des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz die Beschlüsse des VIII. EKKI-Plenums und sprach ausführlich über die Aufgaben der Partei. Die Hauptgesichtspunkte seiner Darlegungen wurden in einem Appell an alle Mitglieder der Bezirksparteiorganisation zusammengefaßt, der auf die akute Gefahr eines imperialistischen Aggressionskrieges gegen die UdSSR aufmerksam machte. Es gelte, die gesamte Arbeiterschaft gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution aufzurütteln.[34]

33 Die Rote Fahne, 8. Juni 1927. – Vgl. Die Rote Front, 1927, Nr. 12.

34 Vgl. Die Rote Fahne, 10. Juni 1927. – IML, ZPA, 3/19/599. – Das Referat wurde nicht veröffentlicht.

In der Sitzung des Politbüros am 14. Juni übernahm Thälmann die Aufgabe, am 16. Juni vor dem Zentralkomitee und am 17. Juni auf einer Konferenz der Bezirkssekretäre und politischen Redakteure zur Auswertung des VIII. EKKI-Plenums zu referieren. Aber auf Grund der Anstrengungen der letzten Monate verschlechterte sich sein Gesundheitszustand so sehr, daß er nicht mehr in der Lage war, auf der ZK-Tagung zu sprechen. An seiner Stelle erstattete Fritz Heckert den Bericht. Am 25. Juni teilte das Sekretariat des ZK der Vertretung der KPD beim EKKI mit: »Teddy ist ernstlich krank und muß mindestens 6 Wochen ausspannen. Wir haben veranlaßt, daß er wirklich in Erholung geht.«[35]

Damit Ernst Thälmann sich einmal gründlich erhole, schickte die Partei ihn in die Schweiz. Auf seiner Reise kam er an den Vierwaldstätter See. Am 12. Juli sandte er Rosa und Irma Thälmann einen Kartengruß aus Altdorf in Uri. Den Menschen aus der norddeutschen Ebene, die in ihm immer wieder »die Sehnsucht nach einer unendlichen Ferne und Weite«[36] weckte, zog eine ungewohnte Welt in ihren Bann. Vielleicht war es gerade der scharfe Kontrast zur heimatlichen Landschaft an der Unterelbe, der ihn so tief berührte.

Aber nicht nur die Schönheit der Schweizer Berge und der Alpenseen faszinierte Ernst Thälmann, ließ ihn neue Kraft schöpfen. Träume seiner Jugend wurden wach Er war im Herzen der Urschweiz, dort, wo 600 Jahre zuvor die Volksheere die feudalen Eroberer geschlagen hatten, in der Heimat Wilhelm Tells, der Symbolgestalt des Freiheitskampfes gegen Unterdrückung und Willkür. Schillers Schauspiel – »das Lieblingsstück meiner frühesten Jugendjahre«[37], wie er es nannte – hat Thälmann, den Verehrer Schillers und Shakespeares, Goethes und Lessings, wohl zeitlebens stärker ergriffen als jedes andere dramatische Werk[38]. In einem Brief aus dem faschistischen Gefängnis an seine Tochter deutete er an, was ihn, den proletarischen Volkstribunen, den kommunistischen Revolutionär, mit diesem großen klassischen Dichter so besonders verband: Schiller ist »der schwergeprüfte, nicht unverwundet, aber siegreich aus dem Kampf mit den Schicksalsgewalten hervorgegangene Mann«, dessen »hohen Idealismus« und »lebendigen Freiheitssinn«, verbunden mit

35 IML, ZPA, 3/19/599. – Vgl. auch ebenda, I 2/1/56.
36 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 59.
37 Ebenda, S. 120.
38 Vgl. ebenda, S. 60–62, 120, 158. – IML, ZPA, NL 3/79. – Ernst Thälmann: Mein Lebenslauf. In: BzG, 1975, H. 1, S. 90/91.

»feurigem Wollen«, er rühmte[39], in dessen Freiheitsdrama er den Appell zur Teilnahme an den Freiheitskämpfen unserer Zeit sah. Der »Tell«, diese »gewaltige Verkörperung der Schillerschen Freiheitsprophetie«[40], wurde wieder in ihm lebendig, als er am 12. Juli 1927 die 1388 auf der Tellsplatte erbaute Kapelle besuchte. Von dort sandte er seiner Familie eine Serie Ansichtskarten mit den Fresken der Kapelle, auf denen die Tellsage dargestellt ist.

Ernst Thälmann entschloß sich, in der Umgebung der Tellsplatte zu bleiben. Weitere Ansichtskarten an Rosa Thälmann geben uns darüber Aufschluß. Ihre Poststempel »Sisikon« und »Flüelen« – Orte am Ostufer des Urner Sees – sowie der wiederholt erscheinende Hotelstempel »Tellsplatte« lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß er am Südostufer des Vierwaldstätter Sees Quartier genommen hatte. Zugleich erinnern die jeweilige Unterschrift »Therese« und das Fehlen der Absenderangabe daran, daß der Vorsitzende der KPD, das Mitglied des Präsidiums des EKKI auch hier nicht ungetrübt die Urlaubsfreuden eines Touristen genießen konnte, sondern vor der Neugier der Politischen Polizei und den Nachstellungen haßerfüllter Antikommunisten auf der Hut sein mußte.

Offenbar wanderte Thälmann viel. Jeden Abend passierte er – wie er seiner Frau schrieb – die teils aus dem Berghang herausgesprengte, teils kolonnadenartig in die Felsen hineingetriebene Axenstraße, die sich zwischen Sisikon und Flüelen 110 Meter über dem Wasserspiegel des Urner Sees entlangwindet und die Kantone Schwyz und Uri verbindet. Von der Axenstraße fiel sein Blick auf die weißen Häuser und roten Dächer von Flüelen am Ende des Sees und von Bauen gegenüber der Tellsplatte, zwei Orten, die von einem Kranz 1500–2500 Meter hoher Berge überragt werden. Den Hintergrund beherrschte der schneebedeckte Gipfel des 2932 Meter hohen Uri-Rotstock, flankiert von einer Gletscherwand. Mehrere Wochen genoß Thälmann die stille »Einsamkeit ... dieser wunderbaren Gegend«[41], von der er seiner Familie berichtete.

Mitte August beendete Ernst Thälmann seinen Erholungsurlaub. Fortan war wieder jeder Tag mit Arbeit ausgefüllt. Sein erstes öffentliches Auftreten nach der Genesung – am 21. August in Kassel – stand im Zeichen des Kampfes gegen die Hinrichtung der unschuldig zum Tode verurteilten amerikanischen Arbeiter Nicola Sacco und Bartolomeo

39 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 62.
40 Ebenda, S. 120.
41 IML, ZPA, NL 3/7.

Vanzetti. Viele Hunderttausende deutscher Werktätiger waren in den vergangenen Wochen dem Appell der KPD und der proletarischen Massenorganisationen gefolgt und hatten sich durch zahlreiche machtvolle Kundgebungen in allen Teilen Deutschlands, zum Teil auch durch Proteststreiks in die weltweite Solidaritätsbewegung für die beiden amerikanischen Arbeiterfunktionäre eingereiht. Hunderte von Protestresolutionen und -telegrammen waren der Botschaft und den Konsulaten der USA übermittelt worden, um die tiefe Verbundenheit der deutschen Arbeiter und anderer Demokraten mit den Opfern des Justizterrors der amerikanischen Großbourgeoisie zum Ausdruck zu bringen.

Am 24. August sprach Ernst Thälmann erstmals seit fast einem Vierteljahr wieder zu den Berliner Arbeitern, die zu Zehntausenden in den Lustgarten gekommen waren, um ihren Abscheu gegen den Justizmord an Sacco und Vanzetti zu bekunden. Thälmanns Tribüne – er sprach von der Domtreppe aus – war besonders dicht umlagert. Er erklärte den Versammelten, daß dieses Justizverbrechen kein Einzelfall sei, sondern charakteristisch für das Wüten der bürgerlichen Klassenjustiz in allen kapitalistischen Ländern. Er rief dazu auf, den Kampf gegen die reaktionäre Justiz im eigenen Lande, für die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen zu verstärken und alle Kräfte zum Sturz der reaktionären Bürgerblockregierung zusammenzufassen. Drei Tage später sprach Ernst Thälmann in Altona auf einer Protestkundgebung gegen die reaktionäre Politik des Hamburger Senats.[42] Der Kampf zur Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte, gegen den Bürgerblock und gegen die ihn tragenden Kräfte des Monopolkapitals rückte nun immer stärker in den Mittelpunkt der Politik der Kommunistischen Partei.

42 Vgl. Die Rote Fahne, 23., 25., 28. August 1927.

7

Kampfblock der Werktätigen gegen den Block der Großbourgeoisie

Noch in Thälmanns Abwesenheit – Philipp Dengel hatte ihn vertreten – war von der Tagung des Zentralkomitees am 21. Juli 1927 die Losung »Sturz der Bürgerblockregierung!« als zentrale Losung der KPD aufgestellt worden.[1] Es kam jetzt darauf an, alle Aktionen der Partei auf dieses Nahziel auszurichten. In der Sitzung des Politbüros am 26. August, an der Thälmann wieder teilnahm, wurde er beauftragt, auf der bevorstehenden Plenartagung des Zentralkomitees das Hauptreferat zum Thema »Innen- und außenpolitische Lage und Aufgaben« zu halten und dabei die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Bürgerblock darzulegen.[2]

Während Ernst Thälmann sich auf dieses wichtige Referat vorbereitete, tagte am 2. und 3. September 1927 in Frankfurt (Main) die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der einflußreichsten deutschen Unternehmerorganisation. Diese Tagung stand am Beginn einer neuen Phase der Entwicklung des deutschen Imperialismus: Die Industrieproduktion des imperialistischen Deutschlands überschritt den Vorkriegsstand; ihrem Umfang nach stieß der deutsche Kapitalismus wieder auf den zweiten Platz in der Welt, nach den USA, vor. Die deutschen Imperialisten nahmen nunmehr unmittelbar Kurs auf eine neuerliche imperialistische Expansion. Zunächst kämpften sie mit den Mitteln wirtschaftlicher Konkurrenz um einen größeren Anteil an den Märkten und an der ökonomischen Macht in der Welt; in letzter Konsequenz waren sie bereit, einen zweiten Weltkrieg für eine imperialistische Neuaufteilung der Erde zu entfesseln. Auf der Frankfurter Tagung verkündeten führende Monopolherren – wie Carl Duisberg von der IG Farben und Hermann Bücher vom AEG-Konzern – offen das Programm ihrer Expansion: Exportoffensive gegen die imperialistischen Konkur-

1 Vgl. Die innerparteiliche Lage und die Aufgaben der Partei. Resolution des Plenums des ZK der KPD vom 21. Juli 1927. In: Der Parteiarbeiter (Berlin), 1927, H. 10, Sonderbeilage: Aus den Beschlüssen des Juli- und des September-Plenums des ZK der KPD, S. 1–10.
2 Vgl. IML, ZPA, 3/1/604.

renten und zu diesem Zweck Lohnstopp und Senkung der Sozialausgaben, um den Export zu verbilligen.[3]

Am 8. und 9. September 1927 trat das ZK der KPD zusammen. Ernst Thälmann schätzte in seinem Referat zunächst die Versammlung des Reichsverbandes ein. Seiner Ansicht nach konnte man eine wirkungsvolle Strategie und Taktik für die Kommunistische Partei nur ausarbeiten, wenn man die Pläne des Klassenfeindes sorgfältig analysierte. Sozialdemokratische Politiker und Gewerkschaftsführer verschleierten die Vorstöße der Konzernherren und verbreiteten die Illusion, das Unternehmertum werde immer maßvoller und kompromißbereiter. Ernst Thälmann dagegen hob als charakteristischen Zug der Frankfurter Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hervor, daß sie einen verschärften imperialistischen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt und eine neue Offensive der Bourgeoisie gegen die werktätigen Massen ankündigte. Er warnte vor den Angriffen der Monopolisten auf die sozialpolitischen Rechte der Werktätigen, vor Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Schließlich lenkte er die Aufmerksamkeit auf den Versuch maßgeblicher monopolkapitalistischer Kreise, die immer intensivere Ausbeutung der Arbeiter nach amerikanischem Muster dadurch zu erleichtern, daß in die Arbeiterklasse systematisch Illusionen über ein gemeinsames Interesse von Arbeiterschaft und Unternehmertum am Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaft hineingetragen wurden.

Die Absichten des Monopolkapitals fanden ihren konzentrierten Ausdruck in der Politik der Bürgerblockregierung. Vor dem Zentralkomitee nannte Ernst Thälmann als wichtige Aufgaben bei der Abwehr dieser Politik die Verteidigung der gesetzlich garantierten Rechte der Arbeiter und Angestellten gegen die bürgerliche Klassenjustiz, den Schutz der KPD und des RFB gegen Verbotsdrohungen und den Widerstand gegen die zunehmende klerikale Beeinflussung der Schule und des gesamten Kulturlebens.[4]

Der kulturpolitischen Auseinandersetzung maß Ernst Thälmann große Bedeutung bei. Er verwies darauf, daß die anmaßende Einmischung klerikaler Kreise in schul- und kulturpolitische Belange, die Aufspaltung der Schule nach Konfessionen oder die Verfolgung der fortschrittlichen

3 Vgl. Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 2. und 3. September 1927 in Frankfurt a. M. (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1927, H. 37), S. 7, 10, 21–30, 36, 43–47, 62–64, 67.

4 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/58.

Literatur und Kunst durch die bürgerliche Klassenjustiz dazu dienten, die Herrschaft der Großbourgeoisie zu festigen und die Arbeiterbewegung niederzuhalten. Deshalb sei der Kampf gegen die Kulturreaktion eine wichtige Seite des Kampfes gegen die imperialistische Bourgeoisie und ihre Regierung. In ihn würden objektiv auch kleinbürgerliche und intellektuelle Kreise hineingezogen. Das eröffne große Möglichkeiten, mit diesen Kräften eine Einheitsfront gegen die imperialistische Kulturpolitik zu formieren und diese organisatorisch zu verankern, beispielsweise in Gestalt eines Kampfbundes gegen die Kulturreaktion. Thälmann betonte, daß die KPD auch auf dem so wichtigen kulturpolitischen Gebiet mit selbständigen Losungen, mit einer eigenen Linie der Bourgeoisie entgegentreten müsse.

Durchdrungen vom Wissen um die außerordentliche Bedeutung von Bildung und Kultur im ideologischen und politischen Klassenkampf, lenkte Ernst Thälmann die Aufmerksamkeit auf die Rolle der Intellektuellen und das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Intelligenz. Vor der erweiterten Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD wandte er sich im März 1928 scharf gegen die in der Kommunistischen Partei Chinas überhandnehmende Intellektuellenfeindlichkeit, in der er »eine Gefahr für die chinesische Partei« (und natürlich nicht nur für diese) erblickte. Thälmann stellte demgegenüber fest: »Man muß eine bestimmte Schicht von Intellektuellen mit dem Proletariat verbinden.« Er wies enge, sektiererische Auffassungen über das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz zurück und erklärte den Genossen, wie notwendig es für die revolutionäre Bewegung sei, eine mit der Arbeiterklasse verbundene kommunistische Intelligenz heranzubilden: »Ist es etwa schlecht, wenn ein Arbeiter zum Intellektuellen wird, wenn zum Beispiel ein Arbeiter aus dem Betriebe durch seine Arbeit und seine Befähigung einmal zum Chefredakteur wird? Das ist sehr gut für unsere Partei.«[5]

Ernst Thälmann betrachtete die Bildung einer breiten Kampffront gegen die reaktionäre Kulturpolitik als einen Bestandteil des Ringens um die Verständigung aller Gegner der imperialistischen Reaktion, die ihre Kräfte im Bürgerblock konzentriert hatte. Auf der Tagung des Zentralkomitees forderte er die Genossen auf, mit Sozialdemokraten und demokratischen Intellektuellen gemeinsam gegen die Kulturreaktion zu kämpfen. Schon früher hatte er auch darauf orientiert, in Landes- und Stadtparlamenten, in denen KPD, SPD und die Deutsche Demokratische

5 Ebenda, 21/1/666.

Partei die Mehrheit bildeten, diese Parteien für ein gemeinsames Auftreten gegen den Bürgerblock zu gewinnen.[6] In der unter Thälmanns Leitung erarbeiteten[7] politischen Resolution des Plenums des ZK der KPD wurde die Aufgabe gestellt, gegen das Trustkapital und dessen Bürgerblockregierung eine »Kampfgemeinschaft aller in derselben Richtung sich bewegenden Kräfte«[8] zu schaffen.

Ausschlaggebend dafür war, wie Thälmann hervorhob, die »Mobilisierung und Zusammenfassung der proletarischen Massen in Wirtschaftskämpfen«. Um in den Betrieben Aktionen auszulösen, müßten die Kommunisten noch mehr von den konkreten Bedürfnissen der jeweiligen Belegschaft ausgehen, sich auf die Stimmung in dem betreffenden Betrieb einstellen und entsprechende Forderungen formulieren. Unermüdlich sei darum zu ringen, den »allzugroße[n] Demonstrationscharakter« der Partei zu überwinden, das Schwergewicht ihrer Tätigkeit stärker auf die tägliche, systematische, planmäßige Arbeit unter den Massen und in ihren Organisationen zu legen.[9]

Besonders wichtig war es, den Einfluß in den Großbetrieben zu verstärken. In der ihm eigenen drastischen Art kritisierte Ernst Thälmann auf der nächsten ZK-Tagung den gefährlichen Rückstand auf diesem Gebiet: »Heute konzentriert sich die Partei auf alle: auf Müller, auf Schulze, auf den Schustergesellen. Und die Großbetriebe, die Quellen ... der Aktivität der Arbeiterklasse am Orte, werden genauso behandelt wie ein Schuhmachermeister, bei dem drei Gesellen arbeiten. Kein Unterschied zwischen der AEG und einer kleinen Quetsche mit 30 Arbeitern!« Er drang darauf, das Wirken der Partei und der revolutionären Massenorganisationen »auf die wichtigsten Knotenpunkte« zu konzentrieren und in den Großbetrieben systematisch einen Stamm von Kommunisten und klassenbewußten Gewerkschaftern heranzuziehen, der Einfluß auf die Belegschaft hatte und sich bei allen gewerkschaftlichen und politischen Fragen Gehör verschaffen konnte.[10]

Thälmann warf damit ein Kernproblem der Rolle der kommunistischen Partei als Vorhut der Klasse auf. Die Erfahrungen des Klassenkampfes bewiesen, daß die Kommunisten nur in dem Maße kampfbereite Massen

6 Vgl. ebenda, I 2/1/58; I 2/1/54.
7 Vgl. ebenda, 3/19/597.
8 Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 584. – Vgl. auch ebenda, S. 581.
9 IML, ZPA, I 2/1/58.
10 Ebenda, I 2/1/59.

in Aktionen zu führen vermochten, wie es ihnen gelang, vor allem dort, wo Arbeiter am meisten konzentriert waren, das Vertrauen ihrer Kollegen zu erwerben, indem sie sich jeden Tag als deren beste Interessenvertreter und Ratgeber erwiesen, daß die Partei nur dann als Führerin der Massen handeln konnte, wenn ihre Mitglieder zu angesehenen Funktionären in Betrieb, Gewerkschaft, Konsumgenossenschaft und anderen Organisationen wurden, wenn ihre Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen zur führenden politischen Kraft der Belegschaften und der Gewerkschaftsorganisationen wurden. Das war ausschlaggebend für einen erfolgreichen Kampf gegen das Trustkapital.

Über die Massenarbeit der KPD auf ihrem wichtigsten Wirkungsfeld beriet die Parteiführung am 24. und 25. September 1927 mit über 200 Funktionären, von denen die Hälfte direkt aus Betrieben kam, auf einer Reichsparteiarbeiterkonferenz zur Gewerkschaftsfrage im Berliner Landtagsgebäude. Ernst Thälmann nahm an der Konferenz teil, obwohl er spätestens am 27. September in Moskau sein mußte, wo das Präsidium des EKKI und die Internationale Kontrollkommission zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten, um die Schlußfolgerungen aus der fortgesetzten Fraktionstätigkeit Trotzkis zu ziehen.[11] Aufmerksam folgte er den Ausführungen der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre aus den Bezirken, die Erfahrungen aus der täglichen Praxis ihrer Arbeit in den Gewerkschaften vermittelten. Kurt Schumann, zu dieser Zeit verantwortlich für die Arbeit der Kommunisten im Deutschen Metallarbeiter-Verband in Sachsen, hebt in seinen Erinnerungen diese Eigenschaft Ernst Thälmanns, zuhören zu können, besonders hervor.[12]

Am zweiten Beratungstage ergriff Ernst Thälmann das Wort. Er unterstrich, die Arbeit in den Gewerkschaften werde immer mehr zum Angelpunkt des politischen Wirkens der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse. Sie entscheide darüber, ob es gelingen würde, »der gewaltigen Konzentration des Trusts die konzentrierte Macht des Proletariats entgegenzustellen«[13]. Wie notwendig und schwierig das war, zeigte er am Beispiel der Frankfurter Versammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, wo die Industriellen die Auseinandersetzung mit den Arbeitern und deren Gewerkschaften auf lange Sicht vorbereitet und auch festgelegt

11 Vgl. ebenda, 3/1/604.
12 Vgl. Kurt Schumann: Am meisten aber lachte unser Teddy. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 224/225.
13 IML, ZPA, I 2/708/4.

hatten, dazu entsprechende Fonds des Unternehmertums zu schaffen. Die Staatsgewalt greife immer rigoroser zugunsten der Unternehmer in die wirtschaftlichen Kämpfe ein. Immer häufiger würden bei den Auseinandersetzungen um Tarifverträge, um Lohn und Arbeitszeit von der Regierung sogenannte Schlichter eingesetzt, deren Entscheidungen jedesmal die Arbeiter hinderten, unter Ausnutzung der Konjunktur größere Lohnerhöhungen zu erzwingen. Dem müßten sich die Kommunisten entschieden widersetzen, ebenso dem reformistischen Bestreben, die Gewerkschaften in die Politik des kapitalistischen Staates einzuordnen, Streiks tunlichst zu vermeiden und sich zu diesem Zweck auf die Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden und die Diktate der staatlichen Schlichter zu berufen. Unvermeidlich würden die Wirtschaftskämpfe immer stärker zu Auseinandersetzungen der Arbeiter nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit dem bürgerlichen Staat.

Ernst Thälmann forderte, die Kommunisten müßten durch ihre Initiative und Aktivität in den Gewerkschaftsorganisationen und in deren Kämpfen erreichen, daß sie dort wirklich die führende Kraft darstellten. Das setze voraus, daß die Partei sich auf diese Aufgabe konzentriere und daß die Kommunisten alle gewerkschaftlichen Kämpfe gründlich vorbereiteten. Jede Organisation und jede Leitung der Partei müsse über die konkreten Verhältnisse in ihrem Bereich, insbesondere über die Wirtschaftslage und die Vorgänge in den Großbetrieben, genauestens im Bilde sein und die Streikkämpfe sorgfältig analysieren. Es gelte, alles daranzusetzen, um von den Großbetrieben aus, zum Beispiel durch die Betriebsräte, die Arbeit der Gewerkschaften zu beleben, ihr Ziel und Richtung zu weisen. Damit führte Ernst Thälmann nachdrücklich die gewerkschaftspolitische Orientierung fort, die er auf dem 10. Parteitag und auf der 1. Parteikonferenz gegeben hatte. Das Ringen der Partei um einen stärkeren Einfluß in den Gewerkschaften und ihr Bestreben, die Lage der Arbeiter gegen die Angriffe des Monopolkapitals und der Bürgerblockregierung zu verteidigen, bedingten sich gegenseitig. Ohne stärkere gewerkschaftliche Positionen war es kaum möglich, die Arbeiter in erfolgreiche Streikkämpfe zu führen, aber diese festeren Positionen in den Gewerkschaften konnten wiederum nur durch einen ernsthaften und erfolgreichen Kampf um die unmittelbaren Interessen der Arbeiter errungen werden.

In den folgenden Wochen und Monaten kam es in verschiedenen Industriezweigen zu ausgedehnten und harten Kämpfen um höhere Löhne

und eine kürzere Arbeitszeit, für die Rückeroberung des Achtstundentages. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer suchten im Sinne ihrer reformistischen Vorstellungen die Streiks möglichst rasch durch Vereinbarungen zu beenden. Daher wurden nur sehr begrenzte Erfolge erzielt. Die bedeutendste Aktion dieser Monate war der Streik von über 80 000 Bergarbeitern des mitteldeutschen Industriegebiets im Oktober 1927. Hier ergriffen die kommunistischen Gewerkschafter und Betriebsräte, wie es Ernst Thälmann auf der Parteiarbeiterkonferenz empfohlen hatte, die Initiative und riefen eine breite Bewegung für den Achtstundentag und höhere Löhne hervor. Unter dem Druck dieser Massenstimmung war die Führung des Bergarbeiterverbandes gezwungen, den Streik zu beschließen; im übrigen verhielt sie sich aber völlig passiv und kompromißlerisch. Doch angesichts der einheitlichen und festen Streikfront der Arbeiter kamen die Unternehmer nicht umhin, einer elfprozentigen Lohnerhöhung zuzustimmen.

Auch Ernst Thälmann war im Oktober und November wiederholt in den mitteldeutschen Industriestädten und -dörfern anzutreffen. Ging es darum, Wirtschaftskämpfe vorzubereiten und zu führen sowie deren Erfahrungen auszuwerten, so interessierten ihn nicht nur die Beratungen der Funktionäre, das Erarbeiten von Kampfforderungen, das Entstehen von Streikleitungen und deren Tätigkeit. Thälmann suchte das unmittelbare Gespräch mit den Arbeitern in ihren Wohnungen und – wenn möglich – auch an ihren Arbeitsplätzen. »Es war charakteristisch für ihn«, berichtet der kommunistische Funktionär Sepp Hahn, »daß er sich bei diesen persönlichen Aussprachen für alles interessierte – die Höhe der Mieten, die Ausgaben für Strom und Gas und die Einkommensverhältnisse der gesamten Familie.«[14] Ernst Thälmann nutzte seine Möglichkeiten als Reichstagsabgeordneter und besuchte Betriebe, um sich an Ort und Stelle über die Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen und die Einhaltung der arbeits- und sozialgesetzlichen Bestimmungen zu unterrichten.

Zur selben Zeit, als er sich so energisch für die Entfachung eines breiten Widerstandes gegen die Vorstöße des Unternehmertums einsetzte, entwickelte Ernst Thälmann auch im politischen Kampf gegen die Bürgerblockreaktion neue Initiativen. In Hamburg standen Bürgerschaftswahlen bevor. Ernst Thälmann setzte sich dafür ein, sie zu nutzen, um

14 Sepp Hahn: Mit Ernst Thälmann unterwegs. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 137.

größere Teile der Hamburger Arbeiterschaft gegen die Reaktion in Bewegung zu bringen. Immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen, verkündete er als Spitzenkandidat seiner Partei am Abend des 3. Oktober im Etablissement Sagebiel das Wahlprogramm der KPD: »Die Kommunisten sind für ein rotes Arbeiter-Hamburg, das heißt dafür, daß alle Arbeiter in einheitlicher Front zusammenstehen und zusammen kämpfen für ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen, daß die Arbeiterbewegung in Hamburg stark wird, sowohl in den Betrieben wie auf der Straße. Die Arbeiterschaft muß Hamburg den Stempel ihrer Kraft aufdrücken, daß sich die Unternehmer ducken und die Reaktion [sich] verkriecht.«[15]

Ernst Thälmann betonte besonders die einheitliche Front der Arbeiter, weil er wußte, daß die Kommunisten allein dem Klassenfeind unterlegen bleiben würden, mochten sie sich auch noch so sehr aufopfern. Die notwendige breite Kampffront gegen Monopolkapital, Bürgerblockreaktion und rechtsextremistische Umtriebe konnte nur durch die Aktionseinheit zustande kommen. Deshalb suchte Ernst Thälmann unablässig nach Mitteln und Wegen, zur Einheitsfront zu gelangen. Das war sein Anliegen auch bei den Hamburger Wahlen.

Aber gerade in Hamburg war das äußerst kompliziert. Noch nicht sechs Wochen waren vergangen, seit die Polizei des sozialdemokratischen Senators Schönfelder die für Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti demonstrierenden Arbeiter überfallen hatte; über 30 waren schwer verletzt worden, einer war seinen Verletzungen erlegen. Der sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionssenat hatte die blutigen Ausschreitungen seiner Polizei zum Anlaß genommen, um – wenige Wochen vor den Wahlen – die »Hamburger Volkszeitung« und alle Kundgebungen und Demonstrationen der KPD, darunter eine Versammlung, auf der Ernst Thälmann sprechen sollte, zu verbieten.[16]

Wie die Hamburger Führer der SPD über die Aktionseinheit dachten, konnten die Arbeiter im Leitartikel des sozialdemokratischen »Hamburger Echos« lesen: »Der einzige Feind, den Hamburgs Arbeiterklasse zu fürchten hat, das ist der Feind in ihren eigenen Reihen, dieser Feind, der sich ›Kommunist‹ nennt und nichts anderes ist als ein schmutziger Verräter an der Klasse, dessen Hände von unzähligen Verbrechen beschmutzt sind, die er an der Sache seiner Brüder begangen hat. Den müßt

15 HVZ, 4. Oktober 1927.

16 Vgl. Die Rote Fahne, 28. August 1927.

ihr schlagen.«[17] Mit derart hemmungslosen Verleumdungen sabotierten diese rechten Führer einheitliche Aktionen der Werktätigen gegen die Monopole zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen und richteten den Hauptstoß gegen die KPD, die sich ihrem Kurs widersetzte. Ernst Thälmann verurteilte die Versuche der rechten sozialdemokratischen Führer, im Interesse der Großbourgeoisie »die Arbeiter gegeneinanderzuhetzen«. Er ließ sich durch ihre antikommunistischen Attacken nicht von seinem Bestreben abbringen, nach Wegen zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiter gegen die Großbourgeoisie und die Rechtskräfte zu suchen. Auf die Ergebnisse von kurz zuvor durchgeführten Kommunalwahlen in der Umgebung Hamburgs anspielend, beantwortete er deshalb die sozialdemokratischen Ausfälle mit einem offenen Angebot: »Wir schlagen der SPD vor, ... die Mehrheit von KPD und SPD zur Durchführung der Tagesforderungen der Arbeiter auszunutzen.«[18]

Ernst Thälmann vergaß nie, einen deutlichen Unterschied zwischen den mit der Bourgeoisie verbundenen rechten, extrem antikommunistischen sozialdemokratischen Führern und den vielen Mitgliedern und Funktionären der SPD zu machen, die in der Arbeiterklasse lebten und wirkten. Gerade deren Meinung interessierte ihn; denn sie vor allem waren Vertreter der Massen, mit denen die KPD die Einheitsfront bilden wollte. Er wußte natürlich, daß sie zumeist in reformistischen Gedankengängen befangen waren, aber er verstand auch, daß es mit von der Haltung dieser Sozialdemokraten und Gewerkschafter abhing, ob es gelang, Massen in Bewegung zu bringen, um ihre proletarischen Klasseninteressen in einer einheitlichen Kampffront zu verteidigen.

Deshalb ging Thälmann auch selbst in die sozialdemokratischen Parteilokale. Er war geachtet als harter, aber fairer Gegner im Streit der politischen Meinungen, der nie jemanden persönlich angriff, sondern leidenschaftlich, aber sachlich und gerade deshalb beeindruckend und überzeugend um Klärung rang, als Diskussionspartner, der nicht nur temperamentvoll zu reden, sondern auch geduldig zuzuhören verstand. In den Debatten mit seinen sozialdemokratischen Klassenbrüdern spürte er auch, was in der Politik und in der Massenarbeit der KPD nicht ge-

17 Hamburger Echo, 3. Oktober 1927.

18 HVZ, 4. Oktober 1927. – Am 25. September 1927 hatten Kommunalwahlen in Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg stattgefunden und in allen Fällen eine SPD–KPD-Mehrheit im Kommunalparlament erbracht. (Vgl. Stefan: Die Wahlen in Hamburg. In: Die Internationale, 1927, H. 20, S. 609, 611.)

nügend überzeugte.[19] Auf die Meinungen und Stimmungen dieser Sozialdemokraten, auf ihr Verlangen nach einer Arbeiterpolitik setzte Ernst Thälmann, wenn er an die Sozialdemokratie den Appell zur Zusammenarbeit richtete.

Die Hamburger Wahlen am 9. Oktober 1927 brachten der SPD und der KPD erhebliche Stimmengewinne und in der Bürgerschaft eine starke Mehrheit gegenüber allen anderen Parteien. Das eröffnete der SPD die Möglichkeit, einen Senat ohne großbürgerliche Koalitionspartner zu bilden und ihr Wahlprogramm mit seinen zahlreichen bürgerlich-demokratischen und sozialpolitischen Tagesforderungen voll zu verwirklichen. Die KPD war bereit, die SPD zu diesem Zweck parlamentarisch zu unterstützen. Am 11. Oktober wandte sich die Bezirksleitung Wasserkante der KPD mit einem vom Politbüro des ZK ausgearbeiteten Brief an den Hamburger Vorstand der SPD und den Ortsausschuß des ADGB. Ohne die bestehenden prinzipiellen Differenzen zu verwischen, wurde in dem Brief im Sinne der richtungweisenden Wahlrede Ernst Thälmanns gezeigt, wie SPD und KPD in der Hamburger Bürgerschaft im Interesse der Werktätigen zusammenwirken könnten.

Der SPD wurde vorgeschlagen, »gemeinsam mit der KPD und mit Hilfe der Gewerkschaften ... durch die Parlamentsmehrheit und durch Massenmobilisierung« wichtige soziale und demokratische Maßnahmen durchzusetzen, zum Beispiel eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Staats- und Gemeindearbeiter, -angestellten und -beamten, ein Arbeitsbeschaffungs- und ein Wohnungsbauprogramm, Steuererleichterungen für Kleingewerbetreibende und Kleinbauern bei progressiver Besteuerung der großen Vermögen und Einkommen, Lern- und Lehrmittelfreiheit und die Unterbindung rechtsextremistischer Aktivitäten. Dann hieß es weiter: »Die Kommunistische Partei erklärt ihre Bereitschaft, einer sozialdemokratischen Regierung in Hamburg die Möglichkeit des Bestehens und Arbeitens zu geben, wenn sie diese Mindestforderungen durchführt.« In diesem Falle »wird die KPD sie in jeder Weise gegen alle arbeiterfeindlichen Anträge und sonstigen Vorstöße der bürgerlichen Parteien halten und sie bei der Durchführung der Arbeiterforderungen unterstützen«.[20] Abschließend regte die KPD eine Besprechung von Vertretern der KPD, der SPD und des ADGB an.

Diese Aussprache fand am Nachmittag des 26. Oktober im Hamburger

19 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

20 Dokumente und Materialien ..., Bd. VIII, S. 603, 605.

Gewerkschaftshaus statt. Welche Bedeutung die KPD den Verhandlungen beimaß, war schon daraus zu ersehen, daß ihre Delegation von Ernst Thälmann geleitet wurde. Das Sekretariat des ZK hatte ihn – zusammen mit dem Mitglied des Sekretariats Paul Dietrich – am 17. Oktober »zur Unterstützung der Hamburger Genossen«[21] entsandt.

Die von dem Vorsitzenden der Hamburger SPD, Max Leuteritz, und dem Vorsitzenden des ADGB-Ortsausschusses, John Ehrenteit, geleiteten Delegationen der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsführung erschienen entgegen einer zuvor getroffenen Vereinbarung nicht mit je drei, sondern mit insgesamt elf Vertretern. Sie kamen offenbar nur in der Absicht, sich ein Alibi zu verschaffen; denn in der Tat war die SPD bereits am 24. Oktober in vertrauliche Koalitionsgespräche mit der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei eingetreten. Deshalb stellte der Verhandlungsleiter – Ehrenteit vom ADGB – die ultimative Forderung, von den Fragen auszugehen, die der ADGB-Ortsausschuß in seiner Antwort auf den Brief der KPD vom 11. Oktober aufgeworfen hatte, die jedoch keinerlei greifbare Vorschläge zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen enthielten.[22] Ein solches Vorgehen widersprach der vorherigen Vereinbarung, daß die Vorschläge aller drei Verhandlungspartner die Grundlage der Diskussion bilden sollten.

Diese Provokationen scheiterten aber an der besonnenen Haltung Ernst Thälmanns.[23] Er äußerte sein Bedauern, daß die Verhandlungspartner noch immer kein konkretes Programm – wie die KPD – vorgelegt hätten, über das man diskutieren könne. Ehrenteit und die anderen sozialdemokratischen Vertreter versuchten die KPD darauf festzulegen, daß sie als verbindlichen Maßstab der anzustrebenden Maßnahmen die »staatspolitischen Möglichkeiten des hamburgischen Staates«[24] anerkenne, wie es in gutbürgerlichem Koalitions-Deutsch hieß. Thälmann deckte den Klasseninhalt dieser von bürgerlichem Staatsdenken getragenen Fragestellung auf und legte den prinzipiellen, proletarischen Standpunkt der Kommunisten dar: »Die ›staatspolitischen Möglichkeiten‹ können nicht Gesichtspunkte sein, denn sie sind die Schranken, die die

21 IML, ZPA, 3/19/597.

22 Vgl. Hamburger Echo, 27. Oktober 1927. – Dokumente und Materialien ..., Bd. VIII, S. 605–609.

23 Vgl. HVZ, 27. Oktober 1927.

24 Der Schwindel von der Einheitsfront. Die Hamburger Verhandlungen und die Regierungsbildung zwischen SPD und KPD. Stenographischer Bericht, o. O. u. J., S. 37.

Bourgeoisie gegen die Arbeiterforderungen aufrichtet.«[25] Damit zog er eine deutliche Grenze gegen das Bestreben, Arbeiterforderungen so zurechtzustutzen, daß sie für die Großbourgeoisie akzeptabel sind, und dem politischen Auftreten der Arbeiter und ihrer Organisationen die Zwangsjacke einer bürgerlichen Politik anzulegen.

Als sich eine Diskussion darüber entspann, wie die Mittel für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der werktätigen Massen aufzubringen wären, erklärte Thälmann im Namen der KPD, daß dies nur auf Kosten der Besitzenden geschehen dürfe. Er verwies auf die Vorschläge der KPD und nannte als Finanzquellen, die im Interesse der werktätigen Massen zu erschließen waren und durchweg im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten lagen, die progressive Besteuerung der großen Vermögen und Einkommen, die ausschließliche Verwendung des Hauszinssteuerertrags für den Wohnungsbau, die Herabsetzung der Ausgaben für Polizei und Justiz, die Einführung einer Luxussteuer und weiterer Besitzsteuern.

Die sozialdemokratischen Vertreter wollten diesen Vorschlägen keinesfalls zustimmen, vermochten aber auch keine Gegenargumente vorzubringen, die sie öffentlich hätten vertreten können. Ihre Beweggründe ließ Richard Perner durchblicken, indem er zu bedenken gab, daß »es sehr schwierig ist, die notwendigen Besitzsteuern durchzuführen und auch einzutreiben«[26]. Die rechten Führer der Hamburger Sozialdemokratie heuchelten Unverständnis, weil sie auf gar keinen Fall einem Etat und einer Steuerpolitik zustimmen wollten, die sie gezwungen hätten, die Interessen der Bourgeoisie zu beeinträchtigen und gegen das Unternehmertum vorzugehen.

Deshalb brachten die sozialdemokratischen Vertreter schließlich unter Ehrenteits Regie die Verhandlungen zum Scheitern, indem sie ultimativ den Eintritt von Kommunisten in den Senat zur Vorbedingung für eine Verständigung über die Ausnutzung der SPD-KPD-Mehrheit in der Bürgerschaft machten. Das war, wie Ernst Thälmann darlegte, nicht möglich, weil der Senat eine bürgerliche Regierung war, woran die KPD zu dieser Zeit nichts ändern konnte und die SPD grundsätzlich nichts ändern wollte.[27]

25 HVZ, 27. Oktober 1927.
26 Hamburger Echo, 27. Oktober 1927.
27 Vgl. Der Schwindel von der Einheitsfront, S. 49/50, 68–70, 72/73. – HVZ, 27. Oktober 1927.

Die KPD hielt zwar die Bildung gemeinsamer Regierungen mit Sozialdemokraten für grundsätzlich durchaus möglich, aber nicht in jeder beliebigen Situation. In einer Erklärung des Zentralkomitees vom 28. Oktober 1927 wurde ausdrücklich festgestellt, daß die »Beteiligung von Kommunisten an einer Regierung mit Sozialdemokraten« sicher »gegenwärtig die Partei und die Arbeiter nur verwirren würde«, jedoch »in einer anderen Situation« als Aktionslosung gelten könne.[28] Eine derartige »andere« Situation bedeutete vor allem: eine akute Krise der bürgerlichen Herrschaft mit weitgehender Schwächung des bürgerlichen Staatsapparats, einen revolutionären Aufschwung der breiten Massen, die Teilnahme bedeutender Teile der Sozialdemokratie am aktiven antiimperialistischen Kampf und ihre Bereitschaft zur Einheitsfront mit den Kommunisten.[29] Im Oktober 1927 aber konnte von einer solchen Situation nicht die Rede sein, am allerwenigsten, was die Position der Sozialdemokratie anging. Für einen Eintritt von Kommunisten in den Hamburger Senat fehlten also jegliche Voraussetzungen.

Die Hamburger SPD-Führer spielten die Frage einer kommunistischen Beteiligung am Senat künstlich hoch, um von dem abzulenken, was durchaus möglich war und was die KPD vorgeschlagen hatte: die parlamentarische Stützung eines sozialdemokratischen Senats durch die KPD, wenn er Arbeiterforderungen erfüllte und die Rechtsgefahr bekämpfte, das heißt, die Wahlversprechungen der SPD verwirklichte. Dazu aber wollten sich die sozialdemokratischen Führer um keinen Preis verpflichten. Daher antwortete Max Leuteritz, als die kommunistische Delegation ihr Angebot wiederholte, einen sozialdemokratischen Senat parlamentarisch und außerparlamentarisch gegen die Rechtskräfte zu verteidigen: »Eine solche Regierung zu bilden mit dem Strick um den Hals lehnen wir ab.« Ernst Thälmann parierte sofort mit der Frage: »Ist das kein Strick um den Hals mit der Deutschen Volkspartei?« Da versicherte Leuteritz: »Das ist kein Strick um den Hals.«[30] Er brachte damit eindeutig zum Ausdruck, daß für die sozialdemokratischen Führer eine Koalition mit großbürgerlichen Parteien, um bürgerliche Politik zu treiben, selbst-

28 IML, ZPA, 3/19/1284.
29 Vgl. Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. In: Ausgewählte Schriften in drei Bänden, Bd. 2, Berlin 1958, S. 598–603.
30 Der Schwindel von der Einheitsfront, S. 55.

verständlich, hingegen ein Abkommen mit der KPD, um gemeinsam Arbeiterforderungen durchzusetzen, einfach indiskutabel war.

Ehrenteit brach die Verhandlungen ab. Die Haltung der sozialdemokratischen Politiker hatte es unmöglich gemacht, das parlamentarische Übergewicht von SPD und KPD zugunsten der Werktätigen auszunutzen. Ungeachtet dessen bekräftigte Ernst Thälmann den konstruktiven Standpunkt der Kommunisten. Die KPD werde jeden Schritt der SPD, der im Sinne der Arbeiterforderungen läge, unterstützen.[31]

Die KPD setzte ihre Bemühungen fort, eine Einheitsfront gegen den Bürgerblock herbeizuführen und die SPD vom Koalitionskurs abzubringen. In der Sitzung der Bezirksleitung Wasserkante der KPD am 3. November 1927 betonte Ernst Thälmann eindringlich, daß »die Hauptaktion ist und sein muß der Kampf gegen den Bürgerblock«. Er unterstrich, daß die Kommunisten »trotz Verrats der SPD-Führer – und ohne daß sie unsere Forderungen anerkennen – bereit sind, sie eine Regierung bilden zu lassen«.[32] Die von der KPD aufgestellten Minimalforderungen gelte es dann durch den »Druck von unten«, von den Betrieben und Gewerkschaften her, durchzusetzen.

Die Frage trat noch einmal in den Vordergrund, als das Wahlergebnis für ungültig erklärt wurde und sich Neuwahlen erforderlich machten. Wie Thälmann in einer Rede auf dem Bezirksparteitag Wasserkante am 17. Dezember feststellte, bestand die Aufgabe darin, die SPD-Führer zu zwingen, ihre gegenwärtige Politik aufzugeben und die großbürgerlichen Parteien zu bekämpfen. Das konsequente Eintreten der KPD für die Einheitsfront gegen den Bürgerblock fand bei der Wiederholung der Bürgerschaftswahl am 19. Februar 1928 seinen Niederschlag. Während die KPD 4000 Stimmen gewann, bezahlte die SPD ihren arbeiterfeindlichen Koalitionskurs mit Stimmeneinbußen und dem Verlust von drei Mandaten.[33]

Wenn Ernst Thälmann im Herbst 1927 den Hamburger Kommunisten mit Rat und Tat zur Seite stand, dann erfüllte er damit nicht nur eine ihm als Vorsitzendem des ZK der KPD übertragene wichtige Aufgabe. In seiner Vaterstadt Hamburg, inmitten ihrer Arbeiter zu weilen war ihm

31 Vgl. HVZ, 27. Oktober 1927. – Hamburger Echo, 27. Oktober 1927.

32 IML, ZPA, 31/1/658.

33 Vgl. ebenda, 30/657. – Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt. Siebenundvierzigster Jg. (Im folgenden: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg.) 1928, Berlin 1928, S. 582/583.

stets ein echtes Bedürfnis. Nicht Sentimentalität zog ihn in die »engere Heimat, aus der ich herausgewachsen und in die ich immer wieder zurückgekehrt bin«, wie er später schrieb. Hier, wo er viele Jahre seines Lebens das Dasein eines schwerarbeitenden, niedrigbezahlten, täglich um seine Existenz ringenden Proletariers geführt hatte, wo er Klassenkämpfer, Kommunist geworden, schließlich zum Arbeiterführer gereift war, hier fühlte er wohl am engsten die Bindung zu seiner Klasse, aus der er immer neue Kraft schöpfte. »Die Hamburger Arbeiter und Angestellten waren und sind stets meine engsten Brüder« – diese Worte, geschrieben im faschistischen Kerker, deuten an, was ihn am stärksten an diese Stadt band.[34]

Kam Ernst Thälmann nach Hamburg, dann versäumte er es nie, seine Frau und seine Tochter mit irgendeiner Kleinigkeit zu erfreuen. Die kleine Irma wurde nicht müde, dem Vater, den sie wochenlang entbehrt hatte, von ihren Kindererlebnissen zu erzählen. Sie war empört, wenn Vater schließlich sagte: »Geredet hast du ja genug, nun sing mal ein Weilchen!« Denn auch die Eheleute wollten sich ja aussprechen; besonders für Rosa Thälmann vergingen die Stunden wie im Fluge. Ihr Leben an der Seite des Führers von Millionen revolutionärer Arbeiter Deutschlands war nicht einfach – niemand wußte das besser als er selbst. Um so mehr erfüllte es ihn mit Freude, Stolz und tiefer Dankbarkeit, wie Rosa, diese einfache Arbeiterfrau, in guten und schlechten Tagen zu ihm hielt, immer bereit, Mühen und Sorgen auf sich zu nehmen, auch in schwierigsten Situationen verläßlich, stets der Tochter eine gute Mutter und ihm eine wirkliche Kampfgefährtin. »Gerade dieses Leben« – schrieb er Rosa zu ihrem 47. Geburtstag aus dem faschistischen Kerker – »hat uns charakterlich gefestigt, hat uns so innig und treu miteinander verbunden und diese vollwertige Ehegemeinschaft geschaffen.«[35]

Manchmal ergab es sich, daß Vater, Mutter und Tochter gemeinsam zu einer Veranstaltung der KPD gingen – aber stets nur bis vor das Kundgebungslokal. Dann waren Rosa und Irma unter den Hunderten oder Tausenden Versammelten. Sosehr Ernst Thälmann Frau und Tochter liebte, immer bedacht war, sie durch kleine Freuden für das ständige Getrenntsein zu entschädigen, sowenig duldete er es, daß seine Familie aus dem großen Kreise der Genossen in irgendeiner Weise herausgehoben

34 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 133, 136.

35 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 31. – Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 168.

wurde. »Wir waren ein Teil der großen Familie, der Partei, und von uns verlangte Vater äußerste Disziplin und Bescheidenheit.«[36]

Dieser größeren Familie, der Partei, gehörte auch der größere Teil der Zeit Ernst Thälmanns, selbst an den wenigen Tagen, an denen er sich zu Hause aufhielt. Seine Mitarbeit in der Bezirksleitung Wasserkante, in die er auch auf dem Bezirksparteitag im Dezember 1927 wiedergewählt wurde[37], die unmittelbare Tätigkeit in einem der wichtigsten Parteibezirke, half ihm, sich ein genaueres Bild von der Arbeit der Partei zu machen. Sie erleichterte es ihm, ständig zu überprüfen, wie die Tätigkeit des Zentralkomitees, seines Politbüros und Sekretariats und besonders auch seine eigene Arbeit als Vorsitzender in den Bezirken und in den unteren Parteiorganisationen bis hin zu den Zellen wirksam wurden, wie die Beschlüsse der Parteiführung »unten« ankamen.

Fuhr Thälmann an einem Wochenende nach Hamburg, um an einer Sitzung der Bezirksleitung Wasserkante teilzunehmen, dann versuchte er es immer so einzurichten, daß er schon am Freitag in Hamburg eintraf. Mit großer Vorsicht verließ er den Bahnhof, um nicht Mitgliedern des Sekretariats der Bezirksleitung in die Arme zu laufen, die vielleicht irgendwie von seinem Kommen erfahren hatten, ihn nun »abfangen« wollten und dann bis zur Sitzung nicht mehr freigegeben hätten. Daran lag ihm gar nichts. Nicht etwa, weil er für das Anliegen der Genossen kein Verständnis gehabt hätte. Aber erst wollte er sich umsehen, Eindrücke gewinnen, sich selbst ein Bild machen. So schlenderte er lieber durch die Straßen, suchte alte, ihm seit Jahrzehnten bekannte Kutscherlokale auf, wo er stets frühere Arbeitskollegen traf, knüpfte Gespräche mit Chauffeuren an, die tagaus, tagein mit Menschen der verschiedensten Schichten zusammenkamen, viel sahen, viel hörten. Oder er ging in die Verkehrslokale der Hafen- und Werftarbeiter und seiner alten Bekannten aus den Wäschereien.[38] Hier sammelte Thälmann Informationen, Eindrücke, Erfahrungen, die ihm keine kommunistische Versammlung, keine Beratung mit leitenden Funktionären ersetzen konnte.

Eines Tages grüßte ihn auf der Straße eine junge Arbeiterin, die Wäsche austrug. Auf seine Frage, woher sie ihn denn kenne, erfuhr er, daß sie Mitglied des KJVD war und ihn auf kommunistischen Veranstaltungen gesehen und gehört hatte. Nun fragte Thälmann sie aus: Welcher KJVD-

36 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 20.
37 Vgl. IML, ZPA, 30/567.
38 Vgl. ebenda, NL 3/69.

Gruppe sie angehöre, wie ihre Familie politisch und gewerkschaftlich organisiert sei, was sie verdiene, ob sie mit einem Kohle- oder mit einem Gasbügeleisen bügle. Er war ein teilnahmsvoller, sachkundiger, lebenserfahrener Gesprächspartner. »Wenn man mit ihm sprach, hatte man nie das Gefühl, daß er der erste Mann an der Spitze der Partei war. Er gehörte einfach zu uns, war unser Kumpel, dem man blind vertrauen konnte.«

Aber nicht nur zu Arbeitern fand Ernst Thälmann rasch Kontakt. Lebhaft interessierte ihn auch die Lage der Mittelschichten. Als er noch in Hamburg wirkte, pflegte er nicht von ungefähr einmal im Monat zu einem Skatabend in einem Eppendorfer Lokal zu gehen, in dem vorwiegend kleine Handwerksmeister und Ladeninhaber verkehrten. Nicht nur die Leidenschaft des Skatspielers zog ihn dorthin. Diese Skatabende mit typischen Mittelständlern, die sich bei Bier und Skat über ihre Geschäfte, ihre Erwartungen und Sorgen aussprachen, vermittelten Thälmann wertvolle, lebensnahe Einblicke in die Existenzbedingungen und politischen Stimmungen der Mittelschichten. Auch als er schon längst in Berlin tätig war, meldete er sich von Zeit zu Zeit zu diesen Skatabenden an, die nun seitens seiner kleinbürgerlichen Skatpartner noch regeres Interesse – weit über den Eppendorfer Stadtteil hinaus – fanden. Die Wirkung dieser Kontakte zeigte sich nicht selten auch darin, daß diese Geschäftsleute bereitwillig für Zwecke der proletarischen Solidarität spendeten.

Thälmanns Reden in den Sitzungen der Bezirksleitung beeindruckten die Genossen durch ihre Klarheit. »Man verstand ihn auf Anhieb. Er sprach prononciert, in harten, kurzen Sätzen. Gestenreich. Seine Aussagen mit heftigen Hand- und Armbewegungen unterstreichend.«[39] Seine Fragen und Zwischenrufe lenkten die Aufmerksamkeit auf das Wesentliche, führten zum Kern der Sache und legten die schwachen Punkte bloß. Immer wieder überraschte er die Genossen durch eine erstaunliche Sachkenntnis. »Der Alte braucht nur vom Hauptbahnhof bis St. Pauli zu gehen, und er weiß besser, was in Hamburg los ist, als wir.«[40] Es war das »Geheimnis« seiner außergewöhnlich engen Verbindung mit den Massen.

Im Anschluß an die Bezirksleitungssitzungen verbrachte man häufig noch einige Stunden im Dragonerstall – einem wie das Parteibüro am

39 Ebenda, EA 1400/1. – Vgl. auch ebenda, NL 3/69.
40 Paul Tastesen: Wie ich Ernst Thälmann sah. In: Weg und Ziel. Mitteilungsblatt der KPD Wasserkante (Hamburg), 16. April 1946.

Valentinskamp gelegenen Lokal – bei einem Imbiß und vor allem einem zünftigen Skat. Thälmann genoß diese kargen Stunden der Entspannung, gab Witze zum besten und frozzelte seine Skatpartner. Gern schob er auch auf der Kegelbahn eine Kugel.[41]

Seine enge Verbundenheit mit den Werktätigen, das Vertrautsein damit, wie die Arbeiter dachten, hatte Ernst Thälmann wesentlich mit dazu bestimmt, sich so hartnäckig darum zu bemühen, die Sozialdemokratie für ein gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter zu gewinnen. Die Hamburger Erfahrungen zeigten, daß der Opportunismus der rechten sozialdemokratischen Führer, die den Klassenkampf durch Klassenzusammenarbeit ersetzen wollten, dem einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital und seine reaktionäre Regierung als außerordentlich großes und schwer zu überwindendes Hindernis entgegenstand. Auf der Tagung des ZK der KPD am 8. Dezember 1927 analysierte Ernst Thälmann im politischen Referat diese Erfahrungen und untersuchte die Stellung und Politik der Sozialdemokratie seit ihrem Kieler Parteitag vom Mai 1927.

Er kennzeichnete die Haltung der SPD-Führer zum Bürgerblock als Scheinopposition. Die SPD führte in Preußen wie in den anderen Ländern, in denen sie weiterhin in der Regierung saß, die Bürgerblockpolitik aus; die Hamburger Verhandlungen hatten das soeben erneut bewiesen. Insbesondere lehnten die maßgeblichen Politiker der SPD Massenaktionen prinzipiell ab. Ihre Anpassung an die Politik der imperialistischen Bourgeoisie offenbarte sich, wie Thälmann ausführte, auch darin, daß sie die Wiederaufrüstung deckten und die imperialistische Außenpolitik Gustav Stresemanns als angebliche »Friedenspolitik« anpriesen. Das zeugte von einer Rechtsentwicklung, die nicht nur zur völligen »Liquidierung des Marxismus« in der Programmatik der SPD führte, sondern auf »die Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung« überhaupt zielte.[42] Damit einher ging eine verschärfte antikommunistische Hetze. Auf dem Kieler Parteitag der SPD wurden der forcierte Monopolisierungsprozeß und die Weiterentwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus als Schritte zum Sozialismus gewertet. Ausgehend von ihrer reformistischen Konzeption in der Machtfrage, hatten die rechten Führer der Sozialdemokratie auf dem Kieler Parteitag ihre Mitarbeit im imperialistischen Staatsapparat als »Kampf um die Eroberung der Staatsmacht« ausgegeben und

41 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.
42 Vgl. ebenda, I 2/1/59.

ihren Kurs auf eine Koalition mit großbürgerlichen Parteien als grundlegende Orientierung der SPD bekräftigt.[43]

Ernst Thälmann umriß auf der Tagung des ZK der KPD die Aufgaben, die sich für die Partei angesichts des Koalitionskurses und der reformistischen Propaganda der SPD sowie der kleinbürgerlichen Illusionen vieler sozialdemokratischer Arbeiter ergaben. Schon als er im Politbüro die Hamburger Verhandlungen ausgewertet hatte, regte er an, die marxistische Staatsauffassung und die Rolle der Kommunistischen Partei als Schwerpunkte der ideologischen Arbeit zu behandeln, und das Politbüro hatte seinem Vorschlag entsprechend beschlossen.[44] Vor dem Zentralkomitee legte er dar, wie diese Auseinandersetzung zu führen sei. Die sozialdemokratische Führung versuche, in der Arbeiterklasse den Eindruck zu erwecken, daß sie mit ihrer parlamentarischen Opposition gegen die Bürgerblockregierung »die Frage der Macht aufrollt«. Sie propagiere die Vorstellung, daß es die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse bedeute, wenn die SPD die parlamentarische Mehrheit erringe und die Regierung bilde. Schon die Beteiligung an einer Koalitionsregierung gebe sie als Erringung eines Anteils an der politischen Macht aus. Man müsse, so erklärte Thälmann in der Auseinandersetzung mit diesen trügerischen reformistischen Parolen, den gegensätzlichen Klasseninhalt der marxistischen und der reformistischen Staatsauffassung herausarbeiten. Es gelte nachzuweisen, daß die sozialdemokratische Theorie und Praxis in der Staatsfrage »eine Schwächung des Proletariats bedeutet« und auf eine Befestigung der Macht der deutschen Bourgeoisie hinauslaufe.[45]

Als Ernst Thälmann diese Aufgabe in der Bezirksleitung Wasserkante erläuterte, verlangte er, »die Staatsfrage mit den Wirtschaftskämpfen in Verbindung zu bringen«[46]. An Hand ihrer unmittelbaren Erfahrungen im Klassenkampf könnten die Arbeiter sich am besten vom kapitalistischen Klassencharakter des Staates überzeugen. Anknüpfend an die praktischen Erfahrungen der Arbeiter, müßten die Kommunisten nachweisen, daß nur im Ergebnis des Sturzes der Bourgeoisie ein Staat geschaffen werden kann, der die Macht der Arbeiterklasse verkörpert. Ernst Thäl-

43 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 168–173, 265/266.
44 Vgl. IML, ZPA, 3/1/604.
45 Ebenda, I 2/1/59.
46 Ebenda, 31/1/619.

mann betonte nachdrücklich, wie wichtig Klarheit gerade in der Staatsfrage ist: »Wenn das theoretische Niveau unserer Funktionäre ausreichen würde, damit sie in den Betrieben gegenüber dieser reformistischen Taktik, gegenüber dieser falschen Staatsauffassung, gegenüber diesen absolut bürgerlichen Illusionen, die die SPD in die deutsche Arbeiterbewegung hineinträgt, unsere Staatstheorie den Arbeitern klarmachen, dann würden wir auch auf allen anderen Gebieten weit größere Erfolge haben.«[47]

Ernst Thälmann setzte sich auch mit den Behauptungen der sozialdemokratischen Politiker auseinander, wenn die KPD nicht wäre, sei leichter eine »Arbeitermehrheit« zu erreichen. Er wies nach, daß die SPD immer wieder die Interessen der Arbeiterklasse den Forderungen ihrer bürgerlichen Koalitionspartner geopfert hatte. Eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit sei keineswegs eine Arbeitermehrheit. Nur dem Auftreten der Kommunisten gegen die Großbourgeoisie und die opportunistische Politik sei es zu danken, daß die Reformisten nicht noch viel weitgehender die Arbeiterinteressen preisgäben. Allein die KPD könne Klarheit über die proletarischen Klasseninteressen schaffen, den Weg zum Sozialismus erhellen und die Arbeiterklasse diesen Weg führen. Nicht zuletzt deshalb sei sie verpflichtet, sich intensiver mit der sozialdemokratischen Politik und Ideologie, vor allem in der Machtfrage, auseinanderzusetzen.

Auch in seinen Reden am zehnten Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – am späten Vormittag sprach er auf der Hamburger Moorweide, am Abend im Hallenser Volkspark – hatte Thälmann die entscheidende Lehre des Sieges der russischen Arbeiter und Bauern unterstrichen, daß die Arbeiterklasse nicht zur Macht gelangen kann, ohne die reformistischen Einflüsse zu überwinden.[48]

Klarheit vor allem in der Machtfrage war indessen nicht nur wegen der Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Opportunismus notwendig. Angesichts der sich ausdehnenden und verschärfenden Klassenauseinandersetzung mußten Richtung und Ziele des Kampfes gegen das Monopolkapital und die Bürgerblockregierung theoretisch gründlich fundiert werden. Das war um so dringlicher, als sozialdemokratische Führer wie der Reichstagspräsident Paul Löbe jetzt eine Art Neuauflage ihres Sozialisierungsschwindels von 1919 propagierten und von einer

47 Ebenda, I 2/1/59.

48 Vgl. Klassenkampf, 8. November 1927.

Enteignung der Monopolherren redeten[49], um ihren Einfluß auf die in Bewegung geratenen Arbeiter nicht zu verlieren und durch diese Fehlorientierung zugleich mögliche wirksame Aktionen gegen die Unternehmer zu verhindern.

Auch bei einigen Funktionären der KPD zeigten sich prinzipielle Unklarheiten in diesen wichtigen Fragen. So wurde die Meinung vertreten, die Partei solle die sofortige Enteignung und Verstaatlichung stillgelegter Hüttenbetriebe als Aktionslosung aufstellen. Heinrich Brandler und andere bestanden darauf, an Stelle der Losung »Sturz der Bürgerblockregierung!« die Forderung nach Produktionskontrolle zur zentralen Losung der Partei zu machen.

Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Arthur Ewert, Fritz Heckert, Paul Merker, Walter Ulbricht und andere Funktionäre widersprachen dem. Natürlich seien die Kommunisten für die Verstaatlichung der Industrie und für die Arbeiterkontrolle der Produktion, erklärte Thälmann, aber diese Forderungen könnten nicht ohne Beachtung der realen Gegebenheiten des Klassenkampfes, nicht in jeder beliebigen Situation aufgestellt werden. Ausgerechnet von der reaktionärsten Regierung seit der Novemberrevolution, in der es nicht einmal bürgerliche Demokraten gab, die Verstaatlichung der Hüttenindustrie zu verlangen, fördere nur reformistische Illusionen über den bestehenden Staat und seinen imperialistischen Charakter[50], zumal das Gewicht der Arbeiterklasse im politischen Leben nicht ausreiche, um durchsetzen zu können, daß Verstaatlichungsmaßnahmen wenigstens in bestimmtem Umfang den Werktätigen zugute kämen. Das wurde durch die Verhältnisse in den schon bestehenden staatlichen Betrieben hinreichend bewiesen.

Ähnlich verhielt es sich mit der Losung der Produktionskontrolle. Ernst Thälmann zog W. I. Lenins grundlegende Schrift »Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll« – die er beispielsweise auf dem Bezirksparteitag Wasserkante im Dezember 1927 den Genossen »gerade jetzt zu studieren« empfahl – und weitere Arbeiten Lenins aus dem Jahre 1917 zu Rate. Er ging davon aus, daß Lenin in der Produktionskontrolle einen Akt revolutionärer Gewalt des Proletariats, das über reale Machtpositionen verfügt, sah.[51] Die Arbeiterklasse sei aber zur Zeit nicht

49 Vgl. Paul Löbe: Gegen die Kapitalsmonarchen! Die Lehre von Essen. In: Vorwärts (Berlin), 8. Dezember 1927, Morgenausgabe.

50 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/59.

51 Vgl. ebenda, 30/567. – Es handelt sich um die Aprilthesen und die Resolution über

in der Lage, eine Arbeiterkontrolle der Produktion wirklich durchzusetzen. Erst im Verlaufe eines revolutionären Aufschwungs werde es möglich sein, den Kampf um die Kontrolle der Produktion auf die Tagesordnung zu setzen.[52]

Heinrich Brandler und seine Freunde faßten die Losung der Produktionskontrolle jedoch anders auf; sie wollten darunter nur das Recht der Betriebsräte, die Geschäftsbücher und Bilanzen zwecks Verhinderung von Gewinnverschleierung einzusehen, und ähnliche Schritte verstanden wissen.[53] Solche Maßnahmen hielt Ernst Thälmann an sich für richtig, sie aber als Arbeiterkontrolle der Produktion ausgeben hieß seiner Meinung nach, diese Losung zu entwerten und letzten Endes die Machtfrage zu verwischen. Es sei abwegig, derartige Schritte als »zentrale Losung« in den Mittelpunkt der Politik der Partei zu rücken, weil damit der Kampf der Arbeiterklasse gegen das Monopolkapital auf Seitenwege abgedrängt werde. Das Wichtigste seien jetzt, betonte Ernst Thälmann, die Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben. Sie gelte es auszuweiten unter Aktionslosungen wie Lohnerhöhung, Sicherung des Achtstundentages, gegen den Raub des Streikrechts, für erweiterte Rechte der Betriebsräte.

Das waren Losungen, die an die unmittelbaren Interessen der Arbeiter anknüpften und diesen viel verständlicher waren. Dasselbe galt für Aktionen gegen den Justizterror des Bürgerblocks, gegen Mieterhöhungen und den Raub des Mieterschutzes, gegen die Kulturreaktion.[54] Aus Kämpfen mit derartigen konkreten Teilzielen konnte eine breite Bewegung zum Sturz der Bürgerblockregierung entstehen, den die KPD als nächstes Ziel in ihrem Kampf um die proletarische Diktatur betrachtete, wie es in der Resolution des Zentralkomitees zum Referat Ernst Thälmanns auf der Septembertagung 1927 hieß.[55]

Die KPD unterschied dieses nächste Ziel deutlich vom Kampf um die proletarische Machtergreifung. Die Parteiführung erblickte in der Verdrängung der Rechtsparteien aus der Regierung und in einem Linksruck breiter Massen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten, verbunden mit

ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung. (Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 24, S. 3–8, 516–518; Bd. 25, S. 327–377, insbesondere S. 364–371.)

52 Vgl. Ernst Thälmann: [Rede auf dem Bezirksparteitag Großthüringen am 30. Oktober 1927]. In: Neue Zeitung, 5. November 1927. – IML, ZPA, I 2/1/59.

53 Vgl. Das »Aktionsprogramm« des Genossen Brandler. Antwort des Polbüros des ZK der KPD. In: Die Kommunistische Internationale, 1928, H. 2, S. 95/96.

54 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/59; 30/657. – Die Rote Fahne, 30. November 1927.

55 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 581/582.

der Durchsetzung demokratischer und sozialer Tagesforderungen, den möglichen Ausgangspunkt für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen, die an den Kampf um die politische Macht heranführen konnte. Ernst Thälmann drang deshalb darauf, die Tagesforderungen deutlicher in ihrem Zusammenhang mit dem Endziel zu erläutern. Es ging ihm darum klarzustellen, daß die KPD mit ihren Teilforderungen nicht bezweckte, die kapitalistische Ordnung auf reformistische Weise zu sanieren, sondern daß sie einen besseren Kampfboden für die Beseitigung dieser Ordnung schaffen wollte. Im übrigen wies Thälmann nachdrücklich darauf hin, daß die kommunistische Partei selbstverständlich den Kampf um Reformen im Rahmen der bestehenden Ordnung führe. Sie müsse sich jedoch dabei stets bewußt bleiben, daß auf diesem Wege die Machtfrage nicht zugunsten der Arbeiterklasse zu lösen sei.[56]

8

Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse – die Kernfrage

Ende 1927 drängte der Reichsverband der Deutschen Industrie immer energischer darauf, daß die Regierung die wirtschaftspolitischen Forderungen des Großkapitals rigoros durchsetze. Am 23. November 1927 übergab er dem Reichskanzler eine interne Denkschrift, in der es ganz unverblümt hieß, daß mit der Durchführung der Maßnahmen, die der Reichsverband schon im September gefordert hatte, »eine sehr einschneidende Verfassungsänderung verbunden ist«[1]. Am 19. Dezember 1927 systematisierten und konkretisierten die zentralen Unternehmerverbände die Forderungen der Industriekapitäne in einem sogenannten

56 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/58; I 2/1/59.

1 Aide-mémoire des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Zit. nach Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin (West) 1963, S. 662. – Auszugsweise veröffentlicht in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 4, Berlin 1966, S. 485–487.

Notprogramm.[2] Die Monopole verlangten darin eine radikale Abwälzung der Steuerlasten auf die Werktätigen. Die sozialen Aufwendungen seien rücksichtslos zu drosseln. Die Reichsregierung müsse gegenüber den Parlamenten in Reich, Ländern und Gemeinden diktatorische Vollmachten erhalten, um dies durchsetzen zu können.

Der Vorstoß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unterstrich, wie notwendig es war, die Monopolbourgeoisie wirkungsvoller und zielbewußter zu bekämpfen. Zwei Tage nach der Veröffentlichung des »Notprogramms« wurde im Politbüro des ZK erörtert, was zu tun sei, um das antidemokratische Konzept des Monopolkapitals zu vereiteln. Am 3. Januar 1928 ergriff Ernst Thälmann in einer Sitzung der Bezirksleitung Wasserkante in der Diskussion zum Tagesordnungspunkt »Das Notprogramm der Trustbourgeoisie und unsere Aufgaben« das Wort. Er meinte, man müsse jetzt alle wirtschaftlichen und politischen Tageskämpfe jenen Zielen der deutschen Bourgeoisie entgegenstellen, die die Unternehmerverbände verkündet hatten. Die Absichten der imperialistischen Bourgeoisie könnten vereitelt werden, betonte er, wenn es gelänge, systematischen Widerstand zu leisten. Sonst habe die Bourgeoisie die Möglichkeit, eine offene Diktatur in Deutschland zu errichten; eine überspitzte Einschätzung der bereits angewandten Herrschaftsmethoden – zum Beispiel als faschistisch – sei jedoch unangebracht.[3]

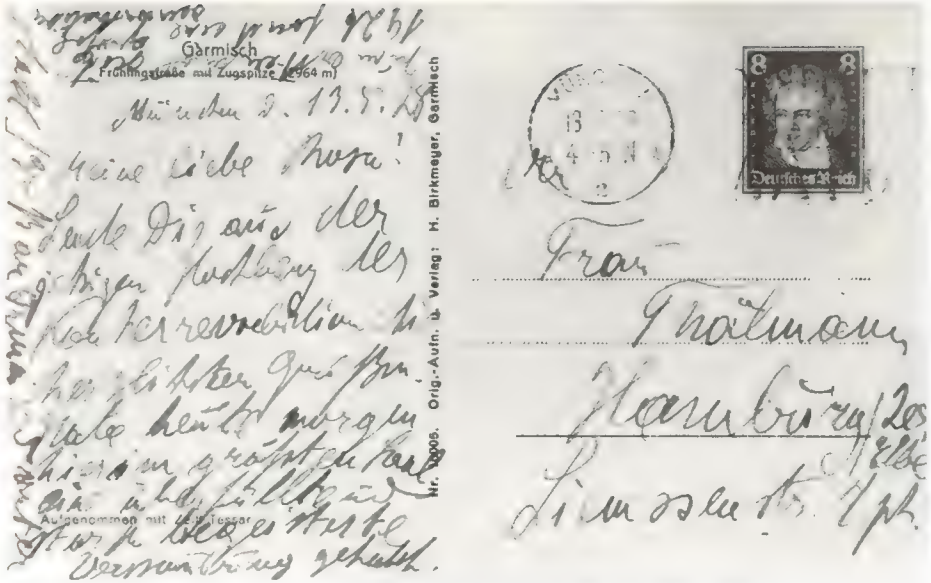
Prinzipiell setzte sich Ernst Thälmann mit dem reaktionären »Notprogramm« des Monopolkapitals am 20. Januar 1928 vor dem Reichstag auseinander. Die Debatte befaßte sich mit dem von der Bürgerblockregierung vorgelegten Staatshaushalt für 1928, der ganz im Sinne der monopolistischen Forderungen gehalten war. An Hand exakter Zahlen wies Thälmann nach, daß der Löwenanteil der Steuern von den werktätigen Massen aufgebracht werden sollte. Von dem ohnehin geringen Steueraufkommen aus Besitzsteuern würden durch Nachlässe, Stundungen und alle möglichen undurchsichtigen Machenschaften zugunsten der Bourgeoisie noch zahlreiche Abstriche gemacht. Der Etat beweise, daß die Politik der Bürgerblockregierung »ihre Wurzeln in dem Klasseninteresse der Trustbourgeoisie« habe. Ernst Thälmann zeigte, daß ein

2 Vgl. Rotes Gewerkschafts-Bulletin (Moskau–Berlin), 1927, Nr. 54/55, S. 403/404. – Heinz Karl: Zur Entwicklung der politischen Konzeption der KPD im Kampf gegen den antidemokratischen Kurs des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus von 1925–1928. In: BzG, 1968, H. 6, S. 995–1000.

3 Vgl. IML, ZPA, 3/1/604; 31/1/619.

Ernst Thälmann
während der Gedenkfeier für die Gefallenen des Hamburger Aufstandes
auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg,
Oktober 1927

Irma und Rosa Thälmann,
um 1928



Karte Ernst Thälmanns an seine Frau

Tarpenbekstraße 66 in Hamburg-Eppendorf.
In der zweiten Etage dieses Hauses
wohnte die Familie Thälmann seit 1929
(Aufnahme nach 1945)

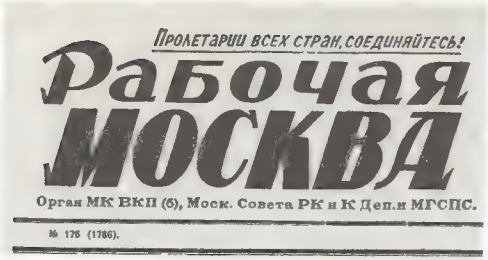
Aufmarsch der KPD in Altona
vor der Reichstagswahl vom Mai 1928
(links neben Ernst Thälmann John Schehr)

Ernst Thälmann in einer Ausstellung
über den Bürgerkrieg und die ausländische Intervention
im Zentralhaus der Roten Armee »M. W. Frunse« in Moskau.
Februar 1928

Ernst Thälmann (rechts) im Präsidium des VI. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale
in Moskau 1928

Delegierte des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale
mit einer Arbeiterabordnung aus dem Kreis Artjomowsk im Donezbecken
(mittlere Reihe von links nach rechts: M. Cachin, S. A. Losowski,
N. I. Bucharin, E. Thälmann, P. Semard, J. Bell, W. Z. Foster)

Ernst Thälmann bereitet sich
während des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale
auf den Stufen zum Präsidium
auf einen Diskussionsbeitrag vor



Пролетарии всех стран, соединяйтесь!

Рабочая Москва

Орган МК ВКП (б), Моск. Совета РК и К Деп.и МГСПС.

№ 176 (1786).

Западные компартии это уже усвоили. Отдельные ошибки, отклонения еще имеют место. Но в основном и они идут по ленинской тропе.

На трибуне тов. Тельман. Крепкая, рослая фигура пролетария-вождя. Факт его появления во главе крупнейшей секции Коминтерна—германской—результат победы пролетарской линии над мелко-буржуазной меньшевистской рухлядью.

Германский троцкизм, все эти ультралевые группы и группочки биты и разбиты в Германии, как и в СССР.

Для тов. Тельмана II с'езд нашей партии—знакомая страница. «II с'езд,—говорит он,—это—первое боевое крещение для будущих побед». С'езд создал базу для борьбы с оппортунизмом. На опыте II с'езда и дальнейшей борьбы международный пролетариат будет учиться. Он возьмет у большевиков их железную дисциплину, идейную выдержку и самоотверженность. Этими ленинскими копьями рабочие Запада будут защищать СССР. Они прекрасно понимают, что, защищая и оберегая Советский Союз, они тем самым стоят на страже и всего международного революционного движения.

II с'езд и СССР имеют интернациональное значение. Их достижения, их история—наглядный урок рабочим капиталистических стран, как нужно бороться, чтобы победить.

Bericht der »Rabotschaja Moskwa«
über das Auftreten Ernst Thälmanns
auf der Festsitzung
des Moskauer Parteiaktivs der KPdSU(B)
am 30. Juni 1928

enger Zusammenhang zwischen den diktatorischen Bestrebungen und der verschärften Offensive gegen die Lebenslage und die Rechte der Massen bestand. Die führenden Monopolherren begännen, gegen den Parlamentarismus Front zu machen, weil ihnen »das Parlament nicht gefügig genug ist, um ihre imperialistischen Pläne durchsetzen zu können«. Ebenso verurteilte er die zunehmenden Eingriffe in die Gemeindefinanzen, wodurch die kommunale Selbstverwaltung untergraben werde. Er wies nach, daß alle imperialistischen »Reformpläne« eine gemeinsame Triebfeder hatten: nämlich »das politische Ziel der Trustbourgeoisie,... die nackte Diktatur des Finanzkapitals«.[4]

Damit enthüllte Ernst Thälmann die antidemokratische Konzeption der Monopolisten. Von der Tribüne des Reichstages rief er die Arbeiterklasse und alle Werktätigen auf, »dem schwarzen Block der Trustbourgeoisie den Kampfblock der werktätigen Massen entgegenzustellen« und »die rote Klassenfront... auf dem Boden des proletarischen Kampfes, besonders in den Betrieben und Gewerkschaften, auf dem Boden der Durchführung des Achtstundentages und der Erhöhung der Löhne« zu schaffen.[5]

In der Tat waren, wie schon der Bergarbeiterstreik im Oktober 1927 gezeigt hatte, beträchtliche Gruppen der Arbeiterklasse immer weniger gewillt, den Machtanspruch des Monopolkapitals kampflos hinzunehmen. Unter dem Einfluß der Kommunisten traten im Januar 1928 in Mitteldeutschland Zehntausende Metallarbeiter in den Streik, um ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Jedoch beugten sich die reformistischen Gewerkschaftsführer einem Schiedsspruch des staatlichen Schlichters. Sie beendeten den Streik nach fast sechswöchiger Dauer mit einem unzulänglichen Ergebnis, obwohl die Streikfront ungebrochen war und die Arbeiter anderer Gebiete und Industriezweige ihre Solidarität bekundet hatten. In Berlin streikte Ende Februar ein Teil der Werkzeugmacher, worauf die nervös gewordenen Unternehmer 60000 Metallarbeiter aussperrten. Der Kampf dauerte bis Mitte März.

Wie Ernst Thälmann feststellte, lief in diesen Streiks »die Taktik der Gewerkschaftsbürokratie darauf hinaus, Kämpfe großen Maßstabes zu hintertreiben, unvermeidliche Kämpfe defätistisch zu führen und schließlich durch Unterordnung unter die Schiedssprüche zu verraten«. Immer schärfer wurde der Widerspruch zwischen dem reformistischen Kurs und

4 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 394, S. 12263, 12264, 12268.
5 Ebenda, S. 12270.

der »Notwendigkeit, im Kampf gegen den Imperialismus, gegen die immer stärker vorstoßende Reaktion... die Gewerkschaften zu wirklichen Kampforganisationen auszubauen«.[6]

Das verpflichtete die Kommunisten mehr denn je, der Politik der imperialistischen Bourgeoisie eine selbständige Arbeiterpolitik entgegenzustellen. Diese Aufgabe beschäftigte auch das IX. Plenum des EKKI im Februar 1928, an dem Ernst Thälmann gemeinsam mit Philipp Dengel, Arthur Ewert, Hermann Remmele und anderen Vertretern der KPD teilnahm.[7]

Vor der Reise nach Moskau erfüllte Thälmann jedoch noch eine andere internationale Verpflichtung. Er fuhr zum Gründungskongreß des Roten Frontkämpferbundes Österreichs (RFBÖ), der am 21. und 22. Januar 1928 in Wien abgehalten wurde. In seiner Begrüßungsansprache rief Ernst Thälmann die österreichischen Arbeiter auf, die Einheit gegen den Faschismus zu schmieden. Der Kongreß bekundete seine hohe Wertschätzung für das Wirken des Bundesführers des RFB, indem er ihn zum Ehrenvorsitzenden des RFBÖ wählte. Am 22. Januar sprach Ernst Thälmann auf einem Massenmeeting mit mehreren tausend Teilnehmern. Er brachte ihnen nahe, wie der RFB die deutschen Arbeiter vor der Reaktion schützte. Das Auftreten reaktionärer, faschistischer Kräfte und das Versagen der sozialdemokratisch geführten Wehrorganisation ihnen gegenüber habe auch in Österreich die Bildung einer revolutionären proletarischen Wehrorganisation notwendig gemacht. Ihre Aufgabe werde es sein, das Proletariat gegen alle Anschläge der Reaktion zu verteidigen. Die Polizei versuchte, Thälmann festzunehmen und am Reden zu hindern, aber die österreichischen Roten Frontkämpfer bildeten eine dichte Kette um ihn, die die Polizei nicht zu durchbrechen vermochte. Nach dieser Kundgebung wurde Thälmann aus Österreich ausgewiesen.[8]

Auf dem IX. EKKI-Plenum legte Ernst Thälmann in der Gewerkschaftskommission dar, welch komplizierte Situation durch die antikommunistische Spaltungspolitik der sozialdemokratischen Gewerk-

6 Ernst Thälmann: Rede in der Gewerkschaftskommission [des IX. EKKI-Plenums]. In: Inprekorr, Nr. 26, 10. März 1928, S. 493. – Ders.: Über die Einheit der Arbeiterklasse. In: Die Einheit (Berlin), 1928, H. 3, S. 68.

7 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/60. – Die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation waren Conrad Blenkle, Gerhart Eisler und Heinz Neumann. (Vgl. ebenda.)

8 Vgl. Die Rote Fahne, 24. Januar 1928. – IML, ZPA, EA 1400/1. – Das bestätigt auch ein Bericht der Wiener Polizeidirektion vom 23. Januar 1928 an den Bundeskanzler (gleichlautend an den Vizekanzler und die Abteilungen 8 und 9 des Bundeskanzleramts).

schaftsführer in der deutschen Arbeiterbewegung entstanden war. Auf Grund der Erfahrungen aus dem mitteldeutschen Metallarbeiterstreik und aus anderen Wirtschaftskämpfen unterstützte er die Einschätzung, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer immer enger mit der Bourgeoisie zusammenarbeiteten, Massenaktionen gegen die Unternehmer zu vermeiden suchten und deshalb den Kampf gegen die Kommunisten verschärften. Schon waren Hunderte kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre, die gegen die reformistische Politik sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, für eine wirkliche Arbeiterpolitik aufgetreten waren, unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Demokratie und unter Bruch der Verbandsstatuten durch die sozialdemokratischen Vorstände aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossen worden.

Thälmann betonte, daß es unter diesen Umständen jedoch erst recht notwendig sei, die tagtägliche organisatorische und politische Kleinarbeit der kommunistischen Betriebszellen und Gewerkschafter in den Betrieben zu verstärken. Er kritisierte, daß nicht wenige kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte dem gewerkschaftsschädigenden Kurs der Reformisten ungenügend entgegentraten, daß sie zu wenig Initiative entwickelten, die Gewerkschaftseinheit zu verteidigen und die Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsbelegschaften für Kampfaktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu gewinnen.

Einige leitende Funktionäre der KPD, die in engem Kontakt zu August Thalheimer und Heinrich Brandler standen, ignorierten die veränderten Kampfbedingungen. Sie meinten, die Kommunisten müßten sich auf die Rolle bloßer Kritiker beschränken, ihre Aufgabe könne nur darin bestehen, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu nötigen, ihrerseits die Gewerkschaften zur Verteidigung der Arbeiterinteressen zu mobilisieren. Das lief darauf hinaus, den rechten Sozialdemokraten die Führung der Arbeiterbewegung zu überlassen.

Die Auseinandersetzung mit dieser rechtsopportunistischen Gruppierung wurde dadurch erschwert, daß sich einige Genossen im Politbüro und im Sekretariat des ZK, wie Arthur Ewert, die ebenfalls die Veränderungen der Lage verkannten und daher Möglichkeiten und Verantwortung der KPD unterschätzten, versöhnlerisch verhielten.

Ernst Thälmann hingegen mahnte, gegen die Spaltungstaktik der rechten Gewerkschaftsführer offensiv vorzugehen. Man dürfe sich nicht durch den angedrohten Ausschluß davon abhalten lassen, Streiks und andere Kämpfe zu organisieren. Die Kommunisten könnten die Einheit

der Gewerkschaften und die demokratischen Rechte ihrer Mitglieder nur verteidigen, wenn sie stets bestrebt seien, gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen und aus dem Kreise der parteilosen Gewerkschaftsmitglieder neue Parteimitglieder zu gewinnen, wenn sie noch viel mehr täten, die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in den freien Gewerkschaften zu organisieren und gegen alle Tendenzen, aus den reformistisch geführten Gewerkschaften auszutreten, »den schärfsten Kampf führen«. Nur so sei das unabdingbare organisatorische Fundament revolutionärer Gewerkschaftsarbeit zu festigen. »Wenn es uns nicht gelingt, in schärferem Maße als bisher die proletarischen Massen gegen diese Ausschlußkampagne der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu mobilisieren, so werden die Reformisten im äußersten Falle auch davor nicht zurückschrecken, sämtliche Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen.«[9]

Da die deutsche Delegation erst Anfang März die Heimreise antrat, nutzte Ernst Thälmann die Zeit, um sich mit neuen Errungenschaften der sowjetischen Werktätigen vertraut zu machen. Diesmal führte ihn sein Weg unter anderem in eine neuartige Bildungsstätte, in die dem Moskauer Betrieb »Kautschuk« angeschlossene Versuchsschule. Als er dort erschien, feierten die Pioniere gerade den zehnten Jahrestag der Gründung der Roten Armee. Ernst Thälmann begrüßte sie mit ihrem Pioniergruß »Seid bereit!«, und sie antworteten ihm in deutscher Sprache: »Immer bereit!« Dann saß man gemeinsam um den Samowar, und die Pioniere bewirteten ihren deutschen Freund. Er erzählte ihnen vom Leben der Arbeiterkinder im kapitalistischen Deutschland; vor allem aber hörte er aufmerksam zu, was die Schüler und Lehrer einer der ersten polytechnischen Schulen zu berichten wußten.[10] Er erfuhr, daß in diese Schule diejenigen Kinder aufgenommen wurden, die später im Werk »Kautschuk« arbeiten wollten. Sie wurden schon während ihrer Schulzeit systematisch auf ihre künftige Tätigkeit als Facharbeiter vorbereitet. Der Betrieb nahm direkten Einfluß auf die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule und unterstützte die Lehrer und die Pionierorganisation. Das alles beeindruckte Ernst Thälmann, der in seiner Jugend selbst gern einen Beruf erlernt hätte, sehr. Er empfand große Achtung vor der Sorge des

9 Ernst Thälmann: Rede in der Gewerkschaftskommission. In: Inprekorr, Nr. 26, 10. März 1928, S. 493.

10 Vgl. Незабываемые встречи. In: По ленинскому пути [Betriebszeitung des Werkes »Kautschuk«] (Moskau), 16. Mai 1962.

jungen sozialistischen Staates um die allseitige Entwicklung seiner jungen Bürger.

Am 5. März 1928 traf Ernst Thälmann wieder in Berlin ein. Noch im März sprach er vor dem Zentralkomitee, auf einer Reichsparteiarbeiterkonferenz sowie vor den Bezirksleitungen Wasserkante und Halle-Merseburg, Anfang April dann auf einer Parteiarbeiterkonferenz des Bezirks Großthüringen.[11] Er drängte die Genossen, ihre Verbindung zu den nichtkommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären zu festigen, neue Gewerkschaftsmitglieder zu werben und dadurch den kommunistischen Einfluß zu erhöhen. Nur so könnten sie durchsetzen, daß die Gewerkschaften sich mehr der Interessen der Arbeiter annähmen, und zugleich ihre Mitgliedschaft in den Verbänden wirksam verteidigen.

Wie richtig Thälmanns Überlegungen waren, zeigte der im April beginnende Streik der sächsischen Metallarbeiter. Wo die Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter erfolgreich im Sinne der Thälmannschen Orientierung wirkten, wie in Limbach, erlangte die Streikbewegung große Intensität. Besonders wirkungsvoll trat die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) in Aktion. Sie sammelte Geld und Lebensmittel zugunsten der Streikenden und ihrer Familien. Ernst Thälmann beurteilte die IAH als »einen wichtigen Bestandteil der Arbeiterbewegung«, der »unentbehrlich zur Unterstützung der großen wirtschaftlichen Massenkämpfe«[12] sei. Aber auch diesmal kapitulierten die reformistischen Gewerkschaftsführer vor einem Schiedsspruch, der die meisten Streikerfolge unberücksichtigt ließ. Sie würgten den Streik ab, obwohl, wie Thälmann feststellte, »in der Masse durchaus die Stimmung für die einheitliche Fortsetzung des Kampfes trotz Verbindlichkeitserklärung da war und in einer Reihe von Betrieben sich in entsprechenden Beschlüssen äußerte«[13].

Ernst Thälmann folgerte, daß die Kommunisten sich nicht damit abfinden dürften, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aus Koalitionsrücksichten Streiks stets nur inkonsequent führten und grundsätzlich jedem Zusammenstoß mit der Staatsgewalt aus dem Wege gingen. Sie müßten ihrerseits die Initiative zu Kampfaktionen ergreifen.[14]

11 Vgl. IML, ZPA, 31/1/619; I 6/3/428; I 2/1/60; I 2/2/11; 21/1/666; 25/1/614.

12 Ernst Thälmann: Für die Unterstützung der IAH. In: Inprekorr, Nr. 9, 27. Januar 1928, S. 178.

13 IML, ZPA, I 6/3/168.

14 Vgl. ebenda, 25/1/614.

Wirtschaftskämpfe waren, wie Thälmann erläuterte, auch die entscheidende Waffe gegen die gefährliche, weil die Arbeiter lähmende reformistische Illusion von einer angeblichen »Demokratisierung der Wirtschaft«, die die Reformisten propagierten. Er verurteilte Theorie und Praxis der »Wirtschaftsdemokratie« als Bemühen, »eine vollkommene Unterordnung der Gewerkschaften unter den Staat und die Staatsnotwendigkeiten«[15] der imperialistischen Bourgeoisie zu erreichen.

Die Streiks im Frühjahr 1928 und die Hamburger Bürgerschaftswahlen sowie andere Landtagswahlen signalisierten eine Linksentwicklung und das Wachsen des Masseneinflusses der revolutionären Arbeiterpartei, der KPD. Wie Ernst Thälmann am 20. Januar 1928 im Reichstag vorausgesagt hatte, zerfiel der Bürgerblock. Am 31. März 1928 wurde der Reichstag aufgelöst. Neuwahlen wurden für den 20. Mai ausgeschrieben.

Im Wahlkampf trachteten die führenden Parteien der Großbourgeoisie, die Deutsche Volkspartei und die klerikale Zentrumspartei, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die der Rechtskurs geführt hatte. Sie stellten der SPD in Aussicht, diese in die nächste Koalitionsregierung wieder einzubeziehen. Die SPD-Führung ging prompt darauf ein. Zwar nutzte sie das Sündenregister des Bürgerblocks in der Wahlagitation weidlich aus, richtete aber beispielsweise in ihrem Wahlaufruf nicht ein einziges Wort der Kritik an Zentrum und Deutsche Volkspartei, die die entscheidenden Träger auch der Rechtskoalition gewesen waren. Um ihre zukünftigen Koalitionspartner nicht zu verärgern, richtete die SPD-Führung ihre Angriffe ausschließlich gegen die Deutschnationale Volkspartei und sprach von der gestürzten Regierung, deren Kanzler der Führer des Zentrums gewesen war, als von einer »deutschnationalen Regierung«. Zugleich enthielt der sozialdemokratische Wahlaufruf antikommunistische Verleumdungen und diffamierte die revolutionären Kämpfe der Arbeiter gegen die imperialistische Reaktion als »Wahnsinnsstreiche der Linksputschisten«.[16]

Ernst Thälmann rückte die SPD-Führer ins rechte Licht, wenn er in einem Brief an sozialdemokratische Solinger Arbeiter schrieb: »Die Sozialdemokratische Partei verspricht wohl jetzt, wo es um Parlamentsmandate geht, alles mögliche; aber das sind nur Worte, die Taten fehlen. Was helfen die schönsten Worte für den Achtstundentag, wenn die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften seit Jahren keinen ernsten Kampf für diese Grundforderung der organisierten Arbeiterschaft geführt haben, ja sogar den Arbeitern, die für diese Forderung im Kampf standen, in den Rücken gefallen sind.«[17]

15 Ebenda, I 2/1/59.

16 Wahlaufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Reichstags-Handbuch. IV. Wahlperiode 1928, Berlin 1928, S. 154, 156/157.

Für die KPD wurde dieser Wahlkampf zur wichtigsten politischen Aktion im Frühjahr und Sommer 1928. Der Parteivorsitzende eröffnete die Wahlkampagne der KPD im Ruhrgebiet, dem größten proletarischen Zentrum Deutschlands, am 9. April. 30 000 Arbeiter waren in der Dortmunder Westfalenhalle zusammengekommen. Thälmann setzte der Demagogie der großbürgerlichen Parteien und der SPD-Führer Tatsachen entgegen. Er wies nach, daß die Bürgerblockpolitik ohne die sozialdemokratische Koalitionspolitik überhaupt nicht möglich gewesen wäre: Sozialdemokratisch-großbürgerliche Koalitionen hatten seit der Gründung der Weimarer Republik die revolutionäre Arbeiterbewegung bekämpft und entscheidend dazu beigetragen, die Macht der Imperialisten und den Einfluß ihrer Rechtsparteien zu stärken. Die Koalitionsregierungen Preußens und anderer Länder betätigten sich als willfährige Werkzeuge des Bürgerblocks. Daher könne die von den Führern der SPD ebenso wie von bisherigen Bürgerblockparteien beabsichtigte Koalition keine Alternative zum Bürgerblock sein.

Ernst Thälmann zeigte den Ruhrproletariern, wie wenig Wahlen allein an ihrer Lage ändern konnten: »Ihr dürft ebenso wie die Trustgewaltigen und Fabrikherren abstimmen, aber wenn die Not drückt und ihr mehr Lohn fordert, dann werfen die wahren Herrscher der ›Demokratie‹ euch aufs Straßenpflaster... Ihr dürft euch gewerkschaftlich organisieren, aber eure Streiks werden zum größten Teil für ungesetzlich erklärt.« Im Gegensatz zu anderen Parteien mache die KPD keine Wahlversprechungen; aber stets verteidige sie die Tagesinteressen des gesamten Proletariats. Nur der Kampf »um jeden Pfennig Lohnerhöhung, um jede Verkürzung der Arbeitszeit« könne die Lage der Arbeiter verbessern, nicht aber das passive Abwarten von Wahlerfolgen, Regierungsbildungen und arbeitsgemeinschaftlichen Vereinbarungen. Nachdrücklich wies Thälmann darauf hin, daß die Aktionseinheit der Arbeiter die unumgängliche Voraussetzung erfolgreicher Kämpfe gegen die Bourgeoisie ist. Er appellierte an die Kommunisten, sich auch mit den christlichen Arbeitern zu verständigen, und betonte, »daß nur durch die geschlossene Kampfesfront der christlichen, parteilosen, sozialdemokratischen und

17 IML, ZPA, I 6/3/168.

kommunistischen Arbeiter eine Änderung der Klassenlage des Proletariats zu erreichen ist«.[18]

Fast eineinhalb Monate lang reiste Ernst Thälmann durch Deutschland, um die Arbeiter und die anderen Werktätigen gegen die imperialistische Politik zu mobilisieren. An einem dieser Tage, gegen Abend, erwarteten die Genossen in Frankfurt (Oder) das Auto, mit dem Ernst Thälmann aus Küstrin kommen sollte, wo er am Nachmittag gesprochen hatte. Mehr als eine halbe Stunde war er schon überfällig. Die Genossen begannen unruhig zu werden. Ungeduldig hielten sie nach dem Wagen Ausschau und achteten gar nicht auf einen Radfahrer, der – die Mütze tief ins Gesicht gezogen – rasch auf sie zukam. Erst als er vom Rad stieg, die Mütze nach hinten schob und sich mit dem Taschentuch den Schweiß aus der Stirn wischte, erkannten sie Ernst Thälmann. Das Auto hatte eine Panne gehabt. Um die Frankfurter Arbeiter nicht vergeblich warten zu lassen, hatte sich Thälmann von einem Arbeiter das Rad geliehen.[19]

Im Mai trat Ernst Thälmann nochmals in zahlreichen Wahlkundgebungen auf, unter anderem am 8. in Barmen, am 11. in Wiesdorf-Leverkusen und in Solingen, am 13. in München, am 15. in Stuttgart und am 18. in Berlin.[20] In München strömten die Kundgebungsteilnehmer in einem großen Demonstrationszug zum Löwenbräu-Keller, wo sich die Massen schon Stunden vor Beginn der Kundgebung drängten. Kopf an Kopf standen die Arbeiter zu vielen Tausenden in dem großen Saal. Besonders scharf setzte sich Thälmann hier mit der arbeiterfeindlichen Politik der Nazis auseinander.[21] Am Ende war er völlig heiser und außerstande, noch ein Wort herauszubringen. Am Nachmittag in Ingolstadt mußte deshalb Albert Buchmann, damals Politischer Sekretär des KPD-Bezirks Südbayern, für ihn einspringen.[22] Aber Thälmann war offensichtlich sehr befriedigt vom Auftreten der KPD in der »jetzigen Hochburg der Konterrevolution«, wie er seiner Frau schrieb. »Habe heute morgen hier im größten Saal eine überfüllte und stark begeisterte Versammlung gehabt... Zum erstenmal seit 1926 fand eine große Demonstration statt.«[23]

18 Ernst Thälmann: Abrechnung mit den Feinden des Proletariats. In: Ruhr-Echo, 12. April 1928.

19 Vgl. IML, ZPA, NL 3/63.

20 Vgl. Die Rote Fahne, 9., 12., 15., 17., 19. Mai 1928.

21 Vgl. ebenda, 15. Mai 1928.

22 Vgl. Albert Buchmann: Er gab uns immer wieder neue Kraft. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 409.

23 IML, ZPA, NL 3/7.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen wies aus, daß die in den letzten Jahren von der KPD unter der Leitung Ernst Thälmanns betriebene Politik unter den Werktätigen Zustimmung fand. Für die kommunistischen Kandidaten wurden 3 263 000 Stimmen abgegeben; das waren 554 000 oder 20,5 Prozent mehr als im Dezember 1924. Die KPD hatte ihre Massenbasis gefestigt, und das Kräfteverhältnis in der Arbeiterbewegung begann sich zugunsten der Kommunisten zu verändern. Besonders eindrucksvoll war diese Tendenz in Groß-Berlin zutage getreten. Hier hatte die Zahl der kommunistischen Stimmen um fast zwei Drittel zugenommen.[24]

An Stelle von bisher 45 zogen nunmehr 54 Kommunisten in den Reichstag ein. Ernst Thälmann war als kommunistischer Spitzenkandidat in seiner Vaterstadt Hamburg wiedergewählt worden. Als die neue Fraktion sich im Juni 1928 konstituierte, wählte sie Walter Stoecker und ihn zu ihren Vorsitzenden und entsandte Thälmann auch als einen ihrer Vertreter in den wichtigsten Reichstagsausschuß, den Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung (Überwachungsausschuß).[25] Als Fraktionsvorsitzender arbeitete Thälmann eng mit den Abgeordneten Martha Arendsee, Edwin Hoernle, Emil Höllein, Anton Jadasch, Wilhelm Koenen, Theodor Neubauer, Wilhelm Pieck, Ernst Putz, Siegfried Rädel, Ernst Schneller, Georg Schumann und seinem Mitvorsitzenden Walter Stoecker zusammen, welche die Hauptlast der Tätigkeit der kommunistischen Reichstagsfraktion trugen.

Ernst Thälmann war von dem günstigen Wahlausgang nicht überrascht. Noch vor der Veröffentlichung erster Resultate sagte er, wie Walter Bartel, damals Agitpropleiter des KJVD-Bezirks Berlin–Brandenburg–Lausitz, berichtet, den kommunistischen Stimmengewinn verblüffend genau voraus. Bartel war tief beeindruckt, »wie Ernst Thälmann den Puls der Arbeiterklasse fühlte und wie er aus einer Reihe von Tatsachen die richtigen Schlußfolgerungen zog. Das war für mich, den jungen Funktionär, eine sehr eindrucksvolle Bestätigung der Führerpersönlichkeit des Vorsitzenden der KPD.«[26]

24 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 1927, Berlin 1927, S. 498/499. – Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 1928, S. 579–581. – Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Hrsg. vom Statistischen Amt der Stadt Berlin, 4. Jg. 1928, Berlin 1928, S. 308.

25 Vgl. IML, ZPA, I 2/5/2. – ZStA Potsdam. Hist. Abt. I, Reichsministerium des Innern, Nr. 25 645. – IML, ZPA, St 4/10.

26 Walter Bartel: Ernst Thälmann fühlte immer den Puls der Arbeiterklasse. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 455.

Die sozialdemokratische Fraktion wurde mit 153 Abgeordneten wieder die stärkste im Reichstag. Alle großbürgerlichen Parteien mußten erhebliche Stimmenverluste hinnehmen. Der Wahlerfolg der SPD machte deutlich, daß der Masseneinfluß des Sozialreformismus ebenfalls zugenommen hatte, begünstigt durch die wirtschaftliche Hochkonjunktur, während der sich die materielle Lage bedeutender Teile der Arbeiterklasse verbessert hatte. Viele der von den Bürgerblockparteien enttäuschten, aber noch in kleinbürgerlichen Anschauungen befangenen werktätigen Wähler fielen auf die Illusion herein, daß die Konjunktur anhalten würde und daß sich durch Reformen die Lage der Werktätigen nach und nach grundlegend verändern ließe. Derartige Hoffnungen wurden besonders an eine Regierungsbeteiligung der SPD geknüpft, weil jene Landesregierungen, in denen die SPD führend vertreten war, im Unterschied zu den Bürgerblockregierungen des Reiches und einiger Länder gewisse soziale Zugeständnisse gemacht hatten.

Die in Gang gekommene Linksentwicklung hatte also zunächst in erster Linie zu einer Erweiterung der Massenbasis der SPD geführt, wie Thälmann bemerkte. Zugleich betonte er – und die weitere Entwicklung gab ihm recht –, daß die antikapitalistische Tendenz, die auch in dieser Stimmabgabe zum Ausdruck kam, wuchs.[27] Als erste Schlußfolgerung aus den Wahlen forderte er deshalb um so nachdrücklicher »einen Ruck nach vorwärts im Herangehen an die sozialdemokratischen Arbeiter«[28].

In diesem Zeichen stand auch das Rote Pfingsttreffen 1928. Am Sonntag nach der Wahl, am 27. Mai, marschierten in Berlin 100 000 Rote Frontkämpfer zu ihrem 4. Reichstreffen auf. Sie demonstrierten für die proletarische Einheitsfront, gegen den Bürgerblock, der wenige Wochen zuvor vergeblich versucht hatte, den RFB zu verbieten. Hunderttausende Roter Frontkämpfer und Berliner Arbeiter versammelten sich zur Kundgebung im Lustgarten. Von der vor dem Dom aufgebauten Haupttribüne aus sprach Ernst Thälmann. Er brandmarkte die antikommunistische und antisowjetische Hetze, die betrieben wurde, um die Arbeiterklasse zu spalten und an die imperialistische Politik zu binden. Unter stürmischem Beifall rief er aus: »Indem wir die Sowjetunion verteidigen, verteidigen wir unser Vaterland, unsere Zukunft, die Freiheit und den Sozialismus.« Thälmann entlarvte die nationalistische Demagogie und wies nach, daß

27 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/61.

28 Ernst Thälmann: Proletarische Massenpolitik. Die Ausnutzung des Wahlsieges. In: Die Rote Fahne, 23. Mai 1928.

es kein gemeinsames nationales Interesse von Arbeiterklasse und imperialistischer Bourgeoisie gibt: »Das Vaterland der Hindenburg, Borsig und Krupp, der Thyssen und Klöckner, der Wels, Noske und Severing ist nicht das Vaterland der deutschen Arbeiterklasse. Unser Vaterland wird es erst dann sein, wenn von den Giebeln die Fahnen des siegreichen Sozialismus wehen werden.«[29]

Anläßlich des Reichstreffens kam es zu einer Begegnung Ernst Thälmanns mit der Delegation eines Kasseler Motorenwerks. Dessen Belegschaft hatte den Kommunisten Ernst Melis und ein Mitglied des Reichsbanners nach Berlin entsandt, um am Reichstreffen des RFB teilzunehmen und mit Ernst Thälmann zu sprechen. Wie Melis berichtet, unterstrich Thälmann die Gemeinsamkeiten der kommunistischen und der sozialdemokratischen Arbeiter im Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie. Ihn interessierten besonders die Ansichten des sozialdemokratischen Arbeiters. »So ganz nebenbei fragte er auch, wie sich denn die kommunistischen Genossen zu ihm, dem Reichsbannermann, und zu seinen sozialdemokratischen Kollegen verhielten ... Die Antwort mochte wohl nicht völlig befriedigend ausgefallen sein. Genosse Thälmann erwiderte sinngemäß mit eindringlicher Stimme, wir sollten nie vergessen, daß Arbeiter zu Arbeitern gehören ... Es wäre jetzt unaufschiebbar notwendig, angesichts der reaktionären Maßnahmen der Regierung, der Attacke der Unternehmer auf die Löhne und Arbeitsbedingungen und der Aufrüstung der Militaristen in den Betrieben und auf den Straßen die Einheitsfront der Arbeiter zu schaffen.«[30]

Aber so notwendig die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Militarismus war, sosehr der Zusammenbruch der Bürgerblockpolitik, die Wahlniederlage der großbürgerlichen Parteien und der Wahlerfolg von KPD und SPD es begünstigten, viele Forderungen der Werktätigen nunmehr gemeinsam durchzusetzen – die Aktionseinheit herzustellen wurde immer schwieriger. Die SPD verhandelte mit dem Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei und auch mit der großbürgerlichen Deutschen Volkspartei, einer ausgesprochenen Rechtspartei, um eine Große Koalition zu formieren, und der Vorsitzende der SPD Hermann Müller nahm am 12. Juni den Auftrag Hindenburgs an, eine Koalitionsregierung zu bilden. Initiativen der KPD, wie ihr Anfang Juni

29 Ebenda, 30. Mai 1928.

30 Ernst Melis: Arbeiter gehören zu Arbeitern. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 302/303.

unterbreiteter Vorschlag, in Anhalt, wo die Landtagswahlen eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit ergeben hatten, eine von der KPD unterstützte sozialdemokratische Minderheitsregierung zu bilden, fanden in der SPD kein Echo.[31] Da sich aber im Zusammenhang mit der Niederlage der Bürgerblockparteien – darunter der Deutschen Volkspartei und des Zentrums – und dem Wahlerfolg der SPD in der Sozialdemokratie selbst Unzufriedenheit mit dem Koalitionskurs äußerte, betrachteten die sozialdemokratischen Führer den Kampf der Kommunisten gegen die Koalitionsbestrebungen, für eine Einheitsfront der zwölf Millionen, die der SPD und der KPD ihre Stimme gegeben hatten[32], erst recht als eine Gefahr für ihre Politik. Die Führungen der SPD und der sozialdemokratisch geführten Massenorganisationen verschärften ihren antikommunistischen Kurs.

Besonders taten sich dabei rechte sozialdemokratische Gewerkschaftsführer hervor. »Unsere Erfolge veranlassen den Reformismus zur stärksten Gegenwehr. Die Gewerkschaftsbürokratie organisiert die Spaltung überall dort, wo wir Gewerkschaften erobern«[33], hatte Ernst Thälmann im April 1928 festgestellt. Im Juni wurden Wilhelm Pieck, Gustav Sobottka, Walter Ulbricht und viele andere Kommunisten durch die Verbandsvorstände aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Wie Thälmann am 27. Juni vor dem Zentralkomitee erklärte, zeigte sich in den Gewerkschaften die sozialdemokratische »Diktatur ... gegen die revolutionäre Front, die den Kurs der Koalitionspolitik verhindern will«[34], immer offener. Diese Einschätzung bestätigten der Verlauf und die Beschlüsse des 13. Kongresses der freien Gewerkschaften, der Anfang September 1928 in Hamburg tagte. Dort wurden die Gewerkschaften verpflichtet, die sozialdemokratische Koalitionspolitik zu unterstützen. Die statutenwidrigen Ausschlüsse kommunistischer Funktionäre wurden gebilligt.

Um zu verhindern, daß die Führung der Arbeitersportbewegung an die Kommunisten überging, leiteten sozialdemokratische Sportführer auf dem Leipziger Bundestag des Arbeiter-Turn-und-Sport-Bundes vom 23. bis 26. Juni 1928 auch die Spaltung dieser Organisation ein.[35]

Angesichts solcher Vorgänge bezeichnete Ernst Thälmann vor dem

31 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 686–689.
32 Vgl. Aufruf des ZK der KPD vom 13. Juni 1928. In: Ebenda, S. 690–694.
33 IML, ZPA, 25/1/614.
34 Ebenda, I 2/1/61.
35 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 696.

Zentralkomitee der KPD den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse als die Kernfrage der Politik der KPD. Er rief die Kommunisten auf, der rechtssozialdemokratischen Spaltungspolitik entschieden entgegenzutreten und in den Massen die grundlegende Wahrheit zu verbreiten: »Wir sind die Partei der Einheit der Arbeiterklasse und nicht der Spaltung.«[36]

Am 28. Juni 1928 nahm das Kabinett der Großen Koalition seine Tätigkeit auf. In dieser Regierung gab es neben dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller drei sozialdemokratische Minister – Innenminister Severing, Finanzminister Hilferding und Arbeitsminister Wissell – und sieben Minister, die großbürgerlichen Parteien angehörten oder mit ihnen sympathisierten. Der Außenminister Stresemann, der Reichswehrminister General Groener – der letzte kaiserliche Generalstabschef – und zwei weitere Minister waren bereits Mitglieder der Bürgerblockregierung gewesen. Wenige Wochen nach seiner Bildung beschloß das Kabinett den Bau eines Panzerkreuzers und leitete damit eine neue Phase der Wiederaufrüstung des imperialistischen Deutschlands ein. Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder stimmten diesem Akt der Kriegsvorbereitung zu, obwohl die SPD im Wahlkampf mit der Losung »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer!« aufgetreten war und eine Mehrheit gegen den Panzerkreuzerbau möglich gewesen wäre. Sogar ihre eigene Fraktion hatten die sozialdemokratischen Minister überrumpeln müssen.

Am Tage vor dem Amtsantritt der Regierung Müller referierte Ernst Thälmann vor dem ZK der KPD über das Ergebnis der Wahlen vom 20. Mai, die veränderte Situation und die Aufgaben der Partei. Der Regierung der Großen Koalition gebe zwar ein sozialdemokratischer Kanzler den Namen, jedoch sei sicher, daß die großkapitalistische Deutsche Volkspartei »ihren Kurs der Sozialdemokratie aufoktroyiert«. Ernst Thälmann lenkte die Aufmerksamkeit von den vordergründigen politischen Vorgängen zu den eigentlich treibenden Kräften der politischen Entwicklung. Am 15. Juni hatten der Schwerindustrielle Paul Reusch und andere Scharfmacher in Düsseldorf auf einer Tagung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, des berüchtigten »Langnamvereins«, einen rigorosen Abbau des Sozialetats gefordert. Thälmann wertete dies als Auftakt zu neuen Schlägen des deutschen Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse. Es sei charakteristisch, daß die offiziellen Vertreter der sozialdemokratisch

36 IML, ZPA, I 2/1/61.

geführten preußischen Regierung sich mit den Unternehmerforderungen solidarisierten.

Thälmann sagte voraus, daß die Große Koalition die Bürgerblockpolitik fortsetzen würde. Darüber hinaus habe sie die Aufgabe, eine »Festigung der kapitalistischen Diktatur« durchzusetzen – auch angesichts eines sich schon abzeichnenden Konjunkturrückgangs und einsetzender wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Bourgeoisie, einer Linksentwicklung der werktätigen Massen und einer Verschärfung der Klassengegensätze. Die Bourgeoisie werde jedoch, wenn sie in Schwierigkeiten gerate, die sie mit den Methoden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie nicht mehr zu meistern vermöge, »auch faschistische Methoden im Kampf gegen die Arbeiterklasse einsetzen«. Es gelte, gerade den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, daß die Hermann-Müller-Regierung eine kapitalistische Regierung ist und daß die SPD durch ihre Teilnahme an einer imperialistischen Regierungskoalition »den Kapitalismus unterstützt«. Andererseits werde die Koalitionspraxis beweisen, erklärte Ernst Thälmann, wie unbegründet die Reden der SPD-Führer von einer Eroberung politischer Macht durch die Arbeiterklasse mit dem Stimmzettel seien, denn die Koalitionsregierung werde nicht die Wahlversprechungen der SPD, sondern die Forderungen der Großbourgeoisie erfüllen. Die KPD müsse sich unverzüglich darauf einstellen, daß sich in der SPD Enttäuschung und Unzufriedenheit breitmachen, »daß Differenzen in der SPD unweigerlich entstehen werden«, daß sich eine Arbeiteropposition in der Sozialdemokratie entwickeln könne.

In erster Linie aber gehe es jetzt darum, betonte Thälmann, die Wirtschaftskämpfe besser und gründlicher vorzubereiten. Der Kampf um höhere Löhne, um die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen das Schlichtungswesen, überhaupt die sozialpolitischen Fragen müßten im Vordergrund des Handelns der Arbeiterklasse stehen. Es komme darauf an, ökonomische Kämpfe der Arbeiterklasse auszulösen, sie auszudehnen und mit dem politischen Kampf zu verbinden, »um die Schwierigkeiten der Bourgeoisie zu erhöhen« und die Linksentwicklung in der Arbeiterklasse weiterzutreiben.[37]

37 Ebenda.

9

Unbedingte Treue zur Kommunistischen Internationale

Es waren sehr komplizierte, für die kommunistische Politik äußerst wichtige Fragen, um deren Beantwortung sich Ernst Thälmann bei der Analyse der neuen Klassenkampfsituation 1927 und im Frühjahr 1928 immer wieder bemüht hatte: die Taktik bei der Abwehr der Angriffe des Monopolkapitals, der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, die Wachsamkeit gegenüber faschistischen Tendenzen, der Weg zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse, dies alles angesichts der Tatsache, daß sich die Führung der Sozialdemokratie immer stärker den Bedürfnissen des Monopolkapitals und des Militarismus unterordnete; nicht zuletzt beschäftigte ihn die Arbeitsweise der Partei selbst. Diese Probleme standen auch im Mittelpunkt der Beratungen des VI. Kongresses der Kommunistischen Internationale, der vom 17. Juli bis zum 1. September 1928 tagte.

Ernst Thälmann fuhr diesmal mit der Bahn nach Moskau, bei unheimlicher Hitze, wie er in einem Kartengruß an seine Frau aus Warschau vermerkte.[1] Unmittelbar nach seiner Ankunft konstituierte sich am 17. Juli die Kongreßdelegation der KPD. Unter den 30 Delegierten befanden sich fast alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, die Politischen Sekretäre wichtiger Bezirke sowie aktive Genossen aus Betriebszellen. An der Arbeit der Delegation nahm auch Clara Zetkin teil, die jetzt fast ständig in einem Sanatorium bei Moskau lebte. Die deutsche Delegation wählte Ernst Thälmann zu ihrem Leiter und entsandte ihn zusammen mit Hermann Remmele und Arthur Ewert in den Seniorenkonvent des Kongresses, den Ältestenrat, in dem sämtliche Kongreßdelegationen vertreten waren und der den Tagungsablauf festzulegen hatte.[2]

Am Abend des 17. Juli trat der Kongreß im Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften zu seiner ersten Sitzung zusammen. Als Vertreter der KPD wurden Ernst Thälmann und Hermann Remmele in das Kongreßpräsidium gewählt.[3] Thälmann fiel die ehrenvolle Aufgabe zu, den

1 Vgl. IML, ZPA, NL 3/7.
2 Vgl. ebenda, I 6/3/12.
3 Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau,

Kongreß im Namen der europäischen kommunistischen Parteien zu begrüßen.

Bereits in dieser ersten Äußerung vor den Repräsentanten der kommunistischen Weltbewegung wandte er sich den beiden eng miteinander verbundenen zentralen Problemen der Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale zu, dem sozialistischen Aufbau auf einem Sechstel der Erde als dem Haupthebel des revolutionären Weltprozesses und dem Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik. Er kritisierte die antisowjetische Haltung rechter Sozialdemokraten, die die imperialistischen Kriegsvorbereitungen begünstigte, die Spaltung der Arbeiterklasse vertiefte und damit die für den Frieden eintretenden Kräfte entscheidend schwächte. Deshalb charakterisierte er den Kampf gegen die antikommunistische Spaltungspolitik als eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien. Zugleich wies er aber darauf hin, daß der Kampf um den Frieden nunmehr bei einem günstigeren Kräfteverhältnis als je zuvor geführt werden konnte: »Im letzten Weltkrieg bestanden nur schwache revolutionäre Gruppen ... Heute sehen wir in der ganzen Welt eine große, gewaltige revolutionäre internationale Bewegung unter Führung der Kommunistischen Internationale. Daneben große Massenorganisationen, wie der Rote Frontkämpferbund in Deutschland.«[4]

In den folgenden sieben Wochen beteiligte sich Ernst Thälmann intensiv an der Erörterung der wichtigsten Probleme der kommunistischen Weltbewegung: der internationalen Lage und der Aufgaben der Komintern, der Methoden des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr, der revolutionären Bewegung in den Kolonien sowie der Lage in der Sowjetunion und in der KPdSU(B). Außer in den 46 Plenarsitzungen wurde die Arbeit des Kongresses vor allem in den Beratungen der verschiedenen Kommissionen geleistet. Ernst Thälmann wurde zusammen mit N. I. Bucharin zum Vorsitzenden der wichtigsten, der Politischen Kommission gewählt, war Berichterstatter der Kommission zur Ausarbeitung der Resolution über die Lage in der Sowjetunion und in der KPdSU(B) und sprach auch in der Antikriegskommission.[5]

In der Diskussion über die internationale Lage und die Aufgaben der

17. Juli–1. September 1928 (im folgenden: Protokoll. Sechster Weltkongreß), Erster Band, Hamburg–Berlin (1928), S. 5, 9.

4 Ebenda, S. 17.

5 Vgl. ebenda, S. 557. – Protokoll. Sechster Weltkongreß, Dritter Band, Hamburg–Berlin (1928), S. 587. – IML, ZPA, Moskau, Fond 493, ed. chr. 504.

Komintern, die in den Beratungen des Kongresses den größten Raum einnahm und in der etwa 100 Delegierte das Wort ergriffen, wurden die Grundfragen der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung erörtert.[6] In der 11. Sitzung, am Nachmittag des 26. Juli, trat, von stürmischem Beifall begrüßt, der Vorsitzende der KPD ans Rednerpult. Thälmann ging sofort auf eine Frage ein, die für die weitere Ausarbeitung der Politik der kommunistischen Parteien von großer Bedeutung war, in der jedoch wesentliche Meinungsverschiedenheiten zutage getreten waren: die Einschätzung der kapitalistischen Stabilisierung. Der Referent, N. I. Bucharin, überschätzte deren Dauerhaftigkeit, ein Standpunkt, der auch von Arthur Ewert und einigen anderen leitenden Funktionären der KPD geteilt wurde.[7] Eine derartige Einschätzung entsprach aber nicht den Tatsachen. Sie hinderte die Kommunisten daran, die immer stärker aufbrechenden Widersprüche des Kapitalismus, die zunehmenden Schwierigkeiten der Bourgeoisie, in denen sich das Ende der Stabilisierung schon ankündigte, entschlossen auszunutzen.

Thälmann charakterisierte die Stabilisierungsjahre als »vier Jahre großer Erfahrungen, vier Jahre schärfsten Kampfes der Parteien, vier Jahre schwerster und schwierigster Kämpfe des Proletariats in der ganzen Welt«. Er wies darauf hin, daß Streiks, Aufstände, Protestbewegungen, Bauernerhebungen dieser Periode von Jahr zu Jahr stärker den Stempel aufgedrückt hatten. Übereinstimmend mit der Delegation der KPdSU(B) beurteilte er ähnlich wie die führenden Genossen der meisten anderen Sektionen der Komintern die Lage dahingehend, daß die kapitalistische Stabilisierung immer mehr untergraben werde, die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems immer offener zutage träten und mit dem Heranreifen der proletarischen Revolution über kurz oder lang gerechnet werden müsse.

Unmißverständlich äußerte Ernst Thälmann sich auch zu einem anderen wichtigen Problem, bei dessen Behandlung ernste Differenzen aufgetreten waren, zur Dialektik von Krieg und Revolution. Bucharin hatte die Auffassung vertreten, daß der Kapitalismus erst im Ergebnis eines Krieges zwischen den Imperialisten zusammenbrechen werde. Demnach hätte der Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik keinen Sinn. Statt auf die Anspannung aller Kräfte für die Verteidigung des Friedens

6 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 329–331.

7 Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongreß, Erster Band, S. 347, 466–469. – IML, ZPA, I 6/3/12.

und für den Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, orientierte diese These das revolutionäre Proletariat darauf, eine Kriegskatastrophe passiv abzuwarten. Die Kommunisten hätten sich, wären sie dieser ebenso pessimistischen wie abenteuerlichen These gefolgt, von einer der wichtigsten allgemein-demokratischen Bewegungen isoliert.

Wie die leitenden Genossen der KPdSU(B) und anderer Bruderparteien trat Ernst Thälmann deshalb dieser gefährlichen Auffassung entschieden entgegen. »Man kann nicht voraussagen, auf welchem Wege sich die Entscheidungsschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie schneller entfesselt«, erklärte er. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien bestehe gerade darin, die Massen – »wenn die objektiven und subjektiven Voraussetzungen in den Ländern gegeben sind« – für die Revolution zu mobilisieren, »bevor die Imperialisten die Kriegsfackel anzünden«. Er betonte, daß die Kommunisten im Kampf um die Macht nicht auf die Karte des Krieges setzen, sondern im Gegenteil danach streben, der Entfesselung imperialistischer Kriege zuvorzukommen. Nach Thälmanns Meinung mußte, wer die sozialistische Revolution vorbereiten wollte, zugleich konsequenter Kämpfer für die Verteidigung des Friedens sein. »Gerade durch diese unsere Aktivität«, durch den revolutionären Kampf für den Sturz der Ausbeuterklasse, die den Krieg vorbereitet, »können wir auch den Krieg hinausschieben.«[8] Überdies könne ein Krieg wohl bestimmte Bedingungen für die proletarische Revolution schaffen, aber nur die Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalismus, vor allem die Verschärfung des Klassenkampfes, könne unmittelbar zur proletarischen Revolution führen, und dies vollziehe sich keineswegs nur unter den Bedingungen eines Krieges.

Große Aufmerksamkeit schenkte der VI. Kongreß einer anderen ernsten Gefahr: dem Faschismus. Auch Ernst Thälmann ging in seiner Diskussionsrede darauf ein. Er bezog sich auf die Erfahrungen in Deutschland, wo er die faschistischen Bestrebungen der herrschenden Klasse schon mehrfach angeprangert hatte. Da die deutsche imperialistische Bourgeoisie kaum in der Lage sein werde, ihr reaktionäres Programm mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie durchzusetzen, werde sie »verstärkte faschistische Methoden anwenden«[9] wollen.

Über den Faschismus und seine Bekämpfung wurde sowohl in der Programmkommission als auch in der von Thälmann geleiteten Poli-

8 Protokoll. Sechster Weltkongreß, Erster Band, S. 301.
9 Ebenda, S. 305.

tischen Kommission gründlich beraten. Dabei erwies sich die Mitarbeit Palmiro Togliattis, des führenden Vertreters der seit nahezu sechs Jahren unter den Bedingungen des ersten faschistischen Staates kämpfenden Italienischen Kommunistischen Partei, als sehr wertvoll. Die Politische Kommission hob das zunehmende Verwachsen der Monopole mit der Staatsmacht, den Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und den Übergang vom bürgerlichen Parlamentarismus zur offenen, terroristischen Diktatur des Großkapitals, zum Faschismus, als Wesenszüge der aktuellen Entwicklung des Imperialismus hervor[10], wie Thälmann es in seinen Referaten auf dem 11. Parteitag und den folgenden Plenartagungen des ZK der KPD ebenfalls getan hatte.

Der VI. Kongreß bekräftigte die Einschätzung, daß der Faschismus ein Instrument der Großbourgeoisie ist und daß ein enger Zusammenhang zwischen Faschismus und Monopolkapital, zwischen Faschismus und Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht. Zugleich betonte der Kongreß, daß keineswegs jede Erscheinungsform der bürgerlichen Reaktion mit dem Faschismus zu identifizieren sei; auch gelte es, zwischen offenem Faschismus und faschistischen Tendenzen zu unterscheiden. Außerordentlich wichtig war der Hinweis, daß in hochentwickelten Industrieländern mit einem starken Proletariat die herrschenden Kreise wohl eher versuchen würden, den bürgerlichen Staat schrittweise zu faschisieren, anstatt die faschistische Diktatur durch einen bewaffneten Putsch zu errichten. Im Bericht der Politischen Kommission betonte Thälmann[11], daß die Charakteristik des Faschismus als einer besonderen Form der imperialistischen Reaktion vervollkommnet worden sei. Insbesondere das Streben des Faschismus nach einer Massenbasis und das Wechselverhältnis von Terror und Demagogie in der Taktik der faschistischen Kräfte waren deutlicher herausgearbeitet worden. Die vom VI. Kongreß vorgenommene Analyse des Faschismus half Ernst Thälmann und der KPD in den folgenden Jahren sehr, die faschistische Gefahr in Deutschland immer präziser einzuschätzen und wirksamere Methoden zu ihrer Bekämpfung zu finden.

In seiner Diskussionsrede zum Bericht des EKKI ging Ernst Thälmann ausführlich darauf ein, wie der Aufschwung der Arbeiterbewegung, die beginnende Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten des Proletariats, zu nutzen sei, um immer breitere Massen an den re-

10 Vgl. ebenda, Dritter Band, S. 595/596.
11 Vgl. ebenda, S. 593–599.

volutionären Kampf um die Macht heranzuführen. Er legte besonderen Nachdruck darauf, daß die kommunistische Partei nicht nur den grundsätzlichen Kampf gegen den kapitalistischen Staat, für die proletarische Diktatur zu führen hat, sondern zugleich »bei allen Tagesfragen und Tagesaufgaben stärker als selbständiger, aktiver Faktor auftritt, der einzig und allein wirklich die Interessen des Proletariats [im Kampf] um jeden Pfennig Lohnerhöhung und alle Forderungen des Proletariats und aller werktätigen Massen vertritt«[12].

Ernst Thälmann schloß seine Rede mit einem leidenschaftlichen Appell zum internationalistischen Handeln. Angesichts der zunehmenden Kriegsgefahr und des Heranreifens eines neuen revolutionären Aufschwungs »brauchen wir mehr denn je den Internationalismus, die revolutionäre Solidarität der werktätigen Massen der ganzen Welt im Bündnis mit den unterdrückten Kolonialvölkern«. Unter lang anhaltendem Beifall versicherte er, daß »der Geist der unbedingten Treue zur Kommunistischen Internationale und des festen Vertrauens in ihre führende Partei, die KPdSU«, der den Sieg verbürge, das Denken und Handeln aller Kommunisten bestimme.[13]

Der VI. Weltkongreß beschloß einmütig das Programm der Kommunistischen Internationale. Als Ernst Thälmann – wieder in Deutschland – über den Kongreß berichtete, erklärte er, daß gerade darin dessen historische Bedeutung läge.[14] Das Programm begründete umfassend die Rolle der internationalen Arbeiterklasse als Hegemon des weltweiten Kampfes gegen die Ausbeuterordnung, für den Sozialismus und Kommunismus und die Aufgaben ihrer kommunistischen Avantgarde. Ausgehend von der Leninschen Imperialismustheorie, gab das Programm erstmals eine vollständige, wissenschaftlich begründete Analyse der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Es legte die Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus dar und leitete daraus die Grundzüge der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung ab. Vor allem bestimmte es allseitig den Platz der Sowjetunion im revolutionären Weltprozeß und rüstete die Revolutionäre aller Länder mit einer tiefgründigen theoretischen Verallgemeinerung der ersten, grundlegenden Erfahrungen und Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus aus. Das Programm der Komintern trug in hohem Maße dazu bei, die kommunistische

12 Ebenda, Erster Band, S. 309.
13 Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 87.
14 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/65.

Weltbewegung ideologisch und organisatorisch enger zusammenzuschließen und zu festigen und die Ideen des proletarischen Internationalismus zu vertiefen.

Obwohl Ernst Thälmann in der Programmdebatte selbst nicht das Wort ergriff – hier sprach im Auftrage der deutschen Delegation Philipp Dengel –, nahm er doch zu Grundfragen Stellung, die im Programmentwurf behandelt wurden. Er gehörte zu den Rednern, die auf dem Kongreß besonders eindringlich den sozialistischen Aufbau auf einem Sechstel der Erde als die entscheidende Triebkraft des revolutionären Weltprozesses würdigten. Er unterstrich den Leninschen Gedanken, daß der erste sozialistische Staat die revolutionäre Entwicklung in der Welt am nachhaltigsten durch seine ökonomischen Erfolge fördert. »Jeder neue große Erfolg auf dem Gebiete der Wirtschaft liefert vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt den Beweis für den Vorzug des sozialistischen Systems gegenüber dem kapitalistischen System. Diese weltgeschichtliche Tatsache entscheidet in letzter Instanz den Kampf zwischen uns und der Bourgeoisie«[15] und damit auch die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Sozialreformismus. Auch bei der Erörterung der Frage, wie der Entfesselung eines imperialistischen Krieges entgegenzuwirken sei, verwies Thälmann auf die einzigartige Rolle der Sowjetunion.[16]

Eine besonders verantwortungsvolle Tätigkeit übte Ernst Thälmann als einer der beiden Vorsitzenden der Politischen Kommission des VI. Kongresses aus, in der er gemeinsam mit Vasil Kolarov, Maria Koszutska (Kostrzewa), Otto Kuusinen, Pierre Sémard, J. W. Stalin und anderen wirkte. Die Hauptaufgabe der Kommission bestand darin, die Resolution über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale fertigzustellen und die Ergebnisse der nahezu zweiwöchigen Diskussion dieser Fragen im Plenum des Kongresses in sie einzuarbeiten.[17]

In der Nachmittagssitzung des 29. August erstattete Ernst Thälmann dem Kongreß den Bericht der Politischen Kommission. Er erläuterte die wichtigsten Präzisierungen der Resolution und sprach, wie bereits er-

15 Protokoll. Sechster Weltkongreß, Erster Band, S. 306. – In der Quelle: Diese weltgeschichtliche Frage entscheidet in letzter Instanz der Kampf ... – Vgl. W. I. Lenin: Rede bei der Schließung der X. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B). In: Werke, Bd. 32, S. 458.
16 Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongreß, Erster Band, S. 301.
17 Vgl. ebenda, S. 557. – IML, ZPA, Moskau, Fond 493, Opis 1, ed. chr. 403, 405, 407.

wähnt, über die Analyse des Faschismus. Die Kommission hatte sich auch dem Vorschlag Thälmanns angeschlossen, angesichts der antikommunistischen Offensive und der Spaltungspolitik der Reformisten zu überprüfen, wie die Kommunisten sich mit dem sozialdemokratischen Opportunismus auseinandersetzen und um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ringen sollten. »Wir müssen unsere Taktik so wählen und alles tun, um der reformistischen Politik der Spaltung der parteilosen Massenorganisationen des Proletariats (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Sportorganisationen usw.) den Kampf der Massen für die Klasseneinheit gegenüberzustellen«[18], erläuterte Thälmann in seinem Bericht, den der Kongreß einstimmig billigte[19].

Das Verhältnis zur Sozialdemokratie und den ihr folgenden Teilen der Arbeiterklasse war ein äußerst kompliziertes Problem, das auch der VI. Weltkongreß nicht zu lösen vermochte. In den letzten zwei Jahren vor dem Kongreß hatten die maßgeblichen Führer der sozialdemokratischen Parteien das Bemühen der Kommunisten um ein gemeinsames Vorgehen immer schroffer zurückgewiesen und waren immer offener allen Bestrebungen, gegen Großkapital und bürgerliche Reaktion zu kämpfen, entgegengetreten. Die reformistischen Gewerkschaftsführer verfolgten einen Kurs, der gegen die Gewerkschaftseinheit gerichtet war. 1926 hatten die britischen Sozialreformisten den Generalstreik und den Bergarbeiterkampf in England verraten, ihre Gesinnungsgenossen in anderen Ländern die internationale Solidarität sabotiert. Die Führung der österreichischen Sozialdemokratie war im Juli 1927 den mit der klerikalen Reaktion ringenden Wiener Arbeitern in den Rücken gefallen. Der Kieler Parteitag der SPD, Kongresse anderer sozialdemokratischer Parteien und Tagungen der sozialdemokratischen Internationale hatten die antikommunistische und antisowjetische Orientierung bekräftigt. Schließlich war durch den Eintritt der SPD in die Große Koalition deutlich geworden, daß die Sozialdemokratie sich weiter nach rechts entwickelte und daß sich ihre Frontstellung gegen die Kommunisten verhärtete.

Die verderbliche Politik der Klassenzusammenarbeit, die große Teile der Arbeiterklasse der Politik der Bourgeoisie unterordnete und das Proletariat spaltete und schwächte, erweckte den Eindruck, daß die sozialdemokratischen Parteien und die von diesen beherrschten Massenorganisationen als Ganzes zu einem Bestandteil der bürgerlichen Klassenfront geworden seien. In der kommunistischen Bewegung bildete sich die Auffassung heraus, daß es unter diesen Umständen keinen Sinn mehr habe, um eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu ringen.

18 Protokoll. Sechster Weltkongreß, Dritter Band, S. 596. – Vgl. auch IML, ZPA, Moskau, Fond 493, Opis 1, ed. chr. 407.

19 Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongreß, Dritter Band, S. 599.

Hinzu kam, daß man angesichts des Niedergangs der kapitalistischen Stabilisierung mit einem baldigen revolutionären Aufschwung rechnete. Da schien es um so vordringlicher, die Sozialreformisten zu entlarven, die sich dem Kampf gegen die Bourgeoisie in den Weg stellten und ihr direkt halfen, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken, sie von den Massen zu isolieren. So bestimmte der Kongreß zwar grundsätzlich richtig die bürgerliche Klassenfunktion der sozialdemokratischen Ideologie und Politik, schenkte jedoch den Unterschieden zwischen der Sozialdemokratie und der imperialistischen Reaktion zu wenig Beachtung. Ebenso wurde der Widerspruch zwischen der kleinbürgerlich-reformistischen Politik der Sozialdemokratie und ihrer im wesentlichen proletarischen Massenbasis, der einen Ansatzpunkt für die Politik der Aktionseinheit bot, nicht genügend berücksichtigt. Die Kommunisten erschwerten sich schließlich ihr Ringen um die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern dadurch, daß sie in der Auseinandersetzung mit dem Reformismus das Hauptfeuer gegen den linken Flügel der Sozialdemokratie richteten; stand der auch hier vorherrschende Antikommunismus doch einem erwarteten baldigen Übergang zahlreicher sozialdemokratischer Arbeiter auf revolutionäre Positionen entgegen.[20]

Die Kompliziertheit dieser Probleme widerspiegelte sich auch in den entsprechenden Stellungnahmen Ernst Thälmanns. In seiner Diskussionsrede hatte er die Rechtsentwicklung in der SPD und deren verschärften Antikommunismus treffend als ein Anpassen an die Politik der imperialistischen Bourgeoisie gewertet und die Bildung der Hermann-Müller-Regierung als Beweis für »den Pakt zwischen Trustkapital und Sozialdemokratie«[21] angeführt. Aber unter dem Eindruck dieser Koalitionspolitik kennzeichnete er die Sozialdemokratie darüber hinaus als aktive, treibende Kraft der imperialistischen Politik. Er unterstützte auch die Vorschläge, die Auseinandersetzung mit dem Reformismus auf die linken sozialdemokratischen Führer zuzuspitzen.

Die Tage auf dem Kongreß waren angefüllt mit Verpflichtungen der

20 Vgl. ebenda, Vierter Band, Hamburg–Berlin (1928), S. 21–24. – Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 329/330, 337.

21 Protokoll. Sechster Weltkongreß, Erster Band, S. 302.

verschiedensten Art. Eine umfangreiche Arbeit leistete Ernst Thälmann in der Delegation der KPD, in deren Sitzungen alle wesentlichen Probleme des Kongresses eingehend erörtert wurden. Mehrmals ergriff er noch in den Verhandlungen des Kongresses das Wort. Unter anderem trug er zu den Berichten von Eugen Varga und D. S. Manuilski über die Lage in der Sowjetunion und über Probleme der KPdSU(B) eine Erklärung von zwölf kommunistischen Parteien Europas und der Kommunistischen Jugendinternationale vor[22], in der die Versuche trotzkistischer Spalter, ihre parteifeindliche Tätigkeit fortzusetzen, scharf zurückgewiesen wurden.

Aufmerksam verfolgte Thälmann die Entwicklung in Deutschland, wo sich die Abwesenheit fast aller Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats des ZK bemerkbar machte. Er unterstützte die unter Leitung Hugo Eberleins tätige provisorische Parteiführung durch Ratschläge und Direktiven. Am 6. August 1928 forderte er sie in einem Telegramm auf, im Zusammenhang mit Drohungen des Piłsudski-Regimes gegen Litauen die Antikriegskampagne zu verstärken und die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages zu verlangen. Am 19. August appellierte er in einem Grußtelegramm an die Teilnehmer des mitteldeutschen Treffens des RFB in Leipzig, den Kampf gegen den Panzerkreuzerbau und alle imperialistischen Rüstungen zu führen und vor den Spaltern und Zerstörern der Arbeiterorganisationen nicht zurückzuweichen.[23]

Wenn Ernst Thälmann an die Parteiarbeit in Deutschland dachte, erfüllte es ihn mit einer gewissen Erleichterung, daß die dortigen Genossen notfalls bei Wilhelm Pieck Rat suchen konnten, der im Anschluß an einen Krankenhausaufenthalt eine Genesungskur angetreten hatte und deshalb sein Mandat als Kongreßdelegierter nicht wahrnehmen konnte. In einem vertraulichen Brief vom 10. August informierte ihn Thälmann über den bisherigen Verlauf des Kongresses und über die in der deutschen Delegation geführten Diskussionen. »Ich hielt es für meine Pflicht, Dir in wenigen Zügen das Allerwichtigste mitzuteilen, damit Du... persönlich Dir ein Bild machen kannst.« Thälmann brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß es gelingen möge, die mit Arthur Ewert und einigen anderen Genossen bestehenden Meinungsverschiedenheiten beizulegen. »Wir werden alles versuchen«, schrieb er Pieck, um eine die gesamte Partei erfassende Auseinandersetzung innerhalb der Führung »unter allen

22 Vgl. ebenda, Dritter Band, S. 575–578.
23 Vgl. IML, ZPA, NL 3/7; I 6/3/170.

Umständen zu vermeiden«. Er bat Wilhelm Pieck, auch seinen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen, und schloß: »Ich hoffe, daß Du bald wieder Deine Arbeiten in der Partei aufnehmen kannst. Es grüßt Dich Dein Teddy.«[24]

Trotz seiner starken Belastung vergaß Ernst Thälmann nicht, seiner Familie wenigstens hin und wieder einige Zeilen zu schreiben. In einem Kartengruß »aus dem Roten Moskau« an seine Frau vom 4. August bat Thälmann auch um die Ferienanschrift seiner Tochter Irma, damit er ihr schreiben konnte.[25]

Wiederholt besuchte Ernst Thälmann in dieser Zeit Moskauer Betriebe. Am 30. Juli fand eine Festsitzung des Moskauer Parteiaktivs anläßlich des 25. Jahrestages des historischen II. Parteitages der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der Geburtsstunde der bolschewistischen Partei, statt. Es referierte J. M. Jaroslawski; auch andere alte Bolschewiki ergriffen das Wort, unter ihnen Nadeshda Krupskaja. Im Namen des Präsidiums des VI. Kongresses begrüßte Ernst Thälmann die Festversammlung. »Die Tribüne betritt Genosse Thälmann«, berichtete die Zeitung »Rabotschaja Moskwa« ihren Lesern. »Eine kräftig gewachsene Gestalt eines proletarischen Führers. Die Tatsache seines Erscheinens an der Spitze einer der bedeutendsten Sektionen der Komintern – der deutschen – ist das Resultat des Sieges der proletarischen Linie über die kleinbürgerlich-menschewistischen Elemente.«[26] Thälmann brachte in seiner Rede zum Ausdruck, daß es eine Aufgabe des VI. Weltkongresses sei, im Geiste Lenins die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Parteien in Auseinandersetzung mit dem Opportunismus zu festigen. »Wir wissen aus der Erfahrung der russischen Partei«, betonte Thälmann, »daß die Hauptgefahr für den Bolschewismus der Reformismus ist und daß theoretische Klarheit und Disziplin den Hauptvorteil der bolschewistischen Parteien bildet.«[27]

In der Schlußsitzung des Kongresses am 1. September 1928 wurde Ernst Thälmann wieder zum Mitglied des EKKI gewählt. Neben vielen ihm aus der Arbeit in der Führung der kommunistischen Weltbewegung bereits vertrauten Genossen begegnete er im neugewählten Exekutivkomitee nun Funktionären wie Benoît Frachon, Klement Gottwald, Johann Koplenig,

24 Ebenda, NL 3/5.
25 Vgl. ebenda, NL 3/7.
26 Рабочая Москва, 31. Juli 1928.
27 Die Rote Fahne, 1. August 1928.

Julian Leński, Harry Pollitt, Maurice Thorez und Antonin Zápotocký, die – wie Thälmann in der KPD – in ihren Parteien zielstrebig für die volle Durchsetzung des Leninismus wirkten. Zu den neugewählten Mitgliedern des EKKI gehörten auch Wilhelm Pieck und Fritz Heckert; als Kandidat wurde unter anderen Walter Ulbricht gewählt. Mit diesen Genossen arbeitete Thälmann in den folgenden Jahren besonders eng zusammen. Die konstituierende Plenarsitzung des EKKI am 3. September wählte Ernst Thälmann wieder zum Mitglied des Präsidiums, ebenso Hermann Remmele und Clara Zetkin; Fritz Heckert wurde Kandidat des Präsidiums des EKKI.[28]

Nachdem Ernst Thälmann am 5. September morgens noch an der ersten Sitzung des Präsidiums des EKKI teilgenommen hatte, auf der das neue Politsekretariat gewählt worden war, begab er sich am gleichen Tag mit einer Gruppe deutscher, französischer, italienischer, chinesischer und kanadischer Delegierter, die er gemeinsam mit Marcel Cachin leitete, nach Leningrad. Als Ernst Thälmann dort den Zug verließ, streckten sich ihm Dutzende Hände entgegen. »Wir sind stolz darauf, mit dem Proletariat zusammenzutreffen, das als erstes die Bourgeoisie stürzte und das rote Banner des Sozialismus aufpflanzte.«[29] Mit diesen Worten dankte Ernst Thälmann den Leningradern für den herzlichen Empfang.

Nach einem Besuch im Smolny besichtigten die deutschen und die chinesischen Delegierten den Betrieb »Krasny Putilowez«[30], die berühmten Putilow-Werke. Am nächsten Tag begrüßten Hunderte von Arbeitern die Delegation im Werk »Krasny Treugolnik«, wo die sowjetische Arbeiterin Schustowa jedem Delegierten eine rote Rose überreichte. Ernst Thälmann, der am 5. September noch weitere Betriebe kennengelernt hatte, so die Fabriken »Krasnoje Snamja« und »S. Chalturin«, war – wie er am Abend des 6. September im Kulturhaus der Wyborger Seite erklärte – von den Erfolgen Moskaus und Leningrads bei der sozialistischen Industrialisierung beeindruckt. Die Zuhörer spürten sein unerschütterliches Vertrauen in die geeinte Kraft der internationalen Arbeiterklasse. Jedes seiner Worte verdeutlichte den festen Willen Ernst Thälmanns und der KPD, die deutsche Arbeiterklasse für

28 Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongreß, Dritter Band, S. 621/622. – Inprekorr, Nr. 111, 2. Oktober 1928, S. 2115–2119.

29 Красная Газета (Leningrad), 6. September 1928. Zit. in Oleg Weizmann: Ernst Thälmann in Leningrad, S. 15. – Vgl. auch S. 14–16.

30 Heute Kirow-Werk.

die Verteidigung der Sowjetunion zu mobilisieren. »Man spürt den Roten Frontkämpfer«[31], kommentierte die »Leningradskaja Prawda« seine Ansprache.

Die Tage in Leningrad brachten noch viele andere Begegnungen mit Leningrader Arbeitern und mit Kommunisten der Stadt. In der Marineschule sprach Ernst Thälmann vor Arbeitern aus den Betrieben der Wassili-Insel, im Taurischen Palais vor dem Leningrader Parteiaktiv, im Volkshaus vor dem Parteiaktiv der Petrograder Seite. Schließlich trat er auf Meetings im Werk »Elektrosila« und vor Werftarbeitern auf. Am Morgen des 7. September wurde in Kronstadt das Schlachtschiff »Oktjabrskaja Revoluzija« besichtigt. Gegenüber den Angehörigen der Baltischen Rotbannerflotte brachte Ernst Thälmann zum Ausdruck, daß es für ihn ein nachhaltiges Erlebnis und eine große Freude war, die revolutionären Matrosen kennenzulernen und zu ihnen zu sprechen.[32] Ihm wurde Rang und Uniform eines Steuermanns des Schlachtschiffes verliehen. Von der Besatzung des legendären Kreuzers »Aurora« wurde er zum Ehrenmitglied gewählt. Ernst Thälmann empfand das als Ehrung für »die ganze Kommunistische Partei, den Kommunistischen Jugendverband und die ganze Arbeiterklasse Deutschlands«[33].

Am 13. September 1928 reiste Ernst Thälmann zusammen mit Wilhelm Florin und Heinz Neumann per Schiff aus Leningrad ab. Er verabschiedete sich von den 3000 Leningradern, die sich auf dem Leutnant-Schmidt-Kai versammelt hatten, mit den Worten: »Wir haben zehn Tage in Leningrad verbracht, der Wiege der Oktoberrevolution. Wir haben hier das hohe Tempo des sozialistischen Aufbaus gesehen, das ständige Erstarken des revolutionären Bewußtseins verspürt. Wir reisen in der Überzeugung ab, ... daß der Tag nicht mehr fern ist, da Hamburger Schiffe unter der roten Flagge der Revolution in den Leningrader Hafen einfahren werden. Ich werde dem Proletariat Hamburgs, dem Proletariat ganz Deutschlands euren Gruß überbringen. Es lebe die Weltrevolution!«[34]

31 Ленинградская Правда, 7. September 1928. Zit. in Oleg Weizmann: Ernst Thälmann in Leningrad, S. 18.

32 In seiner Ansprache an die Besatzung des Schlachtschiffes »Oktjabrskaja Revoluzija« und in seiner Eintragung ins Gästebuch des Kreuzers »Aurora«. (Vgl. Oleg Weizmann: Ernst Thälmann in Leningrad, S. 18. – IML, ZPA, NL 3/5.)

33 Смена (Moskau), 8. September 1928. Zit. in Oleg Weizmann: Ernst Thälmann in Leningrad, S. 18.

34 Ленинградская Правда, 14. September 1928. Zit. in ebenda, S. 24.

10

Die kapitalistische Stabilisierung gerät ins Wanken

Im Herbst 1928 zeigten sich die Risse im Gebäude der kapitalistischen Stabilisierung deutlich. Die Wirtschaftskonjunktur flachte merklich ab, die Investitionstätigkeit ging rasch zurück, die Zahl der Arbeitslosen stieg beträchtlich. Die Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und dem Unternehmertum gewannen an Breite und Heftigkeit. Zugleich begegneten die Staatsorgane der Kampfbereitschaft der Arbeiter immer häufiger mit der zwangsweisen Schlichtung der Arbeitskämpfe, mit Demonstrationsverboten, Polizeiattacken und anderen Unterdrückungsmaßnahmen. In den meisten bürgerlichen Parteien übernahmen um diese Zeit Vertreter ihrer rechten Flügel die Führung.

Ernst Thälmann sah seine Ansicht bestätigt, daß eine Zeit härterer Klassenkämpfe bevorstand. Die revolutionäre Arbeiterbewegung mußte nach seiner Überzeugung eine Rechtsentwicklung verhindern und die Schwächung des Monopolkapitalismus, die vom Zerfall der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zu erwarten war, womöglich zu dessen Sturz ausnutzen. Das hieß auch, den Widerstand jener Führer der Sozialdemokratie zu überwinden, die sich schützend vor das Kapital stellten.

Diese Auffassungen, die sich auf die vom VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale getroffenen Einschätzungen stützten, wurden auch von den meisten anderen Mitgliedern des Zentralkomitees der KPD vertreten, so von Philipp Dengel, Fritz Heckert, Hermann Remmele und Ernst Schneller, und in der Partei allgemein geteilt. Nur einige Rechtsopportunisten in der KPD ignorierten nach wie vor den Niedergang der kapitalistischen Stabilisierung und die offenkundige Verschärfung des Klassenkampfes. Sie traten als Fraktion auf und gefährdeten die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei.[1] Aber auch die Genossen um Arthur Ewert erkannten nicht das nahe Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und die sich daraus ergebenden Aufgaben.[2] Sie wollten nicht zugeben, daß sich eine rechtsopportunistische Fraktion in der KPD

1 Vgl. IML, ZPA, I 1/2/6.
2 Vgl. Protokoll. Sechster Weltkongreß, Erster Band, S. 345–347.

herausgebildet hatte, deren Treiben sie durch ihre versöhnlerische Haltung erleichterten. Durch gruppenmäßiges Auftreten im Politbüro und im Sekretariat des ZK untergruben sie die Kollektivität der Parteiführung.[3]

Ernst Thälmann beschwor Arthur Ewert und dessen Parteigänger, die Einheit der Partei und die Geschlossenheit ihrer Führung zu wahren, weil das die Vorbedingung für eine elastische Taktik und für die Erweiterung des Masseneinflusses der Partei sei. Dabei standen ihm im Politbüro vor allem Philipp Dengel, Ernst Schneller, Fritz Heckert, Hermann Remmele und Walter Ulbricht zur Seite. Wilhelm Pieck verurteilte die Umtriebe von Anhängern Heinrich Brandlers und August Thalheimers, die gegen die von Thälmann geleitete Parteiführung Stimmung machten, als verantwortungslos und forderte, daß jeder Genosse mit der Parteiführung kameradschaftlich zusammenarbeite. Auch weitere Mitglieder des ZK, namentlich Franz Dahlem und Paul Merker, unterstützten Thälmanns Bemühungen.[4] Der VI. Kongreß der Komintern hatte sich hinter die Mehrheit des ZK der KPD gestellt, was bei fast allen deutschen Delegierten Genugtuung ausgelöst hatte. Hermann Duncker beispielsweise sprach sich entschieden für die »Linie des Genossen Thälmann« aus. »Es ist die Linie der Politik, die die Partei einheitlich zu vertreten hat.«[5]

Auf der Heimreise nach Hamburg klangen in Ernst Thälmann also nicht nur die erhebenden Eindrücke vom Weltforum der Kommunisten, vom pulsierenden neuen Leben im Sowjetland und von seinen herzlichen Begegnungen mit den Werktätigen Moskaus und Leningrads nach. In seinen Gedanken schwang auch die Frage mit, wie die Partei – und vor allem ihre Führung – die neuen, komplizierteren Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus und der Auseinandersetzung mit dem Sozialreformismus meistern würde, vor allem, ob sie ihre innere Einheit und Geschlossenheit so festigen und dadurch ihre Kampfkraft so heben könne, daß sie diesen Aufgaben gewachsen sei. Thälmann und seine Gefährten reisten mit einem Frachtdampfer, der auch einige Passagierkabinen hatte. Die Schiffsreise dauerte vier Tage. Für Thälmann war das eine der so seltenen Zeiten der Entspannung und Besinnung, Zeit auch zu bedächtigem Gedankenaustausch. An Deck sitzend, unterhielt er sich mit Wilhelm Florin, mit dem er nun schon über vier Jahre gemeinsam im Zentralkomitee tätig war. Ernst Thälmann äußerte sich sehr optimistisch

3 Vgl. IML, ZPA, I 1/2/6; I 6/3/178; I 6/3/170; I 2/5/2; I 2/1/64.
4 Vgl. ebenda, I 6/3/178; NL 36/520.
5 Ebenda, I 6/3/12.

über die Entwicklung der Partei im allgemeinen, verschwieg aber auch nicht, daß manche Dinge ihm große Sorgen bereiteten. Unter anderem teilte er Florin mit, daß der Sekretär des Bezirks Wasserkante, John Wittorf, wegen Korruption aus der Partei entfernt werden müsse.[6]

Am 17. September 1928 war Ernst Thälmann wieder zu Hause. »In Hamburg angekommen, schleppte er wie ein gewohnter Lastträger die Koffer, auch noch die seines Kameraden, vom Schiff.« Thälmann begleitete Wilhelm Florin, der nach Essen weiterfuhr, zum Bahnhof. »Als er am Bahnhof sah, daß ein Koffer seines Kameraden dem alten Dienstmann zu schwer wurde, nahm er ihn von dessen gekrümmten Rücken und trug ihn zum Zug.«[7] Thälmann blieb in Hamburg, um die Materialien des Weltkongresses durchzuarbeiten und die Auswertung in der KPD vorzubereiten.[8]

Zu diesem Zeitpunkt nahmen die Versöhnler nach ihrer politischen Niederlage auf dem VI. Kongreß mit prinzipienlosen, fraktionellen Methoden den Kampf um die Parteiführung auf. Als Anlaß diente ihnen der von Thälmann gegenüber Wilhelm Florin erwähnte Korruptionsfall in der Bezirksleitung Wasserkante. Während des Reichstagswahlkampfes hatten Ernst Thälmann und andere Mitglieder der Bezirksleitung festgestellt, daß der damalige Politische Sekretär des Bezirks, Wittorf, Parteigelder unterschlagen hatte. Um in dieser Situation der antikommunistischen Hetze keine billigen Argumente zu liefern, hatten sie es für zweckmäßig befunden, den Ausschluß Wittorfs aus der Partei nicht sofort, sondern zu einem politisch geeigneteren Zeitpunkt zu vollziehen. Da die Lage in der Parteiführung befürchten ließ, daß die Versöhnler diesen Vorgang fraktionell ausnutzen würden, unterrichtete Thälmann das Politbüro nicht offiziell, sondern kündigte nur seinem Stellvertreter in der Parteiführung, Philipp Dengel, an, Wittorf werde wegen Korruption ausgeschlossen werden.[9]

Die Versöhnler nutzten das aus, um Ernst Thälmann zu bezichtigen, er habe die »Wittorf-Affäre« vertuschen wollen. Es ging ihnen nicht um eine objektive Beurteilung; sie hatten, wie Thälmann später sagte, nur die Absicht, »einen politischen Skandal zu entwickeln«[10]. Ihr Versuch, die

6 Vgl. ebenda, I 2/1/62.
7 Zwei Männer – zwei Welten. In: Das Tribunal, o. O. 1934, Sondernummer v. Mitte Juli.
8 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/62.
9 Vgl. ebenda, I 2/5/2; I 2/1/62; I 2/1/64.
10 Ebenda, I 2/1/64.

Angelegenheit in Abwesenheit Ernst Thälmanns zu behandeln, scheiterte zwar am Widerspruch Wilhelm Piecks, Ernst Schnellers und anderer Genossen. Es gelang aber den Versöhnlern, das Zentralkomitee in einer Tagung am 26. und 27. September 1928, als ein Teil der Genossen, die am VI. Weltkongreß teilgenommen hatten, noch gar nicht wieder in Berlin war, insofern zu überrumpeln, daß beschlossen wurde, Ernst Thälmanns Funktionen bis zur baldigen Klärung der Angelegenheit vorübergehend ruhen zu lassen. Weiter wurde festgelegt, dies in einem Kommuniqué der Öffentlichkeit mitzuteilen.[11] Mit diesem tendenziös angelegten Kommuniqué wollten sie Thälmann als Parteivorsitzenden unmöglich machen. Zwar traten einige Mitglieder des ZK dem fraktionellen Manöver entgegen[12], die überwiegende Mehrheit, die keineswegs die politischen Auffassungen und Absichten der Versöhnler billigte, ließ sich jedoch durch deren demagogisches Geschrei über Korruption irreführen und durchschaute zunächst den politischen Zweck nicht.

Aber die Partei korrigierte die Schwankungen in der Führung. Die Parteiorganisationen reagierten empört auf diesen Vorstoß der Versöhnler. Die Bezirksleitungen Erzgebirge-Vogtland, Magdeburg-Anhalt, Mittelrhein, Niederrhein, Oberschlesien, Ostsachsen, Pfalz, Ruhrgebiet und Wasserkante traten offen gegen die fehlerhaften Entscheidungen auf.[13] Nachdrücklich solidarisierten sich die Roten Frontkämpfer mit ihrem Bundesvorsitzenden. Im Bundesorgan »Die Rote Front« bekundete der RFB sein Vertrauen zu Ernst Thälmann und appellierte an alle Kameraden, Verleumdungen entgegenzutreten.[14] Unter dem Eindruck dieser Proteste zog bis zum 5. Oktober die Mehrheit der ZK-Mitglieder ihre Zustimmung zu den Beschlüssen vom 26. September zurück.[15] Das

11 Vgl. ebenda, I 2/5/2; I 2/1/62.
12 Am 26. September stimmte Heinz Neumann gegen die Veröffentlichung, und Jean Winterich enthielt sich der Stimme. Am 27. September erklärte Hermann Remmele, der am Vortage nicht anwesend war, daß auch er gegen diesen Beschluß stimme, und auch Wilhelm Florin äußerte ernste Bedenken gegen die Veröffentlichung. Am nächsten Tage distanzierte sich Leo Flieg, der nicht an der Tagung des ZK teilgenommen hatte, von den gefaßten Beschlüssen. Fritz Heckert und Walter Ulbricht verurteilten am 30. September in einem Telegramm aus Moskau den fraktionellen Vorstoß. (Vgl. IML, ZPA, I 2/1/62; I 2/5/10. – Die Rote Fahne, 10. Oktober 1928.)
13 Vgl. Bericht des Zentralkomitees der KPD an den 12. Parteitag, S. 216.
14 Vgl. Der RFB zum »Fall Thälmann«. In: Die Rote Front, 1928, Nr. 31.
15 Vgl. IML, ZPA, NL 36/520; I 6/3/178. – Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 729. – Die Rote Fahne, 10. Oktober 1928.

EKKI unterstützte entschieden die gesunde Reaktion der überwiegenden Mehrheit der Partei. In ihrem Sinne sprach das Präsidium des EKKI am 6. Oktober 1928 in einer Resolution Ernst Thälmann sein volles Vertrauen aus.[16]

Diese Stellungnahme fand in der KPD breite Zustimmung. Die meisten Parteiorganisationen, fast alle Bezirksleitungen und das ZK des KJVD erklärten, daß ihre Auffassung mit diesem Beschluß übereinstimme. Das Zentralkomitee der KPD zog auf einer Tagung am 19. Oktober die Konsequenzen aus diesen Vorgängen. Die Versöhnler wurden aus der operativen Führung der Partei entfernt. Das Sekretariat des Zentralkomitees wurde umgebildet. Statt des bisherigen Politischen Sekretariats und des Sekretariats für die laufende organisatorische Arbeit wurde ein einheitliches Sekretariat geschaffen, dem Ernst Thälmann, Hermann Remmele, Fritz Heckert, Franz Dahlem und Leo Flieg angehörten.[17]

Diese Geschehnisse hatten die Partei gerade zu einer Zeit beschäftigt, als der Klassenkampf ihre ganze Aufmerksamkeit erforderte. Am 1. Oktober 1928 traten in Hamburg, Kiel, Flensburg und anderen Hafenstädten 45 000 Werftarbeiter in den Ausstand. Sie forderten eine Lohnerhöhung und die 48-Stunden-Woche. Die Kommunisten und andere in Opposition zum reformistischen Kurs stehende Gewerkschafter unterstützten die Streikenden. Durch finanzielle Hilfe für die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter trugen sie dazu bei, daß diese mit den Gewerkschaftern gemeinsam 13 Wochen im Streik ausharren konnten.

Die materielle Unterstützung der Unorganisierten wurde hier zum ersten Male in großem Umfang von der KPD durchgesetzt. Es war eine der Maßnahmen der KPD, die die Kampfaktionen der Arbeiter schlagkräftiger machen und die Aktionseinheit im Kampf für die täglichen Interessen der Arbeiter schmieden sollten. Allerdings gab Ernst Thälmann vor dem Zentralkomitee zu bedenken, ob die im Werftarbeiterstreik angewandte Praxis tatsächlich verallgemeinert werden könne. Er hielt es nicht für möglich, bei einem allgemeinen Aufschwung der Streikbewegung, wenn in allen Teilen Deutschlands Kämpfe von wochenlanger Dauer ausbrechen würden, die erforderlichen Mittel durch Geldsammlungen aufzubringen. Seiner Meinung nach blieb die entscheidende Frage,

16 Vgl. Resolution des [Präsidiums des] EKKI. In: Die Rote Fahne, 9. Oktober 1928.
17 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/166. – Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 730–732, 740–743. – Die Rote Fahne, 30. Oktober 1928. – Bericht des Zentralkomitees der KPD an den 12. Parteitag, S. 216.

was zu tun war, um die Streiks mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Organisation zu führen.[18]

Zur Unterstützung der Werftarbeiter begannen am 17. Oktober auch die Hamburger Hafenarbeiter einen Streik für Lohnerhöhungen, der auf Initiative der Kommunisten und der in Opposition zum reformistischen Kurs der Gewerkschaftsführung stehenden revolutionären Kräfte in den freien Gewerkschaften von gewählten Streikleitungen geführt wurde. Die Hamburger Ortsverwaltung des freigewerkschaftlichen Deutschen Verkehrsbundes, dem Ernst Thälmann seit 25 Jahren selber angehörte, der Staatsapparat und die Unternehmer erklärten diesen Streik zum »wilden«, das heißt nicht von den Gewerkschaftsleitungen sanktionierten Streik. Die Polizei wandte gegen die Streikenden Gewalt an, die Gewerkschaftsinstanzen organisierten den Streikbruch.

In diesen Tagen hielt sich Ernst Thälmann hauptsächlich in Hamburg auf, um den Genossen an der Wasserkante und den streikenden Kollegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Er war mitten unter den Streikenden. Keiner war verwundert, als er einige ihm bekannte Genossen heranwinkte, waren sie doch schon mehrmals von Ernst Thälmann von der Schicht abgeholt worden, besonders dann, wenn im Hafen etwas im Gange war. In einer Stehbierhalle, so berichtete einer dieser Genossen, »tranken wir ein Glas Bier oder ein ›Lütt un Lütt‹. Dabei holte uns Ernst Thälmann die Würmer aus der Nase. Jede Kleinigkeit interessierte ihn... Er fragte uns nicht nur aus, sondern belehrte uns auch; doch hielt er uns keine wissenschaftlichen Vorträge..., sondern gab uns praktische Ratschläge als Schauermann in einer einfachen, uns allen verständlichen Form.«[19] Thälmann riet den Streikenden, vor allem die einheitliche Kampffront zu festigen. Die Kommunisten müßten geduldig mit den sozialdemokratischen Werft- und Hafenarbeitern diskutieren und sie an Hand ihrer eigenen praktischen Streikerfahrungen von der Gemeinsamkeit ihrer Interessen überzeugen. Insbesondere müßten sie auch für die Aufnahme der streikenden Unorganisierten in die Gewerkschaften kämpfen, was die rechtssozialdemokratischen Verbandsleitungen zu verhindern trachteten, um ihre Positionen nicht zu gefährden.[20]

Besorgt mußte Ernst Thälmann in Hamburg sehen, daß die reformi-

18 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/64.
19 Ebenda, NL 3/69.
20 Vgl. Hein Fink: Eine bedeutungsvolle Ansprache vor den Hamburger Arbeitern im Oktober 1928. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 228.

stischen Gewerkschaftsführer mit Unternehmern und Behörden gemeinsame Sache gegen die streikenden Arbeiter machten und sogar Streikbrecherarbeit organisierten, daß das Reichsbanner zum Schutz der Streikbrecher Schlägerkolonnen formierte und daß diese Trupps Zusammenstöße mit den Streikenden provozierten. Die Hamburger Vorgänge zeigten besonders kraß, wie weit die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen in ihrer Mißachtung der Klasseninteressen der Arbeiter gingen und wie zielbewußt sie die Spaltung der Arbeiterklasse vertieften.

Diese Erfahrungen wertete Ernst Thälmann am 20. Oktober in der Sitzung des Zentralkomitees aus. Er sprach in der Diskussion zum Tagesordnungspunkt »Wirtschaftskämpfe und Aufgaben der Partei«. Viele Tatsachen der letzten Zeit hatten bestätigt, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer den Widerstand der Arbeiter gegen die Unternehmeroffensive sabotierten. Noch deutlicher war geworden, daß die Kernfrage, wie Thälmann sagte, darin lag, wie unter diesen Umständen der Kampfwille des Proletariats trotzdem in Aktionen umgesetzt werden könne. Den wichtigsten Hebel dazu erblickte er nach wie vor darin, die Gewerkschaftsorganisationen zum Kampf für die Arbeiterforderungen zu veranlassen. Er orientierte die Kommunisten und alle revolutionären Gewerkschafter darauf, zu diesem Zweck ihren Einfluß unter den Mitgliedern und Funktionären der freien Gewerkschaften zu vergrößern.

Thälmann ging auch auf das andere Problem ein, das in den Kämpfen der letzten Monate akut geworden war, auf die Rolle der gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter. Das waren zwei Drittel aller Arbeiter. Er verwies darauf, daß die unorganisierten Arbeiter in den vergangenen Streiks, zum Beispiel in dem Streik von 80 000 Braunkohlenarbeitern Mitteldeutschlands im Oktober 1927 sowie in dem Metallarbeiterstreik im Januar 1928, eine bedeutende Rolle gespielt hatten. Unorganisierte hatten großen Anteil am Kampf der Werftarbeiter. Daraus schlußfolgerte Thälmann, daß die Partei ihr Augenmerk auch auf die unorganisierten Arbeiter richten und sie für die Gewerkschaften gewinnen müsse, um auch auf diese Weise die freien Gewerkschaften zu stärken und zu aktivieren.[21]

Nach der Tagung des Zentralkomitees begab sich der Parteivorsitzende sofort wieder nach Hamburg, wo der Streik andauerte. Die KPD hatte zu einer Kundgebung anläßlich des fünften Jahrestages des Hamburger Aufstandes aufgerufen und Ernst Thälmann als Redner angekündigt. Am

21 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/64.

Abend des 23. Oktober 1928 strömten die Hamburger Arbeiter, unter ihnen viele der streikenden Hafen- und Werftarbeiter, zum traditionellen Versammlungslokal Sagebiel. Kundgebungen unter freiem Himmel hatte der sozialdemokratische hamburgische Polizeisenator wegen der Streiks verboten. Bereits eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung war der Saal überfüllt. Von den Kundgebungsteilnehmern begeistert begrüßt, betrat Ernst Thälmann gegen 21.15 Uhr den Saal. Als er mit erhobener Faust durch ein Spalier von Roten Frontkämpfern zum Podium schritt, bekundeten brausende »Rot Front!«- und Hochrufe die unerschütterliche Verbundenheit der Hamburger Proletarier mit dem Vorsitzenden der KPD. Ernst Thälmann, so schrieb einer der dort versammelten Arbeiter, sprach über die Streikwelle in Europa und besonders in Deutschland, die so ausgedehnt und kraftvoll sei wie seit fünf Jahren nicht mehr. Eindringlich erläuterte er die Rolle der KPD und bewies, daß sich die Klassenkämpfe um so schneller und tiefgreifender entwickelten, je entschlossener die Kommunisten handelten.[22]

»Mit größter Spannung folgte der Saal den Ausführungen«[23], berichtete die »Hamburger Volkszeitung«. Thälmann appellierte an die Arbeiter, mit den streikenden Sozialdemokraten und Freigewerkschaftern fest zusammenzustehen und diese nicht mit jenen rechten Führern des ADGB und der SPD gleichzusetzen, die, wie der hamburgische Polizeisenator, gegen die Werft- und Hafenarbeiter vorgingen. Er entlarvte die Heuchelei der bürgerlichen Zeitungen, die in großen Annoncen die Streikenden aufforderten, an ihre Frauen und Kinder zu denken und die Arbeit wieder aufzunehmen. Gerade diese Leute seien es doch, argumentierte Thälmann, die den Frauen und Kindern das Notwendige zum Leben nähmen. Gerade wegen der Frauen und Kinder müßten die Arbeiter fest bleiben und konsequent bis zum Sieg weiterstreiken.

Thälmanns Ausführungen brachten seinen Zuhörern die Leninschen Gedanken nahe, daß der Streik die Arbeiter lehrt, daß »sie den Kampf gegen die Kapitalisten nur gemeinsam führen können«[24] und daß ihnen nicht nur der Unternehmer, sondern auch der bürgerliche Staat als Feind gegenübersteht und bekämpft werden muß. Thälmann vermochte es, grundlegende Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus in

22 Vgl. Hein Fink: Eine bedeutungsvolle Ansprache. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 227–229. – ZStA Potsdam. Hist. Abt. I, Vereinigung für freie Wirtschaft, 98/1–98/2.

23 HVZ, 24. Oktober 1928.

24 W. I. Lenin: Über Streiks. In: Werke, Bd. 4, S. 313. – Vgl. auch S. 311/312, 314.

einfachen Worten auch dem theoretisch nicht vorgebildeten Arbeiter verständlich zu machen. Er selbst suchte oft Rat bei den Klassikern, insbesondere bei Lenin. Zugleich wertete er gründlich die Tagespresse der verschiedenen politischen Richtungen aus, studierte die für die Parteiführung vorbereiteten Informationen – und das alles, wenn er am späten Abend von Beratungen mit Partei- und Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten, Unterredungen mit Betriebszellen, Aussprachen mit Streikposten, Diskussionen mit Sozialdemokraten in Arbeiterlokalen nach Hause kam. Dann ging in der Wohnung Thälmanns erst morgens das Licht aus; denn er saß die Nacht hindurch am Wohnzimmertisch, studierte, rüstete sich für die Aufgaben des kommenden Tages. »Ich selber« – so erinnert sich einer seiner Mitarbeiter – »habe oft erlebt, wenn ich morgens in die Wohnung der Familie Thälmann kam, daß Rosa Thälmann zu mir sagte: ›Steuer em nich, he slöpt. He het bit hüt morn lest und schreeven.‹«[25]

Die Hamburger Arbeiter erlagen nach opfermutigem Kampf, der zum Teil bis Anfang 1929 andauerte, dem vereinten Druck der Unternehmer, des sozialdemokratisch-großbürgerlichen Koalitionssenats und der rechten Gewerkschaftsführer. Der Solidaritätsstreik der Hafenarbeiter mußte ohne materiellen Erfolg abgebrochen werden. Den Werftarbeiterstreik beendete Anfang Januar 1929 ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch, den die Führer des DMV anerkannten. Die Streikenden hatten ihre Forderungen nur zu einem geringen Teil durchsetzen können.

Der Arbeitskampf an der Wasserkante war der langwierigste und härteste seit langem; er hatte die neuen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes und der Rolle der Kommunisten in diesem Kampf mit aller Deutlichkeit aufgeworfen. Noch während des Streiks an der Wasserkante unternahm die Bourgeoisie einen neuen Vorstoß. Am 1. November 1928 wurden 213 000 Metallarbeiter des Ruhrgebiets als Antwort auf ihre Lohnforderungen ausgesperrt. Bereits am nächsten Tage nahm Ernst Thälmann vor dem Zentralkomitee der Partei dazu Stellung[26], und auch auf der 2. Parteikonferenz stand das Anliegen der ausgesperrten Metallarbeiter ebenso wie das der Werft- und Hafenarbeiter mit im Mittelpunkt der Beratungen.

Die 2. Reichsparteikonferenz der KPD trat am Vormittag des 3. Novem-

25 »Stör ihn nicht, er schläft. Er hat bis heute morgen gelesen und geschrieben.« – IML, ZPA, EA 1400/1.

26 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/65.

ber 1928 im Großen Sitzungssaal des preußischen Landtags zusammen. Das Hauptreferat über die Weltlage, die Kriegsgefahr, die Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale und die Aufgaben der Partei hielt Ernst Thälmann. Er faßte die Analyse der Lage und der Kampferfahrungen sowie die Schlußfolgerungen für die Taktik der Partei zusammen, die er sich in der letzten Zeit erarbeitet hatte.

Thälmann hob hervor, daß der VI. Weltkongreß den Kampf gegen die Kriegsgefahr »in den Mittelpunkt der Generallinie«[27] der Kommunistischen Internationale gerückt hatte, und stellte auch in seinem Referat diese Frage in den Vordergrund. Dabei wies er besonders auf zwei Momente der sich zuspitzenden Kriegsgefahr hin, auf die zunehmende antisowjetische Orientierung und auf die fieberhaften Aufrüstungsmaßnahmen des deutschen Imperialismus.

Letztere kämen besonders kraß im Übergang zum Panzerkreuzerbau zum Ausdruck. Nach dieser Entscheidung der Hermann-Müller-Regierung hatte die KPD im August 1928 die Initiative zu einem Volksbegehren ergriffen, mit dem ein Volksentscheid für das Verbot des Baus von Panzerkreuzern und Kriegsschiffen aller Art durchgesetzt werden sollte. Das ZK der KPD und die Bundesleitung des RFB hatten sich an alle interessierten Organisationen gewandt und nach längeren Verhandlungen erreicht, daß sich insgesamt 32 meist kleinere Organisationen der Arbeiterbewegung sowie der kleinbürgerlichen pazifistischen und sozialreformerischen Bewegung in einem Ausschuß vereinten, um das Volksbegehren gemeinsam zu organisieren.

Im Unterschied zur Fürstenenteignungskampagne, wo es der KPD gelungen war, das anfängliche entschiedene Widerstreben des sozialdemokratischen Parteivorstandes zu überwinden und ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen, mußte dieses Volksbegehren gegen den erbitterten Widerstand der Führung der SPD durchgesetzt werden. Dennoch zeichneten sich im Oktober 1928 über 1,2 Millionen Wähler in die Abstimmungslisten ein und votierten damit öffentlich gegen die Aufrüstungspolitik der Regierung. Wenn diese Zahl auch nicht ausreichte, um einen Volksentscheid einzuleiten, so bedeutete sie doch eine nicht zu übersehende antimilitaristische Demonstration. In diesem Zusammenhang führte Thälmann auch die Tatsache an, daß einige pazifistische Kräfte, zum Beispiel in der Deutschen Friedensgesellschaft, offenbar

27 Ebenda, I 1/2/6. – Vgl. auch Die Rote Fahne, 4. November 1928.

bereit seien, in gewissen Teilfragen gemeinsam mit den Kommunisten gegen den Imperialismus zu kämpfen.

Die Erfahrungen des Volksbegehrens hätten aber vor allem deutlich gemacht, daß die imperialistische Rüstungspolitik besonders besorgniserregend sei, wenn die Regierung eines sozialdemokratischen Reichskanzlers sie durchführe; denn dieser Umstand erschwere es außerordentlich, die Massen gegen die Kriegsgefahr zu mobilisieren. Die sozialdemokratischen Führer lenkten mit pazifistisch verbrämten antisowjetischen Parolen von der Aufrüstungspolitik der Hermann-Müller-Regierung ab. Beispielsweise bezichtigten sie die Sowjetunion, die ihren sozialistischen Aufbau unter dem Damoklesschwert eines möglichen imperialistischen Überfalls durchführen mußte und deshalb unter großen Opfern ihre Verteidigungskraft stärkte, eines »roten Militarismus«.

Gründlich analysierte Ernst Thälmann in seinem Referat auf der Reichsparteikonferenz die Vorstöße des Unternehmertums und die ersten Erfahrungen der gerade stattfindenden Wirtschaftskämpfe. Gestützt auf die Beratungen des VI. Weltkongresses, schätzte er ein: »Die kapitalistische Stabilisierung ist nicht mehr dieselbe wie vor zwei Jahren. Sie ist nicht fester geworden, wie einzelne Genossen glauben, sondern fauler und schwankender.«[28] Er lenkte die Aufmerksamkeit darauf, daß in der Politik der Großbourgeoisie die Furcht vor »dem inneren Feind« eine immer größere Rolle spielte. Das Trustkapital sei entschlossen, den Druck auf die Arbeiterklasse zu verstärken.

Wie der Unternehmerangriff an der Ruhr zeigte, bereiteten die Kapitalisten ihre Aktionen gegen die Arbeiterklasse jetzt gründlicher vor und setzten immer häufiger und brutaler Polizei und Gerichte gegen die Arbeiter in Bewegung. Es kam darauf an, die Angriffe der Unternehmer nicht abzuwarten; es gelte vielmehr, betonte Ernst Thälmann, die Initiative in der Klassenauseinandersetzung zu ergreifen und breite Massen der Arbeiter zu geeigneten Zeitpunkten in Kämpfe um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu führen.

Doch die Politik der sozialreformistischen Führung, vor allem seit der Bildung der Großen Koalition, und das »Verwachsen der sozialdemokratischen ... Spitzen mit den Organen der Staatsgewalt und den Spitzen der kapitalistischen Trusts«, wie Thälmann es kennzeichnete und wie es auch der VI. Weltkongreß charakterisiert hatte, erleichterten den Kampf des

28 Ernst Thälmann: Über proletarischen Internationalismus, S. 91.

Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse. Das hatte naturgemäß Konsequenzen für die Taktik der Kommunisten. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des VI. Kongresses der Kommunistischen Internationale legte Ernst Thälmann dar, daß sich unter diesen Umständen das Schwergewicht der Einheitsfrontpolitik auf die Herstellung der Einheitsfront von unten, das heißt an der Basis, vor allem in den Betrieben, verlagern müsse. Obgleich Thälmann davor warnte, diese Orientierung als Abgehen von einer systematischen und kontinuierlichen Arbeit mit den Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratie auszulegen, wurde sie in der nächsten Zeit im Grunde als Verzicht auf offizielle Kontakte mit Organisationen der SPD gewertet, und Ernst Thälmann argumentierte und handelte selbst aus dieser Sicht.

Angesichts des Paktierens der Reformisten mit der Monopolbourgeoisie müsse sich die Partei darüber klar sein, meinte Ernst Thälmann, daß sie selbst die Kämpfe gegen die Unternehmer zu führen habe, auch wenn die reformistischen Gewerkschaftsinstanzen Aktionen ablehnten. Stets der Bedeutung gewerkschaftlicher Organisiertheit der Arbeiter eingedenk, hatte Ernst Thälmann dabei keineswegs im Sinne, die freien Gewerkschaften zu übergehen. Es ging ihm im Gegenteil darum, sie als Klassenorganisationen des Proletariats zu stärken, denn er war sich dessen bewußt, daß nur »durch Formierung der revolutionären Front in den Gewerkschaften« die ausschlaggebenden Teile der Arbeiterklasse aktiviert werden konnten. Wegen des scharfen antikommunistischen Kurses und der Spaltungsmaßnahmen der reformistischen Gewerkschaftsinstanzen war es jedoch außerordentlich schwierig, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Weil die Kommunisten vor der Aufgabe standen, an die Spitze von Massenaktionen der Arbeiter zu treten und sich in einer verschärften Auseinandersetzung mit dem Sozialreformismus zu behaupten, forderte Ernst Thälmann, in der gesamten politischen und ideologischen Tätigkeit »die Rolle unserer Partei schärfer hervor[zu]heben« und ihre Kampfkraft zu stärken. Besonderen Nachdruck legte er darauf, die Partei noch enger mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Dazu müsse man, wie Thälmann feststellte, »neue proletarische Kader in die Partei hineinbringen, um die Partei aufzufrischen«, ferner die Parteileitungen einschließlich der Bezirksleitungen durch Arbeiter der wichtigsten Betriebe verstärken, damit sich die Bedürfnisse und Meinungen der Arbeiter an diesen Knotenpunkten des Klassenkampfes unmittelbarer widerspiegelten. Unter dem

lebhaften Beifall der Konferenz schloß Ernst Thälmann sein Referat mit dem Appell, »die Einheit und Geschlossenheit [der Partei] über alles zu stellen und auch für die Einheit und Geschlossenheit der ganzen Komintern einzutreten«.[29]

Auf der 2. Parteikonferenz wurde der Sieg der marxistisch-leninistischen Mehrheit der Parteiführung über die rechtsopportunistische Fraktion und die versöhnlerische Richtung bekräftigt. Da die Rechtsopportunisten ihre Fraktionsarbeit verstärkt hatten und sogar die Partei zu spalten versuchten, wurden sie Ende 1928/Anfang 1929 als unbelehrbare Parteifeinde aus der KPD ausgeschlossen.

Unmittelbar nach der Parteikonferenz fuhr Ernst Thälmann wieder ins Kampfgebiet an der Ruhr. Am 8. November 1928 sprach er in einer Massenversammlung im Saalbau in Essen. Wie in Hamburg den Werft- und Hafenarbeitern, führte er hier mehr als 4000 ausgesperrten Metallarbeitern vor Augen, daß die Chance ihres Erfolges in einer festen und breiten Kampffront gegen Trusts und Staatsapparat liege. Nach der Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug. Ernst Thälmann, die anderen anwesenden Mitglieder des Zentralkomitees sowie die Kampfleitung der ausgesperrten Metallarbeiter marschierten an dessen Spitze durch die Stadt, an der Kruppschen Fabrik vorbei in die Arbeiterviertel, wo sie trotz der späten Abendstunde von der Bevölkerung mit stürmischem Beifall und »Rot Front!«-Rufen begrüßt wurden. Mit der Ansprache eines Vertreters der streikenden Hamburger Werftarbeiter fand die Demonstration ihr Ende.[30]

Im Sinne der Auffassungen Thälmanns gelang es an der Ruhr vor allem, einen erheblichen Teil der Unorganisierten in die Abwehrfront einzubeziehen. Gleichzeitig warben die Kommunisten aus den Reihen der Unorganisierten Mitglieder für die freigewerkschaftlichen Verbände und wirkten Kommunisten in den vom DMV aufgestellten Kampfleitungen mit. Obwohl die KPD alles tat, um die ausgesperrten Metallarbeiter zusammenzufassen, ihren Widerstand zu stärken und den Kampf auf weitere Arbeitergruppen auszudehnen, obwohl Abteilungen des RFB Versammlungen der Ausgesperrten schützten, die IAH, die »Proviantkolonne des Proletariats«, mit Lebensmitteln und der Einrichtung von Küchen half, im Reichstag und im preußischen Landtag die kommunistischen Abgeordneten die Interessen der Arbeiter verfochten, gelang es

29 IML, ZPA, I 1/2/6.

30 Vgl. Die Rote Fahne, 9., 10. November 1928.

nicht, die Kampfforderungen durchzusetzen. Nachdem der als Sonderschlichter eingesetzte sozialdemokratische Reichsinnenminister Severing einen für die Unternehmer günstigen Schiedsspruch gefällt hatte und diese die Aussperrung aufhoben, forderte die Leitung des DMV die Arbeiter auf, in die Betriebe zurückzukehren. Damit ging dieser Kampf zu Ende; denn die streikentschlossene Minderheit der Arbeiter unter Führung der Kommunisten und der oppositionellen Gewerkschafter hätte sich selbst isoliert, wenn sie weitergestreikt hätte.

Auf die äußerst schwierigen Probleme, die hier erneut sichtbar geworden waren, kam Ernst Thälmann immer wieder zu sprechen, besonders in seinen Arbeiten zum zehnten Jahrestag der Novemberrevolution 1918 und der Gründung der KPD. Für Thälmann war eine historische Bilanz notwendige Voraussetzung neuer Überlegungen und Initiativen im revolutionären Kampf. Deshalb betonte er in seiner Festrede zum zehnten Jahrestag der Parteigründung, die er am 30. Dezember 1928 vor Tausenden Berliner Arbeitern im Zirkus Busch hielt, die Aufgabe, jene »Erfahrungen, die die eigene Parteigeschichte und die unserer russischen Bruderpartei unter der Führung Lenins vermittelt[31], ... im praktischen Kampf der Partei zu verwerten«[32].

Als wichtigste und brennend aktuelle Lehre behandelte er die dialektische Wechselwirkung zwischen den objektiven und den subjektiven Momenten der revolutionären Bewegung. Den »Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen« und »der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei«, charakterisierte er als die »Tragödie der deutschen Revolution«.[33] Die konsequente kritische Analyse dieser historischen Erfahrungen vertiefte die Einsicht in die ausschlaggebende »Rolle der Partei als der einzigen Führerin der proletarischen Massen in der Organisierung der Revolution«[34]: Ihre Verwirklichung hebt den Reifegrad des subjektiven Faktors auf die Höhe der objektiven geschichtlichen Aufgaben. Deshalb erblickte Ernst Thälmann in der Weiterentwicklung der Partei, insbesondere darin, daß diese sich den Marxismus-Leninismus aneignet und sich immer enger mit den

31 In der Quelle: übermittelt.

32 Die Rote Fahne, 1. Januar 1929.

33 Ernst Thälmann: 9. November 1918 – die Geburtsstunde der deutschen Revolution. In: Geschichte und Politik, S. 104.

34 Ernst Thälmann: 10 Jahre KPD. In: Ebenda, S. 123.

Massen verbindet, die zentrale Aufgabe. Stets schloß er in den subjektiven Faktor der revolutionären Bewegung die Verbindung der bewußten und organisierten Vorhut mit den breiten Massen und ihre Fähigkeit zum praktischen Handeln ein. Das macht verständlich, daß Thälmann unter allen Stationen des Reifeprozesses der KPD gerade deren 2., den Heidelberger Parteitag 1919 hervorhob. Dieser hatte seinerzeit die linkssektiererischen Konzeptionen zerschlagen, die die Entwicklung der jungen KPD zu einer Massenpartei hemmten.

Wie Ernst Thälmann darlegte, vollzog sich der Wachstums- und Reifeprozeß der KPD keineswegs als organisationsinterne Entwicklung, sondern im Klassenkampf. Es war die Konsequenz aus den Erfahrungen der Kämpfe, wie Ernst Thälmann schrieb, die revolutionäre Partei »zu jener Reife, Klarheit und Geschlossenheit« zu entwickeln, »mit der die Partei Lenins den Sieg ... erfechten konnte«. Die Auseinandersetzungen mit opportunistischen Tendenzen, kleinbürgerlichen Einflüssen, revisionistischen Abweichungen waren dabei alles andere als Selbstzweck. Sie waren nach den Worten Thälmanns »die notwendigen und unvermeidlichen Schritte der inneren Klärung und Reifung«, durch welche »die KPD sich zur Höhe ihrer historischen Aufgabe« emporarbeiten mußte.[35]

Darüber, wie die Kommunisten in den freien Gewerkschaften arbeiten sollten, um Wirtschaftskämpfe auszulösen und zu führen, sprach Ernst Thälmann auf einer Reichsparteiarbeiterkonferenz zu Gewerkschaftsfragen, die Ende Januar 1929 stattfand, am 27. Januar in der Diskussion zu den Referaten von Fritz Heckert, Paul Merker und Paul Bertz. Er erinnerte an die wesentlichen Veränderungen in den objektiven Kampfbedingungen: die massenweise Ersetzung von gelernten durch ungelernte Arbeiter und die millionenfache Einbeziehung von Frauen und Jugendlichen in den Produktionsprozeß im Zuge der kapitalistischen Rationalisierung, die dadurch bedingte Zunahme des Anteils der gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter. Durch das Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsinstanzen sei es erforderlich geworden, Streiks auch gegen deren Willen zu organisieren. Die neue Taktik ziele auf neue Kampfformen, keineswegs aber etwa auf die Gründung paralleler Gewerkschaftsverbände. Um aber der Passivität der Gewerkschaftsleitungen entgegenzuwirken und die gewerkschaftlich nicht organisierte Mehrheit der Arbeiterklasse in die Kämpfe einzubeziehen, hielt Thälmann es auch für angebracht, spezielle Organe zur Führung von Wirtschaftskämpfen zu entwickeln, wie es zum Beispiel die während des Ruhrkampfes auf übergewerkschaftlicher Grundlage gebildeten Kampfleitungen waren. Mit diesen hätten sich die Kommunisten auf die kämpfenden Massen orientiert, zu denen neben den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern auch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und nicht zuletzt »die große Masse der Unorganisierten«[36] gehörten.

35 Ebenda, S. 124, 125. – Vgl. auch S. 126.

Thälmann befürchtete zwar, daß neue, übergewerkschaftliche Formen der Sammlung der Massen und der Organisierung von Wirtschaftskämpfen bei den freigewerkschaftlichen Arbeitern zumindest vorübergehend auf Ablehnung stoßen könnten, hielt es aber für unumgänglich, dieses Risiko einzugehen, um überhaupt Aktionen der Arbeiter zu ermöglichen. Es zeigte sich indessen bald, daß seine Bedenken nur zu begründet waren. Er wie auch die anderen Genossen stellten sie damals zeitweilig in der Erwartung zurück, die Folgen der Spaltungspolitik rechter Gewerkschaftsführer rasch zurückdrängen und bald eine breite einheitliche Front kampfgewillter Arbeiter über alle Grenzen gewerkschaftlicher Organisiertheit hinaus schaffen zu können. So prägte sich immer mehr die Tendenz aus, Wirtschaftskämpfe von vornherein unabhängig von den Gewerkschaftsleitungen zu organisieren und gar nicht erst zu versuchen, diese zu Streikbeschlüssen zu veranlassen.

Weder Ernst Thälmann noch andere sahen zum gegebenen Zeitpunkt, da nicht abgewartet werden konnte, sondern gehandelt werden mußte, andere Möglichkeiten, Massen in Bewegung zu bringen und die Sabotage der Reformisten zu durchbrechen. Um so bedeutsamer war es, daß Ernst Thälmann auch in dieser komplizierten Situation jeden Gedanken an die Bildung paralleler, revolutionärer Gewerkschaften zurückwies. Mit Nachdruck hob er am Schluß seiner Diskussionsrede auf der Parteiarbeiterkonferenz jene aktuellen gewerkschaftspolitischen Aufgaben hervor, die er den Genossen in dieser Zeit immer wieder einhämmerte: Verstärkung der revolutionären Arbeit *in* den Gewerkschaften, Werbung der Unorganisierten für die freien Gewerkschaften, intensivere ideologische Auseinandersetzung mit dem Reformismus.

36 IML, ZPA, I 2/708/5.

11

Eine reaktionäre Umgestaltung der bürgerlichen Staatsordnung droht!

Im Frühjahr 1929 verstärkten sich die Anzeichen, daß Kreise der imperialistischen Bourgeoisie ihr Heil in einer reaktionären Veränderung der Herrschaftsmethoden suchten. Anfang März appellierte die »Deutsche Allgemeine Zeitung« – ein Sprachrohr der Schwerindustriellen – an den Reichspräsidenten, ein Kabinett zu berufen, das alle Rücksichten auf das Parlament fallenlassen und mit offen diktatorischen Methoden regieren würde. Hindenburg selbst stellte Erwägungen darüber an, unter welchen Umständen es möglich sei, bei der Nominierung eines neuen Reichskanzlers sogar eine Persönlichkeit in Betracht zu ziehen, die – wie er sagte – »auf die Absicht von Gewaltanwendung schließen lasse«[1]. Noch im gleichen Monat erörterte der Reichsbankpräsident Schacht mit General von Seeckt den Gebrauch des Notstandsartikels 48 und die Möglichkeiten, den Reichstag aufzulösen und die Verfassung zu ändern.[2] Die KPD sah dem nicht untätig zu. Sie versuchte, durch Kundgebungen und Demonstrationen die Massen aufzurütteln und für eine Einheitsfront gegen die Rechtsgefahr zu gewinnen.

Am Abend des 8. März versammelten sich im großen Saal des Kölner Gürzenich Tausende Arbeiter unter dem Motto »Kampf dem Faschismus ist die Parole!«, um »gegen die Diktaturbestrebungen der deutschen Bourgeoisie« zu protestieren.[3] Joseph Jaquemotte, der Führer der belgischen Kommunisten, brachte die internationale Solidarität im Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg zum Ausdruck. Ernst Thälmann war der Hauptredner des Abends. Wie die Presse berichtete, wies er in seinen zweistündigen Ausführungen nach, daß das Großkapital den Weg zunehmender Reaktion einschlug, »um durch Unterdrückung des revolutionären Teils der Arbeiterklasse die Voraussetzungen zur

1 Zit. in Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1960, S. 323.
2 Vgl. Reginald H. Phelps: Aus den Seeckt-Dokumenten. In: Deutsche Rundschau (Baden-Baden), 1952, H. 10, S. 1018.
3 Die Sozialistische Republik (Köln), 9. März 1929. – Vgl. auch 6. März 1929.

Durchführung der imperialistischen Politik zu schaffen«[4]. Er brandmarkte die klerikale Zentrumspartei, deren Führer – wie Heinrich Brüning oder Konrad Adenauer – mit dem italienischen Faschismus liebäugelten, und warf der SPD vor, daß sie als Regierungspartei immer schärfer gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vorging, aber zugleich gegenüber den Rechtskräften völlig untätig blieb und dadurch deren Erstarken förderte.

Am 9. und 10. März 1929 fand in Berlin ein Internationaler Antifaschistenkongreß statt, den die KPD gemeinsam mit Bruderparteien, Christen, demokratischen Intellektuellen und anderen Antifaschisten aus verschiedenen Ländern organisiert hatte. Im Namen der KPD begrüßte Wilhelm Pieck den Kongreß. Ähnliche antifaschistische Veranstaltungen gab es auch in anderen Großstädten.

Der Kampf gegen die Rechtsgefahr bestimmte auch das Auftreten Ernst Thälmanns auf dem Reichsjugendtag des KJVD am 31. März 1929 in Düsseldorf. Stürmisch begrüßt von Zehntausenden Jugendlichen und Arbeitern des niederrheinischen Industriebezirks, ergriff der Vorsitzende der KPD auf der Hauptkundgebung des Reichsjugendtages auf dem Karlsplatz das Wort. Er appellierte an die Versammelten, die Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter gegen den Faschismus und das Monopolkapital zu schließen. Den Blick der Jungkommunisten lenkte er besonders darauf, unter der katholischen Jugendbewegung zu wirken. Partei und Jugendverband orientierte er auf eine der wichtigsten Aufgaben, auf die Verbreiterung ihrer organisatorischen Basis.[5]

Die gefährlichen neuen Erscheinungen in der Politik maßgeblicher imperialistischer Kräfte verlangten eine gründliche Untersuchung. Ernst Thälmann versuchte eine solche Analyse auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD am 14. März 1929 in seinem Referat über die innenpolitische Lage. An der Tagung nahmen Vertreter der Bruderparteien aus der Tschechoslowakei, aus Norwegen und Schweden teil. Ernst Thälmann führte in seinem Referat Gedanken weiter, nun bereichert durch die Debatten auf dem VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale, die er schon auf dem 11. Parteitag und den folgenden Plenartagungen des Zentralkomitees – vor allem im September und Dezember 1927 und im Juni 1928 – dargelegt hatte. Er konstatierte, daß das hemmungslose Profit- und Expansionsstreben der Bourgeoisie eine politische Krise

4 Ebenda, 9. März 1929.
5 Vgl. Die Rote Fahne, 3. April 1929.

auslöse. Sie äußere sich vor allem in einer »Erschütterung des Parlamentarismus« sowie in einer Krise des bürgerlichen Parteiensystems. In allen bürgerlichen Parteien entwickele sich ein Widerspruch zwischen der rechtsgerichteten Politik ihrer Führer und den Hoffnungen und Forderungen eines beträchtlichen Teils ihrer Anhänger.

Thälmann beobachtete auch sorgfältig, was sich in den politischen Anschauungen der herrschenden Klasse veränderte und neu entwickelte. Er machte darauf aufmerksam, daß der imperialistischen Bourgeoisie ihre parlamentarische Herrschaftsform nicht mehr genüge. Bürgerliche Politiker forderten bereits, die Befugnisse des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gegenüber dem Parlament zu stärken. Ernst Thälmann erfaßte schon zu diesem frühen Zeitpunkt jene Momente, die dann zum Präsidialregime führten, mit dem der Übergang zur faschistischen Diktatur in Deutschland vollzogen wurde. Er schätzte ein, daß in Deutschland langsam »eine reaktionäre Umgestaltung der bürgerlichen Staatsordnung« mit offen diktatorischen und zum Teil halbfaschistischen Methoden vollzogen werde.

Damit wertete Thälmann bereits frühzeitig diesen Prozeß des Übergangs von bürgerlich-parlamentarischen zu offen diktatorischen Herrschaftsmethoden prinzipiell richtig. Das war bedeutsam für die Orientierung der revolutionären Arbeiterbewegung auf den Kampf gegen die Aushöhlung des bürgerlich-parlamentarischen Systems und den Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten.

In seinem Referat vor dem Zentralkomitee kennzeichnete Ernst Thälmann die von Finanzkapital, Junkertum und Militärclique betriebene Rechtsentwicklung als »Ansätze in der Entwicklung zum Faschismus«. Alle Kräfte exakt zu bestimmen, welche diese Entwicklung förderten, war schwierig. Daher war es bedeutsam, daß Thälmann insbesondere auf die faschistischen Tendenzen in der Politik und Ideologie der Zentrumspartei aufmerksam machte. Diese spielte die Schlüsselrolle, als der Kurs auf die faschistische Diktatur eingeschlagen und die ersten entscheidenden Schritte in dieser Richtung getan wurden.

Anfang 1929 wurde die antikommunistische Hetze besonders der SPD-Führung immer zügelloser, und viele der schärfsten Angriffe, die zu dieser Zeit gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten der Massen geführt wurden, gingen von der Hermann-Müller-Regierung, von der preußischen und von anderen sozialdemokratisch geführten Landesregierungen aus. Die Tätigkeit der SPD als Regierungspartei veranlaßte auch Thälmann dazu, sie überspitzt als eine der Kräfte zu charakterisieren, welche die faschistische Diktatur vorbereiteten.

Schließlich gab Ernst Thälmann vor dem Zentralkomitee die richtige Prognose, daß der Übergang zur faschistischen Diktatur sich keineswegs »von heute auf morgen« vollziehen werde. Das erleichterte es auch, den ebenso entscheidenden wie komplizierten Umstand zu erfassen, daß bürgerlich-parlamentarische und diktatorisch-faschistische Herrschaftsmethoden nicht einfach einander »ablösten«, sondern sich verflochten und einander durchdrangen. Aus dieser Sicht ergab sich die Konsequenz, vor allem den Anfängen zu wehren, statt sich etwa nur auf die Abwehr eines faschistischen Umsturzes einzustellen.

Aus der Analyse der innenpolitischen Entwicklung leitete Ernst Thälmann zwei grundlegende Schlußfolgerungen ab. Einmal umriß er die zentrale Aufgabe, eine Massenkraft zu formieren, stark genug, um die Rechtsentwicklung aufzuhalten. Es müsse verhindert werden, daß von der Politik der Großen Koalition enttäuschte, von der Krise des parlamentarischen Systems verwirrte Massen der Demagogie ultrareaktionärer, faschistischer Kräfte erliegen, die Lösung der sozialen Probleme von einer offenen Diktatur erwarten könnten; es gelte vielmehr, sie in die revolutionäre Bewegung einzubeziehen. Vor allem sei es aber notwendig, gerade angesichts des verschärften antikommunistischen Kurses der Führung der SPD das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiter in den Betrieben, Massenorganisationen und Wohngebieten zu verstärken, sich dabei auf die sozialdemokratischen Arbeiter zu konzentrieren und die »künstliche Mauer« zwischen ihnen und den Kommunisten »zu durchbrechen«. Thälmann lenkte die Aufmerksamkeit auf den Widerspruch zwischen der Rechtsorientierung der sozialdemokratischen Führung und der Linksentwicklung in den sozialdemokratischen Massen; er unterstrich so die Notwendigkeit, den Unterschied zwischen Führern und Mitgliedern der Sozialdemokratie zu beachten.

Zum anderen versuchte Ernst Thälmann die Frage zu beantworten, *wie* jene Massenkraft gegen die Rechtsentwicklung zu formieren sei. Eine entscheidende Voraussetzung sah er darin, den Arbeitern und anderen Werktätigen einen Weg zu zeigen, den sie selbst als gangbar erkannten. Die Partei müsse ihre konkreten Forderungen und Ziele auf allen Gebieten wirksamer propagieren, besser erläutern, müsse ihr politisches Anliegen überzeugender sichtbar machen und eine entsprechende praktische Ar-

beit leisten.[6] In diesem Sinne äußerte er sich auch wenige Tage nach dem Märzplenum des Zentralkomitees auf dem Berliner Bezirksparteitag in seiner Diskussionsrede zum politischen Referat Wilhelm Piecks.[7]

Ernst Thälmann hielt es nun für noch dringender, eine »Wendung in der revolutionären Massenpolitik«[8] zu erreichen, und kritisierte, daß die Arbeit der Partei zuwenig über den Rahmen der Parteiorganisationen und den Kreis der Kommunisten hinausreichte. Immer wieder ging er im März und April 1929 auf die Notwendigkeit ein, die Tätigkeit der Partei so zu verändern, daß sie breite Massen zu Aktionen führen und in der Tat als Vorhut der Arbeiterklasse wirken konnte.

Großes Gewicht legte Ernst Thälmann darauf, den Bezirksorganisationen zu helfen. Am 24. März referierte er in der ersten Sitzung der neugewählten Bezirksleitung Berlin–Brandenburg–Lausitz über »Die Hauptlinie unserer nächsten Arbeit«. Zwischen dem 20. März und dem 19. April fanden unter seiner Leitung eingehende Beratungen des Sekretariats des Zentralkomitees mit den führenden Funktionären einiger der wichtigsten Parteibezirke – Niederrhein, Erzgebirge–Vogtland, Wasserkante und Halle–Merseburg – statt. Am 16. April sprach er auf dem Bezirksparteitag der KPD im Ruhrgebiet.[9]

Die rechten sozialdemokratischen Führer sahen in der zunehmenden Aktivität und dem wachsenden Masseneinfluß der KPD eine immer ernstere Gefährdung ihrer Politik der Großen Koalition. Das kam den Absichten der imperialistischen Reaktion entgegen, die im Frühjahr 1929 auf Gewaltmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung drängte und daran interessiert war, daß diese von rechten sozialdemokratischen Staatsfunktionären ergriffen würden. Wie ein Jahrzehnt zuvor wollte sie die Verantwortung für Unterdrückungsmaßnahmen und Blutvergießen den sozialdemokratischen Politikern überlassen. Standen Sozialdemokraten als Innenminister des Reiches, Preußens und anderer Länder sowie als Polizeipräsidenten im ersten Treffen des erstrebten antikommunistischen Terrorfeldzuges, dann war damit auch eine einheitliche Abwehraktion der Arbeiterschaft so gut wie unmöglich gemacht. Im Gegenteil, eine krasse Vertiefung der Spaltung der Arbeiterklasse war die vorauszusehende Folge. Die führenden sozialdemokratischen Politiker wurden deshalb von der sich nach rechts orientierenden imperialistischen Bourgeoisie zu einem harten antikommunistischen Kurs gedrängt. Leitende Funktionäre der Sozialdemokratie waren ihrerseits bestrebt, ihre Unentbehrlichkeit als Koalitionspartner großbürgerlicher Parteien nachzuweisen.

6 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/71.
7 Vgl. Die Rote Fahne, 19. März 1929.
8 IML, ZPA, I 2/1/71.
9 Vgl. ebenda, 5/1/718; 21/1/676; 3/1/711.

Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Karl Zörgiebel forderte mit Zustimmung des sozialdemokratischen preußischen Innenministers Albert Grzesinski, des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing und der Führung der SPD die Arbeiter Berlins offen heraus. Erstmals seit den Tagen der Hohenzollernmonarchie machte er ihnen das Recht auf die Maidemonstration streitig, indem er das seit Dezember 1928 über Berlin verhängte Demonstrationsverbot ohne triftige Gründe ausdrücklich für den 1. Mai 1929 aufrechterhielt.[10] Die KPD rief dazu auf, sich dem Verbot nicht zu beugen, sondern den 1. Mai gemäß den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung zu begehen. »Sie war verpflichtet, nicht zurückzuweichen vor dem Klassenfeind, sondern ... gegen das Verbot zu demonstrieren, das Recht auf die Straße zu behaupten, was ein altes Recht des Proletariats in der ganzen Welt ist«[11], erklärte Ernst Thälmann nach den Maitagen. Auch Zörgiebel hegte keinerlei Zweifel am friedlichen Charakter dieser Demonstration, wie er am 16. April seinem Vorgesetzten Grzesinski mitteilte. Sein Demonstrationsverbot war also eine wohlüberlegte Provokation. Zur gleichen Zeit steigerte die sozialdemokratische Presse mit Schlagzeilen wie »Die KPD braucht Leichen!« und Greuelmärchen von »zweihundert Toten ..., die man unbedingt für die kommunistische Parteiagitation braucht«, ihre antikommunistischen Angriffe.[12]

Am 1. Mai 1929 folgten etwa 200 000 Berliner Arbeiter dem Aufruf zur

10 Vgl. Urteil gegen die Mai-Mörder. Öffentliche Verhandlung des Ausschusses zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge. Stenographisches Protokoll vom 1. Verhandlungstag nebst Anlagen. Hrsg. v. der Roten Hilfe Deutschlands im Auftrage des Untersuchungsausschusses (Berlin) o. J. – Ernst Laboor: Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Militarismus und Kriegsgefahr 1927 bis 1929, Berlin 1961, S. 264–266. – Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428. Stenographische Berichte (von der 77. Sitzung am 5. Juni 1929 bis zur 98. Sitzung am 28. Juni 1929), Berlin 1929, S. 2187.
11 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding, 9. bis 16. Juni 1929, Berlin o. J., S. 92.
12 Vorwärts, 20. April 1929, Abendausgabe. – 200 Tote am 1. Mai? Verbrecherische Pläne der Kommunisten. In: Ebenda, 29. April 1929, Abendausgabe.

Maidemonstration. Sie wurden von Tausenden Polizisten überfallen und brutal auseinandergeknüppelt. Blindwütig eröffnete die Polizei das Feuer auf Demonstrationszüge und Menschenansammlungen, tötete 33 Demonstranten und verletzte Hunderte. Empörung und Zorn breiteten sich in der revolutionären Arbeiterschaft aus. In den Abendstunden gingen Arbeiter am Wedding und in Neukölln spontan zur Gegenwehr über. Sie errichteten Barrikaden, hinter denen sie sich bis zum 2. Mai gegen die angreifende Polizei behaupteten. Mancherorts hielten die Auseinandersetzungen mit der Polizei bis zum 3. Mai an.

Nachdem »im roten Wedding und im roten Neukölln Barrikadenkämpfe entstanden waren, stand die Partei vor der schwerwiegenden Entscheidung: Wie muß sie diese spontane Erhebung der Massen unterstützen?« So schilderte Ernst Thälmann die komplizierte Situation, die sich für die KPD ergab. Viele Arbeiter verlangten nach Waffen, um dem Terror der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer rechtssozialdemokratischen Handlanger die revolutionäre Gewalt der Massen entgegenzusetzen. »Die Partei konnte aber nicht dem Ruf nach dem bewaffneten Aufstand, der Forderung nach Bewaffnung nachgeben, ... weil keine akut revolutionäre Situation gegeben war«, betonte Ernst Thälmann: »Hätte die Partei den instinktiv aus den Massen kommenden Stimmungen und Forderungen an uns nachgegeben, so hätte das bedeutet, daß die Partei auf die Provokationen der Zörgiebel-Polizei hereingefallen und später der beste Teil der Berliner Arbeiterschaft, der revolutionäre Kern, abgeschlachtet worden wäre. Das war die große politische Verantwortung, die die Partei in diesen Tagen hatte.«[13]

Die KPD solidarisierte sich sofort mit den Barrikadenkämpfern und rief die Arbeiter auf, in Solidaritätsstreiks zu treten und durch den politischen Massenstreik die Reaktion zum Rückzug zu zwingen.[14] Zugleich beschloß die Parteiführung in der Nacht zum 2. Mai, nicht zuzulassen, daß die bewaffneten Auseinandersetzungen anhielten und sich ausdehnten. Von dieser Notwendigkeit mußten die Kämpfenden überzeugt werden. Ernst Thälmann selbst übernahm es, die Entscheidung der Partei an einen der Brennpunkte des Kampfes, in die Kösliner Straße im Wedding, zu überbringen. Dazu mußte er unbemerkt die Absperrungen der Polizei passieren. »Durch das nächtliche Dunkel des Weddinger Kampfgebietes, wo jede Straßenlaterne und jedes Licht in den Wohnungen erloschen war,

13 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 92, 93.
14 Vgl. ebenda, S. 93. – Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 797–799.

knallten Schüsse, schnitten die Strahlen der Scheinwerfer und ratterten die Motore der Panzerwagen.«[15] Mit Hilfe des militärpolitischen Apparats der Partei wurde Ernst Thälmann von der Uferstraße aus durch unterirdische Gänge, Keller und Mauerdurchbrüche zu den Kämpfenden geschleust. Bei Arbeitern unterrichtete er sich über die Lage. In einem Arbeiterlokal versammelten sich die Funktionäre dieses Viertels. Thälmann erläuterte ihnen die Notwendigkeit, den bewaffneten Widerstand abzubrechen, sich ohne Verluste zurückzuziehen und den Kampf in eine politische Massenbewegung überzuleiten. Die kämpfenden Arbeiter – Kommunisten und Parteilose – folgten diesem Rat und bewiesen damit ihr Vertrauen zur KPD und deren Führung.[16]

Eine Woche später, am 8. Mai, sprach Ernst Thälmann gemeinsam mit Wilhelm Pieck an den Gräbern der am 1. Mai Ermordeten auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde. Thälmann entlarvte die blutige Polizeiprovokation und ihre Hintergründe, denn – so stellte er fest – »an diesem 1. Mai 1929 ging es um die nackte Forderung der Bourgeoisie an die SPD, das revolutionäre Proletariat auf den Straßen Berlins niederzuschlagen«. Angesichts massenhafter Repressalien der Polizei und der reaktionären Justiz und einer entfesselten antikommunistischen Pogromhetze gab der Vorsitzende der KPD die stolze Erklärung ab: »Die KPD solidarisiert sich völlig mit denjenigen, die auf den Barrikaden gestanden haben.« Er unterstrich den Defensivcharakter der Barrikadenkämpfe und betonte entgegen antikommunistischen Verleumdungen und abenteuerlichen Stimmungen, daß der bewaffnete Aufstand nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Dieser könne nur aus »jahrelanger Vorbereitung, Schulung und Kräftekonzentration« hervorgehen und dürfe nicht ohne die Unterstützung der breiten Massen, nicht unvorbereitet und nicht leichtfertig unternommen werden. Thälmann warnte davor, der Entwicklung des Kräfteverhältnisses der Klassen vorauszueilen, Kampfaufgaben zu stellen, die noch nicht herangereift seien, und Kampfformen anzuwenden, die nicht der realen Lage entsprächen.[17]

Eine abschließende Einschätzung der Berliner Maikämpfe gab Ernst Thälmann auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929. Er wertete diesen offenen Zusammenstoß mit der bürgerlichen Staatsgewalt als Ausdruck

15 IML, ZPA, NL 3/63.
16 Vgl. ebenda. – Richard Gyptner: Ernst Thälmann spricht. In: Junge Generation, 1964, H. 8, Beilage, S. 5.
17 Vgl. HVZ, 10. Mai 1929.

der schärfsten Zuspitzung der Klassengegensätze seit 1923 und der in den Massen angesammelten revolutionären Energie. Zweck der Provokation sei es gewesen, »die Kommunistische Partei von den Massen zu isolieren, sie in eine neue Märzaktion hineinzutreiben, damit sie für längere Zeit zurückgeworfen wird«. Im Unterschied zu den Märzkämpfen des Jahres 1921 hatte die KPD es jedoch diesmal verstanden, dem Schlag des Gegners auszuweichen und sich nicht unter ungünstigen Bedingungen den Kampf aufzwingen zu lassen. Nachdrücklich wies Thälmann auf die Verantwortung nicht nur Zörgiebels, sondern auch der maßgeblichen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer für die blutige Provokation hin; denn sie hatten Zörgiebel in seinen Absichten bestärkt und seine Handlungsweise in der Öffentlichkeit vertreten. »Der Polizeisozialismus wollte auf diese Weise die Radikalisierung der Arbeitermassen aufhalten.«[18]

Den blutigen Ausschreitungen in Berlin folgten weitere Terrorakte gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Um der antikommunistischen Hetze freie Bahn zu schaffen, die KPD mundtot zu machen und die Verbreitung der Wahrheit über das an den Berliner Arbeitern verübte Verbrechen zu erschweren, verbot Zörgiebel am 2. Mai die »Rote Fahne«. Das Verbot wurde mit einer zweitägigen Unterbrechung bis zum 22. Juni aufrechterhalten; in dieser Zeit waren auch weitere kommunistische Zeitungen verboten. Viel folgenschwerer aber war es, daß der preußische Innenminister Grzesinski am 3. Mai den RFB verbot. Auf Drängen des Reichsinnenministers Severing schlossen sich die anderen Länderregierungen diesem Verbot an. Dabei gingen einige sozialdemokratische Innenminister voran; andere jedoch, zum Beispiel Wilhelm Leuschner in Hessen, fügten sich diesem Druck nur widerstrebend. Die Regierung Braunschweigs widersetzte sich überhaupt, und Severing verbot dort den RFB über den Kopf der Landesregierung hinweg.[19] Damit war eine der bedeutendsten Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse durch sozialdemokratische Polizeigewaltige in die Illegalität getrieben worden. Das schuf faschistischen Terrorbanden vom Schlage der hitlerfaschistischen Sturmabteilungen (SA) freie Bahn. Auf diese Zusammenhänge wies mit aller Deutlichkeit eine Interpellation hin, die Ernst

18 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 91.

19 Vgl. ZStA Potsdam. Hist. Abt. I, 15.01 Reichsministerium des Innern, Abt. I A (Politik), Gesetz zum Schutz der Republik, Nr. 25 668/14 (RFB und Roter Jungsturm 1928–1933); Nr. 25 646 (Verbot des RFB 1929).

Thälmann und Willy Leow am 10. Mai namens der kommunistischen Fraktion im Reichstag einbrachten.[20]

Ernst Thälmann ergriff sofort die Initiative, um den RFB in die Illegalität zu überführen sowie Formen und Methoden der Arbeit zu entwickeln, die den neuen Bedingungen entsprachen. Unmittelbar nach dem Verbot gab er in einer Berliner Wohnung Mitgliedern der Bundesführung – seinem Stellvertreter Willy Leow, dem Reichsführer der Roten Jungfront Emil Paffrath, dem verantwortlichen Redakteur der »Roten Front« Otto Schreiber sowie Paul Hornick – entsprechende Direktiven.[21] In den Vordergrund stellte Thälmann die Notwendigkeit, Protestaktionen auszulösen. Angesichts des Verbots kommunistischer Zeitungen maß er Kundgebungen und Agitationsveranstaltungen besondere Bedeutung bei. Deshalb fuhr er Pfingsten nach Hamburg. Im Stadtpark, wo die Hauptkundgebung des Reichstreffens des RFB hatte stattfinden sollen, wandte er sich am Pfingstsonntag, dem 19. Mai, mit einer kurzen Ansprache an die Hamburger Arbeiter, die zu Tausenden erschienen waren und ihm zujubelten. Er rief sie auf, das durch die Maßnahmen der sozialdemokratischen Minister verletzte »fundamentale Recht des Arbeiters, die Koalitionsfreiheit«[22], entschlossen zu verteidigen. Dann marschierten die Demonstranten ungeachtet eines Polizeiaufgebots nach Schiffbek. Auch hier ergriff Ernst Thälmann das Wort, warnte vor der Gefahr des Faschismus und appellierte an die Werktätigen, dieser Bedrohung gemeinsam entgegenzutreten.[23]

Wie stark sich der Rechtskurs der imperialistischen Bourgeoisie in der SPD widerspiegelte, bewies deren Parteitag Ende Mai 1929 in Magdeburg. Für diesen war es charakteristisch, wie Ernst Thälmann bemerkte, »daß nicht eine einzige Stimme des Protestes gegen die Zörgiebel-Morde an der Berliner Arbeiterklasse und gegen das Verbot des RFB und der kommunistischen Presse sich erhob«[24]. Von der Identifizierung der maßgeblichen sozialdemokratischen Politiker mit dem bürgerlichen Staat und dessen Terrormaßnahmen, von ihrer Einordnung in das imperialistische System zeugte auch die Beschlußfassung über ein sozialdemokratisches

20 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 800/801.

21 Vgl. Emil Paffrath: »Das ist die Rote Jungfront, die sich nicht verbieten läßt...« In: Militärgeschichte (Potsdam–Berlin), 1972, H. 1, S. 81.

22 HVZ, 22. Mai 1929.

23 Vgl. IML, ZPA, EA 1397.

24 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 77.

Wehrprogramm. Darin wurde aus der kleinbürgerlichen Auffassung, die Weimarer Republik sei kein imperialistischer Klassenstaat, sondern ein »demokratischer Volksstaat«, die Forderung an die Arbeiterklasse abgeleitet, diesen Staat im Falle eines Krieges zu verteidigen.[25] Damit wurde die klassenverräterische Politik des 4. August 1914 programmatisch verankert. Deutlichster Ausdruck der fortschreitenden Rechtsorientierung in der SPD – Ernst Thälmann machte darauf besonders aufmerksam – war die vom Vorsitzenden der SPD Otto Wels unter dem Beifall des Parteitags abgegebene Erklärung, daß die Sozialdemokratie im Falle einer Krise des bürgerlichen Staates bereit sei, zu dessen Behauptung auch »die Diktatur zu handhaben«[26].

Der Blutmai war der brutalste Gewaltakt gegen die Arbeiterklasse seit dem Blutbad unter den mitteldeutschen Arbeitern im März 1921 und beschwor die Erinnerung an die grauenvollen Untaten Gustav Noskes und seiner Freikorpsbanden in den Jahren 1919/1920 herauf; die Beschlüsse und Stellungnahmen des Magdeburger Parteitages der SPD waren das bisher entschiedenste Bekenntnis zum imperialistischen Staat, eine zynische und provozierende Rechtfertigung offenen Terrors gegen die Kommunisten und Millionen revolutionärer Arbeiter.

Unter dem Eindruck dieser empörenden und besorgniserregenden Tatsachen trat die nach dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale aufgekommene, auch von Ernst Thälmann geteilte fehlerhafte Einschätzung, der Reformismus entwickele sich zu einem »Sozialfaschismus«, stark in den Vordergrund. Sie entsprang der Tatsache, daß Sozialdemokraten noch beträchtliche Positionen im Staatsapparat, zumal in dessen Repressivorganen, innehatten, während die imperialistische Bourgeoisie schon Kurs auf ein offen diktatorisches, in seiner Konsequenz faschistisches Regime nahm und daß die sozialdemokratischen Führer die ihnen zu Gebote stehenden Mittel auch jetzt nicht zur Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten, sondern ganz im Sinne der imperialistischen Reaktion gebrauchten und den Hauptschlag gegen die konsequentesten demokratischen Kräfte richteten, gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Die Tätigkeit sozialdemokratischer oder sozialdemokratisch geführter Regierungen, der

25 Vgl. Dokumente und Materialien..., Bd. VIII, S. 803–805.

26 Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929, vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Berlin 1929, S. 14. – Vgl. auch Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 74.

blutige Terror der sozialdemokratischen Repräsentanten im Staatsapparat in den Berliner Maitagen, das Verbot des RFB und andere Maßnahmen, die das Vordringen faschistischer Elemente direkt förderten, konnten den Eindruck verstärken, die Sozialdemokratie wirke – nach den Worten Ernst Thälmanns – »als organisierende Kraft bei der Errichtung der faschistischen Diktatur«[27].

Jedoch erfaßte diese Wertung nicht das Wesen der Sache. Das arbeiterfeindliche, antidemokratische Handeln der rechtssozialdemokratischen Führer wurde zu isoliert betrachtet. Die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit konnte nicht zur Massenbasis einer faschistischen Diktatur werden. Das war letzten Endes deshalb nicht möglich, weil die Sozialdemokratie hauptsächlich in der Arbeiterklasse wirkte und sich auf die freien Gewerkschaften und andere ihrer Zusammensetzung nach überwiegend proletarische Massenorganisationen stützen mußte. Diese Kräfte konnten eine faschistische Herrschaft nicht akzeptieren. Andererseits waren die faschistischen Monopolherren und deren politische Manager nicht gewillt, eine reformistische Arbeiterbewegung länger als unbedingt nötig in ihrem System zu dulden. Ihr Streben nach einer faschistischen Diktatur schloß die Absicht ein, sich der Sozialdemokratie zu entledigen. Die bis Anfang der dreißiger Jahre verbreitete falsche These vom »Sozialfaschismus« erschwerte es zeitweilig den Kommunisten, die Mitglieder und Funktionäre der sozialdemokratischen Bewegung für die Aktionseinheit gegen Faschismus und Kapitaloffensive zu gewinnen und den Einfluß des Antikommunismus zurückzudrängen.

Nach der Abwehr der Maiprovokation konzentrierte sich Ernst Thälmann auf den bevorstehenden 12. Parteitag der KPD. Hinter ihm lagen nahezu vier Jahre unermüdlichen, zielbewußten Wirkens an der Spitze der Parteiführung. Er hatte besonderen Anteil daran, daß die KPD in diesen Jahren mit brüderlicher Unterstützung der Kommunistischen Internationale zu einer ideologisch-politisch und organisatorisch einheitlichen, eng mit den Massen verbundenen revolutionären Kampfpartei reifte. Niemand hatte mehr als Thälmann dazu beigetragen, daß in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung der Marxismus-Leninismus unter den Bedingungen eines harten und komplizierten Klassenkampfes und scharfer Auseinandersetzungen mit dem Reformismus einen entscheidenden Sieg über die rechts- und linksopportunistischen sowie klein-

27 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 75.

bürgerlich-nationalistischen Strömungen und Tendenzen errungen hatte. Unter seiner Führung wurden die ideologischen, politischen und organisatorischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus in der deutschen Arbeiterbewegung systematisch durchgesetzt. Die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse war in eine neue, höhere Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. Thälmann hatte sich schließlich besondere Verdienste darum erworben, das Band der deutschen Arbeiter zum Weltproletariat noch fester zu knüpfen und vor allem eine enge Kampfgemeinschaft, ein unverbrüchliches Vertrauensverhältnis zwischen den deutschen und den sowjetischen Kommunisten herzustellen und zu festigen.

Unter der Leitung ihres Thälmannschen Zentralkomitees rüstete sich die KPD für die heranreifenden großen Klassenauseinandersetzungen, für den Kampf gegen die Offensive des Monopolkapitals und die drohende Gefahr des Faschismus.

Vierter Teil

1929–1933

1

Wenn die Partei sich dem Sturm entgegenstellt

»Unter allen großen kapitalistischen Ländern sind in Deutschland die Klassenverhältnisse und Klassengegensätze am schärfsten zugespitzt. Hier nimmt der Klassenkampf die seit 1923 höchsten Formen an«[1], urteilte Ernst Thälmann am Vorabend des 12. Parteitages der KPD über die Lage. Die blutigen Maitage und das Verbot des RFB hatten den Ernst der Situation kraß beleuchtet. Die KPD war genötigt, ihren nach Dresden einberufenen Parteitag um einige Wochen zu verschieben. Ernst Thälmann empfahl, zum Zeichen der Solidarität mit dem Berliner Proletariat den Parteitag im Berliner Arbeiterbezirk Wedding abzuhalten. Das Zentralkomitee stimmte dem zu.

Den Hintergrund des Angriffes, den die imperialistische Bourgeoisie mit Hilfe der sozialdemokratischen Minister und Polizeigewaltigen gegen die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse eingeleitet hatte, bildete die Tatsache, daß der deutsche Imperialismus am Ende der zwanziger Jahre in seinem Wachstum auf Grenzen stieß, die er zu überwinden trachtete. Nach außen engte ihn das Versailler System ein, im Innern standen die bürgerliche Demokratie und eine starke Arbeiterbewegung seiner Profit- und Machtgier im Wege. Ökonomisch und politisch wiedererstarkt, suchte er nach Möglichkeiten, diese Grenzen zu sprengen. Kirdorf, Krupp, Schacht, Thyssen, Vögler und andere Vertreter der Schwerindustrie und des Finanzkapitals berieten im Mai 1929 darüber, wie man zur Verwirklichung ihrer volksfeindlichen Absichten einen noch reaktionäreren Regierungskurs durchsetzen könne.[2] Bereits in den Ostertagen hatte General von Schleicher, politischer Repräsentant des deutschen Militarismus und Vertrauter des Reichspräsidenten, den monarchistisch gesinnten Zentrumsführer Heinrich Brüning in den Plan eingeweiht, spätestens im

1 Ernst Thälmann: Zum XII. Parteitag. In: Neue Zeitung, 8. Juni 1929.
2 Vgl. Bernhard Menne: Krupp. Deutschlands Kanonenkönige, Zürich 1937, S. 356–359.

folgenden Jahr das sozialdemokratisch geführte Kabinett zu stürzen und eine Regierung zu bilden, die den Reichstag lahmlegen und mit diktatorischen Vollmachten regieren sollte.[3]

Die herrschende monopolkapitalistische Klasse, durch das Mißverhältnis zwischen ihren riesigen ökonomischen Potenzen und den begrenzten Möglichkeiten, diese voll zu nutzen, noch reaktionärer und aggressiver als früher, ging zum Angriff über, um die Bedingungen für die Kapitalverwertung entschieden zu verbessern und – wie Ernst Thälmann feststellte – »die Widerstandskraft des Proletariats zu brechen, damit sie beim Ausbruch des Weltkrieges sich einem nicht so starken ›inneren Feind‹ gegenübergestellt sieht«[4]. Die Weichen wurden auf Faschismus und Krieg gestellt. Zudem geriet um die Zeit des 12. Parteitages die kapitalistische Wirtschaft in eine Stagnation, aus der bald darauf eine schwere Krise erwuchs. Wie von den Kommunisten vorhergesehen, ging die relative Stabilisierung des Kapitalismus ihrem Ende zu.

Das höchste Organ der KPD trat am 9. Juni 1929 in den Pharussälen zusammen, einer traditionsreichen Versammlungsstätte der Berliner Arbeiterbewegung. Unweit davon hatten die Barrikaden der blutigen Maitage gestanden. Der Parteitag dauerte bis zum 15. Juni. Die 217 stimmberechtigten Delegierten vertraten 116 735 von der Parteikassierung erfaßte Parteimitglieder. Davon waren knapp zwei Drittel in Betrieben beschäftigt, jedoch nur ungefähr ein Fünftel in Betriebszellen organisiert. Trotz des Bestrebens der rechten Gewerkschaftsführer, Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen, gehörten Anfang 1929 noch rund 72 Prozent der KPD-Mitglieder, die nach Alter und Beschäftigung organisationsfähig waren, einem freigewerkschaftlichen Verband an; viele von ihnen waren als gewählte Funktionäre unter den fünf Millionen Arbeitern tätig, die den freien Gewerkschaften angehörten. Etwa 500 von rund 12 000 Gewerkschaftskartellen und Ortsverwaltungen des ADGB und der einzelnen Verbände wurden von Kommunisten geleitet.[5]

3 Vgl. Heinrich Brüning: Memoiren 1918–1934, Stuttgart (1970), S. 145–147.

4 Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Moskau, 3. Juli 1929 bis 19. Juli 1929, Hamburg–Berlin o. J., S. 636.

5 Vgl. Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien, Moskau–Leningrad 1935, S. 141. – Bericht des Zentralkomitees der KPD an den 12. Parteitag, S. 253, 223, 225. – »Die Zahl der abgerechneten (d. h. von der Parteikassierung erfaßten – *d. Verf.*) Mitglieder betrug... durchschnittlich 78 Prozent der registrierten Mitglieder.« (Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, S. 141.) – Im März 1929 zählte die KPD also etwa 150 000 registrierte Mitglieder.

Die KPD konnte sich auf zahlreiche Massenorganisationen stützen, zum Beispiel auf den KJVD mit fast 22 000 Jungkommunisten, auf die Internationale Arbeiterhilfe mit rund 42 000 Einzelmitgliedern und 1 900 000 korporativ angeschlossenen Mitgliedern sowie auf die Rote Hilfe mit 185 000 Mitgliedern.[6] Dazu zählten weiter Interessengemeinschaften wie der im Oktober 1928 gebildete Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller oder der kurz vor dem Parteitag gegründete Reichsverband Freisozialistischer Studenten, die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen und der Bund der Freunde der Sowjetunion. Zur Verbreitung ihrer Ansichten bediente sich die Partei neben der mündlichen Agitation und ihrer Presse – die KPD gab einschließlich der Wochenzeitungen und Nebenblätter etwa 40 Zeitungen heraus, insgesamt erschienen aber damals ungefähr 4700 Blätter in Deutschland[7] – verschiedener anderer Methoden, soweit das ihre geringen finanziellen Mittel und der schmale Spielraum zwischen Zensur und Polizeischikanen zuließen. So gab es zu dieser Zeit nachweislich mindestens 742 Betriebs-, Orts- und Häuserblockzeitungen, die von Parteizellen meist auf Vervielfältigungsapparaten angefertigt wurden. Das Filmkartell Weltfilm GmbH und andere Einrichtungen des Organisationsverleihs stellten Bildstreifen und Schmalfilme bereit. Vom Parteiverlag wurden zahlreiche Broschüren und Flugblätter herausgegeben, so vom November 1927 bis Februar 1929 über 30 Broschüren mit einer Gesamtauflage von 852 000 Exemplaren, nicht gerechnet die Produktion der Zeitungsverlage. Es erschienen sechs Arbeiten von Marx und Engels, darunter – neben dem Kommunistischen Manifest und anderen wiederholt aufgelegten Titeln – die »Kritik des Gothaer Programms«.[8]

Dank der aufopfernden Arbeit Zehntausender Kommunisten, vieler parteiloser Mitglieder der proletarischen Massenorganisationen und Sympathisierender ging das Ansehen der Kommunistischen Partei in den Massen beträchtlich über jene Kreise hinaus, die sie organisatorisch erreichte. Das hatte sich zum Beispiel bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 gezeigt. Während die Stimmenzahl der SPD (9 151 059) nicht

6 Vgl. Bericht des Zentralkomitees der KPD an den 12. Parteitag, S. 361, 388/389.

7 Vgl. Handbuch der deutschen Tagespresse. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitungskunde Berlin. 4. Aufl., Berlin 1932. – Jahrbuch der Tagespresse, 2. Jg., Berlin 1929.

8 Vgl. IML, ZPA, St 10/57. – Film und revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland 1918–1932. – Bericht des Zentralkomitees der KPD an den 12. Parteitag, S. 258–262, 275–277.

ganz das Zehnfache ihrer Mitgliederzahl – 949 306 im Mai 1929[9] – betrug, erreichte die der KPD (3 263 354) knapp das Dreißigfache der Mitgliederzahl.

Ernst Thälmann hielt das Hauptreferat des Parteitages und eine weitere Rede in einer internen Sitzung.[10] In seinem Referat analysierte er die tiefgreifenden Veränderungen der Lage und erläuterte die sich daraus für die Partei ergebenden Aufgaben. Die Rede war geprägt vom hohen Verantwortungsbewußtsein des Revolutionärs angesichts einer Situation, in der harte Klassenschlachten heranreiften. Thälmann arbeitete vor allem drei Aufgaben heraus: die Offensive des Monopolkapitals abzuwehren, den aufkommenden Faschismus zurückzuschlagen und die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu bekämpfen. Damit bestimmte er den Inhalt der Beratungen des Parteitages, in dessen weiterem Verlauf die Delegierten unter anderem noch Referate von Paul Merker über die Wirtschaftskämpfe und die revolutionäre Gewerkschaftspolitik sowie von Hermann Remmele über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung der Sowjetunion und das Wehrprogramm der SPD hörten und erörterten.

Tiefgründig untersuchte Ernst Thälmann Ursachen und Folgen der Unternehmeroffensive. Er stellte fest, daß das Finanzkapital im Zusammenhang mit seinem Streben nach Neuaufteilung der Weltmärkte einen neuen Feldzug gegen das Proletariat plante. Dabei werde es versuchen, die Ausbeutung der Arbeiter auch mit Hilfe der Staatsorgane zu verschärfen. Unter diesen Umständen sei es unvermeidlich, daß »die Streiks nicht nur Kämpfe um Lohn und Arbeitsbedingungen sind, sondern Kämpfe werden müssen gegen die Staatsgewalt«. Ernst Thälmann wies darauf hin, daß die Wirtschaftskonjunktur seit geraumer Zeit abflaue und Krisenerscheinungen sich mehrten. »Die kommenden Herbst- und Wintermonate werden ein ungeheures Erwerbslosenheer bringen«, befürchtete er. Die Partei müsse alles dafür tun, daß »die Überwindung dieser Krisen nicht auf Kosten der werktätigen Massen erfolgt«.[11] Damit war eines der beiden wichtigsten nächsten Ziele formuliert, die die KPD in den folgenden Jahren in den Tageskämpfen der werktätigen Massen verfocht.

Besonders wichtig war es, daß Ernst Thälmann in diesem Zusammen-

9 Vgl. Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929, S. 44.
10 Vgl. IML, ZPA, 1/12/24.
11 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 95, 70, 67.

hang auf die internationalen Verhandlungen über die deutschen Reparationszahlungen einging. Er wies nach, daß es dabei lediglich um die Verteilung der Profite zwischen den deutschen Kapitalisten und dem Weltkapitalismus ging, und sagte voraus, daß die angestrebte »Steigerung der Profite, herausgepreßt aus den Knochen des deutschen Proletariats und der werktätigen Schichten des Mittelstandes, im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Bourgeoisie einen noch verschärften Charakter annehmen wird«. Die Politik der bürgerlichen Parteien und der Regierung laufe darauf hinaus, diese Steigerung der Profite zu sichern. In diesem Problem spiegle sich der »Kampf auf Leben und Tod zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem deutschen Proletariat wider: Denn will die deutsche Bourgeoisie leben, d. h. ihre imperialistische Macht immer mehr entwickeln, ihren Kapitalexport erhöhen, ihre eigene Akkumulation erweitern, will sie alle diese Voraussetzungen erfüllen, die das eigentümliche Wesen des Imperialismus ausmachen, dann muß das deutsche Proletariat noch mehr ins Elend versinken.«[12] Die KPD behandle dieses grundlegende Problem der Zukunft des deutschen Volkes wie alle Fragen vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Sie kämpfe darum, daß nicht noch Generationen deutscher Werktätiger unter dem Joch des eigenen und des ausländischen Kapitalismus stöhnen müßten: für die Abschüttelung dieses doppelten Jochs durch den Sturz des deutschen Imperialismus im revolutionären Massenkampf.

Bei der Einschätzung der faschistischen Gefahr vertiefte Ernst Thälmann seine Darlegungen vom März 1929 vor dem Zentralkomitee. Er wies darauf hin, daß »die deutsche Bourgeoisie ihre Kapitalsoffensive nur durchführen kann, wenn sie eine scharfe Wendung in der Richtung der faschistischen Herrschaftsmethoden vollzieht«[13]. Damit deckte er auf, daß den faschistischen Bestrebungen handfeste ökonomische Interessen zugrunde lagen. Als sichtbare Zeichen für die faschistische Gefahr betrachtete er die Krisenerscheinungen in den bürgerlichen Parteien und im parlamentarischen System, den Ausbau des Unterdrückungsapparates gegen die Arbeiterklasse und die angestrebten Verfassungsänderungen, die zunehmende Aktivität militaristisch-faschistischer Organisationen und das Wachstum ihres Einflusses im Kleinbürgertum. In diesem Zusammenhang wies Ernst Thälmann auf die spezifische Rolle der Hitlerfaschisten hin, deren Aufgabe es sei, der Monopolbourgeoisie eine

12 Ebenda, S. 64.
13 Ebenda, S. 79.

Massenbasis für ihre reaktionäre Politik zu schaffen. Er stellte fest, daß die Nazis, die bei den sächsischen Landtagswahlen im Mai 1929 Wahlerfolge erzielt hatten, allenthalben ihren Masseneinfluß ausdehnten, und zwar vorwiegend unter den kleinbürgerlichen Schichten.

Unter dem Eindruck der Maiereignisse, des Magdeburger Parteitages der SPD und vor allem der volksfeindlichen Politik der Hermann-Müller-Regierung – die die Besteuerung der Werktätigen erhöhte, der militaristischen Reaktion und den faschistischen Organisationen freie Hand ließ, revolutionäre Arbeiter verfolgte, kommunistische Zeitungen verbot, proletarische Organisationen unterdrückte – wies Ernst Thälmann nach, daß die auf die Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse orientierte sozialdemokratische Führung eine vorrangige Rolle bei der Verwirklichung der Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie spielte.

Schließlich kam Ernst Thälmann auch auf eine andere entscheidende Aufgabe des revolutionären Proletariats zu sprechen, den systematischen, organisierten Kampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Er forderte, die Antikriegsarbeit vor allem auf die wichtigsten Großbetriebe der Rüstungsindustrie zu konzentrieren.

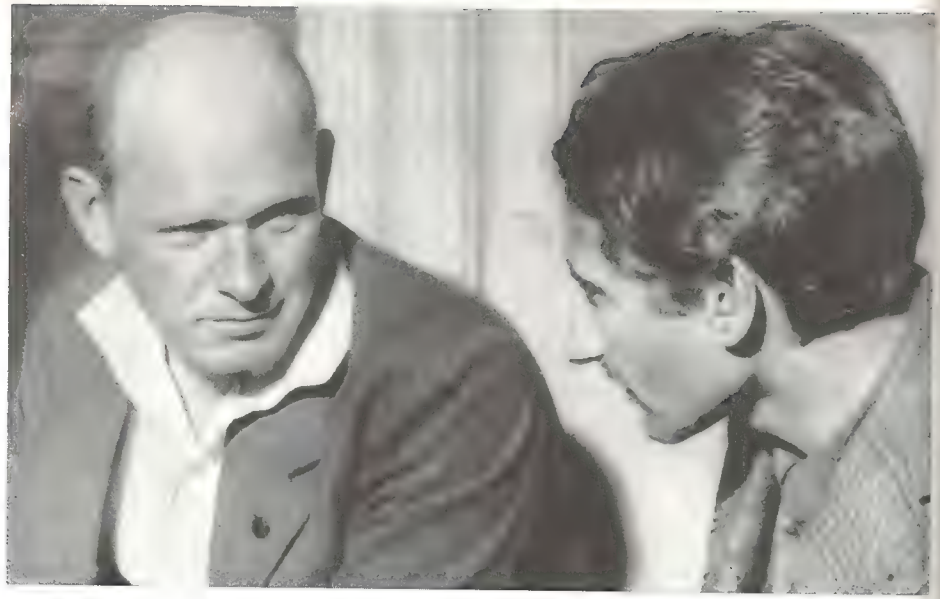
Die Entwicklung war im Sommer 1929 bei weitem nicht ausgereift; die Veränderungen im Klassenkampf kennzeichneten vielmehr erst den Übergang zu einer neuen Etappe. Und erstmals erhob der Faschismus sein Haupt in einem hochentwickelten Industrieland mit einer starken, gut organisierten Arbeiterklasse. Auch im Lager der imperialistischen Bourgeoisie war die Frage, in welchem Tempo und mit welchen Methoden der angestrebte Abbau der Demokratie betrieben werden sollte, noch sehr umstritten. Unter diesen Bedingungen war es außerordentlich schwierig, die allgemeinen Perspektiven des Klassenkampfes zutreffend zu beurteilen, noch schwerer jedoch, präzise zu bestimmen, wie die Partei operieren mußte.

Dennoch schätzte Ernst Thälmann die Klassenkampfsituation in ihren entscheidenden Aspekten richtig ein. Als das grundlegende Moment der gegenwärtigen Entwicklung kennzeichnete er den neuen Aufstieg der revolutionären Arbeiterbewegung. Insofern befände man sich »in einer Periode des revolutionären Aufschwunges des Klassenkampfes«, dieser Aufschwung gehe jedoch keineswegs geradlinig und ununterbrochen vor sich, und mitunter dominierten auch rückläufige Momente. Deshalb wies er nicht nur »jede opportunistische Unterschätzung der revolutionären Kräfte« zurück, sondern ebenso auch »jede Tendenz zum Überspringen

Ernst Thälmann, Wilhelm Florin und Heinz Neumann
zu Gast bei sowjetischen Eisenbahnern, 1928

Ankunft Ernst Thälmanns
auf dem Moskauer Bahnhof in Leningrad

Ernst Thälmann im Kreise von Delegierten
des VI. Kongresses der Kommunistischen Internationale
in Leningrad 1928



Ernst Thälmann im Gespräch mit Leo Flieg

Ernst Thälmann nach der X. Tagung des EKKI
am 27. Juli 1929 in Leningrad
(links von Ernst Thälmann Willy Leow und Hermann Remmele)

Ernst Thälmann
auf dem Reichsjugendtreffen des KJVD in Düsseldorf
am 31. März 1929

Ernst Thälmann spricht anläßlich der Beisetzung
von Opfern des Polizeiterrors vom 1. Mai
auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde
am 8. Mai 1929

Ernst Thälmann
auf dem 12. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding,
Juni 1929

der Etappen der revolutionären Entwicklung«. Mit Nachdruck erklärte er: »Wir befinden uns noch nicht in einer akut revolutionären Situation.«[14]

Ernst Thälmann orientierte die Partei darauf, sich entschlossen auf die Verschärfung des Klassenkampfes und das Heranreifen großer politischer Kämpfe einzustellen und deshalb noch entschiedener als bisher um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse zu ringen. Die wichtigste Voraussetzung dafür sah er darin, die Partei selbst zu stärken und unablässig ihre Verbindung zu den Massen zu festigen. So gut sich die Partei in den letzten dreieinhalb Jahren entwickelt hatte, so reichten doch ihre Kräfte und ihr Einfluß nicht aus, um entscheidende Kämpfe gegen den Imperialismus zu führen. Das hatte Ernst Thälmann im Sinn, als er in der internen Beratung des Parteitages ausführte, daß die Partei die höchsten Anforderungen an sich selbst und alle ihre Mitglieder stellen müsse, zumal die Bedingungen für die KPD und ihre Massenarbeit nicht leichter, sondern immer schwieriger würden. »Höchste Opferwilligkeit in unseren eigenen Reihen«, erklärte er im Hauptreferat, »nicht nur auf politischem, sondern auch auf materiellem Gebiet! Im Kampfe mit dem Klassenfeinde müssen wir unsere Positionen bis zum äußersten verteidigen; kein Kommunist darf von dem Posten weichen, auf den ihn die Partei gestellt hat; selbst unter den härtesten Kampfbedingungen müssen wir unsere revolutionären Pflichten ohne Schwankungen erfüllen.« Die Partei könne ihren Aufgaben nur gerecht werden, »wenn sie frei von jeder bürgerlichen Sentimentalität, aber auch frei von jeder Überheblichkeit die Lebensnöte der Arbeiterklasse fühlt und ihre Interessen vertritt. Wenn wir dies in echt proletarischer Kameradschaftlichkeit tun, dann werden wir das Vertrauen der Massen erobern und bei ihnen das Gefühl erzeugen, daß wir sie lieben und mit ihnen den Kampf bis zur Entscheidungsschlacht durchzuführen entschlossen sind.«[15]

Als eine grundlegende Voraussetzung, die führende Rolle der Kommunistischen Partei zu verwirklichen, behandelte Ernst Thälmann die Tätigkeit der Betriebszellen. Er forderte, »daß hier eine scharfe Wendung eintreten muß«[16] und die Betriebszellen immer im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Parteileitungen stehen müßten. Dabei gelte es, sich auf die großen Fabriken und Werke zu konzentrieren: »Die Partei muß jetzt die Großbetriebe erobern. Jeder Großbetrieb muß unsere revolutionäre

14 Ebenda, S. 96, 97.
15 Ebenda, S. 100/101.
16 IML, ZPA, 1/12/24.

Burg sein. Kein Feind wird uns hier ausräuchern können«[17] – so umriß Thälmann Inhalt und Bedeutung dieser Aufgabe.

In Anbetracht der höheren Anforderungen, mit denen sich die Partei jetzt angesichts der drohenden Offensive des reaktionären Blocks von Monopolherren, Militaristen und Faschisten gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes konfrontiert sah, müßten die Beschlüsse noch konsequenter und qualifizierter durchgesetzt werden. Thälmann kritisierte, daß sich – wenngleich die Partei in den letzten Jahren viel mehr Klarheit in den politischen Grundfragen erlangt habe – in der praktischen Arbeit noch große Schwächen zeigten. Daher forderte er von den Parteileitungen, vor allem den Bezirksleitungen, die Beschlüsse noch verantwortungsbewußter zu erfüllen und sie mit mehr Ideenreichtum entsprechend den konkreten Verhältnissen in den einzelnen Bezirken anzuwenden. In einer Situation, in der sich die ökonomische und politische Lage schnell und nicht selten überraschend veränderte und viele neue komplizierte Probleme auftraten, in der die Partei ständig neue Methoden ihrer Arbeit finden mußte, hing außerordentlich viel von der Aktivität und dem Mitdenken aller Mitglieder und Funktionäre ab. Das innerparteiliche Leben müsse ein höheres Niveau erreichen, betonte Ernst Thälmann.

Als eine Grundfrage eines wirkungsvollen Kampfes gegen die Angriffe der Großbourgeoisie betrachtete Ernst Thälmann die Herstellung der Einheitsfront in den Betrieben und in den proletarischen Massenorganisationen. Unmißverständlich brachte er zum Ausdruck, »wir müssen die Einheit der proletarischen Massenorganisationen gegen die reformistischen Zerstörer mit aller Kraft verteidigen«[18]. Besonders in den Gewerkschaften habe die Partei ihre revolutionäre Arbeit zu verstärken. Eindringlich betonte er, daß die Kommunisten alles in ihren Kräften Stehende tun müssen, um in den Massenorganisationen »einen Bruderkampf... zwischen denjenigen, die die Linie des revolutionären Kampfes wollen, und denjenigen, die noch nicht weit genug entwickelt sind, um den Weg der Kommunisten zu gehen«[19], nicht zuzulassen.

Um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, sei es auch äußerst wichtig, Arbeiterinnen, Jungarbeiter und Landarbeiter in den Klassenkampf und in die organisierte Arbeiterbewegung einzubeziehen. Die Partei müsse bemüht sein, verstärkt Produktionsarbeiterinnen zu gewinnen und auch mehr Arbeiterinnen in die Tätigkeit der Partei einzubeziehen. Er verlangte, die Anstrengungen zur Gewinnung von Landarbeitern zu verzehnfachen. Die politische Arbeit unter den Erwerbslosen charakterisierte er als Aufgabe von größter politischer Wichtigkeit.

17 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 101.
18 Ebenda, S. 81.
19 Ebenda, S. 416.

Ernst Thälmann verdeutlichte, wieviel »davon abhängt, die selbständige Aktivität der Massen und ihr Vertrauen zu unserer Politik in organisatorische Formen zu fassen und zu verankern«. Da die bisher angewandten Methoden in der beginnenden Periode harter Klassenkämpfe nicht mehr ausreichen würden, seien neue Einheitsfrontorgane als »Vorbedingung der Organisierung des revolutionären Klassenkampfes auf höherer Grundlage« zu erproben.[20] Er nannte unter anderem Selbstschutzorgane, Erwerbslosenausschüsse, Kampfleitungen und Delegiertenversammlungen in den Betrieben, ein System von revolutionären Vertrauensmännern.

Es ging Ernst Thälmann darum, Wege zu finden, auf denen die Massen an Entscheidungskämpfe herangeführt werden konnten. Zugleich wollte er die Partei auf vielfältige Weise so fest in den Massen verankern, daß sie auch unter den kompliziertesten Bedingungen, zum Beispiel unter denen der Illegalität, zu handeln vermochte. Das Suchen nach den besten Methoden, die Massen zu führen und ihre Aktivität zu wecken, war ein kennzeichnender Zug der Führungstätigkeit Ernst Thälmanns. Wiederholt bemühte er sich in den nächsten Monaten darum, »eine wirklich zentrale Losung zu finden«; es ging ihm um die »Sammlung der Massen auf eine Losung«, die ein »magnetischer Anziehungspunkt« werden, ein Bindeglied zwischen dem großen historischen Auftrag der Arbeiterklasse und den nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Imperialismus darstellen konnte.[21]

Ernst Thälmann unterstrich, daß die innere Festigung, die die Partei erreicht hatte, sie in den Stand setze, eine erfolgreiche revolutionäre Politik zu betreiben. Er kennzeichnete »die straffste Disziplin als Voraussetzung des raschen und elastischen Reagierens in jeder Situation«[22]. Die Partei müsse aber bedenken, daß gerade in zugespitzten politischen Situationen die Verleumdungskampagne der Antikommunisten sich noch verzehnfachen, ja verhundertfachen werde. Thälmann warnte vor politischer Blindheit, vor Duldsamkeit gegenüber klassenfremden Einflüssen,

20 Ebenda, S. 99, 84, 94.
21 IML, ZPA, I 2/1/74.
22 Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 100.

appellierte eindringlich an alle Kommunisten, der Klassenfeind dürfe »niemals, unter keinen Umständen, unsere revolutionäre Disziplin lokkern und eindringen in unsere Partei«[23]. Die Partei war für Ernst Thälmann das Höchste, das Kostbarste.[24] Sie zu befähigen, ihre Führungsrolle erfolgreich wahrzunehmen, war das Grundanliegen aller seiner Ausführungen auf dem 12. Parteitag.

Der 12. Parteitag demonstrierte wie kein anderer zuvor die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Auf dem Parteitag kam das feste Vertrauen der Mitgliedschaft zur Parteiführung und insbesondere zu Ernst Thälmann zum Ausdruck. Die Losung an der Wand des Tagungsraumes, die Grundgedanken des Referats Ernst Thälmanns in die knappen Worte faßte: »Vorwärts im Geiste Lenins, mit bolschewistischer Klarheit, mit eiserner Disziplin, mit größter Initiative: Sammelt die Massen der Arbeiter, Landarbeiter und Bauern um unsere rote Fahne!«, wurde von den Delegierten des Parteitags und von der Partei als Anleitung zum Handeln verstanden. In den Begrüßungsansprachen von Vertretern der zahlreichen Delegationen aus Berliner Großbetrieben, in der spontanen Zustimmung des Plenums zu diesen Bekundungen proletarischer Kampfbereitschaft gegen den volksfeindlichen Kurs des deutschen Imperialismus, in den Reden der Delegierten widerspiegelte sich die Entschlossenheit der deutschen Kommunisten, vor den Angriffen der Bourgeoisie nicht zurückzuweichen und konsequent die Interessen der Werktätigen zu vertreten, fanden ihre Begeisterung für die revolutionäre Aufgabe der Partei, ihre Tatkraft beredt Ausdruck.

Der Parteitag fand seinen Abschluß mit der einmütigen Wahl des neuen Zentralkomitees, zu dem 38 Mitglieder und 25 Kandidaten gehörten. Das ZK konstituierte sich am 15. Juni und bildete seine leitenden Organe.[25] Im Sekretariat des Zentralkomitees arbeiteten nun unter Führung Ernst Thälmanns die Mitglieder des Politbüros Franz Dahlem, Leo Flieg, Fritz Heckert, Paul Merker, Hermann Remmele, Walter Ulbricht und der Kandidat des Politbüros Heinz Neumann. Neben diesen Sekretariatsmitgliedern und Wilhelm Pieck gehörten dem Politbüro auch Sekretäre wichtiger Bezirksorganisationen als Mitglieder an: Wilhelm Florin, Fritz Schulte und Jean Winterich; Kandidatin war unter anderen die Leiterin der Frauenabteilung des ZK, Helene Overlach.

23 IML, ZPA, 1/12/24.
24 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD, S. 88.
25 Vgl. IML, ZPA, 3/1/707.

Nach dem Parteitag zog sich Ernst Thälmann für kurze Zeit nach Fichtenau an der Stadtgrenze von Berlin zurück. Dort, in der Parteischule »Rosa Luxemburg«, bereitete er sich auf die X. Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vor. Ihm war eines der beiden Referate zu dem Tagesordnungspunkt »Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der kommunistischen Parteien« übertragen worden; das andere hatte S. A. Losowski übernommen. Die beiden Referenten sollten sich den umfangreichen Stoff teilen. Die Tage in Fichtenau, in dem kleinen, zweistöckigen, in einer stillen Gartenstraße gelegenen Gebäude, wo jeweils bis zu 40 Genossen Gelegenheit fanden, ihr marxistisch-leninistisches Wissen zu erweitern, gaben Thälmann die Ruhe zur theoretischen Arbeit und gleichzeitig ein wenig Entspannung. »Habe in dieser Gegend in letzter Zeit meine politische Arbeit erledigt und etwas ausgeruht«[26], schrieb Ernst Thälmann am 30. Juni seiner Frau auf einer Ansichtskarte vom Flaken-See, wohin ihn gelegentliche Spaziergänge geführt haben mögen.

Das war unmittelbar vor der Abfahrt nach Moskau, wo am 3. Juli 1929 die Tagung des EKKI begann. Ernst Thälmann hielt sein Referat am 15. Juli. Zuvor aber, am 10. Juli, nahm er in der Debatte zum Referat Otto Kuusinens über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale das Wort. In beiden Reden entwickelte er seine Gedanken darüber, was zu tun sei, um die kommunistischen Parteien möglichst rasch zur Erfüllung der Aufgaben zu befähigen, die sich aus der neuen Lage ergaben.

Auf dem X. Plenum des EKKI wurde deutlich, daß die kommunistischen Parteien angesichts des beginnenden Zerfalls der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, der sich verschärfenden Widersprüche des Imperialismus und des Kurses der imperialistischen Kräfte in Richtung auf Faschismus und Krieg mit einer verhältnismäßig raschen Revolutionierung der Massen rechneten. Die sich zu dieser Zeit vollziehenden jähen Wendungen im Klassenkampf veranlaßten sie, Tempo und Tiefe der Erschütterung des Imperialismus und den Bewußtseinsstand der Massen zu überschätzen. Sie stellten sich darauf ein, daß relativ schnell eine revolutionäre Situation entstehen könnte und daß es darum gelte, die Arbeiterklasse bald an den Kampf um die Macht heranzuführen.[27] Auch Ernst Thälmann teilte diese Ansicht; so hatte er beispielsweise auf dem

26 Ebenda, NL 3/7.
27 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 374/375.

12. Parteitag die Streikkämpfe Ende 1928 und im Frühjahr 1929 als beginnende Gegenoffensive der Arbeiterklasse gewertet.

In seinem Referat vor dem EKKI über die Wirtschaftskämpfe befaßte sich Ernst Thälmann ausführlich mit den jüngsten Streikerfahrungen, darunter denen aus dem heldenmütigen Streik der Textilarbeiter von Bombay, der Ende April ausgebrochen war. Thälmann gab Hinweise für die Betriebsrätewahlen, für die Führung von Streiks auch gegen den Widerstand der reformistischen Instanzen, für die Einbeziehung der Unorganisierten in die ökonomischen Kämpfe, für die Arbeit in den Gewerkschaften und unter Landarbeitern, Frauen, Jugendlichen. Er betonte erneut, daß die Gewerkschaftsarbeit das entscheidende Kettenglied für die Verbindung der Partei mit den Massen der Arbeiter sei und bleibe, und forderte, »die größte Zähigkeit, die größte revolutionäre Kaltblütigkeit und auch die Fähigkeit, die Massen zu überzeugen«, gerade in der Gewerkschaftsarbeit zu entfalten. Er verwahrte sich energisch gegen den Gedanken, in einem Lande wie Deutschland jetzt womöglich eigene Gewerkschaften zu gründen. Das würde bedeuten, vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren und der Spaltungspolitik der reformistischen Führer Vorschub zu leisten, während es für Thälmann stets ein unabdingbarer Grundsatz war, daß die Kommunisten »für die revolutionäre Einheit der Gewerkschaftsbewegung kämpfen« müssen.[28]

In beiden Reden vor dem Plenum bezog sich Thälmann auf die Erfahrungen verschiedener Parteien, so der KPdSU(B) und der Kommunistischen Parteien Italiens und Polens, Schwedens, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Damit die Kommunisten ihre Aufgaben erfüllen könnten, sei es »notwendig, die innerparteiliche Demokratie und Selbstinitiative in allen Parteien mehr zu entwickeln«, die Selbstkritik zu entfalten, die Disziplin zu verbessern, wobei »alle miteinander noch vieles von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion lernen können und lernen müssen«. In diesem Zusammenhang äußerte er sich dazu, welche Forderungen an die Partei daraus erwachsen, daß sie die Vorhut der Arbeiterklasse, ein proletarischer Kampfbund ist: »Wir können den Staatsapparat der Bourgeoisie mit seinen mächtigen Organisationen nur zerschlagen mit einer noch besseren Organisation, mit einem noch festeren Apparat, der sich auf den höchsten Grad des Bewußtseins in unseren Reihen und in den Arbeitermassen stützt.«[29]

28 Protokoll. 10. Plenum des EKKI, S. 644, 866.
29 Ebenda, S. 559/560.

Auf der Heimreise von der Tagung des EKKI besuchten einige der Delegierten, darunter Ernst Thälmann, erneut Leningrad, wo sie am 27. Juli 1929 eintrafen. Ernst Thälmann sprach wieder vor dem Leningrader Parteiaktiv, auf Meetings in den Kulturhäusern des Moskau-Narwaer Bezirks und der Wyborger Seite sowie vor Matrosen der Baltischen Flotte. Er überbrachte den Leningradern die Grüße der deutschen Kommunisten und berichtete über den 12. Parteitag der KPD und die X. Tagung des EKKI.[30] Im Kulturhaus des Moskau-Narwaer Bezirks erklärte er: »Die deutschen Arbeiter wie die Arbeiter der ganzen Welt verfolgen mit größtem Interesse jeden Schritt, jede große Errungenschaft des sozialistischen Aufbaus in eurem Lande. Eure Erfolge erfüllen uns mit Mut und Enthusiasmus. Wir sind stolz auf das einzige Land der proletarischen Diktatur!«[31]

2

»Den Kampf gegen den Faschismus weit mehr in den Vordergrund stellen!«

Der Aufenthalt im Lande des Sozialismus hatte Ernst Thälmann neue Kräfte verliehen. Er sollte sie dringend brauchen, denn die Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 bestätigte nur zu bald, daß die KPD auf ihrem 12. Parteitag mit vollem Recht vor den Angriffen des Monopolkapitals und vor einem Vordringen des Faschismus gewarnt hatte.

Die Nazipartei, bisher nur eine aus einer Reihe von rechtsextremistischen, nationalistischen Gruppen, gründete zahlreiche Nebenorganisationen und faschistische Berufsverbände. Sie begann, vom Monopolkapital großzügig finanziert, ihre Terrororganisation, die SA, zu reorganisieren, teilweise zu kasernieren und zu besolden. Mit einer raffinierten sozialen und nationalen Heuchelei gewann die Nazipartei unter den verelendeten oder von der Deklassierung bedrohten kleinbürgerlichen Massen rasch Anhänger. Im August 1929 beschloß ein Parteitag der NSDAP, eine Be-

30 Vgl. Oleg Weizmann: Ernst Thälmann in Leningrad, S. 31–33.
31 Ленинградская Правда, 28. Juli 1929. Zit. in ebenda, S. 33.

triebszellenorganisation ins Leben zu rufen, mit der der Einfluß der Nazipartei auch auf Teile der Arbeiterklasse ausgedehnt werden sollte.

Ebenfalls im August wurde auf der Haager Konferenz ein unter Leitung des amerikanischen Großindustriellen Owen D. Young ausgearbeiteter Plan gebilligt, der die Reparationsverpflichtungen Deutschlands neu regelte. Das internationale Kapital wollte – dem Young-Plan zufolge – noch für sechs Jahrzehnte an der Ausbeutung der deutschen Werktätigen teilhaben. Dem deutschen Imperialismus wurde als Gegenleistung eine Erleichterung seiner politischen und militärischen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag zugesichert, so die Räumung des Rheinlandes von Ententetruppen für Mitte 1930. Die deutschen imperialistischen Scharfmacher akzeptierten den Young-Plan; zugleich aber strengten Ende September die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm ein Volksbegehren gegen den Young-Plan an. Die Nazipartei schloß sich dem an. Mit dieser Aktion wollten die nationalistischen Demagogen die Empörung der Werktätigen über die Preisgabe ihrer Lebensrechte für eine breite faschistisch-chauvinistische Propaganda mißbrauchen.

Am 20. und 21. September 1929 schließlich wurde auf einer Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie scharf kritisiert, daß die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung nicht entschieden genug die Interessen der Unternehmer wahrnehme. Durchgreifende Maßnahmen und ein noch stärkerer Einfluß »der Industrie« auf das öffentliche Leben wurden gefordert.[1]

Dies spielte sich ab, während in Deutschland ein Sozialdemokrat an der Spitze der Regierung stand. Die leitenden Funktionäre der SPD führten als Reichskanzler und Minister, als Ministerpräsidenten und Regierungsmitglieder in Preußen und anderen Ländern, als Oberpräsidenten der preußischen Provinzen und Polizeipräsidenten die imperialistische Staatspolitik direkt aus. Zehntausende der Mitglieder der SPD hatten zu dieser Zeit Ämter in der Verwaltung inne oder im Apparat der SPD, der freien Gewerkschaften und der Genossenschaften.[2] Das nährte die Illusion, die Ausübung von Funktionen in Staat und Gemeinden durch Sozialdemokraten oder das Verhandeln der Gewerkschaftsinstanzen mit den

1 Vgl. Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 20. und 21. September 1929 in Düsseldorf (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, [Berlin] 1929, H. 48).

2 Vgl. Rudolf Feistmann: Der SPD-Apparat. 300000 Posten zu vergeben. Mit einem Nachwort von Kurt Sauerland, (Berlin) o. J. (Beihefte zum »Roten Aufbau«, H. 2).

Unternehmern sichere die Arbeiterinteressen oder gar einen allmählichen Fortschritt zum Sozialismus, der Klassenkampf alten Stils sei nun überlebt. Die rechten sozialdemokratischen Führer vertieften mit ihrer Politik die Spaltung der Arbeiterklasse und vermochten es, große Teile des Proletariats davon abzuhalten, sich gegen den imperialistischen Angriff zur Wehr zu setzen.

Darum waren die Kommunisten genötigt, sich mit der Politik der sozialdemokratischen Führung scharf auseinanderzusetzen, zumal in Deutschland die sozialdemokratische Partei sehr stark war. Es war für die Kommunisten angesichts des antikommunistischen Kurses der rechten sozialdemokratischen Führer äußerst kompliziert, die Politik der Sammlung der Arbeiterklasse, ihres Zusammenschlusses gegen den gemeinsamen Feind, gegen das Monopolkapital und seine faschistischen Vorstöße, weiterzuentwickeln.

Widerstand gegen die imperialistische Politik entfaltete sich in diesen Monaten an vielen Abschnitten. Der Forderung Ernst Thälmanns entsprechend, verstärkte die KPD ihren Kampf gegen Chauvinismus und Kriegsgefahr. In der zweiten Julihälfte fanden vielerorts Protestkundgebungen gegen den Überfall der chinesischen Militaristen auf die von der Sowjetunion verwaltete Ostchinabahn statt, so unter anderem in Essen und Magdeburg, wo der Krupp-Konzern Rüstungsbetriebe unterhielt. Den ganzen Monat über veröffentlichte »Die Rote Fahne« regelmäßig Zuschriften von Arbeiterkorrespondenten, in denen an die Schrecken des vergangenen Krieges erinnert und die Aufrüstung angeprangert wurde, die der deutsche Militarismus wieder betrieb. Ende Juli fanden an den Grenzen gemeinsame Kundgebungen mit französischen, belgischen, luxemburgischen, niederländischen, polnischen, dänischen und Schweizer Arbeitern statt. Die bedeutendste dieser Kundgebungen war ein Fünfländertreffen in Aachen, das gegen polizeiliches Verbot durchgesetzt werden mußte. 10000 Arbeiter demonstrierten hier für den proletarischen Internationalismus, gegen die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges.

Am 1. August 1929, den die Kommunistische Internationale zum Antikriegstag erklärt hatte, demonstrierten in zahlreichen Städten die Arbeiter unter den Losungen der KPD gegen den drohenden Krieg. In Berlin sprachen auf der Kundgebung im Lustgarten Fritz Heckert und Wilhelm Pieck. In vielen Betrieben waren Antikriegskomitees entstanden, um – wie es Ernst Thälmann vorgeschlagen hatte – die Kriegsproduktion

an Ort und Stelle zu enthüllen und zu bekämpfen, so in Chemnitz, Dresden, Leipzig, Mannheim und Zwickau. In einer Reihe kleinerer Betriebe und auf Baustellen kam es am Antikriegstag auch zu Demonstrationsstreiks.[3]

An einer Beratung von Leitern der Betriebs- und Straßenzellen und anderer Funktionäre der KPD in Hamburg, auf der die Erfahrungen der Demonstrationen am Antikriegstag ausgewertet wurden, nahm unmittelbar nach seiner Ankunft aus Leningrad Ernst Thälmann teil. Einem Bericht John Schehrs, des damaligen Organisationssekretärs der Bezirksleitung Wasserkante der KPD, zufolge, kritisierte Thälmann einige technische und organisatorische Mängel, billigte jedoch die den Demonstrationen zugrunde gelegte politische Linie.[4]

An vielen Orten marschierten Mitglieder des illegalen RFB in Uniform auf und forderten die Aufhebung des Verbots ihrer Organisation. Arbeiterwehren zum Widerstand gegen den zunehmenden faschistischen Terror bildeten sich. Es gelang auch, einzelne ökonomische Kämpfe gegen die Unternehmeroffensive zu führen. Ende August traten in Berlin die Rohrleger unter Führung des Mitglieds des ZK der KPD Michael Niederkirchner in den Streik. Sie widerstanden zwei Monate lang dem Druck der Unternehmer, die die Rohrleger aussperrten, und der leitenden Funktionäre des DMV, die den Streikbruch organisierten, und dem der Polizei, die Niederkirchner und andere Mitglieder der Streikleitung verhaftete.

Auch ihren Kampf gegen die Reaktion auf dem Gebiet der Kultur verstärkte die Partei. Die KPD förderte von Anfang an die Entwicklung der proletarisch-revolutionären Kultur in Deutschland. Ihre kulturpolitische Arbeit unter den Hunderttausenden Mitgliedern der proletarischen Freidenker-, Sänger- und Theaterbewegung sowie der kleineren kulturpolitischen Massenorganisationen und unter der Intelligenz erhielt neuen Auftrieb, als sich im Herbst 1929 die revolutionären proletarischen Kulturorganisationen zusammenschlossen. Am 13. Oktober wurde die Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (IfA) gegründet. Auf der

3 Vgl. Erika Kücklich/Hans-Joachim Krusch: Die Antikriegstage der Jahre 1929 bis 1932 – Beispiele des Kampfes der KPD gegen Militarismus und Krieg. In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR vom 14. bis 19. Dezember 1959 in Berlin, Bd. 2, Berlin (1961), S. 731–733.

4 Vgl. IML, ZPA, 2/37.

Gründungsfeier gaben unter anderen Hanns Eisler, Otto Nagel und Erwin Piscator programmatische Erklärungen ab. Durch die Initiativen der KPD verstärkte sich der Widerstand gegen die imperialistischen Vorstöße auch unter den Künstlern. Mit ihren spezifischen künstlerischen Mitteln kämpften sie gegen Reaktion und aufkommenden Faschismus, und immer öfter stellten sich fortschrittliche Kulturschaffende auf die Seite der KPD.

Der Protest gegen den Druck der herrschenden Klasse auf das werktätige Volk brach sich auf dem Lande ebenfalls Bahn. Die Landwirtschaft hatte an der Wirtschaftskonjunktur der vergangenen Jahre nur geringen Anteil gehabt; die Agrarpolitik der Regierungen begünstigte stets einseitig den Großgrundbesitz. Jetzt, beim Übergang zu einer Stagnation und bald zu einer rückläufigen Entwicklung der Wirtschaft, wurde die Lage für viele Bauern unerträglich. Im schleswig-holsteinischen Neumünster demonstrierten Anfang August 1929 Bauern unter schwarzen Fahnen. Militante Elemente der in ihrer Mehrheit auf die Nazipartei orientierten großbäuerlichen Landvolkbewegung verübten Bombenanschläge auf Finanzämter und Rathäuser. Faschistische Kräfte gewannen mit lügnerischen Versprechungen und ihrer »Blut und Boden«-Demagogie, die das traditionelle Verhältnis des Bauern zur »Scholle« mystifizierte, rasch an Einfluß. Die KPD versuchte, dem entgegenzuwirken, den werktätigen Bauern wirkliche Hilfe zu leisten und ihnen zu zeigen, daß sie selbst kämpfen mußten, und zwar an der Seite der Arbeiterklasse. Kieler Arbeiter halfen Pachtbauern aus der Umgebung, die Versteigerung ihrer gepfändeten Weizenernte zu verhindern. Der von dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Putz geführte Bund der schaffenden Landwirte ergriff die Initiative, Kleinbauern von der Wasserkante und Arbeiter aus Hamburg, Lübeck und schleswig-holsteinischen Städten zu gemeinsamen Demonstrationen und Kundgebungen zusammenzuführen.

Das Zentralkomitee der KPD beriet am 13. und 14. August und dann erneut am 24. und 25. Oktober 1929 über die wichtigsten Aspekte der Politik der Partei, so im August vor allem über die Erfahrungen bei den Antikriegsaktionen und beim Entstehen von Arbeiterschutzorganisationen und im Oktober über den Kampf gegen den Young-Plan.[5] Zu diesem Thema referierte Ernst Thälmann. Es sei, erklärte er, immer offensichtlicher geworden, daß sich »eine Konzentration der politischen Reaktion auf allen Gebieten des Staatslebens« vollziehe und daß sich die Nazipartei zu einem besonders gefährlichen Werkzeug der aggressivsten und

5 Vgl. ebenda, I 2/1/73; I 2/1/74.

reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals entwickele. Es dürfe kein Tag verloren werden, um die Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu mobilisieren. »Die frechen Vorstöße des Faschismus, die Schwächen und der Tempoverlust, die unsere Organisation teilweise im Kampf gegen die Nationalsozialisten und andere Terrororganisationen zeigte, verpflichten uns, den revolutionären Kampf gegen den Faschismus weit mehr in den Vordergrund zu stellen«, mahnte er.

Tiefe Sorge erfüllte Thälmann angesichts des Vormarsches der Reaktion. Deshalb sprach er mit solchem Nachdruck von »Tempoverlust«, deshalb gewann in diesem Zusammenhang seine Sprache an Schärfe: »Wir stehen im Angriff, in der Offensive gegen den Faschismus. Wir müssen ihn unter Anwendung aller, auch der äußersten Kampfmethoden niederwerfen und ausrotten.« Dabei warnte er energisch davor, sich etwa zu terroristischen Aktionen provozieren zu lassen. »Der Kampf gegen den Faschismus ist ein Massenproblem«, unterstrich Ernst Thälmann. »Gegenüber dem faschistischen Terror müssen wir, zugleich mit dem politisch-ideologischen Kampf, die revolutionäre Gewaltanwendung der Massen zur Verteidigung des Proletariats organisieren.« Die frühzeitige Warnung Ernst Thälmanns vor dem vordringenden Faschismus half der Partei, wirkungsvoller gegen die Angriffe der reaktionärsten Gruppen des deutschen Monopolkapitals zu kämpfen.

Für wie gefahrvoll er die Situation hielt, widerspiegelte sich darin, daß Ernst Thälmann sehr hohe Forderungen an die Partei stellte. »Wir führen unsere richtige bolschewistische Politik nicht populär genug, nicht praktisch genug, nicht schnell genug durch«[6], kritisierte er. Die Partei müsse Zehntausende neuer Kader aus der Schar jener Arbeiter, die sich im Rohrlegerstreik und bei den Protestaktionen gegen Kriegsgefahr und faschistische Umtriebe bewährt hätten, in die Kampffront einreihen.

Wenige Tage nach der Oktobertagung des Zentralkomitees schrieb der Vorsitzende der KPD im Auftrage des Sekretariats des ZK zwei Briefe, einen an die Politischen Sekretäre der Bezirksorganisationen der Partei, den anderen an die Mitglieder des Zentralkomitees.[7] Ernst Thälmann

6 Ernst Thälmann: Unser Kampf gegen den Young-Plan. In: Die Rote Fahne, 27. Oktober 1929.

7 Vgl. IML, ZPA, I 2/5/20; 3/19/808. – In den Briefen, die mit dem 6. November datiert sind, beruft sich Ernst Thälmann darauf, daß das Sekretariat ihn »heute« beauftragt habe. Am 11. November beschloß das Sekretariat, in beide Briefe einen Passus über die Vorbereitung des Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition aufzunehmen. Die Briefe wurden also offenbar erst nach dem 11. November abgeschickt. (Vgl. IML, ZPA, 3/19/719.)

lenkte die Aufmerksamkeit der Funktionäre darauf, den ideologischen und politischen Kampf »ganz besonders gegen die Nationalsozialisten« zu verstärken und systematisch deren skrupellose Demagogie zu bekämpfen. Er warnte davor, daß die Nazis unter den Erwerbslosen Einfluß gewinnen könnten. Ebensowenig dürfe ihnen auf dem Dorf freie Hand gelassen werden: »Der strategische Plan der Nationalsozialisten, mit Hilfe der Eroberung der ländlichen Gebiete in die größeren Städte einzudringen, muß durch die erhebliche Steigerung unserer Arbeit in den Landgebieten zerschlagen werden.« Weiter orientierte er auf den Widerstand gegen die Versuche des Zentrums und der katholischen Kirche, ihren Einfluß besonders unter den Arbeitern auszudehnen, und darauf, durch eine bessere ideologische Arbeit die sozialdemokratischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie mit der Politik der Klassenzusammenarbeit, die ihre Führer fortsetzten, brechen und sich den von den Kommunisten geführten Kämpfen anschließen müßten.

Um alle Schichten des Proletariats und andere Werktätige zu gewinnen, brauche man, schrieb Ernst Thälmann, »neue Methoden der Auffrischung und Belebung unserer gesamten Partei«. Jeder einzelne müsse mehr Verantwortung tragen. Ernst Thälmann schlug deshalb vor, die von ihm dargelegten Aufgaben in Mitgliederversammlungen zu diskutieren und hierzu Parteilose hinzuzuziehen. Die Politischen Sekretäre der Bezirksparteiorganisationen forderte er auf, seine Anregungen in den leitenden Gremien des Bezirks zu beraten und »in Euren Bezirken neue Methoden zu erforschen«, dabei sorgfältig die »konkreten Arbeits- und Kampfesbedingungen« zu beachten, um die Partei schlagkräftiger zu machen. »Ich bitte Euch«, schrieb er an die Mitglieder des Zentralkomitees, »diese Anregungen ernsthaft zu durchdenken, alles zu tun, um die vorhandenen Unzulänglichkeiten der Arbeit in jedem einzelnen Bezirk rasch und mutig zu beseitigen.«[8] Diese beiden Briefe widerspiegeln Ernst Thälmanns Bemühen, die Kollektivität in der gesamten Partei und ihrer Führung zu entwickeln, die Gedanken und Vorschläge aller Kommunisten aufzugreifen und nutzbar zu machen, die Ergebnisse von Beratungen der leitenden Organe rascher der ganzen Partei zu vermitteln.

In seiner Rede auf der Tagung des Zentralkomitees im Oktober hatte Ernst Thälmann gründlich analysiert, was der Young-Plan für die deut-

8 Ebenda, I 2/5/20.

schen Werktätigen bedeutete. »Wir müssen die Klassenfrage stellen«, erklärte er. »Wer muß die Summen, die der Young-Plan von Deutschland fordert, zahlen? Wir antworten: Das Proletariat und alle anderen werktätigen Volksschichten. Das ist der unumgängliche Klassensinn des Young-Plans.«[9] Das Großkapital werde die Ausbeutung weiter verschärfen, und schon das neue Steuerprogramm der Koalitionsregierung verschlechtere die Lage der Arbeiterschaft beträchtlich. Der Widerstand gegen diesen Angriff des deutschen und des internationalen Kapitalismus, betonte Ernst Thälmann auf dieser Tagung wie bei anderen Gelegenheiten – so am 20. Oktober 1929 auf dem Kongreß werktätiger Frauen –, müsse damit verbunden werden, den »großen Volksbetrug an den proletarischen Massen«[10] zu enthüllen, den die Nazis und die Deutschnationalen mit ihrem Volksbegehren zu inszenieren suchten. Ernst Thälmann entlarvte die Polemik der Faschisten gegen den Young-Plan und gegen den Versailler Vertrag überhaupt als ein demagogisches Manöver, das nur von den wahren Schuldigen an der Notlage der werktätigen Massen, den deutschen Kapitalisten, und von den Verantwortlichen für Versailles, den deutschen Imperialisten und Militaristen, ablenken und die Massen ideologisch für eine faschistische Diktatur und einen neuen Aggressionskrieg reif machen sollte. »Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die in der Lage ist, dem deutschen Proletariat einen Ausweg aus den Fesseln des Young-Planes zu zeigen«[11], stellte er fest.

Wenngleich der Volksentscheid des Hugenberg-Hitler-Blocks ergebnislos blieb, erzielten die Nazis doch bei den Landtagswahlen in Thüringen und bei den Gemeindewahlen in Bayern am 8. Dezember bereits starke Stimmengewinne. In Thüringen wurde eine neue Landesregierung gebildet mit dem Nazi Wilhelm Frick als Innen- und Volksbildungsminister. Die NSDAP wurde – zunächst noch im Schlepptau der Deutschnationalen Volkspartei und des Stahlhelms und kräftig gefördert von Hugenbergs Presse, die viel stärker war als die der Nazis – zu einem wesentlichen Faktor der Faschisierung des politischen Lebens.

Der Chauvinismus der Nazis, ihr barbarischer Antikommunismus und

9 Ernst Thälmann: Unser Kampf gegen den Young-Plan. In: Die Rote Fahne, 27. Oktober 1929.

10 Ernst Thälmann: Referat auf dem Kongreß der werktätigen Frauen in Berlin. In: HVZ, 22. Oktober 1929.

11 Ernst Thälmann: Unser Kampf gegen den Young-Plan. In: Die Rote Fahne, 27. Oktober 1929.

ihre Feindschaft gegenüber jeder Demokratie brachten die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus am brutalsten und zugleich am raffiniertesten zum Ausdruck. Die Nazipartei verstand es, die verbitterten kleinbürgerlichen Massen gegen die demokratischen Kräfte zu lenken. Sie organisierte den physischen Terror gegen die Arbeiterbewegung, dem bald immer häufiger antifaschistische Arbeiter zum Opfer fielen. Daher wandten sich jene Teile des Monopolkapitals, die am meisten darauf drängten, die bürgerliche Demokratie rasch zu beseitigen und eine offene Diktatur zu errichten, von den traditionellen bürgerlichen Parteien ab und orientierten sich zunehmend auf die Hitlerpartei beziehungsweise auf einen Hugenberg-Hitler-Block.

Ende 1929 wurde die ökonomische, politische und ideologische Situation in Deutschland schon in erheblichem Maße davon bestimmt, daß die Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft in eine Wirtschaftskrise umschlug. Am 29. Oktober hatte die New-Yorker Börse ihren Schwarzen Freitag erlebt: Riesige Kursstürze signalisierten den Ausbruch einer Weltwirtschaftskrise. In Deutschland ging im November und Dezember die Industrieproduktion rasch zurück, und ebenso rasch stieg die Arbeitslosigkeit an. Ernst Thälmann hatte wenige Tage vor dem Schwarzen Freitag auf der Tagung des Zentralkomitees vorausgesagt, daß die Arbeitslosigkeit »in diesem Winter katastrophale Ausmaße annehmen«[12] werde: Ende Januar 1930 wurden bereits 3,2 Millionen Erwerbslose gezählt. Indessen konnte 1929 noch niemand wissen, wie tief die Krise der kapitalistischen Wirtschaft in den folgenden Jahren hinabführen, welch unvorstellbares Elend sie Millionen Menschen bringen würde.

Die beginnende Wirtschaftskrise bestärkte die herrschende Klasse noch in ihrer zum Faschismus tendierenden Politik. Das Großkapital nutzte die Krise aus, um die Löhne zu drücken, die Arbeiterklasse durch Massenarbeitslosigkeit zu zermürben, die Mittelschichten durch ihre Preispolitik stärker auszuplündern und – unter Berufung auf die wirtschaftliche Notlage – die verfassungsmäßige Ordnung der Weimarer Republik zu unterhöhlen. Anfang Dezember 1929 veröffentlichte der Reichsverband der Deutschen Industrie eine offizielle Denkschrift unter dem Titel »Aufstieg oder Niedergang?«. In ihr wurde, um Monopolprofite zu sichern, gefordert: die Steuern für die Monopolherren herabzusetzen, die Massensteuern aber zu erhöhen, die Sozialleistungen abzubauen, die Löhne radikal zu senken und die Arbeitsbedingungen ohne Rücksicht auf

12 Ebenda.

das Tarifrecht zu verschlechtern.[13] Auf einer außerordentlichen Tagung des Reichsverbandes am 12. Dezember ließen die Redner keinen Zweifel, daß dieses Programm nur von einer Regierung, die mit Notverordnungen und mit dem Ausnahmezustand unter Ausschaltung des Reichstags regieren würde, durchzusetzen sei.[14] Das war ein offenes Ultimatum an das Kabinett der Großen Koalition und kündigte an, daß die Tage gezählt waren, da das Monopolkapital Sozialdemokraten in der Regierung gebrauchen konnte. Hjalmar Schacht, der Präsident der Reichsbank, brachte bereits den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding zu Fall, indem er der Reichsregierung den Kredit sperrte.

Die zahlreichen Krisenerscheinungen, die gegen Ende des Jahres 1929 die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und der ganzen kapitalistischen Welt kennzeichneten, bestärkten Ernst Thälmann in seiner Überzeugung, daß sich die Arbeiterklasse für die entscheidende Auseinandersetzung mit dem Imperialismus rüsten müsse. In diesem Sinne hatte er schon auf dem X. EKKI-Plenum von zwei großen Fronten gesprochen, die sich in der Welt gegenüberständen: auf der einen Seite die von den Kommunisten geführte revolutionäre Arbeiterbewegung, die sich auf die Sowjetunion stützen könne und aus deren Beispiel Siegeszuversicht schöpfe, auf der anderen Seite das Lager des Kapitalismus, der die Unterstützung des Reformismus genieße und sich zunehmend des Faschismus bediene.[15] Die ausbrechende Wirtschaftskrise machte besonders deutlich, wie sehr die kapitalistische Ordnung im Gegensatz zu den Lebensinteressen der Massen stand; es galt jetzt zu verhindern, daß die Monopolbourgeoisie in dem ihr innewohnenden Streben nach Reaktion auf der ganzen Linie dazu überging, die demokratischen Rechte und Freiheiten völlig zu vernichten.

In dieser Auseinandersetzung bedeutete das Erstarken und Aufblühen des sozialistischen Landes im Zeichen des ersten Fünfjahrplanes Stärkung und Rückhalt für die Arbeiterklasse in den von der Krise erfaßten

13 Vgl. Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, [Berlin] 1929, H. 49).

14 Vgl. Wirtschafts- und Sozialpolitik. Steuer- und Finanzpolitik. Vorträge von Georg Müller, Oerlinghausen, und Dr. Paul Silverberg, Köln, gehalten auf der Außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember 1929 in Berlin (Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, [Berlin] 1930, H. 50).

15 Vgl. Protokoll. 10. Plenum des EKKI, S. 637.

kapitalistischen Ländern. Weltgeschichtlich befand sich der Imperialismus bereits in der Defensive. Während die Wirtschaftskrise den Kapitalismus erfaßte, wurde gleichzeitig auf einem Sechstel der Erde der erste sozialistische Fünfjahrplan dank der klugen Führung durch die KPdSU(B) und dank dem Elan der Massen vorfristig erfüllt, wuchs die sozialistische Industrie in einem noch nicht dagewesenen Tempo, gingen die Bauern zur genossenschaftlichen, sozialistischen Bewirtschaftung des Bodens über. Es entstanden Voraussetzungen, um die Lebensbedingungen der Werktätigen spürbar zu verbessern. Während die imperialistische Reaktion die bürgerliche Demokratie zerstörte und der Faschismus sein Haupt erhob, leitete im Lande der proletarischen Demokratie das von Unterdrückung befreite Volk immer selbstbewußter Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Die Kommunisten aller Länder konnten stolz auf das sowjetische Beispiel verweisen. Die sozialistische Praxis bewies, daß Krise und Massenelend Produkte des Kapitalismus waren. Ernst Thälmann verstand sehr gut, welch große politische und ideologische Unterstützung die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion den proletarischen Revolutionären in den kapitalistischen Ländern gaben, indem sie mit dem erfolgreichen, planmäßigen Wirtschaftsaufbau nachwiesen, daß Arbeiter und Bauern ohne Kapitalisten, Gutsbesitzer und Wucherer viel besser auskommen.

Ernst Thälmann nannte auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD im Oktober den Fünfjahrplan eine »Voraussetzung, die von ungeheurer revolutionärer Bedeutung ist ... Welche ungeheuren Möglichkeiten haben wir«, erklärte er, »wenn wir an Hand der Erfolge in der Sowjetunion die Verelendung der Arbeiterschaft in der deutschen Republik aufzeigen.« Er verlangte, den handgreiflichen Beweis für die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft über die kapitalistische Anarchie, den die Sowjetunion lieferte, zielgerichtet in der ideologischen Arbeit zu nutzen: »Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, die grandiose Durchführung des Fünfjahrplanes sind machtvolle Waffen des proletarischen Klassenkampfes in Deutschland, wenn wir verstehen, die Begeisterung der Massen dafür zu wecken.«[16]

Aufmerksam verfolgte Ernst Thälmann alle Nachrichten, die die Presse über die Sowjetunion veröffentlichte. Er studierte gründlich die Dokumente der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale über den

16 IML, ZPA, I 2/1/74. – Ernst Thälmann: Unser Kampf gegen den Young-Plan. In: Die Rote Fahne, 27. Oktober 1929.

Aufbau des Sozialismus in der UdSSR. Auch aus Briefen, in denen ihm sowjetische Arbeiter und Bauern voller Stolz über ihre Arbeit berichteten, erfuhr er von den Erfolgen der sowjetischen Werktätigen. »Die Parteikonferenz gelobt in Ihrer Person dem Proletariat und der armen Bauernschaft Deutschlands«, telegrafierten ihm zum Beispiel die Delegierten des Rayons Kisljar in Dagestan am 27. Mai 1930, »den Fünfjahrplan in vier Jahren zu erfüllen, die Landwirtschaft erfolgreich zu kollektivieren. Wir werden so die Revolution des deutschen Proletariats und seinen Sieg über das Kapital beschleunigen.«[17] Arbeitskollektive in der Sowjetunion teilten Thälmann mit, daß sie sich seinen Namen gegeben hätten, so zum Beispiel das Forsttechnikum von Tula. Um auch persönlich einen Beitrag zum sozialistischen Aufbau zu leisten, beteiligte sich Ernst Thälmann an einer Sammlung, die einem Kolchos im Moskauer Gebiet den Ankauf eines Traktors ermöglichte. Die Kolchosbauern dankten ihm am 23. März 1930 für seine brüderliche Solidarität. Sie schrieben ihm, daß sie sich verpflichtet hätten, im sozialistischen Wettbewerb die Mittel für einen zweiten Traktor aufzubringen.[18]

Jedesmal, wenn Thälmann die Sowjetunion besuchte, informierte er sich auch über die Fortschritte, die die sowjetischen Werktätigen in der Wirtschaft erzielt hatten. In den Tagen des XVI. Parteitages der KPdSU(B), der ihn zum Mitglied seines Ehrenpräsidiums wählte[19], konnte er sich wiederum davon überzeugen, welch »ungeheure Perspektive in diesem Lande«[20] verwirklicht wurde, wie er am 2. Juli 1930 aus Moskau an seine Frau schrieb. Das gab ihm Kraft für den schweren Kampf in seinem Heimatland, wo der Faschismus als krassester Ausdruck des Niedergangs der kapitalistischen Ordnung zu einem immer bedrohlicheren und gefährlicheren Element der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung wurde.

Auf der Tagung des ZK der KPD am 28. und 29. November 1929 beschäftigte sich Ernst Thälmann im Zusammenhang mit der Auswertung der Ergebnisse der Landtags- und Kommunalwahlen in den wichtigsten

17 IML, ZPA, I 6/3/115.

18 Vgl. ebenda.

19 Vgl. Die Rote Fahne, 26., 27. Juni 1930. – Walter Wimmer: Ernst Thälmann – proletarischer Internationalist. In: BzG, 1972, H. 2, S. 211. – Ernst Thälmann hielt sich offenbar nur wenige Tage in Moskau auf, denn am 28. Juni und am 3. Juli nahm er in Berlin an Sitzungen des Sekretariats des ZK teil, bei der Sitzung am 30. Juni war er jedoch nicht anwesend. (Vgl. IML, ZPA, 3/19/736.)

20 IML, ZPA, NL 3/7.

Ländern eingehend mit der Arbeit der verschiedenen Bezirksorganisationen. Er faßte die wichtigsten Hinweise zusammen, die aus den Bezirken als Antwort auf seine beiden Briefe eingegangen waren. Um die Politik der Partei »lebendig und aufrüttelnd« zu gestalten, sei es unumgänglich, daß jeder Funktionär nach dem Vorbild Lenins »die Stimmungen, das Leben und Treiben des Proletariats« aus eigener Anschauung kenne und genau wisse, »was die Arbeiter von der Kommunistischen Partei fordern«.[21] Immer genau zu wissen, was die Arbeiter denken und fühlen, war eine Maxime der Führungstätigkeit Ernst Thälmanns.

In der Gewerkschaftsarbeit entwickelte sich damals eine Situation, die Ernst Thälmann mit Sorge erfüllte. Die Bedingungen für eine revolutionäre Gewerkschaftsarbeit verschlechterten sich zusehends, denn kommunistische Gewerkschafter wurden immer häufiger aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossen und systematisch aus den Betrieben entfernt, und reformistische Funktionäre sabotierten immer öfter Streiks, die von den Arbeitern zur Durchsetzung ihrer Interessen geführt wurden. Ende Oktober hatten die Berliner Rohrleger ihren seit Ende August hartnäckig geführten Kampf angesichts des Übergewichts von Unternehmertum, Polizei und reformistischen Gewerkschaftsführern abbrechen müssen. Die Gewerkschaftsleitungen hatten zugesehen, wie die Unternehmer die Streikenden aussperrten und gleichzeitig die Arbeitsämter ihnen behilflich waren, den massenhaften Streikbruch zu organisieren. Während das Zentralkomitee zusammentrat, streikte die Belegschaft der Textilfabrik Recenia in Hartmannsdorf bei Chemnitz. Auch dieser Arbeitskampf entwickelte sich zu einer außerordentlich erbitterten Auseinandersetzung. Wochenlang konnten die Unternehmer nichts ausrichten. Bei einer Massendemonstration zur Unterstützung der Streikenden ermordete die Polizei fünf Arbeiter. Über das Gebiet wurde der Kleine Belagerungszustand verhängt. Wieder fiel die reformistische Gewerkschaftsführung den Arbeitern in den Rücken. Die Streikenden unterlagen nach elfwöchigem Kampf, weil der Textilarbeiterverband die Streikunterstützung sperrte.

Angesichts derartiger Erfahrungen, auch mit der Haltung nicht weniger sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, wuchs in der Partei und unter den revolutionären Gewerkschaftern die Neigung, lieber gleich außerhalb der reformistisch geführten Verbände zu arbeiten, weil ein aktives Eintreten für die Arbeiterinteressen ohnehin

21 Ebenda, I 2/1/75.

gewöhnlich den Ausschluß aus dem freigewerkschaftlichen Verband nach sich zog.

Viele erwarteten außerdem, daß unter den Bedingungen der Krise große Arbeitermassen sich von selber den Kommunisten zuwenden würden. Das Mitglied des Sekretariats des ZK Paul Merker, Leiter der Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees, und andere Funktionäre meinten, daß die in Opposition zur reformistischen Politik stehende revolutionäre Strömung eine schon so fest in den Betrieben, Gewerkschaften und unter den Erwerbslosen verankerte und so starke Massenbewegung sei, daß sie den Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie unter den Massen relativ rasch überwinden könne. Sie drängten darauf, diese revolutionäre Gewerkschaftsopposition als selbständige Organisation zu konstituieren und revolutionäre Gewerkschaften neben den Verbänden des ADGB aufzubauen. Das erschien Merker und anderen Genossen als geeigneter Weg, die Auswirkungen der rechtssozialdemokratischen Politik zu bekämpfen, die den Widerstand der Arbeiter gegen die Offensive des Unternehmertums und die faschistischen Angriffe lähmte, und die Kampfkraft der Arbeiterklasse schneller zu stärken.

Die Schlußfolgerung, die Ausgeschlossenen und die noch in den freien Gewerkschaften verbliebenen revolutionären Gewerkschafter zusammenzufassen und so der fortwährenden Schwächung der gewerkschaftlich organisierten Kräfte der Arbeiterklasse durch die Ausschlußmaßnahmen der rechtssozialdemokratischen Führungen entgegenzuwirken, drängte sich geradezu auf, ebenso wie das Erfordernis, auf irgendeine Weise organisatorische Voraussetzungen zum Vorbereiten und Führen von Streiks trotz der Abneigung der reformistischen Führer gegen jeden Arbeitskampf zu schaffen. Auch Ernst Thälmann suchte nach Möglichkeiten dafür. Andererseits bestand – wenn sich die rechten Gewerkschaftsführer nicht in dem Maße in den Augen der Mitglieder diskreditiert hatten, wie manche Kommunisten annahmen – die Gefahr, daß sich mit organisatorischen Formen und Maßnahmen, die an Sondergewerkschaften erinnern oder zu solchen führen konnten, die revolutionären Gewerkschafter von der Masse der organisierten Arbeiter isolieren würden.

Ernst Thälmann, der aus eigener Erfahrung wußte, wie fest die organisierten Arbeiter sich mit ihrer Gewerkschaft verbunden fühlten, selbst wenn sie oft nicht mit der Haltung reformistischer Funktionäre einverstanden waren, befürchtete wie andere leitende Genossen auch, daß Schritte in der von Merker vorgeschlagenen Richtung leicht die Bildung

einer von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern losgelösten Sonderorganisation zur Folge haben könnten. Deshalb hatte Ernst Thälmann auf dem Plenum des Zentralkomitees Ende Oktober die Frage aufgeworfen, ob es wirklich zweckmäßig sei, jetzt einen Reichskongreß der Gewerkschaftsopposition einzuberufen.[22] Über diese Zweifel hinweg wurde jedoch beschlossen, diesen Kongreß Ende November abzuhalten. Ernst Thälmann setzte sich dafür ein, daß es die Zielstellung des Kongresses sein müsse, die Massenarbeit der KPD unter den Betriebsarbeitern und in den Gewerkschaften zu beleben. Entgegen dem Spalterhandwerk der reformistischen Führer müßten sich die Kommunisten überall als die besten Gewerkschafter erweisen. Sie müßten allenthalben die Forderungen der Arbeiter aufgreifen, sich für ihre Erfüllung einsetzen. In seinem Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees vom 6. November forderte er, daß in der Parteipresse bei der Vorbereitung des Kongresses vor allem »das Leben in den Betrieben, die Berichte der Arbeiterkorrespondenten, die ungeheuerlichen Tatsachen der kapitalistischen Rationalisierung, die Not und der Kampfwille der Arbeiterklasse«[23] konkreter dargestellt werden sollten.

Am 30. November 1929 versammelten sich in Berlin die 1117 Delegierten des 1. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Unter den Teilnehmern waren 825 Betriebsarbeiter und 191 Erwerbslose.[24] In seiner Begrüßungsansprache wies Ernst Thälmann die revolutionären Gewerkschafter eindringlich auf ihre Aufgabe hin, »die große revolutionäre, einheitliche Kampffront des Proletariats« gegen den Young-Plan und das Programm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie schmieden zu helfen. Er warnte vor der Gefährlichkeit dieses erneuten Vorstoßes des Monopolkapitals und appellierte an die Gewerkschafter, mit ganzer Kraft die Arbeiterklasse für die Verteidigung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zu mobilisieren. »Wir müssen deswegen unsere Arbeit in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in allen Massenorganisationen außerordentlich verstärken, immer unter dem Gesichtspunkt, die Massen für den Kampf zu organisieren.«[25] Der Sinn

22 Vgl. ebenda, I 2/1/74.

23 Ebenda, I 2/5/20.

24 Vgl. Die Rote Fahne, 1., 3. Dezember 1929.

25 Protokoll des 1. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschafts-Opposition Deutschlands. Abgehalten am 30. November und 1. Dezember 1929 in Berlin, Berlin 1930, S. 11, 15.

einer strafferen Zusammenfassung der revolutionären Gewerkschaftsopposition könne, so erklärte er, nur darin liegen, sich fester in den Betrieben zu verankern und die politische Arbeit der revolutionären Kräfte in den reformistisch geführten Gewerkschaften zu beleben. Sie dürfe nicht dazu verleiten, diese Arbeit nun geringzuschätzen und zu vernachlässigen.

Die Festlegung des Kongresses, Ausschüsse zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die einzelnen Industriegruppen auf der Ebene der Orte, Bezirke und des Reiches zu wählen, wirkte jedoch nicht in dieser Richtung. Diesen Schritt zum Aufbau einer Sonderorganisation, der damals auch von der Roten Gewerkschaftsinternationale für zweckmäßig gehalten wurde und »von der Mehrheit der Profintern leider durchgeführt worden« sei, habe er durch sein Auftreten verhindern wollen, erklärte Ernst Thälmann im Mai 1931 vor dem Zentralkomitee.[26]

Noch während des Kongresses, am 1. Dezember, schworen im Mercedes-Palast in Berlin-Neukölln 800 Mitglieder der Antifaschistischen Jungen Garde Ernst Thälmann, unermüdlich gegen den faschistischen Terror zu kämpfen.[27] Das war die erste aus einer Anzahl von Zusammenkünften mit Berliner Arbeitern, in denen Thälmann die Aufgaben der Arbeiter im Kampf gegen den Young-Plan, die Unternehmeroffensive und die zunehmende Arbeitslosigkeit darlegte. Der Grundtenor seiner Ausführungen bestand immer darin, daß in den Betrieben selbst die Abwehr organisiert, Streiks vorbereitet werden müßten. Mit seinem Auftreten half er, die politische Arbeit der Kommunisten in den Betrieben zu verstärken. Am 4. Dezember referierte er im Filmtheater Elysium in Niederschöneweide vor Arbeitern der AEG. Der Raum war überfüllt; es war die seit Jahren bestbesuchte Betriebsversammlung in Berlin-Schöneweide. Nach den Ausführungen Ernst Thälmanns berichtete ein Teilnehmer einer Arbeiterdelegation in die Sowjetunion über den sozialistischen Aufbau im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat. Erich Weinert rezitierte zum Abschluß eines seiner zündenden Gedichte.[28] Am 11. Dezember sprach Thälmann in einer öffentlichen Betriebsversammlung der Arbeiter der AEG-Turbinenfabrik im Moabiter Gesellschaftshaus darüber, wie die in

26 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/79.

27 Vgl. Protokoll des 1. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschafts-Opposition, S. 80.

28 Vgl. Die Rote Fahne, 5. Dezember 1929.

diesem Betrieb drohenden Massenentlassungen abgewehrt werden könnten, am nächsten Tage in einer Versammlung von Arbeitern aus den AEG-Betrieben Ackerstraße und Brunnenstraße im Swinemünder Gesellschaftshaus, in der Woche darauf vor den Arbeitern der Reichsdruckerei im Restaurant Alexandriner in der Alexandrinenstraße, am gleichen Tage, dem 17. Dezember, vor den Arbeiterinnen der Zigarettenfabriken Josetti, Manoli und Massary in den Musiker-Festsälen unweit vom Bülowplatz (heute Rosa-Luxemburg-Platz). Am nächsten Tag ergriff er nochmals im Moabiter Gesellschaftshaus, diesmal vor den Osram-Arbeitern, das Wort, um der relativ schwachen Parteizelle in diesem Betrieb zu helfen, den Kampf gegen die für Januar angekündigten Massenentlassungen zu organisieren.[29]

Außer auf den Betriebsversammlungen hatte Thälmann am 15. Dezember im Zirkus Busch am S-Bahnhof Börse (heute Marx-Engels-Platz) vor Parteimitgliedern gesprochen, die nach den Kommunalwahlen vom 17. November in Berlin in die KPD eingetreten waren.[30] Kurz vor Weihnachten fuhr er nach Dresden, dem Sitz der Bezirksleitung Ostsachsen. Er hielt am 22. Dezember das Hauptreferat auf einer Konferenz der drei sächsischen Parteibezirke. In seinen viereinhalbstündigen Ausführungen begründete er unter anderem den Vorschlag, zur Verbesserung der Arbeit die drei Parteibezirke zur Bezirksorganisation Sachsen zu vereinigen.[31] Sein Vorschlag wurde verwirklicht; Politischer Sekretär der Bezirksorganisation Sachsen wurde Rudolf Renner, der seit zehn Jahren hier in Sachsen in zahlreichen Parteifunktionen Erfahrungen gesammelt hatte.

Die Weihnachtsfeiertage 1929 verbrachte Ernst Thälmann bei seiner Familie in Hamburg. Er blieb auch über den Jahreswechsel dort und half in der ersten Januarwoche der Bezirksleitung Wasserkante, ihre Arbeit kritisch zu werten und Schlußfolgerungen zu ziehen.[32] Er wollte zum Beispiel wissen, welche Verbindungen zu sozialdemokratischen Genossen im Hafen bestünden, mit welchen Kreisen die Bezirksleitung ihre Probleme beraten hätte, wie es geschehen konnte, »daß an verschiedenen

29 Vgl. ebenda, 11., 12., 14., 18., 19. Dezember 1929.

30 Vgl. ebenda, 17. Dezember 1929.

31 Vgl. ebenda, 24. Dezember 1929.

32 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/206; I 6/3/208. – Heinz Neumann schrieb an Fritz Heckert am 2. Januar, Ernst Thälmann befinde sich in Urlaub, und am 7. Januar, Ernst Thälmann habe sich eine Woche lang in Hamburg aufgehalten, um die Bezirksleitung zu unterstützen, und sei nun zurückgekehrt. Ernst Thälmann nahm am 8. Januar wieder an der Sekretariatssitzung teil. (Vgl. IML, ZPA, I 6/3/206; I 6/3/208; 3/1/735.)

Stellen die Genossen die Parole der Beitragssperre«[33] für die freien Gewerkschaften ausgegeben hätten, was für die Erwerbslosen getan würde usw. »So hagelte es Fragen über Fragen«, erinnert sich Heinz Willmann, Mitarbeiter der »Arbeiter-Illustrierten-Zeitung« (AIZ), an eine solche Sitzung. »Es blieb kein Platz mehr für große Redensarten. Thälmanns Fragen... zeigten im Kleinen das Große.«[34]

Ernst Thälmann legte Wert darauf, weiterhin auch möglichst oft an Sitzungen dieser Bezirksleitung teilzunehmen, nicht nur, um seiner Pflicht als deren Mitglied nachzukommen, sondern vor allem auch, weil er dort erfuhr, wie die von der Parteiführung entwickelte Linie durchgesetzt wurde, weil er selber dabei mitwirken konnte und weil er so stets Verbindung zur Parteiarbeit an der Basis behielt. Ernst Thälmann besaß die Fähigkeit, schreibt Herbert Warnke, sich »aufmerksam die Meinungen der Arbeiter anzuhören. Er war nicht nur bemüht, die Arbeiter zu führen, sondern immer bereit, von ihnen zu lernen. Er kannte ihre Meinungen und Stimmungen außerordentlich gut... Der Vorsitzende unserer Partei wußte genau, was die Arbeiter dachten und fühlten.«[35] Viele Hamburger Freunde und Genossen schrieben ihm, besuchten ihn, wenn er zu Hause war, berichteten ihm aus der Parteiarbeit und berieten mit ihm ihre Probleme. So wußte Ernst Thälmann oft sogar über personelle Veränderungen in den Straßenzellen der Partei Bescheid.

»Überschwang lag ihm nicht, er war bis zur Härte realistisch«, schildert Alma Soltau, die Schwester Arthur Ewerts, ihren Eindruck von Ernst Thälmann aus der gemeinsamen Arbeit in der Hamburger Bezirksleitung. »Viele Sitzungen der Bezirksleitung zogen sich bis zum Morgen hin, bis in kleinste Einzelheiten legte er uns die notwendigen Arbeiten und Aufgaben dar.«[36] In solchen Diskussionen mit Ernst Thälmann schärfte sich der Blick der Genossen für das Wesentliche, wurden sie auf Zusammenhänge gestoßen, die sie bisher übersehen hatten. In vielen derartigen Gesprächen erzog Ernst Thälmann Hunderte junger Genossen, half er ihnen, kluge, erfahrene und standhafte Funktionäre der revolutionären Arbeiterbewegung zu werden.

33 Ebenda, I 2/5/6.

34 Heinz Willmann: Thälmanns Fragen rüttelten auf. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 166.

35 Herbert Warnke: Er wußte, was die Arbeiter dachten und fühlten. In: Ebenda, S. 210/211.

36 IML, ZPA, EA 1397.

3

Der Kampf gegen die faschistische Gefahr muß Sache der gesamten Arbeiterklasse werden

Mit wachsender Sorge beobachtete Ernst Thälmann die Auswirkungen der Kapitaloffensive, der Weltwirtschaftskrise und des Young-Planes. Massenentlassungen, Kurzarbeit und Lohnabbau waren an der Tagesordnung. Zum ersten Mal ging am Ende des Winters 1929/1930 die Zahl der Arbeitslosen mit Beginn der Saison nicht wieder zurück. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung wurden abgebaut; fast 680 000 Erwerbslose bekamen überhaupt keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung mehr und waren mit ihren Familien auf die Pfennige der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge angewiesen. Die Löhne lagen in vielen Industriezweigen bereits erheblich unter dem amtlich errechneten Existenzminimum.

Aus vielen Teilen des Landes erreichten den Vorsitzenden der KPD Hilferufe notleidender Werktätiger. Auch wenn Ernst Thälmann diese Briefe nicht alle selbst beantworten konnte, sorgte er doch stets dafür, daß die Absender durch Mitarbeiter des Zentralkomitees oder Parlamentsabgeordnete der Partei Rat und Hilfe erhielten und daß derartige Briefe für die politische Arbeit ausgewertet wurden. So versuchte die kommunistische Reichstagsfraktion im Frühjahr 1930, informiert durch einen Brief aus Annaberg an Ernst Thälmann, fünf Transportarbeitern – darunter einem Vater von sechs Kindern –, die nur drei Tage in der Woche Arbeit hatten, aber keine Kurzarbeiterunterstützung erhielten, zu ihrem Recht zu verhelfen. In einem anderen Fall wandte sich ein Kreisvorstand des Deutschen Rentnerbundes »vertrauensvoll mit der eindringlichsten Bitte« an Ernst Thälmann, »die Regierung zu zwingen, unverzüglich das Rentenversorgungsgesetz vorzulegen«. Die Reichstagsfraktion antwortete, daß die KPD ein Rentengesetz vorbereite und im Reichstag einbringen werde.[1]

Am 11. Februar 1930 trat Ernst Thälmann in der Debatte über die Ratifizierungsgesetze zum Young-Plan selbst auf die Tribüne des Reichstags.

1 Vgl. IML, ZPA, I 2/703/40.

Der Vorsitzende der KPD nahm im Reichstag nicht oft das Wort; er sprach nur zu besonders wichtigen Anlässen. Er legte jedoch großen Wert darauf, daß die Fraktion der KPD alle Möglichkeiten nutzte, die das Parlament bot, um die Auffassung der Partei öffentlich zu verkünden und die Forderungen der Werktätigen zu vertreten. Das geschah nicht nur durch die Reden der kommunistischen Abgeordneten in den Reichstagssitzungen, sondern auch durch Anträge, Anfragen an die Regierung und die Mitarbeit in den Ausschüssen. Thälmann hatte sich darum gekümmert, daß sich in der von ihm und von Walter Stoecker als Mitvorsitzendem und späterem Sekretär geleiteten Fraktion einige Genossen Sachkenntnisse für bestimmte Gebiete der parlamentarischen Arbeit angeeignet hatten. Zu ihnen gehörten Martha Arendsee, die sich besonders der Sozialpolitik widmete, Edwin Hoernle, der sich vor allem mit agrarpolitischen Fragen befaßte, Anton Jadasch, der sich der Belange der Erwerbslosen annahm. Theodor Neubauer war der Finanzsachverständige der Reichstagsfraktion und beschäftigte sich auch mit Fragen der Außenpolitik, Ernst Putz sprach als Vertreter der werktätigen Bauern, Siegfried Rädels Gebiet war ebenfalls die Sozialpolitik, Ernst Schneller widmete sich zumeist außen- und militärpolitischen Themen, und Georg Schumanns Spezialgebiet stellten Wohnungspolitik und Mieterrecht dar. Oft beteiligte sich Ernst Thälmann an den Beratungen der Fraktion, deren Sprecher im Plenum vor allem Wilhelm Koenen und Walter Stoecker waren; er sah meist die Parlamentsberichte und vor allem die Reden der Abgeordneten der Partei durch; er sorgte sich darum, daß die unter Leitung des redaktionellen Sekretärs der Fraktion Erich Glückauf hergestellten Materialien – die Reichstagshandbücher, der Pressedienst, die Zeitung »Der Rote Wähler« – der ganzen Partei wertvolle Informationen gaben und in der politischen Arbeit genutzt wurden.

In seiner Rede zu den Young-Plan-Gesetzen klagte Ernst Thälmann die deutschen Kapitalisten an, den Raubzug des internationalen Kapitals gegen die werktätigen Massen in Deutschland gutzuheißen. Er enthüllte das landesverräterische Komplott, das Hjalmar Schacht, der Vertreter des deutschen Finanzkapitals bei den Young-Plan-Verhandlungen, mit den US-Bankiers geschmiedet hatte. Thälmann wies an Hand unwiderlegbaren Zahlenmaterials nach, wie rücksichtslos die herrschende Klasse den Ausplünderungsfeldzug gegen das schaffende Volk führte. Der Sinn des Planes bestand aber, wie er in seiner Rede bewies, nicht nur darin, das »Recht« des internationalen Monopolkapitals auf einen Anteil an der

Ausbeutung der deutschen Arbeiter zu fixieren, sondern auch darin, Deutschland fester in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion einzufügen.

Ernst Thälmann zeigte, daß mit Ausnahme der KPD alle Parteien – von den Sozialdemokraten bis zu den Nazis – für die ungeheure Notlage des Volkes mitverantwortlich waren. Allein die KPD verteidige die Lebensinteressen der hungernden oder vom Hunger bedrohten Millionen im Lande gegen den »Hunger- und Unterdrückungspakt«, den »Kriegspakt gegen die Sowjetunion«. Sie führe den Kampf gegen den Young-Plan als einen Kampf »für Lohn und Brot, für Arbeit und Existenz aller Werktätigen... [für] das letzte bißchen Milch, das man dem Arbeiterkinde rauben will«.[2] Zugleich entlarvte Ernst Thälmann auch hier vor dem Reichstag die Revanchehetze und Demagogie jener imperialistischen Kreise, die behaupteten, der Versailler Frieden und die Reparationsverpflichtungen seien schuld am Elend der Massen, das in Wirklichkeit Folge der Profitwirtschaft des deutschen Großkapitals war. Er enthüllte ihr chauvinistisches Geschrei als Ablenkungsmanöver, das den neuerlichen Angriff der Monopole auf die Lebenshaltung der Werktätigen erleichtern sollte.

Auf der Tagung des Zentralkomitees im Oktober 1929 hatte Ernst Thälmann darauf hingewiesen, daß der Young-Plan als eine »Weltfrage des gesamten Kapitalismus«[3] eine einheitliche Stellungnahme der kommunistischen Parteien erforderte. Drei Tage nach der Reichstagssitzung fuhr er nach Moskau – er traf in der sowjetischen Hauptstadt am 16. Februar 1930 ein[4] –, um vom 18. bis 28. Februar an einer Sitzung des Erweiterten Präsidiums des EKKI teilzunehmen. Dort nutzte er die Gelegenheit, ein koordiniertes Vorgehen der kommunistischen Parteien der betroffenen Länder gegen den Young-Plan anzuregen.

In seinem Bericht vor dem Präsidium des EKKI über die Arbeit der KPD und in einer Rede, die er vor der Deutschen Kommission hielt, beschäftigte sich Ernst Thälmann wiederum mit der Frage, wie die Mehrheit der Arbeiterklasse in Deutschland zu gewinnen und »die proletarische Hegemonie unter allen Werktätigen und [den] Mittelschichten«[5]

2 Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 426. Stenographische Berichte (von der 99. Sitzung am 30. September 1929 bis zur 134. Sitzung am 28. Februar 1930), Berlin 1930, S. 3939, 3938, 3940.

3 IML, ZPA, I 2/1/74.

4 Vgl. ebenda, I 6/3/206; I 6/3/208.

5 IML, ZPA, Moskau, Fond 526, ed. chr. 22.

zu erringen sei. Auch vor diesen internationalen Gremien legte er seine Ansicht zu den strittigen Problemen der Gewerkschaftspolitik dar. Er vertrat die Auffassung, daß das Schwergewicht auf der Arbeit der revolutionären Opposition innerhalb der bestehenden Gewerkschaften liegen müsse, um die Millionen der dort organisierten Arbeiter zu Aktionen zu führen. Schon die Aufnahme unorganisierter Arbeiter in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition erschwere erfahrungsgemäß die Arbeit der Opposition unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Mit Nachdruck erklärte Ernst Thälmann, eine Abkehr von den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern bedeute »Verrat an der proletarischen Revolution«[6].

Der Vorsitzende der Roten Gewerkschaftsinternationale, S. A. Losowski, ging demgegenüber von der Meinung aus, daß alle, die der SPD und den freien Gewerkschaften angehörten, dadurch Verfechter der Politik der Bourgeoisie seien und folglich für Aktionen gegen die Kapitaloffensive ohnehin nicht gewonnen werden könnten.[7] Die Konsequenz dieser Auffassung hätte darin bestanden, die Arbeiter, die noch nicht den Kommunisten folgten, dem Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führer zu überlassen und die Kommunisten von entscheidenden Schichten des Proletariats zu isolieren. Das wollte Ernst Thälmann auf jeden Fall verhindern.

Als das Zentralkomitee der KPD am 20. und 21. März 1930 die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI auswertete, wandte er sich scharf gegen die Neigung, sich auf die Unorganisierten und auf die erwerbslosen Arbeiter zu konzentrieren und die Arbeit in den freien Gewerkschaften zu vernachlässigen. Er legte die Wurzel solchen Verhaltens bloß: das Bestreben, der Auseinandersetzung mit den reformistischen Gewerkschaftsfunktionären aus dem Wege zu gehen. Gerade unter den Arbeitern, die den rechten Führern der SPD und der Gewerkschaften noch folgten, gelte es, die ideologische Überzeugungsarbeit so zu führen, daß sie zu wirklichen Klassenkämpfern würden. Der Ausbau der revolutionären Opposition sei eine Voraussetzung für die Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit der KPD, räumte Ernst Thälmann ein, betonte aber, »wenn die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Gewerkschaften nicht fortgesetzt und auf das Hundertfache erhöht wird,

6 Ernst Thälmann: Aus der Rede in der Deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI. In: Die Kommunistische Internationale, 1930, H. 9/10, S. 553.

7 Vgl. Die Rote Fahne, 28. Dezember 1928.

dann werden wir keinen ausschlaggebenden Erfolg haben«[8]. Das Zentralkomitee beschloß in diesem Sinne.

Aber der Leiter der Gewerkschaftsabteilung im Zentralkomitee beharrte auf den Auffassungen, die Ernst Thälmann auf der Tagung des Zentralkomitees als gewerkschaftsfeindlich und unrichtig zurückgewiesen hatte.[9] Paul Merker wandte sich mit einer Protesterklärung an das EKKI, in der er die KPD beschuldigte, die wirkliche Rolle der SPD und der freien Gewerkschaften zu verkennen.

Das Politbüro verurteilte auf seiner Tagung am 4. und 5. April 1930 in der »Entschließung über den Kampf für die Durchführung der Parteibeschlüsse« das Vorgehen Paul Merkers. Es beschloß, ihn aus dem Sekretariat des Zentralkomitees abzuberufen, die Leitung der Gewerkschaftsabteilung einem anderen Genossen zu übertragen – am 2. Mai wurde Fritz Emrich mit dieser Aufgabe betraut – und die Abteilung zu reorganisieren. Die Beschlüsse wurden nach Zustimmung Ernst Thälmanns, der an der Sitzung nicht teilnahm, verabschiedet und noch im April vom Politsekretariat des EKKI gebilligt.[10]

Wenige Tage zuvor hatte sich auf der politischen Szene in Deutschland eine bedeutsame Änderung vollzogen. Am 27. März sprengte die Deutsche Volkspartei im Zusammenspiel mit dem Zentrum die Große Koalition. Das Kabinett Hermann Müller mußte zurücktreten. Wie Ernst Thälmann seit 1928 wiederholt festgestellt hatte, waren durch die Beteiligung von Sozialdemokraten an der Regierung nur die antidemokratischen Kräfte erstarkt. Nachfolger des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller wurde der führende Zentrumspolitiker Heinrich Brüning, der alle Minister seines Vorgängers übernahm, soweit sie nicht der Sozialdemokratie angehörten. Das am 30. März 1930 gebildete neue Kabinett bestand aus Mitgliedern des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und anderer bürgerlicher Parteien.

Es handelte sich bei diesem Regierungswechsel jedoch nicht um den

8 Ernst Thälmann: Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Bericht über die Tagung des Erweiterten Präsidiums des EKKI. Gehalten im ZK der KPD am 20. März 1930, Berlin 1930, S. 37.

9 Vgl. IML, ZPA, 3/1/735. – Paul Merker hatte zum Beispiel auf der Tagung des Zentralrats der RGI im Dezember 1929, wo er neben S. A. Losowski zum Tagesordnungspunkt »Die Ergebnisse und Perspektiven der Wirtschaftskämpfe« referierte, derartige Thesen vertreten, ebenso in einem Artikel zu den Betriebsrätewahlen. (Vgl. Die Rote Fahne, 19., 20., 24. Dezember 1929.)

10 Vgl. IML, ZPA, 3/1/735. – Die Rote Fahne, 6. April 1930.

üblichen Austausch von Personen. Auch das Ausbooten der SPD machte nicht sein Wesen aus; es war lediglich ein Zeichen dafür, daß die Großbourgeoisie nicht mehr gewillt war, Rücksichtnahme auf die werktätigen Wählermassen zu dulden. Entscheidend war etwas anderes: Das neue Kabinett war keine Koalitionsregierung mit parlamentarischer Verantwortung, es sollte vielmehr mit den Sondervollmachten des Reichspräsidenten regieren. Damit wurde die Aushöhlung der verfassungsmäßigen parlamentarischen Ordnung der Weimarer Republik, der Übergang zur Präsidialherrschaft eingeleitet. Es war der erste Schritt auf dem Wege zur offenen Faschisierung. Das Politbüro des Zentralkomitees der KPD wertete auf seiner Sitzung Anfang April die Umbildung der Regierung als Zeichen dafür, daß sich der Klassenkampf verschärft hatte und das Finanzkapital Kurs darauf nahm, die »Errichtung der offenen Diktatur ... und die gesamte faschistische Entwicklung in Deutschland außerordentlich zu beschleunigen«[11].

Wenn Heinrich Brüning mit der Führung des ersten Präsidialkabinetts betraut wurde, so zeigte dies, daß zu dieser Zeit noch das Zentrum mit seiner stabilen Massenbasis die führende Partei des Monopolkapitals darstellte. Die entscheidenden Kräfte der imperialistischen Bourgeoisie sahen in dieser Partei des politischen Klerikalismus die am besten geeignete Kraft, auf dem Wege der Präsidialdiktatur die bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsform schrittweise in eine faschistische umzuwandeln. Besonders hierfür geeignet war das Zentrum auch deshalb, weil es vor allem in Preußen traditioneller Koalitionspartner der Sozialdemokratie war, nach dem Sturz der Müller-Regierung dort wie in anderen Ländern die Koalition mit der SPD fortsetzte und dadurch die sozialdemokratischen Führer nötigte, den Kurs der Präsidialregierung im Reiche zu dulden und gegenüber den sozialdemokratischen Wählern zu rechtfertigen.

Ernst Thälmann hielt die neue Situation für äußerst gefährlich. Er sah, daß die Arbeiterklasse nur dann nicht der Reaktion unterliegen würde, wenn es gelänge, neue Millionen aktiver Klassenkämpfer zu gewinnen. Unermüdlich war er tätig, um diese große Aufgabe lösen zu helfen. Am 19. April 1930, dem Ostersonntag, fuhr er in aller Frühe nach Leipzig, wo sich bereits über 30000 Jungarbeiter zum 5. Reichsjugendtag des KJVD versammelt hatten. Als er kurz nach 10 Uhr auf dem Hauptbahnhof eintraf, war die große Bahnhofshalle mit Jungen und Mädchen gefüllt.

11 IML, ZPA, 3/1/735.

Ernst Thälmann wußte: Sie hatten sich die Fahrt hierher erkämpft, hatten wochenlang Pfennige und Groschen vom Taschengeld, vom kärglichen Lohn oder von der Erwerbslosenunterstützung beiseite gelegt, um die Fahrt finanzieren zu können. Ehe er sich's versah, hatten ihn stämmige Arbeiterjungen auf ihre Schultern gehoben und trugen ihn durch das Spalier der jubelnden und singenden Jungkommunisten. Ernst Thälmann begrüßte die Tausende, die auf dem Bahnhofsplatz warteten, mit einigen anfeuernden Worten. Dann marschierte er an der Spitze eines langen Demonstrationszuges zum Franz-Mehring-Haus, dem Leipziger Parteihaus der KPD.[12]

Am Nachmittag eröffneten Fanfarensignale die Kundgebung der revolutionären Jugend auf dem Augustusplatz. Zum ersten Mal nahmen an einem solchen Reichstreffen des KJVD Delegationen der sozialdemokratischen Jugendorganisation Sozialistische Arbeiterjugend – aus Berlin, Chemnitz, Kassel und aus Bayern – sowie eine Delegation junger christlicher Bergarbeiter teil. Ernst Thälmann sprach zu den Tausenden, »hämmernd, kräftig, klar und voller Leidenschaft«[13]. »Die Kommunistische Partei«, erläuterte er, »weiß die Nöte der Jugend des Proletariats, des Nachwuchses der revolutionären Bewegung, [ein]zuschätzen. Sie ist die einzige Partei, die wirklich den tätigen Kampf für die Tagesinteressen der Jugend des Proletariats, die die Keulenschläge der kapitalistischen Rationalisierung und der Ausbeutung am stärksten treffen, führt.«[14] Er forderte die Jungarbeiter auf, im Kampf für ihre Tagesinteressen die Einheitsfront herzustellen; denn es standen noch, wie er anläßlich des 10. Jahrestages der Kommunistischen Jugendinternationale im November 1929 kritisch festgestellt hatte, »Millionen vom Kapitalismus getretene und geschundene Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen abseits«[15].

Ernst Thälmann orientierte auf drei Hauptaufgaben des gemeinsamen Kampfes: einen neuen imperialistischen Krieg zu vereiteln und die sozialistische Sowjetunion zu verteidigen; die Arbeiterjugend gegen die wachsende Ausbeutung zu schützen und ihre politischen Rechte und ihre

12 Vgl. Die Rote Fahne, 20. April 1930. – Hermann Grosse: Als Berichterstatter der »Roten Fahne« mit Ernst Thälmann auf Tour. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 179/180.

13 Hermann Grosse: Als Berichterstatter der »Roten Fahne«... In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 180. – Vgl. auch Die Rote Fahne, 23. April 1930. – AIZ (Berlin), 1930, Nr. 18.

14 Die Rote Fahne, 23. April 1930.

15 IML, ZPA, I 2/707/57.

Gleichberechtigung mit den erwachsenen Arbeitern durchzusetzen; den Faschismus abzuwehren und seine Terrororganisationen zu bekämpfen. Abschließend rief Thälmann den Jungkommunisten zu: »Seid Helfer und Führer der proletarischen Jugend in allen ihren Kämpfen. Trotz Terror und Verbotsmaßnahmen weiter vorwärts zum Kampf und Sieg!«[16]

Wie berechtigt der Hinweis auf den Polizeiterror war, bewies der weitere Verlauf des Treffens. Die Polizei ging mit Waffengewalt gegen demonstrierende Jungarbeiter vor und ermordete zwei von ihnen. Über Leipzig wurde der Kleine Belagerungszustand verhängt. Noch in Bitterfeld, Merseburg und Wittenberg versuchten Polizisten, die Fahrzeuge mit den heimkehrenden Jungkommunisten aufzuhalten. Stolz erzählten Vertreter der Berliner Delegation Ernst Thälmann nach ihrer Rückkehr, daß sie sich nicht hatten unterkriegen lassen.[17]

Es war damit zu rechnen, daß die neue Reichsregierung noch schärfer als die bisherigen gegen die Arbeiterbewegung vorgehen würde. Ernst Thälmann legte die sich daraus für die Parteiarbeit ergebenden Schlußfolgerungen auf den Bezirksparteitagen von drei der wichtigsten Bezirksparteiorganisationen dar. Am 10. Mai 1930 sprach er in der Diskussion in Essen, am 18. referierte er auf dem Bezirksparteitag in Hamburg, und am 26. ergriff er in der Diskussion auf dem Berliner Bezirksparteitag das Wort.[18] Er betonte, daß es jetzt notwendiger denn je sei, den Kurs des Monopolkapitals, »die Differenzen in der Bourgeoisie, die Entwicklung der kleinbürgerlichen Schichten genau [zu] studieren«[19]. In der neuen Regierung, die er auf dem Jugendtag in Leipzig als eine Bürgerblockregierung mit faschistischem Kurs charakterisiert hatte, habe »das Finanzkapital ... seine Kommandohöhen selbst besetzt«[20]. Auf dem Bezirksparteitag Wasserkante erklärte er, es sei noch nicht möglich, vorauszusehen, wie die Bourgeoisie im einzelnen ihre Methoden ändern werde, »aber das eine können wir sagen, daß in den nächsten Wochen und

16 Die Rote Fahne, 23. April 1930.

17 Vgl. Hermann Grosse: Als Berichterstatter der »Roten Fahne«... In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 181.

18 Vgl. Ernst Thälmann: Über unsere Aufgaben. Proletarische revolutionäre Strategie gegen die Strategie der Trustherren. In: Ruhr-Echo, 12., 13. Mai 1930. – Ders.: Über die Aufgaben des revolutionären Proletariats. In: HVZ, 19. Mai 1930. – Ders.: Über Selbstkritik und Massenarbeit. In: Die Rote Fahne, 27. Mai 1930.

19 Ernst Thälmann: Über die Aufgaben des revolutionären Proletariats. In: HVZ, 19. Mai 1930.

20 Ernst Thälmann: Über Selbstkritik und Massenarbeit. In: Die Rote Fahne, 27. Mai 1930.

Monaten die Offensive des Unternehmertums noch stärker wird und die Kommunistische Partei auf dieses Vorgehen ihr Augenmerk richten muß«[21].

Vor seinem Auftreten auf den Parteitagen hatte sich Ernst Thälmann eingehend über die Lage im jeweiligen Parteibezirk informiert. So traf er sich am 9. Mai vor dem Bezirksparteitag des Ruhrgebietes mit Vertretern der Bezirksleitung, darunter dem Politischen Sekretär Wilhelm Florin und dem Sekretär für Gewerkschaftsfragen Anton Saefkow.[22] Er ließ sich über den Stand der Parteiarbeit und die Vorstellungen der Genossen von ihrer weiteren Arbeit berichten. Ihn interessierte, wie die Mitgliedschaft in die Vorbereitung des Parteitages einbezogen wurde, wie die Unterbezirke, Ortsgruppen und Betriebszellen sich für die Belange der Betriebsarbeiter einsetzten, ob in Zahlstellen der freien Gewerkschaften Beschlüsse auf der Linie der revolutionären Gewerkschaftsopposition herbeigeführt werden könnten, warum es keine Massenkampagne gegen die Ausschlüsse aus den Gewerkschaften gäbe. Seine Zwischenfragen: »Wie ist die Strategie der Unternehmer und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie?«, »Wie hoch ist der Abonnentenstand der sozialdemokratischen Zeitung?«, »Wo wird die Losung gestellt ›Eintritt von oppositionellen Arbeitern in die Gewerkschaften‹, in welcher Resolution wird diese Losung propagiert?«[23] erforderten eine konkrete Antwort. Ähnliche Fragen stellte Ernst Thälmann auch den Vertretern der Bezirksleitung Wasserkante, mit denen er sich am 15. Mai beriet.[24]

Auf diese Weise verschaffte sich der Parteivorsitzende ein realistisches Bild von der Arbeit der jeweiligen Bezirksorganisation. In seinen Reden konnte er daher von der Kenntnis der Kampfbedingungen der betreffenden Parteiorganisationen ausgehen. Die wichtigste Aufgabe, so erklärte er in Berlin, bestehe »darin, unsere Arbeit in den Betrieben zu

21 Ernst Thälmann: Über die Aufgaben des revolutionären Proletariats. In: HVZ, 19. Mai 1930.

22 Außerdem nahmen teil: Heinz Neumann, Leo Flieg und August Creutzburg vom ZK, Alexander Abusch (Ernst Reinhardt) von der Bezirksleitung und Franz Gallinat von der Parteizelle in der Schachtanlage Fritz in Altenessen.

23 IML, ZPA, I 2/5/6.

24 Vgl. ebenda. – An der Besprechung nahmen neben Ernst Thälmann teil: Heinz Neumann, Leo Flieg, August Creutzburg vom ZK, der Politische Sekretär Hermann Schubert, Max Maddalena, Friedrich Lux von der Bezirksleitung sowie der erwerbslose Bauarbeiter Emil Kollodzik.

verstärken«, die Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen und der Jugendlichen aufzugreifen und die Massen für deren Verwirklichung in den Kampf zu führen, um den Unternehmerangriff mit einer proletarischen Offensive zu beantworten. Es gelte, noch mehr Energie und Prinzipienfestigkeit, Verständnis für die Stimmungen der Massen und taktische Elastizität gegenüber dem Klassenfeind zu entwickeln sowie »das politische Leben auf der Grundlage der inneren Parteidemokratie in unseren eigenen Reihen sehr [zu] stärken«. Neu Aufgenommene seien sofort »als gleichwertige Kampfgenossen«[25] in die Arbeit einzureihen. Die Tätigkeit der Betriebs- und Straßenzellen müsse vielseitiger und interessanter gestaltet werden.

Angesichts der wachsenden Not von Millionen, müsse man sich immer wieder die Frage vorlegen: »Haben wir genug getan, um unsere Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse zu erfüllen?«[26] In diesen Wochen erreichten die Parteiführung fast täglich neue Mitteilungen über Lohnabbau. In der Mansfeld AG, in den Metallbetrieben Rheinland-Westfalens, in vielen Textilfabriken und in zahlreichen anderen Betrieben wurden Lohnkürzungen vorgenommen oder angekündigt. Am 2. Mai 1930 berichtete Wilhelm Florin im Politbüro über die Lohnbewegung in den Metallbetrieben Rheinland-Westfalens, und Ernst Thälmann referierte über Gewerkschaftsfragen.[27] Am 23. Mai nahm Ernst Thälmann an einer Sitzung des Reichskomitees zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition teil. Er erläuterte die Aufgaben der Opposition bei der Vorbereitung auf den V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Ernst Thälmann ging davon aus, daß der Kongreß beraten müsse, wie eine internationale Arbeiteroffensive gegen die internationale Offensive der Ausbeuter zu führen sei. Darauf, so erklärte er, müsse sich die revolutionäre Gewerkschaftsopposition orientieren: »Fünf Millionen Arbeiter sind in den freien Gewerkschaften organisiert und nicht weniger als 1 1/2 Millionen in den übrigen. Millionen organisierter Arbeiter können und müssen unter die Fahnen des revolutionären Klassenkampfes gebracht werden. Sie müssen zusammen mit ihren unorganisierten Klassenbrüdern zum Kampf vereinigt werden. Jedes aktive Mitglied der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß sich prüfen, ob es alles getan hat, um in seiner Gewerkschaft, in seiner Branche die organisierten Kollegen von der Richtigkeit unserer Linie, von der Richtigkeit unserer Forderungen zu überzeugen.«[28] Vor allem solle die Opposition dazu aufrufen, die Tariflöhne zu verteidigen und Massenentlassungen abzuwehren. Bei der Vorbereitung der freigewerkschaftlichen Verbandstage müsse sie fordern, daß die Gewerkschaften endlich entschlossen für die Interessen der Arbeiter kämpfen, das heißt ihre ursprüngliche Aufgabe wieder wahrnehmen.

Ernst Thälmann lehnte es also nach wie vor ab, in Deutschland selbständige revolutionäre Gewerkschaften zu schaffen. Den wirklichen Einfluß der Opposition einerseits, die Bindung der Masse der Gewerkschafter an ihre alten, reformistisch geführten Verbände andererseits beurteilte er sehr nüchtern: »Hätte es Sinn, Genossen, im gegenwärtigen Augenblick Gewerkschaften mit Offizieren und wenig Mannschaften zu gründen?« Die Erfahrungen des Klassenkampfes bestätigten täglich aufs neue, daß es die wichtigste Aufgabe sei, die Arbeit in den Betrieben zu verstärken und die Millionen organisierter Arbeiter mit den Unorganisierten »so geschlossen in den Kampf [zu] bringen, daß das Unternehmertum zu einer Tarifpolitik gezwungen wird, die die Forderungen der Arbeiter respektiert«.[29]

Zu Beginn des Sommers 1930 forcierte die Reaktion ihre Angriffe. Es drohten eine Verschlechterung der Steuergesetze und ein weiterer Abbau der Arbeitslosenversicherung. Die Monopolherren und die von ihnen beherrschten Unternehmerverbände verlangten drastische Lohnsenkungen. Am 1. Juni brach bei der Mansfeld AG zur Abwehr dieser Angriffe der Unternehmer ein großer Streik aus, der wochenlang dauerte, aber schließlich infolge des Zurückweichens der rechten Gewerkschaftsführer erfolglos beendet werden mußte. Es häuften sich die Überfälle faschistischer Terrorgruppen auf Arbeiter. Die Demagogie der Nazis zeitigte unter den kleinbürgerlichen Wählermassen immer größere Erfolge. Die NSDAP hatte sich bereits zu einer großen faschistischen Bewegung entwickelt. Der chauvinistische Rummel anläßlich der Räumung des Rheinlandes von ausländischen Besatzungstruppen am 30. Juni 1930 war ein Beweis dafür, welch erstrangige Bedeutung die Reaktion, die Nazis allen voran, dem Nationalismus als ideologischem Wall gegen den Über-

25 Ernst Thälmann: Über Selbstkritik und Massenarbeit. In: Die Rote Fahne, 27. Mai 1930.
26 Ernst Thälmann: Die Aufgaben der Opposition. Rede in der Sitzung des Reichskomitees der RGO. In: Ebenda.
27 Vgl. IML, ZPA, 3/1/735.
28 Ernst Thälmann: Die Aufgaben der Opposition. In: Die Rote Fahne, 27. Mai 1930.
29 Ernst Thälmann: Über Selbstkritik und Massenarbeit. In: Ebenda.

gang der Massen ins Lager der Revolution und als Hauptinstrument zur ideologischen Kriegsvorbereitung beimaßen.

Am 4. Juni beschloß das Politbüro des ZK der KPD die »Resolution über den Kampf gegen den Faschismus«. Darin wurden ausführlich die Ursachen des raschen Wachstums der faschistischen Kräfte, die sich daraus ergebenden Gefahren und die Schlußfolgerungen, die die Partei daraus zog, dargelegt. Die Resolution bezeichnete den Kampf gegen die faschistische Gefahr als »unmittelbaren Bestandteil der breiten proletarischen Gegenoffensive gegen den Unternehmerangriff«. Unmißverständlich wurde unterstrichen: »Der Kampf gegen den Faschismus muß als politischer Massenkampf auf breitester Grundlage geführt werden.« Das Politbüro kritisierte die von Heinz Neumann propagierte sektiererische Losung »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!«, die praktisch darauf orientierte, sich mit Brachialgewalt mit den einzelnen Angehörigen der faschistischen Organisationen auseinanderzusetzen, statt den Kampf darum zu führen, den Faschisten ihre werktätigen Anhänger zu entreißen. Das Politbüro hob hervor, daß der Kampf gegen die faschistische Gefahr Sache der ganzen Arbeiterklasse sein müsse, und erklärte, die KPD mache »die Herstellung der proletarischen Einheitsfront von unten, die Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten zur Grundlage ihres Kampfes gegen den Faschismus«.[30]

Diese Einheitsfront herzustellen war nur möglich durch die Stärkung und das geschlossene Auftreten der verschiedenen proletarischen Massenorganisationen gegen die faschistische Gefahr. Aber gerade das war gefährdet, denn überall, wo Reformisten die Führung der Verbände innehatten, betrieben sie deren Spaltung. So auch im Arbeiter-Turn-und-Sport-Bund, dessen reformistische Führung die Arbeitersportler vom antiimperialistischen Kampf abhalten und auf eine antikommunistische Linie festlegen wollte. Sie schloß zahlreiche Sportler, ja ganze Verbände, die dagegen aufbegehrten, aus. Unter diesen Umständen sahen sich die revolutionären Arbeitersportler gezwungen, sich ihrerseits zusammenzuschließen. Im Frühjahr 1930 bereiteten sie ihr erstes Reichstreffen vor, das zu Pfingsten in Erfurt stattfinden sollte. Ernst Thälmann schrieb für »Die Rote Fahne« einen Artikel, der am 29. Mai unter dem Titel »Rüstet für Erfurt« veröffentlicht wurde, und fuhr selbst nach Erfurt, um an dem Treffen teilzunehmen. Der ehemalige Transportarbeiter wußte sehr gut, daß der proletarische Klassenkämpfer körperliche Ausbildung, sportliche

30 Ebenda, 15. Juni 1930.

Stählung braucht, um seine physische Widerstandsfähigkeit zu steigern. Seine Anwesenheit erschien ihm um so notwendiger, als das Treffen in nächster Nachbarschaft Thüringens stattfand – Erfurt gehörte damals zu Preußen –, wo zum ersten Mal in Deutschland ein Nazi als Minister amtierte. Das Sportlertreffen sollte sich zu einer bewußten Kampfansage gegen den Faschismus gestalten.

Ernst Thälmann traf bereits am Pfingstsonnabend, am 7. Juni, in Erfurt ein. Er nutzte die Zeit, um mit Hermann Grosse, dem Berichterstatter der »Roten Fahne«, auf dessen Motorrad aus der Stadt hinauszufahren in Richtung Gotha, nach Thüringen hinein. Auf den Straßen begegneten ihnen Kolonnen von Sportlern, die auf Lastwagen, Motor- oder Fahrrädern oder auch zu Fuß nach Erfurt zogen.[31]

Am Pfingstsonntag marschierten auf dem Domplatz die Arbeitersportler auf, die meisten im bunten Sportdreß. Die Rednertribüne befand sich vor dem Dom, auf dessen hoher Treppe die Zuschauer dicht gedrängt standen. Eindringlich warnte Ernst Thälmann in seiner Begrüßungsrede vor den Gefahren, die der deutschen Arbeiterklasse vom Faschismus drohten. »Nicht weit von hier, in Thüringen«, mahnte er, »diktiert die faschistische Regierung frech und brutal ihre Anschläge gegen die Werktätigen. Unter Berufung auf die Weimarer Verfassung und das Republikschutzgesetz verbietet die Faschistenregierung kommunistische und sozialdemokratische Zeitungen..., öffentliche Kundgebungen und Sportdemonstrationen.«[32] Er rief dazu auf, angesichts dieser Gefahren um so unerbittlicher gegen die Spaltung der Arbeitersportbewegung durch die rechten Führer und gegen den Mißbrauch des Sports durch die Reaktion zu kämpfen.

Am Montag traf sich Ernst Thälmann mit einigen anderen Genossen zu einem Abstecher in den Thüringer Wald. Thälmann fuhr wieder mit Hermann Grosse auf dem Motorrad. »Es war ein sonniger warmer Junitag... Wir fuhren los. Ernst Thälmann drückte auf das Tempo. Jetzt gab es für uns nur ein Ziel, schneller als die anderen auf der Schmücke zu sein. Es ging am Steigerwald vorbei, hinein in das schöne Thüringer Bergland.«[33]

31 Vgl. Hermann Grosse: Als Berichterstatter der »Roten Fahne«... In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 181/182.

32 Die Rote Fahne, 11. Juni 1930.

33 Hermann Grosse: Als Berichterstatter der »Roten Fahne«... In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 184.

Ernst Thälmann liebte es, nach anstrengenden Arbeitstagen mit seinen Genossen Stunden der Besinnung und der Erholung in der Natur zu verbringen. Ein paar Wochen vor dieser Fahrt in den Thüringer Wald war er nach dem Bezirksparteitag im Ruhrgebiet mit Wilhelm Florin, Anton Saefkow und Alexander Abusch, dem Chefredakteur des »Ruhr-Echos«, nach Koblenz und von dort mit einem Dampfer den Rhein hinauf bis zum Binger Loch gefahren, wo die vier zu einem Glas Wein in einem Schifferlokal einkehrten.[34] In solchen Stunden konnte er fröhlich und ausgelassen sein und zog in seinem Hamburger Platt, in das er gern verfiel, die Genossen auf. »Auch in diesem persönlichen Umgang«, erinnert sich Max Reimann an eine Skatrunde in einer kleinen Bauernwirtschaft in der Nähe von Duisburg, an der Ernst Thälmann, Max Opitz, Fritz Selbmann und Jan Breuer zweieinhalb Jahre später teilnahmen, »konnte man unseren Ernst als einen prächtigen Menschen kennenlernen. Welch einen ausgelassenen Humor entwickelte er!«[35]

Schon im Sommer 1930 blieb freilich für solche Erholungspausen kaum Zeit. Unter Führung revolutionärer Gewerkschafter setzten die Arbeiter der Mansfeld AG ihren großen Streik bis Ende Juli fort. Die Bezirksleitung Halle–Merseburg der KPD ließ, unterstützt und beraten vom Zentralkomitee, mit ihren Funktionären, vor allem dem Politischen Sekretär Wilhelm Koenen, dem Landtagsabgeordneten Otto Schlag sowie Willi Dolgner, der für die Gewerkschaftsarbeit verantwortlich war, dem Mansfelder Kampf unmittelbare Hilfe angedeihen.[36] Reformistische und christliche Gewerkschaftsführer vereinbarten mit der Konzernleitung einen Lohnabbau, der etwas geringer war als der, den die Unternehmer zunächst hatten durchsetzen wollen. Ein Teil der Belegschaft nahm danach die Arbeit wieder auf, und der Streik mußte abgebrochen werden. Dennoch war dieser Kampf ein moralischer und politischer Erfolg der Arbeiter. Er bewies, daß man in der Krise streiken kann und daß die Arbeitslosen nicht Streikbrecherdienste leisten. In einigen Orten und auf Rittergütern war es sogar zu Solidaritätsstreiks gekommen. An der umfangreichen Solidaritätsaktion für die Familien der Streikenden, die von der Internationalen Arbeiterhilfe organisiert worden war, hatten sich auch werktätige Bauern

34 Vgl. Alexander Abusch: Er hat die Genossen meiner Generation erzogen. In: Ebenda, S. 82.

35 Max Reimann: Oft weilte er bei den Ruhrarbeitern. In: Ebenda, S. 308.

36 Vgl. Werner Imig: Der Streik der Mansfelder Arbeiter im Jahr 1930 (Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, H. 19), Berlin 1957, S. 31.

und Kleingewerbetreibende beteiligt. Viele Arbeiter überzeugten sich davon, daß die Kommunisten energisch ihre Interessen vertraten. Die KPD gewann an Einfluß und verdoppelte zum Beispiel in Eisleben die Zahl ihrer Mitglieder. In der ersten Julihälfte fand im Bereich der Gruppe Nordwest (Rheinland-Westfalen) des Metallindustriellenverbandes ebenfalls ein Streik statt. An dem zweiwöchigen Ausstand nahmen etwa 50 000 Metallarbeiter teil.

Am 16. und 17. Juli tagte das Zentralkomitee der KPD. Ernst Thälmann sprach zum Thema »Die Krise des Kapitalismus in Deutschland, die Erfahrungen und die neuen Methoden unserer revolutionären Massenarbeit«. Sein Referat fußte unter anderem auf den Erfahrungen des eben zu Ende gegangenen Nordweststreiks und des noch anhaltenden Streiks im Mansfelder Gebiet. Er analysierte unter direktem Bezug auf die Referate J. W. Stalins und W. M. Molotows auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B) die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise und des Faschisierungsprozesses. Thälmann schätzte ein, die Bourgeoisie gehe »zu neuen, reaktionäreren Kampfmethoden über, zu den Methoden der Faschisierung des Staatsapparates«. Den Inhalt des Faschisierungsprozesses bestimmte er folgendermaßen: »Überall zeigt sich diese Faschisierung, nicht nur in dem blutigen Terror der Hitlerbanden, sondern ebenso im Programm der Industriellen, in den politischen Methoden zur Durchsetzung der Lohnabbauoffensive, in den klassenfriedlichen Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen, in der Reinigung der Rüstungsbetriebe von revolutionären Arbeitern, in der Frage des Ost[hilfe]programms, in der Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Abgeordneten, ganz zu schweigen vom Verbot des RFB und der Antifa[37], von der Annahme des Republikschutzgesetzes usw.«[38]

Das war ein wichtiger Hinweis darauf, daß der Faschismus keineswegs nur von der faschistischen Massenbewegung getragen wurde. Ernst Thälmann polemisierte damit gegen die rechtssozialdemokratische und bürgerlich-demokratische Interpretation des Faschismus als einer Bewegung radikalisierter, wild gewordener Kleinbürger, eine Auffassung, die das Klassenwesen des Faschismus negierte, nicht wahrhaben wollte, daß die Ursache des Faschismus in der Herrschaft und Politik des

37 Eine der von Kommunisten ins Leben gerufenen Schutzorganisationen der Arbeiter gegen den Naziterror.

38 Ernst Thälmann: Über die Krise des Kapitalismus in Deutschland. Referat auf dem Plenum des ZK. In: Die Rote Fahne, 29. Juli 1930. – IML, ZPA, I 2/1/77.

Monopolkapitals lag. Der Lärm und der Terror der Nazis – die Ernst Thälmann als die wildeste Spielart des deutschen Faschismus, »das gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals«[39] bezeichnete – seien, wie er betonte, nur eine Seite dieser Gefahr. Darüber dürfe die allmähliche Faschisierung, die mit Hilfe des Staatsapparates betrieben werde, nicht übersehen werden.

Sorgfältig untersuchte Ernst Thälmann in seinem Referat vor dem Zentralkomitee die Erfahrungen in der Massenarbeit der Partei. Zwischen den Erfordernissen, die sich aus dem Angriff des Monopolkapitals und seiner faschistischen Stoßtrupps ergaben, und der Kampffähigkeit der Partei, die noch ungenügend entwickelt sei, bestehe noch eine deutliche Diskrepanz. Insbesondere kritisierte Thälmann, daß der ideologische Kampf gegen die Nazis zu schwach geführt werde. Ohne ideologischen Kampf aber, wies er nach, könne dem Faschismus der Weg nicht verlegt, könne die Wirkung seiner Demagogie auf die Massen nicht gebrochen werden. Die spezifische Rolle faschistischer Bewegungen wie etwa der Nazis bestand ja gerade darin, mit ihrer Demagogie vor allem kleinbürgerliche Schichten, möglichst aber auch Teile der Arbeiterklasse dem Monopolkapital unterzuordnen und zur Massenbasis für den Terror gegen die demokratischen Kräfte und für die Kriegsvorbereitung zu machen. Es galt, den Faschismus dort zu treffen, wo seine eigentliche Funktion in Frage gestellt werden konnte und wo er am verwundbarsten war.

Ernst Thälmann warnte nachdrücklich davor, den sehr klassenkampferfahrenen und äußerst reaktionären deutschen Imperialismus zu unterschätzen. Er erkannte, daß der Faschismus bereits im schnellen Vormarsch begriffen war. Bei den Landtagswahlen in Sachsen am 22. Juni 1930 hatten die Nazis im Vergleich zum Vorjahr rund 240 000 Stimmen gewonnen, die KPD hingegen – bei einem Rückgang der für die SPD abgegebenen Stimmen um etwa 54 000 – nur 11 000. Thälmann wußte, daß die Beantwortung der Frage, ob die revolutionären Kräfte oder die faschistischen Kräfte den Kampf gewinnen würden, »in entscheidendem Maße von der... revolutionären Kampfkraft der Partei« abhing. Daher forderte er: »Wir müssen die gesamte Arbeit der Partei einer gründlichen selbstkritischen Überprüfung unterziehen.«[40]

39 Ernst Thälmann: [Aus der Rede in Hamburg am 8. August 1930]. In: Geschichte und Politik, S. 149.

40 Ernst Thälmann: Über die Krise des Kapitalismus in Deutschland. Referat auf dem Plenum des ZK. In: Die Rote Fahne, 29. Juli 1930.

Wie berechtigt und notwendig Ernst Thälmanns Forderung war, der Faschisierungspolitik wirkungsvoller entgegenzutreten, zeigte sich alsbald. Am 16. Juli, dem gleichen Tag, an dem Thälmann vor dem Zentralkomitee referierte, ließ die Brüning-Regierung durch eine Verordnung des Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung die Einkommensteuer erhöhen, eine Kopfsteuer und eine Ledigensteuer einführen und zusätzliche Abgaben vom Gehalt der Beamten und Staatsangestellten erheben. Als zwei Tage darauf der Reichstag von seinem in der Verfassung verbrieften Recht Gebrauch machte, die Notverordnung aufzuheben, wurde er vom Reichspräsidenten aufgelöst.

Am 26. Juli wurden die Maßnahmen der vom Reichstag aufgehobenen Notverordnung wiederum unter Berufung auf Artikel 48 erneut in Kraft gesetzt, ferner wurde eine Biersteuer eingeführt, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden erhöht und ihre Leistungen weitgehend eingeschränkt. Außerdem stellte die neue Notverordnung 150 Millionen RM aus dem Steueraufkommen der Werktätigen für die sogenannte Osthilfe bereit, das heißt als Geschenk für ostelbische Rittergutsbesitzer, die wegen ihrer Mißwirtschaft, ihres verschwenderischen Lebensstils oder ihrer Bodenspekulationen verschuldet waren.[41] Der Vorgang offenbarte deutlich, daß Deutschland schon nicht mehr wie ein »normaler« bürgerlich-parlamentarischer Staat regiert wurde.

Die KPD kennzeichnete in einer Erklärung den Vorgang, daß der Reichstag aufgelöst wurde, um eine Notverordnung durchzusetzen, als offenkundigen Bruch der Verfassung und als einen Schritt auf dem Wege zur faschistischen Diktatur. Sie rief dazu auf, die Anschläge der Brüning-Regierung auf die Rechte der Arbeiterklasse, der Bauern und des Mittelstandes abzuwehren und bei den bevorstehenden Wahlen die Nazis mit aller Kraft zu bekämpfen.[42]

41 Vgl. Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände. Vom 26. Juli 1930. In: Reichsgesetzblatt (Berlin), 1930, Teil I, Nr. 31, S. 311–331.

42 Vgl. Die KPD zur Reichstagsauflösung. Manifest des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Die Rote Fahne, 19. Juli 1930.

4

Für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes

Ernst Thälmann hatte nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es nicht nur darauf ankomme, eine richtige Politik gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus auszuarbeiten und in die Praxis umzusetzen, sondern auch darauf, sie den Massen verständlich zu machen. Mitte Juli 1930 hob er auf der Tagung des Zentralkomitees eben diesen Gedanken hervor: »Wir müssen in den Massen das Bewußtsein dafür stärken und ausbreiten, welche Rolle unsere Partei spielt, als die einzige Kraft, die einen Ausweg aus dem Massenelend und der Sklaverei Young-Deutschlands zeigen kann, als die einzige antifaschistische Partei, als die einzige antikapitalistische Partei, als die einzige Partei, die die große Einheitsfront der Werktätigen gegen die Kapitaloffensive und ihre Lakaien schließen kann.«[1]

Es war für die KPD eine wertvolle Hilfe, daß sie auch mit erfahrenen Funktionären der Bruderparteien und der Kommunistischen Internationale beraten konnte, wie ihre revolutionäre Alternative den Werktätigen im Kampf gegen die Irreführung breiter Massen durch die Nazis am überzeugendsten darzustellen und mit welchen Argumenten die faschistische Demagogie am schlagendsten zu widerlegen war. Ende Januar 1930 hatten Fritz Heckert, der damals ständiger Vertreter der KPD beim EKKI war, und Paul Merker darüber im Mitteleuropäischen Ländersekretariat der Komintern gesprochen. Der Niederschrift über die Ergebnisse dieser Beratung zufolge wurde erwogen, ob die KPD nicht als Ausgangspunkt einer »großanzulegenden Agitation ... ein Manifest des ZK an die Arbeiter und alle Werktätigen Deutschlands« herausgeben solle, um die grundlegenden Ziele und Forderungen der Partei »in umfassender Weise vor den Millionen« zu erläutern.[2] Die wichtigsten sozialen Forderungen, für die die Partei eintrat und die als Programm der Arbeitermacht, für die sie kämpfte, popularisiert werden sollten, waren in zehn Punkten

1 Ernst Thälmann: Über die Krise des Kapitalismus in Deutschland. Referat auf dem Plenum des ZK. In: Die Rote Fahne, 29. Juli 1930.
2 IML, ZPA, I 6/3/203.

in einfachen Worten zusammengefaßt worden. Im Sommer dieses Jahres legte das Politsekretariat des EKKI in einem Brief an das Zentralkomitee der KPD Gedanken »Zur Frage des Kampfes gegen den Nationalfaschismus in Deutschland« dar.[3]

Die Erfahrungen der letzten Monate hatten die Notwendigkeit unterstrichen, mit einer populären Darstellung der Ansichten und Ziele der Kommunistischen Partei vor die Öffentlichkeit zu treten und darin »den Nationalfaschisten die Maske der Kämpfer um nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung des deutschen Volkes vom Gesicht zu reißen«[4]. Insbesondere hatte es sich gezeigt, daß die Hitlerfaschisten die nationalistische Hetze und ihre antikapitalistische Demagogie als äußerst gefährliche und sehr wirksame ideologische Waffen handhabten. Ernst Thälmann sprach auf der Beratung des Zentralkomitees Mitte Juli in seinem Schlußwort davon, daß der Kampf gegen den Young-Plan und die nationalistische Demagogie der Nazis noch längst nicht offensiv genug geführt werde. Die KPD betone noch viel zu wenig, »daß die deutschen werktätigen Massen nicht nur Sklaven des deutschen Kapitalismus, sondern [auch] des internationalen Kapitalismus sind«. Jedes Zurückhalten dieser Wahrheit erleichtere aber den Nazis ihren Betrug. Darum habe die Parteiführung entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Als erste nannte er: »Wir glauben, daß es notwendig ist, ein besonderes Flugblatt in Form eines Manifestes herauszugeben.«[5] In dem bevorstehenden Wahlkampf zur Neuwahl des Reichstags erhielt eine programmatische Erklärung der KPD, in der ihre prinzipielle Stellung zu grundlegenden sozialen und nationalen Fragen allgemeinverständlich erläutert wurde und die sich wirkungsvoll mit den Lügen der Nazis, mit deren sozialer und nationaler Demagogie auseinandersetzte, besonderes Gewicht.

In den Tagen um den 1. August, dem Internationalen Antikriegstag, zog sich die Auseinandersetzung mit den nationalistischen Lügen der Faschisten wie ein roter Faden durch alle Veranstaltungen. In Emden, Schneidemühl, Sebnitz, Sonderburg, Stolberg bei Aachen und anderen Orten fanden Grenztreffen gegen Chauvinismus und Kriegshetze statt, an denen Werktätige aus insgesamt zehn Ländern teilnahmen. Von der KPD aufgerufen, beteiligten sich viele Hunderttausende im ganzen Lande

3 Vgl. ebenda, I 6/3/216.
4 Ebenda. – Darin sah das Politsekretariat des EKKI die Hauptaufgabe im Kampf gegen die Nazis.
5 Ebenda, I 2/1/77.

an den Kundgebungen gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges. Oft von Polizei überfallen, zogen sie in Berlin zum Winterfeldplatz, in Hamburg zur Moorweide, in Leipzig zum Lindenauer Markt. Beeindruckende Aufmärsche erlebten auch Breslau, Düsseldorf, Köln und viele weitere Orte, darunter solche Zentren der Kriegsproduktion wie Höchst. Als neue Form der Mobilisierung der Werktätigen gegen die Kriegsgefahr fanden – unter anderem in Berlin und in Singen – Konferenzen von Delegierten aus Rüstungsbetrieben statt.[6]

Den Wahlkampf der KPD eröffnete Ernst Thälmann am 8. August in Hamburg im Lokal Sagebiel. »Lange vor Beginn war der riesige Saal überfüllt«, schrieb der Berichterstatter der »Roten Fahne«. »Auch die Zuhilfenahme des angrenzenden großen Saales verminderte die Flut der Einlaß Begehrenden nur wenig, so daß Tausende und aber Tausende wieder umkehren mußten. Eine solche Wahlversammlung hat die Hamburger Arbeiterschaft noch nicht erlebt.«[7] Die Begeisterung, mit der Ernst Thälmanns für eine Massenkundgebung außergewöhnlich lange Rede aufgenommen wurde, ließ die Kampfbereitschaft der Arbeiter spüren und zeugte davon, daß breite Schichten hören wollten, was die KPD ihnen zu sagen hatte.

In seinen Ausführungen nahm Ernst Thälmann Bezug auf die großen Traditionen der revolutionären Arbeiterklasse seiner Heimatstadt. Er erinnerte an den Hafenarbeiterstreik von 1896, den dreizehnwöchigen Werftarbeiterstreik von 1911, die Wahlrechtsdemonstrationen jener Jahre vor dem Rathaus, die revolutionären Kämpfe von 1918. Er erinnerte daran, daß August Bebel einst von den Hamburger Arbeitern in den Reichstag gewählt worden war, an den »alten mutigen Kämpfer« Wilhelm Liebknecht.[8]

Thälmann analysierte die Erfahrungen der zwölf Nachkriegsjahre, die die Unfähigkeit der Bourgeoisie bewiesen hatten, irgendeine der Lebensfragen des deutschen Volkes zu lösen. Er klagte die rechten sozialdemokratischen Führer an, die Interessen der Werktätigen zu mißachten. Auch nach der Entfernung der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung zeichneten Sozialdemokraten als Minister in den Landesregierungen von Preußen, Baden, Hamburg und anderen Ländern

6 Vgl. Erika Kücklich/Hans Joachim Krusch: Die Antikriegstage der Jahre 1929 bis 1932 ... In: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd. 2, S. 735.
7 Die Rote Fahne, 9. August 1930.
8 Vgl. Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, S. 138.

für die Durchführung der Hindenburg-Brüningschen Notverordnung verantwortlich. Nicht diese rechten sozialdemokratischen Führer, betonte Ernst Thälmann, sind die Erben der alten, revolutionären Sozialdemokratie, sondern die Kommunisten, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Massenelend und Faschismus kämpfen.

Schonungslos entlarvte Ernst Thälmann die Nazipartei als den skrupellosesten und schmutzigsten Gehilfen des Monopolkapitals. Er zeigte, wie die Naziführer die Werktätigen betrogen, wenn sie ihnen jede beliebige Verbesserung ihrer Lage versprachen. Denn zugleich bewiesen sie den Monopolherren ihre Zuverlässigkeit, indem sie ihre Terrorbanden gegen die Arbeiter hetzten und als Schutztruppe des Kapitals einsetzten und indem sie die Lüge von einer »Volksgemeinschaft« zwischen Arbeitern und Unternehmern verkündeten.

»Die Reichen sollen zahlen!«[9] – in diese Losung faßte Ernst Thälmann die Alternative der KPD zur Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie, die den Massen alle Lasten der Profitwirtschaft und der Krise aufbürdete. Der Zerrüttung und dem Elend, das der Kapitalismus hervorgebracht hatte, der finsteren Perspektive, die offen im Programm des Notverordnungskanzlers und verhüllt im Programm der nazistischen Betrüger dem Volke geboten wurde, stellte Ernst Thälmann die sozialistische Perspektive der Kommunisten entgegen.

Diese Perspektive war auf einem Sechstel der Erde schon gesellschaftliche Realität. Noch voll frischer Eindrücke von seinem letzten Besuch in der Sowjetunion, schilderte Thälmann den Teilnehmern der Kundgebung die Praxis des sozialistischen Aufbaus, den Elan, mit dem der Fünfjahrplan erfüllt wurde, die schrittweise Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Massen und vor allem die soziale Gerechtigkeit im Sowjetland. Er zeigte damit, was auch in Deutschland möglich würde, sobald hier ebenfalls die Arbeiter und die anderen Werktätigen und nicht mehr die Kapitalisten die Macht besitzen würden.

Zwei Wochen später, noch rechtzeitig, um sie im Wahlkampf voll wirksam werden zu lassen, übergab die Parteiführung der KPD ihre programmatische Erklärung der Öffentlichkeit. Am 24. August 1930 teilte »Die Rote Fahne« mit: »Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes.« In den einleitenden Worten der Redaktion hieß es:

9 HVZ, 14. August 1930.

»Wir versprechen nichts, was wir nicht unbedingt halten werden. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Jungprolet, jeder Angestellte, jeder notleidende Mittelständler in den Städten, jeder werktätige Bauer auf dem Land, jeder ehrlich schaffende Mensch in Deutschland soll sich mit voller Klarheit von unserem Ziel überzeugen.«[10]

Mit der Programmerklärung wurde praktiziert, was Thälmann immer gefordert hatte. Präzise und für jeden Werktätigen verständlich wurde hier gesagt, was die Partei in Deutschland ändern wollte: Die kapitalistischen Unternehmer und Großgrundbesitzer sollten entschädigungslos enteignet, Banken und Großhandel nationalisiert, der Boden den werktätigen Bauern übergeben, ein Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion geschlossen werden. Die KPD verlangte die Beseitigung der Wohnungsnot, soziale Sicherheit für alle Werktätigen, die Gleichberechtigung der Frauen und der Jugend, insbesondere gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Durch diese und andere Maßnahmen konnte das werktätige Volk aus dem Elend und der Ungerechtigkeit des Kapitalismus herausgeführt werden.

In ihrer Erklärung setzte sich die KPD mit dem reaktionären Programm des Finanzkapitals und vor allem mit der landesverräterischen und volksfeindlichen Politik des Nazifaschismus auseinander. Es wurde nachgewiesen, daß die Politik der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in krassem Gegensatz zu deren plakativer Bezeichnung stand: Die NSDAP diente nicht den nationalen Interessen des deutschen Volkes, sondern den räuberischen, nationalistischen Zielen des deutschen Imperialismus; sie hatte durchaus keine sozialistischen Absichten, sondern sollte im Gegenteil den Weg zum Sozialismus verlegen und den Krieg gegen den ersten sozialistischen Staat vorbereiten; sie war keine Partei der Arbeiter, sondern die extremste politische Agentur des Monopolkapitals. Die faschistische Bewegung, so wurde in der Programmerklärung der KPD bewiesen, repräsentierte die Profitgier und die Aggressionslust der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals. Der Kampf gegen den Faschismus, vor allem gegen die Nazipartei als diejenige faschistische Kraft, die offensichtlich am besten das Bedürfnis des raubgierigen deutschen Imperialismus nach einer Massenbasis für seine Politik befriedigte, müsse deshalb, betonte die KPD, nicht gegen die faschistischen Stoßtrupps allein, sondern zugleich gegen die Hintermänner der Nazis, gegen Finanzkapital und Großgrundbesitzer, geführt werden. Man dürfe keinesfalls die Nazipartei wegen der primitiven Phrasen ihrer großmäuligen und an-

10 Die Rote Fahne, 24. August 1930.

rüchigen Führer leichtnehmen, wozu viele bürgerliche Demokraten und Sozialdemokraten neigten, sondern müsse bedenken, welche Klassenkraft sie repräsentiere.

Ein energischer Angriff wurde mit diesem programmatischen Dokument gegen den bürgerlichen Nationalismus geführt, diesen Hauptbestandteil der Ideologie des deutschen Imperialismus und Faschismus. Die Nazis spekulierten erfolgreich auf die nationalen Gefühle breiter Volksmassen, wenn sie behaupteten, alles Übel komme vom Versailler Raubfrieden, Deutschland müsse ein »Großdeutschland« werden, die Deutschen seien zur Weltherrschaft berufene »Herrenmenschen«, und mit diesen und anderen Phrasen geschickt auf die Mentalität des Kleinbürgers zielten. Deshalb wurde in der Programmerklärung die Verlogenheit derartiger Behauptungen nachgewiesen und der widersinnigen Anmaßung der Nazis, Sachwalter nationaler Belange zu sein, die Tatsache entgegengehalten, daß die Interessen des deutschen Volkes in Wahrheit von den Kommunisten verfochten wurden. Es wurde die prinzipielle Haltung zur nationalen Frage dargelegt, die die KPD seit ihrer Gründung vertreten hatte, und gezeigt, daß nur von der Position des proletarischen Internationalismus und des Patriotismus der Arbeiterklasse her, auf der die Kommunistische Partei stand, eine Politik betrieben werden konnte, die den nationalen Interessen des Volkes wirklich entsprach.

Die KPD berücksichtigte in ihrer Haltung zur nationalen Frage die Besonderheiten, die in Deutschland in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre gegeben waren, als auf dem werktätigen deutschen Volk der Druck nicht nur der deutschen Monopolbourgeoisie, sondern des Weltimperialismus lastete, als es entgegen seinen Interessen in eine antisowjetische Front eingegliedert wurde, als die Aktionsfreiheit der deutschen Arbeiterklasse nicht nur durch den deutschen Imperialismus, sondern zusätzlich durch den Weltimperialismus eingeschränkt war. Das war ein wichtiger Aspekt des Klassenkampfes in Deutschland, wenngleich ein der Machtfrage untergeordneter.

In der Programmerklärung wurde die dialektische Beziehung zwischen beiden Fragen behandelt und gezeigt, daß nur durch den Kampf um die Lösung der sozialen Frage auch die nationale Frage entschieden werden konnte. Unter Führung der Arbeiterklasse mußte also der Kampf gegen den *deutschen* Imperialismus (und gegen den ausländischen, aber nicht gegen diesen allein oder zuerst) im Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse der anderen Länder geführt werden. »... immer stellen wir die

Fragen in dem Sinne, wie Marx und Engels es uns lehrten: daß nur dann die nationale Befreiung zur Wirklichkeit werden kann, wenn die kapitalistische Ausbeutermacht beseitigt wird, d. h. wenn die soziale Frage durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft gelöst wird«[11], erklärte Ernst Thälmann. Die Lösung der nationalen Fragen, wie sie damals in Europa bestanden, konnte nur das gemeinsame Werk der internationalen Arbeiterklasse im Kampf gegen den internationalen Imperialismus sein.

Den nationalen Beteuerungen der Nazis wurde in der Programmerklärung der KPD entgegengehalten, daß die Naziführer sich in Wirklichkeit bereit erklärt hatten, die räuberischen Ansprüche des ausländischen Finanzkapitals anzuerkennen, und daß sie im Reichstag und in den Länderparlamenten bereits mithalfen, alle Lasten aus dem Vertrag von Versailles und dem Young-Plan auf die Werktätigen abzuwälzen, und sich jeder echten Gegenaktion in den Weg stellten. Die KPD hingegen, so wurde dargelegt, hatte von Anfang an gegen die doppelte Ausbeutung der Werktätigen Deutschlands, gegen den Versailler Raubfrieden und seine Folgen, gegen die Abwälzung aller Reparationslasten auf die Massen gekämpft. Mit diesen Feststellungen trat die KPD zugleich mit aller Schärfe dem Mißbrauch solcher Begriffe wie Nation, Vaterland, Patriotismus entgegen.

Die Parteiführung war entschieden gegen alle Tendenzen, die es auch unter klassenbewußten Arbeitern gab, nationale Interessen und nationale Gefühle der Massen zu unterschätzen und in der ideologischen Arbeit zu vernachlässigen. Die Entwicklung eines positiven nationalen Programms, das konsequent von den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus und der Freundschaft zur Sowjetunion ausging, lag ganz im Sinne der Forderung Thälmanns, die ideologische Auseinandersetzung mit dem Faschismus, besonders mit seiner nationalen Demagogie, energisch zu verstärken. Die Ausführungen zu den nationalen Problemen in der Programmerklärung trugen dazu bei, die Leninsche Lehre von der nationalen Frage in der Partei und in weiten Reihen der Arbeiterklasse zu verbreiten.

In der Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes wurde die Generallinie des Kampfes gegen die faschistische Gefahr, für einen proletarischen, sozialistischen Weg aus der Krise entwickelt. Die KPD rief dazu auf, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und alle antifaschistischen und anti-

11 Ernst Thälmann: Arbeitende Jugend im Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg (Rede auf der Plenartagung des KJVD), o. O. [1932], S. 12.

imperialistischen Kräfte zusammenzufassen. Sie forderte »alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden«[12] auf, sich um die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zusammenzuschließen.

Ernst Thälmann erläuterte die Programmerklärung unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung auf Großkundgebungen in der Stuttgarter Liederhalle am 25. und im Mannheimer Nibelungensaal am 26. August. Er trat ferner im großen Saal des Zoologischen Gartens von Frankfurt (Main) und im Breslauer Lunapark vor die Wähler; er sprach in Neumünster und Heide, in der Messehalle von Kiel und in der Ausstellungs-Halle Moltkestraße in Altona; ihn hörten Tausende und aber Tausende Wähler im Leipziger Felsenkeller, im Hallenser Volkspark und in der Erfurter Harmonie sowie im dortigen Kaisersaal, in den Essener Ausstellungshallen und in der Stadthalle von Wuppertal-Barmen. Oft empfingen ihn Tausende revolutionärer Arbeiter schon auf den Bahnhöfen und geleiteten ihn in kämpferischen Demonstrationszügen zum Ort der Kundgebung, wie es zum Beispiel aus Mannheim berichtet wird. Regelmäßig waren die Säle überfüllt, fast immer mußten Thälmanns Begleiter auf spontan veranstalteten Parallelkundgebungen sprechen, bis sich, nach Beendigung seiner Rede im Saal, Ernst Thälmann auch jenen Wählern vorstellte, die keinen Einlaß mehr gefunden hatten, wie schon bei der ersten Veranstaltung in Stuttgart. Seine letzte Kundgebung vor der Wahl fand im Berliner Sportpalast am Abend des 12. September statt.[13]

Besonders aufmerksam wurden die Ausführungen Ernst Thälmanns über die Programmerklärung der KPD verfolgt, die in breiten Kreisen Zustimmung gefunden hatte und die bürgerlichen Parteien, vor allem die Nazis selbst, stark beunruhigte, aber auch sozialdemokratische Organe zu verleumderischen Ausfällen hinriß. Gestützt auf dieses Dokument der Partei, setzte sich Ernst Thälmann entschieden mit den Faschisten und ihrer chauvinistischen Demagogie auseinander. So erklärte er in Frankfurt (Main): »Die Kommunistische Partei Deutschlands, die als einzige Partei zu einer Zeit, wo an die Nazis noch kein Mensch dachte, gemeinsam mit allen Sektionen der Kommunistischen Internationale den Kampf gegen den Versailler Schandvertrag führte, ist auch heute die einzige Partei, die in Wahrheit auf dem Boden des proletarischen Internationalismus gegen

12 Die Rote Fahne, 24. August 1930.

13 Vgl. ebenda, 26., 28., 31. August, 2.–4., 6., 7., 10.–14. September 1930.

den räuberischen Young-Plan kämpft. Die Partei Hitlers ist das schmutzigste und gefährlichste Werkzeug des Finanzkapitals. In der Praxis führt sie auf dem Boden des Young-Plans – wie Thüringen beweist – die Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen am schärfsten durch.«[14]

In solchen Wochen zeigte sich, welch glänzender Agitator Ernst Thälmann war. Er packte seine Zuhörer nicht nur durch sein Temperament, durch seine einfache Sprache, klare Gedankenführung und seine Gewohnheit, alle Aussagen stets mit nüchternen Tatsachen zu stützen. Ernst Thälmann wußte auch zuzuspitzen und geschickt drastische Beispiele anzubringen, in denen sich die großen Zusammenhänge wie in einem Wassertropfen spiegelten. Ein solches Beispiel verwandte er in seiner Sportpalast-Rede: »Als Hitler in einer großen Kundgebung in Essen sprach, zu der die Bourgeoisie in 177 Autos angefahren kam, da lud ihn der Industrielle Kirdorf am Abend nach der Versammlung zu einem Abendessen ein«, berichtete Ernst Thälmann. »Könnt ihr euch denken, daß ich heute abend nach der Versammlung von Borsig zu einem Abendessen eingeladen werde?«[15] Das schallende Gelächter zeigte, daß die Pointe gesessen, daß sie schlaglichtartig die gegensätzlichen Klassenpositionen von Nazipartei und KPD erhellt, die Verlogenheit der antikapitalistischen Phrasen der Nazis bloßgestellt hatte.

Wirksame Agitation, kluge Erläuterung des Standpunktes der KPD, zweckmäßiger Einsatz der verhältnismäßig bescheidenen materiellen und finanziellen Mittel, die der KPD zur Verbreitung ihrer Auffassungen und Vorschläge unter den Massen zur Verfügung standen, lagen Ernst Thälmann am Herzen. So beriet er auch nach der Herausgabe der Programmerklärung mehrmals mit seinen Mitarbeitern »über die volkstümlich wirksamsten und schlagendsten Argumente gegen die faschistischen Führer, hörte sich die Vorschläge an, brachte Einwände und fand mit seinem sicheren Instinkt ein noch populäreres Argument«[16], berichtet Alexander Abusch, der damalige stellvertretende Chefredakteur der »Roten Fahne«.

In seinem »Letzten Appell an alle werktätigen Wähler«, der am Freitag vor den Wahlen die Titelseite der »Roten Fahne« füllte, ging Ernst Thälmann noch einmal auf die für den Zusammenschluß der Werktätigen

14 Ebenda, 31. August 1930.
15 Ebenda, 13. September 1930.
16 Alexander Abusch: Er hat die Genossen meiner Generation erzogen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 84.

um die Partei und für ein breites antifaschistisches und antiimperialistisches Bündnis grundlegende Tatsache ein: Die Kommunistische Partei vertritt nicht nur die Zukunftsinteressen des werktätigen Volkes, sondern auch die grundlegenden nächsten ökonomischen Interessen der verschiedenen werktätigen Klassen und Schichten.

»Der Arbeiter gehört zu uns«, schrieb Thälmann in diesem Appell, »denn wir kämpfen für höhere Löhne, für den Siebenstundentag, für Brot und Arbeit der Erwerbslosen, für die Erhöhung der Unterstützungssätze, für billige Arbeiterwohnungen, für uneingeschränkte Sozialunterstützung, für die volle Gleichberechtigung der proletarischen Frauen, für die Rechte der Arbeiterjugend, für bessere Lebensbedingungen des Proletariats.

Der verarmte Mittelständler gehört zu uns, denn wir kämpfen gegen die verbrecherische Steuerpolitik der Kapitalisten, gegen die frevelhafte Zollgesetzgebung, gegen die unerschwinglichen Mieten, gegen die Verteuerung von Gas, Wasser und Elektrizität, gegen die Wucherherrschaft des Finanzkapitals.

Der werktätige Bauer gehört zu uns, denn wir kämpfen gegen Steuerdruck, gegen Zins- und Pachtwucher, gegen Pfändungen und Zwangsvollstreckungen, gegen Großagrarier und die bauernfeindliche Politik der Sozialdemokratisch[en Partei und der] bürgerlichen Parteien.«[17]

So propagierte Thälmann die in der Programmerklärung genannten Ziele. Gleichzeitig erläuterte er damit, was die Kommunisten durch ihren Kampf um ein sozialistisches Deutschland erstrebten, was sie eigentlich im Auge hatten, wenn sie von einem »Sowjetdeutschland« sprachen. Indem er Bezug auf diejenigen Fragen nahm, die die Werktätigen tagtäglich beschäftigten, verdeutlichte er ihnen den Sinn des Kampfes für den Sozialismus, für ein Deutschland, in dem die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die öffentlichen Angelegenheiten in ihre Hände genommen haben und nach ihren Bedürfnissen regeln, wie es damals zuerst und allein in der Sowjetunion der Fall war.

Der »Letzte Appell« vom 12. September trug die Unterschrift: »Im Auftrage des Zentralkomitees der KPD: Ernst Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1. Bundesführer des ›verbotenen‹ Roten Frontkämpferbundes.«[18] Damit brachte Thälmann seinen

17 Die Rote Fahne, 12. September 1930.
18 Ebenda.

Protest gegen die Willkür von Polizei und Justiz zum Ausdruck, die auch er im Wahlkampf zu spüren bekommen hatte.

So hatte die Polizei bei seiner großen Kundgebung in Halle auf dem Roßplatz verboten, eine Rednertribüne aufzubauen. »Aber Ernst Thälmann wußte sich zu helfen«, berichtet Otto Fleischer, der mit einer ganzen Arbeiterkolonne von Nordhausen auf Fahrrädern gekommen war, um den Spitzenkandidaten der KPD zu hören und zu sehen. »Als die letzten der Zehntausende auf dem Roßplatz eingetroffen waren, öffnete sich auf ein Trompetensignal plötzlich das Tor eines Hauses, aus dem die Genossen einen Rollwagen herausschoben, auf dem Ernst Thälmann stand. Sofort war er von den Massen umringt, so daß es den Provokateuren nicht möglich war, an ihn heranzukommen. Von dieser provisorischen Rednertribüne herab hielt Ernst Thälmann eine seiner eindringlichen Reden, die von den vielen Zuhörern mit großer Begeisterung aufgenommen wurde.«[19]

Nicht grundlos hatte Ernst Thälmann in seiner Hamburger Wahlrede Protest gegen das RFB-Verbot erhoben und in diesem Zusammenhang eine Äußerung Wilhelm Liebknechts zum Sozialistengesetz zitiert: »Also vor einem Gesetz, welches dem Menschenrecht zuwiderläuft, welches unsere Rechte verletzt oder gar den ausgesprochenen Zweck hat, uns zu unterdrücken, unsere politische Existenz zu vernichten – vor einem solchen Gesetz haben wir nicht nur keinen Respekt, ein solches Gesetz zu umgehen, zu verletzen halten wir nicht nur nicht für unrecht, sondern wir halten es positiv für unsere Pflicht, solche Gesetze zu umgehen, zu verletzen, unwirksam zu machen.«[20]

So wie hier bezog sich Ernst Thälmann übrigens öfter auf geschichtliche Beispiele und Vorbilder. Er erinnerte in diesem Wahlkampf vielfach an die Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung der betreffenden Städte und berief sich auf Rosa Luxemburgs oder August Bebels konsequent klassenkämpferische Haltung. Die Geschichte zur Begründung der aktuellen Politik heranzuziehen, revolutionäre Traditionen zu nutzen, um tiefere Einsichten in das Gegenwartsgeschehen zu vermitteln war ein für Thälmanns Arbeiten charakteristischer Zug.

19 Otto Fleischer: Wie Ernst Thälmann der Polizei von Halle ein Schnippchen schlug. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 341.

20 [Wilhelm Liebknecht:] Trutz-Eisenstirn: Erzieherisches aus Puttkamerun. Ein vierblättriges Broschüren-Kleeblatt nebst einem Anhang vom Vetter Niemand, H. II, London 1890, S. 15.

Am Sonntag, dem 14. September 1930, wurde der Reichstag neu gewählt. Der Einfluß der verschiedenen Parteien unter den Wählern veränderte sich zum Teil sehr kraß. Für die Liste der KPD, an deren Spitze der Name Ernst Thälmann stand, stimmten über 13 Prozent, nämlich rund 4,6 Millionen Wähler, etwa 1,33 Millionen mehr als im Mai 1928. Statt 54 Kommunisten zogen nun 77 als Abgeordnete in den Reichstag ein. In Berlin hatte die KPD ein Drittel aller Stimmen erlangt und stand damit an der Spitze der Parteien. Zum ersten Mal wurde eine kommunistische Partei in der Hauptstadt eines großen kapitalistischen Landes wählerstärkste Partei.

Die SPD büßte mehr als eine halbe Million Stimmen und 10 ihrer vorher 153 Sitze ein. Am meisten aber wurde die Zusammensetzung des Reichstags dadurch verändert, daß die Nazis statt 800 000 nun rund 6,4 Millionen Stimmen erhielten und ihre Fraktion sich von 12 auf 107 Abgeordnete vergrößerte. Ihre Stimmengewinne bezogen die Nazis größtenteils von den anderen Rechtsparteien, die 3 Millionen Wähler einbüßten, und aus dem Kreis bisheriger Nichtwähler. Die beiden Parteien des politischen Klerikalismus – das Zentrum und die Bayerische Volkspartei – erwiesen sich als stabil, sie gewannen eine halbe Million Stimmen. Mehr als sechs Millionen Stimmen wurden für zahlreiche bürgerliche Splitterparteien abgegeben, die gerade im ersten Krisenjahr ihre Blütezeit erlebten. Das war symptomatisch dafür, daß die kleinbürgerlichen Massen nach neuen Wegen suchten.

Nach den Wahlen vom 14. September 1930 drängten die radikalsten, abenteuerlichsten Kräfte der monopolkapitalistischen Reaktion darauf, die Nazis möglichst schnell maßgeblich an der Regierung zu beteiligen. Am lautesten forderte das der Stahlkönig Fritz Thyssen. Andere Exponenten des Finanzkapitals hielten es angesichts der Stärke der deutschen Arbeiterklasse und des Anwachsens der KPD für zweckmäßiger, die sprunghafte Vergrößerung des Anhanges der Nazis zu nutzen, den Kurs der Präsidialdiktatur und der allmählichen Faschisierung mit der bestehenden Regierung verschärft fortzusetzen.

Die Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer bestärkte diesen Flügel des Monopolkapitals in seiner Meinung. Denn die Führer der Sozialdemokratie zogen aus dem starken Anwachsen der faschistischen Gefahr, das durch das Wahlergebnis signalisiert wurde, nicht etwa den Schluß, die Potenzen der Sozialdemokratie zum entschiedenen Kampf gegen die Faschisierungspolitik einzusetzen. Im Gegenteil, sie gaben die

parlamentarische Opposition auf, die die SPD vor der Reichstagsauflösung, wenngleich mit wenig Nachdruck, gegen das Brüning-Kabinett und dessen erste Notverordnung betrieben hatte. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun, der Parteivorsitzende Hermann Müller und andere maßgebende Führer der SPD setzten im Parteivorstand und in der Reichstagsfraktion den Beschluß durch, nunmehr die Brüning-Regierung zu »tolerieren«, das heißt, im Reichstag jeden Mißtrauensantrag gegen das Kabinett oder einen Minister niederzustimmen.[21]

Ernst Thälmann kehrte am 16. September aus Hamburg, wo er seine Stimme abgegeben hatte, nach Berlin zurück. Am nächsten Tage sprach er auf einer Parteiarbeiterkonferenz der Berliner Parteiorganisation über die Ergebnisse der Wahl.[22] In der Beurteilung des Wahlresultats waren die Meinungen im Sekretariat des Zentralkomitees der KPD zunächst nicht ganz einheitlich; es zeigte sich, daß es keineswegs einfach war, die komplizierte Lage und die ihr innewohnenden Tendenzen allseitig zu beurteilen. Hermann Remmele schrieb in der »Internationale« vom 15. September, da die Stimmengewinne der Nazis nur aus einer Umgruppierung im Lager der Bourgeoisie resultierten, sei die KPD der einzige Sieger der Wahlen.[23] Im Leitartikel der »Roten Fahne« vom 16. September, den Heinz Neumann geschrieben hatte, hieß es, die Mehrheit der Naziwähler sei antikapitalistisch gesinnt, sie hätte nur den faschistischen Versprechungen Glauben geschenkt.

Ernst Thälmanns Rede vor den Berliner Parteifunktionären – mit ihr stimmte inhaltlich ein Aufsatz überein, den er in der »Kommunistischen Internationale« veröffentlichte – enthielt keine derartigen Vereinfachungen. Der Parteivorsitzende der KPD wandte sich gegen die Panikmacherei mancher bürgerlich-demokratischer Politiker ebenso wie gegen die Geringschätzung der Gefahr, die der Erfolg der Nazis signalisierte, in den Reihen der Sozialdemokratie und auch durch einige kommunistische Funktionäre. »Mit aller Schärfe müssen wir uns dagegen wenden, den überraschenden Erfolg der Nazis in den Massen zu schwarz hinzustellen. Wer das tut, sieht nicht die widerspruchsvolle, schwankende Basis, auf der die Nazis ihren momentanen Stimmenerfolg errungen haben ... Auf

21 Vgl. Otto Braun: Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, S. 177–179.
22 Vgl. Ernst Thälmann: Unser Weg zur Freiheit. Über unsere Aufgaben nach dem Wahlsieg vom 14. September. In: Die Rote Fahne, 20. September 1930.
23 Vgl. Hermann Remmele: Das Fazit der Septemberwahlen. In: Die Internationale, 1930, H. 18, S. 548.

der anderen Seite ist natürlich auch die Unterschätzung der faschistischen Gefahr außerordentlich schädlich, und wir müssen innerhalb der Arbeiterschaft, weit über den Rahmen unserer Partei hinaus, unsere warnende Stimme erheben«, betonte er. »In der SPD zum Beispiel existieren solche Stimmungen: Laßt die Nationalsozialisten sich erst in der Regierung abwirtschaften, dann kommen wir wieder ans Ruder. Solche Stimmungen sind eine schwere Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse«, warnte er vor diesem verhängnisvollen Argument. »Denn selbstverständlich wird der Faschismus nach seinem Wahlerfolg auch außerparlamentarisch immer brutaler gegen die Millionen Werktätigen in Deutschland vorstoßen. Außerdem muß durch solche Stimmungen der Kampfwille gegen die faschistischen Pläne abgeschwächt werden.«

Gerade darauf, den Willen zur Abwehr der faschistischen Gefahr aufs äußerste zu stärken, lenkte Ernst Thälmann die Aufmerksamkeit der Parteifunktionäre. Er verlangte von der Partei intensive ideologische Arbeit; großes Gewicht legte er darauf, die Partei unverzüglich zu festigen, in erster Linie die Betriebszellen auszubauen, ferner eine wirkungsvollere Gewerkschaftsarbeit zu leisten, besondere antifaschistische Kampforganisationen zu schaffen, neue Parteimitglieder zu werben. Es galt, so hob Thälmann hervor, die »gewaltige Spanne zwischen dem großen und ständig wachsenden politischen Einfluß, den wir in Deutschland zu verzeichnen haben, und dessen organisatorischer Verankerung« zu verringern. »Wenn wir nicht verstehen«, mahnte er, »die 4,6-Millionen-Front außerparlamentarisch auszubauen und organisatorisch zu verankern, durch neue Methoden und neue Wege, dann werden wir nicht stark genug sein, um unsere große historische Aufgabe zu erfüllen.«[24]

In diesem Zusammenhang sprach Ernst Thälmann von der Notwendigkeit, eine neue legale antifaschistische Massenorganisation zu schaffen. Die Tausende Wahlhelfer der KPD müßten, schrieb er in der »Kommunistischen Internationale« über die Aufgaben der Partei nach den Wahlen, der Kern »einer breiten, parteilosen proletarischen Massenorganisation, eines Kampfbundes gegen den Faschismus werden, der seine Tore allen parteilosen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern weit öffnet, die gewillt sind, mit uns zusammen den Faschismus niederzukämpfen«[25]. Die ersten Formationen des gemäß dieser Orientierung entstehenden Kampfbundes gegen den Faschismus nahmen bereits am

24 Ernst Thälmann: Unser Weg zur Freiheit. In: Die Rote Fahne, 20. September 1930.
25 Ernst Thälmann: Die KPD nach den Reichstagswahlen. In: Die Kommunistische Inter-

28. September an einer Massenkundgebung im Berliner Lustgarten teil. Im Dezember zählte er bereits 38000 Mitglieder, und im Sommer 1931 erreichte er mit mehr als 100000 Mitgliedern seine dann etwa gleichbleibende Stärke. Vorsitzender des Kampfbundes gegen den Faschismus war Hermann Remmele, unmittelbar leitete die Arbeit Ernst Reinke, später Fritz Lange. Der Bund umfaßte zahlreiche Betriebs-, Erwerbslosen- und Wohngebietsstaffeln. Seine Aufgaben bestanden aber nicht nur in der Abwehr faschistischer Überfälle; sie sollten vielmehr, wie Ernst Thälmann mehrfach betonte, vorwiegend auf dem Gebiet der Massenpolitik, einer antifaschistischen Einheitsfrontpolitik, der ideologischen Arbeit unter den irregeführten Anhängern der Nazis liegen.[26]

Ernst Thälmann wurde in diesem Herbst durch eine langwierige Erkrankung längere Zeit daran gehindert, sich unmittelbar der Führung der Partei zu widmen. Nach der Berliner Parteiaktivtagung sprach er noch am 23. September in einer Politbürositzung über die Lehren der Reichstagswahlen und bereitete sich auf die für Anfang Oktober angesetzten Besprechungen des Sekretariats mit der Reichstagsfraktion und mit der Leitung des KJVD vor.[27] Ferner hatte er Beratungen mit den Abteilungen des Zentralkomitees und den kommunistischen Fraktionen in den proletarischen Massenorganisationen angeregt, um die Arbeit der Partei selbstkritisch zu überprüfen. Aber seine Kräfte reichten nicht mehr aus, dies selbst durchzuführen. Am 2. Oktober diktierte er der Sekretärin noch zahlreiche Hinweise für die Parteiführung zu den laufenden Fragen[28] und fuhr dann, wie gewöhnlich in solchen Fällen, nach Hause. Er war überzeugt, daß er in wenigen Tagen wieder auf dem Posten sein würde. Doch es blieb nicht bei Tagen, es wurden Wochen und Monate daraus.

Während der Abwesenheit Ernst Thälmanns von Berlin nahmen vor allem Franz Dahlem, Leo Flieg, Heinz Neumann und Walter Ulbricht kontinuierlich an den Beratungen im Sekretariat und auch an den beiden Politbürositzungen teil.[29] Hermann Remmele fuhr im Spätherbst als Leiter

nationale, 1930, H. 36, S. 1950. – Vgl. auch ders.: Unser Weg zur Freiheit. In: Die Rote Fahne, 20. September 1930.

26 Vgl. Edgar Doehler/Egbert Fischer/Werner Salomon: Die Militärpolitik der KPD gegen die anwachsende faschistische Gefahr (1929–1933). Phil. Diss., Dresden 1975, S. 233–263; vor allem S. 234/235. – IML, ZPA, I 2/1/79; I 2/1/80.

27 Vgl. IML, ZPA, 3/1/735; 3/19/736.

28 Vgl. ebenda, 3/19/736.

29 Vgl. ebenda u. 3/1/735. – Daneben waren hin und wieder andere Genossen – vor allem bei den beiden Politbürositzungen, die in der fraglichen Zeit stattfanden – anwesend.

einer Redakteurdelegation in die Sowjetunion, Wilhelm Pieck löste Fritz Heckert als Vertreter der KPD beim EKKI ab. In dieser Zeit sah sich die Parteiführung mit zwei schwierigen Fragen konfrontiert. Das war zunächst die Auswertung des V. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale, der vom 15. bis 30. August in Moskau stattgefunden hatte. Der Kongreß hatte nach Wegen gesucht, wie sich die Arbeiterklasse besser der Offensive des Kapitals erwehren könnte. Die Beschlüsse des Kongresses forderten die Kommunisten und die oppositionellen Gewerkschafter auf, energischer auch gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsinstanzen Streiks vorzubereiten und auszulösen und sie selbständig zu führen. Wo die Gegensätze zwischen der Politik der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie einerseits und den objektiven Interessen der Arbeiter andererseits so scharf ausgeprägt waren wie in Deutschland, sollten die revolutionären Kräfte auch eigene Gewerkschaftsorganisationen schaffen.

In den schweren Abwehrkämpfen gegen neuen Lohnabbau und gegen Massenentlassungen in den nächsten Monaten versuchten die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, diese Orientierung in die Tat umzusetzen. Während der zweiten Hälfte des Oktober 1930 standen 130000 Berliner Metallarbeiter im Lohnkampf. Die Bezirksleitung Berlin–Brandenburg–Lausitz–Grenzmark, der Politische Sekretär Walter Ulbricht und besonders auch der Organisationssekretär Albert Kuntz, selbst ein Metallarbeiter, unterstützten den Streik energisch. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, deren Berliner Bezirkskomitee von Paul Peschke geleitet wurde, einem erfahrenen Gewerkschaftspolitiker der KPD, bildete eine provisorische Streikleitung und organisierte den gemeinsamen Kampf von Gewerkschaftern, Unorganisierten und Erwerbslosen gegen den von den Unternehmern geforderten Lohnabbau von 15 Prozent und gegen einen Schiedsspruch, der Lohnkürzungen um 6 bis 8 Prozent vorsah. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband war genötigt, den Streik anzuerkennen, da sich bei einer Urabstimmung 85 Prozent der Mitglieder für den Kampf ausgesprochen hatten. Nach zwei Wochen setzten seine reformistischen Führer jedoch durch, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Ein neuer Schiedsspruch billigte den Arbeitern lediglich zu, daß der Lohnabbau nicht auf einmal, sondern etappenweise erfolgen sollte.

Im November kam es in den Lüneburger Eisenwerken, in den Bielefelder Anker-Werken, in einigen Berliner Lederfabriken und in der

Schuhindustrie von Pirmasens zu Streiks. Im Dezember streikten die Straßenbahner in Chemnitz. Im folgenden Monat traten unter Führung der Opposition Arbeiter zahlreicher Branchen in den Ausstand, so Arbeiter von Papierfabriken in Ammendorf und Halle, Textilarbeiter in Wuppertal, Holzarbeiter in Düsseldorf und anderen Städten – in Eisenach und Weimar kam es dabei zur Aussperrung –, die Maschinenbauer der Firma Pels in Erfurt. Am 2. Januar 1931 wurde im Ruhrbergbau ein Streik ausgelöst, an dem sich zunächst 75 000 bis 80 000 Bergleute beteiligten und der stellenweise eine Woche lang geführt wurde. In verschiedenen Orten des Ruhrgebiets legten auch Metallarbeiter die Arbeit nieder, im Düsseldorfer Hafen wurde ein Solidaritätsstreik organisiert, und auch in oberschlesischen Gruben streikten die Bergarbeiter. Die Streikenden erlagen dem Druck der Führer der reformistischen und der christlichen Gewerkschaften, die den Streikbruch organisierten, dem Terror der Nazis, die Streikposten überfielen und Streikbrecher beschützten, und dem Kleinen Belagerungszustand, der über das bestreikte Gebiet verhängt wurde.

Es gelang also in gewissem Umfang, die selbständige Führung der Kämpfe durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu realisieren. Allerdings waren dabei immer größere Widerstände zu überwinden; denn die Konzernleitungen und die Staatsorgane fürchteten die Erschütterung, die ein Streik bedeutete, so sehr, daß sie jeden Arbeitskampf schon im Keim zu ersticken trachteten, wobei sie von den reformistischen Führern weitgehend unterstützt wurden. Aber das bestätigte erst recht, daß es ohne hartnäckiges Bemühen um die selbständige Auslösung und Führung von Wirtschaftskämpfen durch die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nicht ging, daß die Kommunisten nicht zusehen durften, wenn die rechten Gewerkschaftsführer untätig blieben. Zugleich freilich förderte dieser Zustand wiederum die Tendenz, sich gar nicht erst darum zu bemühen, reformistische Funktionäre des jeweiligen Verbandes für Streiks zu gewinnen.

Die andere vom V. RGI-Kongreß gestellte Aufgabe – eigene Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen – widersprach den Erfahrungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Sie beruhte auf schematischen Schlußfolgerungen aus der Analyse der Rolle des Reformismus in der Geschichte und auf einer falschen Einschätzung der Lage in der deutschen Arbeiterklasse. Weil Ernst Thälmann die Lage realistisch beurteilte und die Erfahrungen der Partei in der Gewerkschaftsarbeit

beherzigte, hatte er der Umwandlung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in eine Organisation lange widersprochen. Die Praxis bestätigte bald, daß der neue Beschluß falsch war. Die nach den Streiks gegründeten revolutionären Gewerkschaften – der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins (EVMB) und der Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands (EVBD) – blieben kleine Splitterorganisationen mit wenigen tausend Mitgliedern. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter folgten zum allergrößten Teil nicht der neuen Losung. Auch die Konstituierung der bisherigen revolutionären Opposition in den freien Gewerkschaften zu einer selbständigen Organisation neben den freien Gewerkschaften, zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), die im November 1930 vorgenommen wurde, erfüllte nicht die Erwartungen; der Mitgliederzuwachs der RGO hielt sich in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen.

Die zweite Frage, die die Parteiführung während Ernst Thälmanns Abwesenheit diskutierte und zu beantworten versuchte, betraf die Einschätzung des von der herrschenden Klasse erreichten Grades der Faschisierung. Dabei durfte nicht nur das jüngste Wahlergebnis in Betracht gezogen werden. Die Brüning-Regierung erließ neue Notverordnungen, und vor allem fielen Woche für Woche dem physischen Terror der Nazis klassenbewußte Arbeiter zum Opfer, töteten die Kugeln der Polizei immer aufs neue Werktätige, die gegen ihr Elend aufbegehrten. Am Vorabend der Reichstagswahl war das Karl-Liebknecht-Haus von Nazis beschossen worden, am 7. Oktober erstach ein Mitglied des Stahlhelms in Hindenburg einen Kommunisten in dessen Wohnung, am 29. November erschossen Nazis in Plauen zwei Mitglieder der Roten Hilfe, am 3. Dezember tötete die Polizei in Leipzig drei Erwerbslose, am 14. Dezember ermordete ein SS-Mann in Gladbach-Rheydt einen Kommunisten. Im Verlauf des Jahres 1930 wurden annähernd 80 Antifaschisten ermordet.[30]

Diese Umstände förderten aber in der KPD, auch bei einigen leitenden Funktionären, das Entstehen sektiererischer Auffassungen, die mit Ernst Thälmanns nüchternem Herangehen an die komplizierten Fragen des Klassenkampfes nicht vereinbar waren. So vertrat besonders Heinz Neumann die Auffassung, das Präsidialkabinett sei nun, nach den Wahlen, bereits eine Regierung der faschistischen Diktatur. Als die Regierung

30 Vgl. Mord und immer wieder Mord! Eine Chronik der Gewaltverbrechen des deutschen Imperialismus seit 1919, o. O. (1966), S. 23/24, 19.

Anfang Dezember wieder eine Notverordnung erließ, bezeichnete er das in einem Leitartikel des Zentralorgans als Aufrichtung der faschistischen Diktatur.[31]

Ernst Thälmann hielt diese Ansicht für falsch. Er befürchtete, daß sie dazu führen würde, das ganze Ausmaß der faschistischen Gefahr zu unterschätzen und folglich den antifaschistischen Kampf nicht energisch und konsequent genug zu führen. Daher suchte er nach einer präziseren Bestimmung und gebrauchte in der Folge die Formel, das Brüning-Regime sei eine Regierung der *Durchführung* der faschistischen Diktatur. Ernst Thälmann hatte dabei jenen Prozeß im Sinne, in dem die faschistische Diktatur Schritt um Schritt vorbereitet wurde.

Seine Krankheit wollte Ernst Thälmann zu Hause auskurieren, in der neuen Wohnung in der Tarpenbekstraße in Hamburg-Eppendorf, die die Familie Thälmann in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 bezogen hatte. Viel Mühe hatte es gekostet, eine geeignete Wohnung ausfindig zu machen. Mancher Hausbesitzer lehnte es von vornherein ab, an den Kommunistenführer zu vermieten. Schließlich war es gelungen, die Dreizimmerwohnung, in der es sogar noch eine Kammer für Rosas Vater gab, ausfindig zu machen. Bald war auch der Hauswirt von seinen ruhigen Mietern angetan. Auf einer Versteigerung hatte Ernst Thälmann selbst Möbel für das eine Zimmer, über das die Familie nun zusätzlich verfügte, erstanden. Den Korridor zierte sogar ein Läufer, nachdem Rosa Thälmann ein Argument gefunden hatte, das ihren sparsamen Mann überzeugte: Der darunter wohnende Hauswirt hätte ja sonst eine vollkommene Kontrolle über die Anwesenheit seines Mieters – wenn nämlich oben Ernst Thälmann schweren Schrittes ruhelos auf und ab ging. Und das tat er immer, wenn er nachdachte; so etwas wie ein Arbeitszimmer oder auch nur einen Schreibtisch gab es in der Wohnung ohnehin nicht; für schriftliche Arbeiten mußte der Tisch im Wohnzimmer genügen.[32]

Die Überzeugung, daß er seine Pflichten vernachlässige, wenn er auch nur kurze Zeit nicht unmittelbar am politischen Kampf der Partei teilnahm, und die alte Verbundenheit mit der Hamburger Arbeiterbewegung ließen Ernst Thälmann mit seiner Gesundheit nicht eben diszipliniert umgehen. Am Sonntag, dem 12. Oktober, sprach er auf dem »Roten Tag« in Bergedorf, einem südöstlichen Vorort Hamburgs, nachmittags um 15.00

31 Vgl. Reichsgesetzblatt, 1930, Teil I, Nr. 47, S. 517–604. – [Heinz Neumann:] Die Lage. In: Die Rote Fahne, 2. Dezember 1930. – IML, ZPA, 3/1/735.

32 Nach einer Mitteilung von Irma Gabel-Thälmann an das Autorenkollektiv.

Uhr auf einer Kundgebung am Pool. Der Oktober verging fast, ehe er wieder einsatzfähig war, aber zum Jahrestag des Hamburger Aufstandes mußte er wieder dabeisein. Am späten Nachmittag des 23. Oktober nahm Ernst Thälmann an den Gräbern der gefallenen Klassenkämpfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof das Wort, am nächsten Abend in einer großen Kundgebung bei Sagebiel. Er ließ es sich nicht nehmen, zwei Tage darauf an dem Kampfaufmarsch der revolutionären Arbeiter in Billstedt – als dort 1923 gekämpft wurde, hieß der Ortsteil noch Schiffbek – teilzunehmen. Ernst Thälmann marschierte an der Spitze des Zuges. In Kirch-Steinbek begrüßte Anton Switalla im Namen der Billstedter Werktätigen den Demonstrationszug, und auf der Abschlußkundgebung auf dem Billstedter Markt hielt Ernst Thälmann die Rede.[33]

Auf die geplante Reise nach Wien, wo er am 2. November zusammen mit anderen ausländischen Genossen auf einer internationalen Kundgebung sprechen wollte, um Österreichs Kommunisten im Wahlkampf zu unterstützen, mußte er verzichten; an der Politbürositzung am 6. November konnte er noch nicht teilnehmen; und eine beabsichtigte Fahrt zu Besprechungen mit dem EKKI kam zunächst nicht zustande.[34] So konnte er nur für die Parteizeitungen einen Artikel zum Jahrestag der Oktoberrevolution schreiben[35] und auf einer Revolutionskundgebung auf der Vogelweide im roten Barmbeck sprechen, die von den revolutionären Arbeitern, ohne erst die Behörden zu fragen, für diesen Tag den Namen »Roter Platz« erhalten hatte.[36]

In der zweiten Novemberhälfte fühlte Ernst Thälmann sich wieder arbeitsfähig. Er sprach am 19. in Bielefeld und am 21. in Bremen im Florasaal auf Wahlkundgebungen und teilte mit, daß er am 22. wieder an der Sekretariatssitzung teilnehmen würde.[37] An diesem Sonnabend fand auch der zweite Kongreß werktätiger Frauen statt. Ernst Thälmann war bereits als Redner der Frauenkundgebung im Sportpalast angekündigt, die aus diesem Anlaß veranstaltet wurde.[38] Diese Aufgabe lag ihm sehr am Herzen; erst bei der Auswertung der Lehren der Reichstagswahlen hatte

33 Vgl. HVZ, 9., 13., 24., 27., 28. Oktober 1930.

34 Vgl. Die Rote Fahne, 1., 4. November 1930. – Die Rote Fahne (Wien), 1. November 1930. – IML, ZPA, 3/19/736.

35 Vgl. Ernst Thälmann: Entfaltet das rote Banner des Weltoktobers. In: Geschichte und Politik, S. 157–166.

36 Vgl. HVZ, 8. November 1930.

37 Vgl. Die Rote Fahne, 23., 26. November 1930. – IML, ZPA, 3/19/736.

38 Vgl. HVZ, 10. November 1930. – Die Rote Fahne, 18., 21., 22. November 1930.

er wieder ausdrücklich kritisiert, daß der Einfluß der bürgerlichen Parteien unter den Frauen noch stärker sei als unter den Männern. Aber durch die wiederholten verfrühten Versuche, sich über seine Halserkrankung hinwegzusetzen, hatte sich Thälmanns Zustand so verschlimmert, daß er der Kundgebung nur von Hamburg aus ein Schreiben übermitteln konnte. Er drückte sein Bedauern aus, daß er wegen der Erkrankung nicht sprechen könne, und sandte den Teilnehmerinnen seine Grüße.[39]

Erst zu Beginn des neuen Jahres konnte Ernst Thälmann wieder stärker in den politischen Kampf eingreifen. Am 4. Januar nahm er noch an einer Delegiertenkonferenz der Hamburger Parteiorganisation teil und sprach in der Diskussion über den soeben an der Ruhr beginnenden Bergarbeiterstreik[40]; dann kehrte er nach Berlin zurück.

5

»In der Gewinnung der Massen liegt die Grundidee der Losung ›Volksrevolution‹ «

Ernst Thälmann wandte sich sofort der Vorbereitung der nächsten, schon seit längerer Zeit geplanten Tagung des Zentralkomitees zu. Am 14. Januar billigten das Sekretariat und das Politbüro die von ihm vorgetragene Disposition seines Referats. Vom 15. bis 17. Januar tagte das Zentralkomitee. Es war nicht nur die erste ausführliche Beratung des Führungsstabes der Partei in der neuen Phase der Faschisierungspolitik, nach den Septemberwahlen, sondern zugleich die bedeutendste Tagung leitender Funktionäre der KPD seit dem 12. Parteitag. Die Führung der KPD analysierte auf dieser Beratung die seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise eingetretenen politischen Veränderungen. Das Referat Ernst Thälmanns, das unter dem Titel »Volksrevolution über Deutschland« als Broschüre veröffentlicht wurde, nahm etwa acht Stunden in Anspruch;

39 Vgl. Ernst Thälmann: An den Reichskongreß werktätiger Frauen. In: Die Rote Fahne, 23. November 1930.

40 Vgl. Ernst Thälmann: Über den Ruhrkampf. Rede vor den Hamburger Parteifunktionären. In: Ebenda, 7. Januar 1931.

es wurde am 15. und 16. Januar gehalten. In der Diskussion sprachen 51 Genossen.[1]

Ernst Thälmann ging in seinem Referat von einer wissenschaftlichen Einschätzung der ökonomischen Lage aus. Er untersuchte, gestützt auf reichhaltiges statistisches Material, die Besonderheiten der Wirtschaftskrise und die Wechselwirkung zwischen dieser verheerendsten zyklischen Krise, die der Kapitalismus bis dahin erlebt hatte, und der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Dies geschah in diesem Referat vom Januar 1931 noch gründlicher als bisher. Von jetzt ab analysierte er die wirtschaftliche, politische und ideologische Situation im Lande und in ihren internationalen Zusammenhängen, die innere und äußere Politik der herrschenden Klasse und die Lage in der Arbeiterbewegung noch ausführlicher und mit noch breiterer Materialbasis als zuvor schon. Die Analysen in den Reden und Aufsätzen des Vorsitzenden der KPD waren die exaktesten zeitgenössischen Untersuchungen der Zusammenhänge und Hintergründe der tiefgreifenden gesellschaftlichen Prozesse, die sich in Deutschland abspielten.

Stärker noch als früher zog Ernst Thälmann jetzt auch Arbeiten der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus heran. So zitierte er in dem Referat für die Januartagung des Zentralkomitees zur Frage der revolutionären Situation Äußerungen W. I. Lenins aus dessen Schriften »Der Zusammenbruch der II. Internationale« und »Der ›linke Radikalismus‹, die Kinderkrankheit im Kommunismus«. An anderer Stelle seines Referates verwendete er Lenins Arbeiten »Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution« sowie »Staat und Revolution«, zog Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich« zu Rate und verwies auf dessen Brief an Kugelmann vom 12. April 1871, auf den sich Lenin bezogen hatte.

Die theoretischen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus und die materialistisch-dialektische Methode wurden von Ernst Thälmann in diesem Referat – und von nun an in den meisten seiner konzeptionellen Reden und Aufsätze – sozusagen sichtbar angewandt. Das ergab sich wohl vor allem aus seinem Bestreben, Funktionäre und Mitglieder der Partei durch sein eigenes Beispiel dazu anzuhalten, ihre Arbeit stärker theoretisch zu fundieren und politische Entschlüsse immer aus einer gründlichen Untersuchung der Kampfbedingungen abzuleiten.

Ernst Thälmann verneinte vor dem Zentralkomitee die Frage, ob eine

1 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/78.

revolutionäre Situation bestehe oder unmittelbar bevorstehe. Entschieden warnte er auch vor allen Hoffnungen auf einen automatischen Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung, vor jeder Erwartung, die Kapitaloffensive, das Krisenelend und die faschistischen Anschläge würden von selber die Massen auf die Barrikaden treiben. Die objektiven Faktoren allein schüfen »keine absolut ausweglose Situation für den Kapitalismus«. Wenngleich der Zusammenbruch des Kapitalismus historisch unvermeidlich sei, so müsse doch die revolutionäre proletarische Partei »die Situation ausweglos für den Kapitalismus machen«.

Ausführlich beschäftigte sich Ernst Thälmann mit der Faschisierungspolitik. Entgegen überspitzten Vorstellungen von dem Grade, den die Faschisierung bereits erreicht hatte, schätzte er die Lage dahingehend ein, daß Deutschland sich im Prozeß des allmählichen Übergangs zu einer faschistischen Diktatur befinde. Das komme vor allem darin zum Ausdruck, daß bereits gewisse faschistische Herrschaftsmethoden angewendet würden. Besonders betonte Thälmann, die Nazipartei werde bereits mehr und mehr »die entscheidende außerparlamentarische Massenbasis für die Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Politik«. Erneut stellte er fest, »daß der klassenmäßige Inhalt einer faschistischen Diktatur zweifelsohne die Diktatur des Finanzkapitals ist«. Dabei hob er hervor, daß bürgerlich-parlamentarische Republik und faschistische Diktatur zwar beide die Klassenherrschaft der Großbourgeoisie repräsentieren, aber unterschiedliche Herrschaftsformen dieser Klasse sind: »Die Herrschaftsformen wechseln, ...sofern die bürgerliche Demokratie durch die faschistische Diktatur ersetzt wird.«[2]

An der Spitze des zweiten Teils seines Referats, der sich mit der Politik und den Aufgaben der Partei beschäftigte, behandelte Ernst Thälmann die Losung der Volksrevolution. Diese Losung, in die die KPD jetzt ihre Alternative zum faschistischen Kurs der herrschenden Klasse kleidete, war in den Wochen zuvor bereits vereinzelt in der Partei gebraucht worden. Thälmann legte ausführlich dar, was unter dieser Losung zu verstehen und was damit beabsichtigt war. Vor allem wollte er – wie schon seine Feststellung, es bestehe keine revolutionäre Situation, erkennen ließ – subjektivistischen Auslegungen im Sinne des Überspringens notwendiger Etappen des Klassenkampfes vorbeugen. Deshalb erklärte er hier vor jeder weiteren Erörterung des Problems zunächst: »In

2 Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 15.–17. Januar 1931, (Berlin) 1931, S. 23, 28, 29.

Ernst Thälmann
spricht auf dem Reichsjugendtag des KJVD in Leipzig,
April 1930

Ernst Thälmann in der Kösliner Straße in Berlin-Wedding
am 1. Mai 1930

Ernst Thälmann
während einer Kundgebung zur Reichstagswahl vom September 1930
im Lustgarten in Berlin

Heute alles um 3 Uhr im Neuköllner Stadion! Aufmarschplan im Innern des Blattes

13. Jahrgang / Nr. 197 — 20 Pfennig

Heerschau des roten Berlin heute! Auch du marschierst auf für Liste 4

Berlin, Sonntag 24. August 1930

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292–297. Erscheint täglich außer Montags. Postscheckkonto: Berlin NW 7340.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Programmerklärung

zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschließt auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Diese Erklärung, die sich an alle Arbeitenden in ganz Deutschland wendet, hat eine, weit über den Rahmen der Tagesarbeit hinausgehende, prinzipielle Bedeutung. Sie bildet ein historisches Dokument, das insbesondere für das gesamte werktätige deutsche Volk in und zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufzeigt.

Während die Sozialdemokratie die bestehenden Zusammenstöße aufrechterhalten und verewigen will, während die Hitlerpartei mit heuchlerischen Phrasen ein nebelhaftes „Drittes Reich" ankündigt, das in Wirklichkeit noch schlimmer aussehen würde als das heutige Elend, sagen wir Kommunisten klar, was wir wollen. Wir verheimlichen nichts, wenden nur nicht unbedingt halten werden.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Jungproletarier, jeder Angestellte, jeder mittelständige Mittelständler in den Städten, jeder werktätige Bauer auf dem Land, jeder ehrlich schaffende Mensch in Deutschland soll sich mit voller Klarheit von unserem Ziel überzeugen. Der einzige Ausweg aus der Katastrophe, die [illegible] Deutschlands, der einzige Weg zur nationalen Befreiung der Volksmassen — das ist Sowjetdeutschland.

Wir rufen in den jetzigen Wahlen alle Werktätigen in Stadt und Land auf, sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden, indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei stimmen.

Proklamation des ZK. der KPD.

Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) und [illegible] gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die [illegible]. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der [illegible] Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen, versuchen die Faschisten durch gezielte Demagogie und schreiende radikale Phrasen [illegible] Massen gegen die Erfüllungspolitik und [illegible] Teile des [illegible] Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellte, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, sozialdemokratischer Arbeiter für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der gegenwärtigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Verelendung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet.

Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie für [illegible] Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie [illegible] Ansehen, als seien sie gegen den Young-Plan [illegible] gegen Massen Deutschlands Not und Unterjochung.

Diese Behauptungen der Faschisten sind bewußte Lügen. Indem der Youngplan hat den räuberischen Young-Plan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Young-Planes mit,

indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werktätigen Massen fordern und fordern, indem sie an der Durchführung der Young-Pläne wesentlichen Zoll- und Steuergesetze mitbeschließen, [illegible] der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung. In Thüringen, wo Regierung [illegible] Thüringen), indem sie alle Streikbewegungen gegen den Lohnabbau zu verhindern [illegible] versuchen.

Die [illegible] garantieren und die Sozialdemokratie haben das Volk und Gut, Leben und Existenz der werktätigen deutschen Volkes weitestgehend an die Imperialisten des Auslandes verkauft. Die ingalldemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinski und Zörgiebel sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.

Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.

Nur mit Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, dem Ausgangspunkt der Verelendung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarno-Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, Deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.

Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verelendung der Massen und Gemeinheiten, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die neben dem Young-Plane auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Wegnahme einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland. In [illegible] aber unterstützt der Faschismus [illegible] der Macht sind, die von ihm unterworfenen Völker (in Italien die Deutschen und Kroaten, in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland die Schweden usw.). Die Führer der deutschen Faschisten, Hitler und seine Helfershelfer, aber erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Knechtung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Rolle der deutschen Bourgeoisie Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus leidet. Hitler und seine Partei stehen hinter den Rücken des deutscher Volkes einen

schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen,

auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren ununterbrochen getan hat.

Die Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Umgestaltung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.

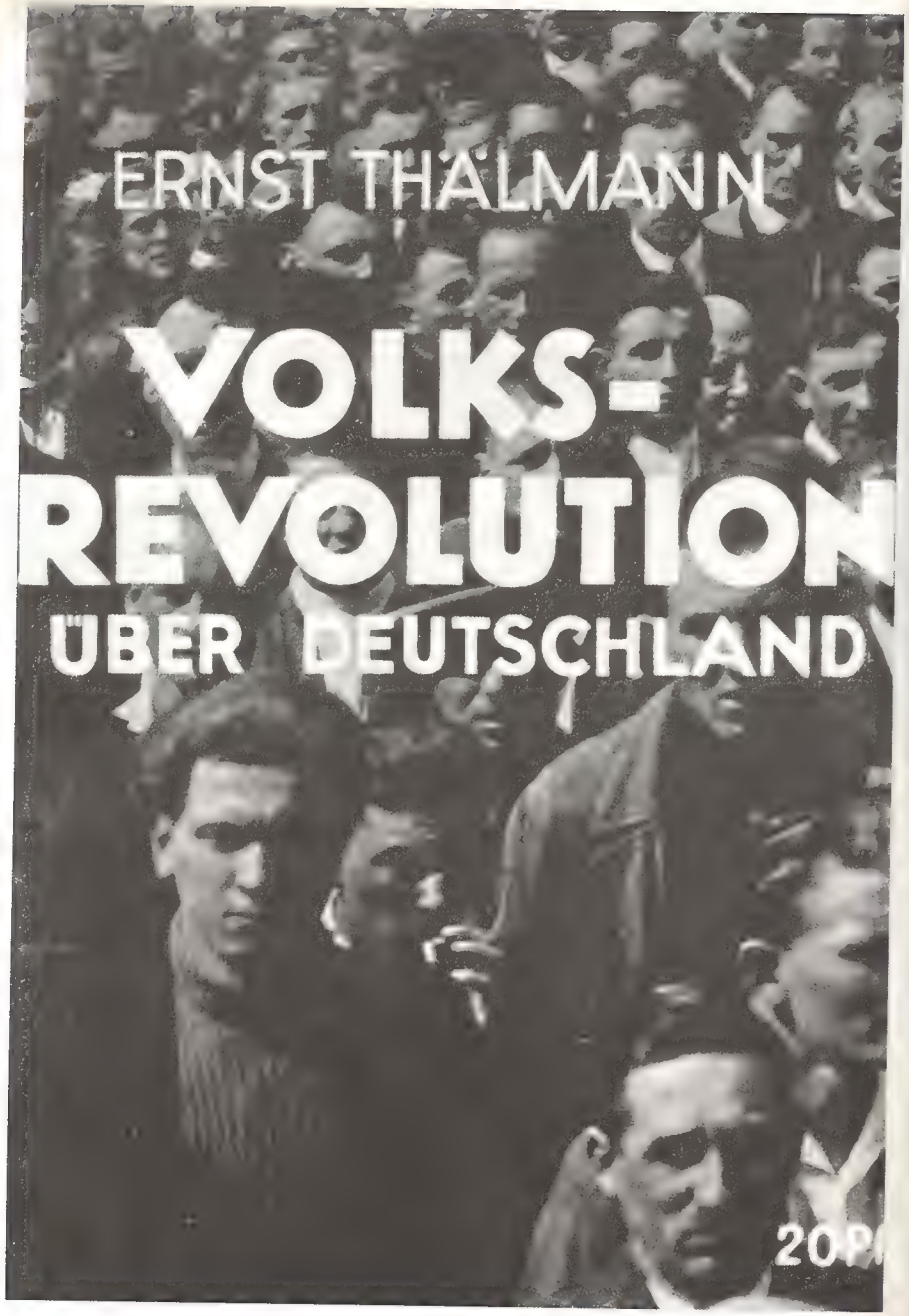
Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, ihre Bewegung richte sich gegen den Imperialismus. In Wirklichkeit aber treiben sie Kriecherei vor dem Imperialismus [illegible] (England, Italien). Sie wenden sich gegen den Freiheitskampf der Kolonialvölker (Indien, China, Indochina), wie [illegible] für Deutschlands Kolonien und hetzen zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen Regierte Arbeiterklasse sich gegen alle Übergriffe des Weltkapitals, gegen alle Anhänger der Versailler-Imperialisten festgeschmiedet hat. Überall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, wütet und verblutet, treiben die deutschen Faschisten durch ihre Betreuer mit in China durch die Kapp-Putschisten Wetzel und Kriebel, in Ungarn durch die Militärmission des Generals Rong, in Österreich durch den niederträchtigen Mörder Pfrimer usw.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt.

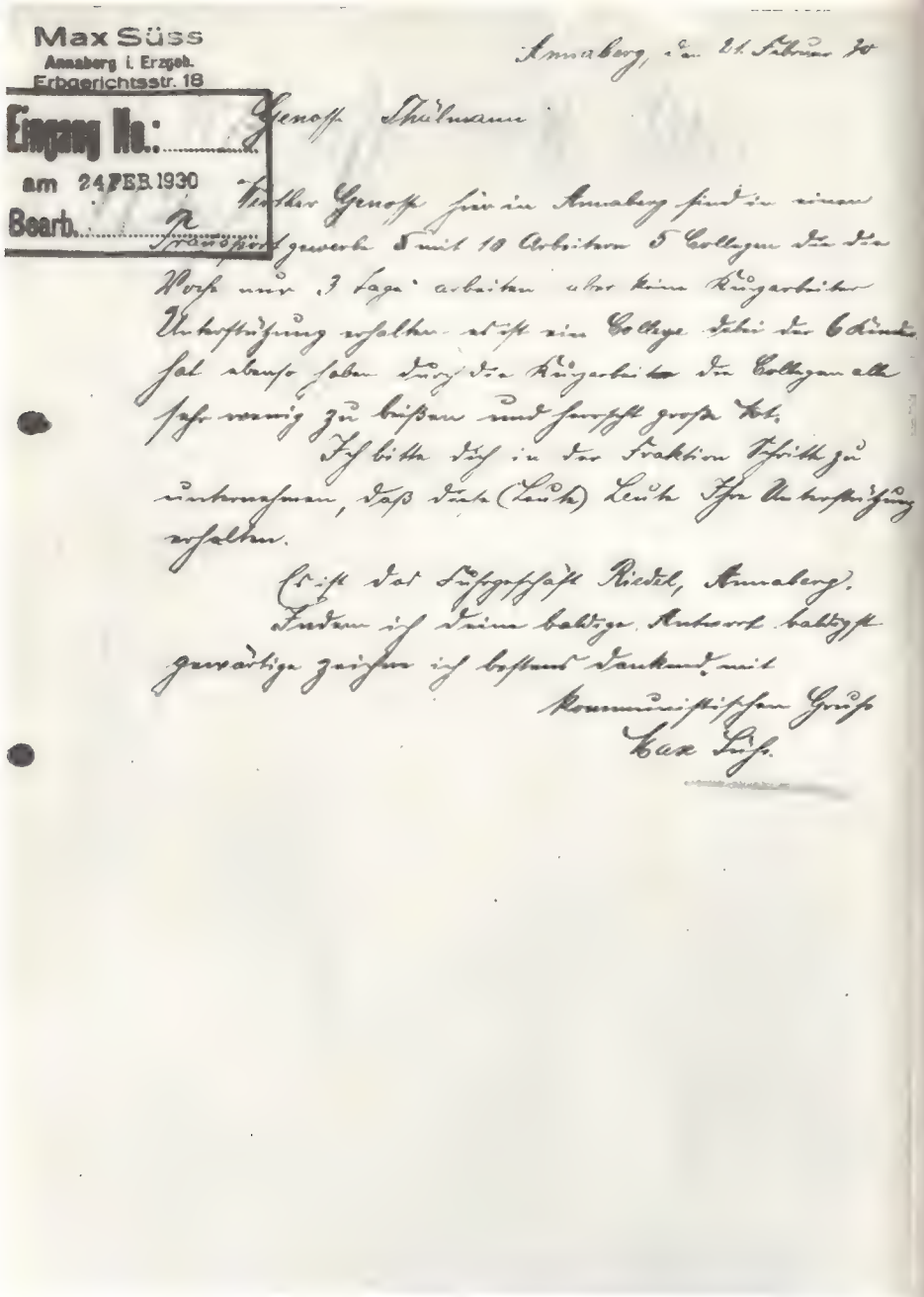
Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, sich aller gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien eine „Nationale", eine „soziale" und eine „Arbeiter"-Partei. Mit [illegible] eine antikapitalistische, eine Partei der [illegible] Ausbeutung und Versklavung der [illegible] Partei die bereit ist, den Werktätigen [illegible] gibt die Tatsachen und [illegible] nicht nehmen können [illegible] Diktatur.

Kundgebung der KPD
im Berliner Sportpalast am 11. Juni 1931
gegen die Notverordnungen der Regierung Brüning



Umschlag der Broschüre mit der Rede Ernst Thälmanns
auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD
vom 15. bis 17. Januar 1931


Max Süss
Annaberg i. Erzgeb.
Erbgerichtsstr. 18

Eingang No.:
am 24 FEB 1930
Beartb.

Annaberg, d. 21. Februar 30

Genosse Thälmann

Werther Genosse für in Annaberg sind in einem Transportgewerbe 5 mit 10 Arbeitern 5 Kollegen die die Woche nur 3 Tage arbeiten aber keine Lohnarbeiter Unterstützung erhalten ist ein Kollege über der 6 Kinder hat ebenso haben durch die Lohnarbeiter die Kollegen alle sehr wenig zu beißen und sonst große Not.

Ich bitte Dich in der Fraktion Schritt zu unternehmen, daß diese (Leute) Leute Ihre Unterstützung erhalten.

Grüße das Büchsenschäfte Riedel, Annaberg. Indem ich Deine baldige Antwort baldigst gewärtige grüßen ich bestens Dankend mit kommunistischen Gruß

Max Süß.

Brief von Max Süß aus Annaberg (Erzgebirge) vom 21. Februar 1930

der heutigen Situation ... kann die Losung der Volksrevolution nicht als kurzfristige Aktionslosung angewandt werden. Heute ist die Losung der Volksrevolution eine zentrale, zusammenfassende Propagandalosung, das strategische Hauptziel, zu dem wir die Massen auf der Linie unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms voranführen und sammeln.«[3]

In seinen weiteren Ausführungen ging Ernst Thälmann von der grundlegenden Erkenntnis aus, daß in den entwickelten kapitalistischen Ländern historisch die proletarische Revolution auf der Tagesordnung steht, seit der Kapitalismus in sein letztes Stadium, das des Imperialismus, eingetreten ist. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hatte das nachdrücklich bestätigt. Durch das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats als dem einzigen Weg zum Sozialismus unterschieden sich die revolutionären Kräfte von den Opportunisten. Darin drückte sich ihr Verständnis für den grundlegenden Klassengegensatz aus, die prinzipielle Ablehnung, Klassenpositionen zu verwischen, die Gewißheit, daß der 1917 eingeleitete Übergang der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats nicht auf Rußland beschränkt bleiben würde, sondern ein gesetzmäßiger historischer Prozeß ist. Es war für die Erziehung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut unbedingt erforderlich, dies zu propagieren, um so mehr, als die Antikommunisten in allen Tonarten gerade die Lehre von der Diktatur des Proletariats verfälschten und verketzerten.

Die Betonung der prinzipiellen Alternative in der täglichen Agitation der Kommunisten war sehr stark durch das Schicksal der Novemberrevolution, durch die Erfahrungen mit der imperialistischen Weimarer Republik und durch die Haltung der Sozialdemokratie sowie durch die objektive ökonomische Lage bestimmt. Unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie war der Imperialismus in Deutschland wiedererstarkt; die als »demokratisch« gefeierte Weimarer Verfassung gab jetzt sogar die Tarnung für die Vorbereitung eines faschistischen Umsturzes ab. Der vom Opportunismus beschrittene, angeblich zum Sozialismus führende Weg hatte keinerlei Hindernisse für den Übergang zu einer reaktionären Präsidialdiktatur, zur Faschisierung errichtet.

Die äußerst scharfe Wirtschaftskrise, die Abwälzung ihrer Lasten auf die Werktätigen, die rasche Verelendung von Millionen Menschen machten es erst recht notwendig, den kapitalistischen Bankrott direkt mit dem sozialistischen Ausweg zu konfrontieren. »In Deutschland stehen vor

3 Ebenda, S. 31.

uns zwei Wege«, hatte Ernst Thälmann in diesem Sinne auf der Berliner Parteiarbeiterkonferenz im September des Vorjahres erklärt: »Der eine Weg, den die Bourgeoisie beschreitet: Durchführung des Young-Plans, der Weg des Faschismus, die offene faschistische Diktatur. Der andere Weg ist der, der zur proletarischen Macht führt: Zerreißung der Young-Ketten und Erfüllung unseres Freiheitsprogramms. Das ist der Weg zur Freiheit, zum Sieg der proletarischen Diktatur, der wirklichen proletarischen Demokratie in Deutschland.«[4] Ernst Thälmann interpretierte damit die Alternative, wie sie historisch grundsätzlich gegeben war, und wurde darin durch die Tatsache bestärkt, daß der Faschismus ein Produkt der Fäulnis des Kapitalismus ist.

Überdies traten die erbittertsten Feinde des Sozialismus, die Faschisten, selbst unter der Flagge des Sozialismus auf. Die KPD sah sich veranlaßt, gegen diesen Mißbrauch des Begriffes Sozialismus den in der Sowjetunion schon bestehenden Sozialismus ins Feld zu führen und klarzustellen, daß die Grundbedingungen dafür, den Sozialismus zu verwirklichen, die Ersetzung der Macht der Monopole durch die Macht der Arbeiterklasse sowie die Enteignung der Kapitalisten und die Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum sind.

Aber sowohl, um dieses Ziel des proletarischen Klassenkampfes zu erreichen, als auch, um die unmittelbaren nächsten Interessen der Arbeiter zu verteidigen und dem Faschismus den Weg zu verlegen, reichte es nicht aus, die prinzipiell richtige Position der Kommunisten in der Frage der Macht und in der Frage der geschichtlichen Perspektive darzustellen. Die KPD mußte das Problem lösen, wie und mit welchen Argumenten jene Werktätigen für den gemeinsamen Kampf mit der KPD gegen Faschismus und Imperialismus, für den Sturz der Macht des Monopolkapitals gewonnen werden konnten, die noch nicht davon überzeugt waren, daß der Kapitalismus beseitigt werden mußte und daß dies nur auf revolutionärem Wege möglich ist. Sie hatte die nächsten Schritte auf dem Wege des Kampfes für den Sozialismus herauszufinden.

Über die Schwierigkeiten dieser Aufgabe machte sich Ernst Thälmann keine Illusionen. Nach seiner Überzeugung – die von den anderen führenden Genossen der KPD und der internationalen kommunistischen Bewegung geteilt wurde – galt es zunächst einmal, den Werktätigen, die schwer unter der Kapitaloffensive und den Folgen der Wirtschaftskrise

4 Ernst Thälmann: Unser Weg zur Freiheit. In: Die Rote Fahne, 20. September 1930.

litten und vom Faschismus bedroht waren, diese ihre objektive Lage und deren gesellschaftliche Ursachen bewußt zu machen. Die Kommunisten mußten nachweisen, wer an dem Elend schuld war. Sie mußten einen Ausweg zeigen, der den Arbeitern und anderen Werktätigen verständlich war, den zu gehen diese bereit waren.

Dies war, wie die Praxis zeigte, um so schwieriger, als die sehr erfahrene deutsche Großbourgeoisie mit allen Mitteln der faschistischen Massenverführung wie auch mit den traditionellen Methoden, vor allem denen der klerikalen Parteien, große Teile des werktätigen Volkes in die Irre leitete. Und zudem fuhr die Führung der Sozialdemokratie fort, einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse falsch zu orientieren. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen hatten mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie rasch die Gefahr anwuchs, daß der Imperialismus mit seinem faschistischen Angriff Erfolg haben könnte. Und jeder Tag verdeutlichte es Ernst Thälmann aufs neue, welch hohen Anspruch es an die politische Reife der KPD stellte, den Schachzügen jener Parteien begegnen zu können, deren Politik der Erhaltung der imperialistischen Herrschaft diente oder die gar die faschistische Offensive der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals vorantrieben.

Außerordentlich viel hing davon ab, daß die KPD eine wirkungsvolle, breite Schichten erfassende Politik betrieb, die auf den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und auf ein breites Bündnis der Werktätigen gegen Faschismus und Imperialismus abzielte. Nur darin lag noch die Chance, daß dem deutschen Volk das schreckliche Geschick erspart blieb, das ihm zu bereiten die herrschende Klasse im Begriffe stand. Es kam darauf an, eine Politik zu entwickeln, die die Arbeiterklasse befähigte, ihre Rolle als Hegemon des Volkskampfes gegen das Großkapital zu realisieren.

Ein so kompliziertes politisches Problem zu lösen, wie es die Bestimmung des konkreten Verhältnisses von Abwehr der faschistischen Gefahr und Vorbereitung einer grundlegenden Umwälzung der Machtverhältnisse darstellte, entsprechende wirksame Losungen und Methoden zur Formierung der Massen gegen Faschismus und Kapitalismus zu entwickeln und diese ihre Politik unter den gegebenen Bedingungen und gegen schwerste Widerstände anderer politischer Kräfte dann auch in der gebotenen Schnelligkeit durchzusetzen – dazu mußte die KPD jedoch noch viele praktische Erfahrungen sammeln und theoretisch verallgemeinern, was geraumer Zeit bedurfte. In der Orientierung, die Ernst Thälmann der Partei gab, waren viele Hinweise auf einzelne Schritte, auf

konkrete Kampfziele enthalten. Ebenso enthielten die Beschlüsse der KPD aus den zurückliegenden Monaten und Jahren zahlreiche solche praktischen Zielsetzungen. Und als Thälmann im Oktober 1929 vor dem Zentralkomitee über die Möglichkeiten gesprochen hatte, die Massen des Volkes zu sammeln, war in seiner Rede der Zweifel unüberhörbar gewesen, ob zum Beispiel eine Losung »Gegen die faschistische Diktatur – für die proletarische Diktatur« nicht zu allgemein sei, um breite Massen anzuziehen.

Die Partei habe, hatte er damals hervorgehoben[5], ungeheuer viele taktische Wege, Teilaufgaben, um die Mehrheit der Arbeiterklasse und andere Gruppen und Schichten der Ausgebeuteten und Unterdrückten Schritt für Schritt an den Kampf um die Diktatur des Proletariats heranzuführen, zumal er sich darüber im klaren war, daß der nächste Abschnitt auf diesem Wege eben die Abwehr der faschistischen Gefahr sein mußte. Alle seine Überlegungen zielten natürlich darauf ab, den Weg immer genauer zu bestimmen und geeignete Schritte zu erproben, die die Partei in den Stand setzten, in dem Moment, in dem die Klassengegensätze sich aufs äußerste zuspitzten, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in die proletarische Revolution zu führen, zum Siege über die Bourgeoisie.

In seinem Referat vor dem Zentralkomitee im Januar 1931 war Thälmann bestrebt, diese Zusammenhänge tiefgründig zu erläutern. Er erörterte die Losung der Volksrevolution als die Klammer, die das revolutionäre Ziel der kommunistischen Partei mit der Voraussetzung, die dafür geschaffen werden mußte, einem Bündnis aller Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse, verbinden sollte.

»Bedeutet die Losung der Volksrevolution eine Verwischung der klaren, klassenmäßigen Zielsetzung unserer revolutionären Aufgaben?« fragte Ernst Thälmann und beantwortete diese Frage zunächst ganz im Sinne der erwähnten grundsätzlichen Position der Kommunisten so: »Keineswegs! Die Losung der Volksrevolution ist ausschließlich ein Synonym der proletarischen Revolution, eine populäre Formulierung«; er ergänzte diese Aussage aber sofort: »die dabei die Lehre Lenins in sich schließt, daß das Proletariat unter Führung der revolutionären Partei sich die Werktätigen in Stadt und Land zu Bundesgenossen machen muß«.[6]

Auf diesen letzten Gedanken legte er an anderer Stelle noch stärker das Gewicht, ja er erweiterte ihn dahingehend, daß dieses Bündnis nicht erst

5 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/74.

6 Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland, S. 31.

für die Revolution selbst entscheidend ist, deren Träger die Arbeiterklasse nicht allein sein kann, und für das Herankommen an die Revolution, sondern überhaupt Grundzug der Politik der kommunistischen Partei sein muß: »Die Volksrevolution als strategische Hauptlosung bedeutet also nicht nur eine populäre Formulierung für den Begriff der sozialistischen, proletarischen Revolution, sondern zu gleicher Zeit auch eine stärkere Einbeziehung der breiten Mittelschichten in der gegenwärtigen Situation in die revolutionäre Klassenfront.«[7]

Der Sinn der neuen Losung bestand nach Thälmanns Ansicht vor allem darin, die Vorstellung von der Hegemonie des Proletariats und von Inhalt und Aufgaben des revolutionären Kampfes zu verdeutlichen und zu erweitern. Er verlangte, die antifaschistische und antimonopolistische Bündnispolitik der Partei energischer und breiter anzupacken. Er verwies ausdrücklich auf die Klein- und Mittelbauern, den städtischen Mittelstand und die Beamten, unterstrich aber mehrfach die zentrale Bedeutung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft für das Zustandekommen einer breiten Volksbewegung, die stark genug war, den Anschlag des deutschen Imperialismus abzuwehren, Deutschland aus dem unheilvollen Kreislauf von Imperialismus, Krise, Faschismus und Krieg zu befreien, einen Ausweg zu erzwingen, der im Interesse des Volkes lag.

Seine Ausführungen halfen der Partei, zielgerichteter für die Tagesinteressen aller Werktätigen, für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes zu kämpfen und die große revolutionäre Bedeutung gerade dieser Arbeit für das Zustandekommen einer Massenbewegung gegen den Imperialismus besser zu verstehen. Sie machten den deutschen Kommunisten das Wesen der proletarischen Hegemonie deutlicher: zum einen, daß nur unter der Führung der Arbeiterklasse die anderen werktätigen Klassen und Schichten eine echte Perspektive haben, zum anderen, daß die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei die anderen Werktätigen nur durch ihr konsequentes Eintreten für die Volksrechte um sich scharen können.

Auf der Tagung des Zentralkomitees unterstützten unter anderen das Mitglied des Sekretariats des ZK Fritz Heckert, die Politischen Sekretäre der Bezirke Berlin, Halle-Merseburg, Sachsen und Wasserkante, Walter Ulbricht, Wilhelm Koenen, Rudolf Renner und Hermann Schubert, sowie der zweite Vorsitzende des KJVD, Artur Becker, Thälmanns Auffassung

7 Ebenda, S. 32.

ausdrücklich. Dieser Ansicht stimmte ebenfalls eine große Zahl anderer Funktionäre zu, wie Willi Koska, der führend in der Roten Hilfe tätig war, Fritz Lange von der Leitung des Kampfbundes gegen den Faschismus und Heinrich Rau aus der Abteilung Land des Zentralkomitees.[8]

Die Ausführungen Ernst Thälmanns über die Volksrevolution vermittelten wichtige Anregungen zum Inhalt des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und zu dessen Verlauf. Bemerkenswerterweise hielt es Ernst Thälmann für notwendig, nachdem er die Losung der Volksrevolution als Synonym für proletarische Revolution definiert hatte, jenen Satz aus »Staat und Revolution« zu zitieren, in dem Lenin die Menschewiki folgendermaßen kritisiert: »Sie haben den Marxismus zu einem so armselig-liberalen Zerrbild herabgewürdigt, daß für sie außer der Gegenüberstellung von bürgerlicher und proletarischer Revolution nichts anderes existiert, und selbst diese Gegenüberstellung wird von ihnen unglaublich starr aufgefaßt.«[9] An anderer Stelle bezog Thälmann sich auf Lenins »Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution«, zitierte die Sätze, in denen Lenin über den Zusammenhang zwischen der Vollendung des demokratischen Umsturzes und dem sozialistischen Umsturz spricht, und nannte sie »gewissermaßen eine praktische Ausführung des Begriffs Volksrevolution«[10].

Ernst Thälmanns Überlegungen waren insofern auch ein Versuch, genauere Vorstellungen über den gesamten revolutionären Übergangsprozeß zu erarbeiten, auf den sich die Partei mit der weiteren Zuspitzung der Widersprüche des Imperialismus vorbereiten mußte. Er war bemüht, die Strategie und Taktik der Partei so weiterzuentwickeln, daß die Kommunisten noch wirkungsvoller die Interessen der Arbeiterklasse angesichts der neuen Anforderungen verfechten konnten.

Mit der Ausarbeitung und Begründung der Losung der Volksrevolution leisteten die KPD und in erster Linie Ernst Thälmann im Rahmen der allgemein in der kommunistischen Bewegung anerkannten Auffassungen einen wichtigen theoretischen Beitrag zur Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie.

Für Ernst Thälmann war das Wichtigste und Nächste die Sammlung der Kräfte; darum betonte er, daß »in der Gewinnung der Massen der

8 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/78.

9 W. I. Lenin: Werke, Bd. 25, S. 429.

10 Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland, S. 32. – Vgl. auch W. I. Lenin: Werke, Bd. 9, S. 90.

große Begriff und die Grundidee der Volksrevolution« liegt. Diese Grundidee bestimmte alle Abschnitte des Referats, in denen Thälmann sich mit der Einheitsfrontpolitik, mit gewerkschaftspolitischen Problemen, Fragen der innerparteilichen Arbeit, den Arbeitsmethoden der Partei und ihrer Presse und anderem beschäftigte. Nachdrücklich verwies er darauf, daß »die Einheitsfrontpolitik den ausschlaggebenden Hebel zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse darstellt«[11]. Es komme darauf an, der Front der Reaktion die Einheitsfront der Arbeiterklasse entgegenzustellen. Energischer als bisher müßten auch Frauen und Jugendliche in den Kampf gegen die Offensive des Kapitals und gegen die Faschisierungspolitik einbezogen werden. Kein einziger Teil der Arbeiterklasse dürfe in der politischen Arbeit vernachlässigt werden, beispielsweise auch nicht die Angestellten. Es gelte vielmehr, den Angestellten und den kleinen Beamten, deren berufliche Stellung und Lebensweise sie der ideologischen Beeinflussung durch die Bourgeoisie besonders aussetzte, die aber nichtsdestoweniger zur Arbeiterklasse gehörten, zu helfen, ihren Platz in der Arbeiterklasse und in deren Klassenkampf einzunehmen.

In der Aufgabenstellung für den unmittelbaren Kampf, die Ernst Thälmann vor dem Zentralkomitee entwickelte, widerspiegelten sich seine realistische Einschätzung der gegebenen Lage und sein tiefes Verständnis für die Stimmung der Massen. »Heute steht als zentrale Aktionslosung der Massenkampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur. Wir müssen«, erklärte Ernst Thälmann, »um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen und die wirtschaftlichen und die politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen.«[12] Der Grundsatz, jedes Stück an Demokratie, das noch geblieben war, zu verteidigen, bestimmte das Handeln Ernst Thälmanns. Er wußte, daß nur so die Volksmassen in den antifaschistischen Kampf geführt werden konnten.

Dieser Grundsatz befähigte Ernst Thälmann und seine Partei, wirksam gegen die faschistische Gefahr zu kämpfen. Für die Kommunisten war die Demokratie kein abstrakter Begriff, erschöpfte sie sich nicht in den Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus. Der Boden, den die Kommunisten gegen den Faschismus verteidigten, das waren die realen Rechte und Freiheiten der Werktätigen.

In den Wochen nach der Tagung des Zentralkomitees arbeitete Ernst

11 IML, ZPA, I 2/1/78. – Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland, S. 35.

12 Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland, S. 31.

Thälmann detaillierte Vorschläge für das Auftreten der Reichstagsfraktion der Partei aus, die unter anderem deren Anträge auf eine Besteuerung der Millionäre, auf Streichung des § 218 des Strafgesetzbuches, auf Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen betrafen. Ferner schrieb er für »Die Kommunistische Internationale« einen Aufsatz über die Grundprobleme der Tagung des Zentralkomitees, referierte in den Sitzungen des Politbüros mehrmals zur Entwicklung der politischen Lage und legte auf Kundgebungen öffentlich den Standpunkt der Partei dar. In Köln und in Braunschweig sprach er anläßlich der dortigen Kommunalwahlen.[13]

Die immer umfangreicher werdende Arbeit konnte Thälmann ohne direkte tägliche Unterstützung durch einen ständigen politischen Mitarbeiter nicht mehr bewältigen. Am 20. März beschloß daher das Politbüro, dem Parteivorsitzenden zur Unterstützung Werner Hirsch als persönlichen Mitarbeiter beizugeben, der zuletzt Leiter der Agitpropabteilung des Zentralkomitees gewesen war. Werner Hirsch, Teilnehmer des Gründungsparteitages der KPD, hatte sich in vielen Funktionen und als fähiger Propagandist bewährt. Ernst Thälmann kannte ihn aus der gemeinsamen Arbeit – so war Werner Hirsch auf der letzten Wahlreise im August und September 1930 sein Begleiter gewesen und hatte auf den Parallelkundgebungen gesprochen. In dem dreizehn Jahre Jüngeren fand Thälmann einen zuverlässigen Mitarbeiter.[14]

In diesen Wochen und Monaten zu Beginn des Jahres 1931 verschärften sich die Angriffe der Faschisten weiter. Im Januar verübten sie Anschläge und Morde in Berlin, Bochum, Fürstenwalde, Köln, Recklinghausen, Stendal, Stralsund und anderen Orten. Am 26. Januar wurden bei einem Überfall von Nazis und Polizei in Geesthacht zwei Jungarbeiter getötet. Ernst Thälmann nahm an ihrer Beisetzung teil. Am 6. Februar erwies er zusammen mit Tausenden Berliner Arbeitern zwei ermordeten Kameraden des illegalen RFB die letzte Ehre.[15]

Am 25. Februar, dem internationalen Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit, erschoß die Polizei bei einer Erwerbslosendemonstration in

13 Vgl. IML, ZPA, 3/19/757. – Ernst Thälmann: Die KPD im Vormarsch. In: Die Kommunistische Internationale, 1931, H. 5/6, S. 189–205. – IML, ZPA, 3/1/755. – Ernst Thälmanns Abrechnung mit den Nazis. Aus der Rede in Braunschweig. In: Die Rote Fahne, 1. März 1931.

14 Vgl. IML, ZPA, 3/1/755.

15 Vgl. Mord und immer wieder Mord. Eine Chronik, S. 25/26. – Die Rote Fahne, 3., 7. Februar 1931.

Leipzig vier Demonstranten, und am 15. März überfielen und ermordeten die Nazis in Hamburg den kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Henning, einen langjährigen Kampfgefährten Ernst Thälmanns, Barrikadenkämpfer vom Oktober 1923. Der kommunistische Verleger Louis Cahnbley und drei weitere Personen wurden bei dem Überfall verletzt. 35 000 Arbeiter und Arbeiterfrauen gaben dem toten Vorkämpfer der revolutionären Bewegung in Hamburg das letzte Geleit zum Ohlsdorfer Friedhof. Die Polizei der von einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition regierten Hansestadt hatte ein Demonstrationsverbot verhängt. Sie schoß auf den Trauerzug und tötete einen Arbeiter. Die Hamburger SA blieb von der Polizei unbehelligt, obwohl sie sich in einem ihrer blutrünstigen Landsknechtslieder öffentlich nicht nur des Mordes an Ernst Henning rühmte, sondern die Absicht verkündete, ebenso den Bürgerschaftsabgeordneten und Vorsitzenden des Kampfkomitees gegen das Verbot des RFB im Bezirk Wasserkante, Etkar André, und Ernst Thälmann »kaltzumachen«.

In seiner Gedenkrede sagte Ernst Thälmann dem mörderischen Faschismus unerbittlichen Kampf an. »... unsere Brüder fallen nicht umsonst. Wie ihr Kampf, so ist auch ihr Tod der Zukunft geweiht.« Es gelte, einen kühlen Kopf zu behalten und systematisch die Kräfte der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zu organisieren, um die faschistischen Mordbanden niederzuwerfen. Nur dieser geduldige und aufopfernde Kampf gegen Faschismus und Imperialismus könne die bessere Zukunft sichern, nur durch ihn werde das Vermächtnis der toten Revolutionäre erfüllt werden. »Mit Verboten und Pistolenschüssen kann man unsere Bewegung nicht aufhalten... Für den gefallenen Kämpfer werden neue in die Bresche springen«, schloß Ernst Thälmann seine Rede.[16]

Die brutalen Übergriffe der Faschisten, ihr Mordterror und die unübersehbare Tatsache, daß sie im Einvernehmen mit den herrschenden Kreisen handelten, waren den rechten Führern der Sozialdemokratie noch immer nicht Anlaß genug, ihre Politik zu überprüfen. Sie paktierten weiterhin mit der Reaktion und verhinderten, daß die großen Organisationen, die unter ihrer Führung standen, über Einzelaktionen hinaus zu einer großen Widerstandskraft gegen die Angriffe des Monopolkapitals und der Faschisten wurden. Die SPD-Fraktion im Reichstag half, Mißtrauensanträge gegen das Brüning-Kabinett und Anträge auf Außer-

16 Die Rote Fahne, 22. März 1931.

kraftsetzung der Notverordnungen, die die Fraktion der KPD stellte, niederzustimmen. Im Ältestenrat beteiligten sich die Vertreter der SPD daran, durch häufige und lange Vertagung des Reichstages das Parlament immer mehr auszuschalten. Gleichzeitig führten die sozialdemokratischen Minister in den Ländern die Notverordnungen gehorsam aus, und sozialdemokratische Polizeipräsidenten setzten die Polizei gegen die aufbegehrenden Massen und gegen jene Arbeiter ein, die den faschistischen Terrorbanden entgegentreten wollten.

Am 17. März 1931 gingen Otto Wels, Rudolf Hilferding und andere sozialdemokratische Führer in einer internen Besprechung mit Brüning und anderen Regierungsmitgliedern so weit, diesen zuzusichern, die SPD werde die angekündigten Haushalts- und Zollermächtigungsgesetze im Reichstag passieren lassen und einer anschließenden Vertagung des Reichstages bis Oktober zustimmen. Die rechten Führer der Sozialdemokratie erklärten, daß sie »gegen diktatorische Vollmachten« für die Regierung »keine Bedenken« hätten. Allerdings dürfe die Regierung im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag »der Sozialdemokratie die Situation nicht allzusehr ... erschweren«. Man müsse sich auch psychologisch mit Rücksicht auf die Anhänger der Sozialdemokratie so einstellen, bat Otto Wels, daß die Führer der Sozialdemokratie auf ihrem für Ende Mai geplanten Parteitag »einen gewissen Erfolg« erzielen könnten.[17]

Drei Tage darauf ermöglichte es die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag durch ihre Stimmenthaltung, daß der Brüning-Regierung neue große Beträge für die Fortsetzung des Panzerkreuzerbaus bewilligt wurden. Der Vorgang war um so skandalöser, als zu dieser Zeit die Naziabgeordneten aus demagogischen Gründen den Sitzungen des Reichstages fernblieben und dadurch die Fraktionen der SPD und der KPD eine Mehrheit gegen die Regierungsforderungen hätten bilden können. Den Mitgliedern und Wählern der Sozialdemokratie redeten der Parteivorstand und seine Presse ein, daß man Brüning halten müsse. Die Ablehnung der Rüstungskredite und damit sein Sturz hätte angeblich unvermeidlich die Bildung einer noch reaktionäreren, womöglich einer Hitlerregierung zur Folge. Demgegenüber sei Brüning schließlich das »kleinere Übel«. Diese Argumentation zog in typisch opportunistischer Manier den Gedanken an politische Schritte außerhalb des Parlaments, die die Fortsetzung des Rechtskurses der herrschenden Klasse und die

17 Bundesarchiv Koblenz, Akten der Reichskanzlei, R 43 I/1021. Zit. nach Das Ende der Parteien 1933. Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf (1960), S. 203.

Ernennung eines noch reaktionäreren Kabinetts verhindern konnten, gar nicht in Betracht.

Dieses Mal hatten allerdings die rechtssozialdemokratischen Führer das Maß des ihrer Partei Zumutbaren in gewisser Hinsicht überschritten. Bei der Abstimmung am 20. März beugten sich neun sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete nicht dem Fraktionszwang und stimmten mit den Kommunisten gegen den Etat und gegen die Bewilligung der Gelder für den Panzerkreuzerbau. In der Folge verlangten sie offen, die Linie zu revidieren, die der Parteivorstand und die Mehrheit der Reichstagsfraktion verfolgte. Damit kam bis dahin am deutlichsten zum Ausdruck, daß es in der SPD eine Opposition gegen die Politik der rechten Führer gab. Sie äußerte sich vornehmlich in Kreisen der sozialdemokratischen Jugend.

Etwa zur selben Zeit, als die Unterstützung der SPD-Führung für Brüning so offenkundig wurde, unternahmen die leitenden rechtssozialdemokratischen Funktionäre des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, der Nachfolgeorganisation des Transportarbeiter-Verbandes bzw. des Deutschen Verkehrsbundes, eine üble antikommunistische Provokation. In einem Brief vom 18. März 1931 teilte die Hamburger Verwaltungsstelle dem Mitglied des Gesamtverbandes Ernst Thälmann mit, sie habe beim Verbandsvorstand den Antrag gestellt, ihn aus der Gewerkschaft auszuschließen. Als Grund wurde angegeben, daß Ernst Thälmann Vorsitzender der KPD sei und daß die Gewerkschaftspolitik der KPD »störend« wirke. Tatsächlich aber »störte« die Politik kommunistischer Gewerkschafter nicht nur nicht, sondern entsprach vollauf der Erfüllung jenes Auftrages, um dessentwillen sich die Arbeiter ihre Klassenorganisation geschaffen hatten, dem die freien Gewerkschaften unter reformistischer Führung allerdings immer weniger nachkamen. Sie störte vielmehr die Unternehmer bei der Weiterführung des Lohnabbaus und in ihrem Bestreben, die Arbeitsbedingungen fortwährend weiter zu verschlechtern; sie störte auch die Reformisten bei ihrem Bemühen, dies ohne Gegenwehr der Arbeiter geschehen zu lassen, die Gewerkschaften dazu zu mißbrauchen, die Arbeiter zur passiven Hinnahme der Kapitaloffensive zu nötigen. In den Tagen, als der provokatorische Brief der Hamburger Reformisten geschrieben wurde, zeugten von dieser Art »Störung« Streiks in verschiedenen Orten. In Spandau und Reinickendorf wehrten sich die Belegschaften einzelner Betriebe unter Führung des

kleinen Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins gegen einen Lohnabbau. In Forst und Radeberg streikten Textilarbeiter. 300 Beschäftigte der Zinnwerke Wilmersdorf traten unter Führung der RGO ebenfalls in den Streik. Seit drei Wochen befanden sich Arbeiter des Sägewerks in Finowfurt im Ausstand. In Celle begann ein Streik der zur Notstandsarbeit Verpflichteten, der nach zehn Tagen erfolgreich beendet werden konnte. Bei den Berliner Metallschleifern waren Mitglieder des Einheitsverbandes der Metallarbeiter und des reformistisch geführten Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gemeinsam vorgegangen und hatten soeben einen einstimmigen Streikbeschluß erreicht. Der Streik hielt bis in den April hinein an.

Seit Ernst Thälmann mehr als 27 Jahre zuvor Mitglied des Transportarbeiter-Verbandes geworden war, hatte er die Ziele verfochten, für die sich die Arbeiterklasse ihre Gewerkschaften geschaffen hatte. Getragen vom Vertrauen seiner Kollegen, hatte er viele Jahre lang gewerkschaftliche Funktionen ausgeübt. Als Funktionär und Führer der Kommunistischen Partei war er zugleich ihr bester Gewerkschaftspolitiker, dessen Sinnen und Trachten darauf gerichtet war, die Lage der Arbeiter zu verbessern und ihre große Klassenorganisation zu stärken, der seine Genossen dazu erzog, die Arbeit für die Interessen ihrer Kollegen im Betrieb und in der Gewerkschaft als ihre Hauptaufgabe zu erkennen. Im Oktober 1928 hatte der Bundes-Vorstand des Deutschen Verkehrsbundes ihm noch eine Ehrenurkunde »als Anerkennung für bewiesene Treue und hingebende Arbeit im Dienst der Organisation während der 25jährigen Mitgliedschaft«[18] gewidmet. Aber freilich war Ernst Thälmann nie ein den reformistischen Verbandsfunktionären bequemer Gewerkschafter gewesen; immer hatte er sich für die Arbeiterinteressen eingesetzt und harte Kritik an der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie geübt.

In seiner Entgegnung, die Ernst Thälmann am 23. März 1931 an die Hamburger Bezirksverwaltung des Gesamtverbandes richtete[19], bekannte er sich stolz zu seiner revolutionären Gewerkschaftspolitik: »Genauso wie Tausende meiner Kollegen in diesem Verband und Zehntausende in anderen Verbänden habe ich als Funktionär im Laufe von vielen Jahren

18 IML, ZPA, NL 3/3.

19 Der Vorgang war am 23. März im Sekretariat des ZK beraten worden, anwesend waren dabei neben Ernst Thälmann Franz Dahlem, Leo Flieg, Fritz Heckert und Walter Ulbricht. Da Ernst Thälmann unmittelbar darauf zur Tagung des EKKI abreisen mußte, wurde Franz Dahlem mit der endgültigen Durchsicht der Antwort beauftragt. (Vgl. IML, ZPA, 3/19/757.)

für die freien Gewerkschaften gewirkt, die durch mühselige Arbeit und Opfer von Millionen deutscher Arbeiter groß und stark wurden. Die deutsche Arbeiterklasse wollte sich in den freien Gewerkschaften einen Schutzwall gegen die Unternehmer, eine Kampforganisation zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen schaffen. Sie wollte darüber hinaus, getreu den Lehren von Marx, einen mächtigen Sturmblock zur Zerschmetterung des gesamten Systems der Lohnsklaverei bauen.« Die reformistischen Führer klagte er an, die Gewerkschaften »aus Organisationen des Klassenkampfes zu Organisationen der Unterstützung der kapitalistischen Wirtschaft und der kapitalistischen Staatsmacht« gemacht zu haben und »zum Streikbrecher aus Prinzip« geworden zu sein. Er bekenne sich »schuldig«, schrieb er, an der Spitze der kommunistischen Bewegung dafür zu wirken, den »von der Gewerkschaftsbürokratie zerstörten Schutzwall« wiederherzustellen, dafür zu kämpfen, daß »die besten Traditionen des mehr als 60jährigen gewerkschaftlichen Klassenkampfes in Deutschland« lebendig bleiben.

»Ihr habt die Möglichkeit, mich, der ich Jahrzehnte für den Verband gewirkt habe, auszuschließen«, schloß Ernst Thälmann; aber den proletarischen Klassenkampf werde man mit papiernen Ausschlüssen sowenig von der Bahn des Sieges abdrängen wie mit dem Polizeiknüppel oder den Meuchelmorden der Hitlerschen Schutzgarden des Kapitals. Die Geschichte werde ihren Weg gehen, und zusammen mit den Ausbeutern würden auch deren Lakaien hinweggefegt werden. »Das ist es, was ich Euch auf Euer Schreiben vom 18. März 1931 zu ›meiner Rechtfertigung‹ zu sagen habe.«[20] Am 8. April schloß der Verbandsvorstand des Gesamtverbandes »gemäß § 5, Ziffer 1 a und b der Verbandssatzung«[21] Ernst Thälmann aus.

Ernst Thälmann und seine Partei ließen sich durch derartige Machenschaften nicht darin beirren, allen Widerständen zum Trotz für die Interessen der Notleidenden einzutreten. Davon zeugten in diesen Wochen neben anderen Kämpfen – in Thüringen kam es Ende März und im Gebiet von Danzig in der zweiten Aprilhälfte zu Landarbeiterstreiks, in Essen beteiligten sich am 18. April 20000 Erwerbslose und Arbeiter an einem Hungermarsch, zu dem die KPD aufgerufen hatte – Streiks der Bauarbeiter in ganz Deutschland. Der Versuch der Bauunternehmer, das Ablaufen der Tarifverträge Ende März zu einem allgemeinen weit-

20 Die Rote Fahne, 5. April 1931.

21 Ebenda, 12. April 1931.

gehenden Lohnabbau auszunutzen, war von den staatlichen Schlichtungsbehörden unterstützt worden, die überall Schiedssprüche in diesem Sinne fällten. Dagegen setzten sich zuerst Bauarbeiter im Saargebiet zur Wehr. Auf Anregung der RGO begann am 1. April auch in Berlin der Streik, und bald wurde hier und im Rheinland, in Westfalen und im Saarland auf fast allen Baustellen nicht mehr gearbeitet. In Sachsen griffen die Bauunternehmer zur Aussperrung. Tausende streikten auch in Bremen, Halle, Hamburg, Offenbach, Mannheim und in vielen kleineren Städten wie Bitterfeld, Delitzsch, Mühlhausen, Rudolstadt, Schleusingen und Weißenfels. Bis Mitte April hielt der Kampf an, dem sich vielfach die örtlichen Gruppen des freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverbandes angeschlossen hatten. Dann bröckelte die Streikfront ab, weil die reformistischen Gewerkschaftsführer einen neuen Schiedsspruch für bindend erklärten.

Das gesamte Verhalten der rechten sozialdemokratischen Führer bestärkte die KPD in ihrer Einschätzung der Sozialdemokratie. Ernst Thälmann verurteilte deren für das werktätige Volk so verhängnisvolle Politik auf das schärfste und forderte deshalb, den Einfluß der Führung der SPD in der Arbeiterklasse zu brechen. Bei der Einschätzung der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie betonte er jedoch immer – so auf der Tagung des Zentralkomitees im Januar 1931 –, die SPD stelle »das Haupthindernis für die proletarische Revolution im Lager der Arbeiterklasse« dar, es sei aber klar, daß »der Hauptfeind des Proletariats im Rahmen des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, gegen den Kapitalismus in Deutschland, heute der Faschismus ist«. In derselben Rede berief er sich ausdrücklich auf die »glatte Selbstverständlichkeit«[22], daß zwischen der Führerschaft der SPD und den unteren Funktionären sowie den sozialdemokratischen Arbeitern und Erwerbslosen zu unterscheiden sei, daß man nicht etwa die Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie für die Politik ihrer Partei verantwortlich machen dürfe. Die Aufnahme einer entsprechenden Formulierung in die Resolution, auf die er hier Bezug nahm, hatte Ernst Thälmann auf der Tagung des Zentralkomitees im März 1930 noch gegen andere Ansichten durchsetzen müssen.

Allerdings war auch im Frühjahr 1931 die »Selbstverständlichkeit«, von der Ernst Thälmann sprach, nicht für alle Genossen selbstverständlich. Die Tolerierung der Brüning-Regierung und die Unterstützung der Faschisierung durch die Führung der SPD gaben der falschen Charakterisierung der rechtssozialdemokratischen Politik als »sozialfaschistisch« immer wieder Nahrung. Ebenso führte das systematische Unterbinden gewerkschaftlicher Abwehrmaßnahmen durch die reformistischen Gewerkschaftsführer zu manchem Urteil über die Sozialdemokratie, das deren Wesen nicht allseitig erfaßte und das, statt den Bedürfnissen der Einheitsfrontpolitik Rechnung zu tragen, diese Politik eher erschwerte.

22 Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland, S. 36, 35.

Mit der Losung der Volksrevolution war die Orientierung gegeben worden, ein breites Bündnis aller Werktätigen anzustreben. Bei der Umsetzung dieser Orientierung in die Praxis wandte sich Ernst Thälmann mit besonderer Energie den Problemen der werktätigen Bauern zu. Das waren die wichtigsten potentiellen Bundesgenossen der Arbeiterklasse, und auf sie zielte andererseits die Demagogie der Nazis in besonderem Maße. Die werktätigen Bauern brauchten objektiv am dringendsten die politische Hilfe der Arbeiterklasse. Ernst Thälmann drängte auf eine wirksamere Bauernpolitik der Partei. Landsonntage, das heißt Agitationseinsätze in den Dörfern, und die zahlreichen Anträge der KPD in den Parlamenten, den durch die Krise aber auch durch Unwetter und andere Ursachen besonders betroffenen Gruppen von Kleinbauern, Winzern, Fischern zu helfen, genügten nicht mehr, wie er betonte, um den werktätigen Bauern klarzumachen, daß die KPD ernsthaft, ehrlich und als einzige politische Partei für ihre, der Bauern, Interessen eintrat. Es galt, auch auf dem Land den außerparlamentarischen Kampf zu organisieren und dabei an die Bedürfnisse der werktätigen Bauern anzuknüpfen. So war zum Beispiel der Widerstand der Bauern gegen die Zwangsversteigerung ihrer Äcker, ihrer Höfe und ihres Viehs zu unterstützen, der sich damals in vielen Gebieten, hauptsächlich in Nord- und Mitteldeutschland, zu entwickeln begann.

Ernst Thälmann ließ es sich darum auch nicht nehmen, persönlich sehr genau die Sorgen der Bauern und ihre Not kennenzulernen. Er machte sich nicht nur mit Statistiken, Marktberichten und Zollvorschriften vertraut, sondern begab sich auch selber auf die Dörfer. Paul Tastesen berichtet, wie Ernst Thälmann ihn und andere örtliche Funktionäre der Partei in der Neustrelitzer Gegend beauftragte, ihm ein Zusammentreffen mit werktätigen Bauern zu ermöglichen. Sie sollten ihm eine Dorfgaststätte nennen, wo er essen und dabei mit Kleinbauern ins Gespräch kommen könne. Die Genossen aber, die ihrem Parteivorsitzenden keine triste Kneipe zumuten wollten, nannten ihm ein Restaurant, in dem vor allem die Getreide- und Viehhändler und die Großbauern der Gegend

verkehrten. Thälmann sagte den jungen Genossen deutlich die Meinung. Er entschloß sich, länger zu bleiben, und beruhigte sich erst, als er beim Abendessen im Hause der Eltern eines Genossen, die selbst Kleinbauern waren, Nachbarn traf und sich ausgiebig mit allen unterhalten konnte.[23]

Als er in Köln aus Anlaß der Gemeindewahlen sprach, überreichten Delegierte der Bauern aus der Eifel, einem der ärmsten landwirtschaftlichen Gebiete Deutschlands, Thälmann ein Memorandum. Darin schilderten sie die fürchterliche Not der armen Bauern und unterstützten die Politik der KPD. Ernst Thälmann richtete daraufhin ein Schreiben an die Eifelbauern, in dem er die Politik der Nazis, der anderen bürgerlichen Parteien und der reaktionären Bauernvereine, der Brüning-Regierung sowie der Sozialdemokratie entlarvte, die alle den Bauern Hilfe versprochen hatten und ihre Versprechen nicht hielten. Im Gegenteil: Alle Parlamentsanträge der KPD auf Steuerfreiheit für die bäuerliche Ackernahrung, Schuldenerlaß, eine bauernfreundliche Zollpolitik, Pachterleichterungen und andere waren regelmäßig niedergestimmt worden. Hilfe liege nur, schrieb Ernst Thälmann in einem mit dem 25. März datierten Brief, im gemeinsamen Kampf der werktätigen Bauern an der Seite des revolutionären Proletariats. Es gäbe schon Beispiele für diesen gemeinsamen Kampf: Unter Führung der Kommunisten hatten Bauern und Arbeiter in verschiedenen Dörfern in Schleswig-Holstein, Sachsen, Brandenburg Zwangsversteigerungen verhindert. In Mecklenburg, Ostpreußen und im Rheinland hätten werktätige Bauern beschlossen, die Rückzahlung von Krediten zu verweigern. So gelte es, auch den Kampf gegen die Pachtzinsen und gegen die Steuerlasten, gegen alle Arten der Ausbeutung und Ausraubung in breitester Front zu organisieren.[24]

Unmittelbar vor Beginn des XI. EKKI-Plenums, das für den 26. März 1931 einberufen war, folgte Ernst Thälmann den anderen Mitgliedern der Delegation der KPD nach Moskau.[25] Am 29. und 30. März hörte das EKKI sein Korreferat über die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD zu dem Hauptreferat D. S. Manuilskis. Am letzten Tage des Plenums, dem

23 Nach einer Mitteilung von Paul Tastesen an das Autorenkollektiv.

24 Vgl. Ernst Thälmann zeigt den werktätigen Bauern den Ausweg. In: Neue Deutsche Bauern-Zeitung (Berlin), 1931, Nr. 4.

25 Entsprechend dem Beschluß des Politbüros waren »Thälmann, Remmele, Neumann, Pieck, während der letzten Tage Leo [Flieg]« (IML, ZPA, 3/1/755), Teilnehmer der Delegation. Ernst Thälmann und Leo Flieg nahmen am 23. März noch an der Sekretariatssitzung teil, am 25. nur noch Leo Flieg. (Vgl. ebenda, 3/19/757.)

11. April, ergriff Thälmann noch in der Debatte zu Marcel Cachins Referat über die Aufgaben der kommunistischen Parteien angesichts der wachsenden Kriegsgefahr das Wort.

Ernst Thälmann stimmte mit der Einschätzung in den Thesen dieser Tagung überein, wonach die Lage in der Welt einerseits durch den Aufstieg des Sozialismus in der Sowjetunion, andererseits durch wachsende Fäulnis des Kapitalismus gekennzeichnet war. In den kapitalistischen Ländern vollzog sich eine Offensive des Kapitals gegen die breiten werktätigen Schichten, und die reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals waren zur Faschisierungspolitik übergegangen. Ebenso entsprach es auch Thälmanns Meinung, daß die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien darin bestand, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern. Er unterstützte daher energisch die Forderung, daß sich die Kommunisten überall mit großer Entschiedenheit für die Tagesinteressen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen einsetzen müssen. Diese Aufgabe wurde auch von D. S. Manuilski, Julian Leński, Klement Gottwald, O. A. Pjatnizki und anderen führenden Funktionären der Kommunistischen Internationale und einigen ihrer bedeutendsten Sektionen nachdrücklich verfochten.[26]

Ausführlich beschäftigte sich Ernst Thälmann mit dem Kampf der KPD gegen die Faschisierung. Er konnte berichten, daß die »strategisch-politische Wendung gegen den Faschismus« die Massenarbeit der KPD entschieden belebt und viele Werktätige in Bewegung gebracht habe.[27] Er teilte die von D. S. Manuilski vertretenen Auffassungen, der ausführte, daß jede Unterschätzung des Faschismus dazu führen müsse, den Kampf gegen die Faschisierungspolitik zu vernachlässigen; deshalb dürfe der Faschismus auch nicht allein als Ausdruck der Schwäche der Bourgeoisie und bloße Verteidigungsmaßnahme des Kapitals aufgefaßt werden, er sei zugleich eine Offensive des Monopolkapitals; die Ansicht gar, das Wachstum des Faschismus bereite den Sieg des Kommunismus vor, weil der Faschismus die Widersprüche zwischen Monopolkapital und werktätigen Massen aufs äußerste zuspitze, sei entschieden zu verurteilen.[28]

26 Vgl. Elftes Plenum des EKKI (April 1931). Thesen und Resolutionen, Hamburg–Berlin (1931), S. 3–25. – Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 370/371.

27 Vgl. Ernst Thälmann: Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands. Referat auf dem XI. Plenum des EKKI, (Hamburg–Berlin 1931), S. 38.

28 Vgl. D. S. Manuilski: Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem 11. Plenum des EKKI, (Hamburg 1931), S. 115, 117.

Ausführlich sprach Ernst Thälmann über die Losung der Volksrevolution. Dabei begründete er vor allem die Notwendigkeit, sich über die Arbeiterklasse hinaus auf die breiten Massen zu orientieren. Ebenso sei ohne die sozialdemokratischen Arbeiter, hob er hervor, die Einheitsfront gegen Faschismus und Imperialismus nicht denkbar. Diese Arbeiter besäßen »ein bestimmtes, wenn auch unklares Klassenbewußtsein«. Sie wollten ehrlich den Sozialismus; daher sei es möglich und notwendig, unter ihnen politische Arbeit zu leisten. Er äußerte die Befürchtung, daß die neugeschaffenen roten Gewerkschaftsverbände nur »Sektenorganisationen« bleiben würden, und betonte, man brauche eine dauernde, systematische »Vertiefung unserer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften«.[29]

In den Beratungen und Beschlüssen des XI. EKKI-Plenums widerspiegelte sich der Kampfgeist der Kommunisten, ihr Bestreben, die Massen zur entscheidenden Auseinandersetzung mit Faschismus und Kapital zu sammeln. Dabei wurde jedoch das Tempo des Heranreifens einer revolutionären Krise überschätzt, und es wurden manche Fehleinschätzungen bekräftigt. Zum Beispiel wurden in den Thesen des Plenums sektiererische Vorstellungen über die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie festgehalten, und während einerseits darauf orientiert wurde, alle demokratischen Errungenschaften zu verteidigen, wurde andererseits ausgeführt, es sei eine künstliche Konstruktion, von einem Gegensatz »zwischen Faschismus und der bürgerlichen Demokratie sowie zwischen den parlamentarischen Formen der Diktatur der Bourgeoisie und den offen faschistischen Formen« zu reden.[30] Heinz Neumann erklärte als Sprecher der Thesenkommission, daß der Hauptstoß nicht gegen eine der Formen der bürgerlichen Diktatur, sondern gegen die Diktatur der Bourgeoisie überhaupt gerichtet werden müsse.[31]

Mit einem derartigen Ratschlag war jedoch in einem Lande nicht viel anzufangen, wo die reaktionärsten und aggressivsten Kräfte der Monopolbourgeoisie gerade im Begriff waren, den Übergang zu ihrer offen terroristischen Diktatur vorzubereiten und die bürgerlich-parlamentarische Ordnung – die gewiß auch Diktatur der Bourgeoisie war, aber einen ungleich günstigeren Kampfboden für die Arbeiterklasse darstellte – zu

29 Ernst Thälmann: Die Lage in Deutschland ..., S. 44, 34.

30 Elftes Plenum des EKKI (April 1931). Thesen und Resolutionen, S. 16, 11.

31 Vgl. Стенографический отчет. XI. Пленум ИККИ. Выпуск II, Moskau–Leningrad 1931, S. 231/232.

zerstören. Ernst Thälmann und andere führende Genossen der Komintern hielten daher die Ansicht, die Neumann hier interpretierte, für unfruchtbar und einer wirksamen Politik nur hinderlich.

Das XI. EKKI-Plenum wählte Ernst Thälmann wieder ins Präsidium des EKKI; und auf dessen erster Sitzung am 15. April wurde er zum Mitglied des Politischen Sekretariats berufen.[32]

Das Zentralkomitee der KPD wertete die Beratungen und Beschlüsse des XI. EKKI-Plenums am 14. und 15. Mai 1931 aus. Hermann Remmele erstattete den Bericht, Ernst Thälmann sprach am Abend des ersten Tages in der Diskussion.[33] Zuvor schon hatte er am 6. Mai das Politbüro informiert.[34]

Ausführlich ging Ernst Thälmann in seiner Diskussionsrede auf der ZK-Tagung nur auf die Gewerkschaftsarbeit ein. Mit Nachdruck wies er darauf hin, daß die Bemühungen um die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter verstärkt werden müßten und daß die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten unter gar keinen Umständen auf die sogenannten roten Verbände beschränkt werden dürfe. Er warnte auch davor, wegen der Arbeit unter den Arbeitslosen die politische Arbeit in den Betrieben zu vernachlässigen. »Momentan«, sagte er über die Betriebsarbeiter, »sind diese Massen bei den Sozialdemokraten.«[35] Sie zu gewinnen sei sicher schwerer, aber auch wichtiger als das Ringen um andere Teile der Arbeiterklasse. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, daß die Verelendung der Erwerbslosen keineswegs zwangsläufig dazu führen würde, sie zu revolutionieren, sondern spontan eher Hoffnungslosigkeit und Passivität oder Anfälligkeit gegenüber den heuchlerischen Phrasen der Nazis hervorrufe. Deshalb müsse die KPD fortfahren, zielgerichtet für die Mobilisierung der Arbeitslosen und für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Wie Ernst Thälmann ankündigte, würden die Forderungen der KPD zur Behebung der Erwerbslosigkeit in einem Arbeitsbeschaffungsplan zusammengefaßt, der kurz vor der Fertigstellung stehe.

In einem besonderen Tagesordnungspunkt behandelte die Beratung des

32 Vgl. Inprekorr, Nr. 38, 24. April 1931, S. 956.

33 Vgl. Ernst Thälmann: Vorwärts unter dem Banner der Komintern. Rede auf der Tagung des ZK der KPD am 14. Mai 1931, (Berlin) o. J. – Als Titel der Broschüre war ursprünglich vorgesehen »Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse«. (Vgl. IML, ZPA, 3/19/757.)

34 Vgl. IML, ZPA, 3/1/755.

35 Ebenda, I 2/1/79.

Zentralkomitees am zweiten Tage das Thema »Unsere Arbeit auf dem Lande«. Heinrich Rau referierte dazu. Ernst Thälmann forderte in der Diskussion, daß sich die Partei im Sinne der auch in seinem Brief an die Eifelbauern genannten Erfahrungen viel praktischer um die Sorgen und Nöte der werktätigen Bauern kümmern und daß sie die Sprache der Bauern gebrauchen lernen müsse. Er kündigte an, daß er am folgenden Tage in Oldenburg, wo er am Vorabend der Landtagswahlen sprechen sollte, die Forderungen proklamieren werde, die die KPD im Namen der werktätigen Bauern stellte. Diese Forderungen seien, bemerkte Ernst Thälmann, zwar »kein großes Programm«[36]; tatsächlich aber handelte es sich um einen konkreten Aktionsplan, der die nächsten und dringendsten, sofort realisierbaren Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Bauern enthielt.

Dieses Bauernhilfsprogramm verkündete Ernst Thälmann am 16. Mai 1931 auf einer Bauernkundgebung in der Oldenburger Tonhalle. Mit nackten Zahlen belegte er in seiner Rede das ganze Ausmaß der Not der Bauern und die schreiende Ungerechtigkeit der Agrarpolitik der Regierung. Wie stets ging er auf die besonderen Probleme des Zuhörerkreises ein; hier polemisierte er unter anderem gegen Maßnahmen des Landwirtschaftsministers der Regierung Brüning, des vorherigen Landbundpräsidenten Martin Schiele, die darauf abzielten, die kleinen Schweinezüchter und -mäster Nordwestdeutschlands zu ruinieren, um den ostelbischen Junkern diesen Produktionszweig zu sichern. Ausführlich erläuterte er die Entwicklung der Landwirtschaft in der Sowjetunion unter den Bedingungen des Sozialismus. Er berichtete, wie dort die Bodenfrage im Interesse der armen Bauern gelöst worden war, vor allem aber, wie sich die Einkünfte, die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Bildungsmöglichkeiten der sowjetischen Genossenschaftsbauern verbesserten.[37]

Dann legte Thälmann das Bauernhilfsprogramm der KPD dar: Die auf mindestens 5 Milliarden Reichsmark geschätzten Schulden der kleinen und mittleren Bauern, Winzer, Gemüsegärtner und Kleinfischer sollten ganz oder teilweise niedergeschlagen, die Pachten gestrichen, die Getreide- und Futtermittelzölle, die die kleinen Bauern benachteiligten, aufgehoben und die Steuern für Klein- und Mittelbauern gesenkt werden. Die auf Nebenverdienst angewiesenen Zwergbauern und die Bau-

36 Ebenda, I 2/1/80.

37 Vgl. Genosse Ernst Thälmann proklamiert Bauernhilfsprogramm der KPD. In: Die Rote Fahne, 22. Mai 1931.

ernjugend sollten im Bedarfsfall Arbeitslosenunterstützung erhalten; für Kleinbauern, Winzer und Fischer sollte eine staatliche Alters- und Krankenfürsorge eingeführt werden. Das Bauernhilfsprogramm der KPD wies die Notwendigkeit nach, Großgrundbesitzer entschädigungslos zu enteignen und deren Boden für die landarmen Bauern bereitzustellen; als Sofortmaßnahme verlangte es, den Junkern die 2,5 Milliarden Reichsmark der »Osthilfe« zu entziehen, die von ihnen nachweislich zum Teil für Bodenspekulationen mißbraucht und für ihre luxuriöse Lebensführung vergeudet wurden, und diese Mittel zur Unterstützung der werktätigen Bauern zu verwenden. Die KPD machte den Bauern keine Versprechungen, sondern erklärte ihnen offen: »Das werktätige Landvolk muß sich unter Führung der Kommunistischen Partei für diese Bauernforderungen einsetzen und im festen Bündnis mit dem Industrieproletariat für die Durchführung dieser Forderungen überall kämpfen. Die einzige Garantie für die siegreiche Durchführung der Forderungen ist der gemeinsame Kampf für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung.«[38]

Die KPD versuchte, ihre agrarpolitischen Forderungen schnell einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben. Das Sekretariat beschloß noch am 18. Mai, Ernst Thälmanns Oldenburger Rede in der gesamten Parteipresse zu verbreiten. Am 20. Mai schlug Ernst Thälmann vor, das Bauernhilfsprogramm und die Rede auch den bürgerlichen Blättern mit dem Ersuchen um Abdruck zuzustellen, vor allem den führenden Bauernzeitungen.[39] Zwar wurden die kommunistischen Argumente dort nicht veröffentlicht, doch durchbrach das von der Reaktion nicht erwartete Auftreten Ernst Thälmanns vor den Bauern die im allgemeinen praktizierte Totschweigetaktik und zwang die bürgerliche Presse zu Meldungen und Entgegnungen.

In bäuerlichen Kreisen fanden Thälmanns Rede und das Bauernhilfsprogramm eine positive Resonanz. Es gelang den Kommunisten, in verschiedenen Gebieten Bauernkonferenzen zu organisieren oder auf Tagungen von Bauernvertretern zu Wort zu kommen. Auf einer Bauernkonferenz in Fulda, die von Bodo Uhse und anderen oppositionellen Kräften aus der Landvolkbewegung einberufen worden war, um gegen die von den Junkern bestimmte Politik dieser Organisation und gegen die Agrarpolitik der Regierung zu protestieren, konnte Ernst Putz über das

38 Bauernhilfsprogramm der KPD, verkündet am 16. Mai 1931. In: Ebenda.

39 Vgl. IML, ZPA, 3/19/757.

Bauernhilfsprogramm der KPD referieren. Beim Zentralkomitee und den Bezirksleitungen gingen Briefe von Bauern zum Bauernhilfsprogramm ein. »Die Rote Fahne« veröffentlichte ein derartiges Schreiben im Faksimile, in dem ein Bauer aus Pommern dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei mitteilte: »Das Bauernhilfsprogramm der KPD lasen wir Satz für Satz. Es umfaßt alles, was die werktätigen Bauern fordern. Wir begrüßen deshalb das Bauernhilfsprogramm und verpflichten uns, die kleinen und mittleren Bauern im Kreise Kolberg für dieses Programm zu gewinnen, damit die Verbreiterung des Bündnisses von Stadt und Land noch schnellere Fortschritte macht.«[40]

Einen der Bauernkongresse zur Propagierung des Bauernhilfsprogramms führte der Bezirk Nordwest der KPD durch, zu dem Oldenburg gehörte. Ernst Thälmann ließ sich von Robert Stamm, dem Politischen Sekretär der Bezirksorganisation, und Heinke Heinks, Mitarbeiter der Bezirksleitung, über die Ergebnisse informieren. Heinke Heinks berichtet darüber: »Da ihn meine Ausführungen offensichtlich sehr interessierten, bat ich ihn um seine Meinung zu einer Frage, über die in der Partei Bremens diskutiert wurde. Bei der Verhinderung von vielen angesetzten Zwangsversteigerungen klein- und mittelbäuerlicher Betriebe gelang es uns auch, zwei großbäuerliche Höfe vor der Versteigerung zu retten. Diese Hilfe wurde von manchen Genossen als Fehler angesehen.«[41] Ernst Thälmann meinte, derartige Fragen vom Klassenstandpunkt beurteilen heiße nicht, engstirnig heranzugehen, sondern stets die Interessen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse im Auge zu haben. Es sei daher prinzipiell richtig, vor allem bei Klein- und Mittelbauern den Ruin aufzuhalten, aber warum solle man nicht auch Großbauern helfen, wenn es anständige Leute seien? Das werde dem Landbund und den Nazis Wind aus den Segeln nehmen.

Am 29. Mai 1931 wurde in der »Roten Fahne« der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD veröffentlicht, den Ernst Thälmann auf der Tagung des Zentralkomitees angekündigt hatte. Darin wurden realisierbare Vorschläge zur Einbeziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß gemacht. Es wurde nachgewiesen, daß es für Millionen Erwerbslose gesellschaftlich nützliche Arbeit gab, vor allem im Wohnungs- und Straßenbau, bei der Anlage von Autobahnen, bei Eindeichungen und Flußregulierungen, beim Bau von Talsperren, der Melioration von Sumpfgebieten. Viele Arbeitsplätze hätten durch den Bau von Krankenhäusern und Kinderheimen, von Sportplätzen und Schwimmhallen, durch die Elektrifizierung der Bahnstrecken in wichtigen industriellen Ballungsgebieten und dergleichen neu geschaffen werden können; andererseits sollte dem Plan zufolge die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Betriebsstillegung oder Produktionseinschränkung untersagt werden. Der Plan enthielt darüber hinaus Vorschläge zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, so verlangte die KPD vor allem die Einsparung von Rüstungskosten und die zielgerichtete Besteuerung der großen Vermögen und Einkünfte. Den Erwerbslosen wurden Wege für den Kampf um die Realisierung der Vorschläge gezeigt. Mit ihrem Arbeitsbeschaffungsplan entwickelte die KPD eine konstruktive Orientierung für die Aktionen der Erwerbslosen gegen die Verelendungspolitik der Monopole und des Staates. Der Plan stellte eine konkrete Grundlage für die zahllosen Erwerbslosenkundgebungen und -demonstrationen, für die Protestaktionen auf den Stempelstellen und das Auftreten von Delegationen in den Rathäusern dar.

Im Juli 1931 wurde auf Initiative der KPD eine Kampfgemeinschaft der Kleingewerbetreibenden und freien Berufe gebildet. Die Kampfgemeinschaft forderte, Angehörigen dieser Berufsgruppen, die Arbeitsplatz, Aufträge und Einkommen verloren hatten, einen Lebensunterhalt von der Art der Arbeitslosenunterstützung zu gewähren und die Bezieher kleinster Einkommen von Steuern und Miete zu befreien. Sie richtete einen kostenlosen Beratungsdienst ein. Ähnliche konstruktive, den Interessen der Werktätigen entsprechende Initiativen entwickelte die KPD daran anschließend auch für andere Schichten.

40 Die Rote Fahne, 4. Juni 1931.

41 Heinke Heinks: Arbeiter und Bauern müssen gemeinsam kämpfen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 295.

6

»Wollt ihr für Brüning kämpfen oder für den Sozialismus, sozialdemokratische Klassengenossen?«

Pfingsten 1931, nachdem die auf der Beratung des Zentralkomitees im Mai vorbereiteten Dokumente fertiggestellt waren, gönnte sich Ernst Thälmann ein paar freie Tage. Er fuhr mit seiner Frau in den Harz, um, ohne festes Ziel, die Ruhe des nördlichsten deutschen Mittelgebirges zu genießen. Es ist nur ein einziger Kartengruß von seiner Hand – mit dem Poststempel vom Brocken-Hotel – an die in der Obhut des Großvaters zu Hause gebliebene elfjährige Tochter erhalten. Die Karte verrät, wie sehr der Mann, dem der Kampf um ein besseres und schöneres Leben für das deutsche Volk zum Inhalt seines ganzen Denkens und Handelns geworden war, das Leben liebte, wie er sich an der freien Natur erfreute. »Die Welt lieben heißt die Naturschönheit kennenlernen«[1], schrieb der Vater dem kleinen Mädchen in Hamburg, nicht ohne pädagogischen Zweck und zugleich als Ausdruck seiner Empfindungen.

Insgesamt war das Jahr 1931 freilich ganz und gar nicht dazu angetan, Ernst Thälmann zur Ruhe kommen zu lassen. In einem Artikel zum 1. Mai hatte er die komplizierte Situation für die Arbeiterklasse und ihren antifaschistischen Kampf, den schweren Druck, der auf ihr lastete, skizziert: »Das Regime der Brüning-Regierung bereitet die faschistische Diktatur in Deutschland vor. Außerhalb der Regierung, aber darum nicht weniger auf Tod und Leben mit dem Kapitalismus verbunden, versuchen die nationalsozialistischen Mordkolonnen, durch ihre Terrorakte, durch ihre feigen, heimtückischen Mordanschläge und Überfälle die Arbeiterklasse zu verwirren und mürbe zu machen. Im Reichstag, in den reformistischen Gewerkschaften, bei allen Wirtschaftskämpfen erweist sich auf der anderen Seite die sozialdemokratische Führerschaft als die engste Bundesgenossin der faschistischen Politik der deutschen Bourgeoisie. Kommunisten werden von feiger Nazihand ermordet – sozialdemokratische Polizeipräsidenten verbieten darauf die kommunistischen Zeitungen. Kommunisten werden ermordet – die Sozialdemokratie versucht im

1 IML, ZPA, NL 3/7.

Dienste des Finanzkapitals als Antwort, die Versammlungen der revolutionären Arbeiterschaft, ihre Demonstrationen und ihre gesamte Agitation zu unterdrücken.«[2]

Die Wirtschaftskrise spitzte sich in diesem Sommer drastisch zu. Markanter Ausdruck dafür war der Zusammenbruch von Großbanken. Um die drohende finanzielle Katastrophe von Deutschland abzuwenden, wurden auf Vorschlag des USA-Präsidenten Hoover die Reparations- und Zinsenzahlungen für ein Jahr ausgesetzt. Das deutsche Finanzkapital veranlaßte die Regierung, noch brutaler als bisher die Krisenlasten auf die Werktätigen abzuwälzen. Im Juni, Oktober und Dezember wurden entsprechende Notverordnungen erlassen, mit denen ein drastischer Abbau von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen dekretiert wurde. Die Lebenslage der Werktätigen verschlechterte sich weiter.[3]

Die Zahl der Erwerbslosen überschritt die Viermillionengrenze und stieg weiter stetig an, bis schließlich Mitte des folgenden Jahres fast jeder zweite Arbeiter erwerbslos war.[4] Von dieser Massen- und Dauererwerbslosigkeit wurden auch die Angestellten, die Techniker und Ingenieure betroffen. Die Beamten der unteren und mittleren Gehaltsstufen mußten Gehalts- und Pensionskürzungen hinnehmen und zusätzliche Steuern zahlen. Die soziale Lage der Kleingewerbetreibenden verschlechterte sich ebenfalls immer mehr. Schon 1930 war der Umsatz im Handwerk um 1,5 Milliarden, im Einzelhandel etwa um drei Milliarden Mark gesunken.[5] Die Steuer- und Zinsenlasten der werktätigen Bauern nahmen stark zu. Vor allem auf den Klein- und Mittelbauern lasteten die 1928–1930 um 800 Millionen Mark angewachsenen Schulden der Landwirtschaft. Immer mehr Bauern mußten ihre Höfe aufgeben. 1931/1932 wurde die Zwangsversteigerung für etwa 50 000 Wirtschaften eingeleitet.[6]

2 Ernst Thälmann: Kampfmai für Sowjetdeutschland. In: Kampfmai gegen den Faschismus [Zeitung zum 1. Mai 1931], Berlin.

3 Vgl. Reichsgesetzblatt, 1931, Teil I, Nr. 22, S. 279–314; Nr. 67, S. 537–568; Nr. 79, S. 699–745.

4 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Jg. 1932, Berlin 1933, S. 290/291. – Ebenda. Jg. 1933, Berlin 1934, S. 291, 297. – Thomas Tarn: Unsichtbare Arbeitslosigkeit. In: Die Weltbühne (Berlin), 1932, H. 38, S. 440/441.

5 Vgl. Die Lage der gewerblichen Mittelschichten. Hrsg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, o. O. u. J. – Emil Grünberg: Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine ökonomische und soziologische Untersuchung, Leipzig 1932, S. 93, 98, 100.

6 Vgl. A. [M.] Petruschow: Agrarverhältnisse in Deutschland und das Agrarprogramm,

Als einzige Partei führte die KPD den Kampf gegen die brutalen Angriffe des Monopolkapitals. Die Kommunisten mühten sich unablässig, Streikkämpfe auszulösen, und mit ihren Initiativen zur Hilfe für die Erwerbslosen und für die werktätigen Bauern, ihren Aufrufen an Angestellte und Beamte, Kleingewerbetreibende und Angehörige der freien Berufe, ihren Parlamentsanträgen zum Schutze der Jugend und der Frauen, für die Unterstützung der Kriegsopfer und für den Mieterschutz[7] forderten sie alle Werktätigen auf, entschlossen ihre Lebensrechte zu verteidigen. Die alten bürgerlichen und die faschistischen Parteien belogen das Volk, täuschten es über die Ursachen seines Elends, versuchten, die Massen mit demagogischen Versprechungen irrezuführen. Die sozialdemokratischen Führer taten so, als sei an allem die Wirtschaftskrise schuld und als seien deren Folgen unabwendbar, naturgegeben.

Am Sonntag nach Pfingsten, dem 31. Mai 1931, Ernst Thälmann war soeben von seiner Harzreise zurückgekehrt, trat in Leipzig der fällige Parteitag der SPD zusammen. Die Führung der SPD zog dort eine durch und durch opportunistische Bilanz der seit dem Magdeburger Parteitag vergangenen zwei Jahre. Sie rechtfertigte und bekräftigte die Politik der von Sozialdemokraten geführten Landesregierungen, die Brüning tolerierten und seine Notverordnungen durchführten. Kritiker dieser Politik und Vertreter oppositioneller Auffassungen in der SPD wurden scharf zurechtgewiesen. Den wachsenden Einfluß der KPD in der Arbeiterklasse und die in der Sozialdemokratie lauter werdenden Forderungen nach antifaschistischen Taten beantwortete der Parteivorstand mit wütenden antikommunistischen Ausfällen. Otto Wels, einer der Parteivorsitzenden, gab die Losung aus: »Bolschewismus und Faschismus sind Brüder!«[8] Der

Berlin 1948, S. 58. – Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Jg. 1932, S. 376. – Ebenda. Jg. 1933, S. 386. – 1928–1932 verringerte sich das gesamte private Einkommen der selbständigen Landwirte um 36 Prozent, das der Gewerbetreibenden und Angehörigen der freien Berufe um 52 Prozent, das der Arbeiter, Angestellten und Beamten (einschließlich leitender Direktoren usw.) um 38 Prozent. Dagegen wuchs das private Einkommen aus Kapitalvermögen (unversteuertes Gesellschaftseinkommen und alle von der Steuer abgesetzten Teile der Einkommen bereits abgerechnet) bis 1931 um etwa 9 Prozent und unterschritt erst 1932 den Umfang von 1928. Der Anteil der privaten Einkommen aus Kapitalvermögen am Volkseinkommen war 1931 um ein Viertel größer als 1929. (Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Jg. 1933, S. 494.)

7 Vgl. u. a. Zwei Jahre Brüning-Diktatur. Von Brüning zu Papen. Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion, April 1930 bis Mai 1932, (Berlin) o. J., S. 149–163.

8 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 19.

Mann, der im März mit dem Reichskanzler hinter verschlossenen Türen beraten hatte, wie die Sozialdemokratie die Arbeiter am besten vom Kampf gegen den Faschisierungskurs abhalten könne, rief hier dazu auf, einen entschiedenen Kampf zu führen – aber gegen die Kommunisten!

Fritz Tarnow, einer der maßgeblichen rechten Gewerkschaftsführer[9], mußte zwar im Titel seines Referats »Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse« die reformistische These vom »organisierten« Kapitalismus zurücknehmen. Aber in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit gab er in seiner Rede die Monopolisierung des Kapitals, das Versicherungs- und Unterstützungswesen, die Übernahme von Aktien wenig oder gar nicht profitabler Unternehmen durch den kapitalistischen Staat, ja selbst die Brüningschen Notverordnungen als »starke Fundamente und tragende Konstruktionen für den sozialistischen Bau der Zukunft« aus. Statt die Weltwirtschaftskrise als Beweis für die Überlebtheit des Kapitalismus anzuerkennen, erhob Tarnow die Forderung, die Arbeiterbewegung habe »am Krankenlager des Kapitalismus ... als Arzt, der heilen will«, zu stehen.[10] Damit rechtfertigte er die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen und bewies, daß er und seine Gesinnungsgenossen nicht fähig und nicht willens waren, über die Grenzen des Kapitalismus hinauszudenken. Im Gegenteil: Ihr ganzes Sinnen und Trachten richtete sich darauf, dem Kapitalismus zu Hilfe zu eilen, auch um den Preis dessen, was die Arbeiterbewegung in langem Kampfe errungen hatte. Diese sozialdemokratischen Führer waren bereit, sowohl die historischen Perspektiven der Arbeiterklasse als auch die unmittelbaren materiellen Interessen des Proletariats dem Wohlergehen des Kapitals zu opfern.

Auch zum Faschisierungsprozeß wurde auf dem Parteitag der SPD keine Alternative angeboten. Im Gegenteil: In dem Referat zum Tagesordnungspunkt »Die Überwindung des Faschismus« wurde behauptet, der Faschismus sei bereits in die Defensive gedrängt. Obwohl viele Sozialdemokraten besorgt das Vordringen des Hitlerfaschismus beobachteten und obwohl die maßgeblichen Führer der Sozialdemokratie nicht daran zweifeln konnten, daß es das Ziel Brünings war, eine offene Diktatur der Rechtskräfte zu schaffen, wurde die Notverordnungsdikta-

9 Fritz Tarnow war Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB und Sekretär des Exekutivkomitees der Internationalen Union der Holzarbeiter.

10 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, S. 50, 45.

tur des Brüning-Kabinetts von ihnen als zwar nicht angenehme, aber einzig mögliche Politik ausgegeben, wenn man nicht den offenen Faschismus wolle. Hatten diese Führer Brüning bereits im März 1931 diktatorische Vollmachten zugebilligt, so baten sie ihn in weiteren Gesprächen am 15. Juni nur noch darum, ein »Ventil« für die Unzufriedenheit der Massen zu lassen und parlamentarische Organe als »Kulisse« beizubehalten.[11] Später konnte Brüning rechten sozialdemokratischen Führern sogar, ohne Widerspruch zu finden, mitteilen, ihre Partei habe bei der beabsichtigten Weiterentwicklung zu einer Rechtsdiktatur mit Nazis und Deutschnationalen keine Perspektive mehr, er rechne aber trotzdem mit ihrem Stillhalten.[12] Führende Sozialdemokraten machten sich also des bewußten Betrugs der Massen und der überlegten Hilfestellung für die imperialistische Reaktion schuldig.

Am 5. Juni, als der sozialdemokratische Parteitag auseinander ging, wurde die »Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen« erlassen, ein Bündel schärfster sozialreaktionärer Maßnahmen, zu denen unter anderem die Kürzung der Gehälter und Renten der öffentlichen Bediensteten sowie der Arbeitslosenunterstützung und der Krisenfürsorge ebenso gehörten wie neue Steuerbelastungen für die Werktätigen in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Mark.[13] Der Zeitpunkt für diesen neuen Anschlag auf die Lebensrechte der Werktätigen war nicht zufällig gewählt. Brüning hatte den Parteitag vorübergehen lassen; aber er nahm nicht einen Tag länger Rücksicht als unbedingt erforderlich.

Obwohl Ernst Thälmann den Inhalt der Gespräche der führenden Sozialdemokraten mit Brüning vom März nicht kannte, durchschaute er das abgekartete Spiel. Auf einer Kundgebung der KPD am 11. Juni im Berliner Sportpalast protestierte er scharf gegen die neue Notverordnung.

Diese Kundgebung hatte ein bezeichnendes Vorspiel.[14] Die Polizei des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski

11 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, Akten der Reichskanzlei, R 43 I/1021. Zit. nach Das Ende der Parteien 1933, S. 213.

12 Vgl. Heinrich Brüning: Memoiren, S. 462.

13 Vgl. Reichsgesetzblatt, 1931, Teil I, Nr. 22, S. 279–314.

14 Die Verfasser folgen damit der Version in der Vorbemerkung zu der broschierten Ausgabe der Rede Ernst Thälmanns. (Vgl. Ernst Thälmann: Katastrophe oder Sozialismus? Kampfruf gegen die Notverordnung. »Wir bieten den SPD-Arbeitern die Hand«, [Berlin] o. J., S. 3.) – Dem Bericht der »Roten Fahne« vom 13. Juni 1931 zufolge geschah der Vorfall *nach* der Kundgebung.

nahm Ernst Thälmann fest. Ein Augenzeuge berichtete: »An der Potsdamer/Ecke Göbenstraße werde ich gerade abgetastet. Plötzlich kräht ein Schupo neben mir: ›Ja, der mit der braunen Tasche.‹ Ich sehe mich um. Zwei Schupos und ein Offizier stürzen sich auf eine Gruppe von 6 oder 7 Genossen. In der Mitte ist tatsächlich einer mit einer braunen Tasche. Alles raunt sich zu: ›Das ist doch Ernst Thälmann . . .‹ ›Hallo, öffnen Sie Ihre Tasche!‹, überschreit sich ein junger Schupo. Der Offizier grinst nicht sehr geistreich. Aber Genosse Thälmann läßt sich nichts von einigen Schupos vorschreiben. Er wird verhaftet. Da erschallt es plötzlich von allen Ecken ›Rot Front!‹. Die Massen haben ihren Führer erkannt. ›Kette machen, abkämmen, sofort hinter uns abriegeln!‹, so rasen die Offiziere hin und her. Vor der Wache stauen sich die Arbeiter.«[15] Auf seinen energischen Protest gegen den Übergriff der Polizei hin mußte Ernst Thälmann nach kurzer Zeit wieder freigelassen werden und konnte zu den 20 000 Teilnehmern der Sportpalast-Kundgebung sprechen.

In seiner Rede wies er nach, daß Brünings Notverordnungspolitik das deutsche Volk in eine Katastrophe steuere. Er klagte die Regierung an, Millionen von Werktätigen zum langsamen Verhungern zu verurteilen, indem sie durch Reduzierung der Unterstützungssätze oder sogar Streichung jeglicher Unterstützung gerade auf Kosten der Ärmsten der Armen sparte. Die von den Interessen des Monopolkapitals diktierte Wirtschaftspolitik des Präsidialkabinetts, so wies er nach, verschärfte die Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Lage der Volksmassen in katastrophalem Maße.

Der SPD-Führung warf Thälmann vor, daß ihre Tolerierungspolitik erst Brünings sozialreaktionären Kurs ermögliche. Sie nehme Notverordnung um Notverordnung hin, ohne auch nur zu versuchen, Widerstand zu leisten, geschweige denn, zur gemeinsamen Abwehr dieser Politik aufzurufen. Ausführlich ging Ernst Thälmann in dieser Rede auf den eben zu Ende gegangenen SPD-Parteitag ein, wo, wie er einschätzte, die Sozialdemokratie von ihrer Führung noch weiter nach rechts gelenkt worden war. Er verdeutlichte, daß die rechten sozialdemokratischen Führer noch entschiedener und offener als bisher die Brüning-Politik tolerierten und diese Politik selbst ausführten, vor allem im Lande Preußen, wo Otto Braun als Ministerpräsident und Carl Severing als Innenminister die entscheidenden Regierungsfunktionen innehatten. Der Leipziger Parteitag habe in dieser Beziehung nur insofern etwas Neues gebracht: »Bis

15 Die Rote Fahne, 13. Juni 1931.

jetzt hat die SPD ihre Unterstützungspolitik für Brüning gleichsam in einer heimlichen, verstohlenen und mit den Phrasen vom ›kleineren Übel‹ bemäntelten Form durchgeführt... Aber heute ist die Brüning-Politik durch den Leipziger Parteitag zur offiziellen Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie erhoben worden.«[16] Auch dann, wenn sie einmal nach den Ministersitzen im Reiche auch noch die in Preußen verlieren würde, so sagte Ernst Thälmann voraus, werde diese sozialdemokratische Führung fortfahren, die Bourgeoisie bedingungslos zu unterstützen.

In seiner Analyse des Leipziger Parteitages hob Ernst Thälmann hervor, was dort die Referenten, wenngleich verbrämt, hatten eingestehen müssen: daß alle auf den vorhergehenden Parteitagen der SPD verkündeten reformistischen Theorien von der »Wirtschaftsdemokratie« und vom »organisierten Kapitalismus«, die ein allmähliches Hineinwachsen in den Sozialismus behauptet hatten, durch die gesellschaftliche Praxis widerlegt worden waren. Er wandte sich entschieden gegen den Versuch, diese Thesen den Bedingungen der Wirtschaftskrise anzupassen.

An die sozialdemokratischen Arbeiter richtete Ernst Thälmann einen eindringlichen Appell, die Einheitsfront herzustellen: »Die Kommunistische Partei wendet sich an die sozialdemokratischen Klassengenossen und appelliert an ihr sozialistisches Gefühl. Ja, Genossen«, rief er ihnen zu, »wir bieten euch die Hand zum gemeinsamen Kampf, wir sind bereit, brüderlich mit euch gemeinsam die Front des revolutionären Klassenkampfes, die einige Volksfront gegen das bankrotte kapitalistische System und gegen die Brüning-Regierung zu schließen.«

Ernst Thälmann sah in den Sozialdemokraten seine Klassengenossen. Er suchte sie mit heißem Herzen davon zu überzeugen, daß Arbeiter sich nicht an die Seite derjenigen drängen lassen dürfen, die den Faschismus vorbereiten, daß sie sich nicht gegen diejenigen, die den Sozialismus erkämpfen wollen, stellen dürfen. »Wir fragen euch, sozialdemokratische Klassengenossen«, fuhr er fort: »Wollt ihr für Brüning kämpfen oder für den Sozialismus? Das ist die Entscheidungsfrage, die heute vor jedem sozialdemokratischen Arbeiter, vor jedem sozialdemokratischen Funktionär steht. Nach seinem eigenen Klasseninstinkt, nach seinem eigenen Klassenbewußtsein muß der SPD-Arbeiter die Entscheidung fällen, und diese Entscheidung kann nur lauten: Mit den Kommunisten gegen die

16 Ernst Thälmann: Katastrophe oder Sozialismus?, S. 17/18.

Kapitalisten, gegen den Faschismus, gegen die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, gegen Brüning und alle, die zur Brüning-Front zählen.«[17]

Die große Mehrheit der Sozialdemokraten war aber diesen Gedanken nicht zugänglich. Solche Einsichten wurden bei vielen von ihnen durch die irreführende Argumentation ihrer rechten Führer verhindert, daß man Brüning freie Hand lassen müsse, damit der Faschismus nicht siegen und den Weg zum Sozialismus ganz blockieren könne. Und Fritz Tarnows heuchlerische Behauptung, wenn der »Patient« – der Kapitalismus – röchele, litten die Massen, und deshalb müßten erst die Leiden des Kapitalismus gebessert werden[18], blieb keineswegs wirkungslos.

Ernst Thälmann zeigte klar die Klassenfronten, wie sie objektiv gegeben waren, und auch den Gegensatz, der sich infolge der bürgerlichen Politik der rechten Führer mitten durch die Sozialdemokratie hindurchzog. Angesichts dieser Sachlage erwartete er von den sozialdemokratischen Arbeitern die Bereitschaft, mit den Führern ihrer Partei zu brechen: »Wir wissen es sehr gut, daß es keine Kleinigkeit für einen Arbeiter ist, der vielleicht jahrzehntelang in der Sozialdemokratie organisiert ist«, erklärte er, »den Trennungsstrich zu ziehen und herüberzukommen ins Lager des Kommunismus. Aber höher als alle Anhänglichkeit an eine Partei steht die Treue zur Klasse, zum Proletariat.«[19] Doch die Bindung sehr vieler sozialdemokratischer Arbeiter an ihre alte Partei war noch fester, als Thälmann vermutete. Sie trauten den Männern, die sie führten, nicht zu, daß diese sich längst mit dem Kapitalismus auf Gedeih und Verderb arrangiert hatten.

In der Annahme, der Einfluß der sozialdemokratischen Führer gehe zurück, wurde Ernst Thälmann dadurch bestärkt, daß sich tatsächlich eine Opposition in der SPD regte. Auf dem Leipziger Parteitag waren die oppositionellen Stimmen aus den Reihen der sozialdemokratischen Jugend heftig kritisiert worden; und das Verhalten jener neun Reichstagsabgeordneten, die im März gegen die Panzerkreuzerkredite gestimmt hatten, wurde als »Disziplinbruch« verurteilt, ihnen wurde mit dem Ausschluß aus der SPD gedroht.[20] Ernst Thälmann verfolgte aufmerksam die Entwicklung der oppositionellen Sozialdemokraten und zitierte am 11. Juni

17 Ebenda, S. 23.
18 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, S. 46.
19 Ernst Thälmann: Katastrophe oder Sozialismus?, S. 23.
20 Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, S. 119/120, 288.

in seiner Rede zustimmend aus einigen ihrer Diskussionsbeiträge auf dem Leipziger Parteitag.

Er hatte jedoch schon auf der Tagung des Zentralkomitees im Januar entschieden vor der »Bildung einer neuen USPD«[21] gewarnt und wiederholte jetzt diese Warnung. Die rechten Führer hätten auf dem Parteitag die Opposition so scharf gemaßregelt, weil sie keinen Spielraum mehr hätten, stellte Ernst Thälmann fest. Die Oppositionellen in der SPD seien also gezwungen, sich der Politik der Rechten zu unterwerfen oder mit ihrer Partei zu brechen. Wenn sie sich für den Bruch entschieden, aber etwa eine eigene zentristische Partei zu schaffen versuchen würden, so sei dieser Versuch zum Scheitern verurteilt, weil es dafür keine Massenbasis mehr gäbe. Nichtsdestoweniger werde jedoch die Gründung einer neuen Partei der deutschen Arbeiterklasse Schaden zufügen, weil sie die Klärung in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter behindern werde.[22] Als es Anfang Oktober 1931 dann tatsächlich zu einer solchen Parteibildung kam, zur Konstituierung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), bestätigte sich Ernst Thälmanns Einschätzung.

Aus der Verhärtung der antikommunistischen Politik der sozialdemokratischen Führung, aus ihrem Paktieren mit jenen Kräften, die die Faschisierung vorantrieben, zog Ernst Thälmann den Schluß, daß noch energischer als bisher um die Einheitsfront der Arbeiterklasse gerungen werden müsse. Er ging davon aus, daß die notwendige Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen der zum Faschismus drängenden Reaktion und den antifaschistischen Kräften anders nicht zu erreichen sei.

Diese Einsicht wurde aber nicht von allen Genossen geteilt. Es gab auch in der Parteiführung gegen die Linie, die Thälmann am entschiedensten vertrat, Widerstände, die von revolutionärer Ungeduld, aber auch von Scheu vor den Mühen des täglichen Ringens um die Massen und von illusionären und abenteuerlichen Erwartungen hinsichtlich des weiteren Verlaufs des Klassenkampfes genährt wurden. Manche Funktionäre hielten den geduldigen, zähen Kampf um die Massen, zu dem Ernst Thälmann immer wieder mahnte, für überflüssig und glaubten, sie könnten den Klassenkampf willkürlich durch scheinradikale Losungen vorantreiben. So jedenfalls verhielt sich der Kandidat des Politbüros Heinz Neumann, Mitglied des Sekretariats des ZK und Chefredakteur der »Roten Fahne«. Unterstützt von dem Mitglied des Politbüros und des

21 Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland, S. 40.
22 Vgl. Ernst Thälmann: Katastrophe oder Sozialismus?, S. 18/19, 21/22.

Sekretariats Hermann Remmele forderte er, als im Sommer 1931 ein vom Stahlhelm, von den Deutschnationalen und den Nazis betriebener Volksentscheid für die Auflösung des preußischen Landtages vor der Tür stand, die KPD solle zur Teilnahme am Volksentscheid aufrufen, um die Gelegenheit zum Sturz der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung Braun–Severing zu nutzen. Ernst Thälmann hatte einen entsprechenden Vorschlag Remmeles schon im Frühjahr energisch zurückgewiesen, als die Faschisten ihre Aktion einleiteten, und dafür gesorgt, daß Paul Schwenk und andere kommunistische Abgeordnete im preußischen Landtag die reaktionären Absichten der Faschisten entlarvten.[23]

Hinter dem Rücken des Parteivorsitzenden und der anderen Mitglieder des Sekretariats, aber angeblich in dessen Namen, informierten Neumann und Remmele am 15. Juli Wilhelm Pieck, der damals die KPD bei der Komintern vertrat, und die leitenden Genossen des EKKI, das Politbüro werde in seiner Sitzung am 17. Juli die bisher ablehnende Stellung der KPD zu dem Volksentscheid revidieren. Sie versicherten, ein Erfolg des Volksentscheids sei gewiß, die KPD werde bei den anschließenden Wahlen alle anderen Parteien überflügeln, große Teile der Naziwähler würden sich von Hitler abwenden. Diese grundlosen Vermutungen verbanden sie mit der Warnung, man dürfe die Gelegenheit nicht verpassen, die Sozialdemokratie entschlossener zu bekämpfen.[24]

Als das Politbüro am 17. Juli zusammentrat, erhob sich aber keine Stimme für die Teilnahme am Volksentscheid, vielmehr sprachen sich die Genossen aus den Bezirken einhellig dagegen aus. Ernst Thälmann bekräftigte seine Meinung, man dürfe sich nicht an die Seite der Rechtsparteien manövrieren lassen, die Partei müsse mit einer eindeutig ablehnenden Stellung zu dem Volksentscheid auftreten. Das Politbüro beschloß in diesem Sinne. Zur gleichen Zeit erklärte sich jedoch das Politische Sekretariat des EKKI – im Gegensatz zu der Auffassung D. S. Manuilskis und anderer Genossen, die die Dinge realistisch sahen – mit dem von Neumann und Remmele angekündigten entgegengesetzten Entschluß einverstanden.[25]

Die Partei und Ernst Thälmann persönlich waren durch Neumanns Intrige in eine unerträgliche Lage geraten. In einer Sekretariatssitzung am 21. Juli – daran nahmen Leo Flieg, Heinz Neumann, Hermann Remmele,

23 Vgl. IML, ZPA, 3/19/757; 3/1/755.
24 Vgl. ebenda, I 6/3/218.
25 Vgl. ebenda, 3/1/755; I 6/3/221; I 6/3/219.

Ernst Thälmann und Walter Ulbricht teil – wurde deshalb entschieden, für den folgenden Tag das Politbüro, das Zentralkomitee und anschließend noch eine Sitzung mit allen Politischen Sekretären der Bezirksleitungen, Redakteuren und Abteilungsleitern einzuberufen und zu empfehlen, nun doch am Volksentscheid in Preußen teilzunehmen.

Ernst Thälmann veranlaßte jedoch, daß noch am 21. Juli der Braun-Severing-Regierung einige elementare demokratische Forderungen unterbreitet wurden, mit dem Ersuchen, bis zum nächsten Tag zu antworten. Sollte die preußische Regierung ihr Einverständnis erklären, werde die KPD von einer Beteiligung am Volksentscheid Abstand nehmen. Es handelte sich um vier Punkte: Im preußischen Staatsgebiet sollten Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterschaft wieder hergestellt und die diese Grundrechte einschränkenden Verbote und Notverordnungen außer Kraft gesetzt werden; der Abbau der Arbeitslosenunterstützung und die Kürzung des Gehalts für die unteren Beamten sollten zurückgenommen werden; bei den preußischen Sparkassen sollte die Auszahlung von kleineren Guthaben garantiert werden; schließlich sollte das Verbot des RFB in Preußen aufgehoben werden, weil dieser ja eine Kampforganisation gegen Nazis und Stahlhelmer sei. Otto Braun und Carl Severing aber ließen sich nicht einmal darauf ein, über derartige Forderungen auch nur zu diskutieren; sie waren nicht bereit, Maßnahmen durchzuführen, die im Widerspruch zu der Faschisierungspolitik der Reichsregierung standen, die sie bedingungslos unterstützten. Deshalb wiesen sie die Überbringer der Forderungen, die Landtagsabgeordneten Paul Hoffmann und Paul Schwenk sowie das Mitglied des Preußischen Staatsrates Wilhelm Koenen, brüsk ab.[26] Der preußische Innenminister trieb die Provokation, die in diesem Verhalten der Regierung lag, auf die Spitze, indem er das Karl-Liebknecht-Haus, den Sitz des ZK der KPD, von der Polizei besetzen ließ.

Am 22. Juli vertrat Ernst Thälmann, da nun eine andere Entscheidung nicht mehr möglich war, in den Zusammenkünften des Politbüros, des Zentralkomitees und der übrigen Funktionäre den Vorschlag, nun doch zur Stimmabgabe für die Auflösung des preußischen Landtags aufzurufen.[27] Er verlangte aber von jedem Kommunisten, in der Agitation ständig zu betonen, daß die KPD ihren Hauptfeind unverändert in den

26 Vgl. ebenda, 3/1/755; NL 74/44. – Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln (1950), S. 291.

27 Vgl. IML, ZPA, 3/19/757; 3/1/755; I 2/1/81.

Faschisten sehe und, wenn sie gegen die von Sozialdemokraten geführte Preußenregierung vorgehe, damit nur gegen deren Teilnahme an der Faschisierungspolitik und gegen die Lüge vom »kleineren Übel« protestieren wolle.

Am 9. August scheiterte der Volksentscheid für die Auflösung des preußischen Landtags. Die politischen Gewinner waren die rechten sozialdemokratischen Führer, die die Beteiligung der KPD am Volksentscheid dazu ausnutzten, den Graben zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten mit neuen antikommunistischen Ausfällen zu vertiefen.

Das Geschehen dieser Wochen hatte Ernst Thälmann gezeigt, daß in der Partei und auch in ihrer Führung angesichts der Schwierigkeiten des Klassenkampfes linksopportunistische Tendenzen Raum gewannen. Der Wortführer solcher Tendenzen, Heinz Neumann, fand für seine vom Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse geprägten Auffassungen bei dem Mitglied des ZK Kurt Müller, der maßgeblichen Einfluß auf den KJVD ausübte, und anderen Funktionären Unterstützung. Er machte auch auf das Mitglied des Politbüros und des Sekretariats Leo Flieg, der seit Jahren für die Arbeit des Apparates des Zentralkomitees verantwortlich war, und auf den Sekretär der IAH und Organisator der Massenpresse und der Unternehmen der Partei, Willi Münzenberg, einen gewissen Eindruck.

Ernst Thälmann wollte so schnell wie möglich Klarheit schaffen und die Einheit der Parteiführung auf dem Boden einer realistischen Einschätzung der Lage und einer klaren marxistisch-leninistischen Orientierung der Partei sichern. Am 19. August führte er eine Aussprache mit Heinz Neumann, Hermann Remmele und Leo Flieg. Seine Absicht war es, wie er am nächsten Tage an Leo Flieg schrieb: »1. Eine wirkliche Annäherung untereinander zu suchen, sowohl im Interesse der Führung wie insbesondere der Gesamtpartei. 2. Eine kurze überzeugende Aussprache mit Heinz und Euch herbeizuführen, um untergeordnete aufgetauchte Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und in der engsten Führung wie insbesondere mit dem Genossen Heinz über wichtige Fragen der Massenarbeit[28] Klarheit zu schaffen.«

Die Fragen, die Thälmann aufzählte, machten deutlich, worauf er die Kraft der Partei konzentriert sehen wollte. Sie enthüllten die Fehlerhaftigkeit der Auffassungen Neumanns, machten auf den Widerspruch zwischen dessen revolutionär klingenden Worten und den nur geringen

28 In der Quelle: Massenfragen.

Erfolgen der KPD bei der Organisierung wirklicher Kämpfe aufmerksam: »Warum haben wir keine größeren Kämpfe und Streiks ...? Die Arbeit der RGO und wie geben wir ihr einen Massencharakter? Die Beschlüsse des Januar- und Maiplenums des ZK; die Erfahrungen und Lehren des Volksentscheids und seine besonderen Erscheinungen; die Verstärkung des prinzipiellen Kampfes gegen die SPD bei gleichzeitiger verstärkter Anwendung der Einheitsfronttaktik unter den sozialdemokratischen und unorganisierten Arbeitern; bewußtere individuelle Methoden gegenüber der ›linken SPD‹ bei stärkster öffentlicher Bekämpfung; und das Versagen unserer Arbeit in den Großbetrieben.«

Die Unterredung am 19. August hatte nicht das Ergebnis, das Ernst Thälmann erhofft hatte. Neumann gab sich im engen Kreis keine Mühe, sein Geltungsbedürfnis zu verbergen und seine Feindschaft gegenüber Ernst Thälmann politisch zu begründen. Offenbar glaubte er, Thälmann von der Führung verdrängen zu können, und ging zu einem prinzipienlosen Kampf gegen den Parteivorsitzenden über. »Meine Befürchtungen, die ich schon seit längerer Zeit hatte, sind ... durch das Auftreten von Heinz vollauf bestätigt worden«, schrieb Ernst Thälmann in dem Brief an Leo Flieg. »Verstimmungen in der engeren Führung sind bei der Kompliziertheit der Probleme und Aufgabenstellung und den großen Schwierigkeiten, sie schnell und richtig zu lösen, zu begreifen und vorübergehend verständlich.« Haß und Mißtrauen aber, wie sie Neumann offenbarte, würden eine ernsthafte kollektive Zusammenarbeit unmöglich machen. Vielleicht sei sein Urteil, so bald nach der Aussprache geäußert, zu hart, vielleicht auch, von ihm allein ausgesprochen, zu einseitig, räumte Ernst Thälmann ein; aber er könne es nicht unwidersprochen hinnehmen, wenn ein Genosse, mit dem er so lange zusammenarbeite wie mit Heinz Neumann, ihm persönliche Vorurteile unterstelle und sich jede Kritik des Parteivorsitzenden an seiner eigenen Arbeit verbitte. So etwas zerreiße die Bindungen in der engeren Führung und schaffe eine unerträgliche Atmosphäre. Es gäbe nur zwei Wege: Entweder ändere Neumann sein Verhalten, dann könne man weiter zusammenarbeiten, oder er verharre in seiner Haltung, dann sei jede weitere Zusammenarbeit bloß erzwungen, »und darunter leidet nicht nur der Charakter des einzelnen, sondern, was viel wichtiger ist, die Arbeit und die Politik der Führung der Partei wie der Partei als Ganzes überhaupt«.

Aus dem Brief wird deutlich, wie viel Ernst Thälmann daran lag, seine alten Mitkämpfer von ihrem nicht parteimäßigen Wege abzubringen:

»Hermanns und Deine Äußerungen waren für mich eine große Befriedigung, weil aus ihnen nicht Haß und Feindschaft, sondern Sorge und Bemühungen herausklangen, um mit mir gemeinsam zu helfen, bestehende Schwierigkeiten zu beseitigen und die Partei in ihrer großen revolutionären Arbeit und Politik zu unterstützen.«[29] Er hoffe sehr, die Zusammenarbeit komme wieder in Ordnung. Er habe das niederschreiben müssen, um eine innere Last loszuwerden, schloß Ernst Thälmann seinen Brief, eine Last, die ihn in seiner ohnehin nicht leichten Arbeit nur behindere.

Die Niederschrift vom 20. August 1931 ist eines der wenigen Selbstzeugnisse über das Verhältnis Ernst Thälmanns zu seinen Genossen, darüber, wie sehr er Kollektivität in der Arbeit und eine kameradschaftliche, prinzipienklare Atmosphäre brauchte. Sie zeigt, welch große Geduld er aufbrachte und welche starke Bereitschaft, andere Meinungen gelten zu lassen, wie sehr es ihm Bedürfnis war, sich über alle Probleme in Ruhe auszusprechen. Der Brief offenbart, wie tief sich Ernst Thälmann durch das Verhalten Heinz Neumanns persönlich getroffen fühlte und daß er dessenungeachtet nur an die Partei und ihren Kampf dachte. Aus dem Schreiben sprechen für Ernst Thälmann so charakteristische Grundsätze wie die Unterordnung persönlicher Belange unter die Interessen der Partei, das unbedingte Verlangen nach einem offenen und ehrlichen Verhalten zueinander, die Überzeugung, daß die Interessen der Partei nur im vertrauensvollen Zusammenwirken der Genossen verwirklicht werden können, seine Forderung nach schöpferischem Mitdenken.

Wenige Tage nach dieser Auseinandersetzung im engsten Kreis der Parteiführung, am 23. August, sprach Ernst Thälmann zu den Funktionären der Hamburger Parteiorganisation der KPD. In Hamburg standen Bürgerschaftswahlen bevor. Ernst Thälmann erklärte eindringlich, daß die Kommunisten die sozialdemokratischen Arbeiter nicht mit korrupten und volksfeindlichen sozialdemokratischen Beamten und Parlamentariern in einen Topf werfen, sondern ihnen die Bruderhand reichen: »Sie werden durch das heutige System genauso ausgeplündert, genauso unterdrückt wie die kommunistischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Unser Appell zur proletarischen Einheitsfront gegen das kapitalistische System und gegen den kapitalistischen Staat, gegen Polizeiterror und Faschismus, unser Appell, im Kampf brüderlich zusammenzugehen, ist kein Manöver und keine ›Taktik‹. Nein, dieser Appell an unsere sozialdemokratischen

29 IML, ZPA, Moskau, Fond 526, ed. chr. 86.

Klassenbrüder kommt aus vollstem Herzen und aus tiefster Überzeugung!«[30] So leitete er seine Genossen an, eine Einheitsfrontpolitik zu entwickeln, die durch ihre Ehrlichkeit überzeugte.

Ernst Thälmann versuchte, die nachteiligen Auswirkungen der Teilnahme der Partei am Preußenvolksentscheid möglichst einzudämmen. Er gab deshalb die Orientierung, unbedingt und jetzt noch entschiedener um die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu ringen. Die Kommunisten müßten die Preußenregierung Braun-Severing als das stärkste Bollwerk des Brüning-Systems energisch bekämpfen; das bedeute vor allem, den sozialdemokratischen Arbeitern zu erklären, daß ihre Hoffnungen, die sie in die sozialdemokratischen Minister setzten, illusorisch seien. Bezug nehmend auf Fritz Tarnows These, die SPD müsse als Arzt am Krankenbett den Kapitalismus heilen, betonte Ernst Thälmann: »Als Klassenpartei der Arbeiterklasse gibt es für uns Kommunisten nur eine Richtschnur: die Klassenlinie unserer Politik, ... das Interesse der Arbeiter, das Interesse der Werktätigen, das Interesse des revolutionären Klassenkampfes!«

Es war Ernst Thälmann durchaus klar, daß längst noch nicht alle Arbeiter und erst recht nicht alle Werktätigen so dachten wie die Kommunisten: »Daß es bürgerliche und sozialdemokratische Illusionen in Millionen von Hirnen gibt, die zum Teil bis zum Sieg der proletarischen Revolution bestehen bleiben, das ist bekannt«[31], stellte er fest. Aber die Hauptsache sah er darin: »Ohne uns, wenn sie sich durch ihre Führer gegen die Kommunisten aufhetzen lassen, werden die sozialdemokratischen Arbeiter immer mehr auch ihrerseits zu Opfern der kapitalistischen Ausplünderung und des kapitalistischen Bankrotts werden ... Auf der anderen Seite können wir Kommunisten ohne die Millionen Arbeiter, die heute noch unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stehen, das große Werk der Befreiung der deutschen Arbeiterklasse und des Sieges des Sozialismus nicht erfolgreich vollenden!«[32] Diese Probleme nahmen, je mehr die faschistische Gefahr wuchs, einen immer wichtigeren Platz in seinen Überlegungen ein.

30 Ernst Thälmann: Rotes Hamburg für Sowjetdeutschland, (Hamburg) o. J., S. 25/26.
31 Ebenda, S. 4/5, 5.
32 Ebenda, S. 26.

7

Einheitsfront – Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland

Im Herbst 1931 wurde die faschistische Gefahr zusehends größer. Ende September forderten der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und andere Unternehmerorganisationen in einer ultimativen Erklärung von der Regierung, die Tariflöhne zu beseitigen, die Sozialausgaben weiter zu senken und den Unternehmern neue Steuererleichterungen und Subventionen zu gewähren. Diesem Verlangen der Monopole kam Brüning am 6. Oktober mit einer neuen Notverordnung nach, die unter anderem Gehälter und Renten herabsetzte.[1] Am 9. Oktober wurde unter dem Druck der reaktionärsten Kreise des Monopolkapitals die Brüning-Regierung umgebildet: Zur weiteren Konzentration der Machtmittel des Staates wurden das Reichswehrministerium und das Innenministerium in der Hand des Generals Wilhelm Groener vereinigt; Hermann Warmbold, Vorstandsmitglied der IG Farben, wurde Wirtschaftsminister. Am nächsten Tag fand das erste, noch ergebnislose Gespräch Hindenburgs mit Adolf Hitler und Hermann Göring über eine Beteiligung der Nazis an der Regierung statt. Am 11. und 12. Oktober veranstalteten die Deutschnationale Volkspartei, der Stahlhelm, der Alldeutsche Verband, die Nazipartei und andere faschistische Organisationen mit Vertretern des Junkertums, des Monopolkapitals und der Militärclique in Bad Harzburg ein Treffen zur Sammlung aller Kräfte, die rechts von dem Präsidialkabinett standen. Sie riefen auf zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung, zur Beseitigung der demokratischen Volksrechte, zur Sicherung höchstmöglicher Monopolprofite, zur Errichtung der faschistischen Diktatur, zu forcierter Aufrüstung und Krieg. Kurze Zeit später verhandelten der Reichskanzler sowie als Repräsentant der Reichswehrführung General Kurt von Schleicher mit Adolf Hitler und

1 Vgl. Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Hrsg. von Cuno Horkenbach mit sachlicher Unterstützung der Reichsbehörden, von Parlamentariern und Journalisten, Parteien, Körperschaften und Verbänden, Jg. (im folgenden: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute) 1931, Berlin o. J., S. 318. – Reichsgesetzblatt, 1931, Teil I, Nr. 67, S. 537–568.

Alfred Hugenberg über den weiteren Zusammenschluß aller reaktionären Kräfte zur Beseitigung der Weimarer Republik.[2]

Die KPD unternahm alle Anstrengungen, die Kampfkraft der Werktätigen gegen die Angriffe des Monopolkapitals, gegen die beschleunigte Faschisierung zu erhöhen. Ein Selbsthilfeprogramm der Angestellten und Beamten, das die KPD und die RGO Anfang September herausgegeben hatten, enthielt die sozialen Forderungen dieser Berufsgruppen und rief die kleinen Beamten und Angestellten auf, gemeinsam mit der gesamten Arbeiterklasse gegen die Notverordnungspolitik und den rücksichtslosen Raub ihrer Rechte zu kämpfen. Die Kommunisten wollten damit auch dem gefährlich wachsenden Einfluß der Nazis auf diese Schichten entgegenwirken, die sich als besonders anfällig für die soziale Demagogie der Faschisten erwiesen. Am 15. Oktober brachte die KPD im Reichstag einen Antrag für ein Gesetz ein, das die Lage der werktätigen Frauen bessern, sie vor den harten Auswirkungen der Krisenpolitik des Monopolkapitals schützen und von der politischen Diskriminierung befreien sollte, der die Frauen ausgesetzt waren und die der Faschismus noch zu verschärfen drohte. Unterstützt von der KPD, begann in dieser Zeit die Vorbereitung eines Reichsbauernkongresses für Anfang kommenden Jahres. Schon auf den Vorbereitungskonferenzen brachten vielfach Arbeiter ihre Bereitschaft zu einem Kampfbündnis mit den werktätigen Bauern zum Ausdruck. In der ersten Oktoberhälfte tagte in Berlin auch der Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe, auf dem die Verbreiterung der sozialen Basis der großen Solidaritätsorganisation, vor allem die Gewinnung von Angehörigen der städtischen Mittelschichten und von Bauern, eine große Rolle spielte.

Im Zusammenhang mit dem Antikriegstag unternahm die Partei 1931 schon im Juli große Anstrengungen, mit vielfältigen Aktionen breite Massen in den Kampf gegen die mit der Faschisierung wachsende Kriegsgefahr einzubeziehen. Polizeiverboten zum Trotz erzwangen sich in vielen Städten die Arbeiter am 1. August das Recht auf die Straße, aber schon in den Wochen zuvor gab es zahlreiche Demonstrationen und Konferenzen gegen den Krieg. An einer von der RGO einberufenen Tagung in Bitterfeld nahm neben vielen anderen Vertretern der Belegschaften kriegswichtiger Betriebe auch eine große Gruppe Arbeiter aus Leuna und anderen Werken der IG Farben teil. In Gleiwitz führten

2 Vgl. Heinrich Brüning: Memoiren, S. 460–473, 501–514.

deutsche, polnische und tschechoslowakische Eisen- und Stahlarbeiter eine gemeinsame Antikriegskonferenz durch.

Das alles waren Schritte, immer mehr Werktätige gegen die unablässig wachsende faschistische Gefahr zu mobilisieren. Angesichts der gefährlichen Situation war Ernst Thälmann bestrebt, die Meinungsverschiedenheiten in der Führung der KPD möglichst ohne langwierige Auseinandersetzungen beizulegen. Thälmann und Neumann fuhren nach Moskau, wo am 30. Oktober beim EKKI eine Beratung über die Differenzen mit Heinz Neumann stattfand, an der auch Wilhelm Pieck teilnahm. Einen Tag später hatten Thälmann, Pieck und Neumann eine Aussprache mit dem Generalsekretär der KPdSU(B), J. W. Stalin[3]. Aus den unmittelbar nach der Rückkehr Ernst Thälmanns und Heinz Neumanns – sie verließen Moskau am 3. November – vom Sekretariat des ZK der KPD angenommenen Beschlüssen ergibt sich, daß Neumanns Auffassungen zurückgewiesen wurden.

Am 10. November 1931 wurde in einem Beschluß des Zentralkomitees der KPD »das Vorhandensein linker sektiererischer Stimmungen, die sich gegen die Massenarbeit der Partei richten«, als »eine ernste Gefahr innerhalb der Partei« charakterisiert.[4] Heinz Neumann war sogar so weit gegangen, die Empörung über die fortwährenden Überfälle der Polizei auf revolutionäre Arbeiter und über die andauernden Mordanschläge der Nazis gegen Kommunisten auszunutzen – 1931 fielen über 100 Arbeiter unter den Kugeln und Dolchen der Faschisten und ihrer Helfer von der Polizei –, um Akte des individuellen Terrors zu organisieren. Darum wurde in dem Beschluß jede derartige Handlung oder ihre Duldung ausdrücklich als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Partei erklärt, und die Kommunisten wurden abermals entschieden auf die Hauptaufgabe, »die stärkste Entfaltung der revolutionären Massenarbeit«[5], orientiert.

Am 13. November unterbreitete Ernst Thälmann dem Politbüro des ZK der KPD weitere Vorschläge zur Verbesserung der Parteiarbeit. Er konzentrierte sich vor allem darauf, die Leninschen Prinzipien der kollektiven Führung der Partei noch konsequenter als bisher durchzusetzen, die Arbeit des Politbüros und des Sekretariats des ZK kontinuierlicher zu gestalten sowie die ideologische und theoretische Tätigkeit der Partei zu verstärken. Das Politbüro beschloß, in Zukunft regelmäßig alle 14 Tage

3 Vgl. IML, ZPA, NL 36/10.
4 Die Rote Fahne, 13. November 1931.
5 Ebenda.

zu beraten. Das Sekretariat kam jetzt ein- bis zweimal in der Woche zusammen. Es wurde beauftragt, die Bezirksleitungen über alle Tagungen des Politbüros und alle wichtigen politischen Fragen sofort zu informieren und die politische Kontrolle über die Zeitungen und Zeitschriften der Partei zu verbessern. Vor allem sei das Niveau des theoretischen Organs der Partei, der »Internationale«, zu heben und für eine stärkere Verbreitung der Zeitschrift zu sorgen. Schließlich sollte der erwähnte Beschluß des ZK vom 10. November für die ideologische Arbeit in der gesamten Partei intensiv genutzt werden.[6]

Hiermit war bereits die Richtung skizziert, in der Ernst Thälmann in den nächsten Wochen vor allem wirkte. Auf seine Initiative leitete das ZK der KPD eine ideologische Offensive ein. Ihren Auftakt bildete ein in der November/Dezember-Nummer der »Internationale« veröffentlichter Artikel Ernst Thälmanns »Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung«. Das Zentralorgan der Partei »Die Rote Fahne« gab den Genossen am 24. November den Hinweis, diesen Artikel zu studieren, und das Sekretariat des ZK forderte in einem Rundschreiben vom 28. November die Parteipresse und alle Parteiorganisationen auf, zu den von Ernst Thälmann erörterten Fragen der Parteiarbeit eingehend Stellung zu nehmen. Auch bei den Bruderparteien fand der Aufsatz großes Interesse; zum Beispiel wurde er von der Funktionärzeitschrift der Französischen Kommunistischen Partei nachgedruckt.[7]

Ziel der ideologischen Offensive war es, die politische Arbeit der Partei zu vervollkommnen und die Partei besser zu befähigen, die Arbeiterklasse zu Aktionen gegen Kapitaloffensive und Faschismus zu führen. Das Verständnis der Funktionäre und Mitglieder dafür, daß die Partei ihre führende Rolle tagtäglich im Klassenkampf beweisen muß, sollte erhöht werden. Es ging darum, die in den Beschlüssen des Zentralkomitees entwickelte theoretische, politische und taktische Orientierung in der gesamten Partei durchzusetzen, um vor allem das Wesen des Faschisierungsprozesses, die Rolle des Hitlerfaschismus, die Wege der Einheitsfrontpolitik und den Charakter der rechtssozialdemokratischen Politik weiter zu klären und alle unrealistischen Einschätzungen des politischen Kräfteverhältnisses zu überwinden.

Ernst Thälmann beschäftigte sich vorwiegend mit Problemen der Einheitsfront- und Bündnispolitik. Nachdrücklich signalisierte er in seinem Aufsatz in der »Internationale«, daß der Hitlerfaschismus immer gefährlicher wurde.[8] In einem Schreiben an die nordwestdeutschen Bauern entlarvte Thälmann die soziale Demagogie, mit der die Hitlerfaschisten ihren Einfluß unter der bäuerlichen Bevölkerung ausdehnten. Er orientierte die Arbeiterklasse im Sinne des Bauernhilfsprogramms der KPD darauf, die Landbevölkerung im Kampf »um die Scholle, gegen Steuerdruck, Schuldendienst, Pfändung und Zwangsversteigerung und Zollwucher«[9] zu unterstützen.

Mit besonderer Sorgfalt und Ausdauer bemühte sich Ernst Thälmann darum, die Partei zu befähigen, trotz des verschärften antikommunistischen Kurses der SPD-Führung ein besseres Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern herbeizuführen. Er erläuterte, daß diese nur »durch kameradschaftliche Aufklärung und ihre eigenen Erfahrungen im gemeinsamen Kampf« und nicht durch sektiererisches »lautes Geschrei und Geschimpfe« überzeugt werden können.[10] Am 26. November, auf der zweiten Politbürositzung nach seiner Rückkehr aus Moskau, referierte er über die Einheitsfrontpolitik. Das Politbüro beschloß, alle diesbezüglichen Vorschläge in einem Rundschreiben den Bezirksleitungen mitzuteilen und einen Appell des Zentralkomitees an alle Arbeiter in der Sozialdemokratie, im Reichsbanner und in den Gewerkschaften zu richten. Es beauftragte Ernst Thälmann, einen Artikel über Faschismus und Einheitsfront für die Parteipresse zu schreiben.[11]

Der Appell und der Artikel Ernst Thälmanns wurden drei Tage später in der »Roten Fahne« veröffentlicht. In ihnen wurde ausdrücklich betont, daß die Einheitsfront nur im gemeinsamen Kampf der Kommunisten und der Sozialdemokraten gegen Kapitaloffensive, Notverordnungen und faschistischen Terror entstehen könne. Wir fordern nicht von den Sozialdemokraten, erklärte Ernst Thälmann, »daß sie sich von heute auf morgen plötzlich in Kommunisten verwandeln, unser Programm, unser Endziel anerkennen und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit

6 Vgl. IML, ZPA, 3/1/755.
7 Vgl. ebenda, 3/19/1364; I 2/1/83.
8 Vgl. Ernst Thälmann: Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung. In: Die Internationale, 1931, H. 11/12, S. 499/500.
9 Ernst Thälmann: Verteidigung der Bauernscholle ist auch Sache der Arbeiterschaft. Adresse an die nordwestdeutschen Bauern. In: Die Rote Fahne, 18. November 1931.
10 Ernst Thälmann: Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit... In: Die Internationale, 1931, H. 11/12, S. 490.
11 Vgl. IML, ZPA, 3/1/755.

unserem vertauschen sollen. Wir fordern nur eines von ihnen: daß sie mit uns gegen den Klassenfeind kämpfen!«[12]

Mit dieser Erklärung korrigierte Ernst Thälmann bereits weitgehend enge Vorstellungen, die seit mehreren Jahren die Einheitsfrontpolitik der KPD in ihrer Wirksamkeit behindert hatten und die auch er im Sommer noch vertreten hatte. Er stellte klar, daß es darum ging, gemeinsam für die nächsten Ziele zu kämpfen. Allerdings hielt er die sogenannte Einheitsfront von oben, das heißt Vereinbarungen mit der SPD als Partei oder mit sozialdemokratischen Organisationen, noch für unmöglich.

Anzeichen für eine Änderung der Position der sozialdemokratischen Führung waren auch jetzt nicht erkennbar, obwohl sie aus der eigenen Partei gedrängt wurde, etwas gegen die unübersehbare faschistische Gefahr zu tun. Die rechten sozialdemokratischen Führer reagierten am 16. Dezember 1931 auf die zunehmende Aktivität der Reaktion und auf das wachsende Verlangen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft nach Gegenaktionen, indem sie die sogenannte Eiserne Front proklamierten. Die Kräfte der Sozialdemokratischen Partei, der freien Gewerkschaften, der reformistisch geführten Arbeitersportbünde und des Reichsbanners sollten damit zusammengefaßt werden, um, wie es hieß, die politische Schlagkraft der sozialdemokratischen Bewegung zu verstärken.[13] Die rechte Führung suchte auf diese Weise dem Einheitswillen auch der sozialdemokratischen Arbeiter ein Ventil zu schaffen und gleichzeitig eine neue Trennungslinie gegenüber den Kommunisten zu ziehen.[14]

Mit der Proklamierung der Eisernen Front wollten sich die rechten Führer der Sozialdemokratie zugleich ein Alibi vor der Mitgliedschaft für die bevorstehenden Reichspräsidentenwahlen verschaffen. Sie hatten nämlich bei diesbezüglichen Gesprächen mit Brüning »ein hohes Maß an staatspolitischer Einsicht«[15] für die imperialistische Machtpolitik gezeigt

12 Ernst Thälmann: Schmiedet die rote Einheitsfront! Kämpft mit uns für Eure Forderungen. In: Die Rote Fahne, 29. November 1931.

13 Vgl. Vorwärts, 17. Dezember 1931, Morgenausgabe. – In diesem Zusammenhang wurden die Schutzformationen des Reichsbanners (Schufo), die seit Herbst 1930 bestanden, aktiver, und die freien Gewerkschaften bildeten in den Betrieben Hammerschaften als Einsatzgruppen gegen faschistische Terroristen.

14 Vgl. Julius Leber: Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie. In: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber. Hrsg. von seinen Freunden, (Berlin-Schöneberg–Frankfurt a. M. 1952), S. 239/240. – Friedrich Stampfer: Die vierzehn Jahre der ersten Deutschen Republik, Hamburg (1953), S. 607/608.

15 Heinrich Brüning: Memoiren, S. 502.

und dem Reichskanzler Rückendeckung zugesichert, als er sie in seinen Plan einweihte, Hindenburgs Amtsperiode verlängern zu lassen. Die Führung der SPD war bereit, sich an einem entsprechenden Parlamentsbeschluß zusammen mit den Nazis und den Deutschnationalen zu beteiligen.

Unter den Arbeitern jedoch, auch bei Sozialdemokraten, war die Stimmung anders. Die Bemühungen der KPD um eine bessere Massenarbeit zeitigten bereits im Dezember erste Erfolge. Der antikommunistische »O-Dienst« vermerkte Ende 1931, daß die Sympathie für die Kommunisten unter den Betriebsarbeitern wuchs.[16] Ernst Thälmann konnte am 8. Januar 1932 Wilhelm Pieck nach Moskau mitteilen: »Es beginnt sich eine neue Aktivität in den Betriebsmassen zu entwickeln.« Er schlußfolgerte daraus: »Das Zentralkomitee wird die Betriebsarbeit in den Mittelpunkt, als Hauptaufgabe aller unserer Aufgaben stellen.«[17]

Zu dieser Zeit arbeitete Ernst Thälmann bereits angestrengt an der Vorbereitung der nächsten Tagung des Zentralkomitees. In der Sekretariatssitzung vom 8. Januar trug er die Disposition seines Referats für das Plenum vor.[18] Die Gedanken, die ihn dabei bewegten, schilderte er in dem erwähnten Brief an Wilhelm Pieck. Er beabsichtige, die politische und gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben als einen der Schwerpunkte zu behandeln. Mit Sorge erfülle ihn »die innere Lage der Partei und ihre nicht genügende Aktivität«, vor allem das »mangelnde theoretische Niveau«.[19]

Wie sehr ihn gerade dies beschäftigte, zeigt ein Aufsatz über die Zentrumspartei und ihre Rolle im Faschisierungsprozeß, den Thälmann im Januar in der »Internationale« veröffentlichte. Er wollte »durch die Klärung der Rolle des Zentrums dazu beitragen, das theoretische Verständnis für die gesamte Politik der Partei, für ihre Beurteilung der Lage, der Gruppierung der Kräfte, des Klassenfeindes und der bevorstehenden Entwicklung sowie für ihre Strategie im Kampf gegen den Klassenfeind zu vertiefen«.

Mit dieser Studie half Ernst Thälmann der Partei, den Faschisierungs-

16 Vgl. O-Dienst. Nachrichten über die bolschewistische Bewegung, Nr. 23, 9. Dezember 1931; Nr. 24, 30. Dezember 1931. – Es handelt sich um ein als »vertraulich« gekennzeichnetes Informationsblatt, das Unternehmern und Behörden zugeleitet wurde.

17 IML, ZPA, 3/1/327.

18 Vgl. ebenda, 3/19/315.

19 Ebenda, 3/1/327.

prozeß und dessen Träger exakter einzuschätzen, die Differenzen im Lager der imperialistischen Bourgeoisie genauer zu beachten und im Ringen um die Gewinnung der Massen einen besseren Zugang zu den christlichen Arbeitern zu finden. Sorgfältig und auf reiches Material gestützt, analysierte er die Partei Heinrich Brünings, weil diese »in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße die entscheidenden Schichten des deutschen Finanzkapitals und ihre Politik repräsentiert« hatte, und beantwortete die Frage, was das Zentrum dazu befähigte.[20] Er zeigte, welche Klassenkräfte beziehungsweise welche spezifischen Gruppen der herrschenden Klasse das Zentrum vertrat, und wies nach, wie bedeutend sich das Zentrum von anderen traditionellen bürgerlichen Parteien dadurch unterschied, daß es eine stabile Massenbasis in den Dienst einer offen kapitalistischen Politik zu stellen vermochte. Thälmann untersuchte die Verbindung der Zentrumspartei mit der katholischen Kirche, die charakteristischen Züge der Ideologie des Zentrums und dessen Methoden der Arbeit unter den Massen als die wichtigsten Momente, aus denen sich die Stabilität des Masseneinflusses des Zentrums ergab. Er deckte die ideologische Verwandtschaft des Zentrums mit dem Faschismus auf, stellte das Zusammenspiel zwischen dem Zentrum und seinem noch konservativeren, partikularistischen bayerischen Ableger, der Bayerischen Volkspartei, dar und beleuchtete, inwiefern das Zentrum durch seine Koalition mit der SPD in Preußen die Sozialdemokratie an die Notverordnungsdiktatur kettete.

In dem Aufsatz wurde die Geschichte der Zentrumspartei verfolgt und die soziale Struktur des Zentrums und seines Massenanhangs untersucht. Ernst Thälmann analysierte sorgfältig die vielfältigen Einrichtungen, mit denen diese Partei Werktätige an sich band – von den christlichen Gewerkschaften bis zur katholischen Kirche –, ihre spezifischen organisatorischen Formen und ideologischen Methoden, das (außer bei den Gewerkschaften) berufsständische Organisationsprinzip der klerikal-politischen Massenorganisationen. Schließlich kennzeichnete er den Antikommunismus und Antisowjetismus des Zentrums. Seine Analysen mündeten in Überlegungen über die Rolle des Zentrums als Träger der Faschisierungspolitik und darüber, inwiefern sich in der ideologischen Entwicklung des Zentrums abzeichnete, daß es sich als Träger einer klerikal-faschistischen Diktatur eignete.

20 Vgl. Ernst Thälmann: Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie. In: Die Internationale, 1932, H. 1, S. 7, 6.

Aus seiner Untersuchung zog Thälmann Schlußfolgerungen für die Politik der KPD: »Unsere Aufgabe ist es, den christlichen Arbeitern den Weg zur roten Einheitsfront des kämpfenden klassenbewußten Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei zu zeigen«[21], eine breite Einheitsfront von christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zu schließen, die vom Zentrum beeinflußten Bauern, Gewerbetreibenden und anderen Werktätigen für den Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen.

Der Aufsatz Ernst Thälmanns gab ein Beispiel für die gründliche theoretische Arbeit, die geleistet werden mußte, um jene Fragen zu klären, die der Klassenkampf in Deutschland aufwarf. Ernst Thälmann demonstrierte, welche Konsequenzen aus seiner kritischen Feststellung, »daß trotz der großen Erfolge unserer Partei ihr theoretisches Niveau, das ideologisch-politische Niveau unserer Parteiarbeit, ungenügend ist«, gezogen werden mußten. Es gäbe Genossen, hatte er kurz zuvor ebenfalls in der »Internationale« kritisiert, die die Erörterung theoretischer Fragen unterschätzten und glaubten, »man müsse nun ›von der hohen Warte der Theorie wieder auf die ebene Erde der rauhen Praxis hinabsteigen‹. Solche Stimmungen und Tendenzen«, die einen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis konstruierten, »haben mit bolschewistischen Auffassungen nichts gemein«, betonte er. »Jedes Nachgeben gegenüber solchen Stimmungen bedeutet Vernachlässigung der inneren politischen Erziehungsarbeit unserer Partei und damit Abschwächung unserer praktischen Massenarbeit.«[22]

Trotz aller Bemühungen konnten aber auch mit der ideologischen Offensive noch nicht alle aktuellen Probleme geklärt werden. In so wichtigen Fragen wie der Einheitsfrontpolitik fand Ernst Thälmann für seine weiterführenden Überlegungen auch in der Parteiführung noch kein volles Verständnis. Heinz Neumann als Wortführer und dessen Freunde hielten trotz der Beschlüsse vom November 1931 an ihrer sektiererischen Haltung fest. Während Ernst Thälmann stets die Notwendigkeit betonte, das Kräfteverhältnis nüchtern zu beurteilen, bei allen politischen Schritten der Partei immer von einer realistischen Einschätzung auszugehen und den Kampf um die elementaren wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen der Arbeiter in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Partei zu

21 Ebenda, S. 26.

22 Ernst Thälmann: Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit ... In: Ebenda, 1931, H. 11/12, S. 506, 507.

stellen, entwickelte Heinz Neumann abenteuerliche Vorstellungen über angeblich direkt bevorstehende Kämpfe um die Macht. Während Ernst Thälmann nachdrücklich vor dem Hitlerfaschismus warnte, während er verlangte, alle Kraft auf die Bekämpfung dieser Gefahr zu konzentrieren und die antifaschistische Einheitsfront zu schmieden, behauptete Heinz Neumann, daß die Errichtung einer faschistischen Diktatur die proletarische Revolution beschleunigen werde. Während Ernst Thälmann es für unbedingt notwendig hielt, den sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf zu reichen, diffamierte Neumann diese Bemühungen als »Nachlaufen« hinter den sozialdemokratischen Arbeitern und erschwerte mit ultralinken Parolen – wie »Zertrümmerung des ADGB« – sowohl die Einheitsfrontpolitik als auch die revolutionäre Arbeit in den freien Gewerkschaften.[23]

Als Ernst Thälmann in den letzten Januartagen wegen einer Beratung beim EKKI abwesend war, führten Leo Flieg, Heinz Neumann und Hermann Remmele einen Beschluß herbei, der die Einheitsfrontpolitik einzuengen drohte.[24] Heinz Neumann und seine Freunde stellten Thälmann, der um eine realistische Politik kämpfte, als Zauderer hin. In dieser Situation war ihm vor allem Wilhelm Pieck der Freund und Kampfgefährte, mit dem er seine Gedanken austauschte, dem er seine Sorgen und Schwierigkeiten mitteilte. In dem erfahrenen Kämpfer und Funktionär fand Ernst Thälmann den am konstruktivsten denkenden Partner im Ringen um die Weiterentwicklung der Politik der Partei, insbesondere ihrer Massenarbeit. Am 8. Februar schrieb er Wilhelm Pieck, wie es ihm nach seiner Rückkehr aus Moskau gelungen war, in der Politbürositzung am 5. Februar ein einheitliches Vorgehen zu erreichen.[25] Obwohl er die Zeit dringend zur Vorbereitung seines Referates für die Tagung des Zentralkomitees benötigt hätte, stellte er sofort nach seiner Ankunft Heinz Neumann in Gegenwart von Leo Flieg wegen des verfehlten Se-

23 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/82; I 2/1/83; I 2/1/86; 1/13/31; 1/18/39. – Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands am 19. Februar 1932 in Berlin, o. O. u. J., S. 29, 59. – Ders.: Schlußwort [auf dem XII. EKKI-Plenum]. In: Die Kommunistische Internationale, 1932, H. 17/18, S. 1333.

24 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315; 3/1/327; NL 36/10. – Am 19. Januar nahm Ernst Thälmann noch an der Sekretariatssitzung teil, am 22. Januar traf er in Moskau ein, von wo er am 30. wieder abreiste. Am 5. Februar nahm er bereits wieder an der Politbürositzung teil. In einem Brief an Wilhelm Pieck schrieb er, daß er 14 Tage abwesend gewesen sei. (Vgl. ebenda.)

25 Vgl. ebenda, 3/1/327.

kretariatsbeschlusses über die Einheitsfrontpolitik zur Rede. Mit Hermann Remmele sprach er zwei Stunden lang unter vier Augen, weil ihm die Haltung des alten Arbeiterfunktionärs besondere Sorgen machte.

Bei »prinzipieller Klassenfrontstellung die größte Manövrierfähigkeit in unserer Taktik«[26] zu entwickeln, davon ließ sich Ernst Thälmann nicht abbringen. So gelang es ihm, sagte Wilhelm Florin auf der Parteikonferenz im Oktober 1932, »ruhig, entschlossen, aber zähe die Sache bis zu Ende durchzuführen. Wie ein ruhender Pol zwischen uns stand er, um systematisch Schritt für Schritt vorzugehen, einerseits um die Partei zu schützen vor... einer großen unnützen Auseinandersetzung; und andererseits um Schritt für Schritt die Genossen, die wankten, zu gewinnen und diejenigen, die die Hauptverfechter der falschen Auffassungen waren, immer mehr zu isolieren.«[27]

Stets war Ernst Thälmann bemüht, Genossen, die Fehler machten, zu helfen. So war er beim Studium der Parteipresse darauf gestoßen, daß sich in dem illegal herausgegebenen antimilitaristischen Organ »Oktober« Tendenzen des individuellen Terrors zeigten, daß dort von einer »Taktik des Kleinkrieges« zur »Zermürbung der Polizei« gesprochen wurde.[28] Hermann Dünow, damals Redakteur dieses Organs, berichtet, wie Ernst Thälmann die Genossen der Redaktion daraufhin zu sich rief. Geduldig und ausführlich sprach er mit ihnen über die Rolle der Massen im Kampf gegen die reaktionäre Innen- und Außenpolitik der Brüning-Regierung. Er bewies ihnen, daß die von ihnen verfochtene Taktik in der Konsequenz nichts anderes bedeutete »als die Trennung, die Isolierung der Partei von den Massen... Unsere Aufgabe, sagte Ernst Thälmann, besteht... darin, dem Gedanken des Massenselbstschutzes... in den Betrieben und Wohngebieten« zum Siege zu verhelfen und die Massen zur Abwehr der faschistischen Terrorbanden zu organisieren. Man dürfe sich nicht zum »Kleinkrieg« provozieren lassen. Die Gesprächspartner Ernst Thälmanns haben diese »Lektion über Grundfragen des Marxismus-Leninismus« nie vergessen. Ernst Thälmann deckte die Ursachen ihrer fehlerhaften Haltung auf und zeigte ihnen die möglichen Folgen. Kameradschaftlich und mit parteierzieherischer Konsequenz forderte er sie auf, den Fehler selbst zu korrigieren. »In Anwendung dieses Prinzips erhielt ich den

26 Ebenda.

27 Ebenda, 1/18/39.

28 K. F.: Die Taktik in der jetzigen Situation. In: Oktober (Berlin–Zürich), 1931, Nr. 4, S. 9.

Auftrag«, schreibt Hermann Dünow, »im ›Oktober‹ ... zur Entfaltung des proletarischen Massenkampfes gegen den faschistischen Terror Stellung zu nehmen.«[29]

Ernst Thälmann war es darum zu tun, gerade in einem Organ des illegalen RFB keine »linken« Tendenzen zu dulden. Der Anleitung der Genossen, die die Arbeit des RFB unter den Bedingungen der Illegalität leiteten, widmete er stets große Aufmerksamkeit. Nicht selten nutzte er ein paar freie Stunden am Sonntag – wenn er in Berlin war und nicht gerade im Lande auf einer Veranstaltung der Partei zu sprechen hatte –, um Willy Leow, der als sein Stellvertreter den Bund führte, und andere Funktionäre der Bundesleitung, wie Paul Hornick, Otto Schreiber und Emil Paffrath, zu sich zu rufen oder sich mit ihnen in einem Lokal irgendwo in der Stadt zu treffen. Bei solchen zwanglosen Zusammenkünften wurden die komplizierten Fragen, die die illegale Arbeit einer Massenorganisation mit sich brachte, besprochen.[30]

Vom 20. bis 23. Februar 1932 fand im Reichstagsgebäude, als Sitzung der Reichstagsfraktion getarnt, die Tagung des Zentralkomitees der KPD statt. Außer den Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees nahmen leitende Funktionäre aus dem Apparat des Zentralkomitees, aus den Bezirksleitungen und aus den Massenorganisationen teil, insgesamt 113 Genossen, ferner Vertreter von acht Bruderparteien, unter ihnen der 1930 zum Generalsekretär der Französischen Kommunistischen Partei gewählte Maurice Thorez.[31]

Ernst Thälmann analysierte in seinem Referat gründlich das politische Kräfteverhältnis und die Möglichkeiten, es zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern. Eindringlich warnte er davor, die bisherigen Erfolge zu überschätzen und den Ernst der Lage zu verkennen. Es sei unabdingbar, mit aller Kraft »gegen jede weitere Verschärfung der Faschisierung, gegen jeden weiteren Schritt in der Richtung zur offenen faschistischen Diktatur« zu kämpfen. Ernst Thälmann verlangte von der Partei eine »außerordentliche Verschärfung« des »Kampfes gegen den Hitlerfaschismus an allen Fronten«.[32] Vor allem müsse die Auseinandersetzung mit der sozialen Demagogie und der nationalistischen Hetze der Nazis verstärkt,

29 Hermann Dünow: Gegen individuelle Aktionen – für revolutionären Massenkampf. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 347, 348/349, 348, 350.
30 Nach einer Mitteilung von Emil Paffrath an das Autorenkollektiv.
31 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/82.
32 Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD, S. 26, 49.

eine unermüdliche ideologische Arbeit unter den werktätigen Anhängern der Nazipartei geleistet und der Massenselbstschutz gegen den Naziterror entfaltet werden. Indem Ernst Thälmann das Hauptfeuer gegen den Hitlerfaschismus richtete und zugleich bewies, daß dieser ohne entschiedenen Kampf gegen die Präsidialdiktatur und gegen alle die Faschisierung betreibenden oder fördernden Kräfte nicht geschlagen werden konnte, gab er der Arbeiterklasse und allen anderen Antifaschisten eine grundsätzlich richtige Einschätzung der faschistischen Gefahr.

Nachdrücklich stellte Ernst Thälmann fest, daß die revolutionäre Bewegung hinter den Erfordernissen des Klassenkampfes zurückgeblieben war. Der Offensive des Monopolkapitals könne nur begegnet werden, der Faschismus könne nur geschlagen werden, wenn es gelänge, den Einfluß der Reformisten auf die Arbeiterklasse zurückzudrängen, die hartnäckig die Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten verhinderten. Als das »Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland« bezeichnete Ernst Thälmann eine elastische Einheitsfrontpolitik, die an »den stürmischen Willen der Massen zur Einheit« anzuknüpfen habe.[33] Den Ansatzpunkt, von dem aus die Einheitsfront anzubahnen war, sah er in der Auslösung von Teilkämpfen um die Tagesforderungen der Werktätigen. Schon in der »Internationale« hatte er eindeutig betont, daß die Eroberung der proletarischen Mehrheit und Gewinnung von Bundesgenossen bedeute, »die Kämpfe der Arbeiterklasse, die Streiks der Betriebsarbeiter, die Massenaktionen der Erwerbslosen, die Massenkämpfe aller werktätigen Schichten, Mieterstreiks, Steuerstreiks, Abwehr von Exmissionen und Zwangsversteigerungen usw., mit anderen Worten: den Massenkampf gegen die Notverordnung der Bourgeoisie bis zu politischen Massenstreiks und anderen höheren Kampfformen zu organisieren und zur Entfaltung zu bringen«[34].

Die Erfahrungen der letzten Monate, in denen es außerordentlich schwergefallen war, am wichtigsten Kampfabschnitt, in den Betrieben, Kämpfe auszulösen – gegen die jüngste Notverordnung vom Dezember 1931 war kaum Widerstand geleistet worden –, veranlaßten Ernst Thälmann, die Kampffähigkeit der Partei und der revolutionären Massenorganisationen kritisch zu überprüfen. Er kennzeichnete es als »eine der wichtigsten Lebensfragen« für die KPD, die Schwächen der Arbeit

33 Ebenda, S. 59.
34 Ernst Thälmann: Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit... In: Die Internationale, 1931, H. 11/12, S. 501/502.

in den Betrieben und in den Gewerkschaften zu überwinden. In der politischen Massenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft sah er den Schlüssel für die Auslösung von Kampfaktionen der Arbeiterklasse und für eine wirksame Einheitsfrontpolitik. Daher bezeichnete er die Betriebszellen als »die entscheidenden Organe..., das Zentrum der Partei«, wo »das Schwergewicht unserer Arbeit liegen muß. Und zwar nicht nur auf dem Papier, nicht nur in Phrasen, sondern in der Tat, der täglichen Praxis unserer Arbeit.«[35]

Im Februar 1932 zählte die KPD etwa 360 000 registrierte Mitglieder, das heißt dreimal soviel wie drei Jahre zuvor. Über die Hälfte der Parteimitglieder und auch der Funktionäre in Zellen, Ortsgruppen und Unterbezirken war erst im Verlauf der letzten beiden Jahre in die Partei eingetreten. Sie waren im Klassenkampf noch wenig erfahren, ihre ideologische Reife genügte oft noch nicht den hohen Ansprüchen, die die Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind gerade zu dieser Zeit stellte. Allein im Januar 1932 wurden fast 30 000 und im Februar beinahe 35 000 Werktätige, in der großen Mehrzahl Arbeiter, Mitglied der KPD. Jedoch waren von den 6,8 Millionen im Frühjahr 1932 noch beschäftigten Industriearbeitern höchstens 55 000 Kommunisten, und bis Ende 1932 sank der Anteil der Arbeiter, die noch im Betrieb beschäftigt waren, an der Gesamtmitgliederzahl der KPD infolge der Massenentlassungen, die die Unternehmer als Waffe im Klassenkampf gegen die revolutionären Arbeiter benutzten, auf elf Prozent. Die KPD besaß zur Zeit des Februarplenums etwa 2000 Betriebszellen, deren Verteilung auf die Klein-, Mittel- und Großbetriebe sich seit 1929 kaum verändert hatte. Nur in einem relativ kleinen Teil der Großbetriebe hatte sie Fuß fassen können, lediglich in jedem fünften aller Betriebe über 500 Arbeiter gab es kommunistische Betriebszellen. Die Zellen waren außerordentlich zerstreut, und in den meisten Industriebetrieben gab es keine organisierte Arbeit der KPD.[36]

Die RGO und die roten Verbände zählten im Frühjahr 1932 etwa zwischen 260 000 und 310 000 Mitglieder. Das waren ungefähr 5 bis 6 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Sie waren in 4021 Betriebsgruppen und 1400 Erwerbslosengruppen der RGO zusammengefaßt. Die Zahl der Mitglieder der RGO in den Betrieben war fast durchweg größer als die Zahl der Parteimitglieder. Franz Dahlem teilte auf dem Februarplenum mit, 75 Prozent der Mitglieder der RGO seien parteilos. Die revolutionären gewerkschaftlichen Organisationen erweiterten also den politischen und organisatorischen Einfluß der KPD unter den Arbeitern in den Betrieben. Außerdem leiteten Kommunisten um diese Zeit noch nahezu 300 Zahlstellen und Ortskartelle in den Verbänden der freien Gewerkschaften.[37] Verschiedene andere Massenorganisationen, neben den traditionellen wie der Internationalen Arbeiterhilfe oder der Roten Hilfe, hatten seit 1929 als Bindeglieder der Partei zu den Werktätigen an Bedeutung gewonnen, so die Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur, die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen, der Bund der Freunde der Sowjetunion. Die Abonnentenzahl der kommunistischen Tagespresse hatte sich seit 1929 von einer Viertel- auf eine Drittelmillion erhöht. Die Zahl der Betriebs- und Häuserblockzeitungen, die die Partei neben der immer stärker durch Verbote behinderten regulären Presse faktisch illegal herausgab, war seit 1928 um etwa das Fünffache, nämlich auf 4350, gestiegen.[38]

Es war also auf dem Wege, den Ernst Thälmann die Partei führte, dank der aufopfernden Arbeit von Zehntausenden von Kommunisten, ihren Mühen und Anstrengungen auf den verschiedenen Gebieten vorangegangen oder wenigstens gelungen, dem Druck des Klassengegners standzuhalten. Und wie schwer war dieser Druck: Die KPD stand im Kreuzfeuer einer zügellosen antikommunistischen Hetze aller Träger und Verteidiger der kapitalistischen Ordnung, einschließlich der rechten Sozialdemokraten; gegen die Kommunisten richteten sich die zunehmenden Repressalien der Klassenjustiz und der Polizei sowie der rasch anwachsende faschistische Mordterror; die materiellen Mittel der Partei waren außerordentlich gering; ihre Möglichkeiten, legal zu arbeiten, bereits begrenzt. Und trotzdem war die KPD immer stärker geworden, bekannten sich immer mehr Arbeiter und andere Werktätige zu ihr.

In der offenen und kritischen Diskussion zum Referat Ernst Thälmanns, zu den Resolutionen und der Deklaration »Gegen die Tributsklaverei des deutschen Volkes! Gegen Versailles und Young! Für die soziale und nationale Befreiung durch die Diktatur des Proletariats!«[39]

35 Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD, S. 55.

36 Vgl. Heinz Karl: Zur Entwicklung der Einheitsfrontpolitik der KPD im Kampf gegen die faschistische Gefahr in der Zeit des Februarplenums und des Maiplenums des ZK 1932. Phil. Diss., Berlin 1969, S. 36–39.

37 Vgl. ebenda, S. 40, 46. – Internationale Gewerkschafts-Pressekorrespondenz (Moskau–Berlin), 1931, Nr. 96. – IML, ZPA, I 2/1/82; 116/1/704.

38 Vgl. Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, S. 142.

39 Vgl. Mitteilungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, Februar 1932, S. 28–31.

sprachen auf der Tagung des Zentralkomitees im Februar 1932 45 Genossen. Wilhelm Pieck, der als Vertreter des EKKI das Wort nahm, und die Mitglieder des Politbüros Franz Dahlem, Fritz Heckert und Walter Ulbricht beurteilten die Lage ebenso wie Ernst Thälmann. So bewährte Politische Sekretäre der Bezirksorganisationen wie Bernhard Bästlein (Köln), Otto Gießelmann (Danzig), Walter Kassner (Magdeburg), Hermann Matern (Königsberg), John Schehr (Hannover), Fritz Selbmann (Leipzig), Paul Suhr (Halle), Matthias Thesen (Essen) unterstützten aus ihren Erfahrungen heraus die Aufgabenstellung, die in seinem Referat enthalten war. Albert Funk, Ottomar Geschke, Roberta Gropper, Ernst Grube, Wilhelm Koenen, Willi Koska, Albert Kuntz, Willy Leow, Max Maddalena, Lene Overlach, Heinrich Rau, Anton Saefkow, Ernst Schneller, Eugen Wiedmaier, Josef Winternitz (Lenz) und andere in der Massenarbeit erfahrene Funktionäre sprachen über die Schwierigkeiten und neuen Erfordernisse des Kampfes der Partei um die Auslösung antifaschistischer Kämpfe.[40]

Maurice Thorez bekräftigte die Verbundenheit der französischen mit den deutschen Kommunisten. Er betonte, daß die Kampferfahrungen der KPD für die kommunistischen Parteien der anderen kapitalistischen Länder sehr bedeutsam seien, und unterstrich damit die Verantwortung der KPD.[41]

Mit der Tagung des Zentralkomitees im Februar 1932 erzielte die KPD wichtige Fortschritte bei der weiteren Ausarbeitung ihrer Politik und schuf sich eine stabilere Ausgangsstellung für die kommenden Kämpfe. Vor allem war es gelungen, das politische Kräfteverhältnis realistischer einzuschätzen, den Faschisierungsprozeß differenzierter zu werten, die politische Stoßrichtung der Partei noch stärker gegen den Hitlerfaschismus zu konzentrieren. Auf dieser Tagung wurde in der Partei auch die Bedeutung von Teilkämpfen gegen jede Erscheinung der Kapitaloffensive hervorgehoben und nachgewiesen, daß nur über solche Teilkämpfe der Weg zur Auslösung eines breiten, allgemeinen Massenkampfes gegen die Faschisierung führte. Damit wurde eine breitere und wirksamere Massenarbeit in den Betrieben, den Gewerkschaften und unter den Erwerbslosen eingeleitet. Die Kommunistische Partei Deutschlands nahm Kurs auf eine elastischere Einheitsfrontpolitik.

40 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/82; I 2/1/83; I 2/1/84. – Heinz Karl: Zur Entwicklung der Einheitsfrontpolitik der KPD..., S. 70–94.
41 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/82.

8

Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!

Unmittelbar nach der Beratung des Zentralkomitees eröffnete Ernst Thälmann am 26. Februar 1932 mit einer Großkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle die entscheidende Phase des Wahlkampfes für den kommunistischen Kandidaten bei den Reichspräsidentenwahlen. Sechs Wochen zuvor war von der KPD in der »Roten Fahne« der ehemalige Transportarbeiter und Vorsitzende der KPD Ernst Thälmann als der »rote Kandidat der deutschen Arbeiterklasse«[1] für die Neuwahl des Reichspräsidenten proklamiert worden.

Wenn sich die KPD an diesen Wahlen beteiligte, gab sie sich ebensowenig wie 1925 der Illusion hin, ein Kommunist könne sich erfolgreich um den Posten des Präsidenten des Deutschen Reiches bewerben. In dem Beschluß des Zentralkomitees der KPD, den das Sekretariat des ZK am 12. Januar verabschiedete[2], wurde diese Kandidatur mit der Absicht begründet, die Massen zum Kampf gegen die großkapitalistische Politik und ihre furchtbaren Folgen sowie gegen die Faschisierungspolitik zu mobilisieren. Sie war – wie Ernst Thälmann am 16. März in einem Telefonat von Hamburg nach Berlin erklärte – »von vornherein als Kampfkandidatur«[3] gedacht, um die Antifaschisten zu sammeln und den außerparlamentarischen Massenkampf gegen die faschistische Gefahr zu entfalten.

Und so – als Sinnbild der proletarischen, der demokratischen Alternative zum imperialistisch-faschistischen Weg – wurde sie von vielen auch verstanden. Das sprach zum Beispiel aus den Antworten, die die Fotokorrespondenten der AIZ auf eine Umfrage erhielten. »Wir wählen Thälmann, weil er als Führer der KPD gradlinig die revolutionären Interessen vertritt«, erklärte ein Arbeiter; ein ehemaliger Funktionär der SAJ sagte: »Heute wähle ich Thälmann... als Bekenntnis zu einem wahrhaft

1 Die Rote Fahne, 13. Januar 1932.
2 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315. – An der Sitzung des Sekretariats nahmen Franz Dahlem, Leo Flieg, Fritz Heckert, Heinz Neumann, Ernst Thälmann und Walter Ulbricht teil.
3 IML, ZPA, I 2/5/9.

sozialistischen Deutschland«; und ein Wohlfahrtsempfänger betonte, er »wähle den Mann, der wirklich der Kandidat der Armen ist«.[4]

Ernst Thälmann standen – von einer unbedeutenden bürgerlichen Splitterkandidatur abgesehen – drei Kandidaten gegenüber, die mit geringfügigen Nuancen alle Exponenten des Kurses zum Faschismus waren: der Naziführer Adolf Hitler, der 2. Bundesvorsitzende des Stahlhelms, Theodor Duesterberg, beide Vertreter der besonders scharfmacherischen monopolkapitalistisch-junkerlich-militaristischen Kräfte, und als dritter der bisherige Reichspräsident. Zur Wiederwahl des ehemaligen kaiserlichen Feldmarschalls Hindenburg – Symbol des Militarismus und der Faschisierungspolitik – riefen neben dem Zentrum und anderen hinter Brüning stehenden Kräften auch die Führer der SPD auf.

Mit ihrer Entscheidung für Hindenburg hatte die Führung der SPD sich faktisch für die Kapitulation vor dem Faschismus entschieden. Denn weder Hindenburg noch Brüning, der die Wiederwahl Hindenburgs steuerte, machten ein Hehl daraus, daß die Faschisierungspolitik fortgesetzt und den extrem rechten Parteien – Nazis und Deutschnationalen – baldmöglichst die Regierung anvertraut werden sollte. Aber den sozialdemokratischen Wählern versicherten die Führer der SPD wider besseres Wissen: »Wir mögen an Herrn von Hindenburg auszusetzen haben, was wir wollen – ein Reichspräsident des Faschismus, ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments wird der Mann ... niemals sein.«[5]

Der Hindenburg-Kurs der SPD-Führung, der sich schon in den Verhandlungen um die Reichspräsidentenwahlen Ende 1931 abgezeichnet hatte, war ein schwerer Schlag gegen jede Politik zur Sammlung der antifaschistischen Kräfte. Damit wurden von vornherein etwaige Initiativen zur Aufstellung eines überparteilichen Linkskandidaten blockiert. Die KPD war vielmehr genötigt, große Kraft auf die Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Politik des »kleineren Übels« zu konzentrieren. Die SPD-Führer behaupteten, nur durch die Stimmabgabe für Hindenburg sei ein Sieg Hitlers zu verhindern, und desorientierten damit die sozialdemokratischen Wähler. Denn in Wahrheit stand zu erwarten, daß ein wiedergewählter Hindenburg zum Steigbügelhalter Hitlers werden würde, wie es in der Losung der KPD »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!« warnend festgestellt wurde.

4 AIZ, 1932, Nr. 9, S. 198/199.

5 E[rnst] H[eilmann]: Eiserne Front. In: Das freie Wort (Berlin), 1932, H. 6, S. 3.

Zudem mußte eine Stimmabgabe der Sozialdemokraten für Hindenburg den Widerstand des sozialdemokratisch geführten Teils der Arbeiterklasse gegen die weitere Faschisierung schwächen. Diese offizielle sozialdemokratische Politik erschwerte unvermeidlich alle Versuche der KPD, die unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Massen für die antifaschistische Einheitsfront zu gewinnen.

Der einzige demokratische Kandidat bei diesen Wahlen war Ernst Thälmann. Sein Name wurde in breiten Kreisen als ein Programm genommen. Er verkörperte für Millionen seiner Klassengenossen die Prinzipien des Sozialismus und die Ideale der Freiheit angesichts des kapitalistischen Chaos und der drohenden faschistischen Terrorherrschaft. Für ihn erklärten sich Arbeiterversammlungen im ganzen Lande; seine Kandidatur wurde in Resolutionen von Veranstaltungen der revolutionären Massenorganisationen unterstützt.[6] Auch der von dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Putz geführte Reichsbauernbund, der etwa 10000 Mitglieder zählte, hatte sich auf dem ersten Reichsbauernkongreß Ende Januar zur Kandidatur Ernst Thälmanns bekannt. Die wenige Monate zuvor von den aus der SPD ausgeschlossenen Oppositionellen gegründete SAP unter Führung von Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz, der kleine Internationale Sozialistische Kampfbund Willi Eichlers und die christlich-soziale Arbeiter- und Bauernpartei Vitus Hellers riefen zur Wahl Ernst Thälmanns auf.[7]

Für Thälmann entschieden sich jene Kräfte, die erkannten, daß er allein eine Position des Antifaschismus und des Friedens vertrat. Carl von Ossietzky faßte diese Motivation in die Worte: »Linkspolitik heißt die Kraft dort einsetzen, wo ein Mann der Linken im Kampf steht. Thälmann ist der einzige, alles andere ist mehr oder weniger nuancierte Reaktion. Der erleichtert die Wahl.«[8]

Ernst Thälmann leistete in diesem Wahlkampf selber das Äußerste für die Aufrüttelung der Volksmassen. Nach der Kundgebung in Dortmund – 25000 Menschen hörten ihn hier, ebenso viele, die keinen Einlaß mehr in die Westfalenhalle fanden, beteiligten sich an vier Parallelkundgebungen der KPD – folgten Veranstaltungen am 28. Februar in Essen, am 29.

6 Vgl. Die Rote Fahne, 20. Januar, 3., 4., 10. Februar 1932.

7 Vgl. ebenda, 26. Januar 1932. – Zentrales Staatsarchiv Merseburg. Historische Abteilung II (im folgenden: ZStA Merseburg. Hist. Abt. II), Kultusministerium, Rep. 76 V a, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 68. – Die Rote Fahne, 5. Februar 1932.

8 Carl von Ossietzky: Gang eins. In: Die Weltbühne, 1932, H. 9, S. 315.

Februar in Düsseldorf, am 3. März in Frankfurt (Main). Hier sammelten sich 50 000 Personen zur Kundgebung für Ernst Thälmann.[9] Er mußte an einem Abend in verschiedenen Versammlungsräumen sprechen. »Als er im Volkshaus ankam, war schon die Mitternachtsstunde angebrochen, aber die Massen saßen und standen unentwegt und warteten auf ihn«[10], berichtet Max Opitz, damals Politischer Sekretär des Bezirks Hessen-Frankfurt. Dann führte die Wahlreise nach Süddeutschland, wo Thälmann in den nächsten Tagen in München, Mannheim und Stuttgart sprach, in Mannheim an einem Abend hintereinander auf zwei großen Kundgebungen. Am 10. März war er wieder in der Hauptstadt und stellte sich auf einer Großveranstaltung im Sportpalast seinen Wählern. Am nächsten Tag sprach er in Hamburg zu 15 000 Arbeitern, während gleichzeitig über 50 000 Menschen an anderen Wahlkundgebungen der KPD in Ernst Thälmanns Heimatstadt teilnahmen.[11]

Ernst Thälmann machte seinen Wählern keine Versprechungen. Er sagte ihnen schonungslos und ehrlich, wie es um das deutsche Volk stand, und rief sie auf, einen Ausweg in der eigenen Kraft, im Massenkampf für die von der KPD gewiesenen Ziele zu suchen. Er mahnte, das Heil nicht von einem reaktionären Reichspräsidenten zu erwarten, sondern mit der Kommunistischen Partei gegen Hunger und Faschismus, für Frieden und Sozialismus zu kämpfen.

Thälmann benutzte die Wahlen zu einem scharfen ideologischen Angriff auf die antisowjetische Hetze der Parteigänger der drei reaktionären Kandidaten. Die Grundfrage, von der er im Wahlkampf ausging, war der offenkundige Unterschied zwischen den beiden Weltsystemen. Nur der Weg, der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beschritten worden war, bedeute Frieden, Freiheit und Aufstieg aus Not und Elend, sagte er am 10. März in Berlin; »der lebendige Sozialismus, wie er in der Sowjetunion von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat leuchtender und begeisternder heranwächst, ist der praktische Beweis für diese Behauptung«.

Am sowjetischen Beispiel demonstrierte Thälmann die Perspektive, die die Kommunisten dem werktätigen Volk auch in Deutschland wiesen. »Der sozialistische Aufstieg der Sowjetunion«, rief er den 20 000 im Sportpalast Versammelten zu, »wo es keine Krisen, keine Arbeitslosigkeit, keinen Faschismus, keine Kriegshetze, keine Unterdrückung und Ausbeutung gibt, wo der kapitalistischen Profitsucht ein für allemal das Handwerk gelegt ist – das ist der Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus, der Beweis für den Triumph der Lehre von Marx, Engels und Lenin.« An diesem lebendigen Sozialismus konnte sich jeder orientieren, der wissen wollte, was für ein Programm die Kommunisten haben: »Blickt dort hin, wo wir Kommunisten am Ruder sind, wo wir Kommunisten regieren! Dort haben wir gezeigt, was wir zu leisten vermögen. Und wir sind fest und unversöhnlich entschlossen, das gleiche Werk auch in Deutschland zu vollbringen.«

Scharf setzte sich Ernst Thälmann mit den reaktionären Kandidaten auseinander: »Legt doch den drei Kandidaten der Bourgeoisie die entscheidenden Fragen vor und betrachtet ihre Antwort, wie sie sie durch die Praxis längst gegeben haben: Wie stehen die drei Kandidaten der Bourgeoisie zum kapitalistischen System? Wie stehen sie zum Problem des Faschismus? Wie stehen sie alle drei miteinander zum imperialistischen Krieg?« Das war ganz die klare, bestechend einfache Argumentation Thälmanns, ein glänzendes Beispiel seiner agitatorischen Meisterschaft, mit der er immer wieder zu den Grundfragen des Klassenkampfes vorstieß. Seine polemische Fragestellung half verstehen, daß die Politik jedes der drei Repräsentanten der Reaktion letztlich auf ein und dasselbe hinauslief: »Sie wollen den Kapitalismus erhalten«, sie »verfechten den Standpunkt der faschistischen Reaktion«, sie »bejahen den imperialistischen Krieg«.

In dieser Rede wie in den anderen, die er in der Wahlkampagne hielt, schälte Thälmann aus dem Wust faschistischer Phrasen den Kern des Programms der Nazis heraus, der darin bestand, »den Kapitalismus zu schützen und zu verteidigen«. Er prangerte den extremen Antikommunismus und den friedensbedrohenden Kurs der Nazis an: »Herr Adolf Hitler hetzt zum Kriege gegen die Sowjetunion.«[12]

Ernst Thälmann skizzierte in seinen Wahlreden die nächsten Aufgaben, für deren Lösung die KPD die Massen zum Kampfe rief: die Arbeitslosigkeit, den Hunger und das Wohnungselend zu überwinden, den Terror der bewaffneten faschistischen Banden zurückzuschlagen, der doppelten Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse durch das deutsche und das internationale Monopolkapital ein Ende zu bereiten. Auch in dieser

9 Vgl. Die Rote Fahne, 27. Februar, 1., 4. März 1932.

10 Max Opitz: Ein großer Sohn seines Volkes. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 390.

11 Vgl. Die Rote Fahne, 9.–12. März 1932.

12 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, S. 172, 172/173, 173, 178, 178/179. – Die Rote Fahne, 11. März 1932.

Orientierung für den außerparlamentarischen Massenkampf erwies sich aufs neue Ernst Thälmanns Blick für die Interessen der Massen, sein Vermögen, aus dem großen Zusammenhang und der grundsätzlichen Perspektive des Kampfes jene Aufgaben abzuleiten, die in der Gegenwart gelöst werden mußten und die den Werktätigen auf Grund ihrer eigenen Lage verständlich waren.

Am 13. März 1932 wurden für Ernst Thälmann fünf Millionen Stimmen abgegeben. Verglichen mit den Reichstagswahlen vom September 1930 und unter Berücksichtigung der Besonderheiten einer Präsidentenwahl hatte sich der Einfluß der KPD gefestigt, aber nicht vergrößert. Es war der KPD nicht gelungen, größere Teile der sozialdemokratisch eingestellten und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft aus der Hindenburg-Front herauszulösen. Zudem war die Werbung für Ernst Thälmann erschwert worden durch Presse- und Versammlungsverbote und durch die massive Hetze gegen den kommunistischen Kandidaten, der von allen Seiten, von den Nazis bis zur SPD, mit Schmutz beworfen wurde. Hindenburg erhielt 18,7 Millionen, Hitler 11,3 Millionen und Duesterberg 2,6 Millionen Stimmen. Die Nazis hatten also ihre Stimmenzahl auf Kosten der traditionellen bürgerlichen Parteien fast verdoppeln können. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, war ein zweiter Wahlgang erforderlich.

Nach dem Wahltag warf eine Erkältung Ernst Thälmann für eine Woche aus dem Kampf.[13] Telefonisch äußerte er sich von Hamburg aus, wo er sich auszukurieren suchte, dem Sekretariat des Zentralkomitees gegenüber zum Ergebnis des ersten Wahlganges. Folgende Lehren stellte er in den Vordergrund: Die Partei dürfe keinerlei »Vernachlässigung der Einheitsfrontpolitik«, keine weitere »Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit« und auch keine »Unterschätzung der Wirkung der Betrugsmanöver der SPD mit dem ›kleineren Übel‹ und der ›Eisernen Front‹« zulassen; sie müsse eine »lebendige und volkstümliche Agitation und Propaganda« betreiben, die zukünftige Wahlarbeit besser »mit konkreten Fragen der Tagespolitik« und vor allem »mit kühnster Anwendung der Einheitsfrontpolitik« verbinden.[14]

13 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315. – An der Sekretariatssitzung am Montag nach der Wahl nahm Ernst Thälmann nicht teil, das Protokoll der Sitzung am Mittwoch, dem 16. März, vermerkt: »Falls die Krankheit des Genossen 95 [Ernst Thälmann] anhält, erfolgt Rücksprache in Hamburg über die Durchführung der PB-Sitzung.« (Ebenda.)

14 Ebenda, I 2/5/9.

Kaum genesen, nahm Thälmann am 21. März wieder an einer Sitzung des Sekretariats teil. Am nächsten Tage referierte er im Politbüro über das Wahlergebnis. Am 25. März analysierte er in einer Parteiarbeiterkonferenz, zu der das Zentralkomitee eingeladen hatte, die Lehren des ersten Wahlganges und erläuterte die Aufgaben der Partei im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen am 10. April und bei den Landtagswahlen, die am 24. April in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg stattfinden sollten. Anderntags, am Ostersonnabend, erschien er auf dem Parteitag der sächsischen Bezirksparteiorganisation, wo er dann am Sonntagmorgen in der Diskussion ebenfalls darüber sprach, was die Partei aus den Wahlen lernen mußte.[15]

Ernst Thälmann schätzte das Wahlergebnis nüchtern ein. In seiner Rede vor den Funktionären der Partei hob er als wichtigste Tatsache hervor, daß für den Kandidaten der KPD zwar fünf Millionen Wähler gestimmt hatten, für die drei Repräsentanten des nationalistisch-reaktionären Flügels der Bourgeoisie aber 32 Millionen. Man müsse feststellen, sagte er, »daß Millionen Menschen leider auf dem Boden dieses Systems noch Zukunftsmöglichkeiten zu sehen glauben oder Auswege«. Zugleich wandte er sich scharf gegen Depressionsstimmungen in der Partei. Ernst Thälmann kritisierte vor allem die Vorstellung, mit Versammlungskampagnen allein sei es getan. »Ich glaube, das Wichtigste, das man bei dem Wahlergebnis feststellen muß, ist folgende Tatsache: daß wir überall, wo wir Kampfhandlungen hatten, wo Teilbewegungen waren, wo Streiks ausgelöst wurden, wo Aktionen stattfanden, wo nicht allzu viele Fehler gemacht wurden – selbst dann, wenn die Aktionen nicht siegreich durchgeführt wurden –, daß wir dort an Stimmen zugenommen haben.«[16]

Die Aufgaben, die Ernst Thälmann auf der Parteiarbeiterkonferenz am 25. März aus den Wahlerfahrungen ableitete, lagen völlig in dieser Linie. An erster Stelle nannte er den Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr, vor allem gegen die Militarisierung der Jugenderziehung, und die Führung ökonomischer Kämpfe der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen gegen die fortgesetzte Notverordnungspolitik. Er betonte, daß die Kommuni-

15 Vgl. ebenda, 3/1/314; I 2/5/9. – Ernst Thälmann: Die Aufgaben der Partei in der Präsidentschafts- und Preußen-Wahlkampagne. Die Lehren des ersten Wahlganges, (Berlin) o. J. – Protokoll vom 2. Bezirksparteitag der KPD Bezirk Sachsen vom 25.–27. März 1932, (Leipzig) o. J., S. 7, 31, 46–68.

16 Ernst Thälmann: Die Aufgaben der Partei in der Präsidentschafts- und Preußen-Wahlkampagne, S. 6, 11.

sten in allen Parlamenten Anträge zur Verteidigung der Rechte der Massen stellen und die Forderungen der Partei stets unter Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen anwenden müßten. Es sei unbedingt erforderlich, den politischen Kampf noch mehr gegen die Nazis, diesen Stoßtrupp der Reaktion, zu konzentrieren. Nur auf diese Weise könne man auch jene Sozialdemokraten, die wirklich gegen den Faschismus kämpfen wollten, für einen gemeinsamen Weg gewinnen. In einem Brief, den Ernst Thälmann am 12. April an die Politischen Sekretäre der Bezirksparteiorganisationen richtete, bekräftigte er das: »Die wichtigste Frage ist die Auslösung von außerparlamentarischen Massenaktionen – in den Betrieben, an den Stempelstellen und im Kampf gegen den Faschismus. Am stärksten sollen und müssen sich die Aktionen nach wie vor gegen die Kriegsgefahr richten – ausgehend von den Teil- und Tagesforderungen.«[17]

In der letzten Woche vor dem zweiten Wahlgang war Ernst Thälmann wieder zu den Wählern unterwegs: Am 4. April sprach er in Chemnitz auf einer Kundgebung mit 30000 Teilnehmern, am 5. in Breslau, am 6. in Königsberg, am 7. auf zwei Kundgebungen in Halle, am 8. in Köln und am 9. in Leipzig, wo ihn ebenfalls 30000 hörten. Diese strapaziöse Wahlarbeit setzte er nach den Präsidentenwahlen sofort für die Landtagswahlen fort. Am Mittwoch nach dem zweiten Wahlgang sprach Ernst Thälmann erneut im Berliner Sportpalast, am Freitag in Hamburg. Am 20., 21. und 22. April folgten riesige Kundgebungen in Hannover, Magdeburg und Nürnberg.[18]

Für die Mitglieder und Freunde der KPD hatten die gewaltigen Wahlversammlungen mit Ernst Thälmann im Frühjahr 1932 eine große Bedeutung: Sie mobilisierten den revolutionären Teil der deutschen Arbeiterklasse und stärkten die Kampfmoral der Wählerschaft der KPD, die etwa zwanzigmal zahlreicher war als die Mitgliedschaft der Partei. Sie zeigten das feste Vertrauen, das die revolutionären Massen dem Vorsitzenden der KPD entgegenbrachten. Teilnehmer jener Kämpfe berichten einhellig darüber, daß die Ankündigung Ernst Thälmanns als Redner regelmäßig viel mehr Arbeiter zu den Kundgebungen lockte, als es die örtlichen Funktionäre der Partei selbst annahmen, daß die Arbeiter von weit her zu den Thälmann-Kundgebungen eilten.[19]

17 IML, ZPA, 3/19/326.

18 Vgl. Die Rote Fahne, 5.–10., 14., 17., 21.–23. April 1932.

19 Vgl. Jakob Boulanger: Eine große Kundgebung mit Ernst Thälmann 1932 in Nürnberg.

Zu den Wahlveranstaltungen in Halle zum Beispiel kamen Teilnehmer selbst noch aus Nordhausen. Ludwig Einicke, der Leiter des Unterbezirks, führte eine Radfahrerkolonne nach Halle, die schon am frühen Morgen aufbrach, um ungeachtet des schlechten Wetters und der Straßensperren der Polizei an der Kundgebung mit Ernst Thälmann teilnehmen zu können.[20] In Nürnberg verblüffte die Bezirksleitung Nordbayern die Behörden damit, daß sie für ihre Wahlkundgebung die Luitpoldhalle mietete, die 30000 Menschen faßte. »Ich sehe noch heute das mitleidige Lächeln des Verantwortlichen und auch des damaligen Oberbürgermeisters, als wir die Halle für eine Kundgebung forderten«, berichtet Jakob Boulanger. »Als mich der Faschist Oberregierungsrat Schachinger, Leiter der politischen Abteilung, fragte: ›Mit wieviel Besuch rechnen Sie denn?‹, sagte ich: ›Die Halle wird voll.‹ Darauf lächelte er höhnisch und sagte: ›Na, da wünsche ich Ihnen aber viel Glück.‹«[21] Eine Stunde vor Beginn der Kundgebung war die Luitpoldhalle bereits zu zwei Dritteln gefüllt; eine Dreiviertelstunde später mußte sie wegen Überfüllung polizeilich geschlossen werden.

Die Begeisterung der Teilnehmer dieser Kundgebungen für ihren Kandidaten war gewaltig. Das nötigte Ernst Thälmann nicht nur, vielfach noch die Parallelveranstaltungen aufzusuchen, wo andere Genossen sprachen; er sah sich dadurch auch oft genug veranlaßt, sich gegen seine Gewohnheit regelrecht »zur Schau« zu stellen. Jakob Boulanger erzählt eine bezeichnende Episode aus jener Kundgebung in der Luitpoldhalle: Da die Halle längst überfüllt war, als Ernst Thälmann eintraf, hatte er einen Eingang in der Nähe der Rednertribüne benutzt, aber aus dem Saal wurde gerufen: »Wir wollen Ernst Thälmann sehen!« Thälmann verstand nicht gleich, und Boulanger mußte ihm erklären: »Sie wollen Dich sehen. Von dort hinten können sie Dich hier kaum erkennen. Du mußt noch

In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 366–375. – Ludwig Einicke: Jeder von uns sollte die Politik der Partei verstehen. In: Ebenda, S. 323–330. – Walter Kassner: In den Straßen Moskaus ganz überraschend an unserer Seite. In: Ebenda, S. 352–354. – Max Opitz: Ein großer Sohn seines Volkes. In: Ebenda, S. 387–396. – In diesem Wahlkampf wurden von Kameraleuten der revolutionären Arbeiterbewegung in Berlin, Düsseldorf und Hamburg drei kurze Dokumentarstreifen gedreht, die die Massenpropaganda für die Kandidatur Ernst Thälmanns im Film festgehalten haben.

20 Vgl. Ludwig Einicke: Jeder von uns sollte die Politik der Partei verstehen. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 327.

21 Jakob Boulanger: Eine große Kundgebung mit Ernst Thälmann ... In: Ebenda, S. 368, 369

einmal durch die Halle.« Thälmann meinte: »Kann ich nicht machen, ich bin doch kein Star.«[22] Aber die begeisterten Arbeiter zwangen ihn doch, unter ihrem Jubel, begleitet von den Genossen der Bezirksleitung, durch die dichtgedrängten Reihen zu gehen.

Ernst Thälmann besaß nicht das, was man gemeinhin eine glänzende Rhetorik nennt, und dennoch war er einer der populärsten Massenredner jener Zeit. Er hatte in seinen Massenversammlungen stets Kontakt mit den Zuhörern. Seine Kampfgefährten bezeugen: »Wir waren alle schon nach wenigen Minuten fasziniert von seiner Rede.«[23] Ernst Thälmanns Sprache war einfach und hart. Sie wirkte manchmal sogar etwas unbeholfen; druckreif sprach er nie. Er vermied Floskeln und komplizierte Worte, verstand es, schwierige Zusammenhänge verständlich darzustellen, erläuterte einen Gedanken, wenn notwendig, mehrfach von verschiedenen Seiten her. Er sah in seinem Zuhörer den Partner, wollte ihn packen, überzeugen, zum Mitdenken zwingen. »Die vielen Tausende hatten immer das Gefühl, daß er sich an jeden einzelnen von ihnen wandte.«[24]

Meist begann Ernst Thälmann seine Reden verhalten und hielt sich zunächst an sein Manuskript; aber wenn er »warm« geworden war, schob er es gewöhnlich beiseite und sprach frei. Er strahlte Kraft und Zuversicht aus, seine Reden waren leidenschaftlich. Die Schärfe der Auseinandersetzung, die er in seinen Reden führte, ließ sein Temperament oft mit ihm durchgehen. Nicht selten schleuderte er seine Sätze so laut in den Saal, daß die Mikrophone überlastet wurden.[25]

Nicht eine von Thälmanns Wahlreden war wie die andere. Die Grundthesen waren dieselben, nicht aber die Ausführung. Die von ihm angeführten Fakten bezeugen, daß er sich auf jede einzelne Versammlung gründlich vorbereitete. Er verband die brennenden politischen Fragen mit den jeweiligen örtlichen Problemen; die großen politischen Aufgaben

22 Ebenda, S. 373.

23 Fritz Selbmann: Ein unermüdlicher Lehrer und Erzieher. In: Ebenda, S. 121/122.

24 Karl Wloch: »Aus Angst vor Fehlern nichts zu sagen und nichts zu tun, ist einer der größten Fehler.« In: Ebenda, S. 152.

25 Vgl. Fritz Selbmann: Ein unermüdlicher Lehrer und Erzieher. In: Ebenda, S. 121/122. – Karl Wloch: »Aus Angst vor Fehlern nichts zu sagen ...« In: Ebenda, S. 152. – Herbert Warnke: Er wußte, was die Arbeiter dachten. In: Ebenda, S. 209. – Wilhelm Koenen: Im Reichstag. In: Ebenda, S. 334. – Jakob Boulanger: Eine große Kundgebung mit Ernst Thälmann ... In: Ebenda, S. 374. – Andor Gabor: Der rote Tag rückt näher. Reportagen und Skizzen 1928–1932, Berlin 1959, S. 104.

Ernst Thälmann in Berlin
am 1. Mai 1931

Ernst Thälmann während seiner Rede im Berliner Sportpalast
am 10. März 1932

Ernst Thälmann spricht am 9. April 1932
auf dem Volkmarsdorfer Markt in Leipzig
zur Reichspräsidentenwahl

Agitation der KPD
für die Wahl Ernst Thälmanns
zum Reichspräsidenten,
1932

Fritz Heckert vor einem Abstimmungslokal
während des zweiten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl 1932

Ernst Thälmann mit Fritz Selbmann,
Politischer Sekretär des Bezirkes Sachsen der KPD,
in Leipzig, April 1932

leitete er ab aus den täglichen Sorgen der Werktätigen in dem betreffenden Gebiet. Wo er auch sprach – ob in Hamburg oder im Ruhrgebiet, in Berlin oder in Süddeutschland –, immer zeugten seine Worte von genauer Kenntnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen seiner Zuhörer: der Lohnentwicklung und der Ausbeutungsmethoden in den Betrieben, der Zahl der Feierschichten, des Kräfteverhältnisses in den Belegschaften und Gemeinden. Er kannte und nannte Namen von Arbeitern, die man gemaßregelt hatte, von Bauern, deren Höfe unter den Hammer gekommen waren, von Kleingewerbetreibenden und Händlern, die vor dem Ruin standen, von Funktionären, die bei den Arbeitern beliebt waren – kurz: Er wußte, was seine Zuhörer bedrückte und was sie freute.

Diese genauen Kenntnisse entnahm Ernst Thälmann nicht nur Berichten aus den Bezirken. Er bemühte sich immer um aktuelles Material und sandte zu diesem Zweck nicht selten einige Tage vor seinen Versammlungen Genossen in die betreffenden Orte, denen er auftrug, vor allem die Arbeiter selbst zu befragen. Sie mußten – so erinnern sich Karl Wloch, zu dieser Zeit Mitarbeiter der Agitprop-Abteilung des Zentralkomitees, und der Bergmann Fritz Fomferra, damals Mitarbeiter der Bezirksleitung Ruhrgebiet – die Lage in dem betreffenden Ort an Hand einer Liste von Fragen, die Ernst Thälmann ihnen nannte, genau untersuchen. Ernst Thälmann forderte präzise Angaben über den Ausbeutungsgrad, die Produktionshöhe und den Arbeitsschutz. Er wollte wissen, welche kämpferischen Traditionen bestimmte Belegschaften hatten.[26] Wenn er es ermöglichen konnte, traf er auch selber bereits am Vorabend oder in den frühen Morgenstunden des Kundgebungstages ein und erkundigte sich nach den Vorbereitungen. »Er legte Wert darauf«, erzählt Karl Wloch, »sich unsere Materialien durch eigene Gespräche und Erlebnisse lebendig zu machen.«[27] Die enge Verbindung zu den arbeitenden Menschen befähigte Ernst Thälmann zu der packenden Agitation und Propaganda, wie er sie von der gesamten Partei forderte, machte ihn zu einem glänzenden Agitator, einem mitreißenden Massenredner, einem wahren Volkstribunen.

26 Vgl. Max Opitz: Ein großer Sohn seines Volkes. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 390. – Karl Wloch: »Aus Angst vor Fehlern nichts zu sagen...« In: Ebenda, S. 154/155. – Fritz Fomferra: Den Dingen immer auf den Grund gehen! In: Ebenda, S. 111–113. – Jakob Boulanger: Eine große Kundgebung mit Ernst Thälmann... In: Ebenda, S. 371. – Philipp Daub: Die Aktionseinheit stand im Vordergrund. In: Ebenda, S. 312.

27 Karl Wloch: »Aus Angst vor Fehlern nichts zu sagen...« In: Ebenda, S. 155.

Beim zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl am 10. April wurde Hindenburg mit knapp 19,4 Millionen Stimmen wieder zum Reichspräsidenten gewählt. Ein Teil der Wähler Ernst Thälmanns verzichtete auf die erneute Abgabe der Stimme, auf ihn entfielen noch 3,7 Millionen Stimmen. Für Hitler stimmten 13,4 Millionen Wähler. Die Landtagswahlen am 24. April bestätigten die Ergebnisse der Präsidentenwahlen im allgemeinen. In Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt erzielte die Nazipartei große Gewinne und errang überall die meisten Sitze. In keinem der vier Länder konnte die KPD auch nur annähernd so viele Stimmen hinzugewinnen, wie die SPD verlor. Auch in Hamburg, wo die letzten Bürgerschaftswahlen noch nicht so lange zurücklagen, bildeten die Nazis jetzt die stärkste Fraktion. Die Wahlkämpfe im Frühjahr 1932 zeigten, wie notwendig es war, die Kampfkraft der Partei bedeutend zu stärken. Sie waren eine wichtige Phase in der Entwicklung wirksamerer Methoden zur Mobilisierung der Massen für den antifaschistischen Kampf. Während dieser Wahlkampagnen reiften bei Ernst Thälmann nach und nach Überlegungen, die er schon in den folgenden Wochen in neue Schritte zur Schaffung der Einheitsfront umsetzte.

9

Für eine große antifaschistische Aktion

Am Tage nach den Landtagswahlen wertete Ernst Thälmann in der Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees bereits das Wahlergebnis aus; vor dem Politbüro referierte er am 28. April über die Lehren der Wahlen. Er konstatierte einen beträchtlichen Tempoverlust der revolutionären Bewegung gegenüber dem schnellen Vormarsch der Faschisten. Große Teile der Arbeiterklasse wurden nach wie vor durch die Politik der rechten sozialdemokratischen Führer zum Stillhalten verurteilt; die KPD allein aber vermochte nicht, die faschistische Welle aufzuhalten. Um so unerläßlicher war es, den Widerstand der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Aktionseinheit zu überwinden.[1] Das Sekretariat des

1 Vgl. IML, ZPA, 3/1/314; 3/19/315.

Zentralkomitees beschloß nach Thälmanns Ausführungen, einen bereits vorbereiteten gemeinsamen Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO an alle sozialdemokratischen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, insbesondere an alle Mitglieder des ADGB, in der Presse zu veröffentlichen.

Die Argumentation in diesem Appell vom 25. April 1932 ging davon aus, daß sich die Angriffe der Unternehmer auf die Löhne gegen alle Arbeiter richteten, daß der Terror der faschistischen Banden alle Arbeiter traf, daß alle Werktätigen von der faschistischen Gefahr bedroht waren. Aus der Gemeinsamkeit ihrer Interessen ergäbe sich zwingend die Notwendigkeit, auch gemeinsam zu kämpfen. Es wurde vorgeschlagen, in den Betrieben und bei den Arbeitsnachweisen Führungsorgane für den gemeinsamen Kampf zu bilden. »Wir sind bereit«, hieß es im Aufruf, »mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!«[2] Damit ging die KPD über ihre früheren Vorschläge zur Einheitsfront hinaus und ermöglichte ein neues Verhältnis zu den Organisationen, Leitungen, Funktionären und Mitgliedern der freien Gewerkschaften, der SPD und des Reichsbanners.

Das Sekretariat hatte Ernst Thälmann beauftragt, diese Politik in einem Rundschreiben an die Bezirksorganisationen der Partei, in einem Artikel zum 1. Mai in der »Roten Fahne« und in seiner Rede auf der Berliner Maikundgebung zu erläutern.[3] Das Politbüro beschloß auf der Grundlage des Referats von Ernst Thälmann, den Parteiapparat und die gesamte Parteipresse »insbesondere auf die Einheitsfrontpolitik einzustellen«[4]. Die Bezirksleitungen wurden angewiesen, in Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen Beispiele der Einheitsfront zu schaffen, Besprechungen und Konferenzen mit sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern sowie mit Betriebsräten zu organisieren, kurz: »eine wirklich praktische Wendung in unserer gesamten Politik«[5] im Sinne des Einheitsfrontappells zu vollziehen.

2 Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich unter Mitarbeit von Elfriede Fölster und Käthe Haferkorn, Berlin 1965, S. 7. – Die Rote Fahne, 27. April 1932.

3 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.

4 Ebenda, 3/1/314.

5 Rundschreiben des Sekretariats des ZK der KPD (Berlin), Nr. 8, 29. April 1932. In: Ebenda, 3/19/317.

Am 1. Mai füllten die revolutionären Arbeiter Berlins den ganzen Lustgarten und die angrenzenden Straßen. »Wir hatten selten in den letzten Jahren eine solche Massenbeteiligung zu verzeichnen«[6], stellte Ernst Thälmann fest. Jetzt komme es darauf an, sagte er den im Lustgarten versammelten Arbeitern, »nicht nur zu demonstrieren, sondern einen Schritt weiterzugehen und zu kämpfen«. Er rief »den Millionen Unterdrückten in Deutschland, den sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und unorganisierten Arbeitern zu: Bildet mit uns gemeinsam die kämpfende aktive Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen die Politik der Bourgeoisie! Wir sagen allen Arbeitern: Die Stunde ist gekommen, wo ihr dem Faschismus eine einheitliche, kämpfende Front entgegenstellen müßt, um ihm das verbrecherische Handwerk zu legen.«[7]

Am 7. Mai verließen Ernst Thälmann, Heinz Neumann, Hermann Remmele und Walter Ulbricht Berlin, um an einer Präsidiumstagung des EKKI in Moskau teilzunehmen.[8] Am 19. Mai sprach Ernst Thälmann dort über die aktuellen Probleme und Aufgaben der KPD[9] und stellte bei dieser Gelegenheit in dem Kreise erfahrener Arbeiterführer aus zahlreichen kommunistischen Parteien seine Gedanken zu den notwendigen neuen Schritten der Einheitsfrontpolitik zur Diskussion. Bei der Einschätzung der Lage in Deutschland verwies er darauf, daß es im Monopolkapital Meinungsverschiedenheiten über die Wege und das Tempo der Faschisierung gebe, nicht aber über das Ziel, die revolutionäre Bewegung mit Hilfe einer offenen terroristischen Diktatur niederzuschlagen. Der Übergang zur faschistischen Diktatur vollziehe sich als Prozeß, in vielen Stufen. Diese Politik des Klassenfeindes verlange von der Partei hohe Elastizität und Manövrierfähigkeit, unermüdliche Energie und die Bereitschaft, jedes Stück Demokratie, jede demokratische Einrichtung, jedes demokratische Recht zu verteidigen. Dazu müsse sie ihr theoretisches Niveau erhöhen und ihre Aktionsfähigkeit verbessern. Ernst Thälmann erinnerte auch an die Erfahrungen der Bruderparteien und betonte, daß die KPD von der polnischen und der tschechoslowakischen

6 IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 2, ed. chr. 160.

7 Die Rote Fahne, 3. Mai 1932.

8 Das geht aus Notizen Wilhelm Piecks über Telefongespräche mit Werner Hirsch und Heinz Neumann am 6. und 7. Mai sowie über eine Aussprache in Moskau am 14. Mai hervor. – Ernst Thälmann und Hermann Remmele waren Mitglieder, Heinz Neumann war Kandidat des Präsidiums des EKKI. Walter Ulbricht wurde auf ausdrücklichen Wunsch Ernst Thälmanns hinzugezogen. (Vgl. IML, ZPA, I 6/3/231.)

9 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 2, ed. chr. 160.

Kommunistischen Partei, insbesondere von deren Methoden der Massenarbeit, der Streikvorbereitung usw., lernen könne.

Aus diesen Überlegungen zog Ernst Thälmann den Schluß, daß die Partei es schaffen müsse, die Massen in ökonomische und politische Kämpfe zu führen; anders seien deren Lebensrechte nicht wirksam zu verteidigen; und erst die Aktion selbst und die damit erzielten Ergebnisse würden auch weitere Werktätige davon überzeugen, daß der Weg der Kommunisten richtig ist. Um die Demagogie der Nazis zu zerschlagen, ihren Masseneinfluß zu brechen, die Offensive des Monopolkapitals aufzuhalten und den Nebel von Illusionen, den die sozialdemokratische Führung verbreitete, zu durchstoßen, genüge nicht die Agitation unter den Massen, sagte Ernst Thälmann, »dazu gehört die Durchführung bestimmter Aktionen und Kämpfe ... Das ist die Kernfrage.«

Für das entscheidende Kettenglied dabei halte er eine überzeugende Einheitsfrontpolitik; und in diesem Zusammenhang erklärte er: »Die zentrale Frage ist die Überprüfung unserer Methoden in der ganzen Arbeit, ob sie den neuen Bedingungen, die uns die Entwicklung, der Klassenfeind mit seinen Betrugsmanövern aufzwingt, noch entsprechen.« Ernst Thälmann war offenbar zu der Meinung gelangt, daß die Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie und die Vorstellungen von der Einheitsfrontpolitik der Korrektur bedürften. Das zeigte beispielsweise auch folgende Frage, die er zur Diskussion stellte: »Welche Möglichkeiten gibt es für die Partei, einen Schritt weiter zu gehen in der Konkretisierung jenes Satzes, der besagt, daß wir mit Organisationen, die gewillt sind, den Kampf um die und die Forderung durchzusetzen, gemeinsam kämpfen müssen?« Ernst Thälmann selbst sah eine Möglichkeit in der »Schaffung neuer, lebendiger Einheitsfrontorgane«, im direkten Herantreten an Sozialdemokraten und Gewerkschafter vor allem in den Betrieben, um mit ihnen zu beraten, »wie können wir unsere Forderungen durchsetzen, ... wie können wir gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen?« Um die »Mauer, die zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern sehr stark da war, niederzureißen«, müsse »die Partei zu einer wirklich überzeugenden Einheitsfrontpolitik auf den verschiedenen Gebieten ihrer Massenarbeit herumgerissen werden«.[10]

10 Ebenda. – Die Bezeichnung »Antifaschistische Aktion« wurde in dieser Rede noch nicht benutzt. Interessant in diesem Zusammenhang erscheint jedoch, daß Ernst Thälmann die »sozialistische Aktion« der SPD richtig als Ablenkungsmanöver ihrer rechten Führer vom Kampf gegen die beschleunigte Faschisierung klassifizierte. (Vgl. ebenda.)

Damit war unmißverständlich ausgesprochen, daß ein leninistisches Herangehen an die Aufgaben der Partei verlangte, die Einheitsfrontpolitik als die Grundlinie des antifaschistischen Kampfes weiterzuentwickeln. Indem Ernst Thälmann neue Wege in der Einheitsfrontpolitik bahnen half, lieferte er einen bedeutsamen schöpferischen Beitrag zur Entwicklung der kommunistischen Politik.

Die Erfahrungen und Überlegungen Thälmanns trafen sich mit denen anderer führender Genossen der Kommunistischen Internationale. Im Kampf gegen die Kapitaloffensive, in der Auseinandersetzung mit einem immer stärker faschistische Züge entwickelnden Imperialismus wurden auch von den Kommunisten anderer Länder neue Schritte versucht, neue Wege erkundet. Methoden der illegalen oder halblegalen Arbeit, Formen der politischen Arbeit in den Betrieben, Wege zur Aktionseinheit, die die Kommunistischen Parteien Polens, der ČSR, Italiens und anderer Länder erprobten, wurden in der Kommunistischen Internationale verallgemeinert. In der Beratung der leitenden Genossen der Kommunistischen Internationale und der einzelnen Parteien verdichteten sich die verschiedenen Erfahrungen und Überlegungen zu neuen politischen Leitsätzen. Ernst Thälmanns Auftreten läßt erkennen, daß er grundlegende konzeptionelle Gedanken zur Politik der Kommunistischen Internationale beisteuerte.

Seine Fähigkeit, die jeweils wichtigsten Fragen des Klassenkampfes herauszufinden, zeigte sich auch in anderen Abschnitten des Referats. So, wenn er auf den Kampf gegen den Krieg und die Verbindung dieses Kampfes mit den Tagesforderungen und mit der Einheitsfrontpolitik einging: Einen »Kampf gegen den Krieg zu führen ist nie oder nur selten möglich ohne eine wirklich überzeugende Einheitsfrontpolitik, um die Massen zum Kampf gegen den Krieg zu mobilisieren. Das ist die Kernfrage. Unsere ganze revolutionäre Orientierung, unsere ganze Erkenntnis in dieser Frage, unsere Strategie hilft nichts, wenn wir nicht eine Kampfgemeinschaft mit *allen,* auch mit den andersgesinnten Arbeitern schaffen.«[11] Oder dort, wo er über nationalistische Stimmungen unter den Massen, ihre Ausnutzung durch den Klassengegner und die Methoden sprach, wie man dem im Klassenkampf begegnen müsse. Mit ihren chauvinistischen Phrasen hatten die Faschisten, die sich als Vorkämpfer für die nationalen Interessen Deutschlands ausgaben, tiefe Verwirrung unter den kleinbürgerlichen Massen gestiftet, schätzte er ein. Millionen

11 Ebenda.

seien auf diese Lügen hereingefallen. Es sei notwendig, dieser Irreführung der Werktätigen noch weit entschiedener entgegenzutreten, meinte Ernst Thälmann, und nachzuweisen, daß der Weg des Faschismus nur in eine nationale Katastrophe führen könne. Die Kommunisten dagegen hätten allen Grund und allein das Recht, sich als Verfechter der nationalen Interessen des deutschen Volkes zu bezeichnen, weil die KPD seit jeher für die nationale Befreiung des deutschen Volkes eingetreten sei und den einzigen Weg gezeigt und konsequent beschritten habe, der dahin führe.

Die Konzeption Ernst Thälmanns fand in der Diskussion Zustimmung. Wilhelm Knorin, Vasil Kolarov, S. A. Losowski, O. A. Pjatnizki und andere äußerten sich zugleich kritisch über einen gewissen Schematismus in der bisherigen Einheitsfrontpolitik der KPD und darüber, daß es ihr zu wenig gelungen sei, Aktionen auszulösen, daß die Durchführung der Beschlüsse nicht genug kontrolliert werde, daß die Sprache ihrer Presse zum Teil steif und wenig verständlich sei. Die Diskussion war offen und hart, erfüllt von Sorge über die Entwicklung in Deutschland. Ernst Thälmann leitete sein Schlußwort mit der Bemerkung ein: »Vor der Diskussion hatte ich die Absicht, heute abend ein russisches Schwitzbad zu nehmen. Aber ich glaube, das ist nicht mehr nötig.«[12]

Eine der Ursachen dafür, daß die Arbeit der KPD kritisiert werden mußte, war, wie Ernst Thälmann feststellte, die Lage in der Führung der Partei. Nach der ideologischen Niederlage Heinz Neumanns auf dem Plenum des Zentralkomitees im Februar hatte dieser noch während der Wahlkämpfe begonnen, im Parteiapparat sowie unter leitenden Funktionären des KJVD eine Fraktion gegen Ernst Thälmann zu organisieren. Heinz Neumann und Hermann Remmele provozierten in der Führung der Partei fortwährend Auseinandersetzungen. Sie suchten die von Ernst Thälmann entwickelte, auf die breitere Entfaltung des Massenkampfes gegen den drohenden Faschismus gerichtete Politik zu hintertreiben. Ernst Thälmann mußte jetzt auf eine entschiedene Reinigung der Atmosphäre drängen.

In mehreren gesonderten Beratungen war deshalb in den Tagen vom 14. bis 17. Mai die Lage in der Führung der KPD erörtert worden. An ihnen beteiligte sich von der KPD neben den nach Moskau gekommenen vier Genossen auch Wilhelm Pieck.[13] Um Heinz Neumann die Möglichkeit zu nehmen, die politische Arbeit der KPD weiterhin mit sektiererischen

12 Ebenda.

13 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/231; NL 36/10; I 2/1/85.

Aktionen und Erklärungen zu stören, wurde vereinbart, daß er im Apparat der Kommunistischen Internationale in Moskau arbeiten sollte. Dem Zentralkomitee der KPD wurde empfohlen, das Sekretariat neu zu formieren.[14]

Am 24. Mai nahmen das Politbüro und danach auf einer geschlossenen Sitzung das Zentralkomitee der KPD eine Information Ernst Thälmanns zu dieser Frage entgegen. Sie billigten die getroffenen Vereinbarungen und stimmten der vorgeschlagenen neuen Zusammensetzung des Sekretariats zu. Das ständige Organ der Parteiführung setzte sich fortan nur noch aus drei Mitgliedern und zwei Kandidaten zusammen. Als Mitglieder gehörten dem Sekretariat nunmehr Ernst Thälmann, John Schehr, der zuletzt zwei Jahre lang als Politischer Sekretär der Bezirksleitung Niedersachsen erfolgreich gearbeitet hatte, und weiterhin Hermann Remmele an. Kandidaten des Sekretariats wurden Wilhelm Pieck, der als Vertreter der KPD beim EKKI durch Wilhelm Florin abgelöst wurde, und der Politische Sekretär der Bezirksleitung von Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, der größten Bezirksorganisation der Partei, Walter Ulbricht. Schehr wurde auch ins Politbüro berufen.[15]

Wilhelm Pieck war unmittelbar von der Sitzung des EKKI-Präsidiums mit nach Berlin zurückgekehrt. Mit ihm verband Ernst Thälmann nun schon eine jahrelange Kampfgemeinschaft. Beide trafen sich in ihrer Haltung zu vielen Grundfragen des Klassenkampfes und der Parteiarbeit. Seit langem schätzte Ernst Thälmann den zehn Jahre Älteren als zuverlässigen Partner im Ringen um die Durchsetzung des Leninismus in der KPD und bei der Führung der Partei auf leninistischem Kurse. Auf einem Plenum des Zentralkomitees im September 1926, als Ultralinke Anwürfe gegen Pieck erhoben, weil er sich nicht für ihr Fraktionsgezänk mißbrauchen ließ, hatte Ernst Thälmann seine Achtung vor dem Mitbegründer der KPD mit den Worten bezeugt: »Genosse Pieck hat den richtigen Weg eher gefunden als viele andere und vielleicht auch ich, die nicht zum Spartakusbund gehörten.«[16] Inzwischen waren beider Beziehungen immer enger geworden.

Ernst Thälmann hatte in Wilhelm Pieck eine Stütze in der Auseinandersetzung mit Heinz Neumanns Abenteurer- und Intrigantentum. Rückhaltlos offen äußerte er sich in seinen Briefen an Wilhelm Pieck, vertraute

14 Vgl. ebenda, 3/1/314.
15 Vgl. ebenda u. I 2/1/88.
16 Ebenda, I 2/1/48.

er ihm seine Sorgen an. Wilhelm Pieck übernahm die Kontrolle des Parteiapparates, um weiteres fraktionelles Treiben zu unterbinden, die Arbeitsmethoden zu verbessern und die ganze Tätigkeit des Apparates auf die maximale Förderung der Massenarbeit zu lenken. Die Organisationsabteilung leitete nun Franz Dahlem, Fritz Heckert wurde Vertreter bei der RGI.[17]

Für die Parlamentsarbeit der Partei, ein in dieser Situation sehr kompliziertes Gebiet, zeichnete Pieck verantwortlich. Da der Reichstag schon weitgehend vom Präsidialregime lahmgelegt worden war, konzentrierte sich der parlamentarische Kampf auf den eben neugewählten preußischen Landtag. Die Nazis wollten ihren Wahlsieg vom 24. April dazu benutzen, die Regierung des größten deutschen Landes, das über die neben der Reichswehr stärksten bewaffneten Kräfte und den Apparat der Politischen Polizei verfügte, in ihre Hände zu bekommen. Ernst Thälmann hatte schon in der Sitzung des Präsidiums des EKKI dargelegt, wie die Landtagsfraktion der KPD ihre Schlüsselstellung ausnutzen werde, um die Pläne der Nazis möglichst zu vereiteln.

Das Neue in der von Thälmann empfohlenen Taktik bestand darin, gegebenenfalls auch mit der SPD und dem Zentrum parlamentarisch zu kooperieren, um den Faschisten den Weg zur Bildung einer Landesregierung zu verlegen, so daß die von Sozialdemokraten geleitete Regierung die Geschäfte weiter führen konnte. Nach Berlin zurückgekehrt, sprach Ernst Thälmann am 23. Mai vor den kommunistischen Abgeordneten des neugewählten preußischen Landtages über diese Politik.[18] Wilhelm Pieck führte sie als Fraktionsvorsitzender mit großem Geschick erfolgreich durch.[19] Eine Vereinbarung mit den Parteien der Weimarer Koalition, auch das Landtagspräsidium von Nazis frei zu halten, kam jedoch nicht zustande; das Zentrum begann auch in Preußen, sich mit den

17 Vgl. ebenda, 3/1/314. – Heinz Karl: Zur Entwicklung der Einheitsfrontpolitik der KPD..., S. 169.
18 Vgl. Die Rote Fahne, 24. Mai 1932. – IML, ZPA, I 2/1/85.
19 Vgl. Walter Wimmer: Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 gegen die preußische Regierung Braun–Severing und seine Vorgeschichte. Phil. Diss., Berlin 1962, S. 132–134. – Der Sprecher der Deutschen Volkspartei im Landtag bestätigte der KPD-Fraktion verärgert den Erfolg ihrer Taktik: »Sie bringen es heute ausgerechnet fertig, wenn sie es in der Hand haben, die Regierung Braun abzulösen, das nicht zu tun, und so die Herren Nationalsozialisten von der Machtergreifung auszuschließen.« (Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 4. Wahlperiode. 1. Tagung, begonnen am 24. Mai 1932, 1. Bd.: 1. bis 17. Sitzung [24. Mai bis 30. August 1932], Berlin 1932, Sp. 206.)

Nazis zu arrangieren, seine Landtagsfraktion beteiligte sich an der Wahl eines Nazis zum Landtagspräsidenten.

Die Rede in der Sitzung der Landtagsfraktion am 23. Mai war Ernst Thälmanns erste politische Handlung nach der Rückkehr von der Präsidiumssitzung des EKKI. Am folgenden Tage beriet das Zentralkomitee in Anwesenheit weiterer leitender Funktionäre die nächsten Aufgaben. Die politische Situation war äußerst kritisch. Das Kabinett Brüning zerbröckelte seit Anfang Mai unter dem Druck der erzreaktionären Dreieinigkeit von Monopolkapital, Junkertum und Generalität. Seine Tage waren offensichtlich gezählt. Nachdem schon der Wirtschaftsminister und der Reichswehrminister aus der Regierung herausgebrochen worden waren, entließ Hindenburg Ende Mai kurzerhand den Reichskanzler.

Den zum Faschismus drängenden Kräften reichte die Politik eines Kabinetts, das seinen Notverordnungen Rückendeckung bei den rechten Führern der Gewerkschaften und der SPD zu verschaffen suchte, nicht mehr aus. Sie strebten nach einer Regierung, die auf diese Rückendeckung verzichten würde und mithin auf die Wünsche der rechten sozialdemokratischen Führer, die ihr Gesicht vor ihren Anhängern wahren mußten, keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte. Die rechtsgerichtete Presse hatte schon längere Zeit als mögliche Nachfolger Brünings durchweg mit dem Faschismus sympathisierende Ultrareaktionäre genannt. In seinem Referat vor dem Zentralkomitee stellte Ernst Thälmann fest, »die Vertiefung der Krise hat solche Formen angenommen, wie wir sie damals im ZK in einem solchen Maße noch nicht gesehen haben«[20]. Er betonte, daß die nächste, zentrale Aufgabe angesichts der Wahlerfolge der Nazis darin bestehe, mit allen Mitteln den Eintritt der Nazis in die Regierung zu verhindern, sowohl in Preußen – hier auch mit Hilfe eines parlamentarischen Kompromisses – als auch im Reiche; denn eine Einbeziehung der Nazis in die Regierung werde die Entwicklung zur offenen faschistischen Diktatur noch beschleunigen.

»Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront zum revolutionären Massenkampf gegen den Faschismus ist zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden, um dem Hitlerfaschismus den Weg zur Regierungsteilnahme zu verlegen.«[21] Das war eine der Grundthesen, die Ernst Thälmann

20 IML, ZPA, I 2/1/85. – Ernst Thälmann bezieht sich auf das vorhergehende Plenum des ZK im Februar 1932.

21 In bolschewistischer Einheit vorwärts! Plenartagung des Zentralkomitees der KPD. In: Die Rote Fahne, 27. Mai 1932.

in dieser entscheidenden Sitzung des Zentralkomitees am 24. Mai 1932 vertrat. »Und die Frage steht heute, wie weit es uns gelingt, neben den Methoden, die dem ZK bekannt sind, mit einer großen, in Deutschland neuen, besonderen Aktion in Erscheinung zu treten. Wir konnten diese Frage noch nicht ausführlich behandeln, aber ich deute an, daß wir eine große antifaschistische Aktion in Deutschland durch unsere Partei und die RGO in die Wege zu leiten haben. Welche Formen und Möglichkeiten soll sie enthalten? Alle Genossen des ZK sollen darüber nachdenken und ... Vorschläge unterbreiten.«[22]

Mit diesen konzeptionellen Gedanken Ernst Thälmanns wurde die Antifaschistische Aktion geboren, eine große Bewegung zur Einheitsfront gegen Faschisierungspolitik und Naziterror, zur gemeinsamen Abwehr des Faschismus. Die Tagung des Zentralkomitees der KPD stimmte dem Vorschlag Ernst Thälmanns zu.[23] Sie leitete eine neue Etappe im antifaschistischen Kampf ein. Mit hohem persönlichem Einsatz suchte Ernst Thälmann diese Politik schnell in die Praxis umzusetzen.

Einen tätlichen Angriff der Naziabgeordneten auf Wilhelm Pieck bei der Eröffnung des preußischen Landtages am 25. Mai 1932 nahm die Partei zum Anlaß, die Antifaschistische Aktion öffentlich zu proklamieren.[24] In der Parteipresse erschien außer einem Aufruf des Zentralkomitees der KPD ein Leitartikel der »Roten Fahne« mit den Grundgedanken aus dem Referat Ernst Thälmanns auf der Tagung des Zentralkomitees und ein Aufruf des Reichskomitees der RGO[25]. Das Sekretariat beschloß am 26. Mai, eine Kommission zu bilden, die den Auftrag erhielt, die spezifischen Methoden zur Entfaltung der Antifaschistischen Aktion auszuarbeiten. Der Kommission sollten unter Ernst Schnellers Leitung Vertreter des Kampfbundes gegen den Faschismus, des KJVD, der RGO und mehrerer Abteilungen des Zentralkomitees der KPD angehören.[26] In einem Rundtelefonat an alle Bezirksleitungen erläuterte die Parteiführung die Politik der Antifaschistischen Aktion und gab konkrete Anregungen zu sofortigen gemeinsamen Aktionen mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gegen die Nazis.[27]

22 Die Antifaschistische Aktion, S. 24/25.

23 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/85.

24 Vgl. Die Rote Fahne, 26. Mai 1932. – Die Antifaschistische Aktion, S. 31–34.

25 Vgl. Die Antifaschistische Aktion, S. 39–41.

26 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.

27 Vgl. ebenda, 3/19/326. – Auszugsweise veröffentlicht in: Die Antifaschistische Aktion, S. 35–38.

Ernst Thälmann ersuchte auf Beschluß des Sekretariats[28] in einem Brief die Mitglieder des Zentralkomitees, der Parteiführung zu helfen, die richtigen Formen und Methoden der Antifaschistischen Aktion zu finden[29]. Das Schreiben, in die Form von 18 Fragen gekleidet, zeigt, welch umfassende Überlegungen Thälmann schon angestellt hatte. Er betrachtete die Antifaschistische Aktion als Grundlinie der Politik der Partei, die alle Seiten der politischen Arbeit bestimmen und alle werktätigen Schichten und potentiell antifaschistischen Kräfte erreichen sollte.

Ferner sprach Ernst Thälmann vor den Abteilungsleitern des Zentralkomitees und den Leitern der kommunistischen Fraktionen in den Massenorganisationen, führte eine Aussprache mit der Redaktion der »Roten Fahne« über die Organisierung der Pressekampagne zur Popularisierung der Antifaschistischen Aktion[30], erläuterte auf einer Großberliner Parteiarbeiterkonferenz in der Diskussion die Politik der Antifaschistischen Aktion[31] und hielt ein mehrstündiges Referat zum selben Thema vor dem Parteiaktiv der Bezirksorganisation Wasserkante[32].

Die Fülle an Aufgaben, die auf Ernst Thälmann einstürmten, war nicht mehr zu bewältigen. Er hatte deshalb Ende April beantragt, ihm einen zweiten Sekretär zu bewilligen. In Anbetracht der immer gefahrdrohenderen Lage sollte es möglichst ein Genosse sein, der in der Öffentlichkeit weniger bekannt war als Werner Hirsch. Das Sekretariat stimmte am 27. April dem Antrag Thälmanns zu, und am 26. Mai beziehungsweise am 6. Juni bestätigten Sekretariat und Politbüro Erich Birkenhauer, den bisherigen Chefredakteur des »Ruhr-Echos«, als neuen persönlichen Sekretär des Parteivorsitzenden.[33]

28 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.

29 Vgl. Die Antifaschistische Aktion, S. 44–49. – Das Schreiben wurde auch den Abteilungsleitern im ZK der KPD, den Mitgliedern des ZK des KJVD, der Reichsfraktionsleitung der Kommunisten in der RGO und den Leitern der kommunistischen Fraktionen in anderen Massenorganisationen übermittelt.

30 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315. – Ernst Thälmann sollte außerdem am 29. Mai vor dem Reichskomitee der RGO sprechen, jedoch wurde die Tagung dieses Gremiums um eine Woche verschoben.

31 Vgl. Die Rote Fahne, 29., 31. Mai 1932.

32 Vgl. Ernst Thälmann: Über einige aktuelle politische Fragen und über die Aufgaben der Partei. In: HVZ, 2., 3. Juni 1932. – Auszugsweise unter dem Titel »Die Politische Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD« veröffentlicht in: Inprekorr, Nr. 47, 7. Juni 1932, S. 1474–1476.

33 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315; 3/1/314. – Mitteilung von Hertha Birkenhauer an das Autorenkollektiv.

An Ernst Thälmanns Seite setzten sich andere leitende Funktionäre für die Verwirklichung der Politik der Antifaschistischen Aktion ein. Allein in Berlin fanden in den letzten Mai- und den ersten Junitagen täglich mehrere Veranstaltungen statt, auf denen unter anderen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und die Landtagsabgeordneten Karl Fischer, Robert Neddermeyer und Paul Zobel sprachen.[34]

Inzwischen trat die Brüning-Regierung ab und wurde am 1. Juni durch ein neues Präsidialkabinett unter Franz von Papen ersetzt, einem Politiker von so zweifelhaftem Ruf, daß ihn seine bisherige Partei, das Zentrum, nicht einmal mehr für den Landtag hatte kandidieren lassen. Um Brünings Nachfolge antreten zu können, schied Papen aus dem Zentrum aus. Sein Kabinett war die reaktionärste Regierung, die die Weimarer Republik je besessen hatte, nur mit der Kappschen Putschistenregierung zu vergleichen, wie Ernst Thälmann feststellte.[35] Die Papen-Regierung sollte die Nazipartei als unmittelbare Massenbasis der finanzkapitalistisch-junkerlich-militaristischen Diktatur heranziehen, sie in die Regierung einbeziehen oder sie dazu bewegen, ihre Anhänger vollständig in den Dienst einer Regierung von der Art der Papenschen zu stellen.

Das neue Kabinett begann seine Tätigkeit mit der Auflösung des Reichstages. Neue Notverordnungen, die die Lage der Werktätigen radikal verschlechterten, folgten Mitte Juni. Gleichzeitig wurde den Terrorbanden der Nazis, deren Aktivität nach den Reichspräsidentenwahlen durch ein Uniformverbot gedämpft worden war, die Straße wieder freigegeben, damit sie die Arbeiter im Straßenkampf niederschlügen.[36]

Die KPD bemühte sich nach dem Regierungswechsel noch entschlossener, die Antifaschistische Aktion zu entfalten. In den ersten Junitagen fanden in Breslau, Erfurt, Hannover, Leipzig, Mainz und anderen Städten mächtige antifaschistische Kundgebungen statt. Zu den ersten Einheitsfrontausschüssen, die nach dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD gewählt wurden, gehörten die der Belegschaft der AEG Brunnenstraße in Berlin, der Arbeiterausschüsse der Saareisenbahnen, der Straßenbahner von Offenbach und der Eisenbahner von Berlin-Pankow sowie die Einheitsfrontkomitees von Berlin-Adlershof, Frankfurt-Westhausen, Waldenburg und Waren (Müritz). Als die Papen-Regierung Mitte Juni ihre

34 Vgl. Die Rote Fahne, 27.–29., 31. Mai 1932.

35 Vgl. Ernst Thälmann: Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus. In: Die Internationale, 1932, H. 6, S. 267.

36 Vgl. Reichsgesetzblatt, 1932, Teil I, Nr. 35, S. 237–296; Nr. 36, S. 297–300.

Notverordnungen verkündete, wandten sich die Bezirksleitungen der KPD an die Arbeiter und alle Arbeiterorganisationen in ihren Bezirken mit dem Vorschlag, gemeinsame Gegenaktionen, Demonstrationen, Streiks und den Selbstschutz gegen den faschistischen Terror zu organisieren. Auf die Zulassung der SA und der SS reagierten die Antifaschisten, vor allem Arbeiter verschiedener Parteizugehörigkeit, in Berlin-Moabit, Hamburg, Kiel und vielen anderen Städten mit Protestdemonstrationen; vielerorts wurde der Schutz der Häuser der Arbeiterorganisationen vorbereitet; zahlreiche Arbeiter trugen sich in die Listen des Massenselbstschutzes ein; Betriebsbelegschaften und die Bewohner von Arbeitervierteln gründeten Selbstschutzgruppen.

Ernst Thälmann wies am 8. Juni in einem Referat vor den Politischen Sekretären der Bezirksorganisationen der Partei und den Redakteuren der Parteizeitungen nach, daß sich mit der Berufung des Papen-Kabinetts die Herrschaftsmethoden der imperialistischen Bourgeoisie weiter veränderten. Er stellte fest, daß für die Regierung Papen »die Nationalsozialistische Partei die Koalitionspartei wird«[37], während für die Regierung Brüning die Sozialdemokratie diese Funktion innegehabt habe. Diese Einschätzung enthielt einen wesentlichen Ansatz, um die falsche Auffassung zu überwinden, die Sozialdemokratie sei stets die soziale Hauptstütze der imperialistischen Bourgeoisie. Sie regte dazu an, die Stellung der Sozialdemokratie unter den Bedingungen des Faschisierungsprozesses neu zu durchdenken, und gab den Bemühungen um die Aktionseinheit mit der Sozialdemokratischen Partei Auftrieb.

In seinem Referat wertete Ernst Thälmann die ersten Erfahrungen aus, die mit der neuen Losung gemacht worden waren. Dabei betonte er, die Antifaschistische Aktion dürfe nicht etwa als Organisation verstanden, sondern müsse zu einer Millionenbewegung gemacht werden. Er legte den Sinn und das Ziel der am Tage zuvor auf seinen Vorschlag hin beschlossenen antifaschistischen Kampfwoche dar. Die Parteipresse habe die Pflicht – erklärte Thälmann –, die Idee der antifaschistischen Kampfgemeinschaft und Beispiele und Erfahrungen gemeinsamer Aktionen gegen den Faschismus breit zu popularisieren.[38]

Am 12. Juni eröffnete Ernst Thälmann mit einer Großkundgebung in Darmstadt den Reichstagswahlkampf[39], den die KPD ganz im Zeichen der

37 IML, ZPA, 1/30/51.

38 Vgl. ebenda.

39 Vgl. Ernst Thälmann: [Rede auf der Großkundgebung in Darmstadt am 12. Juni 1932].

Antifaschistischen Aktion führte. Unter den 12 000 Teilnehmern der Kundgebung waren die Delegierten des hessischen Kampfkongresses der Antifaschistischen Aktion. Auf diesem ersten Bezirkskongreß von Vertretern der Einheitsausschüsse und Selbstschutzformationen hatte Wilhelm Koenen referiert. Antifaschistische Delegiertenkonferenzen und Einheitskongresse fanden in den folgenden Tagen und Wochen vielerorts statt, so in Aachen, Altona, Bonn, Hamburg, Koblenz, Trier. Über die Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront wurde auf Betriebsrätekonferenzen beraten, wie in Wuppertal, und auf Tagungen der Werktätigen bestimmter Berufsgruppen, wie auf einem Eisenbahnerkongreß in Königsberg, auf dem Roman Chwalek von der Reichsleitung der RGO sprach.

Ende Juni[40] erschien in der »Internationale« unter dem Titel »Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus« ein Aufsatz Ernst Thälmanns. Darin analysierte er das neue Stadium der Faschisierungspolitik. Ernst Thälmann warnte davor, die Regierung Papen so oberflächlich, wie es sozialdemokratische und linksbürgerliche Kräfte taten, als »Kabinett der Barone« mit monarchistischer Grundorientierung zu bezeichnen. Die Arbeiterklasse müsse davon ausgehen, »daß die Papen-Regierung der Industriekapitäne, Junker und Generale eine Regierung der großkapitalistischen Diktatur ist, die die faschistische Diktatur in Deutschland unmittelbar vorbereitet und aufrichten will«.

Als eine überaus ernste, alarmierende Tatsache, die man sich offen eingestehen müsse, bezeichnete es Ernst Thälmann, »daß sich die faschistische Konzentration der konterrevolutionären Kräfte trotz der Krise, trotz des revolutionären Aufschwungs in der Vergangenheit rascher entwickelte als die Formierung der Klassenkräfte des revolutionären Proletariats und der von ihm geführten werktätigen Massen«. Es sei der Bourgeoisie gelungen, mit einer chauvinistischen Welle ohnegleichen die Empörung der Massen über die Folgen der imperialistischen Klassenherrschaft zu mißbrauchen. Alle aus der Lage Deutschlands, dem

Unter verschiedenen Titeln veröffentlicht in: Die Rote Fahne, 14. Juni 1932; HVZ, 14. Juni 1932; Inprekorr, Nr. 49, 14. Juni 1932, S. 1553/1554.

40 Das 6. Heft des 15. Jahrgangs der »Internationale«, in dem dieser Aufsatz (S. 261–292) enthalten ist, trägt den Vermerk »Juni 1932«, wurde aber sicher frühestens in den letzten Tagen des Monats ausgeliefert. Im Text wird noch eine Zeitung vom 8. Juni zitiert, und die HVZ enthält erst am 20. Juni eine Ankündigung des Artikels und am 1. Juli den nächsten Hinweis mit einem kurzen Textauszug.

Versailler System und der Krise folgenden objektiven Momente und die raffinierte Taktik der Bourgeoisie in Rechnung gestellt, bleibe aber die Frage entscheidend, warum die Arbeiterklasse noch nicht ihre volle Kampfkraft entfalten und dadurch die übrigen notleidenden und ausgebeuteten Millionen von Werktätigen aus der nationalistisch-faschistischen Verstrickung lösen konnte. »Die Antwort auf diese Frage muß im wesentlichen lauten: Weil das Proletariat keine größeren Kämpfe führte, weil Massenaktionen und Streiks von mitreißendem Umfang und Ausmaß ausblieben.«

Auf diesen Grundgedanken kam Ernst Thälmann immer wieder zu sprechen. Aber weit davon entfernt, das Ausbleiben großer Kämpfe etwa der Arbeiterklasse anzulasten, stellte er die Frage nach der führenden Rolle der Partei, nach deren Verantwortung. Das Wirken der KPD unter den Massen sei trotz großer Fortschritte und Erfolge noch zu sehr auf Agitation und Propaganda beschränkt. Die Partei müsse aber zur Führerin der Aktionen der Arbeiterklasse werden und die dem entgegenstehenden außerordentlich großen objektiven Hindernisse überwinden: die Verfolgung der Kommunisten durch die Kapitalistenklasse und ihren Staat sowie den Widerstand der sozialdemokratischen Führung.

Ernst Thälmann kritisierte die in der Partei noch vorhandenen Vorbehalte gegen die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten, die Schwächen in der innergewerkschaftlichen Arbeit, in der Arbeit unter Erwerbslosen und Unorganisierten. Eben um diese Schwächen zu überwinden, müsse die Partei sich ein tieferes Verständnis für die Leninsche Einheitsfrontpolitik, den Kern der Strategie und Taktik einer marxistisch-leninistischen Partei, aneignen. »Noch immer haben wir die wichtigste Methode, die die Komintern unter Lenins Führung für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse zur Eroberung der politischen Macht in den kapitalistischen Ländern Westeuropas vor mehr als zehn Jahren entwickelte, die Taktik der Einheitsfront, nicht in genügendem Maße als eine Methode der revolutionären Massenmobilisierung zum Kampf anzuwenden verstanden... Davon aber hängt es ab, ob wir den Faschismus schlagen.« Die durch den Opportunismus gespaltene Arbeiterklasse könne ihre Tagesinteressen wie ihre Zukunftsziele nicht durchsetzen, ohne ihre Einheitsfront zu schaffen; und nur auf dem Wege der Einheitsfront sei es der revolutionären Partei möglich, die gesamte Arbeiterklasse, und nicht nur deren fortgeschrittenste Abteilungen, in den Kampf zu führen.

Die nächste Aufgabe bestehe darin, ökonomische Streiks, Erwerbslosenaktionen, Mieterstreiks, Aktionen zur Verteidigung der Sozialversicherung, gegen Steuerwucher, gegen Zwangsversteigerungen und Exmittierungen zu entfesseln und diese Bewegung bis hin zu politischen Massenstreiks und, wenn möglich, zum Generalstreik gegen die Papen-Regierung zu führen. »Durch diesen Massenkampf allein können wir die weitere faschistische Entwicklung aufhalten.«[41] Nur durch den Massenselbstschutz gegen faschistischen Terror und durch die Entlarvung der Nazidemagogie könne der Hitlerfaschismus zurückgeschlagen werden. Das entscheidende Kettenglied zur Entfaltung des Massenwiderstandes gegen Faschismus, Hunger und Krieg, so erläuterte Ernst Thälmann, sei die Antifaschistische Aktion. Sie bedeute auch eine wirkungsvolle Arbeit in den reformistisch geführten Gewerkschaften, ein enges Bündnis von Stadt und Land, die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen.

Wesentliche Gedanken aus seinem Aufsatz »Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus« legte Ernst Thälmann am 24. und 25. Juni in zwei Leitartikeln in der kommunistischen Presse einem breiten Leserkreis dar.[42]

In diesen Wochen ergriffen schon hier und dort und in immer zunehmender Zahl Sozialdemokraten die ihnen von den Kommunisten dargebotene Hand. In Mainz demonstrierten Mitte Juni Kommunisten, Sozialdemokraten und christliche Arbeiter gegen eine Hitlerkundgebung. Ein paar Tage später halfen in Düsseldorf Reichsbannermitglieder, das Parteihaus der KPD gegen einen Naziüberfall zu verteidigen. In Berlin stellte der Kampfbund gegen den Faschismus eine Verstärkung für die Wache des »Vorwärts«-Gebäudes, das ebenfalls von Nazis angegriffen wurde. Die Betriebsräte der Leunawerke – Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der freien Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften – appellierten Ende Juni gemeinsam an die Belegschaft, Lohnraub und Faschismus abzuwehren. Aber die führenden Kräfte der SPD beharrten auf ihren Positionen. Am 28. Juni verbot der Parteivorstand der SPD in einem Rundschreiben an die Bezirksleitungen

41 Ernst Thälmann: Zu unserer Strategie und Taktik. In: Die Internationale, 1932, H. 6, S. 268, 262, 263, 287.

42 Vgl. Ernst Thälmann: Die Regierung zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur. In: Die Rote Fahne, 24. Juni 1932; Ruhr-Echo, 25. Juni 1932; HVZ, 25./26. Juni 1932; Inprekorr, Nr. 53, 28. Juni 1932, S. 1679–1689. – Ders.: Antifaschistische Aktion gegen die faschistische Papen-Regierung. In: Die Rote Fahne, 25. Juni 1932; Ruhr-Echo, 27. Juni 1932; HVZ, 29. Juni 1932.

alle Einheitsfrontverhandlungen. Am selben Tage stimmten die sozialdemokratischen Vertreter im Geschäftsordnungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft für die Aufhebung der parlamentarischen Immunität des Abgeordneten Ernst Thälmann. In Preußen verbot der sozialdemokratische Innenminister Severing auf Papens Wunsch das Zentralorgan seiner eigenen Partei, und am 6. Juli enthielt sich im Landtag die sozialdemokratische Fraktion der Stimme, als über einen Antrag der KPD abgestimmt wurde, das Verbot des »Vorwärts« aufzuheben.[43]

Am 8. Juli hatte Ernst Thälmann im Beisein Wilhelm Piecks und John Schehrs mit zwanzig sozialdemokratischen Arbeitern im Karl-Liebknecht-Haus eine Unterredung über die Probleme des gemeinsamen Kampfes. Die Sozialdemokraten waren langjährige Funktionäre, Führer von Hammerschaften – Selbstschutzgruppen der Gewerkschaften – und Gruppenführer des Reichsbanners. Sie kamen im Auftrag ihrer örtlichen Organisationen aus Baden, Berlin und Hamburg, vom Niederrhein, aus dem Ruhrgebiet und aus Sachsen.

Offen beantwortete Ernst Thälmann die 21 Fragen, welche die sozialdemokratischen Delegierten vorbereitet hatten. So fragten sie, ob die KPD die Einheitsfront wirklich ehrlich meine. »Täglich mordet die braune Pest unsere Genossen«, entgegnete Ernst Thälmann, »schlägt unsere besten Kämpfer nieder, unternimmt provokatorische Angriffe auf unsere Parteihäuser; in den Gefängnissen schmachten Tausende unserer Genossen, die den wehrhaften Kampf gegen das faschistische Verbrechertum führten. Das Hitlersche Offiziers- und Prinzenpack hat erklärt, daß es die kommunistische Bewegung, das sind viele Millionen revolutionärer Männer und Frauen, ausrotten, hängen, köpfen und rädern will. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollten wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?« Aber, fügte er hinzu, die Einheitsfront könne man nicht so verstehen wie manche sozialdemokratische Führer, sofern sie den Gedanken an eine Einheitsfront überhaupt zuließen: nämlich daß die Kommunisten aufhörten, durch antifaschistische Kampfaktionen die Stillhaltepolitik der SPD zu stören, und die Kritik an der Sozialdemokratie einstellten. Man könne den Kommunisten nicht zumuten, sich der opportunistischen Hoffnung anzuschließen, daß die Präsidialdiktatur eines Tages von selbst wieder durch ein parlamentarisches System ersetzt werde, falls man die Reaktion nicht durch Widerstand reize.

43 Vgl. Vorwärts, 29. Juni 1932, Morgenausgabe. – HVZ, 29. Juni 1932. – Die Rote Fahne, 29. Juni 1932. – Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 4. Wahlperiode, 1. Bd., Sp. 1095/1096, 1171–1176.

Als Antwort auf die Frage, ob die Antifaschistische Aktion »ein kommunistischer Parteiladen« sei, erläuterte Ernst Thälmann deren Charakter: »Sie ist ein überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampfe gegen den Faschismus gewillten Arbeiter. Sie ist keine Organisation, sondern eine Massenbewegung.« Unter der Zustimmung der sozialdemokratischen Gäste des Zentralkomitees der KPD erklärte er: »Die Führung der besonderen Einheitsausschüsse, die in den Betrieben, in den Straßen, an den Stempelstellen usw. gebildet werden, muß selbstverständlich in den Händen der kampfgewillten Arbeiter selbst liegen.« Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen dürften, meinte Ernst Thälmann, von der einen entscheidenden Frage nicht ablenken: »Das brennende Problem, das allen Arbeitern heute gemeinsam auf den Nägeln brennt, ist: Wie kann die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland verhindert werden?«[44] Darum fordere die KPD auch nichts als den gemeinsamen Kampf, habe keinerlei Vorbehalte und stelle keine Vorbedingungen.

Mehr als fünf Stunden dauerte die angeregte Diskussion zwischen Menschen, die auf der gleichen Klassenposition standen und die schwere Aufgabe erörterten, wie ein brutaler Gegner abgewehrt und dabei die seit Jahren durch die opportunistische Politik betriebene Spaltung der Arbeiterklasse überwunden werden könnte. Mehrfach unterstrich Ernst Thälmann, das unterschiedliche Mitgliedsbuch dürfe Kommunisten und Sozialdemokraten nicht trennen. Auf eine entsprechende Frage erklärte er den sozialdemokratischen Delegierten: Selbstverständlich erwarte niemand, daß Sozialdemokraten oder Reichsbannermitglieder aus der SPD oder dem Reichsbanner austreten, um sich der Antifaschistischen Aktion anzuschließen, im Gegenteil. John Schehr formulierte in seinem Schlußwort noch einmal die Frage, die allein es zu diskutieren eigentlich lohne: »Wie schaffen wir die gemeinsame Klassenfront aller Arbeiter, ganz gleich, wo organisiert, ganz gleich, welcher Weltanschauung?«[45]

Ernst Thälmanns Gespräch mit den zwanzig Sozialdemokraten machte deutlich, daß die KPD die Sozialdemokraten *als Mitglieder der So-*

44 Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront? Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern!, Berlin 1932. – Die Antifaschistische Aktion, S. 163/164, 166, 167.

45 Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront?, S. 24.

zialdemokratie zum gemeinsamen Kampf rief, daß sie die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen *Organisationen* suchte. Die sozialdemokratischen Arbeiter bestätigten, daß es möglich und nützlich war, mit den Repräsentanten der KPD in aller Offenheit über gemeinsame Probleme zu sprechen. In einer Resolution bezeichneten sie Ernst Thälmanns Antworten als »Grundlage für die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen«[46].

Am 10. Juli 1932, zwei Tage nach diesem Gespräch im kleinen Kreis, trat Ernst Thälmann vor den 1465 Delegierten von Einheitsfrontorganen aus ganz Deutschland auf, die sich in der Berliner Philharmonie zum Reichs-Einheitskongreß der Antifaschistischen Aktion versammelt hatten; unter ihnen waren 132 Sozialdemokraten und 954 Parteilose. In seinem Referat »Was will die Antifaschistische Aktion?« erläuterte Ernst Thälmann noch einmal die Notwendigkeit und die Ziele der antifaschistischen Einheitsfront. Gegen das vom sozialdemokratischen Parteivorstand ausgesprochene Verdikt gegen alle Einheitsfrontbeschlüsse gewandt, formulierte er klar und unzweideutig, was die KPD unter proletarischer Einheitsfront verstand:

»Wir wollen, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen!

Wir wollen, daß alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit gemeinsam alle Methoden des Massenkampfes gegen die faschistischen Anschläge zur Anwendung bringen!

Wir wollen, daß gegen den Mordterror der Nazis, der von der Papen-Regierung entfesselten und legalisierten Mordkolonnen in ihren braunen Notverordnungsjacken, der gemeinsame rote Massenselbstschutz aller klassenbewußten Arbeiter geschaffen wird.

Wir wollen, daß gegen die Diktatur-Notverordnungen der Papen und Schleicher, aber auch der Länderregierungen, wie Braun–Severing in Preußen, der gemeinsame Massenkampf aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, ohne Unterschied, ob organisiert oder unorganisiert, ob christlich oder freidenkerisch, eingesetzt wird!

Wir wollen, daß gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, gegen die Zerschlagung der Freiheit und aller Rechte der Arbeiterklasse, gegen die Unterdrückung der proletarischen Organisationen, der Presse, Versammlungen und Demonstrationen des Proletariats, gegen alle Verbotsmaßnahmen der Papen-Regierung die Arbeiter aller Richtungen und

46 Die Antifaschistische Aktion, S. 171.

aller Organisationen gemeinsam und brüderlich den politischen Massenstreik organisieren!

Das sind unsere Vorschläge für die kämpfende rote Einheitsfront.«[47]

Das starke Engagement Ernst Thälmanns für ein gutes, kameradschaftliches Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten spricht aus den Worten, die er an die sozialdemokratischen Delegierten richtete: »Ihr, sozialdemokratische Genossen, habt euch in die Antifaschistische Aktion eingereiht, ohne deshalb aufzuhören, Sozialdemokraten zu sein ... wir glauben euch, daß ihr entschlossen und bereit seid, das, was ihr ebenso wollt wie wir Kommunisten, nämlich den Faschismus schlagen – das mit uns gemeinsam durchzuführen!«[48]

In den Tagen nach dem Reichs-Einheitskongreß mahnte Ernst Thälmann in zahlreichen Großveranstaltungen der Antifaschistischen Aktion und auf Wahlkundgebungen der KPD, die Aktionseinheit aller Antifaschisten zur gemeinsamen Abwehr der sich Tag für Tag deutlicher abzeichnenden faschistischen Gefahr zu schaffen. Am 12. Juli sprach er in Wuppertal. Diese Stadt war zu einem Brennpunkt des Kampfes um die Straße geworden: Die Nazis hatten Mitte Juni in Hagen-Haspe und Wuppertal durch mächtige antifaschistische Gegendemonstrationen Niederlagen erlitten. Nun versuchten sie, mit spektakulären Großveranstaltungen und dem Einsatz ihres Spitzenredners Joseph Goebbels im Rhein-Ruhr-Gebiet einen Durchbruch zu erzielen. Am 13. Juli sollte Goebbels im Stadion in Wuppertal-Sonnborn auftreten. Die Leitung der Bezirksorganisation Niederrhein der KPD, an deren Spitze Lambert Horn stand, schlug Ernst Thälmann vor, am Vortage an gleicher Stelle auf einer Kundgebung der Antifaschisten zu sprechen. An dieser Thälmann-Kundgebung nahmen trotz des bis in die späten Nachmittagsstunden anhaltenden Dauerregens 60 000–70 000 Menschen teil; sie wurde ein Riesenerfolg. Welche Kraft die antifaschistische Bewegung darstellte, zeigte sich am folgenden Tage, als die Arbeiter die SA buchstäblich an die Wand drückten. Ein kleines Häuflein Nazis war es nur, das mit Lastkraftwagen unter Polizeischutz ins Stadion gelangte.[49] Goebbels notierte am 12., 13. und 14. Juli in seinem Tagebuch, in Wuppertal, Hagen, Düsseldorf, Dortmund, Oberhausen und München-Gladbach würden die Straßen von den Arbeitern beherrscht, SA und SS wage es nicht mehr,

47 Ernst Thälmann: Was will die Antifaschistische Aktion?, (Berlin) o. J., S. 5/6.

48 Die Antifaschistische Aktion, S. 173/174.

49 Vgl. Die Rote Fahne, 21. Juni, 14. Juli 1932.

uniformiert aufzutreten, und die Kundgebungen der NSDAP seien regelmäßig schlechter besucht als die der KPD. Der Denkzettel von Wuppertal wirkte bis weit ins Jahr 1933 hinein; so lange unterblieben hier Umzüge und Kundgebungen der Nazis.

Ernst Thälmann nutzte wie immer die Gelegenheit zu ausgiebigen Gesprächen mit den örtlichen Parteileitungen. Er war die Nacht hindurch gefahren, zunächst nach Düsseldorf, zum Sitz der Bezirksleitung, mit der er eine Beratung hatte. Und auch nach der Kundgebung in Wuppertal fand er noch Zeit. Erich Glückauf, inzwischen Chefredakteur der »Freiheit«, der Bezirkszeitung der KPD, berichtet: »Nach der Wuppertaler Kundgebung fuhr ich sofort zur Redaktion nach Düsseldorf, um einen Bericht darüber zu machen. Es mag gegen 9 Uhr abends gewesen sein. Wie erstaunt waren wir alle in der Redaktion, aber auch die Setzer und Drucker, als kurz nach Mitternacht Ernst Thälmann bei uns erschien ... Ernst Thälmann wollte uns keineswegs kränken, und er nahm auch sicherlich nicht an, daß wir einen schlechten Bericht geschrieben hätten. Aber so war er nun einmal – ein Musterbeispiel von Gewissenhaftigkeit. Er sagte uns, daß ein gedrucktes Wort von sehr, sehr großer Bedeutung ist. Da kann man nachher nichts mehr korrigieren. Das lesen Zehntausende, und Hunderttausende hören vielleicht davon. Ernst Thälmann las dann gründlich den Versammlungsbericht und nahm auch an seiner Rede, die wir drucken wollten, noch einige Korrekturen vor. Schließlich kamen noch der Genosse Lambert Horn, unser damaliger Bezirkssekretär, und der Genosse Hans Fladung, Mitglied des Bezirkssekretariats, in die Redaktion. Als die Zeitung endlich fertig war, kam es zu einer interessanten Diskussion über die Lage im Bezirk.«[50]

Der nächtliche Besuch in der Redaktion der »Freiheit« läßt erkennen, wie ernsthaft sich Ernst Thälmann um alle Seiten der Parteiarbeit kümmerte. Der Arbeit der Zeitungen galt seine besondere Aufmerksamkeit, weil sie für die Kommunisten, die direkt unter den Arbeitern der Betriebe und den Erwerbslosen an den Stempelstellen wirkten, »geistiger Nährboden« seien. Er verlangte von den Redakteuren, einfach und überzeugend zu schreiben und zum Beispiel in der »Roten Fahne« die Politik der Partei »so zu popularisieren, daß die Arbeiter vor dem Karl-Liebknecht-Haus erkennen, daß diese Zeitung ihr Organ ist«.[51] Charakteristisch für Ernst Thälmanns Arbeitsweise war auch, daß er die Texte seiner Reden selbst noch einmal redigierte. Die Stenogramme der Reden Ernst Thälmanns tragen fast immer Korrekturen von seiner Hand, wenn sie für die Veröffentlichung bestimmt waren, damit die Formulierungen genau das ausdrückten, was er den Lesern sagen wollte, damit sie die politischen Auffassungen der Partei abgewogen wiedergaben.

50 Erich Glückauf: In wenigen Stunden waren die Faschisten von der Straße vertrieben. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 318.

51 IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 2, ed. chr. 160.

Am 13. Juli kehrte Ernst Thälmann nach Berlin zurück. Am 15. tagte das Sekretariat und anschließend das Politbüro, vor dem er referierte.[52] Unmittelbar nach der Politbürositzung fuhr Thälmann nach Braunschweig, wo er noch am selben Abend auf einer Großkundgebung in der Stadthalle sprach. Von Braunschweig aus führte ihn sein Weg nach Oberschlesien. Am 17. Juli, einem Sonntag, versammelten sich 30 000 Antifaschisten, darunter viele polnische Arbeiter, im Herzen des Industriegebiets, in Hindenburg, um Ernst Thälmann zu hören.[53]

Von Oberschlesien ging es nach Sachsen. Schon seit drei Wochen war für Dienstag, den 19. Juli, eine Kundgebung mit Thälmann in Dresden angekündigt. Überall war sichtbar: Die Antifaschistische Aktion schritt voran. Ihre Kundgebungen mobilisierten die Massen. Tausende von Versammlungen vor Stempelstellen, in Wohngebieten und auch in Betrieben halfen, die Einheitsfront zu schmieden. Stärker als in den Jahren zuvor beteiligten sich sozialdemokratische Arbeiter an gemeinsamen Aktionen. In harten Kämpfen gelang es immer besser, dem faschistischen Straßenterror Paroli zu bieten. Die Gruppen des Massenselbstschutzes – Betriebswehren, Erwerbslosen-, Wohngebiets- und Häuserschutzstaffeln – traten immer wirksamer den faschistischen Banden entgegen. Gemeinsam mit den Einheiten des illegalen RFB und Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus vereitelten diese losen Formationen antifaschistisch gesinnter Arbeiter, die auf der Grundlage der Einheitsfront gebildet worden waren, keine Mitgliedsbücher ausgaben und keine Beiträge erhoben, vielfach faschistische Überfälle. Der antifaschistische Massenselbstschutz wurde in diesen Wochen zum wirkungsvollsten Element der Antifaschistischen Aktion.[54] Aber Tag für Tag wüteten die

52 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315; 3/1/314.

53 Vgl. Die Rote Fahne, 16., 19. Juli 1932.

54 Vgl. Paul Heider: Über den Massenselbstschutz in der ersten Etappe der Antifaschistischen Aktion (Mai bis August 1932). In: Zeitschrift für Militärgeschichte (Potsdam, Berlin), 1964, H. 1, S. 58–72. – Edgar Doehler/Egbert Fischer/Werner Salomon: Die Militärpolitik der KPD gegen die anwachsende faschistische Gefahr, S. 284–311.

faschistischen Mordkommandos, die Zahl ihrer Blutopfer wuchs trotz aller Abwehrmaßnahmen noch immer an.

Auf der Fahrt von Oberschlesien nach Dresden erreichte Ernst Thälmann die Nachricht, daß am Sonntag in den Arbeiterstraßen Altonas und den Elendsquartieren des sogenannten Sanierungsviertels 5000–6000 Nazis unter Polizeischutz die Bevölkerung terrorisiert hatten und daß von den Kugeln der Polizei und der Faschisten 14 Arbeiter und Arbeiterfrauen, unter ihnen ein sozialdemokratischer Funktionär und mehrere Kommunisten, getötet und weitere 70 verwundet worden waren. Die blutige Provokation kündete eine neue Verschärfung der Lage an.[55] Und so deutlich auch wurde, daß die Antifaschisten nicht vor dem Straßenterror der Nazis, denen die Polizei und mancherorts auch bereits die Reichswehr zu Hilfe kam, zurückwichen: Am Hauptabschnitt der Kampffront, in den Betrieben, kam die Antifaschistische Aktion nur sehr langsam voran. Würde es unter diesen Umständen noch gelingen, rechtzeitig den Dingen eine Wende zu geben?

10

Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!

Von Tag zu Tag wurde es offensichtlicher, daß unter der Papen-Regierung die faschistische Gefahr rasch zunahm und daß Kurs auf den Faschismus Kurs auf den nächsten Krieg hieß. Unverblümt forderten die deutschen Militaristen auf der sogenannten Abrüstungskonferenz, die seit Januar 1932 in Genf tagte, freie Hand zur Aufrüstung. Auf einer Konferenz in Lausanne im Juni/Juli 1932, die die Verpflichtung Deutschlands zu Reparationszahlungen auf einen Restbetrag von drei Milliarden Reichsmark reduzierte, welcher freilich nie bezahlt wurde, versuchte Reichskanzler Franz von Papen ebenfalls, die anderen imperialistischen Mächte zu

55 Vgl. Josef Schneider: August Lüttgens. Ein Roter Frontkämpfer, Moskau–Leningrad 1934. – Die Wahrheit über den Blutsonntag von Altona. Tatsachenschilderung von Augenzeugen und Verwundeten, o. O. 1932. – Walter Wimmer: Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932…, S. 198–202.

bewegen, der Aufrüstung Deutschlands zuzustimmen. Als Kompensation bot er Frankreich ein antisowjetisches Abkommen an.

Ernst Thälmann schlug sofort gegen diese Pläne zur »noch geschlosseneren Einreihung« des deutschen Imperialismus in die antisowjetische Kriegsfront Alarm, die vor allem durch die »Schaffung eines deutsch-französischen Militärblocks« erreicht werden sollte. In einer Flugschrift der KPD vom Juli 1932 zum Antikriegstag am 1. August wies er nach, daß der zunehmende Einfluß der Reichswehrgeneralität und der Junker, die verstärkte revanchistische Hetze und die Förderung der faschistischen Terrorbanden durch die Papen-Regierung nicht nur darauf abzielten, die Arbeiterbewegung zu vernichten und eine faschistische Diktatur zu errichten, sondern zugleich »eine einzige Kette offener und versteckter Kriegsvorbereitungen« darstellten. Die Antifaschistische Aktion, so schrieb Ernst Thälmann in dieser Flugschrift, »muß mit aller Kühnheit und Klarheit gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher, für die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes, der UdSSR, marschieren. In der Antifaschistischen Aktion, im Kampf gegen die Lohnpiraten, Unterstützungsräuber und Nazi-Terroristen, im Streik und in jeder Massenbewegung gegen Unterdrückung und Knechtschaft muß der leidenschaftliche Wille der kämpfenden Proletarierklasse aufflammen, mit jedem Hieb gegen die faschistische Bourgeoisie im eigenen Lande einen machtvollen Schlag gegen die Kriegsräuber zu führen.«[1]

In allen seinen Reden und Artikeln führte Thälmann bei der Auseinandersetzung mit Faschismus und Notverordnungspolitik eine scharfe Polemik gegen den imperialistischen Kurs zum Kriege, gegen Militarismus und Chauvinismus. Er handelte stets im Bewußtsein der Feststellung, die seine Partei auf der Tagung ihres Zentralkomitees im Januar 1931 getroffen hatte: »Wir sind die einzige Friedenspartei, die einzige Partei, die alle Grundfragen der deutschen und der internationalen Politik ohne Eroberungskrieg, ohne Knechtung und Bedrohung fremder Völker lösen kann.«[2] Der proletarische Internationalismus, die humanistische Idee von der Gemeinsamkeit der Schaffenden, Ausgebeuteten, um ihre Befreiung Kämpfenden in der ganzen Welt, die Verpflichtung einer jeden Abteilung der revolutionären Arbeiterbewegung, den ersten sozialistischen Staat zu schützen und zu verteidigen, war Richtschnur seines Handelns.

1 Ernst Thälmann: Antifaschistische Aktion gegen Kriegsverbrecher. In: Geschichte und Politik, S. 193, 192, 193, 198.

2 Die Rote Fahne, 21. Januar 1931.

In der Parteiführung war Thälmann für die Antikriegsarbeit selbst verantwortlich. Auf seine Anregung hin war im April 1932 beschlossen worden, leitende Genossen mit der politischen Arbeit in den wichtigsten Rüstungsbetrieben, Eisenbahnknotenpunkten und Häfen zu beauftragen.[3] Während der internationalen Antikriegswoche im April hatte er sich auf einer Wahlkundgebung in Königsberg entschieden für die Verteidigung der Sowjetunion und für den gemeinsamen Kampf der deutschen und der polnischen Arbeiter gegen die Imperialisten beider Länder ausgesprochen. Die Konsequenz der imperialistischen Politik, warnte Thälmann, sei ein Angriff auf die Sowjetunion. Schon hatten im Fernen Osten die japanischen Militaristen im September 1931 die Mandschurei überfallen, um sich dort eine Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion zu schaffen. »Wir bekennen uns mit glühender Begeisterung zur internationalen proletarischen Solidarität!« hatte Ernst Thälmann seinen Wählern erklärt und sofort erläutert, was das praktisch hieß: »Streiks und Massenaktionen gegen alle Kriegslieferungen und Kriegstransporte in der Chemieindustrie, in der Metallindustrie, in der Zellstoffindustrie, auf den Eisenbahnen, bei den Binnenschiffern und in den Häfen; das ist die wichtigste Aufgabe, ist die dringendste Losung. Damit verteidigen wir das Werk Lenins und erfüllen sein Vermächtnis, damit erweisen wir uns als die Erben Karl Liebknechts, des revolutionären Vorkämpfers gegen den imperialistischen Krieg!«[4] In seiner Rede am 17. Juli in Hindenburg hatte er den deutschen und den polnischen Arbeitern zugerufen: »Uns trennt keine nationale Frage, keine Sprache, sondern uns einigt die kämpfende Solidarität, uns einigt die blutrote antifaschistische Fahne.«[5]

Die größten Sorgen rief Mitte Juli 1932 jedoch die Entwicklung in Preußen hervor. Dort drohte ein Staatsstreich.[6] Das Papen-Regime wollte den preußischen Staatsapparat, vor allem die Polizei, in die eigenen Hände bekommen und die Sozialdemokraten aus den Ämtern verjagen. Am 14. Juli suchten der Reichskanzler und der Reichsinnenminister von Gayl den Reichspräsidenten auf seinem Gute Neudeck in Ostpreußen auf; damit erhielten die seit Papens Ernennung umlaufenden Vermutungen, für Preußen werde ein Reichskommissar eingesetzt, neue Nahrung. Die bürgerliche Presse meldete, Hindenburg habe einer Reichsexekutive

3 Vgl. IML, ZPA, 3/19/347; 3/1/327; 3/19/315; 3/1/314.
4 Die Rote Fahne, 7. April 1932.
5 Ebenda, 19. Juli 1932.
6 Vgl. Walter Wimmer: Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932...

gegen Preußen zugestimmt.[7] Es konnte angenommen werden, daß der Blutsonntag von Altona der Reichsregierung als Vorwand dienen würde, die vollziehende Gewalt im Lande Preußen zu übernehmen.

Die Meldungen über Staatsstreichpläne überraschten Ernst Thälmann nicht: Seit Anfang Juli kamen von der Hauptinformationsstelle der Partei alarmierende Nachrichten über einen bevorstehenden Staatsstreich. Aus dem Büro des Reichswehrministers General von Schleicher wurde der KPD bekannt, daß der Belagerungszustand vorbereitet wurde. Vertrauensleute der Partei hatten in Erfahrung gebracht, daß man auch im preußischen Innenministerium schon zu dieser Zeit mit dem Schlag rechnete und wußte, daß Papen den Essener Oberbürgermeister und Krupp-Intimus Franz Bracht zum Reichskommissar ernennen wollte.[8]

Besorgten sozialdemokratischen Funktionären, die in ihren Bezirken den Widerstand vorbereiten wollten, wurde von Carl Severing versichert, SPD und Preußenregierung würden sich nicht überrumpeln lassen.[9] In Wirklichkeit dachte der preußische Innenminister gar nicht daran, sich gegen einen Rechtsputsch zur Wehr zu setzen.[10]

Der »Vorwärts« druckte zwar am 17. Juli eine großsprecherische Drohung ab, die der Parteivorstand der SPD am Vortage beschlossen hatte: »Wenn sich jemand in Deutschland einbilden sollte, daß die Organisationen der Eisernen Front eine Aufhebung der republikanischen

7 Vgl. Berliner Lokalanzeiger, 15., 16. Juli 1932. – Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin), 17. Juli 1932.
8 Vgl. IML, ZPA, I 2/705/23.
9 Otto Buchwitz suchte als Vertreter des Bezirks Görlitz der SPD zusammen mit Vertretern der Bezirke Breslau und Oberschlesien wenige Tage vor dem 20. Juli Carl Severing auf: »Ich hatte den Eindruck, daß er viel mehr wußte als wir... Nach mehrstündigem Verhandeln und unseren sich immer wiederholenden Warnungen entließ er uns mit den Worten: ›Seid gewiß, in der Stunde der Gefahr werde ich das Reichsbanner zur Hilfspolizei erklären und bewaffnen.‹ Einigermaßen beruhigt fuhren wir heim.« (Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1958, S. 129.)
10 Carl Severing hatte dem Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl erklärt, er könne sich »sehr wohl vorstellen«, daß die Reichsregierung sich die preußische Polizei unterstellen werde, am besten, indem Papens Innenminister zugleich das preußische Innenministerium übernehme. Er riet jedoch davon ab, »ohne durchschlagenden Grund« diesen Schritt zu tun oder gar einen Reichskommissar einzusetzen. Größere Unruhen könnten »für eine derartige Maßnahme dann eine viel günstigere psychologische Situation« schaffen. (Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 341. – Denkschrift über die Vorgänge vom 20. Juli 1932 und über die Verfassungsstreitigkeit des Freistaats Preußen gegen das Deutsche Reich. In: Preußischer Staatsrat, Drucksachen 1932/33, Nr. 313.)

Verfassung des Deutschen Reiches dulden würden, dann befände sich dieser Jemand in einem verhängnisvollen Irrtum. Es genügt vollkommen, wenn wir in diesem Zusammenhang auf den Ausgang des Kapp-Putsches hinweisen.« Aber es bedurfte nicht einmal der jahrelangen Erfahrungen mit der Politik der rechten sozialdemokratischen Führer, um zu erkennen, daß das leere Worte waren, die nur die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre beruhigen sollten. Weiter erklärte der sozialdemokratische Parteivorstand: »Dies ausgesprochen, damit jedermann weiß, woran er ist, möchten wir aber auch davor warnen – nicht die organisierten Arbeiter, die sind im Bilde –, die Aufrufe der KPD zu Protest- und Gewaltstreiks von mehr oder weniger kurzer Dauer aus irgendeinem Anlaß ernst zu nehmen. Wir lassen diese letzte, entscheidende Waffe des Proletariats nicht durch Pfuscher abstumpfen.«[11] Damit ließ die sozialdemokratische Führung durchblicken, daß sie entschlossen war, vor einem Staatsstreich zu kapitulieren und sogar den Widerstand zu sabotieren, den die KPD leisten würde. Im Reichskabinett und in der Präsidialkanzlei wurde die Erklärung befriedigt zur Kenntnis genommen, garantierte sie doch den Organisatoren des Putsches schon beinahe, daß er gelingen und eine Gegenaktion der Arbeiter nicht zustande kommen würde.

Müde und abgekämpft kam Ernst Thälmann am 18. Juli in Dresden an, heiser von den Anstrengungen der letzten Reden. Obwohl man inzwischen Übertragungsanlagen und Lautsprecher benutzte, sprach er immer wieder mit ganzer Kraft, wenn ihn die Atmosphäre der großen Aufmärsche packte. Fritz Selbmann, der damalige Politische Sekretär der Bezirksorganisation Sachsen der KPD, empfing ihn am Stadtrande. Es blieb noch Zeit zum kurzen Ausspannen, und so fuhr man am Morgen des 19. Juli in die Sächsische Schweiz. »Nachdem wir auf der Bastei zu Mittag gegessen hatten«, erzählt Fritz Selbmann, »standen wir – es war herrliches Sommerwetter – auf dem Basteifelsen, wo wir einen überwältigenden Blick auf die große Elbschleife hatten. Ich wollte vor dem Panorama der Bergwände der Sächsischen Schweiz etwas von unserer Naturfreunde-Organisation erzählen und von den Möglichkeiten illegaler Grenzübergänge mit Hilfe unserer Genossen Bergsteiger. Aber Ernst Thälmann stand stumm in den großartigen Anblick versunken, und ich mochte ihn nicht stören.«[12]

11 Vorwärts, 17. Juli 1932, Morgenausgabe.

12 Fritz Selbmann: Ein unermüdlicher Lehrer und Erzieher. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 123.

Am Abend versammelten sich 80000 Werktätige in der Dresdener Radrennbahn, um Ernst Thälmann zu hören.[13] Es war die größte Kundgebung in diesen Tagen. Spät in der Nacht ging es weiter nach Leipzig. Mit Ernst Thälmann fuhren sein Sekretär Erich Birkenhauer, Fritz Selbmann, der Chefredakteur der »Sächsischen Arbeiter-Zeitung«, Rudolf Renner, und andere Genossen. Die beiden Wagen wurden unterwegs durch eine Panne aufgehalten. Als man nachts in Leipzig ankam – Ernst Thälmann stieg wie immer im Hotel Fröhlich in der Wintergartenstraße nahe dem Hauptbahnhof ab –, lagen neue Meldungen aus Berlin vor[14], die für den nächsten Tag die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen erwarten ließen.

Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, ein Mitglied des Zentrums, der den Ministerpräsidenten vertrat – Otto Braun hatte sich unter dem Vorwand, erkrankt zu sein, schon von den Amtsgeschäften zurückgezogen –, und Carl Severing waren für Mittwoch, den 20. Juli, 10 Uhr, in die Reichskanzlei geladen. Schon am Montag war ein allgemeines Demonstrationsverbot verhängt worden. Im Bereich des Reichswehr-Gruppenkommandos Berlin wurden die Garnisonen in Alarmbereitschaft versetzt. Um die preußische Regierung daran zu hindern, die Hauptstadt zu verlassen – wie es die Reichsregierung beim Kapp-Putsch getan hatte –, organisierte die Reichswehr die Kontrolle des Flugverkehrs von und nach Berlin und riegelte die Ausfallstraßen ab. Die Telefonanschlüsse der Büros der KPD und der RGO wurden überwacht, weil Papen, Schleicher und Gayl befürchteten, daß die Kommunisten einer Aktion gegen die Preußenregierung nicht tatenlos zusehen würden. Severing wandte sich in chiffrierten Funksprüchen an alle Regierungs- und Polizeipräsidenten, freilich nicht, um sie zu Gegenaktionen aufzufordern, sondern mit der Bitte um Material, das in einem etwaigen Prozeß dem bürgerlichen Gericht beweisen würde, seine Amtsführung sei untadelig gewesen.[15]

Ernst Thälmann beriet mit den anwesenden Genossen, was zu tun sei. Er wollte sofort an den Schauplatz des Geschehens eilen, ließ sich aber schließlich überzeugen, daß es günstiger war, nähere Informationen über

13 Vgl. Die Rote Fahne, 20. Juli 1932.

14 Vgl. IML, ZPA, NL 3/45. – Fritz Selbmann: Ein unermüdlicher Lehrer und Erzieher. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 123/124. – Ders.: Alternative. Bilanz. Credo, S. 202–204.

15 Vgl. IML, ZPA, I 2/705/23. – Walter Wimmer: Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 ..., S. 203–205.

die Situation abzuwarten, und übermittelte inzwischen den Genossen in Berlin neue Anweisungen.[16]

Als die preußischen Minister Severing und Hirtsiefer in der Reichskanzlei erschienen, eröffnete ihnen Papen, er sei von Hindenburg zum Reichskommissar für Preußen ernannt worden und setze in dieser Eigenschaft Otto Braun und Carl Severing ab. Die Minister legten dagegen formell Protest ein, kehrten in ihre Amtsstuben zurück und – unternahmen nichts. Im Laufe des Tages erschien Franz Bracht in Begleitung des neuernannten Polizeipräsidenten für Berlin und zweier höherer Polizeioffiziere bei Severing und erklärte, er sei vom Reichskanzler und Reichskommissar beauftragt, das Innenministerium zu übernehmen. Daraufhin meinte Carl Severing, der gegen die Arbeiter so oft als starker Mann aufgetreten war, er weiche der Gewalt, und begab sich in seine Dienstwohnung.[17]

Ernst Thälmann war in den Vormittagsstunden des 20. Juli mit Erich Birkenhauer von Leipzig aus zu einem Treffpunkt bei Potsdam gefahren. Das schien geraten, um an der Stadteinfahrt nach Berlin nicht von der Reichswehr abgefangen zu werden. Auf Thälmanns Weisung hin versuchte inzwischen die Partei, in der Hauptstadt die Arbeiter in den Betrieben zu mobilisieren, sofortige Betriebsrätezusammenkünfte zu organisieren, Demonstrationen in den Stadtteilen auszulösen, Flugblätter herauszugeben. Am vereinbarten Treffpunkt erfuhr Ernst Thälmann durch Kurier die Anlaufstelle in Berlin. Er ging sofort an die Arbeit. Zusammen mit Werner Hirsch und Erich Birkenhauer formulierte er einen Aufruf, ergänzte eilig fertiggestellte Entwürfe von Artikeln und Rundschreiben an die Bezirke, übermittelte durch Kuriere Richtlinien an die Parteiorganisationen im Reich, prüfte das Schreiben, in dem der SPD und dem ADGB vorgeschlagen wurde, gemeinsam mit der KPD den Generalstreik gegen die Papen-Regierung und die Reichsexekutive zu proklamieren.[18]

Die Aufforderung der KPD, den Staatsstreich mit einem Generalstreik

16 Vgl. Fritz Selbmann: Ein unermüdlicher Lehrer und Erzieher. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 124. – IML, ZPA, NL 3/45.
17 Vgl. Walter Wimmer: Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 ..., S. 206–215. – Denkschrift über die Vorgänge vom 20. Juli 1932. In: Preußischer Staatsrat, Drucksachen 1932/33, Nr. 313. – Carl Severing: Mein Lebenslauf, Bd. II, S. 348–350. – Sozialdemokratische Pressekorrespondenz (Berlin), 1932, Nr. 8/9, S. 423–425. – IML, ZPA, I 2/705/23.
18 Vgl. IML, ZPA, NL 3/45.

zu beantworten, war durch ein Extrablatt der »Roten Fahne«, das mittags in den Straßen Berlins verteilt wurde, bereits bekannt. Eine Antwort der sozialdemokratischen Führung auf das Angebot der KPD traf beim Zentralkomitee nie ein. Doch die Antwort vor der Öffentlichkeit war eindeutig. 13.30 Uhr erschien eine Extraausgabe des »Vorwärts«, in der der Generalstreik abgelehnt wurde. In der regulären Abendausgabe des Blattes wurden die Sozialdemokraten auf die bevorstehenden Reichstagswahlen vertröstet und auf den Staatsgerichtshof, den die abgesetzten preußischen Minister anrufen würden. Am Abend verleumdete ein Flugblatt der Berliner Instanzen der freien Gewerkschaften den Aufruf der KPD zum Generalstreik als Provokation und forderte dazu auf, die Verteiler dieses Aufrufes der Polizei und der Reichswehr zu denunzieren. Gegen 20 Uhr beschloß der Parteivorstand der SPD, jede Kampfaktion abzulehnen und die Sozialdemokraten aufzufordern, nicht Papen und Schleicher, sondern den Kommunisten Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Beschluß erschien am nächsten Tage im »Vorwärts« zusammen mit einem ähnlichen Aufruf der Gewerkschaftsspitzen.[19]

Durch das Verhalten der rechten sozialdemokratischen Führer ermutigt, setzte Papen noch am 20. Juli auch alle anderen preußischen Minister und in den folgenden Tagen eine beträchtliche Zahl von Oberpräsidenten der Provinzen, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und leitenden Beamten der Ministerien ab, soweit sie der SPD oder bürgerlichen Parteien angehörten, die nicht klar auf dem rechten Flügel standen; bezeichnenderweise konnte Gustav Noske, der Oberpräsident von Hannover, im Amt bleiben.[20]

Durch die offene Kapitulation der Führer der Sozialdemokratie ging die Chance, jetzt Papen zu schlagen und damit den Faschismus zurückzuwerfen, ungenutzt vorüber. Damit war eine große Möglichkeit vergeben, dem Faschisierungsprozeß Einhalt zu gebieten. Schlimmer noch: Die Faschisten hatten gesehen, daß die rechten Führer der Sozialdemokratie unter allen Umständen an der Kapitulationspolitik festhielten.

Die Chance, den Staatsstreich abzuwehren, war am 20. Juli 1932 real: Auch die sozialdemokratischen Massen wollten kämpfen, und sogar ein beträchtlicher Teil der preußischen Polizei wäre bereit gewesen, die legale

19 Vgl. Walter Wimmer: Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 ..., S. 218/219.
20 Vgl. Denkschrift über die Vorgänge vom 20. Juli 1932. In: Preußischer Staatsrat, Drucksachen 1932/33, Nr. 313. – ZStA Merseburg. Hist. Abt. II, Rep. 90a, B III 2b, Nr. 6, Staatsministerialsitzungsprotokolle, Bd. 181.

Landesregierung zu schützen. Auf sich allein gestellt aber war die KPD nicht imstande, wirkungsvolle Aktionen gegen den Staatsstreich zu organisieren. Dazu waren ihre Positionen in den Betrieben zu schwach. Wie von Thälmann vorausgesehen, warteten die Sozialdemokraten in den Betrieben, gewillt, jetzt endlich loszuschlagen, auf die versprochenen Signale ihrer Führungen. Sie handelten aber nicht, weil diese Signale ausblieben.[21] Wenngleich die schmähliche Kapitulation der sozialdemokratischen Führer deren Einfluß in den Massen auf die Dauer minderte, blockierte sie zunächst alle Anstrengungen der Kommunisten, größere Aktionen auszulösen.

Besorgt berieten sich in diesen Tagen auch Georgi Dimitroff, der Leiter des in Berlin ansässigen Westeuropäischen Büros der Komintern, und Jacques Duclos mit dem Führer der KPD. »Wir waren alle der Meinung«, berichtet Jacques Duclos über diese Begegnung, »daß mit dem, was jetzt geschehen war, Hitler der Weg zur Macht geebnet werden sollte. Natürlich kam die Rede auch auf den Kapp-Putsch, der als ein Präzedenzfall zur augenblicklichen Lage angesehen werden konnte.«[22] Auf eine entsprechende Frage Georgi Dimitroffs habe Ernst Thälmann ihnen ausführlich erklärt, welche enormen Schwierigkeiten angesichts des Kräfteverhältnisses in der Arbeiterklasse und wegen der kapitulantenhaften Haltung der sozialdemokratischen Führer der Auslösung eines Streiks zum Sturz der Reichsregierung entgegenstanden.

Aber Thälmann zeigte nicht nur die außerordentlich ungünstigen Bedingungen und die Haltung der sozialdemokratischen Führung, die tatenlos zusah, wie die faschistische Reaktion die Weimarer Republik Schritt für Schritt liquidierte. Vor allem suchte er die inneren Gründe, die die KPD trotz ihrer richtigen Linie und trotz ungeheurer Anstrengungen hinderten, Massenkämpfe von der nötigen Breite auszulösen. »Der 20. Juli, die ungenügende Bereitschaft und Schlagfertigkeit der Partei ist für uns in der Tat eine ernste Warnung«, sagte er Wochen später vor dem Plenum des EKKI zu diesem Problem. »Unsere russischen Genossen haben ausdrücklich betont und bekräftigt, daß die Aufforderung der Partei

21 Vgl. Die Partei muß die gesamte Gewerkschaftsarbeit leiten! In: Der Parteiarbeiter, 1932, Sonderheft: Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und Verband, S. 1–7. – Max Maddalena: Die antifaschistische Kampagne und die Aufgaben der RGO in Deutschland. In: Die Rote Gewerkschafts-Internationale (Moskau–Berlin), 1932, H. 15/16, S. 889–900.

22 Jacques Duclos: Memoiren I. 1896–1939, Berlin 1973, S. 311.

zur Durchführung des Generalstreiks nicht nur richtig, sondern notwendig war, weil die Losung der gegebenen Situation entsprach. Wir haben nur nicht die Konsequenzen aus dieser richtigen Linie für die Durchführung derselben in der revolutionären Praxis ziehen können[23]. Es gelang uns nicht, Demonstrationen, Teilstreiks, Proteststreiks und Massenaktionen durchzuführen.«[24]

Die Erfahrungen des 20. Juli bestätigten die Richtigkeit der Linie, die Ernst Thälmann konsequent verfolgte, seines unablässigen Drängens, die Verbindung mit den Massen zu festigen, vor allem mit den Betriebsarbeitern. Sie bekräftigten seine hartnäckige Forderung, die Arbeiter in wirkliche Kampfaktionen hineinzuführen, in Tausende praktischer Aktionen gegen die Unternehmer und gegen die Faschisten, alle Kräfte anzuspannen, um die Partei zu stärken.

Am 22. Juli erörterte das Sekretariat und am 25. Juli das Politbüro die Lage nach dem Staatsstreich. Das Politbüro billigte alle Schritte, die das Sekretariat im Zusammenhang mit dem Staatsstreich unternommen hatte, insbesondere die herausgegebenen Flugblätter und anderen Materialien sowie die Direktiven an die Parteiorganisationen.[25] Auf der Sitzung des Politbüros wurde auch der Schutz der Partei beraten. Thälmann hatte schon früher, der Gefahr voll bewußt, daß die Partei in die Illegalität gedrängt werden könnte, veranlaßt, sich auf diesen möglichen Fall einzurichten. In der spannungsgeladenen Situation des Sommers 1932 war das erst recht nötig. Im Sekretariat des ZK war deshalb schon am 6. Juni – als eine der Schlußfolgerungen aus dem Regierungswechsel – die Vorbereitung auf die Illegalität erörtert worden. Es wurde eine Kommission gebildet, der John Schehr, Walter Ulbricht und Hans Kippenberger angehörten. Die Kommission erhielt unter anderem die Aufgabe, der Parteiführung auch unter illegalen Bedingungen Arbeitsmöglichkeiten zu sichern, die entsprechenden Vorbereitungen in den Bezirken und Massenorganisationen zu überprüfen und Voraussetzungen für die Herausgabe illegaler Flugblätter und Zeitungen zu schaffen.

Am 21. Juni beriet das Sekretariat erneut über die Arbeit der Partei unter erschwerten Bedingungen, und Ernst Thälmann unterbreitete Vorschläge für eine Reorganisation und Verkleinerung des Parteiapparats.[26] In der

23 In der Quelle: gezogen.

24 IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 170, ed. chr. 251.

25 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315; 3/1/314.

26 Vgl. ebenda.

Politbürositzung nach dem Preußenstaatsstreich wurde über die Sicherungsmaßnahmen für die Partei und über die eingeleitete Einschränkung des Parteiapparates berichtet und unter anderem eine zeitweilige Aufnahmesperre festgelegt; nur seit langem als zuverlässig bekannte Arbeiter sollten noch Parteimitglieder werden können.

Unmittelbar nach dieser Tagung ging für Ernst Thälmann der Wahlkampf weiter. Für Mittwoch, den 27. Juli, war eine Kundgebung mit Thälmann als Redner in Oberhausen angesetzt. Sie wurde im letzten Moment verboten. Die Partei fand einen Ausweg. Ernst Thälmann trat an diesem Tage vor 60 000 Demonstranten in den Essener Ausstellungshallen und vor nahezu 30 000 Werktätigen in Dortmund auf. Am Donnerstag war er wieder in Berlin und sprach im Neuköllner Stadion. Am Freitag hörten ihn Zehntausende Antifaschisten aus Hamburg und Altona, die auf dem Lübeckertorfeld zusammengeströmt waren.[27]

Daneben fand Thälmann noch Zeit, in kleineren Orten aufzutreten, nach der Hamburger Rede beispielsweise noch am Sonnabend in Harburg-Wilhelmsburg, Lüneburg und Lauenburg, zuvor – wahrscheinlich am Freitag – wohl auch noch in Boizenburg.[28] Otto Schreiber, einer der Redakteure der »Hamburger Volkszeitung«, war auf der Lauenburger Kundgebung, die als letzte gegen 20 Uhr begann, für den Fall, daß Ernst Thälmann später käme, als Redner eingesetzt. Tatsächlich zogen sich die stark besuchten Kundgebungen in Harburg-Wilhelmsburg und Lüneburg viel länger hin als erwartet.

»Endlich kam die erlösende Mitteilung aus Lüneburg: Ernst Thälmann eben abgefahren!« berichtet Otto Schreiber. »Inzwischen war es 23.45 Uhr geworden. Ich wollte, bereits dreieinhalb Stunden mich abmühend, gerade ein neues Kapitel meiner Dauerrede beginnen: ›Und nun, Genossen ...‹. Plötzlich Unruhe und Gedränge am Saaleingang. Die Situation rasch erfassend, fuhr ich mit erhobener und beinah triumphierender Stimme fort: ›... nun kommt unser Genosse Thälmann!‹ Alle sprangen wie elektrisiert auf, wandten sich zum Saaleingang – ein wahrer Orkan der Begeisterung brach los, Musik setzte ein, und die Ovationen wollten

27 Vgl. Ruhr-Echo, 25., 29. Juli 1932. – Ernst Thälmann: Für Freiheit, Brot, Rätedeutschland! In: Ebenda, 29. Juli 1932. – Ders.: Unsere Freiheitsarmee wird das heutige System vernichten! In: Die Rote Fahne, 29. Juli 1932. – HVZ, 23./24. Juli 1932. – Die Rote Fahne, 30. Juli 1932.

28 Vgl. Otto Schreiber: Thälmanns kürzeste Versammlungsrede. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 377. – IML, ZPA, NL 3/45.

kein Ende nehmen. Vergessen war die lange Zeit des Wartens, und wenn auch die Geduld auf eine harte Probe gestellt worden war – kein einziger war gewichen, alle hatten ausgeharrt. Nur mühsam konnte sich Ernst Thälmann einen Weg zur Bühne bahnen, und während ich, schweißgebadet und vollkommen erschöpft, das Feld räumte, begann Ernst Thälmann zu sprechen.«[29] Die knappe Viertelstunde, die bis zum Beginn des Wahltages blieb, an dem keine Wahlagitation mehr betrieben werden durfte, nutzte Ernst Thälmann auf die Sekunde genau. Er sprach, trotz der Kürze der Zeit und trotz der vorangegangenen Strapazen, temperamentvoll wie immer: Unter den Schlägen seiner geballten Faust, die seine Sätze unterstrichen, brach das altersschwache Rednerpult zusammen.

Am 31. Juli 1932 stimmten 5 369 698 Wähler für die KPD, 770 000 mehr als bei den vorhergehenden Reichstagswahlen im September 1930, eine halbe Million mehr als beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen. 14,6 Prozent aller Stimmen wurden für die Liste 3 abgegeben, an deren Spitze der Name Ernst Thälmann stand. Immer mehr Arbeiter orientierten sich auf die KPD, die einzige Partei, die einen aktiven antifaschistischen Kampf führte. Die SPD, nach Brünings Sturz in der Rolle einer Oppositionspartei und davon einen Wahlerfolg erwartend, erhielt die Quittung für die Kapitulationspolitik ihrer Führung: Sie verlor über 600 000 Stimmen.

Die KPD war der einzige wirkliche Gewinner der Wahlen. Denn die Nazipartei erhielt zwar doppelt soviel Stimmen wie bei den Wahlen von 1930, aber seit den Wahlen im Frühjahr, speziell den Landtagswahlen vom 24. April, konnte sie keine Wähler mehr hinzugewinnen. Die Antifaschistische Aktion hatte den Aufschwung der faschistischen Welle gestoppt. In den wichtigsten Industriegebieten – in Berlin, in den westfälischen Wahlkreisen, in Oberschlesien und in Chemnitz-Zwickau –, aber auch in Franken und Südbayern war es bereits gelungen, die Faschisten etwas zurückzudrängen. Die von Ernst Thälmann empfohlene Politik hatte ihre Probe bestanden.

Drei Tage nach der Reichstagswahl beriet die Parteiführung mit den Politischen Sekretären der Bezirksparteiorganisationen die nächsten Aufgaben. Ernst Thälmann zog aus der bisherigen Entwicklung der Antifaschistischen Aktion den Schluß, daß es für den Ausgang des

29 Otto Schreiber: Thälmanns kürzeste Versammlungsrede. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 379.

Kampfes gegen den Faschismus entscheidend war, die in den Betrieben tätigen Arbeiter, besonders die Gewerkschaftsmitglieder, für die Antifaschistische Aktion zu gewinnen. Am 20. Juli 1932 hatte es sich gezeigt, daß der Einfluß der KPD gerade an diesem zentralen Kampfabschnitt noch nicht ausreichte, wirkungsvolle Aktionen gegen den Staatsstreich zu organisieren. Dementsprechend war vom Sekretariat des Zentralkomitees bereits am 1. August festgelegt worden, vom 14. bis 21. August unter den Losungen »Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe!« und »Die Antifaschistische Aktion erobert die Betriebe!« eine Betriebskampfwoche durchzuführen.[30]

Auch in dem Aufsatz »Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD«, den Ernst Thälmann in diesen Tagen verfaßte, beschäftigte er sich mit diesem Problem. Die Organisierung der Antifaschistischen Aktion bezeichnete er in diesem Aufsatz als wichtigste Quelle des Wahlerfolges der KPD. Mit ihr war es endlich gelungen, stellte er fest, in der Einheitsfrontpolitik einen Durchbruch zu erzielen, sowohl in der Partei selbst, indem die Vorbehalte gegen die Einheitsfront überwunden worden waren und an die Stelle von Einzelaktionen nun »eine konsequente, systematische und lebendige Anwendung der Einheitsfronttaktik als einer Hauptmethode im Ringen um die Mehrheit der Arbeiterklasse« getreten war, als auch nach außen, gegenüber den in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften organisierten Arbeitern.[31]

Die ersten zwei Monate Antifaschistischer Aktion brachten vor allem große Erfolge im Massenkampf gegen den faschistischen Straßenterror. Darum versuchte das Papen-Regime, mit der Einsetzung von Sondergerichten und der Androhung drakonischer Strafen für politische Zusammenstöße[32], die SA vor einer offenen Niederlage durch den antifaschistischen Selbstschutz zu bewahren. Doch in den Betrieben war die Antifaschistische Aktion in diesen zwei Monaten noch nicht recht vorangekommen. Daher forderte Ernst Thälmann, die Antifaschistische Aktion müsse eine neue Stufe erreichen. »Und diese neue, diese zweite, diese höhere Etappe der Antifaschistischen Aktion muß im Zeichen der Eroberung der Betriebe stehen, um sie reif für den politischen Massenstreik zu machen.« Ernst Thälmann betonte, daß es nicht um eine befristete Kampagne zur Vereitelung der nächsten faschistischen Anschläge ging.

30 Vgl. IML, ZPA, 1/31/52; 3/19/315.
31 Vgl. Die Internationale, 1932, H. 7/8, S. 312.
32 Vgl. Reichsgesetzblatt, 1932, Teil I, Nr. 54, S. 403–407.

Die Betriebsarbeiter in den Kampf zu führen war die entscheidende Aufgabe für die KPD. Diese Aufgabe zu meistern bedeutete, »die Schwelle einer neuen Etappe der Bolschewisierung unserer Partei vollends überschreiten«.[33]

Ernst Thälmanns Überlegungen, niedergelegt in seinen Ausführungen vor den Bezirkssekretären und in dem Aufsatz in der »Internationale«, wiesen ihn als weitsichtigen Revolutionär von Leninschem Typ aus, der stets den Zusammenhang zwischen den Aufgaben des Klassenkampfes gegen den Imperialismus und der Entwicklung der Partei als der entscheidenden subjektiven Voraussetzung für den Sieg im Auge hatte und die Kampfkraft der Partei real einschätzte.

Die Ergebnisse der Beratung der Parteiführung mit den Politischen Sekretären der Bezirksparteiorganisationen am 3. August wurden in einem Schreiben an alle Bezirksleitungen und Redaktionen vom 8. August festgehalten. Das Sekretariat forderte darin, alle »Formen des Massenwiderstandes gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Anschlägen der Bourgeoisie« zu entfalten. »Angesichts des faschistischen Wirtschaftsprogramms, das die volle Abschaffung der gesamten Sozialgesetzgebung und die Herabdrückung der Löhne auf den Stand des vergangenen Jahrhunderts herbeiführen will«, gelte es, die Belegschaften für die bevorstehenden Kämpfe vorzubereiten.[34]

Schon im Juni hatte Ernst Thälmann allen Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftern die Aufgabe gestellt, innerhalb der freien und auch der christlichen Gewerkschaften jene Mitglieder dieser Organisationen zu sammeln, die mit der Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsführer nicht einverstanden waren. Das Ziel der Zusammenarbeit mit diesen Kollegen dürfe jedoch nicht etwa darin gesehen werden, sie zum Übertritt in die RGO zu bewegen. Thälmann wandte sich auch dagegen, weitere besondere Organisationen der revolutionären Arbeiter zu gründen. Damit zog er die Konsequenz aus der Tatsache, daß der Einfluß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition in den großen Massengewerkschaften begrenzt geblieben war und daß die in einigen Fällen gegründeten besonderen »roten Verbände« sich als nicht lebensfähig erwiesen hatten. Thälmann war überzeugt, daß die Massengewerkschaften dazu veranlaßt werden mußten, den Klassenkampf gegen Monopolkapital

33 Ernst Thälmann: Die neue Etappe der Bolschewisierung der KPD. In: Die Internationale, 1932, H. 7/8, S. 321, 324.
34 Die Antifaschistische Aktion, S. 218, 218/219.

und Faschismus zu führen, und daß nur so die Kommunisten eine wirkungsvolle Gewerkschaftsarbeit leisten konnten. Deshalb verlangte er kategorisch, die Gewerkschaftspolitik der KPD und der RGO nicht länger auf die schon für den revolutionären Kampf gewonnenen Arbeiter einzuengen. Ähnliche Empfehlungen waren auch von der Führung der RGI gegeben worden, die sich in den vergangenen Monaten mehrfach zur Tätigkeit der RGO geäußert hatte.

11

Im Zeichen des kämpfenden proletarischen Internationalismus gegen Faschismus und Kriegshetze

Im Hochsommer 1932, im Kampf gegen die Politik Papens und den Chauvinismus der Nazis, beriet die Parteiführung erneut über den Kampf gegen die Kriegsgefahr, die auch von Deutschland her nun ganz offenkundig vergrößert wurde. Die KPD unterstützte energisch die Vorbereitung des Internationalen Kongresses gegen den imperialistischen Krieg, der Ende August in Amsterdam stattfand. Er war von Henri Barbusse und Romain Rolland Mitte Mai einberufen worden. Das Sekretariat des ZK der KPD hatte schon damals Hans Kippenberger mit Vorarbeiten beauftragt. Jetzt wurde, um den Kongreß in Deutschland noch stärker zur Mobilisierung der Massen gegen die Kriegsgefahr nutzen zu können, ein weiterer erfahrener Organisator und Propagandist, August Creutzburg, speziell für diese Arbeit eingesetzt.[1] Ernst Thälmann schlug vor, die Delegierten für den Antikriegskongreß vornehmlich in Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen zu wählen.[2]

Er selbst wurde ebenfalls zum Amsterdamer Kongreß delegiert[3], konnte aber wegen der XII. Tagung des EKKI, die zur gleichen Zeit stattfand, nicht teilnehmen. Die 2000 Delegierten aus Amerika, Asien und Europa

1 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.
2 Vgl. ebenda, 3/19/347.
3 Vgl. ebenda, 3/19/315.

– darunter 759 aus Deutschland –, die in Amsterdam über die Verhinderung eines imperialistischen Krieges berieten, gründeten ein Weltkomitee gegen den imperialistischen Krieg, das die antiimperialistischen Aktionen zusammenfassen und koordinieren sollte. Diesem Komitee gehörten auch Albert Einstein, Heinrich Mann, Walter Stoecker und Clara Zetkin an. Der Kongreß unterstützte den Kampf der deutschen Arbeiterklasse durch eine Resolution »gegen den Faschismus in Deutschland und die Verfolgung der antifaschistischen Kämpfer durch die deutsche Regierung«.[4]

Mitte August fuhren Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und Walter Ulbricht zur Teilnahme am XII. Plenum des EKKI nach Moskau.[5] Ernst Thälmann war eines der beiden Hauptreferate – über die Lehren der ökonomischen Streiks und der Kämpfe der Erwerbslosen – übertragen worden. Klement Gottwald und Julian Leński übernahmen Korreferate zu seinem Thema. Das andere Hauptreferat hielt Otto Kuusinen.

In Moskau wohnte Thälmann im Gebäude der Internationalen Leninschule, wo er auch etwa eine Woche lang an seinem Referat arbeitete. Ein deutscher Leninschüler, der den Auftrag hatte, ihn zu unterstützen, mußte Zeitungen durchsehen und Berichte und Meldungen über Streiks und Einheitsfrontaktionen zusammenstellen. Morgens 7 Uhr erwartete ihn der Frühaufsteher Ernst Thälmann, stellte ihm die Aufgaben für den jeweiligen Tag, ließ sich das Ergebnis der Arbeit vom Vortage vorlegen, fragte und gab Hinweise. Er nahm sich jedoch auch Zeit für persönliche Gespräche.[6]

Vor der Tagung des EKKI mußte das Politische Sekretariat des Präsidiums noch einmal zum Verhalten Heinz Neumanns Stellung nehmen. Drei Tage vor den Reichstagswahlen war es offenkundig geworden, daß dieser, ungeachtet der wachsenden faschistischen Gefahr und der un-

4 Vgl. Dokumente des Antikriegskongresses gegen den Faschismus in Deutschland und die Verfolgung der antifaschistischen Kämpfer. In: Inprekorr, Nr. 78, 20. September 1932, S. 2503/2504.
5 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315. – Der für die Zeit ihrer Abwesenheit gebildeten stellvertretenden Parteiführung unter Leitung John Schehrs gehörten Franz Dahlem und Fritz Heckert sowie zwei der Instrukteure des ZK an. – Als das Sekretariat am 13. August die Zusammensetzung der Delegation zum Plenum bestätigte, beschloß es gleichzeitig, daß Erich Birkenhauer und Heinrich Rau als Mitarbeiter der Delegation, vor allem Ernst Thälmanns, mitfahren sollten. (Vgl. ebenda.)
6 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

mittelbaren Bedrohung für die Legalität der Partei, seine fraktionelle Tätigkeit fortsetzte. Am 28. Juli gelangte ein Material der Anhänger Neumanns in die Hände Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks, aus dem hervorging, daß Heinz Neumann einige KPD-Funktionäre, die bei der Komintern, bei der RGI und anderen internationalen Organen eingesetzt waren, sowie Redakteure und andere Funktionäre der Partei und des KJVD zu einer Fraktion zusammengeschlossen hatte, um Ernst Thälmann von der Spitze der Partei zu verdrängen.[7] In Anbetracht der im Mai vorgenommenen Veränderung in der Parteiführung und der seither von der Partei im Klassenkampf gesammelten Erfahrungen könnten die Fraktionsmacher zwar die Einheit der Partei nicht mehr gefährden, doch behindere ihr Verhalten den antifaschistischen Kampf, hatte Ernst Thälmann am 29. Juli an das Politische Sekretariat des EKKI geschrieben. Er verlangte, Neumanns Intrigen gegen die KPD zu unterbinden und ihn scharf zu kritisieren, »weil er die Beschlüsse der Komintern rücksichtslos durchbrochen hat. Der Genosse Pieck und ich haben damals[8] schon Bedenken ausgesprochen gegen seine Verwendung in Moskau. Unsere Befürchtungen sind in der Tat eingetreten. Er wird und kann die fraktionelle und gruppenmäßige Arbeit keineswegs unterlassen.«[9] Noch in der ersten Augusthälfte bemühte sich Ernst Thälmann in längeren Unterredungen mit mehreren leitenden Genossen des KJVD, diese von ihren Angriffen gegen die Parteiführung abzubringen. Doch vergeblich. Von Neumann bestärkt, sprachen sie der Parteiführung das Recht ab, dem Jugendverband Vorschläge zur Verbesserung seiner Arbeit zu machen, und wiesen Empfehlungen, eine politisch stärkere Leitung zu bilden, brüsk zurück. Eine Klärung war unmöglich gewesen, weil Hermann Remmele offen gegen Ernst Thälmann auftrat.[10] In Anbetracht dieser Umstände beschloß das Politische Sekretariat des Präsidiums des EKKI am 21. August, Heinz Neumann seiner Funktion als Kandidat des Politbüros des ZK der KPD für verlustig zu erklären.

Am 27. August 1932 eröffnete Ernst Thälmann das XII. Plenum des EKKI. Seine Eröffnungsrede[11] war der Aufgabe der Tagung gewidmet,

7 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 3, ed. chr. 204.
8 Während der Beratungen im Mai 1932.
9 IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 3, ed. chr. 204.
10 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.
11 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 3, ed. chr. 204. – XII Пленум ИККИ, Стенографический отчет, Том I, Moskau 1933, S. 1–6. – Die Eröffnungsansprache Ernst Thälmanns wurde in deutscher Sprache nicht veröffentlicht.

die Politik der Komintern und ihrer Sektionen angesichts der Zuspitzung der Krise des Kapitalismus, des drohenden Faschismus und der wachsenden Gefahr eines neuen Weltkrieges, dessen erster Herd bereits im Fernen Osten durch die japanische Aggression in der Mandschurei entstanden war, weiter zu konkretisieren. Als Führer der größten kommunistischen Partei in einem kapitalistischen Lande, die einer sehr starken und brutalen Abteilung des internationalen Monopolkapitals gegenüberstand, erwartete Thälmann von der Zukunft keine leichten Aufgaben. Und doch sprach aus seinen Worten die Siegesgewißheit des proletarischen Revolutionärs, die Zielklarheit des Marxisten-Leninisten:

»Wir wissen, daß unsere Kämpfe neue und große Opfer erfordern. Gefängnis, Zuchthaus, Hunger und Strang stehen einem Teil unserer besten Genossen und der revolutionären Arbeiterschaft bevor. Wir werden auch beim siegreichen Vorwärtsschreiten, bei dem neuen revolutionären Aufstieg nicht immer vermeiden können, daß in einzelnen Ländern einige Niederlagen eintreten... Der Weg des Proletariats zur proletarischen Macht ist ein dorniger, opfervoller Weg. Gewappnet mit dem Rüstzeug des Marxismus-Leninismus, in bedingungslosem Vertrauen zur Komintern und zur KPdSU, in eisernem Selbstvertrauen auf unsere eigene Kraft und die gewaltige Kraft des Proletariats müssen wir mit neuem revolutionärem Kampfgeist an die Arbeit, an die vor uns stehenden Aufgaben gehen. Unsere russische bolschewistische Bruderpartei hat unter Führung Lenins den Zarismus niedergeschlagen und zu Boden gestreckt, den Kapitalismus besiegt und beseitigt und führt heute den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft durch. Lernen wir alle von ihr, lernen wir von ihrer festen, unversöhnlichen Zielklarheit und von ihrer kühnen und revolutionären Massenpolitik, dann wird es uns um so schneller gelingen, unsere historischen Aufgaben zu erfüllen.«[12]

In der vierten und fünften Sitzung des Plenums hielt Ernst Thälmann sein Referat[13], das dann zusammen mit dem Referat Otto Kuusinens und den beiden Korreferaten diskutiert wurde. Nach ausgiebiger Beratung, an der sich zahlreiche namhafte Genossen beteiligten – unter anderen Toivo Antikainen, Bronislaw Bortnowski (Bronkowski), Wilhelm Florin,

12 IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 170, ed. chr. 251.
13 Vgl. ebenda. – Das Referat Ernst Thälmanns wurde unter dem Titel »Die Lehren der wirtschaftlichen Streikkämpfe und des Kampfes der Erwerbslosen« auszugsweise veröffentlicht in: Inprekorr, Nr. 6, 17. Januar 1933, S. 208–223. – Der gesamte Text ist veröffentlicht in: XII Пленум ИККИ, Том I, S. 42–77.

Vasil Kolarov, Johann Koplenig, Béla Kun, Luigi Longo (Gallo), S. A. Losowski, D. S. Manuilski, Sandzo Nosaka (Okano), O. A. Pjatnizki, Wilhelm Pieck, Harry Pollitt, Jan Šverma, J. D. Stassowa, Palmiro Togliatti (Ercoli), Maurice Thorez, Walter Ulbricht und Wang Ming –, hielt Ernst Thälmann am 14. September das Schlußwort.[14] Sowohl in seinem Referat als auch im Schlußwort analysierte er die vielfältigen internationalen Erfahrungen der Parteien im Massenkampf, die Methoden des Heranführens der Massen an Kämpfe um die Tagesforderungen, das angesichts der Krise wachsende spezifische Gewicht der Streikkämpfe in der Entwicklung der revolutionären Bewegung.

Dabei ging Thälmann auf zahlreiche Beispiele aus dem Kampf der polnischen, der belgischen und der japanischen Kommunisten ein, behandelte Probleme der Arbeit der französischen Kommunisten und anderer Bruderparteien. »Die tschechische Delegation, besonders der Genosse Gottwald«, hob er hervor, »hat uns zum Teil glänzende praktische Beispiele von Einheitsfrontaktionen, von besonderen und neuen Methoden des Herantretens an die Schichten der parteilosen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Verbesserung unserer revolutionären Massenarbeit gezeigt.« Wenngleich auch die KPD Fortschritte erzielt habe, so »müssen wir auf dem Gebiete der Massenpolitik noch vieles lernen von der tschechischen Partei. Wir müssen dort in der Frage der Methoden und des Tones bei der Gewinnung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter einen Umschwung vollziehen.«

Besonderes Augenmerk widmete Ernst Thälmann den Erfahrungen der KPdSU(B). So bezeichnete er als Beispiele dafür, wie die Partei einen engen Kontakt mit den Massen halten kann, die »Parteilosenberatungen und die unmittelbaren Verbindungen, die von den Zellenmitgliedern durchgeführt werden«, Methoden, die die KPdSU(B) bei der Organisierung der Masseninitiative zum sozialistischen Aufbau in der UdSSR anwandte.[15]

Die größte Aufmerksamkeit verwandte die Tagung des EKKI auf die deutsche Frage. Wegen der internationalen Bedeutung der deutschen Probleme erhielt Ernst Thälmann nach seinem Schlußwort Gelegenheit,

14 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 170, ed. chr. 251. – XII Пленум ИККИ, Том III, Moskau 1933, S. 85–118. – Ernst Thälmann: Schlußwort [auf dem XII. EKKI-Plenum]. In: Die Kommunistische Internationale, 1932, H. 17/18, S. 1303–1343.

15 IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 170, ed. chr. 251.

in einer besonderen Rede vor dem Plenum[16] noch einmal das zu erläutern, was in Deutschland vor sich ging. In der Debatte war nicht wenig Kritik daran geübt worden, daß der Einfluß der KPD in den Massen zu langsam wuchs, daß große Teile der Arbeiterklasse noch immer den sozialdemokratischen Führern folgten und daß die KPD in der letzten Zeit keine großen Massenkämpfe hatte auslösen können. Ernst Thälmann empfand diese Kritik als nützlich, als Hilfe bei der Klärung der schweren Probleme, vor denen die KPD stand, vor allem, weil einige Genossen gute Erfahrungen ihrer eigenen Parteien übermitteln konnten.

Die Beratung zeigte, daß die Kommunisten nach Wegen suchten, eine breitere Einheitsfront zu schaffen. In diesem Zusammenhang wurde erneut verlangt, zu den Arbeitern in den sozialdemokratischen Organisationen brüderliche Beziehungen herzustellen. Es ließ sich aber auch nicht übersehen, daß manche Genossen die Entwicklung des revolutionären Kampfes in Deutschland und die Möglichkeiten der KPD überschätzten und annahmen, in Deutschland seien der Zusammenbruch des Kapitalismus und die proletarische Revolution nahe. Das kam in der Auffassung zum Ausdruck, der Faschismus sei nichts weiter als der letzte Schutz der Bourgeoisie vor der Revolution, ebenso in der Vorstellung, das Hauptfeuer müsse jetzt gegen die Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie gerichtet werden, oder in der Meinung, es gelte den Kampf um die Errichtung der Rätemacht zu proklamieren. Hermann Remmele hatte in seinem Diskussionsbeitrag unter dem Vorwand angeblicher Selbstkritik der Thälmannschen Führung der KPD vorgeworfen, ihr fehle eine derartige »perspektivische Einstellung«.[17]

Ernst Thälmann wies Remmeles unverantwortliche Anwürfe zurück. Er untersuchte sachlich die klassenmäßigen Grundlagen und Ziele der Papen-Regierung und warnte davor, sich von der antikommunistischen Politik der rechten sozialdemokratischen Führer verwirren zu lassen und sich über das Tempo des Heranreifens einer revolutionären Situation im Gefolge der Krise des Kapitalismus Illusionen zu machen. Scharf polemisierte er gegen eine abenteuerlich-oberflächliche Einstellung gegenüber der Gefahr, die vom Faschismus ausging.

In diesem Zusammenhang bezeichnete Ernst Thälmann es als notwendig, alte Einschätzungen immer aufs neue an der sich verändernden

16 Vgl. ebenda.

17 Vgl. ebenda. – Vgl. auch den Diskussionsbeitrag Hermann Remmeles in: XII Пленум ИККИ, Том II, Moskau 1933, S. 108–117.

objektiven Situation zu überprüfen. Die faschistischen Methoden von heute seien nicht mehr dieselben wie vor Jahren; und bezüglich Deutschlands müsse man sagen, »daß sich noch niemals eine faschistische Diktatur entfaltete mit einer so großen, neben der SPD stehenden Massenbewegung, wie sie die Nationalsozialistische Partei darstellt ... Solche Tatsachen«, folgerte Ernst Thälmann, »konnten wir z. B. in dem Programm, das auf dem 6. Weltkongreß angenommen wurde, beim Problem des Faschismus noch nicht berücksichtigen. Gerade die neueren Tatsachen, die neueren Entwicklungsbedingungen des Faschismus in Deutschland sind sehr kompliziert«, hob er hervor. »Sowohl die vom XI. Plenum damals zurückgewiesenen Auffassungen einer besonderen ›Offensivtheorie‹, als sei dem Faschismus in Deutschland bereits der Weg versperrt, als auch die später auftauchenden Meinungen, daß der Faschismus bereits gesiegt und die faschistische Diktatur sich voll entfaltet habe, müssen vom XII. Plenum scharf zurückgewiesen werden. Sowohl die Überschätzung wie auch die Unterschätzung des Faschismus führt zu den gefährlichsten Konsequenzen.«

Thälmann verglich die großen Fortschritte, die die KPD bei der Mobilisierung der Massen mit der Antifaschistischen Aktion erzielt hatte, mit den Ergebnissen der Kommunistischen Parteien Polens und der Tschechoslowakei: »Man kann sagen: Die Antifaschistische Aktion war ein schneller und ein großer Erfolg. Aber wenn wir die Erfolge der deutschen Partei gegenüberstellen den Erfolgen, die z. B. die polnische und die tschechische Partei in den Streikkämpfen zu verzeichnen haben, so müssen wir sagen, daß beide, insbesondere unsere polnische Bruderpartei, in der Erfüllung ihrer Aufgaben einen großen Vorsprung vor der deutschen Partei haben.« Er zeigte, daß die KPD aus den Kämpfen der letzten Monate vor allem die Lehre zog, in den Betrieben Aktionen für die Verteidigung der Lebensbedingungen der Arbeiter zu organisieren. Dabei legte Ernst Thälmann den Ton auf das Wort »organisieren«, und er zitierte unter anderem seine Rede auf der Sekretärskonferenz der KPD am 3. August, in der er sich drastisch dagegen ausgesprochen hatte, die Wirkung der Agitation, des bloßen revolutionären Aufrufs zu überschätzen und das mit schiefen historischen Vergleichen zu motivieren: »1918/1919 konnten wir mit Flugblättern Streiks auslösen, aber heute Streiks auslösen zu wollen mit Flugblättern – die Zeit ist vorbei.«

Die Diskussion auf dem EKKI-Plenum half der KPD wesentlich, Schwächen in der Massenarbeit zu erkennen, und bekräftigte Thälmanns

Vorstellungen darüber, wie die KPD ihren Kampf weiterführen mußte. Allerdings beharrte das XII. Plenum noch auf der Auffassung des XI. EKKI-Plenums von 1931, daß die Voraussetzungen einer revolutionären Krise sich rasch entwickeln würden und daß es deshalb vordringlich sei, den Einfluß der sozialdemokratischen Führung zu brechen. Das erschwerte es, das Kräfteverhältnis der Klassen richtig einzuschätzen, und gab keine rechte Anregung für die Lösung des Problems, wie die Einheitsfrontpolitik noch wirkungsvoller angewandt werden konnte.

Auch in den Debatten der XII. Tagung des EKKI spielte der Kampf gegen die Kriegsgefahr eine Rolle. Ernst Thälmann gab wichtige Hinweise für die Bekämpfung der von den Faschisten hochgezüchteten chauvinistischen und militaristischen Stimmungen. Er wandte sich scharf gegen die Forderung der deutschen Imperialisten nach freier Hand zur Aufrüstung und zeigte, daß das Recht auf Waffen wie alle anderen Fragen eine Klassenfrage ist. »Wir müssen darauf hinweisen, daß bei der Entwaffnung der deutschen Bourgeoisie durch das Proletariat im Jahre 1918, bei schonungsloser Durchführung der Diktatur des Proletariats, die sich auf die bewaffnete Arbeiterschaft gestützt hätte, es weder Notverordnungen noch Papen noch Tributschmach gegeben hätte.«

Ernst Thälmann unterstrich, daß die KPD nicht den geringsten Grund hatte zuzulassen, daß die Nazis die gegen den Versailler Raubfrieden gerichteten Stimmungen des Volkes mißbrauchten: »Wir müssen die ganze Partei viel stärker mit dem Bewußtsein erfüllen, daß wir in Deutschland die ersten und einzigen Kämpfer gegen Versailles waren und sind, lange bevor es eine Nazipartei überhaupt gab.« Selbstverständlich führe die KPD den Kampf gegen das System von Versailles nicht aus nationalistischen Beweggründen, sondern als Bestandteil ihres Kampfes gegen den Imperialismus, und zwar vor allem gegen den Feind im eigenen Land. Die Anti-Versailles-Stimmungen im deutschen Volke mußten, zeigte Ernst Thälmann, in ebendiese Richtung gelenkt werden. Damit würden sie zu einer Kraftquelle für eine nationale Politik, die diesen Namen wirklich verdiente, und zugleich werde so der wirksamste Stoß gegen die nationalistische Demagogie der Faschisten geführt: »Es muß uns gelingen«, sagte er, »den Haß der kleinbürgerlichen Massen gegen die Tributmächte in erster Linie auf die eigene Regierung und auf die eigene Bourgeoisie und ihre Helfershelfer zu übertragen und zu erweitern, den Massen die wirklichen Zusammenhänge klarzumachen. Es gilt, den breitesten Massen den engen Zusammenhang zwischen der Gendarmen-

arbeit der eigenen Bourgeoisie in ihrer Durchführung der Ausplünderungspolitik und den Repressalien der Tributmächte aufzuzeigen.«[18]

Hier auf dem Plenum des EKKI wies Ernst Thälmann abermals auf die Notwendigkeit hin, der politischen Arbeit unter der Bevölkerung der Grenzgebiete und unter den Angehörigen der nationalen Minderheiten, so in Deutschland unter den polnischen Arbeitern, mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Er unterbreitete den Vorschlag, zum zehnten Jahrestag der Ruhrbesetzung in Deutschland und in Frankreich eine Kampagne im Zeichen des proletarischen Internationalismus durchzuführen. Ehemalige französische Soldaten und deutsche Arbeiter sollten auf Massenmeetings über die gemeinsamen Kampftraditionen sprechen; Grenzlandkundgebungen sollten organisiert werden; ein gemeinsames Manifest an das deutsche, französische, englische, polnische und belgische Proletariat sollte den Schwur von 1923 zum gemeinsamen Kampf unter der Losung »Der Feind steht im eigenen Land!« erneuern.

Mit vielen neuen Impulsen kehrte Ernst Thälmann in der zweiten Septemberhälfte nach Deutschland zurück. Hier hatten sich die Dinge weiter dramatisch zugespitzt. Am 10. August war von den Nazis ein mit der KPD sympathisierender Landarbeiter in Potempa bei Gleiwitz nachts in seiner Wohnung überfallen und vor den Augen seiner Mutter bestialisch ermordet worden. Da dies nach der Verordnung über die Einsetzung von Sondergerichten geschehen war, drohte den Mördern zum Unterschied von der üblichen Urteilspraxis der bürgerlichen Klassenjustiz die Todesstrafe, obwohl es Faschisten waren. Hitler rechtfertigte öffentlich den Mord und nannte die Täter »meine Kameraden«. Prompt wurden sie zu einer Haftstrafe begnadigt. Wenige Tage nach der scheußlichen Bluttat verhandelten Papen, Schleicher und Hindenburg mit Hitler über die Einbeziehung der Nazis in die Regierung und boten ihm ein Ministeramt an. Allerdings wurde Hitlers Forderung, ihn zum Reichskanzler zu ernennen, noch nicht akzeptiert.[19] Am 4. und 5. September richtete die Papen-Regierung mit neuen Notverordnungen den bisher schwersten Schlag gegen die Lage der Arbeiter.[20]

Bereits durch die Notverordnung vom 14. Juni war die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung auf sechs Wochen beschränkt, und ihre Sätze

18 IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 170, ed. chr. 251.

19 Vgl. Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 1932, Berlin 1933, S. 285. – ZStA Potsdam. Hist. Abt. I, Büro des Reichspräsidenten, Abt. B III, Bd. 46.

20 Vgl. Reichsgesetzblatt, 1932, Teil I, Nr. 57, S. 425–432; Nr. 58, S. 433–435.

waren um fast ein Viertel reduziert worden. Um 15–20 Prozent waren die Wohlfahrtsunterstützung und die Renten der Invaliden und der Witwen und Waisen gesenkt worden.[21] Löhne und Gehälter wurden mit einer zusätzlichen Abgabe belastet und die Befreiung der kleinsten Gewerbetreibenden von der Umsatzsteuer aufgehoben. 200 000 Erwerbslosen entzog man jegliche materielle Hilfe. Im Sommer und im Herbst 1932 registrierten aber die deutschen Arbeitsämter über fünf Millionen Arbeitslose, von denen nur noch ein kleiner Bruchteil Arbeitslosenunterstützung empfing; zwei Millionen weitere Werktätige waren, zum Teil seit Jahren, erwerbslos, ohne überhaupt registriert zu sein. Wer seinen Arbeitsplatz noch behalten hatte, mußte von einem Lohn leben, der um ein Viertel bis ein Drittel niedriger war als zwei Jahre zuvor, häufige Kurzarbeit nicht gerechnet.[22]

Die Verordnungen von Anfang September erlaubten nun den Unternehmern, die Löhne mit einem Schlage um weitere 20 Prozent zu senken, wenn sie behaupteten, die Weiterführung des Betriebes sei sonst gefährdet. Bei Neueinstellung von Arbeitern konnten sie den Tarifstundenlohn für die gesamte Belegschaft für die 31. bis 40. Wochenstunde bis zu 50 Prozent senken. In beiden Fällen brauchten sie den Tarifpartner, die Gewerkschaften, nicht einmal zu fragen. Die Regierung Papen versuchte damit, das Tarifrecht zu zerschlagen und die Belegschaften den Unternehmern völlig auszuliefern. Den Kapitalisten aber wurden Steuergeschenke gewährt.[23]

Am 12. September 1932 war der neugewählte Reichstag zusammengetreten. Zwei Wochen zuvor, am 30. August, hatte dessen Alterspräsidentin, die im 75. Lebensjahre stehende kommunistische Abgeordnete Clara Zetkin, das Parlament eröffnet und in einer leidenschaftlichen Rede das deutsche Volk gemahnt, gegen die faschistische Gefahr zusammenzustehen.[24] Die erste Arbeitssitzung des Reichstages am 12. September begann mit der Abstimmung über einen Mißtrauensantrag der KPD gegen

21 Vgl. ebenda, Nr. 35, S. 273–296.

22 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Jg. 1933, S. 292, 296/297, 299, 301. – Jürgen Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, S. 197, 214.

23 Vgl. Reichsgesetzblatt, 1932, Teil I, Nr. 57, S. 425–432; Nr. 58, S. 433–435. – Erika Kücklich: Streik gegen Notverordnungen! Die betrieblichen Aktionen der Arbeiter unter Führung der KPD gegen die Notverordnungsdiktatur und die staatsmonopolistische Offensive der Regierung Papen (Juni bis Dezember 1932). Phil. Diss., Berlin 1972, S. 62–69.

24 Vgl. Clara Zetkin: Es gilt, den Faschismus niederzuringen! Eröffnungsrede als Alters-

die Papen-Regierung, der mit dem Antrag verbunden war, die Notverordnungen aufzuheben. 512 Abgeordnete stimmten ohne Debatte den Anträgen der Kommunisten zu, nur 42 dagegen. Das war die schwerste parlamentarische Niederlage, die je einer Regierung des Deutschen Reiches bereitet wurde. Der Reichskanzler, entschlossen, das Parlament auszuschalten, war bereits mit der Auflösungsorder des Reichspräsidenten zur Sitzung erschienen. Darin wurde die erneute Auflösung des Reichstages, noch bevor er seine Arbeit aufgenommen hatte, damit begründet, es bestehe die Gefahr, er werde die Zurücknahme der Notverordnungen verlangen, das hieß: sein verfassungsmäßig garantiertes Recht wahrnehmen.[25]

Für die KPD und alle anderen antifaschistischen Kräfte galt es, mit allen außerparlamentarischen Mitteln zu verhindern, daß die Notverordnungen wirksam wurden, und gleichzeitig den erneuten Reichstagswahlkampf zu nutzen, um die Abwehrfront gegen den drohenden Faschismus weiter zu stärken.

Die Schläge Papens trafen die Kommunisten nicht unvorbereitet. Als die Unternehmer Mitte September begannen, Lohnsenkungen vorzunehmen, zeigten sich die Ergebnisse von Thälmanns Bemühen, alle Kräfte der Partei auf die Tätigkeit unter den Arbeitern in den Betrieben und Gewerkschaften zu konzentrieren. Die Arbeiter vieler betroffener Betriebe wehrten sich mit einer im September und Oktober rasch ansteigenden Welle von Streikaktionen. In fast allen Industriezweigen und – im Unterschied zu den Ausständen der vorhergehenden Jahre – in allen Teilen Deutschlands wurde Widerstand geleistet. Es kämpften sowohl Facharbeiter als auch ungelernte Arbeiter, es beteiligten sich Arbeiterinnen und Lehrlinge. Viele der Aktionen gegen die Lohnsenkungen – Streiks, passive Resistenz, Demonstrationen vor den Direktionsgebäuden, Streikdrohungen – fanden allerdings in Mittel- und Kleinbetrieben statt, zumal die großen Konzerne sich bei der Anwendung der Notverordnungen zurückhielten. Die Abwehrmaßnahmen wurden überwiegend nicht von Funktionären der freien Gewerkschaften geführt, sondern von in den Betrieben gewählten Streikleitungen, in denen die Kommunisten

präsidentin des Reichstags. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 413–419.

25 Vgl. Verhandlungen des Reichstags. VI. Wahlperiode 1932, Bd. 454. Stenographische Berichte, Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Sach- und Sprechregister, Berlin 1932.

und andere revolutionäre Gewerkschafter am konsequentesten auftraten.[26] Das bestätigte auch eine Eingabe von Industriellen an den Reichsarbeitsminister vom 13. Oktober, in der das Verbot der RGO gefordert und mit ihrer führenden Rolle in den Arbeitskämpfen gegen die Notverordnungen begründet wurde.

Bei der Rückkehr Ernst Thälmanns vom XII. EKKI-Plenum steckte die Streikwelle noch in ihren Anfängen, und es bedurfte eiliger Anstrengungen, Kommunisten und revolutionäre Gewerkschafter zu noch größerer Aktivität und noch systematischerer Arbeit zu führen. Zum 15. Oktober 1932 wurde eine Parteikonferenz einberufen, die dritte in der Geschichte der KPD. An ihr sollte vor allem ein größerer Kreis jener Funktionäre teilnehmen, die direkt an den Streikkämpfen gegen die Unternehmer und die jüngsten Notverordnungen sowie an der Abwehr der hitlerfaschistischen Terrorbanden beteiligt waren.

Zuvor erstattete Ernst Thälmann an diesem 15. Oktober vor dem Zentralkomitee Bericht. Er ging dabei von der Zuspitzung der Lage in Deutschland aus. »Wir müssen das ungeheuer schnelle Tempo der Faschisierung in Deutschland sehen«, erklärte er, »die Bemühungen der Bourgeoisie, zur offenen faschistischen Diktatur zu kommen, und wir müssen versuchen ..., der gesamten Parteimitgliedschaft den tiefen Ernst der jetzigen Situation zum Bewußtsein zu bringen.«[27]

Ernst Thälmann besaß unerschütterliches Vertrauen in die Kraft seiner Partei, und obwohl er wußte, daß viele Genossen das Äußerste an Einsatzbereitschaft zeigten, mahnte er: Jetzt muß die Partei noch mehr leisten, noch wirkungsvoller ihre richtige Generallinie in die Praxis umsetzen. Die Aufgabe war ungeheuer schwer. Die KPD bekämpfte in Deutschland als einzige organisierte Kraft den Faschismus. Sie allein hatte von Anfang an gegen das Monopolkapital, jene Kraft, die den Faschismus hervorbrachte, gekämpft und setzte diesen Kampf auch jetzt gegen den starken und brutalen Feind fort, obwohl sie keine Unterstützung von anderen organisierten politischen Kräften im Land erhielt; denn die Kapitulanten in den Führungen der SPD und der freien Gewerkschaften legten die Kraft dieser großen Organisationen lahm, und bürgerliche Parteien leisteten erst recht keinen politischen Beitrag zur Abwehr des Faschismus.

Die sozialdemokratischen Führer beharrten darauf, jede Aktions-

26 Vgl. Erika Kücklich: Streik gegen Notverordnungen!, S. 84–126.

27 IML, ZPA, I 2/1/86.

gemeinschaft mit der KPD abzulehnen, und führten Scheingefechte gegen das Papen-Regime: In Leipzig prozessierten die abgesetzten preußischen Minister vor dem Staatsgerichtshof um das Recht, sich weiter Minister zu nennen und Arbeitszimmer in einem Regierungsgebäude benutzen zu dürfen. Die Reichstagsfraktion der SPD gefiel sich darin, von der Papen-Regierung den »Umbau der Wirtschaft« mit staatsmonopolistischen Maßnahmen zu fordern, und nannte das »Sozialisierung«.[28] Ernst Thälmann entlarvte diese Manöver als Irreführung der sozialdemokratischen Arbeiter.

Das Versagen der sozialdemokratischen Führung als antifaschistische Kraft bestätigte, daß man mit antikommunistischen Vorbehalten und mit der Preisgabe eines bürgerlich-demokratischen Rechts nach dem anderen den Faschismus nicht abwehren kann. Ebensowenig war die imperialistische Reaktion mit Appellen an die imperialistische Klassenjustiz und mit Reden über Demokratie und Freiheit aufzuhalten. Mit rein parlamentarischen Mitteln ließ sich nicht einmal der bürgerliche Parlamentarismus gegen die Faschisierungspolitik verteidigen, um so weniger, als die sozialdemokratischen Führer die parlamentarischen Mittel keineswegs ausschöpften und sich der herrschenden Klasse durch die Zurückweisung aller linksstehenden Kräfte fortwährend als Bundesgenossen anboten.

Die Bedingungen dafür, den antifaschistischen Kampf so zu verstärken, wie es die objektive Lage gebot und von der Kommunistischen Partei als notwendig erkannt wurde, waren im Herbst 1932 nicht sehr günstig. Aber die Kraft der KPD war beträchtlich gewachsen, und die Partei war gerade in den vorhergehenden Monaten politisch wesentlich gereift. Sie hatte sich in der Praxis des Klassenkampfes schrittweise von der Richtigkeit der Politik, die Thälmann am konsequentesten verfolgte, überzeugt. In dem geduldigen Ringen Ernst Thälmanns und seiner Kampfgefährten um eine marxistisch-leninistische Politik waren die Fraktionsmacher geschlagen und sektiererische Vorbehalte gegen die nun schon erprobte

28 Vgl. Preußen contra Reich vor dem Staatsgerichtshof. Mit einer Einführung von Arnold Brecht, Berlin 1933. – Denkschrift über die Vorgänge vom 20. Juli 1932. In: Preußischer Staatsrat, Drucksachen 1932/33, Nr. 313. – Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 in der Verfassungsstreitigkeit des Freistaates Preußen usw. gegen das Reich (endgültige Fassung). In: Ebenda, Nr. 315. – Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes für den Umbau der Wirtschaft vom 21. Juni 1932. In: Vorwärts, 23. Juni 1932, Morgenausgabe. – Erika Kücklich: Streik gegen Notverordnungen!, S. 48–62.

antifaschistische Massenpolitik weitgehend ausgeräumt worden. Ernst Thälmann sprach die Erwartung aus, daß sich alle Genossen, die dem abenteuerlichen Kurs Heinz Neumanns gefolgt waren, wieder fest auf den Boden der marxistisch-leninistischen Politik der Partei stellen würden.

Um die Führungstätigkeit der Partei zu verbessern und jene Kampffähigkeit zu gewährleisten, die die angespannte Lage erforderte, wurden weitere Veränderungen im Sekretariat vorgenommen. Hermann Remmele wurde von seinen Pflichten als Sekretariatsmitglied entbunden. An seine Stelle trat der bisherige Kandidat des Sekretariats Walter Ulbricht. Die bisherige Funktion Ulbrichts als Politischer Sekretär der Bezirksorganisation Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark übernahm Wilhelm Florin, der bisherige Vertreter der KPD beim EKKI, der damit zugleich Kandidat des Sekretariats wurde. An Stelle Wilhelm Florins ging Fritz Heckert zum EKKI.

Die Arbeitsteilung im Sekretariat war so, daß Ernst Thälmann die Gesamtleitung hatte, verantwortlich für die Antikriegsarbeit und die Betreuung des illegalen RFB blieb und zusätzlich die Anleitung des KJVD übernahm. John Schehr als Stellvertreter des Parteivorsitzenden zeichnete für die Kontrolle der Abteilungen des Apparates des Zentralkomitees verantwortlich und übernahm einiges aus dem bisherigen Aufgabenbereich Ernst Thälmanns. Walter Ulbricht wurde die Verantwortung für die Verbindung zu den Parteiorganisationen und für die Kontrolle der Beschlußdurchführung im Sekretariat und Politbüro übertragen; er leitete auch die RGO an. Wilhelm Pieck unterstanden die zahlreichen anderen Massenorganisationen und die Parlamentsfraktionen, unterstützt von Walter Ulbricht, zeichnete er auch für die Geschäftsführung und Finanzpolitik verantwortlich. Die »Internationale« wurde dem gesamten Sekretariat unterstellt, Pressedienst und »Rote Fahne« wurden von John Schehr und Ernst Thälmann angeleitet und kontrolliert.[29]

Am Abend des 15. Oktober, nach der Tagung des Zentralkomitees, begann im Gebäude des preußischen Landtages die Reichsparteikonferenz. Wilhelm Pieck begrüßte die 216 direkt aus den Parteizellen delegierten Genossen – darunter 129 Betriebsarbeiter, 10 Landarbeiter, 38 Erwerbslose –, die Bezirkssekretäre und Redakteure, Abteilungsleiter im zentralen Apparat und die übrigen Mitglieder des Zentralkomitees. Er forderte die Genossen auf, sich möglichst unauffällig zu bewegen, um die Aufmerksamkeit der Polizei und der Faschisten nicht auf die Konferenz

29 Vgl. IML, ZPA, I 2/1/86.

zu lenken.[30] Wie fragwürdig die Legalität der Partei schon geworden war, zeigte sich daran, daß Teilnehmer der Konferenz bereits auf dem Wege nach Berlin behindert wurden. So nahm die Polizei in Bergedorf Anton Saefkow und drei andere Delegierte des Bezirks Wasserkante zeitweilig fest und erlaubte ihnen erst nach längerem Protest, mit Ernst Thälmann zu telefonieren, der dann ihre Freilassung durchsetzte.[31]

Die Beratungen der Parteikonferenz dauerten bis zum 18. Oktober. Die Konferenz nahm einen mehrstündigen Bericht Ernst Thälmanns entgegen; er sprach am 15. Oktober abends und am 16. vormittags. Wilhelm Florin informierte über das Referat D. S. Manuilskis auf dem XII. EKKI-Plenum zum sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. In der Diskussion sprachen insgesamt 57 Genossen.[32]

In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Ernst Thälmann die Streikbewegung, die sich seit September entwickelte. Er verlangte, die Arbeit der Betriebszellen der KPD weiter zu verbessern und alle Kraft der Kommunisten und aller anderen Mitglieder der RGO auf die Tätigkeit unter den Arbeitern in den freien und christlichen Gewerkschaften zu konzentrieren, denn »man muß doch immer die enge Verflechtung der ökonomischen und politischen Kämpfe des Proletariats, die Lenin stets betont hat, ins Auge fassen. Und daraus kann man schlußfolgern: Ohne die Erfahrungen einer ganzen Reihe von ökonomischen und politischen Tageskämpfen, Teilstreiks, Massenstreiks bis zum Generalstreik«[33] kann die Arbeiterklasse nicht die Kraft gewinnen, sich schließlich gegen den Imperialismus durchzusetzen. Die Antifaschistische Aktion und die Welle von Streikaktionen gegen die Papen-Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 wertete er als Umsetzung der im Februar vom Zentralkomitee eingeleiteten Taktik zur Führung von Tageskämpfen der Massen. An einzelnen Streikaktionen erläuterte er praktische Erfahrungen, die Solidarität der Erwerbslosen mit den kämpfenden Arbeitern in den Betrieben sowie Vorzüge und Schwächen der Vorbereitung und Führung dieser Ausstände.

Schon auf der Tagung des Zentralkomitees hatte Ernst Thälmann

30 Vgl. ebenda, 1/18/38.

31 Nach einer Mitteilung von Walter Hochmuth an das Autorenkollektiv.

32 Vgl. IML, ZPA, 1/18/38; 1/18/39.

33 Ernst Thälmann: Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort auf der Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932. Die politische Resolution der Parteikonferenz, (Berlin) o. J., S. 20.

darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiter über die Hälfte der wirtschaftlichen Kämpfe seit September 1932 erfolgreich beenden konnten. Dieses sehr positive Resultat, das zudem auf dem Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise erzielt wurde, als nahezu jeder zweite Arbeiter erwerbslos war, war in den Ausständen der vorhergehenden Jahre von der deutschen Arbeiterklasse nicht erreicht worden. Thälmann kam zu dem Schluß, daß sich im Ergebnis der systematischen Arbeit der KPD in den Betrieben die Arbeiterklasse wieder ihrer gewaltigen Kraft bewußt geworden sei. Die Streikbewegung widerlegte die reformistische These, wonach in der Krise keine Streiks geführt werden können. Ein nicht geringer Teil der Arbeiterklasse eignete sich die Erfahrung an, daß Erfolge nur durch Kampf zu erringen sind.

Aber auch bei den Streiks im Herbst 1932 setzten die rechten Gewerkschaftsführer ihre Politik des Abwiegelns und des Abbruchs von Kämpfen im Einvernehmen mit den Unternehmern fort. Allerdings zwang sie der Kampfwille der Gewerkschaftsmitglieder jetzt schon zeitweilig dazu, Streiks zu dulden. Darum sei es so notwendig, erklärte Thälmann eindringlich, daß sich die Kommunisten in den Gewerkschaftsverbänden betätigen, gewerkschaftliche Wahlfunktionen übernehmen, tagtäglich konsequente Gewerkschaftsarbeit leisten. Er unterstrich erneut: Die Kommunisten, besonders die revolutionären Gewerkschafter, müssen den Mitgliedern der freien und der christlichen Gewerkschaften jeden Tag durch die Tat beweisen, daß sie die Forderungen der Arbeiter besser vertreten, als es die rechten Gewerkschaftsführer tun. Ernst Thälmann verlangte damit, den fehlerhaften Kurs, Gewerkschaftsarbeit gewissermaßen von außen zu leisten, von besonderen revolutionären Verbänden aus, konsequent zu überwinden. Er vertrat auch in dieser Phase des Kampfes unbeirrt die von ihm 1925 auf dem 10. Parteitag der KPD dargelegten Prinzipien marxistisch-leninistischer Gewerkschaftspolitik, die von den Erfahrungen der Partei stets bestätigt worden waren.

Neben diesen Problemen, auf denen das Schwergewicht lag, behandelte Ernst Thälmann in seinem Bericht auch andere Fragen des Kampfes gegen die faschistische Gefahr, insbesondere gegen die Nazis, so die Einheitsfrontpolitik und die Lage in der Sozialdemokratie.

In der Diskussion schilderten zahlreiche Delegierte aus den Betrieben und von den Stempelstellen ihre Erfahrungen aus den jüngsten Streikkämpfen. Sie bestätigten die Zweckmäßigkeit der Politik, die unter Ernst Thälmanns Führung entwickelt worden war. Die Auffassungen Heinz

Neumanns und sein fraktionelles Vorgehen wurden verurteilt, so unter anderen von den Sprechern der Delegationen aus den Bezirken Baden-Pfalz, Halle-Merseburg, Magdeburg, Großthüringen und Wasserkante sowie von führenden Genossen wie Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Wilhelm Pieck, Ernst Schneller, Fritz Selbmann und Walter Ulbricht.[34]

Die 3. Parteikonferenz dokumentierte das Bekenntnis der Partei zu Ernst Thälmann und seiner marxistisch-leninistischen Politik. Zum Abschluß der Konferenz wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es hieß:

»Die Parteikonferenz... bringt die tiefe Verbundenheit und das unerschütterliche Vertrauen der gesamten Parteimitgliedschaft und darüber hinaus der revolutionären Arbeitermassen Deutschlands zum Zentralkomitee der KPD unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann zum Ausdruck.

Die Geschichte unserer Partei, ihre Vorwärtsentwicklung zu einer bolschewistischen Kampfpartei, ist aufs engste verbunden mit der rastlosen theoretischen und praktischen Arbeit des Genossen Thälmann.«

In dieser von Max Opitz namens der Delegation des Ruhrgebiets eingebrachten Entschließung wurden Ernst Thälmanns Verdienste um die Entwicklung der KPD »zu einer revolutionären Kampfpartei nach dem heroischen Beispiel und leuchtenden Vorbild der Partei Lenins« gewürdigt; es wurde festgestellt: »Die Parteikonferenz spricht im Namen der gesamten Partei die tiefe Genugtuung aller Kommunisten darüber aus, daß unsere Partei... stolz sein kann auf ihre Führung, auf das ZK, an dessen Spitze ein revolutionärer Arbeiter steht, der allen klassenbewußten Arbeitern ein Vorbild ist.«[35]

Die Parteikonferenz schätzte ein, daß die Partei auf dem von Ernst Thälmann hartnäckig und systematisch verfolgten Weg im antifaschistischen Kampf wieder einen Schritt weiter vorangekommen war. Nach den Fortschritten bei der allgemeinen Mobilisierung der Massen und bei der Verbreitung des Gedankens der Einheitsfront, nach den Erfolgen im wehrhaften Massenkampf gegen die faschistischen Terroristen zeigten sich nun auch deutlich bessere Ergebnisse bei der Entfaltung und Führung ökonomischer Kämpfe. Der umfassende Erfahrungsaustausch mit Genossen aus den Grundorganisationen der Partei auf der Reichskonferenz verdeutlichte auch, wie sich unter Ernst Thälmanns Leitung die Kollektivität der Partei und ihrer Führungsorgane weiterentwickelte, daß es gelang, Erfahrungen schneller zu verallgemeinern, daß die Leninschen Normen des Parteilebens immer besser durchgesetzt wurden.

34 Vgl. IML, ZPA, 1/18/39. – Die Partei ruft zum Kampf! Reichsparteikonferenz im Zeichen des revolutionären Aufschwungs und der wachsenden Bolschewisierung der Partei. In: Die Rote Fahne, 22. Oktober 1932.

35 Mitteilungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, Oktober 1932, S. 5, 6.

Den Zusammenschluß der Kräfte der Partei um ihr Zentralkomitee, um ihren Vorsitzenden und den Willen, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um weitere Erfolge im Kampf gegen die faschistische Gefahr zu erringen, bekräftigten die Bezirksleitungen auf ihren ersten Sitzungen nach der Parteikonferenz. Sie bekannten sich zu jener Politik, die Ernst Thälmann verfocht und auf der Parteikonferenz erneut dargelegt hatte.[36]

Das Sekretariat des Zentralkomitees beschloß am 24. Oktober ein umfangreiches Programm zur Propagierung der Beschlüsse der Parteikonferenz. Der Plan sah Veröffentlichungen, erläuternde Artikel, die Ausarbeitung organisatorischer Ratschläge, Beratungen mit den Leitungen der Massenorganisationen und dergleichen vor. Einige der engsten Mitarbeiter der Parteiführung, so Theodor Neubauer, August Creutzburg, Franz Dahlem und Fred Oelßner, erhielten Aufträge, Materialien vorzubereiten und Artikel und Broschüren zu schreiben.[37]

Unmittelbar danach brach Ernst Thälmann zu einer neuen Wahlkampfreise auf. Die Neuwahl des Reichstages war für den 6. November 1932 angesetzt. Auf der 3. Parteikonferenz der KPD hatte Ernst Thälmann auch die Aufgabe gestellt, gemeinsame Aktionen mit den Arbeitern Frankreichs, Polens und anderer Länder durchzuführen, und die auf dem XII. EKKI-Plenum von ihm vorgeschlagene und mit den Bruderparteien vereinbarte gemeinsame Kampagne erläutert. Er ging davon aus, daß die Fortschritte der antifaschistischen Massenbewegung und das sich abzeichnende Stagnieren des Einflusses der Nazis günstigere Bedingungen schufen, nunmehr noch intensiver und wirkungsvoller den proletarischen Internationalismus zu propagieren und eine Bewegung der antifaschistischen Solidarität und Kampfgemeinschaft über die Grenzen hinweg zu entfalten. Gleichzeitig berücksichtigte er, daß es gerade jetzt gefährlicher denn je war, den Chauvinismus um sich greifen zu lassen, weil die Kriegsgefahr zunahm. Er bedachte auch, daß die inzwischen herange-

36 Vgl. Die Rote Fahne, 25. Oktober 1932. – Freiheit, (Düsseldorf), 23./24. Oktober 1932. – Ruhr-Echo, 28. Oktober 1932.

37 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.

wachsene Generation den Krieg nicht mehr selber kennengelernt hatte und deshalb leichter den chauvinistischen und militaristischen Phrasen der Faschisten zum Opfer fallen konnte. In seinem Schlußwort auf der Parteikonferenz hatte er festgestellt: »Die Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen Deutschland und Polen bekommt einen ernsthaften Charakter. Der deutsche Imperialismus betreibt eine Abenteurerpolitik gegenüber den Mächten des Versailler Systems. Wir müssen sehen, daß sich mit dieser Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie, mit dem wachsenden Kontrast zwischen den Rüstungsausgaben und der großen, gewaltigen Not, ähnlich wie bei der Panzerkreuzerfrage breitere Antikriegsstimmungen in den Massen bemerkbar machen«, wie es in Frankreich schon der Fall sei. Das habe neue Bedingungen für einen entschiedenen Kampf gegen die Kriegsgefahr geschaffen: »Wir können zum offensiven Frontalangriff gegen Chauvinismus und Nationalismus übergehen. Wir können und wir müssen stärker die Frage unseres revolutionären Internationalismus in den Vordergrund stellen.«[38]

Daher intensivierte die KPD im Herbst 1932 den Kampf gegen Kriegsgefahr und Chauvinismus. Ernst Thälmann entwickelte im Oktober und November ein entsprechendes Programm.[39] Im Zeichen des proletarischen Internationalismus und des internationalen Kampfes der Kommunisten gegen die Kriegsgefahr stand insbesondere die Wahlkampagne für die Reichstagswahlen. Hierbei wurde die internationale Solidarität der Arbeiterklasse gegen den Chauvinismus und die nationale Demagogie der Faschisten besonders betont. Die Wahlveranstaltungen Ernst Thälmanns waren ganz auf dieses Thema abgestimmt. Am 25. Oktober fanden die ersten beiden großen Thälmann-Kundgebungen zur neuen Reichstagswahl statt, eine um 18 Uhr in Essen, die andere zwei Stunden später in Dortmund. Auf diesen Großveranstaltungen verkündete Ernst Thälmann vor 65 000 Teilnehmern eine gemeinsame Proklamation der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs gegen den Versailler Vertrag. Darin wurden die Werktätigen beider Länder aufgefordert, der chauvinistischen Hetze ihre Solidarität in gemeinsamen Kampfaktionen entgegenzustellen. Dann verlas er einen Antrag, alle Tributzahlungen einzustellen, den die KPD im Reichstag einbringen wollte.[40] Einen

38 Ernst Thälmann: Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, S. 34.
39 Vgl. IML, ZPA, 3/1/327; 3/19/315; 3/1/314.
40 Vgl. Die Rote Fahne, 26. Oktober 1932. – Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahl-

entsprechenden Antrag stellte zugleich die FKP in der französischen Deputiertenkammer.

Thälmanns Absicht, die Kampfgemeinschaft zwischen den deutschen und den französischen Arbeitern durch einen Besuch in Frankreich zu demonstrieren, suchten die Behörden zu vereiteln. Das französische Visum wurde ihm verweigert.[41] Aber die proletarische Solidarität war stärker. Am 27. Oktober sprach Ernst Thälmann in Düsseldorf, am Sonntag, dem 30. Oktober, in München. Seit Tagen lud die kommunistische Presse zu einer Thälmann-Kundgebung im Berliner Sportpalast ein, der von der KPD für den darauffolgenden Dienstag, den 1. November, gemietet war.[42] Der Terminplan des Spitzenkandidaten der KPD schien ausgefüllt. Diesen Eindruck nutzte Ernst Thälmann und nahm nicht den direkten Weg von München nach Berlin, sondern fuhr illegal über Paris. Er traf am 31. Oktober mit seinem Begleiter[43] in der französischen Hauptstadt ein.

Thälmanns Aufenthalt in Paris, der Stadt reicher revolutionärer Traditionen und einer kämpferischen, klassenbewußten Arbeiterschaft, der Stadt der Kommune von 1871, war von der französischen Bruderpartei gut gesichert. Ernst Thälmann wurde zu einem illegalen Quartier in Ivry gebracht, dem kleinen Hôtel de l'Avenir in der Avenue de Verdun, dessen Besitzer der mit Maurice Thorez befreundete Genosse Marquès war. Hier hielt sich Ernst Thälmann den Nachmittag über auf. Er hatte ein langes Gespräch mit Maurice Thorez. Mit dem vierzehn Jahre Jüngeren war er durch die gemeinsame Arbeit im EKKI freundschaftlich verbunden. Die beiden Parteiführer sprachen über das bevorstehende Meeting und berieten über den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus. Bevor sie abends das Haus verließen, prüfte Genosse Marquès auf der Straße, ob die Luft rein war.[44] Dann fuhr sie Henri Fontaine, ein

periode 1932, Bd. 455. Stenographische Berichte, Anlagen Nr. 1–230 zu den Stenographischen Berichten, Berlin 1933, Anlage Nr. 51.
41 Vgl. Ernst Thälmann/Maurice Thorez: Paris – Berlin. Unser Kampf gegen den imperialistischen Krieg, gegen Versailles. Für die soziale und nationale Befreiung, (Berlin) o. J.
42 Vgl. Ruhr-Echo, 28. Oktober 1932. – HVZ, 31. Oktober 1932. – Ruhr-Echo, 2. November 1932. – Die Rote Fahne, 26., 30. Oktober, 1. November 1932.
43 Der Name des deutschen Begleiters ist nicht bekannt. Er war nach Aussage von Vital Marquès »eine intellektuelle Figur, dunkles, fast schwarzes Haar, der unwahrscheinlich viel und schnell sprach«, möglicherweise also Werner Hirsch.
44 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1. – Vital Marquès ist der Sohn des damaligen Besitzers des Hôtel de l'Avenir in Ivry-sur-Seine.

Kraftfahrer des Zentralkomitees der FKP, ins 10. Arrondissement, in die Nähe des Place de la République.

Dorthin, in das alte Ballhaus Salle Bullier, eine traditionelle Kundgebungsstätte der Pariser Arbeiterbewegung, hatte das Zentralkomitee der FKP zu einem Meeting anläßlich des 15. Jahrestages der Oktoberrevolution eingeladen. Maurice Thorez wies Henri Fontaine an, so zu fahren, daß der Wagen erst unmittelbar zu Beginn der Kundgebung am Salle Bullier eintraf.[45] Als der Saal gefüllt war, eröffnete der Mitbegründer der FKP und langjährige Vorsitzende ihrer Fraktion in der Kammer, Marcel Cachin, die Veranstaltung und ließ die Türen schließen. Das Licht erlosch für kurze Zeit, und als es wieder hell war, stand auf der Bühne der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann. Ein Sturm der Begeisterung brach los, als Maurice Thorez den Repräsentanten der revolutionären deutschen Arbeiter vorstellte; der Kampfruf »Front Rouge!« begrüßte Ernst Thälmann.[46]

In seiner kurzen Ansprache, die von Maurice Thorez übersetzt wurde, erklärte Ernst Thälmann, er sei gekommen, um hier in Paris, »in der Stadt von Jean Jaurès, Zeugnis abzulegen für den proletarischen Internationalismus, für die unverbrüchliche Solidarität und die enge, brüderliche, kameradschaftliche Verbundenheit der deutschen und französischen Arbeiter in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter im eigenen Lande, gegen die deutsche und französische Bourgeoisie, für die Arbeitermacht und den Sozialismus!«[47] Er verurteilte die Revanchehetze des deutschen Imperialismus und rief zum gemeinsamen Kampf gegen den Versailler Raubfrieden. Maurice Thorez antwortete auf die Rede Ernst Thälmanns, klagte die Imperialisten Frankreichs und Deutschlands an, die Völker gegeneinander zu hetzen, und bekräftigte das Zusammenstehen der Arbeiter beider Länder gegen Versailles, für den Frieden und den Sozialismus.

Nach dem Meeting begab sich Ernst Thälmann in ein anderes illegales Quartier in der Rue de Crimée im 19. Arrondissement. Von dort begleiteten ihn Victor Berlioz und ein zweiter französischer Genosse im Wagen Henri Fontaines nach Saarbrücken, wohin man dank den französischen Kennzeichen des Wagens damals von Paris aus ohne Kontrolle

45 Vgl. ebenda.

46 Vgl. HVZ, 2. November 1932. – L'Humanité, 1. November 1932.

47 Ernst Thälmann: Krieg dem imperialistischen Kriege! Nieder mit Versailles! [Aus der Rede in Paris am 31. Oktober 1932.] In: Geschichte und Politik, S. 202/203.

gelangte. Die Fahrt ging »vorbei an Zehntausenden von Kriegsgräbern aus der Zeit des Weltkriegsgemetzels von 1914–1918«[48]; Ernst Thälmann, der selbst an dieser Front gelegen hatte, war tief berührt. Morgens wurde in Chalons-sur-Marne in einem Bistro schnell etwas gegessen. In Saarbrükken übernahmen dann Genossen der KPD das weitere Geleit für Ernst Thälmann über die Grenzen des Saargebiets nach Deutschland hinein.[49]

Das Sekretariat des ZK der KPD wies noch am 31. Oktober durch Rundschreiben alle Bezirksleitungen und Redaktionen an, das überraschende Auftreten Ernst Thälmanns in Paris sofort zu einem massiven agitatorischen Schlag gegen den Faschismus auszunutzen. Es gab die Losung heraus: »Die letzten Tage vor der Wahl müssen im Zeichen des kämpfenden proletarischen Internationalismus stehen.«[50]

Am Abend des 1. November wurde Ernst Thälmann im Berliner Sportpalast von den Teilnehmern der Kundgebung mit besonderer Begeisterung empfangen. Thälmann begann seine Rede mit einem Gruß der revolutionären Arbeiter Frankreichs: »Im Namen der großen revolutionären Massenkundgebung des Pariser Proletariats, im Namen der revolutionären Arbeiterschaft Frankreichs, im Namen ihrer Führerin, der KPF, überbringe ich euch hiermit die besten revolutionären Kampfesgrüße.« Und unter stürmischem Beifall und Bravorufen erklärte er: »Wir werden noch kühner, noch mutiger unseren kämpfenden Kameraden in Frankreich über die Grenzpfähle hinweg in brüderlicher Solidarität zum Kampfbündnis gegen die Kriegsverbrecher und ihre Helfershelfer die Hand reichen.«[51]

In seiner Rede konzentrierte sich Ernst Thälmann auf die Polemik gegen Chauvinismus und Nationalismus. Er rief dazu auf, bei den Wahlen der KPD die Stimme zu geben, der einzigen Partei, die für die nationale Freiheit des deutschen Volkes kämpfe und den Weg dazu weise: Befreiung von der Ausbeuterherrschaft, soziale Befreiung. Er entlarvte die nationalistische Hetze und Demagogie der Nazis, wandte sich aber auch an die Adresse solcher sozialdemokratischen Führer wie Otto Wels, der in seinen Wahlreden den Nazischreiern gegenüber auch für die SPD

48 Ernst Thälmann: Internationalismus der Tat. In: Über proletarischen Internationalismus, S. 182.

49 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1.

50 Ebenda, 3/19/318.

51 Ernst Thälmann: Internationalismus der Tat. In: Über proletarischen Internationalismus, S. 174, 175.

»Vaterlandsliebe« in Anspruch genommen, diese aber in nationalistischer Manier als die Bereitschaft interpretiert hatte, das imperialistische Deutschland militärisch zu verteidigen.[52] Ernst Thälmann erklärte: »Das ist die Fratze von 1914. – Ich stelle aber zugleich die Frage: Kann das ein Vaterland sein, wenn in Deutschland wenige Kapitalisten Millionen Arbeiter und Werktätige unterdrücken, knebeln und ausbeuten? Kann das ein Vaterland sein, wenn Tausende von Technikern, Ingenieuren und anderen Intellektuellen arbeitslos mit der Millionenmasse der Proletarier auf der Straße liegen?... Aber wir Kommunisten wissen: Millionen jetzt noch ›Vaterlandstreuer‹ werden sich unserem revolutionären Kampf anschließen, unserem Kampf für die Freiheit, für ein wirkliches und sozialistisches Vaterland, in dem es weder Tributschmach noch Ausbeutung geben wird!«[53]

Ernst Thälmann erinnerte daran, wie Lenin und die Bolschewiki den Weg zu einem gerechten Frieden gewiesen und den Zusammenhang von nationaler Freiheit, Sicherung des Friedens und Kampf der Arbeiterklasse für den Sturz des Imperialismus herausgearbeitet hatten. Es dürfe sich nie wiederholen, daß die Jugend der Völker gegeneinander in den Krieg und in den Tod gehetzt werde. Die Jugend und die schöpferischen Kräfte der Arbeiter und Bauern Deutschlands und Frankreichs überhaupt seien ebenso wie in der Sowjetunion dazu berufen, den Sozialismus aufzubauen. Deshalb proklamierten die Kommunisten die tiefe internationale Verbundenheit der Werktätigen gegen Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegshetzer.

Ebenso wie am 1. November im Berliner Sportpalast rief Ernst Thälmann am 3. in Hamburg bei Sagebiel und in den Sälen am Zoo und am 5. in den Altonaer Ausstellungshallen dazu auf, sich fest gegen Faschismus und internationalen Imperialismus zusammenzuschließen.[54] Auch auf Hunderten anderer Wahlveranstaltungen bekundeten revolutionäre Arbeiter ihre Zustimmung zu Ernst Thälmanns Auftreten in Paris.

52 Vgl. Vorwärts, 24. Oktober 1932, Abendausgabe, 25. Oktober 1932, Abendausgabe.
53 Ernst Thälmann: Internationalismus der Tat. In: Über proletarischen Internationalismus, S. 179.
54 Vgl. HVZ, 4., 7. November 1932.

12

Wir läuten die Sturmglocken zum Kampf für die Lebensforderungen der Millionen

Die Politik, die Ernst Thälmann so unbeirrt in der KPD durchgesetzt hatte und für deren Verwirklichung im Kampf gegen das Monopolkapital und dessen Faschisierungspolitik er so unermüdlich tätig war, führte im November 1932 zu weiteren sichtbaren Erfolgen. Vom 3. bis 7. November streikten die Arbeiter der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG). Mit diesem Arbeitskampf erreichte die Streikwelle ihren Höhepunkt. Der BVG-Streik legte, obwohl die Polizei die Streikposten angriff und tausend Arbeiter verhaftete, so daß die gewählte Streikleitung gezwungen war, illegal zu arbeiten, sowie trotz des organisierten Streikbruchs, tagelang den Verkehr in der Hauptstadt nahezu vollständig lahm. Die Wucht des einheitlich geführten Kampfes war so stark, daß sich sogar die Nazis für den Streik erklären mußten.

Der BVG-Streik blieb zwar ohne materiellen Erfolg, er bewies aber, daß die Arbeiter imstande waren, bei guter Vorbereitung durch die KPD und die RGO auch gegen den Willen der rechten Gewerkschaftsführer einen Massenstreik zu führen. Der Papen-Regierung wurde durch den BVG-Streik eine schwere politische Niederlage zugefügt. Ernst Thälmann selbst war während der Streiktage wegen des Wahlkampfes nicht in Berlin; der Streik aber war ein Erfolg der von ihm immer wieder empfohlenen Kampftaktik: der langen und gründlichen Vorbereitung des Arbeitskampfes in den Dienststellen der BVG und in den BVG-Siedlungen, der Herstellung einer breiten Einheitsfront in der Belegschaft, der Einbeziehung der Frauen der BVG-Arbeiter.[1]

Noch während des BVG-Streiks wurde am 6. November der neue Reichstag gewählt. Ernst Thälmann war von der Altonaer Kundgebung, die bis in die späten Abendstunden vor dem Wahlsonntag gedauert hatte, unmittelbar nach Hause gekommen. Trotz der sich in den letzten Tagen jagenden Versammlungstermine hatte er Zeit gefunden, ein Geburtstags-

1 Vgl. Erika Kücklich: Streik gegen Notverordnungen!, S. 192–211.

geschenk für seine Tochter zu besorgen, die am Wahltage 13 Jahre alt wurde. Ernst Thälmann wußte, daß Irma an einem Fotozirkel teilnahm, den ein fortschrittlicher Lehrer an ihrer Schule eingerichtet hatte. Nun überraschte er sie mit einem kleinen Fotoapparat, den er gebraucht erwerben konnte, und erfüllte damit seiner Tochter einen lange gehegten Wunsch.[2]

Bei den zweiten Reichstagswahlen in diesem Jahre erhielt die Reaktion einen weiteren schweren Schlag. Die KPD gewann im Vergleich zu den Wahlen vom 31. Juli erneut 600000 Stimmen. Sie wurde von 5980200 Wählern unterstützt, bekam also fast 17 Prozent aller Stimmen, und zog mit 100 Abgeordneten in den Reichstag ein. Die Nazis hingegen verloren zwei Millionen Wähler. Auch die SPD hatte erhebliche Stimmenverluste zu registrieren. Das Wahlergebnis signalisierte, daß sich ein Umschwung im politischen Kräfteverhältnis anbahnte, den die konsequent antifaschistische Politik der KPD bewirkte. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen, die in den folgenden vier Wochen in Lübeck, Sachsen und Thüringen stattfanden, bestätigten die Tendenz, daß die revolutionären Kräfte kontinuierlich weiter erstarkten, während der Einfluß der NSDAP zurückging.

Am Donnerstag nach den Reichstagswahlen, am 10. November, trat der Parteiausschuß der SPD zusammen. Die rechte Führung der Sozialdemokratie zeigte sich über das Wahlergebnis äußerst beunruhigt. Den stärksten Grund zum Nachdenken fand sie im Anwachsen der kommunistischen Stimmen. Man müsse sich allen Ernstes fragen, wie ein weiteres Anwachsen des Einflusses der Kommunisten unter den Massen verhindert werden könne. Rudolf Hilferding sprach von einer rücksichtslosen »prinzipiellen Stellungnahme gegen den Kommunismus«; Mathilde Wurm war verärgert, daß bei den »Genossen im Lande draußen« der »Wunsch nach einer Einheitsfront sehr lebhaft ist«, und faßte ihre Meinung in die Worte: »Kampf gegen die Kommunisten!« Der Parteivorsitzende Otto Wels gab ebenfalls diese Losung aus.[3] Diese Gedanken bestimmten die gesamte Beratung. Die Frage, was gegen die Faschisten zu tun sei, wurde darüber offenbar »vergessen«. Die Parteinahme für den bürgerlichen Staat und die Furcht, ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zu

2 Nach einer Mitteilung von Irma Gabel-Thälmann an das Autorenkollektiv.

3 Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg (1975) (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 4), S. 39, 44.

verlieren und damit für die Bourgeoisie uninteressant zu werden, waren für die rechten sozialdemokratischen Führer so schwerwiegende Beweggründe, daß sie auch jetzt, als die Weimarer Republik in den letzten Zügen lag, mit aller Macht nicht etwa gegen den Faschismus Front machten, sondern vielmehr die entschiedenste antifaschistische Kraft, die Kommunistische Partei, bekämpften. Der Antikommunismus der rechten sozialdemokratischen Führer erschwerte das Ringen der KPD um eine breite antifaschistische Abwehrfront außerordentlich. Er erwies sich als das entscheidende Hindernis, um die faschistischen Pläne zu vereiteln.

Als Ernst Thälmann vom Wahlkampf nach Berlin zurückkehrte, stand die weitere Auswertung der Parteikonferenz im Kommunistischen Jugendverband sowie auf mehreren Bezirksparteitagen bevor. Es mußte versucht werden, die Streikwelle weiterzuführen und gleichzeitig einen Massenkampf für die Lebensrechte der Ärmsten, der Arbeitslosen und ihrer Familien, zu entfachen; die nächsten Schritte der Kampagne gegen den Chauvinismus und Militarismus waren einzuleiten; und es zeichnete sich in diesen Tagen eine Krise der Regierung Papen ab, auf die die KPD rechtzeitig reagieren mußte. Über all diese Fragen wurde am 11. November im Sekretariat des ZK gesprochen, in der ersten Sitzung, an der Ernst Thälmann nach den Wahlen teilnahm.[4]

Besonders wichtig war die Auswertung des XII. EKKI-Plenums und der 3. Parteikonferenz für den Jugendverband.[5] Deshalb war festgelegt worden, daß Ernst Thälmann selbst vor dem Zentralkomitee des KJVD zu den Schlußfolgerungen aus den beiden Tagungen sprechen sollte. Diese Sitzung des ZK des KJVD fand am 14. und 15. November in Prieros bei Berlin statt. Ernst Thälmann sprach am zweiten Tag in der Diskussion zu dem Referat Fritz Großes.

Schon Ende Oktober war es auf der Grundlage der Ergebnisse der Parteikonferenz in einer Sitzung des Büros des ZK des KJVD gelungen, die sektiererischen Kräfte, die in der Leitung des Jugendverbandes zeitweilig ihre falsche Linie hatten verfolgen können, zu schlagen. Mit dieser Beratung der Verbandsführung wurde eine Entwicklung beendet, die den KJVD in die Sackgasse selbstgefälligen Sektierertums hineinzusteuern drohte. Es war eine neue Führung gebildet worden, die den KJVD auf die Thälmannsche Politik der praktischen Arbeit unter den Massen der

4 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.

5 Vgl. Ernst Thälmann: Arbeitende Jugend im Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, S. 3, 14, 16.

Jugend orientierte. Vorsitzender des Verbandes war nun Fritz Große; als Vertreter des KJVD wurde Artur Becker zum EKKJI delegiert.[6]

Das Referat des Parteivorsitzenden auf der Prieroser Tagung der Leitung des KJVD half den Jugendfunktionären, viele wichtige theoretische und methodische Fragen der revolutionären politischen Arbeit der Kommunisten besser zu verstehen. Ernst Thälmann verlangte von den Genossen im Jugendverband, besonders von dessen führenden Funktionären, sich ein solides theoretisches und politisches Wissen anzueignen und die Fähigkeit zu erwerben, die Jugend wirklich zu führen.

Das Referat zeigte die Sorge und das Bemühen Ernst Thälmanns, die Jugend Deutschlands vor dem Geschick zu bewahren, das ihr Monopolherren und Militaristen sowie ihre faschistischen Handlanger zugedacht hatten: Kanonenfutter für einen neuen Versuch zu werden, dem deutschen Imperialismus die Weltherrschaft zu erobern. Daher setzte sich Ernst Thälmann besonders nachdrücklich dafür ein, die heranwachsende Generation dem Einfluß der faschistischen Demagogie zu entziehen.

Er unterbreitete in seiner Rede viele Vorschläge zu dem Problem, dem er die größte Aufmerksamkeit einräumte, zur engen Verbindung des KJVD mit der Arbeiterjugend. Er mahnte aber, auch die Landjugend und die studierende Jugend nicht zu vergessen. Seine Hinweise bezogen sich auf die Arbeit unter den Kindern der Werktätigen, in den Berufsschulen, unter den Lehrlingen, in den Jugendsektionen der Gewerkschaften und auf viele andere Seiten der Jugendarbeit. Es sei notwendig, jugendgemäßere Methoden der politischen Arbeit zu suchen – bis hin zum Sport oder zur Geländeübung –, die richtige Sprache den Jugendlichen gegenüber zu finden, eine revolutionäre Romantik zu pflegen, mehr Kameradschaftlichkeit zu entwickeln.

Dazu äußerte Ernst Thälmann Gedanken von grundsätzlicher Bedeutung: Die Massen gewinnen und zum Kampf führen, das »kann man nicht mit einem Schema und nicht nur mit einer richtigen Generallinie, sondern das ist die Frage, die richtige psychologische Methode anzuwenden, die Massen psychologisch zu verstehen«. Nur wenn wir die Massen kennen und diejenigen nächsten Teilziele aufstellen, die ihnen verständlich sind, kann man sie an die großen revolutionären Aufgaben heranführen, erklärte Ernst Thälmann. Er fuhr fort, »die Teilkämpfe sind der unbedingte Schlüssel für die weiteren revolutionären Aufgaben ... Ihr könnt die Jugend nicht heranführen an die Endschlacht, ohne sie zu

6 Vgl. IML, ZPA, 65/1/974.

Postkarte der KPD
zur Reichspräsidentenwahl 1932

ERNST THÄLMANN

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

WAS WILL DIE ANTIFASCHISTISCHE AKTION?

Preis 5 Pf.

Broschüre mit dem Wortlaut der Unterredung Ernst Thälmanns
mit Funktionären der SPD,
der freien Gewerkschaften und des Reichsbanners in Berlin
am 8. Juli 1932

Das Karl-Liebknecht-Haus im Sommer 1932

Reichseinheitskongreß der Antifaschistischen Aktion
am 10. Juli 1932
in der Philharmonie in Berlin

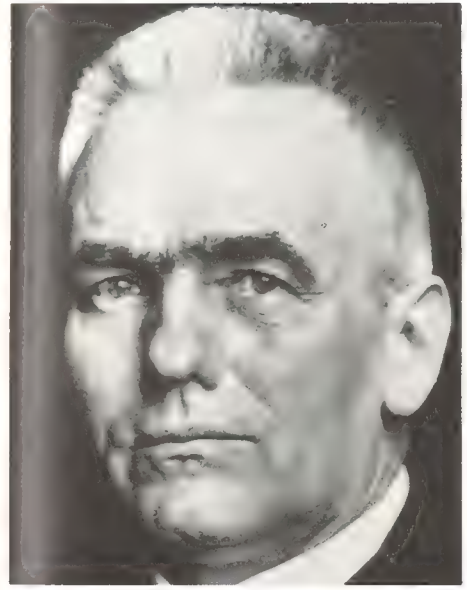
Ernst Thälmann auf einer Kundgebung
der Antifaschistischen Aktion am 28. Juli 1932
im Neuköllner Stadion in Berlin

Ernst Thälmann

John Schehr

Walter Ulbricht

Das Sekretariat des Zentralkomitees der KPD, Oktober 1932



Wilhelm Pieck

Wilhelm Florin

Ernst Thälmann
auf der Kundgebung im Salle Bullier in Paris
am 31. Oktober 1932

mutigen Kämpfern zu erziehen, ohne sie durch die Teilkämpfe für höhere Aufgaben zu mobilisieren.« Das sei in Anbetracht der Neigung der Jugend zum Avantgardismus vielleicht nicht ganz einfach zu verstehen, aber nichtsdestoweniger richtig. Und es sei eine Lebensfrage für die revolutionäre Bewegung, denn diese könne auf die Dauer nur erfolgreich sein, wenn die revolutionäre Partei die Jugend für sich gewinnt: »Eine Revolution ohne Jugend ist nur eine halbe Revolution, kann keine siegreiche Revolution sein«, rief Ernst Thälmann den Jungkommunisten zu.[7] Er erinnerte an die Bemerkung Lenins in seinem Brief an Bogdanow und Gussew, an das Petersburger Komitee der SDAPR, aus dem Jahre 1905, daß die Jugend den Ausgang des Kampfes entscheidet.[8]

Damit der Jugendverband und seine neue Führung in den Stand gesetzt wurden, ihre Aufgaben im Massenkampf gegen den drohenden Faschismus und den Druck des Monopolkapitals, der besonders auf der werktätigen Jugend lastete, sowie die Wege zur Lösung dieser Aufgaben besser zu erkennen, setzte sich Ernst Thälmann nachdrücklich mit einigen Fehlurteilen und sektiererischen Losungen auseinander, die in der zurückliegenden Zeit Heinz Neumann vertreten hatte. Aber natürlich käme es darauf an, so betonte Thälmann, alle Kraft auf die politischen Aufgaben zu verwenden. »Wir müssen die Mobilisierung des Kommunistischen Jugendverbandes nun nicht konzentrieren auf die innerparteilichen Fragen«, erklärte er, »sondern mit der aktiven Durchführung der Massenpolitik und Massenlinie gegen unsere Klassenfeinde« müsse den Funktionären und Mitgliedern geholfen werden, richtige Positionen zu gewinnen. Es ging ihm nicht um die innerparteiliche Auseinandersetzung an sich – wie den parteifremden Fraktionen –, sondern stets um den politischen Kampf gegen den Klassenfeind, darum, die Kommunisten zu befähigen, diesen Kampf erfolgreich zu führen, indem sie die werktätigen Massen gewinnen.

Der Parteivorsitzende hob hervor, wie bedeutsam die marxistisch-leninistische Theorie und ihre wissenschaftliche Methode für die politische Führung einer revolutionären Arbeiterorganisation ist. Er kritisierte scharf jede Leichtfertigkeit in prinzipiellen und theoretischen Fragen, weil sie zur Leichtfertigkeit in der Politik führe. Ernst Thälmann erläuterte das an zwei wichtigen Beispielen.

Nach dem Leipziger Parteitag der SPD von 1931 hatte der KJVD

7 Ebenda.
8 Vgl. W. I. Lenin: Werke, Bd. 8, S. 134/135.

Verbindung zu unteren Organisationen der Sozialistischen Arbeiterjugend hergestellt und konnte auch unter der Jugend den Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führer zurückdrängen. »Aber als man dann die Sache überspitzte, als man von einer ›Krise in der SAJ‹ sprach, als man vom ›revolutionärsten Winter‹ sprach, als die Frage der systematischen Arbeit ›vergessen‹ wurde, weil die Genossen auf einem falschen theoretischen Fundament standen, da mußte durch diese Tatsache ein langsames Zurückgehen dieser ganzen Arbeit eintreten.«

In ähnlicher Weise hätten radikal klingende, nichtsdestoweniger aber falsche Formeln den Jugendverband bei einer anderen wichtigen Aufgabe behindert: bei der Arbeit unter der schon faschistisch beeinflußten Jugend. »Ich glaube, hier ist die Abneigung unserer Jugendgenossen eigentlich am stärksten«, stellte Ernst Thälmann fest. »Natürlich, ›Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!‹ ist leichter, ist einfacher. Aber, Genossen, wenn das so leicht ist, sie zu schlagen, warum wachsen sie dann?« Diese Mahnung, die Tatsachen nicht zu übersehen und sich nie mit Phrasen zu trösten, verband er mit dem Nachweis, daß zielbewußte, ernsthafte Arbeit Erfolg bringt: »Natürlich haben wir in der Antifaschistischen Aktion nicht nur durch proletarische Wehrhaftigkeit, sondern durch einen ideologischen Massenkampf – durch Einbeziehung auch der SPD-Arbeiter in unsere Einheitsfrontpolitik – die Faschisten in Deutschland daran gehindert, durch einen Putsch die Macht zu erobern.«[9]

Thälmann war von unbeirrbarer Zuversicht erfüllt, daß der Sache, für die er kämpfte und für die er auch die jungen Genossen erzog, der Sieg gehörte. Er zitierte zum Schluß die Bemerkung, mit der Lenin am 22. Januar 1917 im Züricher Volkshaus seinen Vortrag vor der schweizerischen Arbeiterjugend über die Revolution von 1905 beendet hatte: »Wir, die Alten, werden vielleicht die entscheidenden Kämpfe dieser kommenden Revolution nicht erleben. Aber ich glaube mit großer Zuversicht die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die Jugendlichen, die so ausgezeichnet in der sozialistischen Bewegung der Schweiz und der ganzen Welt arbeiten, daß sie das Glück haben werden, nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu siegen in der kommenden proletarischen Revolution.«[10] Ernst Thälmann fügte daran Worte, die seinen eigenen revolutionären Optimismus ausdrückten: »Das sagte Lenin damals, heute steht diese Frage schon ganz anders. Heute sagen wir nicht mehr, daß wir Alten nicht

9 IML, ZPA, 65/1/974.

10 W. I. Lenin: Werke, Bd. 23, S. 261/262.

mehr erleben werden, was die Jugendlichen erleben sollen, sondern wir sagen: Gemeinsam mit euch vorwärts zu diesem Siege!«[11]

Am 17. November 1932 trat Franz von Papen zurück. Die Reichstagswahlen und der BVG-Streik hatten das Schicksal seiner Regierung besiegelt. Seine Hintermänner wagten es nicht, den Reichstag noch einmal nach Hause zu schicken und mit dem Ausnahmezustand weiterzuregieren. Insbesondere die Reichswehrführung, die die Erfahrungen mit dem BVG-Streik analysierte, wandte sich gegen derartige Vorstellungen des gescheiterten Reichskanzlers.[12] Der Sturz der Papen-Regierung leitete eine zwei Wochen andauernde Regierungskrise ein. Darin widerspiegelte sich die nachhaltige Wirkung des antifaschistischen Kampfes der Partei Ernst Thälmanns.

Seit Mitte September hatte es Hunderte Streiks und andere Kämpfe in den Betrieben gegeben; die meisten davon konnten die Arbeiter erfolgreich beenden. Oft genügte die Drohung mit dem Streik, um die Unternehmer zu veranlassen, eine angeordnete Lohnsenkung zurückzunehmen. Verglichen mit der geringen Streikaktivität 1931 und in der ersten Hälfte 1932, gemessen auch daran, daß es in früheren Fällen kaum gelungen war, Streiks gegen die Notverordnungen auszulösen, weil diese von den rechten Gewerkschaftsführungen als fixiertes Recht ausgegeben wurden, wogegen nicht gestreikt werden könne, war das ein echter Durchbruch. Die Streikwelle hielt auch im November und Dezember weiter an. Der Erfolg bestätigte die Richtigkeit der Bemühungen Thälmanns, die Kraft der Partei auf die Betriebe zu konzentrieren. Damit war es gelungen, das wirtschaftspolitische Programm der Papen-Regierung weitgehend zu vereiteln. Die Schranke, die die rechten Führer des ADGB und der SPD vor den außerparlamentarischen Massenkampf gezogen hatten, war durchbrochen. Auch die soziale Demagogie der Nazis begann an Wirkung zu verlieren.

Der kämpferische proletarische Internationalismus, den Ernst Thälmann so vorbildlich praktizierte, hatte mit dazu beigetragen, bei den Reichstagswahlen den Nazis eine erste sichtbare Niederlage zuzufügen. Auf dem von Ernst Thälmann vorgeschlagenen Wege war es gelungen, den Nazismus ein erstes Stück zurückzudrängen. Die KPD hatte es, wie Ernst Thälmann sagte, vermocht, die »größte Angriffswaffe gegen uns«

11 IML, ZPA, 65/1/974.

12 Vgl. Fritz Arndt: Vorbereitungen der Reichswehr für den militärischen Ausnahmezustand. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 1965, H. 2, S. 195–209.

abzustumpfen, den Chauvinismus, Nationalismus, Militarismus, alle jene »betrügerischen Losungen, mit denen die Bourgeoisie die nationalen Instinkte weckt und gegen uns einsetzt«.[13]

Zwei Tage nach dem Rücktritt Papens forderten führende Bankiers, Industrielle und Junker den Reichspräsidenten Hindenburg auf, eine Regierung Hitler zu ernennen. Sie wollten schleunigst eine offene faschistische Diktatur errichten, da sie befürchteten, die faschistische Massenbasis werde zerfallen, wenn man noch länger zögere.[14] Andere imperialistische Kräfte hielten jedoch die Gefahr, daß die Arbeiterklasse zurückschlagen werde, für zu groß. Sie hofften die Führer der SPD und der Gewerkschaften noch weiter dazu verwenden zu können, große Teile der Arbeiterklasse vom Kampf abzuhalten.

Diese Spekulation war angesichts solcher Auffassungen, wie sie am 10. November in der Parteiausschußsitzung der SPD geäußert worden waren, nicht unbegründet: Am 28. November verhandelte Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, mit dem Reichswehrminister Schleicher. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung bot sich als Stütze einer Regierung Schleicher an. Am 3. Dezember ernannte Hindenburg den General zum Reichskanzler und Reichskommissar für Preußen. Die neue Regierung hob einige Notverordnungen auf und milderte andere. So suchte sie, sich etwas Popularität zu verschaffen und es der sozialdemokratischen Führung zu erleichtern, die Massen über den Charakter dieser Regierung zu täuschen.

Das Sekretariat des ZK der KPD beriet noch am 17. November die nächsten Aufgaben nach dem Rücktritt der Papen-Regierung.[15] Am Wochenende, am 19. und 20. November, tagte der Bezirksparteitag der KPD von Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark. Er bekundete die volle Zustimmung der stärksten Bezirksorganisation der KPD zu der politischen Linie Ernst Thälmanns und des um ihn gescharten Führungskollektivs. Ernst Thälmann nahm am Sonntag das Wort. Er orientierte darauf, die Massen gegen das drohende Verbot der Partei und der revolutionären Massenorganisationen, gegen eine reaktionäre »Reform« der Verfassung und des Wahlrechts zu mobilisieren und den Kampf gegen den Lohnraub und die Zerschlagung der Sozialversicherung verstärkt fortzusetzen.[16]

13 IML, ZPA, 65/1/974.

14 Vgl. ZStA Potsdam. Hist. Abt. I, Büro des Reichspräsidenten, Abt. B III, Bd. 47. – Veröffentlicht von Albert Schreiner: Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin) (im folgenden: ZfG), 1956, H. 2, S. 366/367.

15 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.

Ernst Thälmann rief dazu auf, die Einheitsfrontbewegung durch eine neue Kampagne der Erwerbslosen zu verstärken. Er wandte sich an das »Millionenheer der Verelendeten, denen man das Brot und Salz vom Munde wegsteuert, denen man durch quälende ›Bedürftigkeitsprüfungen‹ Tag für Tag die Hungerrationen wegstiehlt, die man exmittiert, denen man mit furchtbarem Mietwucher das Leben zur Hölle macht, denen man zu Millionen keinen Pfennig Unterstützung mehr gewährt«. Er forderte sie auf, nicht zu verzweifeln, sondern zu kämpfen: »Nur wenn ihr euch in geschlossener Front, ihr sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und kampfgewillten nationalsozialistischen und parteilosen Proletarier, mit euren kommunistischen Leidensgenossen zusammenschließt, nur wenn ihr mutig die Fahne des Kampfes erhebt, nur dann werden wir uns Brot, Kartoffeln und Kohle für unsere Familien, für unsere Jungen und Mädel, Kleider und Milch für unsere hungernden Kinder erkämpfen können.«[17] Er verlangte, den Notleidenden die Lebensmittelspeicher und die Kohlehalden zu öffnen und den 600 000 zum Vagabundieren verurteilten Jugendlichen wieder menschliche Existenzmöglichkeiten zu schaffen.

Damit wies Ernst Thälmann einer Aktion Ziel und Richtung, die vom Reichserwerbslosenausschuß und vom Reichseinheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion gemeinsam mit der KPD eingeleitet wurde. Die beiden Einheitsfrontorgane riefen von einer Tagung in Berlin aus, die ebenfalls am 20. November stattfand und auf der Wilhelm Koenen referierte, die Erwerbslosen und alle anderen Werktätigen auf, gemeinsam für die »Rettung vor Hunger und Frost« zu kämpfen. Ernst Thälmanns Ausführungen auf dem Berliner Bezirksparteitag wurden zur Unterstützung des Aufrufes unter der Überschrift: »Wir läuten die Sturmglocken zum Millionen-Angriff« durch Flugblätter im ganzen Lande verbreitet und auch in der Presse veröffentlicht.[18] In den folgenden

16 Vgl. Ernst Thälmann: Berlin – roter Vorposten. In: Die Rote Fahne, 24. November 1932.

17 Ernst Thälmann: Wir läuten die Sturmglocken. In: Ebenda, 21. November 1932, Extraausgabe, 22. November 1932.

18 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/231; 32/336. – Die Antifaschistische Aktion, S. 308–310.

Wochen demonstrierten unter der Losung »Gegen Hunger und Frost, für Brot, Kartoffeln, Kohlen!« Erwerbslose in zahlreichen Orten, sandten Delegationen in die Sitzungen der Kommunalvertretungen und besetzten Rathäuser und Wohlfahrtsämter. Vielfach, so in Altona, Augsburg, Berlin, Kaiserslautern, Bad Nauheim, Rendsburg und Stade, wurden zusätzliche Unterstützungen und Hilfsmaßnahmen erzwungen, wie die Verteilung von Kohlen, Kartoffeln und Schuhwerk an besonders Bedürftige.

Zur Selbsthilfe gegen die Verelendungspolitik rief die KPD auch andere Werktätige auf. Während der Wahlkundgebung in München am 30. Oktober hatten Bauerndelegierte aus verschiedenen Gegenden Bayerns Ernst Thälmann fünf Fragen übergeben. Da durch polizeiliche Anordnung die Versammlung frühzeitig geschlossen wurde, beantwortete er sie schriftlich. Auf die letzte Frage, was die Bauernschaft schon jetzt für ihre Rechte tun könne, schrieb Thälmann: »1. Nicht jammern und klagen am Biertisch oder beim Finanzamt. 2. Beispiel der Streiks der Industriearbeiter: Lohnabbau zurückschlagen. 3. Bauernselbsthilfe! ›Ein Lump ist, wer bietet!‹ Unsere Losung: ›Erst Familie und Wirtschaft, dann Steuer, Zins und Abgabe!‹ Zusammenschluß in Bauernkomitees. 4. Die werktätige Bevölkerung jedes Dorfes muß sich im Kampf zusammenfinden! Bauer, Handwerker und Arbeiter müssen sich in der Einheitsfrontaktion verbünden. Der Lohnkampf der Industriearbeiter ist auch ein Kampf für die Verbesserung des bäuerlichen Marktes. Die Arbeiter kämpfen mit euch – kämpft auch ihr mit ihnen!«[19]

Unmittelbar nach dem Berliner Bezirksparteitag beschäftigte sich die Parteiführung mit dem Regierungswechsel.[20] In einem Brief aus dem Sekretariat an Fritz Heckert wurde am 25. November die Lage so beurteilt, daß zunächst noch keine Naziregierung gebildet werden würde, sondern ein neues Präsidialkabinett bevorstehe, vielleicht auch eine Militärdiktatur. »An dem allgemeinen Kurs der Politik wird durch eine andere Zusammensetzung der Regierung nichts geändert werden.«[21] Man müsse mit schärferen Angriffen gegen die Partei und die revolutionären Massenorganisationen rechnen. Es wurde über neue Schritte der Partei berichtet, über die Vorbereitung einer Demonstration obdachloser Jugendlicher für den Weihnachtsabend und über ein offenes Schreiben an

19 Illustrierte Bauernzeitung. Das Wochenblatt für das schaffende Landvolk, Jg. 1, Nr. 12 vom November 1932. – BzG, 1959, H. 1, S. 137.
20 Vgl. IML, ZPA, 3/1/314; 3/19/315.
21 Ebenda, I 6/3/231.

die Berliner Sozialdemokraten, das deren Kritik an der Haltung der SPD-Führung zum Anlaß nahm, noch einmal zur Einheitsfront zu mahnen.

Am 30. November referierte Ernst Thälmann vor dem Politbüro des ZK über die politische Lage, am 1. Dezember beriet das Sekretariat, am 4. Dezember sprach er auf dem Bezirksparteitag Wasserkante, am 6. Dezember vor der Reichstagsfraktion der KPD.[22] Er analysierte die Ursachen für den Sturz der Papen-Regierung und ging in den beiden letztgenannten Reden, die schon nach der Berufung der Schleicher-Regierung gehalten wurden, vor allem auf deren Charakter und deren politisches Programm ein. Mit Nachdruck verwies er darauf, daß die neue Regierung auch eine gesteigerte Kriegsgefahr bedeutete. Wenige Tage darauf bestätigte sich das deutlich: Frankreich, Großbritannien, Italien und die USA erkannten als Signatarmächte des Versailler Vertrags am 11. Dezember das »Prinzip der Gleichberechtigung« des imperialistischen Deutschlands auf dem Gebiet der Rüstung an. Damit wurde dem deutschen Militarismus freie Hand zur Aufrüstung gewährt. Auch das gehörte zu den Startbedingungen, die einer kommenden faschistischen Diktatur schon unter den Präsidialregimes geschaffen wurden.

Auf dem Bezirksparteitag Wasserkante schätzte Ernst Thälmann am Tage nach der Ernennung Schleichers zum Reichskanzler die neue Regierung so ein: »Wir müssen das Schleicher-Kabinett als ein Übergangskabinett, als ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung ansehen.« Er wandte sich scharf gegen die Abwiegelungstaktik der SPD-Führung und richtete einen neuen Appell zur Einheitsfront an Sozialdemokraten und Gewerkschafter: »Jede Unterschätzung der Schleicher-Diktatur bedeutet heute eine sehr große Gefahr! Wir dulden keine Stimmungen des ›Sichabfindens‹ mit der Verschärfung der faschistischen Diktatur. Wir entlarven das Gerede der Sozialdemokratie, als sei eine ›Entspannung‹ des Klassenkampfes eingetreten! Wir wenden uns an die breiten Massen der SPD-Mitglieder und der Gewerkschaftsanhänger und appellieren an sie, mit uns Kommunisten in brüderlicher Kampfesfront den Kampf zu führen gegen die faschistische Diktaturregierung.«[23]

Die Polemik Thälmanns gegen die Beruhigungstaktik der rechten sozialdemokratischen Führer war dringend notwendig, nicht nur wegen der

22 Vgl. ebenda, 3/1/314; 3/19/315.
23 Die Antifaschistische Aktion, S. 320.

Verhandlungen, die die ADGB-Führer schon im November mit Schleicher geführt hatten. Unmittelbar nach der Übernahme des Reichskanzleramtes durch den General bemühten sich rechte Sozialdemokraten um eine Zusammenarbeit der neuen Regierung mit ihrer Partei und halfen damit Schleicher, die Werktätigen über den äußerst reaktionären Charakter seiner Regierung zu täuschen und die antifaschistische Bewegung zu dämpfen. Der am 20. Juli mit Schleichers Hilfe amtsenthobene sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Otto Braun ging zu dem neuen Reichskanzler und bot ihm seine Dienste an.[24] In der sozialdemokratischen Presse erschienen ganz krasse Fehleinschätzungen der Lage, die geeignet waren, die Anhänger der SPD dazu zu verleiten, den Dingen ihren Lauf zu lassen. So äußerte Ernst Heilmann im »Freien Wort«: »Die nationalsozialistische Schneeschmelze ist schon in vollem Gange, und Hitlers letzte trübsinnige Prahlerei lautet nur noch, er werde die Hakenkreuzfahne hochhalten und mit dem Schiff des Nationalsozialismus untergehen, wenn es sinkt.« Und der »Vorwärts« schrieb in einer Neujahrsbetrachtung wider besseres Wissen: »Bei der Hochfinanz, bei Schwerindustrie und Großgrundbesitz hat der Hitlerismus schon seit längerer Zeit abgewirtschaftet.«[25]

Wie berechtigt Ernst Thälmanns Warnung und wie irreführend die Propaganda der rechten SPD-Führer war, zeigte sich in diesen Wochen an vielen Symptomen. Ende November bis über die Mitte des Dezember hinaus war die »Rote Fahne« wieder einmal verboten, diesmal sogar für drei Wochen. Am 10. Dezember erlebte Ernst Thälmann selbst eine neue Provokation der Polizei. Er hatte schon in der Dortmunder Westfalenhalle am Präsidiumstisch des Bezirksparteitages Ruhrgebiet zusammen mit Max Opitz Platz genommen, eben wurde der Bezirksparteitag eröffnet, als die Polizei erschien und die Tagung auflöste. Ernst Thälmann mahnte zur Besonnenheit und riet, sich nicht provozieren zu lassen.[26] Am 15. Dezember hielt der Reichskanzler eine Programmrede über den Rundfunk, in der er mit »drakonischen Ausnahmebestimmungen gegen die Kommunistische Partei« drohte und »eine scharfe Verordnung zum

24 Vgl. Otto Braun: Von Weimar zu Hitler, S. 431.

25 E[rnst] H[eilmann]: »Es gelingt nichts mehr«. In: Das freie Wort, 1932, H. 52, S. 2. – Der Weg eines Jahres. Hitlers Aufstieg und Niedergang. In: Vorwärts, 1. Januar 1933, Morgenausgabe.

26 Vgl. Max Opitz: Ein großer Sohn seines Volkes. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 394. – Ruhr-Echo, 12. Dezember 1932.

Schutze des deutschen Volkes« ankündigte, die »fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt«.[27] Wie zur Demonstration dessen wurde John Schehr unter Bruch seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter zeitweilig verhaftet.

Am 17. Dezember beriet das Sekretariat des ZK über den neuen Schlag gegen den Chauvinismus und die Kriegsgefahr, den die KPD zusammen mit anderen kommunistischen Parteien um die Jahreswende und im Januar 1933 anläßlich des zehnten Jahrestages der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen führen wollte. Damit sollte der Einbruch in die Wählerschaft der Nazis erweitert werden. Es waren gemeinsame Erklärungen und Grenztreffen geplant, nicht nur im Ruhrgebiet und an der Westgrenze, sondern auch zusammen mit der Kommunistischen Partei Polens an der polnischen Grenze.[28]

Am 30. Dezember 1932 fand illegal im Raum Remscheid-Solingen die vereinbarte internationale Konferenz, die sogenannte Essener Konferenz, statt. Vertreten waren die Kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Elsaß-Lothringens, Luxemburgs, Österreichs, Polens und der Tschechoslowakei. Delegierte aus Frankreich und England trafen nicht rechtzeitig ein. Die Leitung der Konferenz hatte auf Wunsch der KPD der Leiter des Westeuropäischen Büros der Komintern, »Helmut«, das heißt Georgi Dimitroff, übernommen. Das Hauptreferat hielt Wilhelm Florin. Die Konferenz beschloß, die Propaganda für den proletarischen Internationalismus und die Verteidigung des Friedens zu verstärken und ein noch engeres Zusammenwirken der kommunistischen Parteien Europas herbeizuführen.[29]

Die Kampagne gegen den Chauvinismus, für die internationale proletarische Solidarität war jedoch nur ein Abschnitt des umfassenden Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Kriegsgefahr, den die KPD in diesen Wochen führte. Am 28. Dezember 1932 richtete das Sekretariat des ZK ein dringendes Rundschreiben über die nächsten Aufgaben an die Bezirksleitungen der Partei und die Redaktionen der Parteizeitungen. Die Veranstaltungen zum 14. Jahrestag der Gründung der Partei an der Jahreswende und die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung Mitte Januar sollten dazu genutzt werden, erneut in der Öffentlichkeit nachzuweisen, daß allein die KPD die nationale und soziale Befreiung des

27 Deutscher Geschichtskalender, 1932, Abt. A: Deutschland, Leipzig (1933), S. 258.

28 Vgl. IML, ZPA, 3/19/315.

29 Vgl. ebenda, 3/1/327. – Die Rote Fahne, 8., 10. Januar 1933.

deutschen Volkes auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Mit dem Blick auf die bevorstehende 50. Wiederkehr des Todestages von Karl Marx orientierte das Sekretariat darauf, der Hetze der Nazis gegen den Marxismus energisch entgegenzutreten und in der Presse verstärkt Beiträge zu Grundfragen des Marxismus-Leninismus zu veröffentlichen.

Zum anderen wurde in dem Rundschreiben des Sekretariats verlangt, die Aktionen der Erwerbslosen zu verstärken und die Streikbewegung weiterzuführen. Sobald der notverordnete »Burgfrieden« mit seinem generellen Demonstrationsverbot am 2. Januar 1933 ende, müsse eine Vielzahl von Kundgebungen und Demonstrationen gegen Hunger und Not sowie gegen die Militarisierung der Jugend organisiert werden. Die KPD dachte nicht daran, vor Schleichers Drohungen zurückzuweichen, ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten zu erlassen.

Das Sekretariat verlangte aber auch kategorisch, »daß unverzüglich *alle Maßnahmen,* die für die Sicherung der Fortführung unserer Arbeit unter erschwerten Bedingungen notwendig sind, ergriffen werden«, mit anderen Worten: Die Partei müsse bereit sein, in die Illegalität überzugehen.[30] Das war nicht neu, aber jetzt war die Lage so, daß die vorbereiteten Schritte jeden Tag notwendig werden konnten. Dazu gehörte zum Beispiel, daß zu sehr bekannte kommunistische Funktionäre durch andere Genossen ersetzbar sein mußten. Das von Eugen Schönhaar organisierte illegale Netz von Druckereien und Literaturvertriebsstellen mußte voll funktionsfähig sein; illegale Quartiere waren zu überprüfen. Darüber durfte jedoch keinen Augenblick im Massenkampf gegen die drohende Errichtung einer hitlerfaschistischen Regierung nachgelassen werden.

Schon in den ersten Januartagen 1933 spitzte sich die Lage weiter dramatisch zu. Nach Wochen relativer Ruhe verstärkten die Nazis und die Polizei wieder ihren Terror. Am Neujahrstag wurden in Berlin zwei Antifaschisten ermordet, ein weiterer bei Wesel. In den Tagen vom 1. bis zum 24. Januar brachten Nazis 11 Antifaschisten um und verletzten weitere 300.[31] Hinter den Kulissen bereiteten die verschiedenen faschistischen Kräfte einen Staatsstreich vor, der die bürgerlich-parlamentarische Republik von Weimar endgültig begraben und der blutigen Niederwerfung der Arbeiterbewegung das Tor öffnen sollte. Am 4. Januar berieten Papen und Hitler im Haus des Bankiers Kurt von Schröder in

30 Vgl. IML, ZPA, I 2/5/23.

31 Vgl. Informationsdienst der Roten Hilfe, Bezirk Berlin-Brandenburg (Berlin), 1933, Nr. 2, S. 2, 4–8, 10.

Köln die Bildung einer Regierung aus Nazis, Deutschnationalen und Vertretern der Hindenburg-Papen-Clique. Drei Tage darauf gab es zu demselben Zwecke im Hause des Multimillionärs Emil Kirdorf ein Treffen Hitlers und anderer Naziführer mit führenden Monopolherren.

Die Kommunisten bewiesen in dieser unheildrohenden Situation, daß sie kampfbereit waren. Das zeigte sich im Andauern der Streiks und in einer Fülle von Erwerbslosenaktionen zur Rettung vor Hunger und Frost. Anfang Januar fanden in zahlreichen Großstädten Kundgebungen gegen die Schleicher-Regierung, den faschistischen Mordterror und die andauernde Hungerpolitik statt. In Berlin nahmen an der Kundgebung am 4. Januar über 100 000 Menschen teil.[32]

Anfang Januar 1933 wurde auch der im Dezember 1932 von der Polizei verhinderte Bezirksparteitag der Parteiorganisation im Ruhrgebiet nachgeholt; er tagte am 7. und 8. Januar in der Essener Stadthalle. Die Beratung war von dem Grundgedanken getragen, eine stärkere politische Arbeit in den Großbetrieben und eine intensivere Antikriegsarbeit zu leisten. Der Parteitag brachte die feste Verbundenheit der Kommunisten des Ruhrgebiets mit Ernst Thälmann zum Ausdruck. Ernst Thälmann nahm am Sonntag, dem 8. Januar, nachmittags, zum Abschluß des Parteitages das Wort. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er die Kriegsgefahr, die durch die faschistischen Kräfte über Deutschland heraufbeschworen wurde, das Bekenntnis der revolutionären deutschen Arbeiter zur Verteidigung der Sowjetunion und die Solidarität mit den Revolutionären aller Länder.[33]

Im Anschluß an den Bezirksparteitag blieb Gelegenheit, mit Politischen Sekretären auch anderer Bezirksorganisationen, die als Gäste teilgenommen hatten, Besprechungen zu führen.[34] Es war ein Kreis leitender Genossen, von denen viele durch Ernst Thälmanns politische Schule gegangen waren.

In den siebeneinhalb Jahren, seit Thälmann an der Spitze der Partei stand, war ein großer Stamm erfahrener, in zahlreichen Klassenkämpfen gestählter, marxistisch-leninistisch geschulter Funktionäre herangewachsen. Es waren erprobte proletarische Revolutionäre, die ihre erste Schule der Arbeiterbewegung zumeist in den Metallbetrieben und in den Chemiewerken, auf den Werften und auf dem Bau, in Fabriken und Werkstätten

32 Vgl. Die Rote Fahne, 4.–6. Januar 1933.

33 Vgl. ebenda, 10. Januar 1933.

34 Vgl. IML, ZPA, EA 0001/1.

absolviert hatten. Mit der KPD waren sie bei deren Entwicklung zu einer starken und innerlich gefestigten marxistisch-leninistischen Kampfpartei unter der Leitung Ernst Thälmanns, im Ringen um die Aneignung und Durchsetzung des Marxismus-Leninismus, in der erbitterten Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Faschismus zu politischen Kämpfern und Führern gereift.

Ernst Thälmann verband ein enges kameradschaftliches Verhältnis mit den Kadern der Partei und der revolutionären Massenorganisationen. Von einigen seiner engsten Kampfgefährten abgesehen, wie dem zehn Jahre älteren Wilhelm Pieck, den mit ihm etwa gleichaltrigen Fritz Heckert und Wilhelm Koenen, den wenig jüngeren Theodor Neubauer, Ernst Schneller und Walter Stoecker, waren sie jünger als er, die meisten damals Ende Dreißig, wie John Schehr und Bernhard Bästlein, Hans Beimler und Max Maddalena, und andere gerade erst um die Dreißig. Liebevoll nannten sie den Parteivorsitzenden den »Alten«, freilich weniger wegen der Lebensjahre, die sie von ihm trennten, als vielmehr in Anerkennung der hohen Autorität, die sich Ernst Thälmann erworben hatte. Von ihm hatten sie gelernt, wenn er sachkundige Analysen und durchdachte Aufgaben in seinen Reden vortrug, von seinen Erfahrungen gezehrt, wenn er mit ihnen Fragen ihrer eigenen Arbeit beriet.

Der Ruhrparteitag und die Stunden danach waren schon überschattet von dem drohenden faschistischen Putsch, der in den Villen der Monopolherren, im Hauptquartier der Nazipartei und im Palais des Reichspräsidenten vorbereitet wurde. In einem Artikel zur zehnjährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung, den »Die Rote Fahne« und mehrere Bezirkszeitungen am 11. Januar 1933 veröffentlichten, rief Ernst Thälmann dazu auf, sich fest zusammenzuschließen, um die Verschwörung der Reaktion zu vereiteln. Der Kampf für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes müsse im »brüderlichen Kampfbündnis mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, in engster Verbundenheit mit allen deutschen Werktätigen, in solidarischer Kampfverbundenheit mit den Proletariern Frankreichs, Polens, Belgiens und Italiens«[35] geführt werden. Ernst Thälmann zog in seinem Artikel Lehren aus den Ereignissen von 1923 und der schon damals bewährten internationalen Kampfgemeinschaft der Kommunisten, der wirklichen Patrioten ihrer Länder, die in den Aktionen der Kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs

35 Ernst Thälmann: Vorwärts, rote Freiheitsarmee zur verschärften antiimperialistischen Massenoffensive! In: Die Rote Fahne, 11. Januar 1933.

im Ruhrgebiet und in dem Protest der Sowjetunion gegen den Übergriff des französischen Imperialismus zum Ausdruck gekommen war, und bekannte sich namens der Kommunistischen Partei zu ihrer Verantwortung vor der internationalen Arbeiterklasse.

Besonders deutlich wurde die Kampfbereitschaft der revolutionären deutschen Arbeiter bei der traditionellen Demonstration zu den Gräbern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Am Sonntag, dem 15. Januar 1933, marschierten Zehntausende bei eisiger Kälte nach Berlin-Friedrichsfelde. Das Thermometer zeigte 13 Grad unter Null. Aber die Berliner Arbeiter ließen sich nicht entmutigen. »Sie ehrten Liebknecht und Luxemburg, und sie ehrten sich selbst durch eine Demonstration, wie sie in dieser Größe und [mit dieser] Energie noch nie an einem 15. Januar stattgefunden hat«, schrieb der Berichterstatter der »Roten Fahne«. Sie »zeigen der Bourgeoisie: Ihr habt sie gemordet, aber ihr Geist lebt. Friedrichsfelde ist zum Wallfahrtsort aller Revolutionäre geworden.«[36] Achtzehn Marschkolonnen bewegten sich aus den verschiedenen Stadtteilen hinaus zur Gedenkstätte, in den Zügen auch zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter und Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend. Provozierende Nazibanden wurden unterwegs in die Flucht geschlagen. Wilhelm Pieck hielt die Gedenkrede, mahnte, im Geiste der ermordeten Begründer der KPD und damit im Geiste Lenins den Kampf für die Befreiung des werktätigen Volkes, der deutschen Arbeiter und Bauern fortzuführen. Nach ihm sprach Maurice Thorez, der gekommen war, den Besuch Ernst Thälmanns in Paris zu erwidern, und zum gemeinsamen Handeln der Arbeiter Deutschlands und Frankreichs im Sinne des proletarischen Internationalismus aufrief.

Eine Woche darauf versuchten die Nazis in der Hauptstadt, dem Großkapital demonstrativ zu beweisen, daß sie, wie es von ihnen erwartet wurde, fähig seien, die deutsche Arbeiterbewegung niederzuwerfen. Sie organisierten einen Aufmarsch ihrer uniformierten Banden auf dem Bülowplatz, gegenüber dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD. Dessen zum Bülowplatz gerichtete Fassade trug die Porträts von W. I. Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und in riesigen Lettern die Losung: »In ihrem Geist vorwärts im Kampf gegen Kriegsgefahr, Faschismus, Hunger und Frost, für Arbeit, Brot und Freiheit.« Die Faschisten mußten sich von einem dichten Polizeikordon beschützen lassen, und die Polizei meldete, sie habe 19 Gegendemonstra-

36 Ebenda, 17., 15. Januar 1933.

tionen der Arbeiter in den Straßen Berlins aufgelöst und das Karl-Liebknecht-Haus besetzt.

Ernst Thälmann bezeichnete den Marsch der Nazis im Zentrum Berlins als eine Probe der Reaktion für einen Staatsstreich. Er hob hervor, daß sich die KPD nicht hatte provozieren lassen, sondern auf die Mobilisierung der Massen orientiert hatte. »Das rasche politische Reagieren der Partei, die rasche und zündende Mobilisierung der Betriebsbelegschaften, die den Empörungssturm durch die Berliner Betriebe trug und sich mit der Welle des Massenprotestes auf den Stempelstellen vereinigte, war gleichsam eine Feuerprobe des roten Berlins für die Abwehr noch ernsterer faschistischer Provokationen«, schrieb Thälmann in seinem Artikel »Die Naziprovokation vor dem Karl-Liebknecht-Haus und einige Lehren«. Er rief zum Widerstand gegen den drohenden faschistischen Putsch, gegen die Auslieferung der Staatsmacht an die Nazis, zum festen Zusammenschluß der Antifaschisten auf und erklärte: »Die Kommunistische Partei verpflichtet alle ihre Mitglieder und Anhänger, in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jeder Gewerkschaft oder sonstigen Massenorganisation, mögen es Sportler, Freidenker oder andere Formationen sein, vor allem unter der Jugend, in brüderlicher Kameradschaft das Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen, den christlichen, den unorganisierten und allen übrigen Klassengenossen gegen den gemeinsamen Klassenfeind zu schließen.«

Thälmann machte darauf aufmerksam, welch tiefer Widerspruch klaffte zwischen den Klasseninteressen der Werktätigen, die von den Nazis belogen und betrogen wurden, und dem Terrorismus der Nazibanden, der die rabiateste Variante monopolkapitalistischer Klassenpolitik darstellte. Der Gegenstoß müsse bei der Abwehr der faschistischen Angriffe, so wies er nach, gegen die Massenbasis des Faschismus geführt werden. Daher forderte er hartnäckigste ideologische Arbeit unter den Opfern der faschistischen Demagogen. »Die Kommunistische Partei wendet sich auch an die breiten Massen der nationalsozialistischen Anhängerschaft«, schrieb Ernst Thälmann und erläuterte: »Es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen jenen SA- und SS-Kolonnen, die provokatorisch in die Arbeiterviertel einzubrechen versuchen oder Überfälle auf Arbeiterhäuser und Arbeiterlokale unternehmen, und der breiten Masse jener vom Elend der Krise gepeinigten Arbeiter, Angestellten, Mittelständler, Handwerker und Kleingewerbetreibenden oder gar der werktätigen Bauern auf dem Dorf, die dem Nationalsozialismus Gefolgschaft leisteten oder leisten, weil sie dem demagogischen Geschrei und den betrügerischen Versprechungen der Hitler, Goebbels und Strasser Glauben schenkten.«

Die Schlußfolgerung aus dieser Tatsache müsse von den Kommunisten und allen revolutionären Arbeitern mit größter Konsequenz gezogen werden; es gelte, den aktiven Massenkampf gegen den Mordterror zu führen sowie unermüdlich auf jene Werktätigen ideologisch einzuwirken, die den Faschisten Glauben schenkten. Man dürfe sich nicht scheuen, politische Massenarbeit auch unter den Angehörigen der SA und der SS zu leisten. »Wußten alle SA-Leute, die Mitglieder der Hitler-Jugend, die am Sonntag hinter Polizeikarabinern geschützt ›demonstrieren‹ durften«, erklärte Ernst Thälmann den Genossen, »daß sie es taten als Soldaten des Finanzkapitals, als Schutztruppe des Geldsacks, als Hilfspolizei zur Sicherung des Kapitalismus? ... Wir müssen es ihnen sagen.«[37] Das war eine grundsätzliche Orientierung für die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, für den ideologischen Kampf um die Massen, für die Befreiung der Werktätigen aus den geistigen Fesseln des Kapitalismus, an der die Partei stets festhielt.

Die faschistische Presse suchte mit der Goebbels-Lüge Verwirrung zu stiften, Ernst Thälmann habe Deutschland verlassen, er sei nach Moskau gerufen worden. Aber am 25. Januar demonstrierten 130 000 Berliner Arbeiter ihre Verbundenheit mit der KPD und ihrem Zentralkomitee. Für 16.30 Uhr hatte die Partei zu einem Protestmarsch der Antifaschisten gegen die Naziprovokation auf dem Bülowplatz aufgerufen. Schon um 13.00 Uhr begannen sich bei 16–18 Grad Kälte die Arbeiterkolonnen in den Straßen Berlins zu sammeln. Als Fanfarensignale den Aufmarsch eröffneten, betraten Ernst Thälmann und andere Mitglieder der Parteiführung die Tribüne am Karl-Liebknecht-Haus, von brausenden »Rot Front!«-Rufen begrüßt. Über vier Stunden lang marschierte der große Zug der Antifaschisten am Hause des Zentralkomitees vorbei, ein gewaltiges Bekenntnis zur antifaschistischen Politik der KPD, ein Ausdruck des Vertrauens zu Ernst Thälmann und der Kampfbereitschaft der Arbeiter.[38] Selbst der Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans, der als Antikommunist bekannte Friedrich Stampfer, der die Demonstration als Zuschauer miterlebte, mußte anderntags voller Hochachtung von den kommunistischen Arbeitern sprechen – was ihn freilich nicht hinderte,

37 Ebenda, 26. Januar 1933.
38 Vgl. ebenda.

die KPD im selben Atemzug zu verleumden und sich weiter hartnäckig gegen den antifaschistischen Massenkampf zu sperren.[39]

Die Wucht dieser Demonstration und der Protestkundgebungen gegen die Naziprovokation, die in zahlreichen anderen Städten stattfanden, ließ erkennen, was jetzt noch möglich gewesen wäre, wenn die Führung der Sozialdemokratie endlich aufgehört hätte, die Einheitsfront der Antifaschisten zu sabotieren, Aktionen gegen die faschistische Gefahr strikt abzulehnen und die Kommunisten immer zügelloser zu beschimpfen.

Die KPD hatte unter Leitung Ernst Thälmanns konsequent Front gemacht gegen die Faschisierungspolitik des Monopolkapitals, gegen die aufeinanderfolgenden Präsidialkabinette, gegen die Angriffe der Nazis. In vielen Aktionen bewies sie ihre Kampfbereitschaft und ihre wachsende Kampfkraft. Sie bot allen die Hand, die ebenfalls gegen den drohenden Faschismus kämpfen wollten. Immer wieder rief sie Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Christen, Arbeiter, Bauern und Intellektuelle auf, gemeinsam mit ihr zu kämpfen. Dank ihrer unermüdlichen Arbeit unter den Massen und ihrem überzeugenden Eintreten für die Interessen der Werktätigen hatten sich ihr immer mehr kampfgewillte Antifaschisten angeschlossen. Unter Thälmanns Führung war die KPD in vielen Kämpfen erstarkt, hatte sie sich gefestigt, dehnte sich ihr Einfluß aus, war sie fähig geworden, die Politik des Klassengegners wirkungsvoll zu behindern.

Aber die rechten Führer der Sozialdemokratie lehnten es immer wieder ab, die starken von ihnen geführten Organisationen in die Front gegen den Faschismus einzureihen. Und allein konnte die KPD den Faschisierungsprozeß zwar verlangsamen, einzelne Schritte der faschistischen Kräfte aufhalten oder auch vereiteln, aber die Errichtung einer faschistischen Diktatur nicht verhindern.

Am Mittag des 28. Januar 1933 trat die Regierung Schleicher zurück. Noch am Nachmittag dieses Sonnabends gab die Reichstagsfraktion der KPD ein Extrablatt heraus, in dem dazu aufgerufen wurde, nicht zuzulassen, daß eine noch reaktionärere Regierung gebildet würde. Schon führte Franz von Papen im Auftrage des Reichspräsidenten abschließende Verhandlungen mit Adolf Hitler und Alfred Hugenberg, damit eine Regierung unter Einschluß der Nazipartei und der Deutschnationalen, also eine offen faschistische Regierung, ernannt werden könne.

39 Vgl. Friedrich Stampfer: Wieder Bülowplatz. Bemerkungen zu einer kommunistischen Demonstration. In: Vorwärts, 26. Januar 1933, Morgenausgabe.

Am nächsten Tage erschien »Die Rote Fahne« mit der Schlagzeile: »Alarm! Alarm! Neuer 20. Juli droht!« und rief zur »Einheitsfront der Tat gegen den faschistischen Generalangriff!«. »Noch dringender«, hieß es in dem Aufruf, »wiederholen die Kommunistische Partei und die RGO ihr schon am 20. Juli vorigen Jahres gemachtes Einheitsfrontangebot an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter.«[40]

Die KPD tat im Geiste der Antifaschistischen Aktion, die auf Ernst Thälmanns Vorschlag ins Leben gerufen worden war, alles Mögliche, um ein gemeinsames Handeln aller Antifaschisten zu erreichen. Ihr Alarmruf drückte auch die Sorgen vieler Sozialdemokraten aus, wie in diesen Tagen auf Kundgebungen der Eisernen Front sichtbar wurde. Aber die Führer der Sozialdemokratie verhinderten auch jetzt, daß eine große gemeinsame Aktion zustande kam, predigten weiter die Kapitulation, schlugen alle Warnungen der Partei Thälmanns in den Wind.

40 Die Rote Fahne, 29. Januar 1933.

Fünfter Teil

1933–1944

1

Die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen

Am Mittag des 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler berufen. Die reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, aggressivsten Kreise des deutschen Monopolkapitals errichteten ihre offene terroristische Gewaltherrschaft. Die KPD reagierte sofort. Im Auftrag Ernst Thälmanns schlug Walter Ulbricht am selben Tage dem Vorstand der SPD vor, gemeinsam zum Generalstreik für den Sturz der Hitlerregierung aufzurufen. Dieser Vorschlag des Zentralkomitees der KPD, der sich auch an die Gewerkschaftsorganisationen richtete, wurde gleichzeitig als Flugblatt verbreitet.[1] Die KPD enthüllte den Klassencharakter der Hitlerregierung und entlarvte deren Klassenauftrag: Dieses »*neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, an die deutsche Arbeiterklasse!* ... Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor.«[2] Doch selbst jetzt hielten die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften an ihrem antikommunistischen Kurs fest und lehnten es ab, ihre Mitglieder und Anhänger zum Kampf aufzurufen.

In der Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD am 30. Januar wurde beschlossen, daß die Kommunisten vor allem in den Betrieben versuchen sollten, antifaschistische Kampfausschüsse zu bilden, die Gewerkschaftsmitglieder zu mobilisieren, Delegationen zu den Ge-

1 Vgl. Walter Ulbricht: Ernst Thälmanns Vermächtnis. In: Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. Berichte über das Referat Ernst Thälmanns und den Verlauf der Tagung. Biographien von Teilnehmern an der Tagung, Berlin 1970, S. 48. – IML, ZPA, 10/158; DF VIII/14.

2 Die Antifaschistische Aktion, S. 354.

werkschaftsleitungen zu entsenden.[3] Es galt, die Arbeiter für gemeinsame Protestaktionen in den vielfältigsten Formen zu gewinnen. So sollte Schritt für Schritt der Massenkampf gegen die Hitlerregierung entwickelt und, wenn die Voraussetzungen herangereift waren, der Generalstreik durchgeführt werden.

Noch am 30. Januar beriet das Kabinett Hitlers über die Festigung der faschistischen Diktatur. Einig war man sich darüber, alle antifaschistischen Kräfte niederzuhalten und mit allen Mitteln vor allem die KPD auszuschalten. Aus Furcht vor einem Generalstreik der Arbeiterklasse wagte es die Hitlerregierung jedoch nicht, die KPD sofort zu verbieten, wenn man auch damit rechnete, daß die SPD einen Generalstreik verhindern würde. Es wurde beschlossen, den Reichstag aufzulösen, in der Hoffnung, bei Neuwahlen die absolute Mehrheit zu erreichen.[4]

Die Faschisten hatten sich im Hinblick auf die Haltung der SPD nicht getäuscht. Am 30. Januar erklärte zwar die sozialdemokratische Parteiführung in einem Aufruf, der am nächsten Tage veröffentlicht wurde, daß die Stunde die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes fordere, stellte jedoch zugleich fest, daß sie den Kampf auf dem Boden der Verfassung führen werde. »Undisziplíniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust«, so verlangte sie, sei zu unterlassen.[5] Alle Kräfte sollten zum entscheidenden Kampf zurückgehalten werden, und sobald die Hitlerregierung ihre Macht gegen die Verfassung anwende, würden dann Sozialdemokraten und Gewerkschafter das notwendige Zeichen von ihren Führungen erhalten. Auch der Bundesvorstand des ADGB forderte auf abzuwarten. Aber das von den Führungen der SPD und der Gewerkschaften angekündigte Zeichen kam nicht, obwohl sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in den letzten Januar- und ersten Februartagen in vielen Orten gemeinsam mit Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen gegen die faschistische Diktatur wandten. Die Arbeiterklasse blieb durch die Schuld der rechten sozialdemokratischen Führer gespalten. Die Millionen Mitglieder der SPD,

3 Vgl. ebenda, S. 354–356. – IML, ZPA, I 2/5/4; NL 3/26.

4 Vgl. Protokoll der ersten Sitzung des Kabinetts Adolf Hitler am 30. Januar 1933. In: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, Bd. XXV, Nürnberg 1947, S. 372–376. – Auszugsweise veröffentlicht in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Bd. 5, Berlin 1966, S. 443/444.

5 [Aufruf:] Arbeitendes Volk! Republikaner! In: Vorwärts, 31. Januar 1933, Morgenausgabe.

der Gewerkschaften und der anderen sozialdemokratisch geführten Organisationen wurden auch jetzt in Untätigkeit gehalten, als die letzte große Gelegenheit bestand, deren geballte Kraft zum Sturz der Hitlerregierung einzusetzen, bevor es den Faschisten gelang, ihr Regime zu festigen und diese Organisationen zu zerschlagen. Die Führungen der SPD und des ADGB hielten am Antikommunismus fest, gaben sich legalistischen Illusionen hin und vertrösteten auf Wahlen. Nach wie vor führten sie den Kampf nicht gegen den Imperialismus, den Träger des Faschismus, sondern gegen die KPD. So wurde es der deutschen Arbeiterklasse unmöglich gemacht, die Errichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern.

Hindenburg löste auf Wunsch der Nazis den Reichstag auf. Neuwahlen wurden auf den 5. März festgelegt. Die SA-Banden verstärkten ihren Terrorfeldzug gegen die Kommunistische Partei, aber auch gegen Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere Demokraten.

Ende Januar fuhr Ernst Thälmann nach Hamburg, besuchte seine Familie und nahm Verbindung zur Bezirksleitung Wasserkante auf. Unter anderem sprach er in einer Kutscherkneipe in der Nähe des Parteibüros auch mit dem Mitglied dieser Leitung Harry Naujoks und beauftragte ihn, umgehend die Führung der Parteiorganisation in Lübeck zu übernehmen. Ernst Thälmann sah dort Möglichkeiten, zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu gelangen. Harry Naujoks sollte alles tun, um durch das einheitliche Vorgehen der Arbeiter Lübecks den von den Nazis in der Nacht vom 30. zum 31. Januar 1933 mißhandelten und verhafteten Funktionär der SPD Julius Leber freizukämpfen.[6]

Am 1. Februar traf Ernst Thälmann wieder in Berlin ein und nahm noch am gleichen Tag an der Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees teil. Auf dieser Tagung wurde eingehend beraten, wie der Kampf gegen die faschistische Diktatur zu führen sei. Im Mittelpunkt standen Überlegungen zum gemeinsamen Kampf mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären. Durch Versammlungen, Presse, Flugblätter sollten einheitliche Aktionen für folgende Forderungen eingeleitet werden: Generalstreik; Aufhebung des Demonstrationsverbots für Arbeiterorganisationen und Verbot nationalsozialistischer Demonstrationen dort, wo sozialdemokratische Polizeipräsidenten amtieren; Massenstreik für den Fall des Verbots der KPD. In der Agitation sollte ausdrücklich auf

6 Vgl. IML, ZPA, EA 1400/1. – Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe, Bd. 1, Berlin 1970, S. 574–576.

die Erfahrungen der Einheitsfront verwiesen werden. Auch über das gemeinsame Vorgehen mit christlichen Werktätigen wurden Beschlüsse gefaßt, ebenso zur Agitation unter den werktätigen Anhängern der Nazis.[7]

In einem Material vom 2. Februar gab die Parteiführung Hinweise für den Kampf gegen das zu erwartende Parteiverbot und für die Gewinnung der Mitglieder der SPD und des ADGB zu Protestaktionen gegen die Hitlerregierung, »die Regierung der Großindustrie, der Großagrarier und der Bajonette (Reichswehr, SA und Stahlhelm)«. Weitsichtig und warnend charakterisierte dieses Material das Hitlerkabinett als »eine Regierung der gesteigerten chauvinistischen Hetze (z. B. gegen Polen) und des verschärften Interventionskurses gegen die Sowjetunion. Die Gefahr außenpolitischer Abenteuer und kriegerischer imperialistischer Verwicklungen ist sprunghaft gestiegen.«[8]

Einen Tag später sprach Ernst Thälmann im Politbüro über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Alle Kraft sollte darauf konzentriert werden, die Festigung der faschistischen Diktatur zu verhindern. Die Parteiführung beschloß, für den 7. Februar eine Sitzung des Zentralkomitees einzuberufen, an der weitere leitende Funktionäre sowie Chefredakteure wichtiger Bezirkszeitungen teilnehmen sollten. Ernst Thälmann wurde das Referat übertragen.[9]

Am 2. Februar hatten Angehörige der Berliner Politischen Polizei das Karl-Liebknecht-Haus, den Sitz des Zentralkomitees, besetzt und sämtliche Räume durchwühlt. Zur selben Zeit wurden auch Büros von Bezirksleitungen und andere Einrichtungen der Partei sowie mit ihr verbundener Massenorganisationen überfallen.[10] Die Partei mußte beschleunigt den Übergang in die Illegalität vollziehen.

Hierauf war die KPD seit längerer Zeit vorbereitet. Seit 1931 waren zum Beispiel illegale Wohn- und Arbeitsräume für Mitglieder und Mitarbeiter des Zentralkomitees festgelegt worden, allein in Berlin bis Frühjahr 1933 etwa 60 solcher Unterkünfte. Schon seit Anfang 1932 gab es vier illegale Quartiere für Ernst Thälmann.[11] Die einzelnen Parteiorganisationen hatten begonnen, sich für den Fall der Illegalität in kleine illegale Gruppen zu gliedern. Parteien, die bedeutende Erfahrungen im illegalen Kampf

7 Vgl. IML, ZPA, I 2/5/4; NL 3/40.
8 Ebenda, St 10/105, Bd. 8.
9 Vgl. ebenda, I 2/3/13; NL 3/40.
10 Vgl. Die Rote Fahne, 3. Februar 1933.
11 Vgl. IML, ZPA, NL 3/25.

besaßen, vor allem die KPdSU(B) und die Kommunistische Partei Polens, gaben der KPD wertvolle Hinweise.

Doch der Übergang in die Illegalität war für die KPD äußerst schwer. Sie war eine Massenpartei mit rund 360 000 Mitgliedern und Millionen von Sympathisierenden. Ihre führenden Funktionäre hatten vor Hunderttausenden gesprochen, anläßlich der Wahlen waren ihre Fotos im ganzen Lande verbreitet worden. Die Kommunisten kannte man im Betrieb und im Wohngebiet. Nun mußte diese Partei in kurzer Frist vor dem Klassenfeind gesichert werden und zur selben Zeit unter Bedingungen bereits stark eingeschränkter Legalität den Wahlkampf führen. Das erforderte große Anstrengungen und kostete viele Opfer. Es gehört zu den großen Leistungen der von Ernst Thälmann geführten Partei, daß diese Aufgabe gelöst wurde.

Am 7. Februar 1933 trafen sich rund 40 Genossen, Mitglieder des Zentralkomitees und andere leitende Funktionäre der Partei, zu der beschlossenen Tagung des Zentralkomitees im Lokal Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehme, südöstlich von Berlin. Die meisten Teilnehmer der Beratung waren zu verschiedenen Treffpunkten in Berlin bestellt und anschließend nach der Treptower Sternwarte weitergeleitet worden. Ein in der Sternwarte tätiger Genosse nahm sie in Empfang. Zwei Reiseomnibusse brachten die Sitzungsteilnehmer, als Ausflugsgesellschaft getarnt, nach Ziegenhals. Einige Mitglieder des Politbüros, auch Ernst Thälmann, wurden in Personenautos auf verschiedenen Wegen zum Tagungsort gefahren. Für die Anreise und für die Sicherung der Tagung war Hermann Dünow verantwortlich. Der Wirt des Lokals war der zuverlässige Genosse Wilhelm Mörschel.[12]

Ernst Thälmann wies in seinem Referat den Weg zum Kampf gegen die faschistische Diktatur. Er sah die große Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk und wußte, welche Verantwortung auf der KPD und ihrer Führung lag. Thälmann ging davon aus, daß sich mit der Bildung der Hitlerregierung der Klassenkampf außerordentlich zugespitzt hatte: »Jetzt droht die Vernichtung der Partei. Jetzt sind in höchstem Grade entscheidende Wochen«, erklärte er. »Der Kampf, der vor uns liegt, ist der schwerste, den die Partei zu bestehen hat. Er kann nicht verglichen werden mit den Jahren seit 1923. Er gibt jedem Kom-

12 Vgl. Wilhelm Pieck: Eröffnungsrede [auf der 11. Tagung des ZK der SED zum Gedenken an die Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933]. In: Die illegale Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933, S. 28.

munisten eine noch höhere Verantwortung als selbst in der damaligen Situation.«[13]

Ernst Thälmann charakterisierte die Hitlerregierung als die offene faschistische Diktatur. Er warnte vor allen legalistischen Illusionen und vor jeglicher Unterschätzung dieser Diktatur. Er sagte voraus, daß die faschistische Herrschaft des Monopolkapitals mit den barbarischsten Mitteln gegen ihre Gegner vorgehen werde: »Es ist der Bourgeoisie ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird. Schon die ersten Taten der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation.«[14] Ernst Thälmann zeigte zugleich, daß dieses Regime den Frieden bedrohte. eine imperialistische Kriegspolitik betrieb.

Gründlich untersuchte der Vorsitzende der KPD, warum es nicht gelungen war, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zu verhindern, obwohl die Partei rechtzeitig vor einer Hitlerregierung gewarnt, den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gegen die heraufziehende faschistische Gefahr organisiert und in diesem Kampf auch Erfolge errungen hatte. »Wenn wir nicht mehr erreichen konnten, so deshalb, weil wir den Einfluß der SPD- und ADGB-Führer sowie der christlichen Gewerkschaftsführer auf breite Arbeitermassen nicht in dem erforderlichen Maße zu liquidieren vermochten«, kennzeichnete Ernst Thälmann die Verantwortung jener, die große Teile der Arbeiterklasse vom Kampf abgehalten und das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse

13 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, S. 210. – Das Manuskript oder ein Stenogramm der Rede wurde bisher nicht aufgefunden. Es sind lediglich Auszüge erhalten geblieben, die von der Nazijustiz in die Anklageschrift gegen Ernst Thälmann aufgenommen wurden. (Vgl. IML, ZPA, NL 3/42.) – Diese Auszüge wurden nach der Abschrift, die Ernst Thälmann von der Anklageschrift anfertigte, in dem zitierten Band von Artikeln und Reden Ernst Thälmanns erstmals vollständig veröffentlicht.

14 Ernst Thälmann: Geschichte und Politik, S. 212/213.

hintertrieben hatten, das allein die faschistische Diktatur hätte verhindern können. Gleichzeitig sprach er offen aus, welche Versäumnisse es in der KPD selbst gegeben hatte: »Uns hemmten in diesem Kampf die Mängel unserer Gewerkschaftsarbeit, Betriebsarbeit, die Mängel bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik ... Wir haben in der Vergangenheit nur insoweit Erfolge im Kampf gegen die faschistische Diktatur erzielen können, wie es uns gelang, diese Mängel zu überwinden.«[15] Diese selbstkritische, leninistische Einschätzung konnte nur von der Führung einer Partei getroffen werden, die vom Tage ihrer Gründung an stets für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes eingetreten war, die es ernst meinte mit dem Kampf gegen den Faschismus und darum sorgfältig analysierte, was getan werden müßte, um dieses verbrecherische, volksfeindliche Regime zu stürzen.

Leidenschaftlich rief Ernst Thälmann zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse auf, zum gemeinsamen Kampf gegen den faschistischen deutschen Imperialismus. Wie oft hatte er in den zurückliegenden Jahren die Sozialdemokraten und Gewerkschafter beschworen, alles Trennende zurückzustellen, um den gemeinsamen Feind schlagen zu können. Nun, nachdem dieser Feind im Begriff war, eines seiner entscheidenden Ziele zu erringen, weil die Aktionseinheit nicht zustande gekommen war, galt es erst recht, diese Kraft zu schaffen.

Der Vorsitzende der KPD wies darauf hin, daß es notwendig sei, die Bauern, Kleinbauern und Landarbeiter dem faschistischen Einfluß zu entreißen. Besonders gelte es, die Jugend gegen das Hitlerregime zu mobilisieren, da vor allem sie der Nazipropaganda zu erliegen drohe. Eine breite antifaschistische Front müsse entstehen, die auf den Erfahrungen der Antifaschistischen Aktion aufbaue und diese Bewegung weiterführe. Nur durch sie könne die Hitlerregierung gestürzt werden; sie zu schaffen, darauf seien alle Anstrengungen zu konzentrieren.

Auch auf die Frage, wie es danach in Deutschland weitergehen sollte, suchte Ernst Thälmann eine Antwort. »Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muß. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Wir stellen sie in jeder Stunde, wir stellen sie heute, wir stellen sie morgen, übermorgen, wir stellen sie in den nächsten Wochen und Monaten, ohne daß wir unter allen Um-

15 Ebenda, S. 216/217.

ständen zu 100 Prozent sagen können, daß, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden ist.«[16] Damit begann Ernst Thälmann über bisherige Vorstellungen hinauszugehen, daß die faschistische Diktatur – oder ein anderes reaktionäres Regime wie etwa die Präsidialdiktatur – nur im Prozeß einer proletarischen Revolution beseitigt werden könne. Er führte demgegenüber zu dem Gedanken hin, daß umgekehrt gerade der Sturz der Diktatur der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals günstigere Voraussetzungen für den Kampf der Arbeiterklasse um die Eroberung der politischen Macht schaffe, weil damit die Klassenherrschaft der Bourgeoisie entscheidend geschwächt würde. Im Ringen um dieses nächste Ziel, den Sturz des Faschismus, war es leichter möglich, die Arbeitermassen und andere Werktätige für den gemeinsamen Kampf zusammenzuschließen und jene breite Front zu schaffen, die für den erfolgreichen Kampf notwendig ist. Ernst Thälmann wandte sich gegen jeglichen Schematismus bei der Festlegung der nächsten Perspektiven des Klassenkampfes und betonte, daß es notwendig sei, die Massen im Ringen um demokratische und soziale Teilforderungen an die entscheidenden Klassenauseinandersetzungen heranzuführen. Große Teile der Arbeiterklasse waren zwar gewillt, gegen Faschismus und Reaktion zu kämpfen, aber nicht ohne weiteres bereit, für die Diktatur des Proletariats einzutreten. Dem suchte Ernst Thälmann in seinen Überlegungen Rechnung zu tragen. Hiermit war ein wichtiger Ausgangspunkt für weitergehende strategisch-taktische Überlegungen gewonnen worden.

Eindringlich appellierte der Vorsitzende der KPD an die Parteimitglieder: »Konzentration aller Kräfte auf die Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes, der Massenaktionen und Massenkämpfe auf der Linie: Demonstrationen, Streiks, Massenstreiks, Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

Einheitsfrontpolitik zur Kampfmobilisierung in höheren Formen mit kühnerer Initiative!...

Revolutionäres Selbstbewußtsein, Siegeszuversicht, Angriffsfreude bei bolschewistischer Nüchternheit!

Das alles verwirklichen heißt: die faschistische Diktatur schlagen und zerschlagen! Vorwärts in diesem Kampf! Erfüllt eure revolutionäre Pflicht für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse!«[17]

16 Ebenda, S. 213/214.
17 Ebenda, S. 235, 236.

Wenige Tage nach der Errichtung der faschistischen Diktatur hatte Ernst Thälmann in seinem Referat deren Klassencharakter enthüllt, die neuen Kampfbedingungen analysiert und die Anforderungen dargelegt, die sich für die KPD ergaben. Entschieden wandte er sich gegen jegliche Abwartepolitik und orientierte die Partei auf das Ringen um die Aktionseinheit. Diese Tagung des Zentralkomitees bewies erneut, daß die KPD am konsequentesten den antifaschistischen Kampf führte, ihm Ziel und Richtung wies.

Während Ernst Thälmann sprach, waren verschiedene Männer, die im Schankraum der Gaststätte saßen oder sich in der Nähe des Hauses aufhielten, aufmerksam geworden. Als sich zwei Gäste entfernten, entstand Gefahr für die Tagung. Walter Ulbricht, der die Sitzung leitete, schloß daher die Beratung, noch bevor der Parteivorsitzende sein Referat vollständig hatte vortragen können. Die Teilnehmer konnten das Lokal unbehelligt verlassen, einige von ihnen in einem Boot über den Zeuthener See. Thälmann fuhr in Begleitung von zwei Genossen mit einem Auto in sein Quartier. Als zwei Stunden später tatsächlich SA erschien, war der Sitzungsraum leer.[18]

Am selben Tag hatte die sozialdemokratische Eiserne Front zu einer Großkundgebung in den Berliner Lustgarten gerufen, um gegen die Errichtung der Hitlerregierung zu protestieren. Über 200 000 Berliner Werktätige waren diesem Aufruf gefolgt, gewillt, dem Protest die Tat folgen zu lassen. Ernst Torgler wollte als Vertreter der KPD im Sinne der Ziegenhalser Tagung für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu den Versammelten sprechen und eine Erklärung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD verlesen. In ihr hieß es: »Alles steht für das Proletariat auf dem Spiele. Alles können wir in diesen Tagen und Wochen gewinnen, aber auch vieles verlieren. Wir müssen deshalb sofort die Einheitsfront zum gemeinsamen Kampfe schließen. Es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, um Lohn und Brot.«[19] Aber dem Vertreter der KPD wurde nicht gestattet zu reden.

Auf den Protest von Sozialdemokraten gegen dieses Verhalten antwortete der »Vorwärts« am 8. Februar, den Kommunisten hätte man

18 Vgl. IML, ZPA, NL 3/12. – Hermann Dünow: Die Organisierung und Sicherung der Tagung des Zentralkomitees am 7. Februar 1933. In: Die illegale Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933, S. 54.
19 Die Rote Fahne, 8. Februar 1933. – Vgl. auch Vorwärts, 8. Februar 1933, Morgenausgabe.

deshalb nicht sprechen lassen können, weil die Polizei das als Provokation auffassen und die Kundgebung damit hätte verbieten können. Außerdem sei der Lustgarten nicht der Platz für Diskussionen über die Einheitsfront; handeln sei besser als diskutieren.[20] Gerade hierzu aber hatte die KPD ja auffordern wollen, während dieses gemeinsame Handeln durch derartige Praktiken der sozialdemokratischen Parteiführung hintertrieben wurde.

Das Sekretariat des Zentralkomitees oder das Politbüro kamen in diesen Tagen besonders häufig in vorbereiteten konspirativen Treffpunkten zusammen.[21] Gründlich analysierten Ernst Thälmann und die anderen führenden Genossen die Lage und werteten die Erfahrungen der ersten Aktionen gegen die faschistische Diktatur aus. Im Mittelpunkt der Beratungen standen immer wieder die Fragen: Wie stellen wir die Aktionseinheit gegen die faschistische Diktatur her? Wie kann ein Massenselbstschutz gegen den SA-Terror aufgebaut werden? Was ist weiter zu tun, um die Partei in die Illegalität zu überführen? Zahlreiche Vorschläge für gemeinsame Kampfaktionen wurden erarbeitet, Initiativen eingeleitet, um alle Arbeiter, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, zusammenzuführen. Auf Beschluß des Sekretariats wurde bis zum 10. Februar zur sofortigen Information der gesamten Partei ein umfassendes Programm für das Ringen um die Einheitsfront zusammengestellt. Besonders in den Betrieben und auf den Stempelstellen sollten sich die Kommunisten für das einheitliche Handeln der Arbeiter einsetzen. Weiterhin wurde festgelegt, daß die Partei sich erneut an die Leitungen der SPD und des ADGB wendet. Außerdem wurde die Vorbereitung der Reichstagswahlen erörtert. Ernst Thälmann wurde als Spitzenkandidat der Partei nominiert. In der »Roten Fahne«, die er unmittelbar anleitete, wurden die Kommunisten, alle Arbeiter und die übrigen Werktätigen zum entschlossenen Kampf gegen die faschistische Diktatur aufgerufen.[22]

Um den 10. Februar traf der Vorsitzende der KPD in einer Wohnung in Berlin-Schöneberg mit Georgi Dimitroff, dem Leiter des Westeuropäischen Büros des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, zusammen. Sie tauschten ihre Gedanken über die faschistische Diktatur in Deutschland und über den Kampf des internationalen Proletariats gegen sie aus. Dimitroff vermittelte seine Erfahrungen aus der illegalen Arbeit und betonte die Notwendigkeit, verstärkt die Positionen der KPD in den Gewerkschaften und den anderen Massenorganisationen auszunutzen. Thälmann hob besonders hervor, wie wichtig es sei, die Einheitsfront von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern zu schaffen.[23] Darüber, wie der Kampf unter den Bedingungen der Illegalität zu führen sei, beriet sich Ernst Thälmann wenig später auch mit Julian Leński, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens. Thälmann brachte zum Ausdruck, daß er mit einer längeren Illegalität der KPD rechne. Leński teilte diese Auffassung und mahnte Thälmann, er solle im Interesse der Partei alles tun, damit er selbst nicht den Faschisten in die Hände falle.[24]

Auf der Tagung des Politbüros am 15. Februar referierte Ernst Thälmann zum Tagesordnungspunkt »Aktuelle politische Fragen«. Auch hier wurde betont, daß alle Kräfte der KPD und ihrer Massenorganisationen auf die Verwirklichung der Einheitsfrontpolitik ausgerichtet werden müßten.[25] Um die Politik der Partei zu erläutern, fuhren leitende Funktionäre in die Bezirke. Ernst Thälmann weilte vom 18. bis zum 21. Februar in Hamburg.[26] So konnte er noch einmal seine Familie besuchen. Auf einem Treffen mit leitenden Funktionären der Bezirke Wasserkante, Niedersachsen und Nordwest erläuterte er die Beschlüsse der Parteiführung. Diese Beratung fand unter strengster Beachtung der Regeln der Konspiration im Hinterzimmer einer Kutscherkneipe am Hafen statt.

Richard Schaible erinnert sich: »Ernst berichtete über die fehlgeschlagenen Versuche, mit SPD- und Gewerkschaftsführung den Massenstreik gegen Hitler auszulösen. SPD- und Gewerkschaftsführung hatten den Kampf abgelehnt. Sie sagten, Hitler sei ›nach den Spielregeln der Demokratie‹ zur Macht gekommen, er ›werde sich selbst abwirtschaften‹, da er ›auch nur mit Wasser kochen‹ könne. Wir besprachen die notwendigen Maßnahmen, dennoch alles daranzusetzen, den Widerstand von

20 Vgl. Vorwärts, 8. Februar 1933, Morgenausgabe.

21 Das Politbüro des ZK der KPD tagte am 3., 15. und 27. Februar 1933. (Vgl. IML, ZPA, I 2/3/13; NL 36/10. – Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 421.) – Das Sekretariat des ZK der KPD tagte am 1., 3., 9., 10., 14., 23. und 27. Februar 1933. (Vgl. IML, ZPA, I 2/5/4.)

22 Vgl. IML, ZPA, I 2/3/13; I 2/5/4. – Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 418/419. – Die Rote Fahne, 1.–11., 26./27. Februar 1933.

23 Vgl. Richard Gyptner: Ratgeber und Helfer der Jugend. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 176.

24 Vgl. Margot Pikarski: Zur Hilfe der KI und der kommunistischen Bruderparteien beim Übergang der KPD in die Illegalität im Jahre 1933. In: BzG, 1974, H. 5, S. 845/846.

25 Vgl. IML, ZPA, I 2/3/13.

26 Vgl. ebenda, NL 3/9.

unten zu entfachen, die Einheitsfront herzustellen und gleichzeitig alle organisatorischen und technischen Maßnahmen zur Sicherung der illegalen Arbeit der Partei zu treffen.

Nach der Sitzung wechselten wir noch einige persönliche Worte, und dem Ernst der Lage entsprach es, daß auch sie sich um die eine Frage drehten: Was wird werden? Noch nie hatte ich den Genossen Thälmann bei solchem privaten Zusammensein so ernst gefunden. Das letzte Wort, das ich an diesem Abend von ihm hörte, war: ›Wi möt dor dorch, dorch de faschistische Hölle. De armen dütschen Proleten!‹«[27]

Die Kampfbedingungen für die KPD waren immer schwieriger geworden. Am 23. Februar hatten Polizei und SA erneut das Karl-Liebknecht-Haus besetzt, durchsucht und dann geschlossen. Die Faschisten verbreiteten die provokatorische Lüge, in den »Katakomben« des Hauses, wie sie den Materialablagekeller bezeichneten, seien Aufstandspläne gefunden worden. Kommunisten wurden durch bewaffnete SS-, SA- und Stahlhelmbanden gejagt, die Göring am Tage zuvor in Preußen zur Hilfspolizei erklärt hatte.[28] Wider Gesetz und Recht drangen Nazis und Polizei in Wohnungen von Kommunisten und auch von Sozialdemokraten ein, verschleppten sie in SA-Quartiere und mißhandelten sie. Die Wahlveranstaltungen der KPD wurden behindert, ihre Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel verboten. Die KPD sollte aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden.

Doch aufopferungsvoll erfüllten die Parteimitglieder ihre Pflicht. Am 10. Februar hatte Wilhelm Pieck auf einer Trauerfeier in Berlin-Friedrichsfelde anläßlich der Beisetzung dreier von Faschisten ermordeter Jungarbeiter vor Zehntausenden Berlinern zur Einheit der Arbeiterklasse aufgerufen.[29] Antifaschistische Kundgebungen, Streiks und andere Aktionen fanden trotz des gewaltsamen Vorgehens faschistischer Schlägertrupps und auch der Polizeiorgane im Februar außerdem in Chemnitz, Düsseldorf, Hannover, Leipzig, Lübeck, Stettin, Stuttgart und anderen Orten statt.

27 »Wir müssen da durch, durch die faschistische Hölle. Die armen deutschen Proleten!« – Richard Schaible: Das letzte Wort, das ich von Ernst Thälmann hörte. In: Weg und Ziel (Berlin), 1946, Nr. 4.

28 Vgl. Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror, Basel (1933), S. 93, 79.

29 Vgl. Wilhelm Pieck: Unser Schwur – Einheitsfront der Tat. Rede auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde anläßlich der Beisetzung von drei ermordeten Arbeitern, 10. Februar 1933. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V: Februar 1933 bis August 1939, Berlin 1972, S. 3–5.

Angesichts des anwachsenden Terrors verstärkte die Führung der KPD ihre Bemühungen, die Aktionseinheit der Arbeiter herzustellen. Der Parteivorsitzende arbeitete einen Aufruf an die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder aus, der auf der letzten Wahlkundgebung der KPD am 23. Februar 1933 im Berliner Sportpalast verbreitet und an die Bezirke versandt werden sollte.[30] Das Sekretariat hatte, um den Führer der Partei zu sichern, in einem Beschluß am 9. Februar festgelegt, daß er nicht mehr öffentlich auftreten sollte.[31] Im Sportpalast sprach Wilhelm Pieck. Er prangerte die faschistische Diktatur an und rief zur Arbeitereinheit auf. Ernst Thälmann hatte den Appell zum gemeinsamen Handeln unmittelbar vor der Kundgebung noch einmal durchgesehen und korrigiert.[32] Wilhelm Pieck führte aus: »Es gibt nur eine Einheit, die den werktätigen Massen ermöglicht, aus Not und Elend herauszukommen: Das ist die Einheitsfront, zu der von den Kommunisten aufgefordert wird, die Einheitsfront aller sozialdemokratischen, aller Reichsbannerarbeiter, der Eisernen Front, der Antifaschistischen Aktion, in der sich alle Massen zusammenfinden, um den großen Kampfbund zu schmieden, der sie befähigen soll, sich zu wehren gegenüber dem Unternehmertum und gegen Unterdrückungsmaßnahmen. Das ist die Frage, um die es heute geht ... Darum rufen wir den werktätigen Massen zu: Schlagt ein in die Bruderhand! Verbündet euch in Betrieben, Stempelstellen, Arbeitervierteln, um euch gemeinsam zu wehren gegen eine weitere Unterdrückung.«[33]

Um der Partei die neue Lage und die sich daraus ergebenden Aufgaben, über die Ernst Thälmann am 7. Februar vor dem Zentralkomitee gesprochen hatte, zu erläutern, wandte sich das Sekretariat des Zentralkomitees am gleichen 23. Februar mit einer Direktive an die Bezirksleitungen, in der die Schlußfolgerungen dieser Tagung noch einmal zusammengefaßt wurden.[34]

In einem Offenen Brief wandte sich Ernst Thälmann Ende Februar an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, an die Kollegen der

30 Vgl. IML, ZPA, I 2/5/4.

31 Vgl. ebenda, I 2/5/4; NL 3/40.

32 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 30, ed. chr. 1070.

33 Wilhelm Pieck: Wir Kommunisten wollen die Einheit aller Werktätigen. Rede auf der Wahlkundgebung im Berliner Sportpalast, 23. Februar 1933. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, S. 12.

34 Vgl. IML, ZPA, I 2/5/4.

freien Gewerkschaften und an die Reichsbannerkameraden.[35] Erneut wurde darin die Bereitschaft der Kommunistischen Partei betont, mit allen Arbeitern und mit jeder Organisation gegen die faschistische Diktatur zu kämpfen: »Im Namen der Hunderttausenden Mitglieder der Kommunistischen Partei, im Namen der mehr als 6 Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter, die bei der letzten Reichstagswahl ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei bekundeten, reiche ich euch, den Mitgliedern und Funktionären der SPD, der freien Gewerkschaften und darüber hinaus den Millionenmassen parteiloser Arbeiter, die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfbündnis gegen den Faschismus. Die faschistischen Meuchelmörder, die mit Dolchen, Revolvern und Bomben gegen Arbeiter wüten, machen keinen Unterschied, ob ihr das Mitgliedsbuch der KPD, der SPD oder der christlichen Gewerkschaften in der Tasche tragt. So darf auch im Freiheitskampf aller Antifaschisten die Parteizugehörigkeit kein Hindernis sein, gemeinsam zu marschieren, gemeinsam zu kämpfen.« Noch einmal faßte Ernst Thälmann die Grunderfahrung der Kämpfe der Arbeiterklasse zusammen: »Wenn wir, die Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterjugend, deren Hände alle Werte erschaffen, Schulter an Schulter zusammenstehen, wenn wir gemeinsam kämpfen, sind wir unüberwindlich. Wenn wir gemeinsam kämpfen, werden wir Millionen von armen Bauern auf dem Lande, Millionen von Angestellten, Beamten, Mittelständlern in den Städten mit uns reißen in die gemeinsame Front des antifaschistischen Freiheitskampfes!«

In ganz Deutschland wehrten sich Arbeiter gemeinsam gegen den ansteigenden faschistischen Terror. Aber die Führung der SPD reagierte auch auf diesen Offenen Brief nicht. Sozialdemokraten und Gewerkschafter warteten nach wie vor vergebens auf Anweisungen ihrer Führungen zum entschlossenen antifaschistischen Kampf, während sich einige führende Sozialdemokraten und Gewerkschafter inzwischen dem neuen Regime anzupassen suchten.

In einem glühenden Appell an alle Kommunisten forderte Ernst Thälmann jedes Parteimitglied auf, »seine ganze Kraft und Energie, ja

35 Der »Offene Brief an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter Deutschlands. An die Kollegen der freien Gewerkschaften und die Reichsbannerkameraden« trägt die Überschrift »Ernst Thälmann ruft zur antifaschistischen Einheitsfront« und ist undatiert. Er wurde als Flugblatt verbreitet und erschien am 27. Februar 1933 in der »Sächsischen Arbeiterzeitung«. (Vgl. IML, ZPA, DF IX/1.) – Wahrscheinlich handelt es sich um den Aufruf, der am 23. Februar im Sportpalast verteilt werden sollte.

sein Leben in den Dienst unseres sozialistischen Freiheitskampfes, in den Dienst der Antifaschistischen Aktion zu stellen... Verteidigt an der Spitze der Massen jeden Rest sozialer Errungenschaften, jeden noch so kümmerlichen Rest demokratischer Freiheit, zerbrecht die von den SPD- und ADGB-Führern aufgeworfenen Hürden und Hindernisse der antifaschistischen Einheit... Faßt die Hände unserer Reichsbanner- und SPD-Kameraden, bildet mit euren und ihren Leibern einen stahlharten Schutzwall und eine Angriffsarmee gegen den Faschismus, für den sozialistischen Freiheitskampf!«[36]

Am 27. Februar 1933 fand im Anschluß an eine Sekretariatssitzung in den Abendstunden wieder eine Sitzung des Politbüros der KPD statt, diesmal in Berlin-Lichtenberg in einem Lokal in der Gudrunstraße. Auf der Tagesordnung standen letzte Maßnahmen zur Vorbereitung der Reichstagswahlen und zur Sicherung der Partei vor dem ständig wachsenden faschistischen Terror.[37]

Als sich die Genossen nach der Sitzung des Politbüros in ihre illegalen Quartiere begaben, brannte im Zentrum Berlins das Reichstagsgebäude. In den späten Abendstunden verbreitete der Rundfunk die Meldung vom Brand des Reichstages und teilte mit, daß einer der Brandstifter, ein holländischer Kommunist, verhaftet worden sei. Führende Nazis verbreiteten bereits kurze Zeit nach der Entdeckung des Brands die Lüge von der Schuld der Kommunisten.[38]

Ernst Thälmann erfuhr vom Brand des Reichstages und den Anschuldigungen der Naziführer durch seine Quartierwirtin, als er von der Sitzung der Parteiführung zurückkehrte. Er hatte schon im Januar seine der Polizei bekannte Wohnung bei Kowalski in Berlin-Charlottenburg, Bismarckstraße 24, verlassen und hielt sich seitdem bei den Eheleuten Kluczynski, Berlin-Charlottenburg, Lützower Straße 9, auf. Seit Ernst Thälmann in Berlin seinen zweiten Wohnsitz hatte, hielt er Verbindung mit dieser Familie. Nun verließ er aus konspirativen Gründen deren

36 Ernst Thälmann: Appell an alle Kommunisten. In: BzG, 1959, H. 4, S. 792. – Der Appell wurde in einer Akte des Reichsministeriums des Innern vom März 1933 aufgefunden. (Vgl. IML, ZPA, St 10/105, Bd. 8.) Er ist undatiert, die Form seiner Veröffentlichung ist nicht bekannt.

37 Vgl. IML, ZPA, NL 36/10. – Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 421. – Wilhelm Pieck: Eröffnungsrede [auf der 11. Tagung des ZK der SED]. In: Die illegale Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933, S. 29/30.

38 Vgl. Braunbuch, S. 65, 108/109.

Wohnung nicht mehr. Informationen bekam er durch Genossen, die auch mit anderen Mitgliedern der Parteiführung Kontakt hatten.[39]

Noch während das Reichstagsgebäude brannte, eröffnete das Hitlerregime nach längst vorbereiteten Listen, die noch aus den Unterlagen der sozialdemokratisch geführten preußischen Polizei stammten, einen Terrorfeldzug ungeahnten Ausmaßes gegen die Kommunistische Partei und andere Hitlergegner. Unmittelbar nach dem Brand wurden mehr als 10000 Funktionäre und Mitglieder der KPD sowie der SPD und oppositionelle bürgerliche Demokraten verhaftet, in SA-Quartiere und Polizeigefängnisse verschleppt, mißhandelt und gefoltert. Viele erlagen den Torturen.

Wenige Stunden nach dem Brand unterschrieb der Reichspräsident die Verordnung »zum Schutz von Volk und Staat«, mit der die bürgerlich-demokratischen Grundrechte der Weimarer Verfassung aufgehoben wurden, so das Recht der persönlichen Freiheit, der freien Meinungsäußerung, das Vereins- und Versammlungsrecht und das Brief- und Telefongeheimnis.[40] Die gesamte kommunistische Presse, Presseorgane der Sozialdemokratie und andere Zeitungen wurden verboten. Gegen die Kommunistische Partei Deutschlands wurde eine zügellose Greuelpropaganda inszeniert. Die Faschisten versuchten, eine Pogromstimmung gegen die Kommunisten zu entfesseln. In den frühen Morgenstunden des 28. Februar verbreitete der amtliche »Preußische Pressedienst« die verlogene Darstellung, der Reichstagsbrand sei eine Tat der Kommunisten, um so einen Vorwand für deren rücksichtslose Verfolgung zu schaffen. Angeblich hätte man Pläne der Kommunistischen Partei für einen Aufstand gefunden, für den der Reichstagsbrand das Signal geben sollte. Am 28. Februar, um 4 Uhr früh, seien für Berlin große Plünderungen, für das ganze Reich am gleichen Tage Terrorakte gegen einzelne Persönlichkeiten, gegen das Privateigentum und gegen Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung vorgesehen gewesen. Extrablätter, Ministerreden, Plakate verkündeten, daß die Kommunisten den Bürgerkrieg auslösen wollten.[41]

39 Vgl. IML, ZPA, NL 3/25; NL 3/73. – Hans Kluczynski war Kriegsinvalide; er hielt sich aus gesundheitlichen Gründen oft in seiner Laube auf. Dort wurde ebenfalls eine Haussuchung durchgeführt, aber ebenso wie in der Wohnung kein die KPD belastendes Material gefunden. Polizei und Gestapo vermochten auch von Martha und Hans Kluczynski keine Ernst Thälmann belastenden Aussagen zu erhalten.

40 Vgl. Reichsgesetzblatt, 1933, Teil I, Nr. 17, S. 83. – Auszugsweise veröffentlicht in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 448.

41 Vgl. Braunbuch, S. 65–72.

Am gleichen Tage erging über Funk an alle Polizeidienststellen Haftbefehl gegen 24 führende Funktionäre der KPD. An erster Stelle der Aufzählung stand der Name des Parteivorsitzenden, des Transportarbeiters Ernst Thälmann.[42]

Ein Kommando des Berliner 126. Polizeireviers vermutete Ernst Thälmann in seiner Wohnung bei Kowalski. Doch hier war der Vorsitzende der KPD nicht zu finden. Frau Kowalski erklärte, daß ihr Untermieter verreist sei.[43]

Spitzelanzeigen hatten die Polizei bereits vor dem Reichstagsbrand auf das tatsächliche Quartier Thälmanns aufmerksam gemacht. Im Bericht eines Fahndungstruppführers der Berliner Polizei vom 22. Februar 1933 hieß es: »Schneider gibt an, daß die Eheleute Kluczynski, Charlottenburg, Lützower Straße 9, eifrige Kommunisten sind und in ihrer Wohnung öfters politische Flüchtlinge beherbergen. Jetzt soll der Kommunistenführer Thälmann sich dort aufhalten. Frau K. soll im Geheimdienst der KPD tätig sein. Der Ehemann hält sich fast ständig in seiner Laube in Gatow, Havelblick, Westring, auf und soll dort illegale Druckschriften herstellen. Auch sollen in der Wohnung als auch in der Laube Waffen versteckt sein ... Der Anzeiger bittet um strenge Vertraulichkeit.«[44] Die Polizei legte diese Meldung vorläufig zu den übrigen. Angaben über Aufenthaltsorte Thälmanns gab es in diesen Tagen und Wochen nicht wenige[45]; aber nicht alle Polizeireviere gingen immer sofort jeder Anzeige nach.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sowie das Zentralkomitee der KPD hatten festgelegt, daß der Parteivorsitzende und andere führende Genossen vor den Anschlägen des Feindes besonders sorgfältig zu sichern seien und erforderlichenfalls ins Ausland zu gehen hätten. Aber Ernst Thälmann war schwer dazu zu bewegen, Berlin oder gar Deutschland zu verlassen. Er wollte in engem Kontakt zu den anderen Mitgliedern der Parteiführung bleiben, möglichst lange im Lande den antifaschistischen Kampf leiten. Das Politbüro legte nun endgültig fest, daß Ernst Thälmann das Land verlassen müsse. Er sollte den Kampf gegen den Faschismus vom Ausland her organisieren. Seine Abreise war

42 Vgl. IML, ZPA, NL 3/35.

43 Vgl. ebenda.

44 Ebenda. – Dieser Gestapospitzel wurde für eine Belohnung von 75 Mark vorgeschlagen.

45 Vgl. ebenda.

auf den 5. März festgelegt, alle Vorbereitungen dafür wurden getroffen.[46] Zwei Tage vorher aber fiel Ernst Thälmann in die Hände der Faschisten.

Ende Februar 1933 hatte ein gewisser Herrmann Hilliges, Kassierer der Gartenkolonie Havelblick, Laubennachbar von Kluczynski, dem Landposten der Polizei in Gatow die illegale Wohnung Ernst Thälmanns in der Lützower Straße in Charlottenburg mitgeteilt. Der Revierführer des 144. Polizeireviers in Spandau überprüfte die Angaben jedoch nicht genau, sondern ließ vorläufig nur die Laubenkolonie beobachten, in der Ernst Thälmann sich ja nicht aufhielt. Da Hilliges nichts von einer Verhaftung Thälmanns hörte, informierte er einen SA-Mann der SA-Motorstaffel 1 über die Adresse. Dieser verlangte im Polizeirevier 144 die sofortige Festnahme des Vorsitzenden der KPD. Nun wurde das zuständige Polizeirevier 121 in Charlottenburg eingeschaltet.[47]

Am 3. März, um 15.30 Uhr, erschienen ein Hauptmann und sechs Wachtmeister der Polizei in der Wohnung Lützower Straße 9 und verhafteten Ernst Thälmann sowie seinen Mitarbeiter Werner Hirsch, den sie bei ihm antrafen.[48] Sie brachten Ernst Thälmann zunächst zum Polizeirevier 121. Von dort transportierte ihn ein Polizeikommando zum Berliner Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Nach einer kurzen Vernehmung, bei der Thälmann jegliche Aussage verweigerte, wurde er dort in strenge Einzelhaft gebracht.[49]

Ernst Thälmanns Festnahme war ohne Haftbefehl erfolgt. Erst am 5. März wurde der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Mittelbach ersucht, einen derartigen Befehl auszustellen und diesen rückzudatieren. Jeder Polizeiwachtmeister des Verhaftungskommandos erhielt auf Grund einer Anordnung des preußischen Innenministers zehn Reichsmark »Belohnung«; der Spitzel Hilliges konnte Geschäftsführer der Stadtgruppe Spandau der Kleingärtner werden, der SA-Motorstaffel 1 wurden als »Prämie« 75 Reichsmark überwiesen.[50]

46 Vgl. Hermann Dünow: Wie Ernst Thälmann verhaftet wurde. In: Neues Deutschland, 16. April 1966.

47 Vgl. IML, ZPA, NL 3/35; NL 3/73.

48 Vgl. ebenda, St 3/26.

49 Vgl. ebenda, NL 3/18.

50 Vgl. ebenda, NL 3/35. – Herrmann Hilliges, nach der Zerschlagung des Hitlerregimes von der britischen Militärregierung inhaftiert, wurde im September 1945 Hans Kluczynski gegenübergestellt. Er bestätigte, am 2. März 1933 die Verhaftung Ernst Thälmanns veranlaßt zu haben. In der Untersuchungshaft setzte er seinem Leben selbst ein Ende.

Ernst Thälmann in den Händen der Faschisten! Das war ein schwerer Schlag für die Partei, für die Kommunistische Internationale und die ganze internationale revolutionäre Arbeiterbewegung. In schwierigster Zeit wurde die KPD ihres Vorsitzenden beraubt. Damit »wurde der Partei nicht nur der eigentliche Führer, sondern auch dem Politbüro die stärkste Kraft bei der Durchführung der von der Kommunistischen Internationale in Gemeinschaft mit der deutschen Partei beschlossenen Linie und ihrer konkreten Anwendung in Deutschland genommen«, erklärte auf der Brüsseler Konferenz im Jahre 1935 Wilhelm Pieck. »Die Autorität, die der Genosse Thälmann sowohl innerhalb der Parteiführung als auch in der gesamten Partei und in der deutschen Arbeiterklasse besaß, stützte sich darauf, daß er wie kaum ein anderer das Wesen der Massenpolitik begriffen hatte und neben seiner politischen Orientierung ein außerordentlich feines Fingerspitzengefühl für die Probleme hatte, die vor der Partei standen.«[51]

Aber die Einkerkerung Ernst Thälmanns und vieler anderer führender Kommunisten konnte nicht die Kraft der KPD lähmen und ihren Kampf gegen das faschistische Regime unterbrechen. Die von Thälmann geschmiedete Partei bewährte sich fortan auch unter den härtesten Bedingungen. Sie setzte als einzige organisierte Kraft und unter einheitlicher Führung auch in den Jahren der faschistischen Diktatur ihren Kampf fort.

Nach der Verhaftung des Parteivorsitzenden beschloß das Politbüro Mitte Mai, daß Franz Dahlem, Wilhelm Florin und Wilhelm Pieck nach Paris gehen sollten. In Deutschland wurde die Arbeit der Parteiführung unter Leitung John Schehrs von den Politbüromitgliedern Hermann Schubert, Fritz Schulte und Walter Ulbricht und anderen Genossen fortgesetzt. Aus Sicherheitsgründen verließen im Herbst 1933 auch die übrigen Mitglieder des Politbüros außer Schehr auf Beschluß der Parteiführung Deutschland. John Schehr zog in Berlin andere Genossen zur direkten Anleitung der illegalen Parteiorganisationen heran. Der Kreis dieser Genossen änderte sich mehrmals, da einige aus konspirativen Gründen ausgewechselt und andere von den Faschisten verhaftet wurden, darunter im November 1933 John Schehr selbst und Lambert Horn.

51 Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat auf der Brüsseler Konferenz der KPD, 4. Oktober 1935. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, S. 241.

2

Im faschistischen Kerker

Einen Tag nach der Verhaftung Ernst Thälmanns wandte sich das Zentralkomitee der KPD mit einem Aufruf an die deutsche Arbeiterklasse, um sie für die Befreiung des Vorsitzenden der Partei zu mobilisieren. Das ZK stellte fest: »Der Angriff gegen die Kommunistische Partei, die Verhaftung unseres Genossen Ernst Thälmann, des Führers der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter, des kühnen und zielbewußten Führers des antifaschistischen Freiheitskampfes, ist ein Schlag gegen alle Werktätigen.«[1] Das Zentralkomitee forderte dazu auf, so unerschrocken, wie Ernst Thälmann immer für die Befreiung der Arbeiterklasse eingetreten war, nun auch für seine Befreiung und die Befreiung aller anderen Antifaschisten zu kämpfen. In der ersten nach dem Reichstagsbrand illegal Mitte März erschienenen »Roten Fahne« wurden die deutschen Arbeiter aufgerufen, die Parteischranken im Kampf gegen die faschistische Barbarei zu überwinden. »Da muß der sozialdemokratische, der christliche und parteilose Arbeiter Schulter an Schulter mit seinem kommunistischen Klassenbruder zusammenstehen... In allen Fabriken und Schächten, auf allen Stempelstellen und in allen Arbeiterquartieren, in allen Dörfern, überall muß wie drohender Sirenenruf eure Massenforderung erschallen: Heraus mit dem Genossen Thälmann! Heraus mit allen eingekerkerten Freiheitskämpfern! Nieder die faschistische Terrorherrschaft!«[2]

Die Verbundenheit mit der Kommunistischen Partei Deutschlands und mit Ernst Thälmann, den Willen zum antifaschistischen Widerstandskampf bewiesen am 5. März Millionen Werktätige anläßlich der Reichstagswahl. Trotz des faschistischen Terrors, obgleich die Kommunisten im gesamten Reichsgebiet verfolgt wurden, stimmten mehr als 4,8 Millionen Wähler für die KPD. Sie erhielt damit 12,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die Partei errang 81 Reichstagsmandate. Auch Ernst Thälmann war wieder als Reichstagsabgeordneter gewählt worden. Aber das faschistische Regime annullierte widerrechtlich die Mandate der KPD und

1 IML, ZPA, St 10/137.

2 Heraus mit Thälmann und anderen politischen Gefangenen! In: Die Rote Fahne, Mitte März 1933.

ließ auch sozialdemokratische Abgeordnete verhaften, um sich so eine Zweidrittelmehrheit für ein verfassungsänderndes Ermächtigungsgesetz zu verschaffen.

Rosa Thälmann erfuhr während des Wahlsonntags, am 5. März, in Hamburg von der Verhaftung ihres Mannes. Am 8. März konnte Ernst Thälmann den ersten Brief an seine Frau schreiben: »Bin am 3. 3. hier festgenommen worden. Gesundheitlich geht es mir gut, und sonst muß man eben durchhalten. Mein ganzes Leben war ja schon immer ein stürmisches und wird es auch bis zum Tode bleiben... Ich soll ›in dem dringenden Verdacht einer nach den §§ 81–86 StGB strafbaren Handlung‹ stehen. Es heißt dann weiter, ›daß Sie bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft zu nehmen sind‹. Es wäre gut, wenn Du den Rechtsanwalt Hegewisch in Kenntnis setzt und mit ihm über das eingeleitete Verfahren sprichst.« Und er schloß: »Wie lange es hier dauert, weiß ich nicht. Jedenfalls werde ich von hier aus bald anderswo hinkommen.«[3]

Ernst Thälmann selbst hatte bereits am 6. März Dr. Kurt Rosenfeld, einen der bekanntesten Verteidiger von Revolutionären vor bürgerlichen Gerichten, eine Vollmacht für die Vertretung seiner Interessen erteilt. Ernst Hegewisch schrieb am 15. März an Ernst Thälmann, daß er die Übernahme der Verteidigung Thälmanns im Augenblick nicht für richtig halte, bat aber doch um eine undatierte Vollmacht, um gegebenenfalls von ihr Gebrauch machen zu können. Beide Anwälte unterstützten Ernst Thälmann in der ersten Zeit seiner Haft, so bei dem Versuch, einen Teil seiner bei der Verhaftung beschlagnahmten Barschaft für seine Familie freizubekommen, und wohl auch bei der Ausarbeitung von Thälmanns Gesuch vom 20. März um eine beschleunigte Aufnahme der gerichtlichen Voruntersuchung.[4] Dadurch wollte Ernst Thälmann erreichen, daß er aus dem Polizeigewahrsam in Untersuchungshaft überführt wurde und damit die Möglichkeit erhielt, sich mit seinen Rechtsanwälten zu beraten und Sprecherlaubnis für seine Angehörigen zu erhalten.[5] Auch hoffte er, sich so einer Übergabe an die faschistischen Schlägertrupps zu entziehen.

Seine beiden ersten Anwälte waren aber als bekannte Antifaschisten

3 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 19, 20.

4 Vgl. IML, ZPA, NL 3/38; NL 3/24.

5 Vgl. Gertrud Meyer: Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente. Ergänzungsbd. zu Hochmuth/Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945, Frankfurt a. M. (1971), S. 237. – Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 34.

bald selbst Verfolgungen ausgesetzt, und es bedurfte langen Suchens, bis neue Rechtsanwälte als Verteidiger für Ernst Thälmann gewonnen werden konnten.[6]

Ernst Thälmann rechnete damit, daß seine Haft lange währen würde. »Aber hier gibt es nur eins: Wer kämpft um eine Idee..., der muß alle Leiden in diesem unvermeidlichen Kampf ruhig, bewußt und, wie es einem ehrlichen Revolutionär gebührt, mit der größten Energie zu ertragen wissen«[7], schrieb er an seine Frau. Besonders bedrückte Ernst Thälmann die Isolierung vom politischen Leben. Davon zeugen auch die dringenden Bitten, ihm Zeitungen zu senden, die Sorgfalt, mit der er verfolgte, ob er auch alle von Rosa abgesandten Zeitungen erhielt, die Genauigkeit, mit der er sie studierte. Obgleich ihm, wie er schrieb, »eine freie Meinungsäußerung« nicht möglich war[8], nutzte er seine Briefe doch, um so deutlich wie möglich seine Gedanken zur gegenwärtigen Lage und zur zukünftigen Entwicklung zu äußern.

»Wir werden ja sehen, ob der Siegestaumel, in dem sich Millionen Menschen heute befinden, ihnen ein besseres Leben und eine andere Zukunft bringen wird. Wir Kommunisten, die immer real, konkret und dabei dialektisch denken, haben eine andere Auffassung. Wir wissen: ... Millionen Menschen Arbeit, Brot und Freiheit geben, das kann nicht der Kapitalismus«, schrieb er am 18. März 1933 an seinen Vater. Und am 1. Mai, an diesem »denkwürdigen, an historischen Erinnerungen so reichen Tage«, sprechen die Gewißheit vom schließlichen Sieg des Proletariats wie das Wissen um die Schwere des Kampfes deutlich für jeden, der verstehen will, aus dem Brief an seinen Vater: »Wie die Sonne manchmal hart kämpfen muß, um den Wall von düsteren Wolken, der sie umringt, zu durchbrechen, und sich letzten Endes mit ihren Strahlen durchsetzt, so werden auch Recht und Wahrheit vorwärtsschreiten und bahnbrechend sein in aller Zukunft.«[9]

Aus dieser Zuversicht erwuchs auch seine Festigkeit gegenüber den Verleumdungen der Nazipresse, auf die er nicht antworten konnte und die bei ihm »physischen Ekel« hervorriefen, gegenüber den Lügen von seinem Selbstmord, von seiner Absetzung durch Moskau usw.[10]

6 Vgl. Gertrud Meyer: Nacht über Hamburg, S. 238, 242/243.
7 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 20/21.
8 Ebenda, S. 28.
9 Ebenda, S. 23, 31.
10 Vgl. ebenda, S. 28, 25.

Große Freude bereiteten dem Eingekerkerten die Glückwünsche zu seinem Geburtstag. 60 Karten aus Hamburg erreichten ihn. In der Tat waren aus ganz Deutschland und auch aus dem Ausland säckeweise Glückwünsche und viele Pakete im Untersuchungsgefängnis eingetroffen. Thälmann aber bekam diese Post nicht zu Gesicht. Die Faschisten unterschlugen sie.[11] Auch von den anderen Beweisen der Solidarität aus Berlin, aus anderen Orten Deutschlands und aus dem Ausland erfuhr er zunächst noch nichts. Das änderte sich erst, als seine Frau ihn besuchen konnte und in die Unterhaltungen geschickt Bemerkungen über die Freundschaftsbeweise der »großen Familie« einfließen ließ. Aber erst Ende April/Anfang Mai 1933 war es Rosa Thälmann möglich, ihren Mann aufzusuchen.[12]

Else Daub berichtet, daß sie von der Partei beauftragt worden war, Rosa Thälmann bei ihren Bemühungen um eine Besuchserlaubnis zu unterstützen. Sie gab Rosa dann auch Ratschläge, wie sie in ihre Gespräche Mitteilungen und Fragen an Ernst Thälmann einflechten konnte. Die ihr von der Parteiführung übergebenen Informationen schrieb Genossin Daub auf Seidenpapier. In diesen ersten Kassibern, die im Auftrag der Partei an Ernst Thälmann abgingen, waren unter anderem Fragen nach dem Gesundheitszustand Thälmanns sowie knappe Mitteilungen über die politische Lage und den Kampf der Partei enthalten. Sie und Rosa beobachteten das Verfahren bei der Annahme von Paketen für die im Polizeipräsidium Inhaftierten. Entsprechend den gewonnenen Erfahrungen wurden die Kassiber untergebracht. So wurde ein Kassiber von einem Genossen in eine Zigarre eingewickelt. Als dieser Genosse erkrankte, wurden von Else Daub die eng zusammengerollten Kassiber in einige Zigaretten einer Zigarettenpackung gesteckt. »Das war nicht so einfach, da es Beamte gab, die die Zigaretten in der Mitte durchbrachen. Es mußte sehr sauber und exakt gearbeitet werden.« Später stellte sie einen Kassiber her, den sie in Stearin einhüllte. »Ich erklärte Rosa, daß sie beim nächsten Besuch im Polizeipräsidium diesen Kassiber in den Mund nehmen und unbedingt versuchen solle, ihren Mann zu küssen und ihm dabei die in Stearin gehüllte Nachricht zu übermitteln. Sollte es mißlingen, Kassiber herunterschlucken! Das waren die Anweisungen. Es gelang, Ernst Thälmann diesen Kassiber zu übermitteln... Das alles war mit großen Schwierigkeiten verbunden, da Rosa Thälmann nicht so leicht an

11 Vgl. ebenda, S. 29.
12 Vgl. Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 55/56. – IML, ZPA, NL 3/40.

ihren Mann herankam. Sie mußte, wenn es klappen sollte, einen Moment abpassen, in dem der Beamte sich umdrehte. So gelang es auch.«[13]

Als unmittelbare Antwort auf Thälmanns Verhaftung entwickelte sich schon im März 1933 auf Initiative der KPD und der Kommunistischen Internationale die Bewegung für seine Befreiung. In der ganzen Welt erhob sich ein Entrüstungssturm gegen seine Festnahme und gegen die Terrorakte des Hitlerregimes. Am 5. März 1933 wandte sich das Exekutivkomitee der Komintern an die Arbeiter aller Länder mit dem Appell, »angesichts des gegen die Arbeiterklasse Deutschlands vorstoßenden, alle Kräfte der Weltreaktion entfesselnden Faschismus« die Einheitsfront gegen die faschistische Reaktion besonders in Deutschland, welche »die Arbeiterbewegung mit den brutalsten Terrormethoden niederzuwerfen versucht«[14], zu schließen. Das EKKI forderte deshalb alle kommunistischen Parteien auf, den Führungen der sozialdemokratischen Parteien eine Zusammenarbeit im Kampf gegen den Faschismus, zur Verteidigung der Arbeiterbewegung vorzuschlagen. Die kommunistischen Parteien unternahmen entsprechende Schritte, aber die sozialdemokratischen Parteien lehnten die Vorschläge der Kommunisten ab.[15] Das Präsidium des EKKI legte am 1. April in einer Resolution über die Lage in Deutschland[16] fest, wie der Kampf um die Befreiung Ernst Thälmanns im internationalen Maßstab zu führen sei.

Die Führung der KPD entwickelte ein spezielles Arbeitsprogramm[17], das alle Initiativen für den Kampf zur Freilassung ihres eingekerkerten Vorsitzenden sowie der über zehntausend anderen verhafteten Antifaschisten zusammenfaßte. Die Aufrufe der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale zur Befreiung Ernst Thälmanns und aller anderen Antifaschisten fanden in der ganzen Welt ein starkes Echo.

In vielen Teilen Deutschlands erschienen in den Arbeitervierteln der großen Städte illegale Häuserblockzeitungen und Flugblätter mit der Forderung nach Thälmanns Freilassung. Allein in einem Stadtteil seiner Heimatstadt Hamburg wurden von Ende März bis Mitte April 1933 drei

13 IML, ZPA, EA 1088. – Vgl. auch ebenda, EA 1400/1.
14 Für die Einheitsfront des Proletariats. Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. In: Rundschau, 1933, Nr. 4, S. 91.
15 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Abriß, S. 402–404.
16 Vgl. IML, ZPA, 3/1/344.
17 Vgl. ebenda.

Zeitungen und vier Flugblätter mit einer Auflage von mehreren hundert Exemplaren herausgegeben und verteilt. In allen anderen Bezirken Deutschlands wurden ebenfalls Flugblätter und Zeitungen mit dem Ruf nach Freiheit für Ernst Thälmann verbreitet.[18] Die Aktionen für die Befreiung Ernst Thälmanns waren ein Bestandteil des von der KPD geführten antifaschistischen Widerstandskampfes, an ihnen nahmen sowohl klassenbewußte Sozialdemokraten und Gewerkschafter wie auch aufrechte bürgerliche Demokraten teil.

Die Aktionen der KPD zum 1. Mai 1933 standen im Zeichen des Kampfes gegen den faschistischen deutschen Imperialismus und der Antifaschistischen Aktion für die Freilassung Ernst Thälmanns und aller anderen Inhaftierten. Dem entsprach auch der Inhalt der Sondernummern der illegalen Zeitungen, Flugblätter und Streuzettel. Im Bezirk Wasserkante führte die illegale KPD als Auftakt zum 1. Mai eine Thälmann-Kampfwoche durch.[19] Im Juni beschloß die KPD ein Thälmann-Aufgebot zur Verbesserung der massenpolitischen Arbeit.[20]

Im Juni 1933 fand in Paris der Antifaschistische Arbeiterkongreß Europas statt. Dieser Kongreß war auf Initiative der Kommunistischen Internationale einberufen worden, um den internationalen Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr zu organisieren. Über 3000 Delegierte – unter ihnen 120 deutsche Antifaschisten –, die mehr als drei Millionen Werktätige aus allen Ländern Europas vertraten, berieten vom 4. bis 6. Juni in Paris über den Kampf gegen den Faschismus. Ernst Thälmann wurde in das Ehrenpräsidium gewählt. Sein Kampfgefährte Wilhelm Florin hielt das Hauptreferat.[21] Die Delegierten beschlossen unter anderem ein Manifest an die Werktätigen Europas, in dem der Faschismus als Gefahr für die Werktätigen aller Länder gekennzeichnet und zur Bildung von Kampfkomitees, Abwehrstaffeln und Hilfskomitees für die Opfer des faschistischen Terrors aufgerufen wurde.[22] Der Beauftragte der Parteiführung der KPD traf mit der deutschen Sektion des Arbeiterkongresses und mit den anderen Ländersektionen Vereinbarungen über eine ko-

18 Vgl. ebenda, NL 3/51. – Hundert Tage illegaler Kampf, Moskau–Leningrad 1933, S. 18. – IML, ZPA, I 2/5/4.
19 Vgl. Jürgen Stroech: Die Solidaritätsbewegung zur Befreiung Ernst Thälmanns (1933–1936). Staatsexamensarbeit, Berlin o. J. [1961], S. 23/24.
20 Vgl. IML, ZPA, I 2/5/4.
21 Vgl. ebenda, St 10/111, Bd. 2.
22 Vgl. Rundschau, 1933, Nr. 20, S. 663/664; Nr. 21, S. 709–711.

ordinierte internationale Kampagne für die Befreiung Ernst Thälmanns und die Schaffung eines internationalen Befreiungskomitees.[23] Das auf dem Kongreß gewählte Antifaschistische Zentralkomitee beriet im August mit dem Weltkomitee zum Kampf gegen den Krieg, das im August 1932 auf dem Antikriegskongreß in Amsterdam gewählt worden war, über die Vereinigung der beiden Bewegungen. Durch die Verschmelzung der beiden Leitungsorgane wurde das Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus geschaffen, das unter der Leitung von Henri Barbusse stand.

Von der UdSSR bis zu den USA und bis nach Japan erklang die Forderung, Ernst Thälmann freizulassen, am nachhaltigsten in der Sowjetunion. Vielfältig waren die Kampfformen in den kapitalistischen Ländern: Protestkundgebungen; Artikel in legalen und illegalen Zeitungen; Flugblätter, Klebezettel; Losungen an Häuserwänden, Zäunen und Schornsteinen; Versammlungen, Demonstrationen, Streiks; Postkarten, Briefe und Telegramme an Thälmann, an die Justizbehörden; Filme und politisches Theater; Petitionen an die Botschaften des faschistischen Deutschlands und Störungen von deren Arbeit durch ständige Telefonanrufe. Delegationen wandten sich in Moskau, Paris, Prag, Madrid, Amsterdam, Brüssel, London, New York und in vielen anderen Hauptstädten an die deutschen Botschaften und forderten die sofortige Freilassung Thälmanns.[24]

In der Sowjetunion begannen die Partei-, Komsomol- und Gewerkschaftsorganisationen sowie die Organisationen der Internationalen Arbeiterhilfe bereits im März 1933 mit Aktionen gegen die Untaten der Faschisten in Deutschland und für die Befreiung Ernst Thälmanns. In allen Teilen der UdSSR, von Leningrad bis Wladiwostok, verfaßten Arbeiter, Kolchosbauern und Angehörige der Intelligenz Protestschreiben gegen die Verhaftung Ernst Thälmanns und anderer Antifaschisten und spendeten für den Fonds zur Unterstützung der Opfer des Faschismus.[25] Eine der von der KPdSU(B) zum 1. Mai 1933 herausgegebenen Losungen lautete: »Brüderlichen Gruß den revolutionären Proletariern Deutschlands! Es lebe die heldenhafte Kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe Genosse Thälmann!«[26]

23 Vgl. IML, ZPA, I 2/5/4.

24 Vgl. Jürgen Stroech: Die Solidaritätsbewegung..., S. 39–42.

25 Vgl. L. G. Babitschenko: Die Werktätigen der UdSSR im Kampf für die Rettung Ernst Thälmanns in den Jahren 1933 bis 1937. Manuskript.

26 Правда, 23. April 1933. Zit. in ebenda, S. 4.

Zu den ersten Aktionen der Werktätigen in der Sowjetunion für die Verteidigung Ernst Thälmanns gehörte eine Massenversammlung der Arbeiterinnen des Ostrogoshsker Waggonreparaturwerkes »Ernst Thälmann« am 8. März 1933, dem Internationalen Frauentag. Sie erhoben leidenschaftlichen Protest gegen Thälmanns Einkerkerung und forderten, ihn und die anderen Opfer des Naziterrors unverzüglich freizulassen. Als Antwort auf die Angriffe der faschistischen Großbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse verpflichteten sie sich, den Plan des I. Quartals im ersten Jahr des 2. Fünfjahrplans überzuerfüllen. Derartige Produktionsverpflichtungen zur Stärkung des ersten sozialistischen Staates, die aus der ganzen UdSSR gemeldet wurden, waren die beste Unterstützung für das Ringen um die Freiheit Thälmanns, ja für den Kampf gegen den Faschismus überhaupt. Im Mai 1933 traten die Arbeiter des zweiten Uhrenwerkes in Moskau in einen Wettbewerb um den Ehrennamen Ernst Thälmann. Als das Kollektiv dieses Ziel erreicht hatte, übernahm es die Patenschaft über eine Sowjetwirtschaft in der Nähe Moskaus und half ihr, die Frühjahrsbestellung rechtzeitig und mit einer Übererfüllung des Planes abzuschließen.[27] Am 24. Mai 1933 wählte der Kolchos »Held der Arbeit« in Bor Tschokrak auf der Krim den deutschen Arbeiterführer zu seinem Ehrenmitglied.[28] Viele Kolchosbrigaden nahmen ihn als Ehrenmitglied in die Brigade auf und leisteten in seinem Namen die Arbeitseinheiten, so die 3. Brigade des Kolchos »Schir-Kanal« im armenischen Karaklissa. Wie das auf den Namen Ernst Thälmann ausgestellte Arbeitsbuch Nr. 872 verzeichnet, wurden am 25. Juli 1933 für ihn 20 Arbeitseinheiten geleistet.[29]

Die KPD unternahm große Anstrengungen, um Ernst Thälmann aus dem Berliner Polizeipräsidium zu befreien. Ein Genosse aus Schöneberg erhielt den Auftrag, einen Abdruck von den Schlössern der Außentüren des Gefängnisses anzufertigen. Das gelang auch, Nachschlüssel konnten hergestellt werden. Aber plötzlich wurde Ernst Thälmann am 23. Mai in das Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit überführt. Der Befreiungsversuch konnte nicht durchgeführt werden.[30]

27 Vgl. Резолюции торжественного собрания женщин Острожского вагоноремонтного завода имени Тельмана. In: Пролетарская солидарность. Сборник документов, Woronesh 1973, S. 122/123. – L. G. Babitschenko: Die Werktätigen der UdSSR im Kampf für die Rettung Ernst Thälmanns, S. 4–6.

28 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 539, Opis 2, ed. chr. 586.

29 Vgl. IML, ZPA, NL 3/5.

30 Vgl. ebenda, EA 1088.

3

Eine neue große Schule des Lebens

Auch im Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit war Ernst Thälmann streng isoliert, seine Einzelzelle lag unmittelbar vor dem Kontrollstand des Aufsichtsführenden in der Station C I, im Parterre, in jenem Gefängnisteil, der für »besonders gefährliche« Gefangene vorgesehen war. Die Zellen links und rechts neben Thälmann und die über ihm wurden geräumt. In seinen »Freistunden« mußte Ernst Thälmann allein gehen. Der Hof für diesen »Spaziergang« wurde durch zwei Gefängnisflügel und eine mehrere Meter hohe Backsteinmauer begrenzt. Einen Rasenfleck in der Mitte des Hofes umrundete ein Steinplattenpfad, der Weg Ernst Thälmanns für 30 Minuten jeden Tag.[1] Ein Sonderkommando bewachte ihn. Das Bewachungspersonal in dem Flügel des Gefängnisbaus, in dem Thälmanns Zelle lag, wurde besonders auf seine Zuverlässigkeit überprüft. Der Gefangene Ernst Thälmann sollte völlig von der Außenwelt isoliert, eine Befreiung unbedingt verhindert werden.

Bereits am 24. Mai 1933, einen Tag nach der Überführung Thälmanns in das Untersuchungsgefängnis, verlangten in Berlin-Moabit, in der Nähe des Arminiusplatzes, Hunderte demonstrierender Arbeiter seine Freilassung.[2] Demonstrationen und auch kleinere Streiks mit dieser Forderung gab es in vielen Teilen Deutschlands, so im Ruhrgebiet, unter anderem in Düsseldorf in den Phönix-Werken und im Conix-Werk des Klöckner-Konzerns. Die KPD konnte bis April 1933 über hundert solcher Streiks organisieren.[3]

Das Hitlerregime bemühte sich angestrengt, Prozeßmaterialien gegen Ernst Thälmann zusammenzubringen. Es wollte in Thälmann nicht nur die Person des Parteivorsitzenden, sondern die Kommunistische Partei und die internationale kommunistische Bewegung anklagen und verurteilen. Der Prozeß sollte die kommunistische Bewegung vor den Völkern diskreditieren und den faschistischen deutschen Imperialismus der Weltöffentlichkeit als Vorkämpfer gegen den Kommunismus empfehlen. Die Oberreichsanwaltschaft ließ eine Denkschrift mit dem Titel

1 Vgl. IML, ZPA, NL 3/26.
2 Vgl. Tribunal. Organ der Roten Hilfe Württembergs, Nr. 5, Ende Juni 1933.
3 Vgl. Jürgen Stroech: Die Solidaritätsbewegung..., S. 20/21.

Umschlag der Broschüre mit der Rede Ernst Thälmanns auf der Tagung des Zentralkomitees des KJVD vom 14./15. November 1932 in Prieros

Genosse Ernst Thälmann

über die Rolle und die Kampfaufgaben der Ruhrpartei

Genosse Thälmann wird von tosendem, langanhaltendem Beifall, von begeisterten „Rot-Front"-Rufen und mit dem Gesang der „Internationale" begrüßt.

Parteigenossinnen und Genossen!

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands überbringe ich dem heutigen Bezirksparteitag die heißen revolutionären Kampfesgrüße. (Beifall.)

Unsere Partei hat einen glänzenden revolutionären Vormarsch zu verzeichnen! Unser heutiger Bezirksparteitag hat die Aufgabe, die vergangene Arbeit zu überprüfen, selbstkritisch und nüchtern alle Schwächen und Mängel, die unserer Bewegung noch anhaften, klar zu beleuchten und die Waffen zu schmieden für die nächsten Arbeiten unserer Ruhrpartei.

Die Industriestadt Essen ist mit großen Traditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung auf das engste verbunden. Vor 26 Jahren, im Jahre 1907, tagte hier in der Krupp-Stadt der Parteitag der alten Sozialdemokratie. **Damals trat bereits Karl Liebknecht gegen die sozialchauvinistischen Auffassungen Gustav Noskes auf.** Noske war der Befürworter der nationalistischen Vaterlandsverteidigung, der kaiserlichen Wehrpolitik. Er verteidigte die Wehrvorlage des wilhelminischen Deutschland. Und wenn damals bereits unser Karl Liebknecht diesem Noske seine leidenschaftliche Kampfansage entgegenschleuderte, dann zeigte die Entwicklung der Politik der Sozialdemokratie, die zum Sozialchauvinismus, zum Verrat am proletarischen Internationalismus, die zur Versenkung der roten Kampfesfahne in den imperialistischen Schützengraben führte, wie recht Karl Liebknecht mit seiner mutigen Kriegserklärung gegen die Noske und Co. schon damals gehabt hatte. (Sehr richtig!)

Hier in Essen tagte weiterhin im Jahre 1927 der 11. Reichsparteitag der KPD. Vergleichen wir diesen damaligen Parteitag mit der heutigen Tagung des Bezirksparteitages der Ruhr, **dann sehen wie das gewaltige bolschewistische Wachstum unserer Partei, dann sehen wir, wie wir gestärkt und gestählt wurden im Feuer der Klassenauseinandersetzungen und des unversöhnlichen Kampfes gegen die Opportunisten in unseren eigenen Reihen.**

Aus dem Protokoll
des Bezirksparteitages der KPD Ruhrgebiet,
7./8. Januar 1933

Ernst Thälmann,
John Schehr, Walter Ulbricht, Franz Dahlem
und weitere Mitglieder des Zentralkomitees der KPD
auf der Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus
während der Kampfdemonstration der Berliner Arbeiter
gegen den Hitlerfaschismus am 25. Januar 1933

Sächsische
Arbeiter-Zeitung

Alarm für Liste 3

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Bezirk Sachsen) Verbreitungsgebiet Westsachsen

Leipzig
Montag, den 27. Februar 1933

Einzelpreis 10 Pf. — 13. Jahrgang / Nr. 46

Ernst Thälmann

ruft zur antifaschistischen Einheitsfront

Offener Brief an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter Deutschlands
An die Kollegen der freien Gewerkschaften und die Reichsbannerkameraden

Klassengenossen! Genossinnen!

Die offene faschistische Diktatur ist über Deutschland aufgerichtet. Der Reichspräsident von Hindenburg, für den Ihr auf Geheiß eurer Führer vor einem knappen Jahr mit dem Aufgebot aller eurer Kräfte den Wahlkampf führtet, weil man euch sagte, Hindenburgs Wahl sei ein Schutz vor dem Hitler-Faschismus, hat Adolf Hitler, Frick und Goering, Papen, Hugenberg und Seldte die Macht übergeben. Mit Terror und Verfolgung versucht die Bourgeoisie die Arbeiterklasse und ihre Organisationen niederzuwerfen. Faschistische Banditen verüben eine Kette von Meuchelmorden an sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern.

Immer wieder hat die Kommunistische Partei ihre feste, unverbrüchliche Bereitschaft ausgesprochen, gemeinsam mit allen Arbeitern und jeder Organisation den Kampf gegen den Faschismus zu führen, die ihrerseits zum Kampf bereit sind.

Wie am 20. Juli des vergangenen Jahres, so richtete am 30. Januar dieses Jahres erneut ihr Angebot zum gemeinsamen Kampf an die Sozialdemokratie, an den ADGB und Afa-Bund, an die christlichen Gewerkschaften. Eure Führer sind auf diese Einheitsfrontvorschläge nicht eingegangen.

Im Namen der hunderttausenden Mitglieder der Kommunistischen Partei, im Namen der mehr als 6 Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter, die bei der letzten Reichstagswahl ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei bekundeten,

reiche ich euch, den Mitgliedern und Funktionären der SPD, der freien Gewerkschaften und darüber hinaus den Millionenmassen parteiloser Arbeiter, die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfbündnis gegen den Faschismus.

Die faschistischen Meuchelmörder, die mit Dolchen, Revolvern und Bomben gegen Arbeiter wüten, machen keinen Unterschied, ob ihr das Mitgliedsbuch der KPD, der SPD oder der christlichen Gewerkschaften in der Tasche tragt. So darf auch im Freiheitskampf aller Antifaschisten die Parteizugehörigkeit kein Hindernis sein, gemeinsam zu marschieren, gemeinsam zu kämpfen.

Am Wahlsonntag oder einige Tage darauf sollen die Garden der SA und SS in das rote Berlin, das kämpferische Herz der deutschen Arbeiterklasse, einmarschieren. Marsch auf Berlin — diese Drohung der faschistischen Terrorformationen ist eine Kriegserklärung nicht nur gegen die Männer und Frauen und die Jugend des roten Berlin, sondern gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse, gegen das ganze werktätige Volk!

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands rufe ich euch Klassengenossen und -genossinnen, die ihr noch nicht in unserem Lager steht, die ihr aber wie wir den Faschismus haßt und die Freiheit liebt, zur gemeinsamen Abwehr auf.

Wenn wir, die Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterjugend, deren Hände alle Werte erschaffen, Schulter an Schulter zusammenstehen, wenn wir gemeinsam kämpfen, sind wir unüberwindlich. Wenn wir gemeinsam kämpfen, werden wir Millionen von armen Bauern auf dem Lande, Millionen von Angestellten, Beamten, Mittelständlern in den Städten mit uns reißen in die gemeinsame Front des antifaschistischen Freiheitskampfes!

Reißt in euren Organisationen zu diesem Einheitsfrontangebot der Kommunistischen Partei Deutschlands Stellung! Bereitet gemeinsam mit euren kommunistischen Klassengenossen die notwendigen Kampfmaßnahmen! Bildet gemeinsam mit uns Kommunisten den Selbstschutz, die Kampffront der Betriebe und Stempelstellen! Schafft gemeinsam mit uns breite Massenorgane der proletarischen Einheitsfront, in denen kameradschaftlich und brüderlich Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Arbeiter und Freigewerkschaftler, Organisierte und Unorganisierte zusammenarbeiten und gemeinsam den Kampf organisieren!

Es lebe die kämpfende proletarische Einheitsfront! Es lebe der antifaschistische Freiheitskampf!
Es lebe der gemeinsame Kampf für Arbeitermacht und Sozialismus!

Ernst Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands

Das Lokal Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehme.
Hier fand die illegale Tagung
des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 statt,
auf der Ernst Thälmann referierte

Ernst Thälmann als Gefangener der Faschisten
im Berliner Polizeigefängnis am Alexanderplatz, 1933

Der Polizeipräsident. Berlin, den [illegible] 1933.
Abteilung I.
2a [illegible]

An
Herrn

[illegible]

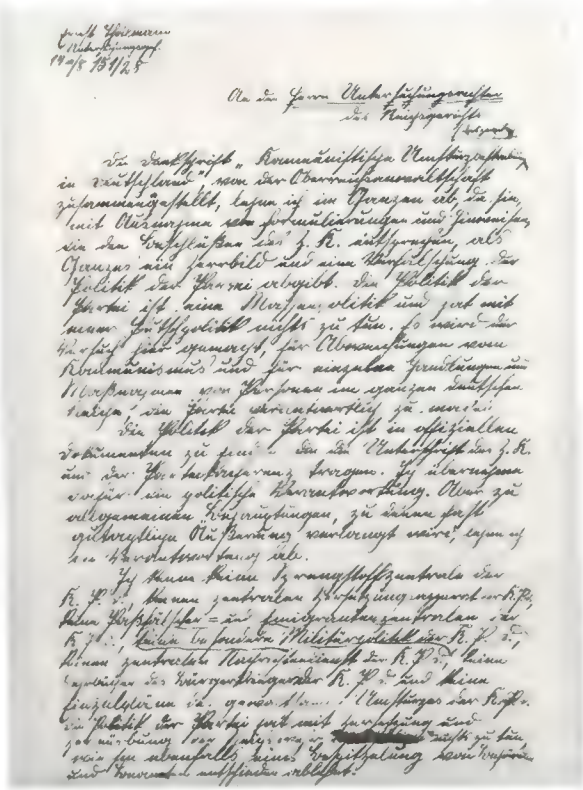
Sie stehen in dem dringenden Verdacht einer nach den §§ 81 bis 86 St.G.B. strafbaren Handlung.

Auf Grund des § 22 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4.2.33 -RGBl. S.35 in Verbindung mit § 1 der Verordnung vom 28.2.33 - ordne ich hiermit an, daß [illegible] bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft zu nehmen sind.

Im Auftrage:
gez. Dr. Mittelbach,
Staatsanwaltschaftsrat.

Ausgefertigt:
[illegible]
Pol.-Prakt.

Haftbefehl gegen Ernst Thälmann



Erste Seite
der Stellungnahme Ernst Thälmanns
zu einer Denkschrift der Faschisten

Ernst Thälmann
auf dem Hof des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit,
Mai 1934

»Kommunistische Umsturzbestrebungen in Deutschland« zusammenstellen, in der die KPD des Putschismus beschuldigt wurde.

Ernst Thälmann wurde von vier verschiedenen Untersuchungsrichtern vernommen. Während des Jahres 1933 folgte ein Verhör dem anderen, manchmal täglich und über zehn Stunden andauernd, um Material für die Anklage zu erhalten. Reden, Aufsätze, Beschlüsse von Sekretariats- und Politbürositzungen, von Tagungen des Zentralkomitees, Berichte von Versammlungen, auf denen Ernst Thälmann gesprochen hatte, wurden, soweit die faschistischen Untersuchungsbehörden ihrer habhaft werden konnten, herbeigeschafft und dienten als Grundlage für die Verhöre. Unter diesem Material waren nicht wenige Polizeispitzelberichte. Thälmann schrieb später: »Das gesamte wichtigste und mich belastende zentrale und sonstige Reichsmaterial der Partei und ihrer Organisationen wurde mir zur Begutachtung und Rückäußerung vorgelegt ..., schließlich wurden die gesamte Politik der Partei, ihre Arbeit und Organisationstätigkeit, unzählige Dokumente und Schriften, die von ihr herausgegeben worden waren, einer eingehenden Behandlung unterzogen, wobei manchmal auch unterschobenes und von Spitzeln zusammengestelltes Material dabei war.«[4]

Am 31. Oktober 1933 starb Ernst Thälmanns Vater. Trotz anfänglicher Zusage wurde Ernst Thälmann nicht gestattet, an der Beisetzung teilzunehmen. Diese Beisetzung am 4. November 1933 in Hamburg wurde zu einer eindrucksvollen Demonstration für Ernst Thälmann und alle antifaschistischen Kämpfer. Die Blumen und Kränze auf dem Friedhof waren mit roten Schleifen und Losungen geschmückt. Auf einer Schleife stand: »Letzten Gruß dem Vater unseres Arbeiterführers Ernst Thälmann!« Auch eine Vertretung der sowjetischen Handelsmission legte einen Kranz nieder. Alle Kranzschleifen wurden von der Gestapo entfernt.[5]

Während sich die Justizbehörden bemühten, Ernst Thälmann durch ständige Verhöre zu zermürben, entfachten die Faschisten in Deutschland und im Ausland eine zielgerichtete Mordhetze gegen Thälmann. Artikel und Broschüren mit Titeln wie »Volksgericht über Thälmann«, »Thälmann des Todes schuldig«, »Herunter mit Thälmanns Kopf« sollten Stimmung gegen Ernst Thälmann und die KPD machen und dem antifaschistischen Kampf entgegenwirken. So wollten die Nazis die Vor-

4 IML, ZPA, NL 3/18.
5 Vgl. Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 71/72. – IML, ZPA, NL 3/26.

untersuchung gegen Thälmann beeinflussen, das Ergebnis des geplanten Prozesses schon vorweg festlegen. Die Lügen über Ernst Thälmann sollten zugleich als »Beweismaterial« gegen Georgi Dimitroff dienen.

Der bulgarische Kommunist und hervorragende Funktionär der Kommunistischen Internationale Georgi Dimitroff war unter der Anschuldigung, an der Reichstagsbrandstiftung beteiligt gewesen zu sein, zusammen mit zwei weiteren bulgarischen Kommunisten am 9. März 1933 in Berlin verhaftet worden. Am 21. September 1933 begann in Leipzig der Reichstagsbrandprozeß, mit dem die Nazis auch den Thälmann-Prozeß politisch und juristisch vorbereiten wollten. Der Leipziger Prozeß sollte nachweisen, daß die KPD mit Unterstützung der Kommunistischen Internationale im Februar/März 1933 den bewaffneten Aufstand auslösen wollte. Mit dieser Lüge sollten die faschistischen Terrorakte gerechtfertigt werden. Aber dieses Vorhaben mißlang. Aus dem Angeklagten Dimitroff wurde der Ankläger. Er widerlegte nicht nur die Beschuldigungen, sondern wies auch nach, daß allein die Nazis Interesse am Reichstagsbrand hatten, nur sie als Brandstifter in Frage kämen. Georgi Dimitroff mußte im Dezember 1933 freigesprochen werden.[6] Sein Erfolg war eine große Hilfe für Ernst Thälmann, erleichterte seine Prozeßvorbereitung.

Der erste antikommunistische Monsterprozeß der Hitlerfaschisten war gescheitert. Noch am 1. Dezember 1933 hatte der führende Nazijurist Hans Frank in der Presse bekanntgegeben, der Prozeß gegen Ernst Thälmann stünde unmittelbar bevor. Die Welt werde vor Entsetzen über die Verbrechen der Kommunisten den Atem anhalten.[7] Jetzt brauchte die faschistische Justiz jedoch dringend neues Anklagematerial. Aber alle Anstrengungen der Untersuchungsrichter, Ernst Thälmann zu belastenden Aussagen zu veranlassen, blieben vergeblich. Am 9. Januar 1934 übergaben sie ihn deshalb zur weiteren »Behandlung« der Gestapo. Am selben Tag wurde Thälmann in das berüchtigte Gestapohauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße gebracht. Dort wurde er grausam mißhandelt. Zehn Jahre danach berichtete er darüber: »Zu beschreiben, was jetzt in diesem Vernehmungszimmer innerhalb von viereinhalb Stunden, von abends 5 bis 9.30 Uhr, geschah, ist fast unmöglich. Alle nur denkbaren grausamen Erpressungsmethoden wurden hier gegen mich angewandt, um

6 Vgl. Georgi Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen, Berlin 1972.

7 Vgl. IML, ZPA, NL 3/47.

unter allen Umständen Geständnisse und Angaben über Genossen, die verhaftet worden waren, und über politische Handlungen zu erzwingen. Zuerst begann es mit der freundschaftlichen Biedermannsmethode, da ich einzelne von diesen Burschen schon von der politischen Severing-Polizei her kannte, mit gutem Zureden usw., um im Spiel dieser Unterhaltungen über diese oder jene Genossen und sonstige interessierende Dinge etwas zu erfahren. Damit hatten sie keinen Erfolg. Darauf erfolgten brutale Angriffsmethoden gegen mich, in deren Verlauf mir vier Zähne aus den Kiefern herausgeschlagen wurden. Sie erzielten keine Erfolge. Als dritter Akt wurde die Hypnose gegen mich zur Anwendung gebracht, die aber völlig wirkungslos blieb... Jedoch der Schlußakt wurde zum eigentlichen Höhepunkt dieses Dramas. Aufforderung an mich, sofort die Hose auszuziehen, gleich darauf packten mich zwei Mann im Nacken und legten mich über einen Schemel. Ein uniformierter Gestapomann, mit einer Nilpferdpeitsche in der Hand, schlug dann in gewissen Zeitabständen auf mein Gesäß ein. Von den Schmerzen getrieben, schrie ich aus Leibeskräften mehrmals ganz laut auf!

Dann wurde mir der Mund vorübergehend zugehalten, und es gab Hiebe ins Gesicht und Peitschenschläge über Brust und Rücken. Hingestürzt, wälzte ich mich am Boden, mit dem Gesicht immer nach unten und gab auf gestellte Fragen überhaupt keine Antwort mehr. Bekam einzelne Fußtritte hier und da, verdeckte immer mein Gesicht, war aber bereits so schlapp sowie von heftigen Herzbeklemmungen befallen, daß mir Hören und Sehen verging. Dazu kam der brennende Durst.«[8] Ernst Thälmann mußte nach 48 Stunden zwei weitere Verhöre dieser Art über sich ergehen lassen. Aber trotz dieser barbarischen Mißhandlungen vermochte auch die Gestapo nichts aus Thälmann herauszubringen.

Am 19. Januar 1934 inspizierte Göring das Gestapohauptquartier und besichtigte auch die Zelle Ernst Thälmanns. Thälmann protestierte Göring gegenüber energisch gegen die Mißhandlungen und forderte seine Rückführung nach Moabit.[9]

Als Rosa Thälmann erfuhr, daß die Faschisten ihren Mann in die Prinz-Albrecht-Straße verschleppt hatten, versuchte sie, eine Besuchserlaubnis zu erhalten. Da diese Erlaubnis verweigert wurde, erklärte Rosa katego-

8 Ebenda, NL 3/18.

9 Vgl. ebenda. – Rudolf Diels: Lucifer ante portas... es spricht der erste Chef der Gestapo, Stuttgart (1950), S. 251/252. – Jürgen Stroech: Die Solidaritätsbewegung..., S. 20/21.

risch, daß sie ihren Mann sehen wolle. Verwehre man ihr das weiterhin, so wäre das der Beweis dafür, daß Ernst Thälmann nicht mehr lebe. Dann würde sie nicht schweigen, dann würde die ganze Welt aufhorchen. Das aber konnte das Hitlerregime nicht riskieren. Rosa Thälmann bekam eine Besuchserlaubnis. Als sie ihren Mann sah, geschunden und geschlagen, konnte sie nur ausrufen: »Ernst, wie siehst du aus! Was hat man mit dir gemacht!«[10]

Auch andere Genossinnen und Genossen sahen Ernst Thälmann in dieser Zeit bei der Gestapo. Else Daub berichtet darüber: »Einmal, als ich mit anderen Häftlingen nach allen Mißhandlungen im Gestapokeller auf das Polizeiauto warten mußte, sah ich auch Ernst Thälmann. Plötzlich hieß es für alle Häftlinge, sich mit dem Gesicht zur Wand zu stellen. ›Wer sich umdreht, wird erschossen!‹ wurden wir angebrüllt. Trotz dieser Drohung blickten wir alle zur Seite, und wir sahen, daß Ernst Thälmann hereingeführt wurde. Der berüchtigte Gestapomann Giering brachte ihn in den Gang, derselbe Menschenschinder, der uns kurze Zeit vorher in grausamster Weise gequält hatte. Ernst Thälmann hatte die Jacke über seinem Arm hängen, und es war ihm anzumerken, daß auch er gerade mißhandelt worden war.«[11]

Am 23. Januar kam Ernst Thälmann wieder ins Untersuchungsgefängnis. Bei der Rückfahrt drohten die Gestapoleute, ihn umzubringen, falls er sich über die Vernehmungen in der Prinz-Albrecht-Straße äußern würde. Einer der Polizeibeamten, die Ernst Thälmann in Moabit übernahmen, sagte beim Empfang: »Thälmann, Thälmann, wie sehen Sie bloß aus, totenbleich, ein eingefallenes Gesicht, verstörtes Aussehen: Was ist Ihnen passiert?«[12]

Am 17. März 1934 hatte das Politbüro der KPD konkrete Angaben über die Mißhandlungen Ernst Thälmanns erhalten. Die Parteiführung beschloß einen Aufruf, in dem die Werktätigen der ganzen Welt aufgefordert wurden, den Kampf gegen den faschistischen Terror, insbesondere für die Befreiung Thälmanns zu steigern.[13] Als bekannt wurde, daß Thälmann von der Gestapo gefoltert worden war, verstärkte sich die Forderung, ihn zu sehen und zu sprechen.

10 Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 462.

11 Else Daub: Mit Ernst Thälmann im Gestapokeller. In: Ebenda, S. 439/440.

12 IML, ZPA, NL 3/18.

13 Vgl. ebenda, I 2/3/13.

Der Vorsitzende der KPD war der wichtigste Gefangene des faschistischen Staates. Die Hitlerregierung mußte ihn der internationalen Öffentlichkeit »vorführen« – ohne direkten Kontakt zuzulassen –, um die Frage nach seinem Schicksal zu beantworten. Mehrfach erschienen Delegationen, aber auch einzelne Besucher aus Dänemark, Norwegen, Schweden, aus den USA und aus anderen Ländern, einmal auch eine Gruppe von 50 namhaften Juristen, und verlangten, Thälmann zu sehen. Soweit die Justizbehörden dem nachgeben mußten, arrangierten sie diese Besuche so, daß Ernst Thälmann lediglich aus hochgelegenen Fenstern des Gefängnisgebäudes während seines kurzen täglichen Spaziergangs im Hof beobachtet werden konnte.

Unter den Arbeiterdelegationen aus verschiedenen Ländern, die Ernst Thälmann aufsuchen wollten, war auch eine Delegation aus Paris. Im »Tribunal« wurde darüber berichtet: »Die Delegation der Pariser Arbeiter, die zum Besuche Ernst Thälmanns... am 8. März nach Berlin fuhr, ist am 13. März nach Paris zurückgekehrt. Die Delegation war von 14 Großbetrieben von Paris entsandt... Nach ihrer Ankunft begaben sich die Genannten zunächst in das Strafgefängnis Moabit... Vom Moabiter Strafgefängnis wurden sie... in das Moabiter Untersuchungsgefängnis geschickt... Ein höherer Gefängnisbeamter erklärte ihnen auf ihre Forderung, daß sie Thälmann sprechen wollen, es sei dazu die Erlaubnis des Untersuchungsrichters notwendig. Die Delegation begab sich hierauf zum Untersuchungsrichter...

›Wir sind eine von Paris gekommene Arbeiterdelegation, wir wollen mit Ernst Thälmann sprechen.‹ Der Untersuchungsrichter meinte darauf, Thälmann sei in gutem Zustand. Daraufhin wurde ihm geantwortet: ›Im Ausland sind alarmierende Gerüchte verbreitet, daß es Thälmann sehr schlecht ergehe, wir wollen uns selbst davon überzeugen, wie es ihm geht und ihn darum sehen.‹...

›Aber es ist doch eine politische Geschichte‹, entgegnete der Untersuchungsrichter, ›ich kann Ihnen keine Erlaubnis ohne besondere Weisung geben.‹

Darauf begab sich die Delegation ins Propagandaministerium, wo sie Oberregierungsrat Schmolz empfing...

Der Oberregierungsrat wand sich bei der Forderung der Pariser Arbeiter verlegen hin und her und sagte, er werde sein Möglichstes tun...

Am Montag, dem 12. März, versuchte die Delegation wieder den Oberregierungsrat Schmolz zu erreichen. Er ließ sich offenkundig ver-

leugnen. Endlich konnte die Delegation durchdrücken, empfangen zu werden. Schmolz machte einen sehr verlegenen Eindruck...« Ein Korrespondent einer französischen Zeitung wurde vor der Delegation aus Paris in sein Arbeitszimmer gebeten. Als dieser ins Wartezimmer zurückkam, teilte er den wartenden Arbeitern mit, daß »die Reichsbehörden einen Besuch Thälmanns durch die Arbeiterdelegation abgelehnt hätten. Der Korrespondent hatte Schmolz darauf hingewiesen, daß die Delegation nach ihrer Rückkehr eine große Kampagne in dieser Angelegenheit entfalten werde.«[14]

Am 23. April 1934 traf eine Abordnung von Arbeitern aus Baseler Großbetrieben in Berlin ein. Auch sie wollte Thälmann besuchen, wurde jedoch ebenfalls nicht vorgelassen.[15] Einer Delegation aus dem Saargebiet, organisiert von der Roten Hilfe Deutschlands, gelang es schließlich, einen Besuch bei Thälmann durchzusetzen. Der Delegation gehörten ein Kommunist, ein Sozialdemokrat und ein parteiloser Arbeiter an. Sie blieb die einzige Arbeiterdelegation während der elfeinhalbjährigen Kerkerzeit, die mit Ernst Thälmann sprechen konnte. Mit der Genehmigung für die Saar-Delegation wollte das Hitlerregime den wachsenden Protest des Auslands abfangen und Gerüchte über Thälmanns Ermordung zerstreuen. Wenn gerade mit den Delegierten aus dem Saargebiet eine Ausnahme gemacht wurde, so deshalb, weil dort eine Abstimmung über dessen Angliederung an Deutschland oder Frankreich bevorstand. Die Justizbehörden hatten der Delegation genau vorgeschrieben, was sie Thälmann mitteilen und was sie ihn fragen durfte.

Die »Unterhaltung« fand am 19. Mai 1934 in Anwesenheit von Gestapoleuten statt. Sie dauerte nur kurze Zeit. Die Saar-Delegation berichtete über den Besuch: »Es wurde uns diktiert, daß wir ihn im Namen der saarländischen Bergarbeiter mit den Worten: ›Guten Tag, Genosse, wir überbringen dir die Grüße der Saararbeiter‹, begrüßen dürfen. Weiter wurden folgende Fragen von Gestapobeamten diktiert:

Hast du auskömmliches Essen?
Bekommst du Post?
Darfst du schreiben?
Wie oft und wie lange darfst du spazierengehen?
Darfst du auch rauchen?

14 Pariser Arbeiterdelegation in Berlin. In: Tribunal. Organ der Werktätigen gegen Unterdrückung, Faschismus, Justizterror, Mai 1934.
15 Vgl. Rundschau, 1934, Nr. 27, S. 998.

Kannst du dir Zusatzlebensmittel kaufen?

Eine Frage, die wir vorschlugen, nämlich: ›Hast du an deiner Behandlung im Gefängnis etwas auszusetzen?‹ wurde von den Beamten nicht zugelassen... Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn wir andere Fragen als die uns diktierten stellen, wir uns als politische Gefangene zu betrachten hätten...

Auf unsere erste Frage nach dem Essen antwortete Thälmann: ›Unmöglich könnte ich mit dem auskommen, was ich hier bekomme... Wenn ich nicht von dem Geld, das meine Frau mir ins Gefängnis schickt, Lebensmittel kaufen könnte, könnte ich unmöglich existieren.‹

Auf die Frage, ob er Post erhalte, antwortete Thälmann: ›Ich bekomme Post lediglich von meinen nächsten Verwandten. Ich weiß aber sicher, daß ich an meinem Geburtstag Tausende Briefe und Karten bekommen habe. Mir wurden aber nur drei ausgehändigt...‹

Nunmehr stellten wir völlig überraschend die Frage: ›Genosse Thälmann, wie geht es dir im allgemeinen?‹ und jetzt erfuhren wir die ganze furchtbare Wahrheit. Mit großer Erbitterung erwiderte Thälmann: ›Ich bin mißhandelt worden.‹

Sofort griffen die Gestapobeamten ein und riefen ›Raus!‹. Thälmann rief in steigender Erregung, mit der Faust in die Barriere schlagend: ›Ich wurde und werde mißhandelt!‹

Jetzt schoben uns die Gestapobeamten aus dem Besuchsraum heraus. Jetzt rief uns Thälmann zu, und es waren die letzten Worte, die wir von ihm hörten: ›Grüßt mir die Arbeiter an der Saar in meinem Sinne!‹«[16]

Die Delegation informierte in zahlreichen Versammlungen und durch eine Broschüre die Weltöffentlichkeit über die Lage Thälmanns und rief auf, die Befreiungsbewegung für Ernst Thälmann und die anderen politischen Gefangenen zu unterstützen.[17] Viele hundert ausländische, aber auch illegale deutsche Zeitungen berichteten über die Begegnung der Delegation mit Ernst Thälmann.

Nach langem Bemühen war es Rosa Thälmann gelungen, einen Verteidiger für Ernst Thälmann zu gewinnen. Den Nazis verdächtige Personen und Ausländer schieden von vornherein aus. Im September 1934

16 Rettet Thälmann, Torgler und Genossen! Erklärung der Saardelegation, die mit Thälmann sprach. In: Ebenda, 1934, Nr. 31, S. 1191.
17 Vgl. ebenda. – Appell des sozialdemokratischen Mitgliedes der Saardelegation der Roten Hilfe an alle sozialdemokratischen Arbeiter, Saarbrücken, 27. Mai. In: Ebenda, 1934, Nr. 34, S. 1290. – IML, ZPA, NL 3/53.

konnte Rosa Thälmann den Hamburger Rechtsanwalt Dr. Erich Wandschneider bestimmen, die Verteidigung ihres Mannes zu übernehmen.[18]

Wandschneider war zwar Mitglied der NSDAP, besaß aber gewisse Vorbehalte gegenüber dem Hitlerregime. Die faschistischen Justizbehörden hatten ihn zum Offizialverteidiger des bekannten Hamburger KPD-Funktionärs Fiete Schulze bestimmt. Dem antikommunistischen Rechtsanwalt nötigte dessen aufrechte Haltung Hochachtung ab; sie veranlaßte ihn, seine Einstellung zu den Kommunisten zu überdenken. Ernst Thälmann kannte er schon von früher. In der Wäscherei, in der Thälmann als Kutscher gearbeitet hatte, ließen auch seine Eltern waschen. Dem Kurier der Parteiführung gelang es, zu diesem Rechtsanwalt eine lose Verbindung zu knüpfen. Wandschneider half der KPD mit Informationen über Ernst Thälmanns Zustand im Gefängnis und gab einige Hinweise der Parteiführung an Thälmann weiter. Später verschlechterte sich jedoch sein Verhältnis zu Thälmann, die kommerziellen Interessen Wandschneiders traten stärker hervor.[19]

Als Offizialverteidiger war zunächst Rechtsanwalt Dr. Friedrich Roetter aus Berlin vorgesehen. Roetter nahm Verbindung zu seinem Mandanten auf. Ernst Thälmann schrieb hierüber in einem Brief an seine Frau am 3. März 1935: »Inzwischen hatte ich eine kurze Besprechung mit Dr. Roetter im Beisein des Untersuchungsrichters. Roetter selbst hat auf mich einen guten Eindruck gemacht. Er ist klug und kann was. Er ist Marineoffizier gewesen und besitzt das Eiserne Kreuz I. Klasse. Er war deutschnational gesinnt und hat in seiner früheren Praxis niemals Kommunisten verteidigt.«[20] Roetter, von der Unschuld des Vorsitzenden der KPD überzeugt und von der Lauterkeit des Charakters Thälmanns tief beeindruckt, wollte Ernst Thälmann im kommenden Prozeß wirklich verteidigen. Das aber entsprach in keiner Weise den Plänen der Nazis. Er erhielt vom sogenannten Volksgerichtshof keine Zulassung als Offizialverteidiger. Ende März 1935 wurde Roetter selbst für einige Zeit inhaftiert. Mit Hilfe der KPD floh er aus dem faschistischen Deutschland.[21]

Nachfolger Roetters wurde schließlich der Berliner Rechtsanwalt Fritz

18 Vgl. IML, ZPA, NL 3/24.
19 Vgl. ebenda, NL 3/70; 3/27.
20 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 91.
21 Vgl. IML, ZPA, NL 3/26; NL 3/27; NL 3/53. – IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 30, ed. chr. 1069. – Gertrud Meyer: Nacht über Hamburg, S. 246.

Ludwig. Lange hatte Rosa Thälmann, einem Wunsch ihres Mannes entsprechend, nach einem Berliner Rechtsanwalt als weiterem Verteidiger gesucht.[22] Während alle anderen vorgesehenen Rechtsanwälte ablehnten, erklärte sich Ludwig sofort bereit, die Verteidigung zu übernehmen, für die er kein Honorar forderte. Er schlug Rosa Thälmann vor, sie solle sich dafür einsetzen, daß er zum Offizialverteidiger berufen würde, was dann auch erreicht wurde. Er leistete Ernst Thälmann große Hilfe. Thälmann übergab ihm wichtige Materialien zur Aufbewahrung sowie Kassiber und Briefe zur Weiterleitung. Ludwig arbeitete mit dem Rechtsanwalt Helmut Külz zusammen, einem Antifaschisten, der aus Tarnungsgründen faschistischen Organisationen angehörte und gute Beziehungen zum faschistischen Justizapparat besaß. Külz hatte – bis 1936 aus Sicherheitsgründen die Verbindung gelöst werden mußte – Verbindung mit dem Kurier der Parteiführung, traf sich mit ihm, übergab ihm die von Ludwig aus dem Gefängnis geschmuggelten Kassiber und Briefe Ernst Thälmanns und informierte die Parteiführung über den vermutlichen Gang des Thälmann-Prozesses.[23] So waren die Verteidiger nicht nur eine wirkliche Unterstützung für Thälmanns Prozeßvorbereitungen; sie waren auch ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Ernst Thälmann und der Partei.

Ernst Thälmann hatte inzwischen die Erlaubnis erhalten, einige Zeitungen und Zeitschriften zu lesen und auch die Gefängnisbibliothek zu benutzen.[24] Das half ihm, die Isolierung, die nur durch die seltenen Besuche seiner Frau, seiner Tochter, seiner Rechtsanwälte und die wenigen Briefe, die ihn erreichten, unterbrochen wurde, leichter zu ertragen. Obwohl alle Zeitungen und Zeitschriften durch die Gefängnisdirektion kontrolliert und Meldungen und Artikel, die Ernst Thälmann nicht sehen sollte, herausgeschnitten wurden, verstand er es, auch aus diesen so noch zusätzlich zensierten faschistischen Presseorganen die wesentlichen politischen Ereignisse herauszulesen.

Besonders interessierte ihn die Entwicklung in der Sowjetunion. Darum abonnierte er im Gefängnis neben dem »Berliner Tageblatt« die »Berliner

22 Vgl. Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 55.
23 Vgl. IML, ZPA, NL 3/75. – Die Materialien, die er von Ernst Thälmann zur Aufbewahrung erhalten hatte, übergab Rechtsanwalt Fritz Ludwig nach der Zerschlagung des Faschismus der KPD.
24 Vgl. Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 29/30. – Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 431/432. – IML, ZPA, NL 3/9.

Börsen-Zeitung«, deren Wirtschaftsteil zunächst noch relativ ausführliche Notizen über die Sowjetunion enthielt.[25] Jede Kunde von neuen Fortschritten des Sozialismus auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und militärischem Gebiet, die Ernst Thälmann dank seiner großen Erfahrungen aus der faschistischen Presse herauslesen konnte, erfüllte ihn mit Freude und Stolz, stärkte in ihm die Gewißheit vom Sieg der kommunistischen Politik. In einem Brief an seine Frau äußerte er sich darüber: »Ich habe es früher niemals so stark empfunden und wirklich geglaubt, was es heißt, als einzelner gefangen und dauernd isoliert zu sein, und welche seelischen Wirkungen sich manchmal daraus für einen denkenden Menschen ergeben können, wenn er jahrelang gezwungen wird, so leben zu müssen. Es ist eine neue große Schule des Lebens für mich... Gewiß gibt es auch hier Stunden der Abwechslung, zum Beispiel durch die vielen, vielen Neuigkeiten in Deutschland und in der ganzen Welt, vor allem auch in der Sowjetunion, die ich aus den Zeitungen erfahre und die den Geist anregen.«[26]

Zahlreiche Bücher hat Ernst Thälmann während der Haft gelesen, viele auch gründlich studiert. Davon zeugen neben den Briefen an seine Frau und an seine Tochter auch die Hefte, die er im Gefängnis führte. In ihnen finden wir Zitate aus Werken von Walther von der Vogelweide, Shakespeare, Lessing, Goethe, Schiller, Jean Paul, Kleist, Arndt, Humboldt, Zola und vielen anderen. Während Thälmann manche dieser Auszüge aus Freude am klugen Gedanken, an der treffenden Formulierung, am schönen Reim niederschrieb, versah er andere, vor allem Auszüge aus wissenschaftlichen Werken, mit einschätzenden Bemerkungen. In ihnen widerspiegelte sich sein klarer marxistisch-leninistischer Standpunkt, der Drang, seine Allgemeinbildung zu vervollkommnen, das Streben, auch im Gefängnis alle Möglichkeiten zu nutzen, um sich für die Auseinandersetzung mit dem Klassengegner zu rüsten.[27] In einem Brief an seine Frau um die Jahreswende 1935/1936 drückte er aus, was ihm die Bücher in seiner Einzelhaft bedeuteten: »Das Buch ist der einzige Freund, der mich hier nicht verlassen hat. Ich lese, lese stundenlang, bis das Glockensignal zur Nachtruhe ertönt.«[28]

25 Vgl. Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 466/467.
26 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 45.
27 Vgl. IML, ZPA, NL 3/9.
28 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 130/131.

Die intensive Beschäftigung Thälmanns mit der Literatur beeindruckte auch die Gefängnisbeamten. Einer von ihnen sagte zu Rosa Thälmann: »Hochachtung vor Ihrem Mann! Der ist in seiner Zelle dauernd am Studieren und läßt keine Stunde ungenutzt verstreichen. Das macht er doch nicht für sich, das macht er doch sicher für die anderen.«[29] Ein Jurist, der häufig Zugang zum Moabiter Gefängnis hatte, äußerte gegenüber Berufskollegen sein Erstaunen über die Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der Ernst Thälmann die in der Gefängnisbücherei vorhandene klassische und geschichtliche Literatur durcharbeitete.[30]

Viele Probleme beschäftigten Ernst Thälmann während der ersten Kerkerjahre. Mit allen Fasern seines Herzens war er mit dem Leben außerhalb der Gefängnismauern verbunden. Seine Gedanken waren bei den kämpfenden Arbeitern in Deutschland und in der ganzen Welt. Fragen der Außenpolitik interessierten ihn genauso wie innenpolitische Ereignisse. So begrüßte er die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund im September 1934 als »ein Weltereignis«, als »ein Fanal des Kommunismus in der ganzen Welt«. Sowjetrußland »verstärkt damit seine politische und diplomatische Funktion in der Weltpolitik, wie es seit Bestehen der Sowjetmacht in dem Maße noch nicht der Fall war«, notierte er voll Genugtuung.[31]

Alles das zeigt: Ernst Thälmann hinter Kerkermauern war, trotz aller Versuche der Faschisten, ihn physisch und moralisch zu erniedrigen, derselbe geblieben: der standhafte Kommunist, der bewußte proletarische Internationalist, der klare und scharfsichtige Marxist-Leninist. Und sosehr er das Leben liebte und den Tag der Freiheit herbeisehnte – höher als sein Leben stellte er die Sache des Kommunismus. »Was ist ein einzelnes Leben..., das vergänglich ist?« schrieb er. »Aber die Idee, der wir uns mit Leib und Seele verschworen haben, sie lebt, sie ist unvergänglich, sie ist ewig. Die Idee, die uns auch auf Tod und Leben verbindet, die Mill[ionen] u[nd] abermals Mill[ionen] erfaßt u[nd] beglückt hat, die uns in Fleisch und Blut übergegangen ist, dieses Große, Lebendige und Gewaltige ist nicht auszulöschen, auch nicht in den schwersten Leidensjahren eines aufrichtigen Glaubenskämpfers. Für den Menschen, der für eine Idee lebt, der für die Befreiung der werktätigen Menschheit

29 Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 469.
30 Vgl. ebenda.
31 IML, ZPA, NL 3/11.

kämpft, hat das Leben einen umfassenderen Sinn, und in demselben Maße verliert der Schmerz für ihn an Bedeutung, da er dem Leben einen höheren Wert gibt.«[32]

Ernst Thälmanns aufrechte und ungebrochene Haltung half anderen Gefangenen. Einer der Mitgefangenen im Untersuchungsgefängnis Moabit berichtet, daß er Thälmann im Jahre 1934 täglich von seiner Zelle aus auf dem Hof spazierengehen sah und daß viele Genossen auf den Kübel in ihrer Zelle stiegen, um Thälmann zu sehen und mit der geballten Faust zu grüßen.[33] Ein anderer Kommunist teilt mit: »Ich selbst wurde in Oranienburg 11 Tage gequält. Man hat mir die Nieren zerschlagen. Im Moabiter Lazarett traf ich für eine Minute Ernst Thälmann. Er wurde zu einer ärztlichen Untersuchung vorgeführt. Das Zusammentreffen mit Thälmann werde ich nie vergessen. Ich flüsterte ihm über mein Schicksal in Oranienburg zu. Er hörte aufmerksam zu. Dann drückte er mir fest die Hand und fragte: ›Halten sich die Genossen anständig?‹ Ich bejahte es. Teddy freute sich. Als er merkte, wie mich meine Verletzungen schmerzten, faßte er noch einmal meine Hände und sagte zu mir: ›Beiß die Zähne zusammen, Genosse! Es wird schon noch alles besser werden. Nur Mut! Und grüße die anderen Kameraden!‹ Als ich den übrigen Gefangenen des Lazaretts die Grüße Thälmanns übermittelte, haben sich alle mächtig gefreut. Der Gruß hat viele von ihnen wieder aufgerichtet. Wußten sie doch: Teddy ist immer noch der alte.«[34]

Unterdes mühten sich Justiz, Polizei, Gestapo und andere faschistische Dienststellen weiter, belastendes Material gegen Ernst Thälmann zusammenzusuchen. So wurde in einem dringlichen Schreiben vom 1. Juni 1934 die Politische Polizei der einzelnen Länder unter anderem aufgefordert, für das »Hochverratsverfahren gegen den früheren Führer der KPD in Deutschland, Ernst Thälmann«[35], umgehend Belastungsmaterial zusammenzustellen.

Ernst Thälmann verlangte immer wieder nachdrücklich den von den Nazis großsprecherisch angekündigten Prozeß. Er wollte die Faschisten zwingen, sich mit den Kommunisten vor der Öffentlichkeit zu messen. Aber das faschistische Regime befürchtete nach dem Reichstagsbrand-

32 Ebenda, NL 3/9.
33 Vgl. ebenda, NL 3/26.
34 Deutsche Informationen (Paris), 12. Januar 1937.
35 Brief von Reinhard Heydrich an die Politische Polizei der Länder vom 1. Juni 1934. In: Gertrud Meyer: Nacht über Hamburg, S. 338.

prozeß eine neue Niederlage. Deshalb wurde der Prozeß immer wieder hinausgezögert und auch jegliches Auftreten Ernst Thälmanns in anderen Prozessen, in denen er als Zeuge angefordert wurde, verhindert, wie schon im Reichstagsbrandprozeß, wo ihn Georgi Dimitroff als kompetentesten Zeugen für die Politik der KPD benannt hatte.

Am 5. Februar 1935 berieten Vertreter verschiedener Reichsministerien und preußischer Ministerien über die »Pressebehandlung des Thälmann-Prozesses«. Hier wurden die unterschiedlichen Auffassungen über die Zweckmäßigkeit eines Prozesses gegen Thälmann deutlich. Der Vertreter des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern zweifelte die Zweckmäßigkeit eines Prozesses gegen Thälmann überhaupt an, »sofern die Hauptverhandlung nicht Enthüllungen von ganz außerordentlicher Bedeutung über die kommunistische Gefahr, die Deutschland und der Welt gedroht habe, bringen würde«. Ein Prozeß würde sonst den Kommunisten und ihnen nahestehenden Auslandskreisen »Anlaß zu einem neuen wütenden Pressefeldzug gegen das heutige Deutschland« geben. Darum solle Thälmann ohne Strafverfahren in Schutzhaft überführt werden. Andere meinten dagegen, daß ein Verzicht auf den Prozeß zu verstärkten ausländischen Angriffen führen könne. Die Diskussion verdeutlichte, daß die internationale Solidaritätsbewegung für die eingekerkerten Antifaschisten die faschistischen Behörden äußerst beunruhigte. So war man sich auch einig, den Prozeß tunlichst unter Ausschluß der Öffentlichkeit, auf jeden Fall aber »möglichst geräuschlos durchzuführen«.[36] Am 15. März 1935, zwei Jahre nach seiner Verhaftung, händigten die Gerichtsbehörden schließlich Ernst Thälmann die Anklageschrift aus.[37]

In der Auseinandersetzung mit den faschistischen Anklagebehörden stand Ernst Thälmann nie allein. Trotz aller Anstrengungen des faschistischen Regimes, ihn von der Außenwelt zu isolieren, obwohl seine Post streng überwacht wurde und seine Frau und seine Tochter ihn nur in Anwesenheit von geschultem Überwachungspersonal besuchen durften, riß die Verbindung der Partei zu Thälmann nicht ab. Diese Verbindung lief über die Rechtsanwälte, vor allem aber über Rosa und zunehmend auch über Irma Thälmann sowie über die Kuriere der Partei. In der Parteiführung war zunächst Walter Ulbricht und seit dem Sommer 1938 Franz Dahlem gegenüber dem ZK der KPD und dem Exekutivkomitee

36 IML, ZPA, NL 3/39.
37 Vgl. ebenda, NL 3/25.

der Komintern für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit dem eingekerkerten Parteivorsitzenden verantwortlich.[38]

»Weder Gefängnismauern noch Grenzschranken konnten verhindern, daß die Verbindung und Übereinstimmung zwischen dem Politbüro der Partei und dem Genossen Ernst Thälmann hergestellt wurden«, bestätigt Franz Dahlem und weist darauf hin, daß »immer zwischen der Parteiführung und Ernst Thälmann eine volle Übereinstimmung in der Hauptfrage der auf die Herstellung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse und aller antifaschistischen Kräfte zum Kampf gegen den Faschismus orientierten Politik bestand.«[39] Rosa Thälmann berichtet: »Und doch gelang es in den langen Jahren der Gefängnishaft den Faschisten niemals, die Kontakte Ernst Thälmanns zur Partei ... zu unterbinden... Bei meinen Gefängnisbesuchen schmuggelte ich nach und nach kleinere schriftliche Mitteilungen, die man gut verstecken konnte, aus dem Gefängnis. Das geschah sogar im Beisein des überwachenden Oberregierungsrates... Briefe Teddys kamen auf diese Weise an die richtige Adresse, ohne daß der Regierungsrat etwas merkte.«[40]

Manchmal vierzehntäglich, häufig in größeren Abständen, konnte Ernst Thälmann seine Frau und hin und wieder auch seine Tochter während der kurzen Besuchszeit im Gefängnis sehen und sprechen. Diese Gespräche mit Rosa und Irma waren die hauptsächlichste Form der Verbindung mit der Partei. In die Unterhaltung flocht Rosa Thälmann geschickt die Mitteilungen ein, die ihr Mann erhalten sollte und die ihr vor dem jeweiligen Besuch der Kurier übermittelt und Wort für Wort mit ihr durchgesprochen hatte. Auf diese Weise erhielt Ernst Thälmann Informationen über neue Beschlüsse der Partei, Vorschläge für den geplanten Prozeß, Mitteilungen über die Politik der Kommunistischen Internationale, Nachrichten über wichtige außenpolitische Ereignisse.

Ebenso konnte er seine Meinung weitergeben.[41] Ernst Thälmann teilte in Tarnsprache mit, was die Parteiführung wissen sollte. Er nutzte auch die ständigen schikanierenden Fragen und Bemerkungen der überwachenden Gestapobeamten, um in die Erwiderungen Hinweise und

38 Vgl. Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. 1938 bis August 1939, Erinnerungen, Bd. 1, Berlin 1977, S. 411. – IML, ZPA, NL 3/67.

39 Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 425, 425/426.

40 Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Ebenda, S. 464/465.

41 Vgl. IML, ZPA, NL 3/25; NL 3/26; NL 3/27.

andere wichtige Mitteilungen für die Parteiführung einzuflechten. Rosa hatte sehr bald gelernt, diese Hinweise aus der oft erregten und von Thälmann häufig direkt provozierten Unterhaltung herauszuhören. Die Kuriere studierten auch die Briefe und Karten Ernst Thälmanns an seine Angehörigen, in denen er geschickt Informationen für die Partei unterbrachte.[42] In einer der illegal beförderten Notizen an die Führung der KPD hatte Ernst Thälmann darauf hingewiesen: »Meine Briefe an Rosa lesen, sie müssen frisiert geschrieben werden, sonst gehen sie nicht ab, aber auch sie lassen immer meine Verbundenheit mit den deutschen Arb[eitern] durchblicken und erkennen.«[43]

Als Kuriere wirkten unter anderen Genossen mit den Decknamen Adam, Auge, Humbold, ein namentlich noch nicht bekannter Genosse aus Wuppertal, danach Herbert.[44] Wie die Kuriere ihre komplizierten Aufgaben lösten, darüber berichtet der Kurier mit dem Decknamen Edwin, Walter Trautzsch, der als Teilnehmer am Hamburger Aufstand Ernst Thälmann schon von 1923 her kannte[45]: »Im Sommer 1936 übertrug mir die Partei eine nicht alltägliche Aufgabe. Der Parteiauftrag lautete: Übernahme der Betreuung des eingekerkerten Führers der KPD, Ernst Thälmann. Es kam darauf an, daß Genosse Thälmann ständig die Nähe der Partei spürte, über die Politik der Partei informiert wurde, und umgekehrt Einzelheiten über die Lage Ernst Thälmanns, über die Haftbedingungen, die Pläne und die Taktik der Faschisten zu erfahren. Dieser Auftrag verlangte das Äußerste an Konspiration. Der Personenkreis, der davon wußte, mußte eng begrenzt bleiben. Mein Standort für diese Arbeit war Prag; ab Herbst 1936 wurde er nach Paris verlegt. Von hier aus bin ich in Abständen von 4 bis 6 Wochen zweieinhalb Jahre lang ins faschistische Deutschland gefahren, nach Berlin und Hamburg zu illegalen Treffs mit Genossin Rosa Thälmann.«[46]

Die Treffs fanden unter Beachtung strengster Konspiration vor allem in der Umgebung von Hamburg statt, in Wedel und Blankenese, in Ahrensburg und Bargteheide, bei Spaziergängen entlang der Elbe, einmal auch auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Im Gespräch mit dem Kurier wurde der Besuch Rosas bei Ernst gründlich in Rede und Gegenrede vorbereitet.

42 Vgl. ebenda, NL 3/29.

43 Ebenda, NL 3/11.

44 Vgl. ebenda, NL 3/75; NL 3/67; NL 3/26.

45 Vgl. ebenda, NL 3/67.

46 Berichte des Thälmann-Kuriers Walter Trautzsch. In: BzG, 1965, H. 5, S. 852/853.

Bestimmte Sätze mußte Rosa Thälmann auswendig lernen und die Antworten ihres Mannes ebenso wörtlich behalten. Sofort nach dem Besuch wurde dessen Verlauf genau rekonstruiert. Rosa Thälmann übermittelte die mündlichen Bemerkungen Thälmanns. Der Kurier schrieb das Gespräch Wort für Wort nieder und verschlüsselte es.

Schriftliche Materialien Thälmanns, Briefe für die Parteiführung, Notizen und andere Ausarbeitungen befanden sich häufig schon 48 Stunden nach Rosa Thälmanns Besuch bei den Genossen der Parteiführung.[47] Unterschiedliche Eisenbahnrouten über die Tschechoslowakei, über die Schweiz und Frankreich und Schiffahrtslinien über die skandinavischen Länder wurden dafür genutzt.

4

»Wir müssen Ernst Thälmann wie eine Schlacht gewinnen!«

Die wichtigste Unterstützung für Ernst Thälmann war die weltweite Solidaritätsbewegung, von der er auf den schon genannten Wegen erfuhr oder in einigen ganz vereinzelten Fällen durch einen oder den anderen Solidaritätsbeweis, der ihn mit der Post erreichte. Wenn er auch bei weitem nicht über den Umfang und die Vielfalt der Formen dieser internationalen Bewegung informiert werden konnte, so stärkte sie doch sein Kraftgefühl, gab sie ihm die Gewißheit, daß er nicht allein der faschistischen Justiz gegenüberstand.

Die Solidaritätsbewegung für Ernst Thälmann und die anderen vom Hitlerregime eingekerkerten Antifaschisten erfaßte Massen in der ganzen Welt. »Gebt Thälmann frei!«, diese Forderung Georgi Dimitroffs nach seinem Sieg im Reichstagsbrandprozeß und nach seiner durch die internationale Solidarität erzwungenen Befreiung aus dem faschistischen Gefängnis wurde in der ganzen Welt zum Fanal für viele, die für Frieden, Freiheit und Recht eintraten. Dimitroff schrieb: »Jeder denkende Mensch muß sich entscheiden, ob er auf der Seite Hitlers oder Thälmanns stehen will. Eine neutrale Haltung gibt es in dieser Frage nicht. Wer neutral bleiben will, der hilft tatsächlich, ob er will oder nicht, Hitler. Wer keinen Finger für die Rettung Thälmanns rührt, der trägt, ob er will oder nicht, die Mitverantwortung für das Verbrechen der faschistischen Machthaber. Wer sich ausschließt von der Bewegung für die Befreiung Ernst Thälmanns, der wird, ob er will oder nicht, mitschuldig an seinen Leiden im Gefängnis, an seinem physischen und geistigen Ruin.«[1] Und Wilhelm Pieck erklärte: »Der Kampf um die Befreiung Thälmanns ist eine Schlacht der internationalen Einheitsfront des Proletariats, eine Schlacht aller friedliebenden Menschen gegen Faschismus und Krieg.«[2]

Organisatoren und Leiter dieser Schlacht waren die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Internationale. Die Führung der KPD organisierte in Abstimmung und im Zusammenwirken mit dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale den Kampf um die Befreiung ihres Vorsitzenden.

Dieser Kampf war zuerst eng mit dem Ringen um die Freiheit für Georgi Dimitroff und seine Mitangeklagten verbunden. Verständlicherweise standen während der Vorbereitung und Durchführung des Reichstagsbrandprozesses in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 und Anfang 1934 Georgi Dimitroff und seine Freunde im Mittelpunkt des internationalen Interesses. In dieser Zeit entwickelte sich der Kampf zur Befreiung aller vom Hitlerregime eingekerkerten Antifaschisten zu einer Weltbewegung. Auf Anregung des EKKI unterbreiteten Mitglieder des Internationalen Untersuchungsausschusses zur Aufdeckung des Reichstagsbrandes den Vorschlag, ein Internationales Befreiungskomitee für Dimitroff, Thälmann und alle anderen eingekerkerten Antifaschisten zu bilden. Dieses Komitee wurde am 5. Januar 1934 in Paris gegründet; den Vorsitz übernahmen die französischen Schriftsteller André Gide und André Malraux.[3] Seine Aufgabe war es, Vertreter aller Schichten, Weltanschauungen und politischen Richtungen zu einer Volksbewegung für den Kampf gegen den deutschen und internationalen Faschismus zusammenzuschließen und die Befreiungsaktionen in den einzelnen Ländern zu koordinieren.

47 Vgl. IML, ZPA, NL 3/67.

1 Georgi Dimitroff: Gebt Thälmann frei! In: Ausgewählte Schriften in drei Bänden, Bd. 3, Berlin 1958, S. 58/59.

2 Wilhelm Pieck: Vorwort. In: Die Welt im Kampf für Thälmann. Hrsg. vom Internationalen Befreiungskomitee für Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten, Paris (1936), S. 2.

3 Vgl. IML, ZPA, NL 3/48; I 6/3/19.

Mit der Befreiung Georgi Dimitroffs und seiner bulgarischen Mitangeklagten aus den Händen des faschistischen Regimes feierte die internationale Solidaritätsbewegung ihren ersten großen Sieg über den deutschen Faschismus. Sie schöpfte daraus neue Kraft für den Kampf um die Befreiung Thälmanns. Als Georgi Dimitroff am 27. Februar 1934, am Tage seiner vor allem durch den nachdrücklichen Einsatz der Sowjetunion erzwungenen Entlassung aus dem faschistischen Kerker, in Moskau eintraf, erklärte er am Abend in einem Interview: »Das erste, was wir sagen müssen, ist unsere grenzenlose Dankbarkeit gegenüber dem internationalen Proletariat, den breitesten Schichten der Werktätigen aller Länder, den ehrlichen Intellektuellen, die für unsere Befreiung gekämpft haben. Und unseren heißen Dank vor allem den Arbeitern und Kollektivbauern des Sowjetlandes, unseres Vaterlandes.«[4] Kurz darauf äußerte er: »Selbstverständlich darf nach unserer Befreiung der Weltkampf nicht abflauen, sondern muß in allen möglichen Formen verstärkt werden. Ich bin überzeugt, daß der Kampf für die Befreiung Thälmanns eine Frage ... der Ehre für jeden, der gegen den Faschismus kämpfen will, ist.«[5] Einer französischen Korrespondentin erwiderte er auf die Frage, ob er unter den Verhafteten im faschistischen Kerker einem seiner Freunde begegnet sei: »Ja, im März vorigen Jahres sah ich Ernst Thälmann. Er ist mein persönlicher Freund. Ich halte ihn für einen der klarsten Köpfe der internationalen revolutionären Bewegung. Dann begegnete ich ihm noch zweimal im Gefängnis Moabit..., sein Mut war ganz und gar nicht gebrochen.«[6]

Auf der Grundlage des Aufrufs vom 5. März 1933[7] entwickelten das Politische Sekretariat des EKKI und die Politische Kommission seines Präsidiums 1933/1934 Direktiven, um eine Einheitsfrontaktion für die Befreiung Ernst Thälmanns ins Leben zu rufen. Ungeachtet der Ablehnung entsprechender Vorschläge durch die Vorstände der sozialdemokratischen Parteien, veranlaßte das EKKI die kommunistischen Parteien, besonders an bezirkliche und lokale Leitungen der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen her-

4 Georgi Dimitroff: Interview mit Vertretern der sowjetischen und ausländischen Presse. In: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, o. O. 1967, S. 564.

5 Georgi Dimitroff: Thälmanns Befreiung ist Ehrensache des Weltproletariats. In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 458.

6 Dimitroff erzählt. Zwei Gespräche. In: Ebenda, S. 477/478.

7 Vgl. Für die Einheitsfront des Proletariats. In: Rundschau, Nr. 4, S. 91/92.

anzutreten und so eine Massenbewegung für die Aktionseinheit zur Befreiung Thälmanns und der anderen antifaschistischen Kämpfer zu entwickeln. Am 8. Juli 1934 nahm das Präsidium des EKKI einen Bericht Béla Kuns darüber entgegen. Er legte den Kommunisten ans Herz, in ihren Bemühungen um die Aktionseinheit zur Befreiung Ernst Thälmanns nicht nachzulassen und diese mit dem Kampf gegen die faschistische Gefahr im eigenen Lande zu verbinden.[8] Eine zentrale Rolle in der Befreiungskampagne spielten die kommunistischen Vertreter im Internationalen Befreiungskomitee. Sie standen mit dem EKKI – wo Béla Kun für diese Arbeit verantwortlich war – in ständigem Kontakt. Das EKKI verfolgte aufmerksam die Arbeit des Komitees, unterstützte sie ideell und materiell und leitete die kommunistischen Mitglieder kontinuierlich an.[9]

Die Solidarität der Werktätigen der Sowjetunion mit dem Führer der revolutionären Arbeiter Deutschlands bekundete eindrucksvoll das höchste Forum der führenden Kraft des Sowjetstaates, der XVII. Parteitag der KPdSU(B) 1934. Während der Diskussion über den Rechenschaftsbericht des ZK, in dem dessen Generalsekretär, J. W. Stalin, den blutigen Terror und die Kriegsvorbereitungen des deutschen Faschismus gebrandmarkt und das brüderliche Bündnis der Arbeiterklasse der Sowjetunion mit den Arbeitern der kapitalistischen Länder bekräftigt hatte[10], wurde am 28. Januar das Grußschreiben der KPD verlesen. Die Delegierten antworteten mit stürmischen Ovationen und nicht enden wollenden Hochrufen auf Ernst Thälmann.[11]

In diesem Geiste setzte sich die KPdSU(B) noch nachhaltiger dafür ein, die Solidaritätsbewegung für Ernst Thälmann zu verbreitern. So richtete das Gebietskomitee Dnepropetrowsk der Kommunistischen Partei der Ukraine (Bolschewiki) am 8. Juli 1934 ein Rundschreiben an alle Stadt- und Rayonparteikomitees, in dem es diese verpflichtete, die Aufmerksamkeit der Massen auf den zu erwartenden Prozeß gegen Thälmann zu lenken, diese Arbeit unter ihre unmittelbare Kontrolle zu nehmen und die internationalistische Erziehung zur Solidarität mit den Opfern des

8 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/19.

9 Vgl. ebenda, I 6/3/374. – IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 30, ed. chr. 1069.

10 Vgl. J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B). In: Werke, Bd. 13, Berlin 1955, S. 261, 335/336.

11 Vgl. XVII Съезд Всесоюзной Коммунистической Партии (б). 26 января–10 февраля 1934 г. Стенографический отчет, Moskau 1934, S. 133–135. – IML, ZPA, Moskau, Fond 539, Opis 3, ed. chr. 541. – Rundschau, 1934, Nr. 12, S. 468.

faschistischen Terrors in Deutschland zu verstärken.[12] Das ZK der sowjetischen Sektion der IAH empfahl 1934 den örtlichen Organisationen, überall neue Stoßbrigaden zu bilden und ihnen die Namen so hervorragender Kämpfer für die Revolution wie Ernst Thälmann und Georgi Dimitroff zu verleihen. Zugleich wurde unterstrichen, daß die Produktionsarbeit wie die internationalistische Tätigkeit dieser Betriebe beispielhaft sein müsse.[13]

Die Neuwahlen zu den örtlichen Sowjets wurden genutzt, um die Solidaritätsaktionen mit dem Kampf der deutschen Antifaschisten zu verstärken. Viele Stadt- und Dorfsowjets wählten Ernst Thälmann zum Ehrenmitglied.[14] Der I. Schriftstellerkongreß der Sowjetunion verabschiedete am 1. September 1934 unter Begeisterungsstürmen einstimmig – und mit Zustimmung der ausländischen Gäste – ein Grußtelegramm an Ernst Thälmann, in dem die Teilnehmer ihn ihrer tiefen Verbundenheit versicherten: »Ernst Thälmann, unser Freund, wir drücken Deine Hand. Wir sind von tiefer Bewunderung für Deinen Mut erfüllt. Wir lieben Dich als unseren Bruder. Wir schwören, alles zu tun, um die Forderung der Arbeiter und Intellektuellen zu verwirklichen, die in der ganzen Welt zu mächtigem Millionenchor anschwillt: Gebt Freiheit für Thälmann!«[15]

Ein Zentrum der Solidaritätsbewegung für Ernst Thälmann wurde Frankreich. Hier war es der Kommunistischen Partei gelungen, gegen den drohenden Faschismus im eigenen Lande eine breite antifaschistische Einheits- und Volksfront zu schaffen. Die Solidaritätsbewegung besaß in der antifaschistischen Volksfront einen festen Rückhalt. Deshalb entwickelte sich von allen kapitalistischen Ländern hier die Bewegung für die Befreiung Ernst Thälmanns und der anderen verhafteten Antifaschisten am stärksten. Allein bis 1934 erschienen 20 000 Thälmann-Broschüren, 30 000 Thälmann-Abzeichen, 32 000 Postkarten mit dem Bild Thälmanns, drei Zeitschriften für die Befreiung Thälmanns mit einer

12 Vgl. Архив Мелитопольского райкома МОПР Днепропетровской области, фонд р 523, опис I, дела 45. – L. G. Babitschenko: Die Werktätigen der UdSSR im Kampf für die Rettung Ernst Thälmanns, S. 9/10.

13 Vgl. L. G. Babitschenko: Die Werktätigen der UdSSR im Kampf für die Rettung Ernst Thälmanns, S. 9/10.

14 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 538, Opis 3, ed. chr. 167. – L. G. Babitschenko: Die Werktätigen der UdSSR im Kampf für die Rettung Ernst Thälmanns, S. 10.

15 Tribunal. Organ der Werktätigen gegen Unterdrückung, Faschismus, Justizterror, Ende September 1934.

Gesamtauflage von 150 000 Exemplaren, 260 000 Flugschriften, 15 600 Plakate, 85 000 Streuzettel, 70 Bulletins mit je 200–1500 Exemplaren. Etwa 100 000 Unterschriften für die Befreiung Thälmanns wurden gesammelt.[16]

In der Tschechoslowakei kam es zu umfangreichen Solidaritätsaktionen ähnlicher Art. In den großen Industriebetrieben forderten die Arbeiter auf Kundgebungen Freiheit für Ernst Thälmann. In der ersten Märzhälfte 1934 fanden über 50 öffentliche Versammlungen für die Befreiung Thälmanns statt. Arbeiterdelegationen aus dem ganzen Land verlangten von der deutschen Botschaft in Prag Aufklärung über Thälmanns Schicksal.[17] Zehntausende Postkarten mit Thälmanns Bild und der Forderung nach seiner Freilassung wurden nach Berlin geschickt, nur eine davon händigte man Ernst Thälmann aus. Den Erlös aus umfangreichen Geldsammlungen übergaben die Solidaritätskomitees an die KPD zur Unterstützung des Kampfes für Thälmanns Befreiung.[18]

Das Zentralkomitee der in der Illegalität wirkenden Kommunistischen Partei Polens veröffentlichte einen Aufruf »Befreien wir Ernst Thälmann aus Henkershand!«, der weite Verbreitung fand. In einer Direktive vom März 1934 wurden die Parteiorganisationen darauf hingewiesen, die Aktionen zum 1. Mai auch dazu zu nutzen, gegen die Einkerkerung Ernst Thälmanns und der anderen deutschen Antifaschisten zu protestieren.[19] »Genossen Thälmann den Händen seiner Henker zu entreißen ist eine Ehrensache des Proletariats. Die Kampagne zur Verteidigung Ernst Thälmanns hat die ganze Welt erfaßt. Das Proletariat Polens muß in diesem Kampf mit an der Spitze stehen. Die Arbeitermassen müssen auf den Meetings und Versammlungen, auf den Demonstrationen und bei Proteststreiks die Forderung auf Befreiung Thälmanns erheben«, schrieb der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens, Julian Leński, im Juli 1934 in der »Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung«.[20] Zur Verteidigung Thälmanns entstanden Komitees, denen Kommunisten, Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei und

16 Vgl. André Seigneur: Der Kampf um Thälmann in Frankreich. In: Rundschau, 1935, Nr. 11, S. 571.

17 Vgl. ebenda, 1934, Nr. 23, S. 861. – IML, ZPA, NL 3/56.

18 Vgl. IML, ZPA, NL 3/56. – Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 47.

19 Vgl. Ja. S. Ljal'ka: Der Kampf der Werktätigen der Westukraine für die Befreiung Ernst Thälmanns. In: ZfG, 1973, H. 10, S. 1232.

20 J. Leński: Heraus mit Thälmann aus den Klauen der Faschisten! In: Rundschau, 1934, Nr. 40, S. 1623.

Vertreter anderer Parteien und Organisationen angehörten. Der deutsche Botschafter in Warschau erhielt zahlreiche Protesttelegramme und Briefe mit der Forderung nach Freilassung Ernst Thälmanns. Im ganzen Land fanden im Jahre 1934 Unterschriftensammlungen für die Befreiung Thälmanns statt. Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz vereinigten sich vor allem in den Jahren 1934 und 1935 zu Protestversammlungen.[21]

In den USA flatterte eines Morgens in New York von der Spitze des Ehrenmals für die im ersten Weltkrieg gefallenen Amerikaner eine riesige rote Fahne mit der Aufschrift »Befreit Ernst Thälmann!«. Das deutsche Konsulat in New York wurde telefonisch mit Protesten gegen Thälmanns Einkerkerung so überhäuft, daß tagelang an eine geregelte Arbeit nicht mehr zu denken war.[22]

Das Internationale Befreiungskomitee in Paris erhielt ein Schreiben der Kommunistischen Partei Japans, das sofort in einem Sonderdruck veröffentlicht wurde: »Es ist hohe Zeit, den Genossen Thälmann den braunen Banden zu entreißen! Nichts darf unversucht bleiben, um das Leben unseres geliebten Führers zu retten«[23], schrieben die japanischen Kommunisten.

Als das faschistische Kriegsschiff »Emden« in Lissabon vor Anker ging, erhielten die Matrosen beim Landgang mit schwarzweißrotem Bändchen versehene, als Einladung für ein Gartenfest der deutschen Kolonie getarnte Karten. Es waren Flugzettel, verteilt von den Lissaboner Hafenarbeitern, Thälmanns Berufskollegen, die in deutscher, französischer und portugiesischer Sprache forderten: »Gebt unseren Thälmann frei!«[24]

Bei der Landung des deutschen Touristendampfers »Stuttgart« im Hafen von Stockholm wurden Reklamezettel für den Vergnügungspark Djurgården an die Reisenden verteilt: Sie enthielten Angaben über den Terror der Hitlerjustiz.

Durch die Amsterdamer Grachten schwammen auf Flößen riesige Plakate mit der Forderung: »Freiheit für Thälmann und alle deutschen Antifaschisten!«

21 Vgl. Ja. S. Ljal'ka: Der Kampf der Werktätigen der Westukraine ... In: ZfG, 1973, H. 10, S. 1232–1238.
22 Vgl. Die Welt im Kampf für Thälmann, S. 5.
23 IML, ZPA, NL 3/48.
24 Vgl. ebenda, NL 3/53.

Unbekannte hißten auf dem Dach des deutschen Konsulats in Bristol in England eine Fahne mit der Aufschrift »Freiheit für Thälmann!«. Sie wehte viele Stunden über der Stadt.[25] In einem der großen Lichtspielhäuser des Londoner Westens wurde im Oktober 1934 plötzlich ein Film unterbrochen; in großen Buchstaben erschien auf der Leinwand die Schrift: »Befreit Thälmann von den faschistischen Henkern!«[26]

Gewerkschaftsorganisationen in der ganzen Welt forderten Freiheit für Ernst Thälmann: in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Spanien, Norwegen, Griechenland, den USA, in Südafrika und Kuba.[27] Die Stimme des Weltgewissens erklang überall. Der große französische Schriftsteller Henri Barbusse erklärte: »Wir müssen Ernst Thälmann wie eine Schlacht gewinnen!«[28]

Im Jahre 1935 erhöhten die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen ihre Anstrengungen zur Rettung Ernst Thälmanns. Terrorprozesse gegen Antifaschisten, in denen mehrere Todesurteile gefällt worden waren, sowie drohende Erklärungen faschistischer Beamter ließen befürchten, daß die Nazis in einer überraschend durchgeführten Prozeßfarce mit Thälmann abrechnen würden. Der allgemeine Aufschwung der antifaschistischen Bewegung verlieh auch der Kampagne für die Befreiung Thälmanns und der anderen eingekerkerten Antifaschisten neuen Auftrieb.

Im März 1935 erörterte die Politische Kommission des Präsidiums des EKKI, wie der Kampf um die Befreiung Ernst Thälmanns noch verstärkt und die Verteidigung vor dem faschistischen Gericht vorbereitet werden könnte.[29] Am 21. März nahm diese Kommission eine Resolution an, die Maßnahmen zur noch besseren Unterstützung der Arbeit des Internationalen Befreiungskomitees und zur Ausdehnung der Kampagne vorsah. Dabei wurde unter anderem angeregt, einen internationalen juristischen Untersuchungsausschuß einzuberufen, der sich mit dem Naziterror, besonders gegenüber Ernst Thälmann, befassen sollte. Das Zusammentreffen zahlreicher Journalisten aus aller Welt zur Völker-

25 Vgl. Die Welt im Kampf für Thälmann, S. 6/7.
26 Vgl. IML, ZPA, NL 3/48. – Münchener Neueste Nachrichten, 23. Oktober 1934.
27 Vgl. Die Welt im Kampf für Thälmann, S. 8–10.
28 Henri Barbusse: [Rede in der Sitzung des Internationalen Befreiungskomitees]. Zit. in Germain Gautier: Von der Massenkampagne zur Massenaktion. In: Rundschau, 1934, Nr. 35, S. 1341.
29 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/374.

bundstagung im April 1935 in Genf sollte genutzt werden, um dort auf einer Pressekonferenz die Nazipraktiken zu entlarven. Ins Auge gefaßt wurde auch, Parlamentarierdelegationen nach Deutschland zu entsenden, um Ernst Thälmann, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff und Carl von Ossietzky in der faschistischen Haft aufzusuchen. Delegationen ehemaliger Frontkämpfer sollten sich besonders an Thälmann als einen Vorkämpfer für den Frieden, gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen wenden.[30] Einer dieser Delegationen – der aus Großbritannien –, die sich im Juli/August 1935 in Berlin aufhielt, gelang es, obwohl sie nicht bis zu Thälmann vordringen konnte, bei verschiedenen Gelegenheiten – so bei Behörden, auf Empfängen, bei einer Frontkämpferfeier in Potsdam –, das Schicksal von Ernst Thälmann sowie der zum Tode verurteilten Kommunisten Rudolf Claus und Albert Kayser zur Sprache zu bringen und die Nazis zu Stellungnahmen in der Öffentlichkeit zu zwingen.[31]

Die von Béla Kun geleitete spezielle Kommission der Kommunistischen Internationale wurde beauftragt, die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu kontrollieren. Sie forderte zum Beispiel am 26. März die kommunistischen Parteien erneut auf, sich »wegen Einheitsfrontaktionen für Thälmann an die Sozialdemokraten [zu] wenden und weiter in den Gewerkschaften wie auch in kleinbürgerlichen Organisationen [zu] versuchen, Stellungnahmen zum Thälmann-Fall herbeizuführen«[32].

Am 20. Mai beschäftigte sich die Kun-Kommission mit der unmittelbaren Vorbereitung des Thälmann-Prozesses. Sie legte fest, daß unter Leitung des bekannten deutschen kommunistischen Juristen Prof. Felix Halle Material zusammenzustellen war, das der Verteidigung Ernst Thälmanns dienen und die Absichten der faschistischen Machthaber aufhellen sollte. Die Prozeßvorbereitung war außerordentlich dadurch erschwert, daß die Anklageschrift nicht zugänglich war. Die Kommission drängte deshalb darauf, daß die deutschen Kommunisten »alles tun, um Thälmanns Anklageschrift zu besorgen«[33]. Aber das gelang erst einige Monate später[34]; bis dahin – und in dieser Zeit wurde der Prozeß politisch

30 Vgl. ebenda.
31 Vgl. ebenda.
32 Ebenda.
33 Ebenda.
34 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 30, ed. chr. 1070.

und juristisch vorbereitet – waren Felix Halle und die Mitarbeiter der Kun-Kommission darauf angewiesen, durch sorgfältige politische und juristische Analyse der von den Nazis bereits durchgeführten Prozesse sowie ihrer antikommunistischen Propaganda die vermutlichen wesentlichen Anklagepunkte herauszufinden und darauf die Verteidigung aufzubauen.

Diese komplizierte Arbeit wurde vor allem durch sowjetische wissenschaftliche und staatliche Einrichtungen wirkungsvoll unterstützt. Die von Felix Halle geleitete Vorbereitung von Unterlagen für die Verteidigung erfolgte großenteils am Moskauer Institut für Kriminalistik. Das Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B) lieferte unter anderem umfangreiches Material zur offensiven Auseinandersetzung mit dem Vorwurf des »Landesverrats«, der, wie man voraussah, einen zentralen Platz in der Anklage einnehmen würde.[35] Dieses Institut beschaffte auch von Thälmanns Verteidiger Erich Wandschneider gewünschtes Material. Der andere Verteidiger, der Berliner Rechtsanwalt Fritz Ludwig, erhielt Bücher, Zeitungen und Flugschriften, die er für die Verteidigung benötigte, von der Berliner Botschaft der UdSSR.[36]

Im Juni 1935 erarbeitete die Kun-Kommission »Richtlinien zur politischen und juristischen Verteidigung des Genossen Thälmann«.[37] Diese Richtlinien orientierten darauf, den Kampf gegen eine Verurteilung Ernst Thälmanns als Einheit von internationaler Massenkampagne zur Aufrüttelung der Weltöffentlichkeit und zur Entlarvung der Nazijustiz, von politischer Verteidigung durch Thälmann selbst und von juristischer Verteidigung durch dessen Anwälte zu führen. Im Mittelpunkt müsse die politische Auseinandersetzung mit dem Hitlerfaschismus stehen, der diesen Prozeß als massive Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die KPD, die Komintern und die Sowjetunion inszenieren werde. Daher gelte es, offensiv das Programm und die Politik der KPD und der Komintern zu verfechten und die faschistische Hitlerdiktatur als volksfeindliches, terroristisches, friedensgefährdendes und antinationales Regime des deutschen Imperialismus zu entlarven.

Die Richtlinien wurden Ende Juni 1935 von der Politischen Kommission des Präsidiums des EKKI beschlossen und am 26. Juni an die mit der Leitung der Prozeßvorbereitung und der internationalen Befreiungs-

35 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/375.
36 Vgl. IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 30, ed. chr. 1070.
37 Vgl. IML, ZPA, I 6/3/375.

kampagne betrauten Genossen versandt.[38] Von diesen Richtlinien ausgehend, erarbeitete Felix Halle bis Ende Juli den Entwurf eines Plädoyers für Ernst Thälmann. Im Sinne der Richtlinien waren darin die Argumente zur offensiven politischen Widerlegung der voraussichtlichen Hauptpunkte der Anklage zusammengefaßt; Felix Halle nannte es deshalb auch »Eine Anklage gegen den Hitlerfaschismus«[39]. Zugleich wurden in dem Plädoyer die juristischen Begründungen der vorauszusehenden Anklagepunkte zerpflückt, was für die Vorbereitung der Verteidigung und deren Taktik im Prozeß außerordentlich wichtig war.

Wahrscheinlich bildeten die in diesem Zusammenhang erarbeiteten Materialien auch die Grundlage für einen umfangreichen Brief Wilhelm Piecks an Ernst Thälmann, der ihm über Kuriere und Rosa zugestellt werden konnte. Pieck, der aus Gründen der Tarnung über einen fiktiven Prozeß in Griechenland schrieb, behandelte alle wichtigen Fragen eines zukünftigen Thälmann-Prozesses. In dem Brief heißt es: »Ich habe übrigens hier vor kurzem einen sehr interessanten Prozeß miterlebt. Es handelt sich um einen unserer griechischen Freunde, der in der Leitung war und der vor längerer Zeit verhaftet wurde. Ich weiß nicht, was man ihm nicht alles vorgehalten hat... Der Hauptpunkt soll darin bestanden haben, daß er irgendwelche kühnen Ideen verfolgte und praktizieren wollte. Von der Regierung wurde zweifellos die Absicht verfolgt, durch einen ungeheuren Ballast von Material, Dokumenten, irgendwelchen Aussagen ihn in die direkte Verteidigungsstellung zu drängen. Aber vernünftigerweise hat er sich nicht darauf eingelassen. Er hat zwar eine Reihe von diesen Behauptungen kurz und bündig widerlegt, besonders was die kühnen Ideen anging, sonst aber ist er mutig mit Angriffen vorgegangen, indem er bei den Vorhaltungen sofort auf Tatsachen hinwies, die von der anderen Seite geschaffen waren, und das soll einen großen Eindruck gemacht haben. Er hat in knappen Zügen die Lage geschildert, wie sie damals in Griechenland war, hat dabei aufgezeigt, wie er nur im Interesse des griechischen Volkes handelte, um ihm seine Freiheit zu wahren, wie er für die Freiheit des Landes kämpfte und für dessen Wohlfahrt... Es soll da eine sehr knifflige Frage gegeben haben... Es handelt sich darum, daß damals gegen die Maßnahmen von Venizelos die Parole des Generalstreiks ausgegeben wurde und auch die Kommunisten dazu aufgefordert wurden. Daraus wurde versucht, unserem

38 Vgl. ebenda.
39 Ebenda.

Freund zu unterstellen, daß er mit Gewalt vorgehen wollte, sogar mit einem bewaffneten Aufstand. Unser Freund hat in glänzender Weise diesen Unsinn widerlegt und nachgewiesen, daß die Parole des Generalstreiks damit gar nichts zu tun hatte, und er hat sich auf Generalstreiks in anderen Ländern bezogen, ohne daß jemals jemand auf den absurden Gedanken gekommen wäre, die Frage des Aufstandes damit zu verbinden...

Unser Freund hatte noch beantragt, daß einige der Freunde, die mit ihm zusammengearbeitet hatten und die auch im Gefängnis sitzen, zu der Frage vernommen werden sollten, besonders was diese knifflige Frage angeht... Natürlich hat das Gericht eine Reihe von ›Zeugen‹ aufgetrieben, die das Gegenteil behaupteten, aber unser Freund hat sich davon nicht beirren lassen. Er hatte noch einen sehr guten Gedanken, als er den Antrag stellte, daß man die Prozeßakten gegen Venizelos herbeischaffen sollte, aus denen hervorging, daß dieser gewaltsam und mit Mitteln des Aufstandes früher gekämpft hat, was jetzt von der Regierung sogar verherrlicht wird. Als man unserem Freunde vorhielt, daß er persönliche Beziehungen mit Freunden in anderen Ländern unterhalten habe, hat er sehr richtig darauf mit dem Hinweis reagiert, daß er das im Interesse der Arbeiter getan habe, während von Mitgliedern der Venizelos-Regierung Beziehungen mit fremden Staaten unterhalten wurden, die gegen das Land und gegen die Arbeiter gerichtet waren... Unsere Freunde hatten sich große Mühe gegeben, den Freund von außen her zu unterstützen. Das war natürlich mit großen Schwierigkeiten verbunden und ist auch nicht immer gelungen. Im ganzen Lande hat die Angelegenheit sehr stark auf die Arbeiter gewirkt, besonders weil unser Freund so glänzend aufgetreten ist. Die Regierung will ihm sogar noch einen Prozeß machen, aber der Termin ist bisher immer wieder aufgeschoben worden. Es ist möglich, daß sie ihn Hals über Kopf ansetzt, um die Öffentlichkeit zu überrumpeln. Unsere Freunde sind aber auf der Hut und nutzen alle Verbindungen dafür aus, unseren Freund frei zu bekommen.

So, nun habe ich Dir einen sehr langen Brief geschrieben, um alles wieder gutzumachen. Ich hoffe, daß ich die Arbeit nicht umsonst gemacht habe, daß Dich der Brief unbedingt noch erreicht.«[40]

Ernst Thälmann war mit den in diesem Brief übermittelten Vorschlägen voll einverstanden. Sie entsprachen im Prinzip der Taktik, die er in den

40 Ebenda, NL 3/31. – Brief Wilhelm Piecks an Ernst Thälmann aus dem Jahre 1935. In: BzG, 1976, H. 1, S. 76–78.

bisherigen Untersuchungen und Verhören eingeschlagen hatte, wie auch seiner eigenen Vorbereitung auf den Prozeß.

Bald darauf gelangten die Führungen der Kommunistischen Internationale und der KPD in den Besitz der Anklageschrift gegen Ernst Thälmann. Das ermöglichte, Thälmanns Prozeßvorbereitung noch besser zu unterstützen. Die faschistischen Behörden hatten um jeden Preis verhindern wollen, daß die Anklagepunkte international bekannt würden. Aber der Offizialverteidiger Thälmanns, Fritz Ludwig, gab trotz des hohen Risikos für 24 Stunden die Anklageschrift an Friedrich Roetter, der gemeinsam mit Rechtsanwalt Helmut Külz im Januar 1936 deren Abschrift organisierte. Schreibkräfte waren zwei junge Kommunistinnen. Bei seiner Flucht aus Deutschland nahm Roetter die Anklageschrift mit und informierte die Weltöffentlichkeit über deren Inhalt. Hiermit und mit Propagandareisen, auf denen er für die Freilassung Ernst Thälmanns und der anderen Gefangenen des Naziregimes eintrat, setzte er politisch die Verteidigung fort.[41] Es wurden dann noch weitere Abschriften der Anklageschrift hergestellt, die auf anderen Wegen aus Deutschland hinausbefördert wurden.[42]

Die KPD hatte die Zeit auch genutzt, um mit internationaler Hilfe erneut die Flucht Ernst Thälmanns vorzubereiten. Verschiedene Pläne wurden ausgearbeitet, und es gab darüber auch Verständigung mit Thälmann. Erfolgversprechend waren die Vorbereitungen im Jahre 1934 gediehen.

Eine Gruppe erfahrener Genossen hatte den Auftrag zur Befreiung Ernst Thälmanns übernommen. Ihr Mittelsmann im Gefängnis war der sozialdemokratische Aufsichtsbeamte Emil Moritz. Über seine Frau, die Mitglied der KPD war, hatten ihn die Genossen kennengelernt. Moritz war in dem Gefängnisflügel eingesetzt, in dem Thälmanns Zelle lag. Mehrfach besprachen Beauftragte der KPD mit Moritz Einzelheiten der Fluchtvorbereitung.

Der Befreiungsplan war minutiös ausgearbeitet worden.[43] Er sah vor, Ernst Thälmann nachts, wenn die Aufmerksamkeit der Wachen nachgelassen hatte, mit Hilfe von Moritz aus seiner Gefängniszelle zu holen. Thälmann sollte dann durch eine Tür für Diensthabende das Gefängnis verlassen. Vor dem Gefängnis würde ein Personenauto stehen. Im Auto hätte sich Ernst Thälmann als alte Frau verkleiden müssen.

41 Vgl. IML, ZPA, NL 3/70.
42 Vgl. ebenda.
43 Vgl. ebenda, EA 1400/1.

Die erste Etappe der Flucht sollte unter Geleit einer bewaffneten Gruppe in einer 15 bis 20 Minuten dauernden Autofahrt in eine Wohnung in der Stresemannstraße führen. Die Wohnung gehörte den Eltern von Ernst Scholz, einem Angehörigen der Befreiungsgruppe, die auch das Fluchtfahrzeug stellen wollten. In der Wohnung war eine Art Hängeboden so ausgebaut, daß Ernst Thälmann dort längere Zeit hätte leben können. Der Plan sah jedoch nur einen Aufenthalt von wenigen Tagen vor. Zwei Tage nach der Flucht sollte die Ankunft Thälmanns in Prag bekanntgegeben werden. Entsprechend vorbereitete Fotos standen zur Verfügung, um die Meldung glaubhaft zu machen.

Waren die Nazis erst einmal auf die falsche Fährte gelockt, sollte die zweite Etappe des Fluchtwegs von der Stresemannstraße nach Groß Köris beginnen. Ernst Thälmann sollte wieder als »alte Frau« reisen. Am Zemmin-See bei Groß Köris stand in einem Landhaus ein Zimmer ohne Fenster, nur mit Oberlicht, für ihn bereit. Die weitere Flucht in die Tschechoslowakei – sie war das vorläufige Fluchtziel – sah noch andere Etappen vor, je nach Lage. Über Nebenstrecken sollte der Vorsitzende der KPD sicher über die Grenze gebracht werden.

Einer der Genossen der illegalen Gruppe war von der Partei als Verbindungsmann zu Rosa Thälmann eingesetzt. Bei mehreren Treffs informierte er Rosa über die wichtigsten Einzelheiten der ersten Fluchtetappe mit dem Auftrag an sie, Ernst Thälmann in geeigneter Weise zu unterrichten. So geschah es auch.

Emil Moritz hatte seine Aufgaben zur Vorbereitung der Aktion ebenfalls gelöst. Der Fluchtweg im Gefängnis war genau festgelegt. Moritz verfügte über die notwendigen Schlüssel und besaß für Thälmanns Zelle einen Nachschlüssel. Damit waren alle Vorbereitungen abgeschlossen. Im Winter 1934/1935 sollte Ernst Thälmann befreit werden.

Eine gute Absicht, ein unglücklicher Zufall machten die monatelangen Vorbereitungen zunichte. Gefängniswärter Moritz, darauf bedacht, in der Fluchtnacht Thälmanns Zelle geräuschlos schließen zu können, ölte deren Tür hin und wieder. Einmal überraschte ihn dabei das besondere Bewachungskommando für Thälmann. Moritz wurde in einen anderen Bereich des Gefängnisses versetzt und später verhaftet, Ernst Thälmann in einen anderen Gefängnisflügel verlegt und verschärften Haftbedingungen unterworfen.[44] Damit war auch dieser Befreiungsplan gescheitert.

44 Vgl. ebenda, NL 3/27.

5

»Verteidigung mit Offensive verflechten«

Seine Gedanken für den Prozeß legte Ernst Thälmann in den Briefen und Notizen an die Parteiführung dar, sie widerspiegeln sich in den verschiedenen Schreiben an die Untersuchungsrichter, in seinen Briefen an Frau und Tochter, sie sprechen zu uns vor allem aus seinen Aufzeichnungen in den zwölf Heften, die er bis 1936 führte und die durch Rechtsanwalt Fritz Ludwig aus dem Gefängnis gebracht und aufbewahrt wurden.[1] Immer wieder kam Thälmann in den Notizheften auf den Prozeß zurück. Die Gedanken daran ließen ihn nicht los. Formulierte er auf der einen Seite ein Argument, so kam er einige Seiten später auf dasselbe Problem zurück; doch fügte er jetzt neue Gedanken hinzu, wurde noch überzeugender.

Aus all diesen Materialien wird die von Ernst Thälmann geplante Prozeßtaktik sichtbar. Er wollte sich offen zur Sache seiner Klasse und seiner Partei, zu seiner marxistisch-leninistischen Weltanschauung bekennen, offensiv die Lügen und Verleumdungen der faschistischen Ankläger zurückweisen und seinerseits den faschistischen deutschen Imperialismus anklagen. »Vor Gericht werde ich beweisen: 1) Unser und mein Kampf [ist] hundertmal berechtigt... Ich stehe als Vertreter der Arb[eiter] da... Vert[eidigung] mit Off[ensive] verflechten..., elastisch, beweg[lich], aber unzweideutig... Viele Fragen muß ich mir ausdenken, die prop[agandistische] Wirk[ung] haben.«[2] Zugleich beabsichtigte er, in seinen Reden und Erklärungen vor dem Gericht den Kommunisten und den anderen antifaschistischen Kräften eine Orientierung für ihren Kampf zu geben. Die meisten dieser Gedanken erreichten die Partei und wurden bei den Überlegungen über die Weiterentwicklung ihrer Strategie und Taktik berücksichtigt.

Nachdem Ernst Thälmann die Anklageschrift in Händen hatte, kannte er die faschistischen Pläne genauer. In mühseliger Arbeit, immer auf der Hut vor seinen Bewachern, schrieb er die Anklageschrift ab und versah

1 Vgl. IML, ZPA, NL 3/9–18; NL 3/75.
2 Ebenda, NL 3/13.

sie mit seinen Einschätzungen. Hauptanklagepunkte waren: Vorbereitung zum Hochverrat, Organisierung des bewaffneten Aufstandes, Versuch, im Frühjahr 1933 die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern.[3]

Ernst Thälmann vermerkte, daß die Anklageschrift trotz aller verleumderischen Anstrengungen der Justizbehörden letztlich nicht umhin könne, das Ringen der Partei um eine friedliche und sozialistische Zukunft des deutschen Volkes zu bestätigen: »Trotz alledem ist auch so diese Anklageschrift ein historisches Dokument für die Zukunft und für alle Zeiten..., das ungewollt vom Feinde (hier ist die Anklagebehörde gemeint) hiermit der KPD ausgestellt wurde, ein sichtbares Wahrzeichen und eine volle Bestätigung für die unverbrüchliche antifaschistische Treue und die revolutionäre Entschlossenheit, mit der die Partei und ihre damalige Führung den schweren Kampf für den Sieg des Sozialismus in Deutschland geführt hat.«[4] Aber alles dies ändere nichts an der Tatsache, daß die faschistischen Machthaber lügen, fälschen, verschweigen und verdrehen mit dem Ziel, den Kommunismus und die KPD zu verleumden.

Die Anklageschrift charakterisierte Ernst Thälmann wie folgt: »1) ... [Ein in] 2 Jährchen einseitig zus[ammen]gest[elltes] Material, [das] 2) ... dem Zweck dient, nicht nur die KPD, sondern [auch] den ehem[aligen] F[ührer] d[er] P[artei] in jeder Weise zu diskreditieren. 3) Pol[itische] Tendenzschrift, die im Wesen d[es] j[etzigen] Syst[ems] [und] seines K[ampfes] gegen den K[ommunismus] begründet liegt. 4) Wenn das Gericht die Möglichkeit gibt, meine Entl[astungs]z[eugen], die ich in d[er] Lage bin nennen zu können, [und] andere, die sich hoffentlich freiwillig melden, zu laden, um R[echt] u[nd] Gerechtigkeit [willen], wie es im Munde der Herren der Justiz immer fließt, dann bin ich fest davon überzeugt, daß... die Ankl[age]schr[ift] zus[ammen]bricht.«[5]

»Für den Prozeß selbst habe ich gute Vorschläge und bin gut disponiert«, teilte Ernst Thälmann der Parteiführung mit. Gegenüber den verleumderischen Versuchen der Nazis, ihn als Verräter an Deutschland hinzustellen, ihn in Gegensatz zu seiner Klasse und zu seinem Volk zu bringen, seine Freundschaft zur Sowjetunion, seinen proletarischen Internationalismus zu diskreditieren, wollte er deutlich machen, daß die Hitlerfaschisten ihn ins Gefängnis geworfen hatten, weil er als revolutionärer

3 Vgl. ebenda, NL 3/42, NL 3/40 und 41.
4 Ebenda, NL 3/17.
5 Ebenda, NL 3/9.

Arbeiter seine ganze Kraft für die sozialistische Zukunft der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes eingesetzt hatte. »Mein Blut ist Blut vom Blute des deutschen Arbeiters und bleibt es bis zum Tode. Blutsverwandt mit den sozialdem[okratischen] Arbeitern«, notierte er. Ernst Thälmann wollte über sein Leben berichten und dabei zwei Ereignisse, Ereignisse, die ganz klar den grundlegenden Unterschied von Imperialismus und Sozialismus verdeutlichten, besonders hervorheben: »Einmal das Kriegserlebnis ... und dann meine erste Reise als Hamburger Erwerbsloser 1921 in die Sowjetunion ... Das gewaltigste Erlebnis für mich. Damals grenzenlose Hungersnot und trotzdem unbedingtes felsenfestes Vertrauen zu ihrer Macht, der S[owjet]macht. Dann von 1921 bis 1932, wo ich häufiger dort war, diese ungeheure, gewaltige, mit Worten nicht zu beschreibende Umwälzung im Lande zugunsten der Arbeiter und Bauern.«[6]

Und in seinen Gefängnisaufzeichnungen notierte er: »Deutsch und kommunistisch sind keine Gegensätze. Ich denke nicht daran, von meinen Grundsätzen auch nur einen Millimeter abzugehen.«[7] Thälmann bekräftigte: »Kommunismus ist die Lehre von der Befreiung der Arb[eiter]kl[asse]. Die Befreiung der Arb[eiter]kl[asse] aber ist die Befreiung des ganzen Volkes! Dafür mein ganzes Leben gekämpft zu haben, darauf bin ich stolz.«[8]

Mit besonderer Schärfe wandte sich Ernst Thälmann gegen die von der Oberreichsanwaltschaft zusammengestellte Denkschrift »Kommunistische Umsturzbestrebungen in Deutschland« und gegen alle Beschuldigungen, die KPD habe eine putschistische Politik betrieben. In einem Schreiben an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts vom 6. Mai 1934 bekannte er sich zur sozialistischen Revolution und legte in Auseinandersetzung mit den faschistischen Verleumdungen die marxistisch-leninistische Revolutionstheorie dar. Er verteidigte die Politik der Partei und wies nach, daß sie in erster Linie den Tagesinteressen der deutschen Arbeiterklasse und aller anderen werktätigen Schichten des deutschen Volkes gedient hatte. »Die unmittelbare Hauptaufgabe der Partei war die Errichtung der Einheitsfront der Arbeiter im Bündnis mit den Bauern und den übrigen Werktätigen, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter zur Abwehr des offensiv vordringenden Nationalsozialismus ..., wobei ich

6 Ebenda, NL 3/11.
7 Ebenda, NL 3/9.
8 Ebenda, NL 3/13.

alle terroristischen Maßnahmen und jede individuelle Aktion als schädlich und äußerst verderblich und für unvereinbar mit dieser Massenpolitik gehalten habe.«

In einem weiteren Schreiben erklärte Ernst Thälmann, er lehne die Denkschrift »im ganzen ab, da sie, mit Ausnahme von Formulierungen und Hinweisen, die den Beschlüssen des ZK entsprechen, als Ganzes ein Zerrbild und eine Verfälschung der Politik der Partei abgibt. Die Politik der Partei ist eine Massenpolitik und hat mit einer Putschpolitik nichts zu tun ...

Die Partei kämpft mit einem klaren Programm. Wir wollen, daß die Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern kommt, die sie restlos im Interesse des Volkes verwenden, nachdem die Bourgeoisie abgewirtschaftet hat. Diese Macht soll dazu dienen, den Kapitalismus zu beseitigen und die Banken, die Großindustrie, die Werften, die großen Güter, die angehäuften Warenvorräte usw. in die Hände der Allgemeinheit und in Eigentum der Gesellschaft zu überführen, um sie restlos den Arbeitern, Bauern und übrigen Werktätigen dienstbar zu machen. Die zentrale und Hauptaufgabe ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter im Bündnis mit den übrigen Werktätigen. Ohne die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgabe ist das Ziel, die siegreiche proletarische Revolution, als geschichtliche Perspektive gesehen, nicht zu verwirklichen. Wir lehnen aber entschieden ab, dabei Mittel und Methoden anzuwenden wie Putsche, individuelle terroristische Handlungen, abenteuerliche Unternehmungen, Brandstiftungen, Plündereien, Anschläge und Attentate, um dieses Ziel zu erreichen. Unser Kampf ist ein politischer Kampf um die Millionenmassen der Arbeiter und des werktätigen Volkes, die wir durch unsere Politik, in der Agitation und Propaganda in Wort und Schrift, in parlamentarischer und außerparlamentarischer Betätigung, in Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks, in Massenbewegungen und Massenkämpfen zu gewinnen suchen. Diese revolutionäre Massenpolitik ist nicht zu trennen von der geschichtlichen Aufrollung des Problems, unter welchen objektiven Voraussetzungen die Partei heute die Machtfrage stellt ...

Es ist deshalb unwahr, wenn behauptet wird, daß wir am Februarende [1933] den Umsturz in Deutschland planten, es ist absurd, vom bewaffneten Aufstand und von Aufstandsvorbereitungen der Partei zu sprechen. Tatsächlich haben wir nicht die Umwälzung unmittelbar vorbereitet; es lag kein im einzelnen bestimmter Aktionsplan vor. Wir sind der festen Meinung, daß für uns auch noch die offene Kampfesmöglichkeit nicht

gekommen war. Das ZK hat die Bewaffnung der Arbeiter als Aktionslosung nicht gestellt und nicht als Forderung erhoben ...

Also, wir verneinen nicht die Revolution, wir halten sie für notwendig und für die einzige Möglichkeit der sozialen und nationalen Befreiung, wir arbeiten und kämpfen für sie. Wir verneinen aber die Verschwörung ...

Es ist die große Aufgabe der Partei, in der Agitation und Propaganda und in allen Tageskämpfen und Bewegungen zur Unterstützung und Verteidigung der unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiter und aller übrigen Werktätigen ihre Massenarbeit zu bessern und zu erweitern und darüber hinaus unter Führung der Arbeiterklasse eine starke revolutionäre Volksbewegung zu schaffen, deren Aufgabe es ist, immer neue Millionenmassen an die Positionen des Kampfes um die Macht heranzuführen. Eine geschichtliche Umwälzung in Deutschland durch die siegreiche proletarische Revolution ist nur denkbar mit den Millionenmassen der Arbeiter und des werktätigen Volkes und nicht gegen sie ...

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß die Politik der Partei alle auftauchenden Stimmungen und Tendenzen von Revolutionsspielereien, abenteuerlicher Romantik und auch putschistische Hemmungen in der Massenarbeit energisch bekämpft hat und in der Tagespolitik, bei der propagandistischen Aufrollung der Machtfrage keine Zweifel in den Massen darüber [hat] aufkommen lassen, daß die Erkämpfung des geschichtlichen Zieles durch die siegreiche proletarische Revolution nur unter ganz bestimmten objektiven Voraussetzungen möglich und denkbar ist.«[9]

Dieser Brief, in dem Ernst Thälmann offensiv die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands verteidigte, zeugt von seinem tiefen Eindringen in die Leninsche Revolutionstheorie, von seiner Fähigkeit, den Marxismus-Leninismus meisterhaft in der Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind zu gebrauchen. Der Brief orientierte auf den weiteren Kampf der Partei, auf das Ringen um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und auf die Schaffung einer breiten Volksfront.

In einer seiner Notizen formulierte Ernst Thälmann, daß es selbst in den Stunden der Aufrichtung der Hitlerherrschaft gegolten habe, kaltes Blut zu bewahren. Daß die Partei sich nicht zu einem unüberlegten, voreiligen Schritt hatte hinreißen lassen, darauf sei er stolz. Wichtige Argumente hatte ihm der Reichstagsbrandprozeß vermittelt: »Im Leip-

9 Ebenda, NL 3/24.

ziger Pr[ozeß] bereits klar erwiesen, von gesamter W[elt]p[resse] anerkannt«, so notierte er, »daß KPD nicht Aufstand geplant und erst recht nicht R[eichstag] ansteckte ... L[eipziger] Pr[ozeß] werde ich stark ausnutzen.« Deshalb nahm er sich vor, zu seiner Verteidigung unbedingt die Akten des Reichstagsbrandprozesses anzufordern.

Um den Lügen der Anklage überzeugend entgegentreten und die Politik der Partei fundiert darlegen zu können, aber auch um gegebenenfalls die Prozeßführung zu entlarven, beabsichtigte er, seine Reden und Artikel zu verlangen. »Sollten sie mir das verweigern, stelle ich hierzu erneut den Antrag am ersten Pr[ozeß]tag. Lehnt man das ab, dann gebe ich eine Pr[otest]erklärung ab gegen die Beschränkung meiner Vert[eidigung]. Diese Methode, solche Anträge zu stellen und Pr[otest]erkl[ärungen] abzugeben, werde ich während d[es] g[anzen] Pr[ozesses] anwenden, da sie eine große öffentl[iche] Bedeutung haben. Ich werde dabei einmal auf das Bild des großen fr[anzösischen] Malers Daumier hinweisen: Du kommst dir vor, wie der dort dargestellte Angekl[agte]: an jedem Arm eine Kette, eine Binde um den Mund, u[nd] die Aufforderung des Vors[itzenden] des Gerichts: ›Angekl[agter], – Sie haben das Wort zu Ihrer Verteidigung.‹«[10]

In die Anklageschrift hatten die Justizbehörden größere Auszüge aus der Rede Ernst Thälmanns vom 7. Februar 1933 vor dem Zentralkomitee aufgenommen, um ihre verleumderischen Behauptungen zu »beweisen«. Aus Thälmanns Notizen geht hervor, daß er die für den Kampf gegen den faschistischen deutschen Imperialismus wichtigsten Punkte dieser Rede hervorheben wollte: Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter zur Abwehr des Nationalsozialismus, vor allem Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, sowie Sammlung und Mobilisierung der Arbeiter und werktätigen Volksmassen gegen den Faschismus, Entfaltung einer antifaschistischen, demokratischen Massenbewegung zum Sturz des Hitlerregimes.

Immer wieder setzte Ernst Thälmann sich mit der faschistischen Lüge auseinander, die Partei hätte den individuellen Terror propagiert und angewandt: »Jeden Terror und ind[ividuelle] Maßnahmen halten wir für verderblich«, schrieb er. »Nur eine geschlossene Abwehr der Arb[eiter] hatte Aussicht, die n[ational]s[ozialistische] Macht abzuschwächen. Es wurde eine ideol[ogische] innere Kampagne in d[er] P[artei] durchgeführt, um die vorhandenen Neigungen zum ind[ividuellen] Terror zu bekämp-

10 Ebenda, NL 3/13.

fen... P[artei]leitung war es ernst mit der Bekämpfung terror[istischer] Neigungen.«[11] Selbstverständlich bedeutete die strikte Ablehnung des individuellen Terrors nicht, daß die Arbeiter sich von den Faschisten oder von der Polizei wehrlos niederschießen oder niederstechen lassen müssen. Viele Beispiele hatte Ernst Thälmann notiert, die den Mordterror der Faschisten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft bewiesen. Er wollte betonen, daß die KPD die Arbeiter aufgerufen hatte, sich zur Verteidigung gegen die faschistischen Angriffe im Selbstschutz zu organisieren.

Eine wesentliche Seite der von Thälmann beabsichtigten Prozeßführung war die offensive Auseinandersetzung mit dem faschistischen Regime. In seinen Notizen vermerkte er: »Zur Frage [der] Hitlerpolitik. Keineswegs irgendwelche Konzessionen werde ich machen über Rolle der Nazis im Dienste des Kapitals.«[12] Der Faschismus sollte als die offene, der formalen demokratischen Hülle entkleidete Diktatur des Finanzkapitals entlarvt werden. Nicht von den Kommunisten, sondern von Hindenburg, Papen und Hitler im Auftrag des deutschen Monopolkapitals sei die Weimarer Verfassung zersetzt worden, durch den Staatsstreich am 20. Juli 1932, durch die Ausschaltung des Reichstags 1933, den Raub der kommunistischen Mandate und durch den Erlaß weiterer Notverordnungen bis zur Übertragung der Funktion des Reichspräsidenten an Hitler. Die sogenannte nationale Revolution der Nazis wollte Ernst Thälmann der historischen Wahrheit gemäß als die Errichtung der terroristischen Herrschaft des deutschen Monopolkapitals charakterisieren.

Der Behauptung, die Kommunisten hätten den bewaffneten Aufstand geplant, beabsichtigte Ernst Thälmann die Propaganda der NSDAP zur Zerschlagung der Weimarer Republik entgegenzustellen. Mit Hilfe von Konspekten und Auszügen aus Reden und Schriften von Naziführern, in denen diese zur Vernichtung des Weimarer Staates aufgerufen hatten, wollte er die Heuchelei der Hitlerpartei bloßstellen.

Um den Klassencharakter der faschistischen Diktatur beweiskräftig darlegen zu können, beschäftigte sich Ernst Thälmann gründlich mit den Problemen des Imperialismus. Nur wenige und dazu noch tendenziöse Quellen boten ihm Gefängnisbibliothek und faschistische Presse. Trotzdem leistete er, gestützt auf seine reichen Klassenkampferfahrungen und auf seine gründlichen marxistisch-leninistischen Kenntnisse, mit seinen Untersuchungen über das Wesen des Imperialismus und den Charakter

11 Ebenda, NL 3/9.
12 Ebenda, NL 3/13.

des Faschismus eine bedeutende wissenschaftliche Arbeit. Ernst Thälmann beschäftigte sich nicht nur mit der imperialistischen Entwicklung in Deutschland und ihren charakteristischen Erscheinungsformen; er studierte die Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern, vor allem zwischen den Siegermächten des ersten Weltkrieges und Deutschland. Besonders hob er die außerordentliche Verschärfung des Widerspruches zwischen den imperialistischen Staaten und der sozialistischen Sowjetunion hervor.

Thälmann wies nach, daß diese Gegensätze die große Gefahr eines neuen Weltkrieges und vor allem eines Krieges des Imperialismus gegen den Sozialismus in sich bargen und daß das faschistische Regime in Deutschland der Hauptkriegstreiber war. Der deutsche Imperialismus, der sich auf hochentwickelte Produktivkräfte stütze, strebe nach einem seinem wirtschaftlichen Potential entsprechenden Anteil an der Weltmacht, werde dabei aber überall auf die anderen imperialistischen Mächte stoßen, erklärte er. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt sei nicht beendet. Er verschärfe sich sogar. Und alle imperialistischen Staaten suchten den Ausweg aus den eigenen Schwierigkeiten auf Kosten der Sowjetunion, im Kampf gegen das erste sozialistische Land. Die von den Imperialisten im Völkerbund und auf Abrüstungskonferenzen gehaltenen Reden dienten nur dazu, die Kriegspolitik gegenüber dem eigenen und den anderen Völkern zu verschleiern, die intensiven Kriegsvorbereitungen zu tarnen. Ernst Thälmann beabsichtigte, die heuchlerischen Friedensbeteuerungen der Imperialisten, vor allem der Hitlerfaschisten, zu widerlegen und nachzuweisen, daß der faschistische deutsche Imperialismus nach der Neuaufteilung der Welt und nach der Weltherrschaft strebe. Er wollte den Prozeß nutzen, um die verbrecherische Politik des deutschen Finanzkapitals und der Hitlerfaschisten vor der internationalen Öffentlichkeit zu demaskieren.

Gründlich setzte sich Ernst Thälmann mit der faschistischen Ideologie auseinander, vor allem mit dem Nationalsozialismus der Hitlerfaschisten. Die geschichtliche Erfahrung hatte ihn gelehrt, daß Klarheit in dieser Frage für die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen äußerst wichtig ist. In seinen Notizen erinnerte Thälmann immer wieder an die Traditionen des Kampfes der KPD zur Lösung der nationalen Frage und zeigte, daß allein die Kommunistische Partei – eben weil sie sich von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus leiten ließ – konsequent für die wirklichen Interessen der Nation eintrat. Er entlarvte die nationale

Demagogie der Nazis und bewies die Unvereinbarkeit ihrer heuchlerischen Parolen mit den Interessen des Volkes.

Wie schon früher, so äußerte sich Thälmann auch zu dem Verhältnis der Kommunisten zur Nation und zum Vaterland: »Wir Kommunisten lieben unser Volk u[nd] unser Land. Darum wollen wir es frei von kap[italistischer] Lohnsklaverei, frei von f[aschistischer] D[iktatur], frei von K[onzentrations]lagern und Unterdrückung. Weil wir unser Volk und unser Land lieben, kämpfen wir für R[äte]d[eutschland], wo die Arb[eiter und] Bauern endlich ein Vaterland haben werden.«[13] Für ihn als Marxisten-Leninisten war die nationale Frage in erster Linie eine soziale, eine Klassenfrage. Niemals ging es ihm schlechthin um »die Nation«. Er stellte stets die Frage, welche Klasse die herrschende ist und die Geschicke der Nation bestimmt. Jetzt, im Kerker, schrieb er: »Wir kämpfen für ein freies, soz[ialistisches] D[eutschland]. Wir bejahen die nationale Frage. Ich weise hin auf Lenin, der von dem Stolz der Großrussen sprach und trotzdem einer der größten Männer des Internationalismus gewesen und bis zu seinem Tode geblieben ist.«[14]

Die Programmerklärung des ZK der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930 plante Ernst Thälmann vor dem Gericht darzulegen und dem faschistischen Programm, seit 1933 Regierungsprogramm, gegenüberzustellen. Er erinnerte in seinen Niederschriften daran, daß das Elend der deutschen Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren eine unmittelbare Folge der imperialistischen Politik war. Um von dieser Tatsache abzulenken, um im Zeichen des Kampfes gegen die »Schmach von Versailles« einen neuen Krieg im Interesse der deutschen Bourgeoisie vorbereiten und das Volk dafür mißbrauchen zu können, hatte die Hitlerpartei den Versailler Vertrag für die Not des Volkes verantwortlich gemacht. Thälmann wies demgegenüber nach: »Wir waren und wir sind die einzige P[artei], die wirklich gegen V[ersailles] kämpfte und kämpft. KPD u[nd] Komintern lehnten V[ersailles] ab, ehe Hitlerpartei gegründet... Aber unser Kampf gegen V[ersailles] erfolgte nicht im Interesse d[er] B[ourgeoisie], sondern [des] deutschen Pr[oletariats], deutscher Werktätiger. Nationalismus lockert nicht die Ketten von V[ersailles], sondern führt höchstens zum imp[erialistischen] Krieg.«[15] Militarismus und Nationalismus sollten die Werktätigen vom

13 Ebenda.
14 Ebenda, NL 3/9.
15 Ebenda, NL 3/13.

Erkennen ihrer wahren Interessen und von der Gemeinsamkeit mit der Arbeiterklasse der anderen Länder abhalten, vermerkte Ernst Thälmann. Erst die siegreiche Volksrevolution werde Kriege verhindern, sie unmöglich machen, weil sie die den imperialistischen Kriegen zugrunde liegenden Ursachen beseitigen wird. Aber er notierte auch: »Krieg miterlebt, ich bin kein Pazifist. Für die Wehrhaftigkeit, aber nicht im Int[eresse] und zur Befestigung der kap[italistischen] Herrschaft.«

Ernst Thälmann ging in seinen Überlegungen davon aus, daß die Arbeiterklasse, bereits bevor sie die politische Macht erobert hat, Vorkämpferin der wahren nationalen Interessen ist. Sie verkörpert nicht nur die sozialistische Zukunft der Nation und kämpft für sie, sondern vertritt auch die Gegenwartsinteressen des Volkes gegen den Imperialismus. Und diese Interessen stehen nicht im Gegensatz zu den Interessen anderer Völker, im Gegenteil. Der Kampf für die nationale und der Kampf für die soziale Befreiung bilden eine dialektische Einheit. Es kann keine nationale Souveränität, keine Selbstbestimmung, keine Beziehungen der Gleichberechtigung und Zusammenarbeit zwischen den Völkern geben, wenn die Völker nicht entschlossen den Kampf gegen den Imperialismus führen, stellte Thälmann fest.

Über das Ziel des Kampfes wollte Ernst Thälmann vor Gericht keinen Zweifel lassen: »Unser Ziel, die pr[oletarische] Rev[olution] – Mittel zu einem höheren Ziel – [der] großen gewaltigen Mehrheit die wirkliche Macht im Staate zu garantieren. [Das] Wesentliche einer pr[oletarischen] Reg[ierung] ist ja nicht allein die Machtübernahme, sondern die weitere Entwicklung zum Sozialismus!« Die Entwicklung zum Sozialismus aber kann nur die bewußte Tat der Millionen sein. »Die pr[oletarische] Diktatur kann nur durch die entscheidenden Schichten des Pr[oletariats] im Bündnis mit den B[auern] und übrigen Werkt[ätigen] geschaffen werden, nur sie entspricht den Interessen des werktätigen Volkes... Diese neue, soz[ialistische] Lebensordnung trägt gerade den massenschöpferischen Geist in sich und stellt keineswegs eine formelle und absolute Gleichheit der Menschen dar... die Fähigsten im Staat werden ihren Platz erobern und erkämpfen.«

Ernst Thälmann war vom künftigen Sieg des Sozialismus in Deutschland überzeugt. So legte er ausführlich seine Gedanken über die »neue, sozialistische Lebensordnung« dar. Zu entscheidenden Fragen des sozialistischen Aufbaus finden wir in seinen Aufzeichnungen Hinweise, meistens in prinzipieller Auseinandersetzung mit der sozialen Demagogie

der Nazis. Ernst Thälmann entwickelte ein Bild von der sozialistischen Gesellschaft, wie er sie auch für das deutsche Volk ersehnte. Die Arbeiter-und-Bauern-Regierung charakterisierte Thälmann als den Machtapparat der Arbeiterklasse, als Instrument für den Aufbau des Sozialismus. Die proletarische Macht beschrieb er als einen Staat, den Hunderttausende klassenbewußte Arbeiter und Bauern leiten, die diese welthistorische Aufgabe bewältigen können, weil sie von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse geführt werden.

Über das Ziel des Kampfes der Kommunisten lesen wir in den Notizen Ernst Thälmanns: »Macht in die Hände der Arb[eiter] und Bauern. Die wichtigsten Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit und in das Eigentum der Ges[ellschaft] zu überführen. Die Maßnahmen im einzelnen erläutern – auch unter Einfügung des Begriffs der Arb[eiter]kontrolle im Zusammenhang mit Beschlagnahme der großen Warenvorräte, großen Wohnungen, der Banken, der Großindustrie, großen Güter usw., um sie restlos den Arb[eitern], Bauern und übrigen W[erktätigen] dienstbar zu machen.«

Seine Vorstellungen über den sozialistischen Aufbau schöpfte Thälmann vor allem aus der gründlichen Kenntnis der sozialistischen Praxis in der Sowjetunion: »Lebendiges Beispiel zeigt die S[owjet]u[nion]. 1. Die Partei. 2. Die Heranziehung der gesamten Arb[eiterklasse] für den soz[ialistischen] Aufbau und seine Sicherung und Verteidigung. 3. Die fortgesetzte Heranziehung der werktätigen Bauern und aller übrigen Schaffenden. 4. Die Unterstützung der Arb[eiter] u[nd] Werktätigen der anderen Länder. Und mit welchen Mitteln??? Nicht durch Führerbefehl, sondern durch Entfaltung der Selbsttätigkeit und der Masseninitiative, der schöpferischen Massentätigkeit in der proletarischen Demokratie, gestaltet in den Sowjets und in den Massenorganisationen, und dauernd kontrolliert von unten bis oben durch eine systematische Selbstkritik und Leitung. Dieses System hat keinen Raum für Eigennutz, Korruption, Profite, Ausbeutungs- und Luxusleben, und darum wird es von den Nutznießern des Kapitalismus auf den Tod bekämpft! Nur seine Durchsetzung schafft Krise und Krieg, Ausbeutung und Armut aus der Welt, macht die Arbeit frei vom Fluch der Fron!«

An Hand des Beispiels der Sowjetunion äußerte sich Ernst Thälmann zur sozialistischen Demokratie, zur sozialistischen Kulturrevolution und zur Lösung der nationalen Frage durch den Sozialismus. Er beschäftigte sich mit Problemen der sozialistischen Planwirtschaft, den Funktionen

der sozialistischen Außenpolitik und der bewaffneten Macht der Arbeiterklasse im Sozialismus.

Gestützt auf das Beispiel des ersten sozialistischen Staates, setzte sich Thälmann auch mit dem bürgerlichen Freiheitsbegriff auseinander und stellte ihm die marxistisch-leninistische Auffassung entgegen: »Wir stellen die Frage mit unserem Programm: Frei wovon? Frei wofür? Freiheit für die Arbeiter, für die werkt[ätigen] Bauern, für alle Werktätigen in Stadt u[nd] Land; nicht für die Bourgeoisie, den Großgrundbesitz und ihren Anhang ... Freiheit für den Kampf gegen kap[italistische] Ausb[eutung] und Unterdrückung. Also frei von den Ketten des Kap[italismus] und seiner Werkzeuge, frei von Lohnsklaverei, frei von innerer und äußerer Knechtung, frei von staatlicher Unterdrückung, frei für Sozialismus, frei für Beseitigung des Gegensatzes von Stadt und Land, von Kopf- und Handarbeitern, für die Frau Freiheit statt besonderer Entrechtung, für Gleichberechtigung und wirkliche Gleichstellung, Freiheit – nicht unbeschränkt, nicht schrankenlose, zügellose Willkür – [Freiheit] bestimmt durch die Aufgaben der proletarischen Klasse.« Ausdrücklich bekräftigte er, daß es sich hier um eine Klassenfrage handelt: »Freiheit also, wie alle politischen Begriffe, von uns als Klassenbegriffe genommen.« Detailliert legte er dann die Unterschiede der »Freiheit« im Kapitalismus und im Sozialismus und Kommunismus dar. Nur im Sozialismus sei »die Entfaltung der Freiheit in der Richtung der Freilegung ungeheurer Entwicklungsmöglichkeiten auf allen Gebieten« möglich, erklärte er und wies das an Beispielen aus der politischen, sozialen und kulturellen Sphäre nach.

Vor allen Dingen aber hob Thälmann die Rolle der Kommunistischen Partei als führende, lenkende und leitende Kraft beim sozialistischen Aufbau hervor: »Selbstverständlich alles unter der Führung der bolschewistischen Partei. Worauf gründet sich der Anspruch auf die Führung und zugleich, wie erobert und sichert die P[artei] die Führung? Dadurch, daß die Massen, das Volk, die Losungen der Partei anerkennen und sie gemeinsam mit der Partei verwirklichen bzw. [es] versuchen, unterstellen sie sich der Führung der Partei. Die Führerstellung wird so von den Arbeitern, Angestellten und werktätigen Bauern übertragen ... Das Volk (ohne die Bourgeoisie), die Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten nehmen ihr Geschick selbst in die Hände. Sie können [das] aber auch nicht ohne Partei: Sie sammelt die opferfreudigsten, aktivsten klassenbew[ußten] Arb[eiter] in ihren Reihen – sie verkörpert und sammelt alle Er-

fahrungen aller rev[olutionären] Kämpfe.« Diese Erfahrungen sind das Fundament der revolutionären Theorie. »Und darum Grundsatz des Bolschew[ismus]: Übereinstimmung von Theorie und Praxis – darum [müssen die] Massen sich von der Richtigkeit unserer Politik, unserer Ziele und unserer Methoden selbst überzeugen.«[16]

Ernst Thälmann bereitete sich darauf vor, die antisowjetischen Verleumdungen der Faschisten überzeugend zu widerlegen. »Ich trete als Verteidiger der S[owjet]u[nion] auf«[17], notierte er. Seine Verbundenheit mit dem ersten Land des Sozialismus und mit der stärksten und erfahrensten Partei der kommunistischen Weltbewegung, der KPdSU(B), kam in seinen Briefen und Aufzeichnungen zum Ausdruck. »Wir bekennen uns mit Stolz zum pr[oletarischen] Int[ernationalismus] und zur S[owjet]-u[nion].« Das Verhältnis der Kommunisten zur Sowjetunion bedeute nicht »Abhängigkeit von Moskau«, wie die faschistische Presse log, sondern »tiefste brüderlichste Verbundenheit über den ganzen Erdball«; Moskau sei »das Zentrum, das den Triumph des Soz[ialismus] und die Zukunft der Menschheit verkörpert«.

Mit tiefer Überzeugung stellte er fest: »Das große Wunder des 20. Jahrh[underts]«, das ist der Aufbau des Sozialismus. »Ehret das Volk, das es fertigbrachte, den Kap[italismus] niederzuringen und den Soz[ialismus] aufzubauen.« Thälmann hob die großen Leistungen der Völker der Sowjetunion unter der Führung der KPdSU(B) im Kampf gegen den Weltimperialismus hervor. Dabei notierte er Lenins Worte, daß die Sowjetmacht nach der Sicherung der Diktatur des Proletariats ihren Haupteinfluß auf die internationale Revolution durch die Wirtschaftspolitik ausübt. Auf die Russische Sowjetrepublik seien alle Augen gerichtet. Ernst Thälmann fügte in seinen Notizen hinzu: »Diese geniale Voraussage Lenins über die int[ernationale] Wirkung der soz[ialistischen] Wirtschaftsweise in der Sowjetunion ist inzwischen längst durch die Geschichte in großartigster Weise bestätigt worden. Heute sehen Mill[ionen] und aber Mill[ionen] Ausgebeuteter in allen Ländern der Welt in der soz[ialistischen] Planwirtschaft der S[owjet]u[nion] das leuchtende Beispiel für ihren rev[olutionären] Ausweg aus dem Elend der kap[italistischen] Krise.« Für Thälmann war die Entwicklung in der Sowjetunion ein »lebendiges Beispiel für Gegenwart und Zukunft«. Diese Haltung wollte er vor Gericht dokumentieren.

16 Ebenda, NL 3/9.
17 Ebenda, NL 3/13.

Thälmann beschäftigte sich während seiner Prozeßvorbereitungen ausführlich mit dem Zusammenhang von Sozialismus und Frieden und würdigte dabei die Sowjetunion als die stärkste Friedenskraft und als Hoffnung der Völker im Kampf gegen die Gefahr imperialistischer Kriege. Er betonte, daß die Verteidigung der Sowjetunion gegen die Aggressionen der imperialistischen Mächte Sache aller fortschrittlichen Menschen, insbesondere der Arbeiterklasse aller kapitalistischen Länder, sein müsse. Eine Niederlage der Sowjetunion würde für alle Völker Ausplünderung und Knechtschaft zur Folge haben. Ein Krieg gegen die Sowjetunion, den »Hort des Friedens«, wäre noch reaktionärer als jeder andere von den Imperialisten entfesselte Krieg. Damit wollte Thälmann vor der Kriegspolitik des Hitlerregimes warnen, die sich vor allem gegen das Land des Sozialismus richtete. Die Sicherung des Friedens sei vom Willen und vom entschlossenen Kampf der Volksmassen gegen den imperialistischen Krieg und von der allseitigen Stärke der Sowjetunion abhängig, vermerkte er.

Für Deutschland sei die Freundschaft zur Sowjetunion lebensnotwendig. Für uns »besteht hier vollständige Übereinstimmung unserer Interessen an der wirklichen Befreiung D[eutschlands] – die übrigens im Bund mit der S[owjet]u[nion] ihre Sicherung hat – mit den Interessen der Menschheitsentwicklung, den Int[eressen] der Arb[eiter] u[nd] Bauern der S[owjet]u[nion], ihrer Errungenschaften und ihres Staates. Es geht hier nicht um staatsrechtliche Fragen, sondern um vollständig gleiche Richtungen der Interessen.« Die Sowjetunion sei für das deutsche werktätige Volk keine »fremde, feindliche Macht«, wie die Faschisten behaupteten. Zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion gäbe es keine Gegensätze. »Verteidigung der S[owjet]u[nion ist] ureigenste Verteidigung der Int[eressen] der Arb[eiter] u[nd] W[erktätigen] Deutschl[ands]... Die Sowjetunion... allein gegen V[ersailles], allein für nationale Selbstbestimmung mit dem Recht der vollständigen Autonomie und Lostrennung... Ganze Pol[itik] der S[owjet]u[nion] erweist sich als die Pol[itik] des Friedens.«[18]

Die Notizen zeigen, wie Thälmann den Prozeß auch nutzen wollte, um der deutschen Arbeiterklasse die Erfahrungen der Partei der Bolschewiki zu vermitteln, die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten und das Lügengewebe der Nazis zu zerreißen. Er gab der Führung der KPD Hinweise, wie man das selbst unter den Bedingungen der Illegalität noch

18 Ebenda, NL 3/9.

besser tun könnte, und hob hervor, wie bitter notwendig das gerade jetzt sei, da die gesamte Presse und der Rundfunk in Deutschland ununterbrochen in den Dienst einer Lügen- und Hetzkampagne gegen den Marxismus-Leninismus und die Sowjetunion gestellt wurden. Voller Sorge vermerkte Ernst Thälmann, daß »eine große Gefahr besteht, daß das deutsche Volk und insbesondere die deutschen Arbeiter, weil sie nichts anderes hören und lesen, in eine rußlandfeindliche Stimmung hineingetrieben werden«. Und er fragte: »Ist es ein Wunder, wenn bei der unglaublichen Hetze gegen die Sowjetunion und bei der Lügen- und Fälschungspropaganda der Presse und der führenden Leute der NSDAP gegenüber den Tatsachen, die dort bestehen, eine derartige Massenstimmung entsteht oder aufkommen muß?«[19]

Die faschistischen Behörden hatten zahlreiche Zeugen für den Prozeß benannt, in der Mehrzahl Gestapobeamte und Spitzel.[20] Ernst Thälmanns Zeugen jedoch wurden alle durch die Justizbehörden abgelehnt oder »standen nicht mehr zur Verfügung«. Er notierte: »Jonni Schehr wurde geschl[agen], um zuzugeben, daß... Dokumente, die mich belasten, in seinem Archiv gefunden [worden] seien. (Er hat nicht zugegeben.) Deshalb ersch[ossen].«

Aber der Prozeß fand noch immer nicht statt. Auf internationale Anfragen erklärten die Justizdienststellen, man benötige noch Zeit, da ständig »neues Belastungsmaterial« auftauche. Trotz der zweieinhalbjährigen Untersuchungshaft und der Vernehmungen bei der Geheimen Staatspolizei war Ernst Thälmann ungebrochen. Das Wissen um den schließlichen Sieg seiner Sache war eine entscheidende Quelle seiner Kraft. In dieser für ihn so harten Zeit schrieb er: »Mögen sie auch Ruinen aufhäufen..., das wenige Gute, das wir haben schaffen können, wieder zerstören. Der Sieg ist uns gewiß, so groß auch die Schwierigkeiten und Leiden auf dem Weg dahin sein mögen!«[21]

19 Ebenda, NL 3/11.
20 Vgl. ebenda, NL 3/18.
21 Ebenda, NL 3/9.

6

»Ich aber glaube an den Triumph der Wahrheit«

Ernst Thälmanns Fühlen und Denken, die innigen Beziehungen zu seiner Familie, seine Stimmungen während der Kerkerjahre und seine unbeirrte Haltung als Kommunist widerspiegeln die Briefe, die er an seine Frau, an seine Tochter, bis zu dessen Tod auch an seinen Vater und an einen Freund seines Vaters schrieb. Sie zeugen von der Charakterfestigkeit Thälmanns, von der Liebe zu Frau und Tochter. Diese Briefe offenbaren uns Charakterzüge und Neigungen Ernst Thälmanns, die zuvor in den von angespanntester politischer Tätigkeit ausgefüllten Jahren kaum Niederschlag in schriftlichen Äußerungen gefunden hatten. Die Briefe boten ihm die Möglichkeit, auch außerhalb der Sprechstunde etwas von der Überfülle der Gedanken, die ihn bedrängten, mitzuteilen. Darum bereitete er die Briefe sorgfältig gedanklich vor, schrieb sie noch einmal ab, um sie auch bei sich verwahren zu können.

Welche Bedeutung Ernst Thälmann dem Briefwechsel beimaß, spricht aus einem Brief an seine Frau vom 18. August 1935: »Die Kunst, Briefe zu schreiben, sie zeigt sich nicht in der Form, sie zeigt sich darin, die Gesinnung, die Anteilnahme, die Herzenswärme, die innere Verbundenheit im Leben zum Ausdruck zu bringen. Selbst die strengste Einsamkeit fördert zuweilen den Reichtum des Menschen an Gedanken- und Erinnerungsfülle.«[1] Den Wunsch, seine Frau an seinen Gedanken teilhaben zu lassen, spürt man in jeder Zeile seiner Briefe. Vieles von dem, was er mitteilen wollte, konnte er nicht offen darlegen. Er schrieb seine Briefe so, daß sie die Zensur passieren konnten, bediente sich der »Sklavensprache«. Trotzdem wurden manche Briefe zurückgewiesen oder Teile von ihnen unleserlich gemacht. Auch die Briefe seiner Angehörigen an ihn wurden streng kontrolliert. In den Briefen an seine Frau finden wir immer wieder Hinweise wie: »In Deinem Briefe war auf der zweiten Seite einiges von der Zensur gestrichen.«[2]

Die Nachrichten von seiner Familie halfen Ernst Thälmann, das

1 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 107.
2 Ebenda, S. 28.

schwere Los der Gefangenschaft leichter zu tragen. Kurz vor Weihnachten 1933 schrieb er: »Meine liebe Rosa! Deinen lieben Brief vom 10. 12. habe ich rechtzeitig erhalten und ihn mit größter innerer Empfindung gelesen. Deine Zeilen erinnern mich an die glücklichen und doch so oft schweren Stunden, die wir gemeinsam in der Siemssenstraße erlebt haben. Möge auch diese vielleicht schwerste Prüfung unseres Schicksals uns gemeinsam weiter so finden und verbinden, wie es in unserem Leben stets der Fall war.«[3]

Als Ernst Thälmann schon über ein Jahr im faschistischen Kerker saß, ohne daß es zu einem Prozeß gekommen war, widerspiegelten sich auch Unrast, Unmut und manchmal Niedergeschlagenheit in seinen Briefen. So schrieb er am 5. April 1934: »Deinen letzten Brief vom 22. 3. habe ich mit großer Freude gelesen. Außerdem habe ich Eure Karte und dazu eine Karte von Rudolph und eine aus Berlin zu Ostern bekommen. Du wirst es kaum verstehen, daß ich solange geschwiegen und Dir keine Antwort auf Deine letzten Briefe gegeben habe. Es ist auch für mich sehr schwer, darauf eine vollkommene und gerechte Antwort zu geben. Mein Schweigen sollte keineswegs ein Vorwurf oder gar eine Kränkung für Dich sein, sondern ist ausschließlich zu erklären und zurückzuführen auf die Lage, in der ich mich jetzt schon seit über einem Jahr befinde. Die Gedanken, die ich mir des öfteren über Euch, über Irmas Zukunft usf. mache, und das Nachdenken über vieles, was ich so in letzter Zeit miterlebt und mitgemacht habe, tragen auch dazu bei, daß ich innerlich darunter zu leiden beginne. Man wird, ohne es zu wollen, manchmal und zeitweilig ganz apathisch und lustlos dabei.

Ostern, das Fest des Wiedererwachens der Natur, ... ging hier still und fast lautlos vorüber. Es war am Karfreitag, am Karsamstag und an den beiden Ostertagen hier sehr ruhig, zeitweise mäuschenstill, nur hin und wieder hörte man das Schließen einer Fensterklappe wie auch den dumpfen Widerhall des Zuschlagens von Gefängnistüren. Draußen das alltägliche Zwitschern der Spatzen, und nur selten singt eine Schwarzdrossel ihr bekanntes Lied. Am Nachmittag des ersten Ostertages beherrschten die Flugzeuge in der wolkenleeren Luft das Feld, und ihr stundenlanges Gesurre machte der lautlosen Stille ein Ende. In der Zelle selbst die tiefste Einsamkeit, die kleine, harmlose und fleißige Spinne hängt zufällig des Mittags in den ährengelben Sonnenstrahlen zwischen den eisernen Gitterstäben und versucht, ihr Netz zu weben. Abgeschlossen von bald allen Menschen, in dauernder Isolierung, fern vom Leben des deutschen Volkes, so lebe und vegetiere ich dahin.«[4]

3 Ebenda, S. 39.

Sein inniges Verhältnis zur Natur, die sorgfältigen Beobachtungen seiner Umwelt halfen ihm, solche Stimmungen zu überwinden. Im September 1934 schrieb er an seine Frau: »Gemeinsam mit Dir in Sonne und frischer Luft ein Weilchen verweilen zu können! Hier lernt man erst schätzen, was Natur und Landschaft dem Menschen bedeuten. Für niemanden wohl ist die Landschaft größer als für den Gefangenen der Gefängnishof, wo er auf dem kurzen Weg, den er jeden Tag eine halbe Stunde gehen darf, sich nur alles suchen muß, was an Natur die Erde birgt: ein paar verirrte Blumen zwischen den Gräsern, die langsam abfallenden, ins Gelb-Braun übergehenden Blätter auf den vereinzelt stehenden Bäumen, die Spatzen, die die hier und dort entdeckten Brosamen der Gefangenen aufpicken, die fleißigen Ameisen, die ihren unfertigen Bau verteidigen, vielleicht eine Spinne, die an einem Kellerfenster ihr Netz webt. So eng auch die Natur zwischen den Gefängnismauern begrenzt ist, so groß dünkt dem Gefangenen doch diese Landschaft des Gefängnishofes, die er in Luft und Sonne, in Regen und Wind, eine halbe Stunde nur genießen kann.«[5]

Viele Gedanken machte sich Ernst Thälmann um seine Tochter Irma. Er wußte, daß sie es unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur als Tochter des »Kommunistenführers« nicht leicht haben würde. So fragte Thälmann am 24. Oktober 1934 bei seiner Frau an: »Hat sie schon Verständnis für das, was ist? Versteht sie das alles schon, was geschehen? Ich denke, ja! Die Sache scheint auch ihr nahezugehen ... Deine Pflicht als Mutter ist sehr groß, und nur auf Dir allein ruht jetzt die ganze Verantwortung für ihre Erziehung und für das Wohl unseres Kindes. Ich erwarte, daß auch Irma das versteht, es zu schätzen weiß und sich gehorsam fügt. Ich fühle mich im Innersten ein wenig erwärmt, der Gedanke, mich auf längere Zeit wieder von ihr trennen zu müssen, ist mir erträglich, weil ich weiß, daß sie mich versteht.«[6]

Der Vater nutzte die Briefe, um auf die Tochter einzuwirken, ihr seine Liebe zu zeigen und ihr zu helfen, sich für das Leben und den Kampf zu rüsten: »Alle Schritte Deines jungen Lebens werden Dir nichts fertig liefern, sie erfordern Anstrengung, Nachdenken, Wendigkeit, Durch-

4 Ebenda, S. 40/41.
5 Ebenda, S. 49/50.
6 Ebenda, S. 54.

halten. Kein Erfolg ohne Mühe und Arbeit. Erst säen – dann ernten! Das praktische Wirken und Schaffen ist der beste Lehrmeister Deiner Lebensschule. Dabei sich ein befreites Selbstbewußtsein zu erringen ist von großem Wert, um im richtigen Augenblick da stehen und arbeiten zu können, wo die Notwendigkeit es gebietet. Ich erinnere mich hier an die klugen Worte des deutschen Dichters Walther von der Vogelweide: ›Wer schlägt den Löwen? Wer schlägt den Riesen? Wer überwindet jenen oder diesen? Das tut der, der sich selbst bezwingt.‹ Das wichtigste Fundament für eine erfolgversprechende Erziehung des Menschen ist der Charakter. Ein Dichter hat einmal gesagt: ›Lieber in einer einzigen Flamme brennen, als in einem Dutzend Irrlichter herumzuflackern.‹ ... Das Schicksal will den Kampf, es ahndet jeden Versuch, sich darum zu drücken, das Leben als Spiel zu nehmen ...

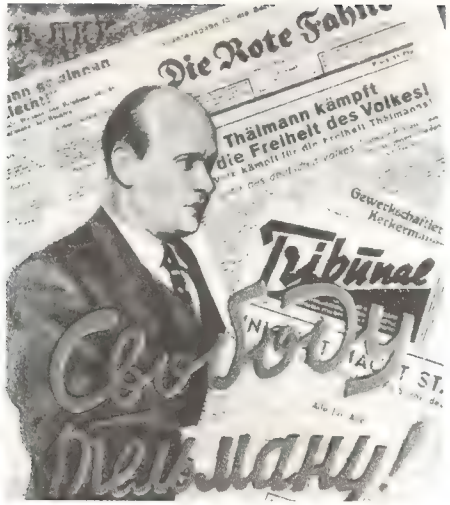
Liebe Irma, überprüfe so selbstkritisch Deinen Lebensweg, Deine Arbeit und Deine Aufgabe. Diese Prüfungen werden nicht nur Dein Selbstvertrauen stärken, sie werden auch die willensmäßige Entwicklung Deines Charakters beeinflussen und diesen härten ...

Die größten Aufgaben, die das Leben stellt, werden nicht nur durch Arbeit und Fleiß gelöst, sondern es muß eine Lust hinzukommen, die diese Arbeit zwingend macht.«[7]

Auch die intensive Beschäftigung Ernst Thälmanns mit der Literatur widerspiegelt sich in dem brieflichen Meinungsaustausch mit seiner Tochter, in seinen Hinweisen, wie man sich die Meisterwerke der Weltliteratur aneignet: »Dein letzter Brief regte mich an, mich mit der Frage zu beschäftigen, was Du und Deine liebe Mutter sonst noch tun können, um Shakespeares Meisterwerke neben dem Studium auf andere Art kennenzulernen. Deine Vorschläge sind gut, nur noch einzelne Hinweise zur Unterstützung und Bekräftigung. Selbstverständlich ist es zweckmäßig, Shakespeares bedeutendste Stücke nicht nur zu lesen, sondern auch im Theater mitzuerleben. Die innere Spannung der lebendigen Bilder, die leidenschaftliche Fülle seiner Charaktertypen geben schon Anlaß zu einem außergewöhnlichen Erlebnis im Theater ... Man soll ins Theater gehen mit dem Drang, sein Leben, die Menschen um sich, ihre Schicksale anzuschauen als ein Fremdes und doch das Seine. Die Charaktertypen, die zu einer dramatischen Figur herausgearbeitet sind, der Wert der Persönlichkeit, die Formen ihres moralischen Charakters als Schicksal des Menschen selbst werden geschildert. Der Wirklichkeits-

7 Ebenda, S. 58, 59/60.

Antifaschistische Losung in Deutschland, 1935

Moskauer Werktätige demonstrierten am 1. Mai 1934
für die Befreiung Ernst Thälmanns
aus der faschistischen Haft

Umschlag der Broschüre »Freiheit für Thälmann« von Wilhelm Pieck, die vom Verlag des Zentralkomitees der Roten Hilfe der UdSSR herausgegeben wurde

Die Volksfront in Frankreich kämpft für die Befreiung Ernst Thälmanns aus dem faschistischen Kerker, 1934

Arbeitsbücher, die von Kollektivwirtschaften in der Sowjetunion für Ernst Thälmann angelegt wurden

Losung für die Befreiung Ernst Thälmanns an einer Hafenmauer in Norwegen

Proletarjusze wszystkich krajów łączcie się!

KOMUNISTYCZNA PARTJA POLSKI

(Sekcja Międzynarodówki Komunistycznej)

Wyrwijmy ERNESTA TELMANA z rąk katów!

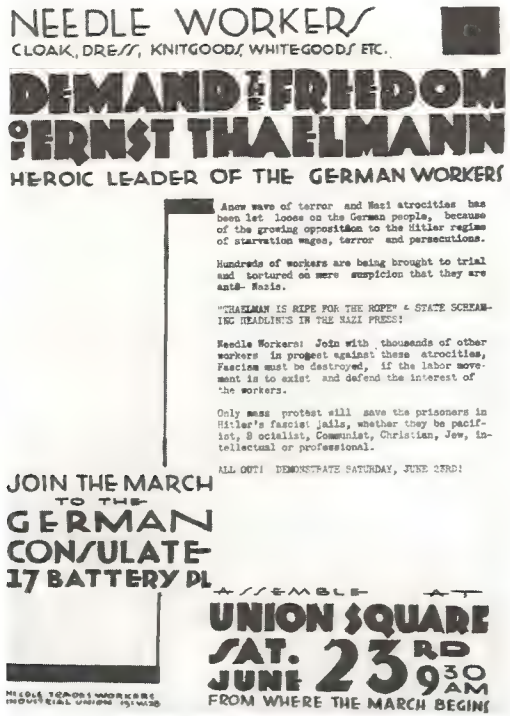
ROBOTNICY, CHŁOPI, PRACOWNICY UMYSŁOWI:

Topór katowski zawisł nad głową Ernesta Telmana, wodza proletarjatu i całego frontu antyfaszystowskiego w Niemczech.

Ernest Telman, robotnik portowy, od ćwierć wieku stoi w szeregach walczącego proletarjatu. W ostatnich wyborach do Reichstagu, pod wściekłym terorem faszystowskim, 5.000.000 głosów padło na listy nielegalnej już Komunistycznej Partji Niemiec z tow. Telmanem na czele.

Kiedy wielki kapitał finansowy powołał do władzy Hitlera i powierzył mu dyktaturę w celu zdławienia mas pracujących i przygotowania wojny imperjalistycznej przeciw Z.S.R.R. Wodzowie socjaldemokracji, bądź uciekli zagranicę, bądź, jak Wells, Loebe, Leipart i inni, pełzali na czworakach przed Hitlerem. Telman pozostał na posterunku, organizując klasę robotniczą do dalszej walki.

Aus einem Aufruf
des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens
zur Befreiung Ernst Thälmanns, Juni 1934



Flugblatt aus den USA

Umschlag einer Broschüre
des Internationalen Befreiungskomitees für Thälmann
und alle eingekerkerten Antifaschisten

K Tvým 50. narozeninám zasíláme Ti bratrské pozdravy mezinárodní solidarity. Slibujeme neustat v boji za Tvůj život až do Tvého osvobození.
Zu Deinem 50. Geburtstag senden wir brüderliche Grüsse der internationalen Solidarität und versprechen nicht abzulassen vom Kampf um Dein Leben bis zu Deiner Befreiung.

III. vydání

Nákl. Vít. Donáta, Krč, Na zelené lišce 180.
Tiskl Jar. Šefl a spol., Praha II.-617.

Ernst Thälmann
dzt. in Untersuchungshaft

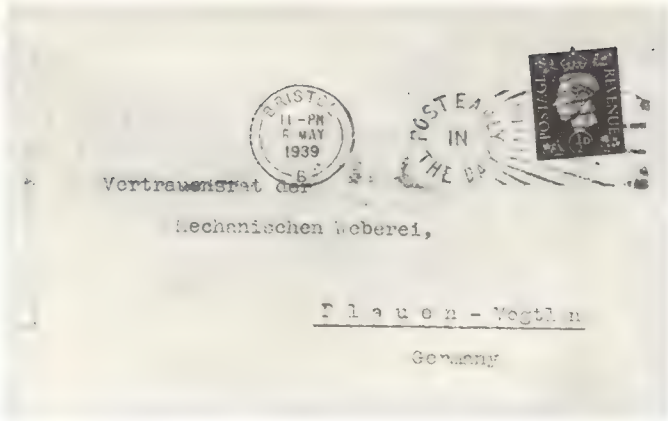
Berlin-Moabit

TISKOPIS

Postkarte aus der Tschechoslowakei
zum 50. Geburtstag Ernst Thälmanns 1936

In diesem Haus in Malinová (Slowakei) befand sich der Sitz
der Partisanenabteilung »Ernst Thälmann«

Illegale Zeitung
der kommunistischen Häftlinge der Festung Peniche in Portugal,
März 1936



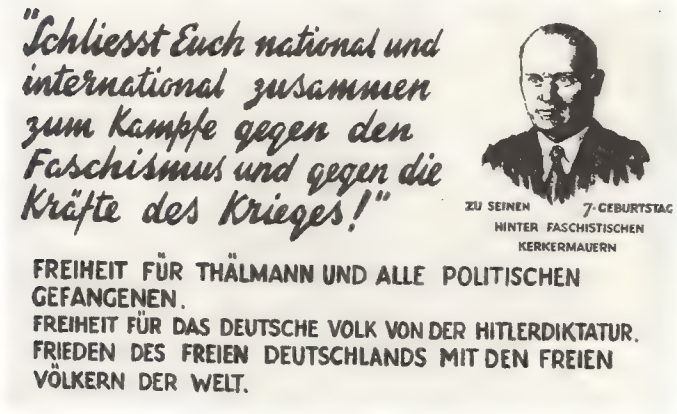
Ernst Thaelmann on his seventh birthday in a Fascist prison.

Unite nationally and internationally for the struggle AGAINST FASCISM and the fasces, which are driving to WAR!

LIBERTY for ERNST THAELMANN, the LEADER of the WORKERS; for KARL MIERENDORF, the trade union secretary; ROSSAINT Leader of the young Catholic organisation; Clergyman NIEMOLLER; Count WESTARP

& for the other 300,000 prisoners (illegally imprisoned) in Germany, Austria and Czecho-Slovakia.
Liberation for the German people from the Hitler dictatorship.
Peace between the free Germany and all the peoples.

L. Rogers. George Bristol



Brief aus Bristol
an die Mechanische Weberei in Plauen,
in dem englische Werktätige Freiheit für Ernst Thälmann fordern, 1939

sinn, mit welchem Shakespeare diese Menschen hingestellt hat, zeigt die großen Zusammenhänge von Charakter, Leidenschaft, Schicksal. Shakespeares Dramen sind der Spiegel des Lebens selbst. Sie trösten uns nicht, aber sie belehren über das menschliche Dasein wie bald kein anderes Erzeugnis der europäischen Literatur.«[8]

Eintönig verliefen die Gefängnistage. Immer wieder forderten sie Thälmanns ganze Kraft, um durchzustehen, um einen klaren Kopf zu behalten. Schier unerträglich mußte es für ihn sein, Monat für Monat, ja Jahre ohne Arbeit zu sein. Gedanken über Prozeßvorbereitung, Lektüre von Zeitungen und Büchern konnten die vielen leeren Tage nicht ausfüllen. Am 20. Mai 1935 schrieb er an Rosa: »Wieder bildet dieses Blatt Papier die Brücke, die mich mit der in ihrer Wirklichkeit schon langsam schwindenden Außenwelt verbindet. Im allgemeinen bewundere ich Deinen unermeßlichen Mut, mit dem Du immer wieder versuchst, meinen Geist hier aufzufrischen. Das ist für einen Menschen, der nicht kalt und gefühllos ist, eine wirkliche Aufmunterung und Genugtuung. Deine Briefe machen mir mein Schicksal viel leichter. Du gibst mir damit mehr an Ruhe und Kraft, als Du ahnst. Du kannst es glücklicherweise nicht ermessen, welche trostlose Stumpfheit mich hier in der Zelle umgibt, welche Stimmung sich zeitweilig meiner bemächtigt, wenn mich die Mauern angähnen ... Dazu der Umgang mit dem fast mechanisch eingestellten Stationsbeamten, mit dem ich täglich zu tun habe. Schon der ablösende Stationsbeamte, trotzdem er seine Pflicht genau so streng erfüllt wie der andere, bringt für mich den Stimmungswechsel, der mir täglich einige Stunden vergönnt ist. Von abends 6 bis morgens 7 Uhr ist sowieso Ruhe im Dorfe. Auch diese Kerkerwelt kennt Freud und Leid, nur sind diese anders geartet als in der Welt der Freiheit. Wir Gefangenen fühlen Freud und Leid, Schmerz und Gemeinheit. Freude bringen ein liebes, freundliches Wort eines Beamten, ein Spaziergang im Gefängnishofe bei Sonnenschein, eine gute Portion Pellkartoffeln mit Hering, das Lesen von Zeitungen und einzelner Bücher. Freude bringen der Besuch, eine frohe Nachricht, manches Weltereignis aus der Presse, insbesondere ein Brief oder eine Karte aus der lieben, teuren Heimat. Freude gibt die Zukunftshoffnung, geben der Glaube und das Vertrauen zu seiner Sache.

Das Geschick kann hart sein, kann selbst einen Menschen, der keinen geistigen Widerstand dagegen aufbringt, seelisch vernichten, kann andere Folgen haben, ihn zum Schwanken bringen und zur Verzweiflung treiben.

8 Ebenda, S. 60/61.

Ich aber glaube an den Triumph der Wahrheit, und dieser Glaube hält mich aufrecht in den Prüfungen, die ich jetzt zu bestehen habe... So schwer es ist, diese Einsamkeit und diese Last zu ertragen, ich will und werde tapfer und mutig aushalten, denn ich weiß, daß unbeugsamer Wille und fester Glaube Berge versetzen.«[9]

Ernst Thälmann besaß diesen Willen. Er vermochte auch das wenige Schöne zu sehen, das sich ihm in der Haft bot. Die Tiefe seiner Empfindungen, seine Willensstärke halfen ihm, sich aufzurichten. Auch die Rückschau auf die großen Kampfaktionen vergangener Jahre, so auf die Aufmärsche des RFB, die Sport- und Jugendtreffen, an die er in seinem Brief an Rosa vom 10. Juni 1935, dem Pfingstsonntag, erinnerte, gab ihm immer wieder Mut und Kraft zum Widerstand: »Pfingsten! – Es ist fünf Uhr. Das Dunkle, das Graue gähnt mich hier an. Ich stehe auf. An der Fenstermauer sauge ich die frische Morgenluft ein. Durch das Zellenfenster, durch die dreireihig gelagerten Eisenstäbe schaue ich in das weite Blau des Himmels.

Ein leichter Dunst umwölkt noch den Himmel. Vereinzelte weiße Wolken reisen und jagen am Himmel dahin. Die Sonne des Morgens, die Pfingstsonne, den Anbruch des Pfingsttages kündend, bricht durch. Hell und herrlich strahlt der Morgen. Das helle Morgenlicht fällt auf die Hälfte der Gefängnismauer und taucht sie in ein funkelndes Kornblumenblau, während die andere Hälfte noch im violetten Schatten liegt.

Ringsumher herrscht eine tiefe Stille. Nur die Vögel singen ihre Morgenlieder. In den blauen Lüften schwingen die Schwalben schnell umher, zeitweilig glitzernd in den schönen Sonnenstrahlen.

Im allertiefsten Innern denke ich, wie klein und öde ist doch diese Welt hier, diese Leere der menschenarmen Einsamkeit. Ich stehe ergriffen da – ganz still und stumm. Aus der Ferne höre ich plötzlich das Echo der schrillen Lokomotivpfiffe. Ich denke zurück an die teure Heimat, du fernes Bild! Pfingsten, große unvergeßliche Erinnerungen ziehen frisch vorüber. Schon das dritte Pfingsten mußte ich erleben und fühlen in dieser stumpfdumpfen Kerkerwelt – wie lang dünkt mir diese Zeitspanne, und wieder, wie so schnell ist doch der Zeiten Lauf! Wann kommt endlich die glückliche Stunde, der Pfingstmorgen, der Morgen der goldenen Freiheit?«[10]

9 Ebenda, S. 100/101.
10 Ebenda, S. 103/104.

7

Der Kampf gegen den Faschismus erfordert die Einheit der Arbeiterklasse in jedem Land und in der ganzen Welt

Während Ernst Thälmann sich in seiner Einzelzelle in Berlin-Moabit auf den Prozeß vorbereitete, hatten sich in der Weltarena sowie in der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung bedeutsame Veränderungen vollzogen. Das faschistische Deutschland war zur offenen Aufrüstung übergegangen. Die imperialistischen Westmächte hatten das in der Hoffnung sanktioniert, diese Aufrüstung würde sich letzten Endes ausschließlich gegen die Sowjetunion richten.

Die Vorgänge in Deutschland, insbesondere der Versuch der Nazis, die gesamte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, die Verfolgung nicht nur der Kommunisten, sondern auch der Sozialdemokraten und Gewerkschafter, hatten für das Bemühen der Kommunisten, alle demokratischen Kräfte gegen den Faschismus zusammenzuschließen, neue Bedingungen geschaffen. In Österreich hatten sich im Februar 1934 Arbeiter gegen die klerikal-faschistische Diktatur erhoben. In Frankreich konnten im gleichen Monat unter der Führung der FKP die einheitlich handelnde Arbeiterklasse und andere Werktätige einen faschistischen Putsch niederschlagen. Jetzt entwickelte sich dort die Einheits- und Volksfrontbewegung weiter. In Spanien entstanden unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei 1934/1935 Anfänge der Arbeitereinheitsfront gegen die faschistische Bedrohung. In Italien, wo die Arbeiterbewegung in der Illegalität kämpfen mußte, gelang es der Kommunistischen Partei, ein Abkommen mit der Sozialistischen Partei abzuschließen. Am bedeutendsten war die stürmische Entwicklung der UdSSR. In der Sowjetunion hatte der Sozialismus gesiegt. Der Sowjetstaat war zu einer sozialistischen Großmacht geworden, der dank den großen Erfolgen der sowjetischen Arbeiter und Kolchosbauern die internationale Lage wesentlich beeinflußte.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte den Übergang in die Illegalität vollzogen. Der faschistische Terror hatte große Opfer gefordert, viele der engsten Mitarbeiter Thälmanns, unter ihnen Ernst Putz, John

Schehr, Eugen Schönhaar, Fiete Schulze, Rudolf Schwarz, Erich Steinfurth, Franz Stenzer, waren von den Faschisten ermordet worden, Zehntausende Kommunisten saßen in den Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern oder hatten emigrieren müssen. Und doch hatte die Partei ihre Einheit und Geschlossenheit wahren können. Immer wieder entstanden neue Leitungen, formierten sich Parteiorganisationen neu. In ihnen wirkten jene Kader, die in der KPD politisch gereift waren, als Thälmann an deren Spitze stand, die maßgeblich von ihm erzogen und geformt worden waren. Wie Franz Dahlem auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale feststellte, war es allein die KPD, »die in Deutschland die Fahne des revolutionären Klassenkampfes hochhielt und die Ehre der Arbeiterklasse rettete... Unsere Partei war zu solch heroischem Handeln unter den schwersten Bedingungen der Illegalität nur fähig, weil an ihrer Spitze jahrelang ein solcher Bolschewik wie Ernst Thälmann stand.«[1] Die KPD war die einzige zentral geleitete und einheitlich organisierte politische Kraft in Deutschland, die konsequent gegen die faschistische Diktatur kämpfte. Um die illegalen Organisationen der KPD begannen sich andere Antifaschisten zu sammeln. Kommunisten arbeiteten vielerorts gemeinsam mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und christlichen Werktätigen. Ihrem Kampf schlossen sich Angehörige der Intelligenz und bürgerliche Hitlergegner an.

Die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland und die blutige Niederlage der deutschen Arbeiterklasse einerseits, die Erfolge der Einheits- und Volksfront vor allem in Frankreich und Spanien andererseits hatten in der Führung der Kommunistischen Internationale wie in allen kommunistischen Parteien zu gründlichen Überlegungen geführt. Es ging hierbei um die für die internationale Arbeiterbewegung, ja für die friedliebenden Menschen der ganzen Welt entscheidende Frage, ob die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland unvermeidlich gewesen war, wie der Faschismus in Deutschland gestürzt und wie er in anderen Ländern verhindert werden könnte. In den Diskussionen um eine dem gegebenen Kräfteverhältnis der Klassen entsprechende Orientierung für diesen Kampf kam es zu teilweise scharfen Auseinandersetzungen mit engen, sektiererischen Auffassungen.

Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der zunächst für die zweite Hälfte des Jahres 1934 vorgesehen war, sollten

1 VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Gekürztes stenographisches Protokoll, Moskau 1939, S. 80.

diese Diskussionen abgeschlossen, die Erfahrungen der kommunistischen Parteien im Kampf gegen den Faschismus verallgemeinert, die Politik der kommunistischen Weltbewegung gegen Faschismus, Militarismus und Krieg, für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus entsprechend den neuen Bedingungen des Klassenkampfes ausgearbeitet werden. Georgi Dimitroff und andere leitende Funktionäre der Kommunistischen Internationale hatten für den Kongreß umfangreiche Vorarbeiten geleistet. Einige wichtige Überlegungen waren auf Dimitroffs Veranlassung über Rosa Thälmann auch Ernst Thälmann zur Stellungnahme mitgeteilt worden.[2]

Thälmann antwortete in einem langen Brief, der auf dem gleichen Wege dem Politbüro der KPD und dem EKKI zugestellt wurde. In diesem Brief zog er eine Bilanz seiner Überlegungen seit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland. Eingangs behandelte Ernst Thälmann die neue Lage, die mit der faschistischen Machtergreifung entstanden war, und deren Auswirkungen auf die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung. Er vermerkte, daß viele neue Entwicklungen in der Welt nur im Zusammenhang mit den Veränderungen in Deutschland seit dem 30. Januar 1933 richtig verstanden werden könnten. Insbesondere gelte das für die Einheitsfrontpolitik; denn die Argumente der Kommunisten fielen nun auf viel fruchtbareren Boden, würden durch die neuen Erfahrungen der Sozialdemokraten bestätigt. Die Erfolge in der Einheitsfrontpolitik, meinte Thälmann, »wären weitaus geringer, wenn die H[itler]d[iktatur] nicht in Deutschland gekommen wäre. (Natürlich ist es nicht so zu verstehen, daß es gut so ist; aber die Tatsache der H[itler]d[iktatur] in Deutschland hat die Kräfteverhältnisse in Europa und in der ganzen Welt wesentlich verschoben und verändert.) Trotzdem hat die Arbeiterbewegung in sehr wichtigen Ländern einen neuen und ruckartigen Aufstieg zu verzeichnen...«

Dann wandte sich Ernst Thälmann direkt dem Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu: »Der Ruf der Arbeiterklasse nach Einheit und Geschlossenheit erfordert vom VII. W[elt]k[ongreß] eine besondere Beachtung dieser besonderen Arbeit und Aufgaben.« Verstärkt seien die sozialdemokratischen Arbeiter für die revolutionären Aufgaben zu gewinnen und zu mobilisieren. Daneben sei zu überlegen, ob vom Weltkongreß nicht neue Initiativen ergriffen werden müßten, um die Ein-

2 Vgl. Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 430.

heitsfront der Arbeiterklasse herbeizuführen. »Der Kampf gegen den Faschismus erfordert die geschlossene Kampfessolidarität und Einheit der Arbeiterkl[asse] in jedem Lande und in der ganzen Welt.«

Die Gewerkschaftseinheit war für die Aktionseinheit im Kampf gegen den Faschismus besonders wichtig. Deshalb schlug Thälmann vor: »Man sollte sogar erwägen, ob es nicht stellenweise und in einzelnen Ländern möglich ist, hierbei die Frage der Einheit des gewerkschaftlich-politischen Kampfes aufzurollen. Selbstverständlich auch mit weitgehenden organisatorischen Konsequenzen!!! Ein unverbindlicher Vorschlag, der, entsprechend der Lage im allgemeinen und der Verhältnisse im besonderen, zu überprüfen ist. Natürlich, eine unantastbare, prinzipielle Festigkeit der Parteien, die solche großangelegten Aktionen inszenieren, ist unbedingte Voraussetzung.«

Diese Vorschläge Ernst Thälmanns stimmten mit den Überlegungen des EKKI zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse überein. Seine Erfahrungen vor allem aus den Jahren 1930 bis 1933 hatten ihn gelehrt, daß im Ringen um die Einigung der Arbeiterklasse von den nächsten gemeinsamen Interessen und Aufgaben im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus ausgegangen werden müsse. Diese Lehre hatte er bereits 1932 gezogen und entsprechende Schlußfolgerungen für die Politik der KPD daraus abgeleitet. Er knüpfte an seine Gedanken aus dem Gespräch mit sozialdemokratischen Funktionären im Sommer 1932 an: Der Weg zur Einheit müsse vor allem über die Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen zur Erreichung gemeinsamer Ziele im Interesse der Arbeiterklasse führen; aus dieser Zusammenarbeit werde schließlich der revolutionäre Zusammenschluß erwachsen.

Einen Weg zur gemeinsamen Aktion betonte Ernst Thälmann besonders: »Letzter Vorschlag für W[elt]k[ongreß] ist die Fortsetzung und intensive Vertiefung der Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen. Hier ganz besonders hervorheben und betonen die Pflicht und die solidarische Notwendigkeit, [sich] ... mutig und lebendig einzusetzen, insbesondere auch für unsere Klassenbrüder, die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre. Sie haben sich, besonders in Österreich und ebenfalls hier in Deutschland, als aufrichtige Klassenkämpfer (mit einigen Ausnahmen) gezeigt und sind in Reih und Glied mit uns gemeinsam Leidens- und Kampfgenossen. Diese besondere Betonung stärkt und erhöht unsere Autorität und das Vertrauen bei den sozial[demokratischen] Arbeitern der ganzen Welt und erleichtert uns die

Gewinnung der Arbeiter für die Einheitskraft und [stärkt] den revolutionären Einheitswillen im Kampfe gegen Faschismus und Kriegsgefahr.«

Ernst Thälmann äußerte sich noch zu einer weiteren Frage. Es ging ihm darum, daß kommunistische Politik nur wirken kann, wenn sie verständlich dargelegt wird. Trockener Resolutionsstil könne niemanden begeistern. In allen Abhandlungen müsse die Sprache volkstümlicher, den Arbeitern verständlicher gehalten werden. »Eine gewisse Abstraktheit in der Sprache muß unbedingt, unter allen Umständen fallen.« Ebenso sei es notwendig, in der Argumentation den konkreten Gegebenheiten, so der nationalistischen Demagogie der Faschisten, besser Rechnung zu tragen; sie müsse stärker national betont sein, »ohne daß unser festes Weltansch[auungs]prinzip irgendwie verletzt wird«. Es sei in den Resolutionen der verschiedenen Länder ohne Scheu »vom werktätigen Volk, von [der] Nation des kommenden Sozialismus der Tat, von nationalen Forderungen usw. zu sprechen... Wir müssen sagen, was das Volk ist: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern und der Mittelstand, aber ohne die Industrie-, Finanz- und Bankenräuber, die Großadligen und Großgrundbesitzer.«

Die Probleme, die Ernst Thälmann in seinem umfangreichen Brief aufgeworfen hatte, standen auch im Mittelpunkt der internationalen Diskussion der kommunistischen Parteien. Ihre Klärung machte es notwendig, den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale auf die Mitte des Jahres 1935 zu verlegen. Ernst Thälmann, der durch das EKKI und das ZK der KPD darüber informiert worden war und den diese Nachricht erreichte, als intensiv an seiner Befreiung gearbeitet wurde, schloß seinen Brief voller Optimismus: »Vertagung W[elt]k[ongreß] ist ja eine brillante Sache, da habe ich ja noch Aussichten, dabei zu sein. Das wäre ja das größte Geschenk für mich.«[3]

Aber seine Hoffnung blieb unerfüllt. Als der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale am 25. Juli 1935 in Moskau eröffnet wurde, wählten die Delegierten Thälmann einstimmig in das Präsidium und zum Ehrenvorsitzenden des Kongresses. Sie begrüßten diesen Beschluß mit begeistertem Beifall und Sprechchören.[4] Georgi Dimitroff erklärte in seinem Referat »Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus« unter dem stürmischen Applaus

3 IML, ZPA, NL 3/9.

4 Vgl. VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, S. 10.

der Delegierten: »Wir grüßen von dieser Tribüne aus den Führer des deutschen Proletariats und Ehrenvorsitzenden unseres Kongresses, den Genossen Thälmann.«[5]

Der VII. Weltkongreß faßte nach dem Rechenschaftsbericht des EKKI, den Wilhelm Pieck erstattete, und nach den Referaten von Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti und D. S. Manuilski sowie nach gründlichen Diskussionen wichtige Beschlüsse, in denen die Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung weiterentwickelt wurden. Die den neuen Kampfbedingungen entsprechende Politik wurde vor allem im Referat Georgi Dimitroffs begründet. Er ging aus von der Analyse der Lage und der Charakteristik des faschistischen Regimes als offene terroristische Diktatur der reaktionärsten und chauvinistischsten Elemente des Finanzkapitals. Den deutschen Faschismus kennzeichnete Dimitroff als die reaktionärste Spielart des Faschismus. Er habe die Rolle des Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptanstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion übernommen.

Der Faschismus, der ärgste Feind der Arbeiterklasse, konnte vor allem zur Macht gelangen, erklärte Dimitroff, weil die Arbeiterklasse durch die von den Führern der Sozialdemokratie betriebene Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie gespalten war und weil die kommunistischen Parteien nicht stark genug waren, ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen zum entscheidenden Kampf gegen den Feind in Bewegung zu bringen. Hinzu kam, daß die kommunistischen Parteien in ihrem Kampf gegen den Faschismus Fehler begangen hatten.

Hiervon ausgehend, begründete der Kongreß die Notwendigkeit, die Arbeiterklasse zur Aktionseinheit zusammenzuschließen, um den Faschismus zu stürzen, wo er gesiegt hatte, oder um zu verhindern, daß er zur Macht gelange. »Die Aktionseinheit des Proletariats im nationalen und internationalen Maßstab – das ist die mächtige Waffe, die die Arbeiterklasse nicht nur zur erfolgreichen Verteidigung befähigt, sondern auch zur erfolgreichen Gegenoffensive gegen den Faschismus, gegen den Klassenfeind«[6], hob Dimitroff hervor. Darüber hinaus gelte es, eine breite antifaschistische Volksfront zu schaffen, das Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums herzustellen. Falls im Kampf gegen den Faschismus eine Situation entstehen sollte, in der breiteste Massen sich gegen den Faschismus wenden, aber noch nicht bereit sein würden, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen, sollten die kommunistischen Parteien die Bildung von Regierungen der Einheits- und Volksfront unterstützen, wenn diese Regierungen bereit wären, gegen Reaktion und Faschismus vorzugehen. Der Kampf für den Frieden wurde zur zentralen Aufgabe der Kommunisten erklärt.

5 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 534.
6 Ebenda, S. 549.

Der VII. Weltkongreß arbeitete eine elastische und zugleich prinzipienfeste Strategie und Taktik aus. Er leistete einen bedeutenden schöpferischen Beitrag zur Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, besonders der Revolutionstheorie, überwand sektiererische und dogmatische Einengungen der Vergangenheit und schuf die Voraussetzung für einen wirksamen Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg und für die Heranführung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten an den Kampf um die Macht. Mit seinen Beschlüssen bestätigte der Kongreß auch alle wesentlichen Überlegungen Ernst Thälmanns.

Unter den Ovationen der Delegierten wurde Ernst Thälmann erneut zum Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gewählt. Von der KPD gehörten dem neuen Exekutivkomitee außerdem Wilhelm Florin, Fritz Heckert und Wilhelm Pieck als Mitglieder, Franz Dahlem und Walter Ulbricht als Kandidaten an. Georgi Dimitroff wurde Generalsekretär des EKKI.[7]

Auch während des VII. Kongresses, als die führenden Funktionäre der Kommunistischen Internationale ein besonders großes Pensum zu bewältigen hatten, wurde intensiv an der Fortführung der Befreiungskampagne für Thälmann gearbeitet. Am 14. und 15. August fand unter dem Vorsitz von Klement Gottwald eine Beratung der Kun-Kommission mit Vertretern jener kommunistischen Parteien statt, die für diese Kampagne besonders große Verantwortung trugen. Ferner nahmen Beauftragte des Internationalen Thälmann-Befreiungskomitees, der Internationalen Roten Hilfe, des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus und der RGI daran teil. In dieser Beratung ging es – wie Klement Gottwald einleitend erklärte – um die »Verstärkung der Kampagne für die Befreiung des Genossen Thälmann«. Béla Kun berichtete über die bisherige Arbeit der Kommission, schätzte den Verlauf der Kampagne und die Tätigkeit des Internationalen Befreiungskomitees ein und wertete die Arbeit des VII.

7 Vgl. Die Kommunistische Internationale, 1935, H. 17/18, S. 1662/1663.

Weltkongresses für den Kampf um die Befreiung Ernst Thälmanns und der anderen eingekerkerten Antifaschisten aus. Er forderte, daß Ernst Thälmann und der Befreiungskampf um ihn zum täglichen Thema einer jeden kommunistischen Zeitung werden müsse. Kun warnte vor heuchlerischen Beruhigungsmanövern, die die Nazis angesichts der empörten Weltöffentlichkeit inszenierten, und betonte: »Unsere Parole ist: Solange Ernst Thälmann, der Führer des deutschen Proletariats, sich in den Händen der Faschisten befindet, solange besteht für ihn Lebensgefahr. Diese Parole muß die zentrale Parole unserer Kampagne sein.« Wilhelm Florin sprach über die Aktivitäten der Kommunisten und anderer Hitlergegner in Deutschland in der Solidaritätsbewegung für Thälmann. Er unterrichtete die Vertreter der Bruderparteien und der Solidaritätsorganisationen über den Gesundheitszustand Ernst Thälmanns, der sich etwas gebessert habe, nachdem die schlimmsten Folgen der erlittenen Mißhandlungen wohl überwunden seien. »Im übrigen kann ich den Genossen sagen, daß Genosse Thälmann mit voller Ruhe und mit wirklicher Entschlossenheit diesem Prozeß entgegengeht.« Der englische Vertreter Idris Cox erklärte, daß »die Intensität der Kampagne zur Freilassung Thälmanns« als »Maßstab unseres Erfolges in der Durchführung der Kongreßbeschlüsse« zu betrachten sei. Der chinesische Delegierte Yunshin schlug vor, seitens der KPD »dem Genossen Thälmann auf geheimem Wege Informationen zukommen [zu] lassen, in denen er speziell über die Beschlüsse des VII. Kongresses informiert wird«.[8]

Im Ergebnis dieser Beratung verabschiedete das Sekretariat des EKKI am 21. August 1935 einen »Beschluß zur Kampagne für die Befreiung des Genossen Ernst Thälmann«. In diesem Dokument wurde darauf hingewiesen, daß der Faschismus mit dem Prozeß gegen Thälmann einen Schlag »gegen die ganze internationale Arbeiterbewegung, gegen alle Kräfte des Friedens und des Fortschritts« führen wolle. Deshalb sei es »notwendig, alle Kräfte der kommunistischen Parteien anzuspannen, um die Kampagne für die Befreiung Thälmanns auf Grundlage der breitesten Einheits- und Volksfrontbewegung zu erweitern und fortgesetzt zu steigern«. Alle Parteien der Kommunistischen Internationale wurden aufgefordert, entweder unmittelbar oder durch die Thälmann-Komitees und ähnliche überparteiliche Organe »an alle sozialdemokratischen Parteien, an alle gesellschaftlichen Organisationen, an republikanische, protestantische, katholische, pazifistische und ähnliche Organisationen und Ver-

8 IML, ZPA, I 6/3/376.

einigungen und einzelne hervorragende Persönlichkeiten heran[zu]treten, um den Kampf für die Freilassung Thälmanns und aller antifaschistischen Gefangenen gemeinsam zu führen«.[9]

Die Parteien wurden verpflichtet, dem Internationalen Befreiungskomitee größtmögliche Unterstützung zu gewähren. Das Sekretariat des EKKI unterstrich, daß für die Leitung der gesamten Kampagne wie bisher die kommunistische Fraktion im Internationalen Thälmann-Komitee verantwortlich sei. Als Leiter der kommunistischen Fraktion war Willi Münzenberg tätig, neben ihm vor allem der Sekretär des Komitees Erich Birkenhauer (Belfort), der auch die Verbindung des Komitees und seiner kommunistischen Fraktionsleitung in Paris zu Béla Kun und dann Klement Gottwald in Moskau aufrechterhielt. Daß seit dem VII. Weltkongreß Gottwald, ein Mitglied des Sekretariats des EKKI, für diese Aufgabe unmittelbar verantwortlich war[10], unterstreicht, welche Bedeutung die Kommunistische Internationale dem Ringen um Leben und Freiheit eines ihrer bedeutendsten Führer beimaß.

Nach dem VII. Weltkongreß wurde eine neue Initiative ergriffen, um zu einer Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien gegen den Hitlerfaschismus zu gelangen. Auf Anregung der Moskauer Beratungen vom August wandte sich das Internationale Thälmann-Komitee am 29. August 1935 in einem Brief an das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und schlug gemeinsame Protestbewegungen gegen die Einkerkerung Ernst Thälmanns und der anderen Antifaschisten sowie einen regelmäßigen Austausch von Informationen über den faschistischen Terror vor. Am 31. August übergab Erich Birkenhauer dieses Schreiben im Brüsseler Sitz des Büros der SAI an dessen Sekretär Friedrich Adler. Dieser stimmte einem Informations- und Materialaustausch zu; gemeinsame Aktionen hingegen lehnte Adler mit der Begründung ab, das wären dann politische Demonstrationen für die Einheitsfront mit den Kommunisten.[11]

Die KPD wertete die Beschlüsse des VII. Weltkongresses auf einer Parteikonferenz aus, die vom 3. bis 15. Oktober 1935 bei Moskau stattfand. Diese aus konspirativen Gründen als Brüsseler Konferenz bezeichnete Beratung trug den Charakter eines Parteitages. Die Delegierten, unter ihnen Vertreter aus illegal tätigen Parteiorganisationen in Deutschland,

9 Ebenda, I 6/3/375.

10 Vgl. ebenda, I 6/3/374; I 6/3/375; I 6/3/377.

11 Vgl. ebenda, I 6/3/374. – Rundschau, 1935, Nr. 44, S. 2020/2021.

berieten über die zum Sturz der faschistischen Diktatur in Deutschland erforderliche Politik. An der Konferenz nahmen unter anderen Anton Ackermann, Franz Dahlem, Philipp Dengel, Wilhelm Florin, Walter Hähnel, Fritz Heckert, Wilhelm Knöchel, Paul Merker, Karl Mewis, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt, Hermann Schubert, Fritz Schulte, Walter Trautzsch und Walter Ulbricht teil.[12] Wilhelm Pieck erstattete in Vertretung des eingekerkerten Parteivorsitzenden den Bericht des Politbüros über die Erfahrungen und Lehren der deutschen Parteiarbeit im Zusammenhang mit den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

Eingangs analysierte Wilhelm Pieck die Politik der KPD seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Er stellte fest, daß die Generallinie der Partei, die Linie eines konsequenten Kampfes gegen den Faschismus, richtig gewesen war. Unermüdlich hatte die KPD um die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus gerungen. »Es darf vor allem nicht der große Anteil übersehen werden, den Genosse Thälmann als Führer der Partei an der Entwicklung der Massenarbeit der Partei hat, an der Durchführung ihrer revolutionären Linie und an der Heranbildung ihrer heldenhaften Kader, die unter dem fürchterlichen Terror der faschistischen Diktatur ihre Feuerprobe bestanden haben.«[13] Pieck verwahrte sich gegen Auffassungen, die grundsätzliche Orientierung der KPD, ihr Kampf für die proletarische Revolution sei falsch gewesen, und unterstrich die Einschätzung des VII. Kongresses, daß vielmehr die rechten sozialdemokratischen Führer mit ihrer Politik der Klassenzusammenarbeit dafür verantwortlich waren, daß die Arbeiterklasse den Sieg des Faschismus nicht hatte verhindern können.

Wilhelm Pieck würdigte den heldenhaften Kampf der illegalen Parteiorganisationen in Hitlerdeutschland. »Wir können mit Stolz auf unsere unter der Führung des Genossen Thälmann erzogenen Kader blicken. Unsere Genossen im Lande beseelt nicht nur Standhaftigkeit, Kühnheit und Opfermut, sondern sie sind es auch, die fortgesetzt neue Methoden in der Agitation unter den illegalen Bedingungen erfinden und die das große Verdienst daran tragen, daß weder die Partei zertrümmert noch ihr bolschewistischer Kampfgeist unterdrückt werden konnte.«[14]

12 Vgl. IML, ZPA, I 1/113/42.

13 Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, S. 171.

14 Ebenda, S. 240.

Umfassend begründete Pieck die Einheitsfront- und Volksfrontpolitik, die darauf zielte, die Arbeiterklasse sowie alle anderen Hitlergegner bis in das Bürgertum hinein, unabhängig von ihren politischen und weltanschaulichen Überzeugungen, für den gemeinsamen Kampf zu gewinnen. Als nächstes strategisches Ziel nannte er den Sturz der faschistischen Diktatur und die Schaffung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront.

Mit dem Ziel, Lehren und Schlußfolgerungen für die kommenden Kämpfe zu ziehen, legte Wilhelm Pieck kritisch die Mängel und Schwächen der bisherigen Arbeit der KPD dar – insbesondere hinsichtlich der Einschätzung der Sozialdemokratie und der Taktik im Ringen um die Einheitsfront. Mit den Diskussionen über notwendige Schlußfolgerungen aus der neuen Klassenkampfsituation, wie sie nach der Errichtung der faschistischen Diktatur entstanden war, seien, so führte Wilhelm Pieck aus, erneut sektiererische Auffassungen in der Führung der KPD aufgetreten. Es sei jedoch gelungen, sie mit Hilfe der Kommunistischen Internationale zurückzudrängen und in der Einheitsfrontpolitik erste Erfolge zu erzielen.

Wilhelm Florin erstattete einen Bericht über »Die konkrete Anwendung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale«. Anton Ackermann, Franz Dahlem und Walter Ulbricht hielten im Auftrag des Politbüros ergänzende Referate. In der Diskussion berichteten die Delegierten der illegal arbeitenden Parteiorganisationen aus Berlin, Bremen, Frankfurt (Main), Hamburg, Oberschlesien, dem Rhein-Ruhrgebiet, dem Saargebiet und Sachsen über ihre Erfahrungen im Kampf gegen den faschistischen deutschen Imperialismus.[15] Sie trugen damit entscheidend dazu bei, sektiererische und dogmatische Hemmnisse endgültig zu überwinden.

Die Brüsseler Parteikonferenz sandte an Ernst Thälmann eine Grußadresse: »Deine Zähigkeit und Beharrlichkeit, Deine Fähigkeit, die Massen zu verstehen und ihre Sprache zu sprechen, Dein unermüdliches Interesse für die Fragen aller werktätigen Volksschichten«, hieß es darin, »sind uns Vorbild im Kampfe um die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront, deren Wege uns Genosse Dimitroff gewiesen hat.«[16] Ernst Thälmann wurde erneut zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt. Die

15 Vgl. Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935), Berlin 1975.

16 IML, ZPA, I 1/113/31.

Konferenz beauftragte Wilhelm Pieck, diese Funktion während der Kerkerhaft Thälmanns wahrzunehmen. Mitglieder des Politbüros wurden außer ihnen Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Paul Merker und Walter Ulbricht.[17]

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands fanden nach dem VII. Weltkongreß und nach der Brüsseler Konferenz Gelegenheit, Ernst Thälmann mit den Ergebnissen dieser beiden bedeutenden Tagungen vertraut zu machen.[18] Alle seine entscheidenden Hinweise für den VII. Weltkongreß, so erfuhr Thälmann, waren, speziell auch durch die Brüsseler Parteikonferenz, berücksichtigt worden. Ernst Thälmann wurde über die neue strategische Zielstellung der KPD im Kampf für den Sturz des Hitlerregimes informiert und mit den neuen Bemühungen der Partei zur Herstellung der Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten und zur Bildung einer antifaschistischen Volksfront bekannt gemacht. Alle diese Beschlüsse fanden Thälmanns Zustimmung.[19]

Daß er voll mit der Volksfrontpolitik übereinstimmte, bestätigt auch eine Äußerung Ernst Thälmanns, die Rosa Thälmann mitteilte: »Wenn auch die Berichterstattung der deutschen Zeitungen über diese Ereignisse in Frankreich (gemeint ist die Volksfrontpolitik – *d. Verf.*) noch so verleumderisch und entstellend ist, das deutsche Volk kann viel daraus lernen.«[20]

17 Vgl. ebenda, I 1/113/39.

18 Vgl. Franz Dahlem: Ernst Thälmann im Gefängnis. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 430.

19 Vgl. IML, ZPA, NL 3/10.

20 Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 468.

8

»Millionen Werktätige in allen Ländern der Welt kämpfen gemeinsam mit Dir!«

Der VII. Weltkongreß hatte der internationalen Solidaritätsbewegung für Ernst Thälmann bedeutende Impulse verliehen. Neue Anstrengungen wurden unternommen, um die Anklage der faschistischen Justiz gegen Ernst Thälmann vor der Weltöffentlichkeit als verbrecherisches Komplott zu entlarven. Eine Höhepunkt dieses Kampfes war der Internationale Juristenkongreß am 30. November und 1. Dezember 1935 in Paris.

300 Juristen und andere Wissenschaftler unterschiedlicher Weltanschauung aus 15 Ländern, in der Mehrzahl bürgerliche Vertreter, waren der Einladung der Internationalen Juristischen Vereinigung und der Liga für Menschenrechte gefolgt. Im Präsidium des Kongresses saßen neben anderen Georg Branting aus Schweden, Rudolf Breitscheid aus Deutschland und der französische Minister Pierre Cot. Die Konferenz behandelte die »Rechts«zustände in Deutschland, insbesondere die Entwicklung des Strafrechts, die Lage der Juden und den Thälmann-Prozeß. Die Berichte wurden durch die angeführten Tatsachen zur Anklage gegen die Hitlerbarbarei.[1] Der bekannte englische Labour-Politiker Professor Harold Laski brachte die Meinung der Mehrheit der Kongreßteilnehmer zum Ausdruck, als er in seinem Referat sagte: »Es geht in dieser Frage nicht nur um Thälmann, nicht um einen einzelnen Menschen. Wenn Thälmann hingerichtet wird, ist es nicht Thälmann allein, der sterben wird, sondern die Idee des Rechts im zivilisierten Europa. Was in Deutschland geschieht, ist ein Angriff auf das gesamte Recht und die gesamte Zivilisation.«[2]

1 Vgl. Erich Belfort [das ist Erich Birkenhauer]: 300 Juristen und Wissenschaftler fordern Freiheit für Thälmann. In: Rundschau, 1935, Nr. 71, S. 2752. – Das Gewissen der Welt wacht über Thälmanns Leben. Hrsg. vom Internationalen Befreiungskomitee für Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten, (Paris) o. J., S. 1/2. – IML, ZPA, I 6/3/61. – IML, ZPA, Moskau, Fond 495, Opis 30, ed. chr. 1070.

2 [Harold] Laski: Rede auf der Internationalen Juristenkonferenz in Paris. In: Rundschau, 1935, Nr. 76 (Sondernr.: Gegen Hitler-Terror! Für die Befreiung Thälmanns und aller Opfer des deutschen Faschismus!), S. 2916.

Die Konferenz stimmte den Berichten der Rechtsanwälte Vincent de Moro-Giafferi und Friedrich Roetter zu.[3] Die namhaften Juristen bewiesen, daß Ernst Thälmann zu Unrecht beschuldigt wurde, und prangerten die Willkür der faschistischen Justiz an. Die Weltöffentlichkeit wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Prozeß gegen Thälmann unter Ausschluß der Öffentlichkeit, vor einem Ausnahmegericht, dem sogenannten Volksgerichtshof, durchgeführt und Ernst Thälmann nach Gesetzen verurteilt werden sollte, die das faschistische Regime erst nach der Verhaftung Thälmanns erlassen hatte.[4]

Der Internationalen Juristenkonferenz lag die Anklageschrift gegen Thälmann vor. Die Versammlung der Juristen antwortete auf diese Schrift in einer Resolution:

»a) Die vom Gesetz vorgesehenen Tatbestände, die den Hochverrat oder den Versuch dieses Verbrechens charakterisieren, erscheinen nicht erfüllt.

b) Eine Anklage kann nicht auf ›geistige Urheberschaft‹ oder ›verbrecherische Absichten‹, also auf das gerade Gegenteil juristischer Begriffe, gegründet werden.

c) Im Reichstagsbrandprozeß ... ist bereits in aller Öffentlichkeit über die gegen die Partei Thälmanns erhobenen Anwürfe wegen individuellen Terrors Gericht gehalten worden.

d) Der Leipziger Prozeß hat vor den Augen der ganzen Welt jene Ankläger bloßgestellt, die den Reichstagsbrand als Aufstandssignal ausgeben wollten. Das Märchen von dem bewaffneten Aufstand, dessen Vorbereitung sie der Partei Thälmanns unterzuschieben suchten, ist längst durch die Tatsachen, durch den Freispruch der Angeklagten widerlegt worden ...

Die Konferenz verlangt demzufolge die Freilassung Thälmanns wie die aller Gegner des nationalsozialistischen Regimes, die als solche und aus den gleichen Gründen wie Thälmann verhaftet oder verurteilt worden sind.«[5]

Die Internationale Juristenkonferenz forderte die Juristen in aller Welt auf, die Verteidigung Ernst Thälmanns gegen eine Justiz, die eine Herausforderung des Rechtsbewußtseins der zivilisierten Welt darstellt, zu ihrer Ehrensache zu machen.[6]

3 Vgl. Erich Belfort: 300 Juristen und Wissenschaftler fordern Freiheit für Thälmann. In: Ebenda, 1935, Nr. 71, S. 2752/2753.

4 Vgl. Resolution der Internationalen Juristen-Konferenz vom 1. Dezember 1935. In: Das Gewissen der Welt wacht über Thälmanns Leben, S. 22.

5 Ebenda, S. 22/23.

Am 2. Dezember 1935, einen Tag nach Abschluß der Juristenkonferenz, versammelten sich etwa 3000 Pariser Kommunisten, Sozialisten und andere Demokraten und demonstrierten gemeinsam gegen den Hitlerfaschismus. Noch im selben Monat fand in Paris aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Freisprechung Dimitroffs eine Versammlung statt, die vom Internationalen Befreiungskomitee einberufen worden war. Angehörige verschiedener Bevölkerungsschichten und unterschiedlicher politischer Überzeugungen bekundeten in einer einstimmig angenommenen Resolution ihren Willen, mit ganzer Kraft für die Freiheit Ernst Thälmanns und aller anderen Antifaschisten zu kämpfen.[7]

Ein wichtiger Erfolg im Ringen um die einheitliche Kampffront zur Befreiung der eingekerkerten Antifaschisten wurde im Dezember 1935 erzielt. Am 18. Dezember 1935 unterzeichneten die Kommunisten Hans Beimler, Philipp Dengel, Wilhelm Koenen und Willi Münzenberg gemeinsam mit den Sozialdemokraten Max Brauer, Max Braun, Rudolf Breitscheid, Emil Kirschmann und Victor Schiff eine Protesterklärung gegen die Hinrichtung des Kommunisten Rudolf Claus durch die Faschisten.[8] Diese Erklärung wandte sich an alle freiheitlich denkenden Menschen der Welt und rief sie zum Kampf gegen den faschistischen Mordterror und für die Befreiung Ernst Thälmanns, Carlo Mierendorffs, Carl von Ossietzkys und der anderen eingekerkerten Antifaschisten. Das war ein bedeutsamer Erfolg der Einheitsfrontpolitik der KPD. Führende Kommunisten und Sozialdemokraten hatten sich geeinigt, angesichts des faschistischen Terrors prinzipielle Gegensätze und taktische Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen. Heinrich Mann solidarisierte sich mit dieser Protesterklärung, wertete sie als ersten Schritt deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten auf dem Wege zur dringend erforderlichen Einheitsfront und teilte zugleich mit, daß Hunderte von Deutschen der Erklärung zugestimmt hätten.[9]

6 Vgl. ebenda, S. 23.

7 Vgl. IML, ZPA, NL 3/53. – Rundschau, 1935, Nr. 77, S. 2958.

8 Vgl. IML, ZPA, NL 36/558. – Einheit für Hilfe und Verständigung (Paris), 1935, H. 1, S. 21/22. – Auszugsweise veröffentlicht in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 475/476.

9 Vgl. ebenda. – Mitteilungen der deutschen Freiheitsbibliothek (Paris), Februar 1936. – IML, ZPA, NL 36/558.

Dieses Beispiel wirkte in Deutschland und über Deutschland hinaus. Illegale kommunistische und sozialdemokratische Gruppen vereinbarten gemeinsame Aktionen zur Solidarität mit Thälmann und den anderen Antifaschisten sowie zur Unterstützung der Familien der vom Hitlerregime Eingekerkerten.

Der weltweite Kampf für die Freiheit Ernst Thälmanns erreichte im Jahre 1936 einen neuen Höhepunkt. Am 17. und 29. Februar faßte die Leitung der KPD Beschlüsse, wie das Ringen um die Befreiung Thälmanns weiter verstärkt werden könne.[10] Dabei sollten auch eine von den Faschisten aus propagandistischen Gründen erlassene Amnestie sowie die Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele in Berlin genutzt werden. Vor allen Dingen mußte der 50. Geburtstag Ernst Thälmanns am 16. April zum Anlaß werden, die Weltöffentlichkeit erneut aufzurütteln. Die Parteiführung berief zu diesem Zweck ein Thälmann-Komitee und unterbreitete Vorschläge, die über die Kommunistische Internationale auch an die Bruderparteien weitergegeben werden sollten. Mitte März berichtete das Komitee dem Politbüro des ZK der KPD über die eingeleiteten Maßnahmen. Das Politbüro beschloß in dieser Sitzung, das Thälmann-Komitee in Befreiungskomitee für Thälmann, Mierendorff und Ossietzky umzubenennen, um der Breite der Bewegung für die Befreiung der verhafteten Antifaschisten besser zu entsprechen.[11]

In zahlreichen Orten Deutschlands wurden neue Flugblätter und Klebezettel verbreitet, die Thälmanns und der anderen Antifaschisten Freiheit forderten. Sie zeugten von der ungebrochenen Kraft der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit versahen politische Häftlinge von ihnen angefertigte Riemenverbindungen für Pappkartons mit Losungen, deren eine lautete: »Wir politischen Gefangenen halten treu und fest zu unserem Führer Ernst Thälmann, Rot Front!«[12]

Die Botschaft des faschistischen Deutschland in Madrid informierte am 5. März 1936 das Auswärtige Amt in Berlin, daß das Spanische Komitee der Internationalen Roten Hilfe eine große Thälmann-Demonstration vorbereite und daß die Botschaft in letzter Zeit wieder mit zahllosen Protesttelegrammen und »Drohbriefen« aus allen Teilen Spaniens überschüttet werde. Von der Botschaft in London wurde mitgeteilt, daß dort ebenfalls zahlreiche Telegramme und Protestschreiben eingegangen seien, die die Freilassung Thälmanns forderten. Eine Gruppe von Abgeordneten des englischen Unterhauses, die der Labour Party angehörten, hatte im »Manchester Guardian« einen Protestbrief gegen den Terror des Hitlerregimes veröffentlicht und darin auch Freiheit für Thälmann verlangt.[13]

10 Vgl. IML, ZPA, I 2/3.
11 Vgl. ebenda.
12 Vgl. ebenda, St 3/677.

Ein bewegendes Dokument internationaler Solidarität entstand im März 1936 in Portugal, dessen Volk selbst seit zehn Jahren unter der grausamen Diktatur des Salazar-Regimes litt. In der Festung Peniche stellten eingekerkerte Kommunisten eine Sondernummer ihrer illegal gefertigten handschriftlichen Gefangenenzeitung her mit dem Titel »Thälmann«. »Wie bereits der Titel verrät«, stellte der Leitartikel fest, »ist unsere Zeitung Thälmann gewidmet – sie steht im Zeichen der Würdigung des glorreichen Führers des deutschen Proletariats und damit zugleich des Protestes gegen den Terror der faschistischen deutschen Regierung.«[14]

Die vielfältigen und umfassenden Aktivitäten zur Befreiung Ernst Thälmanns veranlaßten die Gestapo, Anfang April 1936 ein Rundschreiben herauszugeben, in dem darauf aufmerksam gemacht wurde, daß zum 50. Geburtstag Ernst Thälmanns mit einem weiteren Anwachsen der Tätigkeit der illegalen KPD zu rechnen sei. Es müsse besonders auf eventuelle Zusammenkünfte von Kommunisten zu Geburtstagsfeiern geachtet werden.[15]

Die Faschisten hatten mit ihren Vermutungen recht. Tausende deutscher Antifaschisten, Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten, brachten in den Tagen und Wochen um den 16. April in illegalen Zeitungen und Flugblättern, in Tausenden von Karten, Briefen und Telegrammen ihre Solidarität mit Ernst Thälmann, ihre Verehrung und Hochachtung für den standhaften Kommunisten und Antifaschisten zum Ausdruck. Am 16. April wurde ein großer Strauß roter Rosen im Geschäftszimmer des Moabiter Gefängnisses für Ernst Thälmann abgegeben. Auf der beigelegten Glückwunschkarte standen die Worte: »Das rote Berlin grüßt seinen Führer.«[16] Der Überbringer wurde

13 Vgl. ebenda, NL 3/48.
14 Thälmann (Peniche), März 1936.
15 Vgl. IML, ZPA, NL 3/48.
16 Vgl. ebenda, NL 51/19. – Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 472/473.

verhaftet. Aber er wurde wieder freigelassen; er war nur der Bote eines Moabiter Blumengeschäftes.

Die internationale kommunistische Bewegung gedachte ihres verdienten Mitstreiters. Georgi Dimitroff schrieb im Namen der Kommunistischen Internationale: »Du, unser Freund, der Du zu den besten Führern der Kommunistischen Internationale gehörst, Du weißt, daß Du nicht allein stehst, daß Millionen Werktätiger in allen Ländern der Welt gemeinsam mit Dir kämpfen ... Die große Sache, der Du Dein Leben geweiht hast, wird siegen und triumphieren.«[17]

Im Glückwunschschreiben des Zentralkomitees der KPD hieß es: »Deutschland und die Welt wissen, daß aus der Schule Ernst Thälmanns die Männer und Frauen der KPD gewachsen sind, die heute mit trotzigem Mut, ihr Leben nicht achtend, die mörderischste Diktatur der Welt bekämpfen. Man kann diese Menschen fällen, aber man kann sie nicht beugen. Denn in ihnen allen ist das Beispiel Thälmanns lebendig.«[18]

Vorsitzende vieler kommunistischer Parteien sandten Grußadressen an Ernst Thälmann.[19] Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens legte in seinem Glückwunschschreiben dar, daß Ernst Thälmann den Werktätigen Polens als Organisator der antifaschistischen Einheitsfront gut bekannt sei. Die revolutionären polnischen Arbeiter wüßten, daß es Thälmann war, der für die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern im Kampf gegen den Faschismus eintrat. »Genosse Thälmann war auch der engste Freund der Kommunistischen Partei Polens«, hieß es in der Grußadresse. »Der Name Thälmann wurde zum Wahrzeichen der antifaschistischen Front in Polen ... Die Thälmannkampagne in Polen bringt die Solidarität des polnischen Proletariats mit dem heldenmütig gegen den Faschismus kämpfenden deutschen Proletariat zum Ausdruck.«[20] Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern sowie anderen sozialen Schichten entwickle sich. Im Ringen um die Befreiung Thälmanns sei es in Polen gelungen, auch Angehörige anderer Schichten zusammen mit der Arbeiterklasse gegen die Piłsudski-Diktatur in den Kampf zu führen.[21]

17 Georgi Dimitroff: [Grußschreiben an Ernst Thälmann]. In: Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit. Ernst Thälmann, Moskau (1936), S. 9–13.
18 Gruß an Thälmann. In: Die Internationale, 1936, H. 2/3, S. 1/2.
19 Vgl. Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 87–104.
20 J. Leński: Verkörperung des proletarischen Internationalismus. In: Ebenda, S. 100/101.
21 Vgl. Ja. S. Ljal'ka: Der Kampf der Werktätigen der Westukraine ... In: ZfG, 1973, H. 10, S. 1237/1238.

Von der brüderlichen Verbundenheit mit dem Vorsitzenden der KPD zeugten die Grüße und Taten der Bürger aus der Sowjetunion. Aus dem ganzen Sowjetland gingen Glückwünsche an Ernst Thälmann ein, von Pionieren und Komsomolzen, von Arbeitern und Bauern, von Spezialisten und Stachanowarbeitern, aus großen Industriebetrieben, von Kollektivwirtschaften und Maschinen- und Traktorenstationen. In der Grußadresse des X. Unionskongresses des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes hieß es: »Ihren Namen, teurer Genosse Thälmann, kennt jeder junge Mensch unseres Landes. Sie sind uns ein Vorbild für Mut und Unerschrockenheit, für Aufopferung und Ergebenheit zur Sache der proletarischen Weltrevolution.«[22] Vertreter der Kolchoswirtschaft »Ernst Thälmann« und der Uhrenfabrik »Ernst Thälmann« unterzeichneten zu Ehren Thälmanns eine Verpflichtung im sozialistischen Wettbewerb.[23] Ob in Moskau, auf der Krim oder im hohen Norden, überall verpflichteten sich die Werktätigen anläßlich Thälmanns 50. Geburtstag zu höheren Leistungen in der sozialistischen Volkswirtschaft, zur Stärkung der Sowjetunion, der internationalen Bastion des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, der wichtigsten antifaschistischen Kraft in der Welt.[24]

Am 10. April 1936 legte das Politbüro des ZK der KPD in Übereinstimmung mit der Führung der KPdSU(B) fest, wo in Moskau Thälmann-Feiern stattfinden sollten und wer dort sprechen werde.[25] Bereits am 6. April, wenige Stunden vor seinem plötzlichen Tod, hatte Fritz Heckert im Moskauer Haus der Presse zu Thälmanns bevorstehendem Geburtstag gesprochen.[26] Wilhelm Pieck ergriff das Wort am 16. April in einer feierlichen Sitzung im Kolonnensaal des Gewerkschaftshauses.[27] In Moskau erschien die Arbeit Wilhelm Piecks »Freiheit für Thälmann« in einer Auflage von 40 000 Exemplaren.[28]

Um den ganzen Erdball erklang die nachdrückliche Forderung nach

22 Gruß des Leninschen kommunistischen Jugendverbandes. In: Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 111.
23 Vgl. IML, ZPA, NL 3/53. – Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 128.
24 Vgl. L. G. Babitschenko: Die Werktätigen der UdSSR im Kampf für die Rettung Ernst Thälmanns.
25 Vgl. IML, ZPA, I 2/3/19.
26 Vgl. Fritz Heckert: Unser Ernst Thälmann. In: Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 21–35.
27 Vgl. Wilhelm Pieck: Ernst Thälmann, der proletarische Führer. In: Ebenda, S. 17–19.
28 Vgl. IML, ZPA, NL 36/408.

Freiheit für Ernst Thälmann. Im Moabiter Gefängnis trafen in den Tagen vor und nach Thälmanns Geburtstag Säcke und Körbe mit Karten, Briefen und Telegrammen ein. Allein in den USA wurde die Absendung von 100 000 Postkarten organisiert. 50 000 Thälmann-Postkarten wurden in der Tschechoslowakei verkauft. Bis zum 9. April waren bereits 20 000 mit 100 000 Unterschriften versehene Karten nach Berlin geschickt worden.[29] Die Gestapo registrierte noch am 23. April 1936: »Wiederum ca. 2000 ausländische Postsendungen für Thälmann« und am 29. April »ca. 300 Briefe und Karten aus dem Ausland«.[30] Fast bis zum Ende des Jahres enthielten die Gestapoberichte solche Vermerke. Über 100 französische Gemeindeparlamente wählten Ernst Thälmann zum Ehrenbürger. Die Abschriften der Ehrenbürgerurkunden waren jeweils an Ernst Thälmann und an die deutsche Botschaft in Paris adressiert.[31]

An der Seite der Kommunisten und der internationalen Arbeiterklasse standen bei diesen Sympathiekundgebungen für Ernst Thälmann die besten Vertreter der Intelligenz vieler Länder. Heinrich Mann erklärte: »Der gefangene Ernst Thälmann ist sehr stark – viel stärker als seine Peiniger, die ihn verschwinden lassen möchten und es nicht wagen. Thälmann ist ein wirklicher Arbeiter mit Fäusten und einem gesunden Verstand... Seinen Namen kennt die ganze Welt.«[32] Thälmann, so hob Martin Andersen Nexö hervor, »ist einer der populärsten Männer auf Erden heute; Millionen haben ihn tief in ihre Herzen eingeschlossen. Und mit Recht. Ernst Thälmann verkörpert, wie wohl selten jemand, sowohl das kommende Deutschland wie die kommende Welt überhaupt.«[33] Grüße in den Kerker sandten neben vielen anderen Maxim Gorki, Romain Rolland, Erich Weinert, Arnold Zweig. Johannes R. Becher schrieb: »Wer nach Deutschland schaut, sucht einen festen Punkt, an dem er sich aufrichten kann: da begegnet sein Blick vor allem dem des Genossen Thälmann. Sein Blick lenkt uns und führt uns dorthin, wo der namenlose Genosse wacht, in das Reich der illegalen Arbeit. So kehrt jeder von uns in seinen Gedanken immer wieder aus Deutschland zurück, von dem Manne

29 Vgl. Erich Belfort [das ist Erich Birkenhauer]: Der Gruß der Welt zu Thälmanns 50. Geburtstag. Ein wuchtiger Auftakt zur internationalen Amnestie-Aktion. In: Rundschau, 1936, Nr. 19, S. 776.

30 IML, ZPA, St 3/686.

31 Vgl. ebenda, NL 3/48.

32 Heinrich Mann: Held Thälmann. Statt eines Vorwortes. In: Dem Kämpfer für Frieden und Freiheit, S. 5/6.

33 Martin Andersen Nexö: Ein Proletarier, der die Zukunft trägt. In: Ebenda, S. 42.

gestärkt, der selbst seiner Freiheit beraubt ist, ein Gefangener hält uns aufrecht.«[34]

Ernst Thälmann erhielt nur einen geringen Bruchteil der Post. Doch Rosa, die ihn besuchen konnte, überbrachte die Grüße der vielen Freunde und Genossen.[35]

Ernst Thälmann war zum Symbol aller geworden, die für Frieden und Fortschritt stritten. Das Ringen um seine Befreiung trug dazu bei, überall in der kapitalistischen Welt Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen und bürgerliche Intellektuelle, Arbeiter und Bauern, Frauen und Jugendliche zum gemeinsamen Kampf für Frieden und Demokratie, gegen Faschismus und Krieg zusammenzuschließen. Ernst Thälmann besaß in der internationalen Öffentlichkeit großes Ansehen. Viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter sahen in ihm den Vertreter der Arbeiterinteressen, der für seine Überzeugung von einem Regime, das auch ihr Feind war, eingekerkert wurde. Und nicht wenige Sozialdemokraten und Gewerkschafter wußten, daß Thälmann oft genug vor diesem Regime gewarnt und immer wieder die Aktionseinheit der Arbeiterklasse verlangt hatte als die einzige Kraft, die die Errichtung der faschistischen Diktatur hätte verhindern können. Thälmann war nun der Gefangene dieser Diktatur wie viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter auch. Das Eintreten für seine Freiheit wurde für sie politische und moralische Pflicht zugleich.

Auch bürgerliche Demokraten, Angehörige der Intelligenz und Anhänger der verschiedenen Konfessionen waren von der Persönlichkeit des Kommunisten Thälmann, von seiner Standhaftigkeit tief beeindruckt. Für Thälmanns Freiheit einzutreten ergab sich aus ihrer Ablehnung der faschistischen Barbarei, war ihnen humanistisches Anliegen. In der Solidarität für Ernst Thälmann fanden sich Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und Herkunft zusammen.

Im Frühjahr 1936 hatte die Volksfront in Spanien und Frankreich gesiegt. Im Juli putschten die Faschisten in Spanien gegen die Volksfrontrepublik. Aus aller Welt eilten Antifaschisten und Demokraten dem spanischen Volk zu Hilfe, unter ihnen auch etwa 5000 deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten. Hans Beimler, ehemals Politischer Sekretär der Bezirksorganisation Südbayern der KPD, dem es gelungen war, aus dem Konzentrationslager Dachau zu

34 Johannes R. Becher: Abbild der Kraft seiner Klasse. In: Ebenda, S. 54.

35 Vgl. IML, ZPA, NL 3/27.

fliehen, wurde als Vertreter des Zentralkomitees der KPD nach Spanien entsandt, um bei der Organisierung des Verteidigungskampfes mitzuwirken. Er half bei der Formierung der ersten militärischen Einheit internationaler Freiwilliger, der Ende August 1936 aus deutschen Antifaschisten gebildeten Centuria »Thälmann«. Die Centuria bewährte sich in harten und verlustreichen Kämpfen. Die Überlebenden dieser Einheit wurden später in das Bataillon »Ernst Thälmann« der Internationalen Brigaden eingegliedert und nahmen an der Verteidigung Madrids teil. In der ersten Nummer der Schützengrabenzeitung der Thälmann-Kämpfer, wie sie genannt wurden, hieß es: »Unsere Formation ist eine Kampftruppe der deutschen Volksfront. In ihr kämpfen Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche Arbeiter und Parteilose. Uns alle eint das große Ziel, den Faschismus aufs Haupt zu schlagen ..., dafür kämpfen alle Genossen, gleich welcher Partei sie angehören, mit gleicher Hingabe und gleichem Enthusiasmus ...

So führen wir auch in unserer Fahne mit Stolz den Namen Ernst Thälmann, der uns allen, gleich welcher Partei wir angehören, ein Vorbild revolutionärer Festigkeit, Zielklarheit und unerschütterlichen Mutes ist.«[36]

Bewährte Kommunisten, Mitstreiter Ernst Thälmanns, leisteten verantwortliche politische Arbeit in den Interbrigaden, wirkten als Kommandeure, Stabschefs, politische Kommissare, unter ihnen Franz Dahlem, Artur Becker, Willi Bredel, Hans Kahle, Heinrich Rau, Ludwig Renn, Albert Schreiner, Richard Staimer, Gustav Szinda und Wilhelm Zaisser.

Zum Fünften Regiment, der stärksten und besten Einheit der spanischen Volksarmee, gehörte auch ein Bataillon, das den Namen Thälmann trug. Die spanischen Freiheitskämpfer schrieben Ernst Thälmann zu seinem 51. Geburtstag: »Genosse Thälmann, bevor wir die Waffen in unsere Hände nahmen, kämpften wir, spanische Antifaschisten, politisch für Deine Freilassung aus den Klauen des Faschismus. Jetzt, wo wir die Waffen in unseren Händen tragen, kämpfen wir auf dem Schlachtfeld, um den Faschismus niederzuringen und die Freiheit unseres Volkes zu verteidigen. Wir vergessen nicht, daß Dein Schicksal mit dem unsrigen verbunden ist.«[37] Aus Barcelona, Madrid und Valencia sowie aus vielen

36 [Tarnschrift:] Johann Wolfgang v. Goethe: Götz von Berlichingen, o. O. u. J. (Reclams Universal-Bibliothek, Nr. 71), S. 16.

37 Die Mannschaften, Kommandeure und Politkommissare des spanischen Bataillons Thälmann im Quinto Regimento grüßen Thälmann. In: Rundschau, 1937, Nr. 16, S. 635.

anderen Orten Spaniens trafen Postkarten mit seinem Foto sowie zahlreiche Briefe mit Kampfesgrüßen von Angehörigen des Thälmann-Bataillons zu seinem 51. Geburtstag in Berlin-Moabit ein, die ihm jedoch alle vorenthalten wurden.[38]

Der spanische Freiheitskampf wurde zu einem Höhepunkt im Ringen um antifaschistische Einheits- und Volksfront. In den Kämpfen und Schlachten um Madrid, an der Jaramafront und bei Guadalajara, bei Brunete, um Teruel und am Ebro wurde auf spanischem Boden gegen den Faschismus und damit auch um die Befreiung Ernst Thälmanns gekämpft.

Das Ringen um die Befreiung Ernst Thälmanns verband sich in vielen Ländern immer enger mit dem Kampf gegen den drohenden Krieg, den das Hitlerregime vorbereitete. In einem Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands an ihren eingekerkerten Vorsitzenden zum vierten Jahrestag seiner Verhaftung hieß es: »Dein Name hat dem wirklichen Deutschland Millionen Freunde in der Welt geworben, weil er den anderen Völkern sagt, daß das deutsche Volk nicht identisch ist mit den faschistischen Kriegsprovokateuren, die heute Deutschland beherrschen ... Unsere Partei wird in Deinem Sinne handeln, wenn sie für die Einheit und für die Volksfront gegen den gemeinsamen faschistischen Feind als unerläßliche Voraussetzung des kommenden Sieges über Hitler eintritt! ... Auf dem Wege der Einheitsfront und der Volksfront vorwärts – im Geiste Ernst Thälmanns für die Rettung Deutschlands vor der Katastrophe des Krieges und für eine freie, glückliche Zukunft des deutschen Volkes.«[39]

38 Vgl. IML, ZPA, NL 3/55.

39 Das Zentralkomitee der KPD an seinen gefangenen Führer Ernst Thälmann. In: Rundschau, 1937, Nr. 10, S. 392.

9

»Das Vertrauen auf die eigene Kraft gewinnt stets wieder die Oberhand«

Um die Jahreswende 1935/1936 schrieb Ernst Thälmann an seine Frau: »Es gibt Momente, die vorübergehen, wo der Schmerz und die Bitterkeit überwiegen, die ich durch das eigene, so harte Schicksal empfinde. So war es auch in den späten Nachmittagsstunden am Tage vor Weihnachten. In tiefes Sinnen versunken, rief ich mir so manches Vergessene aus den alten Zeiten und aus den glücklichen Jugendjahren wieder ins Gedächtnis. Ich denke zurück an meine ferne Heimat, an meine Lieben zu Hause... Ich weiß es, ich fühle es, daß daheim meine Rosa, unsere Irma und Großvater, daß auch Verwandte und Bekannte, Freunde meiner gedenken und mich vermissen. Ich denke mit großer Liebe an Dich und die vergangene Zeit. Die vielseitigen Erinnerungen an Erlebnisse aus meiner Geburtsstadt Hamburg, an unser Gemeinschafts- und Familienleben, an den Lebenskampf selbst fliegen an mir vorüber...

Das Vertrauen auf die eigene Kraft gewinnt stets wieder die Oberhand... Ich richte mich entschlossen auf, fest und kühn, wenn auch leidend, dem Unabwendbaren weiter ins Antlitz schauend, mit Fassung und neuer Lebensenergie nehme ich meine ganze Geduld zusammen.«[1]

Die Bitterkeit Ernst Thälmanns, die aus diesem Brief sprach, hatte ihre Ursachen. Der Prozeß gegen ihn fand nicht statt. Alle Anstrengungen der Justizbehörden, der Gestapo und anderer Naziorgane, brauchbares, auf die internationale Öffentlichkeit überzeugend wirkendes Belastungsmaterial für den Prozeß gegen den Vorsitzenden der KPD zusammenzubringen, waren ergebnislos geblieben. Die Furcht vor einem öffentlichen Auftreten des Kommunisten Ernst Thälmann – allein 1000 Journalisten aus dem Ausland hatten sich schon für den Prozeß vorangemeldet –[2] war zu groß.

Die Parteiführung hatte Ernst Thälmann durch eine illegale Nachricht darauf vorbereitet, daß der Prozeß wahrscheinlich nicht stattfinden werde. Er antwortete darauf: »Ich habe auch so eine Ahnung, als wenn

1 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 130/131.
2 Vgl. IML, ZPA, NL 3/18.

der Prozeß nicht stattfindet, die einzige Frage ist das Prestige für sie, wenn sie eine Erklärung des O[ber]r[eichsanwalts] bringen und nachdem dann nichts unternehmen. Es scheint, als wenn die Vorunters[uchung] abgeschlossen ist, oder sie suchen und suchen noch überall, ob sie nicht doch noch irgend etwas für sie Günstiges finden können.«[3]

Die Faschisten fanden nichts für sie Günstiges und konnten es nicht finden. Am 15. November 1935 wurde Ernst Thälmann ein Schreiben zur Kenntnis gebracht[4], in dem es hieß: »Der Angeklagte Thälmann wird – unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls, nur wegen Fluchtverdachts – mit dem weiteren Vollzug der Untersuchungshaft verschont.

Dem Angeklagten wird aufgegeben, sich, wenn er sich auf freiem Fuß befindet, täglich einmal auf dem zuständigen Polizeirevier seines Aufenthaltsortes zu melden.«[5]

Aber Ernst Thälmann wurde nicht »auf freien Fuß« gesetzt. Schon einen Tag vorher[6] war ihm ein Brief mit der Anordnung übergeben worden, daß er »auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (RGBl. I, S. 83) ... bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Sicherheit in Haft zu nehmen«[7] war. Ernst Thälmann befand sich nun endgültig in der Verfügungsgewalt der Gestapo. Vorläufig blieb er in Berlin-Moabit inhaftiert.

Die Gewißheit, daß es nicht zum Prozeß kommen würde, traf Ernst Thälmann schwer. Jahrelang hatte er sich darauf vorbereitet, sich vor der Weltöffentlichkeit unmittelbar mit dem deutschen Faschismus auseinanderzusetzen. Seine Kämpfernatur hatte darauf gebrannt, das Hitlerregime und dessen Verbrechen anzuklagen und seinen Kampfgenossen, seinen Klassenbrüdern, den Antifaschisten inner- und außerhalb Deutschlands Mut zu machen, den einheitlichen Kampf gegen Faschismus und Krieg von der Anklagebank aus zu unterstützen. Diese Möglichkeit war ihm nun genommen.

Auch der so sorgfältig vorbereitete Befreiungsplan war gescheitert. Die Bewachung des Moabiter Gefängnisses wurde verstärkt. Das Sonderkommando erhielt zusätzlich Maschinenpistolen. Nach dem 15. Januar 1936 waren in unmittelbarer Nähe des Gefängnisses zwei Polizeistütz-

3 Ebenda, NL 3/11.
4 Vgl. Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 127.
5 Ebenda, S. 173 (Anhang).
6 Vgl. ebenda, S. 127.
7 Ebenda, S. 174 (Anhang).

punkte geschaffen worden, die einen Posten vor jeden Ausgang stellten und am Tage drei und in der Nacht fünf Pendelposten um den gesamten Gefängniskomplex unterhielten. Auch Rosa Thälmann wurde während ihrer Berliner Aufenthalte stärker beobachtet. Auf Grund neuer Richtlinien der Gestapo wurde verboten, Thälmann Lebensmittel mitzubringen. Die Zeitdauer der Besuche wurde verringert. Kriminalrat Opitz und andere Überwachungsbeamte setzten Thälmann während der Besuchszeiten durch kleinliche Schikanen und provokatorische Bemerkungen zu.[8] Aber Ernst Thälmann blieb den faschistischen Beamten keine Antwort schuldig. Prinzipiell und leidenschaftlich verfocht er seine Weltanschauung, die Politik der Partei und der Kommunistischen Internationale. In Entgegnung auf die Provokationen legte er seinen Standpunkt dar, den Rosa oder Irma dann über den Kurier der Parteiführung übermittelten.

In einem Bericht des Thälmann-Kuriers vom 9. September 1936 wurde mitgeteilt, daß der Gestapobeamte während eines Gesprächs provozierend erklärt hatte: »Wie es in Deutschland gekommen wäre, wenn die Komm[unisten] gesiegt hätten, das zeigt ja Spanien klar auf.« Thälmann entgegnete: »Wieso, wer hat denn angefangen in Spanien, etwa die Arbeiterschaft? Im Gegenteil, Spanien zeigt ganz klar, wo die Urheber zu suchen sind, die das Volk ins Unglück stürzen.«[9] Rosa Thälmann informierte über eine weitere Auseinandersetzung. Als der Überwachungsbeamte an Ernst Thälmann gewandt erklärte: »Wenn Sie das heutige Deutschland sehen würden, dann müßten auch Sie sagen, daß es besser geworden ist. Nur die Kommunisten sind es, die immer wieder hetzen«, antwortete ihm Thälmann überlegen und treffend: »Ich kann nur eines nicht verstehen, nämlich, warum Sie eine solche Angst vor den Kommunisten haben. Wenn es wirklich besser geworden ist in Deutschland, warum haben Sie dann eine solche Angst vor der Arbeiterschaft? Denn das, was sie Hetzerei und Wühlerei der Kommunisten nennen, ist doch bloß die Unzufriedenheit der Masse, der nicht geholfen worden ist.«[10]

Auch über einen der vielen Versuche, Ernst Thälmann zu bewegen, seine Überzeugungen preiszugeben, informierte Rosa den Kurier. Ein Beamter hatte Thälmann provozierend vorgeschlagen, in einer Versamm-

8 Vgl. IML, ZPA, NL 3/26; NL 3/27.
9 Ebenda, NL 3/27.
10 Ebenda.

lung im Gefängnis über den Nationalsozialismus zu sprechen, den Marxismus als Irrlehre zu bezeichnen und »die anderen aufzufordern, dem Kommunismus abzuschwören«. Thälmann antwortete empört und mit allem Nachdruck, daß er das niemals tun werde. Rosa berichtete weiter, daß der »Beamte hat durchblicken lassen, das sei ein Weg für ihn, um schnellstens in die Freiheit zu kommen«.[11]

Anfang 1937 verschlechterte sich der Gesundheitszustand Ernst Thälmanns. Die Folgen der langen Haft, der Bewegungsmangel – trotz der Gymnastik, die Thälmann, wenn es irgend ging, täglich trieb – und die Folgen der Folterungen, denen er 1934 wiederholt ausgesetzt gewesen war, machten sich bemerkbar. Hoher Blutdruck, Grippe, Darmkrankheiten plagten ihn. Durch die Gefängniskost und den Bewegungsmangel war sein Körper aufgeschwemmt.[12]

Auch das Herzleiden Rosa Thälmanns hatte sich verschlimmert, und Anfang 1937 erkrankte sie ernsthaft. Trotzdem besuchte sie weiter ihren Mann. Der Kurier der Parteiführung teilte mit: »Rosa ist zweifellos eine sehr tapfere und auch energische Frau. Aber die unnatürlichen Lebensbedingungen, denen sie in den letzten vier Jahren besonders in seelischer Hinsicht ausgesetzt gewesen ist, sind an Rosa nicht unbemerkt vorübergegangen.«[13] Tochter Irma, inzwischen 17 Jahre alt, wurde jetzt stärker in die Verbindung zwischen Ernst Thälmann und dem Parteikurier einbezogen. Letzterer berichtete über ein Treffen mit Rosa und Irma am 3. Februar 1937: »Zu diesem Treff kamen beide etwas später. Die Ursache war, daß Rosa noch sehr krank war. Sie konnte nur ganz langsam laufen und fast gar nicht sprechen ... Auf meinen Einwand, daß es doch besser gewesen wäre, sie wäre gar nicht gekommen, sagte Rosa, es geht schon. Die Tatsache, daß Rosa zu diesem Treff gekommen ist, zeigt deutlicher als alles andere, mit welchem Ernst und welcher Gewissenhaftigkeit Rosa ihre Aufgabe betrachtet. Da Rosa schlecht sprechen konnte, forderte sie Irma auf, etwas zu erzählen.«[14]

Sein starker Charakter und das Wissen um die Gerechtigkeit seiner Sache halfen Ernst Thälmann, auch diesen schweren Belastungen Herr zu werden. Nicht wenig trugen dazu die Besuche seiner Frau und seiner

11 Berichte des Thälmann-Kuriers Walter Trautzsch. In: BzG, 1965, H. 5, S. 862.
12 Vgl. IML, ZPA, NL 3/26.
13 Berichte des Thälmann-Kuriers Walter Trautzsch. In: BzG, 1965, H. 5, S. 865.
14 IML, ZPA, NL 3/27. – Vgl. auch Berichte des Thälmann-Kuriers Walter Trautzsch. In: BzG, 1965, H. 5, S. 865.

Tochter Irma bei, die auch in dieser Situation auf dem Weg über den Kurier Rat und Unterstützung durch die Führung der KPD erhielten und Ernst Thälmann die ständige Fürsorge der Partei spüren ließen.

Der Brief, den Ernst Thälmann seiner Frau zu ihrem Geburtstag im März 1937 schrieb, zeigt, wie er Rosa Mut und Zuversicht zusprach: »Als Geburtstagsgeschenk übermittle ich Dir diesen Brief ... Du und ich, wir sind von jeher gewöhnt, alles miteinander zu teilen, sei es Schweres, sei es Frohes. Die Geschichte unserer Ehe beginnt in der Wilhelminischen Epoche, sie durchlebte den Weltkrieg und die ganze Weimarer Periode, sie durchlebt jetzt die letzte, unsere bisher schwerste Schicksalszeit ... Unser Leben erfreut sich nicht nur des inneren seelischen Reichtums, es ist auch voll von vielseitigen Erfahrungen, die wir auf den verschiedensten Gebieten im Verlauf der Jahre in uns aufnahmen. Aber nicht getrennt vom Leben und Schaffen des Volkes haben wir uns diese reichen Erfahrungen, diese unbezahlbaren Schätze angeeignet, sondern inmitten des Alltags des schaffenden Volkes haben wir selbst im Strom des Lebens schwimmen gelernt und dabei manche Menschenkenntnis uns erworben ... Gerade dieses Leben hat uns charakterlich gefestigt, hat uns so innig und treu miteinander verbunden und diese vollwertige Ehegemeinschaft geschaffen. In einer Ehe, wo die Frau Kampfgefährtin des Mannes ist, wie es bei uns selbstverständlich ist, ist man wirklich über alle Macht des Schicksals erhaben; denn ein solches Glück miterlebt, ja nur gekannt zu haben, ist schon sehr viel für einen Menschen ... Indem wir aufeinander wirken, der eine den anderen ergänzt und man gegenseitig gibt und nimmt, entsteht diese wahre und gegenseitige Vereinigung, die durch das bloße Zusammenleben nicht erreicht wird. Man muß es selbst erfahren haben, um zu wissen, wie eine solche Ehe wirkt, was sie alles in uns entwickelt, welche Kraft dadurch in uns wächst, und man bedauert dann um so mehr alle diejenigen, denen dieses Glück nicht zuteil geworden ist ... Diese Liebe ist das Band, das uns besonders in den Schicksalsjahren immer fester verknüpfte ...

Der diesjährige Frühling läßt lange auf sich warten und macht sich erst langsam bemerkbar im Leben der Natur. Im vorigen Jahr um diese Zeit hatte hier der Flieder bereits Blätter angesetzt. Heute sind die Knospen noch geschlossen und erwarten mit Sehnsucht die Tage der Wärme und die Macht der Frühlingssonne. Deshalb muß ich diesmal leider darauf verzichten, Dir, wie im vorigen Jahre, Fliederknospen als Geschenk beizulegen. Ich übermittle Dir in dem Briefe drei funkelnde, schöne

Herbstblätter; nimm sie als Trost dafür und als meinen Dank für alles entgegen. Diese Blätter mit ihren rotdurchwirkten Adern sind ein Zeichen für die zeugende Kraft im Leben der herrlichen Natur, die sie selbst noch im Absterben zu hinterlassen sich fähig zeigt.

Hoffen wir, daß bald der Frühling komme, an dem ich Dir die ersten Blumen der Freude selbst überbringen kann. In diesem Sinne gratuliere ich Dir recht herzlich zu Deinem Geburtstage und übermittle Dir hiermit meine allerherzlichsten Glückwünsche. Möge dieser Brief für Dich eine stille Freude sein, ein Zeichen unserer gegenseitigen Treue und festen Verbindung ...

›Ja, in der Ferne fühlt sich die Macht,
Wenn zwei sich redlich lieben:
Drum bin ich in des Kerkers Nacht
Auch noch lebendig blieben.
Und wenn mir fast das Herze bricht,
So ruf' ich nur: Vergiß mein nicht!
Da komm' ich wieder ins Leben.‹

In dankbarer Treue und unvergessener Liebe sendet Dir heiße und innige Grüße

Dein lieber Ernst.«[15]

Das war der letzte Brief, den Ernst Thälmann offiziell an seine Frau schrieb.

Im Frühjahr 1937 beschlagnahmte die Gestapo alle Briefe Thälmanns an seine Angehörigen. Die Faschisten wollten verhindern, daß die KPD diese Briefe politisch nutzen konnte. Thälmann erhielt zwar kein direktes Schreibverbot; aber Rosa Thälmann hätte alle folgenden Briefe nur auf der Polizeiwache lesen dürfen. Dort sollten sie bleiben. Als Ernst Thälmann das erfuhr, hatte er eine scharfe Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Gestapoleuten. Er charakterisierte ihre Maßnahme völlig richtig als zusätzliche Tortur, um ihn seelisch zu treffen. Thälmann erklärte, er schriebe Briefe nur an seine Frau und nicht für die Gestapo. Deshalb werde er hinfort den Briefverkehr einstellen.[16] Und dabei ist es geblieben, mit Einverständnis Rosas.

15 Ernst Thälmann: Briefe aus dem Gefängnis, S. 167–170.

16 Vgl. Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 474. – IML, ZPA, NL 3/30.

Die große internationale Solidaritätsbewegung für die Freilassung Ernst Thälmanns, vor allem aber der gescheiterte Befreiungsversuch und die von der Gestapo vermutete geheime Verbindung Ernst Thälmanns zur Partei veranlaßten das Hitlerregime, Thälmann aus dem Moabiter Untersuchungsgefängnis zu verlegen. Die Gestapo erwog, ihren wichtigsten Gefangenen in ein Konzentrationslager zu bringen; die Furcht vor neuen und noch stärkeren internationalen Protesten hielt die faschistischen Behörden jedoch davon ab. Auch wollten sie unbedingt jeden Kontakt Thälmanns mit seinen Genossen verhindern. Er wurde schließlich am 13. August 1937 in die Strafanstalt Hannover überführt, die als besonders ausbruchssicher galt.

Am frühen Morgen dieses Tages wurde Thälmann aus dem Gefängnis Moabit geholt. Drei Personenwagen gehörten zu der Kolonne, die ihn nach Hannover brachte. Seine Begleitung bestand aus zwei Justizbeamten, einem Gestapooffizier, dem Gefängnisdirektor von Moabit und fünf Bewachungsbeamten. Alle waren in Zivil, um den Transport so unauffällig wie möglich zu vollziehen. Niemand sollte vorerst von der Verlegung erfahren. Während der Fahrt sah Ernst Thälmann zum ersten Mal seit viereinhalb Jahren wieder Wälder und Wiesen, Dörfer und Städte, Menschen, die ihrer Arbeit nachgingen.

Auch in Hannover lag Thälmanns Zelle so, daß er mit keinem anderen Gefangenen Verbindung aufnehmen konnte, auch eine Verständigung durch Klopfzeichen war ausgeschlossen. Die Möglichkeiten zum Lesen wurden drastisch eingeschränkt. Zeitungen bekam er seltener; sie wurden noch rigoroser zensiert. Bücher wurden ihm fast ganz verweigert. Seine Freistunden mußte er anfangs unter Aufsicht von zwei Wachsoldaten mit Karabiner und aufgepflanztem Bajonett verbringen. Die Posten hatten strenge Anweisung, kein Wort mit Ernst Thälmann zu sprechen.[17]

Die immer drückender werdende Haft zehrte an Thälmanns Gesundheit. Die Grippe hatte ihn des öfteren geplagt. Nun erkrankte er infolge der verschärften Haftbedingungen ernstlich. Er erhoffte eine verlängerte Freistunde auf dem Gefängnishof. Die Gefängnisdirektion verweigerte das. Er bat um einen Mitgefangenen als Schachpartner. Auch das wurde abgelehnt.[18]

Rosa Thälmann wurde von der Verlegung ihres Mannes nach Hannover nicht in Kenntnis gesetzt. Als sie zur nächsten genehmigten Sprechzeit

17 Vgl. IML, ZPA, NL 3/18.
18 Vgl. ebenda, NL 3/10; NL 3/27.

in Berlin-Moabit eintraf, wurde ihr der Zutritt zum Gefängnis untersagt. Die Gefängniskanzlei verweigerte jede Auskunft. Aber Rosa Thälmann ließ sich nicht abweisen. Sie erklärte, daß sie sich nicht eher von der Stelle rühren würde, bis sie Genaues über das Schicksal ihres Mannes wisse. Und gäbe man ihr keinen Bescheid, müßte sie annehmen, Thälmann sei tot. Das würde sie dann in die Welt schreien. Schließlich erfuhr Rosa Thälmann den neuen Haftort ihres Mannes. Sie erhielt dann auch Besuchserlaubnis, aber zunächst in größeren Abständen als in Berlin; und sie mußte unter ihrem Mädchennamen Rosa Koch anreisen. Thälmanns beide Rechtsanwälte durften ihren Mandanten jeder nur noch zweimal besuchen.[19]

Als Rosa Thälmann wußte, wo ihr Mann war, erfuhr es auch die Parteiführung.[20] Auch im Gefängnis sprach sich trotz aller Vorsichtsmaßnahmen herum, wie der neue, so sorgsam abgeschirmte Gefangene hieß. Aus dem Gefängnis drang die Kunde in die Öffentlichkeit.

Als sich Ernst Thälmanns Gesundheitszustand weiter verschlechterte, fand 1938 eine gründlichere ärztliche Untersuchung statt, nach der seine Haftbedingungen etwas erleichtert wurden.[21] Die Gestapo dachte sich neue Überwachungsmaßnahmen aus. Ernst Thälmann durfte ab August 1938 zeitweilig Besuche in seiner Zelle empfangen. Seine Tochter erinnert sich: »Zu illegalen Unterhaltungen benutzten wir Tafeln, die man am Körper verstecken konnte. Das war aus folgendem Grunde notwendig: Die Gestapo hatte in Hannover in Vaters Zelle Horchapparate eingebaut. Da er das sofort bemerkt hatte, suchte er neue Verständigungswege. Früher waren bei allen Besuchen Gestapobeamte dabeigewesen. Jetzt erklärte man meinem Vater, daß er zur Erleichterung seiner Haft mit seinem Besuch allein sein könnte. Aber Vater wußte genau warum. Er wußte, daß er noch mehr als vordem bespitzelt werden sollte; denn jedes Gespräch, jedes Selbstgespräch, jeden Atemzug, jedes Husten, jede Bewegung übermittelten die Horchapparate der Geheimen Staatspolizei. Sie hoffte von ihm jetzt zu erfahren, was sie auch durch Schläge und Folterungen nicht erfahren hatte. Die Nazis dachten, er würde uns ahnungslos wichtige geheime Dinge erzählen. Wir aber sprachen laut über belanglose Fragen und schrieben indessen alles, was Vater von der Partei

19 Vgl. Rosa Thälmann: Auch im Kerker mit dem Volke verbunden. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 464. – IML, ZPA, NL 3/28; NL 3/18.
20 Vgl. IML, ZPA, NL 3/28.
21 Vgl. ebenda, NL 3/29.

wissen wollte und was ich der Partei sagen sollte, auf die Tafel. Das Geschriebene löschten wir gleich wieder aus, und ich versteckte beim Verlassen des Gefängnisses die Tafel. Es war eine gute Verständigung. Natürlich, ich war jung und ungeübt, doch Vater hatte Geduld, und ich lernte schnell. Man mußte gut nachdenken und geschickt sein, damit nichts auffiel. Bevor ich in das Gefängnis zum Besuch ging, habe ich mich deshalb gut vorbereitet, um auch nichts zu vergessen.

An einem Besuchstage schrieb Vater auf die Tafel: ›Ich gebe Dir wichtiges Material mit, es sind zwanzig von meiner eigenen Hand vollgeschriebene Hefte. Du mußt sie in Sicherheit bringen. Fahre von hier aus nach Hamburg und denke daran, daß diese Notizen wichtig sind und unsere Genossen sie bekommen müssen.‹«[22]

Das war die Fortsetzung jener Hefte, die Thälmann schon in Moabit geführt hatte. Dank der Tapferkeit und Geschicklichkeit der Tochter Irma blieben auch diese wichtigen Dokumente mit Gedanken Thälmanns zu Grundproblemen der internationalen Lage, der internationalen Arbeiterbewegung, der Entwicklung in Deutschland und vor allem zur drohenden Kriegsgefahr erhalten. Aus jeder Zeile spricht der Drang des erfahrenen Internationalisten, des Parteifunktionärs, Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen, mitzuhandeln. In mancher Zeile äußert sich auch die Bitterkeit, nun schon über ein halbes Jahrzehnt hinter Kerkermauern zu sitzen, ausgeschlossen vom lebendigen Kampf der Arbeiterbewegung und zur Untätigkeit verurteilt.[23] In diesen Heften offenbaren sich sein rastloser Geist, seine Klugheit und seine Weitsicht. Hier in Hannover konnte Irma auch ihren Vater mit dem Fotoapparat, den er ihr einst geschenkt hatte, fotografieren. Eines der Bilder blieb erhalten, es ist das letzte Foto von Ernst Thälmann.[24]

Die internationale Solidarität für Ernst Thälmann ging weiter. Am 13. und 14. November 1937 fand in Paris die Europäische Konferenz für Recht und Freiheit in Deutschland statt. Zu Beginn der Konferenz wurde ein Ehrenpräsidium gewählt, bestehend aus Carl von Ossietzky, Ernst Thälmann, Carlo Mierendorff, Kaplan Joseph Rossaint und Lilo Herrmann. Mit dieser Wahl brachte die Konferenz, die das Internationale Zentrum für Recht und Freiheit in Deutschland gründete, ihre Verbundenheit mit den eingekerkerten antifaschistischen Kämpfern in Deutschland zum Ausdruck. Das Internationale Zentrum setzte die Arbeit des Internationalen Befreiungskomitees für Ernst Thälmann und alle anderen Antifaschisten fort. Es stand unter der Leitung von Marcel Cachin, Léon Jouhaux, André Malraux, Thomas Mann und Romain Rolland. In einem Bericht über die Europäische Konferenz hieß es: »Der stärkste Eindruck, den die Konferenz hinterließ, war die einheitliche und geschlossene Stellungnahme aller Redner – mochten sie aus noch so verschiedenen Lagern und Weltanschauungen kommen – zur Befreiung Ossietzkys, Thälmanns, Mierendorffs, Kaplan Rossaints, Pfarrer Niemöllers und aller gefangenen Hitlergegner.«[25] Die Europäische Konferenz rief die Welt zu neuen und stärkeren Solidaritätsaktionen auf. In der ersten Sitzung des Sekretariats des Internationalen Zentrums wurde als dringendste und wichtigste Aufgabe die Intensivierung der Kampagne für die Befreiung der politischen Gefangenen bezeichnet, insbesondere derjenigen, die seit 1933 im faschistischen Deutschland gefangen waren, wie Ossietzky, Thälmann, Mierendorff, Schumacher, Neubauer, Stoecker und andere.[26]

Zu seinem 52. Geburtstag gingen an Ernst Thälmanns Adresse erneut aus aller Welt Geburtstags- und Solidaritätsgrüße. Viele bedeutende Persönlichkeiten brachten aus diesem Anlaß zum Ausdruck, daß sie sich mit Thälmann verbunden fühlten. Lion Feuchtwanger schrieb: »Verehrter Ernst Thälmann, bewegten Herzens sende ich Ihnen zu Ihrem zweiundfünfzigsten Geburtstag meine Grüße. Viele Millionen denken heute an Sie, ergriffen, empört, hoffend, und Millionen Deutsche bedauern heißen Herzens, daß sie damals, da es noch Zeit war, nicht Sie gewählt haben. Jenseits der Empörung und des Mitgefühls aber ist die Zuversicht, daß Ihre Befreiung nur eine Frage der Zeit ist. Ihr Lion Feuchtwanger.«[27]

Die sowjetischen Werktätigen bekundeten immer wieder ihre Verbundenheit mit dem eingekerkerten Führer der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, dem Symbol unnachgiebigen Widerstandes gegen den Faschismus, des Kampfes um den Frieden. Im Mai 1937 wurde auf seinen Namen das Mandat Nr. 15 zur II. Parteikonferenz des Kiewer Rayons von Moskau ausgestellt; delegiert hatte ihn die Parteiorganisation des Moskauer Betriebes Nr. 22.[28] Der Wettbewerb um das Recht, den Namen

22 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 111/112. – Tatsächlich handelte es sich um 22 Hefte. (Vgl. IML, ZPA, NL 3/10.)
23 Vgl. IML, ZPA, NL 3/10.
24 Nach einer Mitteilung von Irma Gabel-Thälmann an das Autorenkollektiv.
25 IML, ZPA, NL 3/53.
26 Vgl. ebenda.
27 Ebenda, NL 3/48.
28 Vgl. ebenda, NL 3/5.

Thälmann zu tragen, wurde in Werken und Fabriken fortgesetzt. So erhielt im Werk »Mechanolit« in Murmansk eine Stachanowbrigade, die den Plan mit 120 bis 150 Prozent erfüllte, den Namen Ernst Thälmann. Auch weitere Kollektivwirtschaften erhielten diesen Namen. Lieder sowjetischer Komponisten und Dichter mahnten, nicht nachzulassen in den Anstrengungen, Ernst Thälmann freizukämpfen.[29]

Die Gestapobeamten versuchten Thälmann glauben zu machen, daß er längst in der Welt vergessen wäre. Thälmann wußte, daß sie logen. Die Niederschrift des Kuriers über den Besuch Rosas bei Ernst Thälmann am 17. Februar 1938 berichtet, wie die Partei sich bemühte, ihn ständig über die internationale Solidarität im Kampf um seine Befreiung zu informieren:

»Ich traf Rosa pünktlich zur festgesetzten Zeit an verabredeter Stelle ...

Edwin: Hat Dir Irma alles gesagt, was ich ihr aufgegeben habe für den Besuch?

Rosa: Ja, ich habe Thälmann das auch gesagt.

Edwin: Was hast Du ihm denn gesagt?

Rosa: Ich habe ihm gesagt das von dem Kampf, der um ihn, Niemöller und Rossaint geführt wird. Dann das von Dimitroff, und daß er einen Vorstoß unternehmen und seine Entlassung beantragen soll.«[30]

10

»Die wirklichen Feinde des Krieges der imperialistischen Staaten«

Das Hitlerregime hatte seine Kriegsrüstungen immer weiter getrieben. Mit der Annexion Österreichs im März 1938 war die erste offene Aggression ohne Krieg geglückt. Als während eines Besuchs bei Ernst Thälmann der überwachende Beamte von der »herrlichen Befreiung« der Österreicher, die »heim ins Reich« gekehrt seien, sprach, antwortete, wie sich Irma

29 Vgl. L. G. Babitschenko: Die Werktätigen der UdSSR im Kampf für die Rettung Ernst Thälmanns, S. 44/45, 26.

30 Berichte des Thälmann-Kuriers Walter Trautzsch. In: BzG, 1965, H. 5, S. 872/873.

Thälmann erinnert, ihr Vater: »Ihr werdet sie noch mehr knechten, so, wie ihr das ganze deutsche Volk knechtet. Jedes demokratische Recht und Gefühl tretet ihr mit Füßen, ihr macht Raubzüge für den deutschen Kapitalismus, ihr wollt die Balkanvölker, die Tschechoslowakei und Österreich vor euren Kriegskarren spannen.« Als der faschistische Beamte erklärte, der »Führer ist für den Frieden und den Sozialismus«, antwortete Ernst Thälmann: »Sozialismus ist Frieden – nicht Krieg. Der Sozialismus läßt nicht zu, daß man gegen den Willen der Völker in andere Länder einfällt, daß man die um die Freiheit ihrer Nation kämpfenden Menschen ins Konzentrationslager sperrt, daß man Massen von Menschen hinrichtet. Ist das Freiheit? Ist das Sozialismus?«[1] An zahlreichen Beispielen wies Thälmann die Kriegsvorbereitungen der deutschen Faschisten nach.

Als nächste Etappe bereitete das faschistische Deutschland den Überfall auf die Tschechoslowakei vor. Zuerst sollte das sogenannte Sudetengebiet annektiert werden. Die imperialistischen Westmächte erblickten in diesen friedensfeindlichen Handlungen jedoch nur die Frontstellung gegen die Sowjetunion und hofften, Hitlerdeutschland durch entsprechende Zugeständnisse weiter in diese Richtung drängen zu können. Daher verrieten die Repräsentanten Großbritanniens und Frankreichs im September 1938 mit dem Münchener Abkommen entgegen ihren Bündnisverpflichtungen die Tschechoslowakische Republik. Sie lehnten jegliche verbindliche Garantie für die Grenzen der Tschechoslowakei ab und stimmten der Annexion des Sudetenlandes durch den faschistischen deutschen Imperialismus zu. Der Weltkrieg rückte immer näher.

Ernst Thälmann hatte diese Entwicklung mit Besorgnis verfolgt. Unter Beachtung aller Vorsichtsmaßnahmen – die Bewacher kontrollierten seine Zelle immer wieder durch den »Spion« und durchsuchten sie von Zeit zu Zeit – schrieb er ein ausführliches Memorandum über den Verrat von München. Über Rosa und den Kurier erhielt die Parteiführung dieses wichtige Dokument.

Der Kurier notierte:

»Besuch am 27. 10. 38

Wir trafen uns zur festgesetzten Zeit an bestimmter Stelle.

Edwin: Nun, wie geht es?

1 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 106.

Rosa: Danke, ganz gut ... Thälmann hat mir eine Denkschrift über das Münchener Abkommen mitgegeben. Mir war natürlich klar, daß Euch das sehr interessieren müßte. Ich habe nun mehrmals mit Irma darüber gesprochen, was ich wohl mache, ob ich Euch schreibe oder nicht. Schließlich habe ich dann ... geschrieben.

Edwin: Das ist vollkommen richtig, Du hättest sofort schreiben können ... Wie hat Dir denn Thälmann das gegeben, das interessiert mich jetzt ganz besonders.

Rosa: Der Besuch war diesmal hinausgeschoben wegen Kriegsgefahr ... Sollte noch viel später sein ... Besuch war wie sonst mit Staatsanwalt und Vogt am Tisch und Thälmann mir gegenüber. Ernst stieß mich mit dem Bein an, und ich merkte, daß er mir etwas geben wollte. Er gab mir seine Hand unter dem Tisch. In dem Moment fragte mich Vogt, ob ich die Plumppfeife bekommen hätte. Ich sagte ja, öffnete meine Handtasche und zeigte die Pfeife dem Staatsanwalt und Vogt. Bei dieser Gelegenheit habe ich die Denkschrift in die Tasche getan. Es hat selbstverständlich niemand etwas gemerkt.«[2]

In seinem Memorandum[3] ging Thälmann von der Frage aus, was eingetreten wäre, wenn es auf Grund der Ereignisse in der Tschechoslowakei zu einem Krieg mit Deutschland gekommen wäre. Und er antwortete, daß dieser Krieg das Ende der faschistischen Herrschaft bedeutet hätte. Hitler stände in den Augen der Weltöffentlichkeit als der Anstifter und Urheber des Weltbrandes da, und selbst das deutsche Volk hätte dies nicht unberührt lassen können. Zudem sei Deutschland noch nicht genügend militärisch gerüstet, um sich behaupten zu können. Bei einem längeren Krieg wäre Deutschland in die allergrößten wirtschaftlichen Schwierigkeiten geraten. Das militärische und wirtschaftliche Übergewicht der Gegenkräfte Deutschlands wäre so stark gewesen, daß auch dadurch der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems unvermeidbar gewesen wäre.

Hitler hätte nur dank der Unterstützung durch Mussolini und der Haltung der englischen und der französischen Regierung sein gefährliches Vabanquespiel erfolgreich durchführen können. Dann fuhr Thälmann fort: »Das M[ünchener] Abkommen hat somit nicht nur das NS-System vor dem voraussichtlich unvermeidlichen ... Untergang bei einem

2 Berichte des Thälmann-Kuriers Walter Trautzsch. In: BzG, 1965, H. 5, S. 873/874.

3 Auszugsweise veröffentlicht in: Unbekannte Dokumente Ernst Thälmanns. In: Ebenda, 1964, H. 3, S. 469–473.

europäischen Kriege gerettet, sondern zugleich auch [den] weiteren Aufstieg und die Festigung dieses Systems nicht unerheblich gefördert. Außerdem bedeuten dieses Abkommen und seine weiteren Folgen eine neue sichtbare Wendung in Europa zu den totalitären Staaten, besonders zu Italien und Deutschl[and] hin, trotz der noch starken entgegenstehenden Strömungen und nicht unbedeutender Oppositionskräfte, die in Engl[and] und Frankr[eich] und in anderen Ländern vorhanden sind.« Der unpolitische und faschistisch beeinflußte Teil des Volkes durchschaute nicht den historischen Werdegang und die Wende, die mit dieser Vereinbarung getroffen wurde. »Sie sahen zuerst nur die eine Erlösung, daß der Krieg verhindert wurde, aber darüber hinaus erkannten sie erst nur langsam die weiteren Folgen. Sie werden es noch begreifen, daß die Entscheidung in M[ünchen] nur ausschließlich zugunsten der totalitären Staaten geschaffen wurde, wenn sie darüber genügend aufgeklärt und aufgerüttelt werden.

Die franz[ösische] und engl[ische] Regierung und besonders Dal[adier] und Cha[mberlain] sind noch zu stark an M[ünchen] gebunden, und man muß bezweifeln, ob sie zu einer eigenen selbstbewußten und entschlossenen Offensive gegenüber den totalitären Staaten gewillt sind überzugehen. Voraussichtlich wird dieser Weg erst gangbar sein, wenn es in Engl[and] und Frankr[eich] gelingt, auf Druck der Völker selbst eine neue Regierung zu schaffen, die ihre Politik unabhängig von den totalitären Staaten und mehr selbstbewußt und selbständig zur Geltung bringt. Hier wird die Sowjetunion eine historische Aufgabe in der Außenpolitik zu erfüllen haben, wie sie selten von so großer Bedeutung für sie und die Völker Europas gestellt wurde. Diese fühlbare Entwicklung kann für die S[owjet]u[nion] ein großer Erfolg werden, wenn es ihr gelingen sollte, eine aktive Gegenoffensive in der europäischen Außenpolitik herbeizuführen, die ihr das Machtprestige gibt, das ihr entsprechend ihrer konsequenten Haltung gegenüber M[ünchen gebührt]. Insbesondere auch deshalb, da das M[ünchener] Abkommen die S[owjet]u[nion] insofern traf, daß die Verhandlungen in M[ünchen] ohne Rücksicht auf die S[owjet]u[nion] von Engl[and] und Frankr[eich] mit Hitler und Muss[olini] herbeigeführt wurden und die totalitären Staaten und auch andere europäische Kreise einen derartigen Propagandafeldzug gegen die S[owjet]u[nion] nach M[ünchen] machten, daß die S[owjet]u[nion] mit anderen Kreisen Europas als die kriegstreibenden Parteien und die Friedensstörer« angesehen wurden.

»Das größte geschichtliche Drama und das fast Unglaubliche aber ist, daß es Hitler und Mussolini durch M[ünchen] zumindest bei ihren Völkern, aber darüber hinaus auch in beachtlichen Teilen der Völker Europas gelungen ist, als Friedensmacher und Friedensförderer neben Ch[amberlain] und Dal[adier] in Erscheinung zu treten.«

Nach Ansicht Ernst Thälmanns war die schwierigste und zugleich brennendste Frage im Kampf gegen das Münchener Abkommen und seine Folgen »für die S[owjet]u[nion] und ihre Freunde die Propaganda und der Kampf für den Frieden. Diese Seite der Propaganda und Politik muß mit allen nur denkbaren Methoden und Beispielen und Beschlüssen [in] der Presse, im Rundfunk, auf Konferenzen, ... ja überall so überaus stark hervorgehoben werden, daß wir auch als die wirklichen Feinde des Krieges der imperialistischen Staaten und als die alleinigen Friedensfreunde in Erscheinung treten ...«[4]

Diese in der Abgeschiedenheit der Gefängniszelle getroffene Wertung entscheidender Faktoren des Münchener Abkommens stimmte mit der der Führungen der KPD und der Kommunistischen Internationale überein. Nur zwei Monate später erfuhr das Ernst Thälmann. In dem Bericht über die Begegnung am 22. und 23. Dezember 1938 schrieb Edwin, daß er Rosa gebeten habe, ihrem Mann bei ihrem Besuch am nächsten Tag unbedingt mitzuteilen, »daß wir sein Schreiben erhalten haben. Er muß auch wissen, wie wir darüber denken. Das mußt Du versuchen, ihm in der Form von ein paar kurzen Sätzen zu sagen, Du mußt Dir das gut merken. Wenn Du ihm das nahebringen kannst, dann ist er über die Stellung der Partei vollkommen informiert.

Ich habe Rosa diese Punkte mehrmals in den verschiedensten Formen unterbreitet.

Ich: Als erstes sagst Du: Brief erhalten, mit der Linie einverstanden.

2. mußt Du ihm sagen, M[ünchen] war Verrat und Tschechoslowakei ist geopfert worden ...

3. Dimi[troff] sagt, damit sich das nicht wiederholt, muß der Kampf um die Änderung der Politik in den demokratischen Ländern geführt werden.

4. Das deutsche Volk hat aus M[ünchen] die Lehre gezogen, H[itler] ist der Krieg.

5. Unsere Politik war richtig und geht weiter.«[5]

Der Bericht deutet aber auch an, daß sich Rosa Thälmann und der

4 IML, ZPA, NL 3/12.

5 Berichte des Thälmann-Kuriers Walter Trautzsch. In: BzG, 1965, H. 5, S. 875.

Kurier nur unter größten Vorsichtsmaßregeln treffen konnten. Trotz des starken Schneetreibens gingen sie durch die Straßen und besprachen dabei die notwendigen Fragen. Bis zu Rosas Rückkehr am nächsten Tag, die mit vier Stunden Verspätung erfolgte, fand der Kurier keine Möglichkeit, etwas niederzuschreiben. Rosa hatte bei ihrem Besuch alles sagen können, was besprochen worden war. Ernst Thälmann hatte sein Einverständnis mit der Einschätzung der Parteiführung bekundet.[6]

Zu dieser Zeit, als das Hitlerregime die Kriegsrüstungen immer schneller vorantrieb, tagte Ende Januar/Anfang Februar 1939 in der Nähe von Paris eine Parteikonferenz der KPD – im Interesse der Sicherheit der Anwesenden als Berner Konferenz bezeichnet. An ihr nahmen Anton Ackermann, Paul Bertz, Franz Dahlem, Gerhart Eisler, Walter Hähnel, Wilhelm Knöchel, Paul Merker, Karl Mewis, Wilhelm Pieck, Siegfried Rädel, Elli Schmidt, die Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs Johann Koplenig und Alfred Klahr (Johann Mathieu) und andere Genossen teil.[7] Das Hauptreferat, gehalten von Wilhelm Pieck, wurde ergänzt durch Referate von Franz Dahlem, Paul Merker, Paul Bertz, Anton Ackermann und Gerhart Eisler.[8]

Wilhelm Pieck stellte in seinem Referat »Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei« einleitend fest, daß es den Anschein habe, als stünde der Weltkrieg unmittelbar bevor. Diese Warnung stimmte völlig mit der Thälmannschen Einschätzung überein. Vor der Parteikonferenz stand, wie Wilhelm Pieck weiter darlegte, die Aufgabe, darüber zu beraten, was die Partei tun müßte, um den Krieg zu verhindern, oder, wenn das nicht gelingen sollte, was während des Krieges zu tun wäre, um ihn schnellstens zu beenden. Er hob die Notwendigkeit hervor, den Kampf nicht nur gegen Hitler, sondern gleichzeitig auch gegen die Monopolbourgeoisie zu richten, deren Interessenvertreter Hitler war. Diese kleine Schicht des Trustkapitals sei es, die allein Interesse am Krieg und an der Eroberung und Unterjochung anderer Völker habe. Die Abenteuerpolitik des Monopolkapitals habe nichts mit der Wahrung der nationalen Interessen des deutschen Volkes zu tun, sondern stehe diesen Interessen kraß entgegen.

In diesem Zusammenhang betonte Wilhelm Pieck, und auch hier finden sich Gedanken, die weitgehend mit denen Ernst Thälmanns in seinen

6 Vgl. ebenda. – IML, ZPA, NL 3/27.

7 Vgl. Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar–1. Februar 1939), Berlin 1974, S. 11/12.

8 Vgl. ebenda, S. 61–95, 12–17.

Gefängnisaufzeichnungen übereinstimmen, daß die KPD in ihrer Agitation sich nicht scheuen dürfe, die Worte Nation und Volk zu verwenden. »Wir wollen damit nicht die bestehenden Klassengegensätze innerhalb der Nation vertuschen«, sagt Pieck, »sondern zeigen damit gerade den Gegensatz auf, der zwischen den nationalen Interessen des Volkes und den Interessen seiner Beherrscher und Unterdrücker, dem Trustkapital und dem Hitlerfaschismus, besteht.«[9]

Die Berichte und Diskussionsbeiträge machten deutlich, daß die KPD trotz des brutalen Terrors der Faschisten und großer Verluste stärker und reifer geworden war und ungebrochen in Deutschland wie in der Emigration den Kampf gegen die faschistische Diktatur und deren Kriegskurs fortsetzte. In Betrieben und Wohngebieten waren Erfolge in der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und anderen Hitlergegnern erzielt worden, in einzelnen Betrieben konnten Widerstandsaktionen ausgelöst werden.

Die Berner Konferenz bestätigte, daß die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Vereinigung aller Hitlergegner in einer breiten antifaschistischen Volksfront die entscheidende Aufgabe blieb. Die Delegierten beschlossen eine Resolution über den Weg zum Sturze Hitlers und den Kampf um die neue, demokratische Republik.[10] In dieser Resolution wurde die Politik der KPD, die die Brüsseler Konferenz festgelegt hatte, weiterentwickelt. Sie enthielt vor allen Dingen ein Programm für eine neue, demokratische Republik, die nach dem Sturz der faschistischen Diktatur in Deutschland errichtet werden sollte. Damit beantwortete die KPD eine entscheidende Frage, die von Hitlergegnern immer wieder gestellt worden war und über die es Meinungsverschiedenheiten gegeben hatte: Was soll nach Hitler kommen?

Das Programm für das neue, antifaschistisch-demokratische Deutschland entsprach den Vorstellungen, die Ernst Thälmann sich in den Jahren seiner Kerkerhaft erarbeitet hatte. In seinen Notizen vermerkte er, daß das kommende Deutschland ein Land des Friedens sein müsse, in Freundschaft verbunden mit der sozialistischen Sowjetunion, ein Deutschland, in dem die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß besitzen würde, gestützt auf das Bündnis mit der werktätigen Bauern-

9 Wilhelm Pieck: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei. Referat auf der Berner Konferenz der KPD, 30. Januar 1939. In: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, S. 579.

10 Vgl. Die Berner Konferenz der KPD, S. 116–147.

schaft und anderen demokratischen Kräften des Volkes. Es sollte ein wehrhaftes Deutschland sein, dessen Armee aus dem Volke kommt und auf der Seite des Volkes steht.[11]

Die KPD bekräftigte auf dieser Konferenz auch die Notwendigkeit, eine einheitliche revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Sie ließ sich davon leiten, daß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im antifaschistischen Kampf auch wesentliche Voraussetzungen dafür schaffen würde, die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse herzustellen und eine vereinte proletarische Massenpartei auf revolutionärer Grundlage zu schaffen.

Dem neuen Zentralkomitee gehörte neben anderen bewährten Parteifunktionären auch wieder Ernst Thälmann an. Wilhelm Pieck wurde für die Zeit der Haft Thälmanns erneut Vorsitzender der Partei.[12] In seiner Eröffnungsansprache hatte Pieck erklärt: »Auf unserer Tagung vermissen wir vor allem den Führer unserer Partei, Genossen Ernst Thälmann, der nunmehr fast sechs Jahre als Geisel von den Faschisten im Kerker festgehalten wird. Die um seine Befreiung geführten Kampagnen haben zwar gewisse Höhepunkte erreicht, aber trotz wiederholter Versuche, ihn durch große internationale Kampagnen den Faschisten zu entreißen, ist dies bisher nicht gelungen. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um die Aktionen zu seiner Befreiung zu verstärken. Das gilt besonders jetzt, zum 6. Jahrestag seiner Verhaftung am 3. März und zu seinem 53. Geburtstag am 16. April. Wir senden ihm von unserer Tagung unsere herzlichsten Grüße.«[13]

Die Solidaritätsbewegung für die Freiheit Ernst Thälmanns bewegte weiterhin Millionen Menschen auf der ganzen Erde. Heinrich Mann hatte an Ernst Thälmann im Jahre 1938 geschrieben: »Lieber Kamerad Thälmann! Wenn dieser Gruß Sie erreicht, bitte ich Sie versichert zu sein, daß wir alle, die ein besseres, befreites Deutschland ersehnen und es erkämpfen wollen, Ihrer am 16. April in besonders herzlicher Verbundenheit gedenken.«[14] In den USA erhielt der deutsche Botschafter ein Schreiben der International Juridical Association aus New York, in dem dagegen protestiert wurde, daß Thälmann schon über fünf Jahre ohne Verhandlung im Gefängnis saß. Thälmann solle ohne Verzögerung frei-

11 Vgl. IML, ZPA, NL 3/12.

12 Vgl. Die Berner Konferenz der KPD, S. 18.

13 Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, S. 570.

14 IML, ZPA, NL 3/48.

gelassen werden. Die französische Gewerkschaft der Hafen- und Dockarbeiter verlangte die Freiheit für ihren Arbeitskollegen, den Dockarbeiter Ernst Thälmann.[15] In Moskau versammelten sich Arbeiter, Techniker und Angestellte der Werke, die Thälmanns Namen trugen. Sie sandten Ernst Thälmann eine Begrüßung, in der es hieß: »Unsere Werke werden durch Deinen Namen zu immer neuen und neuen Siegen entflammt. Der Plan für 1937 ist zu 107,1 Prozent erfüllt; für das erste Quartal 1938 zu 111,23 Prozent. Dein Name begeistert die Stachanowarbeiter, deren Kreis unentwegt größer und größer wird: Am 1. Januar 1938 hatten wir 280 Stachanowarbeiter, am 1. April 1938 waren es schon 361.«[16] Diese Beispiele stehen für zahlreiche weitere Solidaritätsaktionen.

Der 53. Geburtstag Ernst Thälmanns am 16. April 1939 wurde entsprechend der Festlegung der Berner Konferenz zu einem neuen Höhepunkt des Befreiungskampfes. Die führenden Genossen der KPD in Moskau beschlossen die Herausgabe einer Thälmann-Broschüre und befürworteten die Anfertigung einer Thälmann-Büste. Die Broschüre sollte auf Vorschlag Georgi Dimitroffs in einer kürzeren deutschen und in einer umfangreicheren russischen Fassung erscheinen.[17]

In Hannover trafen aus allen Teilen Deutschlands Glückwunschschreiben ein, viele auch immer noch in Berlin-Moabit. Hunderte und aber Hunderte Karten beschlagnahmte die Gestapo schon auf dem Postwege. Aus Köln übergab die Gestapo an ihre Leitstelle in Berlin 100 Glückwunschkarten, die an Thälmann gerichtet waren. In Leipzig wurden 20 Glückwunschbriefe abgefangen, im Gestapobereich Düsseldorf über 250 Karten erfaßt. Wie die Direktion des Gefängnisses Hannover der Gestapo mitteilte, waren bis zum 16. April trotz aller Kontrollen 51 Postkarten und 14 Briefe in der Strafanstalt angelangt. Ernst Thälmann bekam nicht eine Zeile zu Gesicht.

Die Partei hatte eine neue Methode empfohlen, um für Thälmanns Befreiung zu kämpfen. Briefe und Karten sollten nicht nur direkt an Ernst Thälmann, sondern auch an die Vertrauensräte großer Betriebe geschickt werden. So erhielten Großbetriebe der Schwerindustrie in Essen, Düsseldorf und Duisburg Karten mit dem Bildnis Thälmanns. Die Gestapo meldete solche Karten, die an verschiedene Firmen gerichtet waren, auch aus Plauen. Auf ihnen wurden Aufrechterhaltung des Friedens und

15 Vgl. ebenda, NL 3/48; 3/52.
16 Ebenda, NL 3/48.
17 Vgl. ebenda, I 6/3/456; I 6/3/270.

Freiheit für Thälmann, Mierendorff, Rossaint, Niemöller und die anderen 300 000 politischen Gefangenen in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei gefordert.[18]

1939 stand der Krieg drohend vor der Tür. In aller Welt konzentrierten sich Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Christen, bürgerliche Demokraten und Intellektuelle immer mehr auf den Kampf um die Erhaltung des Friedens. Doch alle Anstrengungen der Friedenskräfte vermochten nicht, den faschistischen Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Die Sowjetunion hatte immer wieder versucht, ein System der kollektiven Sicherheit gegen den faschistischen Aggressor zu schaffen, vor allem mit Großbritannien und Frankreich zu Vereinbarungen für die Sicherung des Friedens zu gelangen. Alle Mühen der Sowjetunion, alle Angebote wurden von den Westmächten torpediert. Die UdSSR lief Gefahr, allein einem faschistischen Angriff gegenüberzustehen. Um der drohenden Isolierung zu begegnen, schloß die Sowjetunion, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten ausnutzend, mit Deutschland im August 1939 einen Nichtangriffsvertrag, der ihr die Möglichkeit gab, ihren Völkern wenigstens für die nächsten Jahre noch den Frieden zu erhalten und damit Zeit für die weitere Stärkung ihrer Verteidigungskraft zu gewinnen. Das war von entscheidender Bedeutung für den schließlichen Ausgang des zweiten Weltkrieges.

Ernst Thälmann erfuhr davon nicht nur aus den faschistischen Meldungen. Er erhielt über Rosa auch Nachrichten über die Haltung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Er wußte, daß die Parteiführung dem Nichtangriffsvertrag als einem bedeutsamen Friedensschritt zugestimmt hatte, und kannte den Aufruf der Partei, alles zu unternehmen, um die Hitlerregierung zu zwingen, den Vertrag einzuhalten.[19]

Thälmann hatte jedoch auch Nachrichten darüber erhalten, daß es in manchen illegalen Parteiorganisationen Zweifel über die Richtigkeit der Haltung der Sowjetunion gegeben hatte. Er äußerte sich mehrfach prinzipiell zu diesem Vertrag. Über ein Jahr nach dem Vertragsabschluß, am 7. November 1940, schon mitten im Kriege, faßte er seine Meinung noch einmal in einem umfangreichen Dokument für die Parteiführung zusammen.

Ernst Thälmann schrieb: »Diese Hauptfrage, die hier aufgeworfen und zugleich beantwortet werden soll, lautet:

18 Vgl. ebenda, NL 3/48.
19 Vgl. ebenda, NL 3/28.

Warum und unter welchen eigenartigen Umständen hat die Sowjetregierung den Vertrag mit Deutschland im August vorigen Jahres abgeschlossen?«

Ernst Thälmann führte zuerst an: In den Jahren, als Hitler durch den Antikominternpakt faktisch eine Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion betrieben hatte, zeigte sich, daß die Kommunisten in fast allen Ländern noch nicht stark genug waren, dieser antisowjetischen Politik Deutschlands einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Der Ausbruch des Krieges wie auch die seitdem vergangene Zeit hatten leider offenbart, daß die Kraft der kommunistischen Parteien nicht ausreichte, die Massen gegen den Krieg zu mobilisieren. Heute sind fast alle kommunistischen Parteien in Europa verboten.

Diese Entwicklung hätte die sowjetische Partei- und Staatsführung in Rechnung gestellt und davon ausgehend ihre Politik ausgearbeitet, »mit dem alleinigen Grundsatz: zum Nutzen der Sowjetvölker und zum Besten der revolutionären Bewegung. Die außenpolitische Aufgabenstellung der Sowjetregierung im Frühjahr und Sommer 1939, die bei verschärfter Zuspitzung der internationalen Lage in den Grundlinien festgelegt werden mußte, stand in ihrer aktiven Durchführung vor verschiedenartigen Möglichkeiten:

Entweder mit England und Frankreich gegen Deutschland und evtl. auch gegen Italien, wobei der Abschluß eines gemeinsamen Militärbündnisses zur Verhandlung stand, oder aber, wenn England sich weigern sollte, diesen entscheidenden Weg einzuschlagen, um aufrichtigst mit der Sowjetunion im zu vereinbarenden Militärbündnis zu kämpfen, neue und andere Wege zu außenpolitischen Maßnahmen zu suchen, deren Politik die Gewähr gab, zum mindesten die nächstliegenden Zielaufgaben in ihrer aktiven Durchsetzung zu garantieren. Eine Außenpolitik also, die einmal jede Isolierung der Sowjetunion von der weiteren Entwicklung ausschloß, zum anderen die Möglichkeit bot, daß die Neutralitäts- und Friedenspolitik der Sowjetunion aufrechterhalten werden konnte, und die darüber hinaus die Durchführung aktueller Aktionen in der sowjetischen Außenpolitik nicht behinderte...

An der Überheblichkeit, Unentschlossenheit und Unehrlichkeit der englischen Regierung scheiterte das Zusammengehen der Sowjetunion mit England und Frankreich, und damit war für die Sowjetunion eine neue Lage gegeben... Bei dieser kurz vor Ausbruch des Krieges keineswegs günstigen außenpolitischen Lage, in der sich die Sowjetunion durch

Englands Haltung befand, wurde dann die Basis für den Abschluß des sowjetrussisch-deutschen Nichtangriffspaktes gefunden.«[20]

Der Versuch, eine einheitliche imperialistische Weltfront gegen die Sowjetunion zu organisieren, war durch den Abschluß des Vertrages gescheitert und der imperialistische Überfall auf die Sowjetunion zunächst verhindert. Das hatte der Sowjetregierung die Möglichkeit gegeben, ihre außenpolitischen Positionen zum Nutzen der Sowjetunion und damit zum Nutzen der revolutionären und friedliebenden Kräfte der ganzen Welt wesentlich zu verbessern.

Dieser Brief, der wegen der Kriegsereignisse erst nach großen Umwegen die Parteiführung erreichte, zeigte Ernst Thälmann erneut als hervorragenden marxistisch-leninistischen Politiker, als wahren proletarischen Internationalisten, der bei der Beurteilung jedes politischen Ereignisses vom Standpunkt der Interessen des internationalen Proletariats, des Nutzens für den Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, für Demokratie und Sozialismus ausging. In seiner Gefängniszelle entlarvte er, gestützt nur auf die faschistischen Nachrichten und die wenigen Meldungen, die er über seine Frau erhielt, das Ränkespiel der imperialistischen Westmächte und ordnete die sowjetische Politik in die weltweite Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus, zwischen Reaktion und Fortschritt ein.

11

»Die faschistischen Armeen werden in der Sowjetunion ihr Ende finden«

Mit der Aggression gegen Polen am 1. September 1939 hatte der faschistische deutsche Imperialismus den verbrecherischen Krieg um die Weltherrschaft entfesselt, der unsägliches Leid über viele Völker bringen sollte. Bis zum Sommer 1941 eroberte die deutsche Wehrmacht die Mehrzahl der europäischen Länder, soweit sie sich nicht ohnehin in

20 Vgl. ebenda, NL 3/16.

völliger Abhängigkeit von Hitlerdeutschland befanden. In den besetzten Gebieten wurde ein grausames Terrorregime errichtet. Die Ressourcen dieser Länder konnte das faschistische Deutschland für den Ausbau seiner Kriegsmaschinerie nutzen. Der Gefangene Ernst Thälmann saß allein in seiner Zelle und hörte die Triumphgesänge der Wachmannschaften. Aber er wußte, daß die Völker schließlich dem faschistischen Regime die Niederlage bereiten würden.

Im Gefängnis Hannover erhielt er auch die Nachricht vom heimtückischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Das war die schlimmste Botschaft während der ganzen Gefängniszeit. Tiefer Schmerz erfüllte den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, daß es dem faschistischen deutschen Imperialismus gelungen war, große Teile des deutschen Volkes zum Überfall auf das erste sozialistische Land, das Vaterland aller Werktätigen, zu mißbrauchen. Wieviel Kraft hatte die Partei seit ihrer Gründung aufgewandt, um die Arbeiterklasse und andere Werktätige an die Seite der Sowjetunion zu führen. Und nun konnten die Faschisten dieses Verbrechen begehen! Doch Thälmann war fest davon überzeugt: Die Kommunisten werden sich nicht beugen, und mit ihnen zusammen werden andere Deutsche an der Seite der Sowjetunion stehen, das wirkliche Deutschland verkörpern und einen neuen, demokratischen deutschen Staat errichten.

Auch nach der Entfesselung des Krieges setzte die KPD unbeirrbar ihr heldenmütiges Ringen gegen den faschistischen deutschen Imperialismus fort. Die Parteiorganisationen im Lande kämpften in der Illegalität für die Beendigung des Krieges durch den Sturz der Hitlerregierung. Es bildeten sich um die illegalen Parteiorganisationen größere antifaschistische Widerstandsorganisationen, in denen neben Kommunisten Sozialdemokraten und Parteilose, neben Arbeitern und Angestellten Intellektuelle und bürgerliche Hitlergegner in einer gemeinsamen Front wirkten. Zentren des Kampfes waren in Berlin, Hamburg, Sachsen, Thüringen, dem Rhein-Ruhr-Gebiet und in Südwestdeutschland. Auch in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern führten die deutschen Kommunisten ihre antifaschistische Arbeit weiter, gemeinsam mit den dort eingekerkerten Kommunisten aus den vom faschistischen deutschen Imperialismus okkupierten Ländern, gemeinsam mit politischen Häftlingen anderer Parteien und anderer Weltanschauung. Überall standen in der vordersten Reihe des Kampfes Mitstreiter Ernst Thälmanns aus den Jahren der Weimarer Republik und solche Kader, die unter seiner Führung in die

Parteiarbeit hineingewachsen waren, wie Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Gustav Bruhn, Arthur Emmerlich, Wilhelm Guddorf, Franz Jacob, Albert Kuntz, Georg Lechleiter, Theodor Neubauer, Magnus Poser, Anton Saefkow, Ernst Schneller, Georg Schumann, John Sieg und Robert Uhrig.

Während Irma Thälmanns erstem Besuch bei ihrem Vater nach dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion sagte der überwachende Beamte siegessicher: »Wir führen einen Blitzkrieg gegen die Russen. In wenigen Tagen sind wir in Moskau.« Ernst Thälmann aber entgegnete: »Stalin bricht Hitler das Genick!« Und weiter erklärte Thälmann: »Die faschistischen Armeen werden in der Sowjetunion ihr Ende finden ... Das ganze sowjetische Volk wird kämpfen, bis das Sowjetland frei ist ... Euer Blitzkrieg endet in der Sowjetunion mit eurer völligen Vernichtung. Ihr wäret nicht so überheblich, wenn ihr die sowjetischen Arbeiter kennen würdet, wenn ihr wüßtet, wie ein Volk lebt, das vom Kapitalismus ... befreit ist. Das Sowjetvolk, jeder Mensch in der Sowjetunion hat viel zu verlieren; denn das ganze Land gehört dem Volke ... Was hat dagegen das deutsche Volk? Zuchthäuser und Konzentrationslager. Ein paar Kriegsgewinnler beherrschen unser Volk.«[1]

Die Gewißheit, daß der erste Staat der Arbeiter und Bauern schließlich über den faschistischen deutschen Imperialismus siegen werde, verließ Ernst Thälmann nie. Sie half ihm, die weiteren schweren Haftjahre ungebrochen zu tragen, seinen Aufsehern gegenüber seine moralische Überlegenheit zu behaupten, ihrem Siegesrausch und ihrer Antisowjethetze überzeugend entgegenzutreten.

Auch in dieser Zeit bestand eine Verbindung der Führung der KPD zu Ernst Thälmann. Alfred Kowalke, der im Auftrage des Zentralkomitees in Deutschland weilte und hier an der operativen Leitung des antifaschistischen Kampfes mitwirkte, nahm mit Rosa Thälmann Kontakt auf und unterrichtete die Parteiführung über den eingekerkerten Vorsitzenden der KPD.

Die zunehmenden Fliegerangriffe anglo-amerikanischer Verbände auf Deutschland im Jahre 1943 ließen die Faschisten wieder an eine Verlegung Thälmanns denken. Es ging ihnen nicht um das Leben ihres Gefangenen, sondern um dessen sichere Verwahrung. Schon mehrfach waren bei Fliegerangriffen Gefängnisse bombardiert worden, und politische Ge-

1 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 107/108.

fangene hatten das zur Flucht genutzt. Auch das Gefängnis in Hannover war schon von Bomben getroffen worden. Nun befürchteten die Faschisten, Ernst Thälmann könnte ihnen bei einer ähnlichen Gelegenheit entkommen. Deshalb wollten sie ihn in eine »weniger gefährliche« Gegend bringen. Niemand sollte davon erfahren.

Am 11. August 1943 wurde Ernst Thälmann in einem Personenwagen der Gestapo aus Hannover abtransportiert. Fast auf den Tag genau sechs Jahre war er im Gefängnis Hannover eingesperrt gewesen. Am Abend dieses Tages wurde das Ziel erreicht, das Zuchthaus Bautzen.[2]

Die Zelle im dritten Stock, in die Ernst Thälmann hier eingewiesen wurde, war ungefähr zehn Quadratmeter groß. An der einen Wand stand ein Bett; gegenüber ein Tisch, davor ein Schemel. Außerdem gab es in der Zelle das übliche kleine Wandbrett für Eßgeschirr und andere Utensilien. Über dem Tisch stand ein Rundfunkgerät, ein sogenannter Volksempfänger, der nur von der Nebenzelle aus bedient werden konnte.

Das Zuchthaus in Bautzen war stark gesichert. Außerhalb waren Tag und Nacht Gendarmerieposten eingesetzt. Seit Ernst Thälmann in Bautzen war, wurde die Bewachung noch verstärkt.

Der ehemalige stellvertretende Direktor des Bautzener Gefängnisses sagte nach 1945 aus, daß Thälmann zwar durch die jahrelange Haft gezeichnet gewesen sei, aber noch immer gute Spannkraft besessen habe. Die täglichen Spaziergänge im Osthof habe Thälmann genutzt, um sich zu kräftigen. Regelmäßig habe er auch gymnastische Übungen gemacht. An Zeitungen habe er die »Deutsche Allgemeine«, die »Berliner Börsen-Zeitung«, den »Völkischen Beobachter« und die Sonntagsausgabe des »Hamburger Fremdenblattes« erhalten.[3]

Die Aussage eines Oberwachtmeisters, der 1943 zum Kommando in Bautzen kommandiert worden war, bestätigt, daß Ernst Thälmann auch nach elf Jahren Einzelhaft ungebrochen war. »Ich war erstaunt über die Sauberkeit und Ordnung, welche hier [in Ernst Thälmanns Zelle] herrschte. Später sah ich, daß Genosse Thälmann seine Zelle jeden Morgen eine Stunde selbst säuberte«, erklärte er. »Körperlich war die lange Haft nicht spurlos an ihm vorübergegangen, aber sonst war er rüstig, gesund und energiegeladen ... Er prophezeite das Kriegsende schon im Frühjahr 1944 für April/Mai 1945 mit treffender Begründung.«[4] Natürlich

2 Vgl. IML, ZPA, NL 3/18.
3 Vgl. ebenda, NL 3/76.
4 Ebenda.

belastete die Isolierhaft Ernst Thälmann sehr, aber er nutzte jede sich bietende Gelegenheit, seinen faschistischen Aufsehern darzulegen, wohin der Krieg Deutschland führen werde und daß danach die Arbeiter den Neuaufbau beginnen und durchführen werden.[5]

Sehr bald wußten die Häftlinge und dann auch Bürger der Stadt, daß Ernst Thälmann in das Zuchthaus eingeliefert worden war. Über Rosa und Irma erfuhr die Parteiführung von Thälmanns neuem Aufenthaltsort.[6]

Ein Kommunist, der illegal gearbeitet und Verbindung zur Ehefrau und Tochter Thälmanns aufgenommen hatte, war, nachdem er zur faschistischen Armee einberufen worden war, zur Sowjetarmee übergelaufen. Auch seine Aussagen gelangten in die Hände der KPD. Er berichtete, daß seit der Zeit, in der sich die Niederlage des faschistischen Deutschlands abzeichnete, sich die Gefängnisbeamten zu Thälmann korrekt verhielten. Alle Bekannten seien aber der Ansicht, daß Himmler vorhabe, Ernst Thälmann zu ermorden. Weiter sagte er aus: »Der moralische Zustand von Thälmann ist ausgezeichnet. Er widersetzt sich auch weiterhin energisch allen Versuchen der Gestapo, ihn zu zwingen, sich öffentlich von seinen kommunistischen Auffassungen loszusagen oder irgendeinen Schatten auf die KPD zu werfen.« Rosa habe ihm erzählt, »daß Thälmann keine Minute daran zweifelte, daß die Sowjetunion das faschistische Deutschland besiegen wird ... Thälmann äußerte außerdem die tiefe Überzeugung, daß die deutsche Arbeiterklasse sich wieder das Vertrauen der Proletarier der ganzen Welt zurückgewinnen wird.«[7]

Die Partei wußte, daß mit dem sich jetzt immer deutlicher abzeichnenden Zusammenbruch des faschistischen deutschen Imperialismus die unmittelbare Gefahr für Ernst Thälmann immer größer wurde. Erneut wurden Anstrengungen unternommen, um ihn zu befreien. Die illegale Parteiorganisation in Dresden erhielt diesen Auftrag. Den Befreiungsversuch sollte die illegale Gruppe der KPD in Schmiedeberg durchführen.

Auch diese Tatsache zeigte, daß trotz Gestapoterror und trotz schwerer Opfer die KPD den Kampf gegen das Naziregime fortsetzte. Die schweren Schläge, die die Sowjetarmee dem faschistischen Deutschland versetzte, bahnten einen Stimmungsumschwung unter der deutschen Bevölkerung an und schufen günstigere Bedingungen für den Kampf der KPD. Unter Führung der KPD breitete sich die Bewegung »Freies Deutschland«, in

5 Vgl. ebenda.
6 Vgl. ebenda, NL 3/18; NL 17436.
7 Ebenda, NL 3/34.

der Antifaschisten und Patrioten aus allen Volksschichten mitwirkten, im Lande selbst und unter den deutschen Antifaschisten in vielen Ländern Europas, in Lateinamerika und in den USA aus. Im Juli 1943 wurde auf Initiative der KPD in der Sowjetunion aus Kriegsgefangenen und in die Sowjetunion emigrierten Kommunisten und anderen Antifaschisten das Nationalkomitee »Freies Deutschland« gegründet, dessen Präsident der revolutionäre Dichter des deutschen Proletariats, der Kommunist Erich Weinert wurde.

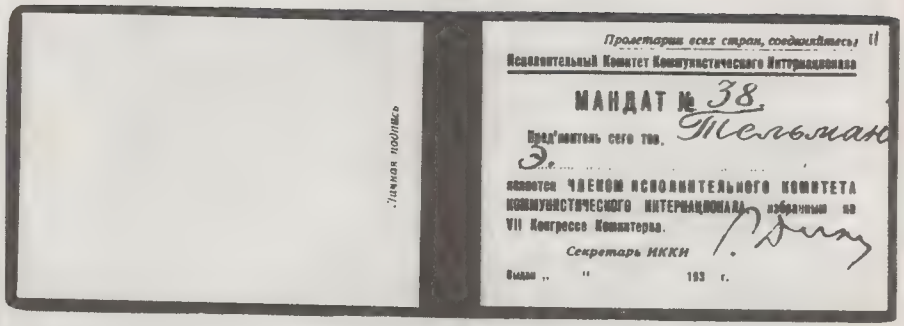
In Deutschland bestanden im Bezirks- beziehungsweise Gebietsmaßstab geleitete Parteiorganisationen unter anderem in Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, die zugleich Zentren größerer Widerstandsorganisationen waren. Die Zusammenarbeit dieser Organisationen konnte gefestigt werden. An der operativen Leitung der illegalen Parteiarbeit und des antifaschistischen Kampfes in Deutschland waren vor allem Franz Jacob, Theodor Neubauer, Anton Saefkow, Georg Schumann, Martin Schwantes und, nach seiner Flucht aus dem Zuchthaus, Bernhard Bästlein beteiligt.

Bereits im August 1943 hatten Bernhard und Erna Almstadt, Franz Jacob und Anton Saefkow darüber beraten, wie die Verbindung zu Ernst Thälmann im Gefängnis in Hannover hergestellt und seine Befreiung organisiert werden könnte. Durch die eingeleitete Verbindung hatte die Parteileitung auch von der Verlegung Thälmanns nach Bautzen erfahren. Jetzt leitete Anton Saefkow unmittelbar die Aktion für die Befreiung Ernst Thälmanns an. Auf einer Beratung im April 1944 in Dresden informierte er sich über den Aktionsplan. Er wurde bestätigt und die Unterstützung durch einige Genossen aus Berlin zugesagt. Doch bevor dieser Plan verwirklicht werden konnte, gerieten Mitglieder der Befreiungsgruppe in die Verhaftungswelle der Faschisten, die im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ausgelöst worden war. Der Befreiungsversuch konnte nicht mehr durchgeführt werden.

Ein Brief an einen Mithäftling vom Januar 1944 ist das letzte schriftliche Selbstzeugnis Ernst Thälmanns. Eine von Thälmann gefertigte Abschrift des Briefes konnte aus dem Zuchthaus geschmuggelt werden, auch das Original gelangte nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus in die Hände der Partei.[8] In diesem Schreiben rechnete Ernst Thälmann noch einmal mit dem faschistischen Regime ab und bekannte sich zum sieg-

8 Vgl. ebenda, NL 3/76; NL 3/18; NL 3/19.

Titelseite der »Arbeiter-Illustrierten Zeitung« vom 8. März 1935
mit dem Porträt Ernst Thälmanns von Bruno Fuck
(das ist Boris Angeluschew)



Пролетарии всех стран, соединяйтесь!

Исполнительный Комитет Коммунистического Интернационала

МАНДАТ № 38.

Предъявитель сего тов. Тельман

Э.

является ЧЛЕНОМ ИСПОЛНИТЕЛЬНОГО КОМИТЕТА КОММУНИСТИЧЕСКОГО ИНТЕРНАЦИОНАЛА, избранным на VII Конгрессе Коминтерна.

Секретарь ИККИ

Выдан „ " 193 г.

личная подпись

Der VII. Weltkongreß
der Kommunistischen Internationale 1935 wählt Ernst Thälmann
wieder zum Mitglied des Exekutivkomitees

St/Sa -52- Schneide

Wir geloben Dir, alle Kraft darein zu setzen im Sinne des VII. Weltkongresses, dessen Ehrenpräsident Du als Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen bist, zu arbeiten und zu kämpfen. Die vierte Parteikonferenz grüsst Dich in bolschewistischer Verbundenheit, von dem Willen beseelt, mit den Waffen, die der VII. Weltkongress geschmiedet hat, zu kämpfen, die Massen in der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront zu sammeln gegen die faschistischen Volksfeinde und Dich und alle antifaschistischen Gefangenen den faschistischen Henkern zu entreissen.

Dich befreien, das heisst kämpfen unter den revolutionären Losungen des VII. Weltkongresses und der Kommunistischen Internationale.

In diesem Sinne senden wir Dir als dem Führer unserer Partei heisse revolutionäre Grüsse.

Vierte Parteikonferenz der KPD

(Die Delegierten erheben sich - minutenlanger Beifall)

(Ein Delegierter ruft: Unserem Genossen Ernst Thälmann ein dreifaches Rot-Front)

Schlußteil der Grußadresse
der Brüsseler Parteikonferenz der KPD
an Ernst Thälmann, Oktober 1935

Irma (rechts) und Rosa Thälmann (links).
Sie trugen wesentlich dazu bei, nach der Einkerkerung Ernst Thälmanns
dessen Verbindung zur Führung der KPD aufrechtzuerhalten

Die Fahne des Thälmann-Bataillons der XI. Brigade
der Spanischen Volksarmee

Vertraulich! 4 Ex/bi

Beschlussprotokoll

Sitzung der hier anwesenden Mitglieder des ZK der KPD
am 25. Februar 1941.

Anwesend: Pieck, Florin, Ulbricht, Dengel, Schmerau, Irene, Koplenig

1./ Zur Hitlerrede vom 24. Februar. — Beschluss: Auf das Hauptargument Hitlers, "so wie er in Deutschland gesiegt habe, werde auch in diesem Kriege siegen," soll Genosse Florin in seinem Artikel gegen die Losung "Einheit Europas" mit antworten.
Zu den Fragen der deutschen Frauen soll Genossin Irene einen Artikel für "Die Welt" schreiben.

2./ Antwort auf "8 Fragen an Englands Arbeiter" ("Angriff" vom 15.2.)

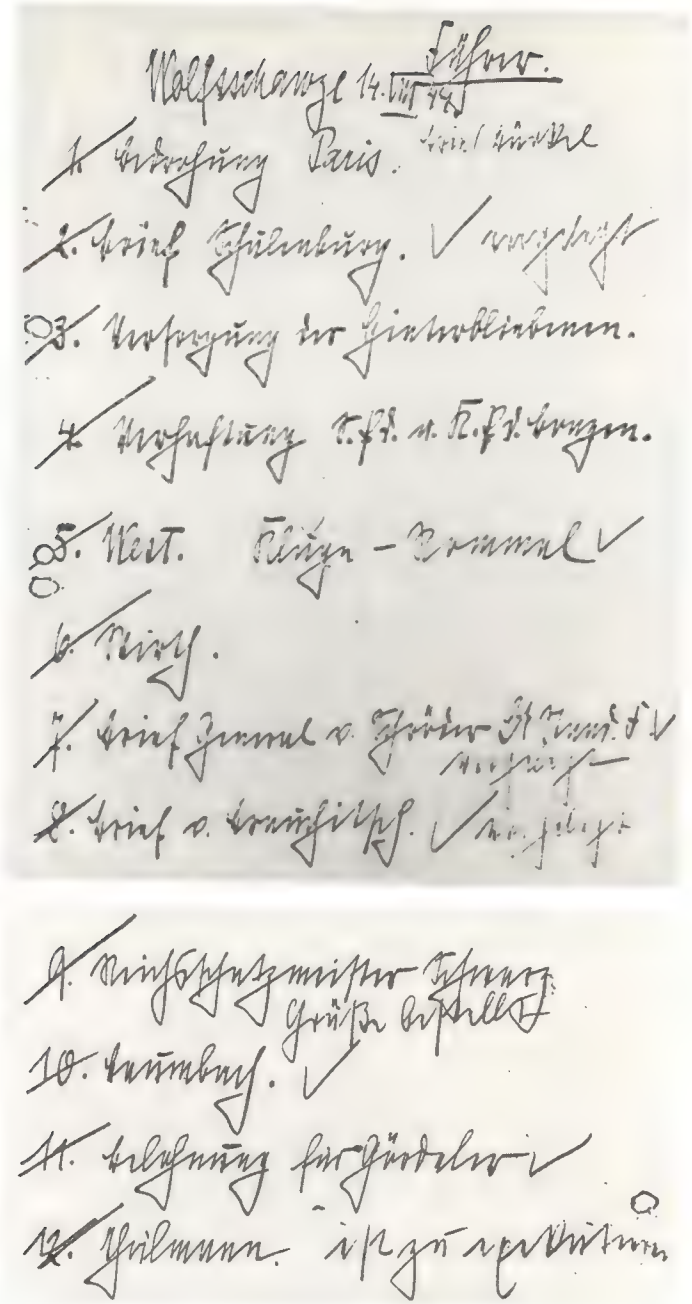
1 2 — Beschluss: Vorschlag, an englische Partei, dass eine englische Gewerkschaftsorganisation auf die Fragen antwortet.
Vorschlag an unsere Verbindungsstelle, zu veranlassen, dass diese 8 Fragen zum Ausgangspunkt einer Kampagne in der DAF gemacht werden. DAF-Mitglieder sollen 8 Fragen an Ley richten, Briefe an die DAF-Presse schicken und Arbeiterbriefe zu jeder einzelnen der 8 Fragen verbreiten. Die illegal organisierte Propaganda soll so geführt werden, dass eine legale Fragestellung und Aussprache zwischen den Arbeitern erreicht wird.

3./ Zu Ernst Thälmanns 55. Geburtstag am 16. April. — Beschluss: Hauptinhalt der Veröffentlichungen soll sein: Frage warum wird Ernst Thälmann noch immer in Gefängnis festgehalten? Hervorheben Kampf Ernst Thälmanns für die Interessen des arbeitenden Volkes, Vertrauen der Arbeiter zu Ernst Thälmann, seinem Kampf gegen den Imperialismus, gegen Versailles, für die Freundschaft mit der Sowjetunion. Das werktätige Volk in Deutschland fühlt sich solidarisch mit Ernst Thälmann.
3 — Anweisung an unsere Verbindungsstelle: Im Lande aber Verbindungen ausnützen um überall die Frage zu stellen, warum wird Ernst Thälmann nicht freigelassen. Begrüssungen an Ernst Thälmann zum Geburtstag senden. Arbeiterbriefe

//evtl. in einem Grossbetrieb den Versuch zu einer legalen Meinungsäusserung unternehmen.

an Regierung und DAF-Presse senden. Illegale Gruppen sollen im Namen der Arbeiter bestimmter grosser Betriebe die Freilassung Ernst Thälmanns fordern. //
4 — Vorschlag, dass die kommunistischen Parteien in einigen Ländern Begrüssungsschreiben an Ernst Thälmann sowie die Sendung einiger Pakete organisieren sollen, Stellungnahme in Arbeiterversammlungen, die Rote Hilfe soll in einigen Grossstädten am 16. April Versammlungen organisieren. Auf dem Friedenskongress in USA soll in Reden ebenfalls die Frage gestellt werden, warum sitzt Ernst Thälmann noch im Gefängnis. Es sollen Briefe und Delegationen zu den deutschen Konsulaten im Ausland geschickt werden.
5 — In der Presse die Veröffentlichungen beginnen mit der Polemik gegen die Verleumdungen in der New Yorker "Volkszeitung" vom 11.1.41, wo gesagt wird, Thälmann müsse nicht mehr im Gefängnis. XX "Ny Dag", "Daily Worker" New York sollen darauf antworten. Mitte März Veröffentlichung eines Artikels in der "Welt". Ausserdem Artikel in der hiesigen EKKI-Zeitschrift.

4./ Friedenskongress in USA. — Beschluss: Genossin Dimitroff und Genossen Manuilski folgende Vorschläge zu unterbreiten:
a) Auf dem Kongress soll ein Deutsch-Amerikaner den Vorschlag zu einer Begrüssung an das deutsche Volk einbringen.



Notiz des Reichsführers SS Himmler
über die mit Hitler am 14. August 1944
vereinbarte Ermordung Ernst Thälmanns

Ernst Thälmann im Gerichtsgefängnis Hannover.
Das letzte Foto von Ernst Thälmann

Das Krematorium des Konzentrationslagers Buchenwald, in dem Ernst Thälmann von den Faschisten ermordet wurde, ist heute Gedenkstätte

reichen Sozialismus in der Sowjetunion, bekundete seine tiefe Zuversicht, daß auch das deutsche Volk diese neue Gesellschaftsordnung erkämpfen wird.

Ernst Thälmann schilderte ausführlich seine Kerkerjahre, erwähnte die vielen, lange Jahre währenden Schikanen der Justizbehörden und der Gestapo. »An die Grenze des Ertragbaren hat uns manchmal das Kerkerschicksal getrieben, angefüllt von Enttäuschungen verschiedenster Art, aber im Gewitter der entfesselten Elemente blieben wir hart, entschlossen und unbezwingbar.«

Ernst Thälmann hatte sich nicht brechen lassen. Voller Stolz bekannte er: »Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit zum Besten der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen! ... Das Martyrium, das ich auf mich nahm und das sich für große sozialistische Ideale im zwanzigsten Jahrhundert vollzieht, steht nicht vereinzelt und isoliert, abgeschlossen vom deutschen Volke da, es wird geteilt von vielen, vielen namenlosen Kerkergenossen... und findet Widerhall im Leben einer gewaltigen Millionenbewegung, die in der sozialistischen Sowjetunion das ganze Volk erfaßt und begeistert und in vielen Teilen der Welt ihre ideologische und organisatorische Ausbreitung gefunden hat... Die Geschichte unseres Lebens ist hart, deshalb fordert sie ganze Menschen... Denn Soldat der Revolution sein heißt: Unverbrüchliche Treue zur Sache halten, eine Treue, die sich im Leben und Sterben bewährt, heißt unbedingte Verläßlichkeit, Zuversicht, Kampfesmut und Tatkraft in allen Situationen zeigen. Die Flamme, die uns umgibt, die unsere Herzen durchglüht, die unseren Geist erhellt, wird uns wie ein Leuchtfeuer auf den Kampfgefilden unseres Lebens begleiten.«

Diesen unbeugsamen Kämpfer fürchteten die Faschisten. Ernst Thälmann wußte, daß das Naziregime bei drohendem Untergang auch nicht vor dem Letzten zurückschrecken würde. Er schrieb: »Niemand kann voraussagen, was morgen oder übermorgen mit mir geschieht oder geschehen kann! Wir können nicht wissen, ob mir nicht erneut – wie schon so oft – neue Schwernisse und Leiden aufgebürdet werden sollen. Wird man mich so ohne weiteres aus der Kerkerverbannung wieder in die große Welt zurückkehren lassen? Nein! Freiwillig ganz bestimmt nicht. Es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, so grausam und so hart es ist, das

hier auszusprechen, daß bei einem für Deutschland gefahrvollen Vordringen der Sowjetarmee und im Zusammenhang mit der damit verbundenen Verschlechterung der deutschen Gesamtkriegslage das nationalsozialistische Regime alles tun wird, um die Persönlichkeit Thälmann schachmatt zu setzen. Das Hitlerregime wird in einer solchen Situation nicht davor zurückschrecken, Thälmann vorzeitig beiseite zu schaffen oder aber für immer zu erledigen.«

Doch im Wissen um die Gesetzmäßigkeit geschichtlicher Entwicklung, in unbeirrtem Vertrauen in die Kraft des internationalen Sozialismus schloß Ernst Thälmann seinen Brief zukunftsgewiß: »Treu und fest, stark im Charakter und siegesbewußt im Handeln, so und *nur* so werden wir unser Schicksal meistern und unsere revolutionären Pflichten für die große, historische Mission, die uns auferlegt ist, erfüllen und dem wirklichen Sozialismus zum endgültigen Sieg verhelfen können.«[9]

Kurz nachdem Thälmann diesen Brief geschrieben hatte, besuchte ihn seine Frau in Bautzen. Das war im Februar 1944. Ernst Thälmann war bei diesem Besuch zuversichtlich. Die Nachrichten von der Front, der rasche Vormarsch der sowjetischen Truppen stimmten ihn froh. »Nun ist der Faschismus bald geschlagen!«[10] flüsterte er seiner Frau zu. Es sollte das letzte Mal sein, daß er sie sah.

Illegal lebende Genossen hatten sich um Rosa Thälmann und Tochter Irma gekümmert. Beide wohnten jetzt in Süddeutschland, in Singen (Hohentwiel), wohin Irma inzwischen geheiratet hatte. Lebensmittel wurden ihnen zugesteckt, um ihre schwierige Lage wenigstens etwas zu erleichtern und um ihnen zu ermöglichen, auch Ernst Thälmann hin und wieder ein Lebensmittelpaket zukommen zu lassen. Von 1942 bis April 1944 unterstützte auch eine illegale antifaschistische Organisation, die »Speyer Kameradschaft«, Frau und Tochter Ernst Thälmanns.[11]

Die unausweichliche Niederlage vor Augen, gingen die Gestaposchergen noch brutaler vor. Schon über ein Jahrzehnt war Thälmann inhaftiert. Frau und Tochter sollten nun dieses Schicksal teilen. Irma Thälmann erinnerte sich: »Vor dem 16. April 1944 hatten Mutter und ich Vorbereitungen für Vaters Geburtstag getroffen. Wir hatten Kuchen gebacken und dazu die Lebensmittel verwendet, die wir von Freunden und Genossen für Vater bekommen hatten.

9 Ebenda, NL 3/18.
10 Gespräch mit Rosa Thälmann. In: Tägliche Rundschau, 16. April 1946.
11 Vgl. IML, ZPA, NL 17/36.

Am 16. April, dem Geburtstag meines Vaters, fuhr Mutter mit dem ersten Zug nach Bautzen. Kaum hatte sie die Wohnung verlassen, war großer Krach vor der Tür ... Im gleichen Moment wurde mit Kolben an die Tür geschlagen. Es ertönte der Ruf: Aufmachen, Geheime Staatspolizei! Zwanzig Mann stürmten in unsere Wohnung, das Haus war umstellt.«

Die Gestapoleute durchsuchten die ganze Wohnung und verhafteten die Tochter Ernst Thälmanns.

»Bei der Polizei erklärte mir ein Gestapomann«, berichtete Irma weiter, »›Ihnen wird noch das Lachen vergehen. Sie werden sich noch gewaltig verändern. So gut, wie Sie jetzt aussehen, werden Sie nie mehr aussehen!‹

Nach drei Tagen haben mich die Gestapoverbrecher nach Hamburg gebracht. Dort war ich vom ersten Tage an in Einzelhaft ... Die Wärterinnen kannten mich nicht. Ich hatte den Namen Martha Suhren von der Gestapo bekommen. Niemand sollte wissen, wer ich war.

Im Juli wurde ich nach Berlin transportiert und landete in Berlin-Charlottenburg.

Mutter war indessen in Bautzen nicht zu Vater gelassen worden. Sie fuhr zur Leitung der Gestapo nach Berlin. Dort gab man ihr keine Auskunft. Nun fuhr Mutter nach Weißwasser zu Verwandten und von dort nach Hause. Dort erfuhr sie von meiner Verhaftung und brachte noch Vaters Briefe in ein sicheres Versteck. Nach einigen Tagen hatte man sie auch verhaftet und nach Berlin ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz transportiert.«[12] Nach harten und schweren Monaten in faschistischen Haftanstalten und Konzentrationslagern wurden Frau und Tochter Thälmanns von Soldaten der Sowjetarmee im Frühjahr 1945 befreit.

12 Irma Thälmann: Erinnerungen an meinen Vater, S. 122–124.

12

Ernst Thälmann ist unter uns

Am 14. August 1944 hatte Heinrich Himmler, Reichsführer der SS, oberster Polizeichef, Innenminister und Oberbefehlshaber des Ersatzheeres der Wehrmacht, im Hauptquartier Hitlers, der sogenannten Wolfsschanze in Ostpreußen, eine längere Aussprache mit Adolf Hitler. Neben anderen Fragen, die besprochen wurden, ging es auch um das weitere Schicksal Thälmanns. Ernst Thälmann sollte das Hitlerregime nicht überleben. Der Notizzettel Himmlers zeigte neben dem Namen Thälmann in einem Vermerk den Befehl Hitlers: »ist zu exekutieren«[1].

Heimlich wurde Ernst Thälmann aus dem Zuchthaus Bautzen[2] in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar überführt. In der Nacht zum 18. August 1944 wurde er hier ermordet. Niemand sollte davon erfahren.

Ernst Thälmann lebte nicht mehr. Heimtückisch hatten ihn die Faschisten umgebracht. Fast elfeinhalb Jahre war Ernst Thälmann inhaftiert, und alle diese Jahre war der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands seiner Klasse, seinem Volk eng verbunden; alle diese Jahre blieb er das, was er immer gewesen war, ein unbeugsamer Streiter für den Sozialismus, proletarischer Internationalist und treuer Freund der Sowjetunion.

Das Hitlerregime verschwieg die Ermordung Thälmanns. Es verbreitete die Nachricht, Ernst Thälmann wäre am 28. August 1944 bei einem Luftangriff alliierter Streitkräfte auf die Umgebung von Weimar ums Leben gekommen.[3] Doch die Wahrheit wurde bekannt und drang in die ganze Welt.

In vielen Ländern protestierten Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Christen, bürgerliche Intellektuelle und andere

1 Notizzettel Heinrich Himmlers. In: Gertrud Meyer: Nacht über Hamburg, S. 341.

2 Vgl. IML, ZPA, NL 3/72. – Einige Aussagen, die nach 1945 von anderen Häftlingen, Bewohnern Bautzens und von Angehörigen des Gefängnispersonals gemacht wurden, lassen den Schluß zu, daß Ernst Thälmann bald nach dem 20. Juli 1944 mit unbekanntem Ziel aus Bautzen abtransportiert wurde, wahrscheinlich Ende Juli oder Anfang August. (IML, ZPA, NL 3/76.)

3 Vgl. Völkischer Beobachter, norddeutsche Ausgabe (Berlin), 16. September 1944.

freiheitsliebende Menschen gegen den Mord an Ernst Thälmann. In Moskau, New York und Mexiko, in London und Stockholm, überall versammelten sich Kommunisten, Antifaschisten und bürgerliche Demokraten zu Gedenkfeiern, die mit dem Schwur ausklangen, nicht eher zu ruhen, als bis das faschistische Regime vernichtet ist.[4]

Eine ergreifende illegale Trauerfeier fand im Konzentrationslager Buchenwald statt. 80 bis 90 ausgewählte zuverlässige Genossen aus fast allen von den Nazis okkupierten europäischen Ländern[5] versammelten sich in den Kellerräumen der Desinfektionsabteilung, die einige Sicherheit boten, da die SS-Leute sich scheuten, diese Räume zu betreten. Die Wände des Raumes waren mit rotem und schwarzem Stoff geschmückt, eine Lampe beleuchtete ein Porträt Ernst Thälmanns, das ein sowjetischer Häftling, der Maler Roman Jefimenko, mit Kohle auf ein Stück Karton gemalt hatte.[6] Vor dem Bild hielten sowjetische Kriegsgefangene die Ehrenwache. Der deutsche Kommunist Bruno Apitz spielte auf der Geige »Unsterbliche Opfer«.[7] Karl Schnog rezitierte.[8]

Robert Siewert gedachte in einer Ansprache des heldenhaften Kampfes und sprach von den Aufgaben, die im Geiste des Toten zu lösen waren.[9] »Wir wollen in Thälmanns Namen geloben«, sagte Robert Siewert, »unseren Kampf ohne Furcht und Zagen fortzusetzen, wie er es uns aufgetragen hat.«[10]

Zum Abschluß der Trauerfeier sangen die politischen Gefangenen in vielen Sprachen leise die Warschawjanka.[11]

Am 17. September 1944 erschien in der »Prawda« ein Artikel deutscher Kommunisten zum Gedenken an Ernst Thälmann, der sein Leben und seinen Kampf würdigte. Abschließend hieß es hier: »Thälmann glaubte an den Sieg der Sowjetunion, glaubte daran, daß Hitler vernichtet wird.

4 Vgl. IML, ZPA, NL 3/59.

5 Vgl. Walter Bartel: Unser Ernst Thälmann. In: Einheit, 1974, H. 8, S. 943.

6 Vgl. Robert Siewert: Die Thälmann-Feier in Buchenwald. In: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung, Dokumente und Berichte, Berlin (1961), S. 385. – A. Jegorow: Die Geschichte eines Thälmann-Porträts. In: Das Volk (Erfurt), 11. Mai 1962.

7 Vgl. Helmut Hauptmann: Einer von den sechsundvierzig sitzt neben mir. Bruno Apitz zum 75. In: Neues Deutschland, 28. April 1975.

8 Vgl. Robert Siewert: Die Thälmann-Feier in Buchenwald. In: Buchenwald, S. 385.

9 Vgl. Ebenda. – Walter Bartel: Ernst Thälmann fühlte immer den Puls der Arbeiterklasse. In: Deutschlands unsterblicher Sohn, S. 461.

10 W. Kusnezow: Eine Nacht in Buchenwald. In: Thälmann ist niemals gefallen. Geschichten und Berichte, Berlin, o. J., S. 118.

11 Vgl. Robert Siewert: Die Thälmann-Feier in Buchenwald. In: Buchenwald, S. 386.

Den faschistischen Gangstern werden wir die Ermordung des Führers der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht vergessen! Uns alle, die deutschen Antifaschisten, ruft der Tod Ernst Thälmanns nochmals nachdrücklichst zum Kampf, zum schonungslosen Kampf für die schnellste Vernichtung des Feindes der ganzen Menschheit und des deutschen Volkes – des Hitlerfaschismus.

Ackermann, Arendsee, Becher, Weinert, Gärtner, Hoernle, Dengel, Koenen, Lindau, Mahle, Niederkirchner, Pieck, Sobottka, Ulbricht, Schwab.«[12]

Die Faschisten hatten Ernst Thälmann ermordet – aber die Sache, der er sein Leben geweiht hatte, siegte. Was er vorausgesehen hatte, geschah. An der Kraft der Sowjetunion zerbrach der faschistische deutsche Imperialismus. Wenige Monate nach Ernst Thälmanns Ermordung war das Hitlerregime zerschlagen. Eine neue Etappe des Vormarsches der revolutionären Weltbewegung hatte begonnen.

Der Sieg der Sowjetunion öffnete auch dem deutschen Volk den Weg zu grundlegenden revolutionären Umgestaltungen. Nun konnte auch auf deutschem Boden das Wirklichkeit werden, dem Ernst Thälmann sein ganzes bewußtes Leben gewidmet hatte. Die revolutionäre Umwälzung im Osten Deutschlands nach 1945 war nicht nur der Triumph der Ideen Ernst Thälmanns, sie wurde auch von jener Partei getragen, die er entscheidend geformt hatte, und es waren vor allem seine Kampfgefährten, die von ihm erzogenen Kader, die beim revolutionären Neuaufbau vorangingen. Als sich KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammenschlossen, die sich zu einer starken und erfolgreichen marxistisch-leninistischen Kampfpartei entwickelte, wurde das wichtigste Vermächtnis Ernst Thälmanns erfüllt. Unter der Führung der SED errang die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik, wie er es vorausgesagt hatte, die Achtung des internationalen Proletariats.

Die Ideen des proletarischen Internationalismus und sozialistischen Patriotismus, der unverbrüchlichen Verbundenheit mit der Sowjetunion und ihrer führenden Kraft, der KPdSU, deren glühendster Vorkämpfer Ernst Thälmann war, sind nicht nur Leitprinzip der Staatspolitik, sondern Herzenssache der Bürger des sozialistischen deutschen Staates der Arbeiter und Bauern.

12 Памяти Эрнста Тельмана. In: Правда, 17. September 1944.

Mit vollem Recht konnte Erich Honecker im Juli 1973 erklären: »Ernst Thälmann ist jetzt unter uns, weil wir uns geschworen haben, in seinem Sinne unsere Republik zu festigen und zu stärken und das Banner der sozialistischen Revolution immer weiter vorwärtszutragen.«[13]

Der Geist Ernst Thälmanns ist in der Arbeiterklasse, ist bei den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik lebendig. In seinem Sinne handelt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Wenn die Organisation der Zehn- bis Vierzehnjährigen in der Deutschen Demokratischen Republik den Namen von Ernst Thälmann trägt, wenn Ehrenbanner mit seinem Bildnis verliehen werden, wenn Betriebe, Brigaden, Schulen sich nach ihm benennen, so zeugt das davon, daß in der Deutschen Demokratischen Republik Leben und Wirken ihres großen Vorkämpfers geehrt wird. Es zeigt, wie vor allem die Jugend danach strebt, seinem Vorbild nachzueifern, sich seine großen Kampf- und Lebenserfahrungen zu eigen zu machen. Die für Ernst Thälmann charakteristischen Züge, das, was ihn zum Vorbild eines jeden revolutionären Kämpfers macht, sei es im Kampf gegen Imperialismus und Krieg oder sei es beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, faßte Georgi Dimitroff 1934 treffend in folgenden Worten zusammen:

»Die revolutionäre Entwicklung und das kämpferische Leben des Genossen Thälmann zeigen uns auch, daß der wahre Revolutionär, der wahre proletarische Führer sich den Marxismus-Leninismus zutiefst aneignen muß, und zwar im Feuer des Klassenkampfes. Es genügt nicht, revolutionäres Temperament zu haben; du mußt auch die Waffe der revolutionären Theorie beherrschen. Aber es genügt nicht, rein theoretische Kenntnisse zu haben: Du mußt in ununterbrochenem Kampf mit dem Klassenfeind, indem du die ständigen Schwierigkeiten und Gefahren überwindest, in dir revolutionäre Abhärtung und Ausdauer, bolschewistischen Willen, Festigkeit und Hartnäckigkeit zu erziehen verstehen. Es genügt nicht, zu wissen, was man für den Sieg des Kommunismus tun muß: Du mußt auch den Mut haben, zu tun, was notwendig ist, mußt stets bereit sein, um den Preis jeglicher Opfer das zu tun, was den Interessen der Arbeiterklasse dient. Du mußt verstehen, dein Leben ganz den Interessen des Proletariats unterzuordnen.

Der wahre proletarische Revolutionär ist eine lebendige Verkörperung

13 Erich Honecker: Wir tragen das Banner der Revolution voran. Ansprache auf einem Beisammensein mit den FDJ-Sekretären der ausgezeichneten Grundorganisationen, 23. Juli 1973. In: Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1975, S. 324.

der revolutionären Theorie, die sich in untrennbarem Zusammenhang mit der revolutionären Praxis des kämpfenden Proletariats formiert.

Das Musterbeispiel eines solchen proletarischen Revolutionärs ist gerade der Führer der deutschen Arbeiter, Ernst Thälmann. Er ist Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiterklasse und des gesamten internationalen Proletariats.«[14]

14 Georgi Dimitroff: Retten wir Genossen Thälmann! In: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 486.

Verzeichnis der geographischen Namen

Aachen 441 575
Ahrensburg 687
Alster 230
Altdorf (Schweiz) 342
Altenessen siehe Essen-Altenessen
Altona 21 37 47 59 77 88 110 225 231 234 344 353 481 575 584 587 594 620 621 630
– -Bahrenfeld 59 71
Amerika siehe auch Lateinamerika, Vereinigte Staaten von Amerika 126 210 598
Ammendorf 490
Amsterdam 77 598 599 670 694
Anhalt 380 557 562
Annaberg (Erzgebirge) 457
Antwerpen 46
Asien 327 598
Augsburg 630
Aussig 214

Baden 476 578
Baden-Pfalz 614
Bad Harzburg 535
Bad Nauheim 630
Bahrenfeld siehe Altona-Bahrenfeld
Balkan 50 757
Barcelona 744
Bargfeld (Holstein) 30
Bargteheide (Holstein) 687
Barmbeck siehe Hamburg-Barmbeck
Barmen siehe auch Wuppertal-Barmen 224 376
Basel 678
Bastei 588
Bauen (Schweiz) 343
Bautzen 770 772 774–776
Bayern siehe auch Nord-, Südbayern 63 68 175 221 446 463 557 562 630
Bayreuth 54 55
Belgien 44 155 156 211 441 602
Bergedorf 92 492 612
Berlin 32 33 46 50 58 60–62 64 72 80–83 85 86 94 101 103 105 114 120 122 130 140 146 148 166 169 170 176 179 189 195 208 212 213 220 223 225 227 228 230 235–237 245–247 259 262 263 266 274–276 279 282 284 285 301 312 313 331 335 338–340 344 349 361 369 373 376–379 399 409 413 417 418 420 421 423 427 428 436 437 441 442 451 453–455 463–465 476 481 486 488 489 494 498 504 508 510 524 536 546 551 554 558 559 561 563 564 568 569 572 573 577 578 580 583 589–592 594 595 612 617 619–621 623 629–631 634 635 637–639 647–649 653 656

659–663 667 671 672 677 678 680 681 687 693 696 697 718 733 738 742 748 753 764 768 772 775
– -Adlershof 573
– -Charlottenburg 331 659 662 775
– -Friedrichsfelde 69 286 419 637 656
– -Lichtenberg 236 659
– -Lichterfelde 331
– -Moabit 165 454 455 574 671 672 675–677 683 684 690 723 738 739 742 745 747 752–754 764
– -Neukölln 275 286 418 454 594
– -Niederschöneweide 454
– -Pankow 573
– -Reinickendorf 507
– -Schöneberg 654 671
– -Schöneweide 454
– -Spandau 507 662
– -Tempelhof 285
– -Treptow 649
– -Wedding 332 339 418 427
– -Wilmersdorf 508
Berlin–Brandenburg, Berlin–Brandenburg–Lausitz, Berlin–Brandenburg–Lausitz–Grenzmark 115 122 154 160 239 258 259 284 300 313 315 321 340 341 377 416 464 489 501 568 611 628 653
Bern 77
Bielefeld 237 489 493
Billstedt 493
Binger Loch 470
Bitterfeld 464 510 536
Blankenese siehe Hamburg-Blankenese
Bochum 227 507
Boizenburg 594
Bombay 438
Bonn 575
Borsteler Moor 230
Bor Tschokrak (Krim) 671
Bramfeld 185
Brandenburg (Havel) 237 512
Braunschweig 504 583
–, Land 420
Bremen 62 63 105 184 194 227 323 493 510 518 733
Breslau 32 224 261 262 476 481 558 573 587
Brest-Litowsk 70
Bristol 695
Brunete 745
Brüssel 334 670 731
Buchenwald (Konzentrationslager) 776 777
Buer-Schoelven 227
Bulgarien 186 193 203

Celle 508
Châlons-sur-Marne 619
Champagne 48 52
Charlottenburg siehe Berlin-Charlottenburg
Chemnitz 36 180 181 184 224 442 463 490 558 595 656
China 301 313 333–338 341 347 441
Cröllwitz 330
ČSR siehe Tschechoslowakei
Cuxhaven 92 110

Dachau (Konzentrationslager) 743
Dänemark 340 441 677
Danzig 509 550
Darmstadt 574
Delitzsch 510
Den Haag 440
Dnepropetrowsk 691
Dortmund 165 224 227 245 375 551 553 581 594 616 632
Dresden 86 176 228 427 442 455 583 584 588 589 771 772
Duisburg 470 764
– -Ruhrort 115
Düsseldorf 52 115 224 326 329 381 413 476 490 554 559 577 581 582 617 656 672 764

Ebro 745
Ehrenbreitstein 25
Eifel 512 516
Eilbeck siehe Hamburg-Eilbeck
Eisenach 490
Eisleben 471
Elbe 230 687
Elberfeld 224
Elbing 329
Elsaß 48
Elsaß-Lothringen 633
Emden 475
England siehe auch Großbritannien 17 43 99 225 270 280 289–292 301 309 336 390 758 759 766 767
Eppendorf siehe Hamburg-Eppendorf
Erfurt 237 468 469 481 490 573
Erzgebirge–Vogtland 196 198 313 399 416
Essen 155 165 166 169 224 227 228 291 313 325 326 398 408 441 464 481 482 509 550 553 587 594 616 633 635 764
– -Altenessen 465
Europa siehe auch Mittel-, Westeuropa 24 42 76 154 155 157 194 209 270 327 333 403 480 598 633 669 725 735 759 760 767 772

Ferner Osten 586 601
Fichtenau 437
Finowfurt 508
Flaken-See 437
Flensburg 110 400
Flüelen (Schweiz) 343
Forst (Lausitz) 508
Franken 595
Frankfurt (Main) 164 165 198 201 218 224 345 346 349 481 554 733
– -Höchst 476
– -Westhausen 573
Frankfurt (Oder) 376
Frankreich 17 18 42 43 99 155 156 158 174 211 225 270 340 441 585 602 606 615–620 631–633 636 637 678 688 692 695 723 724 734 742 743 757–759 764–766
Freital 228
Friedrichsfelde siehe Berlin-Friedrichsfelde
Fuhlsbüttel siehe Hamburg-Fuhlsbüttel
Fulda 517
Fürstenwalde (Spree) 504

Gatow 661 662
Geesthacht 504
Gelsenkirchen 166 227 228
Genf 584 696
Gladbach-Rheydt siehe auch München-Gladbach 491
Gleiwitz 228 536
Görlitz 587
Gotha 469
Griechenland 695
Groß-Berlin siehe Berlin
Großbritannien siehe auch England 42 130 155 211 327 333 631 696 757 765
Groß-Hamburg siehe Hamburg
Groß Köris (Kreis Teltow) 701
Großthüringen siehe Thüringen
Guadalajara 745

Hagen (Westfalen) 227 269
– -Haspe 581
Halle (Saale) 52 103 223 224 237 283 330 364 481 484 490 510 550 558 559
Halle-Merseburg 116 180 224 284 286 322 330 340 347 373 416 470 501 614
Hamburg 5 13–18 20–24 26–39 41–48 51–54 56–68 70–74 76–92 94–99 101 103 104 106 109–113 115–120

128–134 136–146 148 150 153 155 157 159 161–171 177–182 184 186–188 192 194–196 202 207 208 212 213 220 225–227 230 231 235 237 283 287 291 293 295 296 298 299 336 351–364 374 377 380 395 397 398 400–404 408 421 442 443 455 456 464 476 484 486 492–494 505 507 508 510 520 533 551 554 556–559 561 562 574 575 578 594 620 647 655 665 667 668 673 680 687 704 733 746 768
– -Barmbeck 84 182 184 260 493
– -Blankenese 687
– -Eilbeck 15 19 33 39 40
– -Eppendorf 57 361 492
– -Fuhlsbüttel 59
– -Hammerbrook 146
– -Ohlsdorf 96 104 119 141 188 493 687
– -Rothenburgsort 85
– -St. Pauli 21 62 230 361
– -Uhlenhorst 101
– -Winterhude 101 187
Hammerbrook siehe Hamburg-Hammerbrook
Hanau 224
Hannover 184 185 224 235 550 558 573 656 752–754 764 768 770 772
–, Provinz 591
Harburg 62 110
Harburg-Wilhelmsburg 353 594
Hartmannsdorf (Sachsen) 451
Harz 520
Heide (Holstein) 110 481
Heidelberg 261 262 410
Hessen 420 575
Hessen-Frankfurt 160 218 236 554
Hildesheim 224
Hindenburg 228 491 583 586
Höchst siehe Frankfurt (Main)-Höchst
Holland siehe auch Niederlande 340
Hradec Králové 337
Husum 110

Indien 334
Ingolstadt 376
Italien 130 155 205 246 280 309 387 438 566 631 636 723 759 766
Itzehoe 76
Ivry-sur-Seine 617

Japan 333 602 670 694
Jarama 745
Jena 38–41

Kaiserslautern 630
Karaklissa 671
Kassel 343 379 463
Kiel 58 90 110 180 362 390 400 443 481 574
Kirch-Steinbek 493
Kirchwärder 14
Kisljar 450
Koblenz 470 575
Kolberg 518
Köln 33 51 95 224 412 476 504 512 550 558 635 764
Kolomna 128
Königsberg 227 550 558 575 586
Královek 337
Krim 741
Kronstadt 395
Kuba 695
Küstrin 376

Lateinamerika 772
Lauenburg (Elbe) 594
Lausanne 584
Lausitz 160
Leipzig 23 52 78 80–82 92 94 101 144 159 224 237 380 392 442 462–464 476 481 491 505 522 525–528 550 558 573 589 590 610 625 656 674 706 707 736 764
Leningrad 206 394 395 397 439 442 670
Lettland 174
Leuna 330 536 577

Lichtenberg siehe Berlin-Lichtenberg
Lichterfelde siehe Berlin-Lichterfelde
Liebau 337
Limbach (Sachsen) 224 373
Lissabon 694
Litauen 122 174 392
Locarno 269–271
London 209 210 670 695 739 777
Lübeck 110 443 622 647 656
Lüneburg 489 594
Luxemburg 441 633
Luzern 77

Madrid 670 738 744 745
Magdeburg 224 237 421 422 432 441 522 550 558 614
Magdeburg-Anhalt 322 399
Mainz 573 577
Mandschurei 586 601
Mannheim 442 481 510 554
Mansfeld 470 471
Mecklenburg 180 512
Merseburg 330 464
Mexiko 777
Mitteldeutschland 116 118 124 181 330 351 369 371 392 402 422 511
Mitteleuropa 153
Mittelrhein 160 399
Moabit siehe Berlin-Moabit
Moskau 75 94 98 100 123 128 151 167–169 174–177 190 192 194 197 202 206 207 213 227 231 236 244–248 250 259 278 279 281 288 301 306 310 bis 312 338 349 370 372 383 393 394 397 399 437 450 459 489 512 537 539 541 544 564 567 599 600 639 666 670 671 690 697 714 727 731 741 755 764 769 777
Mühlhausen 510
Mülheim (Ruhr) 224
München 68 224 376 554 617 630 757–760
München-Gladbach siehe auch Gladbach-Rheydt 224 225 581
Murmansk 756

Neubreisach 48 51 54
Neudeck 586
Neukölln siehe Berlin-Neukölln
Neumünster (Holstein) 110 443 481
Neurhein 51
Neustrelitz 511
New York 26 447 670 694 763 777
Niederlande siehe auch Holland 155 441
Niederlehme
– -Ziegenhals 649 653
Niederrhein 236 399 413 416 578 581
Niedersachsen 178 235 568 655
Niederschöneweide siehe Berlin-Niederschöneweide
Nord (Bezirk der KPD) 82 104 105
Nordbayern 559
Norddeutschland 342 511
Nordhausen 484 559
Nordwest (Bezirk der KPD) 105 178 518 655
Nordwestdeutschland 516 539
Norwegen 413 677 695
Nürnberg 36 228 558 559

Oberelsaß 52
Oberhausen (Rheinland) 581 594
Oberschlesien 215 399 490 583 584 587 595 733
Offenbach (Main) 198 224 510 573
Ohlsdorf siehe Hamburg-Ohlsdorf
Oldenburg 516–518
Oranienburg 684
Oranje-Freistaat 17
Ostelbien 287 473 516
Österreich 43 340 370 390 493 633 723 726 756 757 761 765

Ostpreußen 215 322 512 776
Ostrogoshsk 671
Ostsachsen 399 455

Paris 56 113 115 617–620 637 663 669 670 677 678 687 689 694 731 735 737 742 761
Peniche 739
Petrograd 55 100
Pfalz 399
Pirmasens 490
Pirna 228
Plauen (Vogtland) 491 764
Polen 99 102 186 193 280 288 289 292 438 441 537 564 566 602 604 615 616 633 636 648 649 655 693 740 767
Pommern 518
Portugal 739
Potempa 606
Potsdam 14 590 696
Prag 670 687 693 701
Preußen 13 20 362 375 408 414 416 440 462 469 476 525 526 529–531 534 557 562 569 570 578 580 586 587 589 590 594 628 656
Prieros 623 624

Radeberg 508
Rapallo 143
Recklinghausen 504
Reinickendorf siehe Berlin-Reinickendorf
Remscheid 224 633
Rendsburg 110 630
Rhein 470
Rheinland 173 190 202 381 440 467 510 512
Rheinland-Westfalen 165 466 471
Rhein-Ruhr-Gebiet 581 733 768
Rössen 330
Rostow 305
Rothenburgsort siehe Hamburg-Rothenburgsort
Rudolstadt 510
Ruhrgebiet 155 156 159 165 166 168 196 202 215 227 228 247 271 291 293 315 326 340 375 399 404 406 408 416 465 470 490 494 561 578 614 632 633 635 637 672
Ruhrort siehe Duisburg-Ruhrort
Rußland siehe auch Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken 23 24 42 43 54–56 125 186 203

Saarbrücken 618 619
Saargebiet, Saarland 234 510 619 678 679 733
Sachsen siehe auch Ostsachsen 173–175 177 178 180 181 185 189 349 373 432 455 472 501 510 512 557 578 583 588 622 733 768 772
Sachsen-Anhalt 772
Sächsische Schweiz 588
Sarajevo 42 43
Sarstedt 224
Schiffbek 90 183 185 421 493
Schlesien 337
Schleswig-Holstein 105 235 443 512
Schleusingen 510
Schmiedeberg (Erzgebirge) 771
Schmücke 469
Schneidemühl 475
Schöneberg siehe Berlin-Schöneberg
Schweden 212 413 438 677 735
Schweiz 340 342 438 441 626 688
Schwyz 343
Sebnitz (Sachsen) 475
Sibirien 186
Singen (Hohentwiel) 476 774
Sisikon (Schweiz) 343
Skandinavien 688
Smolensk 248
Solingen 224 374 376 633

Somme 50
Sonderburg 475
Sowjetland, Sowjetrußland, Sowjetunion siehe Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Spandau siehe Berlin-Spandau
Spanien 695 723 724 738 743–745 748
Stade 62 630
Starokonstantinow 311
Steigerwald 469
Stendal 504
Stettin 128 227 261 656
Stockholm 694 777
Stolberg (Rheinland) 475
St. Pauli siehe Hamburg-St. Pauli
Stralsund 504
Stuttgart 71 72 86 221 376 481 554 656
– -Cannstatt 221
Südafrika 17 695
Südbayern 376 595 743
Süddeutschland 215 554 561 774
Sudetengebiet 757
Südwestdeutschland 768

Tellsplatte 343
Tempelhof siehe Berlin-Tempelhof
Teruel 745
Teuchern 228
Teutoburger Wald 16
Thüringen 173 175 176 195 215 228 373 446 469 482 509 614 622 768 772
Thüringer Wald 469 470
Tirol 16
Transvaal 17
Treptow siehe Berlin-Treptow
Trier 575
Tschechoslowakei 130 155 174 213 246 280 320 336 337 340 413 438 537 564 566 602 604 633 688 693 695 701 742 757 758 760 765
Tula 128 450
UdSSR siehe Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Uhlenhorst siehe Hamburg-Uhlenhorst
Ungarn 65 66 76
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken siehe auch Rußland 5 55 61 62 66 67 75–77 79 81 84–86 98–102 104 112 113 115 122 123 127–130 140 144 151 157 159 166 168 174 186 194 204 206 211 214 216 237 244 250 260 261 269–271 289 294 301–303 305–310 312 313 316 326 327 330 333 335–338 340 341 378 384 388 389 392 395 406 430 441 448–450 454 459 463 477 478 480 483 489 497 498 513 516 554 555 585 586 602 612 620 635–637 648 670 671 681–683 690–692 697 703 704 709 712 714–716 723 728 741 757 759 760 762 765–769 771–773 777 778
Unterelbe 342
Uri 343
Uri-Rotstock 343
Urner See 343
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika

Valencia 744
Vereinigte Staaten von Amerika 26 211 301 333 334 344 345 631 670 677 694 695 742 763 772
Versailles 70 76 149 440 446 459 479–481 549 605 616 618 631 710
Vierlande 14 15
Vierwaldstätter See 342 343

Waldenburg 573
Wandsbek 29 110 353
Waren (Müritz) 573
Warschau 383 694
Wasserkante, Waterkante 64 87 98 99

102 103 105 106 110 117 120 129 131 133 135 139 146 150 157 158 160 165 173 178 180 181 184 192 196 212 235 238 284 313 340 354 358 360 363 365 368 373 398 399 401 404 416 442 443 455 456 464 465 501 505 572 612 614 631 647 655 669
Weddern (Holstein) 14
Wedding siehe Berlin-Wedding
Wedel (Holstein) 687
Weimar 68 490 776
Weißenfels 228 510
Weißwasser 775
Wesel (Rheinland) 634
Westeuropa 50 126 309
Westfalen 382 510 595
Wien 213 370 390 493
Wiesdorf-Leverkusen 376
Wilhelmshaven 245
Wilmersdorf siehe Berlin-Wilmersdorf
Winterhude siehe Hamburg-Winterhude
Wittenberg 464
Wladiwostok 670
Wuppertal 490 575 581 582 687
– -Barmen siehe auch Barmen 481
– -Sonnborn 581
Württemberg 221 236 557 562

Zeitz 228
Zemmin-See 701
Zeuthener See 653
Ziegenhals siehe Niederlehme-Ziegenhals
Zwickau 595

Personenverzeichnis

Abshagen, Robert 769
Abusch, Alexander (Ernst Reinhardt) 195 196 465 470 482
Ackermann, Anton 732 733 761 778
Adam (Deckname) 687
Adenauer, Konrad 413
Adler, Friedrich 731
Alexander, Eduard Ludwig (E. Ludwig) 315
Almstadt, Bernhard 772
Almstadt, Erna 772
André, Etkar 216 340 505
Antikainen, Toivo 601
Apitz, Bruno 777
Arendsee, Martha 77 377 458 778
Arndt, Ernst Moritz 682
Auge (Deckname) 687

Ballin, Albert 21
Barbusse, Henri 208 598 670 695
Bartel, Walter 377
Bästlein, Bernhard 550 636 769 772
Bauer, Gustav 86 87
Bebel, August 22 23 35 476 484
Becher, Johannes R(obert) 313 742 778
Becker, Artur 501 624 744
Behring, Joseph 106
Beimler, Hans 636 737 743
Bergmann, Paul 69 82 88 91 92
Berlioz, Victor 618
Bertz, Paul 410 761
Bethmann Hollweg, Theobald von 39
Birkenhauer, Erich (Belfort) 572 589 590 599 731
Blenkle, Conrad 213 249 267 325 370
Bock, Friedrich 48 49
Bogdanow, Alexander Alexandrowitsch 625
Bohla, Franz 218
Bordiga, Amadeo 205 280
Borsig, Ernst von 86 482
Borstel, Johannes (Hans) von 141
Bortnowski, Bronisław (Bronkowski) 601
Böttcher, Paul 77 168 169 176
Boulanger, Jakob 559
Bracht, Franz 587 590
Brandler, Heinrich 115 152 153 160 168 173 174 176 181 189 190 191 193 199 365 366 371 397
Branting, Georg 735
Brass, Otto 77
Brauer, Max 737
Braun, Max 737
Braun, Otto 222 225 226 486 525 529 530 534 569 580 589 590 632
Brauns, Heinrich 295
Braunthal, Bertha 101 105

Bredel, Willi 744
Breitscheid, Rudolf 735 737
Breuer, Jan 470
Bruhn, Gustav 769
Brüning, Heinrich 413 427 461 462 473 477 486 491 492 505–507 510 512 516 520 522–527 535 540 542 545 552 570 573 574 595
Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 246 248 384 385
Bücher, Hermann 345
Buchmann, Albert 376
Buchwitz, Otto 587
Budjonny, Semjon Michailowitsch 194

Cachin, Marcel 394 513 618 755
Cahnbley, Louis 505
Chamberlain, Arthur Neville 759 760
Chwalek, Roman 575
Claus, Rudolf 696 737
Codovilla, Victorio 310
Cot, Pierre 735
Cox, Idris 730
Creutzburg, August 465 598 615
Crispien, Artur 67 93 100 218 276
Cuno, Wilhelm 153 154 157 158 170–172 175

Dahlem, Franz 6 7 77 95 397 400 436 488 508 549–551 569 599 614 615 663 685 686 724 729 732–734 744 761
Daladier, Edouard 759 760
Daub, Else 667 676
Daub, Philipp 234
Daumier, Honoré 707
Däumig, Ernst 64 77 100 101 114
Dawes, Charles Gates 166 209–211 268 270
Dengel, Philipp 239 244 247–249 251 265 267 304 315 322 325 340 345 365 370 389 396–398 732 737 778
Dettmann, Friedrich 52 99 136 158 188
Dietrich, Paul 266 325 355
Dimitroff, Georgi (Helmut) 246 281 592 633 654 655 674 685 688–690 692 725 727–729 733 737 740 756 760 764 779
Dißmann, Robert 262
Dittmann, Paul 61
Dittmann, Wilhelm 67 100
Dolgner, Willi 470
Dreyfus, Alfred 17 18
Duclos, Jacques 592
Duesterberg, Theodor 552 556
Duisberg, Carl 345
Duncker, Hermann 315 397
Dünninghaus, Georg 187
Dünow, Hermann 545 546 649

Eberlein, Hugo 174 175 201 239 249 251 325 340 392
Ebert, Friedrich 68 87 138 150 173 185 189 212 222 225 226
Edwin siehe Trautzsch, Walter
Ehrenteit, John 139 355 356 358
Ehrhardt, Hermann 86
Eichler, Willi 553
Einicke, Ludwig 559
Einstein, Albert 599
Eisler, Gerhart (Gerhart) 168 370 761
Eisler, Hanns 443
Eisner, Kurt 63
Emmerlich, Arthur 769
Emrich, Fritz 461
Engels, Friedrich 35 75 221 263 309 429 480 555
Erzberger, Matthias 132
Ewert, Arthur 169 249 251 262 265 267 293 304 322 325 338 365 370 371 383 385 392 396 397 456

Feuchtwanger, Lion 755
Fischer, Karl 573
Fischer, Ruth 115 122 160 165 167–169 174 190 193 196–198 200 220 234 238

239 243 244 247–249 257–259 262 280 293 300
Fladung, Hans 582
Fleischer, Otto 484
Flieg, Leo(pold) 224 265 284 325 399 400 436 465 488 508 512 529 531–533 544 551
Florin, Wilhelm 95 201 239 247 249 251 265 291 326 395 397–399 436 465 466 470 545 568 601 611 612 614 633 663 669 729 730 732–734
Fogarasi, Béla (Adalbert Fried) 315
Fomferra, Fritz 561
Fontaine, Henri 617 618
Frachon, Benoît 393
Frank, Hans 674
Frick, Wilhelm 446
Friedrichs, Albert 44 221
Frölich, Paul 59 156
Funk, Albert 550

Gaack, Wilhelm 29 43
Gallacher, William 310
Gallinat, Franz 465
Gärtner, Irene siehe Schmidt, Elli
Gayl, Wilhelm Freiherr von 586 587
Geffke, Herta 77
Geithner, Otto 77
Gerstenberg, Wilhelm 63
Geschke, Ottomar 169 201 212 239 240 243–247 249 251 265 281 322 338 340 550
Gessler, Otto 185
Geyer, Anna 99
Gide, André 689
Giering, Karl 676
Gießelmann, Otto 550
Glückauf, Erich 458 582
Goebbels, Joseph 581 639
Goethe, Johann Wolfgang von 18 342 682
Golke, Artur 249
Göring, Hermann 535 656 675
Gorki, Maxim 742
Gottwald, Klement 393 513 599 602 729 731
Graßmann, Peter 276 277
Groener, Wilhelm 381 535
Groh-Kummerlöw, Grete 340
Gropper, Roberta 550
Grosse, Hermann 469
Große, Fritz 624
Grube, Ernst 322 550
Grzesinski, Albert 417 420 524
Guddorf, Wilhelm 769
Gundelach, Gustav 101 128 187
Gussew, Sergej Iwanowitsch 625
Guttmann, Ketty 82
Gyptner, Richard 323 336

Hahn, Josef (Sepp) 351
Hähnel, Gustav 42
Hähnel, Walter 732 761
Halbe, Erna 106
Halle, Felix 696–698
Heckert, Friedrich (Fritz) 176 185 201 239 249 251 267 289 301 315 322 325 338 342 365 394 396 397 399 400 410 436 441 455 474 489 501 508 550 551 569 599 611 630 636 729 732 734 741
Hegemann, Max 31
Hegewisch, Ernst 665
Heilmann, Ernst 632
Hein, Wilhelm 325
Heinks, Heinke 518
Heller, Vitus 553
Henke, Alfred 56
Henning, Ernst 505
Hense, Karl 97 144
Herbert (Deckname) 687
Herholz, Kurt 326
Herrmann, Liselotte (Lilo) 754
Herz, Carl 45 62
Herzog, Wilhelm 96 104

Hilferding, Rudolf 67 93 276 381 448 506 622
Hilliges, Herrmann 662
Himmler, Heinrich 771 776
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von 83 227 228 236 271 283 379 412 477 535 541 551–553 556 570 586 590 606 628 635 645 647 708
Hirsch, Werner 315 504 564 572 590 617 662
Hirtsiefer, Heinrich 589 590
Hitler, Adolf 446 447 482 535 551 552 555 556 592 606 628 632 634 635 639 640 645 646 651 655 688 689 708 745 758–762 766 769 772 776
Hoernle, Edwin 175 278 315 377 458 778
Hofer, Andreas 16
Hoffmann, Adolph 101
Hoffmann, Erich 158
Hoffmann, Paul 530
Höllein, Emil 301 377
Hommes, Rudolf 141 143
Honecker, Erich 779
Hoover, Herbert Clark 521
Horn, Lambert 581 582 663
Hornick, Paul 421 546
Hörsing, Otto 218
Hüffmeier, Emil 67
Hugenberg, Alfred 86 446 447 536 640 651
Humboldt, Wilhelm von 682
Humbold (Deckname) 687

Jacob, Franz 769 772
Jadasch, Anton 377 458
Jannack, Karl 194
Jaquemotte, Joseph 412
Jaroslawski, Jemeljan Michailowitsch 393
Jarres, Karl 222 226
Jaurès, Jean 618
Jefimenko, Roman 777
Jendretzky, Hans 216 340
Jogiches, Leo 132
Jouhaux, Léon 755
Jurr, Werner 340

Kahle, Hans 744
Kalweit, Ferdinand 88 91 92
Kapp, Wolfgang 86 87 89 91 222 287 588 589 592
Kassner, Walter 550
Katayama, Sen 246 306
Katz, Iwan 231 234
Kautsky, Karl 35 53 67 93
Kayser, Albert 696
Kippenberger, Hans 182 593 598
Kirdorf, Emil 427 482 635
Kirschmann, Emil 737
Klahr, Alfred (Johann Mathieu) 761
Kleist, Heinrich von 18 682
Kluczynski, Hans 659–662
Kluczynski, Martha 659–661
Klühn, Maria 30
Knöchel, Wilhelm 732 761
Knorin, Wilhelm 567
Koch, Rosa siehe Thälmann, Rosa
Koenen, Bernard 778
Koenen, Wilhelm 17 18 77 101 103 106 210 223 249 262 301 377 458 470 501 530 550 575 629 636 737
Kolarov, Vasil 246 306 389 567 602
Kollodzik, Emil 465
Kollwitz, Hans 322
König, Arthur 169
Koplenig, Johann 393 602 761
Koska, Willi 502 550
Koszutska, Maria (Kostrzewa) 389
Kowalke, Alfred 769
Kowalski, Wilhelm 659 661
Kreibich, Karl 337
Krüger, August 187
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 427

Krupskaja, Nadeshda Konstantinowna 390
Kuczynski, Robert René 275–277 284
Kugelmann, Louis 495
Kühn, Hermann 63
Kühne, Otto 244 247
Külz, Helmut 681 700
Kun, Béla 310 602 691 696 729–731
Kunik, Erich 315
Kuntz, Albert 489 550 769
Kurella, Alfred 315
Kuusinen, Otto Wilhelm 246 310 322 338 389 437 599 601

Lademann, Max 223 330
Lange, Fritz 502
Laski, Harold Joseph 735
Laufenberg, Heinrich 45 51 59 62 63 69 84
Leber, Julius 647
Lechleiter, Georg 769
Ledebour, Georg 93
Leipart, Theodor 628
Lenin, Wladimir Iljitsch 6 27 34 45 48 53 55 75 78 79 81 93 94 100–102 121–123 125–127 131 151 194 195 202 205 206 217 220 221 232 239 250 255 257 263 294 303 305 309 315–317 319 365 393 409 436 451 495 500 502 555 576 586 601 612 620 625 626 633 637 710 714
Leński, Julian 394 513 599 655 693
Leow, Willy 216 285 340 421 546 550
Lessing, Gotthold Ephraim 342 682
Lettow-Vorbeck, Paul von 71
Leuschner, Wilhelm 420
Leuteritz, Max 68 355 357
Levi, Paul 102 114 120 125 137
Levien, Max 197
Leviné, Eugen 68
Liebknecht, Karl 23 34 47 48 50 58 62 63 86 105 132 208 209 266 286 586 633 637
Liebknecht, Wilhelm 476 484
Lindau, Rudolf 26 28 29 49 51 60 61 69 71 97 106 117 142 143 296 778
Löbe, Paul 364
Longo, Luigi (Gallo) 602
Losowski, Salomon Abramowitsch 437 460 461 567 602
Ludendorff, Erich 83
Ludwig, Fritz 681 697 700 702
Ludwig, Konrad 277
Lunatscharski, Anatoli Wassiljewitsch 167
Luther, Hans 223
Lüttwitz, Walter Freiherr von 85–87
Lux, Friedrich 465
Luxemburg, Rosa 23 34 35 38–41 47 62 63 69 70 86 105 132 210 266 286 484 633 637

Maddalena, Max(imilian) 465 550 636
Mahle, Hans 778
Maksimow, Victor Alexejewitsch 202
Malraux, André 689 755
Mann, Heinrich 599 737 742 763
Mann, Thomas 755
Mannesmann, Alfred 86
Manuilski, Dimitri Sacharowitsch 213 244–246 248 310 392 512 513 529 602 612 728
Marquès 617
Marquès, Vital 617
Marx, Karl 35 75 221 263 309 429 480 495 509 555 634
Marx, Wilhelm 189 222 226–228 313 319
Maslow, Arcady 122 160 167–169 174 196 197 200 238 239 249 257 258 267 280 293
Matern, Hermann 550
Mehring, Franz 17 34 35 47 299

Melis, Ernst 379
Merker, Paul 365 397 410 430 436 452 461 474 732 734 761
Mewis, Karl 732 761
Meyer, Ernst 105 131 325
Meyer, Gertrud 95
Meyn 90
Mierendorff, Carlo 696 737 738 754 755 765
Mies van der Rohe, Ludwig 286
Mittelbach 662
Mohr 26
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 471
Moltrecht, Max 283
Moritz, Emil 700 701
Moro-Giafferi, Vincent de 736
Mörschel, Wilhelm 649
Müller, Hermann 379 381 382 391 405 406 414 432 461 462 486
Müller, Kurt 531
Müller, Paul 49 72
Münzenberg, Wilhelm (Willi) 531 731
Mussolini, Benito 758–760

Nagel, Otto 443
Naujoks, Harry 647
Neddermeyer, Robert 573
Neubauer, Theodor 195 301 377 458 615 636 755 769 772
Neumann, Heinz 244 246 247 315 338 370 395 399 436 455 465 468 486 488 491 512 514 515 528 529 531–533 537 543 544 551 564 567 568 599 600 611 614 625
Nexö, Martin Andersen 742
Niederkirchner, Michael 442 778
Niemöller, Martin 755 756 765
Nosaka, Sandzo (Okano) 602
Noske, Gustav 63 68 69 85 87 226 422 591

Oelßner, Alfred 77
Oelßner, Fred 615
Oeverdick, V. 136
Öltzner, Paul 62
Opitz 748
Opitz, Max 470 554 614 632
Ossietzky, Carl von 553 696 737 738 754 755
Overlach, Helene 436 550

Paffrath, Emil 421 546
Papen, Franz von 573–575 577 578 580 584–586 589–591 596 598 603 605–607 610 621 623 627 628 631 634 635 640 708
Paul, Jean 682
Perner, Richard 46 356
Peschke, Paul 489
Pieck, Wilhelm 137 176 190 193 201 213 239 249 251 262 286 311 313 315 325 334 338 377 380 392–394 397 399 413 416 419 436 441 489 512 529 537 541 544 550 564 567–569 571 573 578 599 600 602 611 614 636 637 656 657 663 689 698 729 732–734 741 761–763 778
Pietzker, Hellmuth 223 224
Piłsudski, Józef 288 289 392 740
Piscator, Erwin 313 443
Pjatnizki, Ossip Aronowitsch 246 310 513 567 602
Poincaré, Raymond 154 158 164
Pollitt, Harry 394 602
Popp, Lothar 69
Poser, Magnus 769
Próchniak, Edward 310
Putz, Ernst 278 377 443 458 517 553 723

Rabold, Emil 82
Rädel, Siegfried 377 458 761
Rathenau, Walther 143 144 285
Rau, Heinrich 278 502 516 550 599 744

Reich, Hermann 63 67 69 80 82 83 88 91 92 96 97 101
Reimann, Max 470
Reinke, Ernst 488
Reith, Willy von der 42 164
Remmele, Hermann 77 180 190 195 239 244 249 251 281 325 338 370 383 394 396 397 399 400 430 436 486 488 512 515 529 531 533 544 545 564 567 568 599 600 603 611
Renn, Ludwig 744
Renner, Rudolf 455 501 589
Reusch, Paul 381
Reuter, Ernst (Friesland) 115 122 137
Richter, Richard 340
Rieper, Jacob 49 53 56 63
Roetter, Friedrich 680 700 736
Rolland, Romain 598 742 755
Rosenberg, Arthur 122 200 213 231 232 234
Rosenfeld, Kurt 553 665
Rossaint, Joseph 754–756 765
Rubiner, Frida 315
Ruckteschell, Nicolai von 19
Rudolph, Carl 718
Ruthenberg, Charles Emil 310

Sacco, Nicola 343 344 352
Saefkow, Anton 465 470 550 612 769 772
Sägebrecht, Willy 332
Salazar, Antonio de Oliveira 739
Sänger, Alwin 276
Sawadzki, Hans 340
Schachinger 559
Schacht, Hjalmar 412 427 448 458
Schaible, Richard 655
Schehr, John 118 221 234 247 248 442 550 568 578 579 593 599 611 633 636 663 716 724
Scheidemann, Philipp 68
Schiele, Martin 516
Schiff, Victor 737
Schiller, Friedrich von 18 56 342 343 682
Schlag, Otto 470
Schlecht, Paul 249
Schleicher, Kurt von 427 535 580 587 589 591 606 628 631 632 634 635 640
Schmidt, Elli 732 761 778
Schmolz 677 678
Schneider, Paul 661
Schneller, Ernst 213 215 216 244–249 251 271 304 315 322 325 377 396 397 399 458 550 571 614 636 769
Schnog, Karl 777
Scholem, Werner 200 219 231 234 239 243 245 249 267 280 300
Scholz, Ernst 701
Schönfelder, Adolf 352
Schönhaar, Eugen 634 724
Schreiber, Otto 421 546 594
Schreiner, Albert (Baumann) 178 183 216 744
Schröder, Kurt Freiherr von 634
Schröter, Johannes 322
Schubert, Hermann 465 501 663 732
Schulte, Fritz 436 663 732
Schultz, Anna 296
Schulze, Fritz (Fiete) 183 680 724
Schumacher, Kurt 755
Schumann, Georg 377 458 769 772
Schumann, Kurt 349
Schustowa 394
Schwab, Sepp 778
Schwan, Wilhelm 247–249 265 300
Schwantes, Martin 772
Schwarz, Rudolf 724
Schwenk, Paul 77 529 530
Seeckt, Hans von 189 412
Selbmann, Fritz 216 228 340 470 550 588 589 614
Selwitscha, Grigori 311
Sémard, Pierre 306 389

Severing, Carl 381 409 417 420 525 529 530 534 578 580 587 589 590
Seydewitz, Max 553
Shakespeare, William 342 682 720 721
Sieg, John 769
Siewert, Robert 777
Sinowjew, Grigori Jewsejewitsch 125 193 194 197 198 203 246 248 302
Šmeral, Bohumir 306
Sobottka, Gustav 291 380 778
Soermus, Eduard 129
Soltau, Alma 146 178 456
Sorge, Kurt 147
Sorge, Richard (R. Sonter) 315
Stahmer, Hein(rich) 158
Staimer, Richard 744
Stalin, Jossif Wissarionowitsch 246 302 306 310 389 471 537 691 769
Stamm, Robert 518
Stampfer, Friedrich 277 639
Stassowa, Jelena Dmitrijewna 602
Steinfurth, Erich 724
Stenzer, Franz 724
Stern, Viktor 320
Stinnes, Hugo 86 147 155 172
Stoecker, Walter 77 81 92 100 101 105 115 160 214 271 291 458 599 636 755
Stolten, Otto 46 179
Störtebeker, Klaus 16
Strasser, Gregor 639
Stresemann, Gustav 171 173 185 222 270 362 381
Strötzel, Max 247
Stubbe, Heinrich 37
Suhr, Paul 550
Šverma, Jan 602
Switalla, Anton 493
Szinda, Gustav 744

Tarnow, Fritz 523 527 534
Tastesen, Paul 511
Terracini, Umberto 125
Thalheimer, August 160 190 371 397
Thälmann, Frieda 14
Thälmann, Irma 7 17 80 136 142 221 230 342 359 393 520 622 681 682 685 686 717–720 746 748–750 753 754 757 769 771 774 775
Thälmann, Johannes (Jan) 14–16 19 20 26 51 666 673 717
Thälmann, Maria Magdalena 14–16 20
Thälmann, Rosa 7 30 48 49 56 80 136 142 230 231 283 342 343 359 376 393 450 492 665–667 679 681–683 685–688 698 701 702 717–719 721 722 725 734 743 746 748 749 751–753 756–758 760 761 765 771 774
Thesen, Matthias 550
Thorez, Maurice 394 546 550 602 617 618 637
Thyssen, Fritz 427 485
Togliatti, Palmiro (Ercoli) 306 387 602 728
Torgler, Ernst 653
Trautzsch, Walter 687 732 756–758 760
Trotzki, Lew Dawidowitsch 302 339 349
Tschiang Kai-schek 333
Tschumak, P. A. 167

Uhrig, Robert 769
Uhse, Bodo 517
Ulbricht, Walter 291 325 365 380 394 397 399 436 488 489 501 508 530 550 551 564 568 573 593 599 602 611 614 645 653 663 685 729 732–734 778
Urbahns, Hugo 106 117 133 150 181 184 300

Vanzetti, Bartolomeo 344 352
Varga, Eugen 203 392
Vogelweide, Walther von der 682 720
Vögler, Albert 147 427
Vogt 758

Wagner, Paul 63
Walcher, Jacob 190
Wandschneider, Erich 680 697
Wangenheim, Freiherr von 88
Wang Ming 602
Warmbold, Hermann 535
Warnke, Herbert 456
Weineck, Fritz 223
Weinert, Erich 454 742 772 778
Wels, Otto 277 422 506 522 619 625
Welscher, Gustav 29 30
Wiedmaier, Eugen 550
Wiesner, Erich 323
Wilhelm II. 21 83
Willmann, Heinz 456
Winnig, August 39 40
Winterich, Jean 399 436
Winternitz, Josef (Lenz) 315 550
Wissell, Rudolf 381
Wittorf, John 398
Wloch, Karl 561
Woikow, Pjotr Lasarewitsch 327
Wolffheim, Fritz 45 69
Wurm, Christoph (Christel) 315
Wurm, Mathilde 622

Young, Owen D. 440 443 445 446 453 454 458 459 475 480 482 498 549
Yunshin 730

Zaisser, Wilhelm 744
Zápotocký, Antonín 394
Zeigner, Erich 176
Zenk, Luise 136
Zetkin, Clara 34 47 114 115 125 159 160 175 211 271 281 306 315 383 394 599 607
Zobel, Paul 573
Zola, Émile 682
Zörgiebel, Karl 417 418 420
Zweig, Arnold 742
Zweigert, Erich 213

Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AfA	Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
AfA-Bund	Allgemeiner freier Angestelltenbund
Agitprop	Agitation und Propaganda
AIZ	Arbeiter-Illustrierte Zeitung
BVG	Berliner Verkehrs-Gesellschaft
BVP	Bayerische Volkspartei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
EKKJI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale
EVBD	Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands
EVMB	Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins
FKP, KPF	Französische Kommunistische Partei
HAPAG	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft
HVZ	Hamburger Volks-Zeitung, Hamburger Volkszeitung
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
IfA	Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KI, Komintern	Kommunistische Internationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU(B), KPdSU, KPSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPR(B), KPR	Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei

NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Org.-	Organisations-
PB, Polbüro, Politbüro	Politisches Büro
Peuvag	Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktiengesellschaft
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFBÖ	Roter Frontkämpferbund Österreichs
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung der NSDAP
SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
Schufo	Schutzformation des Reichsbanners
Schupo	Schutzpolizei, Schutzpolizist
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP
StGB	Strafgesetzbuch
USP, USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
VSPD	Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ZK	Zentralkomitee

Inhalt

Vorwort 5

Erster Teil
1886–1920

1 Eine Kindheit, reich an Erfahrungen 13
2 »Wir haben den Kampf aufgenommen« 20
3 Vertrauensmann seiner Kollegen 27
4 An der Seite der deutschen Linken 33
5 Gegen den imperialistischen Krieg! 42
6 »Eine neue Epoche in der Geschichte der Klassenkämpfe hat begonnen« 55
7 Man muß sich mit Sowjetrußland verbinden! 67
8 »Tretet ein in den Generalstreik!« 83
9 Für den Anschluß an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD 93

Zweiter Teil
1921–1925

1 »Eines guten Tages wird das deutsche Proletariat einheitlich kämpfen« 109
2 »Heran an die Massen!« 122
3 »Hier herrscht nicht die Demokratie, sondern die Diktatur des Kapitalismus« 133
4 Gegen Cuno und Poincaré 154

5 »Die Aufstände des Proletariats sind Etappen auf dem Siegeszuge der Revolution« 172
6 »... bei Thälmann revolutionäres Kraftgefühl« 187
7 Für eine feste, disziplinierte, zentralisierte kommunistische Partei 198
8 Kandidat aller klassenbewußten Arbeiter 207
9 Ernst Thälmann tritt an die Spitze der Partei 230

Dritter Teil
1925–1929

1 Für einen starken linken Flügel in der Arbeiterbewegung 255
2 Die Arbeiterklasse verteidigt die Lebensinteressen der Nation 269
3 »Wieder ein ernster Waffengang zwischen Arbeitermassen und Bourgeoisie« 288
4 »Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ...« 301
5 »... vorwärts auf dem Wege des Leninismus!« 312
6 Mit aller Kraft und Leidenschaft den Kriegstreibern das Handwerk legen! 326
7 Kampfblock der Werktätigen gegen den Block der Großbourgeoisie 345
8 Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse – die Kernfrage 367
9 Unbedingte Treue zur Kommunistischen Internationale 383
10 Die kapitalistische Stabilisierung gerät ins Wanken 396
11 Eine reaktionäre Umgestaltung der bürgerlichen Staatsordnung droht! 412

Vierter Teil
1929–1933

1 Wenn die Partei sich dem Sturm entgegenstellt 427
2 »Den Kampf gegen den Faschismus weit mehr in den Vordergrund stellen!« 439
3 Der Kampf gegen die faschistische Gefahr muß Sache der gesamten Arbeiterklasse werden 457
4 Für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes 474

5 »In der Gewinnung der Massen liegt die Grundidee der Losung ›Volksrevolution‹« 494
6 »Wollt ihr für Brüning kämpfen oder für den Sozialismus, sozialdemokratische Klassengenossen?« 520
7 Einheitsfront – Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland 535
8 Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg! 551
9 Für eine große antifaschistische Aktion 562
10 Tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe! 584
11 Im Zeichen des kämpfenden proletarischen Internationalismus gegen Faschismus und Kriegshetze 598
12 Wir läuten die Sturmglocken zum Kampf für die Lebensforderungen der Millionen 621

Fünfter Teil

1933–1944

1 Die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen 645
2 Im faschistischen Kerker 664
3 Eine neue große Schule des Lebens 672
4 »Wir müssen Ernst Thälmann wie eine Schlacht gewinnen!« 688
5 »Verteidigung mit Offensive verflechten« 702
6 »Ich aber glaube an den Triumph der Wahrheit« 717
7 Der Kampf gegen den Faschismus erfordert die Einheit der Arbeiterklasse in jedem Land und in der ganzen Welt 723
8 »Millionen Werktätige in allen Ländern der Welt kämpfen gemeinsam mit Dir!« 735
9 »Das Vertrauen auf die eigene Kraft gewinnt stets wieder die Oberhand« 746
10 »Die wirklichen Feinde des Krieges der imperialistischen Staaten« 756
11 »Die faschistischen Armeen werden in der Sowjetunion ihr Ende finden« 767
12 Ernst Thälmann ist unter uns 776

Verzeichnis der geographischen Namen 781
Personenverzeichnis 789
Abkürzungsverzeichnis 798

Autoren:

Erster Teil Horst Naumann
Zweiter Teil, 1–7 Günter Hortzschansky
Zweiter Teil, 8–9, *Dritter Teil,* 1–3 Stefan Weber
Dritter Teil, 4–11 Heinz Karl
Vierter Teil Walter Wimmer
Fünfter Teil Lothar Berthold/Günter Hortzschansky

Gesamtredaktion: Günter Hortzschansky, Walter Wimmer

Studien und Teilentwürfe: L. G. Babitschenko, Katja Haferkorn, Rainer Holze, Erika Kücklich, Hans Vieillard

Wissenschaftliche Assistenz: Elfriede Fölster, Hanni Nessau, Bärbel Schindler

Bildredaktion: Erika Kücklich

Register: Horst Naumann, unter Mitarbeit von Marianne Dingel, Ursula Rämisch, Bernd Sambale

Bildnachweis:

Dietz Verlag, Bildarchiv (2); Dietz Verlag/Renate und Horst Ewald (1); Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv (132); Staatsarchiv Hamburg (2); Zentrales Revolutionsmuseum Moskau (1)

Reproduktionsaufnahmen: Dietz Verlag/Renate und Horst Ewald (61)

Die Abbildungen auf den Zwischentiteln zeigen:
S. 11 Hamburg 1908
S. 107 Solidaritätskundgebung für Sowjetrußland am 11. Mai 1920 im Berliner Lustgarten
S. 253 Demonstration des Roten Frontkämpferbundes während seines 4. Reichstreffens in Berlin, Mai 1928
S. 425 Einheitskongreß der Antifaschistischen Aktion am 10. Juli 1932 in der Berliner Philharmonie
S. 643 Moskauer Werktätige demonstrieren am 1. Mai 1934 auf dem Roten Platz für die Freilassung Ernst Thälmanns

Die Abbildung auf dem Schutzumschlag (Rückseite) zeigt eine Massenkundgebung der Antifaschistischen Aktion auf dem Messegelände in Leipzig im Jahre 1932.